

Jochen Laufer

**Pax Sovietica
Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–
1945 (2009)**

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.3.v1>

Reprint von:

Jochen Laufer, Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941 - 1945, Böhlau
Verlag Köln 2009
ISBN 978-3-412-20416-7

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationhinweis:

Jochen Laufer, *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941 - 1945* (2009),
Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.3.v1>

Ursprünglich erschienen als: Jochen Laufer, *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941 - 1945*, Böhlau Verlag Köln 2009
ISBN 978-3-412-20416-7

Für Tine und Paul

Jochen Laufer, geb. 1956, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und Mitherausgeber der bisher dreibändigen Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948“.

Karten: © Rita Böttcher, Berlin

Inhalt

Pax Sovietica und deutsche Frage. Einleitung	7
I. Deutschland als Problem Stalins vor 1941	21
1. Kriegserwartung.....	23
2. Einheit und Kampf der Gegensätze.....	31
3. Sowjetische Vorbereitungen auf den deutschen Angriff.....	51
II. Der 22. Juni 1941 und die Machtpolitik Stalins	57
1. Stalin und die Anti-Hitler-Koalition	57
2. Die UdSSR und die Atlantik-Charta.....	70
3. Stalins Kriegsziele	76
4. Die diplomatische Offensive Stalins.....	90
III. Ungleiche Kriegsführung und Konflikte der Alliierten.....	105
1. Kriegsführung als Allianzpolitik. Zweite Front und Lend-Lease.....	106
2. Die sowjetische Westgrenze als Konfliktstoff	130
3. Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag.....	149
4. Die deutsche Ostgrenze als politischer Hebel Stalins	178
IV. Alternativen zur Anti-Hitler-Koalition	205
1. Friedensfühler?.....	208
2. Kein Sonderfrieden mit Deutschland	217
3. Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD).....	228
V. Kriegsverbrechen und alliierte Kooperations(un)fähigkeit	243
1. Stalin und die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR.....	244
2. Die Alliierten und die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR.....	263
3. Stalin und die Kriegsgefangenen	269
4. Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen.....	279
VI. Vorentscheidungen 1943	297
1. Katyn – Unilaterales Vorgehen der UdSSR	305
2. Die Auflösung der „KI“ und die Treffen der Großen Drei.....	312
3. Die UdSSR und die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation	326
4. Italien als Präzedenzfall	336

5. Deutschlandplanung im Außenkommissariat 1943	348
6. Deutschland als Objekt der Gipfeldiplomatie	364
VII. Vorbereitungen auf die Befriedung Deutschlands 1944	379
1. Deutschlandplanung im Außenkommissariat 1944	379
2. Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands.....	391
3. Teilung am Verhandlungstisch.....	398
4. Einheitliches Geld für separate Besatzungszonen.....	451
5. Die Oberhoheit der Besatzungsmächte	456
6. Unterbliebene Vorbereitungen	467
VIII. Jalta und der Sieg über Deutschland	477
1. Das neue Dreiertreffen in Jalta	478
2. Die Besetzung Deutschlands durch die Rote Armee	490
3. Der Zusammenbruch Deutschlands als Zerreißprobe der Anti-Hitler-Koalition	496
4. Die Schwierigkeiten des Sieges	514
IX. Die Reparationen, die Potsdamer Konferenz und die Pax Sovietica.....	539
1. Schwierigkeiten einer einheitlichen Reparationenlösung.....	539
2. Stalins Deutschlandpolitik nach dem Sieg.....	559
3. Stalin und die Abgrenzung der Interessensphären in Potsdam	583
4. Das Potsdamer „Abkommen“ als sowjetische Friedensregelung.....	597
Pax Sovietica: Abgrenzung und Weltrevolution. Schlussbetrachtungen	603
Abkürzungs- und Sigleverzeichnis.....	611
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	615
Personenregister.....	633

Pax Sovietica und deutsche Frage

Einleitung

Die sowjetischen Sieger traten 1945 in Deutschland anders auf als ihre britischen und amerikanischen Mitstreiter. Ihnen war am Kriegsende nicht nur Freude anzusehen, sondern auch, unter welch widrigen Umständen und gewaltigen Opfern sie ihren Sieg errungen hatten. Von Moskau aus blickte man auch anders auf Deutschland und die deutsche Frage als aus London und Washington. Für diejenigen, die etwa 1945 mit kommunistischer Überzeugung aus den Fenstern des Moskauer Kremls mit der russländischen Landmasse im Rücken in Richtung Deutschland schauten, erschien der Anteil der UdSSR am gerade errungenen Sieg, am Lauf der Geschichte, aber auch die historischen Gestaltungsmöglichkeiten, die sich dem Land der Sowjets und *seinem* Kommunismus damals boten, sehr groß. Tatsächlich hatte der mit millionenfachem Mord und unsäglichem Plünderungen auf die Zurückdrängung der slawischen Bevölkerung zielende deutsche Vernichtungskrieg die UdSSR nicht wie beabsichtigt zerstört, sondern Paradoxes erreicht. Der Sowjetstaat ging als einer der am schwersten geschädigten Staaten als stärkste Landmacht der Welt aus diesem Krieg hervor. Doch wie gelang es Stalin in den Jahren des Zweiten Weltkriegs die Grundlagen für ein Reich des Sozialismus zu schaffen, das bis 1989 als „sozialistisches Weltsystem“ Bestand hatte?

Für die Untersuchung der historischen Wurzeln dieses komplexen Vorgangs, in deren Mittelpunkt die Deutschlandplanungen der UdSSR in den Jahren zwischen 1941 und 1945 stehen, habe ich den Titel *Pax Sovietica* gewählt.¹ Diese Bezeichnung, die formell an die im 19. Jahrhundert bzw. nach dem Ersten Weltkrieg von „Pax Romana“ abgeleiteten Begriffe „Pax Britannica“ und „Pax Americana“ anknüpft, schloss stets Kritik an der sowjetischen Politik ein. Denn sie bezeichnete immer einen *Frieden unter sowjetischer Herrschaft*. Doch trotz der negativen Konnotation setzte sich dieser am Ende des Zweiten Weltkriegs, etwa zeitgleich in den USA und Großbritannien geprägte Ausdruck, niemals als Kampfbegriff des Kalten Krieges durch. Es ist zu vermuten, dass die Opponenten der sozialen und poli-

1 Diese Arbeit folgt für alle russischen Begriffe, die nicht im Deutschen existieren, durchgehend der in Deutschland angewandten wissenschaftlichen Transliteration. Bei dem Neologismus „Pax Sovietica“ gilt Buchstabentreue jedoch nicht dem russischen Wort „sovet“, sondern der ursprünglich westlichen Schreibweise. Diese hat sich nach einigen Schwankungen auch in Deutschland durchgesetzt, wo er zeitweilig „Pax Sowjetica“ oder auch „Pax Sowjetica“ geschrieben wurde.

tischen Veränderungen in Osteuropa (einschließlich des Transfers von Territorien und Bevölkerung), die die UdSSR erzwang, nicht bereit waren, den neuen Status quo in Osteuropa als Resultat einer Friedensregelung anzuerkennen.

*

Urheberrechte für den Begriff *Pax Sovietica* könnte der britische Militärtheoretiker und Publizist John Frederick Charles Fuller geltend machen, der in den dreißiger Jahren die British Union of Fascists aktiv unterstützte. Er schrieb vor und nach 1945 aus einer antisowjetischen Perspektive² und prophezeite, die militärische Anwendung der Atomenergie würde entscheiden, ob eine *Pax Sovietica* oder *Pax Americana* den Frieden der Welt sichern werde.³ Dass die UdSSR mit einer opportunistischen Zickzack-Politik das Ziel verfolge, auf der ganzen Welt eine „*Pax Sovietica* (*Soviet Peace*)“ zu errichten,⁴ gehörte zu den Grundüberzeugungen des Kalten Krieges. Dennoch wurde der Begriff niemals analytisch, sondern lediglich polemisch gebraucht.⁵ In der UdSSR blieb seine Anwendung undenkbar. Um den sowjetischen Ursprung des neuen Status quo in Europa zu verschleiern, sprach man dort nicht von einer sowjetischen, sondern von einer europäischen Friedensregelung.

Die vorliegende Untersuchung präzisiert, was unter *Pax Sovietica* zu verstehen ist. Sie nutzt diesen Terminus zur Einordnung der sowjetischen Deutschlandplanung in die sowjetische Außenpolitik. Dadurch können deren Ziele klarer eingegrenzt werden: Die *Pax Sovietica*, die seit 1944 Realität wurde, war mehr als der sowjetische Frieden, um den Stalin vom ersten Tag des Zweiten Weltkrieges an mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden kämpfte. Sie wird in dieser Untersuchung als sowjetische Friedensordnung verstanden, die Möglichkeiten zum Aufbau

2 John Frederick Charles Fuller, *Russia is not Invincible*, London 1951; dgl. *How to Defeat Russia*, London 1951; dgl. *The Myth of Russian Invincibility. The Importance of Psychological Warfare. Practical Views and Plans of British and European Military Experts*, Edinburgh 1952.

3 John F. C. Fuller, *Armament and History. A Study of the Influence of Armament on History from the Dawn of Classical Warfare to the Second World War*, New York 1945, S. 189–190. Dieses Buch erlebte 1946 eine zweite Auflage in London und erschien 1948 in französischer Übersetzung in Paris: *L'influence de l'armement sur l'histoire depuis le début des Guerres Médiéques jusqu'à la Seconde Guerre Mondiale*, Paris 1948.

4 *New York Times*, 21. 8. 1947. Der Autor spricht von „zigzagging“ of opportunist policy“ der UdSSR.

5 Vgl. Joseph S. Roucek, *One World versus the iron curtain world*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 258 (Juli 1948), S. 59–65. Wilfried Loth nutzt den Begriff zwar als Kapitelüberschrift, erläutert aber nicht explizit, was er darunter versteht, vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt, 1941–55*, München 2000, S. 47.

des Sozialismus in und außerhalb der UdSSR gewährte, aber niemals grenzenlos war, sondern vielmehr gerade auf Abgrenzung vom Rest der Welt basierte. Sie beinhaltete die Teilung der Welt, einzelner Kontinente und Länder. Sie war im Wesentlichen identisch mit dem sowjetischen Einflussgebiet. Dort ließ Stalin fremde Mächte lediglich unter seiner Kontrolle agieren. Die Bewahrung der *Pax Sovietica* als Herrschaftsraum resultierte aus der Fähigkeit der UdSSR, die Entwicklung und den Frieden innerhalb dieses Raums unabhängig und sogar gegen den Willen der USA und aller anderen Mächte zu gewährleisten. Die Machtposition, die die UdSSR im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs gewonnen hatte, die sich in der Anwesenheit der Roten Armee in Deutschland – im Zentrum Europas – manifestierte, ermöglichte ihr eine weitgehende Abschirmung dieses neuen Herrschaftsraums. So gelang es der UdSSR, die Entwicklung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aller sich darin befindenden Staaten mehr oder weniger rigide zu beeinflussen.

*

Die Pax Sovietica setzte die Gewissheit voraus, dass der „Aufbau“ des Sozialismus zunächst in einem Teil der Welt nicht nur möglich, sondern gesetzmäßig sei. Diese Überzeugung und der damit zusammenhängende Glaube an ein besseres Leben, Gerechtigkeit, technischen Fortschritt und vieles andere mehr vereinigte Stalin und die sowjetische Führung mit Millionen in der VKP(b) – der alle Sowjetrepubliken erfassenden kommunistischen Allunionspartei der Bolschewiki. Diese Überzeugung verband sie mit den Mitgliedern in prokommunistischen Parteien, aber auch mit vielen Nichtkommunisten in und außerhalb des sowjetischen Einflussgebiets, die einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit für notwendig hielten. Doch sie alle sprachen niemals von einer Pax Sovietica. Vom Sozialismus als Gesetzmäßigkeit menschlicher Entwicklung ist in den außenpolitischen Quellen der UdSSR wenig die Rede. Dies war auch nicht erforderlich, denn darin waren sich als Kommunisten alle Mitarbeiter des Außenkommissariats mit der sowjetischen Führung einig. Und eine Betonung dieser Ideologie im Umgang mit anderen Staaten hatte sich als eher hinderlich erwiesen.

Gerade innerhalb des internationalen Systems – dem die Pax Sovietica, der sowjetische Block, immer angehörte – kennzeichnete die sowjetische Deutschlandpolitik während des gesamten Krieges wie auch an dessen Ende bei feststehenden Prämissen (Sozialismus als weltgeschichtliche Gesetzmäßigkeit) eine hohe Flexibilität: Stalin ließ sich als Macht- und Realpolitiker von keinem festen, unveränderlichen Konzept leiten, um eine sowjetische Friedensordnung durchzusetzen. Alternative Entwicklungen waren während der hier betrachteten Zeitspanne in größerem Maße möglich als in den Jahren zuvor und danach. Natürlich hätte die sowjetische Friedensordnung nie errichtet werden können, wenn der deutsche Blitzkrieg

1941 erfolgreich gewesen wäre. Wir wissen nicht, ob und wie sich die Pax Sovietica entwickelt hätte, wenn die Westmächte in Europa früher und intensiver Kampfhandlungen mit Bodentruppen aufgenommen hätten oder wenn es ihnen gelungen wäre, die UdSSR rechtzeitig in langfristige Kooperationsprojekte nach dem Kriege einzubinden. Wir können ebenso wenig wissen, welche Formen die Deutschlandpolitik der UdSSR angenommen hätte, wenn der deutsche Widerstand gegen Hitler erfolgreich gewesen wäre. All dies spricht für die grundsätzliche Offenheit der sowjetischen Politik während des Krieges. Freilich nur innerhalb eines bestimmten Spektrums: Für Stalin existierte in doppeltem Sinn keine Offenheit der Ziele. Als Kommunist spielten diese für ihn eine ähnliche Rolle wie Gesetze und Werte für die Demokraten Churchill und Roosevelt. Nicht nur was er Notwendigkeiten des Kommunismus wähnte, sondern auch was er für die nationalen Interessen Russlands hielt, bestimmte Stalins Handeln im Rahmen der jeweils gegebenen Möglichkeiten. Aber noch in einem anderen Sinn gab es für Stalin keine Offenheit der Ziele. Der Kremlchef war ständig bestrebt, seine Vorhaben zu verdecken, um sie durchsetzen zu können. Dies führte und führt zu einer Konfusion der Begriffe: In Moskau und in der gesamten sowjetischen Welt wurde von „Demokratie“ gesprochen, wo der Weg zum Sozialismus gemeint war; „Sicherheit“ wurde gefordert, wo Unterdrückung bzw. Zurückdrängung existierender und vermeintlicher innerer bzw. äußerer Gegner beabsichtigt war und oftmals, aber nicht immer, wurde Deutschland gesagt, wenn man von der SBZ sprach.

Die Ausgestaltung der von Stalin geprägten Friedensordnung änderte sich seit 1945 mehrfach. Doch hatte die Rote Armee diese neue Ordnung bereits auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs erkämpft. Als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, gelang es den USA und Großbritannien nicht, den Krieg weltweit zu den Bedingungen zu beenden, die sie selbst vier Jahre zuvor in der Atlantik-Charta definiert hatten. So entstanden im Mai 1945, als der Krieg in Europa endete, schlagartig zwei entgegengesetzte Friedensordnungen. Roosevelt und Truman, Churchill und Attlee konnten ihren Frieden nur begrenzt auf das Operationsgebiet ihrer Armeen im Westen durchsetzen. Sie mussten hinnehmen, dass Stalin den von ihm kontrollierten Ländern und Gebieten seine Friedensordnung aufzwang. Wenn man unter Integrationsfrieden, wie Hanns Jürgen Küsters, eine faktische Regelung versteht, die unter Führung der USA Schutz vor Deutschland mittels dessen Integration in die westeuropäischen Wirtschafts- und Sicherheitsstrukturen anstrebt,⁶ so kann man wohl auch von einem Integrationsfrieden sowjetischen Typs sprechen. Der Kremlchef verfolgte damit ein Konzept, das spätere Propagandisten als „friedliche Koexistenz“ bezeichneten. Unausgesprochen

6 Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, Oldenbourg 2000.

sah es Einflusszonen, gegenseitige Abgrenzung und Tolerierung antagonistischer Mächte vor.⁷ Mit der Selbstauflösung der *Pax Sovietica* löste sich dann auch die sowjetische Ordnung auf, verschwanden die politischen und ökonomischen Ergebnisse der Sowjetisierung (auch wenn deren gesellschaftliche und menschliche Deformationen lange nachwirken). Die Deutsche *Demokratische* Republik war ebenso wie die *Volksrepublik* Polen und die Tschechoslowakische *Sozialistische* Republik und alle *Volksdemokratien* in Europa nur innerhalb (bzw. am Rande) der sowjetischen Friedensordnung denkbar.

Zur Rolle Stalins

Die *Pax Sovietica* war der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene, viele Wandlungen durchlaufende Frieden der Sowjetmacht. Sosehr Stalin absoluter Herrscher und dominant bei allen in Moskau getroffenen Entscheidungen war, sosehr vermied er es, sich über Grundsätzliches hinaus schriftlich festzulegen. Dadurch gab es nicht nur für seine Verbündeten, sondern auch für die Mitglieder der sowjetischen Partei- und Staatsführung – und später für Historiker – keine Sicherheit über seine Ziele und Absichten. Der Georgier vermied es, Spuren seines Denkens, Hoffens, Zweifels, aber auch seiner Ängste zu hinterlassen und stellte stattdessen im Einklang mit der von ihm geprägten Ideologie die Sowjetmacht, die sowjetische Ordnung in den Vordergrund. Sich selbst präsentierte und stilisierte er als legitimen Nachfolger Lenins, als Wächter dessen Erbes, als Vollender des Aufbaus des Sozialismus und Schöpfer eines neuen Menschentyps. Der Kaukasier, von dem es hieß, er nenne „nicht mehr als ein paar Stiefel sein Eigen“,⁸ suchte als Privatperson in den Hintergrund zu treten, um einen immer weiter gesteigerten Kult um seine Person zu initiieren und zu fördern.

Die Suche nach den Spuren Stalins in den bisher zugänglichen Quellen war ein besonderes Anliegen dieser Untersuchung. Dabei stand einem Mangel an Bemerkungen des sowjetischen Führers eine Überfülle an Dokumenten gegenüber, die direkte oder indirekte Zuarbeiten für Stalin waren bzw. im Ergebnis seiner Weisungen entstanden. Stalin selbst strebte nach umfassender Information und forderte die Vorlage unzähliger Papiere. Doch finden sich nur in seltenen Fällen Anstreichungen, Korrekturen, Resolutionen oder sonstige Reaktionen des Mannes, der

7 Alexander Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945*, Stuttgart 1975, S. 8–9: Der Sieg der Sowjetunion war „nicht nur ein militärischer, sondern auch in unerwartetem Ausmaß ein politischer, und dieser politische Sieg wurde nicht nur über den deutschen Gegner errungen, sondern auch über die eigenen Alliierten“. (zit. Günter Stökl, *Sowjetrußland unter Lenin und Stalin (1917–1953)*, München 1963, S. 58–59).

8 Heiner Müller, *Wolokolamsker Chaussee III: Das Duell*, Berlin 1986.

unangefochten an der Spitze von Partei, Staat und Armee stand. Auch fehlen Memoiren oder andere reflektierende Texte aus seiner Hand, die Auskunft über die von ihm verfolgten Ziele und die dabei angewandten Methoden geben könnten. Für die Kriegszeit wird dieser Mangel teilweise durch die zur sofortigen Veröffentlichung bestimmten Reden und Befehle Stalins⁹ sowie durch den in den fünfziger Jahren veröffentlichten Briefwechsel mit Churchill, Roosevelt, Truman und Attlee¹⁰ kompensiert.

Bei allen Äußerungen Stalins – sowohl den öffentlichen als auch den internen, unveröffentlichten – stellt sich weniger die Frage, inwieweit er dabei genuine Überzeugungen offenlegte, sondern vor allem, was er bezweckte. Es gibt für die Interpretation seiner Worte keinen Algorithmus. Weder kann man davon ausgehen, dass er gegenüber Gesprächspartnern, die er als aktuelle oder potentielle Gegner betrachtete, seine Absichten grundsätzlich verhüllte, noch davon, dass er sich gegenüber all denen, die er als mögliche Verbündete ansah, zu seinen Ziele bekannte.

Wie zu zeigen sein wird, strebte Stalin auch Gegensätzliches und Widersprüchliches an. Er schloss keinerlei Handlungsmöglichkeiten aus, wenn er sich davon Nutzen versprach. Auch wegen dieser Schrankenlosigkeit ging er sehr sparsam mit der Dokumentation seiner Aussagen um. Er rechnete auch bei internen Bemerkungen mit deren Verbreitung durch seine Gesprächspartner, selbst wenn er diesen verbot, Aufzeichnungen von den Unterredungen mit ihm anzufertigen. Man kann davon ausgehen, dass Stalin in jedem Gespräch versuchte, die Wirkung seiner Worte zu kalkulieren, um die von ihm gewünschte Wirkung zu erreichen. So war er durchaus bereit, gegenüber Gegnern, wollte er deren Kooperationsbereitschaft gewinnen, Vorhaben offenzulegen. Oder gegenüber Gleichgesinnten Ziele vorzugeben, die er nur am Rande verfolgte. Um unter diesen Bedingungen einzelne Äußerungen Stalins zu beurteilen, bedarf es, wie Leonid Gibianskij feststellte, „eines komplexen Herangehens, einer kritischen Quellenanalyse, ebenso wie einer

9 J.W. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin 1946 (im Folgenden: Stalin, Krieg). Die erste 72-seitige Ausgabe in deutscher Sprache erschien bereits 1942 (!). Seit 1945 folgten fünf weitere deutsche Ausgaben in Österreich und Deutschland. In der DDR erschien die letzte Ausgabe 1952.

10 Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR (Hg.), Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Berlin-Ost 1961, die russische Ausgabe erschien 1957 (im Folgenden: BW). Die Herausgabe des Briefwechsels wurde in Moskau noch zu Lebzeiten Stalins vorbereitet. Einen diesbezüglichen Beschlussentwurf für ZK VKP(b) übermittelten Molotov und Vyšinskij am 29. Juli 1950, vgl. RGASPI f. 82, op. 2, d. 1091, Bl. 120-126.

Berücksichtigung der realen Entwicklung“ in den Gebieten, auf die sich der Kremlchef bezog, und der dortigen sowjetischen Aktivitäten.¹¹

*

Stalin war nicht nur einer der größten Gewalttäter der Menschheitsgeschichte. Für die wenigen Jahre des Krieges wurde der Massenmörder im Osten zu einem der Befreier der von den deutschen Nationalsozialisten in ihrer Existenz bedrohten Völker. Ihm war es gelungen, in nur zwei Jahrzehnten das im Ersten Weltkrieg auseinandergebrochene Russische Reich zu einem neuen Machtgebilde zusammenzuschmieden, das dem entfesselten deutschen Nationalismus weitgehend aus eigener Kraft Einhalt gebieten konnte. Dass die Anti-Hitler-Koalition, die nicht nur militärisch, sondern auch mit nichtmilitärischen Mitteln von Deutschland attackiert und in der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit wie auch seitens der Exilregierungen immer wieder in Frage gestellt wurde, während des gesamten Krieges Bestand hatte, war auch seine Leistung.¹² Stalin legte die Basis dafür, dass während und nach dem Zweiten Weltkrieg die Völker der UdSSR den Wiederaufbau des Sowjetreiches weitestgehend ohne Hilfe der Westmächte, jedoch gestützt auf die Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen bewältigen konnten und mussten. Er befähigte die Sowjetmacht durch Hochrüstung zu einer autarken Politik, die das Antlitz der Welt für mehr als vier Jahrzehnte prägte.

Während des Krieges war – nicht nur in der sowjetischen Bevölkerung – ein „Stalin-Effekt“ zu beobachten. Weder in den Jahren zuvor noch danach bekannten sich weltweit so viele Menschen zu Stalin wie zwischen 1941 und 1945. Er motivierte sowjetische Militärs, Wirtschaftsfunktionäre, aber auch Diplomaten, über sich hinaus zu wachsen, Eigeninitiativen zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen. In der sowjetischen Bevölkerung entwickelte sich das problematische Bewusstsein, Teil einer höheren Ordnung zu sein, der die Zukunft gehöre. Diese Ideologie stattete die sowjetischen Politiker und Funktionäre bei aller erkennbaren materiellen Unterlegenheit gegenüber den Partnern in der Anti-Hitler-Koalition mit einem Überlegenheitsgefühl aus, das sich auch in Aufzeichnungen niederschlug, die man im Westen zu Verhandlungen mit sowjetischen Vertretern anfertigte.

In diesem Buch tritt Stalin als Macht- und Realpolitiker – als sowjetischer Machiavelli, als sowjetischer Führer (Vožd') und als Kremlchef (Chozjain) – auf; er wird jedoch nur selten als Diktator bezeichnet. Der kommunistische Friedensstifter wird in dieser Untersuchung zuerst an seinen außenpolitischen Aktivitäten, an

11 Leonid Gibianskij, *Problemy vostočnoj Evropy i načalo formirovanija sovet'skogo bloka*, in: *Cholodnaja vojna 1945–1963*, Moskau 2003, S. 105–136, hier S. 124.

12 Roberts, Stalin, S. 165.

seinen internen Überlegungen und seinen öffentlichen Äußerungen zu Deutschland und den internationalen Beziehungen gemessen. Dabei spielt seine extreme Gewaltbereitschaft, sein oft zynischer Realismus eine wichtige Rolle. Aber er tritt in diesem Untersuchungsfeld selten als der blutige Herrscher auf, der er im gesamten sowjetischen Herrschaftsgebiet vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg blieb. Nicht als Gewaltherrscher, sondern als geschickt agierender Politiker verschaffte sich Stalin in der kommunistischen Bewegung, in der heterogenen Bevölkerung der UdSSR, aber auch in Washington und London Autorität und selbst bei seinem deutschen Kriegsgegner Respekt. Als *Vožd'* mobilisierte er Millionen Soldaten, Funktionäre im Partei- und Staatsapparat sowie in der Wirtschaft zu Leistungen, die sie andernfalls kaum geschultert hätten. Obwohl Stalin niemals aufhörte, ein zu aller Gewalt bereiter Alleinherrscher zu sein, der seinen Willen all den Völkern und Menschen aufzwang, deren Kollaboration mit dem Gegner er vermutete oder unterstellte, vermieden es Churchill und Roosevelt in ihrem internen Briefwechsel, ihren sowjetischen Partner, den sie bereits ansatzweise als Gegner begriffen, als „Diktator“ zu bezeichnen und durch diese Bezeichnung mit Hitler auf eine Stufe zu stellen.

Weniger in der Forschung als in der russischen Öffentlichkeit bleibt die Bewertung der Politik Stalins umstritten. Doch die geschichtliche Entwicklung selbst hat inzwischen mit dem Zerfall der Sowjetunion ihr Urteil gesprochen: Die baltischen Staaten erhielten ihre Unabhängigkeit zurück; die Verselbständigung Belorusslands, der Ukraine und Moldawiens ist ohne den Umweg über die 1939/40 vollzogene Eingliederung polnischer und rumänischer Landesteile in die UdSSR schwer vorstellbar. Trotz aller zwingenden Einwände gegen Stalins Politik und Herrschaft betrachte ich die in den knapp zwei Jahren der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit 1939–1941 gezogenen Grenzen der UdSSR als einen möglichen Pfad der historischen Entwicklung (was ebenso für den sowjetischen Vielvölkerstaat insgesamt gilt). Sie waren für all die, die den Aufbau des Sozialismus in der Art Stalins begrüßten, historisch legitim, wie sie für alle Gegner dieser sozialistischen Entwicklung immer illegitim blieben. Auch ohne diese Grenzerweiterungen zu Beginn des Zweiten Weltkrieges hätte Stalin während des Krieges eine sowjetische Friedensordnung angestrebt. Sie hätte – wäre auch dann der vollständige Sieg über Deutschland erreicht worden – in anderer Gestalt ähnliche Resultate geschaffen: Möglicherweise wären dann Polen in den östlichen Grenzen von 1939 und die baltischen Staaten als formal selbständige Volksdemokratien sowjetisiert worden.

Forschungsstand und Quellenlage

In dem immer schwerer zu überschauenden Strom an Publikationen zu Stalin und dessen Prägekraft in der sowjetischen Politik und Geschichte, bilden historisch-

kritische Analysen ein kleines Rinnsal und Untersuchungen zum Wandel der Deutschlandpolitik während des Zweiten Weltkriegs kaum wahrnehmbare Tropfen. Die entscheidende Ursache dafür liegt in der prekären Quellenlage: Die Spezifika der Forschungen zur sowjetischen Außenpolitik und der höchst eingeschränkte Quellenzugang bedingen sich gegenseitig. Der größte Teil der bis heute publizierten Untersuchungen entstand vor Öffnung der sowjetischen Archive außerhalb der UdSSR, insbesondere in den USA.¹³ Trotz gewichtiger Überblicksdarstellungen und zahlreicher Sammelbände herrscht noch immer Mangel an russischen Spezialuntersuchungen.¹⁴ Die bisher vorgelegten Arbeiten konnten nicht die öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen, um selbst Einfluss auf die Öffnung der „Ämter“-Archive des russischen Außen- und Verteidigungsministeriums, des Föderalen Sicherheitsdienstes und der Präsidentenverwaltung der Russländischen Föderation zu nehmen. Noch immer nimmt die Bevölkerung und die historische Forschung Russlands es hin, dass die Deklassifizierung der dort aufbewahrten Quellen als interner bürokratischer Vorgang behandelt wird.

Seit der partiellen Öffnung der Archive in Russland und der vollständigen Zugänglichkeit der staatlichen Quellen im Osten Deutschlands sind fünf grundlegende Untersuchungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik erschienen.¹⁵ Sie alle richten jedoch ihren Fokus vor allem auf die Zeit nach 1945. Schon vor 1989 erbrachten Untersuchungen der sowjetischen Deutschlandpolitik in der BRD wichtige Teilergebnisse.¹⁶ In der DDR dagegen erreichten Arbeiten zur Teilungsge-

13 Unter den zahlreichen Untersuchungen seien hier nur drei genannt: Adam B. Ulam, *Expansion and Coexistence. The History of Soviet Foreign Policy*, London 1968; Vojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980 und William Taubman, *Stalin's American Policy: From Etente to Detente to Cold War*, New York 1982.

14 Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge (Mass.) 1996; A.O. Čubar'jan (Hg.), *Stalin i cholodnaja vojna*, Moskau 1998; N.I. Egorova/A.O. Čubar'jan, (Hg.), *Cholodnaja vojna 1945–1963*, Moskau 2003; Vladimir Pečatnov, *Stalin, Roosevelt, Truman: SSSR i SŠA v 1940 gg. Dokumentalnye očerki*, Moskau 2006.

15 Aleksej M. Filitov, *Germanskij Vopros. Ot paskola k ob'edinenie* [Die deutsche Frage. Von der Teilung zur Wiedervereinigung], Moskau 1993; Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994; Norman M Naimark, *The Russians in Germany: The History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge (Massachusetts) 1995; Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die Sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999; Rolf Badstübner, *Vom Reich zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch*, Berlin 1999.

16 Boris Meissner, *Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953*, Hamburg 1954; Gerhard Wettig, *Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der*

schichte¹⁷ – in Bezug auf die Untersuchungen der sowjetischen Nachkriegsplanungen – zu keiner Zeit wissenschaftliche Unabhängigkeit. Spezielle Untersuchungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik gelangten niemals über die Edition der offiziellen Dokumente hinaus.¹⁸

*

Die Erschließung der Quellen zur Außen- und Deutschlandpolitik Stalins ist seit der „Archivrevolution“ im Gefolge des politischen Zusammenbruchs der UdSSR zwar einen großen Schritt vorangekommen. Doch noch immer ist es unmöglich, systematisch das Geflecht der Berichterstattung und Weisungen zu analysieren, die auf dem Tisch Stalins landeten bzw. von dort ihren Ausgang nahmen. Der Telegrammwechsel zwischen den sowjetischen Auslandsvertretungen und der Moskauer Zentrale sind im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation ebenso gesperrt wie die Unterlagen der sowjetischen Geheimdienste, welche nicht nur Informationen über die Politik der fremden Mächte beschafften, sondern ebenso Fehlinformationen einspeisten, um die Politik dieser Mächte zu stören.

Die Eigenart der sowjetischen Quellen zeigt sich auch bei der Auswertung der sowjetischen Presse. Nicht nur findet sich darin nichts Vergleichbares zu der reichhaltigen Kommentierung und Kritik außenpolitischer Prozesse in den Zeitungen des Westens. Auch ihr faktischer Informationsgehalt bleibt weit hinter dem der führenden *New Yorker* oder der Londoner Blätter zurück. Bis auf den heutigen Tag bieten die *New York Times* oder die Londoner *Times* Informationen über die Arbeit der sowjetischen Botschafter in Washington, die in Moskauer Archiven nur vermutet werden können.

Die vorliegende Monographie verdichtet die in langjähriger Arbeit an der Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948“ erschlossenen deutschlandpolitischen Quellen des Archivs für Außenpolitik zu einem Gesamtbild der sowjetischen Allianzpolitik und Deutschlandplanung während des Krieges. Nicht zuletzt bleibt es ein Ziel der jetzt vorgelegten Untersuchung, die Kommentierung und Quellenauswahl dieser Edition zu prüfen. Dieser Ausgangspunkt prägt die Eigenart der Arbeit, das stärkere Gewicht der Quellenanalyse im Vergleich zur

Deutschen in Europa, München 1967, Köln 1967; Alexander Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975.

17 Rolf Badstübner/Siegfried Thomas, Die Spaltung Deutschlands 1945–1949, Berlin (Ost) 1966; Rolf Badstübner, Friedenssicherung und deutsche Frage. Vom Untergang des ‚Reiches‘ bis zur deutschen Zweistaatlichkeit (1943 bis 1949), Berlin 1990.

18 Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion 1945–1968, Bd. 1–3, Ost-Berlin 1957–1968; Die Sowjetunion auf den internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945, Berlin 1986–1988.

Diskursanalyse. Und dennoch konnten die primären Quellen nur auf der Grundlage der deutschen und internationalen Forschung sinnvoll ausgewertet werden.

Neben der weitestmöglichen Nutzung der deklassifizierten Quellen aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation und aus den für das Thema wichtigsten anderen Moskauer Archiven wurden veröffentlichte Quellen so umfassend wie möglich herangezogen. Hier lag der Schwerpunkt ebenfalls auf den sowjetischen Dokumenten.

Untersuchungsansatz

Die Deutschlandplanung der UdSSR wird in diesem Buch aus einer internationalen Perspektive, also nicht allein vom deutschen Standpunkt aus untersucht. Dies wird durch die Einbeziehung britischer und amerikanischer Quellen erreicht. Besser erkennen lassen sich dadurch die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen sowjetischer Handlungen. Damit gewinnen auch die Interaktionen und Interdependenzen zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA in ihrem gemeinsamen und getrennten Kampf gegen Deutschland schärfere Konturen. Erst aus diesem Blickfeld lassen sich die Fragen beantworten, die die Untersuchung leiten: Was waren die Wurzeln für die Konflikte unter den Siegern des Zweiten Weltkrieges? In welchem Zusammenhang standen sie mit der doppelten Blockbildung? Welche Folgen hatte es, als die UdSSR ihre Gestaltungsmöglichkeiten nutzte, die sich ihr aus der Niederwerfung Deutschlands und seiner Satellitenstaaten im Osten Europas boten? Nicht zuletzt treten bei diesem internationalen Untersuchungsansatz auch die nationalen Lücken in der Zugänglichkeit der Quellen deutlicher hervor. Dies betrifft vor allem, aber eben nicht nur, sowjetische Dokumente, die in den heute russischen Archiven noch immer geheim gehalten werden.

Über weite Strecken konzentriert sich die Untersuchung auf eine zusammenhängende, kritische Interpretation der bisher zugänglichen sowjetischen Quellen. Sie werden der realen Entwicklung des Krieges, den Planungen im NKID, den Reaktionen der wohlwollenden Beobachter und unversöhnlichen Kritiker im Westen, aber auch den Überlegungen der deutschen Politemigranten gegenübergestellt. Dies erlaubt nicht nur eine bessere Gewichtung des Einflusses Stalins auf die sowjetische Außen- und Deutschlandpolitik. Vielmehr wird es dadurch überhaupt erst möglich, das Manipulieren Stalins zu erkennen.

Die Untersuchung fragt nach den spezifischen sowjetischen Kriegszielen, aber auch nach den Chancen für eine kooperative Lösung der deutschen Frage durch die Anti-Hitler-Koalition. Sie geht den Ursachen für die gemeinsame, aber getrennte Besetzung Deutschlands nach: Inwieweit zielte die Politik der UdSSR und der USA auf die Fortsetzung der Kriegskoalition und damit auf langfristige Kooperation? Welche Bedeutung behielt für beide die Existenz eines antagonistischen

Gegners? Warum kam eine gemeinsame Vorbereitung auf den Frieden erst spät und unzureichend zustande? Wie bereitete Stalin die UdSSR auf den Frieden und auf ihren Platz in Europa und der Welt vor?

Die spezifische Quellenlage für die Untersuchung dieser Fragen ist noch immer schlecht und nur schwerlich vergleichbar mit vorangegangenen Untersuchungen der britischen oder amerikanischen Kriegszielpolitik. Dies behinderte die Weiterentwicklung der internationalen Perspektive zu einer internationalen Geschichte der Kriegszielpolitik aller am Zweiten Weltkrieg beteiligten Staaten. Der Quellenmangel erzwang es oftmals, statt in die Tiefe in die Breite zu gehen. Das war sowohl zu bedauern, erwies sich aber auch als Vorteil. Denn dieser Zwang erlaubte es, ein großes Spektrum der Faktoren und Entwicklungen zu berücksichtigen, die Stalins Allianz- und Deutschlandpolitik beeinflussten. In der Regel folgt die Untersuchung der Chronologie, doch erforderten einzelne Probleme (die Grenzen, der Konflikt über gleichgewichtige Kampfhandlungen der Westmächte in Europa, die Gipfeltreffen der großen Drei) Längsschnittuntersuchungen. Sie sind den Zeitpunkten zugeordnet, an denen sie politische Relevanz erhielten. Auf diese Weise konnten Stalins Vorbereitungen auf den Krieg, die Anfänge seiner Allianzpolitik, die Lend-Lease-Hilfe, die Reparationsfrage, die deutschen Friedensfühler, die sowjetische Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland, die deutschen Kriegsverbrechen, aber auch sowjetische Willkürakte (Katyn) nach ihrer Wirkung auf die sowjetische Deutschlandplanung befragt werden. Die Bedingtheit der Moskauer Außenpolitik durch die Eigenart der stalinistischen Gesellschaft, den Kriegsverlauf und die Politik der übrigen Mächte kann dadurch klarer in Erscheinung treten.

Das Schwergewicht der Untersuchung liegt auf der Deutschlandplanung 1943/44 im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und den dort eingesetzten Kommissionen: Kapitel VII betrachte ich als Hauptteil der Arbeit. Diese sowjetischen Planungen werden im Zusammenhang mit dem Agieren der UdSSR in der Europäischen Beratenden Kommission analysiert. Es zeigte sich aber auch, dass die sowjetische Deutschlandpolitik nicht allein eine Funktion der alliierten Beziehungen war – wie Hermann Graml 1985 feststellte¹⁹ –, sondern dass vielmehr auch die Beziehungen der UdSSR zu den Alliierten zu einer Funktion der sowjetischen Deutschlandpolitik wurden. Stalin tritt dadurch deutlicher als „Gestalter“ der sowjetischen Politik hervor.

Die Untersuchung geht von zwei Annahmen aus. *Erstens*: Die deutsche Frage lautete für Stalin nicht nur: Wie kann Sicherheit gegenüber Deutschland geschaffen werden? Er fragte auch: Welche Chancen bietet eine solche Lösung für die

19 Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–48*, Frankfurt/M. 1985, S. 14.

UdSSR zur Durchsetzung eigener Ziele? Beide Fragen berührten für ihn nicht nur Deutschland, sondern das Verhältnis zu den Westmächten ebenso wie die Beziehungen der UdSSR zu ihren Nachbarn, insbesondere denen, die zugleich an Deutschland grenzten. *Zweitens*: Bereits während des Krieges fielen Entscheidungen, die lange über den Sieg hinaus wirkten, als die UdSSR ihren Kampf um die gesellschaftliche Verankerung dieses Sieges und die Sicherung ihrer „Früchte des Sieges“ beharrlich fortführte.

Unter der Anti-Hitler-Koalition wird in der folgenden Untersuchung nicht die Gesamtheit der gegen Deutschland Krieg führenden Staaten verstanden, sondern der Zusammenschluss der UdSSR, Großbritanniens und der USA. Die Bezeichnung Anti-Hitler-Koalition ist ebenso sperrig wie die vielfältigen Ansätze zur Zusammenarbeit der drei großen Mächte während des Krieges immer konfliktträchtig waren. Nicht weniger ambivalent gestaltete sich die Vereinigung aller Kriegsgegner Deutschlands und Japans, welche sich seit Januar 1942 als Vereinte Nationen bezeichnete. Die Anti-Hitler-Koalition bildet das Rückgrat dieser Gemeinschaft, die heute als Organisation der Vereinten Nationen (UNO) existiert.

Danksagungen

Zuallererst ist der Fritz Thyssen Stiftung zu danken. Auf der von ihr beharrlich geförderten Erschließung der deutschlandpolitischen Quellen im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation basiert diese Untersuchung. Ermöglicht wurde sie durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und durch das Vertrauen und die große Geduld der früheren und gegenwärtigen Direktoren des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Bei der jahrelangen Suche nach Zugängen zu den sowjetischen Quellen entstand eine enge Kooperation mit Georgij Kynin, dem damaligen stellvertretenden Leiter des Historisch-Dokumentarischen Departements des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation. Er begleitete nicht nur die gemeinsame Edition, sondern auch diese Untersuchung mit großem Interesse. Förderung erfuhr die langwierige Untersuchung auch durch Werner Matschke (†). In den Moskauer Archiven habe ich insbesondere Anatolij A. Bykov (†), Elena V. Belevič und Nadežda P. Mozžuchina im Archiv für Außenpolitik (AVP RF), Sergej V. Mironenko im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Elena A. Tjurina und Andrej I. Minjuk im Archiv für Wirtschaft im Wirtschaftsarchiv (RGAĖ) und Andrej Doronin (RGASPI) zu danken.

Anregungen verdankt diese Arbeit zum Teil lange zurückliegenden, deshalb aber nicht weniger wichtigen Gesprächen mit Leonid Gibianskij und Sergej Slutsch (beide Moskau), Norman Naimark (Stanford University), Lothar Kettenacker, Ludolf Herbst, Harold Hurwitz, Rolf Badstübner, Catherine Epstein (Amherst College) und Grischa Meyer. Klaus-Jochen Arnold hat eine frühe Fassung des Manuskripts eingehend kritisiert. Rita Böttcher gestaltete die Karten zur Zoneneinteilung Deutschlands und zur Sektoreneinteilung Berlins.

Ein besonderer Dank gilt Sylvia Klötzer, meiner Frau. Sie war und ist meine stärkste Kritikerin.

I. Deutschland als Problem Stalins vor 1941

Bis zum Zweiten Weltkrieg bildete die Sowjetmacht einen Fremdkörper in der internationalen Staatenwelt. Ihr wurde gleichberechtigte Beteiligung an internationaler Zusammenarbeit nur sehr eingegrenzt gewährt.¹ Wichtigstes Mittel der sowjetischen Außenpolitik war seit 1917 die Ausnutzung der „inner-imperialistischen“ Widersprüche. Diesem blieben die konkreten Beziehungen zu anderen Staaten und die Beteiligung der UdSSR an internationalen Organisationen (insbesondere dem Völkerbund) untergeordnet. Das war sowohl bewusst gewählte Strategie² als auch Teil des Überlebenskampfes eines Regimes, welches jede Anpassung an die gegebenen und sich schnell verändernden internationalen Verhältnisse als „Verbürgerlichung“ bekämpfte. Wenn es seit dem Ende der zwanziger Jahren, als Stalin die unumschränkte Führung der VKP(b) – wie sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion bis zu ihrem XIX. Parteitag 1951 nannte – übernommen und den auf die UdSSR beschränkten Aufbau des Sozialismus durchgesetzt hatte, eine Grundlinie der sowjetischen Außenpolitik gab, so können dafür die Maximen gelten, die Stalin im Januar 1934 formulierte:³

Wir hatten keine Orientierung auf Deutschland, ebenso wenig wie wir eine Orientierung auf Polen und Frankreich haben. Wir orientierten uns in der Vergangenheit und orientieren uns in der Gegenwart auf die UdSSR und nur auf die UdSSR.*

Mit dieser Feststellung hob Stalin die Konzentration der UdSSR auf die sozialistische Umgestaltung hervor, die er um jeden Preis fortführen und verteidigen wollte. Sowjetische Außenpolitik gründete sich für ihn nicht nur auf die militärische

1 Vgl. Lloyd C. Gardner, *Spheres of Influence. The Great Powers Partition Europe, from Munich to Yalta*, Chicago 1993, S. 31: „[T]he Russian experts (of the State Department) had always doubted anything could (or, more important, should) come of diplomatic relations with a Marxist regime.“

2 Vgl. Sergej Slutsch, *Stalin und Hitler 1933–1941: Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml*, in: Jürgen Zarusky, *Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung*, München 2006, S. 59–88, hier S. 64: Die sowjetische Außenpolitik folgte der „Generallinie der Stalinschen Strategie“, die vor wie nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland „die Welt spalten und Staaten gegeneinander aufhetzen sowie aufflackernde Widersprüche und Konflikte vertiefen wollte“.

3 Stalin, *Rechenschaftsbericht auf dem XVII. Parteitag*, 28. 1. 1934, in: Stalin, *Werke*, Bd. XIII, S. 173.

* Werden Zitate eingerückt, wird auf deren Kennzeichnung durch Anführungszeichen verzichtet.

und wirtschaftliche Stärke der UdSSR, sondern zielte zugleich auch auf die weitere militärische und wirtschaftliche Stärkung der Sowjetmacht. Sekundär blieb dagegen die Förderung sowjetfreundlicher Kräfte im Ausland (z.B. mit Hilfe der Kommunistischen Internationale), aber auch die Hoffnung auf die Unterstützung der UdSSR durch kommunistische Parteien und andere „fortschrittliche“ Kräfte im Ausland.

Wie sich die UdSSR immer stärker vom kapitalistischen Ausland abgrenzte, grenzte sich auch dieses Ausland von ihr ab. Und in dem Maße, wie die UdSSR die tatsächlichen und vermeintlichen Widersprüche zwischen den übrigen Mächten zu nutzen suchte, strebten diese wiederum danach, die UdSSR für ihre eigene Politik nutzbar zu machen. Aus dieser Ausgangslage resultierten wenige Jahre später die Konflikte innerhalb der Anti-Hitler-Koalition.

Das Streben nach allumfassender Sicherheit – gegenüber internen wie externen Feinden – blieb für die UdSSR bis zu ihrem Untergang bestimmend.⁴ Außenpolitik besaß für Stalin nicht zuletzt immer auch eine innenpolitische Funktion. Auf der Realität wie der Fiktion einer feindlichen Umkreisung und der Überzeugung, ein Krieg stünde unmittelbar bevor, basierte der stalinistische Terror.⁵ Er war nicht nur Teil der Kriegsvorbereitungen, sondern ebenso Voraussetzung und Methode, das sowjetische System aufzubauen. Eine Forderung Stalins, die (Außen-)Politik der UdSSR so auszurichten, dass sie stets in der Lage wäre, einen Krieg im Rahmen einer Koalition mit anderen Staaten führen zu können, ist jedoch nicht bekannt. Eine solche Forderung hätte den Zielen des sowjetischen Staates widersprochen und die reale Kluft, die zwischen der UdSSR und den übrigen Mächten bestand, nur schwer überwinden können. Die dauerhafte und umfassende Beseitigung der Kriegsgefahr durch eine erfolgreiche Außenpolitik hätte nicht nur dem Terror die Rechtfertigung entzogen, sondern ebenso den „Aufbau“ des Sozialismus behindert.

Wenn im Folgenden die Deutschlandpolitik Stalins vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR im Zentrum steht, muss dabei vieles unerwähnt bleiben. Es wird vor allem auf jene Erscheinungen und Entwicklungen hingewiesen werden, die die

4 John Lewis Gaddis, *The Cold War. A New History*, New York 2005, S. 11: „Stalin’s post-war goals were security for himself, his regime, his country, and his ideology, in precisely that order.“

5 Oleg Khlevyuk, *The Objectives of the Great Terror, 1937–1938*, in: *Soviet history, 1917–53. Essays in honour of R. W. Davies*, hg. von Julian Cooper, New York 1995. Abgedruckt in: *Stalinism*, hg. von David L. Hoffmann Oxford 2003, S. 87–104, hier S. 102: „The mass repression of 1937–38 ... was conceived as a means of eliminating a potential ‚fifth column‘ in a period when the threat of war was increasing.“

sowjetische Politik und Planung nach dem deutschen Angriff nachweisbar beeinflussten.

1. Kriegserwartung

Die Furcht vor kriegerischen Auseinandersetzungen mit fremden Mächten war in dem ebenso eigenwilligen wie einzigartigen Staat der Sowjets seit der Revolution stets präsent. Schon Anfang 1925 mahnte Stalin das Zentralkomitee der Allunionspartei der Kommunisten mit dem Klammerzusatz „b“ für Bolschewiki, „dass die Voraussetzungen für einen Krieg heranreifen und der Krieg, natürlich nicht morgen oder übermorgen, wohl aber in einigen Jahren, unvermeidlich werden kann.“ Bereits damals forderte er, die Rote Armee „auf die gebührende Höhe [zu] bringen“, um in einem solchen Krieg gegebenenfalls die entscheidende Rolle zu spielen.⁶

Seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland vermochte Stalin die Kriegserwartung in der sowjetischen Bevölkerung zu steigern. Einer der Chronisten des Großen Vaterländischen Krieges, Konstantin Simonow, erinnerte sich rückblickend:⁷

Wir waren eine Vorkriegsgeneration, wir wussten, der Krieg stand uns bevor. Zunächst schien es allgemein ein Krieg mit der kapitalistischen Welt zu werden – in welcher Form, in Form welcher Koalition war schwer vorhersagbar; wir wurden bedroht sogar von den unmittelbaren Nachbarn Polen, Rumänien, der kleinen Entente –, das war vor dem Machtantritt Hitlers, und im Fernen Osten von Japan. Wir wussten, wir befanden uns in einer feindlichen Einkreisung. [...] Kein Zweifel, der Krieg mit Japan und Deutschland lag in der Luft, [vielleicht] mochte sich Italien ihnen anschließen.

Eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem „Faschismus“ – der „offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“,⁸ so die offizielle, in der UdSSR allgemein-

6 Stalin, Rede auf der Plenartagung des ZK der KPR(B), 19. 1. 1925, in: Stalin, Werke, Bd. VII, 1925, Berlin 1952, S. 9–12: Hervorhebung nicht im Original.

7 Konstantin Simonow, Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin, Berlin 1990, S. 74.

8 Referat Dimitrovs auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (25. 7.–20. 8. 1935), in: Georgi Dimitroff, Gegen Faschismus und Krieg, Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982, S. 50. Dimitrov bezog sich bei seiner Bestimmung des „Klassencharakters“ auf die „Einschätzung“ des XIII. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (28. 11.–12. 12. 1933), als deren Urheber Stalin vermutet wird, vgl. Slutsch, Stalin S. 61.

verbindliche Definition Dimitrovs – schien der sowjetischen Bevölkerung unvermeidlich. Die Lage entwickle sich „einem neuen imperialistischen Krieg entgegen“, erläuterte Stalin am 28. Januar 1934 auf dem XVII. Parteitag der VKP(b). Dabei rechnete er zuerst mit einem „Krieg gegen eine der Großmächte“ und lenkte die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf Deutschland: „Bekanntlich wollte man während des ersten imperialistischen Krieges ebenfalls eine Großmacht, nämlich Deutschland, vernichten und auf seine Kosten Vorteile herauschlagen.“ Erst nachdem er die Möglichkeiten eines Krieges gegen China erwähnt hatte, wandte sich Stalin einem Krieg aus Rassegründen zu. In diesem Zusammenhang ging der Generalsekretär direkt auf „schriftstellernde faschistische Politiker in Berlin“ ein und zog eine Parallele zum Römischen Reich: „Bekanntlich betrachtete das alte Rom sie [die Germanen] als ‚niedere Rasse‘, als ‚Barbaren‘, die dazu bestimmt seien, für alle Ewigkeit der ‚höheren Rasse‘, dem ‚Großen Rom‘, unterworfen zu sein.“ Und nicht ohne drohenden Unterton erklärte er: „Herausgekommen ist dabei, dass sich die Nichtrömer, das heißt alle ‚Barbaren‘, gegen den gemeinsamen Feind zusammenschlossen und Rom über den Haufen rannten.“ Erst zum Schluss seiner Sentenzen über einen künftigen Krieg kam Stalin auf einen möglichen Überfall auf die UdSSR zu sprechen. Obwohl er offenließ, welche Staaten sich daran beteiligen könnten, stand für ihn fest:⁹

Sie wollen die UdSSR zerschlagen, ihr Territorium aufteilen und sich auf ihre Kosten bereichern. [Doch dies könnte ein sehr gefährlicher Krieg werden], weil die Völker der UdSSR auf Tod und Leben für die Errungenschaften der Revolution kämpfen werden. [...] Und mögen die Herren Bourgeois nicht uns Vorwürfe machen, wenn sie am Tage nach einem solchen Kriege einige ihnen nahestehende Regierungen vermissen werden, die jetzt „von Gottes Gnaden“ wohlbehalten regieren (Beifallssturm).

Die Vernichtung bzw. die Aufteilung von Staaten war also für Stalin 1934 ebenso denkbar wie die Perspektive revolutionärer Umwälzungen infolge eines Überfalls auf die UdSSR. Die von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr erwähnte der sowjetische Parteichef erneut im März 1936, allerdings ohne daraus Schlussfolgerungen für die Außenpolitik der UdSSR zu ziehen.¹⁰ Noch ein Jahr zuvor hatte er in einer vertraulichen Unterredung mit dem britischen Außenminister Verständnis

9 Stalin, Rechenschaftsbericht auf dem XVII. Parteitag, 28. 1. 1934, in: Stalin, Werke, Bd. XIII, S. 169–171.

10 Unterredung zwischen Stalin und dem Präsidenten der amerikanischen Pressevereinigung „Scripps-Howard Newspapers“ Roy Howard am 1. 3. 1936, parallel veröffentlicht am 5. 3. 1936 in der *Pravda* und unwesentlich verkürzt in der *New York Times*. Dabei erklärte Stalin: „In my opinion there are two focal points of danger – one in the Far East in the zone of Japan and the other in Europe in the zone of Germany.“

für das Bestreben des deutschen Volkes geäußert, sich von den „Versailler Fesseln“ zu befreien.¹¹

Wir bemühen uns nicht um eine Isolierung Deutschlands. Im Gegenteil, wir wollen mit Deutschland ein freundschaftliches Verhältnis haben, die Deutschen sind ein großes und tapferes Volk. Wir vergessen das niemals. Dieses Volk kann nicht auf Dauer in den Fesseln von Versailles gehalten werden. Früher oder später muss sich das deutsche Volk von den Versailler Fesseln befreien. Wir sind nicht an Versailles beteiligt und können deshalb über Versailles freier urteilen als der, der an seiner Errichtung beteiligt war. Ich wiederhole, ein solch großes Volk wie die Deutschen muss die Versailler Fesseln sprengen.

Etwa zur gleichen Zeit – im März 1935 – veröffentlichte die *Pravda* einen von Stalin redigierten Beitrag des Generalstabschefs der Roten Armee mit dem aufsehenerregenden Titel „Die Kriegspläne des heutigen Deutschlands“.¹² Darin brandmarkte Tuchačevskij die forcierten deutschen Kriegsvorbereitungen und bekräftigte die Warnungen des damaligen Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der UdSSR, Vjačeslav Molotov, auf dem VII. Kongress der Sowjets vor den von Hitler ausgehenden Gefahren.¹³ Stalin akzeptierte die Argumentation Tuchačevskijs, strich jedoch den lobhudelnden Schlusssatz seines späteren Opfers. Der berühmte Militär hatte ursprünglich erklären wollen: „Keine Macht ist in der Lage, unser sozialistisches Land der Kolchosen, unser Land mit seinen gigantischen menschlichen und industriellen Ressourcen, mit seiner großen Kommunistischen Partei und seinem großen Führer Gen. Stalin zu besiegen.“¹⁴

Die Planungen der sowjetischen Militärs gingen seit Mitte der dreißiger Jahre von einem Angriff Deutschlands aus. Tuchačevskij nahm bereits 1936 bei einem Manöverspiel im Kreml an, dass Deutschland ohne Vorwarnung mit überwältigender Wucht angreifen und damit einen langen und heftigen Abwehrkampf

11 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 29. 3. 1935, in: DVP XVIII, S. 246–250. Zit. nach Pietrow, *Offensive*, S. 48.

12 *Pravda*, 31. 3. 1935. Dieser Artikel bildete den Anlass einer Demarche des deutschen Botschafters von der Schulenburg im sowjetischen Außenkommissariat am 4. 4. 1935, vgl. *Izvestija CK KPSS*, 1990, 1, S. 170–171.

13 *Pravda*, 29. 1. 1935.

14 Vgl. dazu: Rukopis' stat'i Tuchačevskogo, M.N., „Voennye plany Gitlera“ s pravkoj I.V. Stalina, 29. 3. 1935, in: *Izvestija CK KPSS*, 1990, 1, S. 161–170. Ohne Verweis auf diese Erstveröffentlichung und die Veröffentlichung von Stalins Überarbeitung in der *Pravda* stellt Bogdan Musial diese Ausarbeitung Tuchačevskijs vor; dort auch Hinweise zu den Änderungen Stalins, vgl. Bogdan Musial, *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin 2008, S. 391–394.

erzwingen werde.¹⁵ Stalin erwartete einen „totalen Krieg“ mit einem von den Westmächten direkt oder indirekt unterstützten Deutschland¹⁶ und bereitete die sowjetische Gesellschaft politisch, ökonomisch und militärisch darauf vor. Am 12. Februar 1938 schärfte er sowjetischen Propagandisten ein:¹⁷

In der Tat wäre es lächerlich und dumm, die Augen vor der Tatsache der kapitalistischen Umkreisung zu schließen und zu denken, dass unsere äußeren Feinde, zB die Faschisten, bei Gelegenheit nicht versuchen werden, die UdSSR kriegerisch zu überfallen. So können nur blinde Prahler oder versteckte Feinde denken, die das Volk einschläfern wollen.

Im internen Kreis wurde Stalin zwei Jahre später – am 7. November 1940, die Reise Molotovs nach Berlin stand unmittelbar bevor – noch deutlicher:¹⁸

Wenn unsere Streitkräfte, das Transportwesen usw. nicht genauso stark sind wie die unserer Gegner (und das sind alle kapitalistischen Staaten, auch jene, die sich als unsere Freunde ausgeben!), dann werden die uns auffressen. Doch bei Gleichstand der materiellen Kräfte können wir siegen, weil wir uns auf das Volk stützen, weil das Volk mit uns ist. Aber dafür muss man lernen, braucht Wissen und Können.

Deutsch-russischer Rüstungswettlauf

Stalin bereitete die Russen länger auf einen totalen Krieg vor als Hitler die Deutschen. An diese Tatsache erinnerte die *New York Times* im Oktober 1941 eine erstaunte amerikanische Öffentlichkeit, welche eine schnelle sowjetische Nieder-

15 V. Rapoport/Y. Alexeev, *High Treason. Essays on the History of the Red Army 1918–1938*, Durham N.C. 1985, S. 115–119.

16 Gerhard Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Stuttgart 1995, S. 315: „Die Politik der Sowjetunion war lange von der Furcht beherrscht gewesen, dass alle kapitalistischen Mächte, und besonders die im Westen, nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, sich gegen die Sowjetunion zu verbünden.“

17 Stalin: Antwort an Genossen Ivan F. Ivanov, 12. 2. 1938, in: Robert H. McNeal, (Hg.), *I.V. Stalin, Sochineniia* (russ.), Bd. 1 (XIV) 1934–1940, Stanford 1967, S. 266–273. Schon ein Jahr zuvor hatte er auf dem Plenum des ZK der VKP(b) erklärt: „Kapitalistische Umkreisung – das ist keine leere Phrase, das ist eine sehr reale und unangenehme Erscheinung. Kapitalistische Umkreisung heißt, dass es ... bürgerliche Länder gibt, ... die die Sowjetunion umgeben und auf eine Gelegenheit lauern, sie zu überfallen, sie zu zerschmettern oder jedenfalls ihre Macht zu untergraben und sie zu schwächen.“ (Stalin, *Werke* Bd. XIV, S. 61–84).

18 George Dimitroff, *Tagebücher 1933–1943*. Hg. von Bernhard H. Bayerlein. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliewenz, Berlin 2000, Bd. 1, S. 315–317, hier S. 316. Notiz zu einer Zusammenkunft nach der Parade auf dem Roten Platz am 7. 11. 1940. Anwesend waren neben Stalin und Dimitrov Molotov, Kalinin, Vorošilov, Andreev, Kaganovič, Berija, Mikojan, Švernik, Budennyj, Ščerbakov, Tju-lenev und Timošenko. Hervorhebung im Original.

lage erwartet oder befürchtet hatte.¹⁹ Wenig später erklärte Maksim Litvinov, damals seit zwei Monaten Botschafter in Washington, vor amerikanischem Publikum:²⁰

The Soviet Government knew that Hitler was not to be impressed by mere international declarations, pacts, mutual aid treaties, and all that, till he was convinced that these documents were backed by material forces. The course of military events has already shown that we really did prepare these material forces. If we had limited ourselves to talking about peace, and had not, at the same time, prepared for an alternative in the event of these talks proving fruitless, our Army, however numerous it might be, could never have resisted the onrush of the Nazi hordes and Hitler's monstrous war machine.

Lange vor dem 22. Juni 1941 bestimmten vielfältige Kriegsvorbereitungen das Denken und Handeln Stalins. Gesteigerte Aufrüstung der UdSSR sollte ihre Abschreckungskraft erhöhen. Militärische Stärke sollte verhindern, dass der Sowjetstaat sofort in den als immer wahrscheinlicher angenommenen Krieg hineingezogen werden würde und Stalin in alle Richtungen politische Handlungsfreiheit wahren.²¹ Wie nach dem Zweiten Weltkrieg die USA und die UdSSR, so strebten vor diesem Krieg die UdSSR und Deutschland nach Sicherheit durch eigene, allen anderen Mächten überlegene militärische Stärke. Als Sieger bekannte sich Stalin öffentlich zu dieser Politik:²²

Es wäre falsch zu glauben, dass man einen solchen historischen Sieg ohne vorhergehende Vorbereitung des ganzen Landes für die aktive Verteidigung erringen könnte. [...] Zur Vorbereitung dieses grandiosen Unternehmens bedurfte es der Verwirklichung von drei Fünfjahrplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft.

Mit der Hochrüstung verfolgte Stalin für die UdSSR das gleiche Ziel, das Hitler für den deutschen Vierjahrplan von 1936 aufstellte: „[D]en Aufbau einer bewaffneten Macht ..., die größer sein müsse als die jeder denkbaren Kombination von Feinden“.²³ Mit der forcierten Industrialisierungs- und Aufrüstungspolitik der dreißiger Jahre strebte Stalin danach, die UdSSR zur stärksten Militärmacht auf dem europäischen Kontinent zu entwickeln, um damit nicht nur ihre Sicherheit, sondern auch die Unabhängigkeit ihrer Außenpolitik zu garantieren. Am Beginn

19 *New York Times*, 11. 10. 1941, S. 16: Why More Is Not Done While Russia Fights (Anne O'Hare McCormick).

20 *New York Times*, 27. 2. 1942, S. 10: Text of Litvinoff Address Before Overseas Press Club. Hervorhebung nicht im Original.

21 Vgl. dagegen Musial, Kampfplatz, S. 9.

22 Stalin: Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau, 9. 2. 1946, in: Stalin, Werke, Bd. XV, S. 39–41, hier S. 36.

23 Overy, Stalins Russland, S. 545.

des zweiten Fünfjahrplans kam es in der UdSSR zu einem sprunghaften Anstieg der Militärausgaben. Wie in Deutschland wurde deren volles Ausmaß verborgen. Der dritte Fünfjahrplan (1938–1942) schuf „die Grundlage für die Entwicklung der Sowjetunion zur ‚Rüstungssupermacht‘ der 1940er Jahre“²⁴.

Tabelle 1: Sowjetische Rüstungsausgaben 1931–1939 (Mrd. Rubel)²⁵

Jahr	Militärausgaben	Jahr	Militärausgaben
1931	1,8	1937	17,5
1932	4,0	1938	27,0
1936	14,8	1939	40,9

Der Flugzeugbau stieg von 860 Stück im Jahr 1931 auf 10 382 Stück im Jahr 1939. Im gleichen Zeitraum stieg die Panzerproduktion von 740 auf 2 950 Stück.²⁶ Gleichzeitig vergrößerte Stalin die Rote Armee. Von 631 000 Mann (1930) verdoppelte sich ihre Truppenstärke auf 1,3 Millionen (1937); 1939 betrug sie bereits 1 931 962; Anfang 1941 bezifferte Stalin die Stärke der Roten Armee auf 4 Millionen Mann.²⁷

Die Rüstung schloss für Stalin immer auch die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Gewalt ein. Am 1. Oktober 1938 erklärte er vor Parteipropagandisten, die er versammelt hatte, um eine einheitliche Sicht auf die Geschichte der VKP(b) und der Sowjetmacht durchzusetzen:²⁸

Sie [die Bolschewiki] sind nicht immer gegen Angriffe, gegen den Krieg. Dass wir jetzt nach Verteidigung schreien – ist ein Schleier, ein Schleier. Alle Staaten maskieren sich: „Wer mit den Wölfen lebt, muss mit den Wölfen heulen“.

24 Ebd., S. 599.

25 Overy, *Stalins Russland*, S. 599.

26 Ebd.

27 Sally W. Stoecker, *Tönerer Koloß ohne Kopf: Stalinismus und Rote Armee*, in: *Bianka Pietrow-Ennker, Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 2000, S. 148–169, hier S. 158–159, Bogdan Musial, „Wir werden den ganzen Kapitalismus am Kragen packen“. Sowjetische Vorbereitungen zum Angriffskrieg in den dreißiger und Anfang der vierziger Jahre, in: *ZfG* 53, 2006, 1, S. 45–64, hier S. 49 und V.A. Malyšev, *Projdet desjatok let, i eti vstreči ne vosstanoviš’ uže v pamjati. Dnevnik narkoma*, in: *Istočnik* 1997, 5, S. 103–147, hier S. 115. Deutlich geringer beziffert Merridale die Stärke der Roten Armee für 1934 (885 000 Mann) und Ende 1939 (1,3 Millionen Mann), vgl. Catherine Merridale, *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939 bis 1945*, Frankfurt/M. 2006.

28 Pietrow-Ennker, *Präventivkrieg*, S. 82. Zit. I.V. Stalin, *O kratkom kurse istorii VKP(B). Stenogram vystuplenija na sovešanii propagandistov Moskvy i Leningrade, 1938 g.*, in: *IA* 1994, 5, S. 4–31, hier: S. 13.

Stalin bereitete die UdSSR unentwegt auf einen Krieg mit Deutschland und/oder anderen kapitalistischen Mächten vor, weil er darin eine Möglichkeit sah, diese weiter nach seinem Bilde zu formen. Dazu bekannte sich der Diktator rückblickend unverstellt:²⁹

[D]er Krieg war nicht nur ein Fluch. Er war gleichzeitig eine große Schule der Prüfung und eine Bewährungsprobe für alle Kräfte des Volkes. [...] Der Krieg brachte eine Art Examen für unsere Sowjetordnung, unseren Staat, unsere Regierung, unsere Kommunistische Partei ...“

Die geschichtspolitische Wende Stalins

Aus der militärischen Stärkung der UdSSR ergab sich eine Neuausrichtung der sowjetischen Politik: Ohne revolutionäre Denkmuster vom Klassenkampf und vom gesetzmäßigen Übergang zum Sozialismus jemals aufzugeben, begann Stalin sich an den traditionellen Zielen Russlands zu orientieren und in mächtepolitischen Kategorien zu denken. Dieser Wechsel vollzog sich nicht abrupt 1933, sondern war eine Begleiterscheinung des Auf- und Ausbaus des sowjetischen Staates, dem territorial größten der Erde, und des Strebens nach Legitimierung neuer Hierarchien. In den dreißiger Jahren setzte der Kremlchef den „Sowjetpatriotismus“ als neue sowjetische Staatsideologie durch.³⁰ In Anlehnung an frühere Untersuchungen (und in Anspielung auf „Nationalsozialismus“) bezeichnen Brandenberger und Dubrovsky diese Ideologie als „National Bolshevism“.³¹ Stalin bediente sich in dieser Zeit bewusst an zaristischer Großmachtrhetorik. Er bewertete die historischen Leistungen der Vorgänger der Sowjetherrschaft neu.³²

Zeitgenossen interpretierten dies als Teilaspekt einer von Stalin herbeigeführten umfassenden Wende der sowjetischen Politik.³³ Konstantin Simonov führte Stalins „Sympathien für die Zaren“ auf die Wahrnehmung der von Deutschland

29 Stalin: Rede in der Wählerversammlung des Stalin-Wahlbezirks der Stadt Moskau, 9. 2. 1946, in: Stalin, Werke, Bd. XV, S. 39–41, hier S. 34.

30 Vgl. Erwin Oberländer, Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation, Köln 1967, S. 20–24 und dazu der Leitartikel der *Pravda* vom 19. 3. 1935: Sovetskij patriotizm.

31 D.L. Brandenberger/A.M. Dubrovsky, „The People Need a Tsar“: The Emergence of National Bolshevism as Stalinist Ideology, 1931–1941, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 50, 5 (Jul. 1998), S. 873–892, hier S. 874.

32 Vgl. Philip E. Mosley, *Freedom of Artistic Expression and Scientific Inquiry in Russia* (Erstveröffentlichung 1938), in: Philip E. Mosely, *The Kremlin and World Politics*, New York 1960, S. 91–128, hier S. 110–114.

33 Nicholas S. Timasheff, *The Great Retreat. The Growth and Decline of Communism in Russia*, New York 1946, Kapitel 7.

ausgehenden Gefahren zurück.³⁴ David L. Hoffmann sieht in der Förderung des Patriotismus ein Indiz für die Mitte der dreißiger Jahre einsetzende „geschichtspolitische“ Neuorientierung, und auch er erklärt sie – ähnlich wie Simonov – aus der Bedrohung der sowjetischen Sicherheit durch Deutschland und Japan. Die sowjetischen Lehrer verpflichtete man damals, ihren Schülern den deutschen Faschismus und den japanischen Imperialismus als eine unmittelbare Gefahr für die UdSSR einzuprägen.³⁵

Vladislav Zubok und Constantine Pleshakov halten die Rückbesinnung auf die Zaren für einen der entscheidenden Bestimmungsfaktoren der sowjetischen Außenpolitik.³⁶ Tatsächlich glaubte sich Stalin abwechselnd in der gleichen Lage wie Alexander I. zu Zeiten des Wiener Kongresses oder wie Nikolaus I. zu Zeiten des Krimkrieges.³⁷ Ingeborg Fleischhauer sieht das seit September 1939 erstarkende sowjetische Selbstbewusstsein durch „Hinweise auf die auf Peter den Großen zurückgehende Kontinuität im russischen Staatsdenken“ gekennzeichnet.³⁸ Wie sehr sich Stalin von den Zielen der zaristischen Außenpolitik leiten ließ, zeigte nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs sein Interesse an der Kontrolle der Donau und des Eingangs zum Schwarzen Meer.³⁹ Gabriel Gorodetsky glaubt bereits für die Zeit vor dem 22. Juni 1941 feststellen zu können, Stalin „fühlte sich dem Erbe des zaristischen Russlands verpflichtet und handelte nach den Imperativen seiner Geschichte.“ Seine Politik sei ausschließlich darauf gerichtet gewesen, was er als Russlands nationale Interessen betrachtete. Der Kernpunkt seien dabei „Einflussssphären“ gewesen: „Die Schaffung einer Pufferzone längs der ganzen Westgrenze des Landes war ein Erbe der Zaren.“⁴⁰ Geoffrey Roberts teilt diese Sicht. Er

34 Simonov, Stalin, S. 178.

35 David L. Hoffmann, *Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity, 1917–1941*, Ithaca, New York 2003, hier S. 164.

36 Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge (Mass.) 1996. Zubok und Pleshakov bezeichnen diese Faktoren u. a. auf S. 54 als „revolutionary-imperial paradigm“.

37 Ebd., S. 27: „Khrushchev recalled, ‚Stalin believed he was in the same position as Alexander I after the defeat of Napoleon – that he could dictate the rules for all of Europe.‘“ Ebd., S. 71: „The Korean War proved to be the same for Stalin as the Crimean War had been for Czar Nicholas I a century earlier.“

38 Ingeborg Fleischhauer, *Diplomatischer Widerstand gegen das „Unternehmen Barbarossa“*. Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941, Frankfurt/M. 1991, S. 95.

39 Gabriel Gorodetsky, *Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen ‚Barbarossa‘*, Berlin 2001, S. 73.

40 Gorodetsky, *Täuschung*, S. 403–404.

unterstreicht den politischen Nutzen des Sowjetpatriotismus in Zeiten akuter Kriegsgefahr.⁴¹

Die Identifizierung der sowjetischen Außenpolitik mit der vorrevolutionären russischen Großmachtpolitik wirft die Frage nach Kontinuität auf.⁴² Offensichtlich resultierten aus analogen Machtpotentialen, die das zaristische Russland und die sozialistische Sowjetmacht im Vergleich zu ihren jeweiligen Konkurrenten und Partnern entwickelt hatten, ähnliche Außenpolitiken und Ziele. Dies vermuteten bereits Zeitgenossen. Der französische Journalist Charles Géraud versuchte amerikanische Leser – die durch die offensichtliche Verletzung der sowjetischen Neutralität zugunsten Deutschlands beunruhigt waren, die aber noch keine Nachrichten vom Vorstoß sowjetischer Truppen auf polnisches Gebiet hatten – mit historischen Betrachtungen zu beruhigen: Es sei nun offensichtlich geworden, dass das bolschewistische Russland, ungeachtet seiner revolutionären Ideologie, die Fäden der zaristischen Außenpolitik wieder aufgreife. Sein Ziel müsse und werde es sein, die 1918 verlorenen Provinzen zurückzuerobern.⁴³

2. Einheit und Kampf der Gegensätze

Den anarchischen Zustand der internationalen Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg prägten außenpolitische Manöver, die einem „Nervenspiel“ glichen.⁴⁴ Alle Staaten, die ihre Interessen durch das nationalsozialistische Deutschland bedroht sahen, waren bestrebt, selbst nicht die Hauptlast in der immer wahrscheinlicher werdenden militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland tragen zu müssen. Die Westmächte hatten im September 1938 mit dem Münchener Abkommen einen Präzedenzfall geschaffen. Stalin zog 1939 nach. Nachdem sich Hitler bereit erklärt hatte, in einem geheimen Zusatzprotokoll die sowjetische Interessensphäre in Osteuropa anzuerkennen und damit zunächst die Wiederein-

41 Roberts, Stalin, S. 22: „Stalin’s vision of the Soviet state as the inheritor of Russia’s struggle to attain the power that could protect its peoples had an obvious utility in a feverish atmosphere of foreign threat, international crisis and approaching war.“

42 Alfred J. Rieber, *Persistent Factors in Russian Foreign Policy. An Interpretive Essay*, in: Hugh Ragsdale (Hg.), *Imperial Russian Foreign Policy*, Cambridge, New York 1993, S. 315–359.

43 *New York Times*, 18. 9. 1939, S. 3: „Soviet Neutrality may be accepted“. Géraud veröffentlichte unter dem Pseudonym „Pertinax“ in der Zeit vom 23. 2. 1939 bis zum 22. 6. 1941 in der *New York Times* 59 Beiträge.

44 Diesen Begriff gebrauchte Stalin sinngemäß in einem Gespräch mit dem jugoslawischen Gesandten in Moskau am 6. 4. 1941, vgl. S. 39.

gliederung von Teilen Polens in die UdSSR zu tolerieren, ließ Stalin seinen Außenkommissar am 23. August einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland unterzeichnen.⁴⁵ Ob der Moskauer Herrscher Deutschland die sowjetische Neutralität auch ohne territoriale Zugeständnisse vertraglich zugesichert hätte, wissen wir nicht. Feststeht hingegen, dass die seit 1939 eingeleiteten außenpolitischen und militärischen Aktionen der UdSSR der ganzen Welt die Ziele des sowjetischen Führers zu erkennen gaben.⁴⁶ Im Dezember 1941 erklärte Stalin dem britischen Außenminister rückblickend, dass die vorangegangenen Verhandlungen mit der Regierung Chamberlain 1939 an deren Weigerung gescheitert seien, die „Rechte“ der UdSSR gegenüber den baltischen Staaten und Finnland anzuerkennen.⁴⁷

Stalin beschränkte sich nicht nur darauf, an Traditionen des Russischen Reiches ausgerichtete politische Ziele zu verfolgen. Er war ebenso am Aufbau einer intensiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland interessiert, zunächst um für die UdSSR den Import von Rüstungstechnologie zu sichern, später auch, um Deutschland ökonomisch zufriedenzustellen (economic appeasement).⁴⁸ Er signalisierte damit vor der Weltöffentlichkeit seinen Willen, das Deutsche Reich gegenüber der alliierten Blockadepolitik zu unterstützen. Dies musste man im Westen als sowjetisches Interesse an einer Verlängerung des Krieges oder gar als Ermunterung Deutschlands zum Angriff auf andere Staaten verstehen. Dagegen gibt es keinen Hinweis darauf, dass Stalin das Sowjetreich nach dem 23. August 1939 darauf vorbereitete, einen Krieg gegen Deutschland im Rahmen der späteren Anti-Hitler-Koalition zu führen. Vielmehr spricht die eigenmächtige „Verschiebung“ der sowjetischen Grenze, die Auslöschung der souveränen Existenz der

45 Vgl. Ingeborg Fleischhauer, *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938/39*, Berlin 1990.

46 Vgl. Sergej Slutsch, *Die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Polenfeldzug und die Frage des Eintritts der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg*, in: Pietrow-Ennker, *Präventivkrieg*, S. 95–112.

47 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 17. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 518–524, hier S. 519. Vgl. auch William Strang, *Home and Abroad*, London 1956, S. 198: „If it is asked why the Soviet Union chose Germany rather than the Western Powers, the short answer is that they saw greater prospect, that way, of avoiding war and of securing their territorial objectives into the bargain.“ Strang gehörte zur britischen Verhandlungsdelegation, die im Juli/August 1939 erfolglos nach Moskau gereist war.

48 Heinrich Schwendemann, *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm?* Berlin 1993, S. 84 und S. 168. Dabei weist Schwendemann jedoch darauf hin, dass die UdSSR immer auch eigene Interessen verfolgte: „Letztendlich handelte es sich bei dem deutsch-sowjetischen Wirtschaftsabkommen vom 11. 2. 1940 um den einzigen Fall, dass ein Staat während des Zweiten Weltkriegs gegenüber dem Deutschen Reich ein Handelsabkommen auf gleichberechtigter Basis durchsetzen konnte.“ (S. 145).

baltischen Staaten, der Mord an polnischen Kriegsgefangenen (Katyn) und die Verfolgung von „Klassenfeinden“ in den angeschlossenen Gebieten dafür, dass er die Möglichkeit eines solchen Bündnisses damals für unwahrscheinlich hielt.

Als Molotov den Nichtangriffsvertrag am 31. August 1939 vor dem Obersten Sowjet rechtfertigte, bezeichnete er ihn als einen „Wendepunkt in der Geschichte Europas, ja und nicht nur Europas“.⁴⁹ Nur zehn Jahre später sprach Stalin, als er der gerade „gewählten“ Regierung in der sowjetischen Besatzungszone im Oktober 1949 zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gratulierte, ebenfalls von einem „Wendepunkt in der Geschichte Europas“.⁵⁰ In ihrer spezifischen Denkweise, die der von Machtpolitikern in früheren Zeiten ähnelte, war für Molotov 1939 und Stalin 1949 der „historische Moment“ ein Zeitpunkt, ab dem keine die Interessen der UdSSR tangierende Frage in Europa bzw. Deutschland mehr ohne ihre Beteiligung gelöst werden konnte. Im Herbst 1939 dachte Molotov dabei auch an den Krieg zwischen den Westmächten und Deutschland, der – wie er am 31. Oktober 1939 erläuterte – sich erst in seiner ersten Phase befinde und zu „grundlegenden Veränderungen in Europa“ führen müsse.⁵¹ Noch nach dem Beginn des deutschen Frankreichfeldzuges entwarf die zentral gelenkte sowjetische Presse das Szenario eines lang andauernden Erschöpfungskrieges nach dem Muster des Ersten Weltkriegs.⁵²

Wohl um die von ihm verfolgte Annäherung der UdSSR an Deutschland zu rechtfertigen hatte Stalin schon am 7. September 1939 gegenüber dem General-

49 *Bolševik* 1939, Nr. 15–16, S. 9–12, hier 11f. Vor Molotov hatte bereits Ribbentrop am 24. 8. 1939 nach dem Abschluss des Vertrages von einem „der bedeutsamsten Wendepunkte in der Geschichte zweier Völker“ gesprochen und in diesem Zusammenhang festgestellt: „Deutschland und der Sowjetunion ist es früher immer schlecht gegangen, wenn sie Feinde waren, aber gut, wenn sie Freunde waren.“ Vgl. AdG, 24. 8. 1939, S. 4182-C.

50 DzD II, 2, S. 202–203: In dem Telegramm an Pieck und Grotewohl vom 13. 10. 1949 hieß es: „Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, das Blutvergießen in Europa beendet und die Versklavung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht ... Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, in dem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.“

51 Molotov, Erklärung vor dem Obersten Sowjet am 31. 10. 1939, in: *Bolševik* 1939, Nr. 20, S. 1–12, hier, S. 2.

52 Pietrow, *Offensive*, S. 186.

sekretär der Kommunistischen Internationale Grundsätze der künftigen sowjetischen Politik in diesem Krieg erklärt:⁵³

Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt ... Wir haben nichts dagegen, dass sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen. Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte. – Hitler selber zerrüttet und untergräbt, ohne es zu verstehen und zu wollen, das kapitalistische System ... Wir können manövrieren; eine Seite gegen die andere aufbringen, damit sie sich noch stärker in die Haare kriegen. – Der Nichtangriffsvertrag hilft Deutschland in gewissem Maße. – Der nächste Schritt ist der, die andere Seite anzuspornen. – Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges steht die Frage nach der Vernichtung der [kapitalistischen, J.L.] Sklaverei. – Was ist Schlechtes daran, wenn wir im Ergebnis der Zerschlagung Polens das sozialistische System auf neue Territorien und die Bevölkerung ausdehnen.

Im Rahmen dieser Politik war Stalin bereit, selbst militärische Gewalt zur Durchsetzung eigener Ziele zunächst gegenüber Polen einzusetzen, so lange er die UdSSR aus der Auseinandersetzung Deutschlands mit den Westmächten heraushalten konnte. Zu diesem Zweck gab er gegenüber den Westmächten seine Distanz zu Deutschland ebenso zu erkennen. Der sowjetische Botschafter in London versicherte weisungsgemäß dem britischen Außenminister Halifax am 17. September, das „Tempo“ des deutschen Vormarsches in Polen habe Russland „sehr überrascht“. Russland „könne sich auf keinen Fall über die Aussicht freuen, ein starkes und siegreiches Deutschland zum Nachbarn zu haben“.⁵⁴ Zur gleichen Zeit sollten auch in Paris regierungsnahen Stellen davon ausgehen, Stalin würde Russlands nationale Interessen gefährden, ließe er Hitler ein mächtiges Reich aufbauen, das sich schon in Kürze gegen Russland wenden könnte.⁵⁵

Am 27. September 1939 entschloss sich der sowjetische Führer, Deutschland noch mehr als bereits geschehen den Rücken zu stärken. Nach den deutschen

53 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 273–274. Hervorhebungen wie im Original. Vgl. Bernd Bonwetsch, Stalins Äußerungen zur Politik gegenüber Deutschland 1939–1941, in: Gerd R. Ueberschär/Lew Besymenski (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Kontroversen um die Präventivkriegsthese*, Darmstadt 1998, S. 145–154.

54 Gorodetsky, *Täuschung*, S. 38. Vgl. dazu auch Weinberg, *Welt in Waffen*, S. 184: „In London hielten es viele für unwahrscheinlich, dass die sowjetische Armee über den schnellen deutschen Sieg im Westen besonders glücklich war.“

55 *New York Times*, 18. 9. 1939, S. 3: „The best informed opinion here [Paris] is that Stalin could not, without endangering Russia's national interests, help the Fuehrer to build a formidable empire of his own, which would bid fair shortly afterwards to turn against Russia's national interests and to imperil them.“ Autor dieses Berichts war der bereits erwähnte Charles Géraud alias „Pertinax“. Ob und inwieweit dies mit Wissen oder im Auftrag sowjetischer Stellen geschah, ist nicht bekannt.

Aufzeichnungen erklärte er gegenüber dem erneut in Moskau weilenden Ribbentrop:⁵⁶

Sollte Deutschland ... wider Erwarten in eine schwere Lage geraten, so könne es sicher sein, dass das Sowjetvolk Deutschland zu Hilfe kommen und nicht zulassen würde, dass man Deutschland erwürge. Die Sowjetunion sei an einem starken Deutschland interessiert und würde es nicht zulassen, dass man Deutschland zu Boden werfe.

Am 17. Oktober 1939 ließ der deutsche Außenminister diese Fassung in Moskau Stalin zur Bestätigung vorlegen.⁵⁷ Er erhielt den von Stalin bearbeiteten Text bereits zwei Tage später zurück. Von einer direkten Hilfeleistung der UdSSR für Deutschland war nun zwar nicht mehr die Rede, aber weiterhin von einer deutsch-sowjetischen Interessenidentität gegenüber den Westmächten:⁵⁸

Ein starkes Deutschland [ist] die notwendige Voraussetzung für den Frieden in Europa. Hieraus folgt, dass die Sowjetunion an der Existenz eines starken Deutschlands interessiert ist. Daher kann die Sowjetunion sich nicht einverstanden erklären, dass die Westmächte Bedingungen schaffen, die Deutschland schwächen und es in eine schwierige Lage bringen könnten. Hierin liegt die Gemeinsamkeit der Interessen Deutschlands und der Sowjetunion.

Während Ribbentrop diese Erklärung öffentlich nie nutzte, trug sie Molotov am 31. Oktober 1939 in deutlich abgeschwächter Form vor dem Obersten Sowjet vor:⁵⁹

56 Ingeborg Fleischhauer, Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939. Die Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau, in VfZ 1991, 3, 447–470, hier 458. Fleischhauer stellt fest, dass Hilger „die Verhandlungen im Auftrag Ribbentrops protokollierte“. Die Anwesenheit Ribbentrops und der übrigen Deutschen bei Stalin ist weder am 27. noch am 28. September im Besucherbuch Stalins vermerkt. Für den 27. September ist dort zwar für die Zeit von 18.50 bis 19.30 Uhr die Anwesenheit des sowjetischen Botschafters in Berlin, Škvarcev, verzeichnet, doch nicht der Besuch von Ribbentrop, der zusammen mit Schulenburg und Škvarcev um 22.00 Uhr bei Stalin erschien. Vgl. LPS, S. 275.

57 Fleischhauer, Diplomatischer Widerstand, S. 99. Diese Fassung hatte folgenden Wortlaut: „im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den westlichen Demokratien lägen die Interessen der Sowjetunion und Deutschlands durchaus in gleicher Linie. Die Sowjetunion würde niemals dulden, dass Deutschland in eine schwierige Lage käme.“

58 Ebd. Die Übergabe an Schulenburg ist in DVP XXII, S. 200–201 erwähnt, der Text der Erklärung dort jedoch nicht abgedruckt. Das sowjetische Protokoll der Unterredungen Ribbentrops mit Stalin am 28. und 29. 9. 1939 ist bisher nicht zugänglich. Vgl. Lew Bzymenskij, Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren, Berlin 2002, S. 308.

59 Molotov, Erklärung vor dem Obersten Sowjet am 31. 10. 1939, in: *Bol'sevik* 1939, Nr. 20, S. 1–12, hier, S. 4, zit. bei Pietrow, Offensive, S. 147 und 159. In: AdG, 31. 10. 1939,

Wir waren immer der Meinung, dass ein starkes Deutschland die notwendige Bedingung für einen dauerhaften Frieden in Europa ist. Es wäre lächerlich zu glauben, dass man Deutschland „einfach außer Gefecht setzen“ oder von der Rechnung streichen könne.

Diese Worte signalisierten keinen Wandel der sowjetischen Deutschlandpolitik; sie waren vielmehr Teil des „Nervenspiels“ zwischen der UdSSR, den Westmächten und Deutschland. Sie änderten ebenso wenig an der von Deutschland ausgehenden Bedrohung wie der „Pakt“ vom 23. August und die ihm nachfolgende wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten, die im Mai 1941 ihren absoluten Höhepunkt erreichen sollte.⁶⁰ Anfang 1941 stellte die Pravda unter dem Titel „Neue Triumphe der sowjetischen Außenpolitik“ fest:⁶¹

Es ist an der Zeit zu begreifen, dass die Sowjetunion als eine nicht kriegführende Macht ihre eigene unabhängige Außenpolitik verfolgt und weiterhin verfolgen wird, ungeachtet dessen, was die Staatsmänner der östlichen und westlichen Hemisphäre denken mögen.

Das Zentralorgan der VKP(b) entwickelte damit die Grundlinie der sowjetischen Außenpolitik weiter, die Stalin bereits im Januar 1934 vor dem XVII. Parteitag verkündet hatte.⁶² Unverändert rechnete dieser sowohl mit der Entschlossenheit Hitlers, einen Krieg gegen die UdSSR zu führen,⁶³ als auch mit dessen Bereitschaft, sich mit den Westmächten zu arrangieren. Ebenso unverändert zweifelte Stalin an der Möglichkeit eines dauerhaften Zusammengehens der UdSSR mit den Westmächten. Vor diesem Horizont gab es für ihn nur die Möglichkeit, alles daranzusetzen, um einen schnellen Friedensschluss Deutschlands mit den Westmächten zu verhindern.

Die Furcht, selbst Opfer des Krieges zu werden, blieb zwar auch nach der Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland ein bestimmender Faktor für die sowjetische Politik. Sie änderte jedoch nichts an der Entschlossenheit Stalins, „in den Kampf zu ziehen, wo immer er eine Bedrohung vitaler sowjetischer Interessen wahrnahm.“⁶⁴ Er forcierte zunächst die Sowjetisierung der in die Union

S. 4297 lautet die deutsche Übersetzung des letzten Satzes: „Es ist lächerlich zu denken, dass man Deutschland einfach *aus allen Berechnungen* ausschalten kann.“ Hervorhebung nicht im Original.

60 Schwendemann, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. 337: „Alles in allem konnte das Deutsche Reich noch nie so viel aus und über die Sowjetunion beziehen wie im Mai 1941.“

61 Zit. nach Steinhardt an State Department, 11. 1. 1941, in: FRUS 1941, I, S. 123–124.

62 Vgl. oben S. 21.

63 Overy, Stalins Russland, S. 640.

64 Gorodetsky, Täuschung, S. 47.

„zurückgeführten“ polnischen Westgebiete⁶⁵ und seit Juni 1940 der baltischen Republiken. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in diese Staaten war eine Machtdemonstration, die sich in diesem Moment in erster Linie an Deutschland richtete, ohne auf die Interessen Großbritanniens und der USA als potentielle Bündnispartner Rücksicht zu nehmen.⁶⁶ Stalin wollte angesichts der Entfaltung der Macht Deutschlands auf dem europäischen Kontinent keine Einschränkung der sowjetischen Interessensphäre hinnehmen. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Nachbarstaaten zwang er wenig später Rumänien durch Androhung von Gewalt Bessarabien abzutreten, das Deutschland 1939 als Teil der sowjetischen Interessensphäre anerkannt hatte.⁶⁷ Als Molotov, der die deutsche Einladung mehrfach herausgeschoben hatte, im November 1940 nach Berlin reiste, erklärte er dort die Anerkennung der sowjetischen Interessen in Südosteuropa zur Voraussetzung für Verhandlungen um den Beitritt der UdSSR zum Drei-Mächte-Pakt.⁶⁸

Wie sehr sich Stalin in seinen außenpolitischen Entscheidungen von der Stärke der Roten Armee leiten ließ, welche in der sowjetischen Öffentlichkeit schon seit den dreißiger Jahren den Nimbus einer schlechthin „unbesiegbaren Armee“ erhalten hatte,⁶⁹ konnten am 4. Februar 1941 die Teilnehmer eines Empfangs zum 60. Geburtstag von Kliment Vorošilov erkennen, der zwischen 1925 und 1940 Volkskommissar für Kriegs- und Flottenangelegenheiten bzw. für Verteidigung gewesen war und seit 1926 dem Politbüro des ZK der VKP(b) angehörte:⁷⁰

65 Vgl. Jan Gross, *Und wehe Du hoffst ... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941*, Basel 1988.

66 Vergleiche dazu die Äußerungen Molotovs gegenüber dem neuen litauischen Außenminister Krėvé-Mickevičius am 30. 6. 1940: „Die Sowjetregierung sei zum gegebenen Zeitpunkt um die Lebensinteressen der Sowjetunion besorgt und daher gezwungen, Litauen und die anderen baltischen Staaten an die Sowjetunion anzugliedern. Täte sie es nicht, so würde sie zusehen müssen, wie diese von Polen oder Deutschland geraubt würden ... Was die Kriegsgefahr mit Deutschland betreffe, so brauche man darüber nicht zu reden.“ Sie stand – nach der Beobachtung von Krėvé-Mickevičius – „bereits allzu deutlich am Horizont der deutsch-sowjetischen Beziehungen“. Zit. nach Fleischhauer, *Diplomatischer Widerstand*, S. 177.

67 Norman M. Naimark/Leonid Gibianskii (Hg.), *The establishment of communist regimes in Eastern Europe, 1944–1949*, Boulder, Colo. 1997, und Donald O’Sullivan, *Stalins ‚Cordon Sanitaire‘. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949*, Paderborn u. a. 2003

68 Eine erste Einladung hatte Schulenburg bereits im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Grenzvertrages vom 28. 9. 1939 vorgeschlagen, vgl. DVP XXII, S. 193–194: Unterredung zwischen Schulenburg und Molotov am 17. 10. 1939.

69 Fleischhauer, *Diplomatischer Widerstand*, S. 95.

70 Malyšev, *Dnevnik narkoma*, S. 115.

Außenpolitik wird mit zwei Mitteln betrieben: Der Diplomatie und der Armee. Unsere Diplomatie arbeitet gut. Doch sie würde überhaupt nichts ausrichten können, wenn wir nicht eine große und vollkommen modern ausgerüstete Armee hätten. Als die Zarenregierung davon träumte, zu Friedenszeiten eine Armee von 1,3 Millionen Mann zu haben, brachte sie nur eine Armee von 1,1 Millionen Mann zustande. Wir jedoch haben eine Armee von über 4 Millionen Mann und gute Waffen. Das ist eine Größe, die man nicht unberücksichtigt lassen kann bei der Lösung internationaler Fragen. Da wir eine mächtige Armee haben, können wir eine neutrale Position einnehmen und auf außenpolitische Erfolge warten.

Schon bald zeigte es sich auf dem Balkan, dass solche Hoffnungen vergebens waren. Dort ignorierte Deutschland in den nachfolgenden Wochen sowjetische Interessen.⁷¹ Dennoch ließ sich Stalin auch dadurch nicht provozieren. Dies führte seriöse Beobachter im Ausland zu dem Urteil, die sowjetische Regierung betreibe eine extrem vorsichtige Außenpolitik. Ein regierungsnahes Blatt in London würdigte Stalin vier Wochen vor dem deutschen Angriff als einen Realisten, der vollkommen verstehe, dass sich Außenpolitik auf effektive militärische Stärke und industrielle Kapazitäten stützen müsse. Er vertraue weder Nichtangriffspakten noch sei er bereit, sich auf Abenteuer einzulassen, die sowjetische Ressourcen erschöpften.⁷²

Weil der Moskauer Machtpolitiker die Rote Armee bereits zu diesem Zeitpunkt für militärisch stark genug hielt, die UdSSR aus eigener Kraft siegreich zu verteidigen, nahm er auf mögliche künftige Verbündete in einer sich immer deutlicher abzeichnenden kriegerischen Auseinandersetzung mit Deutschland keine Rücksicht. Die Überschätzung der eigenen Stärke ließ die rechtzeitige Suche nach Verbündeten überflüssig erscheinen. Nicht bezogen auf die UdSSR, sondern bezogen auf die französische Niederlage gegen Deutschland, fragte Stalin vor den Absolventen der Militärakademien am 5. Mai 1941: „Was bedeutet politische Vorbereitung auf den Krieg? Politische Vorbereitung auf den Krieg bedeutet, eine ausreichende Anzahl von zuverlässigen Verbündeten unter den neutralen Staaten zu haben.“⁷³ Diese Feststellung bezog der gewaltbereite sowjetische Herrscher allerdings nicht auf die sowjetische Außenpolitik.

71 Gorodetsky, Täuschung, S. 141–156.

72 *The Times*, 13. 5. 1941, S. 5: Stalin as Premier. Als Verfasser dieser wohlwollenden Analyse kommt E.H. Carr in Frage.

73 DVP XXIII, 648–651, hier, S. 650–651.

Krieg in Sicht?

Je stärker sich 1941 die Nachrichten über die deutschen Kriegsvorbereitungen verdichteten, desto mehr wurde das „Nervenspiel“ zu einem „Krieg der Nerven“. Nach der Unterzeichnung eines Nichtangriffsvertrags mit Jugoslawien, kam es am 6. April 1941 zu einem Gespräch Stalins mit der jugoslawischen Delegation über die von Deutschland ausgehenden Gefahren. Der jugoslawische Militärexperte Oberst Dragutin Savič verband dabei ein Bekenntnis mit einer Prophezeiung: „[W]enn sie uns überfallen, werden wir bis zum letzten Mann kämpfen. Auch ihr Russen werdet kämpfen müssen, ob ihr es wollt oder nicht. Hitler wird nirgendwo halten. Er muss gestoppt werden.“ Der Kremlchef antwortet darauf: „Ja, Sie haben Recht. Hitler wird selbst nicht stehen bleiben. Er hat weitgehende Pläne. Ich kann Ihnen verraten, dass die Deutschen auch uns einschüchtern wollen, doch wir fürchten sie nicht.“ Als Savič mit der Frage nachhakte, ob Stalin die Gerüchte kenne, dass Deutschland sich darauf vorbereite, die Sowjetunion im Mai zu überfallen, zeigte sich der Herrscher der Sowjetunion unbeeindruckt: „Mögen sie es nur versuchen. Wir haben starke Nerven.“⁷⁴ Da Stalin damit rechnen musste, dass seine provozierenden Worte in britische und in deutsche Ohren gelangten, deuten sie darauf hin, dass er die UdSSR für ausreichend gerüstet wählte. Weiterhin meinte der Moskauer Führer gegenüber den Kriegsabsichten Hitlers und dem Werben der Briten um einen sowjetischen Kriegseintritt von einer Position der Stärke aus lavieren zu können.

Der britische Botschafter in Moskau analysierte die Zuspitzung der sowjetisch-deutschen Beziehungen nüchtern. Sir Stafford fürchtete nichts mehr, als dass sowjetische Zugeständnisse einen deutschen Überfall auf die UdSSR doch noch verhindern könnten. Seine streng geheimen Telegramme konnte der sowjetische Geheimdienst abfangen und mit nur kurzer Verzögerung Stalin vorlegen.⁷⁵

Stalin betrieb in den Wochen vor dem Angriff ein Doppelspiel, das gleichermaßen auf die Desinformation Deutschlands wie der Westmächte zielte. Einerseits intensivierte er seine Appeasement-Politik gegenüber Hitler.⁷⁶ Andererseits demonstrierte er Stärke. Auf dem bereits erwähnten Empfang der Absolventen der

74 N. N. Novikov, *Vospominanija Diplomata*, Moskau 1989, S. 78–79.

75 1941 god, Bd. 2, Bearbeiter L.E. Rešin u. a.: Moskau 1998, S. 152–153; Merkulov an Stalin, Molotov und Berija, 5. 5. 1941. Übermittelt Resümee Cripps zum Zustand der sowjetisch-deutschen Beziehungen, das auf dessen Telegrammen Nr. 412 und 413 vom 23. 4. 1941 basiert. Vgl. dazu Woodward, *British Foreign Policy*, Bd. I, S. 613.

76 Roberts, Stalin, S. 63–64. Vgl. auch Service, Stalin, S. 406, der sich nicht auf die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen, sondern auch auf die Möglichkeit eines deutsch-britischen Krieges bezieht und auf Stalins Feststellung vom 7. 11. 1940 verweist: „We're not ready for war of the kind being fought between Germany and England.“

Militärakademien – derartige Empfänge führte die sowjetische Partei- und Staatsführung seit 1935 mit wenigen Unterbrechungen jährlich durch⁷⁷ – erklärte er am 5. Mai in „ausgesprochen guter Laune“⁷⁸: „Die deutsche Armee wird unter der Losung der Eroberung keinen Erfolg haben. Das ist eine [für Deutschland, J.L.] gefährliche Losung.“⁷⁹ Er schwor die versammelten Offiziere und Generäle auf den kommenden Krieg ein, indem er auch die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens gegen Deutschland ankündigte:⁸⁰

Die Friedenspolitik sicherte den Frieden für unser Land. Friedenspolitik war etwas Gutes. Bis zu dem Zeitpunkt, da die Umrüstung unserer Armee noch nicht abgeschlossen, unsere Armee noch nicht mit modernen Kampfmitteln ausgestattet war, folgten wir dem Kurs der Verteidigung. Aber jetzt, da unsere Armee erneuert ist, ausgerüstet mit der Technik für den modernen Kampf, jetzt, da wir stark geworden sind, müssen wir von der Verteidigung zum Angriff übergehen.

Diese martialischen Worte ließen selbstgerecht außer Acht, dass das offensive Vorgehen der Roten Armee bereits 1939 gegen Polen und Finnland begonnen hatte. Doch sie zielten weder auf einen separaten Angriff gegen Deutschland noch auf einen Kriegseintritt an der Seite Großbritanniens. Beides wäre letztendlich schnell auf dasselbe hinausgelaufen. Die entsprechenden Planungen des sowjetischen Generalstabs blieben zeitlich unbestimmt und ohne Bestätigung Stalins.⁸¹ Der Parteichef, der in jenen Tagen auch die Leitung der sowjetischen Regierung übernommen hatte,⁸² sprach von Angriff, um die Armee auf den Krieg vorzubereiten. So jedenfalls verstand Dimitrov dessen Worte: „Unsere Politik des Friedens und der Sicherheit ist gleichzeitig eine Politik der Kriegsvorbereitung. Es gibt

77 Vgl. V. A. Nevežin, *Zastol'nye rechi Stalina: dokumenty i materialy*, Moskau 2003. Initiator für den Beschluss des Politbüros vom 28. 4. 1935 zum Empfang der Absolventen der Militärakademien war Vorošilov, der sich am 19. 4. 1935 mit einem Vorschlag an Stalin gewandt hatte. Vorošilov ging es darum, eine Tradition zu begründen. Derartige Empfänge fanden am 4. 5. 1935, 4. 5. 1936, 7. 5. 1939, 5. 5. 1941 statt.

78 Dimitroff, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 381. Eintrag Dimitrovs vom 5. 5. 1941.

79 DVP XXIII, 648–651: Rede Stalins vor den Absolventen der Militärakademie im Kreml, 5. 5. 1941.

80 Ebd.

81 1941, Bd. 2, S. 215–220: Žukov und Timošenko, Überlegungen zu einem Plan für Maßnahmen im Falle eines Krieges mit Deutschland, o.D., nicht später als am 15. 5. 1941 (CA MO RF, f. 016, op. 2951, d. 237, Bl. 1–15).

82 Die finnische Zeitung *Sozialdemokrat* interpretierte am 10. 5. 1941 die Ernennung Stalins zum Premierminister als Garantie dafür, dass nichts unternommen werde, um die Hereinziehung Russlands in einen Konflikt zu beschleunigen, vgl. Library of Congress Manuscript Division, *The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov*, Shelf No. 21,595 reel 5, container no. 9.

keine Verteidigung ohne Angriff. Man muss die Armee im Geist des Angriffs erziehen. Man muss sich auf den Krieg vorbereiten.“⁸³

Worin das Kalkül Stalins zu dieser Zeit lag, als er vor einem ausgewählten Kreis von einem offensiven Vorgehen der UdSSR sprach, deutete Eugen Varga etwa zur selben Zeit in einem Vortrag an. Der ebenso gut informierte wie umsichtige Politökonom, der in Moskau seit den zwanziger Jahren nicht nur die kapitalistische Weltwirtschaft, sondern auch die Politik der kapitalistischen Staaten analysierte,⁸⁴ war sich offenbar der Rückendeckung oberster Parteistellen sicher, als er bereits wenige Wochen früher und ebenfalls vor einer erlesenen Zuhörerschaft laut darüber nachdachte, wann die UdSSR gezwungen werden könnte, ihre Friedenspolitik aufzugeben. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Varga den Zweiten Weltkrieg als einen Kampf zwischen zwei kapitalistischen Lagern um die Neuaufteilung der Welt bewertet. Dabei war er aber immer von der materiellen Unterlegenheit Deutschlands ausgegangen. Die materielle Überlegenheit ihrer Kontrahenten konnten die Deutschen – laut Varga – bisher nur durch eine effektivere Nutzung ihrer beschränkten Ressourcen und eine überlegene Kriegsführung überwinden.⁸⁵ Nun – Mitte April 1941 – hielt er den Wunsch, so lange wie möglich den Eintritt in den Krieg zu vermeiden, vom Klassenstandpunkt aus betrachtet für „nicht ganz richtig“. In einem Vortrag an der militärpolitischen Akademie in Moskau, über den es keine offizielle Verlautbarung gab, schloss er am 17. April 1941 einen Kriegseintritt der UdSSR an der Seite Deutschlands ebenso aus wie an der Seite der Westmächte. Nachdem er festgestellt hatte, dass der Unterschied zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie nicht so groß sei wie der Unterschied zwischen bürgerlicher Herrschaft und Sowjetmacht, warnte er: „Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Der Kampf der beiden Systeme macht jedes Bündnis, jede Freundschaft zwischen der UdSSR und jedem bürgerlichen Staat zu einer zeitweiligen Erscheinung, und jene Länder, die heute als Sieger aus dem Krieg hervorgehen, unterscheiden sich nicht von denen, die morgen unsere Feinde sein werden.“ Für Varga war klar, „dass ungeachtet der offiziell freundschaftlichen Beziehungen, die uns heute mit Deutschland verbinden, ein schneller und entscheidender deutscher Sieg [über Großbritannien für die UdSSR] sehr

83 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 382. Eintrag Dimitrovs vom 5. 5. 1941.

84 Vgl. Gerhard Duda, Jenö Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970, Berlin 1994.

85 Vgl. Eugen Varga, *Meždunarodnoe položenie (na konce ijunija)*, in: *Mirovaja politika i Mirovooe chozjajstvo* 1940, 6, S. 11–18. Vgl. auch Varga: *Meždunarodnoe položenie (Sokraščennaja stenogramma lekcii, pročannoj tov. Varga v Politečničeskom myzee 30. 1. 1941 g.)*, 30. 1. 1941, in: ebd 1941, 3, S. 40–50.

unerwünscht wäre“. Schon jetzt, da Deutschland fast den gesamten europäischen Kontinent beherrsche und über starke Bodentruppen verfüge, gehöre dieser Staat zu den Ländern, die der UdSSR gefährlich werden könnten. Varga scheute sich nicht, die Frage zu stellen, mit welchen Mitteln die Militärstrategie besiegt werden könne, die die Deutschen bisher immer erfolgreich angewandt hätten. Nüchtern stellte er fest, dass es gegen den „Blitzkrieg“ noch keine erfolgreiche Verteidigung gebe. „Offensichtlich muss man gegen diese Angriffsstrategie motorisierter Einheiten entsprechende Angriffsstrategien direkt in Deutschland entwickeln.“ Unklar bleibt, ob Varga hierbei an Luftangriffe oder an revolutionäre Aktionen dachte. Noch deutlicher als in seinen veröffentlichten Analysen stellte er vor diesem internen Kreis fest, dass sich der Krieg trotz aller momentanen Erfolge langfristig zuungunsten Deutschlands entwickle. Als spräche er in höherem Auftrag, dozierte Varga: „Ich habe gesagt, dass die UdSSR eine Friedenspolitik verfolgt, doch das bedeutet nicht, dass wir Pazifisten sind, dass wir für Frieden unter allen Umständen sind.“ Die UdSSR müsse Revolutionen, die zuerst in den Verliererstaaten des jetzigen Krieges heranreifen würden (Varga dachte dabei zuerst an die Verbündeten Deutschlands), zu Hilfe kommen, denn die feindliche Einkreisung behindere die Entwicklung der UdSSR und den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus außerordentlich stark. Varga beendete seinen Vortrag mit dem aufrüttelnden Satz: „Ungeachtet der Friedenspolitik der Sowjetunion werden die Kampfvorbereitungen der Roten Armee genutzt werden, sobald die entsprechende internationale Situation herangereift ist.“⁸⁶

Ähnlich wie Varga, doch mit einer ungleich höheren politischen Autorität, bereitete wenige Wochen später eine Direktive des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee die Politarbeiter in den sowjetischen Streitkräften auf einen möglichen Kriegseintritt der UdSSR vor. Diese Direktive ging von einer verschärften internationalen Lage aus. Die Kriegsgefahr sei für die UdSSR so groß wie nie zuvor. Unter diesen Bedingungen könne die Leninsche Losung „auf fremdem Boden das eigene Land zu verteidigen“ Taten erfordern: „Die neuen Bedingungen, in denen sich das Land jetzt befindet, verlangen einen grundlegenden Umschwung der partei-politischen Arbeit bei der bolschewistischen Erziehung der Angehörigen der Roten Armee und der gesamten Bevölkerung zu Patriotis-

86 Varga, Zur internationalen Lage (Vortrag in der militär-politischen Akademie „Lenin“, 17. 4. 1941, in: Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 5, container no. 8. Vgl. dazu auch Dimitri A. Wolkogonow, Stalin. Triumph und Tragödie. Ein Porträt, Düsseldorf 1989, S. 540.

mus, zu revolutionärer Entschlossenheit. Sie verlangen ständige Bereitschaft zu einem vernichtenden Angriff auf den Feind.“⁸⁷

In der heutigen Zeit müsse man mit Unerwartetem rechnen. Der Übergang vom Frieden zum Krieg sei nur ein Schritt. Unter Hinweis auf Stalin erklärte die Direktive: „Der Krieg kann unerwartet eintreten. Heutige Kriege werden nicht erklärt. Sie beginnen einfach.“⁸⁸

Für Stalin konnte Verteidigung nur mit der Vernichtung des oder der Gegner enden. Nur in diesem Sinne existierte für ihn „keine Verteidigung ohne Angriff“.⁸⁹ Der Kremlchef schwor die Führung der Roten Armee spätestens seit Anfang Mai 1941 auf einen möglichen Kriegsbeginn ein. Er hielt – wie Volkogonov annimmt – einen Krieg gegen Deutschland für unvermeidbar und war entschlossen, das faschistische Deutschland auf dessen Territorium zu zerschlagen.⁹⁰ Es spricht viel dafür, dass er, die Auseinandersetzung mit Deutschland für unvermeidlich erachtend, in Überschätzung der militärischen Stärke der Roten Armee danach strebte, Deutschland die Initiative zu überlassen, um den Krieg mit der breitesten Unterstützung inner- und außerhalb der UdSSR als Befreiungskrieg führen zu können. Daraus ließe sich seine bewusste Missachtung der ihm von vielen Seiten zugehenden, immer präziseren Informationen über den deutschen Aufmarsch an der sowjetischen Westgrenze erklären.⁹¹

Rudolf Heß und der deutsche Angriff auf die Sowjetunion

In diese außerordentlich angespannte Situation platzten in der Nacht vom 12. zum 13. Mai 1941 Meldungen des deutschen und des britischen Rundfunks, die zuerst das Verschwinden des „Stellvertreters des Führers“ und wenige Stunden später dessen Ankunft in Großbritannien bekanntgaben. Das offensichtliche Ziel dieses spektakulären Unternehmens war ein deutsch-englischer Ausgleich zum Zwecke eines gemeinsamen Kampfes gegen die Sowjetmacht.⁹² Heß stand „wäh-

87 Direktive des Chefs der GlavPURA, Ščerbakov, o.D., 1. 6. 1941, 1941, Bd. 2, S. 301–303. Hervorhebung nicht im Original.

88 Ebd., Hervorhebung nicht im Original.

89 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 382 (Stalins Erklärung beim Empfang am 5. 5. 1941).

90 Wolkogonow, Stalin, S. 496 und 534.

91 Dazu sind seit 1998 in Russland zahlreiche Dokumentationen erschienen, die zuletzt in: V.A. Gavrilov (Bearbeiter), Voennaja Razvedka informiruet 1939–1941, Moskau 2008 zusammengefasst wurden. Diese Berichte basierten u. a. auf Meldungen von Harro Schulze-Boysen, Richard Sorge und Ilse Stöbe aber auch abgefangene Meldungen ausländischer Vertretungen.

92 Rainer F. Schmidt, Rudolf Heß – „Botengang eines Toren?, Düsseldorf 2000, S. 91–126.

rend der Jahre 1941 bis 1945 in sowjetischen Augen als Symbol für die kapitalistische Einkreisung“.⁹³

Der Führer-Stellvertreter war bereits am frühen Abend des 10. Mai 1941 in der Nähe von Augsburg gestartet und nach mehr als fünfstündigem Alleinflug in Schottland, in der Nähe von Glasgow, mit dem Fallschirm abgesprungen, nachdem er sein eigentliches Ziel, die Landebahn des Herzogs von Hamilton in Dungavel, nicht hatte finden können. Der prominente deutsche Eindringling war mit seiner Me 110 zwischen 22.45 und 23.09 Uhr zwischen der Westküste von Schottland bei West Kilbride und der Bahnlinie bei Klimarnock im Landesinneren, die nach Dungavel führt, hin und her gekreuzt. Die britische Luftverteidigung hatte das Eindringen des Flugzeugs zwar bemerkt, aber angeblich keine ernsthaften Versuche unternommen, die Maschine abzuschießen.⁹⁴ Seit Langem wird vermutet, dass es sich bei dem ungehinderten Eindringen der Me 110 in britischen Luftraum um ein abgekartetes Spiel gehandelt habe.⁹⁵ Martin Allen ist sich dessen völlig sicher.⁹⁶ Das Thema „Heß“ wurde während der folgenden Jahre zu einer Dauerbelastung der britisch-sowjetischen Beziehungen. Aus sowjetischer Sicht stellte Heß „faktisch bis 1943/44 eine Zeitbombe dar, die Großbritannien jederzeit nutzen konnte und die man deshalb auch lange nicht entschärfte.“⁹⁷ Die sowjetische Aufklärung ging spätestens seit 1942 von einer Beteiligung des britischen Geheimdienstes an der Heß-Affäre aus.⁹⁸ Stalin konfrontierte Churchill während eines Essens, das er im Oktober 1944 ihm zu Ehren gab mit dieser Vermutung.⁹⁹

Da Heß eine herausgehobene Stellung in der Hierarchie des Dritten Reiches einnahm, rankten sich um seinen spektakulären Flug, trotz der offiziellen deutschen Erklärung, wonach Heß im Zustand geistiger Verwirrtheit verschwunden

93 Bernd Martin, Verhandlungen über separate Friedensschlüsse 1942–1945. Ein Beitrag zur Entstehung des Kalten Krieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19/20 (1976), S. 95–113, hier S. 97.

94 Schmidt, Botengang, S. 175–177.

95 Ebd., S. 177.

96 Martin Allen, Churchills Friedensfalle. Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941, Stegen/Ammersee 2003.

97 Valentin Falin, Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995, S. 164.

98 Allen, Friedensfalle, S. 163–164. Zitiert einen Bericht Berijas an Stalin vom 24. 10. 1942: „Kein Brief von Heß an Hamilton hat diesen erreicht, sie wurden durch den [britischen] Geheimdienst abgefangen, von wo aus fingierte Antwortschreiben an Heß im Namen von Hamilton angefertigt wurden.“

99 Ebd., S. 368. Verweist auf PRO PREM 3 434/7. In den bisher zugänglichen sowjetischen Quellen zu diesem Moskau-Besuch Churchills findet sich kein Hinweis darauf.

sei, Spekulationen über mögliche deutsch-britische Friedenssondierungen. Obwohl derartige Spekulationen jeder politischen Grundlage entbehrten,¹⁰⁰ trat die britische Regierung ihnen nicht mit der notwendigen Entschiedenheit entgegen. Churchill entwarf eine spektakuläre Parlamentsrede, mit der er die Pläne von Heß enthüllen und die Absicht der britischen Regierung verkünden wollte, Heß als Kriegsverbrecher zu behandeln und jegliche Verhandlungen mit ihm abzulehnen.¹⁰¹ Hätte er sie gehalten und wären ihr Taten gefolgt – z.B. eine Einladung an die UdSSR und andere Staaten, an der Untersuchung der Heß-Affäre teilzunehmen –, wären „viele der unglückseligen und lang anhaltenden Folgen der Affäre nicht eingetreten“.¹⁰² Doch diese Rede wurde nie gehalten. Vielmehr veranstalteten britische Stellen mit Billigung des Kabinetts ein Täuschungsspiel, das ganz offensichtlich darauf zielte, nicht nur Heß, sondern auch seine möglichen Hintermänner in Deutschland im Unklaren über die Ziele der britischen Politik zu lassen. Ein Element dieses „Spiels“ war die Instruktion an die britische Presse, dass „wir im Augenblick so viel Spekulationen, Gerüchte und Diskussionen über Heß haben wollen, wie nur irgend möglich“.¹⁰³ Dabei ging es jedoch nicht allein darum – wie Gorodetsky annimmt – ein Zerwürfnis in den oberen Rängen der Nazihierarchie zu suggerieren,¹⁰⁴ sondern ebenso darum, alles zu unterlassen, was die Kräfte in Deutschland gestärkt hätte, die einem Angriff auf die UdSSR mit Besorgnis entgegensehen.

Wie Martin Allen anhand einzelner Dokumente aufzeigen kann, war der Heß-Flug der erste Erfolg einer langfristig vorbereiteten Operation des britischen Ge-

100 Ulrich Schlie, *Kein Frieden mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939–1941*, München 1994, S. 318. Schlie bestätigt die Sichtweise von Kettenacker, der in seiner grundlegenden Untersuchung Heß keinen Platz einräumte, vgl. Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges*, Göttingen 1989, S. 82.

101 Gorodetsky, *Täuschung*, S. 333. Der Premierminister wollte Heß als „Mittäter und Komplizen Hitlers bei allen Morden, Wortbrüchen und Grausamkeiten“ bloßstellen, „mit denen das Naziregime sich Deutschland unterworfen hat und nun auch Europa unterwerfen will.“

102 Ebd., S. 334.

103 Ebd., S. 335. Gegenüber Roosevelt erläuterte Churchill, „wir halten es für das Beste, der Presse eine Weile freie Bahn zu geben und die Deutschen im Unklaren zu lassen.“ zit. Churchill an Roosevelt, 16. 5. 1941. Vgl. dazu auch die Erklärung des britischen Botschafters gegenüber Molotov am 27. 6. 1941: „Cripps geht davon aus, dass Heß nicht ohne Wissen Hitlers nach England gekommen sei. Im gegenwärtigen Moment interessiere man sich in England nicht für Heß. Die britische Regierung sei an der Verbreitung verschiedener Gerüchte interessiert und gebe keine offizielle Erklärung ab, um Deutschland im Unklaren zu lassen.“ In: *DVP XXIV*, S. 46–50.

104 Gorodetsky, *Täuschung*, S. 334.

heimdienstes mit der Bezeichnung „Herren HHHH“.¹⁰⁵ Sie wurde im August 1940 von Reginald Leeper, dem Leiter des Political Intelligence Departments und Acting Assistant Under-Secretary im Foreign Office entwickelt, um die seit September 1939 anhaltenden Bemühungen Hitlers auszubeuten, einen Friedensschluss mit Großbritannien zu erreichen. Doch ihr eigentlicher Hauptzweck war – wie Allen glaubt –, Deutschland zu einem Angriff auf die UdSSR zu ermutigen. Dem Minister für wirtschaftliche Kriegsführung, Hugh Dalton (Labour Party), kamen angesichts dieser Absicht Bedenken, die er am 28. Februar 1941 Eden mitteilte:¹⁰⁶

Ich habe lange nachgedacht, nachdem wir gestern die Angelegenheit mit dem PM [Churchill] erörtert haben, und ich fühle, dass ich Ihnen meine Bedenken mitteilen muss, bevor wir weitere Aktionen unternehmen ... Leepers Feststellung von Samstag kam der Sache ziemlich nahe und seine Schlussfolgerung, dass *wir wahrscheinlich den Krieg in Europa nicht gewinnen können, wohl aber einen Weltkrieg*, wurde wohl schon seit ein, zwei Monaten unter die Leute gebracht ... Was Churchill nun vorgeschlagen hat, ist eine wirklich entsetzliche Sache, und ich bin mir sicher, dass es mein Gewissen nicht erlaubt, mich daran zu beteiligen ... Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, dass in diesem Krieg Knochenkegeln mit den Hunnen gerechtfertigt ist, und dass die Operation ‚Herren HHHH‘, als wir sie übernommen haben, das Ziel hatte, diese Funktion zu erfüllen ...

In dem Schreiben Daltons war zwar von der Operation „Herren HHHH“ und seinen diesbezüglichen Skrupeln die Rede, doch bleibt darin unausgesprochen, dass diese sich auf die Ermutigung eines deutschen Angriffs auf die UdSSR bezogen. Daran erinnerte Leonard St. Clair Ingrams, der an der Vorbereitung der „Herren HHHH“-Operation beteiligt war, erst am 10. Mai 1941:¹⁰⁷

105 Die Entstehung des Namens erklärt Allen in einer für sein gesamtes Buch typischen Weise: „Durch einen seltsamen Wink des Schicksals legten die Parameter der Operation selbst eine Bezeichnung nahe: Denn alle vier Personen, die auf deutscher Seite am engsten mit den Verhandlungen in Berührung kamen – Hitler, Heß und die beiden Haushofers – hatten einen Nachnamen, der mit dem Buchstaben H begann, ebenso wie einige der Hauptprotagonisten auf britischer Seite. Die Bezeichnung, auf die man sich bei Leepers Projekt berief, mag zuerst durch Zufall entstanden sein, aber schon bald wurde sie als Kennung für diese Operation angenommen: Die Herren HHHH-Operation.“ Vgl. Allen, Friedensfalle, S. 157.

106 Ebd., S. 204, zit. PRO, FO 898/306. Hervorhebung nicht im Original.

107 Diese Worte sprach Leeper am Tag des Heß-Flugs auf einem von Leeper organisierten „Propaganda Policy Meeting“. Neben Dalton, der den Vorsitz führte, nahmen insgesamt 30 Personen an dieser Beratung teil, darunter Robert Vansittart, Leeper, Oliver Harvey, Bruce Lockhardt, Mr. Ingrams. Vgl. ebd., S. 415–417, hier S. 417 (Faksimile des Dokuments), dessen Fundort Allen auf S. 277, Anm. 291 mit PRO, FO 898/00009 angibt.

We should therefore encourage the Germans to attack Russia by misleading Hitler and by hinting that the large sections both in Britain and the United States who preferred to see the overthrow of the Russians rather than the German regime might be prepared to force through a compromise peace between Britain and Germany and combine to destroy the common enemy, Communism.

Ingrams dürfte damit kaum – wie Allen annimmt – die streng geheim gehaltenen Ziele der „Herren HHHH“-Operation verkündet, sondern eher etwas ausgesprochen haben, was (innerhalb bestimmter Kreise) längst unstrittig war. Nur so lässt sich erklären, dass seine Ausführungen im Protokoll ohne Nachfragen oder Widerspruch verzeichnet sind. Ebenso beiläufig wie Ingrams erwähnte Bruce Lockhart, ein Spitzenbeamter des Foreign Office, sechs Wochen später dasselbe Ziel.¹⁰⁸ Genau jenes Ziel bildete den manifesten Kern von Stalins Misstrauen, auf den ständig ebenso vielfältige wie widersprüchliche Informationen nicht nur aus Großbritannien, sondern auch aus Deutschland und den okkupierten Staaten und Gebieten oder aus den USA einströmten.¹⁰⁹

Da die „Heß-Mission“ „auf illusionären Erwartungen gründete“, war sie bereits zu dem Zeitpunkt gescheitert, als die ersten deutschen und britischen Meldungen veröffentlicht wurden.¹¹⁰ Die Landung des Führer-Stellvertreters hatte nicht, wie von diesem und wahrscheinlich auch von Hitler erträumt,¹¹¹ zu einem politischen Erdbeben in Großbritannien, zu einer Mobilisierung der verständigungsbereiten Kräfte auf der Insel geführt. Niemand empfing Heß dort als Friedensvermittler. Völlig unbeeinflusst von der „Heß-Mission“ setzten Deutschland und Großbri-

108 Vgl. S. 66.

109 Maksim Litvinov, einer der aktivsten Befürworter einer amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit, argwöhnte nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR: „[T]he British purposely had postponed the second front so that Russia would ‚be bled white through fighting Germany alone.‘ After the war, Britain would then ‚dominate and control Europe to protect and increase the power of the British Empire at the calculated expense of weakening her ally.‘“ (Elisabeth Kimball MacLean, Joseph E. Davies. *Envoy to the Soviets*, London 1992, S. 88).

110 Schlie, *Kein Frieden mit Deutschland*, S. 318.

111 Ebd., S. 317: „Hitler [war] die treibende Kraft im Hintergrund, [er war] in alle Phasen des Unternehmens eingeweiht und [hat] auch die politische Stoßrichtung des Heß-Fluges – Teilung der Welt und gemeinsames deutsch-britisches Bündnis gegen die Sowjetunion – gutgeheißen.“ Von einer Mitwisserschaft Hitlers geht auch Allen aus, vgl. Allen, *Friedensfalle*, S. 284. Dagegen bleibt Schmidt in Bezug auf die Mitwisserschaft Hitlers ambivalent: Einerseits betont er entschieden, alle Aktivitäten von Heß, die sich mit der Vorbereitung seines Fluges befassten, „waren von Hitler weder autorisiert noch waren sie diesem bekannt“. Andererseits räumt er aber ein, dass Hitler die „quasi-offiziellen Sondierungen von Friedensmöglichkeiten, die Heß auf diplomatischem Terrain über Haushofer einleitete“ gebilligt habe. Vgl. Schmidt, *Botengang*, S. 162.

tannien den Luftkrieg und ihre jeweiligen militärischen Operationen in Nordafrika und im Mittelmeer fort. Am 11. Mai flog die deutsche Luftwaffe ihren bis dahin schwersten Luftangriff gegen London, dem mehr als 1 000 Menschen zum Opfer fielen.¹¹²

Die sowjetische Regierung sah sich nicht veranlasst, direkt oder indirekt über TASS eine Erklärung abzugeben. Inwieweit sie durch Informanten im Umkreis von Heß bereits im Vorfeld über dessen Absichten informiert war, kann bisher nicht festgestellt werden.¹¹³ Zwar steigerte der Heß-Flug mit Sicherheit das sowjetische Misstrauen, doch blieb er ohne unmittelbaren Einfluss auf die sowjetische Deutschlandpolitik.¹¹⁴ Die Moskauer Presse informierte zwischen dem 14. und 16. Mai sehr kurz über die britischen und deutschen Erklärungen zu Heß,¹¹⁵ ohne sie zu kommentieren. Danach verschwand das Thema zunächst aus der straff kontrollierten sowjetischen Presse. Erst 1942 tauchte es als Zeichen gewachsener Verdächtigungen gegenüber Großbritannien wieder auf.

In Moskau löste der Absprung von Rudolf Heß nur einen sehr kurzen Alarm aus, den der britische Botschafter sofort wahrnahm.¹¹⁶ Innerhalb von drei Tagen konnte dort Entwarnung gegeben werden. Der damalige sowjetische Botschafter in London übertrieb nicht, als er rückblickend feststellte: „Alles Grundlegende und Wesentliche über den Heß-Flug war der sowjetischen Botschaft schon damals, im Frühjahr 1941, bekannt.“¹¹⁷

Majskij bestätigte die britischen und deutschen Nachrichten am 13. Mai, konnte jedoch zunächst noch nichts zur Klärung der sich daran knüpfenden Gerüchte beitragen.¹¹⁸ Einen Tag später berichtete der Resident der Auslandsaufklärung des NKGB in London, gestützt auf Informationen von Kim Philby, Einzelheiten. Erstmals war in dieser Meldung von „Friedensvorschlägen“ die Rede, die Heß

112 Schmidt, Botengang, S. 173.

113 Schlie, Kein Frieden mit Deutschland, S. 305. Schlie deutet an, dass Kurt Jahnke, ein Mitarbeiter von Heß, möglicherweise für den sowjetischen Geheimdienst arbeitete.

114 Schwendemann, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. 334.

115 Vgl. *Pravda*, Nr. vom 14. 5. 1941, S. 5, „In der letzten Stunde“: Deutsche und britische Erklärungen zu Heß, ebd. vom 16. 5. 1941, S. 5, Kurze Erklärung von Churchill zu Heß im Unterhaus.

116 Der britische Botschafter in Moskau, Cripps, notierte bereits am 13. 5. 1941 in sein Tagebuch: „1. Heß-Affäre hat die Sowjetregierung zweifellos sehr verwirrt und alte Furcht vor Friedensschluss auf ihre Kosten wiederaufleben lassen.“, zit. in: Gorodetsky, Täuschung, S. 340.

117 I.M. Majskij, Memoiren, Berlin 1977, S. 640.

118 Majskij an NKID, 13. 5. 1941, in: Gorodetsky, Täuschung, S. 349.

angeblich bei sich gehabt hätte.¹¹⁹ Angesichts der zunehmenden Spekulationen in der britischen Presse wiegelte Majkskij ab: Heß sei nicht im Auftrag Hitlers, sondern auf eigene Initiative gekommen.¹²⁰ Einen Tag später, am 16. Mai, konkretisierte Majkskij, gestützt auf Informationen von Richard Austen Butler, dem parlamentarischen Staatssekretär im Foreign Office, die britische Regierung bleibe entschlossen, den Krieg fortzuführen: Sollte Heß die merkwürdige Vorstellung haben, „er werde hier eine Menge von ‚Quislingen‘ vorfinden, die nur darauf warten, dass Deutschland ihnen die Hand entgegenstreckt, dann weiß er bereits oder wird in Kürze wissen, dass er sich geirrt hat.“ Butler fügte gegenüber Majkskij hinzu: Heß werde in England als Kriegsgefangener festgehalten werden. Von einem Treffen zwischen Heß und Churchill könne keine Rede sein.¹²¹ Durch Kim Philby erfuhr die sowjetische Führung, dass sich Heß weiterhin loyal zu Hitler verhalte und für ein deutsch-britisches Zusammengehen gegen die UdSSR werbe.¹²² In den Scheinverhandlungen mit Lordkanzler John Allsbrook Simon hatte Heß „unverblümt die ... antibolschewistische Stoßrichtung seines ‚Friedensangebots‘ ausgesprochen: Einen guten Monat vor dem Angriff auf die Sowjetunion war Heß nach England geflogen, um die Briten auf die deutsche Seite zu ziehen und zu einer gemeinsamen Wendung gegen Russland zu bewegen.“¹²³ Philby kam zu der Schlussfolgerung, die Zeit für Friedensverhandlungen sei noch nicht gekommen. Heß könnte allerdings im späteren Verlauf des Krieges zum Mittelpunkt von Intrigen für einen Friedenskompromiss und sowohl für die Friedenspartei in England als auch für Hitler nützlich werden.¹²⁴

Verglichen mit den recht präzisen Meldungen aus London erhielt Stalin aus Berlin durch die sowjetische Botschaft nur sehr allgemeine Analysen, die seinen Argwohn in Bezug auf eine deutsch-britische Verständigung nicht verringerten. Unter anderem hob der sowjetische Botschafter in Berlin die Verstärkung der

119 Vadim an NKGB, 14. 5. 1941, zit. in: 1941, Bd. 2, S. 200–201. Auf dieses Dokument wurde erstmals von John Costello, *Ten Days to Destiny. The Secret Story of the Hess Peace Initiative*, New York, 1991 verwiesen.

120 Majkskij an NKID, 15. 5. 1941, in: Gorodetsky, *Täuschung*, S. 349. Vgl. dazu auch die Aufzeichnungen zur Unterredung zwischen Majkskij und Butler am 14. 5. 1941, in: DVP XXIII, S. 681–682. Auf die Frage Majkskij, ob er mir nicht irgendetwas über den Flug von Rudolf Heß nach England mitteilen könne, empfahl Butler Vorsicht im Umgang mit Sensationsmeldungen in Zeitungen.

121 Majkskij an NKID, 16. 5. 1941, in: DVP XXIII, S. 689–690. Majkskij bekräftigte diese Interpretation am 21. Mai, vgl. DVP XXIII, S. 692–693.

122 Gorodetsky, *Täuschung*, S. 350.

123 Schlie, *Kein Frieden mit Deutschland*, S. 322.

124 Bericht der Auslandsaufklärung des NKGB, 22. 5. 1941, zit. in: 1941, Bd. 2, S. 248–249.

antisowjetischen Propaganda in der deutschen Presse seit dem Verschwinden von Heß hervor.¹²⁵

Zweifellos veranlasste die Heß-Affäre Stalin zu noch größerer Vorsicht, doch sie änderte in Moskau nichts an den dort längst begonnenen Kriegsvorbereitungen. Sie lieferte der sowjetischen Führung ein wichtiges Argument, um das vorhandene Misstrauen gegen die britische Politik überzeugend zu begründen. Als der britische Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, am 27. Juni 1941 aus London zurückkehrte, fragte Molotov sofort nach Heß. Die Antwort des Botschafters, dass Heß nicht ohne Wissen Hitlers nach England gekommen sei, um dort nach der Möglichkeit eines Friedensschlusses zu suchen, dürfte das stets existente sowjetische Misstrauen bestätigt haben.¹²⁶ Die damit verbundenen Verdächtigungen gegenüber den Briten stellten innerhalb der sowjetischen Außenpolitik einen Faktor dar, der u. a. nach dem 22. Juni eigenmächtige Manöver der sowjetischen Politik rechtfertigte.

In den Wochen nach dem Heß-Flug fürchtete die britische Regierung zum zweiten Mal durch eine deutsch-sowjetische Verständigung überrascht zu werden. Stalin ließ am 5. Juni seinen Botschafter in London versichern, dass zwischen Deutschland und der Sowjetunion „keinerlei Verhandlungen im Gange“ seien. Demgegenüber beharrte Eden darauf, dass seine Informationen Indizien für „ernsthafte Verhandlungen über Fragen von enormer Bedeutung“ zwischen Russland und Deutschland böten.¹²⁷ Für diese Behauptung lieferte der britische Außenminister auch später keinerlei Belege. Sie zielte allein darauf, ein sowjetisches Dementi zu erreichen. Das Interesse der britischen Regierung, die UdSSR zu einer entschiedenen Position gegenüber Deutschland zu bewegen, wurde immer stärker, jedoch nicht so stark, dass sich London zu Konzessionen bei den politischen Streitigkeiten mit der UdSSR, insbesondere zu einer Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR bereitgefunden hätte. Während London zu dieser Frage in jenen Tagen schwieg, bereitete sich das britische Kriegskabinett darauf vor, eine sowjetische Anfrage umgehend mit einem Hilfsangebot beantwor-

125 Dekanozov, Vorläufige Angaben zum „Fall Heß“, 21. 5. 1941, in: 1941, Bd. 2, S. 261–266.

126 Unterredung zwischen Molotov und Cripps, 27. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 46–50. Die britischen Aufzeichnungen sind auszugsweise dargelegt in: Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. II, S. 7.

127 Majskij an NKID, 5. 6. 1941, in: Gorodetsky, *Täuschung*, S. 352. Nach britischen Quellen wiederholte Majskij am 10. 6. 1941 gegenüber Eden diese Erklärung, vgl. Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. I, S. 620–621.

ten zu können.¹²⁸ Am 11. Juni konkretisierte Eden gegenüber Majksij erstmals die in diese Richtung gehenden Überlegungen.¹²⁹

3. Sowjetische Vorbereitungen auf den deutschen Angriff

Zum deutschen Angriff 1941 erklärte Stalin rückblickend: „Wir zweifelten nie daran, doch wir wollten noch sechs Monate für die Vorbereitung auf diesen Überfall gewinnen.“¹³⁰ Auch Molotov erklärte dem amerikanischen Außenminister im Nachhinein, „dass die sowjetische Regierung seit April [1941] von der Vorbereitung eines Überfalls auf die UdSSR wusste.“ Deshalb habe sie seit Mai eine verdeckte Mobilisierung durchgeführt und Truppen an die Grenze verlegt.¹³¹

Die letzte Militärparade vor dem Krieg präsentierte am 1. Mai 1941 aller Welt die sowjetische Kampfbereitschaft.¹³² Schon seit Monaten sprachen führende

128 Eden, Reckoning, S. 267–268. Eden wurde durch das Kriegskabinett ermächtigt – falls Majksij die deutsche Truppenkonzentration anspricht – zu erklären: „[I]f Russia became involved in war with Germany, we would do all that we could, for example, by air action in the west, to draw off German air forces.“ Vgl. dazu auch Horst Boog, Die Anti-Hitler-Koalition, in: DRZW Bd. 6, S. 18

129 FRUS 1941, I, S. 170–172: Johnson (Geschäftsträger der USA in London) an State Department, 13. 6. 1941, danach erklärte Eden gegenüber Majksij am 11. Juni: „[T]he British Government would be willing to assist the Russian Government in the following ways: (1) by such air action in the west as might be practicable to divert in some measure German air attack for Russia; (2) the despatch to Moscow of a military mission of first class quality composed of men who had actual experience in all branches of land and air operations in the present war and (3) economic assistance within the limits practicable.“ Vgl. auch Eden, Reckoning, S. 269. Auf die Ankündigung Edens vom 11. Juni bezog sich der britische Geschäftsträger am 22. 6. 1941, vgl. DVP XXIII, S. 756–757, Unterredung zwischen Vyšinskij und Baggaley am 22. 6. 1941. Der Bericht Majskijs über dieses Angebot und etwaige Reaktionen der Moskauer Führung darauf sind bisher nicht zugänglich.

130 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, in: 15. 8. 1942, AP RF f. 045, op. 1, d. 283, Bl. 57, veröffentlicht in: 1941, Bd. 2, S. 17–18.

131 Unterredung zwischen Molotov und Hull, 3. 6. 1942, in: Ržeševskij, O.A. Stalin i Čurčill'. Moskau 2004, S. 250–253. Auch in SAMO 1, S. 195–197. Vgl. dazu auch Cordell Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Bd. 2, New York 1948, S. 1174. Auf die Frage Hulls: „[W]hen it dawned on the Soviet Government that Hitler would attack them, Molotov came right back by saying this conclusion had been reached in April or May, but that of course most of the Russian people did not believe it until after the war was actually on.“ Hulls bezieht sich hier auf seine Aufzeichnung zur Unterredung mit Molotov, veröffentlicht in: FRUS 1942 III, S. 587.

132 Fleischhauer, Diplomatischer Widerstand, S. 313.

sowjetische Politiker immer wieder von der Notwendigkeit, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein,¹³³ während die sowjetische Presse – nach Einschätzung der Amerikaner – den Kriegsverlauf mit Sympathie für die Westmächte interpretierte.¹³⁴ Bereits Anfang 1941 hatte sich die sowjetische Führung zu dem in der gesamten sowjetischen Geschichte einmaligen Schritt entschlossen, eine deutsche Expertenkommission zur Besichtigung streng geheimer Flugzeug- und Rüstungswerke einzuladen. An der Besichtigungsreise vom 28. März bis 17. April 1941 beteiligten sich unter Leitung von Oberst Schwenke vom Luftwaffenführungsstab auch Direktoren führender deutscher Rüstungsunternehmen. Nach einem Bericht Schulenburgs erklärte der sowjetische Chefkonstrukteur A.I. Mikojan damals: „Ihr habt jetzt [die] machtvolle Technik des Sowjetlandes gesehen. Wir werden jeden Angreifer, woher er auch kommt, mutig zurückschlagen.“¹³⁵ Völlig zu Recht vermutete der deutsche Botschafter, der selbst uninformatiert über die bereits feststehenden Angriffsabsichten Hitlers war, dass Mikojan diese Worte im allerhöchsten Auftrag gewählt hatte.¹³⁶

Tatsächlich bereitete Stalin in den Wochen vor dem deutschen Angriff die UdSSR vielfältig auf Krieg vor, allerdings nicht mit diplomatischen Mitteln. Wahrscheinlich lehnte er darauf gerichtete Bemühungen vor allem deshalb ab, weil er zu keinerlei Zugeständnissen bereit war. Am 13. Juni 1941 ließ Stalin durch TASS „aufgebauschte Gerüchte“ in der Auslandspresse über verstärkte deutsche und sowjetische Kriegsvorbereitungen dementieren. Die sowjetische Nachrichtenagentur betonte dabei zugleich die Normalität der deutschen und sowjetischen Truppenbewegungen¹³⁷ und beteuerte den Friedenswunsch der UdSSR. Noch in Unkenntnis dieser offiziösen Verlautbarung vermutete die Lon-

133 Vgl. AdG, 7. 11. 1940, S. 4764-E: Rede Kalinins anlässlich des 23. Jahrestags der Oktoberrevolution.

134 FRUS 1941, I, S. 613–614, Steinhardt an State Department, 7. 5. 1941.: „The result is that a reader of the Soviet newspapers receives an impression of world events that tends to be favorable to the Allied cause.“

135 Schwendemann, Wirtschaftliche Zusammenarbeit, S. 328. Zur Vorbereitung dieser Besichtigung ebd., S. 265.

136 Ebd., S. 328. Molotov hatte diese Reise bereits im Januar 1941 der deutschen Botschaft vorgeschlagen. Zur Uninformiertheit von Schulenburg vgl. TJG II, Bd. 3, S. 311–322, hier S. 321, Z. 410–414 (15. 2. 1942): „Auch unser Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, hat keine blasse Ahnung gehabt, dass das Reich zum Angriff entschlossen war. Er hat nach wie vor den Standpunkt vertreten, dass es die beste Politik sei, sich Stalin zum Freund und Bundesgenossen zu machen.“

137 Vgl. den Tagebucheintrag Majskijs vom 21. 6. 1941: Die Atmosphäre in London war seit Anfang Juni von der Erwartung eines deutschen Überfalls auf die UdSSR bestimmt, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 8, Bl. 158.

doner Times am gleichen Tage hinter den deutschen und den sowjetischen Truppenkonzentrationen bei gleichzeitigem Rückruf des britischen Botschafters aus Moskau eher die Vorbereitung einer diplomatischen als einer militärischen Offensive.¹³⁸ Die TASS-Erklärung, die nicht der britischen, sondern der deutschen Botschaft vorab zur Kenntnis gegeben und bereits am 13. Juni, dem Vorabend ihrer Veröffentlichung, im Radio verlesen wurde,¹³⁹ war faktisch auch eine Antwort auf die Mutmaßungen Edens gegenüber Majskij vom 5. Juni und eine Absage an die britische Regierung, die versuchte, die UdSSR zu einer entschlossenen Haltung gegen Deutschland zu drängen.¹⁴⁰ Stalin beantwortete damit die von ihm angenommene bzw. befürchtete Verständigungsbereitschaft der britischen Regierung gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit der Heß-Affäre, indem er seinerseits Verhandlungsbereitschaft mit Deutschland vortäuschte. Tatsächlich war Stalin jedoch zu territorialen oder gar politischen Zugeständnissen an Deutschland ebenso wenig bereit wie die britische Regierung. Die TASS-Erklärung war ein mit großer Sicherheit direkt auf Stalin zurückgehendes Manöver. Doch zielte sie keineswegs ausschließlich auf die Beschwichtigung Deutschlands,¹⁴¹ sondern ebenso auf die Vorbereitung der „vaterländischen“ Propaganda, basierend auf einem „unprovokierten, heimtückischen Überfall“ des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion. Seit der gescheiterten Mission Molotovs in Berlin (November 1940) hatte Stalin keine politische Initiative ergriffen, um die immer wahrscheinlicher werdende militärische Auseinandersetzung mit Deutschland zu verhindern. Er war weder zu einer Unterordnung unter Deutschland noch zu politischen Zugeständnissen bereit, um dadurch eine britisch-sowjetische und somit auch eine amerikanisch-sowjetische Annäherung herbeiführen zu können. Er testete zu keiner Zeit, ob eine solche diplomatische Abschreckung Deutschland zu einer Verminderung seiner Truppen an der sowjetischen Grenze veranlasst hätte.

Der sowjetische Partei- und Regierungschef bestätigte vielmehr im Mai 1941 weit fortgeschrittene militärische Planungen, um die Streitkräfte an der sowjetischen Westgrenze in die Lage zu versetzen, einen deutschen Angriff sofort zurückzuschlagen zu können. Bei der Interpretation des vom damaligen Volkskommissar für Verteidigung Timošenko und dem Generalstabschef Žukov vorgeschlagenen Präventivschlag gegen Deutschland, den Stalin niemals bestätigte und der immer

138 *The Times*, 13. 6. 1941, S. 5: „An Ambassador on Leave“.

139 TASS-Erklärung, veröffentlicht in der *Izvestija* am 14. 6. 1941, in: DVP XXIII, S. 734–735. vgl. auch FRUS 1941, I, S. 148–149; Steinhardt an State Department, 14. 6. 1941.

140 Majskij an NKID, 10. 6. 1941, zit. in: Gorodetsky, Täuschung, S. 343.

141 Fleischhauer, Diplomatischer Widerstand, S. 334–335.

Entwurf blieb,¹⁴² ist zu beachten, dass bereits ein acht Monate früher vorgelegte Einsatzplan auf ein ähnliches offensives Vorgehen aus der Verteidigung heraus zielte. Darauf verwies Joachim Hoffmann bereits zu Beginn der 80er Jahre,¹⁴³ bevor ältere Spekulationen um einen sowjetischen Überraschungsangriff von Viktor Suvorov (ein Pseudonym für Vladimir Bodanovič Rezun) wiederbelebt wurden.¹⁴⁴

Alle Varianten dieses am 14. Oktober 1940 durch Stalin „gebilligten“ Einsatzplans sahen aus der Verteidigung heraus „machtvolle Schläge“ in den Frontabschnitten von Lublin und Krakau oder in Ostpreußen vor, um den Krieg außerhalb der sowjetischen Grenzen führen zu können.¹⁴⁵ In den im Wesentlichen deckungsgleichen Direktiven an die Kommandeure der fünf Militärbezirke hieß es zu den aktiven Handlungen dementsprechend:¹⁴⁶

Unter günstigen Bedingungen sollen alle verteidigenden Truppen und Reserven der Armee sich bereithalten, auf Befehl des Oberkommandos rasche Schläge zur *Zerschlagung* des Gegners zu führen, die Kampfhandlungen auf sein Gebiet zu tragen und günstige Grenzlinien zu besetzen.

Die Ziele dieser offensiven Verteidigung unterschieden sich nicht von denen, die Timošenko und Žukov nun am 15. Mai 1941 erfolglos für ein präventives Vorgehen vorgeschlagen hatten.¹⁴⁷ Die Differenz lag allein in der Frage, ob diese Ziele im Ergebnis eines Gegen- oder eines Erstschlags erreicht werden sollten. Dafür, dass bei allen von Stalin bestätigten militärischen Planungen das Schwergewicht auf der Verteidigung lag, spricht vor allem der aufwendige Ausbau der sowjetischen Westgrenze seit 1940. Geplant war neben Befestigungsanlagen der Bau von 3 237

142 Mit Angabe des Fundorts wurde dieser Vorschlag in deutscher Übersetzung zum ersten Mal vollständig 1998 als undatiertes Schreiben von Timošenko und Žukov an Stalin von Lev A. Bezymenskij veröffentlicht in: Ueberschär/Bezymenskij, *Angriff*, S. 186–193. Fünf Jahre zuvor hatte Walerij Danilow dieses Dokument unvollständig und ohne Quellenangabe veröffentlicht, vgl. ders., *Hat der Generalstab der Roten Armee einen Präventivkrieg gegen Deutschland vorbereitet?* In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* 31(1993), 1, S. 41–51.

143 Joachim Hoffmann, *Die Sowjetunion am Vorabend des deutschen Angriffs*, in: DRZW Bd. 4, S. 38–97, hier S. 67–72.

144 Viktor Suvorov, *Der Eisbrecher. Hitler im Kalkül Stalins*, Stuttgart 1989.

145 Vgl. dazu Juri Gorkow, 22. 6. 1941 – Verteidigung oder Angriff? *Recherchen in Russischen Zentralarchiven*, in: Bianka Pietrow-Ennker, *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 2000, S. 190–207, hier S. 194 und Anm. 11. Dieser Einsatzplan wurde durch Lev A. Bezymenskij veröffentlicht in: Ueberschär/Bezymenskij, *Angriff*, S. 164–173.

146 Gorkow, 22. Juni, S. 204.

147 Bonwetsch, *Stalins Äußerungen*, S. 177.

km einspuriger und 4 240 km zweispuriger Eisenbahnstrecke. Für alle Militärbezirke wurden drei bis vier Verteidigungslinien bis zur alten Staatsgrenze bestimmt.¹⁴⁸

Die Behauptung, Stalin sei sich noch im Mai 1941 „der beschränkten Kampfbereitschaft der Armee und auch des Staates bewusst“ gewesen,¹⁴⁹ trifft nicht zu. Es gibt dafür keinen Beleg. Nicht Stalin, sondern westliche Militärexperten schätzten die Kampfbereitschaft der Roten Armee im Frühjahr 1941 als „beschränkt“ ein und gingen von einem Scheitern der seit 1928 mit drei Fünfjahrplänen verfolgten Politik aus. Es gibt keine Indizien dafür, dass Stalin jemals an der Kampfbereitschaft der Roten Armee und damit an deren Siegesmöglichkeiten zweifelte. Die Tatsache, dass er umgehenden Vorbereitungen eines Präventivschlags gegen Deutschland seine Zustimmung verweigerte, könnte aber darauf deuten, dass er die vielfach erwiesene Stärke Deutschlands ernster nahm als seine militärischen Berater. Dies würde auch erklären, warum es in der am 15. Mai 1941 vorgenommenen letzten Aktualisierung des von Stalin im Vorjahr bestätigten Einsatzplans der Roten Armee hieß: „Ein erstes Überfliegen und Überschreiten der Staatsgrenzen durch unsere Truppeneinheiten ist nur mit der ausdrücklichen Genehmigung des Oberkommandos gestattet.“¹⁵⁰

Auch sowjetische Diplomaten gaben gegenüber dem Ausland niemals Skepsis hinsichtlich der militärischen Stärke der Roten Armee zu erkennen. Am 5. Juni reagierte Lozovskij zurückhaltend auf die Versuche des amerikanischen Botschafters, die Beziehungen zur UdSSR zu verbessern. Der Stellvertreter Molotovs machte weiterhin die amerikanische Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR zur Voraussetzung für die Bereinigung laufender Streitfragen. Steinhardts Warnung vor der Konzentration der deutschen Truppen an der Westgrenze der UdSSR beantwortete Lozovskij – der offiziellen Sprachregelung folgend – mit der Erklärung: „Die Sowjetunion verhalte sich gegenüber jeder Art von Gerüchten betr. eines deutschen Überfalls sehr ruhig.“ Sicher nicht ohne Instruktion fügte er hinzu:¹⁵¹

148 Gorkow, 22. Juni, S. 204, 201.

149 Ebd., S. 194. Auch Stoecker verweist m.E. unzutreffend darauf, dass sich Stalin als „Realist“ „der Grenzen der Einsatzfähigkeit der Roten Arbeiter und Bauernarmee ... bewusst“ war, vgl. Stoecker, Tönerer Koloß, S. 148.

150 Ebd., S. 198–202. Die am 15. 5. 1941 aktualisierte Fassung des Einsatzplans ist bislang nicht veröffentlicht.

151 Unterredung zwischen Lozovskij und Steinhardt am 5. 6. 1941, Verteiler: Stalin, Molotov, Vorošilov, Mikojan, Kaganovič, Vyšinskij, und das Generalsekretariat des MID, DVP XXIII, S. 720–728.

Die Sowjetunion werde mit Waffengewalt jedem entgegentreten, der ihre Grenze verletze. Wenn sich solche Leute fänden, die versuchten dies zu tun, so wäre der Tag des Überfalls auf die UdSSR der aller unglücklichste in der Geschichte des Landes, das die UdSSR überfällt.

Uneingeweiht in interne Überlegungen der Moskauer Zentrale versuchte der sowjetische Botschafter in London am Vorabend des deutschen Angriffs die scheinbare Ruhe Stalins und Molotovs zu vermitteln, indem er britischen Warnungen widersprach:¹⁵²

Offen gesagt, glaube ich nicht, dass Hitler uns angreifen wird. Gegen Russland Krieg zu führen, war immer ein schwerer Entschluss. Eine Invasion endete stets tragisch für den, der sich dazu erkühnte. Man denke nur an die Polen (in der Zeit der Wirren), an Karl XII., an Napoleon oder an den deutschen Kaiser im Jahre 1918. Die Geographie Russlands hat sich seitdem nicht sehr verändert. Dazu – und das ist besonders wichtig – haben wir heute eine starke Armee, Panzer, Artillerie und Flugzeuge ... Wir haben das gleiche Kriegsgerät wie Deutschland, das Frankreich zB nicht zur Verfügung stand. Unsere Gesellschaft ist so einig und geschlossen, wie es die französische nicht war. Wir können uns selbst verteidigen. Ist es überhaupt denkbar, dass Hitler unter diesen Umständen einen Angriff riskiert? Sie wissen, dass das ein selbstmörderisches Unterfangen wäre.

Ein Indiz dafür, dass sich Stalin auf einen unmittelbar bevorstehenden Krieg eingestellt hatte, waren seine Überlegungen zu dessen Auswirkungen auf die europäische Staatenordnung. Diese Vorstellungen glaubte ein französischer Diplomat im Anschluss an ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in Paris, Bogomolov – der gerade von Konsultationen in Moskau zurückgekommen war, wo ihn Stalin im Beisein von Molotov zu einem halbstündigen Gespräch empfangen hatte¹⁵³ – in einem Satz zusammenfassen zu können:¹⁵⁴

Sollte Deutschland als Sieger aus dem Krieg hervorgehen, werde Polen [dauerhaft], von der Landkarte verschwinden'. Sollte Deutschland besiegt werden, sei offensichtlich, dass ,Polen als unabhängiger Staat wiederhergestellt und seine Grenzen mit der Sowjetunion vertraglich fixiert werden'.

Nur unter der Voraussetzung, dass es gelänge, den angreifenden Gegner zu „zerschlagen“, war es denkbar, bei einem Friedensschluss derartige Ziele durchzusetzen.

152 Wahrscheinlich bezog sich Majskij mit diesem Telegramm an Molotov vom 21. 6. 1941 auf ein vorangegangenes Gespräch mit dem nach London zurückgerufenen britischen Botschafter Sir Stafford Cripps, vgl. Gorodetsky, Täuschung, S. 394.

153 Bogomolov ist als Besucher Stalins am 17. Mai 1941 verzeichnet, vgl. LPS, S. 333.

154 Gorodetsky, Täuschung, S. 393, zit. Quai d'Orsay Archives, 834/Z/312/2, pp. 261–264, Aufzeichnungen Nemonovs über die Unterredung mit Bogomolov, 5. 6. 1941.

II. Der 22. Juni 1941 und die Machtpolitik Stalins

„The past with its crimes, its follies and its tragedies, flashes away.“¹ Mit diesen Worten forderte Churchill am 22. Juni 1941 die britische Öffentlichkeit dazu auf, bezogen auf die UdSSR die Vergangenheit zu vergessen, um einem britischen Sieg über Deutschland den Weg zu bereiten. Doch all das Unrecht, das in Sowjetrußland seit 1917, seit dem Bruch der Entente cordial geschehen war, blieb ebenso unvergessen wie die eigenmächtigen Taten, durch die die sowjetische Regierung die deutsche Kriegsführung von September 1939 bis zum Juni 1941 ausgenutzt und unterstützt hatte. Was aus der Sicht Stalins wie eine Wiedergutmachung „historischen Unrechts“ aussah,² die „Verschiebung“ der sowjetischen Westgrenze zu Lasten Polens, Finnlands und Rumäniens sowie die „Wiedereingliederung“ der baltischen Staaten in die UdSSR, betrachtete die Welt als bedrohliche Gewaltakte, die niemals vergessen wurden. Es war diese Vergangenheit, die sich nach dem 22. Juni zu einer wesentlichen Konfliktquelle für die Zusammenarbeit der Alliierten entwickelte.

Und dennoch bot der Zweite Weltkrieg den Mächten, die über Nacht zu Verbündeten bzw. im Laufe der nächsten Jahre zu Kriegspartnern wurden, die bis dahin größten Chancen, durch die Entwicklung wirtschaftlicher, politischer, militärischer, aber auch kultureller Zusammenarbeit ihre Beziehungen zu vertiefen und gegenseitige Bindungen zu entwickeln. Dies gilt insbesondere für die ersten Monate nach dem 22. Juni 1941, als die ursprüngliche sowjetische Verteidigungsstrategie fehlschlug, die UdSSR schwere militärische Niederlagen hinnehmen musste und der deutsch-sowjetische Krieg sich zu einem Vernichtungskrieg gegen die UdSSR und ihre Bevölkerung entwickelte.³

1. Stalin und die Anti-Hitler-Koalition

Den Krieg, den Hitler am frühen Morgen des 22. Juni 1941 eröffnete, erwiderte Stalin sofort. Die dabei auf beiden Seiten angewandte Gewalt überstieg alle menschlichen Erfahrungen.⁴ Neu war auch die von Anfang an alles umfassende

1 Rundfunkansprache Churchills, 22. 6. 1941, in: DzD I, 1, S. 380–383, hier S. 382.

2 Gorodetsky, Täuschung, S. 132.

3 Arnold, Barbarossa, S. 147–180.

4 Merridale, Iwans Krieg, S. 6.

Informationskontrolle auf deutscher und sowjetischer Seite. Sie ermöglichte eine weitgehende Manipulation der jeweils eigenen Bevölkerung. Triumphierende deutsche Siegesmeldungen überdeckten die im Umkreis von Hitler früh vorhandene Kenntnis der sowjetischen Kampfkraft. Bereits am 1. Juli notierte der deutsche Propagandaminister: „Die Dinge stehen im Allgemeinen gut, allerdings leisten die Russen mehr Widerstand, als man vermutet.“⁵ Einige Wochen später erklärte Hitler: „In den vergangenen Wochen hat es manchmal sehr kritisch gestanden. Wir haben offenbar die sowjetische Stoßkraft und vor allem die Ausrüstung der Sowjetarmee gänzlich unterschätzt.“⁶

In Moskau hob der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, der wenige Stunden nach dem deutschen Angriff zusammen mit Politbüromitgliedern in den Kreml gerufen worden war, die „Ruhe, Festigkeit und Zuversicht Stalins“ hervor.⁷ Unmittelbar nach der Lagebesprechung mit dem Vožd' erläuterte der Bulgare dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:⁸

Die Tatsache, dass die Aggression von Deutschland ausgeht, ist für uns also vorteilhaft. Sie charakterisiert die blutige Politik, die Deutschland bisher verfolgte. Diese Aggression wird in noch stärkerem Maße auf die von Deutschland unabhängigen Völker einwirken und wird früher oder später zu einem bitteren Ende für Deutschland und seine Armee führen.

Der deutsche Angriff traf die Rote Armee keineswegs unvorbereitet. Noch am 22. Juni ging der Moskauer Generalstab von der Möglichkeit aus, ihn erfolgreich abwehren zu können.⁹ Die daraus abgeleiteten Aufgaben für die sowjetischen Truppen entsprachen jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt weniger der tatsächlichen Kriegslage als den vorangegangenen Planungen. Semën Timošenko, der damalige Volkskommissar für Verteidigung, stellte in einer Direktive, die um 21.15 Uhr im Auftrag Stalins abgesandt worden war, der Nordwestlichen und der Westlichen Front – gemeint waren die jeweils aus mehreren Formationen bestehenden Truppen der Roten Armee in dem benannten Frontabschnitt – die Aufgabe, bis zum Ende des 24. Juni die dortige Gruppierung des Gegners zu vernichten und den Bezirk Suwalki zu erobern. Die Südwestliche Front sollte zusammen

5 TJG I, Bd. 9, S. 414–417, hier S. 415, Z. 23–25 (1. 7. 1941).

6 TJG II, B. 1, S. 255–272, hier S. 260, Z. 200–202 (19. 8. 1941).

7 Dimitroff, Tagebuch, Bd. 1, S. 392–393.

8 Entwurf der Erklärung des Gen. Dimitrov für die Sitzung des Sekretariats der EKKI am 22. 6. 1941, in: *Komintern i vtoraja mirovaja vojna*, Bd. 2, S. 93–96. Am Kopf des Dokuments vermerkte Dimitrov am 18. 6. 1941 „An Panjuškin und Ponomarev. Nach Kenntnisnahme zurückgeben.“ Panjuškin und Ponomarev gaben das Dokument am 20. 6. zurück.

9 Vgl. A. G. Chor'kov, *Die Rote Armee in der Anfangsperiode des Großen Vaterländischen Krieges*, in: B. Wegner (Hg.), *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Unternehmen Barbarossa*, München 1991, S. 425–442, hier S. 428.

mit anderen Verbänden den „Bezirk Lublin erobern“. Timošenko genehmigte mit Gegenzeichnung von Malenkov und Žukov „das Überschreiten der Staatsgrenze und Kampfhandlungen ... an der Front von der Ostsee bis zur Grenze zu Ungarn, ohne auf die Staatsgrenze Rücksicht zu nehmen“.¹⁰

Sowjetische Militärs hofften am 22. Juni 1941 und in den Tagen danach, die Initiative in dem nun begonnenen Krieg an sich ziehen zu können, um den Gegner außerhalb der Grenzen der UdSSR vernichtend zu schlagen. Die Times berichtete am 24. Juni 1941 von der Verärgerung sowjetischer Vertreter in London über die Herabwürdigung der Roten Armee,¹¹ deren Kampfwert britische ebenso wie amerikanische Fachleute unterschätzen würden. Am Tag darauf folgte die Zeitung dann offensichtlich den Erklärungen der sowjetischen Botschaft, als sie ihren Lesern berichtete, der russische Generalstab habe im Interesse der Verteidigung Umgruppierungen der Truppen angeordnet, die diese sehr ordentlich vollzogen.¹² In der UdSSR hatte Molotov am Mittag des 22. Juni die sowjetische Öffentlichkeit im Auftrag Stalins über den ohne Kriegserklärung¹³ erfolgten Überfall der deutschen Truppen „auf unser Land“ informiert. Ursprünglich hatte der sowjetische Außenminister ohne Umschweife erklären wollen:¹⁴

Nunmehr, da der Überfall auf die Sowjetunion vollzogen worden ist, hat die sowjetische Regierung unseren Truppen den Befehl erteilt, den Überfall abzuwehren und die deutschen Truppen vom Territorium unserer Heimat zu vertreiben. Die Regierung der Sowjetunion verleiht ihrer unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, dass unsere ruhmreiche Armee und Flotte und die verwegenen Falken der sowjetischen Luftstreitkräfte ehrenvoll ihre

10 Lev A. Bezymenskij in: Gerd R. Ueberschär/Lev A. Bezymenskij (Hg.), *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Kontroversen um die Präventivkriegsthese*, Darmstadt 1998, dort S. 215–216: Direktive Nr. 3 des sowjetischen Generalstabs, dort heißt es: „Der Gegner ... [genannt werden die Hauptangriffsrichtungen] erreichte im Laufe des 22. 6. geringe Erfolge mit großen Verlusten ... In den übrigen Grenzabschnitten zu Deutschland und an der gesamten Grenze zu Rumänien sind die Angriffe des Gegners mit großen Verlusten für ihn zurückgewiesen worden.“ Auch der sowjetischen und internationalen Öffentlichkeit wurde am 23. 6. 1941 erklärt: „Nach erbitterten Kämpfen wurde der Feind unter schweren Verlusten zurückgeworfen.“ Vgl. AdG, 20. 6. 1941 5098-C.

11 *The Times*, 24. 6. 1941, S. 4: Help For The Soviet Empire.

12 *The Times*, 25. 6. 1941, S. 5: Aid To Russia.

13 Mit dem Ausdruck „tiefsten Bedauerns“ hatte der deutsche Botschafter von der Schulenburg Molotov um 05.30 über die von der deutschen Regierung ergriffenen „militärischen Gegenmaßnahmen“ informiert, die den Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges bedeuteten, vgl. Unterredung zwischen Molotov und Schulenburg, 22. 6. 1941, in: UdF 1, S. 3–4.

14 UdF 1, S. 5: Entwurf Molotovs für eine Rundfunkansprache, 22. 6. 1941.

Pflicht gegenüber der Heimat, gegenüber dem sowjetischen Volk erfüllen und dem Feind einen vernichtenden Schlag zufügen werden.

Nach Beratung mit Stalin und anderen Mitgliedern der Staats- und Parteiführung ergänzte Molotov diese Worte in seiner zwischen 12.15 und 12.30 Uhr ausgestrahlten Rundfunkansprache.¹⁵ Sie erhielt dadurch in mehrfacher Hinsicht einen neuen Sinn. Eingefügt worden war, dass dieser Krieg „nicht von den deutschen Arbeitern, Bauern und der deutschen Intelligenz [ausgehe], deren Leiden wir sehr gut verstehen“, sondern von der „faschistischen Clique“, die bereits viele Völker Europas unterjochte. Aufgezeigt wurde die Perspektive eines vaterländischen Krieges, in dem nicht nur die Rote Armee, sondern das gesamte Volk, seine Reihen „um die bolschewistische Partei, um die Regierung und unseren großen Führer“ fest geschlossen, kämpfen werde.¹⁶ Unmittelbar nach dem 22. Juni verbreiteten sowjetische Flugblätter die Erklärung Molotovs in deutscher, rumänischer, polnischer und finnischer Sprache unter den Truppen und der Bevölkerung des Gegners.¹⁷ Einer der engsten Mitarbeiter Hitlers notierte dazu hämisch: „Molotov redet: [E]in rüdes Geschimpfe, ein Appell an den Patriotismus, larmoyante Klagen, dazwischen schaut die Angst heraus: ‚Wir werden siegen‘, sagt er. On verra!“¹⁸

Die Ausrufung des *Großen Vaterländischen Krieges* noch ehe die schweren Niederlagen in den ersten Kriegswochen und Berichte über deutsche Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen, an der Zivilbevölkerung und über die massenhafte Erschießung von Juden bekannt waren, deutet darauf hin, dass es Stalin sofort darum ging, möglichst die gesamte Bevölkerung der UdSSR zu gewinnen,¹⁹ um mehr zu erreichen als die Abwehr eines Angriffs. Der selbsternannte Revolutionsführer rechnete mit einem Existenzkampf,²⁰ in dem äußere Gefahren, insbesonde-

15 Vgl. Carola Tischler, „Unsere Sache ist gerecht“. Die Rundfunkansprache Molotovs am 22. 6. 1941 und ihre Hintergründe, in: *Rundfunk und Geschichte* 22, 1996, 1, S. 48–50. Die britische Presse druckte Molotovs Rede am folgenden Tage an prominenter Stelle in vollem Wortlaut ab; sie fand auch in Deutschland Beachtung.

16 Radioansprache Molotovs am 22. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 8–9.

17 CAMO, f. 032, op. 920265, d. 2, Bl. 318, Direktive Mechlis' an die Chefs Politverwaltungen der Militärbezirke im Frontbereich, 22. 6. 1941, in: RAVO, Bd. VI, S. 17.

18 TJG I, Bd. 9, S. 397–399, hier S. 397, Z. 4–6 (23. 6. 1941).

19 Gegenüber Harriman erklärte Stalin angeblich im September 1941: „[W]e know that the people won't fight for world revolution and they won't fight for Soviet power, but perhaps they will fight for Russia.“ Zit. in: Roberts, Stalin, S. 22.

20 Am 29. 6. 1941 hieß es in einer Direktive des Rats der Volkskommissare und des ZK der VKP(b): „In dem jetzigen, uns vom faschistischen Deutschland aufgezwungenen Krieg entscheidet sich die Frage um Leben oder Tod des sowjetischen Staates, die Frage, ob die Völker der Sowjetunion in Freiheit existieren oder in Sklaverei geraten werden.“ (*Izvestija CK KPSS*, 1991, 6, S. 218–220).

re aus Deutschland, ein für alle Mal beseitigt werden sollten. Der Verzicht auf alle revolutionären Losungen dürfte zunächst weniger der Suche nach neuen Bündnispartnern gedient haben als vielmehr der Beruhigung der Westmächte bei dem angestrebten Vorgehen der Roten Armee außerhalb der Grenzen der UdSSR. Noch am 22. Juni war die sowjetische Haltung gegenüber den Westmächten widersprüchlich. Dimitrov notierte an diesem Tag sowohl die Weisung Stalins: „Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen“ als auch seine Forderung: „Die diplomatischen Vertreter ... müssen aus Moskau weg und an einen anderen Ort gebracht werden, z.B. nach Kasan. – Hier können sie Spionage betreiben.“²¹

Doch trotz dieser ambivalenten Haltung des unumschränkten Herrschers bahnte sich schon am 22. Juni eine außenpolitische Neuorientierung der UdSSR an. Majskij hatte sofort nach Bekanntwerden des deutschen Überfalls um ein Gespräch mit dem britischen Außenminister gebeten. Bei dieser Gelegenheit konnte der sowjetische Botschafter auf die bereits am Vortage angebotene sofortige Entsendung britischer Militär- und Wirtschaftsmissionen nach Moskau noch immer keine Antwort geben. Er musste dringend um Weisung der Moskauer Zentrale bitten und erhielt sofort, noch am selben Tag, die allerhöchste Zustimmung aus Moskau, der hinzugefügt wurde: „*Es versteht sich, dass die Sowjetregierung die Hilfe Englands nicht ohne Kompensation annehmen wird, sondern ihrerseits bereit ist, England Hilfe zu leisten.*“²² Diesen Teil der Instruktion an Majskij erfuhr die britische Öffentlichkeit bereits am 24. Juni.²³

Nur auf Initiative des britischen Geschäftsträgers kam in Moskau am Vormittag des 22. Juni ein Gespräch mit dem ersten Stellvertreter des Außenkommissars zustande. Auf die Ankündigung Baggaleys, „in gewissem Umfang zusammenzuarbeiten“, reagierte Vyšinskij allerdings nicht.²⁴ Als der Chef der Presseabteilung des Außenkommissariats am selben Tage britische, amerikanische und französische Journalisten empfing, die sich nun als Verbündete der UdSSR betrachteten und minimale Wünsche zur Verbesserung ihrer Arbeit äußerten, vermerkte Molotov:

21 Dimitroff, Tagebuch, Bd. 1, S. 392–393.

22 Molotov an Majskij, 22. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 14. Cripps hatte Moskau Anfang Juni 1941 verlassen und hielt sich in London auf.

23 *The Times*, 24. 6. 1941, S. 4: Demnach hatte Majskij gegenüber Eden am 23. Juni erklärt: „Any help will be accepted gladly on a business basis, payment being given in return for any goods or services.“

24 Unterredung zwischen Vyšinskij und Baggaley, 22. 6. 1941, in: DVP XXIII, S. 756–757.

„Man muss ihnen entgegenkommen, aber die Kontrolle behalten.“²⁵ Die Tatsache, dass Lozovskij, der seit dem 15. Mai 1939 einer der Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten war, sich am 24. Juni unaufgefordert mit einem weitgehenden Vorschlag schriftlich an Molotov wandte, deutet darauf, dass bis zu diesem Tage weder die Aufgaben für das Außenkommissariat unter den Bedingungen des Krieges bestimmt worden waren noch eine Beratung der Leitung dieses Volkskommissariats stattgefunden hatte. Der frühere Generalsekretär der 1937 aufgelösten Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) empfahl die Entsendung eines „Sonderbeauftragten Stalins“, um mit Roosevelt Kontakt aufzunehmen. „Ein solcher Schritt würde, bei all seiner Ungewöhnlichkeit für die UdSSR, gut verstanden werden, eine Reaktion der amerikanischen Regierung auslösen und der UdSSR im Kampf gegen Deutschland nutzen.“²⁶ Lozovskij blieb ohne Antwort, doch Unterstreichungen Molotovs belegen, dass der Vorschlag zur Kenntnis genommen wurde. Möglicherweise initiierte Lozovskij damit den völlig überraschenden Rundfunkauftritt Litvinovs am 8. Juli – auf den noch einzugehen sein wird – und die spätere Entsendung des früheren Außenkommissars als Botschafter nach Washington. Erst vier Tage nach dem deutschen Angriff wurde der sowjetische Botschafter in Washington angewiesen, ein Gespräch mit Roosevelt, Hull oder Sumner Welles zu suchen, um die Position der USA zum deutschen Angriff auf die UdSSR zu erkunden.²⁷

Stalin ließ zunächst die Rundfunkansprache Churchills²⁸ vom Tag des deutschen Überfalls – die der britische Premierminister nicht ohne vorheriges Wissen des amerikanischen Präsidenten gehalten hatte²⁹ – unbeachtet. Nicht nur der britische Premierminister, sondern auch Diplomaten neutraler Staaten hatten sie als Bündnisangebot verstanden.³⁰ Für die Times dagegen basierte Churchills Hilfsangebot auf tieferliegenden Zusammenhängen. Die Zeitung hielt es für erwiesen, dass in der Politik Zwänge, die sich aus der Geographie und aus dem Mächtegleichgewicht ergeben, größere Bedeutung haben als die Erfindungsgabe von Politikern. Allein die erstgenannten Faktoren hätten ohne langfristige Inten-

25 Unterredung zwischen Pal'gunov (Leiter der Presseabteilung des NKID) und ausländischen Journalisten, 22. 6. 1941, in: SAOD I, S. 130–131. Vermerk Molotovs vom 24. 6. 1941.

26 Lozovskij an Molotov, 24. 6. 1941, in: SAOD I, S. 131–135. Vgl. dazu Vladimir Pečatnov, Stalin, Roosevelt, Truman: SSSR i SŠA. Dokumentalnye očerki, Moskau 2006, S. 19.

27 Molotov an Umanskij, 26. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 39.

28 DzD I, 1, S. 380–383.

29 Sherwood, White House Papers, Bd. 1, S. 306 und 309.

30 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 106. Der schwedische Gesandte in Moskau fragte am 24. 6. 1941 Lozovskij, ob bereits ein Pakt zwischen England und der UdSSR geschlossen worden sei (DVP XXIV, S. 26–28).

tion des einen oder anderen Politikers zur Wiederbelebung der Mächtekonstellation von 1914 geführt.³¹ Goebbels erkannte in den Ausführungen des britischen Premierministers „eine einzige Bestätigung für die Zusammenarbeit zwischen London und Moskau“ gegen Deutschland.³²

Vier Tage nach der Rundfunkrede des britischen Premierministers berichtete Majskij von der riesigen Wirkung des Auftretens Churchills nicht nur in England, sondern auch in den USA. Nicht ohne persönliche Genugtuung fügte er hinzu:³³

Wie Sie aus meinen vorangegangenen Mitteilungen wissen, hielt ich den Kriegswillen in England für ausreichend gefestigt. Ich konnte die Möglichkeit einer britisch-deutschen Verständigung in der unmittelbaren Zukunft nicht erkennen. Ich hielt es deshalb für möglich, dass England im Fall eines deutschen Angriffs auf die UdSSR eine für uns günstige Position einnehmen wird. Doch die Schnelligkeit und Entschiedenheit, mit der diese Position tatsächlich eingenommen wurde, war für mich eine Überraschung.

In Moskau war Stalin bis dahin skeptisch geblieben. Der Verdacht, im Krieg gegen Deutschland für die Westmächte „die Kastanien aus dem Feuer zu holen“, blieb bestehen. Erst die in Moskau unerwarteten Triumphe der deutschen Wehrmacht erzwangen die sowjetische Suche nach Verbündeten. Fünf Tage nach dem deutschen Angriff begann der Kremlchef auf eine sowjetisch-britische Vereinbarung zu drängen. Am 27. Juni empfing Molotov den aus London zurückgekehrten britischen Botschafter zu zwei Gesprächen, die eine Berichterstattung bei Stalin unterbrachen,³⁴ der darüber informiert werden wollte, ob Cripps – der von Militär- und Wirtschaftsexperten begleitet wurde – aus London konkrete Vorschläge mitgebracht hatte. Erst nach Abstimmung mit Stalin sondierte Molotov die politische Basis und das Ausmaß einer künftigen Zusammenarbeit. Da der britische Botschafter sofort alle politischen Absprachen ablehnte, brauchte Molotov nicht im Einzelnen darzulegen, was die sowjetische Regierung darunter verstand. Der sowjetische Außenminister erinnerte lediglich an die Worte Edens, der gegenüber Majskij darauf hingewiesen hatte, dass es wünschenswert sei, im Mittleren und im Nahen Osten die Politik gegenüber Iran, Irak, Afghanistan und der Türkei abzustimmen. Auf diesen sekundären Feldern konnte schnell britisch-sowjetische Übereinstimmung erzielt werden, woraus sich in den nächsten Monaten und Jahren die erste praktische Zusammenarbeit beider Mächte bei der gemeinsamen

31 *The Times*, 23. 6. 1941, S. 5: Dropping The Mask.

32 TJG I, Bd. 9, S. 397–399, hier. S. 399, Z. 66–68 (23. 6. 1941).

33 Majskij an Stalin, Molotov, 26. 6. 1941, Ržeševskij, O.A.: U istokov antigitlerovskij koalicii, in: *Meždunarodny Krizis 1939–1941. Ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 goda do napadenija Germanii na SSSR*, Moskau 2006, S. 411–422, hier S. 413.

34 Molotov war am 27. 6. 1941 dreimal bei Stalin: 17.30–18.00 Uhr (zusammen mit Mikojan); 19.35–19.45 Uhr (zusammen mit Mikojan); 21.25–24.00 Uhr, vgl. LPS, S. 340.

Besetzung des Irans ergab.³⁵ In allen anderen Fragen blieb das Gespräch ohne Ergebnisse, doch war der erste Schritt zu einer britisch-sowjetischen Annäherung vollzogen.³⁶ Später fragte der britische Außenminister den sowjetischen Botschafter in London danach, was die sowjetische Regierung unter politischen Absprachen verstehe. Darauf konnte oder wollte Majksij nur sehr allgemein antworten: Seine Regierung wolle wohl wissen, ob man in London bereit sei, über die Politik beider Staaten in solchen Teilen der Welt zu sprechen, wo sowohl britische als auch sowjetische Interessen existierten.³⁷ Eden verstand sofort, dass damit Absprachen über die Gestaltung der Nachkriegsordnung gemeint waren. Majksij berichtete:³⁸

Auf politischem Gebiet wird die britische Regierung mit uns gern alle Fragen erörtern, die die Interessen beider Länder tangieren, insbesondere die Probleme des Nahen und des Fernen Ostens. Über diese Linie der Erörterung und Koordination hinaus kann die britische Regierung mit Rücksicht auf die amerikanische Regierung und deren Engstirnigkeiten nicht gehen.

Erst am 3. Juli wandte sich Stalin selbst zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Als er dabei in aller Eindringlichkeit die Völker der Sowjetunion zu einem Großen Vaterländischen Krieg aufrief, traf er die Erwartungen vieler Menschen in und außerhalb der UdSSR.³⁹ Anders als viele Jahre angenommen, ist sein elftägiges öffentliches Schweigen nach dem Kriegsbeginn weder mit politischer Inaktivität noch mit Angst gleichzusetzen. Dass der Vožd' durch die unmittelbaren schweren Niederlagen nicht geschwächt, sondern sofort gestärkt wurde, spricht für die Unterordnung all derer, die zuvor mit besseren Abwehrchancen gerechnet hatten. So lässt sich Stalins erste Rede nach dem deutschen Angriff auch als Triumph über diejenigen verstehen, die vor dem 22. Juni sowjetischerseits eine aktive Politik gegen Deutschland – also die Aufkündigung des Nichtangriffsvertrags – angeraten hatten: „[D]ie Zerreißung des Pakts und der Überfall auf die Sowjetunion“ durch Deutschland werde diesem nur einen kurzfristigen militärischen Vorteil bringen, „während der gewaltige politische Gewinn der UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer“ sei. In diesem Zusammenhang sprach er von Sympathien, die die

35 Vgl. dazu Buschbeck, Das britisch-sowjetische Bündnis und die Intervention im Iran 1941, (Manuskript).

36 Unterredung zwischen Molotov und Cripps, 27. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 46–50. Die britischen Aufzeichnungen sind auszugsweise dargelegt in: Woodwar, British Foreign Policy, Bd. II, S. 7 und bei Miner, Churchill and Stalin, S. 141.

37 Eden an Cripps, 30. 6. 1941, in: DzD I, 1, S. 387–389.

38 Majksij an NKID, 30. 6. 1941, in: DVP XXIV, S. 77–78. Bezieht sich auf die Unterredung mit Eden am 30. 6. 1941.

39 Merridale, Iwans Krieg, S. 115.

„besten Menschen Europas, Amerikas und Asiens und schließlich alle besten Menschen Deutschlands“ der Sowjetunion entgegenbringen würden. Während er Staaten und Regierungen unerwähnt ließ, bezeichnete er die „Völker Europas und Amerikas, darunter auch das deutsche Volk“ als „treue Verbündete“ der UdSSR und sah eine „Einheitsfront der Völker“ entstehen. In diese Richtung hoffend, hielt er die „historische Rede des Herrn Churchill“ für „begreiflich und bezeichnend“. Das Ziel des nun begonnenen Kampfes sollte unverändert „die Zerschmetterung des Feindes“, also der vollständige Sieg über Deutschland bleiben.⁴⁰ Im Unterschied zur Erklärung Molotovs vom 22. Juni wurde die Radioansprache Stalins zunächst nicht unter den gegnerischen Truppen verbreitet, sondern primär zur Stärkung der Kampfmoral der eigenen Truppen benutzt.⁴¹ Erst später wurde auch sie zur Propaganda gegenüber den Deutschen eingesetzt.⁴²

Die Einheitsfront der Völker, die Stalin an diesem Tag entstehen sah, wurde die Anti-Hitler-Koalition. Auf eine derartige Kombination hatte die sowjetische Führung die Bevölkerung so lange nicht vorbereitet wie sie glaubte, Deutschland aus eigener Kraft zurückzuschlagen zu können. Noch am 22. Juni notierte Dimitrov: „Nur die Kommunisten können die Faschisten besiegen.“⁴³ Auch nach Stalins Rede sprachen sowjetische Diplomaten in den schwersten, ersten Kriegsmonaten von „unserem Krieg“ und „unserem Kriegseintritt“.⁴⁴ Dennoch setzte sich in und außerhalb der UdSSR die Überzeugung durch, dass nur eine Volksfront auf staatlicher Ebene, eine Anti-Hitler-Koalition der Staaten in Ost und West, Hitlers Deutschland würde schlagen können. Unklar blieb, ob diese Koalition nur ein

40 Radioansprache Stalins vom 3. 7. 1941, deutscher Text in: Stalin Reden, S. 5–15, hier, S. 8, 13 und 15. Russischer Text in: DVP XXIV, S. 102–103. Der handschriftliche Entwurf dieser Rede wurde von Helmut Altrichter zugänglich gemacht und ist einzusehen unter <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok>. Hervorhebung nicht im Original.

41 CAMO, f. 032, op. 920265, d. 2, Bl. 330–331, Direktive Kuznecovs an die Chefs Politverwaltungen der Militärbezirke, 3. 7. 1941, in: RAVO, Bd. VI, S. 32–33.

42 Stalin, Krieg, S. 5–15: Rundfunkrede am 3. Juli 1941. Die erste Ausgabe der Kriegsgreden Stalins in deutscher Sprache erschien 1942. 1943 und 1945 wurde diese Ausgabe ergänzt und erschien nach dem Kriege in Österreich und in Deutschland in Massenauflagen, zum letzten Mal in Ost-Berlin 1954.

43 Dimitroff, Tagebuch, Bd. 1, S. 392–393.

44 Majskij an Umanskij, 27. 8. 1941, in: I.M. Majskij, Izbrannaja perepiska s rossiskimi korrespondentami, Moskva 2005, Bd. 2, S. 99–100: „Am Anfang unseres [sic] Krieges, gab es bei mir, wie Sie aus eigener Erfahrung wissen, sehr viel Arbeit und Kummer ... Ich weiß nicht, ob es wahr ist, aber von hier aus scheint es, dass die USA nach unserem Kriegseintritt, als klar wurde, dass die UdSSR nicht innerhalb von drei Wochen zusammenbricht, völlig eingeschlafen sind.“

kurzfristiges Zweckbündnis darstellte oder aber eine langfristige Perspektive haben würde.

Die Rede Stalin löste im Westen breite Zustimmung aus. Der britische Außenminister erklärte am folgenden Tag auf einer Kundgebung: „Das ist ein Krieg ohne Schwankungen, ohne Kompromisse bis zum Zusammenbruch Deutschlands.“ Noch bevor ein Bündnis geschlossen war, verkündete Eden: „Wir werden mit allen unseren Kräften in voller Loyalität auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet [mit der UdSSR] zusammenarbeiten, um unser Ziel zu erreichen, nämlich die Niederlage Deutschlands.“⁴⁵ Diese öffentliche Erklärung deckte sich mit den grundlegenden Zielen Großbritanniens, die sich jedoch ebenso wie die Ziele der USA nicht allein auf Deutschland, sondern immer auch auf die UdSSR bezogen.

Im Foreign Office wurde Stalins Rede aber auch als geschickter Versuch bewertet, sich als Vorkämpfer der unterdrückten Völker Europas, einschließlich der Deutschen, hervorzutun. Damit verbunden war die Befürchtung, Russland würde nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Krieg hervorgehen und daraus einen Anspruch auf die Führung in Europa ableiten.⁴⁶ Diesem Verdacht stand in London weiterhin die Hoffnung auf eine gegenseitige Schwächung beider Diktaturen entgegen. Am 26. Juni hatte Bruce Lockhart gegenüber Eden die Position des tschechoslowakischen Exilpräsidenten durch einen Vergleich mit den britischen Vorstellungen charakterisiert:⁴⁷

The President's [Beneš's] own views regarding Russia are *similar to our own*. He would like Russia and Germany to exhaust each other in order to leave the field of victory and of European reconstruction open to Great Britain and the United States. [...] What will suit President Beneš best will be a Russian resistance sufficiently prolonged to ensure a British-American victory by crippling both Germany and Russia.

Noch im Oktober 1942, als es im Zusammenhang mit dem Ausbleiben militärischer Kampfhandlungen der Westmächte in Europa und in der Frage der Kriegsverbrecher zu einer halböffentlichen britisch-sowjetischen Bündniskrise gekommen war, merkte Churchill zur Möglichkeit einer langfristigen Zusammenarbeit mit der Macht im Osten sarkastisch an: „It would be a measureless disaster if Russ-

45 Majskij an NKID, 4. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 111–112 und öffentlicher Auftritt Edens in Leeds, in: AdG, 7. 7. 1941, S. 5108-A. Hervorhebung nicht im Original.

46 Reginald Leeper, Politische Aspekte der Niederwerfung Deutschlands durch die UdSSR, 7. 7. 1941, in: DzD I, 1, S. 403–404: „[Stalin] is in fact making a bid for European leadership. If he repels the German attacks, this leadership will become a most important factor in Europe.“

47 Bruce Lockhart an Eden, 26. 6. 1941, in: DzD I, 1, S. 383–385. Hervorhebung nicht im Original.

ian barbarism overlaid the culture and independence of the ancient States of Europe.“⁴⁸

Vergleichbare Denkmuster fanden sich auch in den USA. Der spätere Präsident der USA, Harry Truman, 1941 noch Senator von Missouri, sah am 23. Juni 1941 das Interesse der USA darin, den deutsch-sowjetischen Krieg möglichst unentschieden zu halten und dadurch zu verlängern:⁴⁹

If we see that Germany is winning we ought to help Russia and if Russia is winning we ought to help Germany and that way let them kill as many as possible, although I don't want to see Hitler victorious under any circumstances. Neither of them think anything of their pledged word.

Dieses Ansinnen des damals noch weitgehend unbekanntem Senators, über welches die *New York Times* sofort berichtete, wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit stillschweigend hingenommen. Sie löste keinen Sturm der Entrüstung aus. Auch Roosevelt begriff nicht „instinktiv“ von Anfang an – wie Kimball meint –, sondern erst allmählich, dass eine Sowjetunion, die den Ansturm Hitlers überlebt zur Schlüsselfigur des Krieges wie des Friedens werden würde.⁵⁰

Einen stark beachteten ersten Markstein auf der Suche nach einem Bündnis mit den „Völkern Großbritanniens und Amerikas“ setzte Maksim Litwinov mit einer Rede in englischer Sprache, die Radio Moskau am 8. Juli ausstrahlte. Nach einer in London angefertigten Mitschrift dieser Sendung würdigte der frühere Außenkommissar die Politik der britischen und amerikanischen Regierungen im Vorfeld des deutschen Angriffs, als allein Großbritannien, mit der aktiven Unterstützung der Vereinigten Staaten, die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler und seine riesige Kriegsmaschine getragen habe. Nachdem Litwinov das staatsmännische Können gewürdigt hatte, das Churchill mit seiner Erklärung am 22. Juni unter Beweis gestellt habe, versicherte er (ohne Belege anzuführen), die UdSSR sei

48 Stellungnahme Churchills vom 21. 10. 1942 zum „Vier-Mächte-Plan“, zit. bei Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 141. Vgl. dazu auch den Bericht des Joint Strategic Survey Committee an Marshall vom 4. 1. 1943: „British foreign policy had attempted for the past century or more to maintain a balance of power on the European continent, and a defeated and prostrate Germany leaving a strong and triumphant Russia dominating Europe, is not in accord with that unchanging policy. It would be in strict accord with that policy, however, to delay Germany's defeat until military attrition and civilian famine had materially reduced Russia's potential toward dominance in Europe.“ Zit. in: Mark Stoler, *Politics of the Second Front. American Military Planning and Diplomacy in Coalition Warfare, 1941–1943* (Contributions in Military History, Number 12), Westport 1977, S. 73.

49 *New York Times*, 24. 6. 1941, S. 1: Our Policy Stated. Eine Faksimile-Montage mit diesem Ausschnitt der Rede Trumans ist als Illustration veröffentlicht in: SAMO 2, S. 64.

50 Kimball, *Forged in War*, S. 111.

sich immer der eigenen Gefährdung bewusst gewesen, die ein Sieg Hitlers im Westen für sie darstelle. Eindringlich und nicht frei von Doppeldeutigkeit appellierte der Alt-Außenkommissar an die Briten, die Kampfhandlungen gegen Deutschland sofort aufzunehmen, da jede umgehende militärische Aktion mehr bewirken könnte als alle späteren.⁵¹

Dieser Auftritt Litvinovs überraschte all diejenigen, die übersehen hatten, dass der frühere Außenkommissar nach seiner Ablösung im Mai 1939 nicht liquidiert worden war. Er stand am 7. November 1939 neben anderen Mitgliedern der Parteiführung auf der Tribüne am Roten Platz; erst im Februar 1941 meldeten die Zeitungen seinen Ausschluss aus dem Zentralkomitee der VKP(b).⁵² Die deutsche Seite hatte wahrgenommen, dass der Degradierung keine Repression folgte. Goebels reagierte gereizt auf Litvinovs Rede: „Litvinov hat wieder die Bühne betreten, in einer Ansprache an das plutokratische England bittet er flehentlich um ausgedehnte Hilfe. Er hat also offenbar nur pro forma im Hintergrunde gestanden, damit er auf uns nicht wie das rote Tuch wirken sollte.“⁵³

Nachdem unter aktiver Mitwirkung des britischen Außenministers die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen angebahnt worden war,⁵⁴ kam Stalin am 8. Juli auf die knapp zwei Wochen zuvor von Molotov an den britischen Botschafter gestellte Frage nach einer politisch-militärischen Vereinbarung zurück. In provozierender Offenheit benannte er den bei der sowjetischen Regierung bestehenden Eindruck, „dass sich Großbritannien mit keinerlei Vereinbarung an die UdSSR binden möchte“, betonte jedoch, die sowjetische Regierung stelle nicht „die Frage nach der Errichtung von Einflusssphären“. Sie denke auch nicht an eine Vereinbarung, welche Seite wie viele Divisionen gegen Deutschland in den Kampf bringe. Tatsächlich ging es Stalin in diesem Moment um das Grundlegendste, um eine Demonstration des sowjetisch-

51 *New York Times*, 9. 7. 1941, S. 6: Text of Litvinoff Speech: „Each blow struck now will be more effective than ever.“

52 *New York Times*, 22. 2. 1941, S. 1. Vgl. auch Steinhardt an State Department, 21. 2. 1941, in: FRUS 1941, I, S. 605. Unmittelbar nach dieser nochmaligen Degradierung deutete Litvinov gegenüber Majskij am 21. Februar Veränderungen in seiner Lage an: Er habe zwar freie Zeit und würde gern die „liebenswertesten und interessanten Bücher“ lesen, die in letzter Zeit in den USA und England erschienen seien, aber es sei schwierig, sie zu erhalten. Vgl. Majskij, *Perepiska* 2, S. 88. Vgl. zu den Umständen der Entlassung Litvinovs und zur Verhaftung seiner engsten Mitarbeiter: S. Šejnis, Maksim Maksimovič Litvinov, *Revolucioner, diplomat, človek*, Moskau 1989, S. 363–370.

53 TJG II, Bd. 1, S. 40–46, hier S. 44, Z. 189–193 (10. 7. 1941).

54 Vgl. Detlef Brandes, *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München 1988*, S. 155–158.

britischen Zusammenhalts. Er forderte einen „Pakt über gegenseitigen Beistand“, der lediglich zwei Punkte enthalten sollte:⁵⁵

1. England und die UdSSR verpflichten sich, einander militärische Hilfe im Krieg gegen Deutschland zu leisten.
2. Beide Seiten verpflichten sich, keinen Separatfrieden abzuschließen.

Als der britische Botschafter demgegenüber auf die Schwierigkeiten der britischen Regierung verwies, vertragliche Vereinbarungen einzugehen, und dazu riet, sich vorerst mit einem Notenaustausch zufriedenzugeben, um die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit abzuwarten, erklärte Stalin verärgert, aber nicht unzutreffend, er sehe „keinerlei Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Bis jetzt gibt es nur Gespräche über eine Zusammenarbeit.“⁵⁶

Doch beide Seiten mussten angesichts der dramatischen Kriegslage einlenken. Gegenüber den permanenten deutschen Siegesmeldungen benötigten beide Staaten einen Erfolg, um den Gegner – insbesondere die deutschen Satellitenstaaten – zu verunsichern; und die Sowjetunion, um die Kampfmoral der Roten Armee zu stärken. Am 12. Juli unterzeichnete Molotov gemeinsam mit dem britischen Botschafter eine „Regierungsvereinbarung über gemeinsame Handlungen im Krieg gegen Deutschland“.⁵⁷ Nicht zu Unrecht bezeichnete Mark Stoler diese Abmachung unter strategischen Gesichtspunkten als Makulatur.⁵⁸ Dagegen war sie für die *Times* vor allem in Hinblick auf eine künftige Friedensregelung gleichbedeutend mit einem Bündnis.⁵⁹ Die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee setzte diese Regierungsvereinbarung sofort propagandistisch ein. Ihr Wortlaut wurde auf 500 000 Flugblättern in deutscher und auf einer Million Flugblättern in finnischer Sprache verbreitet.⁶⁰

55 Unterredung zwischen Stalin und Cripps, 8. 7. 1941, in: Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. II, S. 11.

56 Ebd.

57 Wortlaut der Vereinbarung in DzD I, 1, S. 410–411.

58 Stoler, *Second Front*, S. 14: „Forced into an alliance because of the immediate German threat, neither Britain nor Russia had truly lost the mutual hostility and suspicion that had long dominated their relations.“

59 *The Times*, 14. 7. 1941, S. 5: Britain and Russia. „The precedents of this and the last War, when similar declarations have been regularly exchanged between allies, make the agreement tantamount to an alliance.“ Daraus ergab sich für die *Times*: „[T]he experience of the past twenty years has made it amply clear that a stable settlement of the affairs of Europe and South-Eastern Europe cannot be achieved without Russian participation.“

60 Direktive Mechlis' an die Chefs Politverwaltungen der Militärbezirke, 13. 7. 1941, in: RAVO, Bd. VI, S. 39–40. Es gibt in dieser Veröffentlichung keine Erklärung für den erstaunlichen Unterschied in den Propagandaanstrengungen gegenüber Finnland und Deutschland.

Der bereits von Stalin verordnete Verzicht auf sozialistische Losungen in der sowjetischen Kriegspropaganda wurde durch den Abschluss der Vereinbarung mit Großbritannien noch zwingender. Der deutsche Politemigrant Alfred Kurella, der in dieser Zeit in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee arbeitete, hielt es für notwendig, seiner Frau diese eigenartige Situation zu erklären:⁶¹

Wir reden von Befreiung der Völker Europas von Hitler, aber nicht von Sozialismus. Was die befreiten Länder und Völker tun werden, ist ihre Sache. Wir „bringen“ nicht den Sozialismus auf der Spitze unserer Bajonette! Nicht nur „Sozialismus“ als Ziel, sondern auch Aufstand gegen die Unterdrücker im eigenen Land [Deutschland] werden nicht erwähnt. Das gilt sehr streng und jedes Abweichen von dieser Linie wird als konterrevolutionär betrachtet. Es ist klar: [D]as ist der Preis für den gewaltigen Erfolg, den die Verhinderung einer Koalition Englands mit dem Faschismus gegen den „Bolschewismus“ bedeutet, eine Koalition, die Hitler mit dem Schwert erzwungen wollte.

In der Gespreiztheit dieser Erklärung, in der Kurella nicht nur das Verb bringen, sondern auch den für ihn selbstverständlichen Begriff Sozialismus in Anführungszeichen setzte, drückt sich die Zwiespältigkeit, vielleicht auch Verunsicherung der sowjetischen Politik in diesen Wochen aus.

2. Die UdSSR und die Atlantik-Charta

Anne O'Hare McCormick, die für die New York Times regelmäßig den deutsch-sowjetischen Krieg kommentierte, erklärte im August 1941 den Ursprung der Atlantik-Charta sehr klar und direkt: „The peace aims are launched primarily to anticipate an expected peace offensive on Hitler's part if he succeeds in the Russian campaign.“⁶²

Auch für Robert Sherwood stand 1950 fest, dass Roosevelt mit dem Treffen im Atlantik – dem ersten „Kriegsrat“ eines amerikanischen Präsidenten mit einem britischen Premierminister seit Beginn des Zweiten Weltkriegs – den Briten helfen wollte, einem deutschen Angriff nach der erwarteten Niederlage der Roten Armee zu widerstehen.⁶³ Während die Regierungen der Welt einen erneuten deutschen Blitzsieg erwarteten bzw. fürchteten, betrachteten sie die UdSSR als

61 Kurella an Cohn-Vossen, 13.7.1941, in: Alfred Kurella, Elfriede Cohn-Vossen, *Der Traum von Ps'chu. Ein Ehe-Briefwechsel im Zweiten Weltkrieg*, Berlin 1984, S. 34–36.

62 *New York Times*, 16.8.1941, S. 14: Give-and-Take Between Mr. Roosevelt and Mr. Churchill (Anne O'Hare McCormick).

63 Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins. An Intimate Story*, New York 1950, S. 335–340.

einen militärischen Faktor von nur zeitweiliger Bedeutung, also als eine bei Kriegsende zu vernachlässigende Größe. Die Atlantik-Charta demonstrierte der Welt die „politische Isolierung der geschlagen gewählten Sowjetunion“. ⁶⁴

Was Churchill und Roosevelt auf der „Argentina“ und der „Prince of Wales“ vor der Küste Neufundlands im Einzelnen berieten, ist nicht bekannt. Doch nicht nur für amerikanische Beobachter war klar, dass beide Regierungschefs über Fragen der Taktik und Strategie des Krieges debattierten, denn sie mussten eine gemeinsame Politik gegenüber Japan und der Sowjetunion zu einer Zeit festlegen, in der die Lage an allen Fronten durch deutsche Erfolge bestimmt war. Das Resultat der gemeinsamen Beratungen war die am 14. August 1941 verkündete Atlantik-Charta. ⁶⁵ Auf dieser Kriegszielerklärung hatte Roosevelt bestanden, deren Formulierung jedoch Churchill überlassen. ⁶⁶ Diesem Ablauf widersprechend erklärte der britische Außenminister dem sowjetischen Botschafter am 26. August, sein Chef habe, als er sich auf den Weg zum Treffen mit Roosevelt begab, nicht gewusst, dass eine Deklaration verabschiedet werden würde. In dieser Angelegenheit habe die Initiative völlig bei Roosevelt gelegen. Der Präsident habe den Entwurf einer Deklaration plötzlich aus der Tasche gezogen. So sei die Acht-Punkte-Deklaration geboren worden, an deren endgültigem Text die britische Seite jedoch einige wesentliche Veränderungen vornehmen konnte. ⁶⁷

Mit der Atlantik-Charta wollte Roosevelt auch einer britischen Anerkennung sowjetischer Grenzen zuvorkommen. Immerhin hatte Churchill in seiner berühmten Rede vom 22. Juni von russischen Soldaten gesprochen, die die „Schwelle“ zu ihrem Heimatland verteidigten, die Felder bewachten, die ihre Väter seit undenklichen Zeiten bebauten. ⁶⁸ Diese Worte alarmierten die amerikanische Administration. Roosevelt warnte zwei Tage nach dem Abschluss der britisch-sowjetischen Vereinbarung vor jeglichen konkreten Absprachen mit Stalin in Bezug auf einen künftigen Frieden: „It is much to early for any of us to make any commitments ... I am inclined to think that an overall statement on your part would be useful at this time, making it clear that no post-war peace commitments

64 Martin, *Separate Friedensschlüsse*, S. 98.

65 Text in DzD I, 1, S. 438–440. Diese grundlegende Erklärung wurde bereits am Tag darauf in der sowjetischen Presse abgedruckt.

66 Vgl. Churchill, *The Second World War Bd. III (The Grand Alliance)*, S. 442. Vgl. auch Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 102.

67 Majskij an NKID, 27. 8. 1941, in: DVP XXIV, S. 262–266.

68 Rundfunkansprache Churchills, 22. 6. 1941, in: DzD I, 1, S. 380–383, hier S. 382. Vgl. auch Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 111.

as to territories, populations or economies have been given. I could then back up your statement in very strong terms.“⁶⁹

Dieser Warnung folgend ließ die britische Regierung ihren Botschafter in Moskau am 27. Juli 1941 grundsätzlich feststellen, dass die britische Regierung keine der nach dem August 1939 vorgenommenen Grenzveränderungen anerkenne.⁷⁰ Demgegenüber beharrte die sowjetische Regierung auf ihrer Ablehnung der vor 1939 bestehenden sowjetisch-polnischen Grenze.⁷¹

In Erwartung einer weitgehenden Schwächung der UdSSR verstand es sich für Cripps „von selbst“, dass die in der Charta verankerten moralischen Kriterien auch für die UdSSR galten.⁷² Über das Zögern der britischen Regierung – die sowjetischen Grenzen anzuerkennen – höchst verstimmt, erklärte Stalin drei Monate später gegenüber Eden, bei ihm entstehe der Eindruck, „dass die Atlantik-Charta nicht gegen die Leute gerichtet sei, die die Weltherrschaft anstreben, sondern gegen die UdSSR“.⁷³ Indirekt bestätigte dies der amerikanische Außenminister, als er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Anerkennung der sowjetischen Grenzen wandte:⁷⁴

The recognition at this time of Soviet claims to the Baltic States would be certain to have an effect upon the integrity of the Atlantic Charter ... The establishment of such a precedent would destroy the meaning of one of the most important clauses of the Atlantic Charter and would tend to undermine the force of the whole document.

Im Unterschied zu Churchill hatte Roosevelt nie eine Konsultation der sowjetischen Regierung vor Abschluss der Atlantik-Charta erwogen. Er hatte die Kurzvisite seines Sonderbeauftragten in Moskau – der zuvor in London die Atlantik-Konferenz vorbereitet hatte – ungenutzt gelassen, um Stalin vorab zu informieren oder gar einzubeziehen.⁷⁵ Roosevelt hielt sogar eine nachträgliche Beteiligung des wichtigsten deutschen Kriegsgegners an dieser Kriegszieldeklaration für überflüssig.

69 Churchill and Roosevelt 14. 7. 1941, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 222.

70 Unterredung zwischen Molotov und Cripps, 27. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 180–181. Vgl. auch Steinhardt an State Department, 4. 8. 1941, in: FRUS 1941, I, S. 246.

71 Steinhardt an State Department, 4. 8. 1941, in: FRUS 1941, I, S. 246. Informiert über Leitartikel der *Pravda*, der die Rückkehr zur Grenze von 1939 abgelehnt hatte.

72 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 111.

73 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 17. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 518–524, hier S. 522.

74 Hull an Roosevelt, 4. 2. 1942, in: DzD, 1, 2, S. 118–124, hier S. 124.

75 Unterredung zwischen Stalin und Hopkins, 31. 7. 1941. Es konnte bis heute keine sowjetische Aufzeichnung zu diesem Gespräch gefunden werden. Die DVP (XXIV, S. 577–583) gibt die Aufzeichnung Hopkins' wieder, die bei Sherwood, Roosevelt, S. 341–343, veröffentlicht wurde.

sig. Er verneinte am 16. August 1941 die Frage von Journalisten, ob Russland verpflichtet sei, alle acht Punkte der Charta zu unterschreiben. Und auf die Nachfrage, ob Stalin es dennoch tun würde, erklärte der Präsident nicht ohne Arroganz, dies habe noch niemand vorgeschlagen.⁷⁶ Der Botschafter der USA in Moskau, Steinhardt, rechnete in diesen Wochen mit dem Verlust von Leningrad, Moskau und Kiew sowie mit einem Rückzug der Roten Armee auf eine Linie westlich des Urals. Eine von ihm dazu beabsichtigte öffentliche Äußerung wurde auf Forderung des sowjetischen Außenkommissariats gestrichen.⁷⁷

Im Nachhinein ist die Frage gestellt worden, ob es einen Sinn ergeben hätte, „die Unterstützung der UdSSR 1941–42 mit der Bedingung zu verknüpfen, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu garantieren, die Unterzeichnung der Atlantik-Charta und eine verbindliche Erklärung zur Respektierung der Souveränität der Staaten Osteuropas zu verlangen?“ Diese Frage zu bejahen, wie es Donal O’Sullivan vorschlägt,⁷⁸ hieße die Entwicklung des Kräfteverhältnisses der antagonistischen Verbündeten ebenso außer Acht zu lassen wie die Eigendynamik der sowjetischen Siege seit 1943 und die Eigenständigkeit der UdSSR als Sieger.

*

Nachdem Grundprinzipien mit einem Geltungsanspruch für alle Kriegsgegner Deutschlands allein durch Roosevelt und Churchill verkündet worden waren, musste man auf sowjetischer Seite fürchten einen Kampf zu führen, dessen Ziele andere bestimmten. Zwar wurde die Roosevelt-Churchill-Erklärung umgehend in der sowjetischen Presse veröffentlicht, doch instruierte die sowjetische Regierung ihren Londoner Botschafter:⁷⁹

76 Gardner, *Spheres of Influence*, S. 101.

77 Unterredung zwischen Molotov und Steinhardt, 24. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 178–180.

78 O’Sullivan, *Stalins ‚Cordon Sanitaire‘*, S. 141: „Sicherlich war der deutsche Angriff die beste Chance, die Sowjetunion in einer Situation, in der sie auf die Unterstützung des Westens angewiesen war, auf die Achtung des Völkerrechts zu verpflichten.“

79 Molotov an Majskij, 24. 8. 1941, in: UdF 1, S. 6. Majskij erklärte daraufhin gegenüber dem britischen Außenminister: „Wenn die britische Regierung wirklich wünscht, das britisch-sowjetische Bündnis zu festigen, dann gestatten Sie mir einen freundschaftlichen Rat: Verabschieden Sie niemals mehr so weitreichende Deklarationen mitten im Atlantik. Es geht nicht um den Inhalt der Deklaration. Ich sagte Ihnen gestern schon, dass wir nichts gegen die Prinzipien haben, auf denen die Deklaration ruht. Doch die Art und Weise ihres Zustandekommens scheint uns nicht den Umständen zu entsprechen. Dieses Vorgehen weckt bei uns den Eindruck, als führten sich England und die USA als allmächtiger Gottvater auf, der die Sünder der Welt, darunter auch unser Land, zu sich ruft und ihnen Ratschläge erteilt. Auf einer solchen Basis darf das Bündnis nicht gestärkt werden.“ Vgl. Majskij an NKID, 27. 8. 1941, in: UdF 1, S. 572, Anm. 14.

Was die Churchill-Roosevelt-Deklaration anbelangt, so können wir uns dieser schon allein deshalb nicht ohne weiteres anschließen, weil sie ohne jegliche Vorabinformation und ohne Berücksichtigung der Meinung der UdSSR, die gegenwärtig die ganze Last des Krieges gegen das Hitlertum trägt, vorbereitet und veröffentlicht wurde. Wir haben keine Einwände gegen die Prinzipien der Deklaration und wären völlig zufriedengestellt, wenn die Deklaration entschiedenere Forderungen gegenüber Hitlerdeutschland enthielte. Aber wir können uns ihr schon deshalb nicht ohne weiteres anschließen, weil unsere Genossen furchtbar dadurch gereizt sind, dass man die UdSSR zu einem kostenlosen Anhängsel der anderen Mächte machen will.

Majskij hatte zuvor dem britischen Außenminister erklärt, dass „in sehr breiten Kreisen der sowjetischen Öffentlichkeit zunehmend Unverständnis und Enttäuschung im Zusammenhang mit der Haltung Englands Platz greifen“.⁸⁰ Dabei bezog er sich zwar nicht direkt auf die Charta, sondern auf die schweren Verluste der UdSSR, doch erntete er für seine deutlichen Worte zum ersten und wohl auch einzigen Mal ein Lob Stalins: „Ihre Unterredung mit Eden über die Strategie Englands widerspiegelt voll und ganz die Stimmungen der sowjetischen Menschen.“⁸¹

Tatsächlich bestimmte die Lage an der Ostfront, wo die UdSSR ein in London und Washington unerwartetes Durchhaltevermögen zeigte, den Geltungsraum der britisch-amerikanischen Friedenszielerklärung. Selbst die schweren Niederlagen der Roten Armee hatten weder zu wirtschaftlichem Chaos noch zu politischen Auflösungserscheinungen geführt. Hingegen verfügten die Westmächte weder im August 1941 noch in den folgenden Kriegsjahren über die notwendige militärische Stärke, um die von ihnen verkündeten Prinzipien für die Nachkriegsordnung in Bezug auf die strittigen Grenzen in Osteuropa durchsetzen zu können. In dieser Situation äußerten auch Verbündete Großbritanniens Vorbehalte gegen die Atlantik-Charta.⁸² Die anfänglich in London nicht nur bei den Exilregierungen verbreiteten Hoffnungen auf eine gegenseitige Schwächung der beiden Diktatoren waren der Furcht gewichen, dass der Sieger an der Ostfront, als der noch immer Deutschland angenommen wurde, übermächtig werden könnte.⁸³

Selbst angesichts der schwersten Niederlagen blieb die UdSSR unwillig, sich der ohne ihre Beteiligung verkündeten Charta unterzuordnen. Der sowjetische Botschafter verband – in direkter Abstimmung mit Stalin – deren partielle Anerken-

80 UdF 1, S. 573, Anm. 15.

81 Stalin an Majskij, 30. 8. 1941, in: UdF 1, S. 6–7.

82 Brandes, Großbritannien, S. 226. Biddle an State Department: Haltung der polnischen Exilregierung zur Atlantikcharta, 12. 9. 1941, in: DzD, I, 2, S. 30–32. Vgl. dazu auch die amerikanische Analyse der Haltung der polnischen Exilregierung zur Atlantikcharta vom 12. 9. 1941, in: DzD, I, 2, S. 30–32.

83 Vgl. dazu die Analyse Majskijs vom 26. 10. 1941, in: DVP XXIV, S. 383–387.

nung mit der Verkündigung von außenpolitischen Prinzipien, die angesichts der vorangegangenen Außenpolitik der UdSSR wie Hohn klangen. Nach den Worten Majskijs verteidigte die Sowjetunion vor allem „das Recht eines jeden Volks auf staatliche Unabhängigkeit und territoriale Unantastbarkeit seines Landes, das Recht, die Gesellschaftsordnung zu errichten und die Regierungsform zu wählen, die es für zweckmäßig und notwendig hält, um die wirtschaftliche und kulturelle Blüte des ganzen Landes zu gewährleisten“. Der Botschafter verkündete, die Sowjetunion baue „ihre gesamte Außenpolitik auf der Grundlage des Strebens nach friedlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zu allen Ländern auf, die die Unversehrtheit und Unantastbarkeit ihrer Grenzen achten“. Auch sei die Sowjetmacht „stets bereit, Völkern allseitige Unterstützung zu erweisen, die Opfer einer Aggression wurden und für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen“.⁸⁴

Diese Prinzipien, die Majskij am 24. September 1941 auf der zweiten interalliierten Konferenz im Londoner St. James Palace vortrug, ließen den ungebrochenen Machtanspruch Stalins erkennen. Dessen Gestaltungswillen subsumierte der sowjetische Botschafter eine konditionierte Anerkennung der Atlantik-Charta.⁸⁵

Die Grundprinzipien der Deklaration des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Roosevelt und des britischen Premierministers Churchill [entsprechen] der von der Sowjetunion unbeirrt betriebenen Politik, [müssen jedoch] unbedingt auf die Umstände, Bedürfnisse und historischen Besonderheiten dieses oder jenes Landes abgestimmt werden.

Bezugnehmend auf diese sowjetische Erklärung warf man in Deutschland der britischen Regierung vor, sie habe die Sowjetunion als „Schützerin der freiheitsliebenden Völker salonfähig“ gemacht.⁸⁶

Als Majskij seine Grundsatzrede hielt, befand sich Averell Harriman, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, bereits auf dem Weg in die sowjetische Hauptstadt, wo die erste Konferenz der UdSSR mit Großbritannien und den USA stattfinden sollte. Ähnlich wie die sowjetisch-britische Bündnisvereinbarung vom 12. Juli besaß diese erste Kriegskonferenz der UdSSR, Großbritanniens und der USA vor allem demonstrativen Wert. Es wurden keine sofort wirksamen Hilfsmaßnahmen vereinbart. Konkrete politische Fragen sprachen weder Harri-

84 Deklaration auf der interalliierten Konferenz, 24. 9. 1941, in: UdF 1, S. 8–10. Der Entwurf dieser Erklärung wurde von Stalin redigiert, der sich dabei allerdings auf stilistische Korrekturen beschränkte (RGASPI f. 558, op. 11, d. 211, Bl. 2–5). Der endgültige Wortlaut der Erklärung wurde am 26. September 1941 in der *Izvestija* veröffentlicht. Die Kernpunkte dieser Erklärung übernahm Stalin in seiner Rede vom 6. November 1941, vgl. Stalin, Krieg, S. 16–38, hier S. 31.

85 Deklaration auf der interalliierten Konferenz, 24. 9 1941, in: UdF 1, S. 8–10.

86 AdG, 25. 9. 1941, S. 5204-E.

man noch Beaverbrook an, der die britische Regierung auf dieser Konferenz vertrat.⁸⁷ Nach dem Bericht Harrimans erklärte Stalin zum Abschluss der Beratungen provozierend, „die Bescheidenheit Ihrer Angebote beweist eindeutig, dass Sie die Sowjetunion besiegt sehen wollen.“⁸⁸ Eine solche Äußerung Stalins ist im sowjetischen Protokoll nicht überliefert. Dort finden sich jedoch die Worte des sowjetischen Außenministers: „Es wird die Zeit kommen, wo die Völker das volle Ausmaß der Befreiungsrolle der UdSSR erkennen werden, die unter ihrem großen Führer – dem Gen. Stalin – nicht nur für die Befreiung der Völker Europas kämpft, sondern auch die Interessen der freien Völker der Welt verteidigt.“⁸⁹ Die Zwangslage, in der sich die Westmächte gegenüber Deutschland befanden, erlaubte es ihnen nicht, Kritik an der UdSSR zu üben oder Bedingungen für die Zusammenarbeit mit ihr zu stellen.

3. Stalins Kriegsziele

„Ziele stellt sich nur der, der etwas beabsichtigt, organisiert und beginnt“ – erklärte der bei allen Gegnern des deutschen Nationalsozialismus hochangesehene frühere sowjetische Außenminister Maksim Litvinov im Sommer 1943 nach seiner Abberufung aus den USA. Er schlussfolgerte daraus, dass von Kriegszielen auch nur bei denen gesprochen werden könnte, die den Krieg beabsichtigten, organisierten und begannen; bei allen anderen und insbesondere bei der UdSSR könne nur von Friedenszielen gesprochen werden.⁹⁰ Friedensziele, so ist dem entgegenzuhalten, entstehen jedoch nicht erst nach Ausbruch eines Krieges. Auch die, die den Krieg fürchteten und selbst die, die ihn verhindern wollten, bereiteten sich auf den Krieg vor und verbanden damit Ziele. Im Mittelpunkt stand dabei die „Sicherheit“ der vom Krieg bedrohten Staaten. Doch bereits 1941 wurden in den USA und Großbritannien einerseits und der UdSSR andererseits unter „Sicherheit“ völlig verschiedene Dinge verstanden. Eden erfasste 1942 korrekt, was seit

87 Angeblich existieren keine offiziellen britischen und amerikanischen Aufzeichnungen der Unterredungen. Die sowjetischen Aufzeichnungen der Unterredung zwischen Stalin, Beaverbrook und Harriman am 29. und 30. 9. 1941 wurden zuletzt veröffentlicht in: DVP XXIV, S. 332–336 und S. 336–339.

88 W. Averell Harriman, Special Envoy to Churchill and Stalin 1941–1946, New York 1975, S. 89.

89 Erklärung Molotovs auf der Abschlussitzung der Moskauer Konferenz, 1. 10. 1941, in: DVP XXIV, S. 339–341.

90 N. Malinin [d.i. Litvinov], O celjach vojny, in: VIRK 1943, 3, 11–15, hier S. 11. Vgl. dazu S. 351.

1917 Sicherheit für die sowjetische Politik zuallererst hieß: Die Erringung einer strategischen Position, die es erlaube, das begonnene soziale und ökonomische Experiment innerhalb Russlands zu vollenden, ohne eine äußere Intervention oder Krieg fürchten zu müssen.⁹¹

Stalin selbst allerdings sprach nicht von Friedens-, sondern wie selbstverständlich stets von Kriegszielen.⁹² Je mehr sich die Erwartung kriegerischer Auseinandersetzung steigerte, desto weniger verlor er seine Vorstellungen der Nachkriegsordnung aus den Augen.⁹³ Diese Feststellung betrifft nicht nur den sowjetischen Alleinherrscher. Delegierte des bis ins Detail inszenierten XVIII. Parteitags der VKP(b) offenbarten im März 1939 sicher nicht ohne Einwilligung Stalins kühne Träume, in denen sie auf die Ausbreitung des Sozialismus infolge des erwarteten Krieges hofften. Auf dem Parteitag brandete „stürmischer Beifall“ auf, als der Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, Lew Mechlis, erklärte:⁹⁴

Die Zeit ist nicht mehr fern, Genossen, da unsere Armee, die nach ihrer Ideologie international ist, als Antwort auf die frechen Anschläge des Feindes den Arbeitern der Aggressorstaaten helfen wird, sich vom Joch des Faschismus, der kapitalistischen Sklaverei zu befreien.

Für Mechlis war es im Fall eines Angriffs auf den ersten sozialistischen Staat der Welt „die Aufgabe der sowjetischen Armee, die Kampfhandlungen auf das Gebiet des Gegners [zu] tragen und in Erfüllung unserer internationalen Pflicht den Kreis der Sowjetrepubliken [zu] erweitern.“ In die gleiche Richtung gingen die Überlegungen von Dimitrij Manuil'skij, einem führenden Funktionär der Kommunistischen Internationale:⁹⁵

Die kapitalistische Welt, die in den letzten Zügen liegt, wird ein konterrevolutionärer Krieg gegen die UdSSR nicht retten, sondern eher ihren Untergang weiter beschleunigen. Der bewaffnete Gegenschlag des großen Sowjetvolkes wird die Welt der Arbeit aufwühlen [...] Er wird in der ganzen Welt eine mächtige Bewegung antifaschistischer Kräfte auslösen, ermutigt von dem gewaltigen Gegenschlag des Sowjetvolkes gegen den Faschismus. Er wird die Völker, die bisher noch den Kampf gegen den Faschismus scheuen, in die Schlacht treiben. Wenn die Völker der faschistischen Staaten Waffen in die Hand bekommen, werden sie sie gegen den Faschismus richten [...] Für das Sowjetvolk, für die Werktätigen der ganzen Welt, für die fortschrittliche Menschheit wird dies der gerechteste und heiligste Krieg sein, den es in der Geschichte der Menschheit je gegeben hat, ein Krieg, der ganz gewiss weitere

91 A. Eden, Politik gegenüber Russland, 28. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 73–78, hier S. 76.

92 Vgl. S. 81.

93 Gorodetsky, Täuschung, S. 43

94 Bezymenskij, Stalin und Hitler, S. 150, zit.: XVIII s'ezda VKP(b). Stenografičeskij otčet, S. 273.

95 Ebd.

revolutionäre Zentren im Hinterland des Feindes schafft, wodurch die Reihen des Imperialismus zersetzt und demoralisiert werden.

Vor dem selben Gremium erklärte das Mitglied des Kriegsrats der Zweiten Rotbannerarmee und Teilnehmer am spanischen Bürgerkrieg N.I. Birjukov:⁹⁶

Mögen sich die imperialistischen Räuber in Ost und West nicht wundern, wenn unsere Kräfte der proletarischen Revolution, die Streitkräfte der Sowjetunion, in der Stunde des Entscheidungskampfes gegen den faulenden Kapitalismus überall als Kräfte der Befreiung der Menschheit von kapitalistischer Sklaverei und faschistischem Dunkelmännertum begrüßt werden. Das Hinterland der Armeen des Kapitalismus wird brennen. Hunderttausende, Millionen Werkkräfte werden sich gegen ihre Unterdrücker erheben. Die kapitalistische Welt geht mit der sozialistischen Revolution schwanger [...] Es lebe der Triumph der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt!

Möglicherweise tolerierte Stalin derartige an die Öffentlichkeit gerichtete Äußerungen vor dem höchsten Gremium der Staatspartei auch als Drohung, um die „Kriegstreiber“ im Westen abzuschrecken. Der Moskauer Realpolitiker äußerte sich selbst in diesem Zusammenhang nicht, doch auch ihm blieben solche Phantasien nicht fremd.⁹⁷ Davon ausgehend, dass ein neuer imperialistischer Weltkrieg für die UdSSR eine sehr „ernste Gefahr“ bedeute, forderte er in seinem Rechenschaftsbericht zur Außenpolitik der UdSSR, an der Friedenspolitik unbedingt festzuhalten. Ausdrücklich versicherte er:⁹⁸

Wir fürchten keine Drohungen der Aggressoren und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter, die versuchen sollten, die Unantastbarkeit der Sowjetgrenzen zu verletzen, mit einem doppelten Schlag zu antworten. Das ist die Außenpolitik der Sowjetunion.

Der „Vožd“, der unumstrittene Führer von Partei und Staat, bestimmte am 10. März 1939 für die Partei lediglich zwei Aufgaben auf dem Gebiet der Außenpolitik: „1. Auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern zu betreiben; 2. Vorsicht zu beobachten und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von an deren die *Kastanien aus*

96 Ebd.

97 Vgl. S. 33. Auch führende Sowjetdiplomaten, wie Ivan Majskij, dachten bereits Anfang 1938 ähnlich. Am 19. 1. 1943 notierte Majskij in sein Tagebuch: „Vor fünf Jahren habe ich den Übergang zum Sozialismus in Europa in Gefolge eines neuen Weltkrieges erwartet, jetzt denke ich, wir werden sehen“. Vgl. AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 10, Bl. 22.

98 Rechenschaftsbericht Stalins an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der VKP(b), 10. 3. 1939, in: Stalin-Werke Bd. 14, S. 92–130, hier S. 103–104. Das handschriftlich durch Stalin korrigierte Manuskript dieser Rede ist einzusehen unter <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok>.

dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen ...“⁹⁹

Sicherheit blieb für Stalin vor und nach dem 22. Juni unverändert nicht durch den unregulierten und damit unkontrollierten Ausgleich politischer, wirtschaftlicher, kultureller und sonstiger Aktivitäten von Menschen, Organisationen und Staaten erreichbar, sondern nur durch Abgrenzung bzw. durch eine eng begrenzte, fest vereinbarte und straf überprüfbare politisch-militärische Zusammenarbeit. Langfristige Sicherheit konnte es in dieser Logik – die sich in ihrer Machtfixierung weder von den deutschen Nationalsozialisten noch von den früheren zaristischen Außenpolitikern unterschied – eher gegen als mit anderen Staaten geben. Darin waren sich Deutschland und die UdSSR schon wegen ihrer Machtpotentiale gegenseitig feind, was unter den konkreten internationalen Bedingungen zeitweilig eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten dennoch nicht ausschloss.

Solange Stalin glaubte, den Krieg gegen Deutschland nicht nur aus eigener Kraft führen zu müssen, sondern auch führen zu können, sah er keinen Anlass, die sowjetischen Friedensziele mit den Westmächten abzustimmen. Der Angriff Deutschlands auf die UdSSR veränderte diese Lage. Nun sah sich Stalin gezwungen – wollte er den Krieg nicht für die allein von Roosevelt und Churchill bestimmten Ziele (Atlantik-Charta) führen – sowjetische Friedensziele zu benennen. Dabei bestand jedoch die Gefahr, dass ein sowjetisches Beharren auf eigenen Zielen die Kriegscoalition sprengen könnte. Für die sowjetische Außenpolitik wurden die Verfolgung eigener Ziele und die Wahrung der Anti-Hitler-Koalition zu einem Balanceakt. Denn seit Juni 1941 hatte die Anbahnung und Wahrung möglichst enger Beziehungen zu Großbritannien und den USA übergeordnete Bedeutung erhalten. Diese blieb während des Krieges außerordentlich hoch, denn die Allianz verbürgte einen vollständigen Sieg über Deutschland. Erst seit 1943 nahm deren Bedeutung in dem Maße ab, wie es der Roten Armee gelang, schrittweise die militärische Initiative zu gewinnen. Auch seine deutschlandpolitischen Ziele legte Stalin erst nach dem deutschen Angriff offen. Sie hatten für ihn 1941–42 vor allem die Funktion, die Politik und Kompromissbereitschaft der Westmächte auszuloten. Erst seit 1943 konnte er sie deutlicher einfordern, erkannte dabei aber, dass ein eindeutiges Bekenntnis zu seinen Zielen deren Erreichung gefährden konnte.

Am 3. Juli sprach der sowjetische Führer selbst zum ersten Mal in der Öffentlichkeit, und daher vereinfacht, von den Zielen des Krieges:¹⁰⁰

99 Ebd., Hervorhebung nicht im Original.

100 Radioansprache Stalins vom 3. 7. 1941, deutscher Text in: Stalin Reden, S. 5–15, hier, S. 8, 13 und 15. Russischer Text in: DVP XXIV, S. 102–103. Der handschriftliche Ent-

Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen.

Beide Ziele setzten den Sieg voraus und dieser bedeute – das sprach Stalin wie selbstverständlich aus – „die Zerschmetterung des Feindes“. Dieses dritte Ziel war nicht neu, sondern seit Langem das Zentrum aller militärischen Planungen der Roten Armee. Bücher und Filme hatten es schon vor 1939 propagiert.¹⁰¹

Alfred Kurella – der sich in der Politverwaltung der Roten Armee zwar in einiger Entfernung vom sowjetischen Entscheidungszentrum befand, aber dennoch gut informiert war – suchte drei Monate nach dem deutschen Angriff für seine Frau eine Erklärung für den Zusammenhang der sowjetischen Kriegsziele zu finden.¹⁰²

Im Ganzen geht es in diesem Krieg um die vollständige Vernichtung der Faschisten. Eine teilweise, wenn auch bedeutende Niederlage des Gegners in einer Schlacht – das ist zuwenig. Die Beendigung des Krieges durch eine Art Waffenstillstand, auf den sich der Gegner einlassen würde, weil er sieht, dass es um seine Sache schlecht steht, ist nicht denkbar. Es kommt darauf an, seine militärische Macht endgültig und unwiderruflich zu vernichten. [...] Das Ziel, die vollständige Vernichtung des Gegners, fordert viele Anstrengungen und auch Opfer. Ohne sie kann dieses Ziel nicht erreicht werden.

Dass Deutschland in den Mittelpunkt der sowjetischen Friedensziele rückte, war aber nicht nur Folge des Krieges, es war auch Resultante der alliierten Beziehungen. Während die Westmächte, insbesondere die USA, nicht bereit waren, die seit 1939 in Verfolgung sowjetischer Ziele veränderten Grenzen der UdSSR oder gar eine sowjetische Einflusszone in Osteuropa anzuerkennen, stieß eine Einigung auf die Schwächung Deutschlands als gemeinsames Ziel auf keine Schwierigkeiten. Erst gegen Ende des Krieges ließ sich erkennen, dass das gemeinsame Ziel der Alliierten, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, auch die Pax Sovietica voranbrachte.

wurf dieser Rede wurde von Helmut Altrichter zugänglich gemacht und ist einzusehen unter <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok>.

101 Merridale, Iwans Krieg, S. 40.

102 Kurella an Cohn-Vossen, 23. 9. 1941, in: Kurella, Briefwechsel, S. 114–116. Am folgenden Tag fügte Kurella hinzu: „Ich möchte noch einmal eindringlich wiederholen, was ich bereits schrieb: der Krieg wird bis zur völligen Vernichtung des Gegners geführt. Das verleiht diesem Krieg seinen besonderen Charakter.“ Ebd., S. 120–124.

*

Noch immer von der Furcht getrieben, für Großbritannien die Kastanien aus dem Feuer zu holen,¹⁰³ dachte der sowjetische Führer am Ende der ersten Konferenz von Vertretern der USA, Großbritanniens und der UdSSR im September 1941 in Moskau darüber nach, „dass unsere Vereinbarung über Zusammenarbeit gegen Deutschland und über den Nichtabschluss eines Separatfriedens in einen Bündnisvertrag umgewandelt werden könnte,“ der nicht nur die Kriegs-, sondern auch die Nachkriegszeit beinhaltete.¹⁰⁴ Dazu entwickelte er jedoch zunächst noch keine konkreten Vorschläge.

Am 6. November 1941 – die deutschen Truppen standen in Sichtweite von Moskau – äußerte sich Stalin auf der Festveranstaltung anlässlich des 24. Jahrestags der Oktoberrevolution erneut öffentlich zu den Zielen des Krieges, ohne die eigene vorangegangene Politik in Frage zu stellen!¹⁰⁵

Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie die Eroberung fremder Gebiete oder die Unterwerfung fremder Völker, ganz gleich ob es sich um Völker und Gebiete Europas oder um Völker und Gebiete Asiens, darunter auch Irans, handelt. Unser erstes Ziel besteht darin, unsere Gebiete und unsere Völker vom faschistischen deutschen Joch zu befreien. Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitlertyrannie zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Völker.

Mit dieser Erklärung wiederholte der sowjetische Alleinherrscher den Kern der von Majskij sechs Wochen zuvor in London vorgetragenen Deklaration. Auch ein Jahr später, als die drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition ein gemeinsames

103 Vgl. oben S. 78.

104 Aufzeichnung der Unterredung zwischen Stalin, Beaverbrook und Harriman, 30. 9. 1941, in: DVP XXIV, S. 336–339. Die gleiche Bemerkung Stalins hielt Harriman etwas ausführlicher fest: „Stalin asked about peace objectives and Beaverbrook spoke about the eight points and then got on the subject of the importance of peace objectives in America and American public opinion and urged Stalin to use the American press to build up a better understanding in America of Russia. I [Harriman] asked him whether he had any other ideas about peace terms. He [Stalin] turned to Beaverbrook and said: ‚Are the Eight Points going to satisfy you?‘ Beaverbrook was noncommittal and I asked what Stalin had in mind. Stalin said ‚What about getting the Germans to pay for the damage‘. Beaverbrook dodged the answer with some generality about ‚We must win the war first‘.“ (DzD I, Bd. 1, S. 527). Stalin bezog sich auf die sowjetisch-britische Vereinbarung vom 12. 7. 1941.

105 Vgl. Stalin, Krieg, S. 27–36, hier S. 36.

Kriegszielprogramm nicht zustande gebracht hatten, hielt Stalin an diesen Zielen fest, indem er einseitig, aber dennoch konsensfähig feststellte:¹⁰⁶

Das Aktionsprogramm der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition ist: Vernichtung der Rassenexklusivität; Gleichberechtigung der Nationen und Unantastbarkeit ihrer Territorien; Befreiung der unterjochten Nationen und Wiederherstellung ihrer Souveränitätsrechte; Recht jeder Nation, sich nach eigenem Gutdünken einzurichten; wirtschaftliche Hilfe für die geschädigten Nationen und deren Unterstützung zur Erlangung ihres materiellen Wohlstandes; Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, Vernichtung des Hitlerregimes.

In beiden Fällen strebte Stalin mit der Erklärung der sowjetischen Friedensziele danach, die Furcht vor einer Sowjetisierung Europas zu zerstreuen und dadurch die Anti-Hitler-Koalition zu festigen. Im November 1941 versuchte er darüber hinaus, die Reihen der Gegner zu spalten, indem er der berechtigten Zusammenfassung der deutschen Länder den Raub fremder Gebiete gegenüberstellte:¹⁰⁷

Solange sich die Hitlerleute damit befassten, die deutschen Länder zusammenzufassen und ihnen das Rheingebiet, Österreich usw. wieder anzuschließen, konnte man sie mit einer gewissen Berechtigung für Nationalisten halten. Nachdem sie jedoch fremde Gebiete geraubt und europäische Nationen – die Tschechen, Slowaken, Polen, Norweger, Dänen, Holländer, Belgier, Franzosen, Serben, Griechen, Ukrainer, Belorussen, Balten usw. – unterjocht haben und dazu übergegangen sind, die Weltherrschaft anzustreben, hat die Hitlerpartei aufgehört, eine nationalistische Partei zu sein, denn seit diesem Augenblick ist sie zu einer imperialistischen, annexionistischen Unterdrückerpartei geworden.

Gleichzeitig konkretisierte der Kremlchef in Bezug auf Deutschland die sowjetischen Kriegsziele in Form der Drohung, man werde den deutschen Vernichtungskrieg mit einem eigenen Vernichtungskrieg beantworten. Diese Drohung kann im Zusammenhang mit Molotovs Warnung aus dem Jahre 1940 gesehen werden.¹⁰⁸ Sie ergab sich aber auch organisch aus der Entwicklung der KPD-Propaganda nach dem deutschen Überfall. Schon im Juli 1941 hatte Pieck den Aufruf eines fiktiven deutschen Offiziers entworfen, darin den Überfall auf die UdSSR als „größte Katastrophe der deutschen Geschichte“ charakterisiert und prophezeit:¹⁰⁹

In Russland wird die deutsche Armee verbluten. Das ist ein hoffnungsloser Krieg. Er kann nur mit einer Katastrophe enden, mit der verglichen 1918 nur eine Bagatelle war ...

106 Bericht des Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen, 6. 11. 1942, in: Stalin, Krieg, S. 66–85, hier S. 78.

107 Vgl. Stalin, Krieg, S. 27–36, hier S. 27 und 31.

108 Vgl. S. 88.

109 Pieck, Brief deutscher Offiziere, 31. 7. 1941, Komintern, Bd. 2, S. 135–140.

[B]eendet diesen verspielten Krieg bevor Deutschland in Asche verwandelt wird. Wir erklären mit allem Ernst: Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es schnellstmöglich aus diesem hoffnungslosen Krieg an zwei Fronten aussteigt.

In den folgenden Wochen arbeiteten die deutschen Politemigranten im Apparat der Komintern daran, diesen Entwurf zu einem Aufruf an das deutsche Volk auszubauen. Bereits im August 1941 leitete Manuil'skij zwei Entwürfe eines „Offenen Briefes an die deutschen Arbeiter“ an den sowjetischen Propagandachef Ščerbakov weiter.¹¹⁰ Ende des Monats diskutierte Dimitrov mit deutschen und österreichischen Kommunisten „Charakter und Inhalt des Aufrufs der deutschen patriotischen Opposition gegen Hitler“.¹¹¹ Auch Molotov wurde einbezogen. Er erkundigte sich am 13. Oktober nach dem Stand des Aufrufs und verlangte seine Fertigstellung bis zum folgenden Tag. Nach erneuter Diskussion¹¹² schickte der Generalsekretär der Kommunistischen Internationale eine russische Übersetzung an den Außenkommissar.¹¹³ Diese wurde sofort Stalin vorgelegt, der Veränderungen vornahm und eine Veröffentlichung anordnete. Der Text erschien in der Pravda am 16. Oktober 1941 als „KPD-Aufruf an die deutschen Truppen an der Ostfront“. Er verband mit der Forderung nach dem Sturz Hitlers eine deutliche Warnung: „Wenn Ihr diesen gerechten und würdigen Weg nicht beschreitet, so riskiert Ihr es, eine Zertrümmerung der deutschen Armee und des Deutschen Reiches zu durchleben, die erschütternder sein wird, als das im ersten Weltkrieg der Fall war. Das aber wird die *Zerstückelung Deutschlands* bedeuten und die Wiedergutmachung der Kriegsverluste, die Europa und die Sowjetunion durch Hitler erlitten haben.“¹¹⁴

Der Aufruf löste Lob aus¹¹⁵ und bildet die Grundlage für einen unmittelbar anschließend veröffentlichten Appell deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR an

110 Ebd., S. 159, Anm. 1. Zum Zustandekommen und die Wirkung dieses KPD-Aufrufes, vgl. Arnold Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946*, Hamburg, 1971, S. 115–116.

111 Dimitroff, *Tagebücher*, Bd. 1, S. 418 (26. 8. 1941). Beteiligt waren neben Pieck, Ulbricht, Ackermann für die KPD und Ernst Fischer, Johannes Kopenig für die KPÖ auch die Mitglieder KI-Führung Togliatti und Manuil'skij.

112 Ebd., S. 439 (14. 10. 1941).

113 Dimitrov an Molotov, 14. 10. 1941, *Komintern*, Bd. 2, S. 153–154.

114 Erler, *Nach Hitler*, S. 31, Hervorhebung nicht im Original. Diese Passage fehlt in der auszugsweisen DDR-Veröffentlichung (ohne Angabe der Kürzung), vgl. GdA, Bd. V, S. 552. Vollständig abgedruckt in: *Komintern*, Bd. 2, S. 154–159, hier S. 158.

115 Dimitrov notierte am 15. Oktober: „Der Aufruf ist gelungen. Wir werden ihn heute veröffentlichen. Er muss auch im Radio gesendet werden als ein Dokument, das bei dem

das deutsche Volk.¹¹⁶ Dennoch wollten sich die KPD-Autoren später nicht mehr vollständig zum Inhalt dieses Aufrufs bekennen.¹¹⁷

Am 8. November – der Ausgang der gegen Moskau gerichteten deutschen Offensive stand noch nicht fest – wählte Stalin gegenüber Churchill eine provozierend offene Sprache, um sowjetische Forderungen anzumelden.¹¹⁸

Ich stimme mit Ihnen darin überein, dass in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien Klarheit geschaffen werden muss, die gegenwärtig nicht besteht. Diese Unklarheit liegt in folgenden zwei Umständen begründet: Erstens – es gibt keine bestimmte Vereinbarung zwischen unseren Ländern über die Kriegsziele und über die Pläne der Friedensregelung nach dem Kriege; [und] zweitens – es besteht kein Vertrag zwischen der UdSSR und Großbritannien über gegenseitigen militärischen Beistand gegen Hitler in Europa. Solange es in diesen zwei Hauptfragen keine Abmachungen gibt, wird es in den englisch-sowjetischen Beziehungen nicht nur keine Klarheit geben, sondern es wird, um ganz offen zu sprechen, auch das gegenseitige Vertrauen fehlen. Natürlich hat die bestehende Vereinbarung über Kriegslieferungen an die Sowjetunion eine große positive Bedeutung, aber damit ist das Problem nicht gelöst und die Frage der Beziehungen zwischen unseren Ländern bei weitem nicht erschöpft.

Stalins Botschaft war begleitet von Schritten, die Beziehungen zu den USA zu verbessern.¹¹⁹ Sie löste bei Churchill starke Verärgerung aus,¹²⁰ stieß aber inner-

gefallenen Unteroffizier Stolz gefunden wurde...“, vgl. Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 440.

116 Abgedruckt in: Bodo Scheurig, Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1965, S. 43–52. Vgl. dazu Sywottek, Volksdemokratie, S. 115–116 und Fischer, Deutschlandpolitik, S. 20–22, der den Zusammenhang zwischen beiden Aufrufen herstellte.

117 Die zitierte Passage fehlte in der DDR-Veröffentlichung. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin-Ost 1966, Bd. V, S. 550–553: Aus der Erklärung des ZK der KPD vom 6. 9. 1941. Vgl. auch S. 568 zur Ausarbeitung des Aufrufs der KPD im Juni 1945.

118 UdF 1, S. 10, Stalin an Churchill, 8. 11. 1941.

119 Am 29. 10. 1941 informierte Vyšinskij Steinhardt über die beabsichtigte Entsendung Litvinovs als Botschafter in die USA und bat um das Agrément der amerikanischen Regierung, vgl. FRUS 1941, I, S. 652–653. Seit seiner Rundfunkerklärung Anfang Juli 1941 war Litvinov bereits bei dem Besuch Hopkins' in Moskau und bei der Moskauer Konferenz im September an den Verhandlungen beteiligt worden. Am 4. November teilte Steinhardt mit, dass die amerikanische Regierung der Entsendung Litvinovs mit großer Zufriedenheit entgegensehe, vgl. SAOD I, S. 165–167.

120 Majskij an Molotov, 13. 11. 1941. AVP RF f. 059, op. 1. p. 423, d. 3789, Bl. 266–270. Majskij beschreibt die Reaktion Churchills als „außerordentlich gereizt“. Vgl. dazu auch das Beschlussprotokoll des Kriegskabinetts vom 11. 11. 1941: „When M. Maisky had

halb des Kriegskabinetts auch auf Verständnis.¹²¹ Durch den Kriegsverlauf alarmiert, hatte der britische Außenminister Eden bereits am 17. Oktober 1941 gegenüber dem sowjetischen Botschafter erklärt: „Die britische Regierung betrachtet die Entwicklung und Festigung äußerst enger und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und England im Krieg wie im Frieden als sehr wünschenswert. Sie ist bereit, mit der sowjetischen Regierung alle möglichen Formen der gegenseitigen Zusammenarbeit zu erörtern und wird froh sein, sowjetische Vorschläge und Überlegungen zu dieser Frage entgegenzunehmen.“ In diesem Zusammenhang äußerte sich Eden sehr ausführlich darüber, dass er persönlich immer nach einer maximal möglichen Annäherung zwischen beiden Ländern gestrebt habe, weil er davon ausgehe, dass sich ihre Interessen nirgendwo kreuzten. Er fügte hinzu, dass er bereit sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den gegenseitigen Verdächtigungen entgegenzutreten, die in früheren Jahren die Beziehungen zwischen Großbritannien und der UdSSR belastet hatten.¹²²

Der britische Botschafter in Moskau unterbreitete wenig später seiner Regierung einen vier Punkte umfassenden Vorschlag zum möglichen Inhalt einer britisch-sowjetischen Vereinbarung, die unter Einbeziehung der USA sowjetisches Misstrauen ausräumen sollte, ohne Details der Nachkriegsregelung festzulegen. Erstens: Die Zusicherung, die Grundstruktur der europäischen Ordnung noch vor der Friedenskonferenz zwischen Großbritannien, der USA und der UdSSR abzustimmen. Zweitens: Gegenseitige Hilfe beim Wiederaufbau. Drittens: Der Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Staaten. Viertens: Eine Klausel, dass keine der vertragsschließenden Seiten eine Vereinbarung mit einem Nachbarstaat treffen werde, ohne vorher die anderen vertragsschließenden Seiten zu informieren.¹²³

handed him [Churchill] the telegram [Stalins Botschaft], he [Churchill] had said that a telegram of this kind could not be answered. There had been some frank speaking, in which he [Churchill] explained that if Russia had only let us know that they were coming into the war on our side, matters might have been different. As regards the suggestion in M. Stalin's telegram of the 8th November that we should now reach a definite understanding on war aims and on plans for the post-war organisation of peace, he had said that we could not go beyond the Atlantic Charta now. [...] The Foreign Secretary said that Russia's attitude was very suspicious of us. They feared that we and the United States would get together and leave them out of the settlement of matters at the Peace [conference]. He thought that it was important that this suspicion should not remain, and that we should take all possible steps to remove it.“ (DzD I, 1, 546–547).

121 Aus dem Beschlussprotokoll des Kriegskabinetts, 11. 11. 1941, DzD I, Bd. 1, 546–547.

122 Majskij an Molotov, 18. 10. 1941, in: DVP XXIV, S. 374.

123 Telegramm Cripps vom 5. 11. 1941, zit. in: Memorandum von A.R. Dew über die Beziehungen zwischen Großbritannien und der UdSSR, in: DzD I, Bd. 1, S. 561.

Offenbar im Ergebnis von Gesprächen mit Mitgliedern des britischen Kabinetts und um sich selbst Klarheit für die erwarteten Verhandlungen zu verschaffen, bat Majskij am 14. November 1941¹²⁴ im Namen „befreundeter Kreise“ in einem Telegramm an seine Zentrale um eine Erläuterung des bereits zitierten Abschnitts der Rede Stalins vom 6. November 1941, der auf die Spaltung des gegnerischen Lagers gerichtet war. Majskij kennzeichnete nicht, wen er mit „befreundeten Kreisen“ meinte. Georgij Kynin, der als erster auf dieses Telegramm hinwies, ging davon aus, dass der Botschafter damit auf britische Kommunisten anspielte.¹²⁵ Berücksichtigt man jedoch die seit dem deutschen Überfall schwelende sowjetisch-britische Auseinandersetzung um eine Festschreibung der gemeinsamen Kriegsziele, dann liegt die Vermutung nahe, dass Majskij mit „befreundeten Kreisen“ nicht Kommunisten, sondern jene Mitglieder des britischen Kriegskabinetts bezeichnete, die bereit waren, mit der UdSSR Verhandlungen zu dieser Frage aufzunehmen.¹²⁶

Noch bevor Majskij aus Moskau grünes Licht bekam,¹²⁷ eröffnete er erste Sondierungen. Der Botschafter konnte schon am 20. November melden, die britische Regierung habe sich entschlossen, mit der sowjetischen Regierung Fragen zu erörtern, die „die Ziele des Krieges und die Friedensregelung“ betreffen. Mit der Verhandlungsführung sei Außenminister Eden beauftragt worden, der seine Bereitschaft zu einer Reise nach Moskau erklärt habe.¹²⁸ Erst in diesem Moment erhielt Majskij als Antwort auf seine am 14. November übermittelte Bitte eine Instruktion zu Stalins Deutschlandzielen:¹²⁹

Was den Standpunkt des Gen. Stalin zu Österreich, dem Rheinland u. ä. anbelangt, so denkt Stalin, dass Österreich als unabhängiger Staat von Deutschland abgetrennt werden und Deutschland selbst, darunter auch Preußen, in eine Reihe mehr oder minder selbständiger Staaten zerschlagen werden müsse, um eine künftige Garantie für Frieden und Ruhe der europäischen Staaten zu schaffen.

124 Telegramm Majskij, 14. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 589, Anm. 31.

125 Obzor Kynina 1, Bl. 68, Anm. 2, AVP RF f. 048, op. 11-ž, p. 64, d. 1. Diese Interpretation folgte auf die Kommentierung in der UdF 1, S. 575, Anm. 23 und 25.

126 Vgl. Majskij an Molotov, 26. 10. 1941, in: DVP XXIV, 383–387, hier S. 386. Dort hatte Majskij darauf hingewiesen, dass es „innerhalb des Kabinetts verschiedene Gruppen“ gebe.

127 Molotov an Majskij, 19. 11. 1941, AVP RF f. 048, op. 11-ž, p. 64, d. 1, Obzor Kynina 1, Bl. 17.

128 Ebd.

129 Molotov an Majskij, 21. 11. 1941 UdF 1, S. 12.

Der Wunsch Deutschland als Machtfaktor auszuschalten hatte in Moskau Tradition.¹³⁰ Das Reich aufzugliedern und damit die historische Entwicklung zu revidieren und auf die Zeit vor 1871 zurückzuführen, war bereits im Ersten Weltkrieg Ziel der zaristischen Regierung. Diesem Ziel wurde damals von den übrigen Ententemächten nicht widersprochen, da auch sie einen vollständigen Sieg über Deutschland anstrebten, um maximale Handlungsfreiheit für eine Friedensregelung zu bekommen. Am 14. September 1914 hatte der russische Außenminister Sazonov inoffiziell erklärt: „Hauptziel der drei Verbündeten würde sein, die Macht Deutschlands und seinen Anspruch auf militärische und politische Herrschaft zu brechen.“¹³¹ Zar Nikolaus II. rechnete bis zu seinem Sturz mit der Auflösung des Deutschen Reiches infolge einer deutschen Niederlage.¹³²

Bisher wissen wir nicht, ob und inwieweit Stalin die Kriegszielpolitik der zaristischen Regierung während des Ersten Weltkriegs zur Kenntnis genommen hat. Seine Anknüpfung an diese Politik könnte ein Grund für den Abbruch der Anfang der dreißiger Jahre von Michail N. Pokrovskij begonnenen und bereits weit fortgeschrittenen sowjetischen Akteneedition zur Außenpolitik der zaristischen Regierung vor und während des Ersten Weltkriegs gewesen sein.¹³³

In Frankreich wurden die Unzulänglichkeiten des Versailler Vertrages bereits 1920 von Jacques Bainville scharf formuliert, der das Versagen dieses Vertrages in seinem Verzicht auf die Aufgliederung des Deutschen Reiches durch eine Wiederbelebung des deutschen Partikularismus sah.¹³⁴ Die Zeitschrift *Gringoire*, die der Action Française nahestand, erklärte am 12. Oktober 1939: „Das Unglück Deutschlands und unser eigenes ist die deutsche Einheit. Ein Sieg, der die Einheit

130 Zur Bezeichnung der Beseitigung der Machtkonzentration des deutschen Zentralstaats wird in den sowjetischen Dokumenten am häufigsten der Begriff „Aufgliederung“ (*razčlenenie*) gebraucht. Gemeint war dabei die möglichst vollständige Verselbständigung der deutschen Teilstaaten. Seltener wird von der „Aufsplitterung“ (*razdrobienie*) oder der „Aufteilung“ (*razdelenie*) gesprochen. Alle drei Begriffe beinhalteten eine von außen erzwungene Teilung.

131 Internationale Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, Reihe II, Bd. 6.1, S. 193.

132 Horst Günter Linke, *Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917*, München 1982, S. 59.

133 *Meždunarodne otnošenija v epochu imperializma. Dokumenty iz arhivov tsarskogo i vremennogo pravitel'stv 1878–1917, pod predsedatel'stvom M.N. Pokrovskogo*, Moskau 1931–1937. Deutsch: *Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus d. Archiven d. zarischen u. d. provisorischen Regierung*, hg. von der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M. N. [Michail Nikolaevic] Pokrovskij, hg. von Otto Hoetzsch, Berlin 1931–1942.

134 Jacques Bainville, *Frankreichs Kriegsziel. Les conséquences politiques de la paix*, Paris, Hamburg 1939.

des Reiches aufrechterhalte, wäre nur ein Waffenstillstand. Alle Franzosen wissen jetzt, dass sie weder Frieden noch Waffenruhe haben, solange ein Großdeutschland an ihrer Grenze bestehen wird. Wir wissen, dass ein starkes Deutschland ein unverbesserliches Deutschland ist.¹³⁵ Auch amerikanische Beobachter hielten zu Beginn des Zweiten Weltkriegs die Teilung Deutschlands für die beste Lösung des europäischen Problems.¹³⁶ Trotzki räsonierte in seinem mexikanischen Exil Ende 1939 scharfsichtig: „Hitler hat einen Weltkrieg angezettelt. Aus diesem Krieg wird Deutschland entweder als Herr über Europa und alle europäischen Kolonien hervorgehen, oder es wird zerschlagen.“¹³⁷

Seit 1939 war die sowjetische Regierung über Teilungsforderungen informiert, die in denjenigen Staaten erhoben wurden, die den deutschen Aggressoren entgegengetreten bzw. Opfer der deutschen Aggression geworden waren.¹³⁸ Im März 1940 unterstellte Molotov die Absicht, Deutschland „zu zerschlagen und zu zerstückeln“ erstmals den Westmächten. Er gab vor, die Westmächte hätten versucht,

135 Zit. im Vorwort von Friedrich Grimm zur deutschen Ausgabe von Bainville. Als Autor dieses Beitrags wird der Schriftsteller Henry Béraud angegeben.

136 George F. Kennan, A Letter on Germany, in: *The New York Review of Books*, Volume 45 (1998) 19: „[T]he best solution for the post-war era would be a partition of Germany into two, or at the most three, separate states, all of them to be embraced within the framework of an extensively unified Europe.“

137 Leo Trotzki, Schriften I (Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur), Bd.1.2 (1936–1940), Hamburg 1988, S. 1314.

138 Nach einem Gespräch mit Horace Wilson, dem außenpolitischen Chefberater Churchills, umriss der sowjetische Botschafter in London, Majskij, die Vorstellungen des damaligen britischen Kriegsministers für einen zukünftigen, von allen Großmächten unter Einschluss der UdSSR zu garantierenden Friedensvertrag mit Deutschland. Beseitigt werden müsste die gegenwärtige Zentralisierung Deutschlands. An deren Stelle sollte eine lose Föderation treten, in der Österreich, Bayern, Württemberg u. a. eine weitgehende Autonomie besitzen müssten. Die Tschechoslowakei könnte ebenfalls Mitglied einer solchen Föderation werden, etwa mit den Rechten, die denen der britischen Dominions glichen. Polen müsste als selbständiger Staat innerhalb seiner ethnographischen Grenzen, aber ohne die Westukraine und Belorussland, wiedererrichtet werden. Majskij hob in diesem Zusammenhang die Einschätzung hervor, dass die Franzosen gegenüber Deutschland eine wesentlich härtere Linie verfolgen. Sie strebten nicht nur nach der vollständigen Niederlage Deutschlands, sondern auch nach der Zerstückelung (razdroblenie) Deutschlands in eine Reihe kleiner wehr- und hilfloser Staaten. Diese französische Haltung würde nicht ohne Einfluss auf die britische Politik bleiben. Vgl. Majskij an NKID, 27. 10. 1939, in: DVP XXII-2, S. 234–235. Später relativierte Majskij derartige Überlegungen, indem er darauf verwies, dass die herrschende Klasse in Großbritannien in der Frage der Friedensziele gespalten sei, vgl. Majskij an Molotov, 23. 11. 1939, in: DVP XXII-2, S. 330–334. Zur frühen Teilungsforderung der polnischen Exilregierung vgl. Brandes, Vertreibung (2005), S. 59.

die UdSSR für dieses Ziel zu gewinnen, aber die Sowjetmacht habe ihre Mithilfe abgelehnt.¹³⁹ Diese öffentliche Verlautbarung konnte als Warnung an Deutschland verstanden werden, nichts zu tun, was eine Änderung dieser sowjetischen Position veranlassen könnte.

*

Nachdem Eden am 11. November 1941 intern seine Reise nach Moskau angekündigt hatte,¹⁴⁰ die aus Sicherheitsgründen strengster Geheimhaltung unterlag, setzte ein öffentliches Werben für eine britisch-sowjetische Annäherung ein. Eden und Majskij äußerten sich gemeinsam vor dem Anglo-Soviet Public Relations Committee. Der britische Außenminister versicherte dabei, er könne zwar einige Weltgegenden nennen, wo sich britische und sowjetische Interessen ergänzten, doch keinen Punkt sehen, wo beide Staaten als Rivalen auftreten müssten. Für alle anwesenden Briten sprechend erklärte Eden an Majskij gewandt, „wir in diesem Land wünschen die engste Kooperation mit der UdSSR während und nach dem Krieg“. Nicht weniger hochgestimmt entgegnete Majskij, Briten und Russen sei es in Zusammenarbeit mit den Amerikanern vorherbestimmt, eine große Rolle in der Geschichte zu spielen.¹⁴¹

Vorbelastet wurden die Gespräche mit Eden durch den ungelösten Konflikt um die polnisch-sowjetische Grenze. Stalin war es nicht gelungen, diese Frage zuvor in direkten Verhandlungen mit dem Chef der polnischen Exilregierung, General Sikorski, zu klären.¹⁴²

Eden trat seine Reise nach Moskau schlecht vorbereitet an, auch weil er unzureichend über die konkreten Verhandlungswünsche der sowjetischen Regierung

139 Rede Molotovs auf der sechsten Sitzung des Obersten Sowjets am 29. 3. 1940, *Bol'sevik* 1940, Nr. 7, S. 1–12. Hervorhebung nicht im Original.

140 Zu Edens Moskau-Plänen vgl. Eden an Cripps, 11. 11. 1941, in: Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. II, S. 45.

141 *New York Times*, 22. 11. 1941, S. 4.

142 Im Rahmen der offiziellen sowjetisch-polnischen Gespräche Anfang Dezember 1941 wurde die Grenzfrage von Stalin nicht angesprochen. Vgl. Unterredung zwischen Stalin und Sikorski, 3. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 465–475. Unmittelbar vor dem Besuch Sikorskis hatte die sowjetische Regierung bekannt gegeben, dass Personen polnischer Nationalität, die ihren Wohnsitz in den Gebieten haben, die seit dem 2. 11. 1939 Teil der Ukrainischen oder Belorussischen Sowjetrepublik geworden waren, nicht in die Rote Armee einberufen würden. Sie hatte damit die Feststellung verbunden, dass „die Frage der Grenze zwischen der UdSSR und Polen nicht entschieden ist und zukünftiger Behandlung bedarf“. Vgl. Note des NKID an polnische Botschaft in Moskau, 1. 12. 1941, ISPO VII, S. 255–256.

informiert worden war. Die einzigen Fragen, die der sowjetische Botschafter auftragsgemäß in diesem Zusammenhang gegenüber Eden und Churchill angesprochen hatte, betrafen eines der am wenigsten strittigen Gebiete: Die Zukunft Deutschlands. Hier schienen sich Großbritannien und die UdSSR weitestgehend einig, alles – einschließlich der Teilung – zu unternehmen, um Deutschland zu schwächen.¹⁴³

4. Die diplomatische Offensive Stalins

Zwei militärische Entwicklungen prägten den Beginn der sowjetisch-britischen Verhandlungen: Am 5. Dezember 1941 begannen zwei sowjetische Fronten (Heeresgruppen) die Winteroffensive, die den deutschen Angriff auf Moskau brechen und die deutschen Truppen zum ersten Mal zurücktreiben sollten.¹⁴⁴ Zwei Tage später griffen japanische Flugzeuge Pearl Harbor an, den wichtigsten Marinehafen der USA im Pazifik. Dies zwang die USA zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg.¹⁴⁵ Diese Entwicklungen verschoben die Bedeutung der Verhandlungen für die UdSSR und Großbritannien diametral. Während sich für die britische Regierung durch den Kriegseintritt der USA der Wert des sowjetischen Verbündeten zu verringern schien, glaubte sich die sowjetische Führung – worauf noch einzugehen sein wird – einem weitgehend selbständig errungenen Sieg über Deutschland nahe. Doch warum drängte Stalin noch immer – wie Monate zuvor als er mit einer Niederlage der UdSSR rechnete – auf Kriegszielabsprachen?

Während Stalin die Verhandlungen mit dem britischen Außenminister nutzte, um sein Nachkriegsprogramm detailliert darzulegen, unterließen beide Verhandlungspartner den Versuch, die USA in die angestrebten sowjetisch-britischen Absprachen einzubeziehen. Keiner nutzte die angebotene Möglichkeit, die amerikanische Botschaft zu beteiligen¹⁴⁶ oder den Präsidenten um einen Sondergesand-

143 Vgl. Gespräch zwischen Majskij und Eden, 1. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 462 und Gespräch zwischen Majskij mit Churchill, 5. 12. 1941, in: SANO I, 181–183.

144 DRZW Bd. 6, S. 97. Bereits am 13. Dezember meldete die *Pravda* groß aufgemacht den „ruhmreichen Sieg“ vor Moskau.

145 Dass Hitler daraufhin selbst der größten Wirtschaftsmacht der Welt am 11. Dezember 1941 gemeinsam mit Italien den Krieg erklärte, interpretiert Klaus-Dietmar Henke als Mobilisierungsstrategie für die Niederwerfung der UdSSR noch im Jahr 1942. Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Die amerikanische Besetzung Deutschlands*, München 1995, S. 52–53.

146 Unterredung zwischen Vyšniskij und Thurston, 17. 12. 1941, in: SAOD I, S. 184–185. Auf den Hinweis Thurstons, dass er als offizieller Beobachter für die Gespräche mit Eden

ten zu bitten.¹⁴⁷ Dies deutet darauf hin, dass die im Dezember aufgenommenen Verhandlungen den Versuch darstellten, den von den USA definierten universellen Prinzipien der Atlantik-Charta eine konkrete Absprache beider Staaten für Europa entgegenzustellen oder wie Lothar Kettenacker feststellte, „die langfristigen Interessen der Sowjetunion ... als Gegengewicht zur Atlantik-Charta“ zu verankern. In Anspielung darauf wurde im Foreign Office von der „Volga Charter“ gesprochen, wenn der ausstehende Bündnisvertrag mit der UdSSR gemeint war.¹⁴⁸ Eden selbst sprach gegenüber Stalin treffender von einer „Moscow Charter“.¹⁴⁹

Der erwartete Sieg der UdSSR

Entscheidend für die energische Verhandlungsführung Stalins war die sowjetische Siegeserwartung. Bereits am 11. Dezember äußerte sich Lozovskij gegenüber dem amerikanischen Geschäftsträger euphorisch zur Niederlage der Deutschen vor Moskau: Es werde ihnen nicht gelingen, die Front zu stabilisieren.¹⁵⁰ Wenig später zeigte sich auch Litvinov gegenüber dem polnischen Botschafter in Washington zuversichtlich, dass es in Kürze gelingen werde, die Deutschen auf ihr eigenes Gebiet zurückzutreiben und sie dort zu schlagen.¹⁵¹ In seiner Neujahrsansprache erklärte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets, das Staatsoberhaupt der UdSSR, Michail Kalinin: Die Rote Armee kämpfe jetzt gegen die Deutschen unter veränderten Bedingungen, die Deutschen seien auf dem Rückzug, in einigen Abschnitten zögen sie die Front fluchtartig zurück.¹⁵² Ohne die Kampfan-

bereitstehe, erklärte Vyšinskij, ihm sei nicht klar, was unter „offizieller Beobachter“ zu verstehen sei.

147 Lediglich im Nachhinein wurde die amerikanische Regierung sowohl von der britischen als auch der sowjetischen Regierung über den Inhalt der Gespräche informiert. Molotov versicherte dabei, dass die Fragen betr. Nachkriegseuropa auf der Basis der Atlantik-Charta behandelt würden. Die UdSSR gehe davon aus, dass die Grenzen der UdSSR, die durch Hitler verletzt wurden, die Grenzen sind, die die UdSSR in diesem Krieg verteidigt. In dieser Frage dürfen keine Unklarheiten bestehen. Vgl. Unterredung zwischen Molotov und Thurston, 19. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 531–532.

148 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 115.

149 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 18. 12. 1941, in: SANO 1, S. 192–197, hier S. 195.

150 Unterredung zwischen Lozovskij und Thurston, 11. 12. 1941, in: SAOD I, S. 183–184.

151 Unterredung zwischen dem Botschafter der polnischen Exilregierung und Sumner Welles, 16. 12. 1941, FRUS 1941, I, S. 664–665.

152 *New York Times*, 1. 1. 1942, S. 12: Kalinin Pledges Victory And Liberation of Europe.

strengungen der Westmächte zu erwähnen, erklärte Stalin in einer Direktive an die „Kriegsräte“ der Armeen zur selben Zeit:¹⁵³

Unsere Aufgabe besteht darin, den Deutschen keine Atempause zu gönnen, sie ohne Halt nach Westen zu treiben, sie daran zu hindern, bis zum Frühjahr ihre Reserven heranzuführen, damit wir bis dahin über große, die Deutschen aber keine großen Reserven verfügen, um auf diese Weise die vollständige Zerschlagung der deutschen Truppen 1942 zu sichern.

Außerhalb der UdSSR teilten diese Siegeserwartung nur wenige. Dazu gehörte Eduard Beneš. Der ins Londoner Exil getriebene Präsident der Tschechoslowakei rechnete in jenen Wochen mit einem sowjetischen Sieg noch im Jahr 1942: Es könne kein Zweifel bestehen, Russland werde Deutschland noch in diesem Jahr schlagen. Der Krieg werde in Europa gegen Ende November enden. Es werde ein rein russischer Sieg sein, bei dem die Russen zweifellos Ostdeutschland besetzen und die britisch-sowjetischen Beziehungen zum bestimmenden Faktor der europäischen Nachkriegsentwicklung würden, erklärte der tschechoslowakische Präsident Ende Januar 1942 in einer Unterredung im britischen Informationsministerium.¹⁵⁴ Der britische Premierminister hatte schon am 16. Dezember gegenüber Stalin versichert: „Ich habe noch niemals mit so großer Zuversicht dem Ausgang des Krieges entgegengesehen.“¹⁵⁵

Der sowjetische Botschafter in den USA äußerte sich im Februar 1942 bereits vorsichtiger. Trotz der bedeutenden Siege in letzter Zeit, dürfe man deren Bedeutung nicht überschätzen, der Feind sei angeschlagen, aber noch lange nicht zerschlagen. Dennoch blieb Litwinov siegesgewiss. Man habe dem Feind die militärische Initiative entrissen, was in der modernen Kriegsführung entscheidende Bedeutung habe. Auf diese Weise könnte Hitler noch in diesem Sommer zerstört

153 Direktivschreiben 03 der Stavka (Stalin) an die „Kriegsräte“ der Fronten und Armeen, 10. 1. 1942, in: Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 4, container no. 7.

154 Unterredung zwischen Smollett (bis 1938: Smolka) und Beneš, 29. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 79–80. Smollett leitete seit August 1941 die „Soviet Relations Branch“ im British Ministry of Information und stellte sich sehr weitgehend in den Dienst sowjetischer Interessen, vgl. dazu Steven Merritt Miner, *Stalin's Holy War. Religion, Nationalism and Alliance Policy 1941–1945*, Chapel Hill 2003, S. 246–249 und 277–278. Vgl. auch die Meldung der *New York Times*, 20. 1. 1942, S. 10: „Role for Soviet Predicted“, die über Erklärungen Beneš' und anderer tschechoslowakischer Politiker berichtete, die eine Schlüsselrolle der UdSSR in der Nachkriegspolitik prophezeiten.

155 Churchill an Stalin, 16.12.1941, BW, S. 46.

werden, erklärte Litvinov vor einem Presseklub im Waldorf-Astoria Hotel in New York.¹⁵⁶

Der Besuch des britischen Außenministers

Von Zweifeln begleitet, ob die Reise unter den veränderten militärischen Umständen und der inzwischen angekündigten Visite Churchills in Washington überhaupt noch sinnvoll sei,¹⁵⁷ bestieg Eden am 8. Dezember, begleitet von Majskij, in Invergordon (Schottland) den Kreuzer „Kent“. Vier Tage später betrat er in Murmansk als erster britischer Außenminister sowjetischen Boden.¹⁵⁸ Er kam ohne konkrete Angebote.¹⁵⁹ Ihm fehlten ausreichende mit den Mitgliedern des britischen Commonwealth, den USA und den übrigen Verbündeten abgestimmte Vollmachten. Stattdessen hatten die USA Edens Verhandlungsspielraum zielgerichtet eingeschränkt. Ein Telegramm des US-Außenministers, das der amerikanische Botschafter Eden vor seiner Abreise nach Moskau verlas, postulierte mit Zustimmung Roosevelts: „In our considered opinion it would be unfortunate for any of the three governments ... to enter into commitments regarding specific terms of the post-war settlement ... Above all, there must be no secret accords.“¹⁶⁰

Der Entwurf einer gemeinsamen „Vereinbarung“, den Eden zum Verhandlungsbeginn in Moskau unterbreitete, hatte Stalin wenig zu bieten, verlangte dafür jedoch von der UdSSR eine nochmalige Festlegung auf die Atlantik-Charta, was

156 *New York Times*, 27. 2. 1942, S. 10: Text of Litvinoff Address Before Overseas Press Club. Litvinovs Rede fand auch in London starke Beachtung, vgl. *The Times*, 28. 2. 1942, S. 3: Second Front In Europe. M. Litvinov's Appeal, Hitler Shaken But Not Beaten.

157 „When Eden heard of Pearl Harbor and Churchill's imminent trip to Washington he felt that his own trip should be cancelled ... Churchill convinced him that now that the United States was a belligerent his hand would be greatly strengthened in his task with Stalin and Molotov, particularly in view of the cable from Hull which Winant had communicated the day before.“ Vgl. Robert E. Sherwood, *White House Papers*, Bd. 1, S. 443.

158 Eden war zuvor bereits 1935 in anderer Funktion in Moskau gewesen. Pläne für eine Moskau-Reise Edens im Februar 1941, die auf eine Anregung des britischen Botschafters in der UdSSR zurückgingen, scheiterten am Einspruch der sowjetischen Seite. Dem sowjetischen Botschafter in London wurde in diesem Zusammenhang mitgeteilt, man habe das Angebot von Cripps mit der Begründung freundlich abgelehnt, „dass die Zeit noch nicht reif ist, um große Fragen zu lösen“ (Ržeshevskij Stalin, S. 13).

159 Gardner, *Spheres of Influence*, S. 111: „Taken as a whole, Edens program for the Moscow talks was not very substantive“.

160 Hull an Winant, 5. 12. 1941, in: Sherwood, *White House Papers*, Bd. 1, S. 402–403.

faktisch auf eine Unterordnung unter amerikanisch-britische Interessen hinausgelaufen wäre.¹⁶¹

Am 15. Dezember traf Eden in Moskau ein. Sein erstes Gespräch mit Stalin begann kurz vor 19.00 Uhr. Daran nahmen lediglich der sowjetische Außenminister sowie die Botschafter beider Länder, Cripps und Majskij, teil. Letzterer musste die Übersetzung übernehmen. In dieser Runde traf sich Eden am 17., 18. und 20. Dezember noch dreimal mit dem sowjetischen Führer. Der britische Außenminister wusste, dass der Wunsch Stalins, Klarheit über die Ziele des Krieges herzustellen, der eigentliche Anlass seiner Reise nach Moskau war. Auch kannte er das sowjetische Bestreben, Einflussgebiete abzugrenzen. Demgegenüber verfolgte er in den vier Verhandlungsrunden eine Strategie der Vertagung, wobei er zu unrecht¹⁶² auf fehlende Vorbereitungen des Londoner Kabinetts und die Position der USA verwies. Der britische Außenminister dürfte sehr erleichtert gewesen sein, als der Kremlchef ihm zu Beginn der Gespräche zwei Vertragsentwürfe übergab, die grundlegende Bündnisverpflichtungen und Prinzipien der Zusammenarbeit beschrieben.¹⁶³ Doch Stalin beließ es nicht bei diesen herkömmlichen Entwürfen.

Die Verhandlungsstrategie Stalins

Der sowjetische Machtpolitiker ging sofort in die Offensive, indem er seine Absicht bekundete, dem Vertrag über die Lösung von Nachkriegsfragen in einem „Geheimprotokoll“ einen „Plan der Reorganisation der europäischen Grenzen nach dem Kriege“ beizufügen. In diesem Moment verhielt sich Stalin nicht wie ein Verhandlungspartner, sondern agierte als entschlossener Gestalter der Zukunft. Er gab seinem Gast keine Gelegenheit, sich prinzipiell zu diesem Vorschlag zu äu-

161 Britischer Entwurf einer Vereinbarung, 16. 12. 1941, in: SANO I, S. 186–187.

162 Seit der Kriegserklärung an Deutschland am 3. September 1939 beschäftigte sich das Foreign Office mit den Problemen der Nachkriegsordnung. Sehr aufschlussreich sind in dieser Hinsicht die ablehnenden Stellungnahmen leitender Mitarbeiter des Foreign Office (vgl. DzD, I, 1, S. 474–478) zur Denkschrift des britischen Botschafters in Moskau vom 12. August 1941, der sehr weitreichende Grenzänderungen zu Lasten Deutschlands und die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze vorgeschlagen hatte (vgl. ebd., S. 426–437). Einen zentralen Aspekt dieser Angelegenheit hob Dew am 23. September 1941 hervor: „If Russia is largely instrumental in winning the present war, there will be little that we and the United States can do to prevent the predominant influence of the Soviet Union, in Eastern Europe at any rate“ (ebd., S. 475–476).

163 Sowjetischer Entwurf einer sowjetisch-britischen Vereinbarung, 16. 12. 1941, in: SANO, S. 185–186.

ßern, sondern überhäufte ihn sofort mit den Details des angestrebten geheimen Zusatzprotokolls.

So zentral dieses Dokument für das Verständnis der sowjetischen Deutschland- und Nachkriegsplanungen ist, so schwierig bleibt die Rekonstruktion seiner konkreten Entstehungsgeschichte. Es existieren zwei weitgehend identische Exemplare. Eines im „persönlichen Archiv“ Stalins, das andere im „persönlichen Archiv“ Molotovs. Beide, der sowjetische Führer und sein Außenminister, sind zweifellos auch als Autoren dieses Dokuments anzusehen, wobei die letzte Entscheidung natürlich bei Stalin lag. Auf seinem Exemplar vermerkte der Außenkommissar das Entstehungsdatum, den 15. Dezember 1941.¹⁶⁴ Im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation ist von diesem Dokument keine Spur vorhanden. Dort fehlen sämtliche Vorbereitungsmaterialien, die einen Hinweis auf dieses Zusatzprotokoll hätten geben können.

Die Idee der Detailabsprache mit Großbritannien reifte seit Langem im außenpolitischen Kalkül der sowjetischen Führung. Gegenstand von Beratungen im Politbüro der VKP(b) war sie dagegen nie. Einflussphären hatte die UdSSR bereits 1939 in einem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag mit Deutschland verankert. Wie damals zielte Stalin auch zwei Jahre später auf deren formelle Anerkennung. Jetzt, im Dezember 1941, hatte sich allerdings der Inhalt gewandelt. Nun ging es dem Machtpolitiker in Moskau nicht mehr nur um Einflussphären, sondern um eine stabile Friedensordnung, ein sowjetisch-britisches Kondominium über ganz Europa. Da Stalin zu diesem Zeitpunkt längst genau zu wissen glaubte, was er als Ergebnis des Krieges erreichen wollte, gelang die Ausarbeitung eines komplexen Entwurfes in wenigen Stunden. Diplomatische Expertise war für dieses Dokument eher unerwünscht. Lediglich Dekanozov, der als Stellvertreter Molotovs das besondere Vertrauen Stalins besaß, wurde hinzugezogen. Die erfahrensten Spezialisten für die internationalen Beziehungen, insbesondere der sowjetische Botschafter in London, blieben unbeteiligt. Majskij wurde erst unmittelbar vor Verhandlungsbeginn allgemein informiert. Er hatte bereits im Vorfeld der Gespräche signalisiert, dass Eden nicht zu Detailabsprachen bereit sei.¹⁶⁵

164 Das Exemplar Stalins liegt der Veröffentlichung in UdF 1, S. 31–34 zu Grunde. Das Exemplar Molotovs findet sich in RGASPI f. 82, op. 2, d. 1141, Bl. 133–136. Dieses Exemplar unterscheidet sich lediglich in dem Rumänien betreffenden Punkt 9 von Stalins Exemplar. In diesen Punkt hatte Molotov im maschinenschriftlichen Text handschriftlich Änderungen eingetragen.

165 Molotov und Dekanozov waren vor dem Beginn der Verhandlungen dreimal gemeinsam bei Stalin. Wahrscheinlich entstand beim ersten Treffen am 15.12. von 19.15 bis 21.10 Uhr der Entwurf. Das zweite und dritte Treffen fand am folgenden Tag von 16.10

Natürlich rechnete auch der Kremlchef mit der Ablehnung einzelner Vorschläge durch Eden, aber er zweifelte nicht an der Möglichkeit, durch Druck, Kompromisse und List letztendlich zu einer klaren Aufteilung Europas in ein britisches und ein sowjetisches Einflussgebiet zu kommen. Sein Vorgehen war wohl kalkuliert. Er übergab nicht die vorliegende schriftliche Fassung; er verlas sie auch nicht Punkt für Punkt. Vielmehr erläuterte er den Inhalt des geheimgehaltenen Dokuments in Ausschnitten, mit Ergänzungen und in einer Reihenfolge, die er auf seinen Gesprächspartner zuschnitt.

Der listige Kaukasier begann mit Polen (im Entwurf stand dieses Problem erst an 10. Stelle) wohl annehmend, dass sein britischer Gast daran das größte Interesse hätte. Zunächst legte er die beabsichtigte neue polnische Westgrenze dar. Ihr stimmte Eden noch im weiteren Verlauf dieses Gesprächs zu. Er sei persönlich vollkommen damit einverstanden, dass Ostpreußen zur polnischen Republik gehören sollte und habe keine Veranlassung zu denken, dass Churchill sich dem widersetzen werde. Aber der britische Außenminister drängte, diese Frage auf Kosten Preußens direkt zwischen der UdSSR und Polen zu klären. Stalin widersprach nicht, sondern präziserte jetzt mündlich: „Polen [sollen] alle Gebiete bis zur Oder überlassen werden“¹⁶⁶

Als Zweites sprach Stalin die Tschechoslowakei an, sie stand im Entwurf an dritter Stelle. Dieser Staat müsse nicht nur in seinen alten Grenzen wiederhergestellt werden und zu Lasten Ungarns vergrößert werden. So hieß es auch in der schriftlichen Fassung. Mündlich erläuterte Stalin, dass das Sudetengebiet „angesichts seiner strategischen Bedeutung keinesfalls in die Hände Deutschlands gegeben werden“ könne und dass Ungarn „eine gebührende Vergeltung für sein Verhalten im Verlaufe dieses Krieges hinnehmen müsse“. Als Drittes ging der Kaukasier auf Jugoslawien ein, das er (wie in Punkt 4 der schriftlichen Fassung) „auf Kosten Italiens“ erweitert sehen wollte. Es folgte Albanien (Punkt 5 der schriftlichen Fassung), für das er eine internationale Garantie vorsehen wollte. Zu den Punkten zwei bis vier des mündlichen Vortrags seines sowjetischen Gastgebers äußerte sich der britische Außenminister nicht, auch Stalin kam darauf nicht mehr zurück.

Wesentlich ausführlicher als in der schriftlichen Fassung (Punkt 7) äußerte sich Stalin danach unter 5. auffallend entgegenkommend zur Türkei. In Bezug auf diesen unmittelbaren Nachbarn der UdSSR meldete Stalin keinerlei territoriale

bis 16.30 Uhr und von 18.00 bis 18.55 Uhr statt. Nur an diesem letzten Treffen nahm Majskij teil, vgl. LPS, S. 356–357. Ohne Dekanozov begaben sich Stalin, Molotov und Majskij danach zur Begrüßung von Eden. Zur Warnung vor Detailabreden, vgl. Majskij an Molotov, 1. 12. 1941, in: UdF 1, S. 14–16.

166 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 16. 12. 1941, ebd., S. 23–25, hier S. 25.

oder sonstige Forderungen an. Auch ließ er die Meerengenfrage unerwähnt, signalisierte vielmehr ein Interesse an der Erweiterung der Türkei zu Lasten Bulgariens. Dies ließ Eden unkommentiert. Zuvor hatte Eden den Krenlchef unterbrochen, als dieser sich dafür ausgesprochen hatte, der Türkei „einige Inseln in der Ägäis zu überlassen“. Im Falle der Türkei deutete sich die versäumte Gelegenheit an, die britischen und sowjetischen Interessen genauer zu umreißen. Als Sechstes äußerte sich Stalin in aller Kürze zu Griechenland. Es stand in der gleichen Position wie in der schriftlichen Fassung. Wie dort forderte Stalin dessen Wiederherstellung in seinen alten Grenzen. In diesem Zusammenhang fügte der sowjetische Machtpolitiker an, was in der schriftlichen Fassung an erster Stelle gestanden hatte: Die Wiederherstellung der Grenzen aller „übrigen“ von Deutschland besetzten Länder: Damit klammerte er das bereits erwähnte Polen und die Tschechoslowakei aus, deren Grenzveränderungen er bereits beschrieben hatte.

Frankreich, das im Protokollentwurf ganz vorn an zweiter Stelle stand, folgte in Stalins Vortrag erst auf Platz sieben. Dabei legte er Wert darauf, Edens Meinung zu hören. Es zeigte sich viel Übereinstimmung. Die von ihm erwarteten Antworten seines englischen Gastes zur gestürzten Großmacht Frankreich gaben ihm die Möglichkeit, zwei Vorschläge einzuflechten, die im Protokoll selbständige Punkte bildeten: Zum einen die Errichtung britischer Stützpunkte an der französischen Kanalküste sowie der Abschluss eines öffentlichen, nicht geheimen Militärbündnisses mit Belgien und Holland (im Entwurf Punkt 11). Nur mündlich schlug der Krenlchef britische Stützpunkte an der dänischen und norwegischen Küste vor. Zum anderen forderte der Krenlchef wie im Entwurf (Punkt 8) die Beteiligung „anderer Mächte an der Kontrolle des Zugangs zur Ostsee. Eden bedankte sich zwar für die angekündigte Unterstützung seines Landes bei der Erlangung von Marine- und anderen Stützpunkten in den soeben genannten Ländern, signalisierte aber, dass Grossbritannien kein Interesse an einer Behandlung dieser Frage in bzw. mit Moskau habe.

Die „Schwächung“ Deutschlands erwähnte Stalin erst an vorletzter Stelle. Dabei blieb er mündlich viel unkonkreter als in der schriftlichen Fassung (wo dieses Problem an vorvorletzter Stelle stand). Gegenüber Eden sprach er lediglich von der Abtrennung der Rheinprovinz und eventuell Bayerns sowie von der Wiederherstellung Österreichs als selbständiger Staat. In seinem ursprünglichen Entwurf des geheimen Zusatzprotokolls, der den Briten unbekannt blieb, hatte Stalin zu Deutschland vier Forderungen formuliert:¹⁶⁷

167 UdF 1, S. 31–34, Entwurf eines Zusatzprotokolls, hier, S. 33. Unmittelbar vor dem Beginn der Verhandlungen mit Eden beauftragte Stalin offensichtlich Molotov und Dekanozov mit der Ausarbeitung des hier abgedruckten Entwurfs. Wahrscheinlich zu diesem Zweck traf er in den 24 Stunden vor dem Eintreffen des britischen Außenministers drei-

- a) [V]ollständige Abrüstung als notwendige Garantie für Ruhe und Frieden der europäischen Staaten;
- b) Wiederherstellung Österreichs als selbständiger Staat;
- c) Aufteilung Deutschlands in mehrere selbständige Staaten, wobei Preußen unter Abtrennung des Gebiets von Ostpreußen in einen selbständigen Staat umgewandelt wird;
- d) der Teil Ostpreußens (einschließlich Königsbergs), der an Litauen grenzt, geht für die Dauer von 20 Jahren als Garantie für die Erstattung der von der UdSSR im Krieg mit Deutschland erlittenen Verluste an die UdSSR. Sein anderer Teil geht an Polen.

Über diese Vorschläge zur zukünftigen Behandlung Deutschlands kam im Laufe der Gespräche ein großes Maß an Übereinstimmung zustande. Hier bewegte sich Stalin in dem Rahmen, der durch Majskij bereits im Vorfeld der Moskauer Gespräche mit Eden und Churchill in London abgesteckt worden war.¹⁶⁸ Als Eden einer Aufspaltung Deutschlands in einzelne Teile nicht vorbehaltlos zustimmte, sondern deren Zweckmäßigkeit erwog, entgegnete Stalin, „dass eben derartige Erwägungen uns zum gegenwärtigen Krieg geführt hätten. Wünsche denn Eden einen neuerlichen Überfall von Seiten Deutschlands?“¹⁶⁹ Die in Moskau wahrscheinlich schon vor dem 22. Juni 1941 geprüfte, im November 1941 formulierte und nun im Gespräch mit dem britischen Außenminister artikulierte Forderung Stalins nach Aufgliederung Deutschlands trug weder „konjunkturellen“ noch „taktischen Charakter“.¹⁷⁰ Die Initiative, diese Forderung in einem geheimen Zusatzprotokoll zu einem Vertrag mit unbegrenzter Gültigkeitsdauer festzuschreiben ging von Stalin aus. Sie zielte auf die langfristige Bindung beider Staaten, um diese Forderung durchzusetzen.

Wahrscheinlich war es die bereits erwähnte Erwartung des bevorstehenden Sieges, vielleicht auch die Hoffnung, mit Großbritannien noch vor dem Engagement der USA im Zweiten Weltkrieg handelseinig zu werden, die Stalin veranlasste, sein Zukunftsprogramm detailliert vorzustellen. Doch vollständig enthüllte er es nicht. Sicher hatten einzelne der mündlich formulierten Vorschläge (z.B. die Tür-

mal mit Molotov und Dekanozov zusammen. Über die Existenz dieser Vorlage bzw. die Absicht, eine solche auszuarbeiten, wurde Majskij erst eine Stunde vor Eröffnung der Gespräche mit Eden unterrichtet. Den hier abgedruckten Entwurf dürfte er nicht gekannt haben. Am folgenden Tage äußerte Majskij bei der Übermittlung der zweiten Fassung offenen Vorbehalte gegen die Form eines geheimen Protokolls, (Majskijs an Molotov, 17. 12. 1941, in: ebd., S. 568, Anm. 61). In einer zweiten von Majskij entworfenen Fassung dieses Zusatzprotokolls wurden die Bestimmungen zu Deutschland wesentlich vorsichtiger verallgemeinert. Vgl. ebd., S. 34–35.

168 Vgl. Majskijs an Molotov, 1. und 5. 12. 1941, in: UdF 1, S. 14–18.

169 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 16. 12. 1941, ebd., S. 23–25, hier S. 25.

170 A.M. Filitov, SSSR i germanskij vopros. Povorotnye punkty, in: Cholodnaja vojna 1945–1963, Moskau 2003, S. 223–257, hier S. 224–225.

kei betreffend) die Funktion von Tauschobjekten, um Zugeständnisse der Briten an anderen Punkten zu erlangen. In seiner ausführlichen mündlichen Darlegung gegenüber Eden ließ der kommunistische Friedensstifter zunächst vier Punkte seines schriftlichen Protokollentwurfs unerwähnt. Davon legte er drei im weiteren Verlauf des Gesprächs in modifizierter Form offen. Sie betrafen die Staatenföderationen – woran die Briten größtes Interesse hatten –, die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands – worüber sich scheinbar am schnellsten Einigkeit herstellen ließ – und die Reorganisation Europas. Zu Letzterem erklärte der Chozjain mündlich:¹⁷¹

[Es wäre] wünschenswert, im künftigen *neugeordneten* Europa zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung ein Militärbündnis der demokratischen Staaten zu schaffen, an dessen Spitze irgendein Rat oder eine andere zentrale Körperschaft stehen sollte, die eine internationale Militärmacht zur Verfügung hat.

Eden hinterfragte dieses Angebot Stalins nicht, das modifiziert wiedergab, was Majskij als Vorschlag Churchills herausgehört haben wollte.¹⁷² Der britische Außenminister hätte die Schwäche Großbritanniens offenlegen und die Einbeziehung der USA vorschlagen müssen, um eine sowjetische Hegemonie in Europa mittels eines solchen Bündnisses ungleicher Partner zu verhindern.

Lediglich einen Punkt der schriftlichen Fassung des geheimen Zusatzprotokolls verschwieg der sowjetische Machtpolitiker gänzlich. Dieser Punkt forderte die Anerkennung von Sonderrechten der UdSSR in Osteuropa:

Bei der Abstimmung aller möglichen Pläne für die Organisation der europäischen Staaten, in erster Linie in Osteuropa, wird die Rolle der UdSSR berücksichtigt, die einen großen Befreiungskrieg im Interesse aller europäischer Staaten, die der Aggression ausgesetzt und gegenwärtig von Truppen Hitlerdeutschlands besetzt sind, führt und die einen gewichtigen Faktor bei der Gewährleistung eines stabilen Friedens in Europa sowie bei der Vereitelung neuer Aggressionsakte von Seiten Deutschlands darstellt.

Wenn der Krieg tatsächlich – wie erhofft – 1942 zu Ende gegangen, der Handel mit den Briten auf der Basis dieses geheimen Zusatzprotokolls gelungen wäre und die USA eine solche Abmachung respektiert hätten, gehörten das verselbständigte Preußen, Polen, die Tschechoslowakei, Finnland, Rumänien, Jugoslawien, die

171 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 16. 12. 1941, in: UdF 1, S. 19–30, hier S. 21–22. Hervorhebung nicht im Original.

172 Majskij hatte von der Idee des Premierministers berichtet, einen „Europäischen Rat“ zu gründen, dem bewaffnete Kräfte zur Verfügung stehen müssten, um „über die Ordnung in Europas“ zu wachen und jeden Aggressionsversuch zu unterdrücken, vgl. Majskij an NKID, 5. 12. 1941, in: UdF 1, S. 16–18.

Türkei und wahrscheinlich auch Bulgarien zur besonderen sowjetischen Einfluss-sphäre.

Stalin selbst kam nach der unkonventionellen (um nicht zu sagen undiplomati-schen) Darlegung „seines“ geheimen Zusatzprotokollentwurfs während seiner drei weiteren Besprechungen mit dem britischen Außenminister nie mehr darauf zu-rück, nachdem Eden sofort die Unmöglichkeit seiner Zustimmung angedeutet hatte. Dennoch ließ der sowjetische Machiavelli „seine“ Idee nicht fallen. Im Ge-genteil. Bis zum Abschluss des Bündnisvertrags im Mai 1942 blieb in stark modifi-zierter Form ein Zusatzprotokoll Ziel sowjetischer Politik.

Bereits am zweiten Verhandlungstag, dem 17. Dezember, hatte Majskij einen eigenen Entwurf für ein geheimes Zusatzprotokoll vorgelegt. Dabei zeigte sich, dass er dessen ursprüngliche Fassung nicht kannte:¹⁷³

Gestern äußerte Stalin den Gedanken, dass es wünschenswert wäre, das Abkommen über Fragen des Kriegs mit einem Protokoll, wie dem beigefügten, zu verbinden. Ich schicke Ihnen den Text zur Ansicht. Allerdings scheint mir, dass eine derartige Erklärung besser in Form einer Note an Eden bei der Unterzeichnung des Abkommens abzugeben wäre. Ihrem Charakter nach passt sie eher in eine Note als in ein Protokoll.

Majskijs Entwurf enthielt nur neun Einzelpunkte und richtete sich darauf, noch während der Verhandlungen mit Eden die Aussagen festzuschreiben, in denen sich Einigungsmöglichkeiten abzeichneten. Zu diesem Zweck vermied dieser Ent-wurf in Bezug auf Deutschland Konkretisierungen und versuchte, in der Konföderationsfrage britischen Interessen entgegenzukommen.¹⁷⁴ Molotov und Stalin ignorierten Majskijs vereinfachten Entwurf zunächst vollständig. Erst im April, als der Abschluss des Vertrages aktuell wurde, kam Molotov darauf zurück, schlug dann aber eine noch kürzere Variante vor.¹⁷⁵

Das verhinderte Scheitern der Moskauer Verhandlungen

Auf einen Aspekt des Nachkriegsprogramms der UdSSR ist noch einzugehen: Die Frage der sowjetischen Grenzen. Dieses Thema berührte Stalin in seinem mündli-chen Vortrag am 16. Dezember als Letztes. Ebenso sprach er erst hier den Wunsch nach Stationierung sowjetischer Truppen in Finnland und Rumänien an. Eine spezielle Bestimmung der Grenzen der UdSSR in einem separaten Punkt gab es in der schriftlichen Fassung des Zusatzprotokolls nicht. Vielmehr waren die ver-schiedenen Abschnitte dieser Grenze einzeln thematisiert (10: Polen, 13: Finn-land, 14: baltische Staaten, 15 und 9: Rumänien).

173 Majskij an Molotov, 17. 12. 1941, ebd., S. 586, Anm. 61.

174 Entwurf eines Zusatzprotokolls, o.D., ebd., S. 34–35.

175 Entwurf eines Zusatzprotokolls, 26.4.1942, ebd., S. 54–55.

Auf die aus seiner Sicht unbedingt notwendige Anerkennung der Grenzen der UdSSR kam Stalin in allen vier Gesprächen immer wieder zurück. Immer wieder wich Eden aus und forderte seinen Gastgeber dadurch heraus, immer neue Argumente vorzubringen. So verwies der Kremlchef am 17. Dezember darauf, dass „unsere Truppen in Kürze erneut die baltischen Staaten einnehmen“ würden und fragte provozierend, ob die britische Regierung dann erklären wolle, dass die Ukraine nicht Teil der UdSSR sei: „Morgen könnten die sowjetischen Truppen die baltischen Republiken einnehmen, während sich England auf der Friedenskonferenz dieser Einnahme widersetzen würde.“¹⁷⁶ Eden ließ sich davon nicht überzeugen, sondern verwies erneut auf die notwendige Konsultation der USA. Stalin wollte dies als „Inkenntnissetzung“ verstehen und beteuerte, er wäre sehr zufrieden, wenn sich die Vereinigten Staaten an der Anerkennung der sowjetischen Westgrenze des Jahres 1941 beteiligen würden.

Den größten Schritt zu einer Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte unternahm am 17. Dezember Majskij und Eden. Sie vereinten die sowjetische und die britische Vorlage zu einem neuen Entwurf des Vertrages über Nachkriegsfragen.¹⁷⁷

Beide vertragsschließenden Seiten verpflichteten sich, unter voller Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen einer jeden von ihnen wie auch der Interessen der UdSSR an der Wiederherstellung ihrer Grenzen, die durch die Hitleraggression verletzt worden sind, und in Übereinstimmung mit den zwei Prinzipien – keine Gebietserwerbungen für sich in Europa anzustreben und sich nicht in innere Angelegenheiten der Völker Europas einzumischen – gemeinsam am Wiederaufbau Europas nach dem Kriege zu arbeiten.

Doch auch auf dieser Basis konnte keine Einigung erreicht werden. Eden forderte zunächst die Streichung der Wörter „Erwerbungen“ und „Nichteinmischung“ aus dem Vertragsentwurf. Stalin hielt dagegen gerade diesen Hinweis im zur Veröffentlichung bestimmten Vertragstext für besonders wichtig, „da im Ausland viele von der Absicht der UdSSR sprechen, Europa zu bolschewisieren“.

Eden stimmte schließlich diesem speziellen Wunsch zu, lehnte aber erneut alle Formulierungen ab, die auf eine Anerkennung der sowjetischen Grenzen von 1941 hinausliefen. In einem an Stalin gerichteten Brief stellte er nun die schnellstmögliche Einberufung einer dreiseitigen Beratung zwischen Großbritannien, den USA und der UdSSR zur Klärung aller Grenzfragen in Aussicht und

176 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 17. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 518–524.

177 RGASPI f. 558, op. 11, d. 279, Bl. 113. Molotov vermerkte auf diesem Entwurf: „vereinbart zwischen I.M. Majskij und Herrn Eden“. Der englische Text dieses gemeinsamen Entwurfs ist veröffentlicht in DzD I, 1, S. 613–614.

bewertete derartige Verhandlungen als ersten Schritt zu einer Friedensregelung.¹⁷⁸ Stalin hielt dies für unzureichend. Wenn die britische Regierung der Anerkennung der Grenzen von 1941 nicht zustimme, „erwecke sie den Eindruck, dass sie – möglicherweise – auch einer Aufteilung der UdSSR nicht widersprechen würde.“ Schließlich verwies Stalin noch auf die Tatsache, dass Großbritannien mit dem zaristischen Russland verbündet war, als dieses Finnland, Bessarabien und mehr als die Hälfte Polens umfasste. Damals habe kein einziger englischer Politiker moniert, dass die genannten Staaten zum Bestand des Russischen Reiches gehörten.¹⁷⁹

Als zu keinem einzigen der ursprünglich verfolgten Ziele eine Einigung zustande kam, reagierte Stalin bemerkenswert bedacht. Jedenfalls ließ er sich keinen Groll anmerken, sondern plädierte für die Verschiebung der Vertragsunterzeichnung „um zwei bis drei Wochen“. Diese Zeit sollte Eden nutzen, die Grenzfrage zu klären. Auch das vom Kremlchef vorgelegte Abschlusskommunique drückte Gelassenheit aus. Stalin überspielte alle Meinungsverschiedenheiten, hielt jedoch Einmütigkeit über die „Notwendigkeit der vollständigen Zerschlagung Hitlerdeutschlands“ fest und betonte, dass der Austausch zur Organisation des Friedens und der Sicherheit nach dem Kriege „viele wichtige und nützliche Anregungen erbrachte, die die weitere Ausarbeitung konkreter Vorschläge zu diesen Fragen erleichtern werden“. Diesem Entwurf konnte Eden sofort zustimmen.¹⁸⁰

Die erste Verhandlungsrunde zu einem sowjetisch-britischen Bündnis endete damit am 20. Dezember 1941 ergebnislos, aber ohne Zerwürfnis. Ein am gleichen Abend begonnenes Abschlussbankett dauerte bis in die frühen Morgenstunden des 21. Dezember, dem Geburtstag Stalins. Am Abend des folgenden Tages verließen Eden und seine Begleiter Moskau und trafen auf dem Seewege am 30. Dezember in London ein. Stalin hatte den britischen Außenminister stark beeindruckt. Wenige Wochen später versicherte Eden dem britischen Botschafter in Washington, Stalin sei ein Realpolitiker durch und durch, eher ein Nachfahre Peters des Großen als Lenins.¹⁸¹

In London, wo die mutige Reise des Außenministers streng geheim gehalten worden war, veröffentlichten die Zeitungen bereits am 29. Dezember das offizielle Kommuniqué.¹⁸² Noch ehe alle Einzelheiten bekannt waren, pries die Times die Bedeutung der Moskauer Gespräche für die zukünftigen Beziehungen beider

178 Eden an Stalin, 18. 12. 1941, in: SANO 1, S. 197–198.

179 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 20. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 538–543.

180 DVP XXIV, S. 563 und DzD I, 1, S. 615.

181 Eden an Halifax, 22. 1. 1942: „He [Stalin] seemed to me a man with a complete ‚Real Politik‘ outlook and a political descendant of Peter the Great rather than of Lenin.“ (Gardner, Spheres of Influence, S. 121).

182 *The Times*, 29. 12. 1941, S. 4: Mr. Eden in Moscow.

Mächte, die gemeinsam mit den USA Verantwortung für die Neuordnung der Welt tragen würden.¹⁸³ Als Eden selbst in einer Rundfunkansprache die Öffentlichkeit informierte, deutete er die Schwierigkeiten an, die für ein britisch-sowjetisches Zusammengehen noch zu überwinden sein würden; Konsultationen mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten des britischen Commonwealth, mit den USA und den anderen Alliierten seien notwendig. Dagegen warnte und drängte die *Times*, die Verpflichtung zu gegenseitigen Konsultationen dürfe nicht zu einer Entschuldigung dafür werden, Entscheidungen unbestimmt herauszuschieben.¹⁸⁴

Während die Moskauer Verhandlungen ergebnislos endeten, näherten sich zur selben Zeit in Teheran die im September begonnenen sowjetisch-britisch-iranischen Verhandlungen einem Ergebnis. Am 30. Januar 1942 wurde ein gemeinsamer Vertrag zwischen diesen Staaten unterzeichnet, der den unbeschränkten Transfer von militärischen Hilfslieferungen für die UdSSR durch iranisches Territorium sicherte. Zur Gewährleistung dieser Lieferungen erhielten Großbritannien und die UdSSR das Recht, Truppen in zuvor gegenseitig abgegrenzten Teilen des Irans zu stationieren.¹⁸⁵ Wenig später schlossen sich die USA diesem Abkommen an und beteiligten sich mit eigenen Truppen am Auf- und Ausbau der Verkehrswege im Iran.¹⁸⁶

In Moskau wurden die ergebnislosen Besprechungen mit Eden als Vorgeplänkel künftiger Auseinandersetzungen betrachtet. Der stellvertretende Außenkommissar Lozovskij ging, ohne über den Inhalt der Gespräche informiert zu sein, davon aus, dass die UdSSR auf der kommenden Friedenskonferenz „nicht nur den Block der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, sondern auch noch weitere kapitalistische Staaten (Polen, Tschechoslowakei u. a.) gegen [sich haben werde], die sich alle zusammen in erster Linie um den Erhalt des kapitalistischen Systems, darunter auch in den besiegten Ländern, sowie darum kümmern werden, die Sowjetunion um jeden Preis in den alten Grenzen von vor 1939 zu halten.“ Umso wichtiger sei es, in Moskau sofort mit der inhaltlichen Vorbereitung des künftigen Friedensvertrags zu beginnen. Unter anderem müsse die Frage vorbereitet werden,¹⁸⁷

wie Deutschland und seine Verbündeten unschädlich zu machen sind. Dies schließt auch Fragen der Grenzen, der Industrie, der Finanzen, der Schifffahrt und anderes mehr sowie die Fragen des Staatsaufbaus der besiegten Länder, vor allem Deutschlands, ein.

183 *The Times*, 30. 12. 1941, S. 3: The Mission To Moscow.

184 *The Times*, 6. 1. 1942, S. 5: Russia and Europe.

185 *New York Times*, 31. 1. 1942, S. 7: Anglo-Soviet Pact is Signed by Iran.

186 Vgl. Buschbeck, Das britisch-sowjetische Bündnis und die Intervention im Iran 1941, (Manuskript).

187 UdF 1, S. 36–37: Lozovskij an Stalin, 26. 12. 1941.

Lozovskijs Überlegungen fanden Unterstützung innerhalb der sowjetischen Führung. Das Politbüro des ZK der VKP(b) beschloss Ende Januar 1942 eine Kommission zur Vorbereitung diplomatischer Materialien einzusetzen, der – abgesehen von einzelnen Experten – ausschließlich Mitarbeiter des Außenkommissariats angehörten.¹⁸⁸ Doch obwohl diese Kommission in verschiedenen Arbeitsgruppen sofort ihre Arbeit aufnahm, brachte sie bis auf die Reparationspolitik, auf die noch einzugehen sein wird, keine Nachkriegsplanungen zustande.¹⁸⁹

188 Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b), 28. 1. 1942, ebd., S. 41–43.

189 Aufzeichnung von Saksin, 2. 2. 1943, ebd., S. 89–94.

III. Ungleiche Kriegsführung und Konflikte der Alliierten

Eine ungleiche Lastenverteilung zwischen den deutschen Kriegsgegnern bestimmte seit dem 22. Juni 1941 die Wirklichkeit des Zweiten Weltkrieges. Den Koalitionspartnern gelang nur ansatzweise eine abgestimmte Kriegsführung gegen Deutschland. Eine Gleichheit im Einsatz aller Kräfte und Ressourcen kam nie zustande. Dies resultierte nicht nur aus der unterschiedlichen deutschen Kriegsführung im Osten und Westen. Die ungleiche Lastenverteilung ergab sich auch aus den Konflikten, die bis zu diesem Tag die Beziehungen der Staaten bestimmt hatte, die erst der deutsche Kampf um die Herrschaft in Europa zusammenführte.

Angesichts dieser Beschränktheit gemeinsamen Handelns von einer „Grand Alliance“ zu sprechen, ist irreführend. Abgesehen von der Entschlossenheit, den gemeinsamen Gegner dauerhaft niederzuwerfen (und den sich daraus ergebenden Fragen der bedingungslosen Kapitulation), konnten sich die Alliierten kaum über andere Ziele verständigen. Lediglich gemessen an ihrem gemeinsamen Machtpotential handelte es sich um die größtmögliche Allianz gegen Deutschland. Tatsächlich wünschten die zwei ungleichen Partner – die UdSSR auf der einen sowie die USA und die übrigen Alliierten auf der anderen Seite – ebenso den Sieg über den gemeinsamen Gegner wie die Schwächung des jeweils anderen Koalitionärs. So blieb die Anti-Hitler-Koalition immer eine „Strange Alliance“.¹

Alle drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition hatten einen individuellen Gestaltungswillen in Bezug auf Deutschland, doch waren sie weder in der Lage sich über ihre spezifischen Interessen zu verständigen noch Deutschland selbständig zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Zwar dachten die Regierungen in London und Washington in der Auseinandersetzung über die sowjetische Westgrenze früh darüber nach, wie der Ausbreitung der UdSSR bzw. des sowjetischen Einflusses zu begegnen sei. Doch nicht diese Kontroverse, sondern die Intensität und der Zeitpunkt, da ihre Armeen die Kampfhandlungen in Westeuropa eröffneten, bestimmten die politische Zukunft Deutschlands und Osteuropas. Dies ließ sich seit 1941/42 als „Funktionsgröße“ aus dem jeweiligen politischen und militärischen Zusammenwirken der UdSSR, Großbritanniens und der USA errechnen.²

1 Vgl. John R. Deane, *The Strange Alliance*, New York 1947.

2 Hermann Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–48*, Frankfurt/M. 1985, S. 14: „Da aber die Verfügungsgewalt über Deutsch-

1. Kriegsführung als Allianzpolitik: Zweite Front³ und Lend-Lease

Der *Vaterländische Krieg*, den die UdSSR seit dem 22. Juni 1941 gegen die deutschen Angreifer führte, stellte sich für viele Briten als lang erhoffter Eintritt der UdSSR in ihren seit 1939 ununterbrochen geführten Krieg gegen Deutschland dar. Zwar rechneten fast alle in London (aber auch in Washington) mit einer zumindest teilweisen Niederlage der UdSSR, dennoch verbesserte sich die militärische Lage Großbritanniens und aller übrigen Kriegsgegner des Dritten Reichs seit diesem Tag grundsätzlich. Erst nachdem die UdSSR überraschend dem deutschen Blitzkrieg standhielt, wurde nicht allein die Zukunft Deutschlands, sondern zuerst die Kriegsführung gegen Deutschland zu „einer *Funktionsgröße*“ im Koordinatensystem der britischen und amerikanischen Allianzpolitik.⁴ Diese zielte auf die Optimierung des Koalitionskrieges gegen Deutschland, also darauf, mit den geringsten Opfern einen möglichst großen Einfluss auf die späteren Friedensbedingungen zu gewinnen.

Auch Stalin zielte mit seiner Forderung nach einer Zweiten Front auf eine Optimierung des Koalitionskrieges gegen Deutschland. Diese Forderung war jedoch keineswegs allein eine Inszenierung des Kremlchefs. Wenn in sowjetischen Quellen von der Zweiten Front die Rede ist, wird nicht nur an die historische Vorstellung eines Zweifrontenkrieges angeknüpft; es lässt sich auch die sowjetische Sicht auf den Zweiten Weltkrieg erkennen: Die Vorstellung von einer zweiten Front impliziert, dass der erste und entscheidende Ort des Krieges die deutsch-sowjetische Front war. Sie betont die Größe der sowjetischen Opfer und Kriegsanstrengungen und unterstellt der restlichen Welt Unfähigkeit, der deutschen Aggression allein erfolgreich entgegenzutreten. Diese Sicht wurde im Reich der Sowjets von vielen geteilt:⁵

land nicht einer einzigen Sieger- und Besatzungsmacht, sondern vier Mächten zugefallen war, ergab sich als weitere Konsequenz, dass Art und Qualität alliierter Entscheidungen über Aspekte der deutschen Frage in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung der inter-alliierten Beziehungen stehen mussten, ja dass das Nachkriegsschicksal Deutschlands in strikte Abhängigkeit vom Verhältnis zwischen den Siegermächten geriet.“

- 3 Außerhalb von Zitaten wird dieser Begriff zur Betonung seiner Eigenbedeutung konsequent groß geschrieben.
- 4 Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 127: „Nach dem unerwarteten Widerstand der Roten Armee und dem Kriegseintritt der USA [d. h. seit Dezember 1941] nahm die politische Zukunft Deutschlands zunehmend den Charakter einer Funktionsgröße im Koordinatensystem der britischen Allianzpolitik an.“ Hervorhebung nicht im Original.
- 5 Merridale, *Iwans Krieg*, S. 13.

[D]en Soldaten der Roten Armee [war] von 1941 an schmerzlich bewusst, dass es an ihnen als der letzten großen Streitkraft hängen würde, die Hitler'schen Armeen niederzukämpfen. Sie warteten sehnlich auf die Nachricht, dass die Alliierten in Frankreich eine zweite Front eröffneten, kämpften jedoch weiter, in dem Wissen, keine andere Wahl zu haben.

Zwar lässt sich auf Grundlage der bis heute zugänglichen sowjetischen Quellen die diplomatische und öffentliche Kontroverse um die Zweite Front gut rekonstruieren, doch bleiben die militär-politischen Überlegungen, die in Moskau in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, weitgehend im Dunkeln. Im Unterschied zu den USA, wo Mark Stoler bereits in den 70er Jahren relevante Akten auswerten konnte,⁶ sind die sowjetischen Quellen gerade zu dieser Fragestellung noch immer gesperrt. So bleibt unklar, wie ernsthaft Stalin mit einem militärischen Eingreifen der Westalliierten rechnete, das nicht zuletzt auch die Gefahr in sich barg, seinen eigenen Gestaltungsspielraum einzuengen. Wäre es vor 1944 zu einer erfolgreichen Errichtung einer Zweiten Front gekommen, hätte dies höchstwahrscheinlich zu ähnlichen Konflikten innerhalb der Anti-Hitler-Koalition geführt wie im Jahr danach.⁷

Während in den sowjetischen Quellen, aber auch in der Öffentlichkeit in dieser Zeit ständig von der Zweiten Front die Rede ist, wurde die Bereitschaft der beiden Westmächte zur materiellen Hilfeleistung kaum erwähnt. Diese lief tatsächlich nur schleppend an und konnte insbesondere auf der Nordroute von den Deutschen bis 1942 sehr erfolgreich gestört werden. Eine Verbindung zwischen der sowjetischen Position zu den Lend-Lease-Lieferungen und der sowjetischen Nachkriegsplanung wird erst Anfang 1944 erkennbar, als sich sowjetisches Interesse an größtmöglicher Wirtschaftshilfe der USA nach dem Krieg artikulierte. Wenn die Westmächte durch ihre Kriegsführung jemals Einfluss auf die Nachkriegspolitik der UdSSR in Deutschland und Europa hätten nehmen können, dann 1941/1942, als die UdSSR am schwächsten war und damit der Hilfeleistungen aus dem Westen am stärksten bedurfte.

Stalin artikulierte Ende August 1941 gegenüber dem sowjetischen Botschafter in London zum ersten Mal während des Krieges den Gedanken einer möglichen Niederlage der UdSSR:⁸

Unter uns muss ich Ihnen offen sagen, dass, wenn die Engländer in den nächsten zwei, drei Wochen in Europa keine Zweite Front schaffen, wir und unsere Verbündeten dann diese Geschichte verlieren könnten. Das wäre traurig, aber es kann so kommen.

6 Stoler, *Second Front*, vgl. auch Ders.: *The „Second Front“ and American Fear of Soviet Expansionism 1941–1943*, in: *Military Affairs* 39 (1975)3, S. 136–141.

7 Zu den Konflikten von März–April 1945, vgl. Kapitel VIII, Abschnitt 3.

8 Stalin an Majskij, 30. 8. 1941, in: *UdF* 1, S. 6–7.

Die hier sehr grell aufleuchtende Vorstellung, dass eine Niederlage der UdSSR nur durch den sofortigen Beginn von Kampfhandlungen in Westeuropa abgewendet werden könne, deutete Stalin einige Tage später, nun weniger scharf formuliert, auch gegenüber Churchill an:⁹

Ohne diese beiden Hilfeleistungen [die Zweite Front und die Lieferung von Gütern für die UdSSR] wird die Sowjetunion entweder eine Niederlage erleiden oder so geschwächt werden, dass sie für lange Zeit außerstande sein wird, ihren Verbündeten durch aktive Operationen an der Kampffront gegen den Hitlerfaschismus Hilfe zu leisten.

An die schwerste Zeit des Krieges erinnerte Stalin dann nach dem Sieg, als er öffentlich feststellte:¹⁰

[W]ir hatten in den Jahren 1941–42 Augenblicke einer verzweifelten Lage, als unsere Armee zurückging und die uns lieben und teuren Dörfer und Städte der Ukraine, Bjeloruslands, der Moldau, des Leningrader Gebiets, der baltischen Länder und der karelischen-finnischen Republik aufgab, weil kein anderer Ausweg vorhanden war.

Ob Stalin allerdings jemals damit rechnete, dass die UdSSR den Krieg verlieren könnte, ist längst nicht so klar, wie es seine Worte aus dem Spätsommer 1941 vermuten lassen. Selbst angesichts größter militärischer Niederlagen in der Ukraine und der akuten Gefährdung Moskaus war die UdSSR niemals zu bedingungslosen Zugeständnissen an ihre realen und potentiellen Verbündeten bereit. Dies beweist ihre konditionierte Zustimmung zur Atlantik-Charta. Stalin behielt auch unter angespannten militärischen Bedingungen die strategischen Interessen der UdSSR fest im Blick. Die UdSSR beteiligte sich gerade in dieser Zeit gemeinsam mit Großbritannien an der Besetzung des Irans – wodurch nicht unbedeutende sowjetische Truppenkontingente gebunden wurden.¹¹

*

Sehr früh, aber keineswegs von Anfang an, trug die UdSSR ihre Forderung nach Eröffnung der Zweiten Front in die Öffentlichkeit.¹² Sie beförderte damit die

9 Stalin an Churchill, 3. 9. 1941, in: BW, S. 26.

10 Stalin, Krieg, S. 222–224: Rede des Genossen Stalin beim Empfang im Kreml, zu Ehren der Befehlshaber der Truppen der Roten Armee, 24. 5. 1945.

11 Vgl. Jana Buschbeck, Das britisch-sowjetische Bündnis und die Intervention im Iran 1941, (Manuskript). Auch der deutschen Führung war unverständlich, „dass die Russen bei der angespannten Lage an ihrer Westfront im August 1941 Kräfte [hatten] frei machen können, um gemeinsam mit den Briten den Iran zu besetzen“, vgl. Walter Schellenberg, Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, München 1979, S. 195–196.

12 Vgl. zum Radioauftritt Litvinovs am 8. 7. 1941, S. 67.

Vorstellung, es ginge hier in erster Linie um eine Hilfeleistung für die UdSSR. Dagegen nutzte Stalin im Juli 1941 die erste schriftliche Kontaktaufnahme zu Churchill, um an britische Interessen zu appellieren:¹³

Ich glaube ferner, dass die militärische Lage der Sowjetunion wie auch die Großbritanniens wesentlich verbessert werden könnte, wenn im Westen und im Norden eine Front gegen Hitler geschaffen würde ... Ich bin mir bewusst, dass die Errichtung einer solchen Front schwierig ist, aber ungeachtet der Schwierigkeiten sollte sie nach meiner Ansicht trotzdem geschaffen werden, und zwar nicht nur zum Wohle unserer gemeinsamen Sache, sondern vor allem auch in Englands eigenem Interesse.

Stalins Werben um die Zweite Front bleibt vor allem mit Blick auf die USA rätselhaft. Extreme Schwankungen sind erkennbar. Nach den Aufzeichnungen Harry Hopkins, dem engsten Vertrauten des amerikanischen Präsidenten, der fünf Wochen nach dem deutschen Angriff auf eigene Initiative nach Moskau reiste, um für Roosevelt und Churchill die Lage und Position der UdSSR zu sondieren,¹⁴ erklärte der sowjetische Herrscher:¹⁵

The might of Germany was so great that, even though Russia might defend herself, it would be very difficult for Britain and Russia combined to crush the German military machine. He said that the one thing that could defeat Hitler, and perhaps without ever firing a shot, would be the announcement that the United States was going to war with Germany ... [He] wanted me to tell the President that he would welcome the American troops on any part of the Russian front under the complete command of the American Army.

Ein analoges Angebot unterbreitete Stalin wenig später noch einmal gegenüber Churchill.¹⁶ Roosevelt und Churchill erklärten dazu jedoch ebenso ausweichend

13 Stalin an Churchill, 18. 7. 1941, in: BW, S. 14–16.

14 Sherwood, White House Papers, Bd. 1, S. 317.

15 Unterredung zwischen Stalin und Hopkins, 31. 7. 1941, in: Sherwood, White House Papers, Bd. 1, S. 341–343, hier S. 342. Die Herausgeber der DVP teilen mit, dass bis heute keine russischen Aufzeichnungen zu diesem Gespräch gefunden werden konnten. Abgedruckt in der DVP ist die russische Übersetzung der amerikanischen Aufzeichnung, vgl. DVP XXIV, S. 577–583. Als Übersetzer bei dieser Unterredung fungierte Litvinov, der bereits Anfang Juli mit einer Radioansprache in englischer Sprache wieder in Erscheinung getreten war. Hopkins ging gegenüber derartigen Vorschlägen sofort auf Distanz: Der amerikanische Kriegseintritt hänge weiterhin von Deutschland ab und selbst wenn es dazu komme, sei die Entsendung amerikanischer Soldaten an die sowjetische Front sehr unwahrscheinlich.

16 Stalin an Churchill, 13. 9. 1941, in: BW, S. 29–31: „Wenn sich aber nach Meinung der britischen Regierung die Errichtung einer zweiten Front im Westen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als unmöglich erweist, so könnte vielleicht eine andere Form von aktiver militärischer Hilfe für die Sowjetunion gegen den gemeinsamen Feind gefunden werden. Mir

wie belehrend: „Der Krieg wird an vielen Fronten geführt, und bis er beendet ist, können noch weitere Kampffronten entstehen.“¹⁷ Die Rote Armee musste länger als ein Jahr mit gewaltigen Verlusten allein gegen die gefürchtetste Armee der Welt kämpfen.

Noch bevor in der UdSSR Forderungen nach der Errichtung einer Zweiten Front laut wurden, übermittelte der sowjetische Botschafter in Washington Bitten um umfassende Hilfslieferungen durch die USA. Am 30. Juni brachte Umanskij das erste offizielle sowjetische Hilfesuch vor. Aufgeschlüsselt in einer Vorlage für den Präsidenten erhielt dieses Ersuchen Wünsche in einem Gesamtvolumen von 1 836 507 823 Dollar, darunter 3 000 Bomber. In der ursprünglichen Instruktion war noch von 6 000 (!) Flugzeugen die Rede.¹⁸ Die amerikanische Administration konnte sich jedoch weder zu großzügigen und schnellen Hilfslieferungen entschließen, noch dazu, an solche Lieferungen politische Bedingungen zu knüpfen, wie es sehr früh der einflussreiche Council of Foreign Relations forderte. Dort glaubte man in den ersten Wochen nach dem deutschen Angriff, dass eine sowjetische Festlegung auf die Grenzen von 1939 relativ leicht zu erreichen wäre.¹⁹ Auch der sowjetische Botschafter hatte darauf gedrängt, die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern mit einem weitergehenden politischen Übereinkommen zu verbinden. Dagegen sträubte sich das State Department. Auch Roosevelt unterschätzte zu diesem Zeitpunkt die militärische und politische Stärke der UdSSR und überschätzte die späteren anglo-amerikanischen Einflussmöglichkeiten. In der amerikanischen Öffentlichkeit entwickelte sich die Bereitschaft für Hilfeleistungen an die UdSSR nur sehr langsam.²⁰ Trotz der sofort zugesagten größtmöglichen Unterstützung kam die Lieferung militärischer Güter an die UdSSR nur schleppend und zunächst nicht in gewünschtem Umfang zustande.²¹

scheint, dass England ohne Risiko 25 bis 30 Divisionen in Archangel'sk landen oder durch den Iran in die südlichen Bezirke der UdSSR beordern könnte, damit sie mit den sowjetischen Truppen auf dem Territorium der UdSSR so zusammenwirken, wie das im vorigen Krieg in Frankreich geschehen ist. Das wäre eine große Hilfe.“

17 Roosevelt und Churchill an Stalin, 15. 8. 1941, in: BW, S. 21–22.

18 Molotov an Umanskij, 29. 6. 1941, AVP RF f. 059, op. 1, p. 365, d. 2485, Bl. 33, veröffentlicht in: DVP XXIV, S. 62.

19 Ebd., S. 133.

20 Ebd., S. 293.

21 Im Juli und August 1941 lieferte die britische Regierung 48 Jagdflugzeuge vom Typ „P-40“ und einen Nachtjäger mit entsprechender Ausrüstung, 2 500 Wasserbomben, 1 024 Magnetminen sowie Kautschuk, Zinn und Kobalt an die UdSSR. Am 21. 9. 1941 ging ein Transport mit 100 Flugzeugen des Typs „Hurricane“ und 93 Maschinen vom Typ „To-

Ende September 1941 trafen Averell Harriman als Sondergesandter des US-Präsidenten und Lord Beaverbrook als Vertreter des britischen Kriegskabinetts in Moskau ein, um mit Molotov und Stalin die Nutzung der materiellen Ressourcen der drei Mächte im Krieg gegen Deutschland zu koordinieren. Ein „geheimes Protokoll“ hielt umfangreiche Lieferverpflichtungen der beiden angelsächsischen Mächte fest. Doch ebensowenig wie zur sofortigen Eröffnung der Zweiten Front waren diese Mächte in der Lage, die großangelegten Hilfeleistungen ohne Verzögerung in die Tat umzusetzen.²² Erst Ende März 1942 wurden die amerikanischen Lieferbedingungen für die UdSSR, die seit dem 7. November 1941 auf einem zinslosen Kredit basierten, an die bereits für Großbritannien geltenden Lend-Lease-Bedingungen angepasst. Neben den enormen Transportproblemen stießen die Lieferungen an die UdSSR auf zahlreiche weitere Schwierigkeiten. Die für die Bestellungen verantwortlichen russischen Vertreter waren voller Misstrauen gegenüber den Amerikanern und verweigerten jegliche Angaben zur sowjetischen Kriegsproduktion. Insgesamt betrachtet hatte bis zur Schlacht von Stalingrad die Lend-Lease-Hilfe der USA nur geringe militärische Bedeutung für die UdSSR.²³

Hinter dem sowjetischen Drängen auf die Zweite Front stand – zumindest in den Wochen, da Stalin von der Möglichkeit einer sowjetischen Niederlage sprach – keine durchdachte Strategie. Darauf deutet die nachlässige Behandlung des Herausgebers der auflagestarken New Yorker Zeitung PM, Ralph Ingersoll, der sich im August 1941 unter schwierigsten Umständen nach Moskau begeben hatte. Im Wissen um die Bedeutung von PM für eine stärkere amerikanische Unterstützung der sowjetischen Kriegsführung förderte der sowjetische Botschafter in Washing-

mahawk“ sowie 20 Panzern, Aluminium, Schuhwerk und Filzstoffen in Richtung Sowjetunion ab (AVP RF f. 06, op. 3, p. 9, d. 96, Bl. 1–9).

- 22 Gemäß dem am 1. 10. 1941 von Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens unterzeichneten „Geheimprotokoll“ (vgl. SANO 1, S. 140–146) stellte Großbritannien der UdSSR im Oktober 235, im November 185 und im Dezember 78 Flugzeuge zur Verfügung, vereinbart waren allerdings monatliche Lieferungen von 200. Geliefert wurden in diesem Zeitraum ferner: 487 Panzer (von 1000 zugesagten), 330 gepanzerte Fahrzeuge (von 600 zugesagten), 70 Panzerabwehrgeschütze (von 166 zugesagten) und 301 Panzerbüchsen (von 600 zugesagten). (Vgl. AVP RF f. 06, op. 4, p. 11, d. 102, Bl. 1–7). Bis zum 1. 6. 1942 lieferten die USA 660 Flugzeuge, 783 Panzer, 12 500 Panzerbüchsen, 16 901 Lastkraftwagen), Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen, Metalle, petrochemische Erzeugnisse, Nahrungsgüter und andere Waren mit einem Gesamtgewicht von 729 000 Tonnen und in einem Gesamtwert von 19 705 000 amerikanischen Dollar an die UdSSR (vgl. ebd., Bl. 121–122).
- 23 George C. Herring, Jr., *Aid to Russia 1941–46. Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War*, New York 1973, S. 36. Vgl. zur weiteren Entwicklung der Hilfslieferungen für die UdSSR, S. 122–125.

ton, Umanskij, die Reise Ingersolls nach Moskau.²⁴ Bereits am 16. August 1941 bemühte sich Ingersoll in Begleitung des amerikanischen Botschafters Steinhardt im Außenkommissariat um eine Reise in Frontnähe und ein Interview mit Stalin. Lozovskij, einer der damals drei Stellvertreter Molotovs, empfahl sofort, diese Wünsche Ingersolls zu erfüllen.²⁵ Doch es geschah nichts. Am 28. August machte Steinhardt den stellvertretenden Außenkommissar auf die Enttäuschung Ingersolls aufmerksam, da er nichts von dem erreicht habe, was ihm Umanskij in Washington versprochen hätte.²⁶ Erst jetzt reagierte Stalin: „Sagen Sie Steinhardt, dass ich mich selbst mit Ingersoll (PM) am 3. September treffen werde.“²⁷ Tatsächlich konnte Ingersoll an diesem Tag um 18.25 Uhr das Arbeitszimmer Stalins betreten und blieb dort etwas länger als eine Stunde.²⁸ Ingersoll musste sich jedoch verpflichten, alle Äußerungen Stalins als „off the record“ zu behandeln.

Obwohl Stalin die Gelegenheit kaum nutzte, sich über den einflussreichen amerikanischen Herausgeber mit Botschaften an die US-Öffentlichkeit zu wenden, produzierte Ingersoll diese Botschaften selbst: Stalin sei ein „geradliniger und aufrechter“ Mann, der jede Rhetorik vermeide, er sei „verwegen und realistisch“ und bei guter Gesundheit. Für die Russen seien die sowjetische und die amerikanische Industriemacht der Schlüssel für die Vernichtung Hitlers.²⁹ Auf die Frage Ingersolls, ob die Niederlage Deutschlands Ergebnis militärischer Aktivitäten oder innerer Unruhen sein werde, prophezeite Stalin, dass ohne eine militärische Niederlage ein Umsturz in Deutschland keinen Erfolg haben werde; er widersprach auch der Hoffnung einiger Amerikaner, die Niederlage Deutschlands sei durch Bombardements erreichbar. Der sowjetische Herrscher deutete an, dass der Krieg lange dauern werde und bekundete sowjetischen Bedarf an Lebensmitteln und Waffen. Auf die Frage nach dem besten Ort für die Eröffnung der Zweiten Front verwies er auf Italien, aber auch auf den Balkan, Norwegen oder Frankreich als geeignete Punkte und betonte abschließend offensichtlich schlecht gelaunt, dass der Empfang Ingersolls nur auf Verlangen Steinhardts zustande gekommen sei und bat, dass der Inhalt ihres Gesprächs nicht in der Presse erscheinen solle.³⁰

24 Telegramm erwähnt in: Lozovskij an Stalin und Molotov, 16. 8. 1941, AVP RF f. 06, op. 3, p. 21, d. 181, Bl. 53–54, veröffentlicht in: SAOD I, S. 137–138.

25 Ebd.

26 Unterredung zwischen Lozovskij und Steinhardt, 28. 8. 1941, RGASPI f. 558, op. 11, d. 374, Bl. 30.

27 Ebd.

28 LPS, S. 348.

29 Paul Milkman, *PM A new Deal in Journalism, 1940–1948*, Rutgers 1997, S. 100.

30 Empfang Ingersoll (P.M.) durch Stalin, 3. 9. 1941, RGASPI f. 558, op. 11, d. 374, Bl. 36–40.

Steinhardt, der über dieses Gespräch durch Ingersoll umgehend informiert wurde, berichtete am 4. September nach Washington. Für mitteilenswert hielt er insbesondere die Lageeinschätzung Stalins, Hitler und die Nazis könnten nicht durch eine Blockade, durch Hunger oder durch Bomben, sondern allein auf dem Schlachtfeld geschlagen werden.³¹ Umanskij kritisierte unter Hinweis auf den Besuch Ingersolls rückblickend, man hätte die westlichen Korrespondenten in der UdSSR nicht ausreichend genutzt, um im Ausland und insbesondere den USA Verständnis für die Interessen der UdSSR zu wecken.³²

Die Zweite Front in den Planungen der Westmächte

Auch Überlegungen der führenden amerikanischen Militärs waren 1941 ambivalent. Sie umrissen bereits im September 1941 die amerikanisch-britische Strategie, die den weiteren Verlauf des Krieges entscheidend mitbestimmte. Diese wies jedoch in eine ganz andere als die von Stalin gewünschte Richtung. General Marshall, der oberste militärische Chef der amerikanischen Armee, und Admiral Stark, der Kommandeur der amerikanischen Flotte, strebten die vollständige militärische Niederwerfung Deutschlands an, schlossen aber direkte Kampfhandlungen gegen Deutschland für die unmittelbare Zukunft aus. Einmütigkeit bestand darin, dass die militärischen Aktivitäten der UdSSR eine entscheidende Voraussetzung für den militärischen Erfolg der USA bildeten. Da beide Militärs zu diesem Zeitpunkt jedoch noch einen deutschen Teilsieg im Osten für möglich hielten, wurde vom gemeinsamen Army/Navy-Ausschuss am 25. September 1941 ein Aufrüstungsprogramm (Victory-Program) vorgeschlagen, das gegebenenfalls eine spätere alleinige Niederringung Deutschlands durch US-Bodentruppen ermöglichen sollte. Eine amerikanisch-britische Offensive war nach diesen Planungen frühestens für den 1. Juli 1943 vorgesehen.³³

Diese strategischen Überlegungen der führenden amerikanischen Militärs deckten sich mit dem zur gleichen Zeit in Londoner Regierungskreisen vorherrschenden Denken. In der Direktive für Lord Beaverbrook, dem britischen Delegierten für die erste Drei-Mächte-Konferenz während des Kriegs Ende September 1941 in Moskau, hieß es als Antwort auf die erwartete Frage Stalins nach der Siegesstrategie: Der Sieg über das Dritte Reich werde, ähnlich wie der über Deutsch-

31 Steinhardt an State Department, 4. 9. 1941, FRUS 1941, I, S. 646–647.

32 Miner, *Stalin's Holy War*, S. 239. Umanskij äußerte sich auf einer Beratung des *Sovinformbjuros* am 2. 10. 1941.

33 „Joint Board Estimate of United States Over-all Production Requirements“, 11. 9. 1941, unterzeichnet von Chief of Staff, General Marshall und Admiral Stark in: Sherwood, *White House Papers*, Bd. 1, S. 413–423.

land im Ersten Weltkrieg, durch dessen Erschöpfung errungen werden. Man werde den Feind überall dort angreifen, wo sich „günstige Bedingungen“ böten.³⁴

Noch bevor Stalin höchst verärgert auf das Ausbleiben ausreichender Anstrengungen Großbritanniens zur Niederwerfung Deutschlands reagierte, analysierte Majskij in London die Stimmung der britischen Öffentlichkeit und die Perspektiven der Zweiten Front. Er warnte vor Illusionen. Trotz öffentlicher Kritik an der britischen Regierung bestünde wenig Aussicht auf die baldige Errichtung der Zweiten Front oder die Entsendung von Truppen. Vielmehr sei damit zu rechnen, dass zur Vermeidung aktiver Kriegshandlungen Nebenkriegsschauplätze eröffnet würden. Doch die Doppelfrage: „Warum leistet die britische Regierung uns nicht sofortige militärische Hilfe, strebt sie nach einer Schwächung der UdSSR?“, verneinte der sowjetische Botschafter: „Wahr ist, dass eine solche Stimmung vor zwei Monaten in einflussreichen konservativen Kreisen existierte. Aber jetzt, wo die Lage an unserer Front so ernst geworden ist, dass unmittelbare Interessen des britischen Imperiums bedroht sind, ist diese Stimmung verfliegen.“³⁵

Die Entscheidung der britischen Regierung werde nun durch die Furcht vor der deutschen militärischen Stärke bestimmt.³⁶ Auf einen analogen Bericht Cripps', der über die wachsende Verärgerung der sowjetischen Regierung über die Verzögerung der Zweiten Front berichtet hatte, reagierte Churchill seinerseits schroff: Die Russen hätten kein Recht verärgert zu sein, schließlich seien sie selbst dafür verantwortlich, in eine solche Lage geraten zu sein. Sie hätten sich selbst von einer effektiven Zweiten Front abgeschnitten, als sie dabei zusahen, wie die französische Armee zerstört wurde.³⁷ Gleichzeitig blieb Churchill Realist genug, um zwei Monate später gegenüber dem amerikanischen Präsidenten einzuräumen, dass der erfolgreiche russische Widerstand am Don und auf der Krim die Lage Großbritanniens sehr entspanne.³⁸

Zweite Front als Propaganda und Einsicht in die Notwendigkeit

Nach monatelangem Schweigen wandte sich Stalin am 6. November 1941, am Vorabend des 24. Jahrestags der Oktoberrevolution, nicht nur an die sowjetische,

34 Direktive für Beaverbrook (o.D.), 16. 9. 1941, in: Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. II, 38.

35 Majskij an Molotov, 26. 1. 1941, in: DVP XXIV, S. 383–387.

36 Ebd.

37 Churchill an Cripps, 28. 10. 1941, in: Woodwar, *British Foreign Policy*, Bd. II, S. 44. Hervorhebung nicht im Original.

38 Churchill an Roosevelt, o.D. [7. 1. 1942], in: Kimball, *Correspondence*, Bd. 1, S. 314–323, hier S. 318.

sondern an die Weltöffentlichkeit, um indirekt Großbritannien mitverantwortlich für die Erfolge Hitlers zu machen:³⁹

Eine der Ursachen für die Misserfolge der Roten Armee besteht darin, dass es in Europa keine Zweite Front gegen die faschistischen deutschen Truppen gibt. Es handelt sich darum, dass auf dem europäischen Festland gegenwärtig keine Armeen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika stehen, die gegen die faschistischen deutschen Truppen Krieg führen würden; ... Es kann auch nicht bezweifelt werden, dass das Entstehen einer zweiten Front auf dem Festlande Europas – und eine solche Front muss unbedingt in der nächsten Zeit entstehen (stürmischer Beifall) – die Lage unserer Armee zum Nachteil der deutschen wesentlich erleichtern wird.

Wenig später berichtet das Narkomindel an Stalin, dass die britische Luftwaffe seit dem 22. Juni 1941 ihre Luftangriffe auf Deutschland nicht verstärkt, sondern im Vergleich zu 1940 abgeschwächt habe.⁴⁰ Jedoch änderte die an die Öffentlichkeit getragene sowjetische Empörung über die militärische Passivität Großbritanniens nichts an der Siegeszuversicht Stalins. Noch vor dem Ausgang der Schlacht um Moskau erklärte er dem Vorsitzenden der polnischen Exilregierung, „die Russen waren zweimal in Berlin und werden ein drittes Mal dort sein.“⁴¹

Wie bereits festgestellt, zeigte sich die widersprüchliche Haltung Stalins in Bezug auf die Zweite Front vor allem gegenüber den USA. Nachdem er Ende 1941 Litvinov die Deklaration der „Vereinten Nationen“ hatte unterzeichnen lassen,⁴² hielt er seinen Botschafter zurück, als er wenige Wochen später gegenüber Roosevelt auf die sofortige Errichtung der Zweiten Front drängen wollte. Am 20. Januar 1942 hatte Litvinov in Hinblick auf die erwartete deutsche Frühjahrsoffensive bei Molotov angefragt:⁴³

Sollten wir nicht ... offen das Thema des direkten militärischen Beistands durch Eröffnung einer Zweiten Front auf dem europäischen Kontinent zur Sprache bringen? In England gibt es derzeit eine untätige Zwei-Millionen-Armee und in den USA eine Anderthalb-Millionen-Armee. Warum sollten sie nicht wenigstens eine halbe Million in Holland, Bel-

39 Stalin-Rede, 6. 11. 1941, in: Stalin, Krieg, S. 24.

40 Vyšinskij an Stalin, 21. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 438–439. Gegenübergestellt wurden auf Grundlage britischer und deutscher Angaben die Zahlen der britischen Bombenangriffe auf Deutschland in den Vergleichsmonaten August, September, Oktober für die Jahre 1940 und 1941. Die Herausgeber der DVP verweisen auf die gleichzeitige Abnahme der deutschen Luftangriffe auf England.

41 Unterredung zwischen Stalin mit Sikorski, 3. 12. 1941, in: DVP XXIV, S. 465–475, hier S. 473.

42 Unterredung zwischen Hull und Litvinov, 29. 12. 1941, in: FRUS 1942, I, S. 18–19.

43 Litvinov an Molotov, 20. 1. 1942, in: UdF 1, S. 40–41. Am 31. 1. 1942 drängte Litvinov nochmals in dieser Angelegenheit, vgl. ebd., S. 44.

gien, Frankreich oder zumindest in Norwegen anlanden? Man beruft sich auf fehlende Transportmittel, aber bis zum April, innerhalb von zweieinhalb Monaten, könnte man bei gutem Willen diese Transportmittel bereitstellen. [...] Mit Roosevelt darüber zu sprechen ist unzureichend. Ich muss die öffentliche Meinung vorbereiten, und das erfordert Zeit. Ihre baldige Antwort wäre daher wünschenswert.

Bereits eine Woche zuvor hatte die *New York Times* über die ungewöhnliche Bitte des sowjetischen Botschafters berichtet, von Roosevelt an einem Sonntag empfangen zu werden. Worüber Litvinov mit dem Präsidenten sprach, blieb unbekannt, doch teilte die Zeitung vieldeutig mit, dass Roosevelt nach Litvinov den Chef des US-Generalstabs (Army Chief of Staff) George C. Marshall empfing und Litvinov am Montag im State Departement vorstellig wurde.⁴⁴ Erst nach nochmaligem Drängen übermittelte Molotov mehr als zwei Wochen später die Antwort Stalins:⁴⁵

Wir würden es begrüßen, wenn unsere Alliierten eine Zweite Front in Europa eröffneten. Doch Sie wissen, dass wir schon dreimal eine Ablehnung auf unseren Vorschlag zur Schaffung einer Zweiten Front erhalten haben. Wir wollen uns nicht eine vierte Absage einhandeln. Deshalb dürfen Sie gegenüber Roosevelt die Frage einer Zweiten Front nicht vorbringen. Warten wir ab, bis die Alliierten uns gegenüber von sich aus diesen Punkt anscheiden.

Bis heute bleibt unbekannt, wie Litvinov – der mit Skepsis auf die diplomatischen Fähigkeiten seines Amtsnachfolgers herabblickte – auf diesen Erlass reagierte und was in den zwei Wochen vor dieser Antwort in Moskau geschah. In jenen Tagen versuchte Hopkins, einer der engsten Vertrauten des Präsidenten, unter Einbeziehung Majskijs ein Zusammentreffen Stalins mit Roosevelt zu organisieren. Der Londoner Botschafter unterbreitete diesen Vorschlag in Moskau, erhielt jedoch nach 8 Tagen die Antwort, dass ein solches Treffen zurzeit nicht zu realisieren sei.⁴⁶ Tatsächlich berichtete Molotov 1975 rückblickend über einen Plan Stalins, Anfang 1942 selbst nach Washington zu reisen! A.E. Golovanov, der neuernannte Chef der sowjetischen Fernfliegerkräfte, sei mit den Vorbereitungen dieses strengster Geheimhaltung unterliegenden Fluges beauftragt worden. Molotov erklärte nicht, wann die Vorbereitungen abgebrochen wurden, behauptete aber, dass dies im Zusammenhang mit der Lage an der Front geschehen sei.⁴⁷ Unklar

44 *New York Times*, 12. 1. 1942, S. 4: Roosevelt confers with Soviet Envoy.

45 Molotov an Litvinov, 4. 2. 1942, in: UdF 1, S. 44. Hervorhebung nicht im Original.

46 Majskij an Litvinov (Tagebucheintrag Majskijs), 27. 2. 1942, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 9, Bl. 12–13. Litvinov wurde merkwürdigerweise in diese Bemühungen nicht einbezogen und erst (verspätet?) durch Majskij informiert. Wahrscheinlich fällt die oben angeführte Antwort Molotovs an Litvinov zusammen mit der Aufgabe der Reisepläne.

47 Čuev, Molotov, S. 68 (15. 8. 1975).

bleibt auch, welche Ziele Stalin in diesem Zusammenhang verfolgte. Ebenso überraschend ist die Absicht, die A.J.P. Taylor für dieselbe Zeit Churchill zuschreibt. Er habe am 3. März 1942 plötzlich vorgeschlagen, Beaverbrook solle mit ihm zusammen nach Teheran reisen, um dort Stalin zu treffen. Trotz sofortiger Zusage des nach seinem Rücktritt als Minister noch immer einflussreichen Zeitungsverlegers, zog Churchill seinen Vorschlag sehr schnell wieder zurück.⁴⁸ Roosevelt selbst äußerte sich im März 1942 enthusiastisch über die Eröffnung direkter Kampfhandlungen gegen Deutschland auf dem europäischen Kontinent.⁴⁹

In Moskau machte Stalin weiterhin den Sieg über Deutschland von gemeinsamen Kämpfen der Alliierten, also von der Errichtung der Zweiten Front abhängig.⁵⁰

Ich bringe meine feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die gemeinsamen Anstrengungen unserer Truppen, ungeachtet einzelner Misserfolge, im Endergebnis die Kräfte unseres gemeinsamen Feindes zerschlagen werden und dass das Jahr 1942 die entscheidende Wende an der Kampffront gegen den Hitlerfaschismus bringen wird.

In eben diesem Sinne äußerte sich Litvinov seit Ende Februar mehrfach öffentlich⁵¹ und besonders eindringlich am 10. April 1942 in Philadelphia vor der American Academy of Political and Social Science. In dieser Rede, die in den USA ebenso beachtet wurde wie in Großbritannien und in Deutschland, bestimmte Litvinov fünf Axiome für einen Sieg über Deutschland. Entscheidend war dabei die fünfte Annahme, mit der Litvinov Großbritannien und der UdSSR Hauptrollen, den USA dagegen lediglich eine Nebenrolle zuwies: Die vollständige Niederlage Hitlers erfordere gemeinsame Anstrengungen der Sowjetunion und Großbritanniens. Dazu sei eine gewisse zusätzliche Hilfe seitens der Vereinigten Staaten

48 Taylor, Beaverbrook, S. 522.

49 Roosevelt an Churchill, 9. 3. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 398–399, hier S. 399: „I am becoming more and more interested in the establishment of a new front this summer on the European continent, certainly for air and raids ... And even though losses will doubtless be great, such losses will be compensated by at least equal German losses and by compelling Germans to divert large forces of all kinds from Russian fronts.“

50 Stalin an Churchill, 14. 3. 1942, in: BW, S. 50–51. Ähnlich äußerte sich zur gleichen Zeit auch Molotov gegenüber dem neuen britischen Botschafter in Moskau, AVP RF f. 06, op. 4, p. 1, d. 12, Bl. 18–19, Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 21. 3. 1942 vgl. auch BDFA, III, A, Bd. 3, S. 36.

51 Vgl. *The Times*, 28. 2. 1942, S. 3: Litvinovs Forderung nach einer Zweiten Front auf dem „Annual Dinner of a group of American foreign correspondents at the Overseas Press Club“. *New York Times*, 17. 3. 1942, S. 1: Litvinov im „Economic Club of New York“.

notwendig.⁵² Es muss davon ausgegangen werden, dass Litvinov diese Grundgesetze nicht ohne vorherige Abstimmung mit der Moskauer Zentrale verkündete. Etwa zur gleichen Zeit sprach sich auch Beaverbrook in den USA vehement für eine Errichtung der Zweiten Front aus und erweckte dabei den Eindruck, dass es dafür lediglich an dem notwendigen politischen Willen in London fehle: Wie umfassend Britannien mit Waffen für die Kriegsführung ausgestattet sei, um Deutschland anzugreifen, wisse er aus eigener Erfahrung als Versorgungsminister der britischen Regierung. Die Briten sollten sich am Angriffsgeist der Russen ein Beispiel nehmen und irgendwo entlang der zweitausend Kilometer langen Küste, die Deutschland okkupiert habe, eine Zweite Front errichten.⁵³ Zu den Befürwortern der umgehenden Eröffnung einer Zweiten Front gehörte 1942 auch der Chef der polnischen Exilregierung.⁵⁴

Die zum großen Teil öffentlich ausgetragene Debatte um die Zweite Front vor den Augen und Ohren des Feindes in einem Krieg, der sowohl auf Seiten der Westmächte als auch der UdSSR als ein Kampf um Leben und Tod begriffen wurde, wertete die Times am Beginn des für England vierten Kriegsjahres als ein „beunruhigendes“ Zeichen dafür, dass die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen wenn auch nicht getrennte, so doch zumindest unbestimmte Ziele verfolgten und etwas in der Organisation der gemeinsamen Kriegsführung nicht stimme. Doch gerade weil die Abstimmung gemeinsamer Friedensziele in den vorangegangenen Monaten gescheitert war, konnte die von der Times geforderte „grand strategy“ nicht ausgearbeitet werden.⁵⁵ Keine der am Kampf gegen Deutschland teilnehmenden Nationen konnte sich daher sicher sein, dass die Aktionen aller anderen vollständig koordiniert und mit der größten Stärke in der schnellsten Zeit ausgeführt werden würden.

52 *New York Times*, 11. 4. 1942, S. 6: Vollständiger Wortlaut der Rede Litvinovs. Die vier übrigen Axiome für die Erringung des Sieges betrafen: 1. Die Vernichtung Hitlers, 2. Die Notwendigkeit, die Deutsche Wehrmacht zu schlagen, 3. Die UdSSR als Hauptkampfplatz und 4. die von der Roten Armee unter Beweis gestellten Möglichkeiten von Teilsiegen. Vgl. auch *The Times*, 11. 4. 1942, S. 4: Kurze Meldung mit Kernsätzen aus der Rede und in: AdG, 1942, S. 5458-A, Rede Litvinovs in Philadelphia, 11. 4. 1942.

53 Taylor, Beaverbrook, S. 528.

54 Sikorski an Churchill, 13. 4. 1942, DPSR I, S. 326–327. Vgl. dazu auch Stoler, Soviet Expansionism, S. 136: In Washington drängte nicht nur Sikorski, sondern auch die tschechoslowakische Exilregierung seit 1942, Kampfhandlungen in Europa zu beginnen, „in order to establish a United Nations, rather than chiefly a Russian peace“.

55 *The Times*, 7. 10. 1942, S. 5: Grand Strategy.

Sowjetische Reaktion auf die Passivität der Westmächte

Angesichts der im Sommer 1942 siegreich entfalteten deutschen Offensive – die von allen Kriegsteilnehmern erwartet worden war – glaubte Stalin die UdSSR durch die militärische Passivität der Westmächte betrogen. Das Ausbleiben von Kampfhandlungen in Westeuropa, zu deren Vorbereitung Roosevelt den sowjetischen Außenminister eingeladen hatte und deren Eröffnung zum Abschluss dieses Besuchs erstmals öffentlich angekündigt worden war, rief in Moskau starken Unwillen hervor. Auf deren negative Rückwirkung für die weitere Zusammenarbeit der Vereinten Nationen wies der amerikanische Botschafter sofort hin.⁵⁶ Majskij hatte schon am 12. Juli 1942 festgestellt, dass eine Zweite Front im Westen weder im Sommer, noch im Frühherbst zu erwarten sei und suchte nach den Gründen:⁵⁷

Aus all dem, was ich hier sehe, höre und lese, wird zweifelsfrei klar, dass die Anglo-Amerikaner eine Eröffnung der Zweiten Front ernsthaft erst für 1943 erwägen. [...] Die Führungskreise in beiden Ländern spekulieren auf die Auszehrung sowohl Deutschlands als auch der UdSSR. [...] Diese Kreise wären schrecklich unzufrieden, wenn Deutschland in diesem Jahr von der Roten Armee zerschlagen würde, während die anglo-amerikanischen Streitkräfte noch nicht bereit oder noch nicht in der Lage sind, sich aktiv an einer solchen Aktion zu beteiligen.

Sicher nicht ohne Weisung aus Moskau äußerte sich Majskij nun gegenüber der britischen Regierung betont besorgt und pessimistisch. Schon am 14. Juli deutete er gegenüber Eden an, dass eine Nichteröffnung der Zweiten Front sehr ernste Auswirkungen auf die sowjetische Fähigkeit zum Widerstand haben werde.⁵⁸ Gegenüber Churchill zeichnete er die Lage an der deutsch-sowjetischen Front dramatisch: Wenn die UdSSR nicht sofort Hilfe in Form der Zweiten Front erhalte, könnte sich die UdSSR zur Einstellung der Kampfhandlungen und zum Rückzug gezwungen sehen.⁵⁹ Stalin wandte sich Ende Juli 1942 selbst an Churchill: „Ausgehend von der Situation an der sowjetisch-deutschen Front muss ich ganz kategorisch erklären, dass sich die Sowjetregierung nicht damit abfinden kann, die Errichtung der zweiten Front in Europa auf das Jahr 1943 hinauszuschieben.“⁶⁰

Für Gegner des deutschen Nationalsozialismus, wie den deutschen Politemigranten Alfred Kurella, der seine ganze Kraft für den Sieg der UdSSR einsetzte, blieb

56 Gaddis, *Origins of the Cold War*, S. 69.

57 UdF 1, Anm. 153.

58 Eden an Kerr, 14. 7. 1942, in: BDFA, III, A, Bd. 3, S. 118–119.

59 Tagebucheintrag Majskijs, 15. 7. 1942, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 9, Bl. 141.

60 Stalin an Churchill, 23. 7. 1942, in: BW, S. 69–70.

die Lage unüberschaubar. Er rechnete zur selben Zeit damit, dass die Zweite Front „trotz allen Geredes vorbereitet wird, ebenso eisern, ernst und ohne Nervosität.“ Kurella glaubte, sie werde im August eröffnet.⁶¹ Ähnliche Hoffnungen dürften in der UdSSR viele geteilt haben, die keinen Zugang zu geheimdienstlichen und diplomatischen Informationen hatten. Umso größer war ihre Enttäuschung, als sie sich den Irrtum eingestehen mussten.

Um Stalin die schlechte Nachricht vom Aufschub der Kampfhandlungen in Europa zu überbringen, reiste Churchill „in einem wahren Kanossagang“⁶² im August 1942 unter strengster Geheimhaltung nach Moskau. Sein wichtigstes Argument für die Verschiebung war die Vorbereitung großer Operationen für 1943. Angesichts der wortreichen Ausführungen Churchills erklärte Stalin: „Wer nichts riskieren will, wird niemals den Krieg gewinnen“ und betonte, dass die Errichtung der Zweiten Front durch die Politik und nicht durch die Militärs entschieden werden müsse. Der Vorsitzende des Staatlichen Verteidigungskomitees, der im Krieg mehr als je zuvor die Macht in seinen Händen konzentriert hatte, war klug genug, wegen dieser längst erwarteten Absage keinen Bruch der Anti-Hitler-Koalition zu riskieren. Er lenkte ein:⁶³ „[W]enn die Engländer nicht [in Europa] landen können, so werde er das von ihnen nicht fordern.“ Seine Position, die deutlich Verachtung ausdrückte, legte er am folgenden Tag schriftlich dar:⁶⁴

Es ist leicht zu verstehen, dass die Weigerung der Regierung Großbritanniens, im Jahre 1942 eine Zweite Front in Europa zu errichten, der gesamten sowjetischen Öffentlichkeit, die auf die Zweite Front hofft, einen schweren moralischen Schlag versetzt, die Lage der Roten Armee an der Front erschwert und die Pläne des sowjetischen Oberkommandos beeinträchtigt ... Meine Kollegen und ich sind der Meinung, dass das Jahr 1942 die günstigsten Bedingungen für eine Zweite Front in Europa bietet, da fast alle deutschen Truppen, und dabei die besten Kräfte, an der Ostfront konzentriert sind und in Europa nur eine unbedeutende Anzahl von Streitkräften zurückblieb, die darüber hinaus noch die schlechtesten sind.

Dennoch, die Moskau-Reise Churchills war eine ebenso mutige wie geschickte Tat des britischen Premierministers. Er konnte die Verzögerung der „Trans-Channel Operation“ letztendlich nur durch eine umso nachhaltigere Bekräftigung der gemeinsamen Ziele kompensieren. Dazu schlug er vor, in das Kommuniqué zu seinem Besuch die Erklärung aufzunehmen, dass „beide Regierungen fest ent-

61 Kurella an Cohn-Vossen, 29. 7. 1942, in: Kurella, Briefwechsel, S. 303–315.

62 Ingeborg Fleischhauer, Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin-West 1986, S. 284. Fleischhauer führt den Entschluss Churchills nach Moskau zu fahren, auf dessen Furcht vor einem deutsch-sowjetischen Separatfrieden zurück.

63 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 12. 8. 1942, in: SANO 1, 265–271.

64 Stalin an Churchill, 13. 8. 1942, in: BW, S. 75–76.

geschlossen sind, diesen gerechten Befreiungskrieg mit ganzer Kraft und Energie bis zur vollständigen Vernichtung des Hitlertums und jedweder ähnlichen Tyrannei zu führen.“ Dieser Vorschlag wurde angenommen.⁶⁵

Die sowjetische Presse verschwieg zunächst, dass die Alliierten aktive Kampfhandlungen gegen Deutschland verschoben hatten. Sie informierte über Frauen, Gewerkschaften und Militärexperten in den USA und Großbritannien, die sich für die sofortige Errichtung der Zweiten Front aussprachen. Dies veranlasste die britische Botschaft zu einer Klage über derartige Propaganda.⁶⁶ Nun äußerte sich Stalin öffentlich. Am 5. Oktober 1942 druckte die *Pravda* seine Antwort auf die Frage des Korrespondenten der Associated Press, Henry Cassidy, welchen Platz die Zweite Front in der sowjetischen Politik einnehme. Der sowjetische Führer beschränkte sich auf die kryptischen Worte: „Einen sehr wichtigen, man kann sagen, einen erstrangigen Platz.“⁶⁷ Zwei Monate nach der Abreise des britischen Premiers aus Moskau erklärte der sowjetische Regierungschef seinem Botschafter in London voller Verbitterung: „Bei uns allen in Moskau entsteht der Eindruck, dass Churchill Kurs auf die Niederlage der UdSSR nimmt, um sich dann später mit dem Deutschland Hitlers oder Brüning's auf Kosten unseres Landes zu einigen.“⁶⁸

Majskij wagte zu widersprechen. Im Falle einer Niederlage der UdSSR wäre Hitler nicht nur Herr über ganz Europa, sondern auch Afrikas und eines großen Teils von Asien. Unter diesen Umständen würde Hitler keinerlei Vereinbarung mit England eingehen.⁶⁹ Stalin blieb bei seiner Meinung, griff aber einzelne Argumente Majskijs auf.⁷⁰

Trotz allem denke ich, dass Churchill als Anhänger eines „leichten Krieges“ auch leicht unter den Einfluss derer gelangen wird, die einen Kurs auf die Niederlage der Sowjetunion verfolgen, denn die Niederlage unseres Landes und ein Kompromiss mit Deutschland auf Kosten der Sowjetunion wird sich als die leichteste Form des Krieges zwischen England und Deutschland erweisen. Natürlich werden die Engländer später bemerken, dass sie ohne russische Front auf dem Kontinent, beim Verschwinden Frankreichs zum Untergang verdammt sind. Aber wann werden sie das begreifen?

65 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, in: UdF 1, S. 66. Das Kommuniké ist veröffentlicht in: *Pravda*, 18. 8. 1942.

66 Kerr an Eden, 30. 9. 1942, in: BDFa, III, A, Bd. 3, S. 177–178.

67 *Pravda*, 5. 10. 1942, S1, abgedruckt in Stalin, Krieg, S. 64–65. Die Antworten wurden auch in Deutschland zur Kenntnis genommen, vgl. AdG 1942, S. 5673-D.

68 Stalin an Molotov, 19. 10. 1942, in: UdF 1, S. 67.

69 Majskij an Stalin, 23. 10. 1942, Ržeševskij, Stalin, S. 376.

70 Stalin an Majskij, 28. 10. 1942, in: ebd., S. 378.

Dieser Telegrammwechsel zwischen Stalin und seinem Botschafter in London, Majskij, blieb einzigartig. Er offenbart die Auswirkungen der ungleichen Kriegsführung. Diese verstärkte das in Moskau längst vorhandene Misstrauen gegenüber dem fremden, kapitalistischen Westen weiter. Tatsächlich wurden gegen Deutschland im Osten und im Westen mit ungleicher Intensität überwiegend getrennte Kriege geführt. Stalin war klug genug, seine Verärgerung niemals offen gegenüber Churchill und Roosevelt zu äußern. Er beschränkte sich darauf, die beiden Regierungschefs auf die schwierige militärische Lage der UdSSR aufmerksam zu machen.⁷¹ Beide reagierten darauf mit der Ankündigung verstärkter Hilfslieferungen.⁷² Dies änderte nichts an den Befürchtungen Stalins. Wie bereits bei der Revolutionsfeier im Jahr davor suchte er auch 1942 die Ursachen für die ausbleibenden Erfolge der Roten Armee bei den Westmächten:⁷³

Der Hauptgrund der taktischen Erfolge der Deutschen an unserer Front in diesem Jahr besteht also darin, dass das Fehlen einer zweiten Front in Europa ihnen die Möglichkeit gab, alle freien Reserven an unsere Front zu werfen und am südwestlichen Abschnitt ein großes Kräfteübergewicht zu erzielen. [Mit einer Zweiten Front hätte] die faschistische deutsche Armee schon im Sommer dieses Jahres vor der Katastrophe gestanden.

Ungeachtet seiner deutlichen Kritik äußerte Stalin bei dieser Gelegenheit nicht ohne drohenden Unterton Zuversicht darüber, dass die Westmächte ihren eigenen Interessen folgend die Zweite Front „früher oder später“ errichten würden.⁷⁴

Lend-Lease als Ersatz für die Zweite Front?

Die Hilfeleistungen der USA an die UdSSR im Rahmen der Lend-Lease-Gesetzgebung, die für die UdSSR seit 1942 als „unconditional aid-policy“ gewährt wurde, erstreckten sich nicht allein auf die Lieferung von Waffen und Kriegstechnik, sondern auf ein sehr breites Warensortiment. Aus der Sicht Roosevelts handelte es sich bei diesen Lieferungen und den dafür gewährten vorteilhaften Bedingungen zunächst weniger um einen Ersatz für die Zweite Front als vielmehr um

71 Vgl. Stalin an Churchill, 3. 10. 1942, in: BW, S. 86 und Stalin an Roosevelt, 7. 10. 1942, in: ebd., S. 496–497.

72 Vgl. Churchill an Stalin, 9. 10. 1942, in: BW, S. 88–89 und Roosevelt an Stalin, 9. 10. 1942, in: ebd., S. 497.

73 Stalin, Krieg, S. 66–85, hier S. 73. Sofort veröffentlicht in der *Pravda* am 7. 11. 1942.

74 Ebd., S. 66–85, hier S. 77. „Oft wird gefragt: Aber wird denn überhaupt noch die Zweite Front in Europa kommen? Ja sie kommt, früher oder später, aber sie kommt. [...] Unsere Verbündeten müssen unbedingt begreifen, dass nach dem Ausscheiden Frankreichs das Fehlen einer zweiten Front gegen das faschistische Deutschland für alle freiheitsliebenden Länder, darunter auch für die Verbündeten selbst, ein schlechtes Ende nehmen kann.“

ein Mittel zu deren Vorbereitung:⁷⁵ Vom Gesamtwert amerikanischer Hilfslieferungen in Höhe von 40,1 Milliarden Dollar gingen Waren im Werte von 31 Milliarden Dollar nach Großbritannien; die UdSSR erhielt Lieferungen im Werte von knapp 11 Milliarden Dollar.⁷⁶ Nur 4 Prozent der von den sowjetischen Streitkräften an der deutschen Front eingesetzten Waffen stellten die beiden westlichen Alliierten bereit. Dagegen erbrachten die amerikanischen Hilfslieferungen vor allem im nichtmilitärischen Bereich eine starke Unterstützung für die sowjetische Wirtschaft.⁷⁷

Der Anstieg der Hilfeleistungen für die UdSSR seit 1942 stand im Zusammenhang mit der stark angewachsenen Akzeptanz der sowjetischen Kriegsführung in der amerikanischen Öffentlichkeit. Nach einer Gallup-Umfrage im Januar 1943 befürworteten 90 Prozent aller befragten Amerikaner das Lend-Lease-Programm für die UdSSR. Sie verstanden, dass die Hilfslieferungen nicht nur den Sieg beschleunigten, sondern auch amerikanische Menschenleben schützten, urteilte einer der besten Kenner dieser Materie.⁷⁸ Wahrscheinlich fiel es in Moskau gerade wegen dieses Zusammenhangs schwer, die Lend-Lease-Lieferungen als Kompensation für das fehlende Engagement amerikanischer und britischer Landstreitkräfte in Europa zu akzeptieren.

Hinzu kam, dass die amerikanischen Hilfeleistungen erst seit 1943 in wirksamem Umfang in der UdSSR eintrafen, als die Rote Armee in Stalingrad bereits die Kriegswende eingeleitet und die sowjetische Waffenproduktion unübersehbare Erfolge erzielte. Auch weil das Hilfspaket der Alliierten nicht das Versprechen der Zweiten Front enthielt, sahen es Rotarmisten nur als kleinen Beitrag zum Kampf gegen Deutschland an.⁷⁹ Die sowjetische Regierung nahm die Hilfeleistungen zwar an, zeigte auch starkes Interesse an deren Ausweitung, schränkte jedoch die öffentlichen Informationen über diese Lieferungen auf ein Mindestmaß ein. Stattdessen dominierten in Presse und Rundfunk der UdSSR Klagen über das Fehlen der Zweiten Front. Seine Unzufriedenheit mit diesem Zustand thematisierte US-

75 Lawrence Aronsen/Martin Kitchen, *The Origins of the Cold War in Comparative Perspective. American, British and Canadian Relations with the Soviet Union, 1941–48*, London 1988, S. 12.

76 Albert Loren Weeks, *Russia's life-saver. Lend-lease aid to the U.S.S.R. in World War II*, Lanham, Md 2004, S. 25.

77 Richard Overy, *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Rußland*, München 2005, S. 664.

78 Herring, *Aid to Russia*, S. 90.

79 Merridale, *Iwans Krieg*, S. 182.

Botschafter Standley im März 1943 in der Öffentlichkeit. Vor amerikanischen und britischen Journalisten erklärte er:⁸⁰

You know, boys, since I've been here, I've been looking for evidence that the Russians are getting a lot of material help from the British and us ... but I've yet to find any evidence of that fact. The Russian authorities seem to want to cover up the fact that they are receiving outside help.

Gefragt nach den Gründen für das Verhalten der sowjetischen Behörden erklärte Standley: „They seem to be trying to create the impression that they are fighting the war alone.“⁸¹ Der Vorstoß des amerikanischen Botschafters führte zu einem partiellen Einlenken der sowjetischen Regierung: Die Moskauer Presse informierte über Standleys Erklärung; der Chef der Fernmeldeverwaltung der Roten Armee räumte die ausschlaggebende Bedeutung der Lieferung amerikanischer Feldtelefone für die sowjetische Artillerie ein.⁸² Obwohl sich feststellen lässt, dass die Lend-Lease-Lieferungen und vielleicht in noch stärkerem Maße die aus privaten Spenden finanzierten Hilfslieferungen ganz entscheidend dazu beitrugen, die fragilen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR zu wahren und eine kooperative Atmosphäre zwischen diesen beiden Staaten zu schaffen,⁸³ demonstrierte fast zur gleichen Zeit die Katyn-Krise, dass diese Hilfeleistungen zu keinerlei Rücksichtnahme der sowjetischen Außenpolitik auf die Interessen ihrer Bündnispartner führte.

Ihren Höhepunkt erreichten die amerikanischen Lieferungen zur Jahreswende 1943/1944. In den Monaten Dezember 1943 und Januar 1944 trafen jeweils mehr als 600 000 Tonnen Hilfsgüter in der UdSSR ein. Stalin räumte später ein, dass in den letzten Kriegsjahren etwa zwei Drittel aller Industriebetriebe nur mit amerikanischer Hilfe wiederaufgebaut werden konnten.⁸⁴ Doch genau in dem Moment, wo die Lend-Lease-Lieferungen ihren Höhepunkt erreichten, offenbarte sich zugleich ihre Einflusslosigkeit auf die sowjetische Außenpolitik: „By the end of 1944, the Red Army was in a position to dictate the political settlements in most of Eastern Europe and economic pressure would have been of no use whatever.“⁸⁵ Angesichts fehlender Chancen, mittels Wirtschaftshilfe auf die sowjetische Nach-

80 Standley, Ambassador, S. 752–755.

81 *Times* am 9. 3. 1943.

82 Unterredung zwischen Molotov und Standley, 10. 3. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 3, d. 30, Bl. 41–48, hier Bl. 44–48. *Izvestija*, 11. 3. 1943. A. Mal'kov (Stellv. Chef der Posthauptverwaltung der Roten Armee, Generalmajor) an Molotov, 11. 3. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 30, d. 348, Bl. 13–18.

83 Herring, *Aid to Russia*, S. 293.

84 Ebd., S. 115–116.

85 Ebd., S. 140.

kriegspolitik einwirken zu können,⁸⁶ kam es zu frustrierenden Erfahrungen im Westen. Die amerikanische Regierung vertraute (zu) wenig auf die langfristigen Effekte ihrer „unconditional aid-policy“, die sich nicht allein aus den ökonomischen und politischen Wirkungen, sondern ebenso aus den dabei entstandenen Kontakten zwischen Amerikanern, Briten und Russen ergaben.⁸⁷ Sie bestand seit 1945 unverändert auf Bezahlung aller nicht-militärisch genutzten Lend-Lease-Lieferungen (Lokomotiven, Trucks, Werkzeugmaschinen und industrielle Ausrüstungen), die 1947 mit einem Wert von 2,6 Mrd. Dollar veranschlagt wurden. Daraus entwickelte sich ein endloser sowjetisch-amerikanischer Disput über die Abwicklung der Hilfsleistungen während des Krieges. Erst 1972 erkannte die UdSSR einen Teil dieser Verpflichtungen an und erklärte sich zu einer Rückzahlung in Höhe von 722 Millionen Dollar bereit.⁸⁸

Instrumentalisierung der Zweiten Front

Soweit es die Quellen bisher erkennen lassen, basierten bis 1943 die sowjetischen Forderungen nach umgehender Errichtung der Zweiten Front auf dem Wissen um den Unwillen der Westmächte, eine solche zu diesem frühen Zeitpunkt zu errichten. Da es keine reale Grundlage für die Erwartung gab, Briten und Amerikaner könnten ihrerseits einen Vaterländischen Krieg gegen Deutschland beginnen – also ohne jede Rücksicht auf Opfer und unter dem Einsatz aller Mittel Kampfhandlungen mit Bodentruppen in Westeuropa eröffnen –, erfüllte die Forderung nach der Zweiten Front mehrere Funktionen. Sie drückte die Hoffnung auf Erleichterung der eigenen Kriegslasten aus, artikulierte einen propagandistischen Vorwurf an die Westmächte, fungierte aber auch als Hebel, andere Ziele zu erreichen, insbesondere materielle Hilfeleistungen einzufordern. Nicht zuletzt diente die Moskauer Polemik im Zusammenhang mit der Zweiten Front auch dazu, angesichts der im sowjetischen Alltag immer sichtbarer werdenden Unterstützung der Westmächte, „antiimperialistische“ Vorurteile in allen Gesellschaftsschichten wachzuhalten.⁸⁹

Während sich die militärische Lage der UdSSR seit Herbst 1942 stabilisierte und die Rote Armee eine neue Offensive vorbereitete, hielt Stalin unverändert an

86 Feis, Churchill, Roosevelt, Stalin, S. 645: „It was thought that Russia would find it very hard to manage after the war without the raw materials, chemicals, electrical and railway equipment that the United States could provide; and that the wish to secure these would induce it to want to keep American good will.“

87 William Hardy McNeill, *Amerika, Britain and Russia, Their Cooperation and Conflict 1941–1946*, London 1953, S. 748.

88 Herring, *Aid to Russia*, S. 301.

89 Boris V. Sokolov, *Pravda o Velikoj Otečestvennoj vojne*, Sankt-Peterburg 1998.

der Forderung nach einer Zweiten Front fest. Er erinnerte Churchill Ende November an seine vor wenigen Monaten in Moskau gegebene Zusage, „die Zweite Front in Westeuropa im Frühjahr 1943 zu errichten.“⁹⁰ In ähnlich drängender Weise wandte er sich wenig später auch an Roosevelt.⁹¹ Von den Ankündigungen der beiden Staatsmänner in Casablanca⁹² zeigte sich Stalin wenig beeindruckt. Zum 25. Jahrestag der Roten Armee bewertete er Ende Februar 1943 den Krieg gegen die deutschen „Eindringlinge“ als eine isolierte sowjetische Angelegenheit. Er hielt es demonstrativ nicht für nötig, die Westmächte auch nur zu erwähnen, vielmehr prägte er seinen Befehlsempfängern wie auch dem gesamten sowjetischen Volk ein: „Da keine Zweite Front in Europa besteht, trägt die Rote Armee die ganze Schwere des Krieges allein.“⁹³ Wenige Wochen zuvor, die schwere Niederlage der Deutschen Wehrmacht bei Stalingrad stand bereits fest, hatte Majskij überlegt:⁹⁴

Wer weiß, möglicherweise könnten wir als Erste in Berlin sein? Wohl eher nicht. Sobald die Alliierten sehen, dass die Rote Armee der deutschen Militärmaschinerie das Rückgrat bereits gebrochen hat und die Sache ihrem Ende entgegengeht, werden sie schnellstens eine Zweite Front errichten, um nicht verspätet in Berlin anzukommen. Und vielleicht helfen die Deutschen ihnen selbst dabei, um eine Besetzung Deutschlands ausschließlich durch unsere Truppen zu vermeiden. Es würden sich schon irgendwelche Deutschen vom Schlege eines Darlan⁹⁵ finden.

Diese Gedanken übermittelte er in sarkastischer Diktion nach Moskau:⁹⁶

90 Stalin an Churchill, 27. 11. 1942, in: BW, S. 100–101. in: BW, S. 102–103. Am 6. 12. 1942 wiederholte Stalin: „Ich sehe Ihrer Antwort auf den Abschnitt meiner vorangegangenen Botschaft entgegen, der die Errichtung der zweiten Front in Westeuropa im Frühjahr 1943 betrifft.“ Vgl. BW, S. 102–103.

91 Stalin an Roosevelt, 14. 12. 1942, in: BW, S. 506: „Ich darf auch meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass die Zeit nicht ungenutzt verstreichen wird und die von Ihnen, Herr Präsident, und von Herrn Churchill gegebenen Versprechen, die Zweite Front in Europa im Jahre 1942 oder spätestens im Frühjahr 1943 zu errichten, erfüllt werden und die Zweite Front in Europa auch wirklich im Frühjahr des kommenden Jahres ... geschaffen wird.“

92 Roosevelt hatte auf einer Pressekonferenz die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verkündet und Churchill hatte unter vielen Vorbehalten die „Kanalüberquerung“ für August oder September angekündigt, vgl. Churchill an Stalin, 12. 2. 1943, BW, S. 117.

93 Stalin, Krieg, S. 97–106: Stalins Befehl-Nr. 95 vom 23. 2. 1943, hier S. 104.

94 Tagebucheintrag Majskijs, 24. 1. 1943, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 10, Bl. 27.

95 Zur sowjetischen Position zum früheren Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, Admiral Darlan, vgl. S. 230.

96 Majskij an Molotov, 13. 2. 1944, in: UdF 1, S.98–99.

Einerseits möchte die britische Regierung die Eröffnung der Zweiten Front auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, um den Augenblick abzuwarten, bis die Rote Armee die ganze Hauptarbeit leistet und der deutschen Militärmaschinerie das Rückgrat bricht. [...] Wenn jedoch andererseits die Engländer (und Amerikaner) in ihrem Bestreben nach „Bequemlichkeit“ die Schaffung der Zweiten Front im Westen zu lange hinauszögern, könnten sie den richtigen Moment verpassen und es damit der Roten Armee ermöglichen, vor den Alliierten in Berlin anzukommen. Davor haben die Anglo-Amerikaner furchtbare Angst. Es fehlte nur noch, die UdSSR würde Europa „bolschewisieren“.

Majskij kam mit dieser Einschätzung den Überlegungen anglo-amerikanischer Militärs und Politiker um mehrere Monate zuvor, die erst nach dem Scheitern der deutschen Sommeroffensive, der Landung in Italien und den erfolgreichen Luftangriffen auf Deutschland seit August 1943 in ihre strategischen Planungen den teilweisen bis kompletten Zusammenbruch der deutschen Kampffähigkeit einkalkulierten (Rankin A, B und C).⁹⁷ In einer Besprechung mit den Vereinigten Militärischen Staatschefs (JCS) am 19. November 1943 rechnete Roosevelt mit einer „railroad invasion of Germany with little or no fighting.“⁹⁸

Die Gedanken Alfred Kurellas bewegten sich noch im Frühjahr 1943 (Moskau hatte gerade die deutschen Katyn-Meldungen attackiert) in eine ähnliche Richtung wie die des sowjetischen Botschafters: „Schließlich ist da auch noch die Zweite Front. Selbst wenn Amerika sich auch nur darum dazu entschließt, sie anzufan-

97 Maurice Mattloff, *Strategic Planning for Coalition Warfare, 1943–1944*, S. 225–227, hier S. 226: *Rankin A* bezeichnete den Fall einer beträchtlichen Schwächung der deutschen Widerstandskraft; *Rankin B* der deutsche Rückzug aus den besetzten Gebieten. „In case of *Rankin C* ... the object was to occupy as quickly as possible areas from which the Allies could enforce the terms of unconditional surrender imposed by their governments on Germany. Under the general direction of the Supreme Allied Comander, France, Belgium and the Rhine Valley from the Swiss frontier to Dusseldorf were to be under the control of the U.S. forces, with British representation in the liberated countries; Holland, Denmark, Norway, and northwest Germany from the Ruhr Valley to Lubeck were to compose an area under the control of the British forces with American representation in the liberated countries.“ Vgl. dazu auch Henke, *Deutschland*, S. 98–104 und 205, der davon ausgeht, dass vom Sommer 1943 bis zum Spätsommer die amerikanischen Vorbereitungen auf die Besetzung Deutschlands von dem Axiom geleitet wurden, „das Deutsche Reich werde unter dem wachsenden Druck an allen Fronten und unter dem Eindruck des forcierten Bombenkrieges den Kampf einstellen oder zusammenbrechen, ehe die alliierten Invasionsstreitkräfte die deutsche Grenze überschritten“ hätten. Zum Wissen der Moskauer Führung über die amerikanisch-britischen Rankin-Planungen vgl. unten, S. 381, Anm. 4.

98 Besprechung Roosevelts mit den Vereinigten Stabschefs, 19. 11. 1943, DzD I, 4, S. 648–651. Die Äußerungen Roosevelts fielen im Zusammenhang mit der Ablehnung der britischen Pläne für die Einteilung der militärischen Besatzungszonen in Deutschland.

gen, damit wir nicht zu nahe an Deutschland heran (Polen!) oder gar hineinkommen, würde sie objektiv einen katastrophalen Zusammenbruch Deutschlands heraufbeschwören.“⁹⁹

Angesichts des unveränderten Zögerns der Westmächte fasste Stalin gegenüber Churchill seinen Ärger in deutliche Worte:¹⁰⁰

Ich erkenne die Schwierigkeiten an. Nichtsdestoweniger erachte ich es für notwendig, im Interesse unserer gemeinsamen Sache mit allem Nachdruck vor der *großen Gefahr* zu warnen, die eine weitere Verzögerung der zweiten Front in Frankreich in sich birgt. Deshalb ruft die Unbestimmtheit Ihrer Erklärung hinsichtlich des anglo-amerikanischen Angriffs über den Kanal Besorgnis in mir hervor, die ich nicht verschweigen darf.

Roosevelt betrieb in diesen Monaten eine Doppelstrategie. Während er sich einerseits um die Wahrung der Anti-Hitler-Koalition und insbesondere um eine persönliche Begegnung mit Stalin bemühte, blieb er andererseits auf die völlige Autonomie seiner militärischen Entscheidungen bedacht, die er allein mit seinen militärischen Stabschefs und den Briten abstimmt. Im Mai 1943 überließ er es dem Chef des Vereinigten Generalstabs, George Marshall, eine Mitteilung vorzubereiten, um den sowjetischen Regierungschef über die bereits beschlossenen Pläne der Westalliierten für 1943/44 zu informieren. Im Kern liefen sie auf eine erneute Verschiebung aktiver Kampfhandlungen in Frankreich hinaus.¹⁰¹ Diese Entscheidung brachte die Anti-Hitler-Koalition an den Rand des Zerbrechens. Ein enger Vertrauter Roosevelts urteilte später, es sei ein Glück gewesen, dass Hitler nicht wusste, wie schlecht es um die Beziehungen der Alliierten in diesem Moment stand, denn ein Bruch der Allianz sei seine einzige Hoffnung gewesen, doch noch sein Überleben zu sichern.¹⁰² Obwohl Churchill den Entwurf Marshalls bereits am 26. Mai 1943 bestätigte, ließ Roosevelt mehr als eine Woche vergehen, ehe er das Schreiben weiterleitete. Der amerikanische Botschafter übergab es am späten Abend des 4. Juni an Stalin in einem Luftschutzbunker tief unter dem Kreml, während deutsche Kampfflugzeuge Moskau angriffen. Der *Vožd'* zeigte sich nicht überrascht und stellte seine Antwort innerhalb von zwei bis drei Tagen in Aussicht.¹⁰³ Darin drückte er seine Haltung deutlich aus:¹⁰⁴

99 Kurella an Cohn-Vossen, 18. 4. 1943, in: Kurella, Briefwechsel, S. 502–509. Die erste Meldung des Sovinformbjuros zu Katyn erschien am 16. 4. 1943.

100 Stalin an Churchill, 15. 3. 1943, in: BW, S. 132–133. Im gleichen Sinne äußerte sich Stalin am 16. 3. 43 auch gegenüber Roosevelt, vgl. ebd., S. 525.

101 Churchill an Roosevelt, 26. 5. 1943, in: Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 217–218.

102 Sherwood, Roosevelt, S. 734.

103 Roosevelt an Stalin, 2. 6. 1943, in: Butler, Roosevelt and Stalin, S. 136–138. Roosevelt übermittelte eine Kopie dieses Schreibens an Churchill. Zur Reaktion Stalins vgl. den Be-

Die Sowjetregierung betrachtet es als *unmöglich*, sich dieser Entscheidung anzuschließen, die außerdem noch ohne ihre Teilnahme und ohne den Versuch herbeigeführt worden ist, diese sehr wichtige Frage gemeinsam zu erörtern, und die schwerwiegenden Folgen für den weiteren Verlauf des Krieges haben kann.

Wenige Tage später verstärkte er gegenüber Churchill diese Feststellung und erinnerte den Premierminister an die elementare Tatsache, dass es bei der Zweiten Front um die Rettung von Millionen Menschenleben gehe:¹⁰⁵

Es bedarf keiner Worte, dass sich die Sowjetregierung mit einer solchen Missachtung der lebenswichtigen Interessen der Sowjetunion im Krieg gegen den gemeinsamen Feind *nicht abfinden* kann. [...] Man darf nicht vergessen, dass es darum geht, Millionen von Menschenleben in den besetzten Gebieten Westeuropas und Russlands zu retten und die gewaltigen Opfer der sowjetischen Armeen zu verringern, im Vergleich zu denen die Opfer der anglo-amerikanischen Truppen unbedeutend sind.

Stalins Hinweis auf die Bedeutung der Zweiten Front für die Menschen, deren Leben die Nationalsozialisten unmittelbar bedrohten, war für die sowjetische Öffentlichkeit nicht neu und zu diesem Zeitpunkt lediglich ein Argument zur Durchsetzung sowjetischer Interessen. Rückblickend muss jedoch festgestellt werden, dass durch die späte Errichtung der Zweiten Front – die seit Mitte 1943 möglich gewesen wäre¹⁰⁶ – nicht nur über das Leben von Millionen Menschen in Deutschland und den besetzten Gebieten, sondern auch über die Zukunft Deutschlands und Osteuropas entschieden wurde.¹⁰⁷

Auch wenn seit der schnellen Zerschlagung der deutschen Sommeroffensive 1943 durch die Rote Armee die Forderung nach Errichtung der Zweiten Front ihre unmittelbare militärische Brisanz für die Verteidigung der UdSSR verloren hatte, wurde sie doch unverändert aufrechterhalten. Der Kampf um diese Front blieb ein Mittel, die befürchtete Verständigung der Deutschen mit den West-

richt von Standley an Roosevelt, 5. 6. 1944, in: Ebd., S. 136. Hervorhebung nicht im Original.

104 Stalin an Roosevelt (o.D.), 11. 6. 1943, BW, S. 538–540.

105 Stalin an Churchill, 24. 6. 1943, in: BW, S. 171–175, hier S. 174–175. Hervorhebung nicht im Original.

106 Boog, *Anti-Hitler-Koalition*, S. 38: „Objektiv gesehen waren weder Briten noch Amerikaner vor Mitte 1943 zur Errichtung einer Zweiten Front auf dem europäischen Kontinent in der Lage.“

107 Vgl. dazu die Feststellung des Chefs der polnischen Exilregierung Sikorski gegenüber Roosevelt: „... würde die Landung [der Alliierten] auf Deutschland selbst ausgedehnt, dann könnte sie tatsächlich den Krieg beenden und damit die sowjetische Hegemonie über den europäischen Kontinent vermeiden.“ (zit. nach Wojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980, S. 76).

mächten zu verhindern. Im Sommer 1943 erinnerte der Militärkommentator der Pravda, Michail Galaktionov, daran, dass von deren Errichtung der „endgültige Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus“ abhängt.¹⁰⁸ Die Zweite Front, die von britischen und amerikanischen Militärs die Tarnbezeichnung „Overlord“ erhalten hatte, stand auch im Mittelpunkt der Teheraner Beratungen der drei Staats- und Regierungschefs am Ende des Jahres 1943. Stalin bestand nicht nur auf der Festlegung eines konkreten Termins, sondern auch auf der Benennung eines Oberkommandierenden der vereinten westalliierten Streitkräfte.¹⁰⁹

Selbst als die Zweite Front bereits Wirklichkeit geworden war, zerstreute sich das sowjetische Misstrauen nicht. Im Oktober 1944 hatte eine Umfrage, die der Direktor des US-Office of Strategic Service unter sowjetischen Bürgern durchführen ließ, welche in offiziellen Funktionen in Washington arbeiteten, deren Furcht vor „Appeasement“-Tendenzen in den angelsächsischen Ländern offenbart. Die nach strengen Kontrollen auserwählten sowjetischen Mitarbeiter in den USA befürchteten, „starke Finanzgruppen in Deutschland und den westlichen Ländern könnten aus Gründen gemeinsamer antikommunistischer Gefühle alliierte Absprachen für eine künftige Friedensregelung torpedieren.“¹¹⁰

2. Die sowjetische Westgrenze als Konfliktstoff

Mit der Einleitung der Kriegswende im Winter 1941/42 stieg in der amerikanischen und britischen Öffentlichkeit die Sorge um die Zukunft der baltischen Staaten. Anlass war die Forderung Stalins an seine Koalitionspartner, die Grenzen der UdSSR anzuerkennen, die 1939/40 zu Lasten Polens, Finnlands, der baltischen Staaten und Rumäniens ausgeweitet worden waren. Unausgesprochen stand dahinter die Furcht vor einem während und nach dem Kriege eigene Ziele und Interessen verfolgenden Koalitionspartner.

Auf entgegengesetzte Weise schienen sich nach dem 22. Juni 1941 für alle durch die UdSSR geschädigten Länder Möglichkeiten zu bieten, Unrecht zu korrigieren. Finnland und Rumänien, die sich an der Seite Deutschlands am Krieg gegen die UdSSR beteiligten, hofften auf eine gewaltsame Lösung. Die Exilregie-

108 M. Galaktionov, *Kakogo že dejstvitel'noe položenie?*, in: VIRK, 1943, 7.

109 Vergleiche die Diskussion auf der ersten und zweiten Sitzung der Regierungschefs am 28. und am 29. 11. 1943 sowie die militärischen Konferenzbeschlüsse, SAIK 2, S. 81–84, 100–104 und 143.

110 Fleischhauer, *Sonderfrieden*, S. 264–265 zit. William J. Donovan, Direktor des Office of Strategic Services (OSS), an Roosevelt, 18. 10. 1944.

rungen Polens und der baltischen Staaten bauten auf die Macht der Westmächte, um ihre Rechte durchzusetzen. Während sich dafür im Fall der polnisch-sowjetischen Grenze durch einen Gebietsaustausch zu Lasten Deutschlands eine Kompromissmöglichkeit zu bieten schien, schied eine solche Lösung für die baltischen Staaten von vornherein aus. Die Kontroverse um das Schicksal der baltischen Staaten offenbarte die unveränderte Ohnmacht der Westmächte, die in der Atlantik-Charta deklarierten Grundsätze der internationalen Politik gegenüber der UdSSR durchzusetzen. Washington und London waren weder in der Lage, für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten und die Wiederherstellung der polnischen Ostgrenze von 1939 vorzeitig mit Bodentruppen gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen; noch waren sie bereit, durch entsprechende Forderungen den Bruch der Anti-Hitler-Koalition zu riskieren.

Die britische Position

Eden und der ihn begleitende Cadogan verließen im Dezember 1941 Moskau mit der Überzeugung, dass die UdSSR einen auch die Nachkriegszeit einschließenden Bündnisvertrag mit Großbritannien anstrebe, ihn jedoch nicht eher unterzeichnen werde, ehe die britische Regierung die Grenzen der UdSSR von 1941 anerkenne.¹¹¹ Eden war zu Kompromissen unter Einbeziehung der USA bereit. Er äußerte sich im britischen Rundfunk voller Optimismus zu den drei gemeinsamen Zielen: Erstens Deutschland niederzuringen, zweitens eine erneute Friedensstörung durch Deutschland zu verhindern und drittens einen dauerhaften Frieden zu sichern.¹¹² Dem Kriegskabinett und dem in Washington weilenden Premierminister erklärte Eden, Stalin betrachte die Anerkennung der sowjetischen Grenzen von 1941 als Feuerprobe für den guten Willen seines neuen Verbündeten. Der britische Außenminister war aus zwei Gründen bereit, die Realitäten anzuerkennen. Einerseits stand für ihn fest, dass die Russen um einen gemeinsamen Sieg zu erreichen bis nach Deutschland vordringen müssten. Andererseits sah er die Gefahr, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt noch mehr verlangen könnten.¹¹³

111 Eden, *Memoirs*, S. 302–303 und *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945*, London 1971, S. 422.

112 *The Times*, 5. 1. 1942, S. 3: *Vital Talks In Moscow. Mr. Eden On His Visit*. Vgl. auch *New York Times*, 5. 1. 1942, S. 6: *Eden, Stalin Vowed Unity After Peace*. Die deutsche Propaganda erklärte dazu: „Wege und Ziele der englischen Oligarchie und der bolschewistischen Diktatur liefen seit längerer Zeit parallel. Beide hätten schon vor 1939 einen Vernichtungskrieg gegen Deutschland geplant.“ Vgl. AdG, S. 5351-A.

113 Gardner, *Spheres*, S. 115, Bericht Edens an das War Cabinet und Churchill (Washington), 1. 1. 1942: „[I]f we won the war, Russian forces would probably penetrate into Germany, and that at a later day she might well want more than her 1941 frontiers.“

Edens Position fand in der britischen Öffentlichkeit Unterstützung durch die Times. E.H. Carr, eine durch seinen Einsatz für die Appeasement-Politik weit über die akademische Welt und die britischen Inseln hinaus bekannte Persönlichkeit und Leitartikler dieser Zeitung, teilte Edens Überlegungen und begründete sie konzeptionell. Carr wollte das Bündnis mit Russland zum Bollwerk der britischen Politik machen. Großbritannien müsse gemeinsam mit der Sowjetunion die Führung übernehmen, um für alle Völker Europas Sicherheit nach dem Krieg zu schaffen. Deshalb sei es wünschenswert, dass noch während des Krieges die zukünftige Organisation Europas zwischen den verantwortlichen Staatsmännern beider Staaten diskutiert werde.¹¹⁴ Um sich im Voraus gegen den Vorwurf zu verteidigen, er befürworte eine Appeasement-Politik gegenüber Stalin, grenzte sich der Mitherausgeber der Times öffentlich gegenüber jeder eigenmächtigen Machtpolitik der UdSSR ab. Eine solche sei mit der Sicherheit aller Staaten in Europa und der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft unvereinbar.¹¹⁵ Doch hinter dieser klaren Feststellung verbarg sich für Carr ein Dilema:¹¹⁶

If we agree in advance to specific solutions proposed by Russia, we shall by implication be committed to defend the justice of these solutions and their compatibility with the Atlantic Charter. If we oppose specific solution, we are violating the fundamentals of a sound foreign policy: (a) by protesting against things which we shall be powerless to prevent, and (b) by offending a Power whose collaboration is vital to us.

In diesem Konflikt entschied sich Carr gegen das, was er eine Verletzung grundlegender Prinzipien einer vernünftigen Politik nannte. Wie zu jener Zeit viele, wahrscheinlich auch Eden, sah er Russlands Macht wachsen. Trotz des von ihm erwarteten Vorstoßes der Roten Armee bis nach Berlin, rechnete Carr zugleich auch mit einer schnellen Rekonstruktion des deutschen Machtpotentials. Um die sich daraus für Großbritannien ergebende doppelte Gefahr abzuwenden, forderte er, Deutschland und die Macht im Osten auszubalancieren. Dafür war er zu weitgehenden Zugeständnissen bereit: Man müsse Russland freie Hand in Osteuropa geben, wenn man es als dauerhaften Verbündeten gegen Deutschland gewinnen wolle.¹¹⁷

114 *The Times*, 6. 1. 1942, S. 5: Russia and Europe.

115 Ebd.

116 Jonathan Haslam, *The Vices of Interfrity*. E.H. Carr 1892–1982, London 1999, S. 94: Memorandum von Carr an Frank Roberts (im Foreign Office zu dieser Zeit zuständig für die baltischen Staaten), 16. 1. 1942.

117 Memorandum von E.H.Carrs für den Herausgeber der *Times* zur britischen Politik gegenüber der UdSSR, o.D. [15. 1. 1942]: „After the war Russian forces will probably march west at least as far as Berlin and dispose of Eastern Europe as they think fit.“ In: Donald

Churchill widersprach unter dem Eindruck seiner Washingtoner Gespräche am Jahreswechsel 1941/42 allen derartigen Überlegungen. Diese wurden zwar von Eden geteilt, blieben allerdings innerhalb des Foreign Office nicht unwidersprochen.¹¹⁸ Der Premierminister war sich nicht nur der Unterstützung Roosevelts, sondern auch der im Ergebnis des Krieges wachsenden militärischen und wirtschaftlichen Macht der USA sicher.¹¹⁹ Ähnlich wie wenig später amerikanische Politiker lehnte Winston Churchill bereits am 8. Januar 1942 eine formelle Anerkennung der sowjetischen Westgrenze mit einem grundsätzlichen Verdikt gegen die sowjetische Politik ab: „We have never recognised the 1941 frontiers of Russia except de facto. They were acquired by acts of aggression in shameful collusion with Hitler. The transfer of the peoples of the Baltic States to Soviet Russia against their will would be contrary to all the principles for which we are fighting this war and would dishonour our cause. This also applies to Bessarabia and to Northern Bukovina, and in a lesser degree to Finland, which I gather it is not intended wholly to subjugate and absorb.“¹²⁰

Zu diesem moralischen Urteil kam der Premierminister allerdings erst, nachdem die UdSSR fest in den Kampf gegen Deutschland eingebunden und die USA an der Seite Großbritanniens in den Krieg eingetreten war.

McLachlan, In the Chair, Barrington-Ward of *The Times* 1927–1948, London 1971, S. 221–222.

118 Vgl. dazu Stellungnahme von Sargent vom 20. 1. 1942 zu dem oben zitierten Memorandum von E.H. Carr: „Surely it is clear that if we are to establish a sincere and fruitful system of cooperation with the Soviet Government this must be based on the result of close bargaining in which we shall try to maintain all our rights and interests, and not on a series of abdications such as Mr. Carr seems to contemplate. Such a policy of appeasement would, I am sure, defeat its own ends. In any case it would be altogether too disingenuous to think that we could successfully hoodwink the Americans and placate the Russians by means of the particular formula of abdication proposed by Mr. Carr in his memorandum.“, zit. in: Rothwell, Cold War, S. 94.

119 Gardner, Spheres, S. 115, Telegramm Churchills an Eden, 8. 1. 1942: „It seems probable ... that the United States and the British Empire, far from being exhausted, will be the most powerfully armed and economic bloc the world has ever seen, and that the Soviet Union will need our aid for reconstruction far more than we shall then need theirs.“ Vgl. auch DzD I, 3, S. 25, Anm.1. Dort fehlt dieser Satz, da ihn W. S. Churchill in seiner nachträglichen Bearbeitung für sein Erinnerungswerk gestrichen hatte (The Second World War, Vol. III, S. 615).

120 Churchill an Eden, 8. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 25, Anm. 1.

*

Noch zwei Jahre zuvor hatte Churchill als Erster Lord der Admiralität eine entgegengesetzte Position vertreten, um die „freundschaftliche Neutralität“ der UdSSR für Großbritannien zu gewinnen.¹²¹ Entgegen der offiziellen Verurteilung des Vorgehens der UdSSR durch die britische Regierung,¹²² äußerte Churchill damals nicht nur Verständnis für den sowjetischen Einmarsch in Polen, sondern hielt diesen auch für notwendig. Im britischen Rundfunk hatte er bereits am 1. Oktober 1939 erklärt:¹²³

Russia had pursued a cold policy of self-interest. We could have wished that the Russian armies should be standing on their present line as the friends and allies of Poland instead of as invaders. But that the Russian armies should stand on this [new] line was clearly necessary for the safety of Russia against the Nazi menace.

Vier Wochen später schloss sich der damalige britische Außenminister, Lord Halifax, im britischen Oberhaus dieser Position an:¹²⁴

The last thing he would wish to do would be to defend the action of the Soviet Government at the particular time at which they took it. But it was right to remember two things. They would never have taken that action if the German Government had not started it – (hear, hear) – and set the example for it when they invaded Poland without any declaration of war. Secondly, it was worth recalling that the action of the Soviet Government had been to ad-

121 Auf den machtpolitischen Hintergrund des Positionswandels Churchills spielte der Privatsekretär des britischen Außenministers an, als er Anfang Januar 1942 notierte: „Winston is au fond a diehard imperialist. He not only hates the Bolsheviks but is jealous of them because of their bigger and more successful armies.“ Vgl. Tagebucheintrag Harveys, 8. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 24–25.

122 Statement by the British Ministry of Information, 19. 9. 1939: „This attack made upon Great Britain’s ally at a moment when she is prostrate in face of overwhelming forces brought against her by Germany cannot in the view of His Majesty Government be justified by the arguments put forward by the Soviet Government.“ (Polonsky, Polish question, S. 72).

123 Roberts, Stalin S. 33. Ernst Nolte stellte in Bezug auf Churchills Position zur Veränderung der sowjetischen Westgrenze 1939 fest: Der Premierminister „wußte genau, daß die Ostgrenzen Polens [von 1921–1939, J.L.] durch Gewalt zustandegekommen war und durchaus nicht der Linie entsprachen, die der englische Außenminister Lord Curzon 1920 vorgeschlagen hatte. Stalin wiederum konnte auf einen Gewinn nicht verzichten, der unter ethischer Perspektive so gerecht war, wie überhaupt in der Gemengelage Osteuropas irgendeine Veränderung territorialer Art gerecht sein konnte.“ Vgl. Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 170.

124 Polonsky, Polish question, 73–74: Extract form a speech in the House of Lords, 28. 10. 1939.

vance the Russian boundary to what was substantially the boundary recommended at the Versailles conference by Lord Curzon, who was then Foreign Secretary.

Eine ähnlich realpolitische Position vertrat Churchill damals auch in Bezug auf die Zukunft der baltischen Staaten. Anfang Oktober 1939 – noch mehr als ein halbes Jahr vor der tatsächlichen Auslöschung deren staatlicher Existenz –, erklärte Churchill dem sowjetischen Botschafter, er sei glücklich darüber, „dass die baltischen Staaten in unser Land [die UdSSR] und nicht in das deutsche Staatensystem eingegliedert werden“.¹²⁵ Diese Äußerung deckte sich mit dem Auftreten Churchills im britischen Kabinett, wo er am 16. November 1939 den Standpunkt vertreten hatte, dass die Anwesenheit russischer Truppen in den baltischen Staaten und in Finnland vorteilhaft für Großbritannien sei. In diesem Zusammenhang hielt es Churchill für „zweifellos“ verständlich, dass die sowjetische Regierung versuche, aus der im Herbst 1939 gegebenen Situation Vorteile zu ziehen, um einen Teil der Territorien wiederzugewinnen, die Russland im letzten Krieg, als es ein Verbündeter Frankreichs und Großbritanniens war, verloren habe.¹²⁶ Als dann die baltischen Staaten im Sommer 1940 nicht nur in das Staatensystem, sondern in den Staatsverband der UdSSR eingegliedert worden waren, mahnte der als Botschafter nach Moskau entsandte Stafford Cripps: „The United States of America can still no doubt afford to antagonize the Soviet Government by adopting a moral attitude upon the question for the incorporation of those States, though I am inclined to believe that any major State faced by the danger of German attack, as is Russia today, would have adopted some expedient to occupy the Baltic States before Germany could use them as a base for attack.“¹²⁷

Bisher ist kein Hinweis bekannt, dass Stalin im Herbst 1939 oder im Sommer 1940 prüfen ließ, ob auf Grundlage dieser Erklärungen eine formelle Anerkennung der Grenzveränderungen in Osteuropa möglich gewesen wäre.

*

Eden hatte sich im Januar 1942 durch die Einwände seines Premierministers nicht umstimmen lassen. Doch auch er suchte nun nach einer Lösung, die eine Aner-

125 Telegramm Majskijs, 6. 10. 1939, in: Ržeševskij, Stalin, S. 12.

126 Gardner, Spheres, S. 66.

127 Cripps an Halifax, 4. 8. 1940, in: Gardner, Spheres, S. 79. Cripps vertrat diese Position auch später, vgl. Thurston an State Department, 5. 1. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 490–491: „It is Cripps’ opinion therefore that an understanding should be reached with the Soviets by Great Britain, with the acquiescence of the United States, with respect to frontiers. He believes that this agreement must in the nature of things be based on full recognition of the Soviet claims to the three Baltic States, Bessarabia and Moldavia, and bases in Finland.“

kennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR umging, dafür aber die USA einband. Seine Argumente für ein britisch-sowjetisches Zusammengehen fasste er Ende Januar in einer Kabinettsvorlage zusammen. Zutreffend ging Eden davon aus, dass die zukünftige Ausrichtung der sowjetischen Politik vom Verlauf des Krieges und davon abhinge, wie der Krieg beendet werde:¹²⁸

If the defeat of the German armies is brought about chiefly by the action of the Soviet forces before the war potential of Great Britain and America is fully developed, Russia's position on the European continent will be unassailable.

Eden befürchtete für den Fall eines sowjetischen Siegs über Deutschland die Errichtung kommunistischer Regime in der Mehrheit der europäischen Staaten. Auch wären die Russen in der Lage, die deutschen Fabriken für den Wiederaufbau der eigenen Industrie zu plündern. Auf diese Weise, so befürchtete er, könnte es Stalin gelingen, dass die UdSSR nicht mehr der Unterstützung durch die Westmächte bedürfe. Dies würde der Sowjetunion eine Politik frei von fast aller Rücksichtnahme ermöglichen. Daraus schlussfolgerte der britische Außenminister nüchtern:¹²⁹

[C]ommon prudence requires that we should lay our plans on the assumption that if we want Russia's collaboration after the war we shall have to be prepared to make such a policy advantageous to her.

Ein derartiger Politikansatz war weniger von Fatalismus¹³⁰ oder „Selbsttäuschung“¹³¹ als vielmehr von Pragmatismus gekennzeichnet. Der Außenminister warnte wenig später, die Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR nicht anzuerkennen werde Stalin als Zeichen fehlender Kooperationsbereitschaft werten und sein Misstrauen verstärken. Er würde darin den Wunsch der Briten und Amerikaner sehen, Russen und Deutsche sollten sich gegenseitig erschöpfen.¹³² Doch Edens Warnung fand vor allem jenseits des Atlantiks wenig Gehör.

128 Edens Memorandum „Politik gegenüber Russland“ lag dem Kriegskabinet am 28. 1. 1942 vor. Veröffentlicht in: DzD I, 3, S. 73–78. Diese Überlegungen, die auch für einen umgehenden Beginn britisch-amerikanischer Kampfhandlungen auf dem europäischen Kontinent sprachen, wurden im Februar 1942 an die amerikanische Regierung übermittelt. Vgl. FRUS 1942, III, S. 513–521, hier S. 517–518.

129 Ebd.

130 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 121.

131 O'Sullivan, Stalins ‚Cordon Sanitaire‘, S. 151.

132 Eden an Halifax, 10. 3. 1942, in: DzD I, 3, S. 203–204.

Der Primat der amerikanischen Position

Die USA verharteten auf ihrer unverändert ablehnenden Position gegenüber allen nach dem 1. September 1939 vollzogenen Grenzveränderungen. In Washington betrachteten viele die sowjetischen Grenzen von 1941 als illegitimes Ergebnis von Gewaltanwendung und fürchteten eine Fortsetzung der sowjetischen Expansion im Ergebnis eines Sieges über Deutschland. Gegen diese Befürchtungen wandte sich auf ihre Weise die *New York Times*. Gekennzeichnet als inoffizielle Informationen berichtete sie über die Vorschläge Stalins zur Grenzfrage und bewertete diese als sowjetischen Verzicht auf territoriale Aspirationen außerhalb Bessarabiens und der baltischen Staaten. Der Artikel hob ausdrücklich hervor, dass die UdSSR keine Ansprüche auf die Dardanellen erhebe, sondern sogar zu Zugeständnissen an die Türkei bereit sei.¹³³ Die Möglichkeit, die Anerkennung der sowjetischen Grenze im Rahmen einer weitergehenden Abstimmung von Nachkriegsfragen sofort dreiseitig zu besprechen, wurde im Foreign Office zwar erwogen¹³⁴ und sogar der amerikanischen¹³⁵ und sowjetischen¹³⁶ Seite vorgeschlagen, aber keine der beiden angesprochenen Mächte griff diesen Vorschlag auf. Die UdSSR und die USA beargwöhnten sich bereits während des Krieges hinter einer Fassade äußerlicher Freundlichkeiten¹³⁷ als künftige weltpolitische Kontrahenten.

Der amerikanische Außenminister verharrte auf einer strikt ablehnenden Position. Er war überzeugt, dass jedes Eingehen auf territoriale Forderungen der Sowjetunion nur zu einer vorübergehenden Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR führen würde. Hull fürchtete weitere sowjetische Forderungen nach Grenzveränderungen oder Einflussphären:¹³⁸

There is no doubt that the Soviet Government has tremendous ambitions with regard to Europe and that at some time or other the United States and Great Britain will be forced to state that they cannot agree, at least in advance, to all of its demands.

133 *New York Times*, 15. 1. 1942, S. 9: Russia held to have no Dardanelles Aim.

134 Tagebucheintrag von Harvey 6. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 25, Anm. 1: „A.E.’s idea is, if P.M. agrees, to sign the proposed treaty with Soviets including required reference to 1941 frontiers, and then to proceed to tripartite discussion with U.S.A. on general frontier question for Europe.“

135 Vgl. Memorandum des Foreign Office für Winant 25. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 160–162.

136 Majskij an Molotov, 27. 3. 1942: AVP RF f. 059, op. 1, p. 429, d. 3852, Bl. 184–185.

137 So versicherte Stalin dem britischen Premierminister am 8. 1. 1942, den Kritik der *Pravda* an der amerikanischen Kriegsführung im Pazifik verärgert hatte: „Die Sowjetregierung ihrerseits tut alles und wird selbstverständlich auch in Zukunft alles tun, um die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen weiter zu festigen.“ (BW, S. 48).

138 Hull an Roosevelt, 4. 2. 1942, in: DzD, 1, 2, S. 118–124, hier S. 123.

Der Chef des State Department ging stillschweigend davon aus, dass die UdSSR eine ablehnende Position unmöglich mit Gegenmaßnahmen beantworten könne und forderte den Präsidenten auf, eine feste Position zu beziehen. Hull begründete dies ausdrücklich mit der notwendigen Rücksichtnahme auf die kleineren Staaten und mit der Verteidigung der Atlantik-Charta. Auch die Furcht vor einer Ausbreitung des Bolschewismus, die viele Staaten hegten, die seit Januar 1942 die Deklaration der „Vereinten Nationen“ unterzeichnet hatten, spielte für den amerikanischen Außenminister dabei eine Rolle.¹³⁹

Mit oder ohne Wissen dieser schroffen Stellungnahme Hulls ging in London das Ringen um eine Antwort an Stalin weiter. Das Kriegskabinetts war geteilter Meinung. Der Vorsitzende von Labour, Clement Attlee, widersprach mit dem schärfsten Argument. Der Entwurf Edens sei gefährlich, da er den Zielen Hohn spreche, für die Großbritannien kämpfe. Ebenso ablehnend äußerte sich Bevin.¹⁴⁰ Lediglich Beaverbrook stimmte zu.¹⁴¹ Luftfahrtminister Sinclair erinnerte daran, dass die Armeen Stalins bei einem siegreichen Ausgang des Krieges zweifellos die baltischen Staaten und Bessarabien besetzt halten würden und es nicht in der Macht Großbritanniens stünde, sie dort herauszudrängen. Churchill selbst forderte eine „balancierte“ Präsentation der Grenzfrage gegenüber den USA, was für ihn in diesem Fall hieß, Vor- und Nachteile der möglichen Entscheidung darzulegen. Das Kabinetts folgte diesem Vorschlag.¹⁴²

Eden, der bereits vor der Kabinettsitzung davon ausgehen musste, dass Präsident Roosevelt eine britische Zustimmung zu Stalins Forderungen ablehnen würde,¹⁴³ setzte sich in seiner Instruktion an den britischen Botschafter dennoch für eine gemeinsame britisch-amerikanische Position ein, die – ohne formelle Anerkennung ihrer Grenzen – die Kontrolle der UdSSR über die baltischen Staaten sichern sollte. Diese Überlegungen waren nicht frei von Zynismus. Das zeigte sich am deutlichsten in Edens nüchterner Präzisierung des bereits angeführten Arguments von Sinclair:¹⁴⁴

139 Ebd.

140 Aus dem Beschlussprotokoll des britischen Kriegskabinetts: Bündnis mit UdSSR, 7. 2. 1942, DzD I, 3, S. 93–95.

141 In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte Beaverbrook am 7. 2. 1942: „The Baltic States are the Ireland of Russia.“ (DzD I, 3, S. 95, Anm. 11).

142 Aus dem Beschlussprotokoll des britischen Kriegskabinetts: Bündnis mit UdSSR, 7. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 93–95.

143 Eden, Politik gegenüber Russland, 28. 1. 1942 lag dem Kriegskabinetts unter der Bezeichnung WP (42) 48, CAB 66/21 vor. Veröffentlicht in: DzD I, 3, S. 73–78. Hervorhebung nicht im Original.

144 Eden an Halifax, 10. 2. 1942, DzD I, 3, S. 96–101, hier S. 97.

If, at the end of the war, he [Stalin] occupied these territories, it is not to be supposed that we should turn him out, and, if he does not, he cannot expect that we shall prolong hostilities to install him there.

Wie stark Eden bereit war, die eigenständigen nationalen Interessen kleiner Völker in gesamteuropäischen Zusammenhängen zu vernachlässigen, sprach auch aus seinem Hinweis auf strategische Überlegungen. Wohl in bewusster Anlehnung an die mehr als zwei Jahre zurückliegenden Äußerungen Churchills, erklärte nun auch Eden, eine Wiederherstellung des russischen Einflusses an der Ostsee sei zweckmäßig. Auf diese Weise könne die Flotte der UdSSR besser einer Herrschaft Deutschlands über die Ostsee, die in der Zwischenkriegszeit faktisch bestanden habe, entgentreten.¹⁴⁵

Halifax, der britische Botschafter in Washington, sollte versuchen, mit diesen und weiteren Argumenten den Präsidenten für die gemeinsame Unterbreitung eines von zwei Vorschlägen zu gewinnen. Der erste sah vor, das Recht der UdSSR anzuerkennen, militärische Stützpunkte auf dem Gebiet der baltischen Staaten zu errichten. Eher als Variante denn als Alternative dazu wurde als zweite Möglichkeit vorgeschlagen, der UdSSR die Kontrolle über die Außen- und Verteidigungspolitik der baltischen Staaten zuzugestehen.¹⁴⁶ Eden schwieg zu dem wahrscheinlichsten Fall, dass die US-Administration auf diese Vorschläge nicht eingehen würde. Weiterhin galt, was er dem Kabinett am 28. Januar 1942 versichert hatte:¹⁴⁷

If it came to a direct conflict of policies and we had to choose between the United States of America and the Soviet Union, we should no doubt decide that Anglo-American co-operation is more natural because it rests on broader and older foundations than Anglo-Russian co-operation.

Halifax zeigte keine Eile, die am 10. Februar an ihn abgesandte Instruktion zu befolgen. Eine Woche nach Erhalt der Weisung versuchte der Botschafter zunächst, die Einstellung des Präsidenten zu erkunden. Als der Chef des Weißen Hauses dabei seinerseits eine Kompromissvorstellung entwickelte, die sich mit den von Eden angedeuteten gemeinsamen Positionen deckte, ließ Halifax diese Gelegenheit ungenutzt.¹⁴⁸ In einem darauf folgenden Gespräch mit Welles, dem ein-

145 Ebd., S. 100.

146 Ebd.

147 Eden, Politik gegenüber Russland, 28. 1. 1942 lag dem Kriegskabinett unter der Bezeichnung WP (42) 48, CAB 66/21 vor, DzD I, 3, S. 73–78, hier S. 74.

148 Halifax an Eden, 19. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 121–122. In FRUS fehlen Aufzeichnungen von dieser Unterredung wie von anderen Zusammenkünften Roosevelts mit Halifax oder Litvinov zur Frage der baltischen Staaten.

flussreichen Stellvertreter von Außenminister Hull, legte Halifax zunächst die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der britischen Regierung zur Zukunft der baltischen Staaten offen, erläuterte dann seine eigene Position und übergab erst danach eine schriftliche Fassung der von Eden am 10. Februar übermittelten Instruktion. Von Halifax um eine Stellungnahme gebeten, behauptete Welles, dass er diese Angelegenheit nie zuvor mit Roosevelt besprochen hätte, um dann lediglich seine „persönliche Meinung“ kundzutun. Er erklärte, die USA und Großbritannien seien mit der von Stalin aufgeworfenen Forderung an einem Punkt angelangt, an dem sich die zukünftige Geltung der Atlantik-Charta entscheide. Mit deren Prinzipien seien Stalins Forderung ebenso unvereinbar wie die britischen Kompromissvorschläge. Beide würden Millionen Menschen gegen ihren Willen sowjetischer Herrschaft ausliefern. Der stellvertretende amerikanische Außenminister warf Halifax vor, dass dessen Erläuterungen zur Einbeziehung der UdSSR in eine Gleichgewichtspolitik an die schlimmsten Zeiten des Münchener Abkommens erinnerten. Welles hoffte – und mit ihm wohl auch Roosevelt und Außenminister Hull –, dass sich eine europäische Gleichgewichtspolitik und damit das Interesse an einem starken Russland nach dem Krieg durch eine Umgestaltung Deutschlands erübrigen werde. Die hier geäußerte Vorstellung, dass Deutschland ohne sowjetische Beteiligung umgestaltet werden könne, setzte einen ausschließlich bzw. überwiegend durch die anglo-amerikanischen Streitkräfte errungenen Sieg über Deutschland voraus. Die Bemerkungen Welles’ deuteten in ihrer Gesamtheit an, dass eine dauerhafte Schwächung der UdSSR im Interesse der USA lag.¹⁴⁹

Zum dramatischen Höhepunkt dieser britisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten über den Umgang mit einer eigenen Interessen verfolgenden UdSSR wurde das folgende Zusammentreffen, bei dem Welles die Antwort des Präsidenten an Halifax überbrachte: Roosevelt lehne die britischen Vorschläge nicht nur ab, sondern er bewerte sie als „provincial“.¹⁵⁰ Der Präsident sehe in einem persönlichen Treffen mit Stalin die einzige Lösung aller Schwierigkeiten. Welles konkretisierte jedoch nicht, wie diese Lösung aussehen könnte. Ignorierend, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Millionen Soldaten an der deutsch-sowjetischen Front gefallen waren, und außer Acht lassend, dass die Befreiung der seit Jahren unter der deutschen Besatzung leidenden bzw. – im Falle der Juden – von der Auslöschung bedrohten Völker ohne die Fortsetzung einer zu jeder Gewalt (auch gegen die eigene Bevölkerung) bereiten sowjetischen Kriegsführung auf

149 Unterredung zwischen Welles und Halifax, 18.2.1942, FRUS 1942, III, S. 513–521.

150 Diese Bemerkung Roosevelts übermittelte Halifax nicht an Eden, sondern er sprach doppeldeutig davon, dass der Präsident „mildly indisposed“ sei, vgl. Halifax an Eden, 20. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 123–124.

absehbare Zeit unmöglich war, entwickelte sich ein intellektueller Schlagabtausch: Zwischen einem Briten, der Realpolitik bevorzugte, und einem Amerikaner, der Prinzipienpolitik vertrat. Halifax beklagte den fehlenden Realismus in der Antwort des Präsidenten:¹⁵¹

[T]he enjoyment of self-government by the Baltic peoples could [not] be compared in importance to the assurances that the Soviet Union would loyally continue until the end of the war, and even more important perhaps, he thought, cooperation with the United States and Great Britain after the end of the war.

Welles zeigte sich davon unbeeindruckt und warnte London: „[I]f the American people knew that the British Government was proposing a secret agreement of this character, the most serious crisis in the relations between the United States and Great Britain which could possibly occur would undoubtedly take place.“¹⁵²

Herausgefordert durch Roosevelts Zurückweisung, die das britische „Mutterland“ seine mittlerweile geschrumpfte Bedeutung und die darin begründete Ungleichrangigkeit spüren ließ, überreichte Eden in London dem amerikanischen Botschafter am 25. Februar 1942 eine schriftliche Erklärung, die Roosevelt zunächst mit dem eigentlichen Problem konfrontierte:¹⁵³

Since M. Stalin has decided that the Soviet Union's security requires that the Baltic States should be in the Union, he will not be willing to discuss the rights and wrongs of this decision.

Eden wiederholte in diesem Zusammenhang noch einmal seine Forderung nach Dreiergesprächen zwischen der sowjetischen, der amerikanischen und der britischen Regierung, um gemeinsam die Schwierigkeiten, die für alle beteiligten Seiten bestanden, zu diskutieren. Daran knüpfte er die Hoffnung, dass daraus dauerhafte Konsultationen der drei Mächte zur Lösung aller weiteren Fragen nicht nur während des Krieges, sondern auch nach dem Kriege erwachsen könnten. Eden ließ es dabei nicht bewenden. Er versuchte dem amerikanischen Botschafter und damit Roosevelt die Vorteile rechtzeitiger vertraglicher Absprachen mit der UdSSR zu erläutern. Die baltischen Staaten unberücksichtigt lassend, deren Nachkriegsschicksal er offensichtlich als unabänderlich ansah, hob er die Vorteile bindender Abmachungen mit der UdSSR für Polen hervor. Wenn Großbritannien einen Vertrag mit der UdSSR unterzeichne, erläuterte Eden dem amerikanischen Botschafter, so werde Stalin gebunden, die britische Regierung nicht nur in der Frage

151 Aufzeichnungen Welles' zur Unterredung mit Halifax, 20. 2. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 521–524.

152 Ebd.

153 FO-Memorandum für Winant, 25.2.1942, in: DzD I, 3, S. 160–162.

der polnischen Grenze, sondern in allen Angelegenheiten Europas zu konsultieren. Dies wäre eine bedeutende Verbesserung gegenüber der gegenwärtigen Lage, wo Polen – er meinte hier offensichtlich die zukünftige Rückkehr der polnischen Exilregierung – ausschließlich vom guten Willen Stalins abhängen.¹⁵⁴

Nun seinerseits provozierend erklärte Eden dem Botschafter am 25. Februar 1942, als er dieses Memorandum überreichte, es erscheine ihm unmöglich anzuerkennen, dass der Anspruch auf sowjetische Militärstützpunkte in den baltischen Staaten mit der Atlantik-Charta unvereinbar sei. Stalin werde mit Sicherheit darauf hinweisen, dass so lange amerikanische Stützpunkte in Britisch West-Indien nicht gegen die Atlantik-Charta verstießen, es keinen Grund gäbe, den Russen das gleiche Recht in den baltischen Staaten zu verweigern.¹⁵⁵

Der britisch-amerikanische Schlagabtausch im Februar 1942 führte zunächst zu keiner Unterordnung der britischen Regierung unter die Vorgaben Roosevelts, sondern verstärkte scheinbar die britische Konfliktbereitschaft. In Abstimmung mit dem britischen Außenminister, jedoch im offenen Widerspruch zur Sichtweise des amerikanischen Präsidenten, wies Cadogan, der zweite Mann in der Hierarchie des Foreign Office, der Eden zwei Monate zuvor nach Moskau begleitet hatte, den amerikanischen Geschäftsträger darauf hin, dass die baltischen Staaten zu Russland gehörten als dieses im Ersten Weltkrieg mit Großbritannien verbündet war. Vom amerikanischen Geschäftsträger ungläubig nach der Reaktion der britischen Öffentlichkeit auf eine etwaige Anerkennung der sowjetischen Ansprüche gefragt, verwies der Stellvertreter Edens auf die prosovietische Stimmung im Unterhaus; auch mit der Zustimmung der Öffentlichkeit könne gerechnet werden.¹⁵⁶

Eines der wichtigsten Indizien für die von Cadogan erwähnte freundliche Stimmung gegenüber der UdSSR war ein zu dieser Zeit veröffentlichtes Interview des früheren britischen Botschafters in Moskau, welcher im Januar 1942 seinen Posten verlassen hatte, um Funktionen im Parlament zu übernehmen. Unter der Überschrift „Was Stalin zu tun beabsichtigt“ erklärte Cripps in dem nicht nur in den USA vielgelesenen US-Magazin *Life*, Stalins Ziel bestehe im vollständigen und absoluten Sieg über die Nazis. Die russischen Armeen würden genauso weit nach Europa vorrücken, wie es zur Erreichung dieses Ziels notwendig sei. Der wichtigste geographische Punkt dafür sei Berlin, als dem Nervenzentrum der deutschen Macht und Aggression. Nur in Berlin könnten die Achsenmächte endgültig geschlagen werden. Cripps prophezeite völlig zutreffend, dass es im sowjetischen

154 Ebd.

155 Mündliche Erklärung Edens beim Überreichen des Aide Memoire, in: DzD I, 3, S. 160, Anm. 1.

156 Geschäftsträger in London (Matthews) an State Department, 5. 3. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 527–528.

Interesse liegen würde, wenn auch die Truppen der Alliierten in Deutschland ihren Beitrag zur Niederwerfung der Nationalsozialisten leisteten. Schon zu diesem Zeitpunkt ging Cripps von einer gemeinsamen Besetzung Deutschlands durch die Alliierten aus.¹⁵⁷ In seinem Bestreben, Verständnis für Stalins Politik im Westen zu wecken, provozierte Cripps all jene, die vor dem 22. Juni 1941 Opfer sowjetischer Politik geworden waren, in dem er vollständig den sowjetischen Standpunkt in Bezug auf die Verschiebungen der sowjetischen Grenze seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs übernahm. Die neue Grenze der UdSSR habe es der sowjetischen Regierung ermöglicht, ihre Truppen zurückzuziehen, ohne die Lebenszentren der UdSSR, Moskau und Leningrad, zu verlieren. Cripps versicherte, dass Stalin über diese Gebietserwerbungen hinaus keinen weiteren Gebietszuwachs anstrebe.¹⁵⁸

Churchill, der bis dahin gegenüber seinem Außenminister den amerikanischen Standpunkt verteidigt hatte, stellte sich jetzt hinter ihn, indem er Roosevelt auf den zunehmenden Ernst des Krieges hinwies, der ihn zu der Einsicht gebracht habe, dass die Prinzipien der Atlantik-Charta nicht so ausgelegt werden sollten, als verneinten sie Russland die Grenzen, die es eingenommen habe, als der deutsche Angriff begann. Der Premierminister bat den amerikanischen Präsidenten, der britischen Regierung freie Hand zu lassen, um den Vertrag zu unterzeichnen, den Stalin so schnell wie möglich wünsche. Wichtiges Argument für Churchill war der Hinweis auf die eigene Schwäche: „Everything portends an immense renewal of the German invasion of Russia in the spring and there is very little we can do to help the only country that is heavily engaged with the German armies.“¹⁵⁹

Erneut deckte sich diese gegenüber der UdSSR verständigungsbereite britische Position mit den Ansichten, die zur gleichen Zeit in der Times präsentiert wur-

157 Cripps, Was Stalin zu tun beabsichtigt, 7. 3. 1942, in: DzD I, 3, S. 196–200. Bezeichnenderweise fand dieses Interview Aufnahme in eine sowjetische Quellensammlung „Международные Документы Великой отечественной войны“.

158 Cripps, Was Stalin zu tun beabsichtigt, in: DzD I, 3, S. 196–200. Der Aufsatz von Cripps erschien als Vorabveröffentlichung am 7. 3. 1942 in der Londoner *Daily Mail*. Bereits einen Monat später lag im Berliner Auswärtigen Amt eine deutsche Übersetzung vor, vgl. Fischer, Deutschlandpolitik, S. 176, Anm. 5. Der amerikanische Geschäftsträger in London (Matthews) informierte das State Department bereits am 9. 3. 1942 über die Position von Cripps zur Anerkennung der sowjetischen Westgrenze, vgl. FRUS 1942, III, S. 530–531.

159 Churchill an Roosevelt, 7. 3. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 394: „I hope therefore that you will be able to give us a free hand to sign the treaty which Stalin desires as soon as possible.“ Im gleichen Sinne schrieb Eden am selben Tag an den britischen Botschafter in Washington, vgl. Eden an Halifax, 7. 3. 1942: (DzD I, 3, S. 202, Anm. 2).

den. Das regierungsnahen Blatt¹⁶⁰ ging ganz selbstverständlich von der Vereinbarkeit der Atlantik-Charta mit sowjetischen Forderungen aus. Die Sicherheit in Europa werde sich so lange als unerreichbar erweisen, wie sich Russland selbst unsicher fühle. Russland verlange lediglich die gleichen Rechte, die London und Washington für sich selbst beanspruchten, wenn es um die Voraussetzungen für die eigene Sicherheit ginge. Stalin erhebe keine Ansprüche auf Gebiete, die außerhalb der Grenzen der UdSSR lägen, die 1941 bestanden.¹⁶¹ E.H. Carr, der wahrscheinliche Autor dieses Artikels, hatte schon zuvor im selben Blatt darauf hingewiesen, dass die Prinzipien der Atlantik-Charta nur durch die Zusammenarbeit mit der UdSSR weltweit durchgesetzt werden könnten.¹⁶²

Roosevelt blieb davon weitestgehend unbeeindruckt. Dennoch glaubte der britische Botschafter, Veränderungen an der amerikanischen Position feststellen zu können. Er meldete nach London, der Präsident wolle gegenüber Stalin das Bedürfnis der UdSSR nach Sicherheit anerkennen. Roosevelt sei erstens bereit einzuräumen, dass die Zukunft der baltischen Staaten von den Fortschritten abhängen würde, die die Rote Armee erziele. Zweitens werde er konzedieren, dass weder die Vereinigten Staaten noch Großbritannien in der Lage seien, Russland aus den baltischen Staaten zu vertreiben, falls Stalin während oder nach dem Krieg diese Staaten erneut besetzen ließe.¹⁶³ Obwohl sich die dem Präsidenten unterstellte Position scheinbar mit der deckte, die der britische Außenminister vor wenigen Wochen intern bezogen hatte, reagierte Eden jetzt aufgeschreckt. Er nahm an, der Präsident könnte tatsächlich ein solches Eingeständnis der Machtlosigkeit gegenüber Stalin abgeben. Um dies zu verhindern, wandte sich der britische Außenminister unmissverständlich scharf gegen die von Roosevelt vorgeschlagenen Argumente.¹⁶⁴ Wahrscheinlich war Eden selbst von Kritikern auf diese zutreffende Auslegung seiner eigenen Position hingewiesen worden.

160 Charles Jones, „An active Danger“: E.H. Carr at *The Times*, 1940–46, in: Michael Cox, (Hg.), E. H. Carr: A Critical Appraisal, London 2000, S. 68–90, hier S. 71: „*The Times* favoured the government of the day ... It was to be the general presumption, especially overseas, that Carr's policy was identical with official policy ...“

161 *The Times*, 7. 3. 1942, S. 5: Britain, Russia, and America.

162 *The Times*, 29. 12. 1941; pg. 5: Mr. Eden's Mission (E.H. Carr).

163 Bericht Halifax an Eden vom 8. 3. 1942 über eine Unterredung mit Roosevelt, in: DzD I, 3, S. 201–202. Auch von dieser Unterredung konnte bisher kein amerikanisches Protokoll aufgefunden werden, sodass längst nicht sicher ist, inwieweit Halifax tatsächlich die Argumente des Präsidenten wiedergab.

164 Eden an Halifax (Entwurf von C.F.A. Warner), 10. 3. 1942, in: DzD I, 3, S. 203–204: „President's reply amounts to saying that we rather hope that Russia will not recover the Baltic States but recognise that we could not do anything about it if she did.“

Eher beiläufig, jedoch vom britischen Botschafter nicht überhört, erklärte Roosevelt am 8. März, er sei sich im Klaren, dass eine Friedensregelung Deutschland Ostpreußen wegnehmen müsse. Ob der Präsident in diesem Zusammenhang an eine Lösung des sowjetisch-polnischen Grenzstreits dachte, ließ Halifax ungeklärt.¹⁶⁵

Um die Ergebnisse der Kontroverse aus britischer Sicht festzuhalten, wurde Halifax aufgefordert, sie in einem Memorandum zusammenzufassen und dieses Roosevelt zu übergeben. Interessanterweise blieb dabei strittig, ob der Präsident aufgefordert werden sollte, den Weg freizugeben, damit die britische Regierung Stalins Forderungen zustimmen könne. Roosevelt selbst hätte sich damit in dieser Angelegenheit gegenüber den Russen nicht binden müssen.¹⁶⁶

Moskau wurde über diese die künftige Grenze der UdSSR betreffende britisch-amerikanische Kontroverse offiziell nicht informiert, dürfte aber über inoffizielle Kanäle sehr präzise eingeweiht gewesen sein. Am 19. März telegraphierte der nach dem Konflikt im Kabinett um die Anerkennung der sowjetischen Grenze drei Wochen zuvor zurückgetretene Beaverbrook in erstaunlich vertraulichem Ton direkt an Stalin: „I am leaving for Washington in the morning for the purpose of discussing the 1941 boundaries with the President.“¹⁶⁷

Die sowjetisch-amerikanische Distanziertheit

Stalin zog – soweit bisher bekannt – niemals einen formellen Bündnisvertrag mit den USA in Betracht. Auch für Roosevelt lag ein solches Bündnis außerhalb des Vorstellbaren. Zwischen der UdSSR und den USA herrschte bereits vor und nach dem 22. Juni 1941 politisch eine Distanz wie zwischen zwei weltpolitischen Giganten; sie nahmen schon während des Krieges jeweils für sich in Anspruch, stärkste Macht der Welt zu sein bzw. zu werden; sie konnten sich nur eine Unterordnung aller anderen Mächte unter die jeweils eigene Politik vorstellen. Stalin suchte ebenso wenig im Voraus die Zustimmung Washingtons zu britisch-sowjetischen Absprachen über Nachkriegsfragen wie Roosevelt darauf verzichtete,

165 Bericht Halifax an Eden vom 8. 3. 1942 über eine Unterredung mit Roosevelt, in: DzD I, 3, S. 201–202.

166 Eden an Halifax (Entwurf von C.F.A. Warner), 10. 3. 1942, in: DzD I, 3, S. 203–204. Zur Strittigkeit dieses Vorschlags vgl. dazu ebd., S. 204, Anm. 5.

167 Taylor Beaverbrook, S. 524. Der ungewöhnliche Umstand, dass ein britisches Kabinettsmitglied – mit oder ohne Wissen seines Premierministers – Telegramme an Stalin richtete, konnte bereits sowjetischen Veröffentlichungen entnommen werden, da sie durch den sowjetischen Botschafter weitergeleitet wurden. Vgl. Majskij an Molotov, 19. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 433–434. Unbekannt bleibt allerdings, wie viele Telegramme Beaverbrook an Stalin schickte, wann dieser Kontakt begann und wann er eingestellt wurde.

seine ablehnende Position in Bezug auf die Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR direkt in Moskau bekanntzugeben. Dagegen sprach man innerhalb der US-Administration in Zusammenhang mit dem befürchteten Inhalt einer britisch-sowjetischen Abmachung von einem „Baltic Munich“, einer Wiederholung des Münchener Abkommens.¹⁶⁸ Ähnlich wie in Bezug auf die Zweite Front blieb die sowjetische Regierung auch in Hinblick auf die europäischen Nachkriegsregelungen gegenüber den USA passiv. Stalin überließ ganz bewusst die Klärung des amerikanischen Standpunkts der britischen Regierung.

In dieser Situation versuchte Roosevelt die Grenzfrage durch eine Unterredung mit Litvinov auszuräumen und gleichzeitig die Spuren möglicher Zusagen an die UdSSR durch unscharfe Formulierungen zu verwischen. Unaufklärbar bleibt dabei, ob bereits die Äußerungen des Präsidenten selbst widersprüchlich waren oder ob diese Unklarheiten erst durch Litvinovs Berichterstattung entstanden. Im Widerspruch zu Roosevelts vorausgehender Feststellung, dass ihm die Frage nach dem Baltikum, Bessarabien und der Bukowina „einige Sorge“ bereite, erklärte er – nach den Aufzeichnungen Litvinovs – nur wenig später: „Im Grunde habe er keine Meinungsverschiedenheiten mit uns [der UdSSR]; im Zusammenhang mit den von uns gewünschten Nachkriegsgrenzen sehe er keinerlei Komplikationen voraus.“ Und im Kontrast zur Feststellung Litvinovs, dass der Abschluss eines Geheimabkommens beim Präsidenten „gewisse Befürchtungen“ auslöse, berichtete der Botschafter gleichzeitig, Roosevelt „selbst habe es immer für einen Fehler gehalten, dass nach dem Ersten Weltkrieg Provinzen von Russland abgetrennt wurden.“ In diesem Zusammenhang sprach Litvinov von einer „persönlichen“ Versicherung des Präsidenten, ließ aber ungeklärt, was der Präsident darunter verstand. Als der sowjetische Botschafter Roosevelt schließlich fragte,¹⁶⁹

wogegen er eigentlich Einwände erhebe und ob es um irgendein Geheimabkommen zwischen uns und England gehe, [antwortete] Roosevelt, dass er einem solchen Abkommen nicht widersprechen würde, auch wenn es ihm selbst gegenüber geheim bliebe. Roosevelt neigte offenbar dazu, dass das Abkommen lediglich ein mündliches sein sollte und kein formelles. [...] Der Präsident erwartet offenbar irgendeine Antwort von uns in Bezug auf das Baltikum.

Während der Bericht Litvinovs – trotz all dieser Unklarheiten – ein prinzipielles Einverständnis des amerikanischen Präsidenten mit den sowjetischen Forderungen erkennen ließ, distanzierte sich Roosevelt in der dem britischen Außenminister zugespilten Aufzeichnung dieses Gesprächs unmissverständlich nicht nur von jeglicher Art Geheimabkommen, sondern auch von der endgültigen Anerkennung

168 Welles an Berle, 4. 4. 1942, in: DzD I, 2, S. 189–190.

169 Litvinov an Molotov, 12. 3. 1942, in: UdF 1, S. 45–46.

der sowjetischen Grenzen, sprach dafür jedoch unbestimmt von legitimen Sicherheitsinteressen der UdSSR.¹⁷⁰ Im vollkommenen Gegensatz zu diesen widersprüchlichen Äußerungen des Präsidenten gegenüber Litvinov und Halifax zielte ein Memorandum zur deutschen Kapitulation, das etwa zum gleichen Zeitpunkt der Stellvertretende Stabschef des amerikanischen Heeres, General Strong, für das Subcommittee on Security Problems vorlegte, auf die Zurückdrängung der UdSSR auf die Grenzen vom 1. September 1939.¹⁷¹

Aufgrund dieser gegensätzlichen Berichte wurden in London und Moskau gegenteilige Schlussfolgerungen aus dem Gespräch Roosevelts mit Litvinov gezogen. Im Foreign Office wurde hervorgehoben, der Präsident habe in keiner Weise erkennen lassen, dass die öffentliche Meinung in den USA bereit sein würde, die 1939/40 verschobenen sowjetischen Grenzen anzuerkennen.¹⁷² Dagegen erklärte der Londoner Botschafter der UdSSR dem britischen Außenminister, dass der amerikanische Präsident den sowjetischen Standpunkt begrüße und die sowjetischen Bedürfnisse anerkenne. In einem ungewöhnlichen Schritt entschloss sich Eden nun, Majskij die von Halifax übermittelten amerikanischen Aufzeichnungen des Gesprächs Roosevelts mit Litvinov zu verlesen. Majskij war jedoch offensichtlich bereits aus Moskau instruiert worden. Er leugnete jeden Widerspruch zwischen den gegensätzlichen Berichten über ein und dasselbe Gespräch und erklärte, nicht frei von Ironie, aus sowjetischer Sicht wende sich der Präsident gegen etwas, was gar nicht existiere. Der Präsident erhebe Einwand gegen einen geheimen Vertrag, aber ein solcher Geheimvertrag stehe nicht zur Diskussion. Der Präsident erkläre, er könne keinen Vertrag unterschreiben, der Grenzen regele, bevor der Krieg gewonnen sei, aber niemand habe ihn gebeten, den vorgeschlagenen sowjetisch-britischen Vertrag zu unterschreiben.¹⁷³

Litvinov war nach seinem Gespräch mit dem Präsidenten zunächst aus Moskau angewiesen worden, er möge „Roosevelt in kategorischer Form ... erklären, dass die baltischen Staaten sowohl ihrer eigenen Verfassungen als auch der Verfassung der

170 Halifax an Eden, 13. 3. 1942, übermittelt ein amerikanisches Protokoll der Unterredung zwischen Roosevelt und Litvinov vom 12. 3. 1942, veröffentlicht in: DzD, 1, 3–1, S. 205–206: „[U]nder no conditions would he [Roosevelt] subscribe to any secret treaty. Nor could he subscribe to any open treaty with regard to *definite frontiers* until the war had been won. The President, however, asked the Ambassador [Litvinov] to make it clear to Stalin that he was 100% in favour of facilitating the complete future security of the Soviet Union.“

171 Vgl. dazu S. 395.

172 Kommentar von A.R. Dew zur Aufzeichnung der Unterredung zwischen Roosevelt und Litvinov, in: DzD, 1, 3, S. 206–208.

173 Eden an Kerr, 17. 3. 1942, informiert über zwei Unterredungen mit Majskij am 15. und 17. 3. 1942. Veröffentlicht in: DzD I, 3, S. 209, Anm. 7.

UdSSR nach zum Bestand der UdSSR gehören“.¹⁷⁴ Wenige Tage später erhielt er jedoch den Auftrag, die Frage der zukünftigen Grenzen der UdSSR nicht weiter gegenüber Roosevelt zu verfolgen:¹⁷⁵

Die Ihnen von Roosevelt gemachte Mitteilung über seine Antwort auf die Anfrage Englands nach den Grenzen der UdSSR betrachten wir als Antwort Roosevelts an die englische Regierung. Unrichtig wäre es, die Mitteilung Roosevelts als Antwort auf eine Anfrage der sowjetischen Regierung zu betrachten, die Roosevelt eine solche Frage nicht gestellt hat. Wir bewerten diese Mitteilung Roosevelts als informelle Mitteilung, die keiner Antwort bedarf. Deshalb können Sie Roosevelt mitteilen, dass Sie diese Mitteilung der sowjetischen Regierung zur Kenntnis gebracht hätten und diese sie zur Kenntnis genommen habe.

Hinter diesem Erlass stand Stalin. Schon Wochen zuvor musste Majskij in London eine analoge Position gegenüber Eden vertreten.¹⁷⁶ Offensichtlich ging es dem Kremlchef nicht nur um die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, sondern auch darum, eine Beteiligung der USA an europäischen Grenzregelungen zu verhindern. Lange bevor sich die UdSSR und die USA als „Supermächte“ im Kalten Krieg gegenübertraten und damit ihr Gegensatz für jedermann sichtbar wurde, verhielten sie sich als weltpolitische Konkurrenten, die ihren Machtzuwachs bzw. ihre Schwächung gegenseitig misstrauisch beobachteten. Diese Situation erfasste Majskij, als er in diesen Tagen in seinem Tagebuch notierte, wie sich das „internationale Panorama nach unserem Sieg“ gestalten werde:¹⁷⁷

Deutschland, Italien und Japan sind zerschlagen und auf lange Zeit hinaus geschwächt. Frankreich befindet sich in einem Prozess der langsamen und schmerzhaften Wiederherstellung, hat jedoch seine Position als Großmacht verloren. Das British Empire ist stark geschwächt.

Nur die UdSSR und die USA, so erwartete Majskij, würden gestärkt aus dem Krieg hervorgehen. Das sozialistische System werde „der UdSSR helfen, die schwerwiegenden Folgen des Krieges schneller als andere Länder zu überwinden“. Die USA würden nach dem Krieg die zweitstärkste [sic] internationale Kraft und die „Hauptzitadelle des Imperialismus sein“. Nach dem Kriege sah Majskij die UdSSR und die USA in sozialer und internationaler Hinsicht zwei soziale und internationale Pole verkörpern – Sozialismus und Kapitalismus. Daher werde die Nachkriegsperiode aller Wahrscheinlichkeit nach nicht durch den Widerstreit zwischen der UdSSR und England, sondern durch den Kampf zwischen der Sow-

174 Molotov an Litvinov, o.D., AVP RF f. 059, op. 1, p. 369, d. 2510, Bl. 29–30.

175 Molotov an Litvinov, 23. 3. 1942, in: UdF 1, S. 47.

176 Eden an Halifax, 14. 2. 1942, berichtet über eine Erklärung Majskijs vom 12. 2. 1942, vgl. DzD I, 3, S. 121, Anm. 3.

177 Tagebucheintrag Majskijs, 6. 4. 1942, in: UdF 1, S. 634, Anm. 252.

jetunion und den USA geprägt sein. Aus diesem Grunde könne es auch nicht im Interesse der UdSSR liegen, eine Stärkung der USA, insbesondere durch einen Anschluss Australiens und Neuseelands, zuzulassen.¹⁷⁸

3. Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag

Da Stalin den Abschluss eines formalen Bündnisvertrags mit Großbritannien von einer vorhergehenden Einigung über Nachkriegsgrenzen abhängig gemacht hatte, bereiteten Briten und Sowjets seit dem Besuch Edens in Moskau zwei zusammenhängende Verträge vor: Einen über das Bündnis und einen über Nachkriegsfragen. Letzteren wollte Stalin seit Dezember 1941 durch ein geheimes Zusatzprotokoll ergänzen. Ebenso wie die Verhandlungen Edens in Moskau im Dezember des Vorjahres präjudizierten die Vertragsvorbereitungen im Vorfeld des Besuchs von Molotov in London nicht nur die künftige Friedensregelung für Deutschland, sondern ebenso die Friedensbedingungen für die Völker Osteuropas.

Trotz aller Bemühungen der Briten blieb die Haltung der amerikanischen Administration zur Frage der sowjetischen Grenze im Wesentlichen unverändert. Auch nach der Unterredung mit Litvinov stellten sich Roosevelt und das State Department mit Entschlossenheit gegen die Anerkennung aller nach 1939 vorgenommenen Veränderungen zugunsten der UdSSR. Unter diesen spezifischen von den USA mitgeprägten Umständen nahm Eden im März 1943 die doppelten Vertragsverhandlungen wieder auf. Die Initiative dazu ging offensichtlich von Stalin aus. Anlass bot dem sowjetischen Alleinherrscher eine Mitteilung, die ihm Churchill am 12. März, genau an dem Tag, als in Washington das Gespräch Roosevelts mit Litvinov ohne die von den Briten erwartete Klärung geblieben war, geschrieben hatte: „Ich habe eine Botschaft an Präsident Roosevelt geschickt, in der ich ihn dränge, die Unterzeichnung unseres Abkommens mit Ihnen über die Grenzen Russlands bei Kriegsende zu billigen.“¹⁷⁹ Churchill hatte fünf Tage zuvor Roosevelt jedoch nicht um eine „Billigung“ eines solchen Abkommens durch die USA, sondern lediglich um dessen Tolerierung gebeten.¹⁸⁰ Während Stalin nicht

178 Ebd.

179 Churchill an Stalin, 12. 3. 1942, in: BW, S. 50.

180 Churchill hatte Roosevelt am 7. 3. 1942 erklärt: „The increasing gravity of the war has led me to feel that the principles of the Atlantic Charter ought not to be construed so as to deny Russia the frontiers she occupied when Germany attacked her. This was the basis on which Russia acceded to the Charter ... I hope therefore that you will be able to give us a free hand to sign the treaty which Stalin desires as soon as possible.“ Vgl. Kimball, Correspondence, Bd. 1, 394.

auf die Erklärungen Roosevelts gegenüber Litvinov vom 12. März reagierte, drängte er bereits zwei Tage später den britischen Premierminister:¹⁸¹

Hinsichtlich des ersten Punktes Ihrer Botschaft, der sich mit den Grenzen der UdSSR befasst, halte ich einen Meinungs austausch über den Text eines entsprechenden Vertrages für notwendig, falls ein solcher von beiden Seiten zur Unterzeichnung angenommen werden sollte.

Eden bat nun den sowjetischen Botschafter um konkrete Vorschläge, wie man die Absicht, die zukünftige polnisch-sowjetische Grenze aus dem britisch-sowjetischen Vertrag auszuklammern, formulieren könne.¹⁸² Dies war eine elegante Umschreibung der fehlenden Bereitschaft der britischen Regierung, die sowjetische Westgrenze in ihrer Gesamtheit anzuerkennen. Die sowjetische Regierung sah sich dadurch keineswegs veranlasst, neue Vorschläge zu unterbreiten, sondern ließ ihren Botschafter in London an die Vorbedingungen für enge sowjetisch-britische Beziehungen erinnern:¹⁸³

[T]hat his [i.e. Stalin's] views governing British recognition of Russia's pre-1940 boundaries must be met before intimate relations can be established between the Soviet Union and Great Britain.

Eden informierte daraufhin Majskij am 27. März über die Zusicherung der britischen Regierung gegenüber Roosevelt, kein Geheimabkommen abzuschließen. In diesem Zusammenhang versicherte der Chef des Foreign Office, die britische Regierung wolle die Verträge mit der UdSSR schnell abschließen. Zu diesem Zweck habe er den amerikanischen Präsidenten gebeten, die Unterzeichnung des britisch-sowjetischen Vertrags nicht zu stören, auch wenn er dessen Inhalt nicht billige.¹⁸⁴ Doch dieser Wunsch Edens führte keineswegs zu einem eigenmächtigen Vorgehen der Briten gegen den erklärten Willen des amerikanischen Präsidenten. Vielmehr blieb Eden vorsichtig genug, den inzwischen im Foreign Office vorberei-

181 Stalin an Churchill, 14. 3. 1942, in: BW, S. 50–51.

182 Vgl. dazu A.R. Dew, Anglo-Soviet Treaty, 2. 4. 1942, in: DzD I, 3, S. 229–236, hier S. 229–230.

183 Darauf verweist Halifax in seiner Unterredung mit Welles am 30. 3. 1942, in: DzD I, 2, S. 187–188.

184 Majskij an Molotov, 27. 3. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 429, d. 3852, Bl. 184–185. In der zur Vorlage im State Department bestimmten Zusammenfassung der Weisung an den britischen Botschafter in Washington hieß es: „Mr. Eden states that if the President is unable to approve the conclusion of this treaty, he trusts that he will understand the imperative reasons which have caused Great Britain to negotiate this treaty, and furthermore that the President will refrain from undertaking any overt action in condemnation of the treaty.“ Vgl. FRUS 1942, 3, S. 536–538, S. 187–188, Unterredung zwischen Welles und Halifax, 30. 3. 1942.

teten Vertragsentwurf vor der Übergabe an Majskij im State Department verlesen zu lassen. Dieser enthielt noch keinerlei Bestimmung zum Schutz der baltischen Bürger, die sich weigerten, die Zugehörigkeit ihres Landes zur UdSSR anzuerkennen.¹⁸⁵ Durch das Verlesen des Entwurfs erhielt Washington ein Mitspracherecht, das Roosevelt sofort wahrnahm, während er zuvor weitere Gespräche mit dem britischen Botschafter über den Vertrag hatte schroff ablehnen lassen.¹⁸⁶

Angesichts des Beharrens der britischen Regierung, den Vertrag zu unterzeichnen, schlug Roosevelt vor, den Litauern, Letten, Esten und Finnen, die nicht zu Bürgern der UdSSR werden wollten, das Recht zuzugestehen, ihre Länder mit ihren beweglichen Besitztümern zu verlassen.¹⁸⁷ Es stellt sich erneut die Frage, warum der amerikanische Präsident diesen Vorschlag, der immerhin die Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur UdSSR beinhaltete, nicht dem sowjetischen Botschafter oder direkt Stalin unterbreitete. Welles, der stellvertretende amerikanische Außenminister, übermittelte ihn am 1. April 1942 an den britischen Botschafter ohne Hinweis auf dessen Urheber. Dafür erklärte der außenpolitische Vertraute des Präsidenten gewichtig, dass eine solche Einigung nicht nur viel mehr in Einklang mit der Atlantik-Charta stünde, sondern es auch der amerikanischen Öffentlichkeit erleichtern würde, sich mit dem im Vertrag festgeschriebenen Gebietstransfer abzufinden.¹⁸⁸ Die britische Regierung folgte diesem „Kompromissvorschlag“ umgehend und integrierte ihn als Artikel 4 in den britischen Vertragsentwurf, obwohl klar absehbar war, dass er schwerlich die Zustimmung der UdSSR finden würde. Die langwierigen Auseinandersetzungen setzten sich nun an anderer Stelle des Vertragstextes fort, wurden dann aber durch eine neue Initiative Roosevelts verdrängt. Der amerikanische Präsident lud Molotov zu Gesprächen nach Washington ein, worauf noch einzugehen sein wird.

*

Ein Grund für das Widerstreben des amerikanischen Präsidenten gegen Zugeständnisse an die UdSSR in Bezug auf Nachkriegsfragen lag in seiner zu dieser Zeit (Anfang 1942) vorhandenen Entschlossenheit begründet, die Landoffensive amerikanischer und britischer Truppen so früh zu beginnen, dass diese nicht nur den entscheidenden Schlag gegen Deutschland führen, sondern auch vor der Roten Armee die strittigen Gebiete in Osteuropa besetzen und auf diese Weise dort die Prinzipien der Atlantik-Charta durchsetzen könnten. Die Idee lag nahe, die aus

185 Unterredung zwischen Welles und Halifax, 1. 4. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 538–539.

186 Unterredung zwischen Welles und Halifax, 30. 3. 1942, in: DzD I, 2, S. 187–188.

187 Hull, *Memoirs* Bd. 2, S. 1171.

188 Unterredung zwischen Welles und Halifax, 1. 4. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 538–539.

eigenen, amerikanischen Interessen angestrebte Offensive auf dem europäischen Kontinent, die Stalin seit dem Sommer des Vorjahrs immer wieder forderte, sofort außenpolitisch zu nutzen. Sie zielte darauf, Großbritannien von vertraglichen Zusagen an die UdSSR abzubringen. In der Absicht, britische Stellen für ein solches Vorgehen zu gewinnen, entsandte der amerikanische Präsident Anfang April 1942 seinen engsten Vertrauten, Harry L. Hopkins, sowie den Stabschef der amerikanischen Streitkräfte, General Marshall, nach London, wo sie zahlreiche Aktivitäten entfalteten. Bezeichnenderweise konsultierten sie auch osteuropäische Exilregierungen, die selbst keinen unmittelbaren Beitrag zu der geplanten militärischen Operation leisten konnten. Gegenüber dem britischen Außenminister erklärte Hopkins den Sinn ihrer Mission folgendermaßen:¹⁸⁹

The President's belief [is] that our main proposal here should take the heat off Russia's diplomatic demands upon England.

Zu diesem Zweck wollte man die sowjetische Aufmerksamkeit von Nachkriegsfragen ablenken, welche den amerikanischen Präsidenten – wie Robert Sherwood feststellte – „in Verlegenheit brachten“.¹⁹⁰

Während auf amerikanischer Seite wenige Anstrengungen unternommen wurden, die Reise der beiden Emissäre geheimzuhalten, versuchte die britische Regierung, die Ziele Hopkins' und Marshalls im Dunkeln zu lassen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in London sorgten die beiden prominenten Amerikaner am 9. April selbst dafür, dass der Zweck ihres Aufenthalts über London hinaus bekannt wurde. Die deutsche Presse veröffentlichte umgehend die Erklärung des amerikanischen Stabschefs: „Nicht durch Produktion, so wichtig sie auch ist, wird dieser Krieg gewonnen werden; nur durch harte Kämpfe mit harten Kriegern der Alliierten werden wir unser Ziel erreichen. Das letzte Mal, als ich in England war, galt Amerika als das Arsenal der Demokratien; jetzt produziert Amerika außer Material auch Soldaten.“¹⁹¹

Wenig später enthüllten die Deutschen in einer Radiosendung (die in Paris ausgestrahlt und von den Amerikanern abgehört wurde), Roosevelts Gesandte seien damit betraut gewesen, die britische Regierung zur Vorbereitung der Invasion auf dem Kontinent zu veranlassen.¹⁹² Während die britische Presse sowohl die Äußerung Marshalls als auch die deutschen Kommentare verschwieg, spekulierte die New York Times über eine lange Unterredung Hopkins' mit dem sowjeti-

189 Sherwood, White House Papers, Bd. 2, S. 533.

190 Ebd.

191 AdG, S. 5457-B, Pressekonferenz von Marshall und Hopkins in London, 9. 4. 1942. Zum Besuch Hopkins' in London vgl. auch Sherwood, Roosevelt, S. 521–554.

192 Sherwood, White House Papers, Bd. 2, S. 538.

schen Botschafter, bei der es um den in den letzten Wochen erreichten Fortschritt in den militärischen Planungen der Amerikaner und Briten gegangen sei.¹⁹³ Die *Times* kommentierte die Mission Marshalls und Hopkins' in London erst nach deren Abreise, ohne selbst Forderungen zu erheben. Es gebe ein wachsendes Bestreben sowohl in Großbritannien als auch in den USA, schrieb das Blatt, aus der Defensive zur Offensive überzugehen und nicht erst 1943 oder 1944, sondern 1942 zum Wendepunkt des Krieges zu machen. Die Öffentlichkeit sei leicht geneigt, war weiter zu lesen, in den Besuch der Abgesandten Roosevelts die Absicht hineinzulesen, dem Feind die militärische Initiative zu entreißen und eine erneute deutsche Offensive an der Ostfront zu stören, indem man die Deutschen zwingt, sich auf einen Angriff aus dem Westen vorzubereiten.¹⁹⁴

Es ist sehr wahrscheinlich (aber leider nicht belegbar), dass man in Moskau all diese öffentlichen Spekulationen einschließlich der deutschen Propagandameldungen auswertete. Die Erwartungen Stalins waren schon am 11. April durch eine „Botschaft“ Roosevelts geweckt worden, in der von der Einladung Molotovs und von einem „sehr wichtigen militärischen Vorschlag“ die Rede war, um „unsere Streitkräfte zur Entlastung der kritischen Lage an Ihrer Westfront“ einzusetzen.¹⁹⁵ Weder vor noch nach dieser Mitteilung des Präsidenten erhielt die sowjetische Regierung weitergehende Informationen. Auch Stalin und Molotov erkundigten sich ihrerseits nicht bei dem amerikanischen Botschafter in Moskau (bzw. Kujbišev) nach näheren Informationen zu dieser Einladung. Standley selbst blieb völlig uninformiert und beschwerte sich seinerseits am 3. Mai in Washington, nicht ausreichend über die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR aufgeklärt zu werden.¹⁹⁶ Welche Antwort Litvinov erhielt, als er am 14. April aus diesem Anlass im Weißen Haus vorstellig wurde, ist nicht bekannt.¹⁹⁷

193 *New York Times*, 13. 4. 1942, S. 7: Hopkins Sees Maisky.

194 Eine Bilanz des zehntägigen Aufenthalts der beiden amerikanischen Sondergesandten zog ein Leitartikel der *Times*, 18. 4. 1942, S. 5: Joint Plans.

195 Roosevelt an Stalin, 11. 4. 1942: „I have in mind a very important military proposal involving the utilization of our armed forces in a manner to relieve your critical western front. [...] Therefore, I wish you would consider sending Mr. Molotov and a General upon whom you rely to Washington in the immediate future. Time is of the essence if we are to help in an important way. [...] I suggest this procedure not only because of the secrecy, which is so essential, but because I need your advice before we determine with finality the strategic course of our common military action.“ (Butler, Roosevelt and Stalin, S. 64–65).

196 Standley an Hull, 3. 5. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 551.

197 Sherwood, White House Papers, Bd. 2, S. 540.

Vorbereitungen für den Vertragsabschluss

Schon vor der Ankunft der beiden amerikanischen Emissäre in der britischen Hauptstadt war die Londoner Regierung bereit, partiell auf amerikanische Wünsche einzugehen und damit eine Verstärkung des sowjetischen Drucks auf sich zu nehmen. Am 8. April – als Hopkins und Marshall in London eintrafen – bestätigte das Kriegskabinet die Verhandlungsvorschläge Edens, die dieser daraufhin am 10. April in Form von Vertragsentwürfen zirkulieren ließ, bevor er sie Majskij drei Tage später überreichte. Der Artikel 3 enthielt zwar die von Stalin seit dem 18. Dezember gewünschte Grenzklausel:¹⁹⁸

The High Contracting Parties ... will take account of the interests of both parties in their security, and restoration of [the] frontiers violated by the Hitlerite aggression.

Doch diese grundsätzliche Aussage, die die sowjetische Forderung voll zufrieden gestellt hätte, wurde wie von Roosevelt gewünscht durch Artikel 4 des Entwurfs konditioniert, der für Bürger all der Staaten ein Ausreiserecht vorsah, die durch etwaige Grenzverschiebungen Bürger eines anderen Staates werden würden. Dieser Formulierung, die sich in erster Linie auf die baltischen Staaten bezog, hatte das Kriegskabinet bereits am 8. April zugestimmt.¹⁹⁹ Als damit der Vertragsentwurf für die USA akzeptabler, für die UdSSR aber – nach allen bisherigen Erfahrungen – unannehmbar geworden war, konnte Eden den sowjetischen Botschafter informieren, dass Roosevelt zwar auf seiner früheren Position beharre, jedoch den Abschluss eines Vertrages mit der UdSSR als Angelegenheit der britischen Regierung betrachte.²⁰⁰ Der Vertragsentwurf, den Eden am 13. April an Majskij übergab und der Molotov parallel durch die britische Botschaft übermittelt wurde,²⁰¹ enthielt jetzt den erwünschten Stolperstein, der während der Verhandlung nach der konkreten Lage der Dinge beseitigt oder hervorgehoben werden konnte.

In der sowjetischen Hauptstadt begannen die Vorbereitungen für den Abschluss der Vertragsverhandlungen noch bevor Roosevelts Einladung an Molotov in Moskau eintraf, sogar noch bevor die neuen britischen Vorschläge vorlagen. Zu diesem Zeitpunkt bereitete die Rote Armee im Raum von Char'kov eine großangelegte Operation vor, um einer von allen erwarteten deutschen Offensive zuvorzukommen. Die sowjetische Führung rechnete noch immer mit einem Sieg im Jahr 1942. In einer Rede zum 1. Mai 1942 erklärte Stalin: „Die ganze Rote Armee muss danach streben, dass das Jahr 1942 zum Jahr der endgültigen Zertrümme-

198 WP (42) 156, War Cabinet. Anglo-Soviet Treaty, 10. 4. 1942, in: DzD I, 3, S. 246–250.

199 Protokoll der Sitzung des Kriegskabinetts, 8. 4. 1942, in: DzD I, 3, S. 246, Anm. 1.

200 Majskij an Molotov, 8. 4. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 430, d. 3853, Bl. 5–6.

201 Majskij an Molotov, 13. 4. 1942, ebd., Bl. 49–50.

rung der faschistischen deutschen Truppen und der Befreiung des Sowjetbodens von den Hitlerschurken wird!“²⁰²

Der amerikanische Präsident beurteilte die militärische Lage zur gleichen Zeit wesentlich pessimistischer. Auf einem diplomatischen Empfang erklärte er: „Der Krieg wird noch zwei oder drei Jahre dauern, aber der Endsieg ist uns sicher. Wir alle haben Opfer zu bringen, ehe wir sicher [sein können], dass der Fortbestand unserer Kultur garantiert ist.“²⁰³

Am 12. April legte der sowjetische Außenkommissar die Entwürfe Stalin vor, auf deren Grundlage Majskij in London die Verhandlungen zu einem Bündnisvertrag wieder aufnehmen sollte.²⁰⁴ Diese Entwürfe zogen gleichsam eine Bilanz der Entwicklung seit dem Eden-Besuch: Da die britischen Bemühungen um Zustimmung bzw. eine Einbeziehung der USA zu keinen Ergebnissen geführt hatten, blieben auch die sowjetischen Vertragsvorschläge bis auf einen Punkt unverändert. Dieser betraf das Zusatzprotokoll. Zwar wurde weiterhin von dessen Notwendigkeit ausgegangen – und somit den amerikanischen Einwänden nicht nachgegeben –, aber nun beschränkte sich der Zusatz auf ein Minimum. Angesichts seines reduzierten Inhalts dürfte es beim Beharren auf ein Zusatzprotokoll auch um das Prinzip gegangen sein, die Forderung an sich durchzusetzen, sich jedenfalls nicht den britischen bzw. amerikanischen Einwänden zu beugen. Molotov beabsichtigte zu diesem Zeitpunkt (vor dem 12. April) Majskij, den er ungewöhnlich als „Lieber Genosse“ anredete, in aller Ausführlichkeit über die drei Punkte zu informieren, die nicht mehr im Zusatzprotokoll verankert worden waren:²⁰⁵

a) ... [V]on uns [wird] die Frage der Rückgabe des Gebiets um Petsamo an die Sowjetunion nicht gestellt, denn bei Vorhandensein eines gegenseitigen Beistandspakts mit Finnland besteht kein Bedarf, die Petsamo-Frage aufzuwerfen. Wir halten es auch nicht für notwendig, in diesem Dokument an unser Recht auf Unterhalt von Militär-, Luftwaffen- und Marinestützpunkten auf den Territorien Finnlands und Rumäniens zu erinnern, wie es bei den Moskauer Verhandlungen erwähnt wurde, da gegenwärtig keine Notwendigkeit besteht, diese Frage aufzuwerfen.

b) In das Protokoll haben wir auch nicht den seinerzeit bei den Moskauer Unterredungen erörterten Vorschlag aufgenommen, England ein Recht auf Unterhalt seiner Militärstützpunkte an der Küste Frankreichs sowie in Norwegen und Dänemark zu gewähren. Wenn die Engländer selbst diese Fragen aufwerfen, haben Sie sich auf das Fehlen von Weisungen zu diesen Fragen zu berufen.

202 Stalin, Krieg, S. 63.

203 AdG, S. 5464-E (18. 4. 1942).

204 Molotov an Majskij, 12. 4. 1942, RGASPI f. 558, op. 11, d. 280, Bl. 53–66.

205 Ebd.

c) Zu der Frage, warum das Zusatzprotokoll als vertraulich bezeichnet wird, halte ich es für notwendig, Ihnen mitzuteilen, dass wir nichts gegen eine Veröffentlichung des Protokolls hätten, jedoch nicht wünschen, interessierte Regierungen und die öffentliche Meinung anderer Länder zu reizen, und es daher für richtig halten, dieses Protokoll als vertraulich zu behandeln.

Als an eben diesem 12. April 1942 die militärisch vielversprechende Einladung Roosevelts im Kreml eintraf und Eden am folgenden Tage neue Entwürfe vorlegte, unterblieb die Absendung dieser Instruktion vorerst ebenso wie die Übermittlung der neuen Entwürfe.

Majskij musste auf die neuen britischen Vertragsentwürfe schweigend reagieren, die ihm Eden am 13. April übergab. Schon bei der Übergabe insistierte der englische Außenminister darauf, dass die möglichen Änderungsvorschläge der sowjetischen Seite kein geheimes Zusatzprotokoll beinhalten sollten, das die „Nachkriegsgrenzen in Europa und die Zerstückelung Deutschlands“ fixiere. Eden betonte dabei, dass ein solches Protokoll in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden würde.²⁰⁶

Drei Tage später erkundigte sich Majskij im Foreign Office, ob der Inhalt des geheimen Protokolls (dessen neue Fassung Majskij noch nicht kannte, diese also Eden auch nicht darlegen konnte) mit dem Vertrag vereinigt werden könnte. Eden widersprach mit Entschiedenheit (wohl weil er weiterhin von der Fassung des Protokolls ausging, die ihm Stalin am 16. Dezember 1941 dargelegt hatte). Ein solcher Versuch würde im besten Fall zu langwierigen Erörterungen zwischen der britischen und amerikanischen Regierung führen.²⁰⁷ Der sowjetische Botschafter schloss sich diesen Einwänden an²⁰⁸ und versuchte, diese seiner Führung in Moskau verständlich zu machen. Er betonte, die der Regierung nahestehenden politischen Kreise in England seien „noch wenig vorbereitet“, ein solches Protokoll zu akzeptieren. Sie würden ihm nur nach regulärer Konsultation mit der amerikanischen Regierung zustimmen. Majskij stellte Molotov sehr konkret vor die Wahl: Entweder schneller Vertragsabschluss ohne geheimes Protokoll oder langwierige

206 Majskij an Molotov, 13. 4. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 430, d. 3853, Bl. 49–50.

207 Majskij an Molotov, 16. 4. 1942, AVP RF, ebd., Bl. 78. In seinem Bericht über dieses Gespräch an den britischen Botschafter ließ Eden das Zusatzprotokoll unerwähnt, vgl. DzD I, 3, S. 263–265.

208 Eden an Kerr, 27. 4. 1942, in: DzD I, 3, S. 301. Eden berichtet über ein vorangegangenes Gespräch mit Majskij, dem er nochmals die britische Ablehnung mitteilte, erneut über die Frage eines geheimen Zusatzprotokolls zu sprechen. Der britische Außenminister drängte darauf, den Inhalt des Zusatzprotokolls nach Abschluss eines Vertrages gesondert zu behandeln: „The Ambassoador appeared to accept this and did not raise the matter again“.

Verhandlungen über das Protokoll und Verschiebung der Vertragsunterzeichnung.²⁰⁹

Die Argumentation des Botschafters fruchtete nicht. Als Molotov die britischen Entwürfe zur Kenntnis nahm, zeigte er sich am 18. April insbesondere über das Fehlen jeglichen Hinweises auf das Zusatzprotokoll enttäuscht und schlussfolgerte, dies werde „unvermeidlich“ zu einer Verzögerung der Vertragsunterzeichnung führen.²¹⁰ Majskij – auf dem Höhepunkt seiner Tätigkeit – widersprach seinem Außenminister. Dem Botschafter erschien es wünschenswert, möglichst schnell die Verträge zu unterzeichnen, ohne auf die Abstimmung des Protokolls zu warten, da sich durch deren Unterzeichnung, so hoffte er, der sowjetische Einfluss in England verstärken werde.²¹¹ Stalin, dem dieser telegrafische Bericht aus London natürlich vorlag, wies seinen Botschafter nicht zurecht, sondern zeigte sich zuversichtlich. Er nutzte die eher beiläufige Ankündigung des spektakulären Besuchs eines sowjetischen Außenkommissars in London, um eine Stellungnahme zu den britischen Vertragsvorschlägen abzugeben. Das von ihm bis dahin stets geforderte Zusatzprotokoll erwähnte er nicht mehr direkt.²¹²

Kürzlich hat die Sowjetregierung von Herrn Eden die Entwürfe der zwei Verträge zwischen der UdSSR und England erhalten, die sich in einigen Punkten wesentlich von den Texten der Verträge unterscheiden, die während des Aufenthalts von Herrn Eden in Moskau erörtert worden sind. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Entwürfe zu neuen Meinungsverschiedenheiten führen, die auf schriftlichem Wege schwer beseitigt werden könnten, hat die Sowjetregierung, ungeachtet aller Schwierigkeiten, beschlossen, W.M. Molotov nach London zu entsenden, damit alle Fragen, die die Unterzeichnung der Verträge verzögern, in persönlicher Aussprache *restlos* geklärt werden können.

Erst jetzt erhielt Majskij, der von Molotov nun distanzierter als „Werter Genosse“ angesprochen wurde,²¹³ die seit Anfang des Monats vorbereiteten Materialien für die Fortsetzung der Vertragsverhandlungen. Angefügt waren ausführliche Erläuterungen, die sich weniger auf den bereits vereinbarten Bündnisvertrag als vielmehr auf den neuen britischen Entwurf eines Vertrags über Nachkriegsfragen²¹⁴ bezogen. Diese Unterlagen wurden durch den Assistenten des Außenkommissars und

209 Majskij an Molotov, 18. 4. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 430, d. 3853, Bl. 94–97.

210 Molotov an Majskij, 18. 4. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 440, d. 3941, Bl. 160.

211 Majskij an Molotov, 20. 4. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 430, d. 3853, Bl. 100–104.

212 Stalin an Churchill, 22. 4. 1942, in: BW, S. 54–55.

213 Molotov an Majskij, 26. 4. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 30, d. 333, Bl. 68–80.

214 DzD I, 3, S. 248–250. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass an dieser Kabinettsvorlage vom 10. 4. 1942 noch Änderungen vorgenommen wurden, bevor der Vertragsentwurf an die sowjetische Seite übergeben wurde, denn in Artikel 1 ist in der Kabinettsvorlage bereits von Europa die Rede.

Chefdolmetscher Stalins Vladimir N. Pavlov überbracht, der Ende April zur praktischen Vorbereitung und zur Erkundung der Flugroute aus Moskau nach London entsandt worden war. Dafür setzte die sowjetische Luftwaffe einen Langstreckenbomber des gleichen Typs ein, der wenige Wochen später Molotov nach Großbritannien und weiter nach Washington bringen sollte.²¹⁵

Der Außenkommissar hob hervor, dass sich das im Artikel 1 vorgesehene Handeln im „gegenseitigen Einvernehmen“ lediglich auf Europa beziehen dürfe. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen die von den Briten vorgeschlagene Ergänzung des Artikels 3, der die Wiederherstellung der sowjetischen Vorkriegsgrenzen beinhaltete, dabei jedoch unter Hinweis auf eine vorangegangene Note die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenze von 1941 ablehnte.²¹⁶

Die sowjetische Regierung hält den im [zweiten Absatz Artikel 3 des.] Vertrag erscheinenden Verweis auf die englische Note vom 30. Juli 1941 für unannehmbar, denn dies geht über das hinaus, was die sowjetische Regierung und Polen bei Unterzeichnung des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 30. Juli 1941 vereinbart haben (bekanntlich kam man bei der Unterzeichnung dieses Abkommens überein, die Frage der sowjetisch-polnischen Grenze offenzulassen). Überhaupt ist es unzumutbar, im Vertrag die Frage der sowjetisch-polnischen Grenze zu berühren, denn diese Frage sollte in Form einer Note im Namen der sowjetischen Regierung an Herrn Eden geregelt werden, wie dies in Moskau mit ihm vereinbart wurde.

Hauptstreitpunkt wurde der von den Briten mit Rücksicht auf die USA vorgeschlagene Artikel 4 des Vertragsentwurfs, der ein weitgehendes Ausreiserecht für Neubürger der UdSSR vorsah.²¹⁷

Da Artikel 4 des englischen Entwurfs seinem Sinn nach Hoheitsgebiete einiger Republiken und Verwaltungsgebiete der UdSSR betrifft, wo seinerzeit bereits eine Willensäußerung der Bevölkerung über den Beitritt dieser Republiken und Gebiete zum Bestand der UdSSR stattgefunden hat, hält die sowjetische Regierung Artikel 4 des jüngsten englischen Entwurfs für unannehmbar. Was die anderen europäischen Länder anbelangt, die der genannte Artikel betrifft, so betrachten wir es nicht als wünschenswert, ohne Beteiligung dieser Länder derartige Fragen in einem englisch-sowjetischen Vertrag zu behandeln.

Wie stark die sowjetische Kompromissbereitschaft seit Dezember 1941 nachgelassen hatte, zeigte sich in der Reaktion Molotovs auf Artikel 5 des britischen Vertragsentwurfs, der die Möglichkeit von transnationalen Zusammenschlüssen eu-

215 Ržeševskij, Stalin, S. 198.

216 Molotov an Majskij, 26. 4. 1942, in: UdF 1, S. 47–56, hier: S. 49. Zur sowjetischen Ablehnung der britischen Note vom 30. 7. 1941 vgl. Unterredung Molotov-Cripps, 27. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 180–181.

217 Molotov an Majskij, 26. 4. 1942, in: UdF 1, hier, S. 49.

ropäischer Staaten sanktionierte. Während Stalin diese Möglichkeit vier Monate zuvor noch unter bestimmten Bedingungen zulassen wollte, lehnte dies der Außenkommissar nun ab.²¹⁸ Uneingeschränkte Zustimmung fanden lediglich die Artikel 2, 6, 7 und 8 des britischen Entwurfs, die gemeinsame Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen betrafen. Entgegen dem Rat Majskijs bestand Molotov weiterhin auf einem Zusatzprotokoll. Es umfasste unter Berufung auf die beiderseitigen „Sicherheitsinteressen“ lediglich drei Punkte und sollte zunächst nur mündlich dargelegt werden:²¹⁹

1. ... [W]ird – neben der Wiederherstellung der vollen Gültigkeit der Bestimmungen des Vertrags vom 12. März 1940 – für notwendig erkannt, dass die Sowjetunion und Finnland zur Gewährleistung der Sicherheit beider Länder einen Vertrag über gegenseitige Hilfe mit einer Garantie für die Unabhängigkeit Finnlands abschließen, um nach dem Kriege einen Friedensbruch von Seiten Deutschlands in diesem Teil Europas zu verhindern.

2. ... [W]ird – neben der Wiederherstellung der sowjetisch-rumänischen Grenzen ... – für notwendig erkannt, dass die Sowjetunion und Rumänien zur Gewährleistung der Sicherheit beider Länder einen Vertrag über gegenseitigen Beistand mit einer Garantie der Unabhängigkeit Rumäniens abschließen, um nach dem Kriege eine Friedensverletzung von Seiten Deutschlands in diesem Teil Europas zu verhindern.

3. Zur Schaffung von Garantien für die Unabhängigkeit Belgiens und Hollands sowie zur Gewährleistung der Sicherheit Großbritanniens, Belgiens und Hollands wird es als notwendig erkannt, Verträge über gegenseitigen Beistand zwischen Großbritannien und jedem der genannten Staaten zu schließen.

Die sowjetischen Vertragsentwürfe und die dazugehörigen Dokumente wurden – bis auf das geheime Zusatzprotokoll – der britischen Regierung am 1. Mai übermittelt.²²⁰ Dieser Schritt beinhaltete die Zurückweisung der britischen Entwürfe als Verhandlungsgrundlage. Insbesondere die sowjetische Ablehnung des Ausreiserechts (Artikel 4), das sich unausgesprochen auf all die Personen bezog, die nach 1939 Bürger der UdSSR geworden waren, und das Ausweichen Majskijs vor der erbetenen Erklärung, die den baltischen Staaten ein höheres Maß an Autonomie versprechen sollte, verärgerte den britischen Außenminister.²²¹ Dies hinderte

218 Ebd. „Es erscheint uns unzumutbar, in dem vorliegenden Vertrag die Frage der regionalen Abkommen und Konföderationen eingehend zu verfolgen, denn das würde unweigerlich zu langwierigen Erörterungen einer äußerst komplizierten, die Interessen vieler Staaten berührenden Frage führen und zudem die Unterzeichnung dieses Vertrags verzögern. Die sowjetische Regierung schlägt deshalb vor, im Vertragstext den Passus fallenzulassen, in dem regionale Abkommen und Föderationen erwähnt werden.“

219 Ebd., S. 55.

220 Majskij an Molotov, 1. 5. 1942, AVP RF f. 059, op. 8, p. 2, d. 5574, Bl. 72–75.

221 Eden an Kerr, 1. 5. 1942, in: DzD I, 3, S. 321–322.

Molotov nicht daran, Majskij erneut anzuweisen, weiterhin auf dem Zusatzprotokoll zu bestehen.²²² Angesichts der militärischen Passivität Großbritanniens und ihrer eigenen militärischen Vorhaben, hoffte die sowjetische Führung in Moskau weiterhin, ihre eigenen Positionen weitgehend durchsetzen zu können. Der angekündigte „wichtige militärische Vorschlag“ Roosevelts hatte – soweit bisher ersichtlich – auf die sowjetische Verhandlungsposition in London keinen Einfluss. Die Bündnisverhandlungen gerieten damit schon vor dem Eintreffen Molotovs in London faktisch in eine Sackgasse. Dies alarmierte Teile der britischen Regierung: „If we were unable, for whatever reason, to give Russia help on the military side, then it seemed more than ever desirable to help her politically.“²²³

Wie stark Molotov zur gleichen Zeit auf eine Stärkung der sowjetischen Position durch militärische Erfolge wartete, zeigte sich an seinen Bemerkungen zu einem von Mikojan übermittelten Entwurf einer mündlichen Mitteilung an das britische Ministerium für Kriegswirtschaft über die Vernichtung von Bergbauanlagen in den von der Roten Armee aufgegebenen Gebieten. Molotovs in diesem Zusammenhang getroffene Feststellung lässt sich auch auf die sowjetische „Bitte“ um die Errichtung der Zweiten Front übertragen:²²⁴

Habe nichts dagegen. Doch zurzeit befinden wir uns noch in der Rolle eines Objekts (und nicht eines Subjekts), wenn wir die Engländer um irgendetwas bitten.

In Washington wurden die britisch-sowjetischen Vorverhandlungen in London weiterhin höchst kritisch verfolgt. Hull erklärte seinem Londoner Botschafter – noch bevor er Kenntnis darüber erlangt hatte, dass die britischen Vorschläge in Moskau zurückgewiesen worden waren – sehr nachdrücklich seine Ablehnung der territorialen Klauseln des britisch-sowjetischen Vertragsentwurfs.²²⁵ Am 4. Mai rechnete der amerikanische Botschafter mit dem Eintreffen Molotovs innerhalb der nächsten 48 Stunden.²²⁶ Doch am 9. Mai 1942 stand der konkrete Termin für dessen Reise noch immer nicht fest. Vyšinskij bestätigte zwar die Reiseabsicht des sowjetischen Außenministers, erklärte aber den Zeitpunkt der Abreise für noch ungewiss.²²⁷ Eine Woche später informierte Stalin den amerikanischen Präsidenten über die Verzögerung der Abreise Molotovs.²²⁸ Ganz sicher war dieses Abwar-

222 Molotov an Majskij, 2. 5. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 440, d. 3942, Bl. 51.

223 Eden an Kerr, 5. 5. 1942, in: DzD I, 3, S. 327–330.

224 Vermerk Molotovs, 6. 5. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 11, d. 102, Bl. 52. Hervorhebung im Original.

225 Hull, *Memoirs* Bd. 2, S. 1171.

226 Ebd.

227 Unterredung zwischen Vyšinskij und Standley, 9. 5. 1942, in: SAOD I, S. 224–225.

228 Stalin an Roosevelt, 15. 5. 1942, in: BW, S. 483.

ten nicht nur eine Reaktion auf fehlende britische Zustimmung; es stand auch im Zusammenhang mit der Lage an der deutsch-sowjetischen Front, wo aus sowjetischer Sicht große Ereignisse bevorstanden. Am 12. Mai begann eine Frühjahrsoffensive der Roten Armee, die Stalin seit März 1942 mit dem Ziel und der Zuversicht vorbereiten ließ, den endgültigen Sieg über Deutschland noch 1942 erreichen zu können. Die Offensive entwickelte sich in den ersten Tagen zunächst sehr erfolgreich.²²⁹

Die Reise Molotovs nach London und Washington

Am 19. Mai gegen 22.00 Uhr bestieg Molotov auf dem Moskauer Flugplatz Ramenskoe ein sowjetisches Bombenflugzeug, das von dem Fliegermajor E. Pusep, einem späteren Helden der Sowjetunion, gesteuert wurde.²³⁰ Nach einem zehnstündigen Non-Stop-Flug, der über Schweden führte, landete die Maschine am frühen Morgen des 20. Mai in Schottland.²³¹ Der sowjetische Außenminister hatte noch in der Nacht vor dem Abflug an einer siebenstündigen Besprechung im Arbeitskabinett Stalins teilgenommen. Höchstwahrscheinlich ging es dabei um die am 12. Mai begonnene großangelegte sowjetische Offensive bei Char'kov, die nach einer am 15. Mai eingeleiteten deutschen Gegenoffensive in Bedrängnis geraten war. Entgegen dem Rat seiner Militärs²³² befahl Stalin am 18. Mai – möglicherweise während dieser Sitzung – die Fortsetzung der Offensive.²³³ Der Ausgang der blutigen Kämpfe um Char'kov, an denen auf beiden Seiten Hunderttausende Soldaten, Tausende Panzer und Hunderte Flugzeuge beteiligt waren und denen zumindest auf sowjetischer Seite kriegsentscheidende Bedeutung beigemessen wurde, waren zum Zeitpunkt, als Molotov seine Verhandlungen in London begann, noch nicht bekannt. Zweifellos wurde die militärische Lage auch von den sowjetischen Verhandlungspartnern in London ständig beobachtet. Unklar bleibt allerdings, in welchem Zusammenhang damit das Verschwinden der britischen Verständigungsbereitschaft in der Vertragsfrage stand.

229 Bernd Wegner, *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*, in: DRZW Bd. 6, S. 761–1116, hier S. 858.

230 Vgl. die Memoiren von É. K. Pusep, *Trevožnoe nebo: Zapiski letčika* [Unruhiger Himmel. Aufzeichnungen eines Piloten], Krasnojarsk 1975.

231 Molotov an Stalin (1. Telegramm), 21. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 97–98.

232 An dieser Beratung, die in der Nacht zum 19. 5. 1942 von 19.30 bis 03.40 dauerte, nahmen neben Molotov, Berija und Malenkov die Militärs Vasilevskij, Bodin, Žukov, Bulgandin und der Chef der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee Ščerbakov teil, vgl. LPS, S. 372.

233 Zum Hintergrund dieser Entscheidung vgl. William Taubman, *Krushchev. The Man and his Era*, New York 2003, S. 164–168.

Dass Molotov nach London kommen würde, war schon fünf Monate vor dessen Ankunft Gegenstand von Spekulationen. Bereits im Januar 1942 hatte der amerikanische Botschafter in London berichtet, dass Molotov in der nächste Zeit nach London kommen werde, um die Verhandlungen zum sowjetisch-britischen Bündnisvertrag fortzusetzen.²³⁴ Nur wenig verschleiert informierte die *New York Times* die amerikanische Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang über pro-britische Vorschläge, die Stalin während der vorangegangenen Moskauer Verhandlungen Eden unterbreitet habe.²³⁵ Auch der Chef der polnischen Exilregierung fürchtete im Januar Besuche Molotovs in London und Churchills in Moskau. Sikorski warnte vor einem damit verbundenen Triumph Stalins.²³⁶ An eine Einladung Molotovs dachte das Kriegskabinett dann erstmals am 8. April, noch bevor Roosevelt gegenüber Stalin denselben Wunsch äußerte. Auf die im Kabinett gestellte Frage, sollten wir Molotov bitten hierher zu kommen und den Vertrag zu unterzeichnen, falls die Verhandlungen mit Majskij befriedigend verlaufen, erklärte Eden, der offensichtlich bereits von dem Wunsch Roosevelts erfahren hatte, es sei naheliegend, Molotov zu bitten, ein paar Tage in London zu verbringen, falls er in die USA fliege.²³⁷ Als Stalin selbst schließlich am 22. April Churchill die Entsendung seines Außenministers nach London ankündigte, dankte der britische Premierminister, ohne irgendwelche Zusagen zu machen. Gegenüber Roosevelt sprach er davon, dass „Molotov auf uns herabstürzen“ werde und kündigte an, dass er dem Außenkommissar nach einer ersten Verhandlungsrunde vorschlagen möchte, zuerst nach Washington zu reisen, bevor irgendetwas Endgültiges unterzeichnet werde.²³⁸

Für Molotov war es seit November 1940, als er durch Stalin zum Abschluss weitreichender Vereinbarungen mit Deutschland nach Berlin entsandt worden war, die zweite Auslandsreise. Ob er dazu durch Stalin ähnlich wie 1940 eine de-

234 Winant an State Department, 13. 1. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 493–494.

235 *New York Times*, 22. 1. 1942, S. 7: Trip by Molotoff to London Likely. Der Bericht stützt sich auf eine angeblich schwedische Quelle. Dabei bleiben die strittigen Punkte (Schicksal der baltischen Staaten) ausgespart, dafür werden Stalin Zusagen an Großbritannien unterstellt, die nie oder nur in einem anderen Zusammenhang gegeben wurden: „Russia welcomes the British policy that seeks to assure that at no time in the future will either North Africa or Northern France serve as jumping-off places for an eventual attack against British imperial interests of the British Isles.“

236 Unterredung zwischen Sikorski und Churchill, 31. 1. 1942, in: DzD I, 3, S. 83–85.

237 Protokoll der Sitzung des Kriegskabinetts, 8. 4. 1942, in: DzD I, 3, S. 246, Anm. 1.

238 Churchill an Roosevelt, 24. 4. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 470. Eine Reise Molotovs nach Washington vor einer für die USA befriedigenden Klärung der Vertragsfrage lehnte der amerikanische Außenminister Hull ab, vgl. Hull, *Memoirs* Bd. 2, S. 1172.

taillierte Instruktion erhalten hatte, ist bisher nicht bekannt.²³⁹ Wahrscheinlich ist, dass er sich auf seine eigenen Direktiven an Majskij und eher allgemeine mündliche Weisungen Stalins stützen musste. Molotovs anfänglich selbstbewusste Verhandlungsführung mit Churchill und Eden sowie seine in den ersten Tagen eher verallgemeinernden Berichte unterscheiden sich deutlich von Molotovs Auftreten in Berlin, wo er sich anderthalb Jahre zuvor aufgehalten hatte.

Am 21. Mai traf Molotov zur ersten Unterredung mit Churchill zusammen. Schon bei diesem Treffen sprach Molotov vom bevorstehenden Ende des sowjetisch-deutschen Krieges. Diese Erwartung bestimmte seine anfänglich unnachgiebige Verhandlungsführung. Zunächst erklärte er dem Premierminister, dass niemand in der UdSSR einen Vertrag billigen werde, der nicht die Sicherheitsinteressen der UdSSR berücksichtige. Dabei betonte er, dass eine bloße Garantie der Grenzen nicht ausreiche. Die Sicherheit der UdSSR müsse auch nord- und südwestlich dieser Grenze in minimalem Maße garantiert werden. Seiner ursprünglichen Instruktion folgend erklärte der sowjetische Außenminister:²⁴⁰

Wenn wir uns in diesem Rahmen mit der britischen Regierung verständigen können, so wäre dies gut. Wenn dies nicht möglich ist, so sei es besser, die Unterzeichnung der Verträge zu verschieben.

Am Nachmittag desselben Tages traf der sowjetische Außenminister dann mit Eden allein zusammen. Nachdem sie Einmütigkeit über den Bündnisvertrag festgestellt hatten, der schon im Dezember als vereinbart galt, erörterten Molotov und der britische Außenminister Punkt für Punkt die einzelnen Artikel der britischen und sowjetischen Entwürfe für den Nachkriegsvertrag. Eden zeigte sich dabei deutlich kompromissbereiter als sein sowjetischer Amtskollege. Dennoch kam trotz zahlreicher Zugeständnisse Edens und trotz Ausklammerung des Zusatzprotokolls keine Einigung zustande.²⁴¹ Die Verhandlungen blieben in der Sackgasse, in die sie schon vor der Ankunft Molotovs geraten waren. Auch weitere Gespräche mit Churchill am folgenden Tag über die Zweite Front brachten keine Fortschritt-

239 Trotz der außerordentlich hilfreichen Veröffentlichung des größten Teils dieser Berichte und Weisungen, die in diesem Zusammenhang zwischen Molotov und Stalin ausgetauscht wurden (vgl. Ržeševskij, Stalin), besitzen wir immer noch keinen vollständigen Überblick über innersowjetische Kommunikation während der Bündnisverhandlungen. Ohne Erklärung bleiben einzelne Telegramme weiterhin klassifiziert. Bei allen Telegrammen Molotovs fehlt zudem die Angabe des Zeitpunkts ihrer Absendung, der sich nur bei den Telegrammen Stalins in Einzelfällen findet. Dadurch lässt sich nicht immer bestimmen, ob Molotov bei Gesprächen mit seinen britischen Partnern bereits Weisungen Stalins folgte.

240 Unterredung zwischen Molotov und Churchill, 21. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 100–107.

241 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 21. 5. 1942, in: ebd., S. 107–113.

te. In diesem Zusammenhang erwähnte Molotov zum letzten Mal die Erwartung, eine Kriegsentscheidung noch in diesem Jahr zu erreichen.²⁴² An Stalin telegraphierte er: „Insgesamt ist auf britischer Seite die Bereitschaft nicht sichtbar, uns entgegenzukommen.“²⁴³

Inzwischen verschlechterte sich die Lage an der deutsch-sowjetischen Front für die Rote Armee dramatisch. Während die Stavka, das sowjetische Oberkommando, das Scheitern der sowjetischen Offensive öffentlich nicht eingestand, sondern weiterhin von einer Fortsetzung der Angriffsoperationen sprach,²⁴⁴ verkündigte das Oberkommando der Wehrmacht die Details der Einkesselung sowjetischer Truppen.²⁴⁵ Die britische Presse hob den scharfen Kontrast zwischen den sowjetischen und den deutschen Berichten (die in der Times nicht im Einzelnen wiedergegeben wurden) hervor und bemühte sich um Expertise, doch die britischen Zeitungsleser konnten ebenso wenig wie die Londoner Regierung letzte Klarheit über die Kriegslage gewinnen. Ähnlich erging es Molotov. Vor dem Hintergrund dieser militärischen Entwicklung, die das Ende der sowjetischen Hoffnungen auf einen noch 1942 erreichbaren Sieg über Deutschland besiegelte, kündigte Eden für den 23. Mai einen bereits vorbereiteten²⁴⁶ neuen Vertragsvorschlag an und drängte Molotov, nach seinen Verhandlungen in den USA noch einmal nach London zurückzukehren. Molotov schlussfolgerte in seinem Bericht an Stalin:²⁴⁷

Die letzten Unterredungen rufen bei mir den Eindruck hervor, dass Churchill die Entwicklung der Ereignisse an unserer Front abwartet und sich jetzt nicht beeilt, zu einem Übereinkommen mit uns zu kommen.

242 Molotov an Stalin (4. Telegramm), 23. 5. 1942, in: ebd., S. 139–140.

243 Molotov an Stalin (1. Telegramm), 23. 5. 1942, in: ebd., S. 136–137.

244 *The Times* brachte am 19., 21. und zuletzt am 22. Mai 1942 gleichlautende Meldungen des sowjetischen Oberkommandos: „[O]ur troops were engaged in offensiv battles in the Kharkov direction“.

245 AdG, 23. 5. 1942, S. 5507-F: „Im Raum von Charkow ist der am 12. Mai begonnene sowjetische Großangriff, der von 20 Schützendivisionen, 3 Kavalleriedivisionen und 15 Panzerbrigaden geführt wurde, unter schwersten blutigen und Materialverlusten des Feindes restlos zusammengebrochen. Der deutsche Gegenangriff – am 17. Mai begonnen – führte in den Rücken der stärksten feindlichen Angriffsgruppe und hat ihre Versorgungslinien durchschnitten. Seit zwei Tagen sind nunmehr die deutschen, rumänischen und ungarischen Truppen von starken Kräften der Luftwaffe unterstützt auf der ganzen Front der bisherigen Abwehrschlacht zum konzentrischen Gegenangriff angetreten.“ Diese Angaben werden prinzipiell bestätigt in: DRZW Bd. 6, S. S. 857–858.

246 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 125.

247 Molotov an Stalin (3. Telegramm), 23. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 138–139.

Er riet Stalin davon ab, seiner Rückkehr nach England zuzustimmen, da sich an der britischen Position nichts ändern werde, und beurteilte die Aussichten seiner Gespräche mit Roosevelt pessimistisch.²⁴⁸ Stalin lobte die Verhandlungsführung Molotovs, deutete jedoch bereits eine Veränderung der sowjetischen Position an, indem er seinen Außenminister anwies, auf der Rückreise aus Washington doch noch einmal nach London zurückzukehren.²⁴⁹

Dies wusste Molotov noch nicht, als er seinen Kampf um den sowjetischen Vertragsvorschlag und den Inhalt des Zusatzprotokolls mit Hartnäckigkeit fortsetzte. Ähnlich wie Stalin am 16. Dezember des Vorjahres entschloss sich Molotov zunächst zu einer partiellen Offenlegung der sowjetischen Ziele. Nachdem der Außenkommissar den neuen britischen Vertragsvorschlag, der auf eine Zusammenlegung der beiden Verträge hinauslief und die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze durch Zukunftsversprechungen umging, zur Kenntnis genommen hatte, unternahm er den Versuch, den Inhalt des nicht durchsetzbaren Protokolls durch dessen Integration in den Vertrag doch noch zu retten (was Eden bereits Wochen zuvor gegenüber Majskij abgelehnt hatte). Dabei sprach Molotov nun erstmals von „Sicherheitssphären“, die sich beide Mächte gegenseitig zubilligen und in dem angestrebten Vertrag verankern sollten. Mündlich verlas Molotov folgende Klausel:²⁵⁰

Die hohen vertragsschließenden Seiten verpflichten sich, unter voller Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen Großbritanniens, insbesondere im Gebiet von Pas de Calais und im südlichen Teil der Nordsee sowie der Sicherheitsinteressen der UdSSR, insbesondere im Gebiet der finnischen Halbinsel und im nord-westlichen Teil des Schwarzen Meeres wie auch des Interesses der UdSSR hinsichtlich der Wiederherstellung ihrer durch die Aggression Hitlerdeutschlands und seiner Verbündeten in Europa verletzten Grenzen, wie auch der Interessen Großbritanniens hinsichtlich der Rückgabe der durch feindliche Kräfte besetzten britischen Territorien in Europa, wie auch in Einklang mit den zwei Prinzipien – keine territorialen Erwerbungen für sich in Europa anzustreben und sich nicht in innere Angelegenheiten der Völker Europas einzumischen – gemeinsam am Wiederaufbau Europas nach dem Kriege zu wirken.

Den Sinn dieser Formulierung sah Molotov darin – wie er Eden erläuterte –, nicht zu konkretisieren, welche Maßnahmen beide Staaten für die Erlangung der Sicherheit im Einzelnen ergreifen würden. Zugleich gab Molotov zu erkennen, dass sich die sowjetische Sicherheitssphäre auf Finnland und Rumänien erstrecken sollte. Wie nicht anders zu erwarten, hütete sich Eden, Interesse an einer derarti-

248 Ebd.

249 Stalin an Molotov (2. Telegramm), 23. 5. 1942, in: ebd., S. 140.

250 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 23. 5. 1942, in: ebd., S. 141–149. Ein solcher Schritt ist ohne vorherige Weisung der „Instanz“ (d.i. Stalin) undenkbar.

gen Fixierung von Interessensphären zu zeigen. Er versicherte: „Die englische Regierung beabsichtigt weder mit Belgien noch mit Holland gegenseitige Beistandspakte abzuschließen.“ Molotov konnte darauf nur noch unsicher reagieren: „[I]hm sei nicht völlig klar, ob sich England nicht für die Gebiete interessiere, die im sowjetischen Entwurf genannt werden.“ Zusammenhangslos stellte Molotov anschließend die Frage, „ob England im gegebenen Fall auch die Frage nach dem südlichen Teil Deutschlands nicht interessiere“.

Im Zusammenhang mit Artikel 4 des britischen Entwurfs, den er zwei Tage zuvor zurückgewiesen hatte, legte Molotov jetzt ein weiteres Ziel der sowjetischen Nachkriegspolitik offen. Nun akzeptierte er diesen Artikel und deutete sowjetisches Interesse an der Umsiedlung von Polen an, die nach dem Krieg in den baltischen Staaten oder in der Westukraine lebten. In diesem Zusammenhang fragte Eden nach Bessarabiern und Finnen, die in dem Gebiet wohnten, das an die UdSSR übertragen werden würde. Molotov versicherte, dass vor Übergabe dieser Gebiete die finnische Regierung die Möglichkeit erhalten werde, ihre Bürger aus den an die UdSSR zu übergebenden Gebieten auszusiedeln.²⁵¹ Molotov berichtete an Stalin nicht ohne Stolz: Eden habe die neuen Vorschläge nicht erwartet, sondern sich bereits auf das Scheitern der Verhandlungen eingestellt.²⁵² Den erwähnten neuen Vertragsentwurf Edens bewertete Molotov mit Majskij gemeinsam: „Wir betrachten diesen Vertrag als nicht annehmbar, da er lediglich eine Deklaration darstellt, die die UdSSR nicht benötigt.“²⁵³

Doch diesmal täuschten sich beide. Ihr Telegramm an Stalin überschneidet sich mit dessen lapidarer Mitteilung: „Unser Angriff im Raum Char’kov ist ins Stocken gekommen.“²⁵⁴ Diese neue Wendung des deutsch-sowjetischen Krieges wendete auch die sowjetisch-britischen Bündnisverhandlungen. Stalin war der erste, der dies begriff, und er war sofort bereit, den Versuch abubrechen, die sowjetischen Grenzen im Bündnisvertrag mit Großbritannien zu verankern. Wie weit für ihn auch geheimdienstliche Informationen über die sich verhärtende britische und amerikanische Position in dieser Frage eine Rolle spielten, lässt sich bisher noch

251 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 23. 5. 1942, in: Ebd., S. 141–149.

252 Molotov an Stalin (6. Telegramm), 23. 5. 1942, in: ebd., S. 153–154.

253 Molotov und Majskij an Stalin (7. Telegramm), 23. 5. 1942, in: ebd., S. 154–156.

254 Stalin an Molotov (1. Telegramm), 23. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, ebd., S. 137.

immer nicht beurteilen. Nach zweifacher Besprechung mit Dekanozov²⁵⁵ telegraphierte Stalin am späten Abend des 24. Mai nach London:²⁵⁶

1. Den Entwurf des Vertrages, der Dir von Eden übergeben wurde, haben wir erhalten. Wir halten ihn nicht für eine reine Deklaration und erkennen an, dass es sich um ein wichtiges Dokument handelt. Dort wird die Frage nach der Sicherheit der Grenzen nicht gestellt, doch das ist – vielleicht – gar nicht schlecht, denn dadurch behalten wir freie Hand. Die Grenzfrage oder besser die Frage der Sicherheitsgarantien für die Grenzen in diesem oder jenem Teil unseres Landes, wird durch Gewalt entschieden.²⁵⁷
2. Wir schlagen vor, die Korrekturen am alten Vertragsentwurf fallen zu lassen und den Entwurf Edens zur Grundlage zu nehmen, der beide Verträge vereint. [...]
5. Es ist wünschenswert die Unterzeichnung des Vertrages zu beschleunigen und danach nach Amerika zu fliegen.

Da Molotov diese Reaktion Stalins noch nicht kannte, jedoch bereits dessen Weisung erhalten hatte, noch einmal nach London zurückzukehren, agierte er, als er sich im Laufe des 24. Mai erneut mit Eden traf, bereits vorsichtiger. Doch noch immer drängte er auf eine Festschreibung von Sicherheitssphären. Er gab dabei zu erkennen, dass diese für die UdSSR nicht nur Finnland, sondern auch Estland einschließen müssten. Eden gab kein britisches Interesse an einer eigenen Sicherheitssphäre zu erkennen, sondern hinterfragte die entsprechenden sowjetischen Absichten. Molotov versicherte nun, dass im Falle des Schwarzen Meeres keine Besetzung Rumäniens geplant sei, sondern lediglich der Abschluss eines Sicherheitsvertrages mit diesem Staat.²⁵⁸

Während der Außenkommissar also am 24. Mai noch seinen Kampf um den ursprünglichen sowjetischen Vertragsinhalt fortsetzte, sich jedoch bereits die Möglichkeit für einen Positionswechsel offenhielt, drängte Churchill Stalin zum Einlenken: „Was den Vertrag angeht, so wird er [Molotov] Ihnen die Schwierigkeiten erklären, die hauptsächlich darin bestehen, dass wir nicht von unseren frü-

255 Dekanozov betrat am 24. Mai das Arbeitskabinett Stalins zum ersten Mal um 01.40 Uhr und verließ es fünfzig Minuten später. Er war zu diesem Zeitpunkt der einzige Besucher. Am Nachmittag desselben Tages (15.45–16.35 Uhr) suchte Dekanozov Stalin noch einmal auf. An dieser Unterredung nahmen Malenkov und Berija teil, vgl. LPS, S. 373.

256 Stalin an Molotov (1. Telegramm), 24. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 157. Dieses Telegramm traf um 18.30 Uhr in London ein, war also gegen 21.30 Uhr in Moskau abgesandt worden. Die hier nicht wiedergegebenen Punkte 3 und 4 betrafen geringfügige Einzelkorrekturen am neuen britischen Entwurf.

257 Stalin bezog sich damit auf den weiteren Kriegsverlauf. Roosevelt war schon vor Stalin zu der Einsicht gekommen, „[The] future of Baltic States clearly depends upon Russian military progress“. Vgl. Halifax an Eden, 8. 3. 1942, in: DzD I, 3, S. 201–202.

258 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 24. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 158–164.

heren Verpflichtungen gegenüber Polen zurücktreten können und die öffentliche Meinung bei uns wie auch in Amerika in Betracht ziehen müssen.“²⁵⁹

*

Bereits nach den ersten Gesprächen Molotovs in London hatte Winant nach Washington berichtet:²⁶⁰

The Russians are still however holding to their original requests for the Baltic States and the Finnish line. Eden explained to him our position and England's relationship to us and that all three countries should work together.

Auf die vermutete Kompromisslosigkeit der UdSSR reagierte das State Department äußerst scharf. Hull ließ ein Memorandum für den Präsidenten erarbeiten, das die Aufnahme territorialer Klauseln in einen britisch-sowjetischen Vertrag als vernichtenden Schlag gegen das Anliegen der Vereinten Nationen darstellte. Die amerikanische Regierung könne auf die Unterzeichnung eines solchen Vertrages nicht mit Schweigen reagieren, da dies als Billigung missverstanden werden würde. Sie müsse in diesem Fall eine eigene Erklärung herausgeben, um in aller Öffentlichkeit festzustellen, dass sie den Prinzipien und Einzelbestimmungen eines solchen Vertrages nicht zustimme. Diese weitreichenden Überlegungen zielten auf die Einordnung Großbritanniens und der UdSSR in das „Anliegen der Vereinten Nationen“. Sie fanden die Zustimmung Roosevelts. Der US-Botschafter in London wurde dementsprechend instruiert.²⁶¹

Winant bemühte sich sofort um ein Treffen mit dem sowjetischen Außenminister, musste darauf jedoch warten. Ein Lunch, das in der sowjetischen Botschaft für Sonnabend, den 23. Mai geplant war, wurde auf Wunsch des sowjetischen Außenkommissars verschoben. Als neuen Termin für eine Zusammenkunft mit Molotov schlug Majskij nun den 26. Mai vor. Erst als Winant ein früheres Treffen

259 Churchill an Stalin, 24. 5. 1942, in: BW, S. 60.

260 Winant an State Department (for the President), 21. 5. 1942, in: FRUS 1942, III, S. 557–558.

261 Hull, *Memoirs* Bd. 2, S. 1172. Das Zustandekommen dieses Memorandums bleibt ebenso im Dunkeln wie die Zustimmung des Präsidenten zur Instruktion des amerikanischen Botschafters. Die betreffenden Dokumente sind bisher nicht auffindbar. Die FRUS-Herausgeber erklären dazu: „It has been impossible to locate a copy of this other memorandum, or of the final telegram to Ambassador Winant based upon it.“ Hull selbst erklärte in seinen Memoiren: „Our memorandum was so strong that we were in some fear lest the President disapprove it. Mr. Roosevelt, however, quickly returned it with his O.K., and we immediately sent Winant a cable repeating its substance.“ (Vgl. FRUS 1942, III, S. 558).

für notwendig erklärte, empfing Molotov den amerikanischen Botschafter doch noch am 24. Mai, um 22.00 Uhr in der sowjetischen Botschaft. Zu diesem Zeitpunkt war in Moskau die Entscheidung längst gefallen, nicht länger auf einer Fixierung der Grenzen in einem Vertrag mit dem Bündnispartner zu bestehen. Dennoch gab Molotov während dieser ersten Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter, die ca. 90 Minuten dauerte, diese Entscheidung Stalins nicht bekannt. Vielmehr lotete er die Stellung der amerikanischen Regierung zu den vorliegenden Vertragsentwürfen aus. Winant stellte nun klar, dass Roosevelt keinen Entwurf unterstützen könne, der Grenzfragen berühre. Ein Versuch, derartige Fragen zu regeln, würde die von Roosevelt gewünschten Hilfeleistungen für die UdSSR gefährden. Mehr noch: Die Zweite Front sei wichtiger als der Vertrag.

Interessanterweise vermerkte die von Molotov korrigierte Aufzeichnung dieses Gesprächs den Vorschlag des amerikanischen Botschafters: „Er, Winant, würde es begrüßen, wenn die sowjetisch-britische Vereinbarung auch von den USA unterzeichnet werden würde.“²⁶² Von diesem Vorschlag, der nur die eingeschränkte Billigung Stalins fand,²⁶³ findet sich allerdings keine Spur in dem unmittelbar nach der Unterredung übermittelten Bericht Winants, der direkt an Roosevelt und Hull ging. Vielmehr gab sich Winant hier als Mitautor des neuen britischen Vertragsentwurfs zu erkennen und erweckte den Eindruck, er habe durch geschickte Argumentation eine verfahrenere Situation bereinigt.²⁶⁴

I also told them [Molotov und Majskij] frankly ... that you [Roosevelt and Hull] were both definitely opposed to a British-Russian treaty containing agreements on frontiers ... He [Molotov] told me that he would reconsider the draft treaty and perhaps refrain from making any decision until after he had talked with the President.

Kurze Zeit nach seinem Gespräch mit Molotov konnte Winant nach Washington berichten, er habe einen Anruf Edens erhalten, der ihm mitteilte, Molotov habe soeben um ein Gespräch am Morgen bitten lassen, um noch einmal über den Vertragsentwurf zu sprechen.²⁶⁵ Gegenüber Stalin deutete Molotov an, warum er die

262 Unterredung zwischen Molotov und Winant (in London), 24. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 167–169.

263 Stalin an Molotov (2. Telegramm), 25. 5. 1942, in: ebd., S. 185: Er solle Churchill nicht zu verstehen geben, dass sich Roosevelt dem Vertrag anschließen wollte, denn dies wäre großtuerisch und die Engländer würden dies als eine Verringerung ihrer Rolle verstehen. Wenn aber Amerikaner oder Engländer selbst diesen Vorschlag unterbreiten, so könne dieser Vorschlag vollständig akzeptiert werden.

264 Winant an Roosevelt und Hull, 24. 5. 1942, in: DzD I, 2, S. 274–276.

265 Winant an Hull, 24. 5. 1942, in: DzD I, 2, S. 274–276.

neue Direktive nicht sofort in dem Gespräch mit Winant befolgt, sondern sein Einlenken erst unmittelbar nach diesem Gespräch Eden mitgeteilt hatte:²⁶⁶

Auf jeden Fall werde ich unser Eingehen auf den neuen Vertragsentwurf als ein großes Zugeständnis von uns an Churchill und insbesondere an Roosevelt darstellen, dessen Unzufriedenheit mit den alten Entwürfen Churchill und Eden besonders betonten.

Wie der weitere Verlauf der Verhandlungen noch zeigen wird, verfolgte Molotov gegenüber Stalin und seinen westlichen Gesprächspartnern entgegengesetzte Ziele. Während er gegenüber erstem auf strikteste Unterordnung bedacht war, versuchte er gegenüber Churchill und Roosevelt den Eindruck eines verständigungsbereiten und entschlossfreudigen Politikers zu wecken. Ohne Kenntnis der sowjetischen Quellen glaubten Politiker in London und Washington damals, Molotov sei vor dem geschickten bzw. harten Auftreten des amerikanischen Botschafters zurückgewichen und habe die UdSSR zur Annahme der britischen Vorschläge geführt. Lothar Kettenacker führte noch 1989 die plötzliche Wendung Molotovs auf die überragende Macht der USA zurück:²⁶⁷

Was nach außen als großer Erfolg Edens gefeiert wurde, war im Grunde ein diplomatischer Triumph der Vereinigten Staaten und symbolisierte ihre politische Vormachtstellung, noch bevor der erste Truppentransporter den Atlantik überquert hatte. [...] Der Bündnisvertrag mit London war [für Stalin, J.L.] sozusagen die diplomatische Brücke nach Amerika, dem neuen Machtzentrum der kapitalistischen Welt.

Kettenacker stützte sich dabei auf die Tagebuchaufzeichnungen Cadogans, der am 24. Mai 1942 vor dem Gespräch Molotovs mit Winant notierte, Eden warte sehnsüchtig auf eine Gelegenheit, sich aus seinem Versprechen bezüglich der Grenzen zu befreien. Winant habe ihn darauf festgelegt. Der letzte Moment sei gekommen. Nach dem Gespräch fügte Cadogan am folgenden Tag hinzu, er habe gehört, dass Majskij letzte Nacht mitgeteilt habe, sie würden den britischen Alternativentwurf noch einmal durchdenken. Winant habe ihn darauf am gestrigen Abend festgelegt.²⁶⁸ Überschwänglich dankte einige Tage später Churchill dem amerikanischen Präsidenten für die Unterstützung Winants und dessen angeblichen Einfluss auf die „Russen“.²⁶⁹ Molotov deckte diesen Irrtum nicht auf, sondern behauptete

266 Molotov an Stalin (4. Telegramm), 24. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 173–174. Das Gespräch mit Winant, auf das sich Molotov bezieht, endete kurz vor 24.00 Uhr (Londoner Zeit) und das Telegramm traf erst um 06.15 (Londoner Zeit) am 25. Mai in Moskau ein. Trotzdem datierte es Molotov auf den 24. Mai.

267 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 126.

268 Dilks (Hg.), Cadogan Diaries, S. 455.

269 „He [Winant] made the Russians understand as no one else could do how injurious to good relations between us three must have been the American reaction to the old treaty. I

vielmehr, dass die Haltung der USA für das Entgegenkommen der UdSSR ausschlaggebend gewesen sei²⁷⁰ und erklärte ebenso irreführend, noch nicht im Besitz einer endgültigen Direktive zu sein. Churchill äußerte sich höchst zufrieden über die Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenminister. Es sei gelungen, dem sowjetischen Vorschlag eine völlig andere Richtung zu geben. Der Vertragsentwurf stünde nun in vollem Einklang mit der Atlantik-Charta.²⁷¹

Sowohl die Äußerungen Molotovs als auch die Churchills verdunkeln die eigentlichen Zusammenhänge: Über die Räumung der sowjetischen Verhandlungsposition in London wurde seit den frühen Morgenstunden des 24. Mai im Arbeitskabinett Stalins in Moskau, nicht aber in London entschieden. Ausschlaggebend dafür war weder die Stärke der USA noch die Verhandlungsführung Churchills, Edens oder Winants, sondern das Scheitern der sowjetischen Offensive bei Char'kov und die Erwartung schwerer Kämpfe in den kommenden Wochen und Monaten an der deutsch-sowjetischen Front. Churchill täuschte sich in mehrfacher Hinsicht, als er nach der Vertragsunterzeichnung Stalin für sein Entgegenkommen dankte. „Ich bin überzeugt, dass dies in den Vereinigten Staaten entsprechend anerkannt wird und dass unsere drei Großmächte nun in der Lage sein werden, zusammen vorwärtszuschreiten, was auch immer kommen mag.“²⁷²

Der Abschluss des Bündnisvertrages mit Großbritannien

Als Stalin am 24. Mai 1942 den neuen britischen Entwurf trotz Nichterfüllung der sowjetischen Wünsche überraschend akzeptierte, ließ er sich von der Einsicht leiten, dass über Grenzen und Einflussphären im Verlaufe des Krieges entschieden werden würde. Dagegen glaubten die Briten weiterhin, durch geschicktes Manövrieren am Verhandlungstisch dauerhafte Erfolge erreichen zu können. Erst zwei Jahre später, als die amerikanische Regierung die Wiederherstellung der sowjetischen Westgrenze von 1941 durch die Rote Armee schweigend hingenommen hatte und die Zukunft der baltischen Staaten längst kein gravierender Konfliktpunkt mehr war, versuchte Churchill den Moskauer Herrscher zu warnen: „Gewalt kann viel erreichen, aber eine vom guten Willen der Welt unterstützte Gewalt kann mehr erreichen.“²⁷³

have no doubt that his intervention and plain speaking were largely instrumental in helping us to secure a treaty which fulfilled our own ideas.“ Vgl. Churchill an Roosevelt, 4. 6. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 505.

270 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 25. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 174–178.

271 Churchill an Roosevelt, 27. 5. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 490.

272 Churchill an Stalin, 27. 5. 1942, in: BW, S. 61.

273 Churchill an Stalin, 7. 3. 1944, BW, S. 259–260.

1942 überließen es die Westmächte einem ihrer gefährlichsten Gegner, die Gewaltbereitschaft des sowjetischen Alleinherrschers zu bewundern. Genau in diesen Tagen notierte Goebbels mit Respekt, aber nicht ohne Arroganz:²⁷⁴

Wir haben es zweifellos bei diesem Mann mit einer Persönlichkeit zu tun, die in keiner Weise mit den halben Portionen in den demokratisch-plutokratischen Ländern verglichen werden kann. Hier handelt es sich um einen Mann von Format. Er wird uns zweifellos noch einiges zu schaffen machen. Der Krieg des beginnenden Sommers ist eine Auseinandersetzung zwischen Hitler und Stalin. Es werden Kräfte aufeinanderprallen, die einander keinen Pardon geben werden. Vom Ausgang dieser Kämpfe wird das zukünftige Schicksal der Welt abhängen.

Schon bei der Lektüre des ersten Berichts über die Einigung mit Eden vermerkte Stalin seinen Vorschlag für die Benennung des gerade erzielten Übereinkommens: „Vertrag zwischen der UdSSR und Großbritannien über Bündnis und gegenseitige Hilfe im Krieg gegen Hitlerdeutschland und Zusammenarbeit nach dem Kriege“.²⁷⁵ Der Vertrag wurde von Molotov noch vor seiner Weiterreise nach Washington am 26. Mai gemeinsam mit Eden unterzeichnet. Majskij saß dabei neben den beiden Außenministern und Churchill mit am Tisch. Darin drückte sich die ungewöhnlich starke Stellung des sowjetischen Botschafters aus, der zu diesem Zeitpunkt vor allem bei den Briten als unentbehrlicher Mittler anerkannt wurde.

Inhaltlich ging der Vertrag²⁷⁶ nicht über den Vorschlag hinaus, den Stafford Cripps bereits im November des vergangenen Jahres unterbreitet hatte.²⁷⁷ Zu den Konditionen, zu denen er im Mai 1942 abgeschlossen wurde, wäre er höchstwahrscheinlich bereits im Dezember 1941 in Moskau erreichbar gewesen. Die Vertragspräambel fixierte den Wunsch beider Seiten bei der Ausarbeitung des Friedensvertrags zusammenzuarbeiten. Dies kann als eine implizite Anerkennung der Ziele gedeutet werden, die Stalin ursprünglich im geheimen Zusatzprotokoll verankern wollte. Molotov bezeichnete den Vertrag bei seiner Unterzeichnung als „Meilenstein in den sowjetisch-britischen Beziehungen“.²⁷⁸

Wirkung entfaltete der Vertrag zunächst und vor allem in der Propaganda der Alliierten. In der politischen Hauptverwaltung wurde noch während der Reise Molotovs eine Direktive an die ihr unterstellten Politverwaltungen der einzelnen Einheiten der Roten Armee vorbereitet, die fünf Vorteile des Vertrags herausstellte: Der Vertrag sei eine neue mächtige Waffe im Kampf um den „vollständigen

274 TJG II, S. 446–452, hier S. 452, Z. 225–232 (5. 6. 1942).

275 Unterredung zwischen Molotov und Eden, 25. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 174–178.

276 Britisch-sowjetischer Vertrag, 26. 5. 1942, in: SANO 1, S. 237–240.

277 Vgl. S. 85.

278 Molotov an Stalin (2. Telegramm), 27. 5. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 193–195.

Sieg über Deutschland“; es bestehe vollständiges Einvernehmen über die Errichtung der Zweiten Front 1942; die USA und Großbritannien beschleunigen und erhöhen ihre Lieferungen an die UdSSR; die UdSSR und Großbritannien garantieren, keine Verhandlungen mit Deutschland zu führen; der Vertrag sichere nach dem Krieg die Unmöglichkeit einer erneuten deutschen Aggression. Die offiziellen Dokumente der Reise des sowjetischen Außenministers (der Text des Vertrages, das Kommuniqué und die Reden von Molotov und Eden sowie der Text der Grußtelegramme) wurden in allen Armeezeitungen sowie gesondert als Flugblätter veröffentlicht.²⁷⁹

Stalin – der eigentliche Vater des Vertrags – verbreitete sich höchst zufrieden: „Ich bin überzeugt, dass dieser Vertrag eine große Bedeutung für die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien sowie zwischen unseren Ländern und den Vereinigten Staaten haben und eine enge Zusammenarbeit unserer Länder nach der siegreichen Beendigung des Krieges gewährleisten wird.“²⁸⁰ Ähnlich äußerte sich Churchill: „Dieser Vertrag ist ein Unterpfand dafür, dass wir unsere Feinde vernichten und, wenn der Krieg vorbei ist, einen gesicherten Frieden für alle friedliebenden Völker schaffen werden.“²⁸¹

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Koalition auch ohne den Vertrag die Krisen in den nachfolgenden Monaten überstanden hätte, denn nicht dieser Vertrag, sondern das von allen beteiligten Mächten geteilte Interesse an der Niederschlagung Deutschlands sicherte den Zusammenhalt der Anti-Hitler-Koalition. Immerhin eröffnete die vertragliche Vereinbarung den Weg für die Weiterentwicklung der Beziehungen Großbritanniens und der USA zur Sowjetunion. Er führte allerdings nicht zu einer gemeinsamen Friedenskonferenz, zu einem Friedensvertrag mit einem zukünftigen Deutschland.

Nachspiel in Washington

Acht Tage nach seiner Ankunft in London bestieg Molotov dort am Mittwoch, den 27. Mai um 09.00 Uhr den sowjetischen Langstreckenbomber, der ihn bereits von Moskau nach London gebracht hatte und jetzt im Direktflug auf den amerikanischen Kontinent bringen sollte.²⁸² Churchill kündigte am gleichen Tage den

279 Direktive Kuznecovs an die Chefs der Politverwaltungen der Fronten, 12. 6. 1942, in: RAVO, Bd. VI, S. 144.

280 Stalin an Churchill, 28. 5. 1942, in: BW, S. 62.

281 Churchill an Stalin, 21. 6. 1942, in: BW, S. 63–64,

282 Novikov an Stalin (Telegramm), 27. 5. 1942

sowjetischen Außenminister in Washington mit Worten an, die deutliche Vorbehalte gegen Litvinov zu erkennen gaben:²⁸³

Molotov is a statesman and has a freedom of action very different from what you and I saw with Litvinov. I am very sure you will be able to reach good understandings with him.

Schlechtes Wetter zwang Molotov zu einem anderthalbtägigen Zwischenaufenthalt in Island. Nach einer weiteren Zwischenlandung auf dem Flugplatz Goose Bay in Labrador (Neufundland) landete die Maschine des sowjetischen Außenministers am späten Nachmittag des 29. Mai in Washington, wo Hull und Litvinov zur Begrüßung warteten.²⁸⁴

Vom Flugplatz und sicher nicht unbeeindruckt vom sichtbaren Reichtum Amerikas, begab sich Molotov direkt ins Weiße Haus. Gegenüber Roosevelt ließ er noch am Abend des 29. Mai erkennen, dass der Bündnisvertrag die UdSSR nicht völlig zufrieden stelle. Über die Reaktion des amerikanischen Präsidenten berichtete Molotov an Stalin: „Es war auffällig, dass Roosevelt über diesen Vertrag nicht sprechen und nichts Zustimmendes dazu sagen wollte. Litvinov erklärte mir, dass Roosevelt nicht mit dem englisch-sowjetischen Vertrag sympathisiert, weil er keine Annäherung zwischen der UdSSR und England möchte, sondern eine Annäherung zwischen den USA und der UdSSR wolle, um besser Druck auf England ausüben zu können. Ich denke Litvinov hat partiell Recht.“²⁸⁵ Roosevelt konnte Molotov nur erwidern, dass es ihm mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den USA lieber sei, wenn Grenzfragen weiterhin ausgeklammert blieben. Dieser Bitte konnte der amerikanische Präsident nicht stärkeren Nachdruck verleihen. Trotz all ihrer wirtschaftlichen Macht fehlten den USA noch immer die notwendigen militärischen Mittel dazu. Der weitere Kriegsverlauf ließ den Zusammenhang zwischen effektiver militärischer Stärke und den politischen Gestaltungs- bzw. Einflussmöglichkeiten der einzelnen Mächte noch deutlicher hervortreten.²⁸⁶

283 Churchill an Roosevelt, 27. 5. 1942, in: Kimball, *Correspondence*, Bd. 1, S. 490. Churchill bezog sich dabei offensichtlich nicht auf Litvinov als Botschafter, sondern auf Litvinov als Amtsvorgänger Molotovs.

284 Molotov an Stalin (1. Telegramm), 3. 5. 1942, in: Ržeševskij, *Stalin*, S. 214.

285 Molotov an Stalin, 5. 6. 1942, in: ebd., S. 266.

286 Am Vorabend der Quebec Conference informierte John Hickerson, ein Europaexperte des State Department, US-Außenminister Cordell Hull am 10. 8. 1943: „Our friends in the War Department tell us that such an attempt [preventing the Soviet Union from regaining its June 1941 borders] would be sheer military fantasy; that the United States and the United Kingdom are not in a position to successfully oppose the Soviet Union in Eastern Europe if Germany is defeated.“ Zit. In: James Mc Allister; *No Exit. America and the German Problem, 1943–1954*, Ithaca 2002, S. 37. Vgl. Aufsatz Anne O’Hare McCor-

Am nächsten Tag, als unter Anwesenheit der führenden amerikanischen Militärs der „sehr wichtige militärische Vorschlag“ auf der Tagesordnung stand, den Roosevelt in seinem Einladungsschreiben nicht präzisiert hatte,²⁸⁷ musste der Präsident bestätigen, dass die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler auf den Schultern der UdSSR ruhe. General Marshall konnte Molotov keine konkreten Antworten zur Errichtung der Zweiten Front geben. Stalin scheint bereits vor dem Gespräch auf wenig Konkretes gehofft zu haben, da er seinen Außenminister ohne einen Vertreter für den in London leicht verunglückten sowjetischen Militärexperten, General Isaev,²⁸⁸ nach Washington reisen ließ. Unmittelbar nach der Besprechung mit Roosevelt und den amerikanischen Militärs telegraphierte Molotov kurz, fast bitter nach Moskau: Roosevelt und Marshall erklärten „alles mögliche, was sie tun wollten, doch zur Zeit stoße die Angelegenheit auf einen Mangel an Schiffen, um die Truppen nach Frankreich überzusetzen. Sie konnten mir nichts Konkretes zusagen. [...] Meine Mission kann man als beendet betrachten.“²⁸⁹

Der Primat der Roosevelt'schen Außenpolitik lag auch 1942 nicht auf der Stärkung der Beziehungen zur UdSSR. Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag war für ihn niemals Anlass zur Gratulation; die „Trans-Channel Operation“ – die Errichtung der Zweiten Front in unmittelbarer Nähe zu Deutschland –, deren Vorbereitung der ursprüngliche Anlass seiner Einladung des sowjetischen Außenministers gewesen war, besaß zu keiner Zeit oberste Priorität. Dies zeigte sich in der Antwort des Präsidenten zur Frage der Zweiten Front. Nach Beratung mit dem Stabschef, General Marshall, dem Flottenchef, Admiral King, und Harry Hopkins hatte der Präsident darin alle konkreten Terminzusagen für deren Errichtung gestrichen.²⁹⁰ Der bloße Einwand seines obersten militärischen Stabschefs, dass die Nennung des August 1942 als Termin „unglücklich“ sei und großen Widerstand seitens der Briten wecken werde, veranlasste diese für die UdSSR einschneidende Änderung.²⁹¹ Möglicherweise konnten auch die Briten selbst die Formulierung der amerikanischen Antwort beeinflussen. Jedenfalls fiel die Erklä-

mick: *Armies Are the First Policy Makers*, *New York Times* 7. 2. 1944 worauf am Schluss dieser Arbeit noch einmal einzugehen seien wird.

287 Roosevelt an Stalin, 11. 4. 1942, Butler, *Roosevelt and Stalin*, S. 64–65.

288 Molotov an Stalin (5. Telegramm), 23. 5. 1942, in: Ržeševskij, *Stalin*, S. 153. Isaev hatte sich das Fußgelenk verletzt.

289 Molotov an Stalin (2. Telegramm) Nr. 38, 30. 5. 1942, in: Ržeševskij, *Stalin*, S. 231–232.

290 Roosevelt an Churchill, 31. 5. 1942, in: Kimball, *Correspondence*, Bd. 1, S. 503–504.

291 Vgl. Sherwood, *White House Papers*, Bd. 1, S. 572–573.

rung, die der Präsident schließlich am 1. Juni gegenüber dem sowjetischen Außenminister abgab, völlig unbestimmt aus.²⁹²

Nach drei Beratungsrunden am 29., 30. Mai und am 1. Juni in den USA legte Molotov Stalin den Entwurf für ein trilaterales Kommuniqué seiner Reisen nach London und Washington vor. Dessen Schwerpunkt lag auf dem Ergebnis der Verhandlungen in London, der Unterzeichnung des Bündnisvertrags. Molotovs Entwurf betonte den freundschaftlichen Charakter aller Gespräche in London und in Washington, erwähnte jedoch mit keinem Wort die von der UdSSR erwartete „Zweite Front“.²⁹³ Noch inhaltsleerer war der Kommuniqué-Entwurf, den Hull vorbereitet hatte. Er traf in Moskau sechs Stunden nach dem Text Molotovs ein.²⁹⁴ Stalin reagierte höchst verärgert auf dieses doppelte Eingeständnis ergebnisloser Verhandlungen in Washington. Er tadelte den Übermittler der schlechten Nachricht. Der Herrscher in Moskau wies nicht nur seinen Außenkommissar, sondern faktisch auch die britische und amerikanische Regierung zurecht, deren Zustimmung die Voraussetzung für die Veröffentlichung dieses Kommuniqués blieb. Er forderte kategorisch zwei getrennte Verlautbarungen für die Reise nach London und die Reise nach Washington. Für ihn war es „absolut notwendig“, neben allen anderen auch die Frage der Schaffung der Zweiten Front in Europa in diesen Kommunikationen zu erwähnen. In dieser Frage müsse völliges Einverständnis bestehen.²⁹⁵

Stalin rechnete zutreffend darauf, dass unter den gegebenen und durch den Krieg bestimmten Bedingungen weder Churchill noch Roosevelt auf ein gemeinsames Kommuniqué verzichten und seine ultimative Forderung nicht zurückweisen konnten.²⁹⁶ Dass es nicht zum diplomatischen Eklat kam, war jedoch auch der diplomatischen Geschicklichkeit Molotovs zu danken. Dieser akzeptierte zunächst den ihm am Vortag übermittelten US-Entwurf im Allgemeinen. Erst dann schlug er eher beiläufig dem amerikanischen Außenminister Stalins ultimative Forderungen als Ergänzungen vor.²⁹⁷ Dadurch versetzte er das State Department

292 Unterredung zwischen Roosevelt und Molotov, 1. 6. 1942, in Ržeševskij, Stalin, S. 234–240.

293 Molotov (New York) an Stalin (1. Telegramm), 2. 6. 1942; in: ebd., S. 246–248.

294 Molotov (Washington) an Stalin (2. Telegramm), 2. 6. 1942, in: ebd., S. 248–249.

295 Stalin an Molotov (Telegramm), 3. 6. 1942, in: ebd., S. 250.

296 Am folgenden Tage erklärte Stalin, die Errichtung der Zweiten Front müsse im Kommuniqué erwähnt werden: „Das ist notwendig, da es Unsicherheit in die Reihen der Hitlerleute und der neutralen Staaten in ganz Europa trägt.“ Vgl. Stalin an Molotov (Telegramm), 4. 6. 1942, in: Ebd., S. 258–259.

297 Unterredung zwischen Molotov und Hull, 3. 6. 1942, in: ebd., S. 250–253. Deckt sich mit der amerikanischen Aufzeichnung dieser Unterredung, vgl. FRUS 1942, III, S. 585–587, hier S. 587.

in Zugzwang, die sowjetischen Wünsche mit dem Präsidenten bzw. in dessen Vertretung mit Harry Hopkins abzustimmen. Hopkins' Notizen nach einem Gespräch mit Roosevelt und General Marshall lässt sich entnehmen, dass der Präsident nun Einwände seines Stabschefs hinsichtlich einer Erwähnung der Zweiten Front zurückwies und zustimmte, im Kommuniqué deren Errichtung noch für 1942 anzukündigen.²⁹⁸ Diese Entscheidung Roosevelts konnte Molotov noch am 3. Juni an Stalin in Form des Satzes übermitteln,²⁹⁹ der am 11. Juni, nach der sicheren Rückkehr Molotovs in die UdSSR, zeitgleich im Kommuniqué in Washington und Moskau veröffentlicht wurde:³⁰⁰

In the course of the conversations full understanding was reached with regard to the urgent tasks of creating a second front in Europe in 1942.

Ungeachtet aller Schwierigkeiten äußerte sich Roosevelt gegenüber Churchill sehr befriedigt über den Besuch des sowjetischen Außenministers. Dieser habe sich im Laufe der Gespräche viel mehr erwärmt, als er erwartet habe. Er glaube, dass Molotov nun die Lage der Westmächte besser verstehe.³⁰¹ Der britische Außenminister dagegen äußerte sich eher herablassend, als er bezogen auf Molotov erklärte, die Reise habe seinen Horizont erweitert.³⁰²

Stalin, der einen Sieg über den „Hitlerfaschismus“ für 1942 angekündigt hatte, wurde nicht nur durch die Verhandlungen Molotovs in London, sondern auch durch die anschließenden militärischen Entwicklungen auf den Boden der Realitäten zurückgeholt. Die deutsche Sommeroffensive 1942 brachte ähnliche Erfolge wie ein Jahr zuvor der Angriff auf die UdSSR.³⁰³ Erneut rechneten in Großbritannien und den USA Militärs und Politiker mit der Möglichkeit eines deutschen Sieges.

Doch auch angesichts der erneut drohenden Niederlage der UdSSR war Stalin zu keinerlei Korrekturen seiner Politik in der Frage der zukünftigen Grenzen der UdSSR bereit. Nachdem die USA in Teheran prinzipiell Grenzveränderungen zuungunsten Deutschlands und zugunsten Polens akzeptiert hatten, verlor der fortgesetzte amerikanische Widerstand gegen eine nachträgliche Anerkennung der sowjetischen Grenzveränderungen von 1939/40 an Glaubwürdigkeit. Stalin fühlte

298 Notiz Hopkins', 3. 6. 1942, in: Sherwood, White House Papers, B. 1, S. 581–582.

299 Molotov an Stalin (1. Telegramm), 4. 6. 1942, in: Ržeševskij, Stalin, S. 259–260.

300 FRUS 1942, III, S. 592.

301 Roosevelt an Churchill, 6. 6. 1942, in: Kimball, Correspondence, Bd. 1, S. 507–508. Gegenüber Stalin bewertete Roosevelt den Besuch des sowjetischen Außenministers lediglich als „sehr zufriedenstellend“, vgl. Roosevelt an Stalin, 6. 6. 1942, in: Butler, Roosevelt and Stalin, S. 70.

302 Eden an Kerr, 19. 6. 1942, in: BDFA, III, A, Bd. 3, S. 88.

303 Overy, Richard, Russlands Krieg 1941–1945, Hamburg 2003, S. 248.

sich 1944/45 völlig im Recht, diese Grenze wiederherzustellen und in Ostpreußen weiter zugunsten der UdSSR zu verschieben. In Jalta stimmte ihm Churchill zumindest teilweise zu. Nach dem veröffentlichten sowjetischen Konferenzprotokoll, das an anderen Stellen nicht frei von Manipulationen ist, erklärte der britische Regierungschef, er sei „stets der Ansicht gewesen, dass nach der Tragödie, die Russland durchgemacht habe, als es sich gegen die deutsche Aggression verteidigte, und nach den Anstrengungen, die Russland zur Befreiung Polens unternommen habe, sich die Ansprüche der Russen auf Lwow und die Curzon-Linie nicht auf Gewalt, sondern auf Recht gründeten.“³⁰⁴

4. Die deutsche Ostgrenze als politischer Hebel Stalins

Die deutsch-sowjetische Kooperation bei der Zerstörung Polens machte die neuen Grenzen Deutschlands und der UdSSR abhängig von der Zukunft des polnischen Staates. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veränderte diese Abhängigkeit nur graduell. In welche Richtung die deutsche Ostgrenze bzw. die sowjetische Westgrenze verschoben werden würden, hing weiterhin nicht nur von Sieg oder Niederlage der am Krieg beteiligten Staaten ab. Im Falle einer deutschen Niederlage bestimmte noch immer die zukünftige innere und äußere Gestalt Polens den endgültigen Verlauf der deutschen Ostgrenze.

Stalin war nach dem 22. Juni 1941 auf die Erneuerung der Beziehungen zu Polen vorbereitet.³⁰⁵ Nur durch territoriale Zugeständnisse zu Lasten Deutschlands konnte er hoffen, Polen als Partner zu gewinnen und auf lange Sicht an die UdSSR zur Verteidigung der neuen polnischen Westgrenze zu binden. Der Kremlchef war dazu sofort bereit. Auf ihn ging die Instruktion zurück, die der sowjetische Botschafter in London am 3. Juli 1941 erhielt:³⁰⁶

Zur Frage der Wiedererrichtung nationaler Staaten in Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien müssen Sie folgende Position einnehmen: a) Wir treten für die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates in den *nationalen Grenzen Polens*, einschließlich einiger Städte und Gebiete ein, die unlängst an die UdSSR übergeben wurden.

304 Aufzeichnung der Sitzung der Regierungschefs, 6. 2. 1945, SAIK 4, S. 73–87, hier S. 83. Zur Manipulation der Äußerungen Stalins vgl. S. 375, 487.

305 Alexander Uschakov, Stalins Anteil an der Entstehung der Oder-Neiße-Grenze, in: Friedrich Klein/Boris Meissner, Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, Stuttgart 1977, S. 67–90, hier S. 67.

306 Molotov an Majskij, 3. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 107. Hervorhebung nicht im Original. Vgl. dazu Brandes, Großbritannien, S. 156–158.

Für den sowjetischen Realpolitiker enthielt diese Formulierung bereits den Kern seiner späteren Politik: Was er für ukrainischen, belorussischen und litauischen Boden hielt, lag für ihn außerhalb der nationalen Grenzen Polens. Dagegen war die Rückgewinnung „uralten“ polnischen Bodens im Norden und Westen mit seinen Zielen durchaus zu vereinbaren.

Der deutsche Angriff auf die UdSSR hatte bei der polnischen Exilregierung die Hoffnung auf eine gegenseitige Schwächung ihrer gewalttätigen Nachbarn geweckt.³⁰⁷ Sie erhoffte sich dadurch eine Revision der Grenzverschiebung von 1939, aber auch eine Ausdehnung des polnischen Staates auf deutsche Kosten.³⁰⁸ Diesen radikalen Kriegszielforderungen des polnischen Untergrunds verhalf die in London erscheinende Zeitung *Dziennik Polski* im Oktober 1941 zu Publizität:³⁰⁹

Polen muss ganz Ostpreußen und im Westen zumindest die Linie der unteren Oder (die Mündung mit beiden Ufern) sowie ganz Schlesien bis an die Lausitzer Neiße wiedergewinnen. Über diesen Punkt sind keine weiteren Ausführungen nötig, er ist genügend erläutert und haftet bereits fest im Bewusstsein der ganzen Nation. [...] Nicht blinder Zorn diktiert sie [die Ziele] uns, nicht das dem Einzelnen zugefügte Unrecht, sondern die ruhige Überzeugung, dass sie zweckmäßig und für das Wohl der Nation, künftiger Generationen und der ganzen Menschheit, die Deutschen nicht ausgeschlossen, richtig sind.

Bereits unmittelbar nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung³¹⁰ kritisierte der sowjetische Botschafter in London gegenüber Dritten „megalomane“ Territorialforderungen der polnischen Regierung und nannte als Beispiel dafür deren Verlangen nach der Annexion Ostpreußens und der Ausdehnung Polens bis Stettin.³¹¹ Stalin sah dies anders. In

307 Detlef Brandes, *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, Oldenbourg, München 2005², S. 175–176.

308 Wolfgang Wagner, der die erste wissenschaftliche Untersuchung zur „Oder-Neiße-Linie“ vorlegte, die bis in die 60er Jahre als Standardwerk zu dieser Frage galt, spricht von „Maßlosigkeit der meisten polnischen Publizisten“ in den ersten Kriegsjahren, vgl. Ders., *Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges*, Marburg 19683 (erste Auflage 1953), S. 13. Der Chef der polnischen Exilregierung machte am 23. 6. 1941 in einer Radioerklärung die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR von der sowjetischen Anerkennung der Grenze des Friedensvertrags von 1921 abhängig. Vgl. Biddle an State Department, 23. 6. 1941, FRUS 1941, I, S. 236–237.

309 Rhode/Wagner, *Oder-Neiße-Linie*, S. 14–15. Hervorhebung im Original.

310 Vereinbarung zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der polnischen Republik, 30. 7. 1941, DVP XXIV, S. 200–201.

311 Brandes, *Vertreibung*, S. 177. Brandes verweist auf Äußerungen von Majskij gegenüber dem Botschafter der jugoslawischen Exilregierung.

der Nacht vom 8. zum 9. September 1941 verkündete er: „Wenn wir siegen, geben wir Ostpreußen dem Slawentum, dem es schließlich gehört, zurück. Wir werden es mit Slawen besiedeln.“³¹²

Im Dezember 1941, der Besuch des britischen Außenministers war bereits vereinbart, soll Stalin dem Chef der polnischen Exilregierung, Sikorski, ein Gespräch über die gemeinsame Grenze beider Staaten angeboten haben: „Die Sowjetunion könne auf Lemberg verzichten und biete für den Verzicht Polens auf die übrigen ostpolnischen Gebiete Kompensation in Ostpreußen an. Die polnische Westgrenze sei auf die Oder zu stützen.“³¹³ Obwohl es sehr wahrscheinlich ist, dass Stalin die polnische Exilregierung durch territoriale Tauschgeschäfte zu gewinnen suchte, erscheint es zweifelhaft, dass er mit dem Begriff Kompensation den Rechtsstandpunkt der polnischen Exilregierung akzeptiert haben könnte.³¹⁴

Am 16. Dezember 1941 skizzierte Stalin gegenüber dem britischen Außenminister den polnischen Grenzverlauf widersprüchlich und unvollständig.³¹⁵ Warum wollte der Moskauer Machiavelli Ostpreußen zunächst Polen überlassen, um wenige Tage später im Zusammenhang mit der von ihm geforderten Aufgliederung Deutschlands den Teil dieser deutschen Provinz, der an Litauen grenzte, für 20 Jahre für die UdSSR zu verlangen?³¹⁶ Sollte dieser Teil nach 20 Jahren zurück an Deutschland oder an Polen fallen? Warum verschwieg der Machtpolitiker, als er die Nord- und die Ostgrenze skizzierte, den weiteren Verlauf der Westgrenze Polens, und warum kündigte er dann doch noch im Verlauf desselben Gesprächs an, „Polen alle Gebiete bis zur Oder“ zu überlassen?³¹⁷ Offensichtlich hatte sich Stalin noch nicht endgültig festgelegt, sondern war bestrebt, sich Handlungsfreiheit zu wahren. Doch schon zu diesem Zeitpunkt waren deutsche Territorien für ihn potentielle Verfügungsmasse, um die Zustimmung Großbritanniens zur neuen

312 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 424.

313 Brandes, Vertreibung, S. 177. Ohne Quellenangabe, Hervorhebung nicht im Original. Vgl. auch ebenfalls ohne Quellenangabe Uschakov, Stalins Anteil, S. 69.

314 Eine *Kompensationslösung* forderte bereits im Oktober 1939 der stellvertretende polnische Außenminister Jan Szembek. Vgl. Włodzimierz Borodziej/Hans Lemberg (Hg.), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950, Bd. 1, Marburg 2000, S. 49. Zur *Kompensationslösung* vgl. auch Albrecht Tyrell, Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941–1945, Frankfurt/M. 1987, S. 378.

315 Vgl. S. 96.

316 Entwurf eines Zusatzprotokolls, Dezember 1941, UdF 1, S. 31–34, hier S. 33: „[D]er Teil Ostpreußens (einschließlich Königsbergs), der an Litauen grenzt, geht für die Dauer von 20 Jahren als Garantie für die Erstattung der von der UdSSR im Krieg mit Deutschland erlittenen Verluste an die UdSSR. Sein anderer Teil geht an Polen (wie in Punkt 10 vorgehen).“

317 Unterredung zwischen Stalin und Eden: 16. 12. 1941, in: UdF 1, S. 19–30, hier S. 25.

sowjetischen Westgrenze zu gewinnen und seine Ziele in Bezug auf Polen zu verwirklichen.

Anfang 1942 begann die britisch-sowjetische Kontroverse um die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze, die den Abschluss eines Bündnisvertrags zwischen diesen beiden Staaten monatelang blockierte. Stalin brach, wie gezeigt, diesen Streit im Mai 1942 mit der Feststellung ab: „Die Grenzfrage ... wird durch Gewalt entschieden“.³¹⁸ Molotov wies Roosevelt jedoch darauf hin, dass der sowjetische Standpunkt in dieser Frage unveränderbar sei.³¹⁹

Genau in dieser Zeit entwickelte Sikorski in zwei an die amerikanische Regierung gerichteten Memoranden den Plan, Polen bis zur Oder und der östlichen (der Glatzer) Neiße auszudehnen, damit es sich gegenüber Deutschland und der Sowjetunion behaupten könne. In diesem Zusammenhang sprach er von der Oder und der westlichen (der Lausitzer) Neiße als der „natürlichen Sicherheitslinie“ Polens. Sikorski ließ diesen Plan erst Ende 1942 fallen, als die deutsche Sommeroffensive nicht die erwartete Schwächung der UdSSR gebracht und die Westmächte den Überlegungen ihre Unterstützung verwehrt hatten.³²⁰

Der Konflikt um die polnischen Ostgebiete hatte im Jahre 1943 seinen ersten Höhepunkt erreicht, als deutsche Stellen den in der Öffentlichkeit geführten polnisch-sowjetischen Schlagabtausch um die gemeinsame Grenze durch die Nachricht von der Ermordung polnischer Offiziere verstärkten.³²¹ Dadurch trugen die Deutschen indirekt dazu bei, dass Stalin die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Regierung in London abbrach (ohne jedoch alle Kontakte abreißen zu lassen) und nun seinerseits die Vorbereitung einer provisorischen polnischen Regierung in Moskau beschleunigte. In dieser Situation stärkte die Unterstützung der „Rückgewinnung ehemals polnischer Gebiete“ durch die UdSSR die kooperationsbereiten Teile der polnischen Emigration und schwächte die sowjetkritische Exilregierung in London. In dem Maße wie diese Strategie auf Schwierigkeiten und Widerstände stieß, radikalisierte Stalin seine eigenen Vorschläge zur deut-

318 Vgl. S. 167.

319 Unterredung zwischen Molotov und Roosevelt (vor dem Essen), 29. 5. 1942, in: UdF 1, S. 59.

320 Sarah Meiklejohn Terry, The Oder-Neisse Line Revisited: Sikorski's Program for Poland's Postwar Western Boundary, 1939–1942, in: East Central Europe 5 (1978) 1, S. 39–68. Vgl. dazu auch Lilje, Carsten, Die Entstehung der Oder-Neiße-Grenze als Nebenprodukt alliierter Großmachtspolitik während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1995, hier S. 34–36. Erstmals machte Aleksander Bregman, in einem Aufsatz in der in London erscheinenden Zeitung *Dziennik Polski* am 9. Februar 1952 auf diese Memoranden aufmerksam. Abgedruckt in: Rhode/Wagner, Oder-Neiße-Linie, S. 19–21.

321 Zur Katyn-Krise vgl. Kapitel VI., Abschnitt 1.

schen Ostgrenze.³²² Der im März 1943 (also noch vor Bekanntwerden des Verbrechens von Katyn) in der UdSSR gegründete Bund Polnischer Patrioten (Związek Patriotów Polskich, ZPP) forderte in seinem am 10. Juni desselben Jahres beschlossenen Programm die „Stärkung Polens im Westen und an der Ostsee“ und die „Wiederherstellung des Polentums“ in Schlesien.³²³ Völlig zu Recht wurde festgestellt, dass diese Forderungen „Ausdruck des Willens der Sowjetregierung waren“.³²⁴ Doch weiterhin setzte Stalin keineswegs ausschließlich auf den Erfolg polnischer Kommunisten.

*

Im Sommer 1943 verfolgte Stalin scheinbar entgegengesetzte Strategien: Während er die Radikalisierung polnischer Grenzforderungen zuließ, förderte er gleichzeitig das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD), indem er seinen Beauftragten die Rettung Deutschlands in den Grenzen von 1938 (also mit Einschluss Österreichs) versprechen ließ.³²⁵

Die mit der Nachkriegsplanung beschäftigten sowjetischen Diplomaten bezogen die Ziele des NKFD ebenso wenig in ihre Deutschlandplanungen ein wie die Forderungen polnischer Patrioten. Stalins Absichten blieben ihnen verborgen. Jakov Suric betonte im Sommer 1943 zwar, dass die zukünftige deutsch-polnische Grenze „für unser Land ein riesiges Interesse darstelle“ und mit der zukünftigen staatlichen Ordnung in ganz Osteuropa verbunden sei, warnte aber auch vor den Rückwirkungen einer Veränderung der deutsch-polnischen Grenze.³²⁶

Besonders ernstzunehmen ist in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, dass diese Frage [die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze] schärfer als alle anderen zum Kampf um die territoriale Integrität Deutschlands hochgespielt wird.

322 Manfred Zeidler, *Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich der Oder und Neiße 1944/45*, Oldenbourg 1996, hier S. 48–56.

323 ISPO VII, Nr. 270, deutsche Übersetzung bei Gotthold Rhode/Wolfgang Wagner, *Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges*, Stuttgart 1956, S. 51–52. In der Erklärung hieß es weiter: „Nach siegreicher Beendigung des Krieges sollte in Schlesien das Polentum wiederhergestellt werden. Die polnische Volksmasse in Schlesien muss wieder mit dem Mutterstamm vereinigt werden. Die Mündung der Weichsel, der hauptsächlichen Lebensader unseres Landes, sollte in unsere Hände zurückkehren. Ostpreußen darf nicht länger als eine Bastion des deutschen Imperialismus existieren, als eine Barriere, die Polen von der Ostsee trennt.“

324 Wagner, *Oder-Neiße-Linie*, S. 39.

325 Zum Nationalkomitee Freies Deutschland vgl. Kap. IV, Abschnitt 3.

326 Suric, *Zukünftige Grenzen Deutschlands*, o.D. [2. 7. 1943], AVP RF f. 06, op. 5, p. 11, d. 101a, Bl. 23–37.

An keiner Stelle gebrauchte Suric den Begriff der „Oder-Grenze“. Vielmehr wollte er in einer Untersuchung zur Frage der polnisch-sowjetischen Grenze in der Zwischenkriegszeit daran erinnern, dass damals britische und amerikanische Politiker gegen eine zu starke Ausweitung Polens auf Kosten des russischen Territoriums auftraten.

Zur Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz ließ Stalin in Bezug auf die sowjetisch-polnische Grenze keinerlei Konzessionen versprechen, die über das hinausgingen, was er bereits zwei Jahre zuvor gegenüber Eden angekündigt hatte. Die „Übergabe aller Landflächen bis hin zur Oder an Polen“ blieb für Stalin ebenso ein Mittel zur Schwächung Deutschlands wie zur Beeinflussung der innerpolnischen Entwicklung. Er machte die Unterstützung der polnischen Gebietsansprüche gegenüber Deutschland von der zukünftigen Haltung der Exilregierung abhängig.³²⁷ Diesen Überlegungen folgend ging Litvinov zwar von einem prinzipiellen Einverständnis der beiden Westmächte aus, Polen für den Verlust der polnischen Ostgebiete „abzufinden“,³²⁸ äußerte aber Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer zu großen Westverschiebung Polens.³²⁹

Polen nach Versailles nahm – Angaben aus dem Jahre 1938 zufolge – eine Fläche von 389 500 km² mit einer Bevölkerungszahl von 34,2 Millionen ein. Nach Anschluss von Westbelorussland und der Westukraine mit einer Fläche von 196 000 km² und einer Bevölkerung von 12,8 Millionen an die UdSSR verblieb Polen ein Territorium von 193 000 km² mit einer Bevölkerung von 21,4 Millionen Einwohnern. Sollten die polnischen Ansprüche auf Ostpreußen, das Oppelner Schlesien und Danzig befriedigt werden, wird seine Fläche 241 000 km² und seine Bevölkerungszahl 25,6 Millionen betragen, d. h. weniger als nach Versailles. Daher drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass – nachdem alles irgend Mögliche von Deutschland erlangt wurde – Polen nicht zu winseln und zu murren aufhören und eine Ausdehnung nach Osten anstreben wird. Und je stärker es im Westen wird, desto mehr Gewicht wird sein Murren erlangen. Dem ist hinzuzufügen, dass, wenn nur allein Ostpreußen an Polen übergeht, wir die gemeinsame Grenze mit einem jeglichen Teil Deutschlands einbüßen, und auf unserer nördlichen Route zu den westlichen Staaten das uns

327 Aufzeichnung von Dekanozov, 3. 10. 1943, in: UdF 1, S. 173. Dieses Schreiben enthielt eine umfangreiche und detaillierte Instruktion Stalins. Vgl. dazu ebd., S. XLII und S. 621 (Anm. 205).

328 Aufzeichnungen von Litvinov, 9. 10. 1943, ebd., S. 201: „Uns ist lediglich eine offizielle Äußerung zu diesem Sachverhalt bekannt, und zwar die von Cripps gegenüber Gen. Majskij dargelegte Erklärung über die Eingliederung von Ostpreußen, Schlesien und, selbstverständlicherweise, des Danziger Korridors in das Staatsgebiet Polens. Nach Edens Worten sind Roosevelt und seine Gruppe ebenfalls für die Übergabe Ostpreußens an Polen – als Abfindung für die Festlegung der polnischen Ostgrenze entlang der sogenannten Curzon-Linie.“

329 Ebd., S. 203–204.

feindlich gesinnte Polen liegen wird. Diese negativen Aspekte sind den unzweifelhaften Vorteilen gegenüberzustellen, die durch eine Erweiterung Polens zu Lasten der deutschen Bevölkerung zu erlangen sind.

Ohne Beachtung der Bedenken Litvinovs schwang sich Stalin Ende 1943 in Teheran zum Anwalt der nationalen Interessen Polens auf. Während eines Abendessens der drei Führer der Anti-Hitler-Koalition am 28. November 1943 erklärte der sowjetische Regierungschef, Polen müsse sich bis an die Oder erstrecken. Er stellte klar, dass die Russen den Polen definitiv helfen würden, die Oder-Grenze zu erlangen.³³⁰ Gleichzeitig hielt Stalin an der Anerkennung der Curzon-Linie als Vorbedingung für Verhandlungen mit der polnischen Exilregierung fest.³³¹

Die sowjetische Ankündigung der neuen polnischen Westgrenze löste weder bei Churchill und Roosevelt noch bei der polnischen Exilregierung in London Überraschung aus. Sie machten sie wie selbstverständlich zu ihrer eigenen Forderung, sorgten aber dafür, dass Informationen über die in Teheran vorgeschlagene Oder-Grenze in der Öffentlichkeit zunächst nicht bekannt wurden. Schon bei der Vorbereitung und Durchführung der Moskauer Außenministerkonferenz hatte die sowjetische Seite darauf gedrängt, dass „harte Maßnahmen“ gegen Deutschland streng geheim behandelt werden müssten, um den deutschen Kampfeswillen in diesem Krieg nicht zusätzlich zu stärken. Aus dem gleichen Grund stellte Churchill seinerseits gegenüber Stalin fest, dass „die Entschädigungen, die Polen im Norden und Westen erhalten soll, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht öffentlich bekanntgegeben oder präzisiert werden können.“³³² In deutschen Presseberichten ist im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Teheraner Konferenz nicht von konkreten Grenzverschiebungen, sondern pauschal von der drohenden „Vernichtung Deutschlands“ und der „Bolschewisierung Europas“ die Rede.³³³

Zweifellos stand Stalins Initiative in der Grenzfrage auch im Zusammenhang mit den in Moskau begonnenen Kapitulationsplanungen. Der starke Mann im Osten strebte vor der Teheraner Konferenz eine Zone in Deutschland unter der alleinigen Kontrolle der UdSSR an. Darin sah er eine Voraussetzung nicht nur für

330 Amerikanische Aufzeichnung zur Unterredung zwischen Roosevelt, Stalin und Churchill, 28. 11. 1943, DzD I, 4, S. 658–661. Vgl. dazu auch Churchill, *Second World War*, Bd. 5, S. 319–320, S. 348–351 und 356–357. Auf die vorgeblich fehlende russische Aufzeichnung zu dieser Unterredung wird in SAIK 2, S. 151, Anm. 38 Bezug genommen.

331 Vgl. SAIK 2, S. 123 und 135–136.

332 Churchill an Stalin, 27. 2. 1944, BW, S. 251–256.

333 Vgl. den Bericht von Otmar Best in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung*, 14. 12. 1943. Die Frage, wann die in Teheran abgestimmte Verschiebung der deutschen Ostgrenze in Deutschland bekannt wurde und wer in Deutschland davon wusste, ist bisher unzureichend untersucht.

die Lösung der deutschen, sondern ebenso für die Durchsetzung der sowjetischen Friedensordnung – der Pax Sovietica – im östlichen Teil Europas. Erst die alleinige Kontrolle über Ostdeutschland ermöglichte ihm die Durchsetzung radikaler polnischer Forderungen gegenüber Deutschland. Nur unter der Voraussetzung, dass sowjetische Truppen die Oder überschreiten und langfristig in Deutschland stationiert werden würden, konnte Stalin in Teheran erklären, dass die Russen den Polen „definitiv“ helfen würden, eine Grenze an der Oder zu erhalten. Unmittelbarer Anlass für Stalins Vorstoß in der Grenzfrage war jedoch der Beginn der „Weißrussischen Strategischen Offensive“ im November 1943, die bereits auf die Grenzen Ostpreußens und Polens zielte, jedoch erfolglos abgebrochen werden musste.³³⁴ Ob und inwieweit diese Offensive in Verbindung mit der Teheraner Konferenz stand, geht auch aus den bisherigen militärhistorischen Forschungen nicht hervor.

Im Dezember 1943 bekräftigte Stalin seinen Vorschlag zur Oder-Grenze gegenüber dem Präsidenten der tschechoslowakischen Exilregierung, als dieser Moskau besuchte. Der sowjetische Regierungschef erklärte, Polen solle „auf deutsche Kosten ... das südliche Ostpreußen bis zur Oder einschließlich Stettins bekommen.“ Auch als Beneš bemerkte, die Polen wollten bis zur Neiße gehen, um eine längere gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei zu bekommen, stimmte Stalin zu. Auf einer von den Tschechen vorgelegten Karte zeichnete er mit Rotstift die Grenzlinie an der *Glatzer-Neiße* ein.³³⁵

Als die Rote Armee am 3. Januar 1944 die im Friedensvertrag von Riga festgelegte Grenze zu Polen überschritt, beeilte sich die polnische Exilregierung in London in einer zwei Tage später veröffentlichten Erklärung von der Gültigkeit dieser bis zum Kriegsbeginn am 1. September 1939 bestehenden sowjetisch-polnischen Grenze auszugehen und ein Abkommen mit der sowjetischen Regierung über den Kampf der Roten Armee auf polnischem Territorium zu fordern.³³⁶ Damit verzichtete die Exilregierung nach Konsultation des Foreign Office zwar auf einen vom polnischen Oberbefehlshaber geforderten Protest, ließ aber die von Stalin in Teheran angebotene Lösung zur Anerkennung der Curzon-Linie unbeachtet, die Churchill und Roosevelt bereits akzeptiert hatten.³³⁷ Wahrscheinlich in Vorbereitung einer Antwort auf diese polnische Erklärung traf sich Stalin zwischen dem 5.

334 Karl-Heinz Frieser, Die Winterkämpfe 1943/44. Ein unbekannter Krieg, in: DRZW Bd. 8, S. 305–338, hier S. 305.

335 Brandes, Vertreibung, S. 368–369.

336 Erklärung der polnischen Exilregierung aus Anlass des Überschreitens der polnisch-sowjetischen Grenze vom 1. 9. 1939 durch die Rote Armee, 5. 1. 1944, ISPO VIII, S. 14–15.

337 Vgl. Brandes, Vertreibung, S. 371 und Borodziej/Lemberg, Oder und Neiße, S. 48.

und 8. Januar mit Vertretern des Bundes Polnischer Patrioten. Nach einem bisher nicht anhand sowjetischer Unterlagen überprüfbar Bericht von Zygmunt Berling nahmen an dieser Unterredung im Arbeitszimmer Stalins neben Wanda Wasilewska, die Vorsitzende dieses Bundes, Molotov und weitere Mitglieder des Politbüros des ZK der VKP(b) sowie einzelne sowjetische Militärs teil.³³⁸ Für Berling war der Hauptgegenstand dieser Beratung die zukünftige Grenze Polens. Dazu holte Stalin aus einem Nebenraum eine große Karte, die Polen und die daran angrenzenden Teile Deutschlands in der Zeit vor dem September 1939 zeigte.³³⁹

Mit einem mitgebrachten Rotstift zeichnete er [Stalin] eine historische Linie ein. Sie begann bei Dievenow (Dzwinoń) an der Mündung des östlichen Mündungsarms der Oder in die Ostsee, verlief dann entlang dieses Oderarms am östlichen Ufer der Insel Wollin entlang bis zum Stettiner Haff und von dort in dessen Mitte bis Stettin, dann weiter die Oder aufwärts bis zur Mündung der *Lausitzer Neiße* und diese hinauf in Richtung der alten deutsch-tschechoslowakischen Grenze.

Die anwesenden Polen stimmten diesem Grenzvorschlagn zu, nachdem Stalin noch eine Korrektur im Bereich der Odermündung vorgenommen hatte. Berling versicherte Stalin, dass er das „Wesen der künftigen sowjetisch-polnischen Beziehungen“ verstünde, das in der Einigung über die gemeinsame Grenze bestehe.³⁴⁰

Bisher gibt es keinen zweiten Beleg für den Bericht Berlings. Dadurch bleibt dieses Gespräch, in dem scheinbar nicht nur die heute bestehenden Grenzen zwischen Deutschland und Polen, sondern auch die zwischen Polen und Litauen, Belorussland und der Ukraine gezogen wurden, in der deutschen Forschung umstritten. Während Hartenstein den Bericht Berlings übernimmt,³⁴¹ bezweifelt Brandes eine so frühe Festlegung Stalins auf die Lausitzer Neiße als Teil der Westgrenze Polens. Er hält den Erinnerungen Berlings den oben angeführten Karteneintrag Stalins entgegen, den Beneš wenige Tage zuvor aus Moskau mitgebracht

338 Georg W. Strobel, *Wie Stalin die Grenzen in Ostmitteleuropa zog*. Zu Zygmunt Berlings Erinnerungen, in: *Osteuropa* 42 (1992) 12, S. 1078–1085. Bezieht sich auf: Zygmunt Berling, *Wspomnienia*. [Band 3]. *Wolność na przetarg* [Erinnerungen. Freiheit zu versteigern], Warszawa 1991, hier S. 329–333. Berling nennt: Ščerbakov, Kaganovič, Malenkov, Vorošilov, Budennyj, Berija, Golikov (der Chef der Artillerie) und Voronov (den Kadetchef der Roten Armee). Im Besucher-Buch Stalins findet sich für diese Zeit kein Gespräch mit den beiden Polen. Dies deutet darauf hin, dass das Gespräch nicht im Kreml stattfand. Allerdings fehlen für die Zeit zwischen dem 30. 12. 1943 und 12. 1. 1944 jegliche Eintragungen im Besucherbuch.

339 Ebd., S. 1081. Hervorhebung nicht im Original

340 Ebd., S. 1084.

341 Michael A. Hartenstein, *Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie*, München 2006, S. 70. Auf S. 73 spricht Hartenstein – dieses Wort selbst in Anführungszeichen setzend – von einer „Entscheidung“ vom Januar 1944“.

hatte, der nicht die westliche (die Lausitzer) Neiße, sondern die östliche (die Glatzer) Neiße markierte.³⁴² Dieser Einwand kann nicht völlig überzeugen. Warum sollte der sowjetische Machiavelli dem tschechoslowakischen Exilpolitiker Beneš und dem prosowjetischen General Berling nicht Verschiedenes versprochen haben?

Für die *tendenzielle* Richtigkeit der Überlieferung Berlings könnten zwei Dokumente sprechen. Zum einen die wahrscheinlich von Stalin selbst verfasste *TASS*-Erklärung vom 11. Januar 1944, die drohend und vielversprechend zugleich verkündete:³⁴³

Polen darf nicht auf dem Wege der Eroberung ukrainischen und belorussischen Landes wiedererstehen, sondern auf dem Wege der Rückgabe der durch die Deutschen weggenommenen uralten polnischen Gebiete an Polen. [...] Die Westgrenzen Polens müssen durch die Angliederung uralter polnischer Gebiete an Polen, die früher durch Deutschland weggenommen wurden, erweitert werden, da es sonst nicht möglich ist, das gesamte polnische Volk in seinem Staat zu vereinigen, der damit auch den notwendigen Zugang zur Ostsee erhält.

Zum anderen ein Aufsatz, den Hilary Minc am 24. Januar 1944 in Moskau veröffentlichten konnte. Dort hieß es:³⁴⁴

In Bezug auf welche Grenzveränderungen im Westen wir unbestreitbare Rechte und gleichzeitig reale Erfolgsaussichten haben, wissen wir gut: Wir wollen, dass das *ewige polnische Schlesien* zum Mutterland zurückkehrt, dass die Weichselmündung zu Polen gehört, dass Polens Zugang zum Meer durch Pommern und Ostpreußen verbreitert wird. [...] Vor uns steht die Möglichkeit, ein Polen zu gewinnen, das unvergleichlich stärker, mächtiger und gesünder sein wird, als es vor 1939 war, ein Polen, das nach Westen verschoben ist, ein indus-

342 Brandes, Vertreibung, S. 370.

343 Antwort-Erklärung der sowjetischen Regierung auf polnische Erklärung vom 5. 1. 1944, 11. 1. 1944, ISPO VIII, S. 21–23, in deutscher Übersetzung bei: Rudi Goguel/Heinz Pohl, Oder-Neiße. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1956, S. 65–66, hier S. 66. Die Urheberschaft von Stalin ergibt sich aus einem Vergleich der *TASS*-Erklärung mit den Ausführungen Stalins gegenüber Orlemański am 28. 4. 1944, vgl. S. 190.

344 Rhode/Wagner, Oder-Neiße-Linie, S. 89–92. Der Aufsatz wurde in der „*Wolna Polska*“ veröffentlicht. Hervorhebung nicht im Original. Vor der Rückkehr des „ewigen polnischen Schlesiens“ nach Polen hatte unmittelbar nach der Teheran-Konferenz Alfred Lampe schon im Dezember 1943 in seinem Programmentwurf für das geplante Polnische Nationalkomitee gesprochen. Der auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen bezogene „allgemeine Grundsatz der Zurückforderung“ wurde in der *Wolna Polska* bereits am 8. 1. 1943 aufgestellt. Vgl. Viktoria Vierheller, Polen und die Deutschland-Frage 1939–1949, 1970, S. 72–73. Vierheller – die Berlings Bericht über die Unterredung mit Stalin allerdings noch nicht kannte – zweifelt allerdings an, dass darin die polnische Forderung nach Niederschlesien steckte.

trialisiertes Polen, ein Polen am Meer, ein Polen, in dem es den Bauern nicht an Land fehlen wird.

In keinem dieser beiden Dokumente ist jedoch von der Lausitzer Neiße als künftiger Westgrenze Polens die Rede. Dies ist ein sicheres Zeichen, dass sowjetische Stellen definitive Zusagen in Bezug auf diesen Fluss zu diesem Zeitpunkt vermeiden wollten, während die polnischen Gesprächspartner Stalins eben diese Zusage provozieren wollten.

Ungeachtet dessen, ob und wann Stalin den heutigen Grenzverlauf beschrieb, im Außenkommissariat blieb er ein streng gehütetes Geheimnis. Majskij waren im Januar 1944 weder die in Teheran vorgeschlagene Oder-Grenze, noch die gegenüber Beneš skizzierte Oder-Glatzer Neiße Grenze, oder gar die gegenüber Berling erwähnte Oder-Lausitzer Neiße Grenze bekannt. Er ging lediglich davon aus, dass „dem polnischen Staatsverband ganz Ostpreußen zugeschlagen werde oder, vielleicht besser, ein Teil davon sowie bestimmte Teile Schlesiens, allerdings unter Aussiedlung der dortigen Deutschen.“³⁴⁵ Scheinbar konträr zu den vorangegangenen Entwicklungen instruierte auch Molotov etwa zur gleichen Zeit den sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission, auf der Zugehörigkeit Ostpreußens zur sowjetischen Besatzungszone zu bestehen, um ein Mitspracherecht der Briten bzw. der polnischen Exilregierung abzuwehren:³⁴⁶

Im Unterschied zum englischen Entwurf zählen wir Ostpreußen zur sowjetischen Zone ... In Anbetracht der zwischen der UdSSR und Polen bestehenden Beziehungen ist es für uns inakzeptabel, dass irgendwelche deutsche Gebiete, insbesondere Ostpreußen, von polnischen Truppen besetzt werden. Der Vorschlag, Ostpreußen zur gemeinsamen Besatzungszone zu erklären, ist für uns inakzeptabel, weil er dem Prinzip der Besetzung Deutschlands nach Zonen widerspricht, deren jede von Truppen einer der drei alliierten Mächte besetzt wird.

Im Rahmen der im März 1944 beendeten Deutschlandplanungen forderte Litvinov „die Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und der UdSSR sowie Oberschlesiens zwischen Polen und der Tschechoslowakei“, um das Reich zu schwächen. Noch immer war Litvinov über die Entwicklung der sowjetischen Polenpolitik nur sehr partiell informiert. Die Sicherung eines dauerhaften sowjetischen Einflusses in Polen stellte für ihn keinen Faktor dar, der bei den Deutschlandplanungen zu berücksichtigen war. Dementsprechend gering blieben die von Litvinov eingeplanten deutschen Gebietsabtretungen an Polen.³⁴⁷

345 Majskij an Molotov, 11. 1. 1944, in: UdF 1, S. 252.

346 Molotov an Gusev, 12. 2. 1944, in: UdF 1, S. 330.

347 Litvinov an Molotov, 9. 3. 1944, in: UdF 1, S. 352–354.

Für Stalin blieben Litvinovs Planungen ebenso irrelevant wie Majskijs Überlegungen. Er behielt die Fäden der sowjetischen Bündnis-, Polen- und Deutschlandpolitik fest in den eigenen Händen. Im Einklang mit eigenen weiterhin fortgesetzten Bemühungen, Stanislaw Mikolajczyk, den neuen Chef der polnischen Exilregierung, für die Kooperation mit der UdSSR zu gewinnen, wehrte er im Februar und März 1944 einen Versuch Churchills ab, eine Verständigung mit den Londoner Exilpolen zu vermitteln, da sich diese einer Anerkennung der Curzon-Linie widersetzen.³⁴⁸ Mit aller Entschlossenheit wies er die Andeutung des Premierministers zurück, das Scheitern seiner Vermittlungsbemühungen im Unterhaus bekanntgeben zu wollen und dort zu erklären, dass „nunmehr alle Fragen über territoriale Veränderungen bis zur Waffenstillstands- oder Friedenskonferenz der Siegermächte verhandelt werden müssen und wir [die britische Regierung] bis dahin keinerlei mit Gewalt vorgenommene Gebietsveränderungen anerkennen können.“ Aus einer Position der Stärke heraus antwortete Stalin herausfordernd:³⁴⁹

Natürlich steht es Ihnen frei, jede beliebige Erklärung im Unterhaus abzugeben – das ist Ihre Sache. Sollten Sie aber eine solche Erklärung abgeben, dann werde ich das als einen ungerechten und unfreundlichen Akt gegenüber der Sowjetunion ansehen, der von Ihnen beangangen worden ist.

Diese Drohung verfehlt ihre Wirkung nicht. Die britische Regierung brach ihre Vermittlungsbemühungen vorerst ab, und Churchill verzichtete auf seine bereits angekündigte Erklärung.³⁵⁰ Gegenüber Roosevelt suchte Churchill nach positiven

348 Churchill hatte Stalin am 20. 2. 1944 nach lediglich teilweiser Zustimmung der polnischen Exilregierung ein dreiseitiges Abkommen vorgeschlagen, in dem sich die Sowjetregierung und die Regierung Seiner Majestät gegenseitig und gegenüber den Polen verpflichten sollten, zu „gegebener Zeit ... ihr Bestes zu tun ... um die Einverleibung der Freien Stadt Danzig, Oppelns, Schlesiens, Ostpreußens westlich und südlich der Linie von Königsberg und jenes Gebietes bis zur Oder, das anzunehmen die polnische Regierung für angemessen hält, in Polen sicherzustellen“. Vgl. Churchill an Stalin, 20. 2. 1944, BW, S. 251–256, hier S. 255 und DPSR II, Nr. 107 sowie Churchill an Roosevelt (C-584 un C-485), 20. 2. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 735–739. Roosevelt stimmte dem Kompromissvorschlag erst nachträglich zu. Vgl. Roosevelt an Churchill, 21. 2. 1944 (R-473), ebd., S. 742. Vgl. zu den polnischen Einwänden Stanislaw Mikolajczyk, *The Rape of Poland. Pattern of Soviet Aggression*, New York [u. a.] 1948, S. 51–55.

349 Stalin an Churchill, 23. 3. 1944, BW, S. 264–267, hier S. 266.

350 *The Times*, 25. 5. 1944, S. 4. Bericht über Churchills Erklärung zur Außenpolitik am Vorabend des zweiten Jahrestages des britisch-sowjetischen Bündnisvertrags, wo er zu den sowjetisch-polnischen Beziehungen erklärte: „Our efforts to bring about a renewal of relations between the Polish Government in London and Russia have not succeeded ... I must repeat that the essential part of any arrangement is the regulation of the Polish Eastern frontier and that, in return for any withdrawal made by Poland in that quarter, she should

Effekten seines erfolglosen Vermittlungsversuchs.³⁵¹ Tatsächlich warb Stalin weiterhin um eine Verständigung mit einzelnen Gruppen der Exilpolen in den USA. In einer Unterredung mit Stanislaw Orlemański, einem katholischen Priester aus Springfield, berichtete er dabei durchaus manipulativ über seine vorangegangene Beratung mit den Westmächten.³⁵²

Er, Gen. Stalin, habe in Teheran Roosevelt und Churchill nach der Westgrenze Polens gefragt. Er, Gen. Stalin, erklärte gemeinsam mit Molotov, dass nach unserer Meinung die westliche Grenze Polens sich an der Oder und sogar etwas westlicher davon befinden muss. Es wäre gut, wenn Stettin – ein guter Hafen – und vielleicht auch Breslau zu Polen gehören würde. Roosevelt fragte, wie man dies erreichen könnte. Er, Gen. Stalin, antwortete, dass man Deutschland zerschlagen müsse, und dann könnten wir Polen helfen, es zu tun. Das ist unsere Position. Und das, was er, Gen. Stalin, dargelegt habe, ist kein *platonischer* Wunsch. Wir werden dafür eintreten, dass Polen diese Gebiete erhält.

Von einer Übergabe Breslaus an Polen war in Teheran nicht die Rede. Auch bei der gegenüber Beneš erwähnten Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Glatzer Neiße wäre Breslau eine deutsche Stadt geblieben. Nur wenige Wochen später wiederholte der Generalsekretär der VKP(b) seine Vorstellungen gegenüber Oskar Lange, einem polnischen Wirtschaftsprofessor, der an der Universität von Chicago lehrte und zusammen mit Orlemański polnische Einrichtungen in der UdSSR besuchte. Durch Äußerungen gegenüber seinen beiden polnischen Gästen aus Amerika versuchte Stalin auf Mikolajczyk und die polnische Exilregierung einzuwirken, um beide für ein politisch-territoriales Arrangement zu gewinnen.³⁵³ Erneut brachte der sowjetische Regierungschef die Verschiebung der deutschen Ostgrenze in Verbindung mit der Aufgliederung Deutschlands. Auf die Frage Langes, ob die Absicht der Mitglieder des Bundes Polnischer Patrioten,

receive other territories at the expense of Germany, which will give her an ample seaboard and a good, adequate, and reasonable homeland in which the Polish nation may safely dwell ... I have the impression – and it is no more than an impression – that things are not as bad as they may appear on the surface between Russia and Poland.“

351 Churchill an Roosevelt (C-632), 1. 4. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. 3, S. 68–69: „It may be that, while unwilling to say anything of a reassuring nature to us about Poland, they will in fact watch their step very carefully.“

352 Unterredung zwischen Orlemański und Stalin, 28. 4. 1944, in: *Vostočnaja Evropa*, S. 39. Hervorhebung nicht im Original.

353 Zeidler, *Kriegsende*, S. 55. Lange erhielt während seines Aufenthaltes in der UdSSR am 10. Mai 1944 auch Gelegenheit zu einem Gespräch mit Vertretern des NKFD (Seydlitz, Lattmann, Weinert u. a.), um sich über die Stimmung unter den deutschen Kriegsgefangenen zu informieren, vgl. SAPMO, NL 36/575, Bl. 163–166: Notiz Piecks über Bericht zur vierstündigen Unterredung mit Prof. Lange, 10. 5. 1944.

Teile von Schlesien bis zur Oder in den neuen polnischen Staat aufzunehmen, nicht zu weit gehe, stellte Stalin fest:³⁵⁴

Stettin and Breslau could be included into Poland ... He, Comrade Stalin, ... would help Poland obtain these territories. This topic was discussed [in Teheran] as part of the general question of weakening Germany ... Roosevelt presented a plan to break Germany up into five states, proposing to simultaneously occupy outlets to the sea – Hamburg and other ports – and eliminate Germany as a unified state. Churchill wavered [on this question]. He, Comrade Stalin, agreed with the opinion of Roosevelt.

Interessanterweise stützte sich Lange auf Informationen des Bundes Polnischer Patrioten über die Oder-Grenze. Dies setzt voraus, dass polnische Kommunisten zu diesem Zeitpunkt bereits informiert waren und durchaus laut über diese Frage nachdachten bzw. sowjetische Zusagen hinsichtlich der polnischen Westgrenze als Argumente für ihre Zusammenarbeit mit Stalin einsetzten.³⁵⁵ Fest steht, dass sie im Vergleich zu ihren bürgerlichen Gegnern in London keineswegs moderatere Vorstellungen hegten. Wenn sie dennoch vor 1944 kein „bestimmtes Programm zur Westgrenze“ entwickelten,³⁵⁶ hatte dies seine Ursache darin, dass Stalin ihnen immer einen Schritt voraus war. Für polnische Kommunisten entstand dadurch niemals die Notwendigkeit, die sowjetische Regierung bezüglich der Grenzfrage durch Denkschriften zu drängen.

Nachdem erneute sowjetische Versuche, indirekt oder direkt zu Mikolajczyk Kontakt aufzunehmen, nicht die von Stalin gewünschte Anerkennung der Curzon-Linie bewirkten,³⁵⁷ verhandelte Stalin im Juli 1944 allein mit polnischen Funktionären in seinem eigenen Machtbereich.³⁵⁸ Die Intensivierung der sowjetischen Polenpolitik war Teil der Vorbereitungen auf die Sommeroffensive der Roten Armee, die den Zusammenbruch der deutschen Ostfront und damit die vollständige Niederlage Deutschlands bringen sollte.³⁵⁹ Als nun die Rote Armee

354 Sowjetische Aufzeichnung der Unterredung zwischen Stalin und Lange, 17. 5. 1944, in: Christian F. Ostermann, (Hg.), *Stalin and the Cold War 1945–1953, A Document Reader*, Yale University 1999 (Ms.), S. 7–19, hier S. 15.

355 Vgl. Harriman an Hull, 12. 6. 1944 in: *FRUS 1944 III*, S. 1114–1417.

356 Borodziej/Lemberg, *Oder und Neiße*, S. 53 und 55.

357 Zeidler, *Kriegsende*, S. 55–56: Am 13. Juni versuchte Oskar Lange in Washington sowie am 20. und 23. 6. 1944 der sowjetische Botschafter bei den Exilregierungen in London auf Mikolajczyk einzuwirken. Vgl. dazu auch Eden an Kerr, 8. 7. 1944, in: *Polonsky*, S. 204–206 und *Mikolajczyk, Poland*, S. 62–65.

358 Die drei Gespräche am 15., 19. und 21. Juli dauerten annähernd 5 Stunden, vgl. *LPS*, S. 437–438.

359 Karl-Heinz Frieser, *Die verwirrende Schwerpunktbildung der sowjetischen Offensivplanung*, in: *DRZW Bd. 8*, S. 505–513 und ders., *Operation Bagration. Die verpaßte sowjetische Chance zur vorzeitigen Beendigung des Krieges*, in: *ebd.*, S. 602–603.

die Linie überschritt, die sie im September 1939 gewaltsam gezogen hatte, geschah das, was viele im Westen seit Langem gefürchtet und polnische Kommunisten nicht weniger lange erhofft hatten. In Cholm, der ersten befreiten Stadt auf – nach sowjetischer Sicht – polnischem Territorium bildeten polnische Kommunisten unter strikter sowjetischer Kontrolle ein ‚Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung‘ (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego, PKWN). Dieses Komitee forderte in einem am 22. Juli veröffentlichten (also zuvor von sowjetischen Stellen bestätigten) Manifest an das polnische Volk:³⁶⁰

Auf zum Kampf ... um die Rückkehr des alten polnischen Pommerns und des Opperlner Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder!

Diese bereits seit der Jahreswende 1943/44 erhobene Forderung ging sofort um die Welt. Zum ersten Mal brachte die Londoner *Times* nun die Oder in Zusammenhang mit der deutsch-polnischen Grenze.³⁶¹ Nur in Deutschland blieben die drohenden territorialen Verluste offiziell unbekannt.

Unmittelbar nach Gründung des polnischen „Befreiungskomitees“ (PKWN), das von Anfang an Regierungsfunktionen in den befreiten polnischen Gebieten wahrnahm, unterzeichneten Molotow und der Präsident des PKWN, Edward Osóbka-Morawski, am 27. Juli 1944 eine streng geheim gehaltene Vereinbarung, die die Curzon-Linie als gemeinsame Grenze anerkannte und die „Abtretung“ eines Teils von Ostpreußens an die UdSSR festlegte:³⁶²

Die Regierung der UdSSR und das Polnische Komitee für die nationale Befreiung treffen die Verabredung, dass der nördliche Teil des Gebiets von Ostpreußen mit der Stadt und dem Hafen von Königsberg an die UdSSR abgetreten wird und der gesamte übrige Teil

360 Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego – PKWN): An das polnische Volk, 22. 7. 1944, in: Theodor Schieder (Bearbeiter), *Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße*, Bd. I, 3, München 1960 [2004], S. 1–7, hier S. 2. Genau diese Passage fehlt bei der auszugsweisen Wiedergabe dieses Aufrufs bei Rudi Goguel/Heinz Pohl, *Oder-Neiße*. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1956, S. 68–69.

361 *The Times*, 25. 7. 1944, S. 3: „The Polish Committee calls upon the Polish population and upon all authorities subordinated to its power to collaborate most closely with the Red Army. Stand up and fight for the liberation of Poland, for the return to the motherland of the ancient Polish territory of Pomerania and Silesia, for East Prussia, for a broad access to the sea, for Polish boundary marks on the Oder.“

362 Vereinbarung zwischen der Regierung der UdSSR und dem Lubliner Komitee über die sowjetisch-polnische Grenze, 27. 7. 1944, Artikel 2, in: ISPO VIII, S. 156–157. Deutsche Übersetzung bei Uschakov, *Stalins Anteil*, S. 89–90.

Ostpreußens, einschließlich des Gebiets um Danzig mit der Stadt und dem Hafen von Danzig an Polen geht.

Ohne jede Konsultation ihrer Koalitionspartner im Westen schrieb die sowjetische Regierung die deutsche Ostgrenze – bis auf einen wesentlichen Teil – fest. Allein die Frage, ob sie der westlichen oder der östlichen Neiße folgen sollte, blieb vorerst offen.³⁶³

Die Regierung der UdSSR erkennt an, dass die Grenze zwischen Polen und Deutschland entlang der Linie westlich von Swinemünde bis zur Oder, mit der Stadt Stettin auf polnischer Seite, und weiter die Oder hinauf bis zur Mündung der *Neiße* und von dort aus entlang der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze verlaufen muss. [Artikel 4]

Monate vor der tatsächlichen Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete durch Polen hatte die sowjetische Regierung damit deren Zugehörigkeit zu Polen durch die UdSSR vertraglich zugesichert. Doch weiterhin legte Stalin Wert darauf in diesem Vertrag – die für das Schicksal von Millionen Deutschen sehr entscheidende Frage –, ob die Glatzer Neiße oder die annähernd 120–250 km weiter westlich fließende Lausitzer Neiße gemeint war,³⁶⁴ vorerst offen zu halten und dem Abkommen die im Vertragstext erwähnte Karte nicht beizulegen. Der Hauptgrund dafür war der gleiche wie der für die Geheimhaltung des Grenzvertrages: Hinter dem Rücken der Westmächte und der polnischen Exilregierung waren Absprachen getroffen worden, die zu Lasten Deutschlands auf eine Anerkennung der sowjetischen Westgrenze zielten. Stalin musste fürchten, dass ein Bekanntwerden dieser Abmachung größte Unruhe in Deutschland sowie Verstimmung (möglicherweise sogar Gegenmaßnahmen) in London und Washington ausgelöst hätte.

Ungeklärt ist noch immer, ob Stalin seinen polnischen Partnern unabhängig von der schriftlichen Vereinbarung mündlich die Lausitzer Neiße als künftige Grenze zu Deutschland zugesichert haben könnte. Als Polen 1967 den Vertrag vom 27. Juli 1944 veröffentlichte,³⁶⁵ erklärten die Herausgeber in einer Fußnote zur „Neiße“, dass damit die Lausitzer Neiße gemeint sei. Eine solche Klärung fehlt jedoch in der russischen Edition, die sechs Jahre später erschien. Polnische Kom-

363 Artikel 4, ebd., Hervorhebung nicht im Original.

364 Der Mündungsabstand der beiden Flüsse in die Oder beträgt ca. 245 km, ihr Abstand beträgt an der tschechischen Grenze ca. 123 km. Für diese Auskunft danke ich David Mundt.

365 Stosunki polski-radzieckie w latach 1917–1945. Dokumenty i materialiy [Polnisch-sowjetische Beziehungen in den Jahren 1917–1945. Dokumente und Materialien], Pod. red. T. Cieślaka. Warszawa 1967, S. 399–401.

munisten hatten bereits unmittelbar nach dem Krieg auf feste Vereinbarungen mit der UdSSR zum vollständigen Grenzverlauf verwiesen.

In der kommunistischen Geschichtsschreibung Polens wurde die Vereinbarung zur polnischen Westgrenze als Ergebnis zäher Verhandlungen beschrieben, in denen die polnischen Kommunisten Stalin die Anerkennung der Lausitzer Neiße als zukünftiger Grenze Polens abgerungen hätten. Nachdem Rola-Żymierski mit vorwiegend militärischen Argumenten für die kürzest mögliche Grenze mit Deutschland plädiert hatte, habe Stalin eingelenkt. Der damalige polnische Verteidigungsminister berichtete darüber 1961 rückblickend (wobei das von ihm beschriebene Gespräch dem ähnelt, das Berling noch detailreicher für Anfang 1944 dokumentiert hat):³⁶⁶

Marschall Stalin gab uns Recht und bezeichnete auf einer auf dem Tisch ausgebreiteten Karte mit dickem rotem Stift die neue Linie und erklärte, die Sowjetunion werde diese Linie als Grenze zwischen Polen und Deutschland *erzwingen*. Wir empfanden das als großen Sieg, nicht nur deshalb, weil wir auf diese Weise als kostbaren Gewinn Niederschlesien und Westpommern erhielten, sondern auch deshalb, weil wir so eine um die Hälfte kürzere Grenze mit Deutschland erreicht hatten.

Bereits Viktoria Vierheller zog diese Erinnerungen Rola-Żymierskis in Zweifel.³⁶⁷ Doch mit oder ohne sowjetische Einwilligung konnte der Vorsitzende des Befreiungskomitees, Osóbka-Morawski, schon vor dem Abschluss des Grenzabkommens in einer Rundfunkansprache eine Grenze zu Deutschland entlang der Oder und der Lausitzer Neiße fordern. Im gleichen Sinne äußerte sich etwa zur selben Zeit der polnische Verteidigungsminister in einem Tagesbefehl an seine Untergrundstreitkräfte.³⁶⁸

Dennoch spricht vieles dafür, dass Stalin im Juli 1944 noch nicht den vollständigen Verlauf der polnischen Westgrenze festschreiben wollte. Man kann davon ausgehen, dass er nicht der deutschen, sondern der sowjetischen Grenze den Vorrang gab. Für ihn entsprang die Verschiebung der polnischen Westgrenze nach Westen den politischen und strategischen Interessen der UdSSR³⁶⁹ – so wie der Kremlchef sie begriff. Das fortgesetzte Ringen des Moskauer Herrschers um die Einbeziehung der polnischen Exilregierung in die Anerkennung der sowjetischen Westgrenze spricht dafür, dass die Vereinbarung vom 27. Juli für ihn lediglich die

366 Vierheller, Polen, S. 75 und 77. Hervorhebung nicht im Original.

367 Vierheller verweist darauf, dass dies eine Post-faktum-Interpretation ist. Vierheller, Polen, S. 75.

368 Zeidler, Kriegsende, S. 60

369 Vgl. dazu die Rede des Ministers für Nationale Verteidigung der provisorischen Regierung Polens, M. Rola-Żymierski, 2. 1. 1945 (ISPO VIII, S. 327–329).

zweitbeste Lösung bot. Die beste blieb für ihn die Zustimmung der polnischen Exilregierung und damit der Westmächte zu den Grenzveränderungen in ihrer Gesamtheit.

Trotz aller Geheimhaltung musste der misstrauische Stalin damit rechnen, dass die sowjetisch-polnische Grenzvereinbarung der britischen und amerikanischen Regierung bekannt würde. Wahrscheinlich war dies sogar der ausschlaggebende Grund für die unvollständige Grenzbeschreibung. Solange die Rote Armee noch hunderte Kilometer entfernt von der östlichen Neiße stand und die in der Europäischen Beratenden Kommission ausgehandelten Vereinbarungen zur vollständigen Besetzung Deutschland noch nicht durch die Regierungen bestätigt worden waren (worauf noch einzugehen sein wird), gab es nicht nur keinen Anlass, die Grenze entlang der westlichen Neiße bereits endgültig festzulegen. Es war auch immer noch höchst gefährlich, einen Konflikt mit London und Washington zu riskieren. Nur sehr vorsichtig ließ Stalin nach der Unterzeichnung des Abkommens seine Bereitschaft erkennen, auch Gebiete westlich der Glatzer Neiße als Teil des zukünftigen Polens zu betrachten. Gegenüber dem Chef der polnischen Exilregierung, Stanislaw Mikolajczyk, kündigte er am 3. August 1944 an: Breslau wird polnisch.³⁷⁰

Uninformiert über die längst getroffenen Absprachen blieben nicht nur die deutschen Kommunisten im Moskauer Exil, sondern auch der Chef der sowjetischen Kriegsflotte, Admiral Nikolaj Kuznecov. Er stellte gegenüber Litvinov noch am 10. Oktober 1944 eine Forderung, die längst erfüllt worden war.³⁷¹

370 Bericht des polnischen Botschafters (Washington) an Roosevelt, 9. 8. 1944, ISPO VIII, S. 181–182. Nach Mikolajczyks ausführlichen Aufzeichnungen über dieses Gespräch erklärte Stalin: „For the loss of eastern Poland you'll get the Oder line in the west, including Wroclaw, Stettin, and East Prussia.“ Mikolajczyk, *The Pattern of Soviet domination* (London 1948), S. 74. Nach den sowjetischen Aufzeichnungen dieser Unterredung erklärte Stalin, „dass die Polen für L'vov Breslau erhalten. Für sie [die Polen] werde es genügend Erz und Kohle in Schlesien geben.“ Stalin benutzte die deutsche Bezeichnung „Breslau“, die auch im russischen Protokoll der Unterredung gebraucht wird. Vgl. Unterredung zwischen Stalin und Mikolajczyk, 3. 8. 1944, T.V. Volokitina, u. a. (Bearbeiter), *Sovetskij Faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1948*, Bd. 1, Moskau 1999, S. 67–74. Wahrscheinlich bezog sich Stalin auf diese Unterredung, als er in Jalta am 6. 2. 1945 daran erinnerte, dass Mikolajczyk während seines Aufenthalts in Moskau ihn nach der polnischen Westgrenze gefragt habe. Damals sei Mikolajczyk „sehr erfreut gewesen, als er hörte, dass wir die Neißelinie als Westgrenze Polens anerkennen.“ Aufzeichnung der Sitzung der Regierungschefs, 6. 2. 1945, veröffentlicht in: SAIK 4, S. 73–87, hier S. 85.

371 Kuznecov an Litvinov, 10. 10. 1944, in: Udf 1, S. 483: „Die Ostseeküste mit den im Ostteil der Danziger Bucht gelegenen Häfen Königsberg, Pillau und Elbing ist in das Hoheitsgebiet der UdSSR einzugliedern. Das Westufer der Danziger Bucht ist an Polen zu übergeben.“

Örtliche Funktionäre des PKWN bekräftigten im befreiten Polen die sowjetisch-polnische Freundschaft, die es verhindern werde, dass Deutschland jemals die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder und der Lausitzer Neiße verletze. Diese „Resolution“ zum 27. Jahrestag der Oktoberrevolution wurde Stalin am 7. November vorgelegt, der sie zur Veröffentlichung in der *Pravda* bestimmte. Jedoch veröffentlichte das Zentralorgan vier Tage später nur jene Teile der Resolution, die die Grenze entlang der Lausitzer Neiße unerwähnt ließen!³⁷² Der US-Botschafter in Moskau erfuhr von der beabsichtigten Grenzziehung entlang der Lausitzer Neiße erst im Dezember 1944, allerdings ohne diese auf bindende Abmachungen zurückzuführen.³⁷³

Trotz aller Bemühungen Stalins, beschränkte die polnische Exilregierung ihre Forderungen gegenüber Deutschland auf Gebiete östlich der Oder (erhob also keine Ansprüche auf die Gebiete zwischen Oder und den beiden Neiße-Armen), hielt aber unverändert ihren Anspruch auf die früheren polnischen Ostgebiete aufrecht.³⁷⁴ Völlig zu Recht misstrauten die Londoner Polen Stalins Erklärungen, ein starkes und unabhängiges Polen, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten von außen, zu respektieren. Für sie bedeutete die Anerkennung der Curzon-Linie den Verzicht auf die Selbständigkeit Polens. Nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes konnten sie ihre Hoffnungen nur noch auf ein Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition setzen. Demgegenüber betrieb Stalin im Vorfeld der Jalta-Konferenz eine zweigleisige Politik, indem er Interesse an einer Verständigung mit der Exilregierung bekundete und gleichzeitig eine Westgrenze Polens unterstützte, von der er wusste, dass sie viele der Londoner Polen ablehnten.

Im Außenkommissariat kannte nur ein streng eingegrenzter Personenkreis die Grenzabsprache von 27. Juli 1944. Litvinov legte im Januar 1945 bei der Übergabe seiner Planungsergebnisse eine längst überholte Position zugrunde: „Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil Ostpreußens an die UdSSR und der andere an Polen geht und *Oberschlesien* an Polen fällt.“³⁷⁵

372 Grußadresse an Stalin, 4. 11. 1944, ISPO VIII, S. 287. In der *Pravda* wurde am 11. 11. 1944 neben unzähligen anderen Glückwunschschreiben auch diese polnische Resolution in zwei Varianten veröffentlicht, bei denen jedoch jeweils der Schlusssatz, der die konkrete Grenzziehung im Westen erwähnt, fehlte.

373 Harriman an Hull, 20. 12. 1944, in: FRUS 1944 III, S. 1349.

374 Polnische Stellungnahme zu den Waffenstillstandsbedingungen, 5. 9. 1944, in: DzD I, 5, S. 860–863. Vgl. auch Unterredung zwischen Stalin, Churchill und Mikołajczyk (Harriman nimmt als Beobachter teil), 13. 10. 1944, in: Ržeševskij, Stalin, S. 440–448.

375 Vyšinskij an Molotov. Übersendet Resümee Litvinov: Behandlung Deutschlands, 17. 1. 1945, in: UdF 1, S. 524–527, hier, S. 524. Hervorhebung wie im Original.

Dagegen kannten Roosevelt und Churchill die Position Stalins zur polnischen Westgrenze relativ genau aus den Berichten ihrer Botschafter in Moskau.³⁷⁶ In Vorbereitung des Gipfeltreffens in Jalta spielte Polen für die Westmächte zwar eine zentrale Rolle, doch im Mittelpunkt stand dabei nicht mehr die Grenzfrage, sondern die Entwicklung der innerpolnischen Verhältnisse in diesem Land. Bei der Abstimmung ihrer Position in der polnischen Frage standen für deren Außenminister die territorialen Probleme erst an siebenter Stelle (von insgesamt 10 Punkten). Eden fasste die verschiedenen Positionen zur zukünftigen polnischen Westgrenze bereits vor Konferenzbeginn präzise zusammen: Briten und Amerikaner seien unbedingt dafür, dass Polen Ostpreußen, südlich und westlich von Königsberg, Danzig, den östlichen Teil von Pommern und das gesamte Oberschlesien erhalte. Dagegen beanspruchten die Lubliner Polen – „ganz sicher mit der Unterstützung Stalins“, wie der britische Außenminister meinte – nicht nur die Oder-Linie einschließlich Stettin und Breslau, sondern auch die westliche Neiße als Grenze.³⁷⁷

Obwohl sowjetische Diplomaten in Washington und London bereits im Vorfeld dieses Treffens mit der Behandlung der polnischen Frage in Jalta rechneten,³⁷⁸ kam es im Außenkommissariat zu keiner systematischen Vorbereitung. Dennoch war Stalin in Bezug auf die deutsche Ostgrenze durch seine zahllosen Gespräche mit Vertretern der verfeindeten polnischen Lager sowie durch Informationen weit besser vorbereitet als seine westlichen Partner. Dies erlaubte ihm, in Jalta geschickt zu taktieren. Er bekannte sich zu den „vielen Sünden ... die Russen in der Vergangenheit ... gegenüber Polen begangen hätten“ und behauptete, die „Sowjetregierung habe diese unmenschliche Politik [der Zaren] von Grund auf verändert“. Der sowjetische Alleinherrscher konnte auch darauf verweisen, dass Mikolajczyk hoch erfreut gewesen sei, als er hörte, dass die UdSSR die Neiße-Linie als Westgrenze Polens anerkenne. Erst jetzt erläuterte er, dass es die östliche und die westliche Neiße gäbe. Die sowjetische Regierung sei der Ansicht, die Westgrenze Polens müsse an der westlichen Neiße verlaufen.³⁷⁹

376 Vgl. Brandes, Vertreibung, S. 399.

377 Eden an Churchill, 1. 2. 1945, FRUS, Yalta, S. 508–509. Hervorhebung nicht im Original.

378 Gromyko an Molotov, 26. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 5, Bl. 10–22, vgl. UdF 1, S. 660–661, Anm. 347 und Gusev an Molotov: Fragen, die Briten auf der Konferenz beraten sehen wollen, 27. 1. 1945, ebd., S. LXIV, Anm. c.

379 Aufzeichnung der Sitzung der Regierungschefs, 6. 2. 1945, veröffentlicht in: SAIK 4, S. 73–87, hier S. 84–85. Zwei Tage später erklärte Molotov, dass die Londoner und Lubliner Polen in der Frage der Westgrenze einheitlich aufträten. „[E]r zweifle nicht daran, dass sich die Polen für die Linie aussprächen, die die Sowjetregierung vorgeschlagen habe.“ (ebd., S. 121–131).

Nach dieser mündlichen Sondierung ließ Stalin einen schriftlichen Beschlussentwurf zu Polen vorbereiten, den Molotov am folgenden Tag verlas.³⁸⁰ Dieser Entwurf koppelte die Fragen der polnischen West- und Ostgrenze an die Lösung des polnischen Regierungsproblems, also die Bildung einer von allen drei Mächten der Anti-Hitler-Koalition anerkannten polnischen Regierung. Bei der Diskussion dieses sowjetischen Entwurfs sprach Roosevelt allgemein von „einem gewissen Fortschritt“ und bat um Zeit zur gründlichen Prüfung.³⁸¹ Churchill verzichtete auf Protest und näherte sich – unter einem rein rhetorischen Vorbehalt – der sowjetischen Position an als er erklärte: „Polen müsse das Recht haben, das Territorium zu nehmen, das es wünsche und das es verwalten könne.“³⁸² Molotov erwiderte demgegenüber am folgenden Tag: „[E]r zweifle nicht daran, dass sich die Polen für die Linie aussprechen, die die Sowjetregierung vorgeschlagen habe.“³⁸³ Aber einen Tag später erläuterte der Außenkommissar: „Die Frage der Westgrenze Polens brauche vorerst nicht allzu genau fixiert zu werden.“ Wichtig sei den Polen mitzuteilen, ob die Konferenz eine gemeinsame Meinung zur Ostgrenze Polens habe.³⁸⁴ Churchill und Roosevelt widersprachen nicht. Stalin stimmte einem am 10. Februar vorgelegten britischen Formelkompromiss zu, der sich an den Vorgaben Molotovs orientierte. Die am 13. Februar in der *Izvestija* und zeit-

380 Aufzeichnung der Sitzung der Regierungschefs, 7. 2. 1945, veröffentlicht in: SAIK 4, S. 97–106, hier S. 105. Punkt 2 des sowjetischen Beschlussentwurfs lautete: „Erachtet wird, dass die Westgrenze Polens von der Stadt Stettin (für die Polen) weiter nach Süden entlang der Oder und weiter entlang der Neiße (der westlichen) verlaufe soll.“ Vgl. dazu auch die schriftliche Fassung in: ebd., S. 109.

381 Erst zwei Tage später positionierte sich die amerikanische Delegation: „[W]ir sind damit einverstanden, dass Polen eine Entschädigung auf Kosten Deutschlands erhält, und zwar durch Ostpreußen südlich von Königsberg und Oberschlesien bis zur Oder. Für die Verschiebung der Westgrenzen Polens bis zur westlichen Neiße gibt es allerdings offensichtlich wenig Gründe.“ (SAIK 4, S. 131–132).

382 Aufzeichnung der vierten Sitzung der Regierungschefs, 7. 2. 1945, SAIK 4, S. 97–106, hier S. 106. Am gleichen Tag brachte die britische Delegation eine „revidierte“ Fassung des sowjetischen Vorschlags zu Polen ein, dessen zweiter Punkt lautete: „Es wurde beschlossen, dass zum Territorium Polens im Westen die Freie Stadt Danzig, die ostpreußischen Gebiete westlich und südlich von Königsberg, der Regierungsbezirk Oppeln in Schlesien und die Gebiete gehören sollen, die Polen östlich der Oder zu erhalten wünscht.“ (vgl. SAIK 4, S. 132–133).

383 Aufzeichnung der fünften Sitzung der Regierungschefs, 8. 2. 1945, in: SAIK 4, S. 121–131, hier S. 126.

384 Aufzeichnung der siebenten Sitzung der Regierungschefs, 10. 2. 1945, in: SAIK 4, S. 175–180, hier S. 176.

gleich in westlichen Zeitungen veröffentlichte Mitteilung über die Konferenzergebnisse gab diesen Kompromiss wieder:³⁸⁵

Die drei Regierungschefs sind der Auffassung, dass die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie mit fünf bis acht Kilometern Abweichungen von ihr in einigen Gebieten zugunsten Polens verlaufen soll. Die drei Regierungschefs erkennen an, dass Polen im Norden und Westen einen wesentlichen Gebietszuwachs erhalten muss. Sie sind der Ansicht, dass über das Ausmaß dieses Zuwachses zu geeigneter Zeit die Meinung der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit eingeholt und dann die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz verbart wird.

Der möglicherweise von Stalin befürchtete Eklat konnte mit dieser im wahrsten Sinne wirklichkeitsfremden diplomatischen Formel vermieden werden. Die Westmächte waren nicht bereit, das Gipfeltreffen an der Frage der deutschen Ostgrenze scheitern zu lassen. Die Konferenzergebnisse bewertend stellte ein von Majskij entworfener Runderlass an die sowjetischen Auslandsvertretungen fest:³⁸⁶

Die Atmosphäre auf der Konferenz war insgesamt freundschaftlich; es war das Bestreben spürbar, zu einem Einvernehmen in strittigen Fragen zu gelangen. Wir bewerten die Konferenz als überaus positiv, insbesondere was die Fragenkomplexe Polen und Jugoslawien sowie die Reparationsfrage anbelangt.

Der Pragmatiker Stalin zögerte nun nicht länger. Nachdem Großbritannien 1941/42 einer gemeinsamen Vorentscheidung über Nachkriegsgrenzen ausgewichen war, die polnische Exilregierung stets eine zusammenhängende Regelung der polnischen Ost- und Westgrenze mit der UdSSR abgelehnt und er selbst die exakte Beschreibung der polnischen Westgrenze in der Vereinbarung mit dem Lubliner Komitee am 27. Juli 1944 offengelassen hatte, beauftragte der Kremlchef die Mitglieder des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) der UdSSR, eine Verordnung vorzubereiten, um „vorläufig den exakten Verlauf der West- und Nordgrenze Polens“ (Punkt 1), die Grundsätze für die Zusammenarbeit der Roten Armee und der sowjetischen Sicherheitsdienste mit der polnischen Verwaltung (Punkt 2–5) sowie die Prinzipien für die Aufteilung des östlich von Oder und Neiße erbeuteten deutschen industriellen Eigentums zwischen Polen und der UdSSR (Punkt 6) festzulegen. Gleichzeitig bestellte Stalin Vertreter der provisorischen polnischen Regierung nach Moskau. Molotov unterrichtete sie dort über die Ergebnisse der Krim-Konferenz und die sich daraus ergebenden Vorschläge der sowjetischen Stellen. Was aus der Sicht Stalins eine Ausführungsbestimmung zum sowjetisch-polnischen Grenzabkommen vom 27. Juli 1944 darstellte, sollte sich als

385 Mitteilung über die Ergebnisse, 11. 2. 1945, in: SAIK 4, S. 225.

386 Entwurf eines Runderlasses, 15. 2. 1945, in: UdF 1, S. 536.

eine *dauerhafte* Entscheidung erweisen, die das Leben von Millionen Deutschen und Polen grundlegend veränderte sowie die Zukunft Polens und Deutschland bestimmte.

Am späten Abend des 18. Februar empfing Stalin Mitglieder der provisorischen polnischen Regierung in seinem Arbeitszimmer. Die Unterredung dauerte mehr als drei Stunden, bis nach Mitternacht.³⁸⁷ Die Polen versuchten Einfluss auf den erwähnten Entwurf der Verordnung des GKO zu nehmen,³⁸⁸ störten sich aber nicht daran, dass das oberste sowjetische Machtgremium über deutsche und polnische Angelegenheiten entschied. Die Verordnung erhielt den unscheinbaren Titel „Fragen Polens“ und wurde sofort – wie fast alle Beschlüsse dieses Gremiums – strengster Geheimhaltung unterworfen. Ihr für Deutschland entscheidender Punkt 1 lautete:³⁸⁹

Bis zur endgültigen Festlegung der westlichen und nördlichen Grenze Polens auf der zukünftigen Friedenskonferenz gilt als westliche Staatsgrenze Polens die Linie westlich von *Swinemünde* bis zur *Oder*, *Stettin* auf der Seite Polens belassend, weiter aufwärts entlang der *Oder* bis zur Mündung der (westlichen) *Neiße* und von dort entlang der westlichen *Neiße* bis zur tschechoslowakischen Grenze. Der nördliche Teil Ostpreußens von der sowjetischen Grenze nördlich der Ortschaft *Treusee*³⁹⁰ weiter nördlich von *Goldap* in Richtung auf *Nordenburg* und *Preußisch Eylau* bis nördlich von *Braunsberg* einschließlich der Stadt und dem Hafen von Königsberg liegt innerhalb der Grenze der UdSSR, das gesamte übrige Ostpreußen mit der Stadt und dem Hafen von *Danzig* liegt innerhalb der Grenzen von Polen.

387 Die Unterredung dauerte von 20.55 bis 00.15 Uhr, vgl. LPS, S. 448.

388 Gestützt auf Henryk Rożański, *Śladem wspomnień i dokumentow (1943–1948)* [Auf der Spur von Erinnerungen und Dokumenten (1943–1948)], Warschau 1987, S. 186–201, gehen Borodziej/Lemberg, *Oder und Neiße*, S. 59 davon aus, dass Polen am Zustandekommen dieser Vereinbarung beteiligt waren. Dies dürfte allerdings mit Sicherheit nicht die Grenzziehung betroffen haben.

389 GKO-Postanowienie Nr. 7558ss: Fragen Polens, 20. 2. 1945, in: *Sovetskij Faktor* Bd. 1, S. 153–155. Stalin nahm an dieser von ihm als Vorsitzender des GKO unterzeichneten Verordnung noch einzelne unwesentliche Veränderungen vor. Eine Kopie der Verordnung erhielten als Mitglieder des GKO: Molotov, Malenkov, Berija, Bulganin und Voznesenskij; als Vertreter des NKID: Vyšinskij und Lebedev; als Vertreter des NKO: Vasilevskij, Konev, Rokossovskij (durch Chiffre-Telegramm des NKO), Chrulev; sowie als Vertreter des SNK: Čadaev. Eine Kopie dieser Verordnung ging auch an G.K. Žukov als Kommandeur der Ersten Belorussischen Front.

390 Alle Orts- und Flussnamen wurden in dieser Verordnung deutsch bezeichnet bis auf *Treusee*. Für diesen Ort steht in der veröffentlichten Fassung wahrscheinlich falsch entziffert *Vitajny* (*Sovetskij Faktor* Bd. 1, S. 153), während in der im CAMO überlieferten Fassung für *Treusee* die richtige russische Schreibweise *Vižgany* und in der veröffentlichten polnischen Fassung die polnische Schreibweise *Wiżajny* steht.

Als die Verordnung am 20. Februar 1945 in Kraft trat, bezogen sich deren Bestimmungen zur Zusammenarbeit der Roten Armee und der sowjetischen Sicherheitsdienste mit der polnischen Verwaltung in erster Linie auf die gerade eroberten bzw. noch zu besetzenden deutschen Gebiete, deren Übergabe an Polen vorgesehen war. In diesem „frontnahen“ Abschnitt mit einer Breite von 60 bis 100 km sollte die oberste Gewalt allein bei den sowjetischen Kommandeuren und den Verantwortlichen des NKVD liegen. Letztere wiederum hatten dafür zu sorgen, dieses Gebiet von deutschen Spionen, Diversanten und terroristischen „Agenturen“ zu „säubern“. Die polnischen Kommunisten konnten sich in Moskau für diesen neuen Teil ihres Heimatlandes lediglich ein Informationsrecht in Bezug auf polnische Bürger und ein Recht auf Beteiligung bei Maßnahmen gegen Mitarbeiter der neuen polnischen Verwaltungen sichern. Die Punkte 4 und 5, die die Arbeit der „operativ-tschechistischen Gruppen und Truppen des NKVD“ und den Einsatz von „Beratern“ des NKVD in den polnischen Sicherheitsdiensten betrafen, ließ Stalin auch gegenüber seinen Polen verschweigen. Sie erhielten lediglich einen Auszug dieser Verordnung (die Punkte 1–3 und 6), welchen polnischen Stellen erstmals 1977 veröffentlichten.³⁹¹

Deutsche Stellen konnten im Frühjahr 1945 keine Informationen über diese Entscheidung des sowjetischen Kriegskabinetts erlangen. Als dann in den sechziger Jahren erste Informationen über die sowjetische Entscheidung vom 20. Februar 1945 zugänglich wurden, tat sich die deutsche Forschung schwer, ihnen nachzugehen.³⁹² Nach der Veröffentlichung der gekürzten polnischen Fassung dieses Beschlusses sollte es noch fast zwanzig Jahre dauern, ehe der erste deutsche Historiker die die Grenzziehung betreffenden Bestimmungen dieser Verordnung analysierte.³⁹³ Er löste damit keine weitergehenden Forschungen aus.³⁹⁴

391 Euzebiusz Basiński/Ryszard Nazarewicz, *Sojusz polsko-radziecki a zachodnia granica Polski*, Warszawa 1987, S. 86–87. Basiński verweist auf seine Erstveröffentlichung 1977, die von mir nicht eingesehen werden konnte.

392 Vierheller, *Polen*, S. 104–105. Sie geht davon aus, dass die Vertreter der Polnischen Provisorischen Regierung bereits am 14. 2. 1945 über diesen Beschluss informiert wurden.

393 Zeidler, *Kriegsende*, S. 63.

394 Bei der Vorbereitung der Edition „Die UdSSR und die deutsche Frage“ verfestigte sich der Eindruck, dass das Außenkommissariat mit der Veränderung der deutschen Ostgrenze nicht befasst war. Borodziej/Lemberg (2000), *Oder und Neiße*, Bd. 1, verzichten in ihrer Edition auf die Veröffentlichung dieses sowjetischen Dokuments und verweisen lediglich in der Einleitung (S. 59 und 61) darauf, dass die Teile Deutschlands, die an Polen gehen sollten, durch den „Vertrag vom 26./27. Juli 1944 und die Entscheidung des GKO vom 20. Februar 1945“ festgelegt worden waren. Borodziej bekräftigt in diesem Zusammenhang die Aussage von Andreas Hoffmann (*Die Nachkriegszeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1944–1948*, Köln u. a. 2000,

Obwohl sich die Verordnung des GKO formal an den Beschluss der Krim-Konferenz hielt – die neue Westgrenze Polens als vorläufig bezeichnete und deren endgültige Festlegung einer „zukünftigen Friedenskonferenz“ vorbehielt –, blieben die westlichen Verhandlungspartner der UdSSR uninformiert. Für sie erhielt die Frage der deutschen Ostgrenze niemals Priorität, sondern besaß eher taktische Bedeutung.³⁹⁵

Noch vor der deutschen Kapitulation wurde das gesamte von der Roten Armee besetzte Gebiet vor unkontrolliertem Zutritt durch Ausländer abgeschirmt. Stalin wies am 30. März 1945 alle Frontkommandeure, die Vertreter des SNK in Ungarn, Rumänien und den sowjetischen Vertreter in Warschau an, die Mannschaften aller unerlaubt in dieses Gebiet eindringenden ausländischen Flugzeuge, darunter auch die Besatzungen englischer und amerikanischer Flugzeuge, zu verhaften.³⁹⁶

Die Briten verlangten als erste Aufklärung über die Verwaltung in den ehemaligen Ostgebieten. Sie erhielten am 2. April die irreführende Antwort, dass die polnische Verwaltung der von der Roten Armee eroberten früheren deutschen Gebiete in keiner Weise den Abkommen zur Besetzung Deutschlands widersprächen und auch nicht die Frage der künftigen Grenzen Polens berühre.³⁹⁷ Die tatsächliche Lage ins Unwahre vereinfachend antwortete wenig später Vyšinskij dem amerikanischen Botschafter, der auf Weisung aus Washington um Aufklärung über die Einrichtung polnischer Verwaltungen in den deutschen Ostgebieten gebeten hatte:³⁹⁸

S. 78 f.), derzufolge dieser Beschluss „nach internationalem Recht wertlos war“. Brandes (2006), Vertreibung, S. 434, beschränkt sich auf einen Satz: „Am 20. Februar 1945 legte sich das sowjetische Staatsverteidigungskomitee auf die Linie der Oder und der westlichen Neiße als polnischer Westgrenze fest.“ Hartenstein (2006), Oder-Neiße-Linie, S. 89, stützt sich bei seinem kurzen Hinweis auf den Beschluss des Staatskomitees für Verteidigung auf einen Vortrag, den Georg Strobel 1999 in München gehalten hat.

395 [Eden:] Die Westgrenze Polens, 12. 7. 1945, DzD II, 1, S. 913–917, hier S. 916: „Eine ... überstürzte Anerkennung der russischen Höchstforderungen könnte als Zeichen der Schwäche angesehen werden und weitere übermäßige Forderungen an anderer Stelle herausfordern.“

396 Weisung Nr. 11050 der Stavka (Stalin, Antonov) an alle Frontkommandeure, die Vertreter des SNK in Ungarn, Rumänien und den Vertreter der Stavka in Warschau (Gen. Šatilov), 30. 3. 1945, Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 4, container no. 7.

397 [Eden:] Die Westgrenze Polens, 12. 7. 1945, DzD II, 1, S. 913–917. Über diese Antwort hatte die britische Botschaft sofort den amerikanischen Botschafter informiert, vgl. Harriman an Stettinius, 10. 4. 1945, FRUS 1945, V, S. 208.

398 Vyšinskij an Harriman, 15. 4. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 46, d. 732, Bl. 3, veröffentlicht in: SAOD I, S. 646–647, vgl. dazu FRUS 1945, V, S. 229–231, Kennan an Stettinius,

Wie bekannt verließ die deutsche Bevölkerung zusammen mit den zurückweichenden deutschen Truppen Schlesien. In den Ortschaften verblieb nur die polnische Bevölkerung. Aus Danzig wurde ein großer Teil der deutschen Bevölkerung ebenfalls nach Deutschland evakuiert. Unter diesen Bedingungen entstand das dringende Erfordernis, eine Zivilverwaltung aus Polen zu bilden, die den Kern der verbliebenen Bevölkerung in den genannten Gebieten darstellen. Mit der Bildung dieser polnischen Zivilverwaltungen wurde auch die Gebietsverwaltung von Schlesien und Danzig [an die Polen] übergeben, was jedoch nicht in Verbindung mit der Grenzfrage steht.

Damit waren bereits vor der deutschen Kapitulation östlich von Oder und Neiße vollendete Tatsachen geschaffen worden, denen gegenüber nicht nur die Deutschen, sondern auch die Verbündeten der UdSSR ohnmächtig blieben. Auch das Außenkommissariat war noch immer über die bereits gezogene deutsch-polnische Grenze unzureichend informiert. Leitende Mitarbeiter des NKID gingen noch bei der Vorbereitung der sowjetischen Sektion des Kontrollrats davon aus, dass sich der Kompetenzbereich dieser Einrichtung auch auf die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße erstrecken würde. Bevollmächtigte des sowjetischen Oberkommandierenden waren nicht nur für die späteren fünf Länder bzw. Provinzen der sowjetische Besatzungszone (SBZ), sondern auch für Pommern (mit Sitz in Stettin) und Schlesien (mit Sitz in Breslau) vorgesehen.³⁹⁹

In Vorbereitung der Potsdamer Konferenz übernahm die amerikanische Regierung partiell Vyšinskis Erklärung. Den amerikanischen Diplomaten lagen jedoch die Vorgänge so fern, dass es ihnen schwer fiel, zwischen den unerfüllten polnischen Gebietsansprüchen und den deutschen Gebieten zu unterscheiden, die die UdSSR polnischer Verwaltung überlassen hatte.⁴⁰⁰ Dennoch zögerten sie nicht, drei Faktoren zu benennen, die Stalin und die UdSSR zur Unterstützung der weitgehenden polnischen Gebietsforderungen veranlasst hatten:⁴⁰¹

18. 4. 1945. Kennan übermittelte Vyšinskis Antwort und kritisierte sie als in allen Punkten unwahr.

399 Smirnov und Semenov an Molotov, 25. 5. 1945, in: UdF 2, S. 5–11, hier S. 8.

400 Vorgeschlagene Politik der Vereinigten Staaten hinsichtlich Polens, 29. 6. 1945, DzD II, 1, S. 874–876, hier S. 874: „Aufgrund der schnellen Befreiung des polnischen Gebiets, die von einem Massenauszug der dort lebenden deutschen Bevölkerung begleitet war, übernahm die Lubliner Regierung fast sofort das gesamte Gebiet Polens in den Grenzen von vor 1939. Gleichermäßen übernahm sie später mit Billigung und Hilfe der sowjetischen Behörden das Gebiet der Freien Stadt Danzig und ausgedehnte Gebiete in Ostpreußen und (Ost-)Deutschland, die sich ungefähr bis zur Oder-Neiße Linie erstrecken.“

401 Ebd., S. 876.

1. Durch die Eingliederung eines großen Teils deutschen Gebiets und die wahrscheinliche Umsiedlung von etwa acht bis zehn Millionen Deutschen würde der künftige polnische Staat aller Wahrscheinlichkeit nach gezwungen sein, sich zum Schutz gegen die Forderungen deutscher Irredentisten vollständig in die Abhängigkeit Moskaus zu begeben und könnte tatsächlich völlig zu einem sowjetischen Satelliten werden.
2. Wenn es sich zeigen sollte, dass es letztlich doch nicht möglich ist, eine brauchbare Welt-sicherheitsorganisation zu errichten, und die Sowjetunion sich entschließen sollte, sich hinsichtlich ihrer Sicherheit auf die eigenen Ressourcen zu verlassen, so liegen die Vorteile einer möglichst weit westlich liegenden polnischen Grenze auf der Hand, besonders, wenn die künftige polnische Regierung mehr oder weniger unter der Herrschaft Moskaus sein sollte.
3. Es mag die Hoffnung der sowjetischen Regierung sein, dass, wenn sie dem künftigen polnischen Staat eine größtmögliche Entschädigung im Westen gibt, das polnische Volk den Verlust von 42% des früheren polnischen Gebiets im Osten bereitwilliger hinnehmen würde.

Diese Analyse weist auf reale Interessen hin, die Stalins Politik in der Grenzfrage bestimmten, leiteten aber auch die in den USA vorherrschenden Befürchtungen. Weder die amerikanischen Analytiker noch Stalin sahen voraus, dass die schweren nationalen Verluste, die die Deutschen 1945 erlitten, nicht zum Entstehen einer politisch relevanten irredentistischen Bewegung in Deutschland führen würden. Auch wir wissen nicht, was geschehen wäre, hätte der Versuch, den die USA auf der Potsdamer Konferenz unternahmen, die Übergabe der deutschen Gebiete zwischen der östlichen und der westlichen Neiße an Polen doch noch zu verhindern, nicht nur zu Konfusion im Konferenzprotokoll hinsichtlich Stettins,⁴⁰² sondern zum Erfolg geführt.

402 Vgl. Clemens Heitmann, Die Stettin-Frage. Die KPD, die Sowjetunion und die deutsch-polnische Grenze 1945, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 51 (2002), 1, S. 25–63.

IV. Alternativen zur Anti-Hitler-Koalition

Stalin bereitete sich sehr früh darauf vor, den Krieg ohne Verbündete fortführen zu müssen.¹ Dies lag nahe, solange die übrigen Kriegsgegner Deutschlands in den für die UdSSR schwierigsten ersten anderthalb Kriegsjahren weder in der Lage waren, ihre Bodentruppen in größtmöglicher Nähe zu Deutschland einzusetzen noch die sowjetischen Grenzen vom 22. Juni 1941 anzuerkennen, während gleichzeitig Gerüchte über deutsche Friedensfühler in Richtung Westen nicht enden wollten. Stalins Vorbereitungen zielten jedoch nicht – wie noch zu zeigen sein wird – auf einen Separatfrieden mit Deutschland. Sie beschränkten sich darauf, die sowjetischen Kriegsziele selbständig durchzusetzen. Unverändert blieb die Errichtung einer aktiven Kampffront britischer und amerikanischer Truppen in Westeuropa das vorrangige Ziel Stalins, um die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erreichen und das immer befürchtete Zusammengehen der Nationalsozialisten Deutschlands mit den „imperialistischen“ Westmächten zu verhindern.

Unvollständig aufgeklärt bleiben bis heute die seit Herbst 1941 unternommenen Versuche Stalins, die militärischen und politischen Rahmenbedingungen der sowjetischen Kriegsführung und Politik zu verbessern. Gemeint sind die öffentlichen Auftritte Stalins 1941 und 1942, die scheinbar die Ziele seiner Deutschlandpolitik in Frage stellten, die er anlässlich des Besuchs des britischen Außenministers dargelegt hatte.² Der Kremlchef richtete sich damit nicht nur an die Bürger der UdSSR, sondern gleichermaßen an die deutsche Wehrmacht wie an die Alliierten. Ihnen allen wurden sie in der Presse, auf Flugblättern und schließlich in einer Broschüre bekannt gegeben. Schon am 6. November 1941, als Stalin den deutschen „Landräubern“ mit einem Vernichtungskrieg drohte, räumte er – direkt bezogen auf Österreich und das Rheinland – eine *gewisse* Berechtigung der Zusammenfassung der deutschen Länder durch die Nazis ein.³ Am 23. Februar 1942 veröffentlichte die *Pravda* in der üblichen Großaufmachung den Tagesbefehl Stalins zum 24. Jahrestag der Roten Armee, der anschließend durch Flugblät-

1 Später zog Goebbels aus dem Fehlen Stalins beim Treffen Roosevelts mit Churchill in Casablanca im Januar 1943 sofort weitreichende Schlussfolgerungen: Stalin „glaubt wahrscheinlich, auf eigene Faust und mit eigenen Mitteln mit Europa fertig werden zu können.“ Vgl. TJG II, Bd. 7, S. 207–214, hier S. 208, Z. 72–73 (28. 1. 1943).

2 Vgl. dazu Kap. II, Abschnitt 4.

3 Stalin, Krieg, S. 27–36.

ter und mündliche Aufrufe an der deutschen Front bekannt gegeben wurde. Dort erklärte Stalin:⁴

In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, dass die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.

Am 5. Oktober 1942 erschien in derselben Zeitung die ebenso eigenwillige wie für die Westmächte provozierende Antwort Stalins auf die Frage des Korrespondenten von Associated Press, Henry Cassidy, nach der Kampfkraft der UdSSR.⁵

Ich denke, die sowjetische Widerstandsfähigkeit gegen die deutschen Räuber ist ihrer Stärke nach nicht im geringsten kleiner – wenn nicht sogar größer – als die Fähigkeit des faschistischen Deutschland oder irgendeiner anderen aggressiven Macht, sich die Weltherrschaft zu sichern.

Und am 6. November 1942 verkündete Stalin der Welt:⁶

[D]er Kannibale Hitler erklärt: „Wir werden Russland vernichten, dass es sich niemals mehr erheben kann“. Das ist wie es scheint, deutlich, wenn auch ziemlich dumm (Heiterkeit.) Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Russland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten – das kann man und muss man. [...] Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, dass das in Bezug auf Deutschland ebenso wie auch in Bezug auf Russland nicht nur unmöglich, sondern *auch vom Standpunkt des Siegers unzumutbar* ist. Aber die Hitlerarmee vernichten – das kann man und muss man. (Stürmischer Beifall.) [...] [D]er Kannibale Hitler fährt fort: „Wir werden den Krieg so lange fortsetzen, bis in Russland keine organisierte militärische Kraft übrig bleibt.“

4 Stalin, Krieg, S. 49. In der Pravda wurde dieser Befehl auf der ersten Seite zusammen mit einem Bild Stalins veröffentlicht.

5 Stalin, Krieg, S. 64–65. Die Pravda veröffentlichte am 5. 10. 1942 die auf den 3. Oktober datierte Antwort Stalins ohne jeden Kommentar. Vgl. dazu auch S. 121.

6 Vgl. Bericht Stalins auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen gemeinsam mit den Partei- und Gesellschaftlichen Organisationen der Stadt Moskau am 6. 11. 1942 in: Stalin, Krieg, S. 66–85, hier S. 83. Hervorhebungen nicht im Original.

Das ist, wie es scheint, deutlich, wenn auch erzdumm. (Heiterkeit.) Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung jeder organisierten militärischen Kraft in Deutschland haben wir nicht, denn jeder einigermaßen Gebildete wird verstehen, dass das in Bezug auf Deutschland ebenso wie auch in Bezug auf Russland nicht nur unmöglich, sondern auch vom Standpunkt des Siegers unzweckmäßig ist. Aber die Hitlerarmee vernichten – das kann man und muss man.

Mit all diesen Erklärungen, die auch im Kontext des damals sofort veröffentlichten Befehls Stalins zum 1. Mai 1942 gesehen werden können,⁷ verkündete der sowjetische Führer weder alte noch neue Inhalte seiner Deutschlandpolitik. Doch die Frage bleibt, ob in ihnen ein alternatives Deutschlandkonzept erkennbar wird. Denn mit seinen öffentlichen Verlautbarungen wandte sich der Kremlführer nicht nur an die eigene Bevölkerung und an die übrigen Kriegsgegner Deutschlands, sondern auch an die deutschen Truppen, die auf sowjetischem Boden standen. Für sie wählte er seine Worte mit Bedacht, um zunächst und vor allem die Nazipropaganda zu entschärfen und bei deutschen Soldaten, Offizieren und Generälen Zweifel am Sinn ihres Kampfes zu wecken.⁸ Darüber hinaus spricht vieles dafür – bleibt aber bis jetzt nicht belegbar –, dass Stalin nach der Schlacht um Moskau, nach dem zermürbenden Winter 1941/42 und vor dem Beginn einer neuen Winteroffensive der Roten Armee – ähnlich wie Churchill⁹ – mit einem von der Wehrmacht ausgehenden Waffenstillstandsgesuch rechnete.¹⁰ Kontakte sowjetischer Stellen zu Deutschen blieben allerdings während des Krieges auf Emigranten und Kriegsgefangene beschränkt,¹¹ während Stalin selbst in dieser Zeit – soweit bisher bekannt – keinen einzigen Deutschen, nicht einmal deutsche Kommunisten, empfang.

7 Stalin, Krieg, S. 62: „Unser Ziel ist klar und edel. Wir wollen unseren Sowjetboden von den faschistischen deutschen Schurken befreien. Wir wollen unsere Brüder, die Ukrainer, Moldauer, Belorussen, Litauer, Letten, Esten, Karelrier von der Schande und Erniedrigung befreien, der sie durch die faschistischen deutschen Schurken ausgesetzt sind.“

8 Die Wirkung dieser Worte Stalins blieb auch nach dem Krieg außerordentlich groß. Vgl. dazu den Eintrag Speers vom 27. 3. 1953: „Als ich in Nürnberg erstmals von Stalins Satz hörte, dass die Hitler kommen und gehen, während das deutsche Volk bestehen bleibe, sah ich darin so etwas wie eine ausgestreckte Hand, und wenn mich das auch nicht von Stalins Großmut überzeugte, so schien es mir doch ein Zeichen seiner taktischen Schlauheit.“ (Albert Speer, Spandauer Tagebücher, Frankfurt/M. 1975, S. 362–363).

9 Vgl. Kettenacker, Friedenssicherung, S. 117.

10 Bereits am 22. 12. 1941 verwies die *Pravda* im Zusammenhang mit der Ablösung von Brauchitschs auf eine ernste Krise innerhalb des deutschen Oberkommandos und auf scharfe Widersprüche zwischen der nazistischen Führung und der Generalität.

11 Vgl. Jörg Morré, Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001.

Die Frage, inwieweit sich die Erklärungen Stalins aus dem Jahr 1942 auf ein alternatives Deutschlandkonzept gründeten, ist umso berechtigter, als Stalin bereits in dieser Zeit eine Kriegswende erwartete¹² und damit rechnen musste, dass seine wie auch immer gestalteten Deutschlandpläne verwirklicht bzw. auf die Probe gestellt werden könnten. Unverkennbar war jedoch, dass Stalin nie einen Zweifel an seiner Entschlossenheit ließ, Hitler und seine Armeen zu vernichten. Letztere waren zu diesem Zeitpunkt aber die einzigen, die der Handlungsfreiheit der Sieger Grenzen setzen konnten. Sobald Hitlers Armeen vernichtend geschlagen waren, konnten sich die Deutschen zwar weiterhin auf Stalins Worte berufen, doch sie konnten weder die UdSSR noch die anderen Sieger an der Durchsetzung ihrer Interessen hindern.

Dafür, dass Stalins Erklärungen aus dem Jahr 1942 nicht die Ziele seiner Politik offenlegten, sondern Propaganda waren, spricht auch das unverändert starke Interesse Stalins an der Entwicklung der Beziehungen zu Großbritannien und den USA. Angesichts seines späteren Zögerns, auf mehrfache Einladungen Roosevelts und Churchills zu einem Gipfeltreffen einzugehen, wird leicht übersehen, dass Stalin in den ersten Monaten des sowjetischen Kriegseintritts zu solchen Treffen bereit war, worauf noch einzugehen sein wird.

1. Friedensfühler?

Friedenssondierungen sind während des Zweiten Weltkriegs nur auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten nachweisbar. Sie erfolgten bis zum Februar 1945 gegen den erklärten Willen Hitlers.¹³ Ebenso wie in vielen Kriegen zuvor, wurden auch im Zweiten Weltkrieg reale Friedensfühler vornehmlich von der Seite ausgestreckt, für die sich die Möglichkeit eines Sieg-Friedens zerschlagen hatte.¹⁴ Geheimdienste aller beteiligten Staaten nutzten diese Friedenssondierungen aktiv als Mittel der Kriegsführung mit dem Ziel, die oder den jeweiligen Geg-

12 Vgl. BW, S. 51, Stalin an Churchill, 14. 3. 1942: „Ich bringe meine feste Überzeugung zum Ausdruck, dass die gemeinsamen Anstrengungen unserer Truppen, ungeachtet einzelner Misserfolge, im Endergebnis die Kräfte unseres gemeinsamen Feindes zerschlagen werden und dass das Jahr 1942 die entscheidende Wende an der Kampffront gegen den Hitlerfaschismus bringen wird.“ Noch deutlicher äußerte sich Stalin in seiner Rede zum 1. Mai 1942 (Stalin, Krieg, S. 63).

13 Martin, *Separate Friedensschlüsse*, S. 97. Martin geht jedoch von einem realen Interesse einzelner Politiker der Westmächte und Stalins aus, derartige Friedenssondierungen zu betreiben.

14 B. Šatrov: „Mirnye“ manevry germanskogo imperializma, in: VIRK 1944, 4, S. 8–13.

ner zu schwächen.¹⁵ Im Kalten Krieg, und noch bis zum heutigen Tag, zielt die Unterstellung unbewiesener Friedensabsichten aber auch darauf, den bzw. die damaligen Verbündeten durch die Andeutung einer Verständigungsbereitschaft gegenüber Deutschland zu diskreditieren¹⁶ und damit von den Schwächen der eigenen Kriegsführung abzulenken.

Vermutungen über sowjetische Friedenssondierungen während des Zweiten Weltkriegs, die bis zur Gegenwart in grundlegenden Untersuchungen zum Zweiten Weltkrieg¹⁷ und zur Entstehung des Kalten Krieges¹⁸ angestellt werden und die man verschiedentlich auch in der neueren russischen Literatur findet,¹⁹ lassen sich in den bisher freigegebenen sowjetischen Unterlagen nicht nachweisen. Dies könnte in der geheimdienstlichen Natur dieser Angelegenheit liegen, ist jedenfalls kein Beweis für das Fehlen derartiger Bemühungen. Die Unmöglichkeit einer ernsthaften sowjetischen Initiative für einen Separatfrieden mit Deutschland liegt vielmehr im Herrschaftssystem Stalins und der Realität des Krieges begründet: Die auf Vernichtung der UdSSR zielende deutsche Kriegsführung verhinderte von Anfang an die Möglichkeit einer separaten Verständigung zwischen offiziellen Vertretern beider Staaten. Die Brutalität, mit der die Deutschen überall in Euro-

-
- 15 Vgl. u. a. den Bericht des amerikanischen Gesandten in Bern (Harrison) an State Department, 25. 3. 1942, FRUS 1942, III, S. 432–433.
- 16 Roberts Stalin, S. 166: „These various stories are ... an obvious attempt to discredit Stalin and the Soviet war record.“
- 17 Vgl. Bernd Wegner, Die Illusion des Sonderfriedens, in: DRZW, Bd. 8, S. 51–60, hier S. 56: „[E]ine Reihe von Umständen legen die Vermutung nahe, dass Moskau in den Monaten zwischen den Schlachten von Stalingrad und Kursk ein Interesse an Sondierungen mit Berlin gehabt haben könnte.“
- 18 Vgl. Mastny, Kalter Krieg, S. 91–106, hier S. 91: „*Wenn überhaupt*, war in diesem Augenblick [nach dem Sieg bei Stalingrad] für Stalin die Zeit gekommen, die Vorteile eines unvollkommenen Friedens gegen die Probleme eines noch nicht fassbaren Sieges zu wägen. Die Situation bot Gelegenheit und Anreiz, militärische Gewinne gegen einen politischen Kompromiss einzuhandeln.“ Hervorhebung nicht im Original. Vgl. auch Loth, Teilung, S. 55: „[N]ach dem deutschen Antritt fehlte es nicht an Versuchen ... zu einem Separatfrieden mit Deutschland zu kommen“.
- 19 Dimitrij Volkogonow und Pavel Sudoplatow erwähnen, unter Berufung auf Berija, Kontaktversuche der sowjetischen Führung zu deutschen Stellen unter Vermittlung des bulgarischen Botschafters in Moskau. Beide können in diesem Zusammenhang weder Quellen anführen noch auf Resultate verweisen (vgl. Dimitri Wolkogonow, Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt, Düsseldorf 1989, S. 564–566; Pavel Sudoplatow and Anatol, Special Tasks. The Memoirs of an Unwanted Witness – a Soviet Spy Master, New York 1994, S. 145–146. Vgl. auch Falin, Zweite Front, S. 345f.: „Es ist nicht abwegig anzunehmen, dass der sowjetische Diktator von Juni bis Oktober 1941 an eine Rettung durch einen Scheinfrieden dachte.“

pa, insbesondere aber in den besetzten Teilen der UdSSR vorgingen, blockierte von vornherein die Möglichkeit eines Separatfriedens. Dies sahen Kenner der UdSSR in Deutschland ebenso wie Beobachter in London. Eine Analyse des Auswärtigen Amtes über die Perspektiven des Krieges, als deren Autor Gustav Hilger vermutet worden ist, schloss zwei Möglichkeiten aus: Den „innerstaatlichen Zusammenbruch“ der Sowjetunion und ihre Bereitschaft zur Kapitulation bzw. zu einem Sonderfrieden. Stalin wisse, „dass es um den Bestand des sowjetrussischen Reiches geht, und dass eine Kompromisslösung unmöglich ist“.²⁰ Auch Lord Beaverbrook, ein enger Vertrauter Churchills und Roosevelts, wies derartige Spekulation im Mai 1942 zurück: Die gefallenen Russen stünden dem im Wege. Einen derartigen Leichenberg könne man nicht einfach übergehen.²¹ Rückblickend schlussfolgerte Sherwood: Es wurde Hass erzeugt, der sich selbst als stärker erwies als der stärkste Schwur der Russen, keinen Separatfrieden zu schließen.²²

Auch die Härte, mit der der Moskauer Gewaltherrscher die Rote Armee und die eigene Bevölkerung zur unbedingten Verteidigung zwang, spricht gegen eine deutsch-sowjetische Verständigung. Nachdem ihn Meldungen erreichten, wonach Leningrader Funktionäre bereit wären, mit den Deutschen zu verhandeln und die Stadt aufzugeben, befahl er kategorisch:²³

Ich meine, wenn es unter den Bolschewiken solche Leute gibt, dann muss man sie vorrangig vernichten, denn sie sind noch gefährlicher als die Faschisten. Meine Empfehlung: [K]eine Sentimentalität. Der Feind und seine freiwilligen und unfreiwilligen Helfer müssen mit allen Mitteln geschlagen werden. Keine Zugeständnisse an und Verhandlungen mit dem Feind.

Diese Weisung, die bis auf die Ebene der Divisionen und Regimenter bekanntgegeben wurde, galt faktisch auch für alle anderen sowjetischen Dienststellen. Ingeborg Fleischhauer kommt zu dem eindeutigen Urteil: „Alle Tatsachen sprechen dafür, dass die Verbitterung über den deutschen Vertragsbruch und die Verbissenheit, mit der die zurückflutende sowjetische Armee zum Stehen gebracht werden sollte, jeden Gedanken an ein Eingehen auf deutsche Fühlungnahme überflüs-

20 Fischer, Deutschlandpolitik, S. 33.

21 Taylor, Beaverbrook, S. 535.

22 Vgl. Sherwood, Roosevelt, S. 585.

23 Stalin an Žukov, Kuznecov, Merkulov, 21.9.1941, Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, vgl. auch Jörg Ganzenmüller, Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn u. a. 2005, S. 113–121.

sig“ machten.²⁴ Selbst in der Kriegsgefangenenfrage lehnte Stalin jegliche Verhandlungen mit Deutschland ab.²⁵

Ein deutsch-sowjetischer Friedensschluss war aber ebenfalls unvereinbar mit den beiderseitigen Kriegszielen. Stalin war seit dem 22. Juni 1941 nicht weniger als Hitler entschlossen, nur eine bedingungslose Kapitulation der Gegenseite zu akzeptieren.

Leicht nachweisbar sind zahlreiche veröffentlichte und unveröffentlichte Dokumente, in denen die sowjetische Regierung seit Juli 1941 durchgängig bis zum Ende des Krieges einen separaten Friedensschluss mit Deutschland definitiv ausschloss. Schon 1939 hatte Molotov in den Verhandlungen mit Briten und Franzosen auf dem Vorschlag bestanden, dass ein Übereinkommen der drei Mächte eine Bestimmung enthalten sollte, die den Abschluss eines separaten Waffenstillstands oder Friedens ausschloss. Es war – und davon muss ausgegangen werden – die sowjetische Seite, die eine Verständigung Deutschlands mit Großbritannien zu ihren Ungunsten am stärksten fürchtete. Bereits wenige Tage nach dem deutschen Angriff forderte Stalin von der britischen Regierung einen „Pakt über gegenseitigen Beistand“, der auch die gegenseitige Verpflichtung enthalten sollte, keinen Separatfrieden zu schließen.²⁶ Noch bevor die deutsche Regierung im Herbst 1941 eine „Friedensinitiative“ startete, um einen politischen Ausweg aus dem Scheitern des Blitzkrieges gegen die UdSSR zu finden,²⁷ verständigten sich die britische und

24 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 72.

25 Sowjetische Note an die schwedische Botschaft, 28. 3. 1942, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 40. Zur Frage der Kriegsgefangenen vgl. Kap. V, 2.

26 Vgl. S. 69. Diese erste sowjetisch-britische Vereinbarung wurde 10 Monate später zu einem Bündnisvertrag ausgebaut, der die gleiche Bestimmung enthielt. Dazu bemerkte Stalin gegenüber Churchill am 15. 3. 1943: „Bekanntlich sieht der englisch-sowjetische Vertrag vom 26. 5. 1942 vor, dass unsere Länder ohne gegenseitiges Einverständnis weder mit Deutschland noch mit seinen Verbündeten Verhandlungen über einen Separatfrieden führen werden. Das ist für mich eine unantastbare Bestimmung.“ (vgl. in: BW, S. 130–131).

27 Am 3. 10. 1941 hatte Hitler in seiner Rede im Berliner Sportpalast versucht, Zwietracht zwischen den Alliierten zu säen, indem er seine „Friedensbemühungen“ in den Jahren 1939 und 1940 andeutete, der UdSSR und Großbritannien aggressive Absichten unterstellte und sich selbst als Retter Europas vor dem Bolschewismus präsentierte (der Wortlaut der Rede ist veröffentlicht in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II, zweiter Halbband, München 1965, S. 1758–1767). Am 11. 11. 1941 gab der Sprecher des Auswärtigen Amts Folgendes bekannt: „In diesem Krieg gibt es keine deutschen Friedensfühler und wird es keine geben. Dieser Krieg wird von uns unerbitlich bis zum siegreichen Ende durchgeführt. Daran kann weder die Auffassung Churchills noch die seiner Verbündeten etwas ändern. Wenn einmal die Geschichte dieses Krieges

sowjetische Regierung auf eine gemeinsame Position. Bezugnehmend auf ein britisches Aide-mémoire²⁸ versicherte Molotov am 22. November gegenüber dem britischen Botschafter in Moskau die feste Entschlossenheit der UdSSR,²⁹

die vollständige Zerschlagung der deutschen Armeen und ihre Vertreibung aus den von ihnen besetzten Gebieten der UdSSR sowie die Befreiung aller unterdrückten Völker, die unter dem Joch der Hitlertyrannie stöhnen, zu erreichen. [D]ie Völker und die Regierung der UdSSR [werden] – mit welchen Schwierigkeiten sie auch immer konfrontiert werden mögen – niemals in Verhandlungen mit Hitler oder irgendeiner anderen Partei Deutschlands, die das Naziregime repräsentiert, in Verhandlung treten.

Hintergrund dieser Erklärung war eine Analyse von Friedensgerüchten durch das Außenkommissariat in den ersten Monaten des deutsch-sowjetischen Krieges.³⁰ An der Entschlossenheit der sowjetischen Regierung, ihren „gerechten Befreiungskrieg mit ganzer Kraft und Energie bis zur vollständigen Vernichtung des Hitleriums und jedweder ähnlichen Tyrannei zu führen“,³¹ änderte sich nach dem 22. Juni 1941 zu keiner Zeit etwas.

Selbst im Spätsommer 1941, da Stalin für einen Moment die möglichen Folgen einer Niederlage im Krieg gegen Deutschland bedachte,³² schloss er eine Verständigung mit Hitler definitiv aus. Anfang September 1941 erklärte er auf eine Frage des britischen Botschafters, ob die UdSSR bis zum Frühjahr durchhalten werde: Dies sei schwer zu sagen, auf keinen Fall werde die UdSSR jedoch einen Separatfrieden schließen. Stalin deutete an, dass er sich im Falle eines Verlusts des Donecbeckens, Moskaus und Leningrads gezwungen sehen könnte, den aktiven Kampf der Roten Armee einzustellen, sie hinter die Wolga zurückzuziehen und ihre Kampfhandlungen auf die Verteidigung zu beschränken.³³

Wie alle übrigen Unterzeichner der am 1. Januar 1942 verkündeten Deklaration der Vereinten Nationen, der Gründungsurkunde der „Anti-Hitler-Koalition“,

geschrieben wird, wird man darin vergeblich das Wort ‚deutsche Friedensführer‘ suchen, wohl aber von ‚englischen Friedensführern‘ ... sprechen.“ (AdG, 1941, S. 5274-A).

28 Cripps an Molotov, 19. 11. 1941, in SANO I, S. 173–174.

29 UdF 1, S. 12–13. Hervorhebung nicht im Original.

30 Semenov, Ausländische Meldungen betr. eines deutsch-sowjetischen Sonderfriedens, 14. 10. 1941, AVP RF f. 013, op. 4, p. 6, d. 30, Bl. 271–277.

31 Diese Formulierung wurde am 16. 8. 1942 durch Churchill für das Kommuniqué seines ersten Besuchs in der UdSSR vorgeschlagen, vgl. UdF 1, S. 66.

32 Vgl. S. 107–108.

33 Unterredung zwischen Stalin und Cripps am 7. 9. 1941, vgl. Woodwar, British Foreign Policy, Bd. II, S. 33.

verpflichtete sich auch die UdSSR, „keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden mit den Feinden abzuschließen“.³⁴

Eine Ausnahme, die letztendlich diese Regel nur bestätigte, bildete Finnland. Wie bei keinem anderen Kriegsgegner der UdSSR waren die Westmächte – insbesondere die USA – bereit, Finnlands sofortigen Kriegsausritt zu unterstützen. Aber auch die UdSSR förderte derartige Bemühungen.³⁵ Stalin unternahm einen bemerkenswerten – bisher wenig beachteten – Versuch, Finnland mit Hilfe der USA und Großbritanniens durch territoriale Zugeständnisse zur Einstellung seiner Kriegshandlungen gegen die UdSSR zu bewegen. Am 4. August 1941 erläuterte er seine Überlegungen dem Präsidenten der USA: „Wenn sich die Regierung der USA dazu bereit fände, Finnland mit einem Abbruch der Beziehungen zu drohen, würde die finnische Regierung in der Frage des Bruchs mit Deutschland entschlossener handeln. In diesem Falle könnte die sowjetische Regierung Finnland gegenüber gewisse territoriale Zugeständnisse machen, um es zu beruhigen und mit ihm einen neuen Friedensvertrag abzuschließen“.³⁶ Am 18. August überbrachte der stellvertretende amerikanische Außenminister Welles dem finnischen Gesandten in den USA dieses sowjetische Angebot. Zuvor hatte er die Überzeugung Roosevelts wiedergegeben, dass die UdSSR aus ihrem Kampf mit allen Aggressoren als Siegerin hervorgehen werde.³⁷ Die finnische Regierung lehnte dieses Angebot ebenso ab wie britische Vermittlungsbemühungen.³⁸ Damit endete der Versuch Stalins ergebnislos, mit Wissen, Billigung und Unterstützung der Westmächte auf diplomatischem Wege wenigstens teilweise eine Beendigung der Kriegshandlungen zu erreichen.³⁹ Welche Wirkung ein Erfolg in dieser Sache für die übrigen Satelliten oder für Deutschland erlangt hätte, wissen wir nicht.

Eine mögliche, von der UdSSR vorgeschlagene gemeinsame öffentliche Erklärung der Alliierten gegen die Urheber bzw. Verbreiter von Friedensgerüchten

34 Deklaration der Vereinten Nationen, 1. 1. 1942, in: SAMO I, S. 146–147.

35 Vgl. Alexandra Kollontai, *Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945*, hg. von Heinz Deutschland, Berlin 2003, S. 569: „Meine Aufgabe als Gesandte der UdSSR in Schweden bestand darin, das finnische Volk aus dem Krieg herauszuführen, es zu veranlassen mit den Deutschen zu brechen und auf diese Weise nicht nur die Kampfkraft, sondern auch das Prestige der Deutschen zu schwächen.“

36 BW, S. 467.

37 Umanskij an NKID, 19. 8. 1941, in: DVP XXIV, S. 242–244. Vgl. auch FRUS 1941, I, S. 56–57.

38 Britisches Aide-mémoire, 9. 3. 1943, in: SANO I, 349–350.

39 Interessanterweise wurden die sowjetischen Bemühungen nach der finnischen Absage öffentlich bekannt gegeben. Vgl. Erklärung des sowjetischen NKID zu Finnland, 18. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 430–433. Diese Erklärung wurde in Deutschland sofort zur Kenntnis genommen, vgl. AdG 1941, S. 5281-B.

wurde von den Briten mehrfach abgelehnt.⁴⁰ Die sowjetische Regierung ließ allerdings auch ihrerseits Möglichkeiten ungenutzt, Gerüchten über Friedenssondierungen Deutschlands und seiner Verbündeten öffentlich entgegenzutreten.

Auf wiederholte Mitteilungen des britischen Botschafters über Friedensbemühungen der Satellitenstaaten⁴¹ antwortete Molotov Ende April 1943:⁴²

Die sowjetische Regierung ihrerseits hält es für notwendig zu erklären, dass sich noch niemand mit einem Friedensangebot betreffend die UdSSR und Deutschland an sie gewandt hat, und wenn irgendwer – ein Rumäne, Japaner oder irgendein anderer – im Namen Deutschlands uns mit diesem Vorschlag belästigt, so werden wir ihn zum Teufel jagen.

Im Anschluss an diese Erklärung unterrichtete Molotov die britische Botschaft am 7. Juni 1943 über die Voraussetzungen für den Kriegsaustritt der Gegner.⁴³ Diese sowjetischen Überlegungen trafen sich mit den zur selben Zeit in London angeordneten Planungen für das Verfahren zur einvernehmlichen Beendigung des Krieges durch die Alliierten. Deren Ergebnisse wurden am 1. Juli inoffiziell der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft in London übergeben und lösten in Moskau eigene Waffenstillstandsvorbereitungen aus, worauf noch ausführlich

40 Sowjetisches Aide-mémoire, 3. 11. 1942. in UdF 1, S. 70–71. Die Ablehnung wurde durch den britischen Botschafter am 24. 11. 1942 mündlich mitgeteilt. Kerr verwies dabei auf die nach der amerikanisch-britischen Landung in Nordafrika notwendige Rücksichtnahme auf die spanische Regierung, welche eine solche Veröffentlichung als Vorwurf werten und die englisch-spanischen Beziehungen schädigen könnte, vgl. ebd., S. 78–79. Anfang 1944 schlug das NKID der britischen Regierung noch einmal die Veröffentlichung der den Briten zugespielten Dokumente zu einer angeblichen deutschen Kapitulationsbereitschaft vor, um die deutschen Intrigen zu durchkreuzen, vgl. Dekanozov an Balfour, 4. 1. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 29, d. 329, Bl. 3. Erneut wurde dieser Vorschlag abgelehnt, vgl. Balfour an Dekanozov, 4. 2. 1944, ebd., Bl. 12–13.

41 Erstmals hatte die britische Regierung die UdSSR im November 1942 über einen Friedensvermittlungsversuch Spaniens informiert (AVP RF f. 06, op. 4, p. 14, d. 129, Bl. 99–101 sowie f. 06, op. 4, p. 2, d. 19, Bl. 75). Einen Monat später informierte die britische Regierung die UdSSR über italienische Friedensfühler. Als sich Eden in diesem Zusammenhang nach diesbezüglichen sowjetischen Erkenntnissen erkundigte, antwortete Molotov am 30. 12. 1942, dass der sowjetischen Regierung weder von Seiten Italiens noch anderer Staaten entsprechende Offerten gemacht worden seien (vgl. SANO 1, S. 323–324). Am 21. Januar und 29. März 1943 unterrichtete die britische Regierung Moskau über Versuche von Vertretern des deutschen Widerstands, Kontakt zu amtlichen britischen Stellen aufzunehmen, was jedoch abgelehnt worden sei (AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 1–2 und Bl. 6–7). Dagegen fanden spätere finnische Sondierungen im Juni 1942 und im März 1943 sofort die Unterstützung der amerikanischen Regierung (Ržeševskij, Stalin, S. 249 und AVP RF f. 06, op. 5, p. 3, d. 30, Bl. 49–52).

42 Molotov an Kerr, 21. 4. 1943, in: UdF 1, S. 103–104.

43 Molotov an Kerr, 7. 6. 1943, in: SANO I, S. 388–390.

einzugehen sein wird. Je mehr sich diese primär auf Deutschland bezogenen Plannungen entwickelten und schließlich zu Verhandlungen zwischen den drei Hauptmächten der Anti-Hitler-Koalition im Rahmen der Europäischen Beratenden Kommission in London führten, desto mehr wurde einem Separatfrieden die Grundlage entzogen.

Unmittelbar vor der Moskauer Außenministerkonferenz 1943 erläuterte Lozovskij auf Finnland bezogen die Besonderheiten eines möglichen Waffenstillstands mit den Satellitenstaaten. Im Hintergrund und noch unausgesprochen stand dabei die Frage nach der künftigen sowjetischen Sicherheits- bzw. Einflussphäre in Europa, die durch ein Sonderverhältnis zu eben jenen Staaten begründet werden sollte, die noch immer an der Seite Hitlers Krieg gegen die UdSSR führten. In diesem Zusammenhang erklärte der stellvertretende sowjetische Außenkommissar, dass die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen für Finnlands Kriegsaustritt nicht mit den Alliierten erörtert werden könnten, sondern eine innersowjetische Angelegenheit seien.⁴⁴ Zu einem ähnlichen Urteil in Bezug auf Rumänien kam zur selben Zeit der Chef der für das britische Empire zuständigen Zweiten Europäischen Abteilung des Narkomindel, Kirill Novikov, der feststellte, dass sich die rumänischen Friedensfühler in Richtung Großbritannien und USA in erster Linie nicht gegen Deutschland, sondern gegen die UdSSR richteten.⁴⁵

Den sowjetischen Standpunkt für die Außenministerkonferenz zu den Friedensführern der deutschen Satelliten formulierte Novikov zusammen mit Andrej Smirnov: Kontakte zu oppositionellen Elementen seien erlaubt, doch müssten alle Sondierungen auf den von Molotov am 7. Juni genannten Prinzipien – insbesondere der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation – basieren und Kapitulationsgesuche gleichzeitig an alle drei Hauptmächte gerichtet werden. Als Molotov diesen Vorschlag überarbeitete, strich er den folgenden Abschnitt, der die Möglichkeit zu Differenzierungen geboten hätte: „Die sowjetische Regierung hält es für zweckmäßig, in Abhängigkeit von den Umständen im konkreten Fall die Propaganda gegenüber diesem oder jenem Satellitenstaat abzuschwächen. Dabei muss jedoch im Blick bleiben, dass für die Hilfe, die die Satellitenstaaten mit ihren Armeen Deutschland leisten, nicht nur die Regierungen dieser Staaten die Verantwortung tragen, sondern in diesem oder jenem Maße auch die Gesellschaften der Satellitenstaaten.“⁴⁶

44 Lozovskij an Molotov: Behandlung Finnlands, 5. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 40, d. 19, Bl. 1–4.

45 K. Novikov, Die Kapitulationsbereitschaft Rumäniens, 11. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 39, d. 4, Bl. 70–72.

46 Aus dem ursprünglichen Entwurf „Friedensfühler von Seiten der Feindstaaten. Unser Vorschlag zu Punkt 13 der Tagesordnung (Punkt 9 des englischen Tagesordnungsvor-

Die Verhandlungen auf der Moskauer Außenministerkonferenz nahmen durch ein weitgehendes britisches Zugeständnis einen überraschenden Verlauf. Molotov beschränkte sich auf der Grundlage des Smirnov/Novikov-Papiers auf die folgende knappe mündliche Erklärung: „Mit den Satelliten Deutschlands – mit Rumänien, Ungarn, Finnland – können Verhandlungen nur über die bedingungslose Kapitulation geführt werden ... Alle anderen Verhandlungen sind nutzlos. Sie könnten sogar die Lösung der Hauptfrage, wie die der Kontrolle des Waffenstillstands, stören.“ Eine Abstimmung dieser Forderung Molotovs erübrigte sich, als Eden bei der Diskussion des britischen Resolutionsentwurfs – der lediglich eine gegenseitige Informations- und Konsultationspflicht vorsah, und von Stalin bereits bestätigt worden war⁴⁷ – bezogen auf die Satellitenstaaten erklärte: „Die sowjetische Regierung müsse die entscheidende Stimme in Bezug auf die Länder haben, gegen die sie Krieg führt.“ Dem widersprach US-Außenminister Hull nicht, den Molotov ausdrücklich um eine Stellungnahme zu dieser Erklärung Edens gebeten hatte.⁴⁸ Damit wurde nicht nur die Frage der Friedensfühler vorentschieden, sondern ein entscheidender Schritt zur Anerkennung der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa vollzogen. Die Außenminister übergaben den britischen Resolutionsentwurf der Redaktionskommission. Er wurde als Punkt 13 im „geheimen Protokoll“ der Moskauer Konferenz verankert.⁴⁹

In Teheran nahm erneut der Kriegsausstieg Finnlands viel Raum in den Gesprächen der drei Regierungschefs ein. Roosevelt versicherte, er wolle in jeder Weise helfen, Finnland aus dem Krieg herauszubekommen. Stalin versicherte, Russland habe keine Pläne zur Beseitigung der Unabhängigkeit Finnlands. Der Kremlchef hielt an seinen bereits im Frühjahr 1943 übermittelten Waffenstillstandsbedingungen fest und verwies erneut darauf, dass die Finnen immer noch an den Sieg Deutschlands glaubten und deren bisherige Verhandlungsangebote nicht auf eine echte Verhandlungsbereitschaft hindeuteten. Dennoch appellierten Roosevelt und Churchill an Stalin, Finnland nicht durch zu hohe Reparationsforderungen abzuschrecken.⁵⁰

schlages“ (AVP RF f. 07, op. 4, p. 26, d. 13, Bl. 147–148) strich Molotov den nebulösen Punkt 3.

47 Britischer Resolutionsvorschlag: Friedensfühler der Feindstaaten, 29. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 33, d. 45, Bl. 2. Der Vorschlag selbst ist veröffentlicht in SAIK I, S. 316.

48 Saksin, Bericht über die Vorbereitung und Arbeit der Moskauer Konferenz, 3. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, Bl. 1–177, hier Bl. 140–141.

49 SAIK I, S. 343.

50 Vierte Sitzung der Regierungschefs, 1. 12. 1943, veröffentlicht in: SAIK (deutsch), II, 126–138.

Ende 1943 schlug einer der Stellvertreter Molotovs vor, die Koalitionspartner vor einer zu starren Anwendung der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zu warnen. In dem von Dekanozov vorgelegten Entwurf hieß es:⁵¹

Wird in der Praxis inoffizieller Verhandlungen mit Vertretern der nach einem Ausstieg aus dem Krieg suchenden Satellitenstaaten auch weiterhin einzig und allein die Formel der „bedingungslosen Kapitulation“ schematisch angewandt, so steht zu befürchten, dass dies die Kapitulation dieser Staaten als solche verzögern und zur Konsolidierung der Kräfte der Hitlerkoalition beitragen kann. Da die Formel „bedingungslose Kapitulation“ selbst im Hinblick auf jedes einzelne der Feindländer unkonkret ist, dürften sich unsere drei Regierungen in der Praxis der Verhandlungen mit Vertretern der Feindstaaten nicht einmal auf diejenigen konkreten Bedingungen verständigen, die auf das jeweilige Feindland angewandt werden können, um ihm den Ausstieg aus dem Krieg zu erleichtern und seine Kapitulation zu beschleunigen. Der sowjetischen Regierung scheint, dass eine derartige Differenzierung bei der praktischen Anwendung der Kapitulationsbedingungen zum Zusammenbruch des Hitlerblocks der Feindländer beitragen und damit die feindlichen, gegen die Alliierten agierenden Kräfte schwächen wird.

Obwohl eine Verlängerung des Krieges und eine Konsolidierung der Kriegsgegner das genaue Gegenteil von dem war, was Stalin erreichen wollte, wurde der Vorschlag Dekanozovs niemals verwirklicht.

2. Kein Sonderfrieden mit Deutschland

Viel klarer lagen die Dinge in Moskau in Bezug auf Deutschland. Sehr früh drängten sich bei Beobachtern in der UdSSR Spekulationen über Friedensfühler der Feindstaaten auf. Im November 1941 kalkulierte Alfred Kurella: „Der Erfolg [der Roten Armee] bei Rostov scheint sich auszuwachsen Mit den bedeutenden Erfolgen der Engländer in Afrika kombiniert, könnte das entscheidende Bedeutung für Italien bekommen, wo die Unzufriedenheit mit den Deutschen und Mussolini ständig wächst und mit ihr die Tendenzen zu einem Separatfrieden.“⁵² Am Argwohn Kurellas gegenüber England änderte sich im weiteren Verlauf des Krieges nichts.⁵³

51 Dekanozov, Entwurf eines Memorandums an die amerikanische Botschaft zur „bedingungslosen Kapitulation“, 30. 12. 1943, in: UdF 1, S. 240–241. In der linken oberen Ecke findet sich die Notiz Dekanozovs: „Gen. Molotov. Zur Bestätigung“ sowie der Vermerk Molotovs: „Frage entfällt“.

52 Kurella an Cohn-Vossen, 23. 11. 1941, in: Kurella, Briefwechsel, S. 178–183.

53 Kurella an Cohn-Vossen, 16. 10. 1942, in: Ebd., S. 383: „Jetzt wird klar: Es waren neue Friedensfühler nach England ausgestreckt!! (Frau Heß als neuer Sendbote ...)“.

Sergej Afanas'ev, ein junger Mitarbeiter der Dritten Europäischen Abteilung des Narkomindel, erstellte im Herbst 1942 einen Bericht über alle in Moskau verfügbaren Informationen zu angeblichen Friedensbemühungen Deutschlands. Danach setzten die Deutschen mit Hilfe der japanischen Presse seit August 1941 Gerüchte über die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Separatfriedens unter Diplomaten in Berlin in Umlauf. Seit Oktober 1941, als der Blitzkrieg gegen die UdSSR – so Afanas'ev – misslang, seien Meldungen über deutsch-englische Friedenssondierungen in der schwedischen, schweizerischen und bulgarischen Presse erschienen. In Stockholmer Kreisen würde verbreitet, dass sich Hitler auf neue Friedensverhandlungen mit der Sowjetunion vorbereite. Zu diesem Zweck sei Schulenburg in das Führerhauptquartier gerufen worden. Die Basis der Friedensvorschläge solle die Rückkehr zum Status quo ante sein. Eine *TASS*-Meldung vom 3. März 1942 aus London zeigte, wie ernst diese Gerüchte in Moskau genommen wurden. Die Meldung lautete, dass in einigen Kreisen Londons der Befehl Stalins vom 23. Februar als Ausdruck der sowjetischen Bereitschaft gewertet würde, einen Separatfrieden mit Deutschland zu schließen, wenn sich die Deutschen vom sowjetischen Territorium zurückzögen.⁵⁴ Afanas'evs berichtete sogar über ein Gerücht, wonach Stalin selbst sich an den Papst mit der Bitte um Friedensvermittlung gewandt hätte. Der Moskauer Diplomat zog daraus ambivalente Schlussfolgerungen. Einerseits stellte er fest, dass ein großer Teil der Presseäußerungen zum Thema Separatfrieden ein Ausdruck des erbitterten Nervenkriegs sei, den alle am Krieg beteiligten Seiten führten. Es stehe zweifelsfrei fest, dass die Verbreitung der Gerüchte über einen Separatfrieden von den Propagandaämtern der wesentlichen am Krieg beteiligten Staaten ausgingen und darauf zielten, die Gegenseite zu demoralisieren. Andererseits war Afanas'ev jedoch bereit einzuräumen, dass Deutschland im Februar/März 1942 einen Friedensschluss mit England wünsche. Er zog aber auch die Möglichkeit einer deutschen Friedensbereitschaft in Richtung Osten in Erwägung. Die Reaktion der deutschen Presse auf das Stalin-Interview vom 3. Oktober 1942⁵⁵ könnte ein Zeichen für die Vorbereitung der Öffentlichkeit auf einen Kurswechsel der deutschen Politik sein. So habe Theodor Seibert im *Völkischen Beobachter* erklärt, Führer und Regierung wären nun in der Lage, ihre ursprünglichen Pläne zu ändern. Seibert habe in diesem Zusammenhang nicht mehr vom „unvermeidlichen Untergang“ der UdSSR geschrieben, sondern

54 Die britische Botschaft versuchte derartige Gerüchte zu entkräften, vgl. Baggalley an das Foreign Office, 28. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 177–180.

55 Vgl. S. 121.

die Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland als Fehler der UdSSR gewertet, der nur Großbritannien und den USA nutze.⁵⁶

Derartige deutsche Friedenssondierungen in Richtung UdSSR, die Afanas'ev schon im Herbst 1942 für möglich hielt, ließen noch lange auf sich warten. Erst nachdem sich in Deutschland die Einsicht in die unvermeidbare eigene Niederlage durchgesetzt hatte, streckte man dort Friedensfühler in Richtung UdSSR aus. Keine dieser Sondierungen erfolgte im Auftrag Hitlers.⁵⁷

Allein Japan, der stärkste und eigenständigste Verbündete Deutschlands, erwog schon seit Sommer 1942 eigenen Interessen folgend die Möglichkeit, einen deutsch-sowjetischen Friedensschluss zu initiieren. Doch die Sondierungen der japanischen Botschafter in Berlin und in Kujbišev endeten vollständig negativ.⁵⁸ Ein Jahr später dementierte TASS den Bericht eines amerikanischen Rundfunksenders, in welchem behauptet wurde, Hitler habe die deutsche Sommeroffensive 1943 erst im Juli anlaufen lassen, weil er noch die Antwort auf einen Friedensvorschlag abwarten wollte, den Japan der Sowjetregierung im Namen der Achsenmächte unterbreitet habe. TASS bezeichnete derartige Gerüchte als frei erfunden.⁵⁹

Anhand sowjetischer Quellen ist hingegen ein Friedensvermittlungsversuch nachweisbar, den der japanische Botschafter, Sato, in einer Unterredung mit Molotov am 10. September 1943 mit großer Vorsicht unternahm. Obwohl Molotov diese Absicht schnell erkannte,⁶⁰ erhielt Sato erst drei Tage später die Antwort, dass die sowjetische Regierung das Angebot Japans lediglich als einen Versuch werten könne, zwischen der UdSSR und den mit ihr in Krieg stehenden Ländern zu vermitteln, um den Boden für einen Waffenstillstand oder Frieden zu bereiten. Der sowjetische Außenkommissar schloss die Möglichkeit eines Waffenstillstands oder Friedens mit Hitlerdeutschland und seinen Satelliten in Europa vollkommen

56 Afanas'ev an Dekanozov 12. 10. 1942, AVP RF f. 012, op. 3, p. 35, d. 59, Bl. 146–147. Afanas'ev bezog sich auf einen Beitrag Seiberts im *Völkischen Beobachter* vom 6. 10. 1943.

57 Bernd Martin (Separate Friedensschlüsse, S. 103) spricht von einer „strikten Weigerung Hitlers, sich mit den Russen überhaupt in Gespräche einzulassen“.

58 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 99–101. Vgl. auch Schellenberg, Memoiren, S. 231–233.

59 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 178. Dieses Dementi sei bereits am 17. 7. 1943 um 00.15 Uhr durch den Moskauer Rundfunk verbreitet worden.

60 Unterredung zwischen Molotov und Sato, 10. 9. 1943, in: UdF 1, S. 154–157. Da der Botschafter nur allgemein um den Empfang einer hochrangigen japanischen Delegation bat, die anschließend noch weitere Länder in Westeuropa bereisen wolle, fragte Molotov, ob „es Grund zu der Annahme [gäbe], dass die Mission, außer ihrer Reise in die UdSSR, auch in Staaten reisen werde, mit denen die UdSSR sich im Kriege befinde?“ Als dies der Botschafter bestätigte, war für Molotov die japanische Absicht offensichtlich.

aus und lehnte die Vorschläge der japanischen Regierung ab.⁶¹ Am 15. September unterrichtete Moskau die Regierung Großbritanniens über die japanischen Vorschläge und die sowjetische Reaktion darauf. Dabei hob er hervor, dass der von Sato unterbreitete Vorschlag der erste von der japanischen Regierung unternommene Versuch gewesen sei, eine Vermittlerrolle zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland zu übernehmen.⁶² Gleichlautend wurde die amerikanische Regierung informiert.⁶³

Nur zwei Monate später – unmittelbar nach der Moskauer Außenministerkonferenz – informierte Molotov die Botschafter Großbritanniens und der USA darüber, dass sich ein Vertreter der sowjetischen Gesandtschaft in Stockholm im Auftrag des dortigen Geschäftsträgers mit dem deutschen Geschäftsmann Edgar Klaus getroffen habe. Dieser habe unter Berufung auf einen ihm erteilten Auftrag von Peter Kleist – der in engem Kontakt zu Ribbentrop stände – erklärt:⁶⁴

[D]ie Deutschen würden allem, was die sowjetische Regierung fordere, zustimmen, sogar der Grenze von 1914. [D]ie herrschenden Kreise seien durch die Moskauer Konferenz und das Zurückweichen der deutschen Truppen an der deutsch-sowjetischen Front beunruhigt. Den Deutschen sei klar, dass Deutschland für die weitere Kriegsführung die Truppen fehlten und sie den Krieg verlören. Die Stimmung der Bevölkerung verschlechtere sich katastrophal.

Der Außenkommissar nutzte diese Information, um die Vertreter der Westmächte zu informieren, dass die sowjetische Gesandtschaft kategorisch jedes erneute Treffen abgelehnt habe.⁶⁵ In Moskau wollte man aus diesem Präzedenzfall die gegenseitige Verpflichtung der Verbündeten nach einer prinzipiellen Ablehnung jeglicher Kontaktversuche ableiten, die von den gegenwärtigen deutschen Macht-

61 Molotov an Sato, 13. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 4, d. 34, Bl. 29–31.

62 Erklärung der sowjetischen Regierung, 15. 9. 1943, in: SANO I, S. 456–457.

63 Gromyko an Hull, 14. 9. 1943 FRUS 1943, III, S. 696–697. Vgl. auch Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 317, Anm. 7.

64 Molotov an Kerr, 12. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 38–39. Den gleichen Bericht übermittelte Molotov am selben Tag an Harriman, AVP RF f. 06, op. 5, p. 30, d. 344, Bl. 1–2. Weder der Bericht des sowjetischen Geschäftsträgers in Stockholm – dies war zu diesem Zeitpunkt der spätere Politische Berater des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Vladimir Semenov – noch die erwähnte Weisung an ihn sind bisher zugänglich. Wahrscheinlich bezieht sich dieser an die Alliierten weitergeleitete Bericht auf die Kontakte, über die Peter Kleist (Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945. Aufzeichnungen 1950, Bonn 1950, S. 265) mit umgekehrter Tendenz berichtet. Demnach fand dieser Kontaktversuch im September 1943 statt.

65 Molotov an Kerr, 12. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 38–39.

habern ausgingen. Eine derartige Initiative unterblieb jedoch aus unbekanntem Gründen.⁶⁶

Es spricht einiges dafür, dass dieser Kontaktversuch der Deutschen in Stockholm im Herbst 1943 zustande kam, weil sich Edgar Klaus (dessen schillerndes Wirken Ingeborg Fleischhauer bereits 1986 detailreich vorgestellt hat) damals auf Peter Kleist berief. Kleist war weder für das Außenkommissariat noch für die sowjetischen Geheimdienste ein Unbekannter. Er hatte bereits bei der Anbahnung des deutsch-sowjetischen Vertrags von 1939 eine Rolle gespielt.⁶⁷ Namentlich auf ihn stützten sich geheimdienstliche Informationen über die langfristigen Pläne Hitlers im Vorfeld der deutsch-sowjetischen Annäherung, die sich seit dem 22. Juni 1941 als richtig erwiesen hatten.⁶⁸ 1943 zum Ministerialdirigenten aufgestiegen, hielt sich Kleist im Auftrage von Ribbentrop und angeblich „mit ausdrücklicher Tolerierung Hitlers“ vom 2. bis 5. September, vom 7. bis 9. September und vom 28. September bis zum 6. Oktober in Stockholm auf.⁶⁹ Den dubiosen Aussagen Edgar Klaus' zufolge habe das sowjetische Verhandlungsziel „in der Wiederherstellung der Grenzen von 1914, freier Hand in der Meerengenfrage sowie in ganz Asien und Entwicklung ausgedehnter Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR“ bestanden.⁷⁰ Über diese deutschen Kontaktversuche in Richtung Moskau war die amerikanische Botschaft informiert, zu der Klaus ebenfalls Kontakt hielt. Auf die Frage des amerikanischen Gesandten Herschel Johnson bestätigte der erste Sekretär der sowjetischen Botschaft in Stockholm, I.V. Vinogradov, dass deutsche Mittelmänner versucht hätten, an die sowjetische Gesandtschaft heranzutreten, jedoch erfolglos geblieben seien.⁷¹

66 Entwurf: Molotov an Kerr (nicht benutzt), 26. 12. 1943, ebd., Bl. 58.

67 Vgl. Aufzeichnungen Astachovs über ein gemeinsames Frühstück mit Tschunke und Kleist am 21. 7. 1939 in: DVP, XXII-1, S. 547–548 sowie die Information über zwei inoffizielle Unterredungen mit Kleist Mitte Juni 1939 in: ebd., XXII-2, S. 555, Anm. 131 und 169, zit. jeweils als Quelle „aus dem Archiv des ehemaligen KGB, d. 33019“. Bruno Peter Kleist (1904–1971) hatte sich über die völkerrechtliche Anerkennung der UdSSR promoviert, war 1933 in die NSDAP eingetreten und seit 1935 Referent in der „Dienststelle Ribbentrop“ für Polen und die baltischen Staaten. Seit 1941 arbeitete Kleist zusätzlich im „Ostministerium“ Rosenbergs, vgl. Martin, *Separate Friedensschlüsse*, S. 110, Anm. 74.

68 Bericht des Chefs der militärischen Aufklärung der Roten Armee, I.I. Proskurov, 17. 5. 1939, in: Voennaja Razvedka informiruet 1939–1941, Moskau 2008, S. 81–84. Das mit zahlreichen Anstreichungen und einem Vermerk Stalins versehene Exemplar dieses Berichts wurde bereits 1990 veröffentlicht, vgl. *Izvestija CK KPSS*, 1990, Nr. 3, S. 215–218.

69 Fleischhauer, *Sonderfrieden*, S. 190.

70 Ebd., S. 191.

71 Ebd., S. 202. Zu den Kontakten von Klaus zur amerikanischen Botschaft vgl. ebd., S. 227.

Am 17. Januar 1944 berichteten die *Pravda* und die *Izvestija*⁷² in einer einzigartigen Meldung über ein Treffen des deutschen Außenministers mit zwei nicht genannten britischen Vertretern auf der Pyrenäenhalbinsel. Die Meldung wurde durch den britischen Botschafter in Moskau sofort dementiert und in der Londoner *Times* umgehend als Falschmeldung charakterisiert.⁷³

Roosevelt vermutete eine japanische Intrige als Ursprung dieser sowjetischen Meldung. Er übermittelte Churchill einen abgefangenen japanischen Bericht, von dem er annahm, dass dieser auch in sowjetische Hände gelangt sei.⁷⁴ Churchill bestätigte, dass diese Information den ungewöhnlichen *Pravda*-Artikel veranlasst haben könnte.⁷⁵ Zwei Tage später wandte er sich dennoch voller Entrüstung an Stalin und wendete dabei seine aktuellen Vorwürfe in eine rückwärtsgewandte, eindeutig auf die Zeit vor dem 22. Juni 1941 bezogene Drohung:⁷⁶

Was ihn [diesen Artikel] so beleidigend macht, ist die Tatsache, dass wir seine Beweggründe nicht verstehen. Ich bin überzeugt, Sie wissen, dass ich niemals separat mit den Deutschen verhandeln würde ... Wir haben nicht einmal in dem Jahr daran gedacht, einen Separatfrieden zu schließen, als wir ganz allein standen und mit Leichtigkeit einen solchen Frieden hätten abschließen können ohne große Verluste für das Britische Empire und weitgehend auf Ihre Kosten.

72 Meldung auf der Titelseite der *Izvestija* und der *Pravda* vom 17. 1. 1944.

73 Unterredung zwischen Dekanozov und Balfour, 19. 1. 1944, AVP RF f. 0511, op. 1, p. 1, d. 3, Bl. 10–12. *The Times*, 18. 1. 1944. Zu dieser einzigartigen Unterstellung in der sowjetischen Presse, Großbritannien habe hinter dem Rücken der UdSSR Kontakte mit Deutschland gesucht, vgl. Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 226 und Martin, Separate Friedensschlüsse, S. 107. Der sowjetische Historiker Ušakov hielt die *Pravda*-Meldung noch 1964 für richtig (V.B. Ušakov, Deutsche Außenpolitik 1917–1945. Ein historischer Abriß, Berlin (Ost) 1964, S. 407), dagegen wertete Mastny sie als „niederträchtige Erfindung“ (Mastny, Kalter Krieg, S. 180). Ulrich von Hassels sah in der *Pravda*-Meldung eine gegen die Angloamerikaner geworfene „Stinkbombe“. Vgl. Die Hassel-Tagebücher 1938–1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 418.

74 Roosevelt an Churchill (R-446/1), 19. 1. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 672–674. Dieser japanische Bericht informierte über eine zweifelhafte Inkognito-Reise Ribbentrops nach Lissabon, wo dieser am 11. November 1943 mit Churchill zusammentreffen wollte, der jedoch nicht erschienen sei.

75 Churchill an Roosevelt (C-550/1), 22. 1. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 674–675: „Anyhow there is no excuse for Soviet behavior. Stalin could perfectly easily have asked us.“

76 Churchill an Stalin, 24. 1. 1944, BW, S. 235–237.

Stalin widersprach und wiederholte diese Drohung in umgekehrte Richtung, aber ohne Eingrenzung ihres Geltungszeitraums und ohne Kontextualisierung:⁷⁷

Wenn man über das Wesen der Frage sprechen will, so kann ich mich nicht mit Ihnen einverstanden erklären, dass England seinerzeit mit Leichtigkeit einen Separatfrieden mit Deutschland weitgehend auf Kosten der UdSSR und ohne große Verluste für das Britische Empire hätte abschließen können ... Wenn man trotzdem einräumt, dass Großbritannien ohne die UdSSR auskommen könnte, so kann man das in nicht geringerem Maß auch von der Sowjetunion sagen.

Diese Antwort ließ sich auch als Drohung verstehen, die UdSSR könne, ohne selbst Schaden zu nehmen, zu Lasten Großbritanniens und seines Empires zu jedem Zeitpunkt den Krieg gegen Deutschland einstellen und dann ohne ein Bündnis mit Großbritannien auskommen.

Trotz aller Zurückweisung der Gerüchte über Friedenssondierungen rissen die Versuche einzelner deutscher Stellen und Gruppierungen nicht ab, in Kontakt mit sowjetischen Vertretern zu kommen. Am 2. Februar 1944 beauftragte Molotov die Botschafter der UdSSR in Washington und London in gleichlautenden Telegrammen, die Regierungen der USA und Großbritanniens darüber zu informieren, dass die UdSSR von deutscher Seite erneut auf die Probe gestellt worden sei. Ende Januar sei beim TASS-Korrespondenten in Stockholm ein Besucher erschienen, der zunächst vorgab, Mitarbeiter der dänischen Abteilung des skandinavischen Telegraphenbüros zu sein. Erst im Verlauf des Gesprächs habe sich diese Person auf eine Unterredung mit dem deutschen Reichsstatthalter in Dänemark, Werner Best, berufen, der erklärt habe, im Auftrag der deutschen Regierung zu handeln. Bevor er sein eigentliches Anliegen vortrug, habe der Fremde erklärt:⁷⁸

[J]etzt, da allen das unausweichliche Ende des Nazismus in Deutschland bekannt sei, würden in Deutschland Militärs an die Macht kommen. Schon jetzt werde die Position Keitels gestärkt, der ein „apolitischer General“ sei. [D]ie deutsche Regierung zu jeder Zeit bereit sei, eine hochrangige offizielle Persönlichkeit mit offizieller Bevollmächtigung der deutschen Regierung für den Beginn von Friedensverhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland nach Stockholm zu entsenden.

77 Stalin an Churchill, 29. 1. 1944, BW, S. 239–240.

78 Molotov an Gromyko, 2. 2. 1944, in: SAMO II, S. 15. Eine Kopie dieses Telegramms ging an Stalin. Die ursprüngliche Meldung aus Stockholm, die diesem Telegramm zugrunde lag, ist im AVP RF nicht vorhanden. Für diese Auskunft danke ich Georgij Kynin. Interessanterweise versicherte Werner Best am 5. 5. 1974 gegenüber Mastny, dass es eine solche Initiative niemals gegeben habe, vgl. Mastny, *Kalter Krieg*, S. 181.

Molotov beauftragte die sowjetischen Botschafter in London und Washington zu versichern, dass der Mitarbeiter von TASS das Gespräch sofort abgebrochen habe, als er die wahre Identität seines Besuchers erkannte.⁷⁹

Gegenüber allen Spekulationen über eine mögliche Verständigungsbereitschaft der UdSSR setzte Stalin in seinem zur sofortigen Veröffentlichung bestimmten Befehl zum Tag der Roten Armee am 23. Februar 1944 ein unmissverständliches Zeichen:⁸⁰

Die Hitlerschen Diplomaten jagen aus einem neutralen Land ins andere und suchen Verbindungen mit hitlerfreundlichen Elementen anzuknüpfen, wobei sie Anspielungen machen, dass ein Sonderfriede, sei es mit unserem Staate oder mit unseren Verbündeten, möglich wäre. Alle diese Schliche der Hitlerfaschisten sind zum Misslingen verurteilt, denn der Anti-Hitler-Koalition liegen die lebenswichtigen Interessen der Verbündeten zugrunde, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Hitlerdeutschland und seine Spießgesellen in Europa zu zerschmettern.

Einen internen Überblick über weitere deutsche Kontaktversuche lieferte im Mai 1944 der Chef der Dritten Europäischen Abteilung des Narkomindel. Smirnov bezog sich dabei auf 13 anonyme Schreiben, die zwischen November 1943 und Februar 1944 bei der sowjetischen Mission in Stockholm eingegangen seien, die mit verschiedenen internen Informationen zur Lage in Deutschland das Interesse der sowjetischen Gesandtschaft zu wecken versuchten, jedoch bereits im Außenkommissariat als „widersprüchlich und wenig glaubhaft“ eingestuft worden waren.⁸¹ Offensichtlich stammten diese anonymen Briefe von verschiedenen Absendern, die sich mindestens zwei Quellen zuordnen lassen: zum einen dem deutschen Regierungslager (Kleist) und zum anderen dem deutschen Widerstand (Trott zu Solz). Als Verbindungsmann bediente sich Kleist des Deutschbalten Edgar Klaus. Klaus hielt zur selben Zeit Kontakt zur amerikanischen Gesandtschaft in Stockholm, die minutiös über die Versuche Kleists, Verbindung zur sowjetischen Mission herzustellen, informiert war.⁸²

Die Kontaktversuche in Stockholm wurden von deutscher Seite auch in den nächsten Monaten fortgesetzt. Der Botschaftsrat der UdSSR in Stockholm, Semenov, meldete am 19. und 28. Mai sowie am 20. Juni 1944 dem Außenkommissariat den Eingang weiterer anonymer Briefe, in denen auf die Ankunft Peter

79 Zu der von Gromyko an Hull weitergeleiteten Information vgl. FRUS 1944, I, 498–499. In London wurde die sowjetische Note am 3. 2. 1943 durch Gusev dem Foreign Office übergeben (vgl. Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 321, Anm. 17).

80 Tagesbefehl Stalins, 23. 2. 1944, Stalin, Krieg, S. 154–155.

81 Smirnov an Dekanozov, 11. 5. 1944, in: UdF 1, S. 391–395.

82 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 227–235.

Kleists in Stockholm hingewiesen wurde.⁸³ In zwei dieser Briefe wurde behauptet, dass Kleist im Auftrag von Ribbentrop eine Möglichkeit suche, in Verhandlungen über einen Separatfrieden mit Sowjetrußland einzutreten.⁸⁴ In einem dritten, auf den 20. Juni datierten, Brief hieß es, dass die „Deutschen bereit sind, den Führer von der politischen Bühne verschwinden zu lassen sowie alle besetzten Gebiete, d. h. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Bessarabien und Finnland, freizumachen“. Semenov informierte ferner darüber, dass bei der Mission eine geographische Karte Europas eingegangen sei, auf der in Schreibmaschinenschrift der Zusatz stand: „Höchst wichtig. Um dem Krieg ein Ende zu setzen – gehen Sie auf den Kontakt ein“.⁸⁵ Auf die Informationen reagierte die sowjetische Führung nach den Worten Semenovs „rasch und kategorisch“. Am 22. Juni wies Molotov Semenov an: „Sie dürfen die anonymen Briefe, die deutsche Provokateure Ihnen von Zeit zu Zeit zuspielen, nicht länger missachten. Wenn die sowjetische Mission diese weiterhin annimmt, kann das zu unerwünschten Gerüchten führen.“ Molotov verpflichtete die Mission,⁸⁶

a) den letzten anonymen Brief und die Karte an das schwedische Außenministerium zu schicken und in einem Begleitschreiben darauf hinzuweisen, dass Sie derartige provokatorische anonyme Briefe nicht länger anzunehmen gedenken, die dunkle Gestalten aus dem der Sowjetunion feindlich gesinnten Lager der Mission per Post zuschicken; b) alle bisherigen Briefe und Materialien zu verbrennen, die von dem anonymen Absender bereits bei Ihnen eingegangen sind.

Semenov führte diesen Auftrag Molotovs noch am selben Tag aus.⁸⁷ Tatsächlich hielten sich im Juni 1944 sowohl ein Emissär der deutschen Regierung (Peter Kleist) als auch ein Abgesandter des deutschen Widerstands (Adam von Trott zu Solz) in Stockholm auf und suchten Kontakt zur sowjetischen Mission.⁸⁸ Auch der Chef des deutschen Auslandsnachrichtendienstes, Walter Schellenberg, bekannte sich rückblickend zu dem Versuch, „eine lose Kontaktaufnahme mit Rußland herzustellen, um Gespräche über eine deutsch-russische Annäherung zu füh-

83 Wladimir Semjonovitsch Semjonow, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991*, Berlin 1995, S. 145–146. Die in den folgenden Anmerkungen genannten Dokumente aus dem AVP RF belegen diese Aussagen Semenovs. Für diese Nachforschung in den noch nicht deklassifizierten Unterlagen dieses Archivs danke ich Georgij Kynin.

84 AVP RF f. 059, op. 12, p. 28, d. 172, Bl. 185 sowie 213–212.

85 AVP RF f. 059, op. 12, p. 49, d. 304, Bl. 203–202.

86 Semjonow, *Diplomatische Mission*, S. 146.

87 AVP RF f. 059, op. 12, p. 20, d. 5693, Bl. 49.

88 Klemens von Klemperer, *Die verlassenen Verschwörer: der Deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945*, Berlin 1994, S. 331.

ren“.⁸⁹ Ein Erfolg war dabei jedoch scheinbar nur Kleist beschieden. Gestützt auf Berichte der schwedischen Polizei und des amerikanischen Geheimdiensts stellt Ingeborg Fleischhauer dazu fest: „Die vorhandenen Unterlagen erwecken den Eindruck, als sei das Treffen zwischen Kleist und den beiden sowjetischen Gesandtschaftsangehörigen am 28. Juni 1944 das einzige relativ sicher observierte Treffen zwischen einem Vertreter der Deutschen Reichsregierung und Angehörigen der sowjetischen Gesandtschaft in Stockholm während des deutsch-sowjetischen Kriegs gewesen.“⁹⁰ Nach der Weisung, die Semenov am 22. Juni erhalten hatte, könnte ein solches Treffen den Zweck verfolgt haben, den Hintergrund bzw. die Hintermänner der anonymen Schreiben zu ermitteln.

Am 3. Juli 1944 ließ Smirnov dem stellvertretenden Außenkommissar einen Bericht zukommen, in dem er darauf hinwies, dass seit dem 26. Juni in der ausländischen Presse mehrere Mitteilungen „über deutsche Friedensersuchen und den möglichen Abschluss eines Kompromissfriedens zwischen Deutschland und den Alliierten“ erschienen seien. Ein großer Teil dieser Publikationen sei von englischen Auslandskorrespondenten der Zeitung *Daily Telegraph and Morning Post* sowie von der Agentur *Reuters* ausgegangen. Zur gleichen Zeit hätten die Deutschen zwei Klarstellungen abgedruckt, in denen die Meldungen über einen möglichen baldigen Friedensschluss zwischen Deutschland und den anglo-amerikanischen Ländern dementiert worden seien. Im Zusammenhang mit den genannten Veröffentlichungen schlug Smirnov vor, London in offizieller Form um zusätzliche Informationen zu bitten.⁹¹ Seinerseits unterrichtete das Außenkommissariat allerdings die Briten vorerst nicht über die intensiven Kontaktversuche der Deutschen. Am 4. und am 21. August 1944 informierte der britische Botschafter das Außenkommissariat über Bemühungen eines gewissen Bruno von Kleist, in Stockholm Kontakt zu sowjetischen Vertretern aufzunehmen.⁹² Erst jetzt klärte Vyšinskij die britische Botschaft über die deutschen Anstrengungen in Stockholm auf und teilte nun zusätzlich mit:⁹³

89 Schellenberg, Memoiren, S. 346. Dazu erklärte er: „Damit wollte ich die Westalliierten, indem ich entsprechende Informationen von dritter Seite lancieren ließ, unter Druck setzen.“

90 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 244.

91 AVP RF f. 07, op. 5, p. 44, d. 94, Bl. 15–22.

92 AVP RF f. 06, op. 6, p. 29, d. 329, Bl. 21–22 und 24. Offensichtlich meinten die Briten Bruno Peter Kleist. Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 244 zit. einen Bericht des Office of Strategic Service, in dem ebenfalls von Bruno von Kleist als einem Mitarbeiter Ribbentrops die Rede ist.

93 Ebd., Bl. 25–26.

Angesichts der Tatsache, dass der Autor dieser Schreiben aufdringlich vorschlug, einen Kontakt mit dem oben erwähnten Kleist herzustellen, übersandte unsere Vertretung im Juni d. J. im Auftrag der sowjetischen Regierung dem schwedischen Außenministerium die anonymen Briefe mit einer Begleitnote, in der die schwedischen Behörden gebeten wurden, die sowjetische Vertretung mit dem Erhalt solcher provokatorischen Briefe zu verschonen, die von dem der UdSSR feindlichen Lager ausgingen. Seit dem gingen in der Mission keine anonymen Briefe mehr ein, in denen Kleist erwähnt werde.

Wie abwegig Spekulationen um einen deutsch-sowjetischen Sonderfrieden waren, zeigte sich in der Schlussphase des Krieges. Als sich der japanische Botschafter in Moskau am 16. September 1944 nochmals mit der Bitte an Molotov wandte, „eine wichtige japanische Sondermission“ zu empfangen, erklärte Molotov, eigene Unkenntnis vorschützend, „es sei durchaus wahrscheinlich, dass das Eintreffen einer derartigen Mission in Moskau in unserem Land und in allen übrigen Ländern als ein Aufwerfen der Friedensfrage zwischen der Sowjetunion und Deutschland ausgelegt werden würde“. Nachdem er zunächst eine solche Mission als „unzeitgemäß“ bezeichnet hatte, lehnte Molotov deren Empfang im weiteren Gesprächsverlauf als „nicht wünschenswert“ ab. Darüber wurden erneut die Botschaften der USA und Großbritanniens informiert.⁹⁴ Etwa zur selben Zeit suchte der japanische Botschafter in Berlin das Gespräch mit deutschen Regierungsvertretern. Dabei kam es vor dem 20. September 1944 zu einem Gespräch mit dem Staatssekretär im Propagandaministerium Werner Naumann, dem der Botschafter klarzumachen versuchte, „dass wir unter allen Umständen versuchen müssten, mit den Sowjets zu einem Sonderfrieden zu kommen. [...] Japan wäre sogar bereit, mit Zugeständnissen seinerseits einem deutsch-sowjetischen Friedensschluss den Weg zu ebnen. [...] Allerdings müsste Deutschland dabei Opfer bringen; aber diese Opfer würden sich rechtfertigen im Hinblick darauf, dass wir dann wieder Handlungsfreiheit bekämen, die uns jetzt absolut genommen sei.“⁹⁵ Für Goebbels, der offensichtliche Adressat dieser Ratschläge, waren dies „sensationelle“ Überlegungen, für die er sehr empfänglich war. Eine außenpolitische Denkschrift zu dieser Frage,⁹⁶ die Goebbels Hitler am 23. September 1944 vorlegte, blieb jedoch ohne positive Antwort.

94 UdF 1,S.233–234. Zur Information der Botschaften vgl. Molotov an Harriman, 23. 9. 1944, in: SAMO II, 217–218.

95 TJG II, Bd. 13, S. 520–529, hier S. 524f., Z. 185–199 (20. 9. 1944).

96 Vgl. ebd., S. 536–542 Erst nach dem Krieg gelangte diese Denkschrift in sowjetische Hände. Darüber informierte Innenminister S. Kruglov am 17. April 1946 Molotov und übermittelte eine russische Übersetzung dieses Schreibens, vgl. AVP RF f. 06, op. 8, p. 5, d. 54, Bl. 30 und Bl. Bl. 45–53.

Den einzigen offiziellen Friedenschritt während des gesamten Krieges unternahm das Auswärtige Amt „mit halbherziger Billigung Hitlers erst im Februar 1945. In einer „Sprachregelung“ wies Ribbentrop die letzten noch bestehenden deutschen Auslandsvertretungen an, die Westmächte für einen „Abwehrkampf“ gegen den vorrückenden Kommunismus zu gewinnen.⁹⁷ Eine dieser Weisungen, die an die deutsche Vertretung in Dublin ging, wurde von den Briten abgefangen. Sie gipfelte in dem Satz: „The English Crown, the English Conservative Party and the American governing class should therefore have only the wish that nothing should happen to Adolf Hitler.“ Roosevelt, dem Ribbentrops „Plan“ durch die Briten innerhalb weniger Tage vorgelegt wurde, hinterließ keine Spuren einer Reaktion.⁹⁸

Zu ernsthaften Vorschlägen in Richtung Osten konnte sich Hitler bis zu seinem endgültigen Untergang nicht entschließen. Jenseits aller Realitäten gab er sich noch am 12. März 1945 bei Spekulationen über einen Friedensschluss mit der UdSSR Großmachtsträumen hin, die er gegenüber Goebbels erläuterte: „Stalin ist in der Lage, seine Kriegspolitik in einer Nacht um 180 Grad zu drehen. Es müsste also unser Ziel sein, die Sowjets im Osten wieder zurückzutreiben und ihnen dabei außerordentlich hohe Blut- und Materialverluste abzuzwingen. Dann würde sich eventuell der Kreml uns gegenüber gefügiger zeigen.“ Diese vollständig irrationalen Überlegungen gingen auf Hitler zurück: „Ein Sonderfrieden würde natürlich nicht unsere Ziele von 1941 erfüllen; aber der Führer hofft dabei doch, zu einer Teilung Polens zu kommen, Ungarn und Kroatien zur deutschen Hoheit zuschlagen zu können und Operationsfreiheit gegen den Westen zu gewinnen.“⁹⁹

3. Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD)

Sehr früh rechnete Stalin mit einer Beendigung des Krieges infolge von Auflösungserscheinungen im Lager des Kriegsgegners. Bereits Ende 1941 informierten Vertreter der tschechoslowakischen Exilregierung über Bemühungen in den Reihen der Wehrmacht, einen Ausweg aus dem Krieg zu finden.¹⁰⁰ Zur gleichen Zeit

97 Reimer Hansen, Ribbentrops Friedensführer im Frühjahr 1945, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 1967, S. 716–730, zit. bei Martin, *Separate Friedensschlüsse*, S. 112, Anm. 103.

98 Joseph E. Persico, *Roosevelt's Secret War. FDR and World War Espionage*, New York 2001, S. 420–421.

99 *TJG II*, Bd. 15, S. 475–488, hier S. 486, Z. 407–411 (12. 3. 1945).

100 Unterredung zwischen Vyšinskij und Fierlinger, 22. 11. 1941, in: *DVP XXIV*, S. 441–442; Beneš verfüge über Informationen, nach denen deutsche Generäle ihre Emissäre aus

spekulierte Alfred Kurella: „Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass es zu einer Rebellion der Generale kommt! (Eine Generalsdiktatur mit einem Teil der Nazis, ohne und gegen Hitler im Bund mit einem Teil der Großbourgeoisie – Perspektive: Friedensangebot mit Anschluss an England – ein bisschen gegen uns! (Wenn Bourgeoisie und Generalität schlau genug und noch Herren der Lage sind, ist das ihre letzte Chance!)“¹⁰¹

Im Frühjahr 1942 entwickelte der damalige Leiter der für die Kriegsgegner zuständigen Dritten Europäischen Abteilung des Außenkommissariats, Vladimir Semenov, zusammen mit zwei erfahrenen „Berufsrevolutionären“ (Lozovskij und Manuil'skij), die im sowjetischen Außenkommissariat bzw. in der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee für Propaganda gegen den Feind verantwortlich waren, einen Plan für ein deutsches antifaschistisches Komitee. In Erwartung des nahenden Sieges dachten diese drei sowjetischen Funktionäre an eine „Plattform für die Volksfront in Deutschland“¹⁰² und an ein „Komitee aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Deutschlands“. Dieses Komitee sollte – je nach den Umständen – für den freiwilligen Rückzug der Wehrmacht eintreten oder eingekesselte Wehrmachtsverbände dazu auffordern, mit der Roten Armee über ihre kollektive Gefangennahme zu verhandeln. Manuil'skij und Lozovskij dachten zu dieser Zeit, Anfang April 1942, aber auch an den Einsatz von Kampf- und Propagandabrigaden im deutschen Hinterland.¹⁰³ Für die Initiatoren dieses Komitees – dessen Gründung noch mehr als ein Jahr auf sich warten lassen sollte – vermischten sich Propaganda und revolutionäre Politik. Sie sahen darin bereits eine künftige Volksfront-Regierung für Deutschland: „Ein solches Komitee, in dem Vertreter aller Klassen der deutschen Bevölkerung und Vertreter der Armee sein werden, wird auch die Regierung stellen, die einen für Deutschland würdigen Frieden

neutralen Staaten nach England schickten, um die Möglichkeiten eines Friedensschlusses zu sondieren, doch England bleibe wie bisher hart. In London werden diese Versuche als Zeichen für einen nahen Zusammenbruch Deutschlands gewertet. Diese Informationen von Beneš wurden wenig später auch durch Majskij übermittelt. Am 10. 1. 1942 berichtete Litvinov über eine ähnliche Meldung des Overseer Service (Vgl. Afanas'ev und Ivanov: Deutsche Friedensfühler während des Zweiten Weltkrieges [o.D.], 15. 10. 1942, AVP RF f. 013, op. 4, p. 7, d. 32, Bl. 61–72).

101 Kurella an Cohn-Vossen, 22. 12. 1941, in: Kurella, Briefwechsel, S. 202–204.

102 Semenov an Lozovskij und Dekanozov: Propaganda als Waffe gegen Deutschland, 1. 4. 1942, AVP RF f. 013, op. 4, p. 6, d. 30, Bl. 169–173.

103 Morré, Institut 99, S. 31–32.

schließen wird. Dieses Komitee rettet das Land vor der wirtschaftlichen und politischen Katastrophe und beseitigt das faschistische Regime.“¹⁰⁴

Doch die militärische Lage entwickelte sich anders als erwartet. Die Vorschläge konnten nicht verwirklicht werden. Sie deckten sich offensichtlich auch nur teilweise bzw. zeitweilig mit den Vorstellungen Stalins. Im Sommer 1942 kritisierten sowjetische Stellen Wilhelm Pieck, der in einer deutschsprachigen Sendung im Auslandsfunk („Inoradio“) fordern wollte:¹⁰⁵

Schafft eine nationale deutsche Friedensregierung, die endgültig mit allen aggressiven Plänen der deutschen Imperialisten und der Versklavung anderer Völker bricht, alle Kriegshandlungen einstellt, die deutschen Truppen aus allen fremden Ländern zurückzieht, den riesigen Kriegsapparat beseitigt und für das deutsche Volk die Möglichkeit ehrlicher Arbeit ermöglichen könnte. Nur eine solche Regierung könnte einen echten Frieden für das deutsche Volk schließen.

Der KPD-Vorsitzende verteidigte diese Formulierung gegenüber Dimitrov mit dem Hinweis, die Massen könnten nur mit einer solchen Forderung erreicht werden.

Ende 1942 wurde die Krise des deutschen Kriegsbündnisses erstmals in Nordafrika sichtbar. Verschwörer aus dem Kreis der an der Seite Deutschlands kämpfenden französischen Streitkräfte trafen dort mit Briten und Amerikanern Vereinbarungen, die die Landung britisch-amerikanischer Truppen am 8. November in Nordafrika erleichterten. Schon am 10. November befahl Admiral Darlan – noch als Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte – den dortigen Truppen die Niederlegung der Waffen.¹⁰⁶ Molotov vermutete hinter dieser Aktion die bevorstehende Bildung einer neuen französischen Regierung und erklärte am 24. November 1942 misstrauisch gegenüber dem britischen Botschafter,¹⁰⁷

104 Bericht über die Propaganda unter den Truppen des Gegners während der ersten zehn Monate des Vaterländischen Krieges, o.D. [22. 4. 1942] RGASPI f. 495, p. 77, d. 17, Bl. 59, zit. in: Morré, Institut 99, S. 32

105 Pieck an Dimitrov, 15. 6. 1942, in: SAPMO NL 36/539, die russische Fassung ist veröffentlicht in: Komintern, Bd. 2, S. 231–232. Vgl. dazu Sywottek, Volksdemokratie, S. 117–118. Sywottek verweist auf die 1942 in Moskau erschienene Broschüre von Pieck, Der Hitlerfaschismus und das deutsche Volk, in der (auf S. 103–110) von der Bildung einer „wahrhaft nationalen Friedensregierung“ für Deutschland die Rede ist.

106 Reinhard Stumpf, Der Krieg im Mittelmeerraum 1942/43, in: DRZW Bd. 6, S. 569–760, hier S. 716–717.

107 Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 24. 11. 1942, in: UdF 1, S. 78. Schon am 16. November hatte Majskij gegenüber Eden erklärt: „[H]e supposed that once North Africa was in our hands we would not have any further need for Admiral Darlan“, vgl. BDFa, III, A, Bd. 3, S. 106–107.

dass – wenn er [Darlan] eine neue französische Regierung in Nordafrika anführt oder in ihr vertreten ist – diese Frage für die sowjetische Seite von erheblichem Interesse sei und die sowjetische Seite hoffe, dass sie offiziell und rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt wird.

Am selben Tag suchte Majksij den amerikanischen Botschafter in London auf und erklärte zunächst scherzhaft, die glücklichste Lösung wäre es, Darlan zu erschießen, um dann ernst hinzuzufügen „[T]hat the Darlan affair disturbed Moscow for fear that there might be practical reasons in the future for dealing similarly with German generals.“¹⁰⁸ Genau diese Möglichkeit sah auch Stalin, doch er zog daraus eine andere Schlussfolgerung. Er billigte sechs Tage später diesen Schritt der westlichen „Militärdiplomatie“; offensichtlich auch, weil er darin einen willkommenen Präzedenzfall sah:¹⁰⁹

Wir sind der Auffassung, dass die Amerikaner richtig gehandelt haben, als sie Darlan für Kriegszwecke ausnutzten. Wenn Darlan gemeinsam mit uns Krieg gegen Hitler führen wird – und er schickt sich bereits an, ihn zu führen –, so wird dies ein Plus für die englisch-sowjetisch-amerikanische Koalition sein. Unsere Haltung zu Darlan und Leuten wie ihm ergibt sich je nach ihrem Verhältnis zur italienisch-deutschen Koalition in diesem Krieg, unabhängig davon, ob er Monarchist oder Republikaner ist. Es wäre sonderbar anzunehmen, Darlan wäre für unsere Koalition akzeptabler als der Negus von Abessinien.

An seine pragmatische Haltung zu Darlan erinnerte Stalin nochmals am 14. Dezember Roosevelt:¹¹⁰

Im Hinblick auf mögliche Gerüchte, die über die Haltung der UdSSR zur Verwendung Darlans und ähnlicher Persönlichkeiten verbreitet werden, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen mitzuteilen, dass meine Kollegen und ich die Politik Eisenhowers gegenüber Darlan, Boisson, Giraud und den anderen für völlig richtig halten. Ich betrachte es als großen Erfolg, dass es ihnen gelungen ist, Darlan und die anderen auf die Seite der Alliierten gegen Hitler zu ziehen.

Die Hoffnungen Stalins, ein derartiges Manöver in dem ganz anders gelagerten Fall der seit dem 22. November 1942 bei Stalingrad eingekesselten deutschen und italienischen Verbände wiederholen zu können, erfüllten sich nicht. Selbst als am 8. Januar 1943 der Vertreter des Oberkommandos der Roten Armee (Stavka)

108 Winant an Hull, 25. 11. 1942, zit. in: Bernard Bellush, *He walked Alone. A Biography of John Gilbert Winant*, Den Hag 1968, S. 188.

109 Stalin an Majksij, 30. 11. 1942, in: UdF 1, S. 88. Bereits am 27. 11. 1942 hatte Stalin an Churchill geschrieben: „Was Darlan betrifft, so scheint mir, dass die Amerikaner ihn geschickt ausgenutzt haben, um Nord- und Westafrika leichter besetzen zu können. Die Militärdiplomatie muss für militärische Zwecke nicht nur die Darlans zu gebrauchen verstehen, sondern selbst den Teufel und seine Großmutter.“ (BW, S. 100).

110 Stalin an Roosevelt, 14. 12. 1942, BW, S. 506.

zusammen mit dem Oberbefehlshaber der Don-Front dem Befehlshaber der 6. Armee, Generaloberst Paulus, das Angebot einer „ehrenvollen“ Kapitulation unterbreitete,¹¹¹ reagierte kaum jemand auf Seiten der längst hoffnungslos Eingeschlossenen. Dies änderte sich auch nicht, als im Anschluss daran Walter Ulbricht, Willi Bredel und Erich Weinert als Privatpersonen an die Offiziere der deutschen Wehrmacht im Kessel von Stalingrad appellierten, sich der „Verantwortung vor unserem Volk“ bewusst zu sein und die Waffen niederzulegen.¹¹² Die in Stalingrad seit Monaten eingekesselten Truppen ergaben sich erst, als ihnen die Rote Armee die letzten Möglichkeiten genommen hatten, ihren Widerstand fortzusetzen.¹¹³ Zur erhofften organisierten Kapitulation kam es dabei jedoch nirgends – trotz der großen Zahl von Gefangennahmen. Der zum Generalfeldmarschall beförderte Paulus entzog sich zweimal seiner Gefangennahme durch Flucht.¹¹⁴ Die letzten deutschen Einheiten ergaben sich erst am 2. Februar.

Die latenten sowjetischen Bemühungen, die Reihen des deutschen Kriegsgegners und seiner Verbündeten zu spalten, traten im Sommer 1943 in eine neue Phase. Nach der unmittelbar vorangegangenen erneuten Verschiebung der Zweiten Front – die bereits in ihrem Zusammenhang betrachtet wurde – verstärkte Stalin die Suche nach Wegen, um die aus seiner Sicht grobe Verletzung elementarer sowjetischer Interessen mit einem eigenen Manöver zu beantworten. Einerseits ordnete er für die ganze Welt (auch für die über den ganzen Erdball verstreuten Kommunisten) überraschend an, die 1919 mit größten Erwartungen gegründete antikapitalistische Weltorganisation „KI“, die Kommunistische Internationale, aufzulösen.¹¹⁵ Andererseits ließ er gleichzeitig Keimzellen für allein von ihm kon-

111 Generaloberst Voronov (Vertreter der Stavka) und Generalleutnant Rokossovskij (Oberbefehlshaber der Don-Front) an Generaloberst Paulus, 8. 1. 1943, in: Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 4, container no. 7, abgedruckt in: Geschichte des Zweiten Weltkrieges in zwölf Bänden, Berlin-Ost 1979, Bd. 6, S. 94–96, dazu S. 96: „Der Wortlaut des Ultimatums wurde wiederholt über Funk in deutscher Sprache gesendet und als Flugblatt unter den Truppen des Gegners verbreitet.“ Eine versuchte Übergabe des Ultimatums scheiterte, vgl. den Bericht von Djatlenko in: Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 4, container no. 7.

112 Scheurig, Verrat, S. 76–77.

113 Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: DRZW Bd. 6, S. 761–1116, hier S. 1060.

114 Sowjetischer Bericht über die Gefangennahme der deutschen Truppen in Stalingrad, 31. 1. 1943, Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 4, container no. 7. Dieser Bericht wird durch Paulus' Biographen nicht bestätigt, vgl. Torsten Dietrich, Paulus. Das Trauma von Stalingrad, Paderborn u.a. 2008, S. 276–292.

115 Vgl. Kap. VI, Abschnitt 2.

trollierte Gegenregierungen für all die Länder vorbereiten, die noch immer von Deutschland besetzt waren oder unter deutscher Kontrolle standen. Schon am 24. Mai hatte Dimitrov – Stalins Annäherung an polnische Emigranten in der UdSSR folgend – mit deutschen, ungarischen, rumänischen und österreichischen Kommunisten die Möglichkeit nationaler „antifaschistischer Komitees“ beraten. Diese sollten – wie bereits ein Jahr zuvor durch Semenov, Manuil'skij und Lozovskij vorgeschlagen – „aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und bekannten kriegsgefangenen Antifaschisten bestehen.“¹¹⁶ Doch noch immer stießen die entsprechenden Vorbereitungen der KPD auf die Kritik des Generalsekretärs¹¹⁷ der bereits in Auflösung begriffenen „KI“. Dimitrov ging eine Woche später mit Pieck und Ulbricht „eine Reihe von Fragen ..., die mit ihrer Arbeit und den Kriegsgefangenen und den Parteien im Lande zusammenhängen“ durch, ohne dabei die Gründung eines deutschen antifaschistischen Komitees zu berühren.¹¹⁸

In diesen Tagen warnte Joseph Davies, der Sonderbeauftragte des amerikanischen Präsidenten, nach Gesprächen mit Stalin, Molotov und anderen Sowjetfunktionären: Falls Großbritannien und die Vereinigten Staaten in diesem Sommer nicht die Zweite Front errichteten, so würde dies weitreichende Folgen für die Sowjets haben, sowohl hinsichtlich ihrer Bereitschaft den Krieg fortzusetzen als auch an der Friedenssicherung teilzunehmen. Davies fürchtete einen Rückzug der UdSSR aus der Anti-Hitler-Koalition für den Zeitpunkt, da die Rote Armee die Invasoren von sowjetischem Boden vertrieben haben würde.¹¹⁹

Erst zwischen dem 4. Juni, als US-Botschafter Standley gegen 23.00 Uhr im Kreml die Nachricht von der Verschiebung der aktiven Kampfhandlungen amerikanisch-britischer Truppen in Frankreich überbrachte, und dem 11. Juni, als Stalin Roosevelt drohend antwortete,¹²⁰ erhielt Manuil'skij Richtlinien, um gemeinsam mit dem nominellen Vorsitzenden der KPD einen Gründungsbeschluss für ein antifaschistisches Komitee „Freies Deutschland“ vorzubereiten. Gemeinsam mit Pieck legte er einen Entwurf am selben Tag vor. Dimitrov leitete ihn sofort an Stalin weiter und informierte Malenkov gesondert über diesen Schritt.¹²¹

116 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 696 (24. 5. 1943). Vgl. dazu Morré, Institut 99, S. 50, der auf eine nachträgliche Notiz Piecks vom 27. 5. 1943 zu dieser Besprechung verweist. Die Notizen Piecks enthalten bereits einen ausgearbeiteten Vorschlag. Zu den vorangegangenen Vorschlägen Semenovs u. a. vgl. oben S. 229.

117 Dimitrov an E. Fried, 29. 5. 1943, in: Komintern, Bd. 2, S. 375: Der deutsche Beschlussentwurf sei „sektiererisch“.

118 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 702 (1. 6. 1943).

119 Davies an Roosevelt, 29. 5. 1943, FRUS 1943 III, S. 657–660, hier S. 658.

120 Vgl. S. 128–129.

121 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 707 (11. 6. 1943) und Komintern, Bd. 2, S. 380: Dimitrov an Malenkov, 11. 6. 1943.

Der Kremlchef hatte es nun mit der Gründung dieses deutschen Komitees außerordentlich eilig. Bereits am folgenden Tag musste der „freigesetzte“ Generalsekretär spät abends bei Stalin erscheinen. Molotov, Vorošilov, Berija, Malenkov, Mikojan und Ščerbakov nahmen an dieser mehr als einstündigen Besprechung teil. Stalin hatte die Politbüromitglieder bereits 15 Minuten vor dem früheren KI-Chef zu sich bestellt.¹²² Dimitrov zufolge wurde der Beschlussentwurf zur Bildung des deutschen Komitees „diskutiert“, den Stalin „im Wesentlichen“ billigte.¹²³ Das Politbüro der VKP(b) fasste zwar weder am 12. Juni 1943 noch in den Tagen danach einen formellen Beschluss in dieser Angelegenheit, doch waren fast alle Politbüromitglieder der VKP(b) anwesend. Entscheidend war, sie in die Umsetzung des von Stalin allein gefassten Beschlusses einzubinden.

Der Inhalt dieser im Kreml bestätigten Weisung zur Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) lässt sich bisher nur aus den Aufzeichnungen Piecks rekonstruieren. Diese zielte am Vorabend der von Beobachtern nicht nur in Moskau und Berlin, sondern auch in Washington und London erwarteten großen Entscheidungsschlacht an der Ostfront auf die „unverzügliche Beendigung des Hitlerkrieges mittels des Sturzes der Hitlerclique und auf die Schaffung eines freien Deutschlands“. Stalin wollte für dieses Komitee möglichst höhere Dienstgrade gewinnen; besonders umwarb man Generalfeldmarschall Paulus. Dies stieß allerdings, wie Pieck bald einräumen musste, auf zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten. Dennoch wurde am vorgesehenen Zeitplan nicht nur festgehalten, sondern die Gründung, die ursprünglich Ende Juli oder Anfang August erfolgen sollte, sogar noch vorgezogen. Eine Woche nach dem Beginn der größten Landschlacht der Weltgeschichte, unterzeichneten am 12. Juli in Krasnogorsk 12 Kommunisten und 25 Kriegsgefangene den Gründungsaufwurf. Darunter befanden sich lediglich 12 Offiziere, vom Leutnant bis zum Major. Der einzige Prominente war Heinrich Graf von Einsiedel, ein Urenkel Otto von Bismarcks.¹²⁴

122 Dimitrov hielt sich von 22.35 bis 23.45 Uhr im Arbeitskabinett Stalins auf, vgl. LPS, S. 411.

123 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 708 (12. 6. 1943).

124 Morré, Institut 99, S. 52–54. Zitiert den „Entwurf zum Beschluss über [die] Schaffung eines Nationalkomitees Freies Deutschland“ in: SAPMO-BArch NY 4036/575, Bl. 10–12. Die Umstände der Gründung des NKFD und der Zusammenhang zwischen der Arbeit des NKFD und sowjetischen Stellen bleiben völlig ausgespart bei Erich Weinert, Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“. Bericht über seine Tätigkeit und seine Auswirkung (Als Manuskript abgeschlossen in Moskau, Dezember 1945), Berlin 1957.

*

Als Stalin die Gründung dieses Komitees sanktionierte, vermuteten nicht nur die daran beteiligten deutschen Kriegsgefangenen und KPD-Funktionäre weitergehende sowjetische Absichten. „Nationalkomitees“ wurden im Zweiten Weltkrieg von Anfang an und auf allen Seiten als Keimzellen von Gegenregierungen begriffen. Einer der bekanntesten Kriegsgefangenen, Walter von Seydlitz, der sich zu diesem Zeitpunkt von einer Beteiligung an derartigen Aktivitäten fernhielt, war sich noch rückblickend völlig sicher, „dass im Jahre 1943 die Sowjetunion, als Amerikaner und Engländer noch keine Zweite Front errichtet hatten, den Krieg gern beendet hätte.“¹²⁵ Es lag durchaus in Stalins Absicht, den Krieg so früh wie möglich zu beenden, jedoch stets nur zu den eigenen Bedingungen.

Bei der Werbung für den Bund Deutscher Offiziere unter den gefangenen Generälen Ende August 1943 ließ Stalin den Beauftragen des Innenkommissariats, General Mel'nikov, mündlich Folgendes zusichern:¹²⁶

Falls es durch den Einsatz von Nationalkomitee und Bund Deutscher Offiziere gelingt, die deutsche militärische Führung oder das deutsche Volk zu einer Aktion gegen Hitler zu bewegen und den Krieg zu beenden, bevor er auf deutschen Boden getragen wird, garantiert die Sowjetregierung: 1. [D]as Weiterbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1938 (d. h. mit Einschluss Österreichs), 2. das Weiterbestehen einer deutschen Wehrmacht und 3. den Verzicht auf jede Bolschewisierung Deutschlands zugunsten einer bürgerlich-demokratischen Regierung, die durch Freundschaftsverträge an den Osten gebunden sein müsste.

Anfang Oktober 1943 ging Stalin mit dem, was er als „Kriegslist“ oder „Militär-diplomatie“ verstand noch weiter. General Mel'nikov konnte nun versuchen, die Mitglieder des Bundes Deutscher Offiziere (die sich ihrer Gefangenschaft allzu deutlich bewusst waren) durch folgende Ankündigung zu aktivieren:¹²⁷

125 Walter von Seydlitz, Stalingrad. Konflikt und Konsequenzen. Erinnerungen, Hamburg 1977, S. 355. Bernd Martin nahm an, dass die „sowjetische Gesprächswilligkeit“ im Jahre 1943, nach den Siegen bei Stalingrad und Kursk, ihren Höhepunkt erreichte, als die Westmächte die zugesagte Zweite Front noch immer nicht errichtet hatten, vgl. Bernd Martin, Deutsch-sowjetische Sondierungen über einen separaten Friedensschluss im Zweiten Weltkrieg. Bericht und Dokumentation, in: Felder und Vorfelder russischer Geschichte, Studien zu Ehren von Peter Scheibert, hg. von Inge Auerbach, Freiburg 1985, S. 290.

126 Scheurig, Verrat, S. 94–96: Erinnerungsbericht von Heinrich Gerlach aus dem Jahr 1952.

127 Scheurig, Verrat, S. 97–98: Edler von Daniels, Niederschrift über die Ausführungen des Generals Mel'nikov in der Nacht vom 2. zum 3. 10. 1943.

Die Regierung der UdSSR wolle ein Deutschland erhalten, das ein Machtfaktor in Europa bleibe. Die Grenzen sollten nach deutschen Interessen geregelt werden, es solle aber vermieden werden, durch gefährliche Grenzziehung die Keime zu neuen Kriegen zu legen, wie es etwa sei in der Frage Elsass-Lothringen. Selbstverständlich lehne die UdSSR solche Maßnahmen wie die Schaffung eines Korridors ab. Im Übrigen stehe die UdSSR der Regelung der Grenzen gleichgültig gegenüber. Ausschlaggebend bei der Statuierung des Friedens sei das Streben der Regierung der Sowjetunion, einen Partner für eine friedliche Politik in Europa und in der Welt zu gewinnen. Ein solcher Partner sei nur von Wert, wenn er selbst unabhängig und genügend mächtig sei ... Ein einmütiges Zusammengehen und politisches Zusammenarbeiten beider Länder garantiere den Frieden in Europa und hielte beide Völker aus den Konflikten der Welt heraus, ja, sei von Einfluss auf die Erhaltung des Friedens in der Welt.

Quellenkritische Fragen relativieren sich bei beiden Dokumenten. Denn zweifellos muss davon ausgegangen werden, dass die Verfasser in ihren Berichten die Äußerungen von Mel'nikov nicht vollständig erinnerten, dass sie seine Äußerungen so verstanden, wie sie sie verstehen konnten oder wollten, und dass sie sogar Mel'nikov Worte unterstellten, die dieser nicht gebraucht hatte. Da aber ähnliche Äußerungen Mel'nikovs von mehreren Zeugen berichtet wurden, muss man einräumen, dass sie in dieser oder jener Form tatsächlich auf ihn zurückgehen. Daneben dürfte feststehen, dass in der UdSSR wie in allen anderen Staaten derartige Geheimdienstoperationen nicht von einem einzelnen Sonderbevollmächtigten erdacht werden konnten, sondern politischer Initiative und Rückendeckung bedurften. Ausgehend von dem sowjetischen Interesse, zu wiederholen, was den Anglo-Amerikanern im Falle Darlans im Dezember 1942 sehr erfolgreich und ansatzweise im Falle Badoglio im Sommer 1943 gelungen war, liegt die Vermutung nahe, dass Mel'nikov mit Billigung Stalins genau das versprach, was die deutschen Generäle bei den vorangegangenen Werbegesprächen als Garantie von der sowjetischen Regierung verlangt hatten.

Dass Stalin seine Partner in der Anti-Hitler-Koalition, mit denen er seit nahezu zwei Jahren in einem erstaunlich intensiven Briefwechsel stand, im Voraus weder über die beabsichtigte Gründung des Nationalkomitees noch über die Bildung des Bundes Deutscher Offiziere informierte, ergab sich nur teilweise aus der Logik der geheimdienstlichen Operation, sondern war auch Ausdruck seiner Verärgerung über deren passive Kriegsführung. Die Westmächte erkannten in diesem Komitee genau das, was Stalin beabsichtigte: Eine Alternative zur Anti-Hitler-Koalition. Und sie erblickten darin eine Bedrohung. Molotov erklärte erst auf Nachfrage gegenüber dem britischen Botschafter,¹²⁸

128 Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 26. 7. 1943, in: UdF 1, S. 130–135, hier S. 132. Alexander Werth, Korrespondent der *Sunday Times* und Kommentator der BBC – der

das Komitee „Freies Deutschland“ sei ein propagandistisches Komitee. Unsere Aufklärung sei der Ansicht, dass dieses Komitee vom Standpunkt der Mehrung der Feinde Hitlers im deutschen Volk und in der deutschen Armee nützlich sei. Wir selbst seien der Auffassung, je mehr Feinde Hitler habe, desto günstiger sei das für die Alliierten.

Der britische Außenminister gab sich damit nicht zufrieden, sondern distanzierte sich vor dem Unterhaus von dieser Gründung.¹²⁹ Seitdem übermittelte Molotov zwar NKFD-Veröffentlichungen an die Verbündeten, weihte sie jedoch noch immer nicht in konkretere Absichten in Bezug auf dieses Komitee ein. Nach einer Anfrage der britischen Botschaft zur Rolle von Seydlitz,¹³⁰ holte der Leiter der für Großbritannien zuständigen Zweiten Europäischen Abteilung des Narkomindel, Kirill Novikov, beim Innenkommissariat (NKVD) Informationen ein. Das NKVD bestätigte, dass der kriegsgefangene General viel nützliche Arbeit leiste. Von Seydlitz hatte sich vom 24. Oktober bis 3. November an der westlichen Front aufgehalten, wo über 1,5 Millionen Flugblätter, die seine Unterschrift zeigten, über die feindlichen Linien befördert wurden. Er habe auch mehrere Briefe an seine Freunde in der deutschen Armeeführung (an Keitel und andere) geschickt, in denen er forderte, dass die deutschen Truppen sich bis zur sowjetischen Grenze zurückziehen sollten, ohne dabei Städte und Dörfer zu zerstören. Diese Briefe

während des Krieges nicht nur engsten Kontakt zur britischen und amerikanischen Botschaft hielt, sondern auch zum Außenkommissariat – berichtete bereits 1964 über diese Erklärung: „Molotov versicherte dem britischen Botschafter, es handle sich bei der ganzen Angelegenheit [dem NKFD] ausschließlich um Propaganda, man wolle lediglich die deutsche Armee und das deutsche Volk verwirren, um so jene Schwächung des Widerstandswillens der Deutschen zu erreichen, welche die Propaganda nach dem Muster [von] Vansittart und Ehrenburg offenbar eben nicht erreiche.“ Vgl. Werth, *Russland*, S. 492.

129 In der Unterhaussitzung vom 28. 7. 1943 wurde Eden von den Abgeordneten Bartlett und Astor gefragt, ob die britische Regierung über die sowjetische Absicht unterrichtet sei, ein „Free German Committee“ zu bilden, und ob sie gedenke, eine solche Organisation anzuerkennen. Eden erklärte daraufhin: „His Majesty’s Government was not informed in advance of the establishment of this Committee. They do not propose to recognise any similar Committee in this country.“ (Hansard, *Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report, Fifth Series (1942–1943)*, Bd. 391, London 1943, Sp. 1553). Kerr informierte Eden in einem auf den 25. 7. 1943 datierten Schreiben über die Gründung des NKFD, der Bericht erreichte das Foreign Office jedoch erst am 2. September (vgl. BDFa, III, A, Bd. 3, S. 515–518).

130 Kerr an Molotov, 8. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 29. Der britische Militärattaché in Bern habe Information über angebliche Vorbereitungen eines militärischen Aufstandes in Süddeutschland gegen das Hitler-Regime erhalten, die in Verbindungen mit dem Bund Deutscher Offiziere stünden.

wurden auf fünf verschiedenen Wegen an die Adressaten übermittelt, um sicherzustellen, dass sie auch ankämen.¹³¹

Was in der Zeitung des Nationalkomitees von Anfang an nachlesbar war und in der deutschen Forschung seit Langem bekannt ist, bestätigen jetzt sowjetische Quellen: von Seydlitz unterbreitete zur gleichen Zeit, als Mel'nikov den gefangenen deutschen Generälen weitreichende mündliche Versprechungen gab, den aktiven Wehrmachtssoldaten folgenden Vorschlag zur Vermeidung weiteren Blutvergießens: „a) Rückzug der deutschen Truppen zu den deutschen Grenzen, nachdem die Rote Armee über diese Maßnahme in Kenntnis gesetzt wurde; b) wenn dies nicht möglich ist – Waffenniederlegung nach Verhandlungen mit der Roten Armee; c) in beiden Fällen soll die deutsche Truppenführung dafür sorgen, dass es zu keinen Zerstörungen kommt, Militärobjekte eingeschlossen.“ Der Vorschlag von Seydlitz' basierte auf einem durch Kruglov, Petrov und Mel'nikov unterzeichneten Plan des Innenkommissariats, der am 3. Oktober 1943 vorlag und nach Zustimmung durch Generaloberst Aleksandr Ščerbakov, der in den Kriegsjahren im ZK der VKP(b) für Agitation und Propaganda zuständig war und seit 1942 gleichzeitig die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee leitete, am 20. Oktober durch Berija bestätigt worden war. Der Name Keitels wurde in diesem Plan nicht genannt. In seinem Bericht über seinen Aufenthalt an der Nord-West Front nannte von Seydlitz als Adressaten seiner Briefe allein die Generäle Busch, Kuchler und Lindemann.¹³²

131 Memorandum K. Novikovs an Vyšinskij, 10. 11. 1943, ebd., Bl. 33–34. Bereits unmittelbar nach seiner Gefangennahme hatten es die sowjetischen Behörden Generalfeldmarschall Paulus ermöglicht, sich in einem Schreiben an den deutschen Botschafter in der Türkei zu wenden und ihn um die Weiterleitung eines Schreibens an General Rohde zu bitten. Vgl. Paulus an von Papen, 15. 3. 1943, Library of Congress Manuscript Division, The Papers of Dimitrii Antonovich Volkogonov, Shelf No. 21,595 reel 5, container no. 8.

132 Vgl. Leonid Rešin, General zwischen den Fronten. Walter von Seydlitz in sowjetischer Gefangenschaft und Haft 1943–1955, Berlin 1995, S. 80–108. Bereits am 26. September 1943 veröffentlichte die Zeitung *Freies Deutschland* einen unter anderem durch von Seydlitz unterzeichneten Aufruf an die deutsche Wehrmacht, der in dem Satz gipfelte: Es gibt nur einen Ausweg, das ist: die Armee gegen den Befehl Hitlers unter verantwortungsbewusster Führung an die Reichsgrenzen zurückzuführen.“ (Scheurig, Verrat, S. 108–111). Drei Wochen später veröffentlichte dieselbe Zeitung einen offenen Brief von von Seydlitz an Generaloberst Model, in der ersterer forderte: „Zwingen Sie Adolf Hitler zum Rücktritt! Räumen Sie den russischen Boden und führen Sie das Ostheer an die deutsche Grenze zurück.“ (ebd., S. 114–116). In der Zwischenzeit hatte auch Walter Ulbricht in derselben Zeitung unter Berufung auf Hindenburg den Rückzug der deutschen Truppen zur Reichsgrenze gefordert (ebd., S. 117–120).

Der Leiter der Zweiten Europäischen Abteilung empfahl, sich bei der Information der Engländer auf die Flugblätter zu beschränken, da diese Aktivitäten von Seydlitz' – wie Kriegsgefangene bestätigten – unter Generälen, Offizieren und Soldaten der deutschen Armee bekannt seien. Dagegen sollte „nichts über die persönlichen Botschaften von Seydlitz' an seine Freunde in der deutschen Generallität“ mitgeteilt werden.¹³³ Diesem Vorschlag folgte Molotov in seiner Antwort an die britische Botschaft vom 12. November 1943. Es entsprach der Wahrheit, wenn Molotov bestritt, dass oppositionelle Elemente in der deutschen Armee Kontakt zu von Seydlitz hergestellt hätten.¹³⁴ Soweit bisher bekannt, blieben die Schreiben des Vorsitzenden des Bundes Deutscher Offiziere an seine Freunde in der deutschen Armeeführung ohne Antwort.

Verborg sich hinter den sowjetischen Versprechungen gegenüber dem NKFD und dessen Aktivitäten eine Alternative der sowjetischen Deutschlandpolitik? Für die Existenz gegensätzlicher Varianten der sowjetischen Außenpolitik gibt es keine Belege. Im Gegenteil, der Inhalt der Propaganda des NKFD widersprach nicht nur den in jenen Monaten beginnenden Planungen des Außenkommissariats, sondern auch den Zusagen, die Stalin zur selben Zeit gegenüber „seinen“ Polen zur zukünftigen polnischen Westgrenze gemacht hatte.

Ein Erfolg des NKFD in Form von Teilkapitulationen der deutschen Wehrmacht noch 1943 hätte auf deutscher und russischer Seite Millionen Menschenleben gerettet und den Krieg höchstwahrscheinlich verkürzt. Doch wäre es damit keineswegs automatisch zu einem Bruch der Anti-Hitler-Koalition gekommen. Deren Koalitionäre konnten ihr gemeinsames Ziel, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands bzw. die vollständige Vernichtung des Nationalsozialismus, die vollständige Brechung der deutschen Kampfkraft, unabhängig von den Ereignissen an der Ost- oder Westfront nur gemeinsam erreichen. Eine Stärkung der sowjetischen Position in dieser Koalition durch einen Erfolg des NKFD hätte die Durchsetzung der sowjetischen Friedensordnung, der Pax Sovietica, in dem geographischen Raum erleichtert, der von der Roten Armee besetzt worden wäre. Die Ausmaße dieses Gebiets hingen weiterhin nicht allein vom Willen Stalins bzw. dem militärischen und ökonomischen Potential der UdSSR, sondern auch von den militärischen Aktivitäten der Westmächte und den Reaktionen in Deutschland ab. Es steht jedoch zu vermuten, dass die deutschen Innen- und Außengrenzen nicht anders verlaufen wären als in der uns bekannten Vergangenheit.

133 Memorandum K. Novikovs an Vyšinskij, 10. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 33–34.

134 Molotov an Kerr, 12. 11. 1943, ebd., Bl. 30.

*

Noch immer unbekannt ist die Rolle der UdSSR im Vorfeld des deutschen Umsturzversuchs am 20. Juli. Den Kern der Verschwörer bildeten Militärs, die sich – aus sowjetischer Sicht – teilweise den Ansichten des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) genähert hatten. Sie suchten auch Kontakt zu Vertretern des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstands. Über die Planungen zum Attentat dürften nicht nur westliche Geheimdienste detailliert informiert gewesen sein. Die Verschwörer wurden auch gegenüber der UdSSR aktiv, um ihr Hauptziel zu erreichen und Deutschland durch einen schnellen Friedensschluss zu retten. Sowjetische Stellen waren über das geplante Attentat spätestens durch den bereits erwähnten anonymen Brief informiert, der am 20. Juni 1944 bei der sowjetischen Botschaft in Stockholm einging.¹³⁵ Doch wie westliche Politiker verzichtete auch Stalin darauf, derartige Vorbereitungen öffentlich oder halböffentlich zu unterstützen. Auch ließ er die Moskauer KPD-Führung nichts unternehmen, um die Gegner Hitlers zu bestärken. Sie wiederholte nicht ihren Aufruf vom Oktober 1941,¹³⁶ der damals unbeachtet geblieben war.

Dennoch geht Ingeborg Fleischhauer davon aus, die Sowjetregierung habe gehofft, der Umsturzversuch möge gelingen.¹³⁷ Ihre Annahme stützt sich insbesondere auf eine amerikanische Auswertung der sowjetischen Pressereaktionen.¹³⁸ Sie führt aber auch Indizien an, die dafür sprechen, dass man im Westen eine derartige Hoffnung hintertrieb. So erinnerte die BBC am 19. Juli, einem Tag vor dem Umsturzversuch, zutreffend in verschiedenen europäischen Sprachen daran, „dass zahlreiche deutsche Diplomaten in den letzten Wochen Stockholm besucht und dabei den Versuch gemacht hätten, einen direkten Kontakt zur Sowjetvertretung herzustellen.“ Das Ziel der Kontaktversuche, der Abschluss eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Russland, sei jedoch „vollständig gescheitert“.¹³⁹ Eine solche Meldung dürfte kaum ermutigend auf die Deutschen gewirkt haben. Allerdings ist auch an dem unterstellten Wunsch der Sowjetregierung am Gelingen des Umsturzversuchs zu zweifeln. Am 17. Juli ließ sie 50 000 kriegsgefangene Deutsche, darunter 18 Generäle und 1 200 Offiziere, vorbei an Hunderttausenden Moskauern durch das Zentrum der sowjetischen Hauptstadt treiben. Diese archaische Machtdemonstration, die das Innenkommissariat relativ kurzfristig, erst seit

135 Vgl. S. 225.

136 Vgl. S. 83.

137 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 252–253.

138 Ebd.

139 Ebd., S. 246.

dem 12. Juli, vorbereitet hatte,¹⁴⁰ zielte nicht nur auf die sowjetische Öffentlichkeit, sondern auch auf die Weltöffentlichkeit.¹⁴¹ Die *Times* berichtete bereits am 18. Juli anschaulich darüber: „It was with their eyes not with their tongues that the people of Moscow expressed their opinion of the Germans this morning.“¹⁴² Falls die an den Umsturzplänen beteiligten Deutschen bereits vor dem 20. Juli davon erfuhren, dürfte deren Zuversicht kaum gestärkt worden sein.

Immerhin gestatteten sowjetische und britische Stellen am Tag des Attentats die Ausstrahlung eines Aufrufs von Generalleutnant Hoffmeister, der im Namen des Nationalkomitees am 20. Juli 1944 gegen 12.00 Uhr in der BBC erklären durfte: „Deutschland steht vor der Aufgabe, eine Basis für Friedensverhandlungen zu schaffen ... Andere Länder werden nicht mit Hitler verhandeln. Deshalb muss eine neue Lage, müssen neue Männer geschaffen werden!“ Dieser Aufruf wurde jedoch nicht in der UdSSR veröffentlicht. Erst am 21. Juli konnte sich der Vorsitzende des BDO, General von Seydlitz, im Moskauer Rundfunk an das deutsche Volk wenden.¹⁴³ Ob der General in diesem Moment bereits über Nachrichten vom Scheitern des Attentats verfügte, scheint allerdings zweifelhaft. Aus sowjetischen Geheimdienstberichten zieht Leonid Rešin den Schluss, dass die Mitglieder des Bundes Deutscher Offiziere und die Führung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ keine ausreichenden Informationen über die Vorgänge am 20. Juli hatten. Von Seydlitz selbst soll nach einem Spitzelbericht zum Attentat von Stauffenbergs erklärt haben: „Was hat dieser Lump der Wehrmacht angetan! Das sind doch Balkanmethoden! Es ist nicht zu fassen – ein Offizier verübt auf seinen Obersten Befehlshaber einen Bombenanschlag!“¹⁴⁴

Das Scheitern des Umsturzversuchs am 20. Juli bewies die unzureichende Wirkung nicht nur der sowjetischen Antinazi-Propaganda. Wenig später stellte der gefangene Feldmarschall Paulus, der sich über 18 Monate gegen eine Zusammenarbeit mit sowjetische Stellen gewehrt hatte, in einem Schreiben an Stalin fest: „Die von mir nie geteilte Hoffnung, allein durch Propaganda in Deutschland einen Umsturz und dadurch die Beendigung des Krieges herbeizuführen, hat sich

140 Berija an Stalin, 13. 7. 1944, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 138–139.

141 Merridale, *Iwans Krieg*, S. 306: 1944: „Stalin wollte aller Welt vorführen, dass an der Ostfront noch starke Feinde standen und der D-Day seine Männer nicht wesentlich entlastet hatte. Das sollten fünfzigtausend Gefangene aus einer einzigen Schlacht bekunden, die man wie Sklaven in einem römischen Triumphzug über den Roten Platz marschieren ließ.“

142 *The Times*, 18. 7. 1944, S. 4: „German Prisoners In Moscow. A Silent Procession.“

143 Fleischhauer, *Sonderfrieden*, S. 252f. (ohne Quellenangabe).

144 Leonid Rešin, *Feldmarschall im Kreuzverhör. Friedrich Paulus in sowjetischer Gefangenschaft 1943–1953*, Berlin 1996, S. 109.

als trügerisch erwiesen.¹⁴⁵ Knapp drei Monate nach dem 20. Juli erläuterten sowjetische Bürger, die in offiziellen Funktionen in Washington arbeiteten: „Die Russen würden eine [deutsche] Revolte begrüßen, fühlen aber, dass sie sich nicht mehr ereignen wird. Der Aufstand müsste eine Volksbewegung und nicht der Staatsstreich einer kleinen Gruppe von Offizieren und Industriellen sein.“¹⁴⁶ Zwar bestätigten sich nach dem 20. Juli Molotovs Erklärungen vom Sommer 1943, wonach das NKFD lediglich ein „Propaganda-Instrument“ war, doch bildete es während der akuten bzw. befürchteten Krisen der alliierten Beziehungen eine Alternative für den Fall eines Auseinanderbrechens der Anti-Hitler-Koalition. Möglicherweise hätte das NKFD bei einem erfolgreichen Verlauf des einzigen deutschen Umsturzversuchs eine Rolle in der sowjetischen Deutschlandpolitik übernehmen können. Nach dem Scheitern dieses Versuchs verlor Stalin umso mehr sein Interesse an diesem Komitee, als nun die Westmächte in der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) auf die Vorschläge der UdSSR zur Zoneneinteilung und zum Kontrollmechanismus für Deutschland eingingen.

145 Paulus an Stalin, 30. 10. 1944, in: Ebd., S. 134.

146 Fleischhauer, Sonderfrieden, S. 264–265.

V. Kriegsverbrechen und alliierte Kooperations(un)fähigkeit

Die Ziele Hitlers setzten Verbrechen ebenso voraus wie sie die Befolgung des Völkerrechts ausschlossen. Der deutsche Führer ließ, bevor der erste Schuss fiel, Kriegsverbrechen einplanen, die sich in der Realität des deutsch-sowjetischen Krieges noch wesentlich steigern sollten. Für das Verhältnis aller am Krieg beteiligten Völker wurde die Bekanntmachung und Untersuchung dieser Verbrechen ebenso wichtig wie Protest und Strafandrohung gegen die Verbrecher. Dies gilt nicht nur kurzfristig für die gegen Deutschland kämpfenden Staaten untereinander, sondern auch langfristig für das Verhältnis der Deutschen zu den Völkern, die Opfer der Kriegsführung Hitlers wurden.

Der millionenfache Mord an der Zivilbevölkerung in den besetzten sowjetischen Gebieten – darunter zuerst, aber nicht allein, an den Juden –, das Aushungern hunderttausender in Kriegsgefangenschaft geratener Sowjetsoldaten und die Ausplünderung der UdSSR stellen in ihren Dimensionen einzigartige Verbrechen dar. Inwiefern aber boten sich für die Westmächte und die UdSSR Chancen, durch die gemeinsame Untersuchung und Verfolgung dieser Verbrechen Vertrauen und Strukturen für eine längerfristige Zusammenarbeit zu entwickeln?

In der stalinistischen UdSSR waren die Möglichkeiten dazu unendlich klein, Konfliktmöglichkeiten dafür umso größer. Diese steigerten sich weiter, als im Westen die besondere Lage der UdSSR, ihre doppelte Belastung durch stalinistische Verbrechen und die unvergleichliche Brutalität des dortigen Krieges, eher hilflos, trotz materieller Unterstützung, zur Kenntnis genommen wurde. Die damaligen Verbündeten der UdSSR übersahen die affirmative Wirkung der deutschen Kriegsverbrechen für die sowjetische Politik. Sie bemerkten nicht, dass der deutsche Vernichtungskrieg Stalin nicht überrascht hatte. Er hatte lange vor Ausbruch mit ihm gerechnet. Der erwartete Existenzkampf diente ihm vor 1941 als Rechtfertigung für eigene Gewalttaten. Die deutsche Vernichtungsabsicht beantwortete er durch eine nicht weniger radikale sowjetische Kriegsführung und diese diente ihm zur Festigung seines Herrschaftssystems. Die Genese der eigenmächtigen sowjetischen Deutschlandpolitik, die für Stalin immer „Sicherungspolitik“ blieb, lässt sich nicht verstehen, ohne die unzureichende Reaktion des Auslands auf die vielfältigen Kriegsverbrechen in der UdSSR zu berücksichtigen.¹

1 In einem anderen Zusammenhang stellte einer der besten Kenner und Augenzeuge der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, Alexander Werth, fest: „Man kann kein Buch über den

1. Stalin und die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR

Stalin bejahte Gewalt und ging immer von der Gewaltbereitschaft seiner Gegner aus. Insofern waren für ihn die von den Deutschen verübten Kriegsverbrechen in der UdSSR keine Überraschung, sondern zwangsläufig. Er sprach nur verallgemeinernd davon und benutzte sie, um Widerstand gegen die Deutschen in- und außerhalb der UdSSR zu verstärken. Obwohl sowjetische Stellen als erste von den deutschen Massenverbrechen erfuhren, bezog sich Stalin niemals auf den Einsatz von Vergasungswagen und die Errichtung von Vernichtungslagern.² Der Georgier ging – noch bevor er Details kannte – davon aus, dass die deutsche Kriegsführung auf die Vernichtung der UdSSR ziele, das Leben ihrer Bewohner bedrohe und universellen Charakter trage:³

Mit dem uns aufgezwungenen Krieg hat unser Land den Kampf auf Leben und Tod gegen seinen schlimmsten und heimtückischsten Feind, den deutschen Faschismus, aufgenommen. [...] Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen.

Schon elf Tage vor Stalin richtete Metropolit Sergij aus eigener Initiative⁴ ein Sendschreiben an „die Hirten und die Herde der Rechtgläubigen“, in dem er – ähnlich wie zuvor Molotov⁵ – von der „Missachtung aller Verträge und Versprechungen“ sprach. Das vom sowjetischen Staat noch nicht anerkannte Oberhaupt

sowjetisch-deutschen Krieg von 1941–1945 schreiben, ohne nicht mindestens nachdrücklich auf die von den Deutschen in den weiten Gebieten, die sie zwischen 1941 und 1944 besetzt hielten, begangenen Verbrechen und Grausamkeiten hinzuweisen.“ Vgl. Werth, Russland, S. 470. Gleiches lässt sich von der Deutschlandpolitik Stalins sagen.

2 Service, Stalin, S. 422 und 450.

3 Stalins Rundfunkansprache, 3. 7. 1941, Stalin Reden, S. 5–15, hier S. 8 und 13. Bereits am 29. 6. 1941 hieß es in der Direktive des Rats der Volkskommissare und des ZK der VKP(b): „In dem jetzigen, uns vom faschistischen Deutschland aufgezwungenen Krieg entscheidet sich die Frage um Leben oder Tod des sowjetischen Staates, die Frage, ob die Völker der Sowjetunion in Freiheit existieren oder in Sklaverei geraten werden.“ (*Izvestija CK KPSS*, 6/1991, S. 218–220).

4 Michail V. Škarovskij, *Russkaja pravoslavnaja cerkov' pri Staline i Chruščeve (gosudarstvenno-cerkovnye otnošenija v SSSR v 1939–1964 godach)*, Moskau 2000, S. 119. Steven Merritt Miner betont, dass sich die Russisch-Orthodoxe Kirche schon vor dem 22. 6. 1941 bei der „Rückgewinnung“ der ehemals russischen Territorien von Polen, Finnland, den baltischen Staaten und Rumänien in den Dienst des sowjetischen Staates gestellt hatte (Miner, *Stalin's Holy War*, S. 50).

5 Vgl. S. 59.

der Russisch-Orthodoxen Kirche prophezeite, dass „die Heimerde vom Blut friedlicher Bürger getränkt“ werde.⁶

Mord und Zerstörung gingen zuerst, aber nicht nur von den Deutschen aus. Sie waren ebenso von Anfang an ein auf Weisung Stalins angewandtes Mittel der Selbstverteidigung. Dieses folgte in Bezug auf eingebildete oder reale Feinde des Sowjetstaates weiterhin der Logik des stalinistischen Terrors. Sowjetische Ordnungshüter erschossen in den Wochen des panischen Rückzugs zuerst zivile Gefangene, bevor auch Wehrmachtangehörige dieses Schicksal erlitten. Derartige Verbrechen waren jedoch weder im Voraus geplant noch erreichten sie jemals die Dimension einer systematischen Vernichtung.⁷ Dass Zerstörungen als Selbstverteidigung eingesetzt werden würden, erwarteten auf Seiten der Verbündeten viele. Sie fragten dabei nicht nach den Konsequenzen für Gefangene und die Zivilbevölkerung. Edward (Ted) Hallett Carr, der bereits vielfach erwähnte Mitherausgeber der *Times*, verwies wie selbstverständlich auf die absichtsvollen Zerstörungen durch die Rote Armee, als er feststellte: Die russischen Armeen könnten sich zurückziehen, wie sie es zu Zeiten Napoleons getan hätten, Verwüstung hinter sich lassend. Solange die Verteidigungslinien geschlossen blieben, könnten keine Landgewinne der Deutschen die russische Widerstandskraft und die Fähigkeit, immer weiter zu kämpfen, brechen.⁸ Doch obwohl Carr davon ausging, dass im Fall eines deutschen Sieges die UdSSR auf einen ähnlichen Status reduziert werden würde wie das „Polnische Generalgouvernement“, warnte er nicht vor einem deutschen Vernichtungskrieg gegen die UdSSR und ihre multinationale Bevölkerung. In der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit wurden zahlreiche deutsche Grü-

6 Peter Hauptmann, *Die orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860–1980)*, Göttingen 1988, S. 750–751.

7 Hilger, *Kriegsgefangene*, räumt ein (S. 60): „Es ist davon auszugehen, dass Gefangenenerschießungen gerade in den ersten Monaten des Krieges bei den ohnehin seltenen Gefangenennahmen keine Ausnahme darstellten.“ Hilger stellt jedoch grundsätzlich fest (S. 56): Es „gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass im Verantwortungsbereich des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten [NKVD] ... zu irgendeinem Zeitpunkt Vernichtungsmaßnahmen gegen die deutschen Kriegsgefangenen geplant oder gar durchgeführt wurden.“ Alle bekannten Beispiele beziehen sich auf den Zuständigkeitsbereich der Roten Armee. Später kam es im Zuge von Strafmaßnahmen auch zur Erschießung von deutschen Kriegsgefangenen, die sich bereits in der Kriegsgefangenschaft befanden. Ende 1942 informierte Vyšinskij den Außenkommissar über solche Fälle und die unzureichenden Verfahren, die diesen Erschießungen vorausgingen. Molotov stimmte dem Vorschlag Vyšinskij's zu, entgegen den Bestimmungen der Haager-Konvention, der sich die UdSSR 1941 angeschlossen hatte, Bulgarien – die „Schutzmacht“ Deutschlands – nicht zu informieren. Vgl. Vyšinskij an Molotov, 5. 12. 1942, veröffentlicht in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 49.

8 *The Times*, 19. 7. 1941, S. 5: Carr: *Russia's War*. Hervorhebung nicht im Original.

eltaten in der UdSSR früh wahrgenommen, jedoch während des Krieges niemals von einem „Vernichtungskrieg“ gesprochen. Dies gilt auch für Churchill, der sehr früh drastische Worte wählte, um das brutale deutsche Vorgehen in der UdSSR bloßzustellen.⁹

Scores of thousands, literally scores of thousands, of executions in cold blood are being perpetrated by the German police troops upon the Russian patriots who defend their native soil. Since the Mongol invasion of Europe in the sixteenth century, there has never been methodical, merciless butchery on such a scale, or approaching such a scale. We are in the presence of a crime without a name.

Deutsche Kriegsverbrechen und sowjetische Propaganda

Mord und Zerstörung durch die Deutschen rückten sehr früh in den Mittelpunkt der sowjetischen Propaganda. Der Abscheu vor den Taten der Deutschen wurde genutzt, um die gesamte Bevölkerung im Kampf gegen den gemeinsamen Feind „zusammenzuschmieden“ und eine uneingeschränkte Einsatzbereitschaft jedes einzelnen Sowjetbürgers an der Front, im eigenen Hinterland, aber auch in den besetzten Gebieten zu mobilisieren.¹⁰ Im Ausland stieß diese Propaganda auf Skepsis.¹¹ Die *Times* brachte – ohne sich davon zu distanzieren – Berichte des *Völkischen Beobachters* und anderer deutscher Blätter über sowjetische „Gräueltaten“ in Lwow und den Mord der Bolschewiken an Tausenden von Ukrainern.¹²

Die sowjetische Regierung unternahm in den ersten Kriegsmonaten wenig, um ihre Verbündeten und die neutralen Staaten über das Vorgehen der Deutschen auf dem Territorium der UdSSR zu unterrichten. Sie lud niemals unabhängige Sachverständige ein, um die eingehenden vielfältigen Informationen über die barbarische Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen zu prüfen und der Weltöffentlichkeit gesicherte Informationen darüber zu übergeben. Stattdessen verfasste sie dazu am 25. November 1941 eine Note an alle Staaten, mit denen sie Beziehungen unterhielt. Diese erste Note zu den deutschen Kriegsverbrechen wurde

9 Rundfunkansprache Churchills vom 25. 8. 1941, zit. in: Martin Gilbert, Winston Churchill and the Soviet Union, in: John Garrard/Carol Garrard, *World War II and the Soviet People*, London 1993, S. 234–260, hier S. 238–239. Der Premierminister verwechselte hier die Mongolen mit den Türken, denn die mongolische Invasion ereignete sich bereits im 13. Jahrhundert.

10 Amir Winer, *Making Sense of War*, S. 7–39.

11 *The Times*, 26. 6. 1941, S. 3: *Work Of The Red Army. Need For More News*. Am 8. 7. 1941 erklärte die *Times* (S. 3) die wachsenden deutschen Transportschwierigkeiten auch aus der „systematischen Zerstörung“ von Brücken, Gleis- und Signalanlagen durch die sich zurückziehende Rote Armee.

12 *The Times*, 7. 7. 1941, S. 3: *Russia's „Gigantic Military Force“*. *German Note Of Warning*.

noch an diesem Tag im Moskauer Radio verlesen und am folgenden Tag in der sowjetischen Presse abgedruckt. Sie war überstürzt vorbereitet, stützte sich nicht auf nachprüfbare Fakten und schlug keine gemeinsamen Maßnahmen gegen die Verbrecher vor. Dennoch schilderte sie diese in den grellsten Farben:¹³

Gefangene Rotarmisten werden mit glühenden Eisen gefoltert, ihnen werden die Augen ausgestochen, Beine, Arme, Nase und Ohren abgetrennt, Finger abgehackt und die Bäuche aufgeschlitzt. Sie werden an Panzer gefesselt und in Stücke zerrissen. [...] Um die massenhafte Ausrottung sowjetischer Kriegsgefangener zu erreichen, verschärfen die deutschen Machthaber das Regime in den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene. Das deutsche Oberkommando und das deutsche Landwirtschaftsministerium haben eine Verordnung herausgegeben, die für sowjetische Kriegsgefangene sowohl nach Umfang als auch nach Qualität eine schlechtere Versorgung vorsieht als für alle anderen Gefangenen. Laut dieser Verordnung sollte beispielsweise pro Gefangenem und Monat 600 Gramm Brot und 400 Gramm Fleisch und Fett ausgegeben werden. Damit werden die sowjetischen Kriegsgefangenen zu einem grausamen Hungertod verdammt.

Durch diese in einzelnen Teilen ungläubhafte und in anderen Passagen überzogene¹⁴ Darstellung wurde die Wirkung der abschließenden, völlig zutreffenden Feststellung gemindert:¹⁵

All diese Fakten zeugen von der Existenz eines bestialischen und blutigen Regimes, das in den deutschen Lagern für sowjetische Kriegsgefangene herrscht, von unmenschlicher Härte des Hitlerregimes und unerträglichen Leiden, die Rotarmisten und Kommandeure der Roten Armee in den Lagern der Hitler-Banditen fortgesetzt erleiden. – All diese Fakten stellen eine vollkommene Verletzung der elementarsten Prinzipien des Völkerrechts und völkerrechtlicher Vereinbarungen von Seiten der deutschen Regierung dar, die von Vertretern Deutschlands selbst unterzeichnet wurden. – Indem die sowjetische Regierung diese schrecklichen Fakten allen Ländern zur Kenntnis bringt, mit denen sie diplomatische Beziehungen unterhält, protestiert sie mit Entrüstung vor der ganzen Welt gegen diese barba-

13 Über die empörenden Gräueltaten Deutschlands an den sowjetischen Kriegsgefangenen, 25. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 449–452, hier S. 449 und S. 451–452.

14 Die offiziellen *wöchentlichen* Versorgungsnormen für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die in der Praxis oft nicht eingehalten wurden und ebenfalls nicht das Überleben aller sowjetischen Kriegsgefangenen sicherten, waren unmittelbar vor dieser Note am 21. 10. 1941 auf 70 g Fett, 62,5 g Magerkäse, 33,75 g Fisch, 1500 g Brot, 100 g Graupen/Nudeln, 150 g Zucker, 150 g Marmelade, 1 125 g Gemüse, 137,5 Sauerkraut, 5 000 g Kartoffeln, 28 g Ersatztee und 105 g Salz gesenkt worden. Vgl. dazu Streit, Keine Kameraden, S. 137–143. Richtig war die Feststellung, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen schlechter behandelt wurden als alle anderen Kriegsgefangenen in deutscher Hand, vgl. Bischof/Karner/Stelzl-Marx, Kriegsgefangene.

15 Über die empörenden Gräueltaten Deutschlands an den sowjetischen Kriegsgefangenen, 25. 11. 1941, in: DVP XXIV, S. 449–452.

rische Verletzung des internationalen Rechts durch die deutsche Regierung. [...] Die volle Verantwortung für die unmenschlichen Handlungen ihrer militärischen und zivilen Stellen lastet auf der verbrecherischen Hitler-Regierung Deutschlands.

Wie alle späteren Bekanntmachungen der sowjetischen Regierung zu den deutschen Kriegsverbrechen wurde auch diese Note umgehend zu propagandistischen Zwecken eingesetzt, insbesondere an der Front.¹⁶ Um dieser Propaganda entgegenzuwirken, stellte das Oberkommando der Wehrmacht nicht nur jegliche Verbrechen in Abrede, sondern beschuldigte die UdSSR, eigene Verbrechen zu verdecken.¹⁷ Wahrscheinlich auch aus diesem Grund blieb die Note weitgehend folgenlos. Die in der UdSSR diplomatisch vertretenen Staaten, mit Ausnahme von Japan, bestätigten lediglich ihren Erhalt.¹⁸

Diese diplomatische Zurückhaltung war angesichts der tatsächlich katastrophalen Zustände, unter denen sowjetische Kriegsgefangene in den deutschen Lagern vegetierten, völlig unangemessen. Offenbar wollten – oder konnten – die angesprochenen Regierungen keine Konsequenzen aus den ihnen und der Öffentlichkeit vorliegenden Berichten¹⁹ ziehen.

Stalin nahm es hin, dass Reaktionen der verbündeten und neutralen Staaten auf diese sowjetische Note ausblieben. Er suchte nicht nach neuen Wegen, um die

16 Vgl. Direktive Mechlis' an die Chefs Politverwaltungen der Militärbezirke, 26. 11. 1941, veröffentlicht in: RAVO, Bd. VI, S. 86.

17 Erklärung des OKW, 26. 11. 1941, veröffentlicht in: AdG 1941, S. 5290-B: „Aus den Kämpfen vor Moskau wird in steigendem Maße das Überlaufen bolschewistischer Soldaten gemeldet. Um dieser Krise entgegenzuwirken, sieht sich die Regierung Stalin veranlasst, in einer Note über Gräueltaten deutscher Soldaten an sowjetischen Gefangenen zu berichten. Die Wehrmacht und die mit ihr kämpfenden verbündeten Truppen sehen mit tiefster Verachtung auf derartige Falschmeldungen, durch die das bestialische Verhalten bolschewistischer Horden verschleiert und deren Kampfmoral gehoben werden solle.“

18 Vgl. Thurston an Hull, 27. 11. 1941, in: FRUS 1941, 1, S. 1016–1017. Thurston machte dabei auch darauf aufmerksam, dass Kriegsgefangene möglicherweise verhungern.

19 Vgl. *The Times*, 17. 11. 1941, S. 5: „Escaped Russians have described the fearful conditions in the camps for prisoners of war. The men are kept without boots or overcoats and with little food in the rain and snow. At some of the camps – which are no more than areas of open ground surrounded by barbed wire – the men have had to drink water from puddles and have been shot when they came up to the barbed wire to beg for food.“ Vgl. auch *The Times*, 6. 12. 1941, S. 3: „The war prisoners camps in Germany are undergoing complete reorganization to allow for the accommodation of Russian prisoners, of whom, if the new arrangements are an accurate guide, some 3 000 000 are expected ... The German plan is eventually to have separate camps for the men of each nation. [...] If means are not found for including Russian prisoners in the various efforts being made on behalf of the others, and, above all, of sending them food, it is to be feared that a new harvest of death will be added to the sorrows of Europe.“

Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen zu lenken. Ähnlich wie Hitler musste er unter den Bedingungen der massenhaften Gefangennahme von Rotarmisten fürchten, dass eine verbesserte Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch den Gegner – so unwahrscheinlich diese auch war –, die Kampfmentalität der eigenen Truppen senken könnte. Schon reale Angaben eigener Verluste schienen bedrohlich. Um vermeintlichen Gefahren zu begegnen, wurden insbesondere in den ersten Monaten die offiziellen Angaben der deutschen Verluste stark überhöht und die eigenen Verluste ebenso stark reduziert (vgl. Tabelle 2). Die Widersprüchlichkeit dürfte kritischen Beobachtern im In- und Ausland schnell aufgefallen sein.

Tatsächlich waren die sowjetischen Verluste in den ersten beiden Kriegsjahren schockierend hoch (vgl. Tabelle 3). Nach neuesten Ermittlungen ließ die Wehrmacht bis zum Frühjahr 1942 von den insgesamt 3,4 Millionen gefangenen Sowjetsoldaten etwa zwei Millionen umkommen.²⁰ Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt verifizierte die ursprünglich deutschen Angaben.

Tabelle 2: Sowjetische Angaben zu den Verlusten (Gefallenen, Verwundeten und Vermissten bzw. Gefangenen) seit dem 22. Juni 1941

	Sowjetische Verluste	Deutsche Verluste
bis 31. 8. 1941 ²¹	1 128 000	1 500 000–2 000 000
bis 6. 11. 1941 ²²	1 748 000	mehr als 4 000 000
bis 22. 6. 1942 ²³	4 500 000	10 000 000

Trotz der Wirkungslosigkeit ihrer vorangegangenen Note, appellierte die sowjetische Regierung weiter an die Weltöffentlichkeit. Eine am 6. Januar 1942 an alle in der UdSSR diplomatisch vertretenen Staaten übergebene Note wies erneut auf Kriegsverbrechen hin, drohte wie bereits im November 1941 mit gerechter Vergeltung und kam zu Schlussfolgerungen, die Anlass für eine internationale Diskussion hätten geben können. Wesentlich gründlicher vorbereitet, systematisiert und mit Beutedokumenten belegt, klagte man darin die Realität des deutschen Ver-

20 Rolf Keller, Das deutsch-russische Forschungsprojekt „Sowjetische Kriegsgefangene 1941–45“. Ziele, Inhalte, erste Ergebnisse, in: Bischof/Karner/Stelzl-Marx, Kriegsgefangene, S. 459–474, hier S. 471.

21 *The Times*, 6. 10. 1941, S. 3. (Kein Zeitraum angegeben): 230 000 Tote, 720 000 Verwundete, 178 000 Vermisste.

22 Rede auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets, 6. 11. 1941, in: Stalin, Krieg, S. 19.

23 *The Times*, 24. 6. 1942, S. 3. Ein Jahr später brachte die *Times* sowjetische Angaben für die ersten beiden Kriegsjahre, in denen „nur“ noch von 6 400 000 getöteten oder gefangenen Deutschen, aber immer noch von 4 200 000 getöteten oder vermissten sowjetischen Soldaten die Rede war, vgl. *The Times*, 22. 6. 1943, S. 4.

nichtungskriegs gegen die UdSSR an. Herausgearbeitet wurde dabei insbesondere, dass diese Verbrechen nicht das Ergebnis von Einzelaktionen waren, sondern zuvor durch die deutsche Regierung geplant und von militärischen Stellen befohlen worden waren.²⁴

Tabelle 3: Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen (Stand: 1. 5.1944)²⁵

	Besetztes Gebiet der UdSSR	Reich und Polen	insgesamt
Kriegsgefangene, insgesamt	2 050 000	3 110 000	5 160 000
davon:			
Entlassen	535 000	283 000	818 000
Verstorben	845 000	1 136 000	1 981 000
nicht registriert			1 308 000
Geflohen		67 000	
Exekutiert	495 000	473 000	
Verschwunden		273 000	

Unbestreitbare Tatsachen bezeugen, dass Plünderungen und blutiger Terror gegenüber der Zivilbevölkerung der eroberten Dörfer und Städte nicht irgendwelche Exzesse einzelner undisziplinierter Truppenteile, einzelner deutscher Offiziere und Soldaten sind, sondern ein System bilden, das von vornherein vorgesehen war und gefördert wird durch die deutsche Regierung und das deutsche Militärkommando, die bewusst in ihrer Armee, unter den Offizieren und Soldaten allerniedrigste, tierische Instinkte entfesseln. [...] Die Sowjetische Regierung und ihre Organe führen ausführlich Buch über all die verbrecherischen Gräueltaten der Hitlerarmee, für die das empörte Sowjetvolk gerechterweise Vergeltung verlangen und erlangen wird. [...] Die Hitlerarmee führt keinen gewöhnlichen Krieg, sondern einen Raubkrieg, der das Ziel verfolgt, friedliebende Völker auszurotten, die dem verbrecherischen Streben der deutschen Faschisten nach Herrschaft über andere Völker, ja über die ganze Welt, im Wege stehen.

Deutschlandpolitisch waren vor allem zwei Gedanken dieser Note von Bedeutung:²⁶

Nicht nur die Rote Armee, sondern unser ganzes, nach Millionen zählendes Volk ist voll glühenden Hasses und dürstet nach schonungsloser Rache für das Blut und das zugrunde gerichtete Leben sowjetischer Bürger. Die Sowjetmenschen werden jene Bestialitäten, Gewalttaten, Zerstörungen und Beleidigungen, die die entmenschten deutschen Eroberer der Zivilbevölkerung unseres Landes zugefügt haben und zufügen, nie vergessen. Sie werden sie

24 Runderlass von Molotov, 6. 1. 1942 (Auszug), in: UdF 1, S. S. 38–39.

25 Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945*, Düsseldorf 1958, S. 440. Von diesen 5 160 000 in deutsche Gefangenschaft geratenen Rotarmisten wurden 1941 3 355 000 (65%) und 1942 1 653 000 (32%), also in den ersten 18 Kriegsmonaten zusammen 5 008 000 (97%) gefangen genommen. Zur Ermordung der Juden unter den sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. Hilberg, *Vernichtung*, S. 351–357.

26 Ebd.

weder vergessen noch verzeihen. [...] [D]ie Sowjetische Regierung [erklärt] mit unerschütterlicher Zuversicht, dass der Befreiungskampf der Sowjetunion ein Kampf für die Rechte und die Freiheit nicht nur der Völker der Sowjetunion, sondern auch für die Rechte und die Freiheit aller freiheitsliebenden Völker der Welt ist, und dass dieser Krieg nur mit der vollständigen Zerschmetterung der Hitlertruppen und dem vollständigen Sieg über die Hitler-tyrannie enden kann.

Schon wenige Wochen später folgte eine weitere Note, die diese Aussagen bekräftigte: „Die sowjetische Regierung verfügt über deutsche Dokumente, aus denen hervorgeht, dass es sich bei diesen Handlungen um von der deutschen Regierung geplante Aktionen handle.“²⁷ Beide Noten wurden in der sowjetischen Presse abgedruckt und in Massenaufgaben verbreitet. In Anbetracht dieser Veröffentlichungen bemerkte der bereits vielfach erwähnte Alfred Kurella: „Ich halte es für möglich, dass man einen Teil der Deutschen zwangsaussiedeln wird. Warum soll man nicht die unentwegten Nazis (soweit sie nicht abgeschlachtet werden) als eine Art von Sklaven in Sibirien und Mittelasien unterbringen und ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau verwenden?“²⁸ Unter dem Eindruck seiner ersten Erlebnisse mit gefangenen Wehrmachtssoldaten, deren Haltung anfänglich wenig Anlass zur Hoffnung auf Zusammenarbeit gab, stellte er wenige Tage danach die Frage: „Was ... soll mit diesen Leuten geschehen, deren Muster uns in Gestalt der Kriegsgefangenen gegenüber treten. Wird es Freude machen, diesen ewigen willenlosen ‚Untertanen‘ eine freiere Ordnung aufzuerlegen, die sie ebenso dumpf und blöde dulden werden, wie sie den Faschismus dulden? Nein – dieses Volk ist unglaublich tief verhetzt, kaputt, verdorben. Die jahrhundertalte Misere hat einen Punkt erreicht, auf dem nur ein ganzes Jahrhundert diesem Volk die Fähigkeit zu einem freien, schöpferischen Leben wiedergeben kann.“²⁹

Die Verbündeten nahmen die Noten offiziell entgegen, zweifelten sie intern jedoch als sowjetische Propaganda an. Erst als der Inhalt durch individuelle Aussagen glaubwürdiger Zeugen bestätigt wurde, riet der britische Geschäftsträger, Baggaley, den sowjetischen Erklärungen Glauben zu schenken:³⁰

[I]t seems clear that, even if M. Molotov's memorandum of the 6th January is not literally true in every detail, it presents, on broad lines, a faithful picture of what has been happening.

Baggaley hatte damit nicht viel Erfolg. Es stellte sich der Eindruck her, dass die Regierungen in London und Washington in dem Maß schweigsamer wurden, je

27 Runderlass von Molotov, 27. 4. 1942, veröffentlicht in: SSPO, I, S. 228–270.

28 Kurella an Cohn-Vossen, 22. 7. 1942, Kurella, Briefwechsel, S. 287–294.

29 Kurella an Cohn-Vossen, 25. 7. 1942, ebd., S. 296–300.

30 Baggaley an Eden, 28. 1. 1942, BDFA, III, A, Bd. 3, S. 2323.

genauer die sowjetischen Noten die Vorsätzlichkeit der deutschen Verbrechen gegen die sowjetische Zivilbevölkerung belegten.

1943 – unmittelbar nach der Eskalation der Katyn-Krise, auf die noch einzugehen sein wird – wandte sich Molotov letztmalig mit einem Runderlass an die Weltöffentlichkeit. Gegenstand dieser Note war die sklavenähnliche Zwangsarbeit von 2 Millionen Sowjetbürgern in Deutschland.³¹ Auch diese Note löste bei den verbündeten Regierungen keine Reaktionen aus. Danach verzichtete die sowjetische Regierung auf weitere Noten zu den deutschen Kriegsverbrechen. Sie überließ deren Mitteilung fortan der „Außerordentlichen Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen“, auf deren Gründungsgeschichte noch einzugehen sein wird. Das volle Ausmaß der Verbrechen auf dem Territorium der UdSSR blieb der internationalen Öffentlichkeit lange unbekannt. Die Westmächte waren nur begrenzt daran interessiert, die Dimensionen dieser Verbrechen festzustellen – was seit 1942 potentiell in den von der Roten Armee befreiten Gebieten möglich gewesen wäre. Eine stabile Zusammenarbeit bei der Untersuchung, Verfolgung und Bestrafung der deutschen Verbrechen bildete sich zwischen der UdSSR und den Westmächten während und nach dem Krieg nicht heraus.

Informationen über den Massenmord an Juden im Osten

Die von den Deutschen besetzten Teile der UdSSR – einschließlich der ehemals polnischen Ostgebiete, der baltischen Staaten und Bessarabiens – wurden neben dem „Generalgouvernement“ (für die besetzten polnischen Gebiete) zu Schauplätzen des Holocaust, des Massenmords an den Juden aus allen Teilen des von Deutschland besetzten Europas.³² Einer ihrer ersten grauenvollen Höhepunkte war die Erschießung von 30 000 Menschen im September 1941 in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew.³³

Am 16. August 1941 wandten sich acht Mitglieder der jüdischen Intelligencija an den Stellvertretenden Chef des sowjetischen Informationsbüros, Lozovskij, um die Erlaubnis für eine „antifaschistische Kundgebung“ der sowjetischen Juden in

31 Runderlass von Molotov, 11. 5. 1943, Auszug in UdF 1, S. 119–120.

32 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1990, S. 287–386. Hilberg untersucht den Vernichtungsprozess auf dem besetzten Gebiet der UdSSR unter der Überschrift: „Operationen der mobilen Tötungseinheiten“, in der die örtliche Begrenzung nicht genannt wird.

33 Wassili Grossman/Ilja Ehrenburg, *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Hamburg 1994. Dort leider nur geographisch und nicht chronologisch geordnete Berichte über die Judenvernichtung (die selbst nicht datiert sind) u. a. S. 43–59: Babi Jar (September 1941), S. 227–277: Minsk (Juli 1941).

Moskau zu erhalten.³⁴ Wahrscheinlich führten sowohl Eigeninitiative³⁵ als auch sowjetische Propagandaintressen zu diesem Vorschlag. Dafür sprechen Antragsteller wie Šachno Ėpštejn,³⁶ die ihren Aufruf „an die Juden der ganzen Welt“, den die Kundgebung verabschieden sollte, vor ihrer Anfrage bei Lozovskij bei den zuständigen Parteistellen eingereicht hatte. Die Veranstaltung fand bereits acht Tage später statt. Der dort verkündete Appell sprach erstmalig, jedoch ohne genaue Belege, von der Misshandlung und massenhaften Ermordung von Juden in Polen. Doch war von Verbrechen an Juden in den besetzten Teilen der Sowjetunion noch nicht die Rede. Stattdessen hieß es: „In den Ländern, die die Faschisten besetzten und versklavten, wurden unsere unglücklichen Brüder die ersten Opfer.“ Der Aufruf endete mit der Forderung:³⁷

Macht überall und in jeder Sprache die unerhörten Verbrechen von Hitlers Kannibalen bekannt! ... Die Menschheit wird von der braunen Plage befreit werden! Es ist Eure Pflicht mitzuhelfen sie niederzuringen! Schließt Euch dem heiligen Krieg an!

Neben neun bekannten Künstlern und Wissenschaftlern „jüdischer Nationalität“, darunter der deutsche Politemigrant Theodor Plievier,³⁸ beteiligte sich auch das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und der Londoner Royal Society, der Physiker Petr Kapica, mit einer besonders eindringlichen Rede an dieser Kundgebung:³⁹

Die Welt darf die Barbarei Hitler-Deutschlands nicht länger erdulden. Je einmütiger wir in diesem Kampf zusammenstehen, desto schneller wird er beendet werden, desto größer wird die Zahl der Menschen, die wir von ihren Leiden und der Vernichtung erretten können. Aber die Beschleunigung des Sieges wird davon abhängen, wie umfassend wir uns diesem Kampf, wo und wie er auch immer stattfindet, hingeben.

34 Michoëls u. a. an Lozovskij, 16. 8. 1941, RGASPI f. 17, op. 125, d. 35, Bl. 64–65, veröffentlicht in: Redlich, Holocaust, S. 173–174.

35 N. K Petrova, Antifašistskie komitety v SSSR 1941–1945 gg., Moskau 1999, S. 76. Von Eigeninitiative geht auch Redlich aus, vgl. Redlich, Holocaust, S. 22.

36 Šachno Ėpštejn, ein Schriftsteller und Berufsrevolutionär, war in den zwanziger und dreißiger Jahren für sowjetische Dienststellen in den USA tätig.

37 Appell an die Juden der Welt, 24. 8. 1941, in: Redlich, Holocaust, S. 173–174. Der Aufruf wurde am 25. 8. 1941 in der *Pravda* veröffentlicht.

38 *Pravda*, 25. 8. 1941, veröffentlicht in: Redlich, Holocaust, S. 183.

39 Die Versammlung am 24. 8. 1941 diente der Gründung des antifaschistischen jüdischen Komitees. Die Rede Kapicas wurde durch sowjetische Radiosender weltweit übertragen und leicht gekürzt am 25. August in der *Pravda* (S. 3) abgedruckt. Sie ist wiederabgedruckt in: Petr L. Kapica, *Naučnye trudy: Nauka i sovremennoe obščestvo*, Moskau 1998, S. 124.

Diese weitsichtigen Worte verhallten außerhalb der UdSSR weitgehend folgenlos. Weder die UdSSR noch jüdische Organisationen waren in der Lage, den Reden und dem Appell dieser Moskauer Veranstaltung weltweite Aufmerksamkeit zu verschaffen.⁴⁰ Der Präsident des Zionistischen Weltkongresses, Chaim Weizmann, hob zwar mit großer Zufriedenheit hervor, dass die Stimme der Juden in diesem Krieg zuerst in der UdSSR erhoben wurde, und er berichtete dem sowjetischen Botschafter in London Anfang September 1941 auch über die „warme Reaktion“ unter den Juden in den USA und Großbritannien, doch bezog er sich dabei lediglich auf einen Bericht über diese Veranstaltung, der in der von der sowjetischen Botschaft herausgegebenen „Soviet War News“ erschienen war. Auf den Anlass der Kundgebung ging er nicht ein.⁴¹ Die dort genannte ungeheure Zahl löste in der Welt keine Reaktionen aus. Ähnlich erging es im Mai 1942 einem Aufruf des Moskauer Antifaschistischen Jüdischen Komitees⁴², der wie der vorangegangene Moskauer Appell nicht allein auf Information zielte, sondern zum aktiven Kampf gegen Deutschland aufrief. Seit Mitte 1942 verdichteten sich Informationen über die im Osten von den Deutschen betriebene Ermordung der Juden aus den von ihnen besetzten Teilen Europas. Einen Bericht darüber leitete Gerhard Riegner, Büroleiter des Jüdischen Weltkongresses in Genf, am 8. August 1942 an die britische und amerikanische Regierung weiter.⁴³ Er ging weit über das hinaus, was bis dahin in der britischen und amerikanischen Presse über diese Verbrechen berichtet worden war. Riegner informierte über die Absicht der Deutschen, „dreieinhalb bis vier Millionen [Juden aus allen deutsch besetzten Ländern Europas] nach Deportation und Zusammenfassung im Osten mit einem Schlag

40 Petrova, *Antifasistskie komitety*, S. 77 behauptet auf Grundlage von nicht näher angegebenen Dokumenten, dass das Moskauer Meeting eine breite Reaktion in den USA und Großbritannien ausgelöst habe. Sie verweist auf eine Ausgabe des Stenogramms dieser Kundgebung in den USA mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren, davon 50 000 in englischer Sprache.

41 Majskij an NKID, 2. 9. 1941, veröffentlicht in: *Documents on Israeli-Soviet relations, Part 1 1941–1949*, London 2000, S. 9–10.

42 Aufruf der zweiten jüdischen Kundgebung, 24. 5. 1942, in: Shimon Redlich, *War, Holocaust and Stalinism. A documented study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR*, Luxembourg [u. a.] 1995, S. 202–203: „Seit dem letzten Aufruf vor neun Monaten haben die Hitler-Horden Hunderte Städte niedergebrannt und Hunderttausende Menschen ermordet. In den von Hitlers Henkerbanden eroberten Städten sterben jüdische Frauen, Kinder und Alte einen grausamen Tod ... Sie verbrennen lebendige Menschen und entweihen die Gräber ... Der Sommer des Jahres 1942 entscheidet das Schicksal des jüdischen Volkes. Dieser Sommer muss die endgültige Niederlage der bereits angeschlagenen Armeen Hitlers bringen.“

43 Gilbert, *Auschwitz and the Allies*, S. 60.

auszurotten“.⁴⁴ Sein Bericht stieß bei den Regierungen in Washington und London offensichtlich auf Zweifel; jedenfalls führte er zu keinerlei offiziellen Nachfragen in Moskau.

Die polnische Exilregierung war die erste, die Anfang Dezember 1942 eine Zirkularnote an alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen richtete, um durch zahlreiche detaillierte Angaben über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung auf dem Territorium Polens zu informieren. Diese Note ließ die Zahl der Opfer unbestimmt und sprach lediglich davon, dass die Gesamtzahl der Ermordeten mehrere Hunderttausende betrage. Sie erinnerte daran, dass seit dem Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges der Massenmord an den Juden derart hohe Ausmaße angenommen habe, dass Berichte darüber anfänglich keinen Glauben fanden. Selbst hilflos, äußerte die polnische Exilregierung die Hoffnung, die Vereinten Nationen würden die Verbrechen der Deutschen nicht nur verdammen, sondern auch Deutschland wirksam an deren Fortsetzung hindern.⁴⁵

In ihrem Kommentar dieser Note verband die Londoner *Times* den Mord an den Juden mit den deutschen Verbrechen in der UdSSR. Sie stellte fest, dass, während die Vernichtung der Juden Hitlers vorrangiges Ziel bliebe, die Grausamkeiten in den besetzten Teilen der UdSSR zu den monströsesten aller seiner Verbrechen gehörten. In Bezug auf die von der polnischen Exilregierung geäußerte Hoffnung stellte die Londoner Zeitung nüchtern fest, die Voraussetzung für wirksame Hilfe sei der Sieg der Alliierten. Und um tatsächlich Rettung zu bringen, müsse dieser Sieg ebenso schnell kommen wie umfassend sein.⁴⁶

Noch vor der polnischen Zirkularnote dachte man in Moskau über einen selbständigen Protest nach. Im Außenkommissariat wurden diese Aktivitäten zum einen durch Informationen des Jüdischen Weltkongresses und zum anderen durch geheimdienstliche Informationen des NKVD ausgelöst. Letztere bewertete der frühere Botschafter in den USA, Umanskij, als „substanzreicher“ als die Informationen, die der jüdische Weltkongress an Majskij übergeben hatte.⁴⁷ Zu keinem Zeitpunkt wurde im Narkomindel erwogen, das Jüdische Antifaschisti-

44 Der Text des Telegramms und damit zusammenhängende Dokumente sind einsehbar in: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsourc/Holocaust/riegnertoc.html>. Vgl. auch Christopher Browning, „A Final Hitler Decision for the ‚Final Solution‘? The Riegner Telegram Reconsidered“, in: *Holocaust and Genocide Studies* 10 (1996), S. 3–10.

45 Raczynski (London) an Eden, 9. 12. 1942, DzD I, 3, 1132–1137. Die am 10. Dezember an alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen übermittelte Note wurde am 11. 12. 1942 auszugsweise in der *Times* (S. 3) veröffentlicht.

46 *The Times*, 12. 12. 1942, S. 5: The New Barbarism.

47 Umanskij an Molotov, 5. 12. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 67, Bl. 9, teilweise veröffentlicht in: Redlich, *Holocaust*, S. 44.

sche Komitee zu beteiligen. Auf der Grundlage eines geheimdienstlichen Berichts – der am 6. Dezember 1942 im Außenkommissariat einging, jedoch den Westmächten nie zur Kenntnis gegeben wurde⁴⁸ – entwarf Umanskij eine Erklärung der sowjetischen Regierung zum „verbrecherischen Plan Hitlers zur *vollständigen* Vernichtung der Juden in den okkupierten Gebieten Europas“.

Die Erklärung sollte veröffentlicht und als Zirkularnote an alle in Moskau diplomatisch vertretenen Regierungen verschickt werden. Sie prangerte den Plan Hitlers an, vier Millionen europäische Juden, darunter vier Fünftel der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, bis Ende 1942 in das Gebiet des von den Nazis besetzten Polen zu deportieren, um sie dort, auch durch den Einsatz von Gaskammern, zu töten. Bisher seien bereits von den in Polen lebenden Juden mehr als zwei Millionen ermordet worden. Aus diesen Informationen wollte Umanskij die an Deutschland gerichtete Warnung ableiten:⁴⁹

Es ist an der Zeit dem deutschen Volk zu erklären, dass die gesamte zivilisierte Menschheit es als Komplizen dieser einzigartig blutigen Verbrechen betrachten wird und es die Verantwortung dafür teilen muss, solange deutsche Soldaten schuldig werden, indem sie Befehlen ihrer verbrecherischen Vorgesetzten folgen, solange sie ihre Waffen nicht vor den Armeen der Vereinten Nationen niederlegen, solange das deutsche Volk nicht die Tyrannei Hitlers und seiner blutrünstigen Generäle stürzt.

Während diese Erklärung Entwurf blieb, veröffentlichte die *International Federation of Trade Unions* eine Warnung an die deutschen Arbeiter vor den Konsequenzen ihres ausbleibenden Widerstandes gegen die Bestrebungen der Nazis, die Juden auszurotten.⁵⁰

*

Das Londoner Kabinett kam – gedrängt von Sikorski – der sowjetischen Regierung zuvor. Am 6. Dezember traf sich Eden mit den Botschaftern der USA und der UdSSR, um auf der Grundlage polnischer Dokumente über eine Reaktion auf die Deportation der Juden aus allen europäischen Ländern in das besetzte Polen und in den von den Deutschen okkupierten Teil Russlands zu beraten. Ziel der Deutschen sei es, die von ihnen besetzten Länder „judenfrei“ zu machen. Sie sprächen selbst von einer „final solution“. Jedem dieser Länder sei ein Datum gesetzt worden, bis zu dem der Transport nach Polen und Russland abgeschlossen sein

48 Merkulov an Molotov, 6. 12. 1942, ebd., Bl. 11–22. Ein Hinweis auf diesen Bericht findet sich in: Redlich, Holocaust, S. 44, Fußnote 1.

49 Umanskij an Molotov, 8. 12. 1942, ebd., Bl. 24–43, hier Bl. 42. Der Entwurf und das Zitat weisen zahlreiche, offensichtlich zustimmende Unterstreichungen von Molotov auf.

50 *The Times*, 14. 12. 1942, S. 2: Massacre Of Jews.

müsse. Meldungen darüber seien in der von den Deutschen kontrollierten Presse erschienen.⁵¹ Am folgenden Tag erhielt Eden die Einwilligung des Kriegskabinetts, die Möglichkeit eines gemeinsamen Protests der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition zu explorieren.⁵² Wahrscheinlich lag zu diesem Zeitpunkt bereits der Entwurf einer solchen Erklärung vor. Sie blieb unkonkret, bestätigte aber die Berichte über die beginnende Tötung von Juden aus ganz Europa in Polen, das zu einem „Schlachthaus“ werde, in dem nur die Hochqualifizierten überlebten, weil sie für die Kriegsindustrie benötigt würden. Trotz dieser drastischen Schilderung nannte der Entwurf keine konkreten Zahlen, weder für die nach Osten deportierten noch für die dort bereits ermordeten Juden. Die Erklärung schloss mit einer erneuten Strafandrohung.⁵³

Die sowjetische Regierung akzeptierte diesen Entwurf umgehend. Sie ging dabei davon aus, dass es sich um eine Erklärung der UdSSR, der USA und Großbritanniens über den Massenmord an den Juden durch die Hitlerregierung handeln würde. Ohne ihre Zustimmung davon abhängig zu machen, schlug sie vor, die Zahl der Opfer zu nennen. Dafür wollte sie die Formulierung verwenden, die bereits die polnische Regierung gebraucht hatte, die Gesamtzahl der Getöteten gehe in die Hunderttausende.⁵⁴ Dagegen konnten die Regierungen der USA und Großbritanniens schwerlich etwas einwenden. Immerhin ließen beide Regierungen noch vier Tage verstreichen, ehe sie ihr Einverständnis mitteilten. Sie verbanden es ihrerseits mit dem Vorschlag, auch andere Teilnehmerstaaten der Vereinten Nationen in die Erklärung einzubeziehen und sie zeitgleich am 17. Dezember 1942 in Washington, London und Moskau zu veröffentlichen.⁵⁵

Gemessen an der ursprünglichen Hoffnung der polnischen Regierung, dass die Vereinten Nationen nicht nur die Verbrechen der Deutschen verdammen, sondern Deutschland wirksam an dessen Fortsetzung hindern würden, bot diese Erklärung nur wenig. Statt konkrete Vergeltungsmaßnahmen anzudrohen, schien es, als wollten die Alliierten den Verbrechen einen positiven Effekt abgewinnen, indem sie erklärten, derartige Taten würden nur die Entschlossenheit aller der fried-

51 *The Times*, 7. 12. 1942, S. 3: Terror Against Jews. European Pogrom.

52 Beschlussprotokoll des Kriegskabinetts, 7. 12. 1942, DzD I, 3, 1162, Fußnote 1. Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Kriegskabinetts: „The secretary of State for Foreign Affairs said there were reports of further atrocities against Jews in Poland and the Governments of some of our European Allies were pressing for a further declaration condemning these outrages. Subject to the War Cabinet’s approval, he proposed to explore the possibility of a joint declaration on this subject by His Majesty’s Government and the Governments of the United States and the U.S.S.R. The War Cabinet approved this proposal.“

53 Entwurf einer Gemeinsamen Erklärung, o.D. [8. 12. 1942], DzD I, 3, 1162–1163.

54 Saksin an Baggallay, 12. 12. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 67, Bl. 51–53.

55 Baggallay an Saksin, 16. 12. 1942, ebd., Bl. 54–55.

liebenden Völker stärken, die barbarische Hitlertyrannie zu überwinden.⁵⁶ Angesichts der Taten Hitlers und Himmlers klang diese Deklaration „erbärmlich zahm“,⁵⁷ aber auch wie ein Eingeständnis, dass die Alliierten ihren gemeinsamen Worten keine gemeinsamen unmittelbaren Taten folgen lassen konnten.

In Moskau ließ es das Außenkommissariat nicht bei dieser Deklaration bewenden. Einen Tag nach ihrer Veröffentlichung erschien in der sowjetischen Presse eine Mitteilung des *Sovinformbjuro*, die äußerst präzise über den Massenmord an den Juden durch die Deutschen informierte. Sie stützte sich auf das geheimdienstliche Material, das seit dem 6. Dezember 1942 im Außenkommissariat vorlag. Der von Umanskij erarbeitete Entwurf⁵⁸ wurde in zwei Punkten abgeschwächt veröffentlicht: Aus der Überschrift „Zur Verwirklichung der Pläne der Hitler-Regierung zur *vollständigen* Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa“ wurde „vollständigen“ gestrichen. Auf die ursprünglich vorgesehene Angabe der bisherigen Opferzahl wurde verzichtet. Dennoch blieb die Mitteilung schockierend:⁵⁹

[D]ie Nazis und ihre Helfershelfer beschleunigen das Durchführungstempo ihres Sonderplans zur vollständigen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Europas. [...] Der menschenfresserische Plan, der durch Hitler am Beginn dieses Jahres ausgearbeitet wurde, sieht bis Ende 1942 die Konzentration von ungefähr vier Millionen Juden in Osteuropa, hauptsächlich auf dem Gebiet Polens, vor. Der Plan betrifft die überwältigende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in den von Deutschland besetzten Ländern Europas, aber auch von Deutschland selbst. Der Abtransport dieser zum Tode verdamnten friedlichen Bürger nach Polen, das zum faschistischen Hauptschlachtplatz Europas verwandelt wurde, steht vor dem Abschluss ... [D]ie Zahl der durch die Nazis nach diesem wahrhaft teuflischen Plan Getöteten beläuft sich auf viele hunderttausend [ursprünglich „schon ungefähr zwei Millionen“] Männer, Frauen und Kinder, von denen etwa [ursprünglich „mehr als“] die Hälfte aus Deutschland, den deutschen Satellitenstaaten Ungarn und Rumänien sowie aus den von Deutschland besetzten Staaten (der Tschechoslowakei, Österreich, Frankreich, Belgien, Holland und Norwegen) auf polnisches Territorium verschleppt wurden.

56 Gemeinsame Erklärung, 17. 12. 1942, DzD I, 3, 1162–1163.

57 *The Times*, 22. 12. 1942, S. 5 Leserbrief von Neill Malcolm, einem prominenten britischen Militär.

58 Umanskij, „Zur Verwirklichung der Pläne der Hitler-Regierung zur vollständigen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa“ [Entwurf einer Erklärung des Sovinformbjuro], 19. 12. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 67, Bl. 59–66.

59 *Izvestija*, 19. 12. 1942: Mitteilung des Sovinformbjuros über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa, englische Übersetzung veröffentlicht in: Documents on Israeli-Soviet relations, S. 43–48.

Am Ende der Erklärung verkündete das *Sovinformbjuro* in stalinscher Denkweise:

Mit ihren Gräueltaten gegen die Juden und mit all ihrer fanatischen antisemitischen Propaganda versuchen die Nazis die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von der Katastrophe abzulenken, die sich immer drohender für das faschistische Deutschland abzeichnet. Nur die zum Untergang verdamnten Abenteurer der Hitlerclique können sich einbilden, dass sie in dem Blut von Hunderttausenden völlig unschuldigen Juden ihre zahlreichen Verbrechen an den Völkern Europas ertränken könnten, die in den Krieg durch den unersättlichen deutschen Imperialismus gezogen wurden ... Die strafende Hand der Völker, die das Joch der Nazi-Eindringlinge abwerfen werden, wird hart sein. Der Vergeltung der befreiten Völker werden weder die herrschende Hitler-Clique noch die entgehen, die deren verbrecherischen, blutigen Befehle ausführen.

Die Öffentlichkeit der freien Völker übergang diese in mehrfacher Hinsicht einzigartige sowjetische Mitteilung – für die es weder vorher noch danach in anderen Ländern während des Krieges eine Entsprechung gab – mit Schweigen. Statt sie zu kritisieren oder sich ihr anzuschließen, veröffentlichte das „Inter-Allied Information Committee“ – das im Januar 1942 von den kleinen Verbündeten gebildet worden war, deren Exilregierungen in London saßen – eine eigene Erklärung. Sie basierte offensichtlich auf ähnlichen Informationen jüdischer Organisationen wie die sowjetische Erklärung, und sie ging wie diese von einem deutschen Plan zur Vernichtung der Juden aus. Unter Berufung auf Stephen F. Wise, dem Präsidenten des American Jewish Congress, wurde die Zahl von zwei Millionen Juden genannt, die seit 1939 ermordet worden waren. Weitere fünf Millionen Juden seien vom Tod bedroht. Bei dieser ebenso schockierenden wie unfassbaren Information ließ es das Informationskomitee der kleinen Alliierten bewenden. Schlussfolgerungen oder Strafandrohung fehlten.⁶⁰

*

Obwohl die Vereinigten Staaten bereits in einer Erklärung am 30. August 1943 auf die massenhafte Ermordung der polnischen Bevölkerung in der Provinz Lublin hingewiesen hatten,⁶¹ entwickelten sich daraus keine gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten, diese Verbrechen schnellstmöglich gemeinsam zu untersuchen. Ein Jahr später veröffentlichte die *Pravda* ohne Bezug auf die früheren amerikanischen Informationen eine Meldung über den Massenmord im Lager Majdanek. Auf Bitten

60 *The Times*, 21. 12. 1942, S. 3: Persecution Of The Jews. Record Of German Brutality, Plan Of Extermination

61 Vgl. DzD, I, 4, S. 498–499: Erklärung der Regierung der Vereinigten Staaten zu den Kriegsverbrechen in Polen. Diese Erklärung wurde auch an die sowjetische Regierung übermittelt (vgl. FRUS, 1943, I, S. 416).

des nur von der UdSSR anerkannten Polnischen Komitees für nationale Befreiung wurde eine gemeinsame Untersuchungskommission eingesetzt.⁶² Vertreter anderer Staaten der Vereinten Nationen wurden nicht zur Mitarbeit eingeladen. Am 16. September 1944 publizierte die polnisch-sowjetische Kommission ihren Untersuchungsbericht in der *Izvestija*. Diese Informationen stellten alles in den Schatten, was der internationalen Öffentlichkeit bis dahin über deutsche Konzentrationslager bekannt war. Erstmals dokumentierte dieser Bericht, gestützt auf Untersuchungen vor Ort und Befragungen des Lagerpersonals, die Vergasung, Erschießung und den Erschöpfungstod Hunderttausender Opfer. Der hohe Anteil von Juden unter den im KZ Majdanek Ermordeten wurde in dem Bericht allerdings nicht hervorgehoben. Bei der Aufzählung der Opfer wurden sie an letzter Stelle erwähnt.⁶³

Auch eigene Informationen über das Vernichtungslager Treblinka, die Ende 1944 vorlagen,⁶⁴ veranlassten Molotov zu keinen Handlungen. Erst auf Anfrage westlicher Regierungen wurde das Außenkommissariat aktiv. So erkundigte sich der britische Botschafter am 19. Februar 1945 in einer Note danach, ob unter den Überlebenden des Konzentrationslagers in Auschwitz auch britische Kriegsgefangene seien. Es bedurfte einer Mahnung durch Kerr, um Vyšinskij zu veranlassen, Informationen bei kompetenten sowjetischen Stellen einzuholen. Am 23. April teilte das Außenkommissariat der britischen Botschaft schließlich mit, dass im Konzentrationslager Auschwitz und allen seinen Zweiglager insgesamt mehr als vier Millionen Menschen umgebracht wurden, dass sich jedoch unter den Überlebenden keine britischen Staatsbürger befänden.⁶⁵ Interne sowjetische Berichte über die Befreiung anderer Konzentrationslager, so auch über die Lager in Auschwitz, blieben unveröffentlicht.⁶⁶

Grenzen der Informationen

Der massenhafte Mord an der jüdischen Bevölkerung ereignete sich zeitgleich mit noch zahlreicheren Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen und an Zivilis-

62 *Pravda*, 19. und 20. 8. 1944.

63 *Izvestija*, 16. 9. 1944, veröffentlicht in: ISPO, VIII, S. 226–241. Vgl. dazu auch Konstantin Simonov, *The death factory near Lublin*, London o.J. [1944] und Ders., *Ich sah das Vernichtungslager*, Berlin o.J. [1945].

64 Švernik an Molotov, o.D. (Dezember 1944)6 AVP RF f. 06, op. 6, p.7, d. 86, Bl. 1–11.

65 AVP RF f. 06, op. 6, p. 24, d. 270, Bl. 1–11. Die *New York Times* titelte bereits am 11. 4. 1945: 5000000 reported Slain at Oswiecim“.

66 Eine Sammlung sowjetischer Quellen zu den Verbrechen der Nationalsozialisten in den besetzten Gebieten der UdSSR und Osteuropas befindet sich in den United States Holocaust Memorial Museum Archives.

ten in den besetzten Teilen der UdSSR.⁶⁷ Ähnlich wie auch beim Holocaust weigerte sich die Bevölkerung der freien Länder anzuerkennen, dass die deutschen Kriegsverbrechen im Osten Teil eines geplanten und von Anfang an angestrebten Vernichtungskriegs waren, dessen Vorbereitung und Entfaltung sie weitgehend tatenlos zugesehen hatten. Die Feststellung von Walter Laquer in Bezug auf den Holocaust gilt gleichermaßen für die Kriegsverbrechen im deutsch-sowjetischen Krieg:⁶⁸

Public opinion in Britain, the United States and elsewhere was kept informed through the press from an early date ... But the impact of the news was small or at least shortlived. [...] Hence the surprise and shock at the end of the war when the reports about a ‚transit camp‘ such as Bergen-Belsen came in: „No one had known, no one had been prepared for this.“

Erst als der Sieg nahte und eigene Truppen zu einzelnen Stätten der deutschen Verbrechen vordrangen, schenkten westliche Medien Berichten Glauben, die sie vorher geneigt waren als sowjetische Propaganda zu betrachten und anzuzweifeln. Zu Aussagen deutscher Kriegsgefangener bemerkte die *New York Times* nun: Von deutscher Seite erreichte uns jetzt Bestätigung für die Geschichten von deutschen Gräueltaten sowohl gegen die Zivilbevölkerung als auch gegen die Kriegsgefangenen, die so mutwillig grausam sind, dass man sie ohne diese Bestätigung als Erfindungen der Propaganda unbeachtet gelassen hätte.⁶⁹ Auch der Supreme Commander der alliierten Expeditionsstreitkräfte, Dwight D. Eisenhower, war im April 1945 bestrebt, sich ein eigenes Bild von den deutschen Verbrechen zu verschaffen, um Zeugnis ablegen zu können, falls behauptet werden würde, diese Taten existierten nur in der Propaganda.⁷⁰

67 Vgl. dazu Wolfram Wette, „Rassenfeind“: Die rassistischen Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion, in: Hans-Adolf Jacobsen u. a. (Hg.), *Deutsch-russische Zeitenwende, Krieg und Frieden 1941–1945*, Baden-Baden 1995, S. 175–201, hier S. 189: „Die historische Forschung hat sich mit diesem, gegen den slawischen ‚Rassenfeind‘ gerichteten Vernichtungsprogramm noch nicht mit der gleichen Intensität auseinandergesetzt wie mit den Judenmorden. Dieser ‚andere Holocaust‘, dessen Opfer die slawischen Menschen Russlands waren, hatte noch gespenstischere quantitative Dimensionen als die Judenmorde.“

68 Walter Laqueur, *The Terrible Secret: An Investigation into the Suppression of Information about Hitler’s ‚Final Solution‘*, London 1980, S. 204.

69 *New York Times*, 17. 2. 1945, S. 2: Harold Denny, *Captive confirm Reich atrocities*.

70 Eisenhower an Marshall, 15. 4. 1945, in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2614–2617, hier S. 2615: „[T]he most interesting – although horrible – sight that I encountered during the trip was a visit to a German internment camp near Gotha. [...] I made the visit deliberately, in order to be in position to give first-hand evidence of these things if ever, in the future, there develops a tendency to charge these allegations merely to ‚propaganda‘.“

Zu den Ursachen für die partielle und verzögerte Wahrnehmung der deutschen Verbrechen zählt auch, dass es zu keiner Zusammenarbeit bei der Untersuchung der vielfältigen Kriegsverbrechen und bei der Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen gekommen war. Über das Ausmaß der Verbrechen von vielen Seiten gut informiert, darunter auch durch Anfragen der Verbündeten,⁷¹ war dem Außenkommissariat die Schwäche der eigenen Berichterstattung bewusst. Anfang 1945 klagte Lozovskij:⁷²

Alle Versuche des *Sovinformburo*, von der Außerordentlichen Kommission Materialien für die weitere Enthüllung der deutschen Gräueltaten in der englischen und amerikanischen Presse zu erhalten, waren bisher von keinem Erfolg gekrönt. Statt die ganze Welt Tag für Tag mit Materialien über die deutschen Gräueltaten zu versorgen, hat sich die Kommission in ein geschlossenes Archiv verwandelt. In den zwei Jahren und zwei Monaten ihrer Existenz hätte diese Kommission in England und den USA mindestens 10 bis 15 Bände über die Gräueltaten der Deutschen auf dem sowjetischen Territorium herausgeben und mit Photographien illustrieren können, indes veröffentlichte die Kommission nicht einen einzigen Band im Ausland. Sämtliche durch die Kommission zusammengetragenen Materialien sollten wir jetzt – noch vor der endgültigen Zerschlagung der Deutschen, vor der Kapitulation Deutschlands und vor der Friedenskonferenz – publizieren, denn [erst] gestützt auf diese Materialien könnten wir die Reparationsfrage mit dem nötigen Nachdruck stellen. Nach der Friedenskonferenz werden all diese Dokumentenberge, die jetzt im Archiv der Kommission aufbewahrt werden, keinen praktischen Nutzen für uns mehr haben.

Der stellvertretende Volkskommissar forderte, eine Auswahl der Materialien, die durch die ČGK gesammelt worden waren, sofort im Westen zu publizieren. An das *Sovinformburo* sollten umgehend Dokumente geliefert werden, die die Deutschen bloßstellten und diese Quellen dann in der Weltpresse verwendet werden.⁷³ Obwohl Molotov bereit war, diese Frage mit Vyšinskij und dem Kommissionsvorsitzenden Švernik zu erörtern, geschah nichts in der von Lozovskij vorgeschlagenen Richtung. Stalin war nicht bereit, die gesammelten Untersuchungsergebnisse zu den massenhaften Verbrechen der Deutschen auf dem Territorium der UdSSR der Weltöffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und damit einer Gegenprüfung auszusetzen. Erst nach dem Krieg nutzte die UdSSR ihre eigenen, niemals von anderer Seite verifizierten Informationen über deutsche Verbrechen als Teil ihrer

71 Gestützt auf Aussagen eines Kriegsgefangenen, der den Briten über die Erschießung von fünftausend Juden auf sowjetischem Territorium nahe der Stadt Cherson berichtet hatte, richtete die britische Botschaft am 6. 5. 1944 eine Anfrage an das NKID und erhielt die Auskunft, dass im September 1941 in diesem Gebiet tatsächlich 6700 Juden durch die Deutschen getötet wurden (AVP RF f. 06, op. 6, p. 29, d. 332, Bl. 1–5).

72 Lozovskij an Molotov, 5. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 19, d. 206, B1. 2.

73 Ebd.

Propaganda. Deren Glaubhaftigkeit wurde in der deutschen und westlichen Öffentlichkeit ebenso angezweifelt wie die im September 1945 veröffentlichte Erklärung der ČGK über die sowjetischen Kriegsschäden in der UdSSR.⁷⁴

2. Die Alliierten und die deutschen Kriegsverbrechen in der UdSSR

Lange vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR konfrontierte Hitler die Alliierten in Polen mit Kriegsverbrechen. Diese festzustellen, rechtlich zu bewerten, die Verantwortlichen ausfindig zu machen und eine gemeinsame Strategie zu deren Einschränkung zu entwickeln, war im Zweiten Weltkrieg noch schwieriger als in dem für Westeuropa *großen* Krieg, der 1914 begonnen hatte. Die Schwierigkeiten lagen nicht nur in der Dimension der Verbrechen begründet, sondern auch in der heterogenen Zusammensetzung der potentiellen Verfolger. Ohne ein Mindestmaß gegenseitigen Vertrauens der Gegner Deutschlands ließen sich die genannten Aufgaben weder rechtzeitig noch ausreichend bewältigen.

Bis zum 22. Juni 1941 gelang es den Alliierten nicht, gemeinsame Regeln und Einrichtungen für die Verfolgung der Kriegsverbrechen zu vereinbaren. Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs hielt die britische Regierung derartige Vorbereitungen für eine unnötige Vorbelastung ihrer Politik während und nach dem Kriege. Als die polnische Exilregierung am 1. Februar 1940 ihren ersten Bericht über deutsche Grausamkeiten veröffentlichte,⁷⁵ sperrte sich London dagegen, in einer gemeinsamen französisch-britisch-polnischen Erklärung zu den Kriegsverbrechen konkrete Strafen anzudrohen. Der damalige britische Außenminister, Halifax, erklärte: „My own view has hitherto been disposed to doubt the wisdom

74 Die „Mitteilung über die materiellen Schäden, die den staatlichen Betrieben und Einrichtungen, Kolchosen, gesellschaftlichen Organisationen und Staatsangehörigen der UdSSR von den deutsch-faschistischen Okkupanten zugefügt wurden“ veröffentlichte die *Izvestija* am 13. September 1945. Zwischen dem 19. und 25. September erschienen Auszüge aus dieser Mitteilung in allen lokalen und zentralen Zeitungen der SBZ. Erst zwei Jahre später, am 12. Dezember 1947, legte die sowjetische Delegation den Text dieser Pressemitteilung als offizielles Arbeitsdokument auf der V. Tagung des Rats der Außenminister in London vor. Der Vertreter der USA, Marshall, lehnte jedoch dessen Erörterung ab, da es sich um ein rein propagandistisches Papier handle, das nicht Gegenstand ernsthafter Verhandlungen sein könne. Bevin und Bidault unterstützten den amerikanischen Standpunkt (AVP RF f. 0431, op. 5, p. 3, d. 19, Bl. 353–354).

75 *The Times*, 2. 2. 1940, S. 7: Polish Official Report On Atrocities.

of pledging ourselves to punish individuals. – And I rather think the French feel the same.“⁷⁶

Die polnische Regierung ging dennoch einen Schritt weiter. Sie legte einen neuen Entwurf vor, der nicht nur erstmals Gewaltverbrechen wie die massenhafte Erschießung von Zivilisten benannte, sondern auch die „abscheuliche“ Behandlung der Juden anprangerte und die Forderung aufstellte, dass es eine vollständige Sühne für all das Böse geben müsse, was Deutschland in Verletzung des internationalen Rechts verursacht habe. Das britische Kabinett wollte diesem Dokument nur auf der Grundlage einer schriftlichen Versicherung der *polnischen* Regierung zustimmen, dass sie diese Erklärung als Feststellung von Prinzipien betrachte und daraus keine späteren Unterstützungsforderungen gegenüber anderen Staaten ableite.⁷⁷ Eine Einigung konnte auf diese Weise nicht zustande kommen. Polen, Großbritannien und Frankreich verständigten sich am 18. April 1940 lediglich auf eine Protesterklärung, der sie nicht den Charakter einer zwischenstaatlichen Vereinbarung verliehen. Sie ließen die Bestrafung der Schuldigen offen, sprachen stattdessen von der Verantwortung Deutschlands und forderten nebulös, das Unrecht zu richten.⁷⁸

Die Besetzung von Teilen Frankreichs und anderer Staaten, die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in Jugoslawien, aber auch neue Beweise für Schreckenstaten in Polen⁷⁹ änderten in den ersten zwei Jahren des Zweiten Weltkriegs nichts an der unbestimmten Haltung der Alliierten zur Ahndung der Kriegsverbrechen. Die deutschen Verbrechen auf dem Gebiet der Sowjetunion trafen Großbritannien und seine Verbündeten unvorbereitet. Ihnen gegenüber überwog im Westen eine indifferente Haltung, die George Kennan damals dem amerikanischen Botschafter in London zu erklären versuchte:⁸⁰

76 Erster polnischer Entwurf für eine gemeinsame französisch-britisch-polnische Erklärung zu den Kriegsverbrechen, 7. 2. 1940, DzD I, 1, S. 110–111.

77 Zweiter polnischer Entwurf für eine gemeinsame französisch-britisch-polnische Erklärung zu den Kriegsverbrechen, 1. 3. 1940, in: DzD I, 1, S. 122–123. Vorangegangen war ein britischer Gegenentwurf, vgl. G.P. Young, Entwurf einer gemeinsamen französisch-britisch-polnischen Erklärung zu den Kriegsverbrechen in Polen, 10. 2. 1940, in: ebd., S. 116–117.

78 Diese Erklärung wurde lediglich in der *Times* veröffentlicht. Sie ist vollständig abgedruckt in DzD I, 1, S. 123, Anm. 3. Zur Bestrafung der Kriegsverbrechen erklärten die drei Regierungen: „They reaffirm the responsibility of Germany for these crimes and their determination to right the wrongs thus inflicted on the Polish people.“

79 *The Times*, 20. 5. 1941, S. 4: German Atrocities.

80 George F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten 1925–1950*, Stuttgart 1968, S. 183f. Kennan äußerte sich Anfang 1944.

[A]n dem Tag, an dem wir uns mit den Russen als unseren Verbündeten im Kampf gegen Deutschland einverstanden erklärten, da erklärten wir uns ... stillschweigend auch mit der Art der Kriegsführung einverstanden, wie sie in Osteuropa und Asien Jahrhunderte hindurch geübt worden ist ... Wenn die Geschichte über die Grausamkeiten dieses Krieges ihr Urteil fällt, wird sie zwischen Siegern und Besiegten nicht unterscheiden ... Wollen andere ... in dem üblen Morast wühlen, in dem die Scheußlichkeiten dieses Krieges versunken sind, so sei es ihnen unbenommen. Ich als Amerikaner ziehe es vor, von dem relativen Maß an Schuld, das sie dabei an den Tag zerren, nicht Kenntnis zu nehmen.

Erst spät führten deutsche Kriegsverbrechen zu Kontakten zwischen den Westmächten und der UdSSR. Ein wesentlicher Grund für diese Verzögerung lag in der besonderen Haltung der UdSSR zum Kriegsvölkerrecht und ihr Desinteresse an der völkerrechtswidrigen Kriegsführung der Deutschen vor dem 22. Juni 1941.

Die sowjetische Regierung hatte von Anfang an ein zwiespältiges Verhältnis zur Genfer Konvention – dem Genfer Kriegsgefangenenabkommen vom 27. Juli 1929. Aus eigener Initiative hatte sie nicht an deren Ausarbeitung teilgenommen; sie lehnte es seit Bestehen der Konvention ab, diese zu unterzeichnen. Moskauer Stellen erarbeiteten eine eigene Rechtsordnung, die das Ziel verfolgte, Kriegsgefangene nicht schlechter zu behandeln, als es die geltenden internationalen Regelungen vorsahen, welche die *Pravda* als „Maskerade bourgeoiser Kriegsvorbereitungen“ herabwürdigte.⁸¹ Man beabsichtigte eigene Interessen und Standards durchzusetzen, die als Errungenschaften der Revolution von 1917 galten. Daraus ergab sich eine Mischung aus humanitären Bestimmungen und kommunistischen Zielen, die den Kriegsgefangenen *auf dem Papier* weitergehendere Rechte einräumten, als sie die Genfer Konvention vorsah. So bestimmte die Ordnung in insgesamt 45 Einzelpunkten u. a.:⁸²

10. Kriegsgefangenen, die der Arbeiterklasse oder der Bauernschaft angehören, keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und sich vollständig loyal zur UdSSR verhalten, sind auf dem Territorium der UdSSR alle politischen Rechte zu gewähren wie allen anderen ausländischen Werkträgern.

12. In Bezug auf ihre Unterbringung werden keine Unterschiede zwischen den Kriegsgefangenen gemacht, egal welcher Rasse, Nationalität oder religiösen und politischen Überzeugung sie angehören. Unterschiede werden auch nicht nach dem militärischen Rang oder Dienststellung gemacht. Auf ihren eigenen Wunsch hin können Kriegsgefangene gleicher

81 Andreas Hilger, *Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR 1941–1945. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000, S. 51: Hilger verweist auf die *Pravda* vom 1. 8. 1929.

82 Postanovlenie des SNK Nr. 1798-800s vom 19. 3. 1931: Kriegsgefangenenordnung, in: Zagarul'ko, *Kriegsgefangene*, S. 60–64.

Nationalität zusammen untergebracht werden. Kriegsgefangene Offiziere können gesondert von den übrigen Kriegsgefangenen untergebracht werden.

34. ...Verboten ist – selbst mit ihrer Zustimmung – die Heranziehung von Kriegsgefangenen zur Erfüllung persönlicher Bedürfnisse der Lagerverwaltung oder anderer Kriegsgefangener (Burschendienste).

Obwohl ein vom Außenkommissariat in Auftrag gegebenes Gutachten feststellte, „dass die im vorliegenden Gesetzentwurf verankerten Bedingungen für die Unterbringung von Kriegsgefangenen nicht schlechter sind, als die in der Genfer Konvention vorgesehenen“ und daraus schlussfolgerte, es könne „das Prinzip der Gegenseitigkeit ohne Schaden für die UdSSR und für die einzelnen Kriegsgefangenen angewendet werden“,⁸³ erhielten die Unterzeichnerstaaten der Genfer Konvention nie Kenntnis von dieser sowjetischen Verordnung. Sie wurde nicht veröffentlicht und blieb im In- und Ausland unbekannt.

Im September 1939 wurde im Zusammenhang mit der Gefangennahme von Einheiten der polnischen Armee⁸⁴ eine neue Kriegsgefangenenordnung vorbereitet.⁸⁵ Der Entwurf fand jedoch bis zum deutschen Angriff auf die UdSSR keine Bestätigung.

Unter den 1941 in der UdSSR herrschenden Bedingungen konnte es nicht verwundern, dass sich die sowjetische Regierung gegen die Übernahme der Genfer Konvention sperrte. Sie wollte die darin vorgesehenen internationalen Kontrollen nicht zulassen. Überraschend ist dagegen die zögerliche Haltung der Staaten, die über eine lange Rechtstradition verfügten. Wie sein Vorgänger achtzehn Monate zuvor warnte Eden noch im Oktober 1941 vor zu konkreten Verpflichtungen in Bezug auf die Verfolgung der Kriegsverbrecher. Eden hielt dies für ebenso gefähr-

83 Malickij (Konsultant des NKID): Gutachten zur Kriegsgefangenenordnung, 27. 3. 1931, in: Zagarul'ko, Kriegsgefangene, S. 64–65.

84 Am 19. 11. 1939 befanden sich insgesamt 125 000 polnische Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern, davon sollten 42 000 entlassen und 42 492 an die Deutschen übergeben (da ihr Wohnort in den von Deutschland besetzten Teilen Polens lag) und ca. 40 000 weiterhin festgehalten werden, vgl. Zagarul'ko, Kriegsgefangene, S. 154. Ungleich mehr Polen befanden sich in deutscher Kriegsgefangenschaft. Die deutschen und polnischen Angaben dazu schwanken zwischen 700 000 und 480 000. Eine neue polnische Untersuchung enthält keine Hinweise auf Massensterben polnischer Kriegsgefangener in deutschen Lagern, sondern kommt zu der ambivalenten Feststellung: die „Unterbringung war akzeptabel ... die Lebensmittelrationen reichten gerade zum Überleben. [Pakete] bewahrten die Gefangenen vor Hunger und Entkräftung“. Vgl. Edmund Nowak, Polnische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“, in: Günter Bischof/Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx, (Hg.), Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges, Kriegsfolgen-Forschung, Band 4, Wien-München 2005, S. 506–517, hier S. 508 und 514.

85 Vgl. dazu Hilger, Kriegsgefangene, S. 52.

lich wie Grenzabsprachen.⁸⁶ Erst nach Drängen der britischen Öffentlichkeit verschärfte das Foreign Office den Entwurf einer gemeinsamen alliierten Erklärung zu den deutschen Verbrechen, die die UdSSR als eine unter vielen Opfern erst hinter Luxemburg und anderen Staaten nannte. Prophetisch hieß es nun:

The methods of oppression and terror used by Hitler are such that many people, including the Germans and Italians, are ignorant of the full facts. When these things are known, world opinion will not allow the criminals to escape just punishment for their crimes.

Bereits in dieser frühen Erklärung hatte es den Anschein, als wollten die britischen Autoren aus den deutschen Vergehen einen positiven Effekt ableiten: Jeder barbarische Akt verstärke den Willen der Völker, ihren heroischen Widerstand fortzusetzen.⁸⁷ Die sowjetische Regierung musste auf diesen Entwurf, der ihr wie den übrigen acht Verbündeten am 21. Oktober übermittelt wurde, nicht reagieren, denn schon eine Woche später zog Eden die britische Initiative wieder zurück. Anlass dafür war eine Erklärung Churchills, welcher angesichts der Erschießung französischer Geiseln erstmals von deutschen Gräueltaten, insbesondere in Russland, sprach und daraus das Ziel ableitete: Strafverfolgung müsse nun einen festen und vorderen Platz unter den Kriegszielen einnehmen.⁸⁸ Dies war eine entscheidende Feststellung. Sie führte jedoch zunächst zu keiner Aktivierung der britischen Politik.⁸⁹ Vielmehr stellte die Londoner Regierung ihre Bemühungen um eine gemeinsame Deklaration ein. Eden erklärte, es sei jetzt unnötig, mit seinem ursprünglichen Vorschlag fortzufahren, umso mehr als es schwierig wäre, einen Text mit den Verbündeten abzustimmen.⁹⁰ In Moskau überhörte man die Neubestimmung der Kriegsziele durch Churchill.

86 Edén: Action of the German Authorities in Occupied Territories, 5. 10. 1941, DzD I, 1, S. 502–504, hier S. 503: „[M]y feeling is that the commitment to hunt down and try many thousands of Germans after the war may be as embarrassing as, for example, a commitment in favour of any particular frontier.“ Zur Erklärung von Halifax 1940 vgl., S. 263.

87 Ebd.

88 Erklärung Churchills betr. Exekution französischer Geiseln, 25. 10. 1941, DzD I, 1, S. 514–515.

89 Die *Times* gab unter der Überschrift „Crime and Retribution“ zu bedenken, dass zukünftige Vergeltung Hitler nicht davor abschrecken werde, neue Untaten anzuordnen, um daraus die Forderung abzuleiten: „Only the collective force of the nations banded together against Hitlerism can sweep away the ignoble system that is responsible for such outrages.“ Vgl. *The Times*, 27. 10. 1941, S. 5.

90 Edén: Action of the German Authorities in Occupied Territories, 8. 10. 1941, DzD I, 1, S. 505–506.

*

Die Zurückhaltung der britischen Regierung gegenüber den deutschen Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen war auch das Ergebnis der deutschen Politik. Letztere zielte darauf, die Anti-Hitler-Koalition zu spalten und nutzte dafür die Kriegsgefangenenfrage. Während sowjetische Kriegsgefangene jämmerlich verhungerten, berichtete die *Times* am 1. Oktober 1941 über die angekündigte Entlassung von mehr als 1 500 britischen Kriegsgefangenen (Verwundeten, Sanitätern und Geistlichen) aus deutschen Lagern, deren Behandlung niemals Anlass zu Protesten der britischen Regierung gegeben hatte.⁹¹

Die Distanz der amerikanischen Regierung nicht nur gegenüber den deutschen Verbrechen an sowjetischen Kriegsgefangenen, sondern zu den Kriegsverbrechen generell, hatte andere Ursachen. Bei ihrem ersten Zusammentreffen am 29. Mai 1942 erkundigte sich Roosevelt bei Molotov nach den sowjetischen Kriegsgefangenen.⁹²

The Commissar replied that, from such data as Moscow received, not only from their own agents, but also from Polish and Czech sources, it was plain that the Russian prisoners were brutally and inhumanely handled. Direct reports to the effect had been received from some 25 Soviet prisoners who had escaped from Norway into Sweden.

Der amerikanische Präsident nahm dazu keine Stellung, sondern äußerte seine Hoffnung, dass es wenigstens zu einem Austausch der Namenslisten komme.

Mr. Molotov replied with emphasis that his government was not disposed to negotiate any arrangement with the Germans which would give the latter the slightest pretext for claiming that they were observing any rules whatever, because the fact was, they were not doing so.

Hopkins kommentierte diese Ausführungen des Außenkommissars treffend mit kühler Nüchternheit: Man müsse nicht viel über Russland oder von Deutschland wissen, um zu verstehen, dass eine echte Chance für eine Untersuchung irgendeines Kriegsgefangenenlagers in diesen Ländern durch das Rote Kreuz nicht gegeben sei.⁹³

Auch in den folgenden Jahren kam es zu deutsch-britischen Gefangenenaustauschen.⁹⁴ Der UdSSR blieb diese ungleiche Behandlung der Kriegsgefangenen durch Deutschland schon deshalb nicht verborgen, da aus britischer Gefangen-

91 *The Times*, 1. 10. 1941, S. 4.

92 Erste Unterredung zwischen Roosevelt und Molotov, 29. 5. 1942, in: FRUS 1942 III, S. 566–568.

93 Erste Unterredung zwischen Molotov und Roosevelt, Aufzeichnung Hopkins', 29. 5. 1942, in: Ebd., S. 571–572.

94 *New York Times*, 28. 10. 1943, S. 3.

schaft entlassene Deutsche erneut eingezogen und an der Ostfront eingesetzt wurden. Einige von ihnen gelangten 1944 in sowjetische Gefangenschaft. Darüber berichtete die *Pravda* an prominenter Stelle.⁹⁵

3. Stalin und die Kriegsgefangenen

Die UdSSR konnte während des gesamten Krieges gegen Deutschland nur etwa halb so viel Gegner gefangen nehmen (bis zum 8. Mai 1945: 1 730 428) wie die Deutschen allein in den ersten sechs Kriegsmonaten (1941: 3 355 000). Die enormen sowjetischen Verluste stehen in auffallendem Kontrast zu den viel geringeren Opferzahlen aller Staaten und Völker, die von der das einzelne Menschenleben verachtenden Kriegsführung Stalins „profitierten“.⁹⁶

Trotz Kenntnis des existentiellen Charakters des Krieges und der inhumanen Kriegsführung des Deutschen Reiches korrigierte die UdSSR weder ihre Stellung zu den bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen noch bat sie um humanitäre Hilfe. Stalin nutzte Recht auch im Krieg immer als Instrument. Dies zeigte sich zuerst und besonders klar am Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen. Am 1. Juli 1941 stimmte er weitgehend unverändert der im September 1939 vorbereiteten sowjetischen Kriegsgefangenenverordnung zu.⁹⁷ Ohne ihre (weiter oben dargelegte) Vorgeschichte zu berücksichtigen, deutete man diese Verordnung unzutreffend als ein Indiz für sowjetische Angriffsabsichten im Frühsommer 1941.⁹⁸ Dennoch könnte die frühe Bestätigung durch Stalin darauf hinweisen, dass dieser zu diesem Zeitpunkt ähnlich wie im September 1939 sowohl mit einer großen Zahl an Kriegsgefangenen als auch mit deren längerfristigem Aufenthalt in

95 *Pravda*, 17. 2. und 10. 3. 1944.

96 Merridale, *Iwans Krieg*, S. 14, vgl. auch ebd., S. 402: „Zweifellos hätte Russland – und ein Großteil der Sowjetunion – schrecklich gelitten, wenn es Hitler 1941 gelungen wäre, Moskau einzunehmen, wenn Stalingrad kapitulierte oder wenn sich die sowjetische Kriegsregierung aufgelöst hätte. Ähnliches gilt für ganz Europa und sogar die Vereinigten Staaten: eine undenkbar Katastrophe.“

97 Beschluss des Rats der Volkskommissare Nr. 1798-800s, veröffentlicht in: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hg.), „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 356–359.

98 Stefan Karner, „Im Archipel GUPVI“. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Oldenbourg 1995, S. 16–17: Es erscheine „unwahrscheinlich, dass dieser Erlass mit dem Kriegsbeginn am 22. 6. 1941 in unmittelbarem Zusammenhang steht oder von diesem gewissermaßen diktiert worden war. Vielmehr könnte dieser Erlass ein Mosaikstein in den militärischen Vorbereitungen für einen später durchzuführenden Angriffskrieg der Sowjetunion gegen das Deutsche Reich gewesen sein.“

der UdSSR rechnete, und dass er nach Wegen suchte, aus einer solchen Situation maximalen Nutzen zu ziehen. Die neue Verordnung revidierte und systematisierte die bisherigen Bestimmungen, nahm politische Aussagen zurück, stellte aber noch immer keinen Bezug zur Genfer Konvention her. Statt sie der Weltöffentlichkeit und damit dem Kriegsgegner bekannt zu geben, setzten sowjetische Stellen sie auszugsweise in der Frontpropaganda ein.⁹⁹ Unter den in sechs Abschnitte gegliederten 31 Einzelbestimmungen berücksichtigen die folgenden drei Punkte spezifische sowjetische Interessen:¹⁰⁰

20. Kriegsgefangene und Mannschaften können auf Grund besonderer Regelungen, die von der Verwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten [UPVI] beim NKVD der UdSSR auszuarbeiten sind, im Lager und außerhalb desselben in der Industrie und der Landwirtschaft der UdSSR zu Arbeiten herangezogen werden.¹⁰¹

22. Kriegsgefangene, die in verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft beschäftigt werden, erhalten Lohn nach Maßgabe besonderer Anordnungen der UPVI. Vom Lohn der Kriegsgefangenen werden für die Erstattung der Aufwendungen für ihren Unterhalt Beträge abgezogen.

24. Vom Zeitpunkt ihres Arbeitsantritts werden die Kriegsgefangenen von allen Arten staatlicher Versorgung abgesetzt.

Im Gegensatz zu den deutschen Bestimmungen zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, suchte die sowjetische Verordnung vom 1. Juli 1941 formell die Nähe zum geltenden Völkerrecht.¹⁰² Doch Stalin achtete dabei strikt darauf, seine

99 Flugblatt vom 5. 7. 1941 mit dem Beschluss der sowjetischen Regierung vom 1. 7. 1941. Teil des Flugblattes, das mehrfach von der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee und den Politischen Verwaltungen der Fronten herausgegeben wurde, war ein „Propusk“ (Erlaubnisschein), der den Inhaber berechtigte, die Front zu überqueren und sich gefangen zu geben. Veröffentlicht in: RAVO, Bd. XIII, 3, S. 16–17.

100 Kriegsgefangenenordnung, 1. 7. 1941, in: Zagarul’ko, Kriegsgefangene, S. 66–68. Der russische Wortlaut und die vollständige deutsche Übersetzung finden sich zusammen mit einer Einleitung von Andras Hilger und einem Faksimile der von Stalin abgezeichneten Verordnung in: <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok/>, Dokument 0040.

101 Im Artikel 6 der Haager Landkriegsordnung vom 18. 11. 1907 war der Arbeitseinsatz wie folgt geregelt: „Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Offiziere nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden. Diese Arbeiter dürfen nicht übermäßig sein und in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten für öffentliche Verwaltungen oder für Privatpersonen oder für ihre eigene Rechnung auszuführen.“

102 Vgl. Alfred Streim, *Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, in: B. Wegner, *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Unternehmen Barbarossa*, München 1991, Darmstadt 1998, S. 291–308, und dessen vorangegangene Untersuchung: *Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im ‚Fall Barbarossa‘*, Heidelberg 1981.

eigene „autonome Entscheidungsgewalt“ (A. Hilger) zu wahren. In diesem Rahmen sollte die Einreise von Vertretern ausländischer Hilfsorganisationen und des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) sowie anderer Einrichtungen in das Gebiet der UdSSR *nur* mit besonderer Genehmigung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten zugelassen werden.¹⁰³ Es ist kein Fall bekannt, dass IKRK-Vertreter jemals Zugang zu sowjetischen Lagern erhielten. Dennoch war die Verordnung vom 1. Juli „keine bloße Propagandaveranstaltung“. Verletzungen völkerrechtlicher Normen durch die UdSSR waren „weder determiniert, noch langfristig geplant oder unausweichlich“.¹⁰⁴ Deutsche Truppen erbeuteten Ende August 1941 eine Kopie dieser Verordnung. Helmut James Graf von Moltke bewertete sie in einer Denkschrift für den Chef des Amtes Ausland/Abwehr als „den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts und weitgehend auch denen des Genfer Kriegsgefangenenabkommens“ entsprechend, fügte jedoch hinzu: „Dieser Erlass wird zweifellos von der russischen Truppe an der Front nicht beachtet.“¹⁰⁵ Tatsächlich blieb die Gewährung der in der Verordnung vorgesehenen Rechte der Kriegsgefangenen von der Kriegslage und den konkreten politischen Interessen der UdSSR abhängig.

Ergebnislose Kontakte zum Roten Kreuz

Noch ohne Kenntnis der realen militärischen Lage und noch bevor die hier kommentierte sowjetische Verordnung in Kraft getreten war, erklärte sich Molotov am 27. Juni 1941 im Namen der sowjetischen Regierung zu dem vom IKRK-Präsidenten, Max Huber, vorgeschlagenen Informationsaustausch über Kriegsgefangene bereit.¹⁰⁶ Dies erfuhr die westliche Öffentlichkeit umgehend.¹⁰⁷ Zur glei-

103 Einleitung von Andras Hilger zur Kriegsgefangenenordnung vom 1.7.1941, in: <http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok/>, Dokument 0040.

104 Hilger, Kriegsgefangene, S. 54.

105 Ueberschär/Wette, Barbarossa, S. 355–359: Vortragsnotiz des Chefs des Amtes Ausland/Abwehr, Admiral Canaris, 15. 9. 1941, hier S. 356. Diese Vorlage wurde durch Moltke ausgearbeitet, vgl. dazu Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978, S. 213–232.

106 Huber an Molotov, 23. 6. 1941, veröffentlicht in: Auszug aus: Rapport du Comité international de la Croix-Rouge sur son activité pendant la seconde guerre mondiale (1er septembre 1939–30 juin 1947) zit. in: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, hg. von Erich Maschke; Bd. 7), Bielefeld 1966, S. 162–163. Molotov an Max Huber, 27. 6. 1941, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 17. Voraussetzung blieb selbstverständlich die Gegenseitigkeit des Informationsaustauschs.

chen Zeit verdichteten sich in Moskau die Nachrichten nicht nur über Misshandlungen sowjetischer Kriegsgefangener, sondern auch über die katastrophalen Niederlagen der Roten Armee.

Zum ersten Mal berief sich das Narkomindel am 17. Juli 1941 in einem der schwedischen Gesandtschaft in Moskau übergebenen Memorandum auf die grobe und systematische Verletzung völkerrechtlicher Bestimmungen bei der Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.¹⁰⁸ Das eigentliche Ziel dieses wunschgemäß durch Schweden an die deutsche Regierung übergebenen Memorandums war die Bekanntgabe der sowjetischen Bereitschaft, sich unter der Bedingung der Gegenseitigkeit an die Haager Landkriegsordnung von 1907 zu halten.

Bezugnehmend auf ein vorangegangenes Gespräch mit dem stellvertretenden Außenkommissar Lozovskij, übermittelte das sowjetische Rote Kreuz am selben Tag den Entwurf für einen Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjets, der unter der Bedingung „strenger Gegenseitigkeit“ für die Kriegszeit die Anerkennung der Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1904, des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 und der *beiden* Genfer Abkommen vom 27. Juli 1929 durch die UdSSR bekanntgegeben werden sollte.¹⁰⁹ Zu dieser Anerkennung der Abkommen durch die UdSSR kam es jedoch nicht, denn es war zu keiner Zeit ein vorrangiges Ziel Stalins, die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen zu verbessern. Vielmehr verlangte er von jedem Sowjetbürger, insbesondere von den Kämpfern der Roten Armee, völlige und unbedingte Selbstaufopferung. Am 16. August 1941 unterzeichnete er als Oberkommandierender zusammen mit Molotov als Vertreter des Staatlichen Verteidigungskomitees den Befehl Nr. 270. Er drohte allen sowjetischen Militärangehörigen, die sich vor dem Einsatz der letzten Patrone *freiwillig* in deutsche Kriegsgefangenschaft begeben würden an, sie selbst zu gegebener Zeit als Deserteure zu bestrafen und ihre Familienangehörigen sofort entsprechend zu behandeln.¹¹⁰

Während der Vožd' diesen Befehl noch vorbereitete, ließ er Vyšinskij am 8. August 1941 gegenüber dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes bereits erklären,¹¹¹

107 *The Times*, 7. 7. 1941, S. 3: International Red Cross Offer To Russia. Die *Times* verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass auch Finnland wie die Sowjetunion die Genfer Konvention von 1929 nicht anerkannt habe.

108 Note des NKID an die schwedische Gesandtschaft, 17. 7. 1941, in: DVP XXIV, S. 163.

109 Divakov an Lozovskij, 17. 7. 1941, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 17–18.

110 Merridale, *Iwans Krieg*, S. 132. Der Befehl ist abgedruckt in RAVO, Bd. II, 2, S. 58–60.

111 Vyšinskij an Huber, 8. 8. 1941, zit. in: Kurt W. Böhme, *Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des*

dass die Sowjetunion für sich die Kriegsregeln als verbindlich anerkennt, die im vierten Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 niedergelegt sind und die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges betreffen, unter der verpflichtenden Bedingung, dass diese Regeln im Krieg auch von Deutschland und seinen Verbündeten eingehalten werden. Die sowjetische Regierung willigt in den Austausch von Angaben über verwundete und kranke Kriegsgefangene ein ...

Diese partielle Anerkennung des Völkerrechts teilte eine Zirkularnote des Narkomindel noch am selben Tag den Regierungen der USA und allen anderen in der UdSSR diplomatisch vertretenen Staaten mit.¹¹² Wenige Tage zuvor hatte das Außenkommissariat die Bildung einer zentralen Kriegsgefangenen-Auskunftsstelle, die in der Kriegsgefangenenordnung vom 1. Juli vorgesehen war, der türkischen Regierung mitgeteilt.¹¹³ Die am 12. August 1941 geäußerte Bitte der Gesandtschaft Bulgariens, das als „Schutzmacht“ für Deutsche gegenüber der UdSSR fungierte, ein sowjetisches Kriegsgefangenenlager zu besuchen,¹¹⁴ ließ das Außenkommissariat allerdings unbeantwortet.

*

Hitler sperrte sich prinzipiell gegen jedes Übereinkommen mit der UdSSR in der Kriegsgefangenenfrage. Auf seine Veranlassung blockierte die deutsche Antwort, die am 25. August durch Schweden an die sowjetische Regierung übergeben wurde, jede Verständigung. In außerordentlich provozierender Form verschleierte sie die Realität des von Hitler befohlenen und wiederholt verschärften Vernichtungskriegs gegen die UdSSR durch eine Lüge: „Es versteht sich von selbst, dass die Reichsregierung die in ihre Hand gefallenen Kriegsgefangenen stets nach den geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen behandelt.“ Dagegen habe die Wehrmacht von den sowjetischen Truppen bestialisch ermordete deutsche Gefangene gefunden. Tatsächlich zählten in den ersten Wochen nach dem deutschen Angriff Erschießungen von Gefangenen im Kriegsgebiet zum sowjetischen Alltag, doch beinhalten sie niemals eine systematische Vernichtung von Wehrmatsangehörigen.¹¹⁵ Dennoch behauptete die deutsche Antwort, es sei unmöglich, „von der

Zweiten Weltkrieges, hg. von Erich Maschke; Bd. 7) Bielefeld 1966, S. 165. Die deutsche Regierung wurde darüber durch das IKRK am 14. 8. 1941 schriftlich unterrichtet.

112 Sowjetische Zirkularnote vom 8. 8. 1941, in: DVP XXIV, S. 224. Vgl. dazu FRUS 1941, I, S. 1005–1006; Steinhardt an State Department, 9. 8. 1941. Erst 1942 wurden die Genfer Konventionen in Moskau veröffentlicht: *Zakony i obyčaj vojny. Važnejšie međunarodne konvencii*, Moskau 1942.

113 A. Pavlov an Morozov, 4. 8. 1941, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 21.

114 I. Stamenov an N.V. Novikov, 12. 8. 1941, in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 22.

115 Hilger, Kriegsgefangene, S. 60. Vgl. dazu S. 245 und Anm. 7.

Roten Armee noch als von der Armee eines zivilisierten Staates zu sprechen.¹¹⁶ Obwohl die sowjetische Regierung kategorisch bestritt, „dass sie gegenüber gefangenen deutschen Soldaten nicht gemäß den Gesetzen des Krieges“ handle,¹¹⁷ blieb nicht nur auf deutscher Seite, sondern auch bei vielen Neutralen genau dieser Verdacht bestehen. Ähnlich wie zuvor Hitler¹¹⁸ veranlasste nun auch Stalin die Sowjetregierung zu erklären, sie habe nicht die Absicht, „irgendeine Konvention über Kriegsgefangene mit der Deutschen Reichsregierung abzuschließen“. Doch anders als die nationalsozialistische Führung wiederholte jene dabei ihren Anspruch, dass die „international anerkannten Bestimmungen betreffend die Behandlung von Kriegsgefangenen und besonders die Grundsätze des Haager Abkommens von 1907 ... genau befolgt werden.“¹¹⁹

Diese über Schweden an Deutschland weitergeleitete sowjetische Antwort blieb der amerikanischen Regierung nicht unbekannt. Jedenfalls beauftragte der amerikanische Außenminister seinen Botschafter in Moskau nun, um die Zustimmung der UdSSR zum Genfer Kriegsgefangenenabkommen vom 27. Juli 1929 nachzusehen, damit das War Prisoners' Aid Committee of the Young Men's Christian Association (YMCA) die Möglichkeit erhalte, deutsche Gefangene in Russland zu versorgen.¹²⁰ Steinhardt erkannte die provozierende Wirkung einer solchen Anfrage. Er verwies das State Department auf die vorangegangene Antwort des Außenkommissariats, dass die UdSSR den deutschen Gefangenen bereits jetzt bessere Bedingungen gewähre als umgekehrt die deutsche Seite.¹²¹ Zur gleichen Zeit blieben auch die Bemühungen des amerikanischen Roten Kreuzes, die Verteilung der humanitären Hilfslieferungen an die UdSSR selbst zu überwachen, ohne Erfolg.¹²² Der amerikanische Außenminister gab sich mit diesen Auskünften nicht zufrieden. Er blieb bei seiner mehr Verständnis für Deutschland als für die UdSSR zu erkennenden Interpretation, dass die Bestimmungen der Genfer Konventi-

116 Streit, *Keine Kameraden*, S. 227, zit.: Deutsches Memorandum an schwedische Gesandtschaft, 25. 8. 1941. Höchstwahrscheinlich informierte Schweden die britische und andere interessierte Regierungen über den Inhalt dieses Memorandums.

117 Ebd., S. 400, Anm. 38, zit.: Sowjetisches Memorandum an die schwedische Regierung, 8. 10. 1941.

118 Ebd., S. 228, zit.: Keitel an Reinecke, 16. 9. 1941: „... der Führer habe entschieden, dass ... keinerlei Rechtsvereinbarung mit der Sowjetregierung über die Frage der Behandlung der Kriegsgefangenen getroffen werden dürfe.“

119 Ebd., S. 400, Anm. 38, zit.: Sowjetisches Memorandum an die schwedische Regierung, 8. 10. 1941.

120 Hull an Steinhardt, 21. 10. 1941, FRUS 1941, 1, S. 1007.

121 Steinhardt an Hull, 24. 10. 1941, in: Ebd., S. 1008–1009.

122 Unterredung Vyšinskij mit James Nikolson (Vizepräsident des amerikanischen Roten Kreuzes), 10. 11. 1941, in: SOAD I, S. 169–171.

on in Deutschland nicht auf die sowjetischen Gefangen angewendet würden, weil die UdSSR dieses Abkommen nicht anerkenne. Er ging dabei fälschlich davon aus, dass es für Deutschland keine Verpflichtung gäbe, das Genfer Abkommen auf die sowjetischen Gefangenen anzuwenden und befürchtete, dass sich auf Grund der sowjetischen Haltung die Lage aller übrigen Kriegsgefangenen in Deutschland verschlechtern würde. Bereits zu diesem Zeitpunkt deutete Hull an, dass die US-Regierung auch eine direkte Vereinbarung zwischen Deutschland und der UdSSR zur Behandlung der gegenseitigen Kriegsgefangenen unterstützen würde.¹²³ Er beauftragte wenig später seine Botschafter in Stockholm und London, eine Intervention der schwedischen und britischen Vertretungen in Moskau anzuregen.¹²⁴ In einer am 14. November überreichten und umgehend Stalin vorgelegten Note drückte der amerikanische Außenminister die Hoffnung aus, dass die UdSSR einen Weg finden werde, die Prinzipien der Genfer Konvention auf die deutschen Kriegsgefangenen anzuwenden, falls auch die deutsche Regierung zur Anwendung dieser Konvention auf die sowjetischen Kriegsgefangenen bereit sei.¹²⁵ Ebenso wie Schweden gingen die USA noch immer von der irrealen Voraussetzung aus, dass eine sowjetisch-deutsche Vereinbarung zu den Kriegsgefangenen möglich sei.¹²⁶

Nach diesen amerikanischen Vorbereitungen kam es am 19. November 1941 in Moskau zu einem Gespräch, in dem der schwedische Gesandte die Unterstützung seiner Regierung anbot, auf der Grundlage der Genfer Konvention einen angeblichen Vorschlag der deutschen Regierung zu verwirklichen und unter der Bedingung der Gegenseitigkeit eine „Organisation“ zu schaffen, die sich mit allen Problemen der Kriegsgefangenen beschäftigen sollte. Um die Dringlichkeit dieses Vorschlags zu verdeutlichen, verwies Assarsson auf die schlechte Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen, die in deutschen Konzentrationslagern untergebracht seien. Dies habe die deutsche Seite zwar bestritten, doch deren Behauptungen seien nicht überprüfbar. Gerade deshalb halte Schweden die Schaffung einer solchen Organisation für wichtig. Als Vyšinskij fragte, ob dieser Vorschlag zur Folge habe, dass die UdSSR der Genfer Konvention beitreten müsse, stellte Assarsson einen Zusammenhang zur Position der amerikanischen und britischen Regierung her, die davon ausgingen, dass im Falle eines sowjetischen Beitritts zur Genfer Konven-

123 Hull an Steinhardt, 7. 11. 1941, in: FRUS 1941, 1, S. 1009–1010.

124 Hull an Winant, 14. 11. 1941, in: ebd., S. 1010–1011.

125 Amerikanische Note an das NKID, 14. 11. 1941, in: SAOD I, S. 173–174. Die Note wurde Stalin, Molotov, Dekanozov und Vyšinskij vorgelegt.

126 Hull an Thurston, 17. 11. 1941, FRUS 1941, 1, S. 1012–1013.

tion sich die gegenseitige korrekte Behandlung der Kriegsgefangenen einfordern ließe.¹²⁷

Doch weder dieses Gespräch noch die amerikanische Note vom 14. November führten zu dem gewünschten Einlenken der sowjetischen Regierung. Deren starre Haltung ging auf Stalin zurück. Unmittelbar nach dem Gespräch mit Assarsson hatte das Narkomindel im Entwurf der Antwort auf das amerikanische Ersuchen einen Beitritt zur Genfer Konvention vorgesehen. Vyšinskij unterstützte dieses Vorhaben, indem er erklärte: „Ich denke, dass ... die Ablehnung dieses Schritts unter den gegebenen Bedingungen unzweckmäßig wäre.“¹²⁸ Stalin sah dies anders. Während er nun entschied, mit einem Protest an die Öffentlichkeit zu gehen – worauf gleich einzugehen sein wird –, ließ er in einem Memorandum an die US-Botschaft die Ablehnung des Beitritts der UdSSR zum Genfer Abkommen mitteilen. In diesem Zusammenhang erklärte Vyšinskij am 25. November 1941 ebenso grundsätzlich wie die eigenen Verletzungen internationaler Abkommen verschleiern: Die sowjetische Regierung wende seit dem ersten Tag des Krieges, seit dem „Überfall Deutschlands und seiner Verbündeten auf die UdSSR“, alle Prinzipien und Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, die mit denen der Genfer Konvention von 1929 übereinstimme, streng und in vollem Umfang auf alle ihre Kriegsgefangenen an. Sie solidarisiere sich mit allen Bestimmungen und Prinzipien der Genfer Konvention, bis auf Art. 9, der die „nach Rassen“ getrennte Unterbringung der Kriegsgefangenen vorsehe, da diese Bestimmung gegen den Art. 123 der sowjetischen Verfassung verstieße. Obwohl dies ein vorgeschobener Grund war, wies der Stellvertreter Molotovs völlig zu Recht darauf hin, dass weder ein sowjetischer Beitritt zur Genfer Konvention noch eine diesbezügliche amerikanische Deklaration Wirkung auf Deutschland haben werde.¹²⁹ Erst nach der ablehnenden Antwort Vyšinskij's erläuterte Hull seinem Moskauer Geschäftsträger, dass Art. 86 des Genfer Abkommens, der Inspektionen durch die Schutzmächte der kriegführenden Staaten vorsehe, von besonderer Wichtigkeit für die USA sei. Die

127 Unterredung Vyšinskij's mit Assarsson, 19. 11. 1941, veröffentlicht in: DVP XXIV, S. 436–437. Nach einem amerikanischen Bericht äußerte sich Vyšinskij während dieses Gesprächs voll Verbitterung über die deutschen Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und an sowjetischen Bürgern in den besetzten Gebieten. Vgl. Thurston an Hull, 21. 11. 1941, FRUS 1941, 1, S. 1013–1014.

128 Vyšinskij an Molotov, 21. 11. 1941, in: SAOD I, S. 175.

129 Aufzeichnungen Vyšinskij's über seine Unterredungen mit dem amerikanischen Geschäftsträger (Thurston) am 25. November (von Stalin am 28. 11. 1941 abgezeichnet) und am 9. 12. 1941, in: SOAD I, 178–181 und 181–182. Über beide Unterredungen berichtete Thurston an Hull, vgl. in: FRUS 1941, 1, S. 1014–1016 und ebd., S. 1017–1018. Vyšinskij äußerte sich u. a. nicht zur Behandlung der polnischen Kriegsgefangenen vor dem 22. 6. 1941.

amerikanische Regierung halte derartige Inspektionen für den einzigen Weg, die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland zu verbessern.¹³⁰ Stalin ließ es nicht auf eine Probe ankommen, um zu beweisen, dass dies eine trügerische Hoffnung war. Dadurch blieb für die Bündnispartner der UdSSR und die neutralen Staaten der Eindruck erhalten, dass bereits der Versuch zur Verbesserung der Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen an der fehlenden Anerkennung der Genfer Konvention durch die UdSSR gescheitert sei.

Etwas später unternahm das IKRK eine letzte Initiative. Ohne Verhandlungen zwischen Deutschland und Russland sollte „die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen in Russland und der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland mit Kleidung und Verpflegung aus Amerika“ und der Austausch der Namen und Nachrichten der beiderseitigen Gefangenen – auf Grundlage von Gegenseitigkeit – organisiert und Impfstoffe beschafft werden. Diesen Vorschlag, den die zuständigen Stellen der Wehrmacht, Goebbels und Ribbentrop unterstützten,¹³¹ lehnte Hitler im Januar 1942 ab, damit „bei der Truppe an der Ostfront [nicht] die Meinung entstehe, als würde sie im Falle der Gefangennahme von den Russen vertragsgemäß behandelt“.¹³² Auch die sowjetische Seite lehnte weitere Initiativen der Neutralen ab¹³³ und schränkte ihren ohnehin spärlichen Kontakt zum IKRK noch weiter ein. Als der amerikanische Botschafter ein Jahr später die Vermittlerdienste des Vatikans zum Austausch von Informationen über Kriegsgefangene zwischen der UdSSR und den Achsenmächten anbot, reagierte die sowjetische Regierung schroff ablehnend.¹³⁴ Damit verhinderten die Verantwortlichen in Moskau die Möglichkeiten, das Leid der sowjetischen Kriegsgefangenen durch das Rote Kreuz zu lindern, so wenig realistisch diese auch gewesen sein dürften.

Selbst als seit Anfang 1943 die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR sprunghaft stieg (vgl. Tabelle 4) und sich damit die Position der sowjeti-

130 Hull an Thurston, 9. 12. 1941, in: FRUS 1941, 1, S. 1017–1018. Vgl. dazu auch ebd., S. 1020–1021, Hull an Thurston, 23. 12. 1941: Instruktion an die amerikanische Vertretung in Stockholm für ein Gespräch mit Kolontaj, der erklärt werden sollte, dass Inspektionen durch die Schutzmächte der einzige effektive Weg seien, um eine humane Behandlung der Kriegsgefangenen zu erreichen.

131 Streit, Keine Kameraden, S. 233 f., zit: Vortragsnotiz Ribbentrops für Hitler, 22. 12. 1941.

132 Aktenvermerk von Botschafter Ritter, 9. 1. 1942, ebd., S. 234.

133 Note an die schwedische Botschaft am 28. 3. 1942, veröffentlicht in: RAVO, Bd. XIII, 2, S. 40.

134 Molotov an Standley, 25. 3. 1943, SAOD 1, S. 341. Majskij informierte Churchill: „The Soviet Government had replied that they were not interested in the matter.“ (Churchill an Roosevelt, 2. 4. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 180, Hervorhebung nicht im Original).

schen Regierung stärkte, eine Verbesserung der Lage der eigenen Kriegsgefangenen in Deutschland zu erzwingen, unterließ Moskau Versuche in dieser Richtung. Vielmehr strebte man dort mit der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland danach, möglichst viele deutsche Gefangene in den *propagandistischen* Dienst der eigenen Kriegsführung zu stellen.¹³⁵ Diesen Versuchen konnten sich auch jene Gefangenen kaum entziehen, die sich nicht oder noch nicht zur Mitarbeit im NKFD bereit fanden.

Tabelle 4: Deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern¹³⁶

Periode	Anzahl
22. 6.–31. 12. 1941	9 147
1. 1.–18. 11. 1942	10 635
19. 11.–31. 12. 1942 (Schlacht um Stalingrad 1)	35 747
1. 1.–3. 2. 1943 (Schlacht um Stalingrad 2)	115 162
4. 2.–5. 7. 1943 (Gründung des NKFD)	24 919
12. 7.–31. 12. 1943	40 730
1. 1.–28. 2. 1944	15 351
1. 3.–30. 9. 1944	520 534
1. 10.–31. 12. 1944	168 970
1. 1.–8. 5. 1945	789 233
9. 5.–26. 6. 1945	1 390 516
Insgesamt:	3 120 944

Der pragmatische Gebrauch aller rechtlichen Bestimmungen zur Behandlung der Kriegsgefangenen zeigte sich deutlich an deren Recht, „bei erster Gelegenheit nach der Heimat Nachricht über die Gefangennahme“ zu geben (§13a) und mit ihren Angehörigen in Briefwechsel zu treten (§15). Diese Bestimmungen, die das NKVD im August 1941 in einer speziellen Ordnung für die Kriegsgefangenenlager (§38 a und §39) bestätigte,¹³⁷ konnten erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 einige deutsche Kriegsgefangene nutzen, als die sowjetische Führung begriff, dass positive Nachrichten der in der UdSSR festgehaltenen Kriegsgefangenen die deutsche Kampfkraft schwächen konnten. Weitergeleitet wurden bis Ende 1942 3 096 Karten an das IKRK in Stockholm und Ankara und 312 Karten an das Auslandsradio der Abteilung Agitation und Propaganda beim ZK der VKP(b). Anfang 1943 folgten weitere Brieflieferungen. Bis Ende Januar 1943 hatte das IKRK 6 000 Karten teils an das Oberkommando der Wehrmacht, teils an das

135 Vgl. Kap. IV, 3.

136 Morré, Institut 99, S. 21.

137 Ordnung in den Kriegsgefangenenlagern, 7.8.1941, in: Zagarul'ko, Kriegsgefangene, S. 159–168.

Deutsche Rote Kreuz weitergereicht, von denen 3 000 durch eine „Überwachungslücke“ ihre Adressaten erreichten.¹³⁸ Bereits am 17. Dezember 1942 notierte Goebbels in sein Tagebuch:¹³⁹

Zum ersten Male melden sich jetzt deutsche Gefangene aus russischer Gefangenschaft. Es sind etwa vier- bis sechshundert Postkarten aus russischen Gefangenenlagern angekommen, die ohne jede Propaganda sind. Trotzdem verfolgen die Bolschewisten offenbar mit dieser Taktik einen Propagandazweck. Sie sind zwar nicht der Genfer Konvention angeschlossen, aber sie wollen sich wohl jetzt als gesittete und zivilisierte Nation aufspielen und haben sicherlich die Absicht, durch zunächst unverfängliche Karten eine Verbindung dieser Gefangenen mit der Heimat herzustellen und dann die offene Propaganda nachfolgen zu lassen. Wir behandeln diese Frage außerordentlich delikater. Die Karten sind zwar den Angehörigen ausgeliefert worden, aber diese bekommen dazu auch ein erklärendes Begleitschreiben. In Zukunft sollen zwar die in solchen Karten enthaltenen Wünsche der Gefangenen von Reichs wegen erfüllt werden, aber die Karten selbst sollen nicht mehr den Angehörigen ausgeliefert werden. Man muss hier sehr vorsichtig verfahren, weil man sonst ein Einfallstor für die bolschewistische Propaganda in Deutschland eröffnet.

Insgesamt gelangten bis zum Kriegsende nur 28 500 Karten deutscher Kriegsgefangener durch die sowjetische Zensur. Als die deutschen Stellen die Weiterleitung der Karten in Deutschland unterbanden, veranlasste die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee den Abwurf von 8 676 Karten durch Flugzeuge über dem Feindgebiet. Insgesamt 10 914 Antworten an deutsche Kriegsgefangene trafen in sowjetischen Lagern ein.¹⁴⁰

4. Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen

Nicht nur die sowjetische, auch alle anderen Regierungen, deren Länder immer stärker zu Schauplätzen deutscher Kriegsverbrechen wurden, unternahmen bis 1942 keine und später nur unzureichende Anstrengungen, eine gemeinsame Aufklärung dieser Untaten zu organisieren. So wurde zwar die „gebührende Bestrafung der deutschen Verbrecher“ von der polnischen Exilregierung in der Deklaration zum Abschluss des Sikorski-Besuches in Moskau erwähnt, aber eine gemeinsame Beratung darüber blieb aus.¹⁴¹ Trotzdem löste diese polnisch-sowjetische

138 Streit, *Keine Kameraden*, S. 236.

139 TJG II, Bd. 6, S. 458–462, hier S. 459, Z. 56–71 (17. 12. 1942).

140 Zagarul'ko, *Kriegsgefangene*, S. 934, Anm. 8.

141 Polnisch-sowjetische Deklaration, 4. 12. 1941, DzD I, 1, S. 582. Russischer Text in DVP XXIV, S. 479. Der Entwurf dieser Deklaration wurde durch Sikorski am 3. Dezember an

Ankündigung in London sofort die Befürchtung aus, dass die Russen während des im Dezember 1941 bevorstehenden Besuchs des britischen Außenministers in Moskau die Idee der Bestrafung der Kriegsverbrecher wiederbeleben könnten und mit dieser Forderung bei all den Völkern Unterstützung fänden, die unter der deutschen Besatzung litten.¹⁴² Doch Stalin sprach die deutschen Kriegsverbrechen während des Besuchs von Eden in Moskau nicht an. Ebenso sparte Molotov fünf Monate später dieses Thema in seinen Verhandlungen in London aus und ging nicht auf die von Roosevelt angeschnittene Frage der sowjetischen Kriegsgefangenen ein. Auch während der Kurzvisite Churchills in Moskau im August 1942 kam das Gespräch nicht auf die deutschen Kriegsverbrechen.

Ohne die drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition und ohne Berücksichtigung der vorangegangenen sowjetischen Noten verabschiedeten die neun „kleinen“ Verbündeten (das „freie Frankreich“ inbegriffen) am 13. Januar 1942 eine Deklaration. Diese forderte internationale Solidarität ein, und sie drohte zum ersten Mal den Schuldigen Strafe für die während des Krieges begangenen Verbrechen an.¹⁴³

Ein bemerkenswerter Versuch in dieser Hinsicht wurde bereits im Herbst 1941 unternommen. Akademiemitglied Petr Kapica schlug vor, eine internationale Kommission einzusetzen, „um allen anständigen Menschen in der Welt bekannt zu geben, welche Gräueltaten die Faschisten verüben“. Kapica war 1934 mit dem Selbstbewusstsein, einer der bedeutendsten Physiker der Welt zu sein, nicht völlig freiwillig aus dem englischen Cambridge nach Moskau zurückgekehrt.¹⁴⁴ Dort

Stalin übergeben, der entscheiden sollte, ob sie notwendig sei, vgl. ebd., S. 465–475, hier S. 475: Unterredung zwischen Sikorski und Stalin, 3. 12. 1941.

142 A.R. Dew, Mögliche Implikationen der sowjetisch-polnischen Erklärung für englisch-sowjetische Deklaration während des Besuchs von Eden, 5. 12. 1941, DzD I, 1, S. 483–484.

143 Erklärung der inter-alliierten Konferenz, 13. 1. 1942, DzD I, 3, S. 32–33. Dort hieß es: „[W]hereas international solidarity is necessary in order to avoid the repression of these acts of vengeance on the part of the general public, and in order to satisfy the sense of justice of the civilised world“ the undersigned „place among their principal war aims the punishment, through the channel of organised justice, of those guilty of or responsible for these crimes, whether they have ordered them, perpetrated them or participated in them“ and „resolve to see to it in a spirit of international solidarity that (a) those guilty or responsible, whatever their nationality, are sought out, handed over to justice and judged, (b) that the sentences pronounced are carried out.“

144 Kapica verließ auf offiziellem Weg die UdSSR 1921, blieb Bürger der UdSSR. Er entwickelte sich in Cambridge sehr schnell zu einem der weltweit führenden Naturwissenschaftler. Zu seinem hohen Selbstbewusstsein vgl. die Erinnerung von C.P. Snow, „He once asked a friend of mine if a foreigner could become an English peer; we strongly suspected that his ideal career would see him established simultaneously in the Soviet Acad-

hatte er „pädagogische“ Briefe an Stalin, Molotov und andere Mitglieder der sowjetischen Führung gerichtet, in denen es neben der Lösung wissenschaftsorganisatorischer Probleme auch um die Unterstützung für verfolgte Kollegen (u. a. L.D. Landau) ging.¹⁴⁵ Nun, im September 1941, wandte sich der 47-Jährige, der seit einem halben Jahr Stalin-Preisträger war und später den Nobelpreis erhalten sollte, erneut an Stalin und nannte amerikanische und britische Persönlichkeiten, u. a. den „Bischof“ von Canterbury, Johnson, und die Unterhausabgeordnete Nancy Astor (Lady Astor), als Kandidaten für eine internationale Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen.¹⁴⁶ Eine Zusammenarbeit mit Ausländern zur Untersuchung von Vorgängen auf dem Gebiet der UdSSR vorzuschlagen, war höchst riskant. Als sich Kapica dennoch dazu entschloss, ließ er sich wahrscheinlich von Hoffnungen leiten, die im Juli die Unterzeichnung der sowjetisch-britischen Bündnisvereinbarung und wenig später die Gründungsvorbereitungen mehrerer „antifaschistischer Komitees“ geweckt hatten.¹⁴⁷ Bereits damals, am

emy of Sciences and as Rutherford's successor in the House of Lords.“ in: J. W. Boag, Kapitza in Cambridge and Moscow. Life and letters of a Russian physicist, Amsterdam [u. a.] 1990, S. 39. Die durch die sowjetischen Behörden erzwungene Rückkehr zielte auf den Einsatz Kapicas in der sowjetischen Forschung, dafür erhielt Kapica außerordentliche Möglichkeiten, u. a. ein eigenes Institut, ebd., S. 46.

- 145 Petr Leonidovič Kapica, *Vospominanija, pis'ma, dokumenty*, hg. von E.L.Kapica und P.E. Rubinin, Moskau 1994, S. 410–424: Briefe Kapicas an Molotov und Stalin und einzelne Antworten 1938–1946. Vgl. dazu auch Dietrich Beyrau, *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985*, Göttingen 1993, S. 111.
- 146 Kapica an Stalin, 8. 9. 1941, *Izvestija CK KPSS*, 1990, 10, S. 216–217. Mit kurzen Vermerken von Stalin und Molotov. Kapica meinte mit „Bischof“ den Dean of Canterbury (the head of the Chapter of Canterbury Cathedral) Dr. Hewlett Johnson, der spätestens nach seinem 1939 in Großbritannien erschienenen Buch „The socialist Sixth of the world“ durch seine freundlichen Äußerungen gegenüber der UdSSR auffiel, im Juli 1945 mit dem Rotbanner-Orden und 1951 mit dem Stalin-Friedenspreis geehrt wurde.
- 147 Bereits im August 1941 begann die Schaffung eines Allsowjetischen Komitees (Vorsitzender: Generalleutnant Gundorov), im gleichen Monat die eines Jüdischen Antifaschistischen Komitees (Vorsitzender: Solomon M. Michoëls), im September die eines antifaschistischen Frauenkomitees (Vorsitzende: Valentina S. Grizodubova), eines antifaschistischen Jugendkomitees (Vorsitzender: Fedorov) und eines antifaschistischen Komitees der Wissenschaftler (Vorsitzender: Akademik Deržavin). Nach den Vorstellungen Lozovskijs waren diese Komitees bewusst überparteilich angelegt und darauf gerichtet, die Unterstützung des Auslands für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Vgl. Petrova, *Antifašistskie komitety*.

14. Juli, hatte er einen persönlichen Aufruf zur Vertiefung der britisch-sowjetischen Zusammenarbeit veröffentlicht.¹⁴⁸

An eine Verwirklichung dieser Idee war in der von Stalin geprägten UdSSR nicht zu denken. Stalin leitete Kapicas Vorschlag zur Bildung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen an Molotov weiter, der mit Kapica über dieses Anliegen sprach.¹⁴⁹ Leider ist nicht bekannt, was besprochen wurde, doch fest steht: Eine internationale Kommission mit Sitz in der UdSSR, wo seit Ende 1941 – als die Deutschen zum ersten Mal zum Rückzug gezwungen wurden – Untersuchungen der deutschen Kriegsverbrechen an den Tatorten möglich gewesen wären, kam damals wie später nicht zustande.

Der Physiker blieb weiterhin auf der Suche nach Machtmitteln, um die deutschen Verbrechen zu vergelten und neue zu verhindern. Darüber berichtete er auf einer Kundgebung der sowjetischen Wissenschaftler:¹⁵⁰

Die letzten Jahre brachten noch eine neue Möglichkeit: Die Rede ist von der Nutzung der inneratomaren Energie. Theoretische Berechnungen zeigen, dass gegenüber der Sprengkraft einer heutigen Bombe, die ausreicht um beispielsweise ein Häuserviertel zu zerstören, eine atomare Bombe schon kleinster Bauart – wenn sie verwirklicht wird – mit Leichtigkeit eine größere Stadt mit Millionen von Einwohnern vernichtet.

Diese Idee ging zu diesem Zeitpunkt weit über die technischen und finanziellen Möglichkeiten der UdSSR hinaus. Auch sie blieb 1941 unverwirklicht.¹⁵¹

148 Petr L. Kapica, *Naučnye trudy: Nauka i sovremennoe obščestvo*, Moskau 1998, S. 123: „Wir müssen die Unterschiede in unseren Ansichten und Glauben vergessen und eins verstehen lernen, wie man schnellstmöglich dieses für die Menschheit gefährliche Geschwür (jazva) – den Faschismus – vernichten kann.“

149 Kapica an Stalin, 8. 9. 1941, *Izvestija CK KPSS*, 1990, 10, S. 216–217. Dort die Resolution Stalins: „An Molotov“ und der Vermerk Molotovs „Habe mit Kapica gesprochen, 15. 10.“

150 Die Rede wurde am 13. 10. 1941 in der *Pravda* (S. 3) veröffentlicht. Sie ist abgedruckt in: Petr L. Kapica, *Naučnye trudy: Nauka i sovremennoe obščestvo*, Moskau 1998, S. 125–125.

151 Vgl. dazu David Holloway, *Stalin and the Bomb. The Soviet Union and atomic energy, 1939–1956*, New Haven 1994, S. 76. Holloway bezieht sich auf eine durch die Akademie der Wissenschaften der UdSSR veröffentlichte Fassung. Dort erklärte Kapica vorsichtiger: In letzter Zeit gebe es neue Möglichkeiten zur Nutzung der inneratomaren Energie, von der bisher nur in phantastischen Romanen die Rede gewesen sei. „Meine persönliche Meinung ist, dass die technischen Schwierigkeiten, die den Weg für die Nutzung dieser Energie versperren, noch sehr groß sind. Noch gibt es viele Zweifel, doch es ist sehr wahrscheinlich, dass sich hier große Möglichkeiten eröffnen. Wir können die Frage der Nutzung einer atomaren Bombe stellen, die riesige Zerstörungskraft besitzen wird.“

Interalliierte Untersuchungsansätze

Im Juni 1942, als die deutsche Gewaltherrschaft in Europa nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich eine – wie Lidice zeigte – neue Dimension erreichte, erneuerten die Exilregierungen ihre Strafandrohung. Dabei zeigten sich deutliche Differenzen zwischen den Regierungen Polens und der Tschechoslowakei auf der einen Seite, die auf konkrete Maßnahmen drängten, und den Exilregierungen der Niederlande, Belgiens und Griechenlands auf der anderen, die sich dem widersetzen. Auch das britische Kabinett hatte es abgelehnt, die Zerstörung von Lidice mit direkter Vergeltung zu beantworten. Noch vor Bekanntwerden dieses deutschen Verbrechens hatte Sikorski am 9. Juni im Radio erklärt:¹⁵²

The perpetrators of these crimes must be brought to account, and this principle ought to become the guiding policy of the Allies. Only the announcement of retribution and the application of reprisals wherever possible can stop the rising tide of madness of the German assassins and save several hundreds of thousands of innocent victims from certain death.

Unmittelbar danach gab Beneš über Radio die Namen der Deutschen bekannt, die nach der Befreiung angeklagt und bestraft werden sollten. Auch die öffentliche Meinung in Großbritannien zeigte nun wachsendes Interesse an der Kriegsverbrecherfrage. Dagegen blieb Eden bei seiner Warnung vor unkontrollierbaren Entwicklungen, aus der er nun jedoch die Forderung ableitete, zunächst für die britische Regierung grundsätzliche Prinzipien für den Umgang mit Kriegsverbrechen zu formulieren, um sie zunächst mit den Mitgliedern des britischen Commonwealth (Dominions), dann mit den USA und schließlich mit der UdSSR abzustimmen.¹⁵³

Von der Bildung einer gemeinsamen alliierten „Gräueltaten“-Kommission war in der Öffentlichkeit noch immer nicht die Rede. Diese Idee sondierte Churchill erstmals im Juni 1942. Der Premierminister bat Harry Hopkins, einen der engsten Vertrauten Roosevelts, um Vorschläge für eine „Alliierte Kommission zu den Gräueltaten“.¹⁵⁴ Die durch Churchill inspirierten Vorschläge Hopkins’ umrissen sehr präzise die Aufgaben einer solchen Kommission (wie Information der Weltöffentlichkeit und Abschreckung künftiger Täter). Sie konkretisierten auch deren

152 Zit. in: Eden: Behandlung von Kriegsverbrechen, 22. 6. 1942, DzD I, 3, S. 511–515, hier, S. 512.

153 Eden: Behandlung von Kriegsverbrechen, 22. 6. 1942, DzD I, 3, S. 511–515, hier, S. 513: „Experience in and after the last war also suggests that there is a serious danger of public opinion, both British and Allied, getting out of hand after the war unless some general decision of policy is reached during the war.“

154 Hopkins, A United Nations Commission on Atrocities, 25. 6. 1942, DzD I, 3, S. 555, Anm. 10.

gewünschte Zusammensetzung, erwähnten jedoch nicht die UdSSR als eines der Hauptopfer deutscher Verbrechen, sondern nannten lediglich einen sowjetischen Schriftsteller (Graf Aleksej N. Tolstoj) als ein mögliches Mitglied der Kommission. Hopkins wollte sie von dem amerikanischen Politiker und Juristen Charles E. Hughes¹⁵⁵ geleitet sehen. In ihr sollten aber auch prominente Gegner der Nationalsozialisten aus den Reihen der Emigranten (z.B. Graf Carlo Sforza¹⁵⁶) vertreten sein. Ausdrücklich wünschte Hopkins bzw. Churchill, dass die Berichte der Kommission, wann immer möglich, Namen der Personen nennen sollten, die für Gräueltaten verantwortlich sind.¹⁵⁷ Das Londoner Kriegskabinett bestätigte diesen Vorschlag „prinzipiell“, betonte allerdings sofort, dass sich die Aufgaben der Kommission auf die Sammlung und Bewertung von Tatsachen beschränken müssten. Als abschreckendes Beispiel verwies der Kabinettsbeschluss auf das im September 1914 eingerichtete Bryce-Komitee, das vergleichbare Funktionen im Ersten Weltkrieg übernommen hatte und nach dem Krieg auf scharfe Kritik gestoßen war.¹⁵⁸ Erst nachträglich warnte Eden davor, oppositionelle Vertreter der Feindstaaten in diese Kommission aufzunehmen. Auch Persönlichkeiten der neutralen Staaten sollten ihr nicht angehören, um jede Möglichkeit auszuschließen, dass sich die Kommission zu einem internationalen Tribunal entwickle.¹⁵⁹

155 Charles Evans Hughes (1862–1948), 1921–1935 amerikanischer Außenminister, seit 1930 Chief Justice der USA.

156 Graf Carlo Sforza (1872–1952) italienischer Diplomat, der 1922 von seinem Posten als Botschafter in Paris zurücktrat, gegen Mussolini opponierte und 1926–1944 in der Emigration in Frankreich und England lebte.

157 Hopkins, A United Nations Commission on Atrocities, 25. 6. 1942, DzD I, 3, S. 555, Anm. 10.

158 Beschlussprotokoll des Kriegskabinetts, 6. 7. 1942, DzD I, 3, S. 555–556. Die von James Bryce (1838–1922), einem angesehenen britischen Juristen, Historiker und Politiker, geleitete sechsköpfige königliche Kommission „überprüfte“ Angaben belgischer Flüchtlinge über deutsche Gräueltaten (an Bajonetten aufgespießte Babys, abgeschnittene Frauenbrüste, Massenvergewaltigungen und abgehackte Hände) unzureichend. Sie veröffentlichte am 13. 5. 1915 den sogenannten Bryce-Report, der diese Angaben im Wesentlichen bestätigte. Bereits während des Kriegs wurde dieser Bericht nicht nur von deutscher Seite angezweifelt. Nach dem Krieg erwies er sich als unhaltbar. Thomas Fleming kommt zu dem Ergebnis: „The Bryce Report unquestionably helped England win the war. It convinced millions of Americans and other neutrals – it was translated into 27 languages – that the Germans were beasts in human form.“ Vgl. Fleming, Thomas: *The Historian Who Sold Out*, in: *The Journal of History*, Spring 2004.

159 Eden: Vorschläge zur Kriegsverbrecher-Untersuchungskommission, 20. 7. 1942, DzD I, 3, S. 625–626.

In der Zwischenzeit hatten sich die neun „kleinen“ Alliierten (einschließlich des Nationalkomitees Freies Frankreich) darauf geeinigt, an die Regierungen der USA, Großbritanniens, der UdSSR und an den Vatikan Kollektivnoten zu richten. Die Adressaten wurden darin aufgefordert, Deutschland erneut vor weiteren Kriegsverbrechen zu warnen. Die inzwischen entwickelte Idee einer gemeinsamen alliierten Kriegsverbrecherkommission musste in diesen Kollektivnoten unberücksichtigt bleiben, denn die entsprechenden britischen Vorschläge waren den „kleinen“ Alliierten noch nicht bekannt. In Moskau überreichten die Vertreter der tschechoslowakischen Exilregierung Fierlinger und des Nationalkomitees Freies Frankreich Garreau die für die UdSSR bestimmte Kollektivnote am 23. Juli 1942.¹⁶⁰ Warum diese neun Verbündeten keine *gemeinsame* Antwort der drei Hauptmächte anstrebten, bleibt unklar.

Noch bevor sie ihre für die USA bestimmte Kollektivnote am 30. Juli 1942 in Washington an Hull weiterleiteten,¹⁶¹ legte Vyšinskij in Moskau Molotov den Entwurf einer sowjetischen Antwort vor. Doch der Außenkommissar ließ mehrere Tage vergehen, bevor er darauf einging.¹⁶² Gerade in diesen Tagen verschlechterte sich die militärische Lage der UdSSR dramatisch. Stalin hatte am 28. Juli den Befehl Nr. 227: „Keinen Schritt zurück“ erteilt. Er kündigte drakonische Maßnahmen für Befehlsverweigerer in den eigenen Reihen an. Dieser Befehl wurde in keiner Zeitung veröffentlicht, dennoch erreichte er Allgegenwärtigkeit. Allgemein begrüßte man ihn als Eingeständnis der katastrophalen Lage.¹⁶³ Sondereinheiten des Innenkommissariats griffen in den folgenden zehn Wochen 140 755 Menschen auf, von denen 3 980 verhaftet, 1 189 erschossen, 2 961 in Strafbataillone

160 Unterredung zwischen Vyšinskij und Fierlinger und Garreau, 23. 7. 1942, SOFRO I, S. 105–108. Das State Department erhielt die an Roosevelt gerichtete Note am 30. Juli. Ihr Wortlaut (DzD I, 2, S. 481, Anm. 1) deckt sich mit derjenigen, die Vyšinskij entgegennahm.

161 Die Note an Roosevelt wurde am 30. Juli durch ein gemeinsames Schreiben der Botschafter und Gesandten der Niederlande, Luxemburgs und Jugoslawiens an Hull geschickt. Der vollständige englische Wortlaut, der sich mit dem russischen deckt, ist veröffentlicht in: DzD I, 2, S. 481, Anm. 1.

162 Vyšinskij an Molotov, 29. 7. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 65, Bl. 53. Dazu die „Resolution“ Molotovs „An die Gen. Dekanozov, Sobolev und Umanskij, bitte sich damit bekanntzumachen. V. Molotov, 4.VIII“ (1942).

163 Merridale, Iwans Krieg, S. 177. Dieser drakonische Befehl wurde in der UdSSR erst 1988 in: Voenno-istoričeskoe žurnale 1988, 8, S. 73–75 veröffentlicht, vgl. dazu die Direktive Ščerbakovs an die Chefs der Politverwaltungen der Fronten, 29. 7. 1942, in: RAVO, Bd. VI, S. 153.

gesteckt und 131 094 in ihre Einheiten zurückgeschickt wurden.¹⁶⁴ Die Lage hatte sich extrem zugespitzt. Der sowjetische Oberkommandierende sprach gegenüber Churchill davon, dass Hitler gerade jetzt die UdSSR „besonders stark“ bedrohe. Er stimmte kurzfristig dem Besuch Churchills in Moskau zu, der für die UdSSR die enttäuschende Gewissheit brachte, dass sie mit einer militärischen Hilfeleistung der beiden Westmächte im laufenden Kriegsjahr nicht mehr rechnen konnte.¹⁶⁵

Während Roosevelt am 21. August den neun Verbündeten antwortete, verzögerten sich in dieser angespannten Lage die Arbeiten an der sowjetischen Stellungnahme. Der amerikanische Präsident verwies auf seine erste eigene Protesterklärung vom 25. Oktober 1941 und fügte – an Deutschland und Japan gewandt – keineswegs drohend hinzu:¹⁶⁶

It seems only fair that they should have this warning that the time will come when they shall have to stand in courts of law in the very countries which they are now oppressing and answer for their acts.

Obwohl er indirekt an den Gründungsvorbereitungen der „Gräueltaten-Kommission“ beteiligt und durch seinen Londoner Botschafter präzise informiert war,¹⁶⁷ nutzte Roosevelt die Gelegenheit nicht, in seiner Antwort die Bildung einer solchen Kommission vorzuschlagen. Eine entsprechende Bereitschaft der USA gab er erst am 7. Oktober 1942 bekannt. Er fügte aber beschwichtigend hinzu:

The number of persons eventually found guilty will undoubtedly be extremely small compared to the total enemy populations. It is not the intention of this Government or of the Governments associated with us to resort to mass reprisals. It is our intention that just and sure punishment shall be meted out to the ringleaders responsible for the organized murder of thousands of innocent persons.

164 Roberts, Stalin, S. 132. Unklar bleibt das Schicksal von 1 531 Personen, die aufgegriffen worden waren, aber weder verhaftet, erschossen, in Strafbattalione oder in ihre Einheiten zurückgeschickt wurden.

165 Stalin an Churchill, 31. 7. 1942, BW, S. 72. Vgl. zum Besuch Churchills in Moskau oben S. 120.

166 Antwort Roosevelts auf die Kollektiv-Note der neun Staaten zur Bestrafung der Kriegsverbrecher, 21. 8. 1942, Department of State Bulletin, Voll. VIII, S. 709–710. Zur gleichen Zeit bereitete Roosevelt die Entsendung des republikanischen Minderheitenführers Wendell Willkie in den Nahen Osten vor, um „den Regierungen des Iran, Irak, der Türkei, Syriens, Saudiarabiens und Ägyptens zu erläutern, welche Gefahr sie im Falle eines *deutschen Sieges* laufen.“ (Roosevelt an Stalin, 9. 8. 1942, BW, S. 492).

167 Winant an Roosevelt, 5. 8. 1942, FRUS 1942, I, S. 48–50.

Fünf Tage später stellte der amerikanische Präsident klar, die Vereinten Nationen hätten beschlossen, die Identität der Nazi-Führer festzustellen, die für die zahllosen Rohheiten (savagery) verantwortlich seien. Jede begangene kriminelle Straftat werde sorgfältig untersucht, es würden lückelose Beweise gesammelt, die einen zukünftigen Rechtspruch ermöglichen.¹⁶⁸

Vorbereitung selbständiger sowjetischer Untersuchungen

Anders entwickelten sich die Dinge in Moskau. Uninformiert über die britisch-amerikanischen Vorbereitungen für eine „Gräueltaten-Kommission“, aber sicher gut unterrichtet über die wachsende Welle deutscher Gewalttaten in ganz Europa, wandte sich der Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda beim ZK der VKP(b), Aleksandrov, an die Sekretäre des Politbüros Andreev, Malenkov, Ščerbakov und an Außenkommissar Molotov, um die Bildung einer auf die UdSSR beschränkten „außerordentlichen Staatskommission für die Untersuchung der Verbrechen der deutschen Armee auf dem zeitweilig eroberten sowjetischen Gebiet und zur Ermittlung des dadurch hervorgerufenen Schadens für die Bevölkerung und den sowjetischen Staat“ vorzuschlagen. Dies sei sowohl für die Organisation der Nachkriegsordnung als auch für die aktuelle Propaganda außerordentlich wichtig, denn die „politische Ausnutzung“ der deutschen Verbrechen sei bereits jetzt kaum, nach dem Krieg jedoch völlig unmöglich, wenn entsprechendes Beweismaterial fehle.¹⁶⁹ Nach Verständigung mit den übrigen Adressaten legte Aleksandrov wenig später Molotov den Entwurf eines Ukaz des Obersten Sowjets zur Bildung dieser Kommission vor, die er mit außerordentlichen Vollmachten gegenüber allen anderen militärischen und staatlichen Einrichtungen ausstatten wollte. Bemerkenswert an diesem Vorschlag war die breite Auswahl der 43 vorgeschlagenen Mitglieder der Kommission. Diese sollten nicht nur die von der deutschen Aggression betroffenen Unionsrepubliken repräsentieren. In ihr sollten die führenden Funktionäre aus Partei, Staat und gesellschaftlichen Organisationen ebenso vertreten sein wie alle Schichten der sowjetischen Gesellschaft (Arbeiter, Bauern und die „Intelligenz“).¹⁷⁰ Dieser Vorschlag fand aus bisher unbekanntem Gründen keine Bestätigung und dürfte innerhalb des Außenkommissariats wahrscheinlich nur Molotov und Vyšinskij bekannt gewesen sein.

168 Erklärungen Roosevelts vom 7. und 12. 10. 1942, in: DzD I, 2, S. 526–527 und S. 535–536.

169 G. Aleksandrov an die Sekretäre des CK VKP(b) Andreev, Malenkov, Ščerbakov und an Außenkommissar Molotov, 20. 8. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 69, Bl. 12–14. Hervorhebung nicht im Original.

170 Aleksandrov, Umanskij, Gorkin an Molotov, 28. 8. 1942, ebd., Bl. 17–24.

Zunächst entwickelte sich die Angelegenheit in England weiter. Eden war bestrebt, vor Ankündigung der Gründung einer „Gräueltaten-Kommission“ die grundlegenden rechtlichen Prinzipien für den Umgang mit den Kriegsverbrechern abzustimmen.¹⁷¹ Zu diesem Zweck hatte er sich bereits am 6. August 1942 an Majskij gewandt und ihm ein Memorandum übergeben, das sieben allgemeine Prinzipien für den Umgang mit Kriegsverbrechern vorschlug, jedoch nichts über die Bildung einer gemeinsamen Kommission enthielt.¹⁷² Am 8. September antwortete der Premierminister viel entschiedener als Roosevelt auf die Bitte der neun Alliierten nach einer öffentlichen Warnung Deutschlands. Unter dem lauten Beifall des Unterhauses drohte Churchill, wenn einst die Glocken die Stunde der Befreiung schlugen, würden sie zugleich die Strafverfolgung einläuten.¹⁷³

Erst viel zu spät ließ die britische Regierung am 3. Oktober 1942 Molotov über ihre Absicht unterrichten, unter Heranziehung fachkundiger Vertreter der Vereinten Nationen eine Kommission zu bilden, um die Gräueltaten festzustellen, die an den Völkern der Vereinten Nationen verübt worden seien, und darüber an ihre Regierungen zu berichten. Eine gemeinsame Untersuchung von Kriegsverbrechen durch diese Kommission an den Tatorten in der UdSSR zogen die Briten niemals in Erwägung. Die sowjetische Regierung wurde zwar „eingeladen“, sich dieser Kommission anzuschließen, doch um keinerlei Vorschläge gebeten. Vielmehr sah sich die UdSSR vor die fast vollendete Tatsache gestellt, dass man die Gründung dieser Kommission bereits am 7. Oktober im Oberhaus bekanntgegeben würde.¹⁷⁴ In Vorbereitung dieser Debatte stellte Eden fest, die amerikanische Regierung sei immer vollkommen informiert worden. Dies konnte und wollte er von der sowjetischen Regierung nicht behaupten.¹⁷⁵ Tatsächlich gab der Lord Chancellor am 7. Oktober die angestrebte Bildung der Kommission und die bei der Verfolgung der Kriegsverbrecher zu beachtenden Prinzipien bekannt, obwohl noch keine Einigkeit mit der UdSSR hergestellt war.¹⁷⁶

Stalin brachte – auch aus anderen Gründen – Verärgerung über diese britische Position zum Ausdruck. Er ließ nun Molotov seine seit Ende Juli überfällige Antwort auf die Kollektivnote der „kleinen“ Alliierten nutzen und durch einen Politbürobeschluss bestätigen, um Kritik an der britischen Behandlung von Heß zu

171 Britisches Aide-mémoire an das State Department, 7. 9. 1942, FRUS 1942, I, S. 52–54.

172 Majskij an Molotov, 6. 8. 1942, SANO 1, S. 262–264.

173 *The Times*, 9. 9. 1942, S. 5: Mr. Churchill On His Eastern Journey.

174 Britische Note vom 3. 10. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 14, d. 137, Bl. 1.

175 Hopkins an Roosevelt, 24. 9. 1942, FRUS 1942, I, S. 55–57.

176 *The Times*, 8. 10. 1942, S. 8: An Inquiry Into War Crimes United Nations Commission, House Of Lords.

artikulieren.¹⁷⁷ Die auf den 14. Oktober datierte Antwort erhielt die Bezeichnung „Deklaration zur Bestrafung der während des Krieges begangenen Verbrechen“, was ihre Eigenständigkeit betonte. Sie würdigte im ersten Teil den Kampf der besetzten Staaten gegen die Okkupanten, betonte im zweiten Teil zum wiederholten Male die „volle Verantwortung“ der deutschen Regierung, um abschließend voller Ungeduld zu erklären:¹⁷⁸

Die gesamte Menschheit kennt seit Langem die Namen und die blutigen Untaten der Rädelsführer der kriminellen Hitlerclique: Hitler, Göring, Heß, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg und all der anderen Organisatoren der deutschen Gräueltaten innerhalb der faschistischen Führung Deutschlands. Die sowjetische Regierung betrachtet es als ihre und die Pflicht all der Regierungen jener Staaten, die ihre Unabhängigkeit von den Hitlerhorden bewahrt haben, diese Rädelsführer der Hitlerclique streng zu bestrafen. Das ist eine unaufschiebbare Pflicht gegenüber den unzähligen Witwen und Waisen, Verwandten und Angehörigen all jener unschuldigen Menschen, die auf Weisung der genannten Verbrecher bestialisch gequält und ermordet wurden. Die sowjetische Regierung hält die unverzügliche Übergabe all jener Rädelsführer zur allerstrengsten Bestrafung an ein internationales Tribunal für notwendig, die bereits während des Krieges in die Hände der Staaten fallen, die gegen Hitlerdeutschland kämpfen.

Die *Pravda* und alle anderen sowjetischen Zeitungen, in denen erst vor wenigen Tagen die provozierenden Antworten Stalins auf Fragen eines amerikanischen Journalisten zu den Perspektiven des Krieges abgedruckt worden waren,¹⁷⁹ veröffentlichten diese Deklaration am 15. Oktober. Soweit bisher bekannt, suchte weder das Außenkommissariat noch die sowjetische Botschaft in London eine Verständigung mit den „kleinen“ Verbündeten über gemeinsame Forderungen. Die Weltöffentlichkeit achtete bei dieser neuen Deklaration aus Moskau weniger auf die seit Langem bekannte sowjetische Position zu den Kriegsverbrechen, sondern konzentrierte sich auf deren Aussagen zu Heß. Die *New York Times* betonte in ihrem Kommentar den Gegensatz der UdSSR zur britisch-amerikanischen Position.¹⁸⁰

177 Entwurf einer Antwort auf die Kollektivnote, 10. 10. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 65, Bl. 61–66. Zum Politbürobeschluss vgl. RGASPI f. 17, op. 163, d. 1351, Bl. 64–70, Punkt 223: Ob otvetstvennosti gitlerovskich zachvatčikov i ich soobščnikov za zlodejanij, soveršaemye imi v okkupirovannyh stranach Evropy, 14. 10. 1942.

178 Note Molotovs an die Unterzeichner der Kollektivnote, 14. 10. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 65, Bl. 74–81, veröffentlicht in: DzD I, 3, S. 1040–1042. Sie nannte als „nazistischen Führer“: Hitler, Göring, Heß, Goebbels, Himmler, Ribbentrop und Rosenberg.

179 Gemeint sind die Antworten Stalins, 3. 10. 1942, vgl. S. 206.

180 Soviet for War Crime Trials, Starting at Once With Hess, 16. 10. 1942, *New York Times*, S. 1.

Viel Zeit zur Kritik blieb den Westmächten nicht. Vier Tage nach ihrer Veröffentlichung der Stellungnahme Molotovs schockierte die *Pravda* die britische Regierung mit einer unversteckten Kritik. Das Zentralorgan der VKP(b) erinnerte an den Grundsatz des Strafrechts, wonach die Zeit zwischen einer Straftat und ihrer Ahndung so klein wie möglich sein solle, um die sofortig Aburteilung von Heß zu fordern. Selbst wenn Heß als Kriegsgefangener anerkannt werde, gebe es keinen Grund, ihn nicht sofort zu bestrafen.¹⁸¹ Der Moskauer-Korrespondent der *Times* räumte daraufhin ein, dass diese Meinung der *Pravda* auch in der sowjetischen Öffentlichkeit vertreten werde. Dort stellten viele einen Zusammenhang zwischen der Heß-Frage und der Zweiten Front her. Sie nähmen an, dass die Leute, die Heß in England treffen wollte, dieselben seien, die jetzt die Errichtung der Zweiten Front verzögerten.¹⁸² Der deutsche Propagandaminister hatte schon einige Tage zuvor festgestellt: „Die Bolschewisten treiben augenblicklich eine außerordentlich kluge Propaganda- und Nachrichtenpolitik. Sie drücken auf die Engländer und Amerikaner, ohne dass wir nennenswerte Argumente aus ihren Auslassungen schöpfen konnten.“¹⁸³

Der britische Außenminister ergriff nicht die Möglichkeit zu einer vertraulichen Aussprache mit dem sowjetischen Botschafter, sondern wählte die Tribüne des Unterhauses, um unmittelbar auf diese Äußerung des Moskauer Parteiorgans zu reagieren.¹⁸⁴ Acht Tage später übermittelte das Foreign Office der sowjetischen Botschaft in London eine Note, die vorerst die Heß-Kontroverse aussparte, dafür aber die Kompetenzen einer Kommission der Vereinten Nationen zur Untersuchung von Kriegsverbrechen (von Gräueltaten war nicht mehr die Rede) präzisierete. Die Note bestimmte als Ziel der Kommission die Erhebung von Materialien zu den wichtigsten Verbrechen und die Zusammenstellung einer Liste der Kriegsverbrecher.¹⁸⁵

Die Gründung der sowjetischen Untersuchungskommission

Am 14. Oktober 1942, genau an dem Tag, als die *Pravda* mit der „Deklaration zur Bestrafung der während des Krieges begangenen Verbrechen“ die Heß-Kontroverse eröffnete, aber noch ohne Kenntnis der britischen Vorschläge für eine gemeinsame alliierte Kommission, hatte Lozovskij in Moskau die Initiative für die

181 *Pravda*, 19. 10. 1942, S. 1.

182 *The Times*, 20. 10. 1942, S. 3.

183 TJG II, Bd. 5, S. 554–558, hier S. 555, Z. 50–53 (23. 9. 1942).

184 Antwort Edens auf eine Unterhausanfrage betr. Heß, 21. 10. 1942, DzD I, 3.

185 Majskij an Molotov, 29. 10. 1942, AVP RF f. 059, op. 1, p. 430, d. 3856, Bl. 128–131. Gleichlautende Noten gingen auch an andere alliierte Regierungen.

Bildung einer eigenständigen sowjetischen Kommission zur Untersuchung der deutschen Kriegsverbrechen erneuert. Ähnlich wie im August der ZK-Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda – doch ohne Kenntnis von dessen Vorschlag – dachte auch Lozovskij an eine sehr breite Zusammensetzung dieser Kommission und war bei der Kandidatenauswahl auf Außenwirkung bedacht. Um diese zu erreichen, sollten alle Vorsitzenden der vier bereits erwähnten antifaschistischen Komitees sowie der Vorsitzende des Allslawischen Komitees, die Chefredakteure der *Pravda*, der *Izvestija*, der *Trud*, der *Krasnaja Zvezda* und der *Komsomolskaja Pravda* in der Kommission vertreten sein. Interessanterweise schlug Lozovskij auch den Physiker Kapica als Mitglied vor, was darauf hindeuten könnte, dass er dessen früheren Vorschlag kannte.¹⁸⁶

Lozovskijs Vorschlag blieb jedoch unberücksichtigt. Erst ein neuer Anlauf, den Vyšinskij wenig später auf der Grundlage des Aleksandrov-Vorschlags unternahm, brachte Fortschritte.¹⁸⁷ Stalin befasste sich nun zwischen dem 27. Oktober und dem 2. November selbst mit dieser Angelegenheit. Ausgangspunkt für ihn war nicht allein der von Vyšinskij übermittelte und weiterentwickelte Vorschlag Aleksandrows, sondern ebenso der Vorschlag Edens zur Bildung einer Alliierten Kommission. Der schließlich am 2. November von Kalinin unterzeichnete Erlass des Obersten Sowjets zur Bildung einer rein sowjetischen Untersuchungskommission, der vorher weder im Politbüro, noch im Rat der Volkskommissare, noch im Staatlichen Verteidigungskomitee (GKO) bestätigt worden war, unterschied sich wesentlich von allen bisherigen Entwürfen. Die Kommission hieß jetzt „Außerordentliche Staatskommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen“ (ČGK). Die Zahl ihrer Mitglieder, einschließlich des Vorsitzenden, blieb auf zehn begrenzt. Alle waren jedoch bereits in den vorangegangenen Entwürfen genannt worden. Als Vertreter der sowjetischen Öffentlichkeit wurden fünf Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der orthodoxe Metropolit Nikolaj ausgewählt. Kontakte der Kommission zu den Verbündeten waren nicht vorgesehen. Eine spätere Anerkennung und Nutzung der Untersuchungsergebnisse durch die Alliierten spielte bei der Zusammensetzung und Aufgabenstellung der Kommission eine untergeordnete Rolle. Vorrang hatten innersowjetische Argumente.¹⁸⁸

186 Lozovskij an Molotov, 19. 10. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 7, d. 69, Bl. 33. Zu den antifaschistischen Komitees vgl. S. 281, Anm. 147.

187 Vyšinskij an Molotov, 27. 10. 1942, ebd., Bl. 25–30.

188 Ukaz des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zur Bildung der „Außerordentlichen staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen-faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen“ (mit der russischen Abkür-

Nach dem wortbrüchigen Überfall auf die Sowjetunion begehen die deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihre Komplizen auf den zeitweilig von ihnen besetzten sowjetischen Territorien ungeheuerliche Verbrechen: Friedliche Einwohner werden gefoltert, misshandelt und getötet; Hunderttausende von sowjetischen Bürgern werden gewaltsam zur Sklavenarbeit ins Ausland verschleppt; die Bevölkerung in Stadt und Land wird ausgeplündert und in ehrlicher Arbeit erworbenes persönliches Eigentum von Sowjetbürgern sowie Eigentum der Kolchosen und des Staates nach Deutschland verbracht; Kunst- und Kulturdenkmäler der Völker der Sowjetunion werden zerstört sowie künstlerische und historische Kostbarkeiten geraubt; Gebäude werden zerstört und Kultgegenstände religiöser Gemeinschaften gestohlen. Für all jene ungeheuerlichen Verbrechen, die von den deutsch-faschistischen Eindringlingen und ihren Komplizen verübt werden, sowie für den gesamten materiellen Schaden, den sie Sowjetbürgern, Kolchosen, Genossenschaften und anderen gesellschaftlichen Körperschaften, Staatsbetrieben und Einrichtungen der Sowjetunion zufügen, tragen die verbrecherische Hitlerregierung sowie die deutsche Heeresführung und deren Helfershelfer in vollem Umfange die strafrechtliche und materielle Verantwortung.

Erstmals wurde in einem zur sofortigen Veröffentlichung bestimmten Dokument von „Wiedergutmachung“ der Schäden gesprochen und Prozesse angekündigt. Bei der Sammlung von Beweismitteln ging es nicht nur um die Bestrafung der für die Gräueltaten verantwortlichen Deutschen, sondern auch um die Verurteilung von Kollaborateuren aus der sowjetischen Bevölkerung.¹⁸⁹ Die Erfassung der Kriegsverbrechen, die Registrierung der Schäden und die Sammlung von Zeugenaussagen entwickelten sich seit 1943 zu einer „Massenbewegung“, die zur Anhäufung unzähliger, bisher wenig genutzter Quellen führte.¹⁹⁰

Erstaulich schnell, aber erst nachdem die Gründung der ČGK verkündet worden war, antwortete die sowjetische Regierung am 3. November auf die britischen Vorschläge zur Bildung einer gemeinsamen Kriegsverbrecher-Kommission

zung „ČGK“), 2. 11. 1942, in: UdF 1, S. 67–70. Die Endfassung veröffentlichten alle sowjetischen Zeitungen am 4. 11. 1942.

189 Bereits 1942 wurden 15743 Sowjetbürger vor sowjetischen Militärtribunalen wegen Unterstützung des Feindes verurteilt. Vgl. Gitlevskie voennye prestupniki i ich posobniki pered sovetskimi voennym sudom v period Velikoj Otečestvennoj vojny. [Die Hitlerischen Kriegsverbrecher und ihre Helfer vor sowjetischen Kriegsgerichten während des Großen Vaterländischen Krieges], in: *Zakon i pravo*, 4/2000, S. 51–56. Im Sommer 1943 beteiligte sich Vyšinskij an der Vorbereitung und Durchführung des ersten großen Kriegsverbrecherprozesses, der ohne Beteiligung der Verbündeten, jedoch mit intensiver Presseberichterstattung, in Krasnodar durchgeführt wurde. Vgl. UdF 2, S. 647, Anm. 34.

190 Die Außerordentliche Regierungskommission wurde auf Beschluss des Ministerrats der UdSSR vom 9. 6. 1951 aufgelöst. Ihre Unterlagen werden als Fond R-7021 im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) aufbewahrt; der Bestand umfasst für den Zeitraum von 1941 bis 1951 insgesamt 43305 Akteneinheiten. Weitere Unterlagen existieren in den betroffenen Unionsrepubliken.

der Alliierten. Sie kritisierte das verspätete, dann aber überstürzte Vorgehen der britischen Regierung und verband ihre Zustimmung zur Kommissionsgründung mit der eigenen Forderung nach Errichtung eines internationalen Tribunals. Dabei spielte sie erneut auf Heiß an und drängte wie zuvor die *Pravda* auf einen umgehenden Prozessbeginn gegen eben diesen:¹⁹¹

Die sowjetische Regierung machte ebenfalls deutlich, dass sie es für notwendig hält, jeden aus der Führung des faschistischen Deutschland, der bereits im Kriegsverlauf in die Hände der Behörden der gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Staaten fällt, unverzüglich vor ein spezielles internationales Tribunal zu stellen und mit der vollen Härte des Strafrechts abzuurteilen. [...] Gleichzeitig ist die sowjetische Regierung überzeugt, dass den Völkern, die die ganze Last der Invasion von Hitlers Horden tragen und unter den von den Besatzern verübten Grausamkeiten leiden, keine Genugtuung zuteil wird, solange die Bestrafung der Schuldigen an diesen Grausamkeiten auf die Zeit nach dem Abschluss eines Waffenstillstands aufgeschoben wird.

Trotz dieser Polemik erkannte die UdSSR an, dass die Kommission durch die Zusammenführung von Anklagematerialien und Beweismitteln, die allen interessierten Staaten verfügbar gemacht werden sollten, eine positive Rolle spielen könne. Sie kündigte an, dass die tags zuvor gebildete ČGK entsprechende Materialien vorlegen werde.¹⁹²

Mit dieser Note war eine langwierige Auseinandersetzung über formelle und prinzipielle Fragen vorherbestimmt. Weder die britische noch die amerikanische Regierung unternahm Schritte, um diese Gefahr und die Meinungsverschiedenheiten zügig auszuräumen. Die Kommission begann ihre Arbeit ohne die UdSSR.¹⁹³ Es bleibt ein Rätsel, warum die britische Regierung dies hinnahm. Ein Versuch, den Konflikt im Sinne der UdSSR zu regulieren, den Majskij im Auftrag Molotovs Anfang 1944 unternahm, stieß bereits innerhalb des Außenkommissariats auf Widerspruch.¹⁹⁴ Von Anfang an stand fest, dass die Mitarbeit der UdSSR eine der wesentlichen Voraussetzungen (wenn auch keine Garantie) für eine Beteiligung der Alliierten an der Untersuchung der deutschen Massenverbrechen auf dem Territorium der UdSSR und innerhalb des sowjetischen Einflussbereichs war.

Unabhängig von der Alliierten Kriegsverbrecherkommission initiierte Churchill im September 1943 eine gemeinsame Deklaration der drei Regierungschefs

191 Molotov an Kerr, 3. 11. 1942, veröffentlicht in: UDF 1, S. 72.

192 Ebd.

193 Golunskij und Bazarov an Molotov: „Über die Londoner Kommission zur Untersuchung der Kriegsverbrechen“, 18. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 20, d. 208, Bl. 1–3.

194 Vgl. die Kritik Vyšinskij vom 1. 3. 1944 an dem von Majskij vorgelegten Entwurf eines Artikels und die Replik Majskij darauf AVP RF f. 0428, op. 1, p. 2, d. 11, Bl. 60–61.

zur Verantwortung der Deutschen für die von ihnen begangenen Verbrechen.¹⁹⁵ Mit seinem Vorschlag stieß Churchill sofort auf prinzipielle sowjetische Zustimmung.¹⁹⁶ Die drei Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens verabschiedeten zum Schluss ihrer ersten gemeinsamen Konferenz in Moskau eine gemeinsame Erklärung.¹⁹⁷ Trotz der Strafandrohung kam es während des Krieges zu keiner gemeinsamen Untersuchung der deutschen Verbrechen durch die Alliierten. Erst am Kriegsende schaltete sich die sowjetische Regierung auf der Grundlage amerikanischer Vorschläge erneut aktiv in die Erörterung der Frage nach Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher ein.¹⁹⁸

Rudolf Heß als Gegenstand sowjetisch-britischer Vorwürfe

Zu berichten bleibt in diesem Zusammenhang noch der Fortgang der vor den Augen der Weltöffentlichkeit geführten sowjetisch-britischen Kontroverse um Rudolf Heß. Die britische Regierung überließ es nicht der unabhängigen britischen Presse, auf die Äußerungen der *Pravda* zu Heß zu antworten, sondern reagierte selbst äußerst scharf. Sie ging dabei bis an die Belastungsgrenze der Anti-Hitler-Koalition, indem sie erklärte:¹⁹⁹

His Majesty's Government can only look upon this [*Pravda*] article as calculated to stir up public opinion in the Soviet Union and other Allied countries against His Majesty's Government ... This public indication ... is bound to *assist the common enemy*.

Zu einer Zeit, in der die Rote Armee weitgehend allein auf sich gestellt die schwierigste Phase des Krieges überwand, musste es in Moskau so scheinen, als basiere diese Zurechtweisung durch die britische Regierung auf der Gewissheit, dass es die UdSSR nicht zum Bruch mit ihren Verbündeten kommen lassen könne. Der in Machtkämpfen erfahrene Realpolitiker Stalin ließ sich durch diese scharfen Töne weder herausfordern noch umstimmen. Vielmehr forderte er bei der Entgegennahme der Note erneut die sofortige Aburteilung von Heß.²⁰⁰ Öffentlich belehrte er die britische Regierung, dass in der gegebenen Situation Kontroversen unbe-

195 Churchill an Stalin, 12. 10. 1943, BW, S. 218–220.

196 Vyšinskij an Kerr und Harriman vom 25. 10. 1943, in: BW, 806, Anm. 52.

197 Deklaration zur Verantwortung der Hitleranhänger für die begangenen Gräueltaten, in SAIK, 1, S. 363–364. Veröffentlicht in der *Pravda*, 2. 11. 1943.

198 Bericht von Arutjunjan und Golunskij, 8. 5. 1945, in: UdF 1, S. 567–568.

199 Britische Note vom 3. 11. 1942, von Kerr am 5. 11. an Stalin übergeben, 5. 11. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 14, d. 137, Bl. 19–20, veröffentlicht in: DzD I, 3, S. 1042–1043. Hervorhebung nicht im Original.

200 Unterredung zwischen Stalin und Kerr, 5. 11. 1942, RGASPI f. 558, op. 11, d. 284, Bl. 11–21.

dingt zu vermeiden sind. In der Pravda konnte jedermann in diesen Tagen seine Mahnung lesen:²⁰¹

Es wäre lächerlich, den Unterschied in der Ideologie und in der Gesellschaftsordnung der Staaten zu leugnen, die der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition angehören ... [Doch] die entstandene Gefahr diktiert den Mitgliedern der Koalition gebieterisch die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens, um die Menschheit vor dem Rückfall in Barbarei und mittelalterliche Bestialitäten zu retten.

Auf dieser Basis konnte Molotov fünf Tage später der britischen Regierung mit Entschiedenheit antworten, indem er Schuldzuweisungen umkehrte und ausgehend von Heß eine Verständigung über drei Forderungen annahmte:²⁰²

- a) Die Rädelsführer Hitlerdeutschlands und seiner Komplizen in Europa, die schon während des Kriegsverlaufs in die Hände einer der alliierten Regierungen gefallen sind, unterliegen der Bestrafung als Personen, die zum Kreis der Hauptschuldigen am Kriege und der Hauptkriegsverbrecher gehören;
- b) die Bestrafung dieser Kriegsverbrecher darf nicht aufgeschoben werden, sondern muss bereits jetzt, noch vor Kriegsende, erfolgen;
- c) die Bestrafung dieser Kriegsverbrecher darf nicht Angelegenheit irgendeines Staates allein sein, sondern ist das gemeinschaftliche Anliegen der verbündeten Staaten, die ein Interesse an dieser Bestrafung haben.

Die britische Regierung zog es vor, auf dieses Memorandum vorerst nicht formell zu antworten, sondern ihren Botschafter in einer Unterredung mit dem Außenkommissar erklären zu lassen, dass es zur Bestrafung von Heß nicht nur einer britisch-sowjetischen Vereinbarung, sondern einer Verständigung unter den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, insbesondere mit der amerikanischen Regierung, bedürfe. Zugleich versicherte Kerr, dass Heß in England so lange in Haft bleiben werde, bis er verurteilt sei.²⁰³ Obwohl die Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher – von denen zu diesem Zeitpunkt allein Heß in den Händen der Alliierten war – bis zum Sommer 1945 strittig blieb, hatte die Heß-Kontroverse zur Formulierung der Prinzipien beigetragen, die 1945–1946 die Arbeit des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg bestimmten.

201 Bericht des Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen gemeinsam mit den Partei- und Gesellschaftlichen Organisationen der Stadt Moskau, 6. 11. 1942, in Stalin, Krieg, S. 66–85, hier S. 80–81.

202 Sowjetische Antwortnote an Kerr, 11. 11. 1942, AVP RF f. 06, op. 4, p. 14, d. 137, Bl. 27–30, veröffentlicht in: UdF 1, S. 74–77.

203 Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 24. 11. 1942, veröffentlicht in: UdF 1, S. 77–87.

VI. Vorentscheidungen 1943

Über Stalins Nachkriegspläne wurde weder in Amtsstuben noch am Verhandlungstisch, sondern zuallererst an der deutschen Ostfront entschieden. Erst als es der Roten Armee gelang, eine wirksame Verteidigung gegen die Deutschen zu organisieren und seit 1943 dauerhaft aus der Defensive in die Offensive überzugehen, erhielt Stalin das von ihm seit Langem beanspruchte Mitspracherecht über die Zukunft Deutschlands. Stalin bemerkte dazu am 26. Jahrestag der Oktoberrevolution:¹

Das abgelaufene Jahr war das Jahr des Umschwungs nicht nur im Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, sondern auch im ganzen Weltkrieg. Die Veränderungen, die in diesem Jahr in der militärischen und außenpolitischen Lage vor sich gegangen sind, gestalteten sich zugunsten der Sowjetunion und der mit ihr befreundeten verbündeten Länder ... Der Sowjetstaat war noch nie so fest und unerschütterlich wie jetzt, im dritten Jahre des Vaterländischen Krieges ... Es steht außer Zweifel, dass der Sowjetstaat aus dem Kriege stark und noch mehr gefestigt hervorgehen wird.

Für Stalin kam diese Entwicklung nicht überraschend. Er hatte die Stärke der UdSSR bereits in den Jahren zuvor eher über- als unterschätzt. Unverändert war er 1943 entschlossen, diese Stärke für die Durchsetzung eigener Ziele zu nutzen, doch erstmals waren nun die Möglichkeiten dafür gegeben.

Außenpolitische Zukunftserwartungen Anfang 1943 in Moskau

Stalin erklärte Verschiedenes, wenn er öffentlich und intern erläuterte, welche Politik er nach dem Sieg verfolgen werde. Während er in Verlautbarungen, die primär propagandistischen Zwecken dienten, zwischen Hitler und dem deutschen Volk, zwischen dem „Hitlerstaat“ und dem deutschen Staat sowie zwischen „Hitlerarmee“ und dem Militär in Deutschland unterschied, zielten seine bisher bekannten internen, nicht für die Öffentlichkeit bestimmten (jedoch den Alliierten bekannten) Äußerungen auf die Aufgliederung Deutschlands und auf einschneidende Korrekturen der deutschen Grenzen. Er ließ nicht nur die Führung der KPD und seine westlichen Partner, sondern auch sowjetische Diplomaten ohne klare Orientierung über die Ausrichtung der künftigen Politik der UdSSR. Doch für alle aufmerksamen Beobachter bestand kein Zweifel, dass Stalin niemals seine auf Sicherheit durch Machtzuwachs gerichtete Politik aufgeben würde, am aller-

1 Stalin, Krieg, S. 136–137, 135. Hervorhebung nicht im Original.

wenigsten in dem Moment, da im Kriege die Früchte seiner auf maximale Stärkung der UdSSR gerichteten Politik der dreißiger Jahre reiften. „Je stärker die UdSSR, desto sicherer der Frieden“ blieb für Stalin immer Leitlinie sowjetischer Außenpolitik.

Mit für sowjetische Verhältnisse einzigartiger Offenheit prüfte Botschafter Majskij am Anfang des Jahres 1943 die wahrscheinlichen Ziele der zukünftigen Außenpolitik der UdSSR. Seine Tagebuchnotizen enthalten Gedanken, die von Stalin und Molotov selbst – aus welchen Gründen auch immer – aus dieser Zeit nicht überliefert sind. Dafür fehlt jeder Hinweis auf die Besetzung oder die dauerhafte Kontrolle Deutschlands durch die UdSSR und die übrigen Mächte der Anti-Hitler-Koalition. Am 5. Januar notierte der Diplomat:²

Unser Ziel besteht darin, einer neuerlichen Aggression seitens Deutschlands vorzubeugen. Die Garantien hierfür können innerer und äußerer Art sein. *Die inneren Garantien können nur durch eine umfassende und tiefgreifende proletarische Revolution im Ergebnis des Krieges und die Schaffung einer stabilen, auf Sowjets basierenden Staatsordnung in Deutschland herbeigeführt werden.* Die durch den Faschismus vergiftete Psychologie der deutschen Massen muss im Feuer einer derartigen Revolution umgeschmolzen und die gegenwärtig Deutschland beherrschenden Klassen müssen vollständig beseitigt werden. Alles, was darunter liegt, kann nicht überzeugen. Eine auf wackligen Beinen stehende Sowjetmacht ist für uns inakzeptabel. Wird es in Deutschland zu einer derartigen Revolution kommen? Ich weiß es nicht. Ich habe jedoch vielerlei Zweifel, denn ich kann bislang diejenigen Kräfte und Bedingungen nicht erkennen (vor allem ist die kommunistische Partei nicht stark genug), die zur Geburt einer stabilen proletarischen Herrschaft in Deutschland führen könnten. Gelingt es nicht, innere Garantien für einen Nichtangriff zu erreichen, so sind äußere Garantien für einen Nichtangriff unvermeidlich, d. h. eine weitreichende und langandauernde Schwächung Deutschlands, die jedwede Aggression seinerseits physisch ausschließt. [...] Die Hauptmaßnahmen für [die Schaffung] äußerer Garantien müssen in Folgendem bestehen: a) Aufspaltung Deutschlands in eine Reihe von mehr oder minder unabhängigen Staaten. Zur Aufspaltung hat sich Gen. Stalin während seiner Verhandlungen mit Eden im Dezember 1941 geäußert. b) „Wirtschaftliche Dezentralisierung“, d. h. im Kern die industrielle Entwaffnung Deutschlands, die wahrscheinlich wichtiger ist als militärische Abrüstung.

Die Frage nach dem Verhältnis der erwähnten inneren und äußeren Garantien stellte sich Majskij in diesem Zusammenhang nicht. Erst ein Jahr später gab er zu erkennen, dass die von ihm angestrebten äußeren Garantien einer Revision bedürften, „wenn der Krieg ... zu einer echten proletarischen Revolution in Deutschland führt.“³

2 Vgl. UdF 1, Anm. 234, S. 635. Hervorhebung nicht im Original.

3 Majskij an Molotov, 11. 1. 1944, ebd., S. 269. Vgl. dazu unten S. 383.

Selbstverständlich blieben diese Überlegungen dem seit 1933 im Moskauer Exil weilenden provisorischen Vorsitzenden der KPD, Wilhelm Pieck, verborgen. Verglichen mit den in der diplomatischen Praxis gereiften Überlegungen des sowjetischen Botschafters, der die gleichen kommunistischen Überzeugungen teilte wie Pieck, wirkten die Gedanken, die der KPD-Vorsitzende wenige Tage später an einen kriegsgefangenen deutschen Kommunisten übermittelte, wie einstudiertes Wissen. Pieck gab neben eigenen Wünschen den Grundkonsens wieder, der sich zwischen der Exil-KPD und den Moskauer Stellen der Kommunistischen Internationale und der sowjetischen Partei- und Staatsführung herausgebildet hatte. Stalin selbst mied allerdings während des gesamten Krieges den direkten Kontakt mit deutschen Genossen. Er ignorierte die deutschen Kommunisten bei der Vorbereitung seiner Nachkriegspolitik ebenso wie Churchill die deutschen Exilanten, die sich in London versammelt hatten.⁴ Kontakte deutscher Kommunisten zu Mitgliedern der sowjetischen Führung beschränkten sich auf die Kriegsgefangenenarbeit. Als Pieck am 13. Januar 1943 dem „Antifa-Aktivist“ Keller antwortete, fehlte auch bei ihm jeder Hinweis auf eine mögliche Besetzung Deutschlands:⁵

Es gibt zwei Wege, dem Krieg ein Ende zu machen: [D]ie militärische Niederlage und die Volkserhebung zum Sturze Hitlers. *Wir ziehen selbstverständlich den letzten Weg vor*, weil damit das deutsche Volk nicht nur den Krieg abkürzt, sondern sich auch wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwirkt und sich einen gerechten Frieden verschaffen wird.

Das ist eine Hauptfrage. Die andere Frage ist: Was soll nach Hitler kommen. Dafür gibt das Friedensmanifest ausreichende Auskunft ... Wir erheben also keine weitergehenden Forderungen, als sie von den Massen gestellt und verstanden werden. Wir dürfen uns darin nicht durch Stimmen beirren lassen, die fordern, jetzt müsse der Kommunismus an die Herrschaft kommen, und dies meist noch mit dem Gedanken verbinden, dass das mit Hilfe der Roten Armee geschehen muss. Wir müssen sehr real die Lage in Deutschland nach den 10 Jahren Hitlerdiktatur einschätzen und jedenfalls mit unseren Forderungen mit den Füßen auf der Erde bleiben ... Selbstverständlich geben wir damit nicht unsere marxistisch-leninistischen Auffassungen preis. [...]

Auch die Überlegungen über die Möglichkeit der weiteren Entwicklung im Verhältnis zwischen der Sowjetunion, England und den USA müssen immer auf die Realität zurückgeführt werden, von der aus dieses Verhältnis angebahnt ist. Solange Hitler nicht vernichtet und damit dem Krieg ein Ende gemacht ist, wird sich in diesem Verhältnis nichts ändern. Wie es sich dann weiter gestalten wird, das wird sehr davon abhängig sein, welche Auswir-

4 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 189.

5 Aleksej Filitov, Sowjetische Deutschlandplanung im Krieg, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals, Sowjetisierung und Neutralität, Göttingen 2006, S. 28–29.

kungen der Krieg gerade auf die Stimmung der breiten Volksmassen haben wird. Wir sollten solche müßigen Diskussionen, wer wen betrügen wird, möglichst unterbinden.

Diese Anmerkungen Piecks vermitteln ebenso wie das von ihm erwähnte „Friedensmanifest“⁶ einen Eindruck von den Wünschen, Zielen und Befürchtungen der deutschen Kommunisten in Moskau. Sie enthalten jedoch nichts von den konkreten Planungen der sowjetischen Deutschlandpolitik. Denn mit Stalin konnten deutsche Kommunisten die künftige Deutschlandpolitik nicht diskutieren. Verhandlungen mit sowjetischen Stellen zu diesem Gegenstand blieben allein den Westmächten vorbehalten.

Unterbliebene sowjetisch-britische Vorverständigung

Zu diesem Zeitpunkt war in Moskau die ein Jahr zuvor begonnene Nachkriegsplanung weitestgehend zum Erliegen gekommen. Dazu erklärte der Sekretär der Kommission zur Vorbereitung diplomatischer Materialien:⁷

Im vergangenen Jahr verlief die Arbeit der Kommission ungleichmäßig: Nach einer kurzen Aufbauphase erstellte die Kommission den Arbeitsplan für das II. Quartal 1942, arbeitete diesen im Zeitraum April–Juli 1942 teilweise ab, gestaltete jedoch im Weiteren ihre Tätigkeit nicht aktiv, sondern reduzierte sie auf die Vervielfältigung eingegangenen sowjetischen und ausländischen Materials. [...]

Eine erhebliche Anzahl ... der aufgeschobenen Arbeiten entfällt gerade auf die aktuellsten Fragen der Nachkriegsordnung in der Welt, darunter sind Fragen hinsichtlich englisch-amerikanischer Widersprüche, politischer, strategischer und ökonomischer Interessen der USA und Großbritanniens in verschiedenen Teilen der Welt sowie Fragen zu Plänen dieser beiden Mächte in Bezug auf die internationale Nachkriegsordnung.

Mitte Februar 1943 analysierte Majskij die „gesellschaftlich-politischen Hintergründe“ der in Casablanca getroffenen militärischen Entscheidungen. Der sowjetische Botschafter hob dabei die „außerordentliche Verwunderung“ hervor, die in Großbritannien „über die Stärke und Lebensfähigkeit der UdSSR“ vorherrsche.

6 Gemeint ist das „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ vom 6. 12. 1942, das von der Exilführung der KPD nach Beratungen mit der Führung der „KI“ verabschiedet und am 20. 12. 1942 über den deutschen Volkssender in Moskau verbreitet wurde. Auszugsweise veröffentlicht (ohne Angabe der Kürzungen!) in: GdA, Bd. V, S. 569–570. Vgl. zur Entstehungsgeschichte Peter Erler, *Nach Hitler*, S. 46–51. Vgl. auch Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 119.

7 Aufzeichnung von Saksin, 2. 2. 1943, in: UDF 1, S. 89–94.

Aber noch immer äußerte er sich nicht zur Besetzung oder Kontrolle Deutschlands nach einem Sieg der Alliierten:⁸

Am Ende der deutschen Vorjahresoffensive war man hierzulande allgemein der Ansicht, dass es der Roten Armee gelingen werde, den Frontverlauf vom November zu halten, und dass die Rote Armee dann während des Winters wahrscheinlich Offensivoperationen werde vortragen können, diese aber begrenzt blieben, kaum von entscheidender Bedeutung sein könnten und bestenfalls unsere Frontpositionen an einzelnen, wichtigeren Abschnitten etwas begradigen würden. [...] In der Brust [der herrschenden Klassen Großbritanniens, J.L.] wohnen [jetzt] gleichsam zwei Seelen. Einerseits ist es sehr gut, dass die Russen so kräftig auf die Deutschen einschlagen, dann haben wir Engländer es leichter. Wir ersparen uns Verluste und Zerstörungen. Noch einmal nutzen wir unsere uralte Methode – Kriege von fremder Hand führen zu lassen. Doch andererseits wird es uns Engländern angst und bange, denn werden im Ergebnis die Bolschewisten nicht gar zu stark? Wächst nicht die Autorität der UdSSR und der Roten Armee gar zu sehr? Steigen nicht die Chancen des „Kommunismus“ in Europa zu sehr? [...] Wie das Gefühl ... erst sein wird, wenn die Rote Armee vor den Toren Berlins steht, ist schwer zu sagen. Nicht auszuschließen sind allerlei unliebsame Überraschungen.

In diesem Moment ergriff die britische Regierung eine halbherzige Initiative, um eine Abstimmung mit der UdSSR über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege herbeizuführen. Botschafter Kerr erhielt den Auftrag, mit der sowjetischen Regierung Fühlung aufzunehmen, um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Nachkriegsplanung zu erreichen. Seine Instruktion bestimmte zum ersten Mal das Interesse der britischen Regierung an Absprachen zwischen den drei Mächten zur Friedensregelung vor Abschluss des Waffenstillstands mit Deutschland.⁹

Dieser Instruktion folgend, äußerte Kerr während der Unterredung mit Molotov am 20. Februar 1943 den Wunsch der britischen Regierung, sich mit der UdSSR und den USA bereits vor der Beendigung des Krieges über die Nachkriegsplanung zu einigen. Er informierte über die Bildung eines interministeriellen Reparationsausschusses, dessen Ergebnisse man der sowjetischen Regierung zugänglich machen werde, und sprach wirtschaftliche Fragen an. Die britische Regie-

8 Majsikij an Molotov, 13. 2. 1943, in: UdF 1, S. 94–99. Dieses Telegramm basiert auf dem Tagebucheintrag Majsikij vom 5. 2. 1943, vgl. AVP RF f. 017-a, op. 1, p. 2, d. 10, Bl. 33–37. In diesem Telegramm äußerte sich Majsikij auch ausführlich zur Zweiten Front. Vgl. dazu S. 126–127.

9 Eden an Kerr, 4. 2. 1943: „[O]ur Governments [the British and American] attach the greatest importance to the main lines of the peace settlement being agreed to by the U.K., the U.S. and the Soviet Union, in advance of the Armistice“, vgl. in: BDFA, III, A, Bd. 3, Bl. 288–292.

rung hoffe ihrerseits, erklärte Kerr weiter, über die Ansichten der sowjetischen Regierung zu Wirtschaftsfragen informiert zu werden. Mit einer Note bat der britische Botschafter am folgenden Tag um Erläuterung von zwei Passagen aus der Rede Stalins vom 6. November 1942, die sich missverständlich auf die Zukunft Deutschlands und die Behandlung der deutschen Wehrmacht bezogen.¹⁰ Stalin reagierte umgehend. Schon am 24. Februar empfing er Kerr und übergab ihm seine schriftliche Antwort. Darin hieß es:¹¹

Ich denke, dass es nur eine richtige Verfahrensweise geben kann, um Fragen zu klären, die die Abrüstung Deutschlands und die Methoden der Zügelung des Letzteren betreffen, und *Einstimmigkeit* in diesem Bereich (wie auch in anderen Bereichen) zu erzielen: Treffen offizieller Vertreter beider Staaten und Verabschiedung von für beide Seiten verbindlichen Vereinbarungen. [...] Wenn es die britische Regierung jetzt ... für notwendig erachtet, ein solches Treffen vorzubereiten und Vereinbarungen mit der sowjetischen Regierung zur Frage des Schicksals Deutschlands und anderer Staaten zu treffen, so ist die sowjetische Regierung bereit, ihr entgegenzukommen.

Der britische Botschafter präsentierte seinerseits während dieser Unterredung, die in gereizter Stimmung verlief, das britische Memorandum „Zur Sicherheit nach dem Kriege“. Der dritte Punkt dieser nur sechs Punkte umfassenden Denkschrift ging auf die Friedenskonferenz der Siegermächte ein.¹² Er deckte sich wörtlich mit den „Morning Thoughts“, die Churchill bereits am 2. Februar an Roosevelt übermittelt hatte:¹³

„At this [peace] conference the defeated aggressor countries will receive directions of victors. Object of these directions will be to prevent as effectively as possible renewal of acts of aggression of the kinds which have caused these two terrible wars in Europe in one generation. For this purpose and so far as possible total disarmament of guilty nations will be enforced. On the other hand no attempt will be made to destroy their peoples or to prevent

10 Kerr an Molotov, 21. 2. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 16, d. 149, Bl. 10–11, Vgl. zu den betreffenden Stalin-Äußerungen oben S. 206.

11 Unterredung zwischen Stalin und Kerr, 24. 2. 1943, RGASPI f. 558, op. 11, d. 284, Bl. 42–50. Stalins Antwort an Kerr, AVP RF f. 06, op. 5, p. 16, d. 149, Bl. 15. Hervorhebung nicht im Original.

12 Sicherheit nach dem Kriege, 24. 2. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 2, d. 14, Bl. 50.

13 Churchill an Roosevelt, 2. 2. 1943, in: Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 129–132. Zu den von Churchill übermittelten „Morning Thoughts. Note on Post-War Security“ bemerkt Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 128: „The note was intended to convince Turkey that entering the war on the Allied side would benefit the Turkish self-interest“. Halifax übergab dieses Schreiben am 10. Februar an Roosevelt mit der einschränkenden Bemerkung, dass es Gedanken beinhalte, die nicht vollständig im Kriegskabinet abgestimmt seien.

them gaining their living and leading a decent life in spite of all the crimes they have committed.“

Kerr erläuterte diese erste Konkretisierung der Nachkriegspolitik nicht, sondern erklärte am folgenden Tage Molotov prinzipieller: Nur unter Beachtung des Konsensprinzips in der Politik der drei Mächte könne gehofft werden, dass zu dem Zeitpunkt, da Deutschland zusammenbreche, in Europa eine stabile Ordnung errichtet werden könne. Die britische Regierung stehe auf dem Standpunkt, dass keine der drei großen Mächte eine Politik betreiben dürfe, „*die im Gegensatz zu den anderen Mächten steht oder hinter deren Rücken durchgeführt wird*“. Eine gemeinsame Planung werde erst möglich, wenn das Konsensprinzip anerkannt werde. Molotov zögerte, eine klare Antwort zu geben und verlangte Informationen über die Haltung der amerikanischen Regierung zu den von Kerr angesprochenen Fragen. Er bestätigte jedoch das Recht der britischen Regierung, die Frage zu stellen, wie sich die UdSSR zu der angestrebten Abstimmung der drei Mächte in allen wichtigen Fragen verhalte.¹⁴ Auf diese Frage wie auch auf das Memorandum erhielt der britische Botschafter keine Antwort; auch die amerikanische Regierung legte ihre Position zu den von Kerr aufgeworfenen Fragen in Moskau nicht dar. Die britische Regierung ließ ihrerseits die Erklärung Stalins vom 24. Februar unbeantwortet. Damit versäumten alle drei Regierungen die Möglichkeit, vor dem Beginn der Gespräche Edens in Washington in einen Meinungsaustausch über den künftigen Waffenstillstand bzw. den Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten.

Vierzehn Tage später gab Eden im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter zu erkennen, dass er bereit sei, die Schlüsselrolle der UdSSR bei der Lösung aller Nachkriegsfragen anzuerkennen. Mit Blick auf die bevorstehenden Gespräche in Washington berichtete Majskij darüber:¹⁵

Eden ist der Auffassung, dass gemäß unserem Vertrag sich *zuerst* England und die UdSSR zu den sie interessierenden Fragen konsultieren sollten, und erst dann könne man an deren offiziellere Erörterung und den möglichen Abschluss irgendwelcher Abkommen zu dritt herangehen, wenn dafür Erfolgsaussichten bestehen. [...] Es sei eine der Hauptaufgaben Edens in den USA, den Amerikanern klarzumachen, wie wichtig die aktive Beteiligung der UdSSR an der Lösung aller Nachkriegsprobleme auf der Grundlage absoluter Gleichheit sei.

Im selben Zusammenhang verkündete der Mitherausgeber der *Times*, Ted Carr:¹⁶

14 Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 25. 2. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 3, d. 29, Bl. 84–92. Hervorhebung im Original durch Molotov.

15 Majskij an Molotov, 10. 3. 1943, in: UdF 1, S. 99–100. Hervorhebung nicht im Original.

16 *The Times*, 10. 3. 1943, S. 5: Security In Europe (E.H. Carr).

Russia will, at a moment of a victory so largely due to her outstanding effort, enjoy the same right as her allies to judge for herself of the conditions which she deems necessary for the security of her frontiers. [...] If Britain's frontier is on the Rhine, it might just as pertinently be said – though it has not in fact been said – that Russia's frontier is on the Oder, and in the same sense ... Everything goes to show that she [Russia] will be in a position after the war to shape the settlement on lines consistent with this conception of what her security demands. But it will make all the difference to the future of Anglo-Russian friendship whether these lines have been freely approved and welcomed by Britain in advance or whether they are grudgingly accepted as a *fait accompli* after the victory has been won.

Diese Äußerung der offiziellen *Times*, die der kurz zuvor abgegebenen polnischen Deklaration frontal widersprach, löste im Kreis der Exilregierung stärksten DisSENS aus,¹⁷ war aber nicht weit von der Überzeugung entfernt, die sich bei Eden herausgebildet hatte. Die Umsetzung dieser Erkenntnis in außenpolitische Vorschläge an Moskau war jedoch *noch* nicht erfolgt.

Während seiner Gespräche in Washington im März 1943 wurde der britische Außenminister daran erinnert, dass es zwischen Großbritannien, Russland und den USA noch kein Übereinkommen gab, welche Armeen wo stehen würden, wenn es zur Kapitulation Deutschlands kommen werde. Hopkins, der engste Berater des Präsidenten, unterstrich die Dringlichkeit von Verhandlungen in dieser Sache. Er äußerte die Befürchtung, dass es in Deutschland ohne eine solche Vereinbarung entweder zu einer kommunistischen Revolution kommen oder das Land in Anarchie versinken werde.¹⁸ Als Roosevelt wenige Tage später versicherte, dass die Truppen der USA natürlich ebenso wie die Truppen Großbritanniens und der UdSSR in Deutschland stehen würden, zeigte sich Eden höchst befriedigt.¹⁹

Über den Inhalt dieser Washingtoner Gespräche berichtete Litvinov nur sehr verkürzt. Offensichtlich war der sowjetische Botschafter durch die amerikanische Regierung unzureichend informiert worden. Zunächst musste er sich auf Informationen stützen, die er von Eden erhalten hatte:²⁰

Völliges Einvernehmen besteht hinsichtlich der Entwaffnung der Achsenländer und der Aufgliederung Deutschlands in einen südlichen Teil, einen nordwestlichen Teil, Preußen usw. bei Überlassung Ostpreußens an Polen und Internationalisierung des Ruhrgebiets als industrielles Ballungszentrum. Es ist vorgesehen, die Tschechoslowakei in ihren früheren

17 Brandes, Großbritannien, S. 460.

18 Unterredung zwischen Roosevelt und Eden, 17. 3. 1943, DzD I, 4, S. 230–231.

19 Unterredung zwischen Roosevelt und Eden, 22. 3. 1943, ebd., S. 264.

20 Litvinov an Molotov, 29. 3. 1943, in: UdF 1, S. 100–102. Zwei Tage später berichtet Litvinov über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister, vgl. UdF 1, S. 102–103: Litvinov an Molotov, 31. 3. 1943.

Grenzen wiederzuerrichten und einen gesonderten österreichischen Staat zu bilden. [...] Beabsichtigt sind eine gewisse Umsiedlung nationaler Minderheiten und ein Abrücken von den Verträgen über Minderheiten.

In dem Maße wie das sowjetische Misstrauen gegenüber amerikanisch-britischen Vorabgesprächen stieg, verstärkte sich in Moskau das Interesse an den Washingtoner Verhandlungen Edens. Doch trotz umfangreicher Berichterstattung Majskijs blieb das Außenkommissariat uninformiert über konkrete Absprachen seiner Koalitionspartner. Gestützt auf Informationen des britischen Außenministers versicherte der sowjetische Botschafter jedoch vielsagend:²¹

Roosevelt und all seine nächsten Mitarbeiter ... sind der Meinung, dass sich die USA nach dem Krieg an der Friedensregelung und weiteren Friedenserhaltung mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen äußerst aktiv beteiligen müssen.

1. Katyn – Unilaterales Vorgehen der UdSSR

Noch in Erwartung der bevorstehenden Gespräche Edens in Washington hatte die polnische Regierung am 25. Februar 1943 in einer auf Polnisch und Englisch veröffentlichten Erklärung ihre Nicht-Anerkennung aller Grenzveränderungen seit dem 1. September 1939 bekräftigt.²² In Moskau hatte diese Erklärung Verstimmung ausgelöst. Die Vorbereitungen für eine polnische Gegenregierung begannen.²³

21 Unterredung zwischen Majskij und Eden, 3. 5. 1943, in: UdF 1, S. 104–117. Einen zusammenfassenden Bericht über die Gespräche übermittelte Majskij am 13. 4. 1943 telegrafisch nach Moskau (SANO 1, S. 367–373). Daraufhin wies Molotov den sowjetischen Botschafter an, eine detailliertere Aufzeichnung anzufertigen (AVP RF f. 059, op. 10, p. 22, d. 175, Bl. 110). Der hier abgedruckte Bericht wurde Molotov, Vyšinskij, Lozovskij und Dekanozov vorgelegt.

22 Declaration of the Polish Government concerning Polish-Soviet relations, 25. 2. 1943, in: DPSR I, S. 488–489: „The Polish Government ... maintained the unchangeable attitude that so far as the question of frontiers between Poland and Soviet Russia is concerned, the status quo previous to September 1, 1939, is in force; and considers *the undermining of this attitude, which is in conformity with the Atlantic Charter, as detrimental to the unity of the allied nations.*“ Eine russische Übersetzung erschien in der *Izvestija* am 2. 3. 1943. Hervorhebung nicht im Original.

23 Am 1. 3. 1943 legte Molotov den Entwurf einer TASS-Erklärung zu dieser Deklaration der polnischen Regierung Stalin vor, AVP RF f. 06, op. 5, p. 14, d. 131, Bl. 88–93. Nach dessen umfangreichen redaktionellen Korrekturen wurde sie am folgenden Tag veröffentlicht. (ISPO Bd. VII, S. 351). Eine deutsche Übersetzung der polnischen Note und der

In dieser angespannten Situation gab das Deutsche Nachrichtenbüro (DNB) am 13. April 1943 bekannt, dass bei der Untersuchung der „kürzlich“ im Walde von Katyn bei Smolensk entdeckten Massengräber einer sowjetischen Massenhinrichtungsstelle Leichen polnischer Offiziere gefunden worden seien.²⁴ Diese deutsche „Entdeckung“ brachte die von den Diplomaten in London und Washington verdrängte repressive Seite des sowjetischen Bündnispartners zu einer Zeit ans Tageslicht, als der deutsche Kriegsterror noch immer die Existenz der Völker Europas, darunter in erster Linie der Polen, Belorussen, Ukrainer und Russen bedrohte. Der Fund der Opfer des sowjetischen Terrors ermöglichte es der deutschen Propaganda im April 1943 die bis dahin schwerste Krise der alliierten Beziehungen während des Zweiten Weltkriegs zu entfachen, für die es bei Fortbestand des stalinistischen Regimes in der UdSSR kaum eine Lösung gab, außer die Klärung zu vertagen.

Der Ausgangspunkt dieser Krise war ein sowjetisches Staatsverbrechen an mehreren Tausend polnischen Offizieren und Zivilisten drei Jahre zuvor.²⁵ Zwar unterlagen die Hintergründe dieses Verbrechens in der UdSSR strengster Geheimhaltung, doch existierte bereits ein Verdacht bei der polnischen Exilregierung und den Westmächten, bevor das Gebiet um Katyn im Sommer 1941 in deutsche Hände fiel.

Seine aktuelle Sprengkraft erhielt das Verbrechen von Katyn 1943 aber erst durch die oben angedeutete Kontroverse über die sowjetisch-polnische Grenze –

TASS-Erklärung erschien unmittelbar darauf in Deutschland, vgl. AdG 12. 3. 1943, S. 5865-E.

24 AdG vom 24. 4. 1943, 5914-C. Ein erster Bericht über Katyn erschien im *Völkischen Beobachter* auf S. 1 am 14. 4. 1943. Vgl. dazu die kritische Prüfung der damaligen deutschen „Untersuchungsergebnisse“ durch Friedrich Herber, Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz, Leipzig 2002, S. 305–313.

25 Insgesamt wurden im April–Mai 1940 im Katyn-Wald 4 421 Offiziere, in Char'kov 3 820 Personen aus dem Lager in Starobel'sk, in Kalinin 6 311 Personen aus dem Lager in Ostaškov, an anderen Orten und in Gefängnissen 7 305 Häftlinge erschossen, d. h. insgesamt 21 857 Kriegsgefangene und Gefängnishäftlinge. Vgl. auch G. Kaiser, Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis, Berlin 2002, und die dreibändige polnische Dokumentation: Katyn'. Dokumenty zbrodni, Bd. 1: Jeńcy nie wypowiedzianej woiny. Sierpień 1939–Marzec 1940, Warschau 1995; Bd. 2: Zagłada. Marzec–czerwiec 1940, Warschau 1998; Bd. 3: Losy ocalałych. Lipiec 1940–Kwiecień 1943, Warschau 2002. Vgl. auch die Sammlung der bisher zugänglichen sowjetischen Dokumente bei N. Lebedeva (Hg.), Katyn'. Mart 1940–sentjabr' 2000 g. Rasstrel. Sud'by žyvyh. Ėcho Katyni. Dokumenty, Moskau 2001. Der Wortlaut des Politbürobeschlusses ist veröffentlicht in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), http://osteuropa.bsb-muenchen.de/dig/1000dok/0023_kat/.

eine Auseinandersetzung zwischen zwei formal verbündeten Staaten –, die anhand von Zeitungsmeldungen die ganze Welt nachvollziehen konnte. Darauf gründete die deutsche Propagandakampagne zu Katyn. Diese Inszenierung Goebbels' zielte kurzfristig darauf, die Anti-Hitler-Koalition zu sprengen. Längerfristig unterfütterte sie bei deutschen Soldaten, Offizieren und Generälen Furcht vor Erschießung in sowjetischer Gefangenschaft. Viele setzten diese Angst einfach mit „Katyn“ gleich. Noch vor der Veröffentlichung der ersten eigenen Meldungen veranlasste der Propagandaminister eine Untersuchung der Gräber und notierte am 14. April 1943 in sein Tagebuch. „Die Auffindung von 12 000 von der GPU ermordeten polnischen Offizieren wird nun in größtem Stil in der antibolschewistischen Propaganda eingesetzt.“ Schon vierzehn Tage später konnte Goebbels selbstzufrieden triumphieren:²⁶

Das wichtigste Thema der gesamten internationalen Debatte ist natürlich der Bruch zwischen Moskau und der polnischen Emigrantenregierung. [...] Man sieht jetzt mit einem Male Risse im alliierten Lager auftauchen, die man vorher nicht wahrhaben wollte. Man spricht von einem vollkommenen Sieg Goebbels'.

Einen Monat später fügte er hinzu: „Der Fall Katyn hat dem Führer außerordentlich imponiert. Er hat auch daran wieder erkannt, welche ungeheuren Möglichkeiten heute noch in der antibolschewistischen Propaganda liegen.“²⁷

Weder die polnische noch die sowjetische Regierung suchten eine gemeinsame Verständigung angesichts der deutschen Kampagne. Auch die britische und die amerikanische Regierung nahmen die deutschen Meldungen nicht zum Anlass, eine polnisch-sowjetische Konsultation zu initiieren. Die polnische Exilregierung ließ eine Erklärung des sowjetischen Informationsbüros²⁸ unbeachtet und wandte sich an das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, um die Entsendung einer Untersuchungskommission zum Ort des Verbrechens zu erbitten.²⁹ Damit forderte die polnische Exilregierung – während zur selben Zeit auf dem besetzten polnischen Territorium Millionen Polen und Juden Opfer der deutschen Massenvernichtung wurden – die internationale Untersuchung der Leichen polnischer Offiziere, die sie als Opfer eines sowjetischen Verbrechens vermutete.

26 TJG II, Bd. 8, S. 104, Z. 118–119 (14. 4. 1943), S. 174–175, Z. 55–68 (28. 4.)

27 Ebd., S. 260, Z. 304–306 (10. 5.). Vgl. dazu die kritische Prüfung der damaligen deutschen „Untersuchungsergebnisse“ durch Friedrich Herber, Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz, Leipzig 2002, S. 305–313.

28 TASS-Erklärung des Sovinformbjuro in der *Izvestija* vom 16. 4. 1941. Abgedruckt in: ISPO VII, S. 353–355.

29 Statement of the Polish Government concerning the discovery of the graves of Polish officers near Smolensk, 17. 4. 1943, DPSR I, S. 527–528.

Dieser Schritt war durch das polnische Verteidigungsministerium bereits im Voraus bekannt gegeben worden.³⁰

Die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr von diesem Konflikt am 19. April durch einen Leitartikel der *Pravda*. Unter dem Titel „Hitlers polnische Kollaborateure“ beschuldigte das Parteiblatt die Exilregierung, den deutschen Propagandaangriff auf die UdSSR zu unterstützen und prophezeite, dass diejenigen, die mit Hitler zusammenarbeiten, zusammen mit ihm untergehen würden.³¹ Obwohl *TASS* am folgenden Tag meldete, dass dieser *Pravda*-Artikel sich mit der Position führender sowjetischer Kreise decke,³² unternahmen die Außenämter in Moskau, London und Washington weiterhin keinen Versuch, diesen bereits in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikt durch gegenseitige Konsultationen bzw. durch direkte polnisch-sowjetische Kontakte zu entschärfen. Die polnische, britische und amerikanische Regierung übersah, dass es in diesem Moment nicht nur um die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen, sondern auch um die zukünftige Rückkehr der polnischen Regierung in das höchst wahrscheinlich durch die UdSSR von der deutschen Besatzung zu befreiende Polen ging. Diese Dimension der Krise erkannte Stalin als Chance. Er nutzte das Schweigen seiner westlichen Verbündeten und eine realitätsfremde polnische Note vom 20. April 1943,³³ um am folgenden Tage den Abbruch der längst zerütteten Beziehungen zur polnischen Exilregierung anzukündigen:³⁴

-
- 30 Communique issued by the Polish Minister of National Defence, 16. 4. 1943, in: DPSR I, S. 525–527: „We have become used to the lies of German propaganda and we understand the purpose behind its latest revelations ... [B]ut the necessity has arisen that the mass graves which have been discovered should be investigated ... by a proper international body, such as the International Red Cross.“
- 31 *Pravda*, 19. 4. 1943. Bereits drei Tage zuvor hatte dieselbe Zeitung zum ersten Mal über „die Verbrechen der Deutschen in Katyn“ berichtet. In der *Pravda* folgen weitere Berichte und Kommentare am 21., 24., 28., 29. und 30. April.
- 32 Veröffentlicht in der *Pravda* vom 21. 4. 1943.
- 33 Raczynski an Bogomolov, 20. 4. 1943, DPSR I, S. 528–530. Raczynski informierte *nachträglich* über bereits unternommene Schritte, die die UdSSR tangierten bzw. ohne deren Mithilfe nicht zu verwirklichen waren, um dann zu urteilen: „Public opinion in Poland and throughout the world has rightly been so deeply shocked that only irrefutable facts can outweigh the numerous and detailed German statements concerning the discovery of the bodies of many thousand Polish officers murdered near Smolensk in the Spring of 1940.“
- 34 Stalin an Churchill und separat aber gleichlautend an Roosevelt, 21. 4. 1943, BW, S. 150–152. Es ist bisher nicht rekonstruierbar, wann dieses Schreiben, das wie alle übrigen „Botschaften“ Stalins zur Übergabe an Churchill telegrafisch dem sowjetischen Botschafter übermittelt wurde, tatsächlich ausgehändigt wurde. Dies könnte frühestens am 22. und spätestens am 23. April geschehen sein.

Zu einer Zeit, da die Völker der Sowjetunion im schweren Kampf gegen Hitlerdeutschland ihr Blut vergießen und alle ihre Kräfte für die Vernichtung des gemeinsamen Feindes der freiheitsliebenden demokratischen Länder einsetzen, führt die Regierung Herrn Sikorskis zum Nutzen der Tyrannei Hitlers einen verräterischen Schlag gegen die Sowjetunion. Durch alle diese Umstände muss die Sowjetregierung zu der Erkenntnis gelangen, ... dass es unumgänglich ist, die Beziehungen zu dieser Regierung abzuberechen.

Die Eigenart dieser für die Moskauer Deutschlandplanung die Weichen stellenden Krise bestand darin, dass die Westmächte sie erst als Machtdemonstration Stalins erkannten, als diese bereits stattgefunden hatte. Bis zum 23. April gingen Beobachter in London von der Annahme aus, dass Stalin weiterhin zur Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung im Westen gezwungen wäre.³⁵ Churchill glaubte noch nach der Ankündigung des Abbruchs der Beziehungen zu Polen, Stalin warnen zu können: „Die öffentliche Bekanntgabe eines Bruchs würde in den Vereinigten Staaten den allergrößten Schaden anrichten.“³⁶ Diese Warnung verfehlte ihre Wirkung. Wie sich am 25. April herausstellte, erwartete Stalin eine formelle Entschuldigung der polnischen Regierung oder einen anderen demonstrativen Schritt der Unterordnung Polens. Dazu waren die über die Beziehungen zu Moskau längst frustrierten Londoner Polen³⁷ unter keinen Umständen bereit. Sie wünschten vielmehr eine härtere Gangart der Westmächte gegenüber dem immer mächtiger werdenden fremden Bündnispartner im Osten.

Diese Position der Londoner Exilregierung bot Stalin die Möglichkeit, die diplomatischen Beziehungen zu ihr abzuberechen, um schon im Voraus die Rückkehr einer sowjetfeindlichen Regierung in ein durch die Rote Armee noch zu befreiendes Polen zu verhindern.³⁸ Er lenkte auch nicht ein, als ihm Churchill die Versicherung übermittelte, dass sich Sikorski gegenüber Eden „verpflichtet“ habe, nicht

35 Biddle (London) an Hull, 23. 4. 1943, FRUS 1943, III, S. 386–388: „I gained the impression from the Ambassador’s a fore cited and other remarks that Moscow is concerned over the potential effect of the German allegations and the appurtenant Polish communiqué upon British and especially American opinion.“

36 Churchill an Stalin, 24. 4. 1943, BW, S. 152–153.

37 Ende März, also noch vor Beginn der deutschen Kampagne, informiert Cadogan den britischen Premierminister, dass die polnisch-sowjetischen Beziehungen so angespannt seien, dass der polnische Außenminister den britischen Botschafter gewarnt habe, dass die polnische Regierung gezwungen sein könnte, die Beziehungen mit der Sowjetregierung abzuberechen, vgl. Cadogan an Churchill, 31. 3. 1943, Polonsky, S. 119–121.

38 Deutscher, Stalin, S. 635.

auf einer Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz zu bestehen. Der sowjetische Alleinherrscher erklärte dem britischen Premierminister:³⁹

Ich muss Ihnen ... mitteilen, dass der Abbruch der Beziehungen zur polnischen Regierung bereits entschieden ist und V.M. Molotov heute die Note über den Abbruch der Beziehungen zur polnischen Regierung überreicht hat. Das forderten *alle meine Kollegen*, zumal da die polnische offizielle Presse die feindliche Kampagne nicht für eine Minute unterbricht, sondern sie mit jedem Tage verstärkt. Ich war auch gezwungen, die öffentliche Meinung der Sowjetunion zu berücksichtigen, die durch die Undankbarkeit und den Verrat der polnischen Regierung zutiefst empört ist.

Mit dem Abbruch der Beziehungen zur polnischen Exilregierung⁴⁰ reizte der Vožd' seine wichtigsten Partner aufs Äußerste. Noch ohne Wissen über die Beendigung der Beziehungen, suchte Roosevelt nach Entspannung der Krise,⁴¹ musste sich aber durch Stalin belehren lassen:⁴²

Vielleicht irre ich mich, doch nehme ich an, dass eine unserer Verpflichtungen als Alliierte darin besteht, den einen oder anderen Verbündeten daran zu hindern, zur Freude und zum Nutzen des gemeinsamen Feindes irgendeinem anderen Alliierten gegenüber feindselige Schritte zu unternehmen.

Als sich Churchill mit Hinweis auf den britisch-sowjetischen Bündnisvertrag darüber beklagte, dass die sowjetisch-polnischen Beziehungen ohne vorherige Konsultation mit der britischen Regierung abgebrochen worden seien,⁴³ ließ Stalin fast eine Woche vergehen, ehe er seine Belehrung nun gegenüber Churchill

39 Stalin an Churchill, 25. 4. 1943, BW, S. 153–154. Hervorhebung nicht im Original. Die Ernennung Stalins zum Marschall der Sowjetunion war am 7. 3. 1943 in der sowjetischen Presse bekannt gegeben worden, vgl. FRUS 1943 III, S. 513.

40 Note Molotovs an Romer, 25. 4. 1943, in: ISPO VII, S. 356–357. Die Note wurde erst am 27. 4. in der *Izvestija* veröffentlicht. Nach dem Bericht des amerikanischen Botschafters war Romer, der polnische Botschafter in Moskau, in der Nacht vom 25. zum 26. April von Molotov einbestellt worden, lehnte jedoch die Entgegennahme der Note ab. Dem gleichen Bericht zufolge ließ Molotov daraufhin die Note durch die britische Botschaft zustellen, vgl. Standley an Hull, 26. 4. 1943, FRUS 1943, III, S. 396–398. Tadeusz Romer sandte die Note nun mit einem Schreiben an Molotov zurück, worin die UdSSR für die Beendigung der Beziehungen verantwortlich gemacht wurde. Vgl. Romer an Molotov, 26. 4. 1943, DPSR I, S. 535–536.

41 Roosevelt an Stalin, 26. 4. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 126.

42 Stalin an Roosevelt, 29. 4. 1943, BW, S. 529–530.

43 Churchill an Stalin, 30. 4. 1943, BW, S. 156–157.

wiederholte.⁴⁴ Die *Times* hatte schon am 28. April festgestellt, jeder polnisch-sowjetische Konflikt gefährde sowohl die Zukunft Polens als auch die Erfüllung der Ziele der Vereinten Nationen.⁴⁵

Statt die von Roosevelt und Churchill geforderte Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Londoner Polen zu ermöglichen, nutzte Stalin die Gelegenheit und ließ die bereits vor der Krise begonnenen Vorbereitungen zu einer polnischen Gegenregierung unter alleiniger sowjetischer Kontrolle fortsetzen. Wichtiger als die formelle Schaffung einer solchen Regierung blieb für ihn, sie mit militärischen Mitteln auszustatten. Und er sorgte dafür, dass dies den Westmächten nicht verborgen blieb.⁴⁶

Der Plan Goebbels', die Anti-Hitler-Koalition mit Hilfe der Enthüllung des sowjetischen Massakers von Katyn zu sprengen, ging 1943 zwar nicht auf, verstärkte aber in London und Washington den längst vorhandenen Argwohn gegenüber Stalin. Die Katyn-Krise zeigte, dass sowjetische Außenpolitik gegen den Willen der Westmächte durchsetzbar geworden war. Der Abbruch der Beziehungen zur polnischen Exilregierung symbolisierte in Kontinuität zur zarischen Politik die Fortsetzung der 1939/40 eingeleiteten Großmachtspolitik der UdSSR. Ähnlich wie die Wiederherstellung der baltischen Staaten gelang auch die Aufklärung des Massenverbrechens an den Polen bei Katyn erst nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Ordnung.⁴⁷

44 Stalin an Churchill, 4. 5. 1943, BW, S. 161: „Ich denke, dass es entsprechend dem Geist unseres Vertrages nur natürlich gewesen wäre, einen Verbündeten davon abzuhalten, einem anderen Verbündeten einen Schlag zu versetzen“.

45 *The Times*, 28. 4. 1943, S. 5: Russia And Poland.

46 Bereits am 28. April wandte sich Wanda Wasilewskaja im Namen des Bundes Polnischer Patrioten über den Moskauer Rundfunk an die in der UdSSR lebenden Polen, attackierte die Exilregierung und kündigte die Bildung militärischer Einheiten an, die Schulter an Schulter mit der Roten Armee gegen die Deutschen kämpfen würden. Vgl. ISPO VII, S. 360–362. Der Rat der Volkskommissare der UdSSR beschloss am 6. 5. 1943 die Formierung einer polnischen Division, meldete die *Izvestija* am 9. 5. 1943. Gestützt auf eine Meldung der *Krasnaja Zvezda* berichtete die Londoner *Times* am 14. 5. 1943 über die Bildung dieser Division unter Oberst Berling. Die Division trage polnische Uniformen und nutze polnische Hoheitszeichen.

47 Offiziell hielt man in Moskau an der Version, die Deutschen hätten den Massenmord bei Katyn begangen, bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion fest. Erst am 14. Oktober 1992 ließ Boris El'cin, als Präsident der Russischen Föderation, dem polnischen Präsidenten Lech Walesa Kopien von Dokumenten zukommen, die eine sowjetische Urheberchaft für dieses Verbrechen belegten. Zu den verschiedenen Verschleierungsanstrengungen der UdSSR vgl. G. Kaiser/Andrzej Leszek Szcześniak, *Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren*, Berlin 1992, S. 130–134 und 193–206.

2. Die Auflösung der „KI“ und die Treffen der Großen Drei

Stalin löste die durch die sowjetischen Verbrechen bei Katyn ausgelöste Krise der alliierten Beziehungen durch die Beseitigung der Kommunistischen Internationale („KI“).⁴⁸ Dieser spektakuläre Schritt war zugleich Teil der Moskauer Vorbereitungen auf die Nachkriegspolitik.

Die Neuordnung der „KI“, dieses politisch-propagandistischen Kolosses, der schon lange auf sowjetischen Füßen stand, hatte sich latent zwar langfristig angebahnt, kam dann aber dennoch überraschend. Schon im Frühjahr 1941 hatte Stalin intern mit provozierender Offenheit erklärt:⁴⁹

Bei D[imitroff] in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei). Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw. Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen. Denn die Situation und die Aufgaben sind in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich. In England sind es diese, in Deutschland jene usw. Wenn die kommunistischen Parteien auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wiederherstellen.

Wären diese Überlegungen 1941 verwirklicht worden, hätte dies die Anbahnung der Anti-Hitler-Koalition wesentlich erleichtert. Tatsächlich verzichtete Stalin nach dem deutschen Angriff auf revolutionäre Losungen und entschied sich für vaterländische Propaganda. Er traf jedoch keine Vorbereitungen für die Auflösung der „KI“ und ihres Apparats. Bis zum Frühjahr 1943 schien es, als stünden keinerlei Veränderungen bevor. Zu diesem Zeitpunkt entschied Stalin dann scheinbar abrupt über die Auflösung dieser Weltorganisation, ohne deren Generalsekretär vorher zu konsultieren. Er nahm sich nicht einmal die Zeit, Dimitrov persönlich zu informieren. Dies überließ er seinem amtlichen Stellvertreter. Dimitrov notierte nach einem Gespräch mit Molotov am 8. Mai 1943:⁵⁰

48 Roberts, Stalin S. 168.

49 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 374 (20. 4. 1941). Vgl. dazu auch die Äußerung Litvinovs am 22. 5. 1943, der gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Moskau eine Beteiligung der sowjetischen Regierung an der Auflösung der Komintern bestritt und versicherte: „It's been under consideration for over three years.“ Vgl. William H. Standley/Arthur A. Ageton, Admiral Ambassador to Russia, Chicago 1955, S. 373.

50 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 688. Hervorhebung nicht im Original.

Sind zu dem Schluss gekommen, dass die Komintern als *Führungszentrum* für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben ist. Ein Schriftstück zur Auflösung dieses Zentrums wird erarbeitet.

Erst drei Tage später erhielten Dimitrov und Manuil'skij für 90 Minuten Gelegenheit, allein mit Stalin und Molotov zu besprechen, wie der „Beschluss“ – an dem sie selbst nicht beteiligt waren – umgesetzt werden würde. Stalin wiederholte in offiziösem Ton, was offensichtlich bereits Molotov erklärt hatte:⁵¹

Die Erfahrung hat gezeigt, dass man kein internationales *Führungszentrum* für alle Staaten haben kann. Das ist zu Zeiten von Marx, zu Zeiten Lenins und in der Gegenwart deutlich geworden. Vielleicht muss man zu regionalen Vereinigungen übergehen – zB für Südamerika, die Vereinigten Staaten und Kanada, einige europäische Staaten usw., aber auch dies sollte man nicht überstürzen.

Stalin legte in diesem Acht-Augen-Gespräch keineswegs seine innersten Überlegungen und Beweggründe dar, die zum Auflösungsbeschluss geführt hatten. Dies zeigte sich allein darin, dass er fast die gleichen Formulierungen zehn Tage später in größerer Runde wiederholte.⁵² Einige Tage darauf fügte er weitere Argumente hinzu, als er sich gegenüber der britischen Nachrichtenagentur *Reuters* zur Auflösung der Internationale äußerte:⁵³

Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist richtig und zeitentsprechend [sic], da sie die Organisation des gemeinsamen Angriffs aller freiheitsliebenden Nationen gegen den gemeinsamen Feind – den Hitlerfaschismus erleichtert. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale ist richtig, denn:

51 Ebd., S. 689. Hervorhebung nicht im Original. Laut dem Besucherbuch Stalins waren die beiden Funktionäre zwischen 21.55 und 23.25 Uhr allein mit Molotov und Stalin im Kreml, vgl. LPS, S. 407.

52 Ebd., S. 694 (21. 5. 1943): „Stal[in] erklärte, die Erfahrung habe sowohl zu Zeiten von Marx und Lenin als auch in der Gegenwart gezeigt, dass es unmöglich sei, die Arbeiterbewegung aller Länder von einem internationalen Zentrum aus zu leiten. Dies gelte vor allem heute, unter Bedingungen des Krieges, da die kommunistischen Parteien in Deutschland, Italien und in anderen Ländern die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu stürzen [...], während die kommunistischen Parteien in der UdSSR, in England, Amerika und in anderen Staaten hingegen die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu unterstützen, damit der Feind baldmöglichst zerschlagen werden kann. Wir hätten unsere Kräfte überschätzt, als wir die KI gründeten und davon ausgingen, dass wir die Bewegung in allen Staaten leiten könnten. Dies sei unser Fehler gewesen. Die weitere Existenz der KI wäre eine Diskreditierung der Idee der Internationale, was wir nicht wollen.“

53 Antworten Stalins auf Fragen von *Reuters*, 28. 5. 1943, in: Stalin, Krieg, S. 119–121.

- a) Sie entlarvt die Lüge der Hitlerleute, dass „Moskau“ angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu „bolschewisieren“.
 - b) Sie entlarvt die Verleumdung seitens der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, dass die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse Ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handelten. Dieser Verleumdung ist nunmehr ebenfalls ein Ende gemacht worden.
 - c) Sie erleichtert die Arbeit der Patrioten aller Länder zur Vereinigung aller freiheitsliebenden Völker zu einem einheitlichen internationalen Lager für den Kampf gegen die Gefahr der Weltherrschaft des Hitlerfaschismus und macht dadurch den Weg frei für die zukünftige Organisation des Freundschaftsbundes der Völker auf der Grundlage ihrer Gleichberechtigung.
- [...] Ich bin der Auffassung, dass die Auflösung der Kommunistischen Internationale durchaus zeitentsprechend ist, da gerade jetzt, wo die faschistische Bestie ihre letzten Kräfte anspannt, der gemeinsame Angriff der freiheitsliebenden Länder organisiert werden muss, um dieser Bestie den Garaus zu machen und die Völker vom faschistischen Joch zu erlösen.

Stalins Überlegungen, die seiner einsamen Entscheidung zugrunde lagen, hatten sich in den zwei Jahren, als er diesen Gedanken zum ersten Mal äußerte, kaum verändert. Gewandelt hatte sich jedoch die internationale Lage. Stalin hatte jetzt tatsächlich die Macht gewonnen, in deren Besitz er sich bereits im April 1941 wähnte.

Der Beschluss zur Auflösung der kommunistischen Weltorganisation stand zwar im unmittelbaren Zusammenhang mit der Katyn-Krise, doch die Gründe dafür lagen tiefer. Für Stalin war die Weltorganisation entbehrlich geworden, als der Sowjetunion selbst der Durchbruch zur Weltmacht gelungen war. In diese Richtung dachte auch ein Ostexperte im Foreign Office: Die Kommunistische Internationale sei für die UdSSR zu etwas Belastendem („embarrassing“) geworden, das als Instrument für die sowjetische Politik an Bedeutung verloren habe:⁵⁴

The old idea of world revolution is dead and the expectation now is that the success of socialism and communism in the USSR will serve as an example to foreign countries and gradually incline them in the same direction.

Tatsächlich war für Stalin zu dieser Zeit die Auflösung der Kommunistischen Internationale ein Schritt zur Vorbereitung der sowjetischen Kampfhandlungen gegen Deutschland und dessen Verbündete außerhalb der Grenzen der UdSSR; ein notwendiger Schachzug, um der nicht nur bei den Nationalsozialisten verbreiteten Furcht vor einer Sowjetisierung Europas entgegenzuwirken. Die Auflösung der „KI“ blieb aber auch Voraussetzung für den Beginn gemeinsamer Planungen

54 Notiz A. Dew, 4. 6. 1943, in: Victor Rothwell, Britain and the Cold War, 1941–1947, London 1982, S. 104.

mit den USA und Großbritannien zur Besetzung und Umgestaltung Deutschlands nach dem Kriegsende. Eine revolutionäre Perspektive – für deren Verwirklichung die Komintern gedient hatte – und die gemeinsame Besetzung Deutschlands durch amerikanische, britische und sowjetische Truppen schlossen einander aus.

Die Verkündung des Endes der Kommunistischen Internationale wurde auch durch die am 14. April bekanntgegebenen Reisepläne des früheren amerikanischen Botschafters in Moskau, Joseph Davies, einem Vertrauten Roosevelts, nach Moskau beeinflusst.⁵⁵ Bereits Anfang Februar 1943 hatte Davies im State Department die Voraussetzung für ein „basic agreement“ zwischen den USA und der UdSSR sondiert, um die Gefahr eines kalten oder heißen Krieges zwischen der UdSSR und den USA auszuschließen. Zu diesem Zweck hatte er für realpolitische Zugeständnisse plädiert:⁵⁶

[I]n order ... to reach a basic understanding with the Soviet Government, as a practical matter we should at this time concur in the Soviet contention that the Baltic States and eastern Poland form part of the Soviet Union.

In diesem Zusammenhang hoffte Davies darauf, die UdSSR davon überzeugen zu können, dass es in ihrem ureigensten Interesse vorteilhaft wäre, die Komintern und ihre Strukturen im Ausland zu liquidieren. Der stellvertretende Chef der für Osteuropa zuständigen Abteilung des State Department stimmte nicht nur zu, sondern erklärte die Auflösung der Komintern als eine Voraussetzung für jede zukünftige Zusammenarbeit mit der UdSSR.⁵⁷

Als Stalin drei Monate später die formelle Auflösung der „KI“ einleitete und Dimitrov wie alle übrigen Führer der in ihr vereinigten Kommunistischen Parteien diesen Beschluss widerstandslos mittrug, basierte dies auf dem erst im Nachhinein erkennbar werdenden gegenseitigen Einverständnis, dass die Aufgaben dieser Weltorganisation von sowjetischen Stellen besser und effektiver fortgeführt werden konnten. Zunächst hatte Stalin geraten, die Auflösung der „KI“ nicht zu überstürzen.⁵⁸ Noch am 19. Mai rechnete Dimitrov damit, dass dieser Schritt erst Ende des Monats bekannt gegeben werden würde.⁵⁹ Doch am Tag darauf – vor oder

55 Vgl. unten S. 315.

56 Unterredung zwischen Dubrow und Davies, 3. 2. 1943, in: FRUS 1943, III, S. 500–505.

57 Ebd.

58 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 690 (11. 5. 1943). Stalin erklärte: „Überstürzen Sie in dieser Angelegenheit nichts. Stellen Sie den Entwurf zur Diskussion, geben Sie den Mitgliedern des Präsidiums des EKKI die Möglichkeit, zwei bis drei Tage darüber nachzudenken und Änderungen vorzunehmen. Auch er werde einige Korrekturen anbringen.“

59 Ebd., S. 693 (19. 5. 1943): „Nachts bei Stalin gewesen (anwesend Molotow, Woroschilow, Berija, Malenkow, Mikojan). Wir sind übereingekommen, 1) die Sektionen darauf hinzu-

nach dem ersten Gespräch Stalins mit Davies – änderte sich die Lage. Stalin begann zu drängen.⁶⁰ Und bereits am 22. Mai gab das Präsidium des Exekutivkomitees der im Westen noch immer gefürchteten Internationale deren Selbstauflösung bekannt. Die *Times* kennzeichnete diesen Schritt sofort als eines „der bedeutendsten Ereignisse des Krieges“, um realpolitisch einzuräumen, dass die Auflösung der Komintern allerdings nicht bedeute, Russland hätte sein revolutionäres Potential verloren. Innerhalb Russlands seien die Errungenschaften der Revolution niemals höher geschätzt worden als zu dem Zeitpunkt, an dem das Land den harten Test eines totalen Krieges bestanden habe. Wie bereits wenige Wochen zuvor forderte die Zeitung bei dieser Gelegenheit erneut die Anerkennung des Rechts Russlands, am Umbau Europas teilzunehmen.⁶¹

Die deutschen Politemigranten in Moskau tappten Ende Mai im Dunkeln, als sie nach den eigentlichen Gründen für die Auflösung der Komintern suchten. Kurella durchdachte dieses Ereignis „auf eigene Faust“:⁶²

Im Grunde geht es also auf das Gegenteil dessen hinaus, was es scheint, nämlich auf eine einheitliche, riesige, einzige Kräftezusammenfassung der internationalen Arbeiterklasse. Durch diesen Krieg ist die Arbeiterklasse in ihrer staatlichen Form endgültig [sic] als Großmacht zum bestimmenden Faktor der Staatengeschichte geworden. Die scheinbare Trennung der revolutionären Arbeiterbewegung in den anderen Ländern von der VKP(b) als Herz des Kommunismus ist in Wirklichkeit ihre festere Verbindung mit ihr: Die Kommunisten werden direkter noch als bisher zu Vertretern der Weltpolitik der Arbeiterklasse in Gestalt ihrer staatsgewordenen Form!

Auch Majskij musste sich auf Spekulationen beschränken, als er für sich selbst den Auflösungsbeschluss interpretierte:⁶³

[D]as ist eine sehr wichtige Angelegenheit – nicht nur für die UdSSR, sondern für die gesamte Welt. Sie bedeutet, dass wir auf die Revolution nach dem Krieg keine Hoffnung setzen. Natürlich könnte und wird es im Ergebnis des Krieges in den verschiedensten Ländern allerlei Unruhen, Streiks und Aufstände geben, doch das ist etwas anderes. Es gibt keine Hoffnung auf eine echte, vollkommene proletarische Revolution.

weisen, dass ein solcher Beschluss [zur Auflösung der Kommunistischen Internationale] veröffentlicht wird; 2) den Beschluss in zehn Tagen zu veröffentlichen.“

60 Ebd., S. 694 (20. 5. 1943): „Stal[in] rief an: „Kann der Beschluss des Präsidiums nicht heute in der Presse veröffentlicht werden? Es wäre ratsam, sich mit der Veröffentlichung zu beeilen.“

61 *The Times*, 24. 5. 1943, S. 5: „End Of The Comintern“.

62 Kurella an Cohn-Vossen, 24. 5. 1943, Kurella, Briefwechsel, S. 514–524.

63 Tagebucheintrag Majskijs, 29. 5. 1943, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 10, Bl. 165.

Die KPD-Führer – Pieck, Florin, Ulbricht, Ackermann und Elli Schmidt – wollten ihrer Stellungnahme die Form eines Aufrufs geben. Sie appellierten an die kommunistischen Gruppen und Organisationen in Deutschland, den Kampf für die „rasche Beendigung des Raubkriegs des deutschen Imperialismus“ fortzusetzen. Die „Zertrümmerung der Kriegsmaschine Hitlers“ kennzeichneten sie als den einzigen Weg für das deutsche Volk, „sich vor dem Sowjetvolk und vor allen Völkern der Welt von der braunen Schande reinzuwaschen und die Last der Mitverantwortung für Hitlers Verbrechen von seinen Schultern zu werfen“. Dimitrov empfahl zunächst die Übersetzung und Veröffentlichung dieses Aufrufs. Doch als Stalin am 4. Juni 1943 die Nachricht von der erneuten Verschiebung der Zweiten Front erreichte, musste Dimitrov seine Empfehlung eigenhändig streichen.⁶⁴ Der sowjetische „Revolutionsführer“ zweifelte nicht nur an den Erfolgsaussichten der KPD in Deutschland. Er wollte ein *breiteres* von den Kommunisten geführtes *nationales* Bündnis aller deutschen Gegner Hitlers erreichen. Nach den Tagebuchaufzeichnungen Dimitrovs betonte Stalin,⁶⁵

dass es mit Blick auf die Deutschen notwendig sei, auf die Gefahr der Teilung und Vernichtung Deutschlands hinzuweisen, eine Gefahr, die man nur durch den Sturz Hitlers abwenden könne. Denn mit Hitler-Deutschland werde niemand Frieden schließen. Der Kampf um die Rettung Deutschlands vor dem Untergang, für die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des deutschen Volkes, für die Errichtung einer parlamentarischen Ordnung usw. – das müssten die Aufgaben des antifaschistischen Komitees der deutschen Patrioten sein.

Für Stalin schloss die Nutzung nationaler Losungen die Suche nach Absprachen mit den USA und Großbritannien zur Lösung der deutschen Frage in keiner Weise aus, die eben jenen nationalen Losungen widersprachen. Bereits während des Krieges zeigte sich der Widerspruch zwischen öffentlich verlautbarten nationalen Losungen und entgegengesetzten sowjetischen Erklärungen auf den Konferenzen in Moskau, Teheran und Jalta.

Die langwierige Anbahnung eines Treffens der Großen Drei

Ein Gipfeltreffen Roosevelts mit Churchill und Stalin zur Abwehr des Blitzkrieges im Osten war seit dem 22. Juni 1941 erforderlich. Doch war es niemals selbstverständlich. Die Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen musste sich auch auf Seiten der

64 Pieck u. a. an Dimitrov, 24. 5. 1943, in: Komintern, Bd. 2, S. 371–374. Dimitrov selbst strich am 14. 6. 1943 seine vorangegangene „Resolution“ „Übersetzen und an das Journal weiterleiten“ und vermerkte stattdessen „aufbewahren“. Die Stellungnahme ist stark verkürzt veröffentlicht in GdA, Bd. V, S. 573–574.

65 Dimitroff, Tagebücher, Bd. 1, S. 708 (12. 6. 1943).

Westmächte erst entwickeln. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Roosevelt und Churchill, als sie sich im August 1941 trafen, um eine Erklärung zu ihren Kriegszielen vorzubereiten, eine Einladung Stalins erwogen. Statt die UdSSR als bestimmenden bzw. mitbestimmenden Faktor für die Nachkriegspolitik einzubeziehen, rechneten sie mit deren weitestgehender Schwächung im Verlaufe des Krieges.

Dagegen war Moskau früh an derartigen Verhandlungen interessiert. Als Roosevelt durch seinen Botschafter im November 1941 die Möglichkeit einer persönlichen Kontaktaufnahme andeuten ließ,⁶⁶ reagierte Stalin sofort positiv:⁶⁷

Ihrem Wunsch, Herr Präsident, zwischen Ihnen und mir unverzüglich einen persönlichen unmittelbaren Kontakt herzustellen, falls es die Umstände erfordern, schließe ich mich gern an und bin bereit, meinerseits alles nur Mögliche für seine Verwirklichung zu tun.

Roosevelt ging auf diese weitgehende Zusicherung nicht ein.⁶⁸ Bei der Entsendung Molotovs nach London und Washington im April 1942 bekräftigte Stalin erneut sein Interesse an einem Treffen mit dem Präsidenten der größten Wirtschaftsmacht.⁶⁹

Ich zweifle nicht daran, dass es mir gelingen wird, eine persönliche Begegnung mit Ihnen herbeizuführen, der ich große Bedeutung beimesse, insbesondere hinsichtlich der großen Aufgaben, die mit der Organisierung des Sieges über den Hitlerfaschismus unseren Ländern erwachsen.

Der Präsident erklärte einen Monat später zwar gegenüber Molotov sein Interesse, sich „zur Erörterung von Fragen der Zukunft und von Fragen der Gegenwart ... mit dem *größten Menschen unserer Zeit*, mit Stalin [zu] treffen“,⁷⁰ doch er ließ diesen Worten zunächst keine Taten folgen.

Roosevelt war zu keiner Zeit bereit, selbst eine Reise nach Moskau anzutreten. Dies unterschied ihn von Churchill, der Anfang März 1942 erstmals über ein

66 Steinhardt an Vyšinskij, 2. 11. 1941, BW, S. 470–471: „Der Präsident bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass Herr Stalin nicht zögern wird, direkt mit ihm in Verbindung zu treten, sollte es die Situation erfordern.“

67 Stalin an Roosevelt, 4. 11. 1941, BW, S. 472. Schreibweise wie im Original.

68 Roosevelt an Stalin, 14. 12. 1941, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 55–56.

69 Stalin an Roosevelt, 20. 4. 1942, BW, S. 482. Vgl. dazu Standley an State Department, 24. 4. 1942, FRUS 1942, III, S. 545–548: „Stalin ... stated that the question of the meeting had been the subject of ‚messages‘ and that he still had hopes that it could be brought about.“

70 Unterredung zwischen Roosevelt und Molotov, in: Ržeševskij, Stalin, S. 228–231. Hervorhebung nicht im Original.

Treffen mit Stalin nachdachte⁷¹ und tatsächlich im August dieses Jahres die gefährliche Reise nach Moskau antrat, nachdem Stalin versichert hatte:⁷²

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in die UdSSR kommen könnten, damit wir gemeinsam die dringendsten den Krieg gegen Hitler betreffenden Fragen beraten, denn England, die USA und die UdSSR sind jetzt von dieser Seite besonders stark bedroht.

Bis zum Frühjahr 1943 wurde die Idee eines Gipfeltreffens von Roosevelt immer dann ins Spiel gebracht, wenn er die Briten vor einer vorschnellen Anerkennung der 1941 verletzten sowjetischen Grenze zurückhalten wollte⁷³ oder wenn er glaubte, Stalin über die Änderung seiner militärischen Pläne informieren zu müssen.⁷⁴

Churchill wurde zum eigentlichen Initiator des ersten Gipfeltreffens der Großen Drei, als er sich im November 1942 gegenüber dem Präsidenten auf Stalins Bereitschaft berief, zu einem solchen Treffen in den nächsten Wochen nach Island zu kommen:⁷⁵

Stalin talked to me in Moscow in the sense of being willing to come to meet you and me somewhere this winter, and he mentions Iceland. [...] He [Stalin] talked with some zest of his desire to fly and of his confidence in the Russian machines. Only at a meeting between principals will real results be achieved. What about proposing it for January? By that time Africa should be cleared and the great battle in south Russia decided.

Roosevelt stimmte diesem Vorschlag zu, unternahm aber nichts, um ein solches Dreiertreffen vorzubereiten, in dessen Mittelpunkt ganz selbstverständlich Deutschland stehen sollte. Nicht an Stalin, sondern an Churchill schrieb er:⁷⁶

[I] believe we should arrive at tentative procedures to be adopted in event of a German collapse ... I think the conference should be very secret and that the press should be excluded ... I think that this conference may well result in knocking out Germany sooner than we anticipated ... I believe he [Stalin] will accept.

Ebenfalls nur gegenüber Churchill verglich der Präsident die geplante Zusammenkunft mit dem Treffen zwischen Napoleon und Alexander I. in Tilsit im

71 Taylor, Beaverbrook, S. 522.

72 Stalin an Churchill, 31. 7. 1942, BW, S. 72.

73 Über eine Sondierung Harrimans für ein Treffen Roosevelts mit Stalin informierte Majkskij im Februar 1942 die Moskauer Zentrale und den sowjetischen Botschafter in Washington, vgl. Majkskij an Litvinov, 27. 2. 1942, Majkskij, Peregiska 2, S. 110–111. Angeblich trug sich Stalin Anfang 1942 mit der Absicht, in die USA zu reisen. Vgl. dazu S. 116.

74 Roosevelt an Stalin, 19. 11. 1942, BW, S. 501: „Bevor wir irgendwelche weiteren Schritte unternehmen, möchten sich Churchill und ich mit Ihnen und Ihrem Stab beraten.“

75 Churchill an Roosevelt, 26. 11. 1942, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 42–43.

76 Roosevelt an Churchill, 2. 12. 1942, ebd., S. 54–55.

Jahre 1807, das nicht nur zu Friedensschlüssen zu Lasten Preußens, sondern auch zur Abgrenzung der russischen von der französischen Interessenssphäre in Europa geführt hatte.⁷⁷ An Stalin schrieb Roosevelt lediglich von seinem „sehnlichen Wunsch“, sich mit ihm über „strategische Entscheidungen ... zu unterhalten“.⁷⁸

Unter den seit dem Churchill-Besuch im August 1942 veränderten Umständen wich Stalin vier Monate später einer Zusage aus, ohne damit die Möglichkeit eines Treffens auszuräumen, falls Roosevelt und Churchill ihn an einem Ort in der Sowjetunion aufsuchen sollten:⁷⁹

Ich begrüße den Gedanken eines Treffens der drei Regierungschefs zur Festlegung einer gemeinsamen strategischen Linie. Zu meinem großen Bedauern kann ich jedoch die Sowjetunion nicht verlassen.

Der amerikanische Präsident sprach von „Enttäuschung“, meinte wohl aber Verärgerung, als er sofort einen zweiten Termin für ein Treffen am selben Ort vorschlug, ohne ausreichende inhaltliche Argumente für eine Zusammenkunft vorzubringen.⁸⁰ Gegenüber Churchill erläuterte Roosevelt seine Absicht, die Schuld für die Nichtbeteiligung der UdSSR an dem Treffen, das dann in Casablanca stattfinden sollte, auf den gemeinsamen „Freund“ im Osten abzuwälzen.⁸¹ Doch mit dem sich abzeichnenden ersten großen Sieg der Roten Armee stieg das Machtbewusstsein Stalins, der seinen westlichen Partnern nun erklären konnte:⁸²

Mir sind bis jetzt nicht die Fragen bekannt, die Sie, Herr Präsident, und Herr Churchill auf unserer gemeinsamen Konferenz zu erörtern beabsichtigen. Könnte man diese Fragen nicht in unserem Briefwechsel diskutieren, solange es keine Möglichkeit für eine Zusammenkunft gibt? Ich nehme an, dass es zwischen uns keine Differenzen geben wird.

Als der britische Botschafter wenig später versuchte, mit Molotov und Stalin Gespräche über Nachkriegsfragen zu beginnen, erklärte der sowjetische Partei- und Regierungschef gereizt:⁸³

Ich glaube, dass für die Klärung von Fragen, die die Entwaffnung Deutschlands betreffen und geeignet sind, dem letzteren Zügel anzulegen sowie für die Erreichung von Einstim-

77 Ebd.

78 Roosevelt an Stalin, 2. 12. 1942, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 100.

79 Stalin an Roosevelt, 6. 12. 1942, BW, S. 505.

80 Roosevelt an Stalin, 8. 12. 1942, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 102–103: „I am deeply disappointed that you feel you cannot get away for a conference with me in January.“

81 Roosevelt an Churchill, 8. 12. 1942, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 66–67: „I think we should continue to make every effort for the African meeting and put the responsibility for declining up to our friend.“

82 Stalin an Roosevelt, 14. 12. 1942, BW, S. 506.

83 Stalin an Kerr, 24. 2. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 16, d. 149, Bl. 15.

migkei auf diesem Gebiet (wie auch auf anderen Gebieten) nur eine einzige richtige Methode existiert, nämlich Treffen von offiziellen Vertretern beider Staaten, um Abmachungen zu erreichen, die für beide Seiten bindend sind.

Im Ergebnis des Sieges der Roten Armee bei Stalingrad und seiner Gespräche mit dem britischen Außenminister kündigte Roosevelt Ende März 1943 erstmals öffentlich seine Absicht an, mit Stalin zusammenzutreffen.⁸⁴

Den Weg zu diesem Treffen ebnete 1943 der frühere Botschafter der USA in Moskau, Joseph E. Davies, der als Anwalt freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR höchstes Ansehen im Kreml genoss. Davies gehörte zu den Großbürgern im Westen, die wie Hopkins, Beaverbrook und viele andere von dem Realpolitiker Stalin fasziniert waren und darauf hofften, er habe sich von seinen revolutionären Zielen verabschiedet. Seit dem Besuch von Molotov in Washington im Sommer 1942 drängte Davies auf ein exklusives Treffen zu zweit zwischen Roosevelt und Stalin.⁸⁵ Roosevelts eigene Pläne konkretisierten sich nach den Gesprächen mit Eden Anfang März 1943. Der Präsident bat Davies am 13. März zum ersten Mal, zur Vorbereitung eines solchen Treffens nach Moskau zu reisen. Neun Tage später erklärte sich Davies dazu bereit.⁸⁶

Der amerikanische Botschafter in Moskau kündigte dort die Reise von Davies am 14. April 1943 auftragsgemäß an.⁸⁷ Die *BBC* meldete die Abreise des Sondergesandten am 5. Mai und brachte seine Mission in Moskau erstaunlich präzise in Verbindung mit der Aufgabe, ein Treffen zwischen Roosevelt und Stalin zu arrangieren.⁸⁸ Am gleichen Tag informierte Roosevelt den sowjetischen Botschafter in Washington über den geplanten Besuch und erklärte vielversprechend, die Mission von Davies würde sich auf die Übergabe eines „wichtigen Briefes“ konzentrieren, in dem es um die Vorbereitung eines Gipfeltreffens gehe. Litvinov fügte in seinem Bericht erläuternd hinzu, der Präsident wünsche ein Treffen ohne Chur-

84 Vgl. *New York Times*, 1. 4. 1943: Invitation to Stalin. Wenig später erläuterte Roosevelt gegenüber dem polnischen Botschafter seine Absicht, einen Sondergesandten nach Moskau zu entsenden. Vgl. FRUS 1943 III, S. 370–371, 8. 4. 1943.

85 MacLean, Davies, S. 89–90.

86 Ebd., S. 97–98.

87 Zweite Unterredung zwischen Molotov und Standley am 14. 4. 1943, SAMO I, S. 312. Den Auftrag, Molotov über die beabsichtigte Entsendung von Davies zu informieren, erhielt Standley am 13. April, vgl. Hull an Standley, 13. 4. 1943, FRUS 1943 III, S. 646–647. Die Erinnerungen von Davies an seine Arbeit als Botschafter in Moskau erschienen 1942 unter dem Titel „Mission to Moscow“ und wurden gleich nach Erscheinen verfilmt.

88 Amerikanischer Geschäftsträger in Finnland an amerikanischen Außenminister, 6. 5. 1943, in: FRUS 1943 III, S. 273–274. Am gleichen Tag hatte die *New York Times* die Abreise von Davies gemeldet, vgl. *New York Times*, 5. 5. 1943: Davies Off Today to Invite Stalin to Meet Roosevelt.

chill, ohne Vertreter des State Departments und ohne Militärs. Hopkins wäre der einzige, der ihn begleiten würde.⁸⁹ In der Botschaft, die Davies überbrachte, verschwieg Roosevelt die beabsichtigte erneute Verschiebung der „Trans-Channel Operation“, versuchte aber zum ersten Mal, Stalin mit inhaltlichen Argumenten für ein „inoffizielles und völlig zwangloses Treffen von wenigen Tagen“ zu gewinnen:⁹⁰

There is always the possibility that the historic Russian defense, followed by taking the offensive, may cause a crack-up in Germany next winter. In such a case we must be prepared for the many next steps. *We are none of us prepared today.* Therefore, it is my belief that you and I ought to meet this summer.

Stalin traf mit dem Sondergesandten des amerikanischen Präsidenten zwischen dem 19. und 29. Mai 1943 zweimal zusammen und gab für ihn einen prachtvollen Empfang im Kreml. Molotov und Vyšinskij empfingen Davies jeweils einmal zu gesonderten Gesprächen. Außerdem konferierte Davies mit Vorošilov, Kalinin und Mikojan und gab zwei Pressekonferenzen in Moskau.⁹¹ Das Auftreten von Davies stieß auf scharfe Kritik des dortigen amerikanischen Botschafters, der dem Sondergesandten Roosevelts eine zu pro-russische Haltung vorwarf.⁹² Doch Stalin versicherte dem amerikanischen Präsidenten nur das, wozu er ohnehin bereit war:⁹³

Ich stimme Ihnen zu, dass eine solche Zusammenkunft notwendig ist und dass sie nicht aufgeschoben werden sollte ... Da ich nicht weiß, wie sich im Juni die Ereignisse an der deutsch-sowjetischen Front entwickeln werden, kann ich in diesem Monat nicht Moskau verlassen. Deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, unsere Begegnung im Juli oder August durchzuführen. Wenn Sie damit einverstanden sind, *verpflichte* ich mich, Ihnen zwei Wochen vor der Begegnung mitzuteilen, wann sie im Juli oder August stattfinden könnte.

89 Litvinov an Molotov, 5. 5. 1943, SAMO I, S. 314–315.

90 Roosevelt an Stalin, 5. 5. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 129–130. Der kursiv hervorgehobene Satz fehlt in der sowjetischen und ostdeutschen Ausgabe ohne Kennzeichnung.

91 Stalin empfing Davies am 20. und 26. 5. 1943, vgl. LPS, S. 408–409. Treffen mit Molotov am 20. und mit Vyšinskij am 22. 5. 1943, vgl. SAOD I, S. 347–349 und S. 351–353. Standley zählte verärgert die zahlreichen Treffen in seinem Bericht an Hull vom 1. 6. 1943 auf, vgl. FRUS 1943 III, S. 661–662.

92 Standley an Hull, 22. 5. 1943, FRUS III, S. 651–653. Vgl. Standley, Ambassador, S. 364–370.

93 Stalin an Roosevelt 26. 5. 1943, BW, S. 534. Hervorhebung nicht im Original.

Angeblich überraschte Stalin Davies mit dem Angebot, Roosevelt auf amerikanischem Boden zu treffen.⁹⁴ Dieser scheinbare Enthusiasmus Stalins entsprang möglicherweise seinem zu dieser Zeit noch vorhandenen Optimismus, mit der Auflösung der Komintern Entwicklungsmöglichkeiten für die Beziehungen zu den USA und anderen Staaten des Westens eröffnet zu haben. Doch dieser Optimismus – so er denn überhaupt esistierte – verflog schnell. Es führte kein gerader Weg zum ersten Treffen der drei Staats- und Regierungschefs in Teheran. Vielmehr löste die erneute Absage der Zweiten Front, unmittelbar nach der Abreise des amerikanischen Sondergesandten, eine niemals offen zugespitzte, aber dennoch tiefe Krise der alliierten Beziehungen aus. Während sich Stalin jetzt entschloss, durch Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland eine alternative Handlungsoption zu schaffen,⁹⁵ strebte er dennoch danach, sich die Zusammenarbeit mit den Westmächten keinesfalls zu verbauen. Diese blieb vielmehr unverändert Voraussetzung für den vollständigen Sieg über Deutschland, der im Sommer 1943 deutlicher denn je zuvor am politischen Horizont erkennbar wurde. Trotz der unerschweligen Krise wurde der Jahrestag des britisch-sowjetischen Bündnisses und der Lend-Lease-Vereinbarung in Moskau begangen. Dabei traten jedoch nicht Stalin, sondern Außenkommissar Molotov und der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Kalinin, hervor.⁹⁶

Konkretisierung des Treffens der Großen Drei

Mitte Juli 1943, nach dem Sieg über die Deutschen bei Kursk, wuchs nicht nur in der UdSSR die Überzeugung, dass der Krieg praktisch gewonnen sei.⁹⁷ Genau in diesem Moment erinnerte Roosevelt den sowjetischen Führer an das erbetene Treffen.⁹⁸ Churchill hatte etwa zur gleichen Zeit eine erneute Reise des britischen Außenministers nach Moskau angeregt, um einer alleinigen Begegnung Roosevelts

94 MacLean, Davies, S. 104: „[A]t home or Fairbanks, whichever he wished. That will make it easier for him.“

95 Vgl. Kap. IV., 3.

96 Vgl. Herring, Russia, S. 105: „On June 9, 1943, the anniversary of the Russian-American lend-lease agreement, Molotov hailed that the lend-lease operation provided a solid basis for Russian-American cooperation after the war. *Pravda* commented that the Russian people not only knew about lend-lease but highly valued the support coming from the great Republic beyond the ocean.“

97 Werth, Rußland, S. 496.

98 Roosevelt an Stalin, 16. 7. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 148: „I hope to hear from you very soon about the other matter [das Treffen] which I still feel to be of great importance to you and me.“ Hervorhebung im Original. Roosevelt selbst strich den folgenden Schlusssatz: „Can you let me know answer to operations discussed in Moscow by Davies?“

mit Stalin zuvorzukommen.⁹⁹ Der britische Premierminister blieb auch in den folgenden Wochen der Drängende. Anfang August erinnerte er Stalin an ein Treffen zu dritt.¹⁰⁰ Erst jetzt wurde Stalin aktiv. Sein am 8. August abgesandtes Schreiben an Roosevelt stand in Zusammenhang mit den jüngsten Entwicklungen in Italien und den in Moskau inzwischen angelaufenen eigenen Waffenstillstands- und Nachkriegsplanungen. Doch der Kremlchef war noch immer nicht bereit, umstandslos die Beziehungen zu den Westmächten zu normalisieren, die er durch die erneute Verschiebung des Angriffs an der Westküste Frankreichs gestört sah. Deshalb schlug er ein Treffen von verantwortlichen Vertretern auf sowjetischem Boden vor, stellte jedoch auch dafür Vorbedingungen:¹⁰¹

Eine Zusammenkunft der verantwortlichen Vertreter unserer beiden Staaten halte ich unbedingt für zweckmäßig. [S]ie könnte in Astrachan oder in Archangel'sk stattfinden. [...] Falls Sie diesen Vorschlag annehmen, müssten von uns jedoch vorher der Fragenkreis festgelegt werden, über den beraten werden soll, sowie die Entwürfe der Vorschläge, die auf der Beratung angenommen werden sollen.

Zur gleichen Zeit kritisierte die Zeitschrift *Vojna in rabočij klass* die separaten Zusammenkünfte der beiden westlichen Regierungschefs, die sich Anfang August in Quebec bereits zum sechsten Mal – davon das dritte Mal im Jahr 1943 – trafen. Gegenüber britischen Pressespekulationen, dass Churchill und Roosevelt das Oberhaupt der UdSSR zu dieser Konferenz eingeladen hätten bzw. sowjetische

99 Unterredung zwischen Majskij und Kerr, 16. 7. 1943: „Kerr erklärte, dass ihm aus einer Mitteilung aus London der Vorschlag betr. einer Reise Edens nach Moskau bekannt sei, den Churchill durch mich [Majskij] an Stalin übergeben ließ. Kerr fragt wie diese Angelegenheit stehe. Ich antwortete, dass der Vorschlag durch mich an den Genannten übergeben wurde und gegenwärtig geprüft werde. Kerr drückte die Hoffnung aus, dass die Reise Edens in der nahen Zukunft stattfinden werde.“ (AVP RF f. 06, op. 5, p. 16, d. 154, Bl. 26–28).

100 Churchill an Stalin, 7. 8. 1943, BW, S. 801.

101 Stalin an Roosevelt, 8. 8. 1943, BW, S. 549. Kaum konkreter wurde Stalin einen Tag später gegenüber Churchill: „[E]s wäre zweckmäßig, eine Zusammenkunft von verantwortlichen Vertretern unserer Staaten zu organisieren, um die Klärung der Fragen, die unsere Länder interessieren, nicht aufzuschieben; Ort und Zeit einer solchen Zusammenkunft könnten in der allernächsten Zeit vereinbart werden. Außerdem müssten schon vorher der zu erörternde Fragenbereich und die Entwürfe der Vorschläge, die angenommen werden sollen, festgelegt werden. Sonst wird das Treffen schwerlich greifbare Ergebnisse zeitigen.“ Vgl. Stalin an Churchill, 9. 8. 1943, BW, S. 179.

Vertreter an der Konferenz teilzunehmen, veröffentlichte das neue Moskauer Journal das Dementi von *TASS*¹⁰² und erklärte mit Nachdruck:¹⁰³

Eine Konferenz der drei Mächte einberufen mit dem Ziel, den Krieg zu verkürzen und eine Verlängerung des Krieges nicht zuzulassen – eine Konferenz, die diese allerwichtigste Aufgabe erfolgreich erfüllen würde, wäre der ruhmvolle Höhepunkt des Krieges gegen Hitler; sie würde einen dauerhaften Frieden auf der Grundlage der freundschaftlichen Zusammenarbeit der Verbündeten vorbereiten.

Churchill und Roosevelt ließen sich mehr als zehn Tage Zeit, ehe sie Stalins Vorschlag abwandelten und selbst ein Außenministertreffen vorschlugen, falls eine Zusammenkunft der drei Staats- und Regierungschefs nicht möglich sei.¹⁰⁴ Wahrscheinlich gedrängt durch Molotov stimmte Stalin erstaunlich schnell zu:¹⁰⁵

Was ein Treffen von Vertretern unserer Staaten und vielleicht gerade der Leiter der Außenpolitik betrifft, so bin ich ganz Ihrer Meinung, dass eine solche Zusammenkunft in nächster Zeit zweckmäßig wäre. Diesem Treffen sollte jedoch nicht nur die engbegrenzte Aufgabe von Untersuchungen gestellt werden, sondern es sollten praktische Vorbereitungsarbeiten geleistet werden, damit unsere Regierungen nach dieser Konferenz definitive Entscheidungen treffen und dadurch Verzögerungen bei der Entscheidung unaufschiebbarer Fragen vermieden werden können. Deshalb erachte ich es für erforderlich, auf meinen Vorschlag zurückzukommen, dass man vorher den Kreis der Fragen, die von den Vertretern der drei Staaten zu erörtern sind, festlegen und Vorschläge unterbreiten muss, die von ihnen beraten und unseren Regierungen zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

Roosevelt bewertete diese Botschaft Stalins als Fortschritt („greatly improved in tone“).¹⁰⁶ Nachdem eine grundsätzliche Einigung erreicht war, entwickelte sich

102 VIRK 1943, 6, S. 3–5, hier S. 4: „Die sowjetische Regierung erhielt keine Einladung zu dieser Beratung, da nach dem Charakter dieser Konferenz die Teilnahme irgendeines sowjetischen Vertreters nicht vorgeschlagen wurde und nicht vorgeschlagen werden wird.“

103 Ebd., S. 5.

104 Churchill und Roosevelt an Stalin, 19. 8. 1943, BW, S. 186: „Wenn es uns nicht gelingt, über diese sehr wichtige Zusammenkunft zwischen uns drei Regierungschefs eine Einigung zu erzielen, dann sind Churchill und ich mit Ihnen einer Meinung, dass wir in der nächsten Zeit ein Treffen von Vertretern auf Außenministerebene vereinbaren sollten.“

105 Stalin an Roosevelt und Churchill, 24. 8. 1943, BW, S. 189. An seiner Forderung nach einer vorhergehenden Abstimmung der Tagesordnung für die Außenministerkonferenz hielt Stalin auch in den nächsten Wochen fest, vgl: Stalin an Roosevelt und Churchill, 12. 9. 1943, BW, S. 205: „Wie ich Ihnen schon früher mitgeteilt habe, so bin ich immer noch der Meinung, dass es im Interesse des Erfolges dieser Konferenz unerlässlich ist, schon vorher die Vorschläge der britischen und amerikanischen Regierung zu kennen, über die auf der Konferenz beraten werden soll. Doch schlage ich keinerlei Beschränkung in Bezug auf die Tagesordnung vor.“

106 Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 432 (26. 8. 1943).

ein Ringen um den Tagungsort der Außenministerkonferenz. Hier blieb Stalin kompromisslos und machtbewusst. Die bisherigen westlichen Vorschläge außer Acht lassend schlug er bei dieser Gelegenheit erstmals die Hauptstadt des Iran, welchen die UdSSR und Großbritannien seit Sommer 1941 und zusammen mit den USA seit Januar 1942 besetzt hielten, als Tagungsort für eine Dreimächtekonferenz der Staats- und Regierungschefs vor.¹⁰⁷

3. Die UdSSR und die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation

An der Jahreswende 1942/43 hatte Roosevelt in der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation ein Mittel gesehen, Stalin Gewissheit über die Absicht der Westmächte zu geben, den Krieg bis zum Ende zu führen. Eine öffentliche Erklärung war notwendig geworden, da das von Eisenhower zwei Monate zuvor mit einem der verhasstesten Quislinge, dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, Admiral François Darlan, geschlossene Abkommen Zweifel an diesem Ziel der Westmächte genährt hatte.¹⁰⁸ Zwar erwog Roosevelt in dieser Zeit, den Chef der Joint Chiefs of Staff, George Marshall, nach Moskau zu senden,¹⁰⁹ doch kam eine Abstimmung dieser Reise mit Stalin nicht zustande,¹¹⁰ bevor der Präsident am 24. Januar 1943 zum Abschluss der Beratungen mit Churchill auf einer Pressekonferenz in Casablanca die Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verkündete:¹¹¹

I think we have all had it in our hearts and our heads before, but I don't think that it has ever been put down on paper by the Prime Minister and myself, and that is the determination that peace can come to the world only by the total elimination of German and Japanese war power. [...] The elimination of German, Japanese, and Italian war power means the *un-*

107 Stalin an Churchill, 8. 9. 1943, BW, S. 198.

108 Gaddis, *Origins of the Cold War*, S. 9.

109 Diese Idee entstand während einer Beratung Roosevelts mit Marshall am 7. 1. 1944 (Ziemke, *Germany*, S. 23). Vgl. auch Henke, *Deutschland*, S. 58–59.

110 Am 9. 1. 1943 bot der Präsident die Entsendung Marshalls missverständlich in Zusammenhang mit der Möglichkeit eines Krieges zwischen der UdSSR und Japan an (Butler, *Roosevelt and Stalin*, S. 109). Stalin reagierte mißtrauisch und forderte vier Tage später Aufklärung über Ziele und Aufgaben Marshalls in Moskau (BW, S. 514). Vgl. dazu auch Majskijs Erklärung zu Stalins Reaktion in: Harriman, *Special Envoy*, S. 198.

111 Aus der Erklärung des Präsidenten Roosevelt bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierminister Churchill in Casablanca: *Unconditional Surrender*, 24. 1. 1943, DzD I, 4, S.129. Hervorhebung nicht im Original.

conditional surrender by Germany, Italy, and Japan. [...] I think that there is no question – in fact we both have great confidence that the same purposes and objectives are in the minds of all of the other United Nations – Russia, China, and all the others.

Roosevelt verbalisierte damit eine Forderung, die für alle Kriegsgegner Deutschlands längst selbstverständlich war.¹¹² Sie beinhaltete zunächst und vor allem die Ablehnung eines Verständigungsfriedens und die Entschlossenheit, den Krieg bis zur vollständigen Niederlage der Kriegsgegner fortzusetzen. Die Sieger räumten sich für das Kriegsende vollständige Handlungsfreiheit ein.¹¹³ Roosevelt und Churchill waren fest entschlossen, kein zweites 1918 zuzulassen.¹¹⁴

Der Begriff bedingungslose Kapitulation („unconditional surrender“) war zum ersten Mal in den USA zur Bezeichnung der angestrebten vollständigen Niederlage Deutschlands verwendet worden. James Bryant Connant, der Präsident der Harvard University und Vorsitzende des National Defense Research Committees hatte am 22. Dezember 1941 auf einem Festessen der New England Society im New Yorker Plaza Hotel festgestellt, es sei eine bittere Notwendigkeit, die „bedingungslose Kapitulation“ der Achsenmächte an die Spitze der amerikanischen Kriegsziele zu stellen.¹¹⁵ Etwa zur gleichen Zeit findet sich dieser Begriff in britischen Planungspapieren.¹¹⁶

Die UdSSR wurde weder im Voraus über die Verkündung dieser Forderung noch im Nachhinein über den sich daraus ergebenden Abstimmungsbedarf informiert. Dennoch bekräftigten beide Regierungschefs gemeinsam gegenüber Stalin Siegeszuversicht:¹¹⁷

112 Vgl. Kettenacker, Friedenssicherung, S. 270.

113 Vgl. dazu auch die Interpretation des Prinzips der bedingungslosen Kapitulation durch die britische Regierung im Schreiben des britischen Botschafters Kerr an den sowjetischen Außenminister Molotov vom 19. 3. 1944: „Meine Regierung versteht den Ausdruck ‚bedingungslose Kapitulation‘ in dem Sinne, dass dem feindlichen Staat, in dem Moment, da er um die Kapitulation bittet, die Möglichkeit genommen wird, irgendeine Bedingung an diesen Vorschlag zu knüpfen und die Alliierten ihrerseits gegenüber diesem Staat auf die Annahme aller Forderungen ohne jegliche Erörterung oder Streitigkeiten bestehen müssen, egal ob alle oder nur einzelne dieser Forderungen unmittelbar oder später Anwendung finden.“ (SANO II, S. 54–56).

114 Henke, Deutschland, S. 60.

115 *New York Times*, 23. 12. 1941, S. 12.

116 Vgl. oben S. 393.

117 Roosevelt und Churchill an Stalin, 25. 1. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 112–113. Mit der Umschreibung „Deutschland auf die Knie zu zwingen“, bezog sich Roosevelt wahrscheinlich nicht auf eine bedingungslose Kapitulation, sondern auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands. Die Planung dazu begann zu dieser Zeit unter der Bezeichnung „Rankin“. Vgl. S. 127, Anm. 97).

We believe these operations [die auf der Konferenz beschlossenen Operationen der amerikanischen und britischen Streitkräfte in den ersten neun Monate des Jahres 1943], together with your powerful offensive, may well bring Germany to her knees in 1943. Every effort must be made to accomplish this purpose.

Stalin ging darauf nicht ein. *Noch* forderte er keine gemeinsamen Verhandlungen über die Kapitulationsbedingungen, zu deren bedingungsloser Anerkennung alle drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition vorgaben, Deutschland zwingen zu wollen.

Präzisierung der Waffenstillstandsbedingungen

Es war nicht Deutschland, sondern die von Roosevelt in Casablanca gar nicht erwähnten deutschen Satellitenstaaten, für die erstmals 1943 Prinzipien für die Beendigung des Krieges konkretisiert wurden.

Welche Haltung die USA zum künftigen Waffenstillstand einnehmen würden, konnte die sowjetische Regierung an der Jahreswende 1942/1943 zuerst anhand der amerikanischen Bemühungen um einen Kriegsausritt Finnlands erkennen. Die in den USA verbreitete Befürchtung, die UdSSR beabsichtige „Finnland zu besetzen und zu annektieren“, veranlasste den amerikanischen Botschafter in Moskau, vier Tage nach Roosevelts Pressekonferenz in Casablanca, die Möglichkeiten für einen Kriegsausritt Finnlands zu sondieren. Er erwähnte dabei nicht die bedingungslose Kapitulation, sondern die finnische Suche nach einem Kriegsausritt zu „*gerechten Bedingungen*“. Molotov stieß sich daran nicht, bezweifelte aber die Bereitschaft der finnischen Führung, den Krieg gegen die UdSSR tatsächlich zu beenden.¹¹⁸ Dahinter stand die Einsicht Stalins, dass nur die weitgehende bzw. vollständige Niederlage Deutschlands die Voraussetzung für einen Kriegsausstieg der Satellitenstaaten bilden könnte. Stalin brachte diesen Zusammenhang gegenüber Churchill Mitte März 1943, als die beiden Westmächte erneut versuchten, für Finnland einen Ausweg aus dem Krieg zu finden, prägnant zum Ausdruck:¹¹⁹

Ich habe keine Gründe zu der Annahme, dass Finnland wirklich Frieden wünscht, dass es schon entschlossen ist, mit Deutschland zu brechen, und bereit ist, annehmbare Bedingungen vorzuschlagen. Es hat sich wahrscheinlich noch nicht aus Hitlers Klauen befreit, wenn es sich überhaupt befreien will.

Den amerikanischen Versuchen, Finnland vor den Konsequenzen einer immer wahrscheinlicher werdenden Niederlage zu schützen, stellte Molotov Ende März

118 Unterredung zwischen Molotov und Standley, 29. 1. 1943, SAMO I, S. 276–282.

119 Stalin an Churchill, 15. 3. 1943, BW, S. 130–131.

1943 Bedingungen für einen Waffenstillstand mit Finnland entgegen. Er forderte nicht dessen bedingungslose Kapitulation, sondern ebenso weitgehend, aber viel konkreter, den sofortigen Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, den Rückzug der deutschen Truppen, die Demobilisierung der finnischen Armee, die Wiederherstellung des finnisch-sowjetischen Friedensvertrages und die Wiedergutmachung der Hälfte des von Finnland der UdSSR verursachten Schadens.¹²⁰

Begleitet wurden diese Kontakte der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition durch eine Friedensinitiative, die der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Finnlands, Otto Kuusinen, gemeinsam mit anderen Kominternfunktionären ausgearbeitet hatte. Die finnischen Kommunisten versuchten sich an die Spitze des „Kampfes um einen *Separatfrieden* in Finnland“ zu stellen,¹²¹ fanden jedoch nicht die Unterstützung Stalins.

Erst auf dem Höhepunkt der Katyn-Krise konkretisierte Stalin am 1. Mai 1943 seine Haltung zur bedingungslosen Kapitulation. Er stimmte der von Roosevelt vier Monate zuvor gegenüber Deutschland, Italien und Japan verkündeten Forderung nicht nur einfach zu, sondern formulierte sie grundsätzlicher, in dem er sie auf das gesamte „Lager der Faschisten“ ausdehnte:¹²²

Die Krise im Lager der Faschisten findet ... ihren Ausdruck darin, dass die Faschisten immer häufiger von Frieden zu reden beginnen. [...] Das Friedensgeschwätz im Lager der Faschisten spricht lediglich dafür, dass sie eine schwere Krise durchmachen. Aber wie kann die Rede sein von einem Frieden mit den imperialistischen Räubern aus dem faschistischen deutschen Lager, die Europa mit Blut getränkt und mit Galgen bedeckt haben? Ist es denn nicht klar, dass einzig und allein die völlige Zerschmetterung der Hitlerarmeen und die *bedingungslose Kapitulation* Hitlerdeutschlands Europa zum Frieden führen können? Schwatzen die deutschen Faschisten nicht etwa darum über Frieden, weil sie das Herannahen der kommenden Katastrophe fühlen?

Diese Erklärung Stalins kündigte den Beginn der sowjetischen Planungen zur Kapitulation Deutschlands an. Diese gingen zwar von einer Abstimmung mit den Westmächten aus, hielten aber der UdSSR eigenmächtige Handlungsoptionen offen.

120 Mündliche Erklärung Molotovs gegenüber Standley, 27. 3. 1943, in: SAMO I, S. 298–299.

121 Dimitrov an Stalin, 3. 3. 1943, Komintern, Bd. 2, S. 331–340. Übermittelt das von Kuusinen ausgearbeitete Dokument „Kampf um den Separatfrieden in Finnland“. Hervorhebung nicht im Original.

122 Stalin, Krieg, S. 110–111. Hervorhebung nicht im Original.

Die sowjetischen Vorbereitungen auf die Kapitulation der Achsenmächte

Das Jahr 1943 war in der UdSSR von der Vorfreude auf den bevorstehenden Sieg über Deutschland und seine Verbündeten gekennzeichnet. Befördert durch Stalin verbreitete sich eine nationale Hochstimmung. Ausländische Beobachter wollten eine Rückkehr zaristischer Symbole bemerken.¹²³ In dieser Atmosphäre starteten im Sommer 1943 in Moskau – unabhängig von der Nachkriegsplanung, die zur gleichen Zeit aktiviert worden war – Vorbereitungen auf die Kapitulation der Achsenmächte.

Über Waffenstillstandssondierungen „demokratischer Kreise“ Ungarns in London hatte der britische Botschafter den sowjetischen Außenkommissar am 6. Juni 1943 informiert. Bereits am nächsten Tag lehnte die sowjetische Regierung die darin angedeuteten Waffenstillstandsbedingungen¹²⁴ ab. Die Schnelligkeit, mit der dies geschah, dürfte sich aus der Verärgerung Stalins erklären, den zwei Tage zuvor die Nachricht über eine abermalige Verschiebung der Zweiten Front erreicht hatte. Die schnelle Reaktion lässt aber auch erkennen, dass die in den Monaten zuvor durch Finnland ausgelösten sowjetischen Überlegungen zur Beendigung des Krieges kontinuierlich weitergeführt worden waren.

Die auf Ungarn bezogenen Waffenstillstandsforderungen stellten noch immer keinen direkten Bezug zu Deutschland her; doch es bildeten sich Prinzipien heraus, deren spätere Anwendung auf Deutschland höchst wahrscheinlich war. Dies betraf zunächst die Verantwortung für die Kriegsverbrechen: Dazu hieß es, dass diese nicht nur von den Regierungen, sondern auch von den Völkern der Aggres-

123 Werth, *Russland*, S. 496. Werth verweist in diesem Zusammenhang auf die Neugründung von Kadettenschulen, die Wahl eines Patriarchen für die Russisch Orthodoxe Kirche und den Beginn der Arbeiten Eisensteins an dem Film „Iwan der Schreckliche“, der diesen Zaren als Vorgänger Stalins zeigte.

124 Kerr an Molotov vom 5. 6. 1943, in: SANO I, S. 387–388. Kerr informiert unter Berufung auf einen Artikel im *Daily Telegraph* über Aktivitäten eines Mitglieds des Generalrats der Trade Union, der seit 1941 Kontakte zu demokratischen Kreisen in Ungarn unterhalte und diesen Personen Bedingungen für das Ausscheiden aus dem Krieg dargelegt habe, die von Labour-Vertretern innerhalb des Kabinetts geteilt würden: 1. Ungarn wird als Teil der Achse betrachtet, doch die demokratischen Kräfte im Innern des Landes müssen die Rückkehr der ungarischen Truppen aus Russland und der ungarischen Staatsbürger aus Deutschland fordern. 2. Ungarn muss die Territorien zurückgeben, die es von den Verbündeten Großbritanniens geraubt hat. 3. Das Lebensniveau muss angehoben und die Agrarprobleme müssen gelöst werden. 4. Ungarn muss seinen Wunsch erklären, sich der Föderation anzuschließen, die die polnische, tschechoslowakische, jugoslawische und griechische Regierung zu bilden beabsichtigen. Sie muss im vollen Maße davon ausgehen, dass der russisch-polnische Gegensatz beseitigt werden wird.

sorstaaten getragen werden müsse. Alle Verhandlungen dürften nur nach vorheriger Information der Bündnispartner geführt werden. Erstmals wurde auch von den Satellitenstaaten eine bedingungslose Kapitulation verlangt und daran Forderungen nach Rückgabe der besetzten Gebiete, nach Wiedergutmachung der Kriegsschäden und Bestrafung der Kriegsverbrecher geknüpft. In Bezug auf Ungarn wurde die sowjetische Regierung noch konkreter. Sie versicherte, für den Erhalt der staatlichen Unabhängigkeit Ungarns einzutreten, lehnte aber die Anerkennung des unter dem Druck Deutschlands zustande gekommenen „Wiener Schiedsspruch“ über die Übergabe Nordtransylvaniens an Ungarn ab, und sie äußerte sich dezidiert gegen die Schaffung einer Föderation der ost- und südosteuropäischen Staaten unter Einbeziehung von Ungarn und Österreich.¹²⁵ Diese prinzipielle Darlegung des sowjetischen Standpunkts in Bezug auf den deutschen Satellitenstaat Ungarn trug in der äußerst angespannten Atmosphäre – nach der erneuten Verschiebung der Zweiten Front und vor der Eröffnung der Sommeroffensiven der deutschen Wehrmacht, der Roten Armee sowie der vereinigten britisch-amerikanischen Truppen – dazu bei, dass die britische Regierung nun ihrerseits den Bündnispartnern „Prinzipien für die Einstellung der Feindseligkeiten mit den europäischen Mitgliedern der Achse“ zur Kenntnis gab. In noch engerem Zusammenhang stand die Übergabe dieser Prinzipien mit der Waffenstillstandsvereinbarung, die Amerikaner und Briten (ohne Einbeziehung der UdSSR) mit Italien abzuschließen beabsichtigten.

Am 2. Juli 1943 überreichte Eden in London dem sowjetischen Botschafter ein Memorandum, das zehn Grundsätze für die Beendigung der Kriegshandlungen festlegte. Es plädierte unter anderem für die vollständige bzw. teilweise Besetzung dieser Staaten – wobei für Deutschland „die exakte Methode“ in Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien bestimmt werden sollte – und für die Übernahme „der Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung“ in den besetzten Ländern durch den „Oberbefehlshaber der Vereinten Nationen“. Auch die Schaffung einer „Beobachtungskommission“ der Vereinten Nationen für Europa mit einem nach dem Einstimmigkeitsprinzip arbeitenden „Lenkungsausschuss“, bestehend aus hochrangigen politischen Ver-

125 Molotov an Kerr, 7. 6. 1943, in: ebd., S. 388–340. Mit dem Wiener Schiedsspruch ist das von Vertretern Deutschlands, Italiens, Rumäniens und Ungarns in Wien unterzeichnete Protokoll vom 30. 8. 1940 gemeint, das den Streit um den Besitz Nordtranssilvaniens zugunsten der Regierung in Budapest entschied. „Auf Empfehlung“ Hitlers erklärte sich die rumänische Regierung zu Verhandlungen mit Ungarn bereit, die jedoch bald unterbrochen wurden. Nach einer ultimativen deutsch-italienischen Ermahnung beugte sich Rumänien schließlich dem Schiedsspruch, vgl. ADAP, D, Bd. X, S. 479–484. Der mit Ungarn 1947 abgeschlossene Friedensvertrag erklärte den Wiener Schiedsspruch für nichtig.

tretern der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs war vorgesehen. Sie sollte die Arbeit der verschiedenen Waffenstillstandskommissionen und sonstigen inter-alliierten Einrichtungen in Europa leiten und koordinieren.¹²⁶ Die britische Position war in mehrerer Beziehung ambivalent: Während London einer inhaltlichen Präzisierung des Waffenstillstands auswich, sollten alle drei zukünftigen Besatzungsmächte in gleicher Weise einen äußerst großen Handlungsspielraum erhalten. Dennoch wurde versucht, der Bildung individueller Einflussphären entgegenzuwirken, indem man gemeinsame Gremien der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition für alle zu besetzenden Länder und für Europa (unter Beteiligung der USA) vorschlug. Zur Nagelprobe für die Anwendung dieser zehn von den Briten vorgeschlagenen Prinzipien wurde fast zur gleichen Zeit Italien, wo die Alliierten den ersten Waffenstillstand des Zweiten Weltkriegs erzwangen.

Das britische Memorandum entwickelte Vorschläge weiter, die in den USA und Großbritannien seit Anfang 1942 erarbeitet worden waren.¹²⁷ Ihre offizielle Übergabe in Moskau war der erste Schritt, die UdSSR in Planungen für die Niederlage der europäischen Achsenmächte einzubeziehen. Er signalisierte den Moment, da man in London erkannte, dass die Machtposition, die der noch immer fremde Koalitionspartner unterdessen gewonnen hatte, nicht mehr umgangen werden konnte. Folgenreich war allerdings nicht das britische Memorandum an sich,¹²⁸ sondern die Einbeziehung einer Macht, die in der Lage war, die britischen Vorschläge selbständig für eigene Ziele zu nutzen.

Und tatsächlich erhielt das Memorandum in Moskau fundamentale Bedeutung. Es bewirkte zunächst die Einsetzung einer Ad-hoc-Kommission, der unter Leitung von Majskij nur drei Personen angehörten: Der Sekretär der formal damals noch immer bestehenden „Kommission für die Vorbereitung diplomatischer Materialien“ Georgij F. Saksin, der Völkerrechtler Sergej B. Krylov und der frühere Mitarbeiter Majskijs an der Londoner Botschaft Kirill V. Novikov.¹²⁹ Sie legten

126 AVP RF f. 069, op. 27b, p. 85, d. 1, Bl. 1–4,ritisches Memorandum 1. 7. 1943: „Suggested Principles which would Govern the Conclusion of Hostilities with the European Members of the Axis“. Der englische Text ist veröffentlicht in: DzD, I, 4, S. 445, Anm. 2. Eine durchaus zuverlässige deutsche Übersetzung der russischen Übersetzung des englischen Textes findet sich in SAIK 1, S. 55–57.

127 Vgl. S. 393–398.

128 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 222.

129 Als Novikov am 10. 4. 1941 Majskij zu einer Unterredung im Foreign Office „begleitete“, charakterisierte ihn Eden als „Wächter“, der die Kontrolle über den langjährigen Botschafter sichern sollte (vgl. Unterredung zwischen Eden und Majskij, 16. 4. 1941, Eden, Reckoning, S. 265). Die privaten Briefe Majskijs bestätigen diesen Argwohn nicht, vgl. Majskij, Peregipska 2, S. 399: Schreiben an S.D. Kremer aus dem Jahre 1966, in dem Majskij anerkennend auf Novikov verweist.

bereits am 22. Juli einen vorläufigen Bericht zum britischen Grundsatzpapier vor. Einschränkend musste der noch amtierende, aber bereits aus London abgezogene Botschafter darauf hinweisen, dass „der Kommission bei einer Reihe von Fragen, die zur Erörterung anstanden, der Standpunkt der [sowjetischen] Regierung nicht bekannt“ war.¹³⁰ Doch auch ohne exakte Richtlinien entwickelten Stalins Diplomaten Vorschläge, von denen sie sich eine optimale Durchsetzung sowjetischer Interessen versprachen. Darin manifestiert sich Eigeninitiative, die sich erst während des Krieges entwickelt hatte.

Anders als ihre Kollegen in London und Washington gingen die sowjetischen Planer erst in einem späteren Arbeitsstadium von historischen Präzedenzfällen aus. Für sie bildeten Informationen über die Position der Westmächte den entscheidenden Ausgangspunkt. Sie nahmen an, dass man im Interesse der UdSSR auf einem möglichst kurzen Zeitraum für den Waffenstillstand und einem möglichst frühen Termin für den Abschluss eines Friedensvertrags bestehen sollte. Als Motive hierfür führten sie an:¹³¹

- a) Es ist damit zu rechnen, dass das Einvernehmen zwischen der UdSSR, England und den USA unmittelbar nach dem Krieg größer sein wird, als dann einige Jahre später. Dies wird es erleichtern, drastische Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, Deutschland die Wiederholung einer Aggression in Zukunft unmöglich zu machen.
- b) Unmittelbar nach der militärischen Zerschlagung wird Deutschland leichter auf drastische Friedensbedingungen eingehen. In einer solchen Atmosphäre wird es leichter sein, gegebenenfalls unterschiedliche Maßnahmen zur Schwächung Deutschlands zu ergreifen.
- c) Da England und die USA noch durch den Krieg im Pazifik gebunden sein werden, wird es für die UdSSR leichter, in einem Friedensvertrag zu erreichen, was aus unserer Sicht wünschenswert ist.
- d) Ein längerer Waffenstillstand hat unvermeidlich eine längere Ungewissheit in Bezug auf die Verhältnisse in Europa zur Folge. Dies wird die Aktivitäten zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete der UdSSR und zur Normalisierung der europäischen Beziehungen erschweren.

Von einer Verschiebung des Friedensvertrags mit Deutschland riet die Kommission auch mit dem Hinweis auf das in der Nachkriegszeit wahrscheinlich abnehmende Einvernehmen zwischen den Siegermächten ab. Dadurch entstünde die Gefahr, dass Deutschland Widersprüche zwischen den Alliierten ausspiele, um sich drastischen Friedensbedingungen zu widersetzen. Die Moskauer Ad-hoc-Kommission empfahl:¹³²

130 Majskij an Molotov, 22. 7. 1943 UdF 1, S. 122.

131 Bericht der Ad-hoc-Kommission, o. D. (nach dem 22. 7. 1943), in: UdF 1, S. 123–126, hier S. 124.

132 Ebd., S. 125.

Es wäre wünschenswert, spätestens 2–3 Monate (gegebenenfalls auch früher) nach Abschluss des Waffenstillstands eine Friedenskonferenz anzuberaumen, die einen zumindest provisorischen Friedensvertrag für Deutschland ausarbeitet.

Erst an dieser Stelle verwiesen Majskij und seine Kommissionsmitglieder auf die Präzedenzfälle der Versailler Konferenz und des Wiener Kongresses. Sie gingen in diesem Zusammenhang auf den möglichen Inhalt des Waffenstillstandsdokuments ein. Ohne sich auf die *vollständige* Besetzung des Territoriums der Kriegsgegner festzulegen, schlussfolgerte die Kommission:¹³³

1. Je kürzer der Zeitraum des Waffenstillstands sein wird, desto militärischer und weniger politisch kann er sein.
2. Unter allen Umständen muss ein Waffenstillstand folgende Aspekte berücksichtigen:
 - a) Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher;
 - b) unverzügliche Rückführung der in die Sklaverei verschleppten Bevölkerung der alliierten Länder in die Heimat; die an der Nutzung von Zwangsarbeit Schuldigen sind zur Verantwortung zu ziehen;
 - c) unverzügliche Repatriierung der Kriegsgefangenen der alliierten Nationen ohne Reziprozität;
 - d) Restitution des von den Achsenmächten in den alliierten Ländern vereinnahmten staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Vermögens, darunter sämtlicher Kulturgüter und Kunstschatze;
 - e) vorab zu erbringende Reparationsleistungen;
 - f) Garantien für die Umsetzung des Waffenstillstands, einschließlich Besetzung bestimmter Territorien oder Gebiete;
 - g) Unterhaltung der Besatzungsarmee auf Kosten der besetzten Macht.
3. Bei Zweifeln hinsichtlich des Zeitraums des Waffenstillstands wäre es wünschenswert, zumindest auch die wichtigsten Punkte hinsichtlich des künftigen Staatsaufbaus Deutschlands und die verschiedenen europäischen Grenzziehungen in die Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen. Aufgabe hierbei muss sein, durch die Waffenstillstandsbedingungen gegebenenfalls die Hauptpunkte des künftigen Friedensvertrags zu präjudizieren.

Sowohl in ihrer Argumentation als auch mit ihren Schlussfolgerungen bezogen sich Majskij und seine Kollegen auf ein britisches Papier, das mit dem britischen Memorandum vom 1. Juli übergeben worden war, jedoch bereits seit dem 25. Januar 1943 im Foreign Office kursierte.¹³⁴ Darin wurde auch die Frage behandelt, ob die Kapitulationsdokumente nur militärische oder auch politische Aspekte beinhalten sollten. Dazu hatten die britischen Planer sechs Monate vor ihren sowjetischen Kollegen festgestellt: „If it is desired to detach portions of

133 Ebd., S. 126.

134 Time-Table and Instruments of Peace-Making, 25. 1. 1943, BDFA III, L, Bd. 2, S. 422–427.

Germany, and especially if transfers of population are envisaged, it is probable that this act can be done more easily at the moment of collapse.¹³⁵ Eine Übersetzung dieses Dokuments wurde Stalin, Molotov, Vorošilov, Mikojan, Berija, Malenkov, Vyšinskij und Saksin vorgelegt.

Die Ausarbeitung einer Antwort auf das britische Memorandum war die Hauptaufgabe der Moskauer Ad-hoc-Kommission. Sie ging dabei schrittweise und auffallend behutsam vor. Ende Juli 1943 entstanden drei Entwürfe der sowjetischen Antwort, von denen nur die letzten beiden Bearbeitungsspuren von Molotov tragen.¹³⁶ Bei diesem Prozess war die Tendenz erkennbar, so wenig wie möglich Differenzen zwischen der UdSSR und den Westmächten hervortreten zu lassen. Ziel war es, zu einheitlichen Waffenstillstandsdokumenten für Deutschland und dessen europäischen Satelliten zu kommen, die alle Hauptmächte unterzeichnen konnten, um damit diesem Dokument die höchstmögliche Legitimität zu verschaffen. Der erste Entwurf der sowjetischen Antwort war der weitestgehendste. Er legte die sowjetischen Ziele in Bezug auf Deutschland und dessen europäische Satelliten punktuell offen. Um eine einseitige Kapitulation der deutschen Verbündeten gegenüber den USA und Großbritannien zu verhindern, forderte er die obligatorische Beteiligung aller drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition an der Unterzeichnung der Waffenstillstandsdokumente mit jedem einzelnen Staat der gegnerischen Koalition. Ebenso verlangte man die vollständige Gefangennahme bzw. Internierung aller Angehörigen der feindlichen Streitkräfte. Völlig eindeutig postulierte dieser Entwurf:¹³⁷

In Bezug auf Deutschland darf Waffenstillstand weder mit der Hitlerregierung noch mit einer anderen Regierung geschlossen werden, die sich nicht klar von allen aggressiven Absichten losgesagt hat.

Diese Konkretisierungen wurden in allen folgenden Entwürfen ersatzlos gestrichen. Erhalten blieb dagegen die Forderung,¹³⁸

135 Nekotorye Soobraženii o poseledovatel'nosti i o dokumentach ustanovlenie Mira [Einige Überlegungen zur Abfolge und zu den Dokumenten für die Errichtung des Friedens], 2. 7. 1943, AVP RF f. 069, op. 27b, p. 85, d. 1, Bl. 26–36.

136 Lediglich die letzte Fassung ist veröffentlicht in: UdF 1, S. 127–129. Die beiden vorangegangenen Entwürfe finden sich in: AVP RF f. 06, op. 6, p. 62, d. 834, Bl. 74–77 und 82–85.

137 Erste Fassung der sowjetischen Antwort, o.D. (Juli 1943), Punkt 9, AVP RF f. 06, op. 6, p. 62, d. 834, Bl. 74–77.

138 Ebd., Punkt 4.

in Bezug auf Deutschland muss die präzise Vorgehensweise bei der Organisierung der Besetzung Gegenstand eines Abkommens zwischen den Regierungen der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und den USA sein.

Diese Formulierung unterstreicht das außerordentlich hohe Interesse an einer internationalen Anerkennung der Regelungen. Die im gleichen Punkt vorgeschlagene Bestimmung, dass die Besetzung der übrigen europäischen Mitglieder der Achse durch die Truppen des Staates erfolgen müsste, der sie zur Kapitulation gezwungen habe, verschwand vollständig.

Obwohl Ende Juli eine von Molotov korrigierte Antwort auf die von den Briten vorgeschlagenen Prinzipien komplett vorlag, konnte sich in Moskau niemand zu ihrer Absendung entschließen. Auch Majskij, der im August noch einmal nach London reiste, um seine Geschäfte an seinen Nachfolger Gusev zu übergeben und bei dieser Gelegenheit mit Eden zusammentraf,¹³⁹ wurde nicht bevollmächtigt, über diese Angelegenheit zu verhandeln. Erst Ende August unterzeichnete Vyšinskij eine Analyse, die den britischen mit dem sowjetischen Vorschlag zum Kapitulationsverfahren verglich.¹⁴⁰ Doch auch als der stellvertretende Volkskommissar bestätigte, dass keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten bestünden, wurde die sowjetische Antwort nicht abgesandt. So blieb die Chance ungenutzt, rechtzeitig die Prinzipien zur Beendigung des Krieges mit den Anglo-Amerikanern abzustimmen. Dadurch konnten keine gemeinsamen Grundsätze auf die Vorbereitung des Waffenstillstandes mit Italien angewendet werden (worauf noch einzugehen sein wird). Die weitere Entwicklung spricht dafür, dass dies in Moskau absichtsvoll geschah, um das Vorgehen der Westmächte auf der Apenninhalbinsel abzuwarten.

4. Italien als Präzedenzfall

Churchill hatte Stalin am 8. Juli 1943 – drei Tage nach dem Beginn der Schlacht am Kursker Bogen – unter strengster Geheimhaltung den Beginn des Unternehmens „Husky“ angekündigt. Die großangelegte Landung anglo-amerikanischer Truppen unter dem Oberbefehl von General Eisenhower in Italien stand bevor.¹⁴¹ Das schon im Voraus erklärte Ziel der nun beginnenden anglo-amerikanischen Kampfhandlungen auf dem europäischen Kontinent war die Ausschaltung des

139 Vgl. S. 347.

140 Aufzeichnung von Vyšinskij, 24. 8. 1943, in: UdF 1, S. 140–142.

141 Churchill an Stalin, 8. 7. 1943, BW, S. 178.

ältesten und wichtigsten Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschlands.¹⁴² Dabei forderten die Alliierten formal die bedingungslose Kapitulation Italiens, richteten sich jedoch nicht nach den am 2. Juli in London übergebenen Prinzipien.¹⁴³ Um den vollständigen Sieg mit den geringsten Opfern so schnell wie möglich erreichen zu können, strebten die Alliierten in Italien vielmehr nach maximaler Flexibilität. Stalin hielt sie dabei nicht zurück. Ohne ihn zu informieren, hatten Churchill und Roosevelt bereits vor Beginn der militärischen Operationen einen Aufruf an das italienische Volk abgestimmt, der nicht nur auf den Sturz Mussolinis, sondern auch auf die Wiedereingliederung Italiens in die „Zivilisation“ zielte.¹⁴⁴ Eine im Oktober desselben Jahres in Moskau angefertigte Analyse kam zu dem (wohl schon vorher feststehenden) Ergebnis, dass das Vorgehen der Westmächte in Italien auf die Verhinderung „revolutionärer Ereignisse“ ziele.¹⁴⁵

Besonders beunruhigte Moskau die durch die beiden Westmächte allein gebildete „Allied Military Government of Occupied Territory“ (AMGOT) in Sizilien.¹⁴⁶ Über die Aufgaben dieser Keimzelle späterer Militärregierungen bzw. Militäradministrationen informierte Radio London am 19. Juli. Die *Times* berichtete vier Tage später: Offiziere der Alliierten seien seit Monaten ausgebildet worden, um administrative Aufgaben im besetzten Italien übernehmen zu können. Eine der wichtigsten Aufgaben von AMGOT sei es, die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsgütern für die Zivilbevölkerung zu sichern. Wenn es den Alliierten gelinge, in Sizilien eine effektive Verwaltung zu organisieren, die Gerechtigkeit sichern und die Bevölkerung vor Hunger und Seuchen bewahren zu können, so werde sich dies bald auf dem italienischen Festland herumsprechen und die dortige Bevölkerung stimulieren, aktiv für ihre Freiheit zu

142 Roosevelt an Stalin, 4. 6. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 136–137, hier S. 136: „In the Mediterranean the decision was taken to eliminate Italy from the war as quickly as possible.“

143 Vgl. S. 331.

144 Churchill an Roosevelt, 6. 7. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 307–308. Die Deklaration wurde am 17. 7. 1943 auf S. 4 der *Times* veröffentlicht. Sie gipfelte in dem Rat: „The time has now come for you, the Italian people, to consult your own self-respect and your own interests and your own desire for a restoration of national dignity, security, and peace. The time has come for you to decide whether Italians shall die for Mussolini and Hitler – or live for Italy, and for civilization.“

145 Saksin, Lage in Italien, 9. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 39, d. 1, Bl. 29–45. Stützt sich lediglich auf offiziell zugängliche Materialien.

146 Vgl. dazu die kritisch-ablehnende Bewertung von AMGOT durch P. Volynskij in *Vojna i rabočij klass*, 1943, 7 (1. 9. 1943), S. 24–27 und die interne Ablehnung dieser Besatzungsregierung durch Vorošilov am 13. 10. 1943, AVP RF f. 012, op. 9, p. 132, d. 5, Bl. 92–93.

kämpfen.¹⁴⁷ Auch die Auslegung des Begriffs der bedingungslosen Kapitulation in Zusammenhang mit dem am 25. Juli erzwungenen „Rücktritt“ Mussolinis musste auf Leser in Moskau irritierend wirken: Die Vereinten Nationen blieben unverändert bei ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, hieß es in der *Times*, doch sei diese Forderung ausdrücklich an die Zusicherung eines ehrenhaften Platzes für Italien in der Gemeinschaft freier Staaten gebunden worden. In all den Ländern, die Hitler verklavt habe, werde der Zusammenbruch des deutschen Hauptverbündeten den Freiheitswunsch stärken.¹⁴⁸ Lange bevor ein erstes Kapitulationsersuchen der neuen vom italienischen König eingesetzten Regierung Badoglio vorlag, waren die Deutschen ebenso wie die Italiener und die ganze Welt über die Pläne der Briten und Amerikaner informiert. Geheimdienstberichte bedurfte dafür keiner.¹⁴⁹ Die Vorhaben der britischen und amerikanischen Regierungen konnte jedermann in der Presse nachlesen. Wahrscheinlich ging deshalb deren Strategie nicht auf. Aus dem angestrebten Sieg der „Militärdiplomatie“ wurde eine politische Farce,¹⁵⁰ die nicht nur für die Beziehungen der beiden Westmächte zur UdSSR, sondern auch für die sowjetische Deutschlandpolitik nicht folgenlos blieb.

Die Schwierigkeiten der Briten und Amerikaner in Italien hatten ihre Ursache nicht in mangelnder sowjetischer Kooperationsbereitschaft. Für Stalin lag Italien immer außerhalb der sowjetischen Einflussphäre. Doch die weitreichenden Folgen der eigenwilligen (korrumpierenden) Kriegsführung der Anglo-Amerikaner in Italien für Deutschland und seine Verbündeten konnte in Moskau niemand übersehen. Churchill rechnete bereits seit Tagen mit einem *separaten* Waffenstill-

147 *The Times*, 23. 7. 1943, S. 5: The Task of Amgot.

148 *The Times*; 27. 7. 1943, S. 5: A Dictator's Downfall.

149 Das Oberkommando der Wehrmacht war Ende Juli 1943 auch durch ein abgehörtes Telefongespräch zwischen Roosevelt und Churchill über die Absichten der Westmächte informiert. Vgl. OKW, Kriegstagebuch III, S. 854.

150 Gerhard Schreiber, Zum italienischen Kriegsaustritt, in: DRZW Bd. 8, S. 1115–1125, hier S. 1122: „[D]ie von Eisenhower in die Pflicht genommene Diplomatie, [brachte] bei maßgeblicher Beteiligung der Militärs zwar den Waffenstillstandsvertrag vom 3. September [1943] zuwege, aber sie scheiterte bei dem Versuch, in einem Dschungel der Täuschung, des Betrugs, der Irreführung, der Missverständnisse, der Inkompetenz, der Feigheit, des Dilettantismus und der Entscheidungsschwäche die alliierte mit der italienischen Planung für den Kriegsaustritt zu koordinieren. Das Ganze entwickelte sich zu einer Tragikomödie.“ „Militärdiplomatie“ war ein Ausdruck Stalins, den er zum ersten Mal auf die geschickte Vorbereitung der anglo-amerikanischen Landung in Nordafrika angewandt hatte, vgl. Stalin an Churchill, 27. 11. 1942, BW, S. 100–101. Im August 1943 griffen Churchill und Roosevelt diesen Begriff auf, als sie Stalin über ihre Aktionen in Italien unterrichteten, vgl. Roosevelt und Churchill an Stalin, 19. 8. 1943.

standsgesuch der neuen italienischen Regierung allein an die Adresse der westlichen Alliierten.¹⁵¹ Derartige Überlegungen, die das Londoner Kriegskabinet bereits bestätigt hatte, dürften in Moskau nicht unbekannt geblieben sein. Sie ließen im Kreml Alarmglocken läuten. Molotov jedenfalls beauftragte den sowjetischen Geschäftsträger sofort, im Foreign Office zu erklären, dass die UdSSR den Bedingungen der „vorbehaltenen“ Kapitulation Italiens außerordentlich hohe „praktische und historische Bedeutung“ beimesse und daher hoffe, den Text der Kapitulationsvereinbarung rechtzeitig zu erhalten.¹⁵² Sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung waren bis dahin gegenüber der UdSSR weitgehend passiv geblieben.¹⁵³ Die Aushandlung der Waffenstillstandsvereinbarung hatten britische und amerikanische Militärs ohne sowjetische Beteiligung begonnen.¹⁵⁴ Erst auf Nachfrage des sowjetischen Geschäftsträgers in London, Sobolev, erklärte Außenminister Eden, dass es noch kein Kapitulationsgesuch der neuen italienischen Regierung gäbe und die amerikanische und die britische Regierung noch immer damit beschäftigt wären, die konkreten Kapitulationsbedingungen für Italien untereinander abzustimmen. Anlass dafür bot ein Entwurf der Kapitulationsbedingungen, den der Oberkommandierende der amerikanisch-britischen Truppen, General Eisenhower, übermittelt hatte und damit bei der britischen Regierung auf Kritik gestoßen war. Sobolev erinnerte Eden an den Bündnisvertrag, der die UdSSR mit Großbritannien verbinde und beide Seiten zu Konsultationen vor Abschluss von Waffenstillstandsvereinbarungen mit den Feindmächten verpflichtete.¹⁵⁵

Erst jetzt reagierte die britische Regierung. Sie bezog jedoch noch immer die UdSSR nicht in die Vorbereitung, den Abschluss und die Umsetzung des italienischen Waffenstillstands ein, wie es die von ihr selbst entwickelten Prinzipien vorsahen, die am 2. Juli an die UdSSR übergeben worden waren. Noch bevor die endgültige Abstimmung mit Washington erreicht war, übergab der britische Bot-

151 Churchill an Roosevelt, 26. 7. 1943, Kimball, *Correspondence*, Bd. 2, S. 348–351: „[T]he new government ... will seek to negotiate a separate Arrangement with the Allies for an armistice.“

152 Telegramm Molotov an Sobolev, o.D. [vor dem 29. 7. 1943], in: SANO I, S. 523, Anm. 73.

153 London hatte sich lediglich darauf beschränkt, Moskau zu einer diplomatischen Warnung an die Regierungen aller neutralen Staaten einzuladen, den Verantwortlichen des faschistischen Italiens kein Asyl in ihren Ländern zu gewähren. Vgl. Kerr an Molotov, 29. 7. 1943, in: SANO I, S. 410–411. Molotov antwortete sofort zustimmend und schlug die Veröffentlichung entsprechender Schritte vor (ebd., S. 411–412).

154 Philip E. Mosley, *The Kremlin in World Politics. Studies in Soviet Policy and Action*, N.Y. 1960, S. 203.

155 Telegramm Sobolevs an Molotov, 29. 7. 1943, SANO I, S. 409–410.

schafter in Moskau ein Memorandum zum Inhalt des Entwurfs der Kapitulationsbedingungen für Italien. Von der Bildung alliierter Kontrollgremien unter Beteiligung der UdSSR war darin keine Rede.¹⁵⁶ Dennoch gab sich die sowjetische Regierung mit diesen Informationen zufrieden. Sobolev erhielt umgehend die Weisung, in London zu erklären, dass die sowjetische Regierung diese Bestimmungen unter den momentanen Bedingungen für angemessen halte und keine Einwände erhebe.¹⁵⁷ Am Tag zuvor hatte Roosevelt mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Washington aus eigener Initiative die Lage in Italien besprochen. Doch trotz bohrender Fragen Gromykos blieb Roosevelt allgemein, beteuerte aber, die Initiative ergriffen zu haben, um die UdSSR in die Lösung der italienischen Frage einzubeziehen.¹⁵⁸ Dafür findet sich jedoch in den veröffentlichten amerikanischen Dokumenten kein Beleg. Sowjetische Quellen deuten vielmehr darauf hin, dass London und Washington gegenüber Moskau die in Italien bereits unternommenen oder noch zu unternehmenden Schritte verheimlichten.¹⁵⁹ Die durch Churchill und Roosevelt zwischen dem 26. Juli und dem 5. August abgestimmte Direktive zur gemeinsamen Politik in Italien gelangte nicht auf offiziellem Wege der UdSSR zur Kenntnis. Doch der sowjetische Alleinherrscher war aus eigenen Quellen über die Absichten der Alliierten ebenso informiert wie über die Intrigen der Badoglio-Regierung und der Deutschen. Laut Standley warnte Stalin die britischen und amerikanischen Botschafter am 11. August:¹⁶⁰

You have to look out for that Badoglio. He's a very tricky individual. You can't trust him; he is prepared to deceive Hitler, the King of Italy and, of course, the British and Americans. [...] Perhaps your aviators made a mistake in not continuing to bomb Rome. However, I understand why you stopped.

156 Memorandum der britischen Regierung an UdSSR, 30. 7. 1943, SANO I, S. 412–413.

157 Telegramm Molotovs an Sobolev (Geschäftsträger in London), 31. 7. 1943, SANO I, S. 413.

158 Telegramm Gromykos an Molotov, 30. 7. 1943, SAMO I, S. 355–357. Roosevelt war von seinem Botschafter in London, John Winant, gedrängt worden, Russland in die Entscheidungen über Italien einzubeziehen. Winant warnte: „When the tide turns and the Russian armies are able to advance we might well want to influence their terms of capitulation and occupancy in allied and enemy country.“ Vgl. Winant an Roosevelt 26. 7. 1943 zit. in: Belush, Winant, S. 190.

159 Der Inhalt der am 30. Juli durch Roosevelt nach Abstimmung mit Churchill an Eisenhower übermittelten kurzen Waffenstillstandsbedingungen (vgl. Roosevelt an Churchill (332), 30. 7. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 364–365) deckte sich nicht mit dem am gleichen Tag in Moskau übergebenen britischen Memorandum.

160 Unterredung zwischen Stalin, Standley und Kerr, 11. 8. 1943, Standley, S. 467. Nach dem Besucherbuch Stalins hielten sich Standley und Kerr von 20.00–20.42 Uhr im Arbeitszimmer Stalins auf, vgl. LPS, S. 416.

Zehn Tage darauf erhielt Stalin – aus bisher nicht bekannten Gründen zunächst nur auszugsweise – eine an Eisenhower gerichtete Instruktion für die geheimen Waffenstillstandssondierungen mit dem Abgesandten der Badoglio-Regierung in Lissabon. Er nahm dies zum Anlass, nicht nur nachdrücklich eine stärkere Beteiligung der UdSSR einzufordern, sondern brachte auch einen eigenen, sehr weitgehenden Vorschlag ein:¹⁶¹

Ich bin der Ansicht, dass die Zeit herangereift ist, eine militärisch-politische Kommission aus Vertretern der drei Länder – den USA, Großbritanniens und der UdSSR – zu bilden, die die Frage von *Verhandlungen mit den einzelnen von Deutschland abgefallenen Regierungen* prüfen soll. Bis jetzt war es so, dass die USA und Großbritannien untereinander Übereinkommen trafen und die UdSSR als dritter, passiver Beobachter eine Information über das zwischen den beiden Mächten erzielte Übereinkommen erhielt. Ich muss Ihnen sagen, dass ein solcher Zustand nicht länger geduldet werden kann.

Dennoch änderte Stalins Forderung nichts an dessen grundsätzlicher Akzeptanz des Vorgehens der Westmächte in Italien. Nach Erhalt des vollständigen Textes der Eisenhower-Instruktion versicherte er:¹⁶²

Meine Kollegen und ich sind der Meinung, dass die General Eisenhower erteilten Instruktionen voll und ganz aus der Forderung auf [sic] bedingungslose Kapitulation Italiens resultieren und deshalb keine Einwände hervorrufen können.

Churchill und Roosevelt erhielten diese doppelte Antwort in Quebec, wo sie ohne sowjetische Beteiligung das weitere militärische Vorgehen und die Prozedur des Waffenstillstands mit Italien besprachen. Offensichtlich löste Stalins Zustimmung Erleichterung aus. Jedenfalls übermittelte die britische Regierung nun umgehend die in Quebec zwischen Churchill und Roosevelt abgestimmten ausführlichen Kapitulationsbedingungen nach Moskau. Für alle weiteren sowjetischen Kapitulationsplanungen bildete dieses Papier einen Ausgangspunkt. Es vereinfachte die sowjetischen Vorbereitungen außerordentlich. Eigene Vorschläge musste man ab diesem Zeitpunkt nur noch entwickeln, um die von den Briten und Amerikanern für Italien entworfenen Kapitulationsbedingungen den sowjetischen Interessen gegenüber den Staaten anzupassen, die über kurz oder lang durch die Rote Armee zur Kapitulation gezwungen werden würden. Dies galt auch für Deutschland.

Im Außenkommissariat traf der umfangreiche Waffenstillstandsentwurf für Italien am 26. August ein. In seinem Begleitschreiben wies der britische Botschaf-

161 Stalin an Roosevelt und Churchill, 22. 8. 1943, BW, S. 188. Hervorhebung nicht im Original.

162 Stalin an Roosevelt und Churchill, 24. 8. 1943, BW, S. 189.

ter ausdrücklich darauf hin, dass dieses Dokument nicht als Antwort auf Stalins Forderung, eine militär-politische Kommission einzurichten, verstanden werden dürfe. Der anglo-amerikanische Entwurf der Waffenstillstandsvereinbarung umfasste eine Präambel und 44 Artikel, von denen drei (§§18–20) die teilweise Besetzung Italiens durch Truppen der Vereinten Nationen regelten. §37 sah die Einsetzung einer „Kontrollkommission aus Vertretern der Vereinten Nationen ... unter der allgemeinen Führung und auf Anweisung des Alliierten Oberkommandos“ vor.¹⁶³ Gemeinsam mit seinem amerikanischen Botschafterkollegen erläuterte Kerr diesen Entwurf noch am selben Tag Molotov. Der Außenminister legte das Dokument sofort Stalin vor und erteilte bereits am nächsten Tag in schriftlicher Form die Zustimmung der sowjetischen Regierung, welche gleichzeitig Eisenhower die Vollmacht erteilte, das Kapitulationsdokument auch im Namen der UdSSR zu unterzeichnen. Die Entsendung eines sowjetischen Vertreters hielt Stalin für nicht erforderlich.¹⁶⁴

Die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde (zunächst in Kurzform) Anfang September beendete jedoch nicht die Turbulenzen um die von den Westmächten angestrebte Nutzbarmachung Italiens. Stalin blieb misstrauisch. Als Roosevelt gegenüber der Bildung einer gemeinsamen militär-politischen Kommission eine delatorische Haltung einnahm,¹⁶⁵ wiederholte Stalin seine Forderung in schärferer Form:¹⁶⁶

Für die dringlichste Frage halte ich die Bildung einer aus Vertretern der drei Länder bestehenden militärisch-politischen Kommission, die in der ersten Zeit ihren Sitz in Sizilien oder Algier haben sollte. Die Entsendung eines sowjetischen Offiziers in das Hauptquartier General Eisenhowers kann in keiner Weise die militärisch-politische Kommission ersetzen, die *für die Führung von Verhandlungen mit Italien sowie auch mit den Regierungen anderer von Deutschland abfallender Länder an Ort und Stelle unentbehrlich ist.*

Bereits mit dieser Aufgabe, die im Einklang mit den britischen Prinzipien vom 2. Juli stand, wäre die Kommission zu einer Vorläuferin der Europäischen Beratenden Kommission geworden, die jedoch erst auf der Moskauer Außenministerkonferenz gebildet wurde. Doch die sowjetische Regierung begnügte sich nicht damit, sondern steigerte – wie weiter unten gezeigt werden wird – zwei Wochen später ihre Forderungen.

163 Kerr an Molotov, 26. 8. 1943, SANO I, S. 427–439.

164 Molotov an Kerr, 27. 8. 1943, SANO I, S. 441–442.

165 Churchill erklärte gegenüber Roosevelt bereits am 27. August: „I think we should agree ... to the setting up of the Commission though not in Sicily.“ (Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 433). Dagegen wich Roosevelt einer Zustimmung aus. Er schlug erst am 6. September vor, einen sowjetischen Offizier in den Stab Eisenhowers zu entsenden (BW, S. 561–563).

166 Stalin an Roosevelt, 8. 9. 1943, BW, S. 564–565. Hervorhebung nicht im Original.

Welche Bedeutung Stalin der militär-politischen Kommission beimaß, lässt sich aus seiner Wahl von Andrej Januar'evič Vyšinskij als sowjetischen Vertreter ermessen,¹⁶⁷ der im Außenkommissariat der erste Stellvertreter Molotovs war. Mit seiner Ernennung schien die Kontroverse um die italienische Kapitulation durch die Bildung eines gemeinsamen Gremiums der drei Hauptmächte beigelegt. Auf der Grundlage der Vollmachten und Aufgaben, die der britische Premierminister für die Kommission vorgeschlagen hatte,¹⁶⁸ wohl aber auch in Kenntnis der Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten¹⁶⁹ erläuterte Stalin:¹⁷⁰

Die Frage der militärisch-politischen Kommission kann man im Wesentlichen als gelöst betrachten ... Ich halte die *Überlegungen des Premierministers hinsichtlich der Funktionen der Kommission für richtig*, doch bin ich der Meinung, dass wir nach einiger Zeit, unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen aus der Arbeit der Kommission, diese Funktionen in Hinblick auf Italien und andere Länder werden entsprechend präzisieren können.

Zwischen den Vorgängen in Italien und den Entwicklungen in allen anderen Teilen Europas bestand von Anfang an ein enger Zusammenhang, denn die italienische Kapitulation fand nicht nur die Aufmerksamkeit der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition. Besorgt war insbesondere die polnische Exilregierung in London, die das Verhalten der Westmächte in Italien mit Blick auf das zukünftige Vorgehen der UdSSR auf polnischem Staatsgebiet mit wachsender Unruhe betrachtete. Roosevelt und Churchill versuchten dem durch eine Erklärung entgegenzuwirken. Dafür strebten sie eine Abstimmung mit der UdSSR an. Ein in dieser Angelegenheit übermittelter Entwurf¹⁷¹ dürfte im Kreml Hohn ausgelöst haben. Das Außenkommissariat reagierte in zwei entgegengesetzte Richtungen.

Einerseits legte es erstmals die sowjetischen Vorstellungen zur Behandlung der von Deutschland befreiten Gebiete außerhalb der UdSSR offen:¹⁷²

Die sowjetische Regierung anerkennt, dass die Hauptverantwortung für die Verwaltung in den feindlichen Territorien bis hin zu dem Zeitpunkt, zu dem hier örtliche zivile Staats-

167 RGASPI f. 17, op. 163, d. 1376, Bl. 98–103, Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b) Punkt 275, 15. 9. 1943.

168 Churchill an Stalin, 10. 9. 1943, BW, S. 201–203.

169 Roosevelt an Stalin, 9. 9. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 162–163.

170 Stalin an Roosevelt und Churchill, 12. 9. 1943, BW, S. 205. Hervorhebung nicht im Original.

171 Hull an Standley, 4. 9. 1943, FRUS, 1943, I, S. 517–518. Ohne den Wortlaut dieser Instruktion den Moskauer Gegebenheiten anzupassen, übermittelte Standley sie in wörtlicher Übersetzung an das NKID, vgl. Standley an Molotov, 6. 9. 1943, in: SAMO I, S. 366.

172 Molotov an Standley, 14. 9. 1943, in: UdF 1, S. 158–159. Eine Kopie dieser Note wurde Stalin, Vorosilov, Berija, Mikojan, Malenkov, den Stellvertretern Molotovs sowie in London den Botschaftern Bogomolov und Gusev zugeleitet.

und Verwaltungsorgane ihre Arbeit aufnehmen, beim Kommando der Streitkräfte, die diese Territorien erobert haben, liegen soll. Zugleich hält es die sowjetische Regierung für notwendig zu erklären, dass sie die Aufgabe der Militärführung bei der Organisation der Verwaltung in den dem Feind abgerungenen Gebieten darin sieht, örtliche Funktionsträger, die auf den Sieg der Alliierten wohlwollend reagieren und in der Lage sind, ihren Beitrag zur Wiederherstellung von sich auf demokratischer Grundlage organisierenden örtlichen Staats- und Verwaltungsorganen zu leisten, umfassend in die Verwaltung einzubeziehen.

Die sowjetische Regierung blockierte damit eine automatische Rückkehr der Exilregierungen in die von der Roten Armee zu befreienden Länder und schuf sich selbst Möglichkeiten für unilaterales Handeln.

Andererseits schlug das Außenkommissariat vor, die mit der Behandlung der von Deutschland befreiten Gebiete zusammenhängenden Fragen in der noch immer nicht gebildeten militär-politischen Kommission zu lösen. Beflügelt nicht nur von den militärischen Siegen der Roten Armee, die man in Moskau stets mit machtvollen Siegesböllern selbstbewusst anzeigte, sondern wohl auch von den Schwierigkeiten der Westmächte in Italien ging das Außenkommissariat mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit. Dafür konnte man mit *Vojna i rabočij klass* eine Zeitschrift nutzen, die nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale zur Verkündung der sowjetischen Position in internationalen Angelegenheiten geschaffen worden war. Es wurde im Westen sofort als Sprachrohr Stalins wahrgenommen.¹⁷³ *Der Krieg und die Arbeiterklasse*, wie die deutsche Übersetzung des Zeitschriftentitels lautet, veröffentlichte einen entsprechenden Vorschlag noch bevor er den Westmächten übermittelt worden war. Angestrebt wurde die Bildung einer gemeinsamen Kommission mit wirklich koordinierenden Funktionen.¹⁷⁴

Ein solches Komitee wäre – unter Beteiligung eines Vertreters des Komitees für die Befreiung Frankreichs – ein Gremium, das die Anstrengungen der Alliierten zu gemeinsamen Schlägen gegen Deutschland bündeln könnte. Es könnte die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen für Italien überwachen und militärische und politische Probleme diskutieren, die mit der Bereitschaft der Satellitenstaaten verbunden sind, mit Deutschland zu brechen.

Damit war eine Verbindung zwischen dem zukünftigen Vorgehen der UdSSR in Osteuropa und der Bereitschaft der Briten und Amerikaner hergestellt, die UdSSR in die Verwirklichung des italienischen Waffenstillstands einzubeziehen. Genau daran waren in diesem Moment jedoch weder Churchill noch Roosevelt

173 L. Bezymenskij, O starom „Novom Vremeni“ [Über die alte „Neue Zeit“], in: *Novoe Vremja*, 1993, 52, S. 12–13.

174 VIRK 1943, 8, S. 22–23.

interessiert. Sie strebten nicht nur danach, die Waffenstillstandsbedingungen der militärischen Strategie unterzuordnen, um Italien als Partner im Krieg gegen Deutschland zu gewinnen, sondern auch danach, Italien vor sowjetischer Einflussnahme abzuschirmen. Stalin reagierte darauf kalkuliert zweideutig. Er ließ die Westmächte in Italien nicht nur in der Richtung gewähren, die sie bereits eingeschlagen hatten,¹⁷⁵ sondern forderte im Gegenzug auch ein sowjetisches Mitspracherecht ein. Anlass dazu bot erneut die noch immer nicht gebildete, aber seit Langem beschlossene militär-politische Kommission. Wie bereits in *Vojna i rabočij klass* angedeutet, strebte Molotov nun offiziell eine Kompetenzerweiterung dieser Kommission an.¹⁷⁶

(N)ach Meinung der sowjetischen Regierung müssen die Aufgaben der militär-politischen Kommission die Koordination und Arbeitsanleitung aller im Zusammenhang mit dem Waffenstillstand auf feindlichem Territorium eingerichteten militärischen und zivilen Behörden der Alliierten, aber auch die Kontrolle der Verwirklichung der Bestimmungen des Waffenstillstands einschließen. Folglich gehört zu den Funktionen dieser Kommission, von Zeit zu Zeit Direktiven für die Regierung Badoglio zu militär-politischen und administrativen Fragen herauszugeben. Dagegen liegt die Lösung aller militärisch-operativen Fragen allein beim alliierten Oberbefehlshaber.

Diese Aufgaben entsprachen exakt denen, die im britischen Memorandum vom 2. Juli für eine „inter-allied Armistice Commission“ vorgesehen waren.¹⁷⁷ Sie sollten in Italien jedoch von einer ganz anders konzipierten „Alliierten Kommission“ unter Leitung des Oberkommandierenden der vereinigten britisch-amerikanischen Truppen übernommen werden. Churchill reagierte mit gereizter Offenheit und begründete dabei das Prinzip der Oberhoheit der jeweiligen Oberbe-

175 Stalin stimmte umgehend zu, als Churchill ihn am 21. September um Zustimmung bat, „alle nützlichen Dienste“ Italiens „gegen den Feind bei der ... Durchführung des Waffenstillstands“ anzuerkennen. (Vgl. BW S. 205–207).

176 Molotov an Hamilton, 25. 9. 1943, SAMO I, S. 371–372. Molotov antwortete damit auf eine drei Tage zuvor übergebene amerikanische Note (vgl. SAMO I, S. 368–369), in der es um Änderungen am italienischen Kapitulationsverfahren ging, die Roosevelt zuvor mit Churchill abgestimmt hatte (vgl. Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 456–457). Roosevelt teilte Churchill am 23. 9. mit, dass eine entsprechende Direktive an Eisenhower abgeschickt wurde (vgl. ebd., S. 460).

177 Vgl. S. 331. Das dortige fünfte Prinzip lautete: „The administration of any armistice should be placed in the hands of an inter-Allied Armistice Commission, the President to be alternately a representative of the United States, U.S.S.R. and the United Kingdom. The Commission would establish its headquarters in the Axis country concerned, and would be responsible for controlling the execution of the Armistice terms.“

fehlshaber, die künftig auch bei der Besetzung Deutschlands allein ihren Regierungen unterstehen sollten:¹⁷⁸

We cannot be put in a position where our 2 Armies are doing all the fighting but the Russians have a veto and must be consulted upon any minor variation of the armistice terms which Eisenhower considers militarily essential. Unconditional surrender and the terms expressing it are the basic principle. The Commander in Chief must be free to apply it as, when and how he thinks it is most helpful.

Inzwischen hatte das Moskauer Außenkommissariat bereits die Öffentlichkeit über die Bildung der militär-politischen Kommission, ihre Zusammensetzung und Aufgaben informiert.¹⁷⁹ Damit setzte Stalin seine doppeldeutige Politik konsequent fort. Weiterhin kritisierte er nicht den Versuch der Westmächte, Italien als Partner im Kampf gegen Deutschland zu gewinnen. Ohne Zögern stimmte er einer ursprünglich durch Roosevelt entworfenen Deklaration zu, die Italien als einen gegen Deutschland kriegführenden Staat anerkannte.¹⁸⁰ Im Gegensatz dazu setzte er sich gleichzeitig für eine weitgehende Kompetenzerweiterung der militär-politischen Kommission ein, die die alleinige Oberhoheit einzelner Mächte über europäische Staaten hätte verhindern können.

Eine Erklärung für dieses doppelte Vorgehen Stalins, der die Westmächte weiterhin und unverändert sowohl als zukünftige Kooperationspartner, aber auch als politisch-ideologische Gegner ansah, bot die *Times*, als sie die Turbulenzen um die Kapitulation Italiens in Zusammenhang mit der Schaffung von Einflussphären betrachtete. Wie schon oft in den Monaten zuvor ging das regierungsnahes Blatt von dem Axiom aus: „The war in Europe can be won and peace in Europe can be

178 Churchill an Roosevelt, 28. 9. 1943, Kimball, Correspondence. Bd. 2, S. 470.

179 Mitteilung des NKID über die Bildung der militär-politischen Kommission, 26. 9. 1943, in SOFRO I, S. 274: „Im Ergebnis des Meinungsaustauschs zwischen den Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens, der im August–September d. J. stattgefunden hat, wurde eine militär-politische Kommission [für Italien] aus Regierungsvertretern der USA, Großbritanniens und der UdSSR unter Beteiligung eines Vertreters des Französischen Komitees für nationale Befreiung (CFLN) gebildet. Die militär-politische Kommission wird ihren Sitz zunächst in Algier nehmen, wobei deren primäre Aufgabe darin bestehen soll, mit den Waffenstillstandsbedingungen für Italien verbundene Fragen sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung und Kontrolle zu beraten und weitere analoge Probleme gemeinsam zu erörtern, die sich im Zuge der Befreiung weiterer feindlicher Territorien durch die Alliierten ergeben könnten. Zum Vertreter der sowjetischen Regierung in der Militärpolitischen Kommission wurde der Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare und Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Gen. A.Ja. Vyšinskij ernannt.“

180 Roosevelt an Churchill, 29. 9. 1943, Bd. 2, S. 471–472. Stalin stimmte am 2. Oktober der Deklaration zu, die ihm Churchill am selben Tage vorgeschlagen hatte, vgl. BW, S. 214.

made secure only if Britain and Russia are firmly united in a common endeavour and for a common purpose.¹⁸¹ Für die angestrebte Wahrung der zukünftigen Zusammenarbeit mit Russland sah die Zeitung folgende Alternativen: Entweder würden gemeinsame Lösungen für ganz Europa gefunden oder Europa würde einvernehmlich geteilt, wodurch die USA und Großbritannien die Verantwortung für West- und die UdSSR die Verantwortung für Osteuropa übernehmen. Obwohl die vorherrschende Meinung in den USA und Großbritannien der ersten Lösung zuneige, wirkten Briten und Amerikaner in den letzten Wochen unbewusst, aber dennoch entscheidend, in Richtung der zweiten Lösung, stellte die *Times* fest und schlussfolgerte daraus:¹⁸²

A failure to secure the participation of Russia in decisions of political import concerning Italy might appear to justify similar decisions elsewhere being taken by Russia without consultation, and thus pave the way for the division of Europe into divergent spheres of responsibility.

Das Londoner Blatt bezog diese Überlegungen auf die bevorstehenden Gespräche Edens mit Ivan Majskij, der sich zu dieser Zeit noch einmal in London aufhielt, um die sowjetische Botschaft an seinen Nachfolger, Fedor Gusev, zu übergeben. Majskij war sicher mit diesen in der *Times* veröffentlichten Gedanken bestens vertraut. Entweder hatte er sie selbst angeregt oder vollständig übernommen. Dies zeigte sich am folgenden Tag, als er Eden erklärte,¹⁸³

[T]hat there were two possible ways of trying to organise Europe after the war. Either we could agree each to have a sphere of interest, the Russians in the East and ourselves and the Americans in the West ... If, on the other hand, we would both, and the United States also, agree that all Europe was one, as his Government would greatly prefer, then we must each admit the right of the other to an interest in all parts of Europe.

Nach allem, was wir über die Handlungsmöglichkeiten sowjetischer Diplomaten wissen, scheint es höchst zweifelhaft, dass Majskij in dieser für die gesamte Nachkriegsentwicklung grundlegenden Frage eine Meinung äußerte, ohne sich der Zustimmung Moskaus sicher zu sein. Wenn dem so ist, liegt die Vermutung nahe, dass Molotovs Forderung nach Erweiterung der Aufgaben der militär-politischen Kommission dem gleichen Kalkül entsprang und darauf zielte, einen Präzedenzfall zu schaffen. Falls diese Absicht bestand, dann ging sie voll auf. Die Administration des amerikanischen Präsidenten ließ sich viel Zeit, eine Antwort vorzubereiten, die auf der obersten Gewalt des Oberkommandierenden der anglo-amerika-

181 *The Times*, 30. 8. 1943, S. 5: Three-Power Policy.

182 Ebd.

183 Unterredung zwischen Eden und Majskij, 31. 8. 1943, Polonsky, S. 146–147.

nischen Truppen in Italien beharrte.¹⁸⁴ Roosevelt selbst beteiligte sich an der Abstimmung dieser Antwort, in die er auch Churchill einbezog. Und er war sich der Tragweite der amerikanischen Antwort bewusst, als er erklärte: „I feel it important to straighten out this matter now as it will set the *precedent* for all such future activities in the war.“¹⁸⁵

Tatsächlich blieb die militär-politische Kommission der drei Mächte, als sie in Anwesenheit von Vyšinskij in Algier gebildet worden war, völlig einflusslos. Indem die Westmächte 1943 Italien vor sowjetischem Einfluss abschirmten, ebneten sie den Weg für die Schaffung einer sowjetischen Einflusszone im Osten Europas.

5. Deutschlandplanung im Außenkommissariat 1943

Die Vorbereitungen auf die Außenpolitik nach dem Krieg entwickelten sich in Moskau auf zwei Wegen. Zum einen begannen seit 1942 Nachkriegsplanungen, die die sowjetische Politik gegenüber den Westmächten auf einer Friedenskonferenz, in einer neuen internationalen Sicherheitsorganisation und in einzelnen Staaten bzw. Regionen betrafen. Zum anderen wurde im Außenkommissariat seit 1943 über Kapitulationsbedingungen für die Achsenmächte nachgedacht, die darauf zielten, eine sowjetische Einfluss- bzw. Sicherheitssphäre aus den Überresten dieser Staaten zu schaffen. Die Nachkriegs- und Kapitulationsplanungen bildeten zwei Pole der sowjetischen Außenpolitik, zwischen denen sich zwar erhebliche Spannungen entwickelten, die jedoch ursprünglich nicht als Alternativen gedacht waren. Im Gegenteil, die Entwicklung einer kooperativen Zusammenarbeit mit den Westmächten war für Stalin nur auf der Basis gegenseitiger Anerkennung und Respektierung von Einflussphären denkbar.

Das zukünftige Deutschland war Bestandteil beider Planungen. Es gehörte zur prägenden Eigenart der sowjetischen Vorbereitungen auf die Kapitulation der Achsenmächte, dass diese weitgehend getrennt von den Nachkriegsplanungen erfolgten. Alles, was mit der ersehnten Kapitulation Deutschlands zusammenhing, besaß eindeutig Vorrang. Es stellte einen Teil der kontinuierlichen Politik Stalins dar, die darauf zielte, möglichst vollständige Sicherheit der UdSSR durch den

184 Hull an den amerikanischen Geschäftsträger in Moskau Hamilton, 8. 10. 1943, FRUS 1943 I, S. 793–794. Interessanterweise bezog sich Hull nicht auf Churchill (vgl. S. 343, Anm. 168, sondern legte die viel allgemeinere Aufgabenbestimmung Stalins in seinem Sinne aus.

185 Roosevelt an Churchill, 4. 10. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 487–488. Hervorhebung nicht im Original.

Ausbau ihrer militärischen Stärke zu gewährleisten. Dauerhafte Sicherheit der UdSSR setzte den Aufbau und Erhalt der sowjetischen Weltmachtstellung voraus.

Die doppelten Planungen zur sowjetischen Nachkriegspolitik standen in direktem Verhältnis zum Zustand der Anti-Hitler-Koalition, von dessen Fortbestand sie ausgingen. In keiner der bisher zugänglichen sowjetischen Quellen findet sich eine Spur für konfrontative, antiwestliche Nachkriegsplanungen in Moskau. Die Alternative zur Zusammenarbeit mit den Westmächten bestand schlicht darin, das zu tun, was bereits vor dem 22. Juni 1941 Inhalt sowjetischer Außenpolitik war: Eigene Ziele ohne Rücksicht auf potentielle Partner zu verfolgen. Dies aber musste – wie sich u. a. in der Katyn-Krise gezeigt hatte – über kurz oder lang auf eine antiwestliche Politik hinauslaufen, auch wenn das ursprünglich weder beabsichtigt noch geplant war.

Im Ergebnis des Davies-Besuches und in Vorbereitung auf das erste Gipfeltreffen reaktivierte Molotov im Juni 1943 die sowjetischen Nachkriegsplanungen, die im Jahr zuvor begonnen hatten. Er beauftragte einen der dienstältesten sowjetischen Diplomaten, den damals 61-jährigen Jakov Suric, mit dem Studium der Nachkriegsordnung Deutschlands. Suric befand sich seit 1918 im diplomatischen Dienst Sowjetrusslands und war u. a. von 1934 bis 1937 Botschafter in Deutschland gewesen. 1943 hatte er die Stellung eines „Botschafters in der Reserve“. Er verfügte über einen eigenen Stab¹⁸⁶ und war Mitglied der im Januar 1942 unter Leitung von Molotov gebildeten „Kommission zur Vorbereitung diplomatischer Materialien“, deren uneffektive Arbeit er kritisiert hatte.¹⁸⁷ Nach mehreren Gesprächen mit dem Außenkommissar übermittelte Suric am 21. Juni 1943 einen Arbeitsplan mit dem programmatischen Titel: „Die Nachkriegsdeutschlands unter dem Gesichtspunkt unserer Interessen“. ¹⁸⁸ Dass es nicht um die Analyse der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands, sondern um deren Gestaltung ging, verdeutlichte das von ihm vorgeschlagene Arbeitsprogramm, für dessen Verwirklichung er weitere Experten gewinnen wollte. Acht Komplexe sollten untersucht werden: Der staatliche Aufbau, die Grenzen und die innenpolitische Ordnung Deutschlands, aber auch Maßnahmen zur Verhinderung einer erneuten deutschen Aggression, die Reparationsleistungen zum Wiederaufbau der durch Deutschland zerstörten Territorien, der Waffenstillstand und der dauerhafte Frieden mit Deutschland, die zukünftige Teilnahme Deutschlands an internatio-

186 Litvinov an Molotov, 3. 8. 1943, in: UdF 1, S. 137–140, hier S. 140.

187 Zur Mitgliedschaft Saksins in der Molotov-Kommission vgl. UdF 1, S. 42. Die Kritik an der Arbeit dieser Kommission legte Suric am 18. 2. 1943 dar. Sie betraf lediglich organisatorische und keine grundsätzlichen Fragen, war jedoch von einem hohen Selbstbewusstsein gekennzeichnet. Zum Inhalt dieser Kritik vgl. UdF 1, S. 607, Anm. 148.

188 Suric an Molotov, 21. 6. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 11, d. 101a, Bl. 1–2.

nen Organisationen und die Bestrafung der deutschen Kriegsverbrecher.¹⁸⁹ 14 Tage nachdem dieser Arbeitsplan vorlag, konkretisierte Suric zwei Teilbereiche, die jedoch noch immer keine inhaltlichen Aussagen zu den von ihm vorgeschlagenen Untersuchungskomplexen enthielten, sondern lediglich die Materialgrundlage und die damit verbundenen Probleme umrissen. Der erste Bereich betraf die Neuordnung des „Staatlichen Aufbaus Deutschlands“. Die von Molotov vorgegebene Untersuchungsrichtung ergab sich klar aus den fünf Varianten, deren Realisierbarkeit in Bezug auf die historischen und ökonomischen Möglichkeiten, aber vor allem in Hinblick auf die möglichen Reaktionen der britischen und amerikanischen Regierung, untersucht werden sollten:¹⁹⁰

- a) Zerstückelung Deutschlands in einige selbständige staatliche Neubildungen unter territorialen Gesichtspunkten (Schaffung eines süddeutschen, eines mitteldeutschen und eines ostdeutschen usw. Staates),
- b) Bildung einer Föderation deutscher Staaten, in der Form wie sie in der Weimarer Verfassung vorgesehen war,
- c) Rückkehr zu dem staatlichen Aufbau Deutschlands, der bis zum Untergang und Zerfall des zweiten (Deutschen) Reiches existierte (Wiedererrichtung Bayerns, Sachsens, Württembergs usw. als selbständige Staaten),
- d) Aufteilung des Deutschen Reiches durch die Abtrennung und Zerstückelung Preußens in mehrere politische Einheiten,
- e) Ausgliederung Österreichs aus dem Dritten Reich und Wiedererrichtung als selbständiger Staat.

Zur Position der britischen und amerikanischen Regierungen musste Suric feststellen: „[W]ir verfügen leider nur über spärliche Quellen. Die wertvollsten sind natürlich die Berichte unserer entsprechenden Botschafter, die auf persönlichen Unterredungen mit den Mitgliedern dieser Regierungen basieren. Doch Mitteilungen der Botschafter, die Probleme des zukünftigen staatlichen Aufbaus Deutschlands betreffen, gibt es nur sehr wenige.“¹⁹¹ Wahrscheinlich ebenfalls am 2. Juli sandte Suric ein Arbeitsprogramm für den zweiten Teilbereich an Molotov, das die Ausarbeitung der sowjetischen Position zu den zukünftigen Grenzen Deutschlands betraf. In keinem der Papiere, die Suric übermittelte, war von der dauerhaften Besetzung Deutschlands oder einer Einbeziehung Deutschlands in die sowjetische Einflussphäre die Rede.

189 Suric, *Nachkriegsdeutschland vom Standpunkt unserer Interessen*, 21. 6. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 11, d. 101a, Bl. 3–16.

190 Suric, *Programm der Denkschriften und Vorträge zum staatlichen Aufbau des zukünftigen Deutschlands*, 2. 7. 1943, AVP RF f. 012, op. 4, p. 45, d. 57, Bl. 92–97, hier Bl. 92.

191 Ebd., Bl. 93.

Diese mehr oder weniger gemeinsamen Vorbereitungen Molotovs und Suric' markierten den Beginn einer neuen Etappe der sowjetischen Nachkriegsplanung. Majskij notierte in diesen Tagen in sein Tagebuch: „Schrittweise beginnen sich die Konturen unserer Nachkriegspolitik abzuzeichnen“.¹⁹² Nicht ohne allerhöchste Zustimmung veröffentlichte Litvinov Anfang Juli 1943 unter dem Pseudonym Malinin in der Zeitschrift *Vojna i robočij klass* – dem Sprachrohr Stalins – einen Aufsatz, der die bei den Verbündeten öffentlich geführte Kriegszieldiskussion zum Anlass nahm, über sowjetische Friedensziele nachzudenken.¹⁹³ Für den früheren Außenkommissar Litvinov waren die sowjetischen Kriegsziele identisch mit dem „Aktionsprogramm der Anti-Hitler-Koalition“, das auf Änderungen an der Weltordnung und den internationalen Beziehungen zielte, um eine Wiederholung der gegenwärtigen Katastrophe zu verhindern. Er warnte den Westen, dass eine voreilige Diskussion der Kriegsziele notwendige gemeinsame Beschlüsse sowie die Erreichung des Hauptziels, die Verkürzung des Kampfes bis zum Sieg über den gemeinsamen Feind, erschwere. Gleichzeitig forderte er jedoch eine stärkere öffentliche Diskussion in der UdSSR über die Friedensziele und rechtfertigte das Zurückbleiben der sowjetischen Nachkriegsplanung, indem er die Bündnispartner kritisierte:

Natürlich, je weniger aktiv einzelne Länder an den unmittelbaren Kriegshandlungen gegen den Feind teilnehmen, desto mehr freie Kräfte und Zeit können sie diesem Ziel widmen.

Durch die Analyse der westlichen Diskussion steckte Litvinov vier Eckpunkte ab und bestimmte dabei zugleich die Einigungsaussichten für die Verwirklichung der sowjetischen „Friedensziele“ in Bezug auf Deutschland: Unstrittig sei erstens dessen Entwaffnung; es gebe zweitens verschiedene Projekte zu dessen Aufgliederung; in diesem Zusammenhang diskutiere man drittens Änderungen an seinem Staatsaufbau; und es bestehe viertens Einigkeit darüber, dass Deutschland während der Periode der Umerziehung seiner Bevölkerung durch die Vereinten Nationen besetzt werden müsse. In Bezug auf die künftige Reparationspolitik stellte Litvinov fest: Es gibt viele Anhänger für die Forderung, aus Deutschland alle Industriebetriebe zugunsten der durch die deutsche Aggression zerstörten Staaten zu entnehmen.

192 Tagebucheintrag Majskijs, 17. 6. 1943, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 10, Bl. 199–200.

193 N. Malinin, O celjach vojny [Über die Ziele des Krieges], in: *Vojna i rabočij klass* 1943, 3, S. 11–15. Dieser Aufsatz wurde gleichzeitig am 4. 7. 1943 in der *Pravda* veröffentlicht. Bereits am nächsten Tag berichtete darüber die Londoner *Times* unter der Überschrift: „Problems Of The Peace. A Russian View. Perils Of Untimely Utopianism“, in: *The Times*, 5. 7. 1943, S. 3.

Die Frage nach den künftigen Grenzen Deutschlands sah Litvinov bei den westlichen Verbündeten nur in Bezug auf Polen und die Tschechoslowakei gestellt. Abschließend betonte der frühere Außenkommissar den kolossalen Umfang der bei der Nachkriegsplanung zu behandelnden Fragen. Von daher prognostizierte er, dass es bis zur Lösung all dieser Fragen durch einen Friedensvertrag eine sehr lange Waffenstillstandsperiode geben müsse. In der Diktion Stalins forderte Litvinov, der UdSSR müsse eine entscheidende Stimme beim Aufbau der Weltordnung nach dem Kriege zukommen. *„Nicht eines der genannten Probleme kann und darf ohne ihre Teilnahme entschieden werden.“*¹⁹⁴

Der Abdruck des Litvinov-Aufsatzes wirkte als Startsignal für Vorschläge zu Einzelfragen. Überliefert ist die Ausarbeitung des Historikers Eugen Tarle zu Deutschland. Das Akademiemitglied ging davon aus, dass die Abtrennung einzelner Gebiete (Ostpreußens, Schleswigs, Oberschlesiens u. a.) kaum zur Schwächung dieses Landes führen werde. Für notwendig und erreichbar hielt auch er den Umbau der Staatsordnung Deutschlands mit dem Ziel, Preußen unschädlich zu machen. Ansonsten würde es keine Sicherheit in Europa geben. Erforderlich dazu wären:¹⁹⁵

Erstens die Zerstückelung Preußens, selbst wenn sie innerhalb der Grenzen Deutschlands erfolgte, und zweitens die Wiederherstellung von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg als selbständige Staaten, selbst wenn sie sich zu einem föderativen deutschen Staatenbund zusammenschließen würden, was in Deutschland die Zentrums-Partei schon immer anstrebte. Ein solcher Staatenbund wäre gegenüber dem von Bismarck fest zusammengefügteten Bundesstaat ein kolossaler Fortschritt.

Tarle meinte einen verhängnisvollen Fehler der Weimarer Verfassung in der herausgehobenen Stellung Preußens erkannt zu haben. Für die friedliebenden Nationen sei die Weimarer Verfassung weitaus schlechter gewesen als die Reichsverfassung von 1871.¹⁹⁶

All diese Ansätze zur Nachkriegsplanung fanden Molotovs Unterstützung. Auf Anregung des Außenkommissars entwarf der bereits im Mai aus Washington zurückgekehrte, offiziell aber erst im August 1943 abberufene Litvinov nun einen sehr weitgehenden Vorschlag für ein organisatorisches Geflecht aus Einzelkommissionen zur Vorbereitung der sowjetischen Nachkriegspolitik. Ein hochrangiges

194 Ebd., Hervorhebung nicht im Original.

195 Tarle, Über Deutschland, 27. 7. 1943, AVP RF f. 0512, op. 4, p. 16, d. 83, Bl. 13–14. Vgl. dazu die Übersetzung der Langfassung dieses Memorandums bei Martin Schulze-Wessel, Hegemonie oder europäische Sicherheit. Zwei deutschlandpolitische Memoranden Evgenij Tarles, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 3 (1995), S. 271–288.

196 Die beiden von Schulze-Wessel vorgestellten Memoranden sind nicht identisch mit der hier verwendeten Kurzfassung vom 27. 7. 1943, stimmen aber in ihrer Tendenz überein.

Leitungskomitee unter dem Vorsitz von Molotov sollte die Führung folgender vier Kommissionen aus Spitzenfunktionären und Experten übernehmen: Eine *politische* Kommission unter Vorsitz von Vyšinskij sollte die allgemeinen Fragen der Nachkriegsordnung ausarbeiten (territoriale Veränderung, staatlicher Aufbau der besiegten und besetzten Länder, Prinzipien und Organisation der internationalen Zusammenarbeit zur Sicherung des Weltfriedens). Eine *militärische* Kommission unter Vorsitz von Ščerbakov sollte sich mit der Abrüstung der Aggressoren und der Schaffung internationaler Einrichtungen zur Kontrolle der Rüstungsindustrien (der Aggressorstaaten) und mit der stufenweisen Dezimierung der Waffen befassen. Eine dritte Kommission unter Vorsitz von Potemkin sollte für Angelegenheiten der *Staatsgrenze der UdSSR* geschaffen werden. Das umfangreichste Programm sah Litvinov für eine *ökonomisch-rechtliche* Kommission vor. Sie sollte sich unter dem Vorsitz von Majskij mit Fragen der Wiedergutmachung der durch den Krieg hervorgerufenen Schäden, mit der Organisation des internationalen Handelsaustauschs und Krediten, mit der gegenseitigen Wirtschaftshilfe der Vereinten Nationen, aber auch mit der Repatriierung der Kriegsgefangenen und der gewaltsam nach Deutschland verschleppten Zivilbevölkerung, aber auch mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur gerichtlichen Verfolgung der Kriegsschuldigen beschäftigen. Auch die Vorbereitung von Vereinbarungen und Konventionen mit den besiegten Staaten in konsularischen, sanitären, Transport- und Telekommunikationsfragen sollte Gegenstand dieser vierten Kommission sein.¹⁹⁷ Majskij war offenbar über diesen Vorschlag informiert. Er wandte sich umgehend an Molotov, um darauf zu drängen, dass das Gremium, das er leiten sollte, genügend Autorität und Selbständigkeit erhalte. Es müsse direkt der Regierung und Molotov unterstellt werden.¹⁹⁸

Der Vorschlag Litvinovs stieß auf Skepsis. Molotov hegte Abneigung gegen die Bildung von Kommissionen durch Personen, die bloß Sitzungen abhielten, ohne selbst zu arbeiten.¹⁹⁹ Doch dürfte dies nicht der einzige Grund gewesen sein, weshalb sich der Außenkommissar lediglich auf die Schaffung einzelner Kommissionen beschränken wollte, ohne jedoch deren Zusammenarbeit zu sichern. Möglicherweise war innerhalb der sowjetischen Führung (und insbesondere bei den von Litvinov vorgeschlagenen Partei- und Staatsfunktionären) noch immer

197 Litvinov, Organisationsvorschlag für die Vorbereitung von Materialien für Nachkriegsverhandlungen, o.D. (vor dem 30. 7. 1943), AVP RF f. 06, op. 6, p. 14, d. 149a, Bl. 25–30. Für die insgesamt fünf Kommissionen nannte Litvinov namentlich 21 Mitglieder, die er aus der Leitung des NKID, des NKO, des NVT und der Akademie der Wissenschaften gewinnen wollte.

198 Majskij an Molotov, 24. 7. 1943, Majskij, *Perepiska* 2, S. 128.

199 Litvinov an Molotov, 3. 8. 1943, in: UdF 1, S. 137–140, hier S. 137.

der Sinn von Nachkriegsplanungen umstritten, die von einer längerfristigen Zusammenarbeit der UdSSR mit den Westmächten ausgingen. Der Außenkommissar beauftragte Litvinov am 30. Juli, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, den dieser wenige Tage später lieferte. Ähnlich wie die im Januar 1942 durch das Politbüro geschaffene Kommission²⁰⁰ sollte sich auch die neue Kommission ganz allgemein mit der Vorbereitung von Fragen der Friedenskonferenz befassen. Daneben hielt Litvinov noch immer die Bildung zweier weiterer Kommissionen für notwendig (eine für Fragen des Waffenstillstands und eine andere für Reparationen). Eine oder beide Kommissionen sollte Majskij leiten, Letzteren sah Litvinov zugleich als Stellvertreter seiner eigenen Kommission vor, während er umgekehrt die gleiche Funktion in den anderen Kommissionen übernehmen wollte, um die Koordinationsprobleme in der Arbeit der drei Kommissionen zu lösen. Interessanterweise ging Litvinov davon aus, dass die Kommissionen zum Waffenstillstand und zu den Reparationen nur relativ kurze Zeit existieren würden, da beide nur wenige Fragen zu lösen hätten, die zudem weitgehend vorbereitet seien. Stattdessen glaubte er, die Hauptarbeit müsste von der von ihm zu leitenden Kommission geleistet werden und wollte ihr deshalb einen außerordentlich großen Kreis von 24 Beratern zuordnen, welche Fragen des Völkerrechts sowie Probleme Deutschlands, Italiens, Belgiens, Frankreichs, Polens, Finnlands, der Türkei, Großbritanniens, der USA, des Balkans, aber auch des Irans, Afghanistans und Indiens bearbeiten sollten. Ausklammern wollte Litvinov lediglich Fragen des Fernen Ostens mit der Begründung, dass der Friedensschluss mit Japan zeitlich kaum mit der Friedenskonferenz für Europa zusammenfallen werde. Von Anfang an einbeziehen wollte der frühere Volkskommissar dagegen die Kolonialfrage, jedoch nicht unter revolutionären Gesichtspunkten, sondern weil sie die Positionen der europäischen Mächte und der USA berühre.²⁰¹

Litvinovs Vorschläge waren illusionär, fanden aber dennoch die Billigung Molotovs. Ihr Mangel an Realismus hinsichtlich der Möglichkeiten, die außenpolitische Planungen innerhalb der sowjetischen Herrschaftsverhältnisse hatten, lässt sich nur aus der Euphorie erklären, die angesichts des siegreichen Verlaufs der Sommeroffensive der Roten Armee im Außenkommissariat verbreitet war. Lediglich in Bezug auf das Baltikum riet Litvinov zu Vorsicht:²⁰²

Selbst wenn diese Fragen [des Baltikums] de facto sogar noch vor der Friedenskonferenz gelöst werden, wird es doch kaum gelingen, deren Erörterung auf der Konferenz auszuwei-

200 Vgl. S. 104.

201 Litvinov an Molotov, 3. 8. 1943, in: UdF 1, S. 137–140, hier S. 138–139.

202 Ebd., S. 139–140.

chen. Es wird erforderlich sein, ein Papier in den Händen zu haben, das unsere Rechte am Baltikum voll und ganz begründet, um internationale Anerkennung zu finden.

Erst am Ende seines letzten Vorschlags setzten sich bei Litvinov wieder die Erfahrungen aus seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Stalin durch:²⁰³

Mir erscheint es absolut notwendig, einige Hauptfragen in den Vordergrund zu stellen, zu denen vorab Stellungnahmen unserer Regierung einzuholen sind. In meinem Verständnis ist es Aufgabe der Kommission, Materialien zur Prüfung vorzubereiten, auf deren Grundlage die Regierung zu bestimmten Schlussfolgerungen in Einzelfragen gelangen soll, sowie Positionspapiere und Memoranden zur Vorlage auf der Friedenskonferenz auszuarbeiten, die zuvor von der Regierung in anderen Fragen getroffene Entscheidungen fundieren.

Das Politbüro des ZK der VKP(b) bestätigte die Bildung je einer Kommission zur Vorbereitung der Friedenskonferenz und zur Vorbereitung des Waffenstillstands erst²⁰⁴ – worauf noch einzugehen sein wird – als die Entscheidung für ein Gipfeltreffen Stalins mit Roosevelt und Churchill gefallen war.

Intensivierung der sowjetischen Nachkriegsplanungen

In den nächsten Monaten erreichte die sowjetische Nachkriegsplanung bei der Vorbereitung auf die Moskauer Außenministerkonferenz eine Intensität wie nie zuvor und nie mehr danach. Kein Mitarbeiter des Volkskommissariats war so aktiv an deren inhaltlicher und taktischer Vorbereitung wie Maksim Litvinov. Allein im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz empfing ihn Stalin fünfmal.²⁰⁵ Bereits am 5. September – die Außenministerkonferenz war bereits zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill beschlossene Sache – war durch das Politbüro eine „Kommission für die Vorbereitung der Friedensverträge und der Fragen zur Nachkriegsordnung“ gebildet worden. In der sowjetischen Hierarchie besaß diese Kommission einen niedrigen Rang. Unter Vorsitz von Litvinov gehörten ihr der stellvertretende Außenkommissar Solomon Lozovskij, der Partei- und Staatsfunktionär Dimitrij Manuil'skij, der bereits erwähnte Historiker Eugen Tarle und die Diplomaten Suric, Štejn und Saksin an. Letzterer leitete zunächst das Sekretariat der Kommission, wurde aber nach wenigen Monaten durch Michail Junin ersetzt.

203 Ebd., S. 140.

204 Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b), Punkt 223: Vopros NKID (o sozdanii komissij po voprosam mirnych dogovorov i peremirija) [Fragen des NKID (über die Bildung von Kommissionen zu Fragen der Friedensverträge und der Waffenstillstandsvereinbarungen)], 5. 9. 1943, RGASPI f. 17, op. 162, d. 37, Bl. 108.

205 Am 2. September und am 18., 20., 23. und 29. 10. 1943, vgl. LPS, S. 417 und S. 421–423.

Eine erste Fassung des Arbeitsprogramms stellte Litvinov seiner Kommission auf ihrer konstituierenden Sitzung am 8. September 1943 vor.²⁰⁶ Sechs Tage zuvor war er von Stalin in Anwesenheit von Molotov, Malenkov, Vorošilov und Berija zu einem kurzen, etwas mehr als halbstündigem Gespräch empfangen worden.²⁰⁷ In Hinblick auf die bevorstehende Beratung der Außenminister und das noch nicht fest verabredete Gipfeltreffen hatte Stalin Litvinov offenbar ermutigt, sein am 3. August skizziertes Programm weiterzuentwickeln. Jedenfalls übermittelte der frühere Volkskommissar, der seit November 1941 einer von zunächst nur drei Stellvertretern Molotovs war, schon einen Tag nach der ersten Kommissionssitzung ein erweitertes Arbeitsprogramm an Molotov und Stalin, das auf seiner damaligen Skizze basierte. Die Zahl der durch die Kommission zu behandelnden Themenkomplexe hatte er auf 34 gesteigert! Hinzugekommen waren u. a. Internationale Bündnisse und Blöcke in Europa, aber auch das Problem nationaler Minderheiten, die jüdische Frage, internationale Wasserstraßen und Luftwege, die Rot-Kreuz-Gesellschaften, zwischenstaatliche Gesundheitsorganisationen, finanzielle und ökonomische Probleme und schließlich Fragen des diplomatischen Protokolls. Es scheint, als hätte Litvinov mit seiner Kommission die Grundzüge einer neuen Weltordnung ausarbeiten wollen, um der UdSSR dabei eine Führungsrolle zu sichern. Gleichzeitig ging er aber mit seinen Vorschlägen auch ins Detail. So wollte er für Deutschland Abrüstung und Umerziehung behandeln oder in Bezug auf Rumänien „die Frage nach einer internationalen oder anderweitigen Kontrolle“ über dessen petrochemische Industrie aufwerfen.²⁰⁸ Zu diesem Arbeitsprogramm erhielt die Kommission niemals Richtlinien oder andere Vorgaben der Regierung. Sie wurde aber auch nicht daran gehindert, ihr Programm in erstaunlich breitem Maß, wengleich längst nicht vollständig, umzusetzen. Zwei Jahre später schlug Litvinov – enttäuscht über die unterdessen eingetretene Verschärfung der internationalen Lage und die damit verbundene Verhärtung der Denkmuster innerhalb des Außenkommissariats – mit oder ohne Auftrag Molotovs der Kommission ihre Auflösung vor.²⁰⁹

Im Herbst 1943 jedoch war Litvinov noch voller Optimismus. Ohne revolutionäre Erwartungen zu äußern, ging er davon aus, der Friede könne trotz des Fort-

206 Protokoll Nr. 1 der Litvinov-Kommission, 8. 9. 1943, in: UdF 1, S. 142–146.

207 Litvinov betrat das Arbeitszimmer Stalins um 22.05 und verließ es um 22.40 Uhr, vgl. LPS, S. 417.

208 Litvinov an Stalin, 9. 9. 1943, in: UdF 1, S. 146–154.

209 Bericht Litvinovs auf der letzten Kommissionssitzung am 15. 11. 1945, AVP RF f. 06, op. 6, p. 14, d. 149a, Bl. 36–44.

bestehens der kapitalistischen Mächte bewahrt werden.²¹⁰ In diesem Zusammenhang erklärte Eugen Tarle auf derselben Sitzung zu den Arbeitsaufgaben der Kommission, „dass alle Themen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Sicherheit für die sowjetischen Grenzen vor einem neuerlichen Überfall sowie in Hinblick darauf ausgearbeitet werden müssen, wie wir uns das künftige Europa vom Standpunkt größtmöglicher Stabilität von Frieden und Sicherheit vorstellen.“²¹¹

Die Arbeit der Kommission kennzeichnete eine für sowjetische Verhältnisse erstaunliche Offenheit. Als Tarle fragte: „[H]aben wir zu allen Fragen schon Antworten parat, d. h. die Meinung der Regierung, auf deren Grundlage wir das Material erarbeiten sollen?“, versicherte Litvinov, dass die Nennung einer Frage in seinem Arbeitsprogramm nicht heiße, „dass sie von uns bejahend beantwortet wird. Sind wir beispielsweise gegen die Überlassung Ostpreußens [an Polen, J.L.], dann sollten wir es auch so sagen.“²¹² Lozovskij erläuterte im selben Zusammenhang: „[W]enn uns Positionsvorgaben der Regierung nicht zur Verfügung stehen, [heiße] dies nicht, dass die Kommission nicht ihre Meinung äußern und Lösungsvorschläge unterbreiten solle. Deshalb müssen die Fragen substantiell gelöst werden,

210 Sitzung der Litvinov-Kommission, 8. 9. 1943, in: UdF 1, S. 142–146, hier S. 142: Litvinov erklärte: „Ein passenderer Anlass als eine Friedenskonferenz ist für eine Lösung von Fragen, die eine neuerliche Störung des Friedens darstellen können, nicht denkbar.“ Knapp drei Jahre später gewährte Litvinov am 18. 6. 1946 dem amerikanischen Journalisten Hottelet ein Interview, dessen Inhalt ein Bericht an das State Department wie folgt zusammenfasste: „Discussing international situation, Litvinov said outlook was bad and it seemed to him differences between East and West have gone too far to be reconciled. Asked cause of this he said that as far as he was concerned root cause was ideological conception prevailing here of inevitability of conflict between Communist and capitalist worlds. [...] It was Litvinov’s opinion that it [Deutschland] would obviously be broken up into two parts. Since all Allies professed to want unified Germany Hottelet asked would it not somehow be possible to find single solution. Litvinov answered each side wants unified Germany under its control. It was his opinion that of all single problems in world today, Germany was greatest problem“ (FRUS, 1946, VI, S. 763–765). Auf Informationen über dieses Gespräch Bezug nehmend, erklärte Molotov rückblickend: „Litvinov war uns gegenüber völlig feindlich eingestellt.“ Er habe den Amerikanern erklärt, dass sie mit der sowjetischen Regierung nichts erreichen würden, da sie auf Positionen stünde, die keine Überkommen zuließen. „Seitens des Proletariats verdiente er die Höchststrafe.“ (Čuev, Molotov, S. 96). Am 24. 8.46 gab die *Izvestija* bekannt, dass der Ministerrat der UdSSR Litvinov von seinem Amt als Stellvertretender Außenminister entbunden habe.

211 Sitzung der Litvinov-Kommission, 8. 9. 1943), in: UdF 1, S. 142–146, hier S. 145.

212 Ebd., S. 142–143.

selbst wenn die Regierung nachher neun Zehntel unseres Programms wegstreicht.“²¹³

Die Herausbildung von Einflussphären war für alle Mitglieder der Kommission etwas Selbstverständliches, wenngleich auch darüber Meinungsverschiedenheiten existierten. Für Manuil'skij hatte der Krieg die Notwendigkeit gezeigt, dass sich die kleinen Staaten um große Staaten scharen müssten, um sich vor einer potentiellen Aggression zu schützen. Er forderte, „die Lehren aus dem Zusammenbruch des Versailler Systems in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht [zu] ziehen“.²¹⁴ Litvinov riet demgegenüber zu Vorsicht: „Wir können nicht sofort die Frage eines Protektorats in nackter Form aufwerfen, selbst wenn wir dies beabsichtigen. Vielleicht müssen einfach die Fehler des ehemaligen Völkerbunds korrigiert und die Rechte kleinerer Mächte in internationalen Organisationen begrenzt werden.“²¹⁵ Einer der erfahrensten sowjetischen Diplomaten, Štejn, sah wenig später die Herausbildung einer sowjetischen Sicherheitssphäre vor allem durch das Projekt einer europäischen Föderation bedroht. Denn diese Föderation zielte darauf ab, die europäischen Staaten unter Führung Großbritanniens gegen die UdSSR zusammenzuschließen. Štejn prophezeite²¹⁶:

Die soziale und politische Feindseligkeit der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der [künftigen] europäischen Föderation gegenüber der UdSSR, eine Feindseligkeit, die sich, der Logik des gemeinsamen Kampfes folgend, während des Kriegs etwas abgeschwächt hat, wird nach dem Krieg zweifellos wieder zunehmen. Unter diesen Bedingungen wird sich die europäische Föderation unvermeidlich zu einem Werkzeug der antisowjetischen Politik entwickeln.

Es läge zwar nicht im Interesse der UdSSR, die Bildung einer gesamteuropäischen Föderation zu begünstigen, doch in Anbetracht der Tatsache, dass es auch gegen den Willen der UdSSR zur Bildung einer solchen Föderation kommen könnte, plädierte Štejn 1943 für eine sowjetische Beteiligung, denn eine Nichtbeteiligung werde unvermeidlich deren antisowjetische Tendenzen verstärken und deren Bekämpfung erschweren.

Das bevorstehende Treffen von „verantwortlichen Vertretern“ der drei Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition entsprach den Vorstellungen Litvinovs. In Vorbereitung der Außenministertagung erklärte Litvinov:²¹⁷

213 Ebd., S. 145.

214 Ebd., S. 143.

215 Ebd., S. 144.

216 B. Štejn, Bündnisse und Blöcke in Europa, 22. 9. 1943, AVP RF f. 0512, op. 4, p. 31, d. 307, Bl. 1–14.

217 Aufzeichnung von Litvinov, 6. 10. 1943, in: UdF 1, S. 183.

Ich persönlich halte diesen Vorschlag [der USA zur Schaffung von gemeinsamen Beratungsgremien, J.L.] für akzeptabel und für uns günstig, weil damit strittige Fragen von Vertretern aller drei Mächte gemeinsam erörtert und gelöst werden, wohingegen gegenwärtig England und Amerika oftmals Fragen vorab erörtern und lösen und dann bereits als einheitliche Partei auftreten.

Bereits am 14. Dezember 1941 hatte der nach einer aberwitzig langen Reise auf seinem neuen Posten in Washington eingetroffene Botschafter einen Vorschlag des amerikanischen Präsidenten übermittelt, die UdSSR möge sich inoffiziell an einer britisch-amerikanisch-chinesischen Konferenz zum Konflikt im Fernen Osten beteiligen. In leicht modifizierter Form wiederholte Roosevelt diesen Vorschlag am 16. Dezember 1941 in seiner Botschaft an Stalin. Wenig später sprach Roosevelt gegenüber Litvinov von der Bildung eines „Supreme Military Council“ der USA, der UdSSR und Großbritanniens. Obwohl Litvinov darauf drängte, diesen Vorschlag weiter zu sondieren, um ein solches Gremium für den europäischen Kriegsschauplatz zu bilden, stieß die Anregung des amerikanischen Präsidenten in Moskau sofort auf Ablehnung.²¹⁸ Unmittelbar nach seiner Rückberufung nach Moskau schlug Litvinov im Sommer 1943 erneut ein Drei-Mächte-Gremium vor. Der frühere Außenkommissar betonte, dass das Fehlen amerikanisch-sowjetischer Kontakte die Bindung der USA an Großbritannien festige und die „Isolation“ der UdSSR verstärke. Er schlug vor, „in Washington irgendeine Körperschaft für ständige militärpolitische Kontakte mit dem Präsidenten und den Militärbehörden einzurichten“.²¹⁹ Drei Monate später wiederholte der sowjetische Außenpolitiker diesen Vorschlag und erinnerte den Außenkommissar daran, dass dieser – Molotov – selbst die Idee damals als „*momentan*“ akzeptabel bewertet hatte.²²⁰

Als Kritiker des Völkerbundes bereitete Litvinov die sowjetische Position zu den Plänen westlicher Politiker und Journalisten vor, eine neue Sicherheitsorganisation zu schaffen. Für vielversprechender als diese Pläne hielt er in Anlehnung an

218 Vgl. Geoffrey Roberts, Litvinov's Lost Peace, 1941–1946, in: *Journal of Cold War Studies*, Bd. 4, 2/2002, S. 31–32.

219 Litvinov, Zur Politik der USA, 2. 6. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 28, d. 327, Bl. 5–28. Der Vorschlag, gemeinsame Beratungsgremien mit den USA zu bilden, nahm einen zentralen Platz in der von Molotov außergewöhnlich intensiv durchgearbeiteten Denkschrift ein. Er stand am Beginn und am Ende der Denkschrift. Vgl. dazu auch Pečatnov, Stalin, S. 111.

220 Aufzeichnung von Litvinov, 6. 10. 1943, in: UdF 1, S. 183. Hervorhebung nicht im Original.

E.H. Carr²²¹ die gegenseitige Abgrenzung von Sicherheitszonen durch die drei Mächte.²²²

Ausgehend von dem in der *Times* dargelegten Konzept kann damit gerechnet werden, dass Europa in drei Zonen aufgeteilt werden wird: [V]on Ost nach West erstreckt sich die Verantwortung der UdSSR bis an die Oder, von West nach Ost erstreckt sich die Verantwortung Großbritanniens bis an den Rhein. Über den Raum zwischen Oder und Rhein sagt die *Times* nichts. Es lässt sich vermuten, dass es *für diesen Raum* eine gemeinsame Verantwortung von UdSSR und Großbritannien geben soll.

Litvinov warb dafür, sich jeder Erklärung für oder gegen diese Vorschläge zu enthalten. Für ihn stellten die Gründung einer neuen Weltorganisation und der „Schutz der Sicherheit“ der UdSSR zwei verschiedene Angelegenheiten dar. Die Sicherheit der UdSSR war für ihn auch ohne Weltorganisation denkbar. Um sofortigen Entscheidungen auszuweichen, schlug er vor, eine Sonderkommission aus Vertretern der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreichs zu bilden.²²³

Obwohl es der Stellvertreter Molotovs in anderem Zusammenhang vermied, von Deutschland als Staat oder Nation zu sprechen und lediglich den von ihm eingenommenen geographischen Raum bezeichnete, stand die Lösung der deutschen Frage am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz im Mittelpunkt seines Interesses. Aus Litvinovs Sicht der Dinge war diese Frage durch das nationalsozialistische Deutschland ebenso geschaffen worden wie 25 Jahre zuvor durch das kaiserliche Deutschland. Für ihn war die härtest mögliche Behandlung Deutschlands eine Grundvoraussetzung künftiger Friedenssicherung. Um so sensibler registrierte er den Eindruck, der „in einigen Kreisen im Ausland“ entstanden war, „dass wir beabsichtigten, mit Deutschland bedeutend milder umzugehen als andere Staaten der Vereinten Nationen, wobei uns in dieser Hinsicht die absurdesten Nachkriegspläne unterstellt werden.“ Litvinov ging von der vollständigen Entwaffnung Deutschlands, einschließlich der Vernichtung von dessen Kriegsindustrie, als einem „fast allgemein anerkannten Axiom“ aus. Zur Reparationsfrage hielt er das von Varga vorgelegte Material für ausreichend, regte jedoch an, den Vorschlag zu unterbreiten, „bereits jetzt eine alliierte Kommission zur Bearbeitung der komplizierten Reparationsproblematik ins Leben zu rufen.“ Sehr ausführlich diskutierte Litvinov das Problem der deutsch-polnischen Grenze, wobei er keineswegs für Polen Partei ergriff. In Bezug auf die Eingliederung Ostpreußens

221 Vgl. dazu S. 303–304

222 Aufzeichnungen von Litvinov, 9. 10. 1943, in: UdF, Bd. 1, S. 185–194: Gemeinsame Verantwortung für Europa versus einzelne Verantwortungsgebiete, hier S. 191. Hervorhebung nicht im Original.

223 Ebd., S. 193.

erinnerte der frühere Volkskommissar an die Interessen Litauens und regte eine „von unserem Generalstab vorzugebende Linie“ an. Im Mittelpunkt der Sicherheitsüberlegungen Litvinovs gegenüber Deutschland stand dessen Dezentralisierung, worunter er auch dessen Aufgliederung in Einzelstaaten verstanden wissen wollte.²²⁴

Direktive Stalins

Diese Vorbereitungen im Rahmen der Litvinov-Kommission bestimmten nur sehr begrenzt die sowjetische Politik auf der Moskauer Außenministerkonferenz. Die dabei produzierten Papiere lassen weniger die Absichten des Kremldchefs als vielmehr die Vorstellungen erkennen, die sich die jeweiligen Autoren davon machten. Der sowjetische Alleinherrscher blieb seinen Diplomaten gegenüber immer voller Misstrauen. Er allein dirigierte Molotovs Auftreten auf der Konferenz.²²⁵ Im Außenkommissariat verbarg man diesen Umstand. Die Direktive zur Vorbereitung der Außenministerkonferenz wurde nicht unter Stalins Namen bekannt gegeben, sondern durch Dekanozov übermittelt. Erst nachdem die Direktive vorlag, reichten die Sachverständigen, darunter auch Litvinov, ihre Vorschläge ein. Stalins Direktive verkehrte das Zustandekommen der Konferenz in ihr Gegenteil: Nicht die UdSSR, sondern die Engländer und Amerikaner hätten auf dieser Beratung bestanden und damit das Ziel verfolgt,²²⁶

unsere Aufmerksamkeit und die der Weltöffentlichkeit (darunter auch die der öffentlichen Meinung in England und in Amerika) von der akuten Frage der Eröffnung einer Zweiten Front in Europa abzulenken, auf Zeit zu spielen und zu manövrieren.

Darüber hinaus hätten sich die beiden Westmächte Gewissheit über Grundfragen der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere in der deutschen Frage verschaffen wollen. Sie fürchteten einen sowjetischen Separatfrieden mit Deutschland und

224 Aufzeichnungen von Litvinov, 9. 10. 1943, in: UdF, Bd. 1, S. 194–214.

225 Während der Konferenz (19.–30. 10. 1943) traf Molotov zehnmal mit Stalin zusammen, mitunter zweimal an einem Tag. Diese Beratungsdichte zwischen Stalin und Molotov war während des Krieges nicht ungewöhnlich, da Molotov nicht nur für die Außenpolitik verantwortlich war, sondern auch Aufgaben des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) und des Ministerrats der UdSSR (SM SSSR) übernahm, denen er als Stellvertreter Stalins angehörte. Mit Sicherheit dürfte am 18., 20., 22., 28. und 29. Oktober im Arbeitskabinett Stalins die Verhandlungsführung auf der Moskauer Außenministerkonferenz abgestimmt worden sein, da Molotov an vier von diesen fünf Tagen von Litvinov und lediglich einmal von Dekanozov und Vyšinskij begleitet wurde. Nicht auszuschließen ist, dass Stalin das Auftreten Molotovs auf der Konferenz abhören ließ, um Molotov zusätzlich zu kontrollieren.

226 Aufzeichnung von Dekanozov, 3. 10. 1943, in: UdF, Bd. 1, S. 170–176, hier S. 170.

wollten die Haltung der UdSSR zu künftigen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland sowie zur Nachkriegsordnung Deutschlands erkunden, behauptete die Direktive. Demgegenüber bestätigte sie die sowjetische Entschlossenheit, die Anti-Hitler-Koalition aufrechtzuerhalten. Hauptmotiv dafür blieb die Errichtung der Zweiten Front, denn nur²²⁷

unter der Voraussetzung, dass England und die USA ihre Verpflichtungen zur Eröffnung einer Zweiten Front im Westen erfüllen, könnte mit einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und damit gerechnet werden, dass dieses Land die Bedingungen eines von den Alliierten diktierten Waffenstillstands akzeptiert.

Demgegenüber hielt der Vorsitzende des staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR alle stärker ins Detail gehenden Absprachen zur Nachkriegsordnung Deutschlands für verfrüht. Dies kann jedoch nicht als Offenheit Stalins in Bezug auf die Zukunft Deutschlands gedeutet werden. Denn dieser wollte ausdrücklich festhalten:²²⁸

In der Frage der territorialen Aufspaltung oder Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems hält es die sowjetische Regierung für notwendig, den bereits früher von ihr vertretenen Standpunkt zu bekräftigen, der – soweit der sowjetischen Regierung bekannt ist – auch von den Regierungen Großbritanniens und der USA geteilt wird, wonach die territoriale Aufspaltung von Nachkriegsdeutschland in mehrere kleinere Staaten erforderlich ist.

Seine Position resultierte nicht aus Kompromissen mit den USA und Großbritannien, sondern aus politischen Überlegungen, von denen sich der sowjetische Partei- und Regierungschef seit dem Ende der dreißiger Jahre leiten ließ. In deren außenpolitischem Mittelpunkt standen bereits damals Sicherheits- oder Einflusszonen, aus denen potentiell feindliche Mächte – zu denen auch die späteren Verbündeten der UdSSR gerechnet wurden – verdrängt werden sollten. Im Rahmen dieses 1943 voll ausgeprägten Denkens war es höchst wahrscheinlich, dass im Falle der Besetzung von Teilen des Deutschen Reichs durch sowjetische Truppen dieses Gebiet zum Angelpunkt der künftigen sowjetischen Einflusszone in Europa werden würde.

Auch in der Reparationsfrage bekräftigte Stalin seine frühere Position. Keinen Zweifel ließ er an der Notwendigkeit der Besetzung Deutschlands durch die drei Hauptmächte. Geringe Flexibilität zeigte er in der Frage, inwieweit Polen für Gebietsverluste – in Zusammenhang mit der Anerkennung der neuen sowjetisch-polnischen Grenze – durch deutsche Gebiete entschädigt werden sollte. Zwar wollte er dies von einem Wohlverhalten der polnischen Regierung abhängig ma-

227 Ebd., S. 171.

228 Ebd., S. 172.

chen, bekräftigte jedoch gleichzeitig die Bereitschaft der Sowjetregierung zur Unterstützung der polnischen Gebietsansprüche gegenüber Deutschland. Nur sehr begrenzt flexibel blieb die sowjetische Position in Bezug auf Finnland. Sie ging weiterhin nicht über das hinaus, was Molotov sechs Monate zuvor gegenüber dem amerikanischen Botschafter dargelegt hatte.²²⁹ Deutlich härter war dagegen die sowjetische Haltung gegenüber Rumänien und Ungarn. Entgegenkommen wollte Stalin allein der Tschechoslowakei u. a. in der Sudetenfrage zeigen.²³⁰

Trotz dieser rigiden Direktive erhielt das Außenkommissariat für die Vorbereitung der Außenministerkonferenz so viel Handlungsspielraum wie zu keiner Zeit danach. Auf einer Sitzung mit den Stellvertretern des Volkskommissars und den Abteilungsleitern hatte Molotov am 8. Oktober 16 Gruppen von leitenden Mitarbeitern des Außenkommissariats beauftragt, vorbereitendes Material zu jedem der von der britischen und amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte auszuarbeiten. Daneben arbeiteten im Außenhandelskommissariat sechs „Brigaden“ unter der Leitung Mikojans an der Vorbereitung ökonomischer Fragen. Am 9. Oktober 1943 wurde für die Vorbereitungsarbeiten im Außenkommissariat ein Sekretariat gebildet, das Molotov täglich Bericht erstattete. Am 14. Oktober, als die Ergebnisse der Arbeit der 16 Gruppen und sechs Brigaden vorlagen, schlug dieses Sekretariat die Bildung einer Trojka bestehend aus Vyšinskij, Dekanozov und Litvinov vor, die innerhalb von drei Tagen und Nächten die sowjetische Position zu den insgesamt 18 Punkten der englischen und amerikanischen Tagesordnungsvorschläge abstimmen sollte. Dieser Vorschlag wurde sofort bestätigt. Am Morgen des 17. Oktober, einem Sonntag, lagen die Empfehlungen der Trojka vollständig vor. Molotov bestätigte und übermittelte sie am folgenden Tag an die „Instanz“,²³¹ die im sowjetischen Sprachgebrauch Stalin und der kleine Kreis von Personen bezeichnete, die Entscheidungen trafen. Sie war

229 Vgl. S. 329.

230 Aufzeichnung von Dekanozov, 3. 10. 1943, in: Udf, Bd. 1, S. 170–176, hier S. 176: „Die sowjetische Regierung hält dabei die Absicht der tschechoslowakischen Regierung für richtig, nach dem Krieg die Deutschen aus dem Sudetengebiet nach Deutschland umzusiedeln.“

231 Saksin, Bericht über die Vorbereitung und Arbeit der Moskauer Konferenz (19.–30. 10. 1943), 3. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, Bl. 31–35 und Molotov an Stalin, 18. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5bp. 39, d. 6, Bl. 16–27. „Instanz“ bezeichnete die oberste Entscheidungsebene in der UdSSR, die zumeist – aber nicht unbedingt – identisch ist mit Stalin bzw. dem Politbüro des ZK der VKP(b). Offiziell befasste das Politbüro sich in diesen Tagen nicht mit der Außenministerkonferenz, vgl. Politbjuro, tom III, S. 322. Wahrscheinlich ist die zweieinhalbstündige Beratung gemeint, die Stalin am 18. Oktober mit Molotov, Vorošilov, Berija, Malenkov, Vyšinskij, Dekanozov, Litvinov, Mikojan und Ščerbakov durchführte, vgl. LPS, S. 421.

häufig aber nicht immer mit dem Politbüro des ZK der VKP (b) identisch. Eine wichtige Rolle für die sowjetische Taktik spielte die Tagesordnung, zu der Litvinov eigene Überlegungen unterbreitete.²³² Ohne ihre eigene Politik offen- oder gar festzulegen, drängte die UdSSR darauf, dass die Westmächte vor und während der Beratung ihre Positionen zu den zahlreichen von ihnen vorgelegten Punkten darlegten. Während der Konferenz hielt sich Molotov eng an die Empfehlung von Litvinov, Reaktionen auf neu eingebrachte Vorschläge der Westmächte auszuweichen.²³³ Tatsächlich fand Molotov auf diese Weise in den westlichen Vorschlägen die Punkte heraus, die mit sowjetischen Interessen interferierten.

6. Deutschland als Objekt der Gipfeldiplomatie

Für Stalin war die Anti-Hitler-Koalition zuallererst ein Mittel, den vollständigen Sieg über Deutschland zu erringen. Diesem Ziel dienten auch die Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens sowie das Treffen der drei Außenminister. Wie sich die Zusammenarbeit mit den „imperialistischen“ Mächten entwickelte, überließ Stalin niemals dem Selbstlauf. Er trieb sie nur in dem Maße voran, wie es für den vollständigen Sieg über Deutschland unbedingt notwendig war. So wurde das einzige selbständige Treffen der drei Außenminister in Moskau und die Konferenzen in Teheran, Jalta und Potsdam unterschiedlich, jedoch mit deutlich abnehmender Intensität vorbereitet.

Im Ergebnis der sowjetischen Kriegserfolge hatten Stalin und Molotov im Herbst 1943 an Souveränität gewonnen, was ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnete. Beide waren mehr denn je von der Stärke der Sowjetmacht überzeugt und traten ihren Amtskollegen aus Washington und London durchaus auf Augenhöhe gegenüber. Doch während Churchill und Roosevelt sich auch kulturell weitgehend in einer Sprache verständigten, blieben Stalin und Molotov nicht nur sprachlich, sondern auch in ihren Wahrnehmungen, Vorstellungen und Werten durch eine kaum überbrückbare Kluft von ihnen getrennt. Daraus resultierte Misstrauen, das bereits für sich genommen zu einem wichtigen Faktor für die politischen Entscheidungen auf allen beteiligten Seiten wurde. Und nicht zuletzt berührten die Gipfeltreffen die unterschiedlichen Vorbereitungen der sowjetischen Außenpolitik auf die Nachkriegszeit, in der die Kapitulationsplanungen immer stärkeres Gewicht gegenüber den allgemeinen Nachkriegsplanungen erhiel-

232 Litvinov an Molotov: Zur Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz, 15. 10. 1943, in: UdF 1, S. 225–226.

233 Litvinov an Molotov: Unsere Taktik auf der Konferenz, 17. 10. 1943, in: UdF 1, S. 237.

ten. Die Treffen Stalins mit Churchill und Roosevelt wurden zum Motor der sowjetischen Nachkriegsplanungen (die allerdings selbst an Gewicht verloren). Sie stärkten die sowjetische Position bei der Vorbereitung auf die Kapitulation Deutschlands und seiner Satelliten nachhaltig.

Die Moskauer Außenministerkonferenz

Die Moskauer Außenministerkonferenz erscheint vor allem aus der Perspektive westlicher Quellen als ein Mysterium in der Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik während des Zweiten Weltkriegs. Sowohl ihre intensive Vorbereitung als auch das selbstbewusste Auftreten Molotovs und anderer Sowjetdiplomaten während der Konferenz standen in scharfem Kontrast zur sowjetischen Außenpolitik vor und nach dieser Konferenz. Nicht frei von Wunschdenken hofften die Partner der UdSSR diesseits und jenseits des Atlantiks bereits in Moskau auf den Beginn einer „echten“ britisch-sowjetisch-amerikanischen Kooperation, ohne allerdings selbst bereit zu sein, sowjetische Vertreter gleichberechtigt zu britisch-amerikanischen Besprechungen zuzulassen.²³⁴

Als Stalin, Roosevelt und Churchill sich Anfang September 1943 auf ein Treffen der Außenminister in Moskau zur Vorbereitung ihres eigenen Treffens geeinigt hatten, waren an der deutschen Ost- und der sowjetischen Westfront die grundlegenden Entscheidungen bereits gefallen. Deutschland konnte den Krieg im Osten nicht mehr gewinnen und nur noch dann einer vollständigen Niederlage entgehen, wenn es ihm gelingen würde, die Anti-Hitler-Koalition zu spalten. Die gemeinsame Antwort der Alliierten auf diese Herausforderung war die Moskauer Außenministerkonferenz. Sie demonstrierte der ganzen Welt die Entschlossenheit der drei Mächte, den Kampf gegen Deutschland gemeinsam zu Ende zu führen. Bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz blieb von Seiten der UdSSR nichts dem Zufall überlassen.²³⁵ Deren von allen Beteiligten anerkannter Erfolg war auf sowjetischer Seite das Ergebnis intensiver Arbeit der Gastgeber.

Die Zusammenkunft Molotovs mit Eden und Hull war für den 26 Jahre zuvor ins Leben gerufenen sowjetischen Staat eine Premiere, die seinen Durchbruch zur Weltgeltung anzeigte. Über den zukünftigen Frieden der Welt wurde erstmals in Moskau beraten! Es war nicht nur das erste Außenministertreffen dieser drei

234 Roosevelt an Churchill (R-397), 26. 10. 1943; Kimball, *Correspondence*, Bd. 2, S. 563: „The present Moscow conference appears to be a genuine beginning of British-Russian-U.S. collaboration which should lead to early defeat of Hitler.“

235 Ein von Molotov am 9. 10. 1943 bestätigter Ablauf-Plan der Moskauer Außenministerkonferenz bereitete die Versorgung und Betreuung der Delegationen vor und ging bereits zu diesem Zeitpunkt von einer zehn bis zwölf-tägigen Dauer der Konferenz aus, die letztendlich genau 12 Tage dauerte, vgl. AVP RF f. 069, op. 27a, p. 84, d. 24, Bl. 32–34.

Mächte in Moskau, es war auch das erste derartige Treffen, bei dem der sowjetische Außenminister als Gastgeber den Vorsitz führte. Die Bedeutung der Moskauer Außenministerkonferenz kann kaum überschätzt werden: Alle gemeinsamen Deutschland, Österreich und die Satellitenstaaten Deutschlands betreffenden Vereinbarungen der drei Mächte nahmen auf dieser Konferenz ihren Ausgang. Genau dies dürfte auch das Ziel gewesen sein, dass sich Stalin und Molotov gesetzt hatten.

Trotz der Forderung Stalins, die Tagesordnung der Außenministerkonferenz im Voraus abzustimmen, ließ er Molotov in London und Washington keine entsprechenden Vorschläge unterbreiten. Lediglich inoffiziell drängte Majskij während seines bereits erwähnten nochmaligen Aufenthalts in London darauf, man möge auf der bevorstehenden Außenministertagung Entscheidungen zu Grenzfragen fällen. Majskij erklärte bei dieser Gelegenheit, seine Regierung hoffe auf die Behandlung von drei Hauptfragen: Erstens militärischer, zweitens politischer, die sich laufend aus den militärischen Operationen ergäben, drittens Fragen der Nachkriegsordnung.²³⁶ Die Initiative, Vorschläge zur Tagesordnung zu unterbreiten, blieb der britischen und amerikanischen Regierung überlassen. Doch noch vor dem Erhalt dieser Tagesordnungsvorschläge erhielt Dekanozov am 13. September durch den Außenkommissar den Auftrag, unter Hinzuziehung der von Litvinov geleiteten „Kommission für die Vorbereitung der Friedensverträge und der Fragen zur Nachkriegsordnung“ mit der Ausarbeitung von Materialien für die bevorstehende Konferenz in Moskau zu beginnen.²³⁷ Eine Woche später lagen die Vorschläge zur Tagesordnung der Westmächte vor, die sie zuvor untereinander abgestimmt hatten.²³⁸ Die Briten wünschten einen Meinungsaustausch zur Lage in Italien und auf dem Balkan, zu Funktion und Kompetenzen der militär-politischen Kommission in Algier, zu Interessensphären, zu den polnisch-sowjetischen Beziehungen und zur Frage von Föderationen in Ost- bzw. Südosteuropa, zur gemeinsamen Politik gegenüber der Türkei, Jugoslawien, Frankreich und dem Iran, zu den Friedensfühlern von Seiten der Feindstaaten sowie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR nach dem Kriege. Unter diesen insgesamt 13 Themenvorschlägen stand Deutschland nicht an der Spitze, sondern bildete lediglich den Tagesordnungspunkt 6: „Prinzipielle Übereinkunft hinsichtlich der Behandlung Deutschlands und der anderen Feindländer in Europa: a) [W]ährend

236 Edén an Kerr, 2. 9. 1943, BDFA, III, A, Bd. 3, S. 531.

237 Saksin, Bericht über die Vorbereitung und Arbeit der Moskauer Konferenz (19.–3. 10. 1943), 3. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, Bl. 1–177, hier Bl. 31–32.

238 Hull an Roosevelt, 14. 9. 1943, FRUS 1943 I, S. 521–523. Zur Abstimmung mit der britischen Regierung vgl. ebd., S. 522, Anm. 25. Vgl. auch ebd., S. 525–528: britischer Gesandter an Roosevelt, 18. 9. 1943.

der Periode des Waffenstillstandes, beispielsweise Kontrollkommissionen u. ä., b) bei der Friedensregelung, beispielsweise Grenzen, militärische Besetzung, Entwaffnung, Reparationen, Dezentralisierung des deutschen Regierungssystems usw. (Österreich).²³⁹ Der amerikanische Vorschlag zur Tagesordnung traf in Moskau unmittelbar danach ein. Er war wesentlich konzentrierter und konkretisierte den britischen Entwurf. Kern des nur vier Punkte umfassenden amerikanischen Vorschlags war eine Deklaration der drei Mächte und Chinas zur allgemeinen Sicherheit, die als Entwurf beilag und in der beigefügten Erläuterung auch als „Vierstaatenabkommen“ bezeichnet wurde.²⁴⁰

Die sowjetische Regierung ließ sich mehr als eine Woche Zeit, ehe sie in zwei substantiell gleichen Schreiben auf diese Vorschläge reagierte. Darin klagte Molotov darüber, dass bis auf die „Deklaration zur allgemeinen Sicherheit“ die vorgeschlagenen Tagesordnungspunkte nicht durch spezielle Papiere konkretisiert worden seien. Die Erörterung der Deklaration lehnte die sowjetische Regierung wegen der vorgesehenen Beteiligung Chinas zunächst ab. Sie erklärte sich jedoch bereit, „diese oder jene Frage, die in der von der Regierung Großbritanniens vorgeschlagenen Tagesordnung genannt“ worden sei, auf der Moskauer Beratung zu erörtern, wünschte aber im Voraus entsprechende Papiere zu diesen Fragen zu erhalten und machte darauf aufmerksam, dass die Beratungen nur vorbereitenden Charakter trügen. Ihr eigener Tagesordnungsvorschlag beschränkte sie auf die „Erörterung der Maßnahmen zur Verkürzung der Dauer des Krieges gegen Deutschland und seine Verbündeten in Europa“, zu dem sie allerdings zunächst kein Papier vorlegte.²⁴¹

Trotz aller diplomatischen Normalität war der Krieg auf der Tagung der Außenminister allgegenwärtig. In Moskau wurden am 23. Oktober 1943 zur Befreiung von Melitopol' und am 25. Oktober zur Befreiung von Dnepropetrovsk Feuerwerke mit Ehrensäulen veranstaltet. Stalin empfing Eden außerhalb der offiziellen Verhandlungen am 21. und 27. Oktober, traf sich mit dem amerikanischen Außenminister jedoch nur einmal, am 25. Oktober.²⁴²

Bei der Eröffnung der Konferenz am 19. Oktober 1943 sträubte sich Molotov gegen den ihm von Hull und Eden angetragenen ständigen Vorsitz, fügte sich aber im Verlauf des Außenministertreffens sehr geschickt in die Rolle eines nach allen

239 Kerr an Molotov: Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz, 19. 9. 1943, in: SAIK 1, S. 45.

240 Amerikanischer Geschäftsträger in Moskau (Hamilton) an Molotov, 20. 9. 1943, in: SAIK 1, S. 46–48.

241 Molotov an Kerr, 29. 9. 1943. SAIK 1, S. 49–50 und Molotov an Hamilton, 29. 9. 1943, ebd., S. 51–52.

242 Vgl. LPS, S. 421–423.

Seiten loyalen Konferenzführers. Erst nach Eröffnung der Tagung führte er eine Einigung über die Tagesordnung herbei. Durch die Akzeptanz aller Vorschläge seiner beiden Kollegen nahm er bewusst eine Überladung der Tagesordnung mit völlig unterschiedlichen Themen in Kauf, um je nach eigenen Interessen in die Tiefe gehen oder an der Oberfläche bleiben zu können. Dies zeigte sich prägnant bei der Behandlung des Themas Einflussphären, das Großbritannien zweimal auf die Tagesordnung gesetzt hatte,²⁴³ welches aber auch in den Vorschlägen der USA präsent war. Während Molotov bei der Behandlung der britischen Themen bestritt, dass die UdSSR nach einem eigenen Einflussgebiet strebe,²⁴⁴ überließ er es Litvinov, sich einer von den Briten vorgeschlagenen gemeinsamen Erklärung gegen Einflusszonen zu widersetzen.²⁴⁵ Bereits am 9. Oktober – zehn Tage vor Konferenzbeginn – hatte der stellvertretende Volkskommissar diese Taktik entwickelt:²⁴⁶

Wenn wir uns jeglicher Interessenbekundung am Prinzip einer Teilung Europas in Zonen enthalten, sind wir jedoch noch lange nicht verpflichtet, mit einer negativen Deklaration zu Plänen, die von uns weder vorgebracht noch verteidigt wurden, aufzutreten. Mit Annahme des englischen Vorschlags würden wir uns nicht nur ohne zwingenden Grund selbst die Hände binden, sondern auch die weitere Hartnäckigkeit der Türken, Polen u.a. stimulieren.

Auf der Konferenz zeigte sich sehr früh, dass sich mit gemeinsamen Deklarationen die sowjetische Politik weder beeinflussen noch festlegen ließ. Drohten von den

243 Gemeint ist Punkt 5 des britischen Tagungsordnungsvorschlags vom 12. 9. 1943: „Die Frage von Vereinbarungen zwischen Hauptalliierten und kleinen Alliierten über Nachkriegsfragen“ und Punkt 17 der gemeinsamen Tagesordnung „Die Frage der gemeinsamen Verantwortung für Europa im Gegensatz zur Frage der Verantwortungsregionen“. Vgl. SAIK I, S. 240.

244 Aufzeichnung der achten Sitzung der Außenminister, 26. 10. 1943, SAIK I, S. 170: „Die Sowjetregierung und, soviel ich weiß, die britische Regierung haben sich niemals für irgendwelche einzelnen Einflussregionen in Europa ausgesprochen. Was die Sowjetunion betrifft, so kann ich auf jeden Fall dafür bürgen, unsererseits keinen Anlass zu der Annahme gegeben zu haben, dass sie für die Aufteilung Europas in einzelne Einflusszonen eintritt.“

245 Aufzeichnung der zwölften Sitzung der Konferenz der Außenminister, 30. 10. 1943, SAIK I (dt), S. 227–236, hier 228. In dem bereits am 5. 10. 1943 vorgelegten Deklarationsentwurf hieß es: „Die drei Regierungen ... erklären: dass sie ihrerseits nicht danach streben werden, irgendwelche gesonderten Verantwortungsregionen in Europa zu schaffen, aber auch ihre Schaffung durch andere Staaten nicht anerkennen werden“, vgl. ebd., S. 65.

246 Litvinov: Zu Punkt 3 des englischen Tagesordnungsvorschlags: Frage der gemeinsamen Verantwortung für Europa versus Interessensphären, 9. 10. 1943, in: UdF I, S. 193.

Westmächten vorgeschlagene grundsätzliche Erklärungen sowjetische Handlungsfreiheit einzuschränken, ging Molotov ins Detail, um einzelne Formulierungen zu eliminieren. Bei der Behandlung des amerikanischen Entwurfs für eine Vier-Mächte-Deklaration zur Gewährleistung der Sicherheit nach dem Krieg wandte sich Molotov dagegen, die Besetzung von Gebieten anderer Staaten in diesem Dokument zu erwähnen und erklärte:²⁴⁷

Es erübrigt sich nämlich, besonders über die Besetzung zu sprechen, weil alle Fragen dieser Art entweder von der allgemeineren Frage der Kapitulation und der Waffenstillstandsbedingungen erfasst werden, oder die Entscheidung solcher Fragen muss voll und ganz von der militärischen Situation abhängen, was die Möglichkeit irgendeiner vorherigen Absprache über entsprechende Maßnahmen mit anderen Staaten ausschließt, weil *die Besetzung im Grunde die Fortsetzung der Kampfhandlungen ist*.

Tatsächlich wollte der sowjetische Außenkommissar mit dieser Erklärung eine Teilnahme anglo-amerikanischer Truppen an der Besetzung von Staaten in Osteuropa ebenso ausschließen wie die Teilnahme sowjetischer Truppen an der Besetzung von Staaten in Westeuropa, denn dies hätte die Errichtung von Einflusssphären stören können: „Es ist unmöglich sich eine solche Situation vorzustellen, dass auf [je]dem Territorium, das befreit werden wird, unbedingt auch sowjetische Truppen handeln werden, beispielsweise in Belgien oder in Holland.“²⁴⁸

Nicht Molotov, sondern seine Amtskollegen aus Großbritannien und den USA setzten die Behandlung Deutschlands auf die Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz. Der Secretary of State hatte dazu eine Diskussionsgrundlage vorgelegt.²⁴⁹ Obwohl das Thema, wie Deutschland nach dem Kriege zu behandeln sei, unter vielfältigen Gesichtspunkten bereits vor Beginn der Konferenz im Außenkommissariat nicht nur von Litvinov, sondern auch von Varga, Vyšinskij, Suric und Kornejčuk durchdacht worden war,²⁵⁰ unterbreitete Stalins erster Stellvertreter keine Vorschläge und vermied konkrete Antworten. Dies entsprach genau der Taktik, die Litvinov bei der Vorbereitung der Tagung empfohlen hat-

247 Aufzeichnung der dritten Sitzung der Außenminister, 21. 10. 1943, in: SAIK 1, 105–117, hier 113. Hervorhebung nicht im Original. Molotov bezog sich auf den „Tentative Draft of a Joint Declaration“, in: FRUS 1943 I, S. 600.

248 Ebd. Nach den amerikanischen Aufzeichnungen erklärte Molotov: „For example it might be construed to mean that in any areas liberated by the Anglo-American forces such as Holland, Belgium and France, Soviet troops should participate, and conversely, on the Eastern Front, Anglo-American Forces should participate in such liberations.“ (FRUS 1943 I, S. 597).

249 DzD I, 4, S. 600–603; Memorandum Hulls, 23. 10. 1943.

250 UdF 1, S. 159–169 und S. 194–234.

te.²⁵¹ Wie Molotov gegenüber Stalin und Mitgliedern des Politbüros erläutert hatte, zielte diese Haltung darauf zu verhindern, „dass der UdSSR die Initiative äußerst harter Maßnahmen zugeschrieben wird, die bei der Behandlung Deutschlands ergriffen werden könnten“.²⁵² Erst als sich Eden damit nicht zufriedengeben wollte, und die beiden westlichen Außenminister sehr vorsichtig die Haltung ihrer Regierungen zur Frage der Aufteilung Deutschlands dargelegt hatten, wurde Molotov deutlicher. Auf die Frage Edens, „ob es richtig wäre ... Gewaltmaßnahmen zur Aufgliederung Deutschlands zu ergreifen“, antwortete er zustimmend, aber immer noch vorsichtig: „Ich meine, dass das völlig richtig ist. Natürlich müssen unsere Regierungen ihre Überlegungen zu dieser Frage fortsetzen.“²⁵³ Die sowjetische Position wieder relativierend fügte er hinzu:²⁵⁴

Ich bezweifle nicht, dass in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion jene Gruppe ein großes Gewicht hat, die sich für eine Aufgliederung Deutschlands ausspricht, wobei diese Frage von den Alliierten von oben her gelöst werden sollte.

Unter Beteiligung der amerikanischen und britischen Gäste, aber auch aller Mitglieder der sowjetischen Delegation, entwickelte die Konferenz eine eigene Dynamik und endete am 30. Oktober 1943 erfolgreich: Innerhalb von zwölf Verhandlungstagen wurden entsprechend der mehrfach ergänzten Tagesordnung 20 „grundlegende“ Fragen behandelt, von denen 19 in einem geheimen Protokoll und eine – Maßnahmen zur Verkürzung des Krieges gegen Deutschland – in einem „besonderen geheimen Protokoll“ festgehalten wurden. Vier Deklarationen, vier programmatische Beschlüsse und zwei einseitige Erklärungen wurden als Anlagen zum geheimen Protokoll fixiert. Die vier Deklarationen wurden zusammen mit einem umfangreichen Communiqué am 1. November durch den Rundfunk und am folgenden Tag durch die Presse veröffentlicht, darunter die Deklaration „Über die Verantwortung der Hitleranhänger für die von ihnen begangenen Gräueltaten“.²⁵⁵ Molotov erntete so viel Lob wie nie wieder auf einer internationalen Kon-

251 Vorschlag Litvinovs: Prinzipielles Übereinkommen über die Behandlung Deutschlands, 9. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5b, p. 39, d. 2, Bl. 109.

252 Molotov an Stalin, 18. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 5bp. 39, d. 6, Bl. 16–27. Die Vorschläge zur Positionierung der UdSSR auf der Konferenz wurden auch an Vorošilov, Mikojan, Berija und Malenkov übermittelt.

253 AVP RF f. 07, op. 4, p. 26, d. 10, Bl. 131. In der 1978 veröffentlichten Fassung dieses Protokolls wurde diese Antwort des sowjetischen Außenministers sinnteststellend verkürzt: „Ich bin der Meinung, dass sich unsere Regierungen über diese Frage Gedanken machen müssen.“ Vgl. SAIK 1, S. 163.

254 SAIK 1, S. 163.

255 SAIK 1, S. 316–317.

ferenz.²⁵⁶ Im Kommuniqué und in der amerikanisch-britisch-sowjetisch-chinesischen Erklärung zu „Fragen der umfassenden Sicherheit“ wurde die schnelle Beendigung des Krieges als vorrangiges Ziel bekräftigt und einmütig erklärt, die begonnene enge Zusammenarbeit nach Beendigung des Krieges zum politischen, ökonomischen und sozialen Wohl ihrer Völker fortzusetzen.²⁵⁷

Das Außenkommissariat war mit dem Konferenzverlauf sehr zufrieden. Die Einwände und Vorschläge der sowjetischen Seite seien von den Teilnehmern sehr ernsthaft zur Kenntnis genommen worden. In wichtigen Fragen habe sich gezeigt, dass man einen gemeinsamen Nenner finden konnte, heißt es in einem von Stalin bestätigten Runderlass an die sowjetischen Auslandsvertretungen.²⁵⁸ Roosevelt verkündete schon am Abschlusstag vor der Presse in Washington den „gewaltigen Erfolg“ der Moskauer Konferenz.²⁵⁹ Hull sah im Moskauer Treffen eine Tendenz zur internationalen Zusammenarbeit und erklärte wenige Tage danach optimistisch: „Die weitreichenden Folgen der Konferenz werden erst mit der Zeit voll zutage treten.“²⁶⁰ Auch Stalin war mit den Ergebnissen der Moskauer Konferenz höchst zufrieden:²⁶¹

Der Sieg der verbündeten Länder über den gemeinsamen Feind ist näher gerückt, und die Beziehungen zwischen den Verbündeten, die Kampfgemeinschaft ihrer Armeen sind entgegen den Erwartungen der Feinde nicht nur nicht schwächer geworden, sondern wurden im Gegenteil stärker und fester. Davon legen auch die kürzlich in der Presse veröffentlichten historisch denkwürdigen Beschlüsse der Moskauer Konferenz der Vertreter der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika ein beredtes Zeugnis ab. [...]

256 Vgl. die Danksagung von Hull an Molotov zum Abschluss der Konferenz: „Ich bin überzeugt, nicht nur meine eigene Meinung, sondern auch die von Herrn Eden auszudrücken, wenn ich erkläre, dass wir beide beeindruckt sind von der Art und Weise, mit der Sie diese Konferenz geleitet haben. Ich habe an vielen internationalen Konferenzen teilgenommen, doch bin ich niemals einer solch erfahrenen und kunstvollen Konferenzführung begegnet, wie die, die Sie, Herr Molotov, entwickelten. Ich werde niemals die Gastfreundschaft und Umsicht vergessen, der wir hier auf jeden Schritt begegnet sind.“ Eden fügte hinzu: „Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Hull gesagt hat. Die Konferenz verdankt ihren Erfolg hauptsächlich ihrem Vorsitzenden.“ (AVP RF f. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, Bl. 172: Bericht über den Verlauf der Konferenz, im Auftrag des Kollegiums des NKID zusammengestellt von Saksin, 3. 12. 1943). Vor dem Senat in Washington erklärte Hull am 18. 11. 1943: „Mr. Molotov arranged for the business of the conference in a most efficient manner. Both as chairman and participant, he manifested throughout the highest order of ability and a profound grasp of international affairs.“ (*New York Times*, 19. 11. 1943).

257 SAIK 301–302.

258 Pečatnov, Stalin, S. 118 zit. ohne Angabe des Datums: AP RF f. 3, op. 63, d. 233, Bl. 67.

259 AdG, 6. 11. 1943, S. 6160.

260 AdG, 17. 11. 1943, S. 6174.

261 Stalin, Krieg, S. 122–143: Rede zur Revolutionsfeier am 6. 11. 1943, hier: 137–138.

Somit zeigen die Ereignisse des abgelaufenen Jahres, dass die Anti-Hitler-Koalition eine zuverlässige Vereinigung der Völker bildet und dass sie auf fester Grundlage beruht.

Die deutsche Presse begriff die Bedeutung der in Moskau gefassten Beschlüsse, die sie als „Magna Charta der Bolschewisierung Europas“ angriff.²⁶²

Die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition über das absehbare Kriegsende hinaus war zu einer Option der sowjetischen Außenpolitik geworden. Genau dies bestätigte Stalin mit seiner Rede. Dennoch finden sich keine sowjetischen Quellen, die die Annahme amerikanischer Diplomaten bestätigten, wonach in Moskau eine formelle Entscheidung für eine langfristige Zusammenarbeit mit den Westmächten der Vorbereitung des Moskauer Treffens vorausgegangen sei.²⁶³ Der Interpretation Stalins folgend knüpfte die sowjetische Presse an die positive Bewertung der ersten Außenministerkonferenz auf sowjetischem Boden ein Bekenntnis zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien nach dem Krieg.²⁶⁴

Die Moskauer Konferenz demonstrierte das einmütige Bestreben der Völker der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, die jetzige enge Zusammenarbeit auch nach der Beendigung des Krieges mit dem Ziel fortzusetzen, einen dauerhaften Frieden und Sicherheit für alle friedliebenden Völker zu sichern.

Bei einzelnen sowjetischen Funktionären, die an den Vorbereitungen des Treffens beteiligt waren, keimten Hoffnungen auf, dass trotz allen Misstrauens die Zusammenarbeit mit den Westmächten Früchte tragen würde. Auch die sowjetischen Planungen waren nicht frei von Träumen und Wünschen.

Teheran: Das erste Treffen der Großen Drei

Anfang November 1943 waren Termin und Ort für das Gipfeltreffen der Großen Drei noch immer nicht vereinbart; ob es überhaupt stattfinden würde, war längst noch nicht sicher. In ultimativer Form beharrte Stalin auf einem Treffen in Teheran und wies alle von Roosevelt vorgebrachten Einwände gegen diesen Ort zurück.²⁶⁵ Auch eine vom amerikanischen Präsidenten vorgeschlagene Einbeziehung Molotows in britisch-amerikanische Vorverhandlungen in Kairo lehnte Stalin nach kurzem Zögern ab.²⁶⁶ Von einer vorhergehenden Vereinbarung der Tages-

262 Vgl. AdG, 17. 11. 1943, S. 6172.

263 Harriman an Roosevelt, 5. 11. 1943, DzD, I, 4, 634–636.

264 Zu den Ergebnissen der Moskauer Konferenz, 1. 11. 1943, *Vojna i rabočij klass*, 11, S. 1–4, hier S. 2.

265 Vgl. BW, S. 582: Stalin an Roosevelt, 5. 11. 1943.

266 Vgl. Roosevelt an Stalin, 8. 11. 1943 (Butler, Roosevelt and Stalin, S. 181–182) sowie die Antworten Stalins vom 10. und 12. 11. 1943, BW, S. 583–584.

ordnung und der Vorbereitung gemeinsamer Beschlüsse war nicht mehr die Rede. Nicht Litvinov, sondern Vorošilov, der dann jedoch an keinem der Gespräche Stalins oder Molotovs in Teheran teilnahm, begleitete die sowjetische Führung in die iranische Hauptstadt.

Im Außenkommissariat wurde die Teheraner Konferenz (28. November bis 1. Dezember 1943) inhaltlich *nicht* vorbereitet. Lediglich mit dem amerikanischen Botschafter traf Molotov vor der Konferenz zusammen, ohne dabei inhaltliche Fragen zu diskutieren.²⁶⁷ Ein gemeinsamer Aufruf der drei Regierungschefs an das deutsche Volk zur Beendigung des Krieges, wie er von der deutschen Propaganda befürchtet worden war,²⁶⁸ lag in Moskau außerhalb möglicher Bemühungen. Trotz der fehlenden sowjetischen Vorbereitung und der unsystematischen Verhandlungsführung der drei Regierungschefs wurde das Teheraner Treffen ein Erfolg. Nicht zuletzt bot es Stalin die Gelegenheit zu persönlichem Kontakt mit Roosevelt.

Stalin ließ nicht Molotov den Stand der sowjetischen Planungen vortragen, sondern präzisierte gleich selbst am ersten Konferenztag seine Ansichten zu Einzelfragen.²⁶⁹

Marshal Stalin took the lead, constantly emphasizing that the measures for the control of Germany and her disarmament were insufficient to prevent the rebirth of German militarism and appeared to favour even stronger measures ... Marshal Stalin replied that ... the very Reich itself must be rendered impotent ever again to plunge the world into war. He said that unless the victorious Allies retained in their hands the strategic positions necessary to prevent any recrudescence of German militarism, they would have failed their duty ... He appeared to have no faith in the possibility of the reform of the German people and spoke bitterly of the attitude of the German workers in the war against the Soviet Union.

Trotz aller Entschlossenheit zu maximaler Härte bei der zukünftigen Behandlung Deutschlands kritisierte Stalin die pauschale Forderung der Alliierten nach Bedingungsloser Kapitulation.²⁷⁰

267 Molotov traf am 6., 9. und 16. 11. 1943 mit Harriman zusammen (vgl. SAIK 2, S. 57–58, S. 59–61 und S. 64–69).

268 Vgl. AdG, 14. 12. 1943, S. 6204: „In deutschen Pressekommentaren wurde darauf hingewiesen, dass die Konferenz von Teheran und die *geplante* Kapitulationsaufforderung an das deutsche Volk und seine Verbündeten eine Neuaufgabe des sogenannten Nervenkrieges darstelle und den Versuch, Deutschland statt mit Waffen mit Worten zu besiegen.“ Hervorhebung nicht im Original.

269 Amerikanische Aufzeichnung zur Unterredung zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill, 28. 11. 1943, DzD I, 4, 658–661, hier 658–659. Vgl. dazu auch die britischen Aufzeichnungen in: Churchill, W.: The Second World War, London 1950–1954, Bd. 5, S. 317–318.

Stalin sagte zu Roosevelt, dass die von den Alliierten erhobene Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation die Menschen in den feindlichen Armeen aufbringt und sie veranlasst, noch erbitterter zu kämpfen, weil die bedingungslose Kapitulation ihnen als eine Beleidigung erscheint. Deshalb würde er, Stalin, gern wissen, was Roosevelt darüber denkt, um die Frage zu klären, was eine „bedingungslose Kapitulation“ bedeutet, das heißt festzulegen, welche Mengen an Waffen, Transportmitteln usw. der Gegner abgeben muss, um daraufhin diese Bedingungen bekanntzugeben, ohne sie als bedingungslose Kapitulation zu bezeichnen.

Offensichtlich wollte Stalin erkunden, inwieweit sich seine Partner in der Anti-Hitler-Koalition darauf einließen, weitergehende Forderungen zu verschweigen, um begrenzte Kapitulationsbedingungen als Mittel zur schnellstmöglichen Beendigung des Krieges einsetzen zu können. Als Roosevelt darauf nicht reagierte, verzichtete der sowjetische Machtpolitiker zunächst auf jede weitere Konkretisierung seiner Vorstellungen. Auch ein wenige Wochen später von Dekanozov vorbereiteter Entwurf eines Aide-mémoire, das eine flexiblere Anwendung dieser Kapitulationsforderung vorschlug,²⁷¹ blieb ungenutzt. Möglicherweise konnte Molotov den sowjetischen Führer davon überzeugen, dass ein solcher Vorschlag die bevorstehende Abstimmung der Kapitulationsbedingungen für Deutschland in der gerade gegründeten Europäischen Beratenden Kommission gefährden könnte. Tatsächlich beschäftigten sich Roosevelt und Churchill zur selben Zeit mit der Idee, von Deutschland anstelle der bedingungslosen Kapitulation die Erfüllung konkreter Forderungen zu verlangen, verwarfen diese Möglichkeit jedoch ebenso wie Stalin.²⁷²

Am Ende der Teheraner Konferenz kamen Roosevelt und Churchill noch einmal auf die zukünftige Behandlung Deutschlands und dessen mögliche Aufgliederung zurück. Genau darauf beharrte Stalin gegenüber seinen westlichen Partnern, die ihn mit Fragen bedrängten. Dies ließ sich bisher nur amerikanischen und britischen Gesprächsaufzeichnungen entnehmen. Auf die Frage des Präsidenten, „whether or not to split up Germany“, antwortete Stalin am 1. Dezember 1943:

270 SAIK II, S. 86: Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Stalin und Roosevelt, 28. 11. 1943. Nach den amerikanischen Aufzeichnungen erklärte Stalin: „As a war-time measure Marshal Stalin questioned the advisability of the unconditional surrender principle with no definition of the exact terms which would be imposed upon Germany. He felt that to leave the principle of unconditional surrender unclarified merely served to unite the German people, whereas to draw up specific terms, no matter how harsh, and tell the German people that this was what they would have to accept, would, in his opinion, hasten the day of German capitulation.“ (DzD I, 4, S. 661).

271 Vgl. S. 217

272 Vgl. Churchill an Roosevelt (C-530), 2. 1. 1944; Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 545–546 und ebd., S. 652; Roosevelt an Churchill (R-436), 6. 1. 1944.

„[T]hat they preferred the dismemberment of Germany“.²⁷³ In den veröffentlichten sowjetischen Aufzeichnungen wurden die betreffenden Äußerungen Stalins, ohne dies mit Auslassungszeichen anzuzeigen, eliminiert.²⁷⁴ Nach dem im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation aufbewahrten russischen Protokoll dieses Gesprächs, ging die Initiative nicht von Roosevelt, sondern von Stalin aus. Demzufolge fragte Stalin den Präsidenten nach seinen Deutschlandplänen. Als Roosevelt nun auf die Teilung Deutschlands verwies, rief Stalin: „Das ist es, was wir vorziehen.“²⁷⁵ Und auf die Frage Churchills: „Zieht Marschall Stalin ein zersplittertes Europa vor?“, antwortete Stalin mit Entschiedenheit: „Nicht Europa, sondern Deutschland.“²⁷⁶ In der russischen *Veröffentlichung* dieses Protokolls wurde diese Feststellung Stalins zu der Frage verfälscht: „Was hat das mit Europa zu tun?“²⁷⁷ Bei aller Entschlossenheit Stalins, Deutschland zu teilen, war der Kremlchef Realist genug, die Gefahr der Wiedervereinigung zu sehen. Zwar lehnte er den Vorschlag Churchills nachdrücklich ab, die aufgegliederten süddeutschen Staaten in eine Donau-Föderation zu integrieren, um so die Möglichkeit ihrer Wiedervereinigung mit den norddeutschen Staaten minimieren zu können, doch er bestätigte die Befürchtungen Churchills. Nach den britischen Aufzeichnungen erklärte der sowjetische Alleinherrscher:²⁷⁸

It was far better to break up and scatter the German tribes. Of course they would want to unite, no matter how much they were split up. They would always want to reunite. In this he saw great danger, which would have to be neutralized by various economic measures and in the long run by force if necessary. That was the only way to keep the peace. But if we were to make a large combination with Germans in it, trouble was bound to come. We had to see to it that they were kept separate ... There were no measures to be taken which excluded a movement towards reunion. Germans would always want to reunite and take their revenge. It would be necessary to keep ourselves strong enough to beat them if they ever let loose another war.

273 DzD, I, 4, S. 668: Aufzeichnung Bohlens über das Gespräch zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin am 1. 12. 1943.

274 Vgl. SAIK 2, S. 136: Aufzeichnung der Abschlusssitzung am 1. 12. 1943.

275 AVP RF f. 048, op. 11-ž, p. 64, d. 1, Bl. 129: Obzor Kynina 1.

276 Ebd., Bl. 132.

277 SAIK 2, S. 137.

278 Roberts, S. 186. Im amerikanischen Protokoll wird Stalin mit folgenden Worten wiedergegeben: „Marshal Stalin repeated what he had said as to the danger of the re-unification of Germany. He said no matter what measures were adopted there would always be a strong urge on the part of the Germans to unite.“ Vgl. DzD I, 4, S. 667–670, hier S. 669. Im sowjetischen Protokoll findet sich lediglich der Satz: „Es gibt keine Maßnahme, die die Möglichkeit der Vereinigung Deutschlands ausschließt.“ Vgl. SAIK 2, S. 137.

Wie schon bei den Forderungen zwei Jahre zuvor stellt sich die Frage: War Stalins Vorschlag, Deutschland aufzugliedern, lediglich ein „taktisches Manöver“, um die Einheit der Anti-Hitler-Koalition zu wahren? Auf diese Frage geben die sowjetischen Quellen eine eindeutige Antwort. In der von Stalin durchgesehenen Fassung eines von Vyšinskij entworfenen Runderlasses zur Information der sowjetischen Auslandsvertretungen über die Ergebnisse der Teheraner Konferenz heißt es:²⁷⁹

Genosse Stalin erklärte, dass in Hinblick auf das Ziel, Deutschland zu schwächen, die sowjetische Regierung dessen Aufgliederung vorziehen würde. Genosse Stalin begrüßte Roosevelts Plan [für die Aufgliederung Deutschlands], ohne sich auf die Zahl der Staaten festzulegen, in die Deutschland gespalten werden solle. Er wandte sich gegen den Plan Churchills, nach der Spaltung eine neue, nicht lebensfähige Föderation, wie die Donau-Föderation, zu schaffen. Genosse Stalin setzte sich für gesonderte österreichische und ungarische Staaten ein.

Gemessen an dem Ende 1943 erreichten Stand der Nachkriegsplanung in Washington, London und Moskau erwiesen sich die drei Regierungschefs in Teheran in nur sehr geringem Maße bereit, ihre Beschlüsse exakt zu fixieren. Das Treffen in Teheran endete im Unterschied zur Moskauer Außenministerkonferenz ohne ein gemeinsames Beschlussprotokoll. Nach nur sieben offiziellen und inoffiziellen Treffen aller drei Staats- und Regierungschefs, nach Einzelgesprächen der Außenminister und Militärexperten paraphierten Roosevelt, Stalin und Churchill fünf geheim gehaltene Beschlüsse zur gemeinsamen Kriegsführung mit ihren Initialen. Davon war für Stalin der vierte Beschluss der entscheidende:²⁸⁰

[Die Konferenz] hat zur Kenntnis genommen, dass die Operation „Overlord“ im Mai 1944 zusammen mit einer Operation gegen Südfrankreich unternommen wird. Die letztgenannte Operation wird in einem Ausmaß durchgeführt, den die vorhandenen Landungsmittel gestatten. Die Konferenz nahm ferner die Erklärung Marschall Stalins zur Kenntnis, dass die sowjetischen Truppen etwa zur gleichen Zeit eine Offensive beginnen, um die Verlegung deutscher Truppen von der Ost- an die Westfront zu verhindern.

Stalin bewertete diesen Beschluss als Hauptergebnis der Konferenz.²⁸¹ Nach Kriegsende bemerkte er dazu gegenüber dem Generalsekretär der französischen Kommunisten: „Natürlich konnten die Alliierten sich nicht den Skandal leisten,

279 RGASPI f. 558, op. 11, d. 234, Bl. 102: Entwurf Vyšinskij vom 10. 12. 1943 mit starken Bearbeitungsspuren von Stalin.

280 SAIK II, S. 143. Zur vorhergehenden Information Stalins über die Operation „Overlord“ vgl. S. 381, Anm. 4.

281 Pečatnov, Stalin, S. 123, der auf ein von ihm nicht näher bezeichnetes Dokument aus dem Präsidentenarchiv verweist.

dass die Rote Armee Paris befreit, während sie noch an der Küste Afrikas saßen.²⁸²

Die „Deklaration der drei Mächte“ zum Abschluss der Teheraner Konferenz entstand innerhalb der amerikanischen Delegation in drei aufeinanderfolgenden Fassungen und wurde zunächst als *Kommuniqué* bezeichnet. Unklar bleibt, ob die dabei vorgenommenen Änderungen auf interne amerikanische Überlegungen zurückgingen oder auf Wunsch der übrigen Delegationen vorgenommen wurden. Die wesentlichste Änderung betraf die Streichung eines kurzen Aufrufs an das deutsche Volk,²⁸³ wodurch sich die Deklaration deutlich verschärfte. Sie gipfelte schließlich in dem Satz: „No power on earth can prevent our destroying the German armies by land, their U-Boats by sea, and their war plants from the air.“²⁸⁴ Zur Perspektive der Zusammenarbeit nach dem Krieg bekannten sich die drei Staats- und Regierungschefs nur in allgemeiner Form:²⁸⁵

Was den Frieden betrifft, so sind wir überzeugt, dass unsere Eintracht ihn zu einem dauernden Frieden machen wird. Wir sind uns der hohen Verantwortung voll bewusst, die auf uns und allen Vereinten Nationen ruht, einen Frieden zu verwirklichen, der die Zustimmung der überwältigenden Massen der Völker der Welt finden und die Geißel und den Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird.

Vojna i raboćij klass feierte die „Deklaration der drei Mächte“ und bezeichnete die Konferenz als „größtes diplomatisches Ereignis des Krieges“. Bedeutsam sei allein schon das Treffen der Führer der drei alliierten Mächte, das nicht nur für den Krieg herausragende Bedeutung habe, sondern auch für die Sicherung eines dauerhaften Friedens.²⁸⁶

Auch Roosevelt war mit „Teheran“ äußerst zufrieden und betrachtete es „als einen wichtigen Meilenstein in der Vorwärtsentwicklung der Menschheit“.²⁸⁷ Er sah in der Konferenz den Beweis für die „Fähigkeit, gemeinsam Krieg zu führen“

282 Ostermann, Stalin, S. 403–407, hier S. 405: Unterredung zwischen Stalin und Thorez, 18. 11. 1947.

283 Der Aufruf hatte folgenden Wortlaut: „We say to the German people: We do not seek to enslave you. We do mean to destroy not only your military forces, but also the false leaders who have led a generation of Germans into bitter excesses against common decencies, culminating with your being plunged, by this same leadership, into a useless war which has caused millions of your sons to die, and may sacrifice millions more.“ (DzD, I, 4, S. 671).

284 Ebd., S. 675 und SAIK 2, S. 145. Interessanterweise fehlt dieser Satz in der deutschen Verlautbarung im AdG.

285 SAIK 2, S. 144–145: Deklaration der drei Mächte, 1. 12. 1943.

286 Konferencija Rukovoditelej Trex Sojuznyx Deržav [Konferenz der drei verbündeten Mächte], VIRK 1943, 14, S. 1–5, hier S. 3.

287 Roosevelt an Stalin, 3. 12. 1943, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 192.

und „in größter Harmonie für den künftigen Frieden zu wirken.“²⁸⁸ Stalin wollte dem nicht widersprechen und versicherte: „Jetzt besteht die Gewissheit, dass unsere Völker nicht nur heute, sondern auch nach Beendigung dieses Krieges in Freundschaft zusammenarbeiten werden.“²⁸⁹ Erst ein Jahr später war er bereit, diese Feststellung auch dem sowjetischen Volk zu verkünden:²⁹⁰

Der Beschluss der Teheraner Konferenz über das gemeinsame Vorgehen gegen Deutschland und die glänzende Realisierung dieses Beschlusses sind ein klarer Beweis für die Festigung der Front der Anti-Hitler-Koalition.

Bei ihren Treffen in Moskau und Teheran vermieden es die Außenminister und die Regierungschefs aller drei Hauptmächte, die Vorbereitung eines Friedensvertrags für Deutschland anzusprechen. Dies änderte sich auch in den noch kommenden achtzehn europäischen Kriegsmonaten nicht. Die Vorbereitung eines Friedensvertrags mit Deutschland, an der man auch in Moskau noch festhielt, vertrug sich mit der zu diesem Zeitpunkt von allen drei Mächten angestrebten Aufgliederung Deutschlands nur schwer. An die Stelle eines Friedensvertrags traten vertragliche Regelungen zur gemeinsamen, aber in Zonen getrennten Besetzung und Kontrolle Deutschlands.

288 Roosevelt an Stalin, 3. 12. 1943 (zweites Schreiben), Butler, Roosevelt and Stalin, S. 192.

289 Stalin an Roosevelt, 6. 12. 1943, BW, S. 590–591.

290 Stalin, Krieg, S. 184: Ansprache zur Revolutionsfeier am 6. 11. 1944.

VII. Vorbereitungen auf die Befriedung Deutschlands 1944

Nachdem 1943 die Rote Armee endgültig die militärische Wende des Zweiten Weltkriegs auf dem europäischen Kriegsschauplatz erzwungen hatte, konnte Stalin 1944 als Führer einer Weltmacht auftreten. Eine Lösung der deutschen Frage ohne die UdSSR war unmöglich geworden. Dieser Wandel vollzog sich nicht nur in den Amtsstuben des Außenkommissariats, in denen Litvinov und Majskij zusammen mit anderen Sowjetfunktionären eifrig planten. Der sowjetische Gestaltungswille äußerte sich auch im Lancaster Haus, wo seit Dezember 1943 die Europäische Beratende Kommission tagte.

1. Deutschlandplanung im Außenkommissariat 1944

Über die Verwirklichung der Nachkriegspläne Stalins wurde auch an der deutschen Westfront entschieden. Je später, ferner und schwächer die Westmächte ihre Kampfhandlungen gegen Deutschland begannen, desto größeren Raum erhielt Stalin für die Entfaltung der Offensive der Roten Armee gegen Deutschland. Indem Roosevelt und Churchill der UdSSR die Hauptlast bei der Niederringung Deutschlands überließen, ermöglichten sie es dem sowjetischen Machtpolitiker, eine Position im Zentrum Europas zu besetzen und in den östlichen Teilen dieses Kontinents vollendete Tatsachen zu schaffen.

Die Entschlossenheit, den Krieg bis zum vollständigen Sieg über Deutschland zu führen, bestimmten die Außenpolitik und die außenpolitischen Planungen aller gegen Hitler kriegführenden Staaten. Stalin benötigte die Zusammenarbeit mit den Westmächten vor allem, um den vollständigen Sieg über Deutschland zu erringen und dessen bedingungslose Kapitulation durchzusetzen.¹

[U]nter der Voraussetzung, dass England und die USA ihre Verpflichtungen zur Eröffnung einer Zweiten Front im Westen erfüllen, könnte mit einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und damit gerechnet werden, dass dieses Land die Bedingungen eines von den Alliierten diktierten Waffenstillstands akzeptiert.

1 Aufzeichnungen von Dekanozov, 3. 10. 1943, in: UdF 1, S. 171. Zur Urheberschaft Stalins, vgl. ebd., Anm. 205.

Dies galt umso mehr, je näher das Ende des Krieges rückte. Stalin erkannte dies klar:²

Unsere Aufgaben können sich ... nicht darauf beschränken, die feindlichen Truppen aus unser Heimat zu vertreiben ... und die Staatsgrenzen der Sowjetunion in ihrem ganzen Verlauf vom Schwarzen Meer bis zur Barentsee wiederherzustellen ... Um unser Land und die mit uns verbündeten Länder vor der Gefahr der Versklavung zu retten, muss man der verwundeten deutschen Bestie auf der Spur folgen und ihr in ihrer eigenen Höhle den Todesstoß versetzen. ... [Diese Aufgabe] kann nur bewältigt werden auf Grund gemeinsamer Anstrengungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika, durch gemeinsame Schläge von Osten ... und von Westen ... Es unterliegt keinem Zweifel, dass *nur* solch ein kombinierter Schlag Hitlerdeutschland vollends zerschmettern kann.

Außenpolitik erhielt 1944, als die Rote Armee die Grenzen der UdSSR überschritt, kriegsentscheidende Bedeutung. Für den vollständigen Sieg über Deutschland blieb nicht nur der Vorstoß sowjetischer Truppen nach Berlin, sondern ebenso der Erhalt der Anti-Hitler-Koalition Voraussetzung. Diese Koalition fremder Partner wurde durch die Siege der Roten Armee auf den Territorien bzw. an den Grenzen fremder Staaten auf eine schwere Probe gestellt. Ihr Auseinanderbrechen konnte den vollständigen Sieg noch in letzter Minute verhindern. Dies begriffen alle. Allein Hitler und die nationalsozialistische Führung des Deutschen Reiches waren niemals bereit, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, d. h. definitiv von der politischen Bühne abzutreten. Was wäre geschehen, wenn deutsche Friedensboten allein den Westmächten die bedingungslose Kapitulation angeboten und ihnen den Tod Hitlers angekündigt hätten, als die Rote Armee noch weit entfernt von den sowjetischen Grenzen stand? In diesem Rahmen müssen die außenpolitischen Aktivitäten der UdSSR im Jahr vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs, auch ihre Beteiligung an der Europäischen Beratenden Kommission,³ gesehen werden.

Zukunftserwartungen und Deutschlandplanung 1944 in Moskau

Ohne Zukunftserwartung gibt es keine Planung. Planungen sind eine spezifische Form von Zukunftserwartung. Als Roosevelt und Churchill in Teheran die Er-

2 Befehl des Obersten Befehlshabers Nr. 70, 1. 5. 1944, Stalin, Krieg, S. 160–166, hier S. 164–165. Hervorhebung nicht im Original.

3 Für diese Kommission wird im Folgenden die in Deutschland eingebürgerte englische Abkürzung EAC gebraucht.

richtung der Zweiten Front für Mai 1944 ankündigt hatten,⁴ rechneten in Moskau wie in London und Washington viele mit einem Ende des Krieges im Laufe des Jahres 1944.⁵ Noch im Herbst 1943 hatte *Vojna i rabočij klass*, die neugegründete Moskauer Zeitschrift für internationale Angelegenheiten, die im Westen nicht zu Unrecht als Sprachrohr Stalins wahrgenommen wurde, gegen den in der UdSSR hoch angesehenen Harry Hopkins polemisiert, der damals das Kriegsende erst für 1945 prognostiziert hatte.⁶ Am Beginn des Jahres 1944 bekräftigte dieselbe Zeitschrift die Gewissheit, „dass das neue Jahr die Abschlussfeier unserer gerechten Sache, den vollen Sieg über den Feind und die weitere Festigung der Freundschaft zwischen den drei verbündeten Völkern“ bringen werde.⁷

In der Hoffnung auf einen unmittelbar bevorstehenden Sieg sah sich Ivan Majskij veranlasst, der sowjetischen Führung auch ohne formellen Auftrag Vorschläge zur künftigen sowjetischen Außenpolitik zu unterbreiten. Der seit Juli 1943 als Stellvertreter Molotovs fungierende frühere sowjetische Botschafter in London hatte sein neues Amt mit viel Tatkraft begonnen. Wenig später beklagte er sich aber schon über fehlenden Zugang zum Informationsfluss innerhalb des Außenkommissariats.⁸ Bei seinen Überlegungen ging er Anfang 1944 von dem vermeintlichen Ziel Stalins aus, die UdSSR so stark werden zu lassen,⁹

dass sie keinerlei Aggression in Europa oder Asien mehr zu fürchten braucht und mehr noch, dass keine einzige Macht oder Mächtegruppierung in Europa oder Asien – nicht einmal in Gedanken – eine solche [aggressive] Absicht hegen kann.

-
- 4 Militärische Beschlüsse der Teheraner Konferenz, 1. 12. 1943, in: SAIK 2, S. 143. Schon vor der Moskauer Konferenz hatte die Hauptverwaltung für Aufklärung der Roten Armee am 15. Oktober 1943 Molotov „aus vertrauenswürdiger Quelle“ eine detaillierte Zusammenfassung der militärischen Operationen „Overlord“ und „Rankin“ vorgelegt. Vgl. RGASPI f. 82, op. 2, d. 815, Bl. 31–53.
 - 5 Majskij an Zničenko, 25. 11. 1943, Majskij, Peregiska 2, S. 134–135: „Alle rechnen damit, dass der Krieg in Europa 1944 enden wird.“ Davon sei er – Majskij – schon seit Langem überzeugt. Vgl. auch Roosevelt (R-418/4) Memorandum für Churchill, 5. 12. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 616: „Conference with Stalin involves us in combined grand operations on European continent in late spring giving fair prospect of terminating war with Germany by end of summer of 1944.“
 - 6 O srokach vojny, in: VIRK 1943, Heft 9 (1. 10. 1943), S. 1–3.
 - 7 God 1944-j, VIRK 1944, 1, S. 1–4.
 - 8 Am 24. November 1944 beschwerte sich Majskij in einem Schreiben an Molotov darüber, dass die chiffrierten Telegramme der Botschaft zu den in seine Zuständigkeit fallenden Fragen mit beträchtlicher Verspätung oder überhaupt nicht bei ihm eingingen (AVP RF, f. 017 op. 2, p. 1, d. 3, Bl. 296–297).
 - 9 Majskij an Molotov 11. 1. 1944, in: UdF 1, S. 244–271, hier S. 245.

Wichtigste Voraussetzung, um diese Stärke der UdSSR zu erreichen, war für Majkskij die „Unschädlichmachung“ (diese Wortverbindung setzte er selbst in Anführungszeichen) Deutschlands für 30 bis 50 Jahre. Zu diesem Zweck plädierte Majkskij sowohl für die langfristige Besetzung als auch für die Aufspaltung Deutschlands in eine Reihe mehr oder weniger selbständiger Staatsgebilde. Er trat insbesondere Argumenten entgegen, die in England und in Amerika verbreitet waren, wonach eine Aufspaltung nicht zweckdienlich sei, da sie unter den Deutschen nur einen Aufschwung der nationalen Bewegung bewirken und im Endeffekt zur Vereinigung der deutschen Nation führen werde. Majkskij argumentierte:¹⁰

Dieser Lauf der Dinge ist äußerst wahrscheinlich. Nichtsdestoweniger halte ich die Aufspaltung dennoch für nützlich, denn sie ist, langfristig gesehen, ein wichtiger Faktor für die Schwächung Deutschlands, und – mehr noch – eine Überwindung der Aufspaltung dürfte den Deutschen ein Maß an nationaler Energie abverlangen, die ansonsten in gefährlichere Bahnen gelenkt würde.

Verbunden mit der Besetzung und Aufspaltung forderte Majkskij die militärische, ökonomische und ideologische Entwaffnung des Landes, Reparationen, auch in Form von Arbeitsleistungen, und die harte Bestrafung eines sehr weit gefassten Kreises von Kriegsschuldigen. Die „Errichtung eines sozialistischen Deutschlands“ dagegen stellte für ihn lediglich „Zukunftsmusik“ dar und nahm in seinen Überlegungen keinen Raum ein. Vielmehr forderte er: „Der auf den Krieg folgende Zeitabschnitt muss im Zeichen der Vergeltung stehen, die Deutschland verdienstermaßen für die von ihm verübten Verbrechen zu tragen haben wird.“¹¹ Nicht als Revolutionär, sondern als Realpolitiker äußerte sich Majkskij zu den Perspektiven der internationalen Beziehungen nach dem Kriege:¹²

Nach Zerschlagung Deutschlands und Japans verbleiben in der Welt, bei relativer Schwäche Frankreichs und Italiens, vier tatsächliche Großmächte – die UdSSR, die USA, England und China [...] Zwischen der UdSSR und den USA liegen natürlich zwei Weltmeere, die unser Land sogar für die amerikanische Luftflotte relativ unverwundbar machen (zumindest in der ersten Nachkriegszeit). Falls jedoch in einer entfernteren Zukunft zwischen der UdSSR und den USA irgendwelche akuten Widersprüche entstehen, so ist es ganz und gar nicht ausgeschlossen, dass Amerika der UdSSR nicht wenige ernstzunehmende Schwierigkeiten bereiten könnte. So könnte es beispielsweise mit verschiedenen geeigneten Mitteln das Wiedererstehen Deutschlands und Japans nach der Niederlage stimulieren, die die genannten Länder im Ergebnis des jetzigen Kriegs erlitten haben. Es könnte sogar damit beginnen, einen antisowjetischen Block in Europa zusammenzuzimmern und dafür beispiels-

10 Ebd., S. 247.

11 Ebd., S. 248.

12 Ebd., S. 266, 269, 270.

weise solche Länder wie Frankreich, besonders wenn dieses eine starke Landmacht hätte, ausnutzen. Noch gefährlicher wäre ein Bündnis zwischen USA und China als Speerspitze gegen die UdSSR.

Unter Berücksichtigung dieser Gefahren und unter der Bedingung, eine „echte proletarische Revolution in Deutschland“ bliebe aus, empfahl Majskij als „Leitlinie“ der sowjetischen Außenpolitik:¹³

Festigung freundschaftlicher Beziehungen zu den USA und England; Ausnutzung des anglo-amerikanischen Widerspruchs für sowjetische Interessen mit der Perspektive eines immer enger werdenden Kontakts zu England; größtmögliche Stärkung des sowjetischen Einflusses in China; Ausbau der UdSSR zu einem Magneten für alle demokratischen mittleren und kleineren Staaten sowie für die wahrhaft demokratischen Elemente in allen – insbesondere den europäischen – Staaten; Aufrechterhaltung der internationalen Isolation Deutschlands und Japans bis zu jenem Zeitpunkt, da und falls diese Länder aufrichtigen Willen zu einem Übergang in Richtung echter Demokratie und Sozialismus erkennen lassen.

Wahrscheinlich glaubte Majskij, die Absichten Stalins erfasst zu haben. Doch dafür, dass Majskijs Überlegungen tatsächlich die Intentionen der sowjetischen Führung wiedergaben, gibt es keine Belege. Molotov sandte Majskijs voluminöse Ausarbeitung zwar sofort an Stalin, Vorošilov, Mikojan, Berija, Litvinov und Dekanozov, doch von keinem dieser Empfänger findet sich eine Reaktion. Majskijs Vorschläge flossen – soweit bisher bekannt – niemals in den operativen Prozess der sowjetischen Außenpolitik ein. Dies spricht dafür, dass Stalin den Überlegungen Majskijs gegenüber skeptisch blieb. Der Kremlchef räumte weiterhin den Vorbereitungen auf die Kapitulation Deutschlands, die der UdSSR konkrete Rechte sichern sollte, Vorrang ein gegenüber allen deutschlandpolitischen Nachkriegsplanungen.

Das zeigte sich gerade in jenen Tagen, als die Briten die Aufgliederung Deutschlands auf die Tagesordnung der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) setzen wollten. Im Auftrage seiner Regierung erinnerte der britische Geschäftsträger am 23. Januar 1944 Molotov an die Aufgaben dieser Kommission, die sich gemäß einem Beschluss der Teheraner Konferenz mit diesem Thema zu befassen habe.¹⁴ Die USA unterstützten dieses Verlangen sofort.¹⁵ Zwei Tage später übermittelte der britische Vertreter in der EAC dem sowjetischen Botschafter den

13 Ebd., S. 271.

14 AVP RF, f. 06, op. 6, p. 29, d. 330, Bl. 1; ein gleichlautendes Schreiben wurde auch an das State Department gerichtet, vgl. FRUS, 1944, I, S. 162.

15 Unterredung zwischen Sobolev und dem Berater des amerikanischen Botschafters in London, 24. Januar 1944, vgl. AVP RF, f. 0512, op. 6, p. 6, d. 555, Bl. 11–41, hier Bl. 32.

Entwurf einer Arbeitsordnung für einen Sonderausschuss, den Gusev, der als sowjetischer Botschafter in London die UdSSR in der Kommission vertrat, am selben Tag nach Moskau weiterleitete.¹⁶ In einem gesonderten Telegramm sprach sich Gusev für die Annahme dieses Vorschlags aus.¹⁷ Noch immer ohne Weisung aus Moskau stimmte er auf der nächsten Kommissionssitzung der Bildung eines speziellen Ausschusses zu. Höchstwahrscheinlich war er sich auf Grundlage früherer Instruktionen der Zustimmung des „Zentrums“ sicher. Offen blieb lediglich die Bestätigung der bereits übermittelten britischen Aufgabenstellung für einen solchen Ausschuss. Dieser sollte vom politischen, militärischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus untersuchen, (a) in welche Teile man Deutschland am zweckmäßigsten spalte; (b) in welcher Phase eine Aufgliederung am besten vorzunehmen wäre; (c) welche Maßnahmen erforderlich wären, um eine Wiedervereinigung der neuen Staaten zu verhindern und (d) welches die relativen Vor- und Nachteile einer solchen Aufgliederung für die Vereinten Nationen wären.¹⁸ Erst am 30. Januar 1944 wurde Gusev über die Antwort des Außenkommissariats an die britische Regierung informiert, die der EAC zwar zubilligte, sich mit der „Behandlung“ (statt „Aufgliederung“) Deutschlands zu beschäftigen, aber feststellte:¹⁹

Die sowjetische Regierung ist ... der Auffassung, dass sich die Europäische Beratende Kommission ... in erster Linie mit der Analyse der Bedingungen in Bezug auf die Kapitulation der Feindstaaten und mit Fragen zur Schaffung eines für die Durchsetzung dieser Bedingungen notwendigen Mechanismus befassen soll. Es ist offensichtlich, dass sie sich erst nach Lösung dieser Fragen einer detaillierten Prüfung der Probleme im Zusammenhang mit der Behandlung Deutschlands zuwenden könnte.

Seiner neuen Instruktion folgend, wick Gusev auf der folgenden Sitzung der EAC jeder weiteren Diskussion über die Einsetzung eines Aufgliederungsausschusses und dessen Aufgabenstellung aus.²⁰ Bis zur Jalta-Konferenz wurde dieses Thema in der Kommission nicht mehr behandelt.

16 DzD, I, 5, S. 13 und die dazugehörige Anm. 1 und SANO 2, S. 22–23.

17 Bericht Bazarovs über die Arbeit der EAC, 15. Februar 1944, AVP RF, f. 0512, op. 6, p. 6, d. 555, Bl. 11–41, hier Bl. 32–33.

18 Auszug aus dem Protokoll der zweiten Sitzung der EAC, 26. 1. 1944, in: UdF 1, S. 273–274.

19 Dekanozov an Balfour, 30. 1. 1944, in: UdF 1, S. 276–277.

20 Auszug aus dem Protokoll der zweiten Sitzung der EAC, 18. 2. 1944, in: UdF 1, S. 273–274.

„Platonische“ Planungen?

Stalin unterschied in seiner Politik nicht nur zwischen Algebra und Arithmetik,²¹ sondern auch zwischen handfesten und platonischen Versprechen.²² Im Gegensatz zu öffentlichen Deklarationen (Algebra) betrachtete er bindende Zusagen über einen Interessenausgleich zwischen Staaten in Form von Verträgen, aber auch von geheimen Zusatzvereinbarungen für „Maßnahmen“ wie die Abgrenzung von Interessensphären, die öffentlich nicht aussprechbar waren, als Arithmetik. Und im Gegensatz zu handfesten Zusagen waren für ihn alle Ankündigungen platonische Versprechen, denen das entsprechende Machtpotential fehlte, sie jederzeit einlösen zu können. In diesem Denkhorizont dürfte er alle außenpolitischen Planungsversuche, die zu unterschiedlichen Zeiten, jedoch meist ohne praktische Wirkung innerhalb des Außenkommissariats betrieben wurden, mit Argwohn betrachtet und als platonische Planungen angesehen haben.

Wahrscheinlich rechnete Stalin auch die im September 1943 unter Leitung Litvinovs begonnenen Vorbereitungen auf eine künftige Friedenskonferenz zu derartigen nutzlosen Planungen. Der frühere langjährige Außenkommissar war im Frühjahr als Botschafter in Washington abgelöst und aus taktischen Gründen zum stellvertretenden Außenkommissar berufen worden.²³ In dieser neuen Funktion blieb er weitgehend einflusslos. Bezogen auf Deutschland fanden Litvinovs Planungen bereits sechs Monate später im März 1944 ihren vorläufigen Abschluss.

-
- 21 Im Dezember kritisierte Stalin die ausweichende Position des britischen Außenministers gegenüber der von ihm vorgeschlagenen geheimen Zusatzvereinbarung zu einem britisch-sowjetischen Vertrag: „Eine Deklaration – das ist Algebra, Verträge – das ist einfache praktische Arithmetik. Wir wollen Arithmetik und keine Algebra.“ Da Eden an dieser Stelle etwas zweideutig auflachte, setzte Gen. Stalin hinzu, dass aus seinen Worten nicht geschlossen werden sollte, er habe keine Ehrfurcht vor der Algebra. Algebra sei eine gute Wissenschaft, der er durchaus Respekt bezeuge, aber jetzt, unter den gegebenen konkreten Umständen, zögen wir die Arithmetik vor.“ Vgl. Unterredung zwischen Stalin und Eden, 16. 2. 1941, in: UdF 1, S. 23–24.
- 22 Gegenüber einem katholischen Priester aus den USA erklärte Stalin im Frühjahr 1944, wie die Grenzverschiebung Polens nach Westen zu erreichen wäre: Erst müsse „man Deutschland zerschlagen, ... dann könnten wir Polen helfen“ deutsche Gebiete in Besitz zu nehmen. Das sei „kein *platonischer* Wunsch. Wir werden dafür eintreten, dass Polen diese Gebiete erhält.“ Vgl. Unterredung zwischen Stanislaw Orlemański und Stalin, 28. 4. 1944, *Vostočnaja Ėropa*, S. 39–40. Hervorhebung nicht im Original.
- 23 Zu Litvinov erklärte Molotov rückblickend: „Litvinov war uns gegenüber völlig feindlich eingestellt.“ Er habe den Amerikanern erklärt, dass sie mit der sowjetischen Regierung nichts erreichen würden, da sie auf Positionen stünde, die keine Übereinkommen zuließen. „Seitens des Proletariats verdiente er die Höchststrafe.“ (F. Čuev, *Sto sorok besed s Molotovym*, Moskau 1991, S. 96).

Am Beginn dieses Monats legte der frühere sowjetische Außenkommissar eine umfangreiche Denkschrift „Zur Behandlung Deutschlands“ vor. In den gleichen machtpolitischen Kategorien denkend wie Majskij ging Litvinov²⁴ von dem Axiom aus, dass bereits vor dem Ersten Weltkrieg „ein mächtiger, imperialistischer, militanter und aggressiver Staat ... mitten im Zentrum Europas ... eine Gefahr für all seine Nachbarn und sogar für die gesamte Welt darstellte“. Diese Gefahr lag für Litvinov in der Fähigkeit des Deutschen Reiches begründet, sich „mit vergleichsweise schwachen Verbündeten einer Koalition der stärksten, moralisch von allen übrigen Staaten der Welt unterstützten Weltmächte erfolgreich [zu] widersetzen und dabei zeitweilig enorme militärische Erfolge [zu] erzielen, die ihm fast die Weltherrschaft eingebracht hätten“.²⁵ Das einzig wirksame Mittel zur Schwächung Deutschlands erblickte Litvinov in dessen Teilung.²⁶

Der derzeit zentralisierte, unitaristische Staatsaufbau Deutschlands ist nicht mehr tragbar. [...] Ein tatsächlich wirksames Hindernis für die Wiedererstehung des deutschen Kriegspotentials kann lediglich durch die Aufgliederung Deutschlands, d. h. dessen Aufteilung in einzelne, völlig unabhängige Staaten, geschaffen werden. [...] Unter allen Umständen ist auf die Abtrennung Preußens von Deutschland sowie der Herauslösung zumindest des Rheinlands, Westfalens, des Saarlands und Hessen-Nassaus aus Preußen, die einen unabhängigen Staat bilden, zu bestehen. Wünschenswert ist auch, aus Preußen Hannover, das dann zusammen mit Oldenburg und Bremen einen gesonderten Staat bilden könnte, herauszulösen. Gelingt es nicht, auf Bildung selbständiger Einzelstaaten aus Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden zu bestehen, wird man der Schaffung eines aus diesen geformten süddeutschen Staates zustimmen müssen.

Einwänden, die er auf Grundlage britischer und amerikanischer Äußerungen ausführlich darlegte, stellte der Kommissionsvorsitzende folgende These entgegen:²⁷

Jedweder dem besiegten Deutschland diktierte Friedensvertrag kann Revanchegedanken auslösen. Die Aufgabe besteht darin, die Umsetzung solcher Gedanken zu verhindern, was ohne Verletzung deutscher Interessen nicht abgehen wird.“

Die Litvinov-Kommission zur Vorbereitung der Friedenskonferenz beriet das Papier, das am 9. März 1944 an Molotov übermittelt worden war, erst eine Woche

24 Mastny, *Kalter Krieg*, S. 269–270: „Es gab zwischen Litvinov und Stalin, den beiden eifrigen Anhängern der Machtpolitik, keinen Streit über das Axiom, die Sowjetunion könne und sollte sogar ihren internationalen Status mit allen ihr geeignet erscheinenden Mitteln aufbessern.“

25 Litvinov, „Zur Behandlung Deutschlands“, 9. 3. 1943, in: UdF 1, S. 333–364, hier S. 334.

26 Ebd., S. 362–363.

27 Ebd., S. 353.

später. Manuil'skij, ein erprobter sowjetischer Funktionär, der auch nach der Auflösung der Kommunistischen Internationale eine wichtige Mittlerrolle bei der Anleitung der KPD-Führungsgruppe und der Koordinierung der sowjetischen Kriegspropaganda gegen Deutschland spielte, kritisierte die von Litvinov vorgeschlagenen Maßnahmen. Dabei ging es ihm jedoch keineswegs um Rücksichtnahme auf die deutschen Exilkommunisten, sondern um eine Verschärfung der von Litvinov vorgeschlagenen Maßnahmen gegen Preußen, das „als Speerspitze gegen die UdSSR selbst in beschnittener Form“ noch eine Gefahr darstelle. Auch Lozovskij gehörte zu den Kritikern der Denkschrift. Der Mitorganisator des jüdischen Antifaschistischen Komitees und faktische Leiter des Sovinformbjuros wandte ein:²⁸

Nur im Rahmen eines wohlgedachten Plans, und zwar durch die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland, die Vernichtung der großindustriellen Basis, die Beschlagnahme von Großbetrieben und deren Abtransport zur Deckung der [Reparations-]Zahlungen könne Deutschland auf Jahrzehnte hinaus geschwächt werden. Fehle eine tragfähige Wirtschaftsbasis, so werde die Vereinigungsbewegung schwach bleiben. Die Frage einer weitgehenden Abtrennung von Gebieten werde keine erhebliche Rolle spielen, wenn Deutschland kein leistungsfähiges Industrie-Agrar-Land mehr sein werde.

Litvinov erwiderte Lozovskij, er renne „offene Türen ein“ und erinnerte daran, dass die „Absicht, Deutschland seine Industrie zu entziehen, nicht direkt thematisiert werden [dürfe]. Dies müsse unter dem Deckmantel der Abrüstung und der Reparationsleistungen geschehen. Das Ergebnis wäre ein und dasselbe: Die Umwandlung Deutschlands in ein Agrarland.“²⁹

Skeptisch gegenüber der Aufteilung blieb allein der Alt-Diplomat Boris Štejn. „Eine Aufgliederung könne sowohl innerhalb Deutschlands als auch seitens Englands und Amerikas auf große Schwierigkeiten stoßen“, bemerkte er lakonisch. Auch Litvinov bekannte, er habe nicht wenige Zweifel hinsichtlich einer Teilung

28 Protokoll Nr. 4 der Sondersitzung der Mitglieder der Kommission zur Vorbereitung der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, 14. 3. 1944, in: UdF 1, S. 364–369, hier S. 366. Auch in einer Stärkung Polens erblickte Lozovskij Gefahrenmomente: „Durch Ostpreußen und Schlesien könne Polen zu einem mächtigen Staat – stärker als Preußen – werden, was angesichts der antirussischen Tendenzen in Polen gefährlich sei. Ist es für uns vorteilhaft, Polen so weit zu stärken, dass an unserer Westgrenze ein Land mit einer Bevölkerung von 40 Millionen und einer riesigen Industrie entsteht? Polen wäre eine Barriere gegen uns, ja eine Speerspitze, die durch die englische Politik gegen die Sowjetunion gerichtet werden könne.“

29 Ebd., S. 366–367.

überwinden müssen, auch er sehe Schwierigkeiten, doch bleibe praktisch keine andere Möglichkeit, um langfristig Sicherheit zu gewinnen.³⁰

Theoretisch könne man Deutschland durch Abrüstung und Reparationszahlungen auf viele Jahre hinaus total unschädlich machen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass entsprechende konsequente Schritte unter steter Kontrolle der drei Großmächte erfolgen, wozu es eines langwierigen Abstimmungsprozesses zwischen diesen bedürfe. Angesichts fehlender Garantien für die entsprechende Übereinkunft und möglicher Meinungsverschiedenheiten entstehe die Gefahr, dass einige Mächte ihre Kontrolle bewusst mildern und die Aufrüstung und Reindustrialisierung Deutschlands sogar aktiv fördern. Eine Aufgliederung werde derartige Versuche erschweren. Um ein in eine Vielzahl unabhängiger Staaten aufgegliedertes Deutschland erneut aufzurüsten und wiederum zu einem mächtigen Industriestaat zu machen, bedürfe es mehrerer Jahrzehnte. „Und nur darin sehe ich den Sinn einer Aufgliederung.“

Die Beratungen in der Kommission endeten ohne Bestätigung des Memorandums. Auf eine Antwort des Volkskommissars wartete Litvinov vergeblich. Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass Molotov seine frühere Position in der Teilungsfrage aufgegeben hätte. Auswärtige Beobachter gingen davon aus, dass die meisten Russen und fast alle Mitglieder der sowjetischen Führung während des Krieges in der Teilung Deutschlands „die einzige Garantie für einen Frieden in Europa“ sahen.³¹ Diese Annahme bestätigte sich bei der Vorbereitung der Krim-Konferenz. Vyšinskij, der erste Stellvertreter Molotovs, übermittelte ein kurzes Resümee Litvinovs zur Zukunft Deutschlands und erklärte:³²

Bezüglich des Berichts von Gen. Litvinov hielt ich es für angebrachter, die dritte mögliche Variante vorzuschlagen, nach der Deutschland nicht in sieben, sondern, wie Gen. Litvinov vorschlägt, in fünf Einzelstaaten aufgegliedert werden muss: 1. Preußen, 2. Sachsen und Thüringen, 3. Süddeutscher Staat, einschließlich Bayern, Württemberg und Baden, 4. Rheinisch-Westfälischer Staat, 5. Hannover, Oldenburg und Bremen.

Nur ein einzelner Quellsplitter, als dessen Urheber der Mitarbeiter des militärischen Geheimdienstes der Roten Armee, der Diplomat und Historiker Aleksandr Giršfel'd bestimmt worden ist,³³ deutet bisher auf eine Alternative zur Teilungsoption hin. Giršfel'd (1897–1962) war eine schillernde Figur des sowjetischen

30 Ebd., S. 368. Der Historiker E. V. Tarle, der zu anderen Beratungen der Kommission und für spezielle Ausarbeitungen hinzugezogen wurde, nahm an dieser Sitzung nicht teil.

31 Edgar Snow, *So fing es an*. Der erfahrene China-Kenner berichtet, München 1978, S. 354.

32 Vyšinskij an Molotov, 17. 1. 1945, in: UdF 1, S. 524–527, hier S. 524.

33 Martin Schulze-Wessel, *Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947*, Stuttgart 1995, S. 335–336.

Revolutionszeitalters. In seinen biographischen Angaben zeigt sich bis zu seinem vierunddreißigsten Lebensjahr die schwindelerregende Dynamik von Politik und Gesellschaft der jungen Sowjetunion. Für ihn waren sein Aufstieg und die revolutionäre Epoche schon 1931 abgeschlossen. Mit oder ohne eigene Initiative wechselte er in den militärischen Geheimdienst und damit in den diplomatischen Dienst der UdSSR. 1931 bis 1938 war er nacheinander 2. und 1. Sekretär der „Bevollmächtigten Vertretung“ (wie damals die sowjetischen Botschaften genannt wurden) in Berlin, Generalkonsul in Königsberg (dort zeitweilig zugleich Geschäftsträger in Lettland) und schließlich Generalkonsul in Hamburg. Durch unbekannte Umstände geschützt, fiel er nicht der großen Säuberung zum Opfer, sondern konnte 1938 ein zweites Leben am Institut für Geschichte der Moskauer Akademie der Wissenschaften und 1945 als Professor an der Lomonosov-Universität beginnen.³⁴ Im Dunkeln bleiben bei diesen wenigen bekannten Angaben seine politischen Aufträge und Verbindungen während des Krieges. Ende 1943 jedenfalls empfahl Giršfel'd in einem an Litvinov gerichteten Memorandum, an die preußisch-russische Zusammenarbeit von 1812 anzuknüpfen. Er erinnerte an die Kontinuität der gegen ein starkes russisches Imperium wie gegen eine starke Sowjetunion gerichteten britischen Politik vor und nach der Oktoberrevolution. Eine analoge Politik hätten auch die USA verfolgt. Wie nach dem Ersten Weltkrieg sei auch nach dem Ende des gegenwärtigen Krieges mit einer Verschärfung der Beziehungen innerhalb der Anti-Hitler-Koalition zu rechnen. Die Wiederholung eines Westfälischen Friedens sei daher ausgeschlossen:³⁵

Unsere Partner werden nicht wünschen, uns zum *Herrn Europas* zu machen und genau diese Situation würde durch die Aufspaltung Deutschlands eintreten, selbst wenn sich das gesamte bunte „westfälische“ Konglomerat deutscher Staaten im Orbit des britischen Einflusses befände, wie im 17. Jahrhundert in den Händen Frankreichs.

Giršfel'd argumentierte zwiespältig weniger prodeutsch als antiwestlich. Während er eine revolutionäre Perspektive nicht ausschloss,³⁶ betonte er gleichzeitig die

34 Zu biographischen Angaben vgl. Helmut Roewer/Stefan Schaefer/Matthias Uhl (Hg.), *Lexikon der Geheimdienste des 20. Jahrhunderts*, München 2003, S. 205.

35 Giršfel'd an Litvinov: Einige Überlegungen zur Frage der deutschen Grenze, Eingang: 27. 12. 1943, AVP RF f. 0512, op. 4, p. 16, d. 84, Bl. 20–26, hier Bl. 26. Hervorhebung nicht im Original. Giršfeld argumentierte in diesem Memorandum u. a. gegen den französischen Historiker und Publizisten Jacques Bainville.

36 Ebd., Bl. 26: „Für uns würde die Zersplitterung Deutschlands die Verschiebung der progressiven Entwicklungsmöglichkeiten in Mitteleuropa auf eine unbestimmte Zukunft bedeuten.“

Möglichkeiten einer zumindest zeitweiligen deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit:³⁷

Wir verfügen über einen bedeutenden Transmissionsriemen zu den herrschenden Schichten Deutschlands, nämlich über die Generalität und die Offiziere, die im reorganisierten Deutschland wegen der historischen Besonderheiten des deutschen Imperialismus zweifellos eine große Rolle spielen werden. Die Geschichte gab uns ein starkes, aber auch besondere Flexibilität und Vorsicht erforderndes Instrument in die Hand, das, wie im Jahre 1813 und danach, eine sehr bedeutende Rolle in unserer zukünftigen Deutschlandpolitik für eine bestimmte Zeit spielen kann.

Derartige Alternativen kamen niemals zum Zuge. Sie illustrieren jedoch das Denkspektrum, welches sich 1943/44 entfalten konnte.

Beteiligung der KPD in Moskau

Über die Ergebnisse der Moskauer Konferenz hatte Dimitrov die deutschen Kommunisten partiell informiert:³⁸

Pieck, Florin, Ulbricht und Ackermann kamen, um mit mir über deutsche Angelegenheiten zu beraten. Machte ihnen klar, dass sie von der höchstwahrscheinlichen Perspektive der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands durch die verbündeten Streitkräfte der UdSSR und der Alliierten sowie von der und der anschließenden zeitweiligen Besetzung und allen Auswirkungen dieser Tatsache ausgehen müssten. Daher liege die Aufgabe der deutschen Kommunisten (bezüglich der Nachkriegsperiode) zuallererst in der Schaffung einer Art *organisierten nationalen Kraft*, die in der Lage sein würde, mit Hilfe der Sowjetunion für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als einem wahrhaft demokratischen Land zu sorgen.

Der frühere Generalsekretär der Kommunistischen Internationale gab damit sowohl Informationen weiter, die er von Stalin oder Molotov erhalten hatte. Er verband sie aber auch mit eigenen Vorschlägen zur Nutzung der nationalen Frage für die kommunistische Strategie. Damit wurden die deutschen Kommunisten nur sehr begrenzt über die sowjetischen Planungen aufgeklärt, insbesondere dann, wenn sie deren vermeintlichen nationalen Interessen zuwiderliefen.

Über die Details der sowjetischen Nachkriegsplanung blieb die KPD-Führung in Moskau im Unklaren. Nur durch Vermittlung von Manuil'skij konnte Anton Ackermann – welcher mit ihm in der „Kriegsgefangenenarbeit“ eng kooperierte –

37 Schulze-Wessel, Preußen, S. 336.

38 Die Aufzeichnung Dimitrovs ist bisher leider nur in englischer Übersetzung zugänglich, vgl. Ivo Banac (Hg.), *The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949*, New Haven 2003, S. 287 (20. 11. 1943). Hervorhebung nicht im Original.

Anfang 1944 Überlegungen aus der Perspektive der deutschen Kommunisten einreichen. Der dafür gewählte Titel ließ die Aufgabe erkennen, die man ihm gestellt hatte: „Auf welche Kräfte kann sich eine konsequente demokratische Bewegung in Deutschland stützen, die sich auf eine wirkliche Freundschaft mit der UdSSR orientiert“. Der an der Ausarbeitung eines neuen KPD-Programms führend beteiligte Ackermann ließ offen, welchen Anteil diese Kräfte für die Beendigung des Krieges haben könnten und versuchte seinen Auftrag zu erfüllen, indem er die Möglichkeiten einer demokratischen Bewegung in Deutschland bekräftigte und deren Orientierung auf die UdSSR postulierte:³⁹

Die breitesten Massen wollen keine Rückkehr zu den Weimarer Verhältnissen, da sie mit sozialem Unglück und nationaler Erniedrigung verbunden sind. Andererseits wird die Beseitigung des faschistischen Regimes in Deutschland bei den breiten Massen des deutschen Volkes den Wunsch nach persönlicher Freiheit und Bürgerrechten entwickeln. Unter diesen Bedingungen eröffnen sich günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer breiten, einheitlichen progressiv-demokratischen Bewegung, die in sich alle gesunden Kräfte des deutschen Volkes aufnimmt ... [D]iese Bewegung wird sowohl eine nationale als auch eine anti-imperialistische, demokratische und prosowjetische Orientierung haben müssen, d. h. sie wird in erster Linie auf eine enge Freundschaft mit der UdSSR gerichtet sein.

Ackermanns Text ist der einzige Beitrag der KPD, der sich in den heute deklassifizierten Unterlagen des AVP für die Kriegszeit finden lässt. Der Hinweis auf die Furcht der Deutschen vor „nationaler Erniedrigung“ und das Argument, dass eine „breite, einheitliche progressiv-demokratische Bewegung“ in Deutschland nach dem Kriege eine prosowjetische Orientierung haben werde, wenn sie damit begännen, nationale Interessen zu vertreten, war zu diesem Zeitpunkt noch kein Argument, das die Deutschlandplanung im Außenkommissariat beeinflussen konnte.

2. Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands

Erst im Laufe des Jahres 1943 forderte Stalin, der als Oberkommandierender der sowjetischen Streitkräfte Anfang März dieses Jahres den militärischen Rang –

39 A. Ackermann, Material zum Thema: „Auf welche Kräfte kann sich eine konsequente demokratische Bewegung in Deutschland stützen, die sich auf eine wirkliche Freundschaft mit der UdSSR orientiert“, 7. 1. 1944, AVP RF f. 0512, op. 4, p. 17, d. 101, Bl. 2–23, hier Bl. 2–3.

„Marschall der Sowjetunion“ – angenommen hatte,⁴⁰ eine Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands. Es gibt bisher keinerlei Indizien, die vor diesem Zeitpunkt auf Planungen für eine selbständige Besetzung oder für eine Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands gemeinsam mit den Westmächten hindeuteten. Zur Erklärung dieses Befundes lassen sich mindestens zwei Ursachen in Betracht ziehen: *Erstens* könnte Stalin die vollständige und langfristige Besetzung Deutschlands, des damals mächtigsten Staates in Europa, bis 1943 für so unrealistisch gehalten haben, dass er keinen Gedanken darauf verschwendete. *Zweitens* könnte für ihn die Möglichkeit ebenso schwer vorstellbar gewesen sein, dass die USA und Großbritannien, die sich noch immer gegen eine Anerkennung der 1939/40 nach Westen verschobenen sowjetischen Westgrenze sträubten, dennoch eine Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands einplanen würden. Daher ist anzunehmen, dass Stalin entsprechende Informationen, die ihn mit Sicherheit in großer Zahl und Vielfalt auf geheimdienstlichen Wegen erreichten, für ähnliche Fehlinformationen hielt, wie wenige Jahre zuvor die Warnungen vor dem deutschen Angriff auf die UdSSR. Aus seiner Sicht könnte bis zu diesem Zeitpunkt vieles dafür gesprochen haben, Deutschland nach der vollständigen Niederlage seinem eigenen Schicksal zu überlassen und auf revolutionäre Entwicklungen oder auf die Wiederbelebung der alten Gegensätze zwischen Deutschland und den Staaten im Westen zu vertrauen. Die gegenteilige Annahme, dass sowjetische Militärs unter strengster Geheimhaltung bereits 1942/43 Planungen zur vollständigen Besetzung Deutschlands betrieben, bleibt dagegen unwahrscheinlich, kann allerdings auch nicht ausgeschlossen werden. Nach heutigem Kenntnisstand bahnte sich die Entscheidung Stalins, eine eigene sowjetische Besatzungszone in Deutschland zu fordern, erst in den Monaten nach der Schlacht am Kursker Bogen an. Sie dürfte ein wesentliches Motiv für sein Interesse an einer Abstimmung mit den Westmächten gewesen sein. Erst nach der positiven Reaktion seiner westlichen Partner auf der Moskauer und insbesondere auf der Teheraner Konferenz fiel in Moskau die endgültige Entscheidung, eine Beteiligung an der Besetzung Deutschlands einzufordern. Damit lassen sich sowohl aus westlicher als auch aus östlicher Perspektive die Planungen zur Besetzung und Kontrolle Deutschlands auch als Gradmesser des Machtpotentials der UdSSR betrachten. An ihnen lässt sich der Durchbruch der UdSSR zur Weltmacht ablesen.

40 Eine von den Stellvertretern Stalins als Volkskommissar für Verteidigung am 19. Januar 1943 vorgeschlagene und vom Politbüro vier Tage später unterstützte Ernennung zum „Generalissimus der Sowjetunion“ hatte Stalin zurückgewiesen, vgl. RGASPI f. 82, op. 2, d. 804, Bl. 48-50.

Britische Vorausplanungen

Bei ihren Waffenstillstandsplanungen ließen sich Briten und Amerikaner weniger von historischen als von aktuellen Präzedenzfällen leiten, die man natürlich auch in Moskau kannte.⁴¹ Die britischen Planungen orientierten sich an dem Besatzungssystem, das die Deutschen in Frankreich anwendeten. Es lieferte den Alliierten das beste Modell für die Besetzung Deutschlands.⁴² Auf den Erfahrungen der deutschen Besetzung während des Zweiten Weltkriegs gründeten die Briten ihre Gewissheit, dass die vollständige Besetzung und die Übernahme der obersten Gewalt auch in Deutschland in kürzester Frist möglich seien werde. Deutschland selbst habe demonstriert, wie man ganze Länder mittels moderner Organisations-techniken unterordnen und deren Verwaltungs- und Wirtschaftsorganismus innerhalb weniger Tage oder Wochen selbst bei Ablehnung durch die Bevölkerung umstellen könne.⁴³

Brigadegeneral William E. Cutsem, Mitglied des Military Sub-Committee der britischen Stabschefs, antwortete im Februar 1942 auf Fragen, die drei Monate zuvor im Foreign Office formuliert worden waren.⁴⁴ Der Brigadegeneral ging dabei von einer durch die Alliierten erzwungenen Kriegseinstellung Deutschlands aus, wofür er erstmals den Begriff „unconditional surrender“ verwandte.⁴⁵ Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs war für ihn klar, dass eine effektive Kontrolle nur durchgesetzt werden könne, wenn sie von der vollständigen Besetzung Deutschlands begleitet wird. Davon ausgehend schlussfolgerte er:⁴⁶

41 Gemeint ist der deutsch-französische Waffenstillstand vom 22. Juni 1940 (vgl. Ursachen und Folgen des deutschen Zusammenbruchs 1918 und 1945. Bd. XV, S. 337–341). Der Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland vom 11. November 1918 (vgl. ebd., Bd. II, S. 482–487) wurde dagegen als unzureichend kritisiert.

42 Cutsem, Überlegungen zur bedingungslosen Kapitulation, 18. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 111–121, hier S. 116: „The German system in France today undoubtedly furnishes the best model on which to base a future system.“

43 Interim Report on Post-War Immediate Measures des Royal Institute of International Affairs, 20. 1. 1942, DzD I, 3, S. 45–55, hier S. 51.

44 Beratung im Foreign Office zu Nachkriegsfragen, 19. 11. 1941, DzD I, 1, S. 557–560. Dabei wurde ein Fragenkatalog entwickelt, der erst nach der Abreise Edens nach Moskau am 11. 12. 1941 an das Military Sub-Committee weitergeleitet wurde.

45 Überlegungen zur bedingungslosen Kapitulation, 18. 2. 1942, DzD I, 3, S. 111–121, hier S. 114: „[A]ssuming the Allied intention to prosecute the war against Germany and Italy to their *unconditional surrender*“ und „the defeated states admit their *unconditional surrender*“. Cutsem sprach aber auch von „imposed surrender“.

46 Ebd. Vgl. dazu auch Sharp, Zonal Division, S. 6.

„[I]f the Western Allies have not ... any considerable land forces operating on the mainland of Europe ... the necessary forces (for occupation) would ... come primarily from Russia“.

Daraus ergab sich seine logische Empfehlung, es sei essentiell, im Voraus eine Vereinbarung mit Russland über Umfang und Zusammensetzung der Truppen zu erreichen, die für die Besetzung Deutschlands notwendig seien sowie die zu besetzenden Gebiete abzugrenzen. Cutsem mahnte ausdrücklich vor den Gefahren, die der Versuch mit sich bringen würde, Russland von der Besetzung Deutschlands auszuschließen.⁴⁷

Schon einige Wochen zuvor lag im Foreign Office ein Zwischenbericht des Committee on Reconstruction zu den unmittelbaren Nachkriegsproblemen vor. Auch dieser Bericht ging vom vollständigen Sieg über Deutschland und dem Konsens aus, dass die Besetzung Deutschlands notwendig werde. „Forces of the Soviet Union and possibly other Allies will no doubt move westward. One of the most important tasks will be to establish working demarcation lines. [...] Once the question of the participating countries has been settled, it will be necessary to consider whether each should be accorded a zone for which it would be responsible ...“⁴⁸

Amerikanische Vorausplanungen

In den USA hatte der Deutschlandkenner Sidney B. Fay in Erwartung eines nur durch die USA zu erringenden Sieges noch im September 1941 vor einer Besetzung Deutschlands gewarnt.⁴⁹ Ein halbes Jahr später hatte sich die Lage bereits gewandelt. Insbesondere war es nicht zu dem von den meisten westlichen Beobachtern erwarteten Zusammenbruch der UdSSR gekommen. Nun setzte sich die Meinung durch, dass die militärische Besetzung Deutschlands eine wesentliche Bedingung für den politischen Neuanfang Deutschlands sein würde.⁵⁰ Unabhängig von den aktuellen Entwicklungen hatte sich militärische Stellen kontinuierlich mit den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und der damals völlig unzureichenden Vorbereitung auf die Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch die US-Armee beschäftigt, aber sie gingen keineswegs von Anfang an von einer vollständigen und

47 Überlegungen zur bedingungslosen Kapitulation, 18. 2. 1942, in: DzD I, 3, S. 114.

48 Interim Report on Post-War Immediate Measures des Royal Institute of International Affairs, 20. 1. 1942, DzD I, 3, S. 45–55.

49 S.B. Fay, Germany should not be dismembered, in: Current History, Vol. I (September 1941), S. 12ff., abgedruckt in: DzD I, 2, S. 15–18: „[A]rmed occupation would inevitably cause incalculable bitterness and resentment even among Germans who are violently anti-Hitler and who want to be ‚good Europeans“.

50 Vgl. den Aufsatz von James K. Pollock, What shall we do with Germany?, abdrückt in: DzD I, 2, S. 145–149.

in Zonen getrennten Besetzung aus, wie der offizielle Historiker der amerikanischen Besetzung annimmt.⁵¹

Am 20. Mai 1942 legte der Stellvertretende Stabschef des amerikanischen Heeres, General Strong, für das Sub-Committee on Security Problems ein Memorandum zur deutschen Kapitulation vor. Dabei zeigten sich deutliche Unterschiede gegenüber den britischen Planungen. Während die Planer in London sehr früh Besetzungszonen mit Einflusszonen gleichsetzten und bereit waren, der UdSSR Verantwortung und damit Einfluss in Deutschland zuzubilligen, wehrten sich ihre Kollegen in Washington noch lange dagegen, diese Konsequenz aus dem Kriegsverlauf zu ziehen. Strongs Entwurf zielte noch immer auf die Zurückdrängung der UdSSR auf die Grenzen vom 1. September 1939. Ausgangspunkt seines Wunschkens war die „unconditional surrender“ des Oberbefehlshabers der deutschen Streitkräfte (dies war Hitler, der jedoch nicht namentlich genannt wurde) allein gegenüber den USA. Den bedingungslos kapitulierenden deutschen Truppen wurde die Aufgabe zugewiesen, in all den Territorien zu verbleiben, die durch die UdSSR seit dem 1. September 1939 besetzt worden waren, um sich erst nach dem Einmarsch von Truppen der Vereinten Nationen in Gefangenschaft zu begeben.⁵² Mit diesem Vorschlag folgte er einer Bestimmung des Waffenstillstandsvertrags, den deutsche Vertreter am 11. November 1918 in Compiègne unterzeichnet hatten.⁵³ Gleichzeitig war die Besetzung der 21 größten Städte Deutschlands durch Truppen der Vereinten Nationen vorgesehen, darunter: Königsberg, Danzig, Stettin und Breslau. Unbestimmt blieb, welche Staaten zu diesem Zweck Truppen stellen sollten. Allein den Vereinigten Staaten wurde das Recht zugesprochen, eine „Surrender Commission“ in Berlin einzurichten, um die Details der bedingungslosen Kapitulation zu regeln.⁵⁴

51 Ziemke, *Germany*, S. 3–8 und S. 115: „World War II planners always considered a total occupation to be necessary to guarantee success in preventing a future German outburst. Neither was there any serious doubt that the country should be divided into zones, one for each of the major victorious powers.“

52 General Strong, *Bedingungen der deutschen Kapitulation gegenüber den Vereinigten Staaten*, 20. 5. 1942, in: DzD I, 2, S. 265–269.

53 *Der Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland vom 11. November 1918*, in: *Ursachen und Folgen*, Bd. II, S. 482–487, hier S. 484, Abschnitt XII: „Alle deutschen Truppen, welche sich augenblicklich auf den vor dem Kriege zu Russland gehörigen Gebieten befinden, müssen ebenfalls hinter die wie oben angegebenen deutschen Grenzen zurückgehen, sobald die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten.“

54 General Strong, *Bedingungen der deutschen Kapitulation gegenüber den Vereinigten Staaten*, 20. 5. 1942, in: DzD I, 2, S. 265–269.

Unter dem Eindruck erneuter Niederlagen der Roten Armee und der erwarteten deutschen Frühjahrsoffensive 1942 legte Strong am 11. Juni für den gleichen Unterausschuss eine alternative Fassung dieses Papiers vor, in dem nun nicht mehr von einer bedingungslosen Kapitulation, sondern von einem „Waffenstillstand“ zwischen den Vereinten Nationen und Deutschland die Rede war. Diese Überlegungen gingen von einer Niederwerfung der UdSSR und von der militärischen Unmöglichkeit aus, die Kriegsziele der Vereinten Nationen vollständig durchzusetzen. Strong empfahl nun ein Arrangement mit Deutschland, in dem weder von einer Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft noch von einem Rückzug der Deutschen aus Russland und aus den auf Grundlage des Münchener Abkommens besetzten Teilen der Tschechoslowakei die Rede war. Stattdessen wurde Europa östlich des 6. Längengrades als Teil des Gebiets anerkannt, aus dem die deutschen Truppen nicht zurückgezogen werden mussten. Damit wären nicht nur Russland, sondern alle östlich, nördlich und südlich von Deutschland gelegenen Länder für die unbefristete Waffenstillstandsperiode in den deutschen Einflussbereich gefallen. Ergänzt wurde diese Aufteilung Europas durch eine analoge Abgrenzung in Afrika und Asien.⁵⁵ Diese Alternativstudie, die wenig später ihre Fortsetzung in einem Planungspapier fand, das als schlimmsten Fall die Möglichkeit einkalkulierte, dass die USA zum Abschluss eines Separatfriedens mit Deutschland gezwungen sein könnten,⁵⁶ verdeutlicht das Denkspektrum innerhalb der militärischen Führung der USA in diesem entscheidenden Moment des Krieges.

General Strong jedoch blieb einflussreich. Seine Handschrift trägt ein vorläufiger Plan zur Organisation der Besetzung Deutschlands, der erstmals am 27. Juli 1942 und drei Monate später in einer revidierten Fassung in Washington bestätigt wurde. Danach wollte man Berlin und andere ausgewählte strategische Punkte des Reiches mit einer zahlenmäßig begrenzten gemeinsamen „task force“ der Hauptsiegermächte unter einheitlichem (wahrscheinlich amerikanischem) Oberbefehl besetzen. In der ersten Fassung wandte man sich noch dagegen, den verschiedenen nationalen Kontingenten separate nationale Zonen zuzuteilen.⁵⁷ Diese Formulie-

55 General Strong, Waffenstillstand zwischen den Vereinten Nationen und Deutschland, 11. 6. 1942, in: DzD I, 2, S. 294–298, hier S. 296: „III. Areas of Acknowledged Disinterestedness: [...] Except as otherwise stipulated in these articles, the High Command of the United Nations declare themselves, disinterested in the following territories pending the final peace settlement: a. Europe east of the sixth degree east longitude.“

56 Pečatnov, Stalin, S. 65–67. Das Papier mit dem Titel „Strategic Policy of the United Nations and the United States on the Collapse of Russia“ wurde am 7. 8. 1942 vorgelegt.

57 Preliminary Plan for the Occupation of Germany, 27. 7. 1942, DzD I, 2, S. 437–441, hier S. 437–438.

rung wurde in der überarbeiteten Fassung leicht abgeschwächt: „Prinzipiell werden keine separaten nationalen Zonen oder Besetzungszentren ausschließlich einzelnen nationalen Streitkräfte zugewiesen.“⁵⁸ Dieses Denkmuster bestätigte das gleiche Komitee wenige Wochen später noch einmal.⁵⁹

Im Dezember 1942 sprach sich auch Roosevelt gegenüber dem Chef der polnischen Exilregierung gegen die Teilnahme der UdSSR an der Besetzung Deutschlands aus und forderte eine ausschließlich anglo-amerikanische Besetzung Deutschlands für fünf bis dreißig Jahre.⁶⁰ Die Haltung der amerikanischen Führung war jedoch widersprüchlich. Der außenpolitische Chefberater Roosevelts, Sumner Welles, befürwortete im Frühjahr 1943 getrennte Besetzungszonen als Schritt zur Aufgliederung Deutschlands.⁶¹ Dagegen betonte zur gleichen Zeit General Strong gegenüber britischen Planern noch einmal Einwände:⁶²

It was thought, on the American side, that the allotment of large areas to any one Power would only result in the creation of zones of influence and that this, in the long run, would not promote harmony between the Big Three.

Bereits zuvor hatten britische Planer wahrscheinlich unter dem Einfluss der USA⁶³ vorübergehend eine getrennte und selbständige Beteiligung der UdSSR an der Besetzung Deutschlands abgelehnt. In einem kommentierten Entwurf der Waffenstillstandsbedingungen des britischen Military Sub-Committee, für das Cutsem im Februar 1942 seine Überlegungen dargelegt hatte, war im Oktober 1942 nicht mehr von der UdSSR, sondern von den „Vereinten Nationen“ oder speziellen Mächten die Rede.⁶⁴ Anfang des Jahres 1943 zogen britische Planer die Möglichkeit in Erwägung, dass die UdSSR die Aushandlung eines gemeinsamen Waffenstillstandsdokuments ablehnen könnte. Man ging nun davon aus, dass es in

58 Preliminary Plan for Organisation the Occupation of Germany, 24. 10. 1942, DzD I, 2, S. 606–608, hier S. 606–607.

59 Principles Relating to the Military Occupation of Germany, 11. 11. 1942, DzD I, 2, S. 665.

60 Vgl. dazu Sharp, Zonal Division, S. 33, Anm. 8.

61 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 274.

62 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 275 zit. Aufzeichnung von Gladwyn Jebb zu einem Gespräch mit Strong, 25. 3. 1943.

63 Dies betont Kettenacker, Friedenssicherung, S. 183: „Es war zu befürchten, dass die Amerikaner versuchen würden, ihre Waffenstillstandsbedingungen nicht nur den Feindstaaten zu diktieren, sondern auch den von ihnen abhängigen Verbündeten.“

64 Bellairs an Jebb: Entwurf eines Waffenstillstandsvertrags, 7. 10. 1942, DzD I, 3, S. 853–874.

jedem Falle notwendig sein würde, an der West- und an der Ostfront gesonderte Waffenstillstandsdokumente zu unterzeichnen.⁶⁵

Erst unter dem Eindruck der durch die Roten Armee im Laufe des Jahres 1943 errungenen kriegsentscheidenden Erfolge wurde zuerst in London wieder eine sowjetische Besatzungszone in Deutschland eingeplant.⁶⁶ In einer Vorlage für das Kriegskabinett ging Eden im Frühjahr dieses Jahres davon aus, dass Deutschland vollständig besetzt und dafür in drei Zonen eingeteilt werden müsse, in denen jedoch unter der Vorherrschaft einer der drei Alliierten auch Truppen der jeweils zwei übrigen Mächte stationiert werden sollten.⁶⁷ In Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz näherten sich amerikanische Planer diesen britischen Vorstellungen an:⁶⁸

In case it is not possible to conclude an agreement for combined occupation of centers throughout Germany, national zones of occupation might be created, or, alternatively, border regions only might be occupied. In the latter case, West German strategic centers might, for example, be occupied by American and British troops and centers in or near the Baltic by Russian troops.

Noch immer aber hielten die Amerikaner ein gemeinsames Oberkommando für die verschiedenen Besatzungstruppen für wünschenswert.

3. Teilung am Verhandlungstisch

Die Gründung der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) wurde zu dem für Deutschland folgenreichsten Ergebnis der Moskauer Außenministerkonfe-

65 Time-Table and Instruments of Peace-Making, 25. 1. 1943, BDFA, III, L, Bd. 2, S. 422–427, vgl. auch Kettenacker, Friedenssicherung, S. 189 und 191.

66 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 276: Ein Plan zur Zoneneinteilung traf im FO am 17. März 1943 ein. Er ging von einer Dreiteilung Deutschlands (Norden: Briten, Süden: Amerikaner, Osten: Russen) und der gemeinsamen Besetzung von Berlin aus.

67 Sharp, Zonal Division, S. 34–35, zit. WP (43) 217 vom 27. 5. 1943. Grundlage für diese Stellungnahme des Foreign Office war eine Studie des Military Sub-Committees des britischen Generalstabs, die seit dem 17. 3. 1943 vorlag und den ersten Vorschlag zur Einteilung Deutschlands in drei Besatzungsgebiete enthielt, vgl. auch Kettenacker, Friedenssicherung, S. 276–277.

68 Empfehlungen des Departmental Committee on Germany, 23. 9. 1943, DzD I, 4, S. 551–559.

renz. In dem am 30. Oktober 1943 unterzeichneten „Geheimprotokoll“ hatten die Außenminister der drei Mächte die EAC beauftragt,⁶⁹

so schnell wie möglich detaillierte Empfehlungen hinsichtlich der Kapitulationsbedingungen auszuarbeiten, die an jeden europäischen Staat gestellt werden müssen, mit dem sich eine der drei Mächte im Kriegszustand befindet, sowie hinsichtlich des Mechanismus, der erforderlich ist, um die Erfüllung dieser Bedingungen zu gewährleisten.

Diese Kommission entwickelte sich langfristig aus den „Prinzipien“ für die Einstellung des Krieges,⁷⁰ die die britische Regierung am 1. Juli 1943 vorgeschlagen hatte, und kurzfristig aus der Auseinandersetzung der UdSSR mit den Westmächten um den Waffenstillstand für Italien.⁷¹ Auch in Moskau hatte man die Bildung einer derartigen Kommission seit dem Sommer erwartet. Dennoch hatte keine der drei Mächte eine entsprechende Initiative ergriffen. Erst während der Konferenz schlug Eden am 22. Oktober vor, einen „ständigen Apparat für Konsultationen zwischen den drei Mächten“ zu etablieren. Stalin ließ Molotov dem Vorschlag Edens umgehend zustimmen.⁷² Der britische Außenminister hatte sich dafür ausgesprochen, dieses Gremium mit „sehr umfassenden Kompetenzen“ auszustatten, dessen Beschlüssen allerdings lediglich „beratenden Charakter“ beizumessen.⁷³ Tatsächlich bereitete die EAC dann für Deutschland die grundlegenden Dokumente vor, die alle der Bestätigung durch die drei Regierungen bedurften. Jedoch entwickelte sich in dieser Kommission selbst zu keinem Zeitpunkt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Weder die Westmächte noch die UdSSR waren bereit, ihre deutschlandpolitischen Ziele und Interessen offenzulegen. Vor allem auf Grund der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der amerikanischen Administration,⁷⁴ aber auch bedingt durch die sowjetische Verhandlungstaktik, geriet

69 Geheimprotokoll der Moskauer Konferenz, 30. 10. 1943, in: SAIK 1, S. 303–304. Zur vorausgegangenen Auseinandersetzung um die militär-politische Kommission vgl. S. 341.

70 Vgl. S. 331.

71 Vgl. Kapitel VI, Abschnitt 4.

72 Molotov erklärte am 23. 10. 1943: „Die sowjetische Delegation ist bereit, den Vorschlag von Herrn Eden bezüglich der Bildung eines interalliierten Organs aus Vertretern der drei Staaten in einer der Hauptstädte der drei Mächte (USA, Großbritannien, UdSSR) anzunehmen, wobei die Zuständigkeit und die Funktionen dieses Organs den Prinzipien entsprechen müssen, die im Memorandum der britischen Regierung vom 1. Juli d.J. dargelegt sind. Die sowjetische Regierung behält sich das Recht vor, Korrekturen an den oben erwähnten Prinzipien, wie sie im Memorandum der britischen Regierung vom 1. Juli d.J. dargelegt sind, vorzuschlagen.“ Vgl. AVP RF f. 06, op. 5b, p. 42, d. 44, Bl. 75–76.

73 Erklärung Edens am 22. 10. 1943, in: SAIK 1, S. 246–247.

74 Strang an Eden, 8. 4. 1944, DzD I, 5, S. 1226–1227: „Unfortunately the decision to set up the EAC, though unreservedly supported by the US Delegation at Moscow, was coldly received in Washington, particularly by the President and the War Department.“

die Arbeit der EAC immer wieder ins Stocken. Im März 1944 dachte man in Moskau darüber nach, die Kommission in ein- bis anderthalbmonatigem Turnus alternierend in den Hauptstädten der drei Mitgliedsstaaten tagen zu lassen.⁷⁵ Diese Idee fand jedoch nie die Unterstützung der sowjetischen Führung.

In Washington stieß die Bildung der EAC sofort auf Misstrauen. Dort vermutete man darin den Versuch der Briten, mit Hilfe der Russen die Nachkriegspläne unter die eigene Kontrolle zu bringen.⁷⁶ Der Präsident und das War Department sperrten sich insbesondere gegen die Abstimmung aller mit der Kapitulation und Besetzung Deutschlands zusammenhängenden Fragen in dieser Kommission. Sie fürchteten zu Recht, dass alle dort gefundenen gemeinsamen Lösungen langfristigen Bestand und zudem Konsequenzen für die politische Gestaltung des gesamten europäischen Kontinents haben würden. Für den amerikanischen Vertreter in dieser Kommission, den Londoner Botschafter der USA, John Winant, wurde die Haltung seiner Regierung zur EAC zu einer Quelle wachsender Frustration:⁷⁷

I do not think that any conference or commission created by governments for a serious purpose has had less support from the governments creating it than the European Advisory Commission.

Anders sah die Lage in Moskau aus. Für die UdSSR gewann die Kommission entscheidende Bedeutung. Hier konnte sie ihre seit 1943 errungenen militärischen Erfolge in politischen Entscheidungen fixieren. Aus den in dieser Kommission unzureichend geklärten Fragen, z.B. die des zukünftigen Status Berlins, entwickelten sich langwierige Konflikte.

Das stärkste Interesse an der Kommission hatten die Briten. Von ihnen ging auch die Initiative für den Zusammtritt der EAC in London aus. Unmittelbar nach dem Ende der Außenministerkonferenz drängten Beamte des Foreign Office auf eine schnelle Arbeitsaufnahme der Kommission.⁷⁸ Daran erinnerte auch der britische Botschafter in Moskau. Kerr übermittelte dem sowjetischen Außenminister die Hoffnung Edens auf einen Zusammtritt der Kommission noch bis zum 15. November, also noch vor dem ersten Gipfeltreffen der Großen Drei. Molotov ging bereits zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass William Strang Groß-

75 Entwurf einer Note an Kerr, o.D. (März 1944), in: UdF 1, S. 370.

76 Ziemke, Germany, S. 37: „The Americans saw in this proposal an attempt to replace the faltering AT (E) Committee with a more powerful body and capture for London the entire field of postwar planning.“ Gemeint war das Administration of Territories Committee (Europe).

77 Winant an Hull, 7. 10. 1944, in: FRUS 1944, I, 351.

78 Unterredung zwischen Jebb und Sobolev, 3. 11. 1943, AVP RF f. 0512, op. 6, p. 6, p. 555, Bl. 11–41, hier Bl. 20.

britannien in der Kommission vertreten werde, konnte selbst aber noch lange nicht den Namen des sowjetischen Vertreters mitteilen.⁷⁹

Für Moskau war die Besetzung der Kommission eine strategische Entscheidung. Dort hatte man es in der Hand, selbst das Verhandlungsniveau zu bestimmen. Angesichts des vorangegangenen sowjetischen Auftretens in Zusammenhang mit der Bildung der Militär-Politischen Kommission für Italien, wo Vyšinskij kurzzeitig als sowjetischer Vertreter agierte, rechneten in Washington und London viele mit ihm als sowjetischem Vertreter in der EAC.⁸⁰ Dies hätte die Ernennung gleichrangiger britischer und amerikanischer Vertreter nach sich gezogen. Doch Stalin entschied anders. Molotov teilte dem britischen Botschafter schließlich am 15. November 1943 mit, dass der sowjetische Botschafter in London, Fedor Gusev, die UdSSR in der EAC vertreten würde. Die sowjetische Presse informierte darüber erst eine Woche später.⁸¹ Obwohl dies einer deutlichen Herabstufung der Kommission gleich kam,⁸² trug es wahrscheinlich zu ihrem Erfolg bei, da bei einer höherrangigen Besetzung der Kommission noch leichter eine Blockade gedroht hätte. Ähnlich wie die Kommandeure der Roten Armee hatten auch sowjetische Botschafter im dritten Kriegsjahr an Kompetenz und partiell sogar an Eigeninitiative gewonnen, worauf noch einzugehen sein wird.

Erst als die Ernennung von Gusev als sowjetischem Delegierten in der EAC feststand, gab die britische Regierung die Ernennung von William Strang als ihrem Vertreter bekannt. Er war ein Karrierediplomat, der Großbritannien im August 1939 (erfolglos) bei den Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung in Moskau beraten hatte.⁸³ Gusev traf Strang – welcher vor allem ein Experte der britischen Deutschlandpolitik war, aber auch die britische Russlandpolitik gut kannte und aufgrund dieser doppelten Qualifikation Eden im Dezember 1941 nach Moskau begleitet hatte – erstmals am 24. November 1943. Beide blieben sich

79 Unterredung zwischen Molotov und Kerr, 5. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 4, d. 35, Bl. 13. Auch neun Tage später hatte Molotov den sowjetischen Vertreter in der EAC noch nicht bestimmt, vgl. Kerr an Molotov, 14. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 63, d. 837, Bl. 1 und Unterredung zwischen Cadogan und Gusev, 14. 11. 1943, AVP RF f. 0512, op. 6, p. 6, d. 555, Bl. 20.

80 *New York Times*, 14. 11. 1943: In diesem Zusammenhang unterstrich das Blatt die Bedeutung der EAC, die die Zukunft Deutschlands auf Generationen beeinflussen könne.

81 Molotov an Kerr, 15. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 63, d. 837, Bl. 3. *Izvestija*, 23. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 63, d. 837, Bl. 12.

82 *New York Times*, 20. 11. 1943.

83 William Strang, *Home and Abroad*, London 1956, S. 202.

auch nach der achtzehnmonatigen Zusammenarbeit in der Kommission fremd, wenngleich ein Mindestmaß an Vertrauen zwischen ihnen entstand.⁸⁴

Schon vor der Arbeitsaufnahme stand als Tagungsort der Kommission das Lancaster House in London fest, das allerdings erst im Laufe des Dezembers zur Verfügung stand. Gusev widersprach nicht, als sein britischer Kollege vorschlug, ein gemeinsames Sekretariat der Kommission zu bilden, in das jeder der Mitgliedsstaaten ein bis zwei Vertreter entsenden sollte. Dessen Leitung wollte man einem Generalsekretär übertragen. Im Gegenzug konnte Gusev dann durchsetzen, dass in der EAC englisch und russisch verhandelt wurde. Wie zuvor von den Außenministern in Moskau vereinbart und von Strang konkretisiert, wechselte der Kommissionsvorsitz turnusmäßig monatlich.⁸⁵

Erst als das *Procedere* bereits vorentschieden war, gab die amerikanische Regierung am 4. Dezember die Ernennung ihres Londoner Botschafters zum amerikanischen Vertreter in der EAC bekannt.⁸⁶ Auch die Beziehung zwischen Winant und Gusev blieb distanziert.⁸⁷

Die Kommission konnte sich noch vor Jahresende zu einer ersten, informellen Sitzung treffen.⁸⁸ Weiterhin blieben die Briten die Drängenden. Für sie stand zunächst eine gemeinsame Vereinbarung der drei Mächte über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands im Vordergrund. Molotov stimmte dieser Arbeitsplanung sofort zu.⁸⁹ Litvinov, der zu diesem Zeitpunkt offenbar noch Zugang zu den

84 Vgl. ebd., S. 207: „Gusev was a grim and rather wooden person, with, as a saving grace, a touch of sardonic humour and, as a virtue, a somewhat blunt straightforwardness. His personal word, based upon an accurate and retentive memory, could be relied upon.“

85 Unterredung zwischen Gusev und Strang am 24. 11. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 16, d. 154, Bl. 32–36. Die Aufzeichnung dieses Gesprächs wurde in Moskau Molotov und Dekanozov zugeleitet.

86 *New York Times*, 5. 12. 1943.

87 Vgl. Bellush, Winant, S. 193–194: „Gusev, the new Soviet Ambassador to Great Britain, proved a glum, humorless Russian who rarely socialized and, in contrast to his predecessor, Maisky, was limited in his experience in the diplomatic corps and in his world outlook and intellectual capacity. Suspicious of his foreign colleagues, determined to assert himself as their equal, and lacking the confidence or freedom to bequeath responsibility of decision-making to subordinates, he slowed the work of the EAC by insisting that all business be conducted by the heads of delegations. Stubborn and capricious, he often opposed proposals for weeks on end until, suddenly, in the midst of an interminable argument, he would yield with the simple statement, ‘I have no objection’.“

88 Beschlussprotokoll der (ersten) informellen Sitzung der EAC, 15. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 63, d. 838, Bl. 2, veröffentlicht in: DzD I, 5, S. 3–4.

89 Balfour an Molotov, 18. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 5, p. 19, d. 188, Bl. 51. Molotovs Zustimmung geht aus einem Haken an der Stelle des Schreibens hervor, an der dieser Vorschlag unterbreitet wurde.

telegraphischen Anfragen der Londoner Botschaft hatte, schlug ein anderes Vorgehen vor. Zunächst sollte sich die Londoner Kommission nicht mit Deutschland, sondern mit den von deutscher Besetzung befreiten verbündeten Staaten und anschließend mit der Politik gegenüber dem befreiten Frankreich befassen. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Kommission für die Vorbereitung der Friedenskonferenz sollte die EAC über Deutschland und eine zukünftige internationale Sicherheitsorganisation erst beraten, nachdem die sowjetische Regierung dazu eigene Vorschläge bestätigt hätte.⁹⁰ Eine Antwort Molotovs auf diese Vorschläge seines Stellvertreters ist nicht überliefert. Sie gingen längst an der Realität vorbei. Die Litvinov-Kommission wurde in die Arbeit der EAC nicht einbezogen.

Die sowjetischen Kapitulationsbedingungen für Deutschland

In der sowjetischen Hauptstadt lag die Erarbeitung der deutschen Kapitulationsbedingungen ausschließlich bei der „Vorbereitungskommission für den Waffenstillstand“ unter Leitung von Kliment Vorošilov. Diese Kommission hatte sich „organisch“ aus der Untersuchung der von den Briten am 1. Juli 1943 vorgeschlagenen „Prinzipien“ für die Einstellung des Krieges entwickelt.⁹¹

Damals hatte man in der sowjetischen Hauptstadt auf eine schnelle Antwort verzichtet, um die Entwicklungen in Italien abzuwarten. Am 5. September 1943 hatte das Politbüro des ZK der VKP (b) – wie bereits erwähnt – neben Litvinovs Kommission zur Vorbereitung der Friedensverträge die Bildung der Waffenstillstandskommission betätigt. Der Kommission gehörten neben den Diplomaten V.P. Potemkin und I.M. Majskij, S.T. Bazarov, der Staatsrechtler des Narkomindel S.B. Krylov, die Militärexperten M.P. Galaktionov und I.S. Isakov (Flotte) sowie zwei Militärs an, die bereits in der zaristischen Armee hohe Positionen bekleidet hatten (B.M. Šapošnikov und A.A. Ignat'ev⁹²). Eine Verbindung zur Litvinovs-Kommission hatte das Politbüro nicht hergestellt. Arbeitsergebnisse wurden zwischen beiden Kommissionen nicht ausgetauscht. Litvinov und seine Kommis-

90 Litvinov an Molotov, 21. 12. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 63, d. 837, Bl. 67: Bezieht sich auf die Anfrage Gusevs nach der Reihenfolge der in der EAC zu behandelnden Fragen.

91 Vgl. S. 331.

92 Graf Aleksej Aleksevič Ignat'ev war 1908 bis 1912 russischer Militärattaché in Stockholm und 1912 bis 1917 Militärattaché in Paris. Vgl. die Memoiren: A.A. Ignatjew, Fünfzig Jahre in Reih und Glied, Berlin (Ost) 1956 (erste Auflage, Moskau 1941). Ignat'ev betont (S. 604) seine engen Beziehungen zu Vladimir Petrovič Potemkin: „Besonders freudig begrüßte mich der unvergeßliche Wladimir Petrovitsch Potjomkin, der sich seit Anfang der zwanziger Jahre in den Dienst der Sowjetmacht gestellt hatte und bis 1937 Botschafter in Paris war.“

sionsmitglieder blieben in Unkenntnis von der simultanen Waffenstillstandsplanung und umgekehrt.

Vorošilovs Kommission war dem Außenkommissar unterstellt⁹³ und tagte direkt im Kreml.⁹⁴ Sie arbeitete von September 1943 bis Juni 1944.⁹⁵ Aus dieser Zeit sind im Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation Protokolle und Aufzeichnungen von 45 Kommissionssitzungen überliefert.⁹⁶ Unter den insgesamt drei Kommissionen, die in Zusammenhang mit der Moskauer Außenministerkonferenz im Außenkommissariat gebildet worden waren, wurde die Vorošilov-Kommission zeitweilig zur wichtigsten und wirksamsten. Dies zeigte sich auch darin, dass nur Ergebnisse dieser Kommission durch Stalin bestätigt wurden. Doch blieb ihre Wirksamkeit zeitlich eng begrenzt. Sie legte bis Februar 1944 mehrere Entwürfe der Kapitulationsurkunde vor. Zwischen März und Mai 1944 entwarf sie das Zonenprotokoll und zwischen März bis August 1944 den Kontrollmechanismus. Weitere Vorschläge der Kommission wurden anschließend nicht mehr durch Stalin bestätigt und konnten so auch nicht durch den Vertreter der UdSSR in die EAC eingebracht werden.

Im September 1943 prüfte die Vorošilov-Kommission zunächst die von Majskij vorbereitete Antwort auf das britische Memorandum vom 2. Juli. Sie erhielt nun ihre endgültige Gestalt. Die Umarbeitung in der Vorošilov-Kommission beschränkte sich auf die Rangfolge der von den Briten vorgeschlagenen Prinzipien. Alle unmittelbar mit der Kapitulation verbundenen Bestimmungen wurden den organisatorischen Fragen vorangestellt. Die sekundäre Bedeutung der letzteren wurde dadurch betont. Zu diesen organisatorischen Fragen zählten alle gemeinsamen Einrichtungen der Alliierten. Dennoch blieben sie alle – wenn auch mit leichten Namensänderungen – erhalten: „Europäische Kommission der Vereinten Nationen“ hieß jetzt das, was die Briten „Kommission der Vereinten Nationen für Europa“ genannt hatten; sie sollte von einer „militär-politischen Kommission“ statt von einem namenlosen „Steering Committee“ angeleitet werden. Weiter am Ende des Dokuments stand die „Interalliierte Kommission für den Waffenstill-

93 Protokoll Nr. 1 vom 6. 9. 1943: Mitteilung Vorošilovs zur Arbeitsweise der Kommission, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 12–13.

94 Tagebucheintrag Majskijs vom 25. 1. 1944, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 11, Bl. 16.

95 Vorošilov und Bazarov an Stalin und Molotov vom 14. 2. 1946, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 2–8.

96 Protokolle und Tagebuchaufzeichnungen der Vorošilov-Kommission, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 11–183. Es ist zu vermuten, dass weitere Unterlagen dieser Kommission in den russischen Archiven liegen, die für die archivalischen Hinterlassenschaften der Einrichtungen zuständig sind, denen die Kommissionsmitglieder und der Kommissionsvorsitzende angehörten, also insbesondere im CAMO.

stand“ bzw. die „Kontrollkommission“, die für die Durchsetzung der Waffenstillstandsbestimmungen, in erster Linie für die „Entwaffnung und Demobilisierung der feindlichen Streitkräfte, sowie die Einziehung und Verwahrung des abzuliefernden Kriegsgeräts und weiteren beweglichen *Eigentums* verantwortlich sein“ sollte.⁹⁷ Nachdem der britische Außenminister am 30. September 1943 die Prinzipien des Waffenstillstandes mit Deutschland und seinen Satelliten auf die Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz hatte setzen lassen,⁹⁸ stimmte ihnen Molotov dort mündlich zu.

In ihrer Arbeit an den Waffenstillstandsbedingungen ließ sich die Vorošilov-Kommission von den Überlegungen leiten, die Stalin in Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz Dekanozov diktiert hatte:⁹⁹

Die Besetzung Deutschlands auf der Grundlage des Waffenstillstands mit diesem Land soll durch die Streitkräfte der Sowjetunion, Englands und der USA erfolgen, die auf dessen Hoheitsgebiet ihre Stabseinrichtungen organisieren sollen. Über die Dauer der Besetzung und den Modus für deren Realisierung müssen die drei Regierungen untereinander zusätzlich übereinkommen.

Ob die Kommission jemals eine dementsprechende Direktive erhielt ist nicht bekannt, fest steht jedoch, dass sie sich schon zuvor von diesem Grundsatz ausging. Stalin hatte den Kommissionsvorsitzenden in jenen Tagen häufig in den Kreml bestellt.¹⁰⁰

Die Kommission hatte sich ursprünglich das außerordentlich ehrgeizige Ziel gesetzt, die Waffenstillstandsentwürfe für Finnland und Rumänien bis zum 20. und für Deutschland bis zum 25. September auszuarbeiten! Beauftragt wurde damit der frühere Generalstabschef der Roten Armee, Šapošnikov, und der Völkerrechtler des Außenkommissariats, Krylov.¹⁰¹ Sie konnten diesen Termin nicht halten. Obwohl die Kommission bereits am 17. September 1943 einen ersten Entwurf für Finnland gründlich beriet, bestätigte sie erst eine Woche später einen inhaltlichen Arbeitsplan, der dreiundzwanzig für alle Staaten der Achse gültige Regelungen und zahlreiche spezifische Bestimmungen für die einzelnen Feindstaaten fixierte.

97 Prinzipien zur Beendigung der Kriegshandlungen, 12. 10. 1943, in: UdF 1, S. 222–225.

98 Kerr an Molotov, 30. 9. 1943, SAIK 1, S. 55:.

99 Aufzeichnungen von Dekanozov, 3. 10. 1943 UdF 1, S. 172. Zur Urhebererschaft Stalins, vgl. ebd., Anm. 205.

100 Nach der Gründung der von ihm geleiteten Waffenstillstandskommission am 5. 9. 1943 wurde Vorošilov im selben Monat noch neunmal von Stalin empfangen, vgl. LPS, S. 417–420.

101 Protokoll Nr. 2 der Vorošilov-Kommission, 10. 9. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 14–16.

Dieser Plan sah die *vollständige* Besetzung Finnlands, Rumäniens und Ungarns durch sowjetische Truppen vor. Für Deutschland postulierte er acht Hauptforderungen (auf die hier noch eingegangen werden wird).¹⁰² Wenige Tage später überarbeitete die Kommission ihren bereits bestätigten Arbeitsplan erneut. Nun fasste sie die ursprünglich 23 für alle Feindstaaten gültigen Regelungen in 18 Punkten zusammen, ohne dabei die Inhalte abzuschwächen oder zu verschärfen. Die Deutschland betreffenden Forderungen reduzierten sich dadurch auf sieben. Die Besetzung des deutschen Territoriums durch Truppen der Vereinten Nationen (sowjetische, britische und nordamerikanische) stand dabei an vierter Stelle. Die voran- und nachgestellten Forderungen betrafen die Entwaffnung aller Einheiten, Gliederungen und Formationen der SS und ähnlicher Organisationen, die Auflösung der NSDAP und die Internierung ihrer Führungen auf den verschiedenen Organisationsebenen nach separat vorbereiteten Listen des Oberkommandierenden der jeweiligen Truppen der Vereinten Nationen, aber auch die sofortige Aufhebung aller Gesetze, die Rasse, Glauben, Nationalität, politische Überzeugung u. ä. diskriminierten.¹⁰³

Zwar blieb weiterhin der konkrete Modus von Besetzung und Kontrolle Deutschlands unbestimmt, doch zeichneten sich bereits getrennte Wege der Alliierten ab. Anstelle eines gemeinsamen Oberkommandos, von dem noch am 24. September die Rede war, sprach man eine Woche später durchgehend von Oberbefehlshabern der Vereinten Nationen. Unverkennbar war das sowjetische Bestreben, noch vor den Verbündeten mit eigenen Entwürfen aufwarten zu können, um sie den Verhandlungen zugrunde zu legen. Dies gelang nur teilweise und nicht sofort.

Erst im Dezember 1943, nach dem Abschluss der Teheraner Konferenz, widmete sich die Vorošilov-Kommission dem Waffenstillstand mit Deutschland. Verantwortlich dafür blieben Šapošnikov und Krylov, die dafür bereits drei Monate zuvor bestimmt worden waren.¹⁰⁴ Für dieses Waffenstillstandsdokument konkretisierte Vorošilov am 16. Dezember 1943 Überlegungen, die mit größter Wahrscheinlichkeit auf Stalin zurückgehen. Danach sollte das Waffenstillstandsdokument bis zum Abschluss eines Friedensvertrags als provisorisches Friedensstatut für Deutschland dienen. In ihm müsse das Schicksal der deutschen Kriegs- und Handelsflotte, aber auch die Prinzipien der Aufteilung der Kriegsbeute geklärt werden. Unverändert sollte in diesem Dokument die Besetzung des gesamten

102 Protokoll Nr. 5 der Vorošilov-Kommission, 1. Arbeitsplan für Waffenstillstand (Perečen' voprosy), 24. 9. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 25–28.

103 Protokoll Nr. 6 der Vorošilov-Kommission, 2. Gliederung für Waffenstillstand (Osnovnyje voprosy), 1. 10. 1943, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 30–35.

104 Protokoll Nr. 14 der Sitzung vom 9. 12. 1943, ebd., Bl. 44.

deutschen Territoriums durch die Truppen der UdSSR, USA und Großbritanniens geregelt und erstmals die industrielle Entwaffnung Deutschlands verankert werden. Dazu erklärte Vorošilov:¹⁰⁵

Um die Zerschlagung des deutschen Industriepotentials zu erreichen, muss im Waffenstillstandsdokument unbedingt die Verpflichtung Deutschlands vorgesehen sein, den Alliierten in einem bestimmten Umfang Eigentum zu übergeben, in erster Linie die wichtigsten Ausrüstungen der Industriebetriebe Deutschlands. (Die Frage der Aufteilung dieser Ausrüstungen solle in einem *Zusatzprotokoll* geregelt werden, das allein die Alliierten unterzeichnen.) In der Kapitulationsurkunde müssen die Grundformen der Reparationen genannt werden, die zur Wiedergutmachung der Schäden, die durch Deutschland den Vereinten Nationen während des Krieges verursacht wurden, angewandt werden.

Mit diesen Weisungen erarbeiteten die Kommissionsmitglieder in den nächsten sechs Wochen selbständig den detaillierten Entwurf der Kapitulationsbedingungen für Deutschland, darunter auch die Einteilung der Besetzungszonen. Weder Vorošilov noch Molotov noch Stalin nahmen Einfluss.¹⁰⁶ Von diesem an der Jahreswende 1943/44 ausgearbeiteten ersten Entwurf der Kapitulationsbedingungen sind bisher nur Bruchteile zugänglich, darunter eine frühe Fassung des Abschnitts „Besetzung Deutschlands“. Unklar bleibt, ob auch diese auf Šapošnikov und Krylov zurückgeht. Wahrscheinlich, aber bis jetzt nicht nachweisbar, ist die Beteiligung anderer militärischer Stellen. Der am 5. Januar 1944 vorgelegte Entwurf ging von einer unbegrenzten Besetzungsdauer aus, die so lange währen sollte, „bis sich in Deutschland ein Regime etabliert hat, das die internationale Sicherheit garantieren kann“.¹⁰⁷ Zur Ausübung der obersten Gewalt finden sich widersprüchliche Angaben:

Die Regierungen der drei alliierten Mächte üben auf dem Territorium Deutschlands uneingeschränktes Besetzungsrecht aus. In den besetzten Gebieten wird durch eine Interalliierte Kontrollkommission eine militärische, politische und wirtschaftliche Kontrolle errichtet.

Dagegen hieß es an anderer Stelle desselben Entwurfs:

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung obliegt in jeder der von den Truppen der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und der USA besetzten Zonen auf dem Territorium

105 Notiz zur Sitzung vom 16. 12. 1943, ebd., Bl. 45–46. Hervorhebung nicht im Original. Für die Bestätigung durch Stalin gibt es keinen Beleg. Offiziell war Vorošilov in den Tagen vor dieser Sitzung nicht im Arbeitszimmer Stalins. Vgl. LPS, S.421. Vom 28. 11. bis 1. 12. 1943 befand sich Vorošilov zusammen mit Stalin in Teheran.

106 Aufzeichnungen über Sitzungen der Kommission zwischen dem 16. Dezember und dem 31. Januar konnten bisher nicht aufgefunden werden.

107 Zweiseitige Ausarbeitung betitelt „Besetzung“, 5. 1. 1944, AVP RF f. 017, op. 1, p. 1, d. 6, Bl. 27–28. Das Datum der Abschrift ist auf der Rückseite von Bl. 28 vermerkt.

Deutschlands den jeweiligen Vertretern der Obersten Kommandoführung der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und den USA. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, sämtliche zentralen und örtlichen Verwaltungen, Justizbehörden und gesellschaftlichen Einrichtungen bzw. Körperschaften sowie alle Amtspersonen und einfachen Staatsbürger anzuweisen, den Befehlen und Anordnungen der Vertreter der Obersten Kommandoführung Folge zu leisten.

Vorgeschlagen wurde auch, die deutsche Regierung zu verpflichten, „den Besatzungsstreitkräften geeignete Räumlichkeiten, Nahrungs- und Futtermittel sowie die benötigten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen“ und sämtliche mit der Besetzung verbundene Kosten zu tragen.¹⁰⁸

Am 12. Januar 1944, drei Tage bevor die Briten ihren eigenen Entwurf offiziell in die EAC einbrachten, lag in Moskau der Entwurf eines zusätzlichen, nur durch die Siegermächte abzuschließenden „Protokolls“ zum Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands vor. Es sollte die deutsche Kapitulationsurkunde präzisieren, aber gegenüber den Vertretern Deutschlands geheim gehalten werden, die diese Urkunde unterzeichnen würden.¹⁰⁹ Bereits am 16. Dezember hatte Vorosilov ein solches geheimes Zusatzprotokoll angedeutet. Ein Bestandteil dieses sowjetischen Entwurfs des Zusatzprotokolls war die Abgrenzung der Besatzungszonen.

Der britische Zonenplan

Es waren die Westmächte, insbesondere Großbritannien, die den Rahmen für die sowjetische Waffenstillstandsplanung absteckt hatten. Die Teilnahme der UdSSR an der Besetzung Deutschlands setzte dessen gleichzeitige Besetzung durch die USA und Großbritannien voraus.

Ein erster Entwurf zur Aufteilung des Reiches in drei getrennte Besatzungsgebiete (der Begriff Zonen wurde damals noch gemieden) lag in London im März 1943 vor. Bereits dieser Vorschlag zeichnete sich durch eine starke, indes widersprüchliche Berücksichtigung sowjetischer Interessen aus. Danach sollte die UdSSR zwar die Verantwortung für einen großen Teil Deutschlands übernehmen, doch die politisch umstrittenen Gebiete innerhalb des sowjetischen Besatzungsgebiets (Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien) wollte man unter internationale Kontrolle stellen. Die Grenze zwischen den vorherrschend amerikanischen und britischen Besatzungsgebieten (in denen jedoch auch die Stationierung von Truppen der Roten Armee vorgesehen war) und dem vorherrschend sowjetischen Besat-

108 Ebd.

109 Protokoll zum Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 12. 1. 1943, AVP RF f. 017, op. 1, p. 1, d. 6, Bl. 122–127.

zungsgebiet (in dem auch Truppen der beiden Westmächte anwesend sein sollten) folgte in diesem ersten britischen Vorschlag einer relativ geraden Linie von Lübeck im Norden, über Hamburg und dann entlang der Elbe bis nach Magdeburg, um im Süden über Nordhausen, Naumburg, Jena und Rudolstadt die frühere tschechoslowakische Grenze zu erreichen. Damit verlief dieser Grenzvorschlag zwar im Norden weiter westlich, aber bereits ab Nordhausen deutlich weiter östlich der späteren Demarkationslinie. Bereits zu diesem Zeitpunkt war für Berlin unter der Bezeichnung „UN-occupation“ ein Sonderstatus vorgesehen. Dieser Vorschlag fand zwar Unterstützung im Foreign Office, nicht aber die Billigung des Londoner Kriegskabinetts.¹¹⁰

Karte 1: Britischer Vorschlag¹¹¹



Im Juli 1943 lag auch im britisch-amerikanischen Vorbereitungsstab für die Landung in der Normandie (COSSAC) ein Zonen-Plan vor. Für den späteren Oberkommandierenden der alliierten Expeditionstreitkräfte, General Eisenhower, resultierte diese Zoneneinteilung nicht nur aus der Abschätzung der Position der sowjetischen Truppen am Ende des Krieges. Sie beinhaltete für ihn auch ein ange-

110 Kettenacker, Friedenssicherung, S. 276–277.

111 Ziemke, S. 120, vgl. auch etwas präziser bei Sharp, S. 58.

strebtes Übereinkommen mit der UdSSR, Deutschland zu teilen, um die Lasten seiner Besetzung gemeinsam zu tragen.¹¹²

Einen Monat später wurde in einem britischen Entwurf zum ersten Mal von „Zonen“ gesprochen. Diese sollten – unter der Vorherrschaft jeweils einer der drei Mächte – von Truppen aller drei Mächte besetzt werden. Die Zonengrenzen entsprachen jetzt denen der bis 1933 bestehenden Länder bzw. (im Falle Preußens) Provinzen. Dadurch vergrößerte sich das vorrangig der UdSSR zugewiesene Besatzungsgebiet nicht unwesentlich. Diese Zone sollte unter Berücksichtigung der angestrebten deutschen Gebietsabtretungen an Polen (Ostpreußen und Danzig) territorial bedeutend größer sein, als die beiden anderen Zonen (vgl. Tabelle 5 und Karte 1).¹¹³ Ein entsprechender Vorschlag wurde vier Monate später in der EAC eingebracht und im Verlauf des Jahres 1944 von den drei Regierungen mit geringfügigen Änderungen bestätigt. Damit bestimmte bis 1990 eine ursprünglich von britischen Planern ausgearbeitete Demarkationslinie den Verlauf der innerdeutschen Grenze.

Der damals erwartete plötzliche Zusammenbruch (collapse) Deutschlands im Ergebnis der erfolgreichen sowjetischen Sommeroffensive an der Ostfront, der Landung der Alliierten in Italien und der verstärkten Luftangriffe auf deutsche Städte,¹¹⁴ hatte im August 1943 diese neuen britischen Planungen ausgelöst. Aus amerikanisch-britischer Perspektive schien die Lage im Juli 1943 der im Juli 1918 zu gleichen, als Deutschland innerhalb weniger Monate eine vollständige Niederlage erlitt.¹¹⁵ Nach Zustimmung durch das Foreign Office¹¹⁶ gaben die britischen Stabschefs (COS) ihren Zonenplan den vereinigten amerikanischen Stabschefs (JCS) in neuer Fassung zur Kenntnis. Erhalten blieb dabei die Zoneneinteilung innerhalb Deutschlands. Aber in der Annahme eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs des Kriegsgegners ging es dabei nun auch um die notwendige Übernahme der Verantwortung in den noch immer von deutschen Truppen be-

112 David Eisenhower, *Eisenhower: At War 1943–1945*, New York 1986, S. 731.

113 Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 286, zit. PHP (43) 7b (final). Dieser im Oktober in London endgültig bestätigte (jedoch von den Amerikanern abgelehnte) Vorschlag wurde am 15. 1. 1944 in der EAC offiziell der UdSSR vorgelegt, vgl. DzD I, 5, S. 744–755, hier Tabelle auf S. 754.

114 Kettenacker, *Friedenssicherung* S. 273. Zu den Vorbereitungen der Anglo-Amerikaner auf den Fall Rankin, den teilweisen bzw. vollständigen Zusammenbruch der deutschen Kampffähigkeit, vgl. S. 127.

115 Ziemke, *Germany*, S. 26: „Germany’s condition appeared strikingly like that of July 1918 when Ludendorff’s *Friedenssturm* halted and Germany went from near victory to complete defeat in less than four months.“

116 Sharp, *Zonal Division*, S. 39.

setzten Ländern in Südwest-, West- und Nordeuropa.¹¹⁷ Während den USA die Verantwortung für Österreich und Frankreich zugewiesen wurde, sollten die Benelux-Staaten, Dänemark und Holland in den Verantwortungsbereich Großbritanniens fallen. Stillschweigend akzeptiert wurde damit die sowjetische Verantwortung für die von Deutschland besetzten Länder in Osteuropa. Diese Planungen fanden die prinzipielle Zustimmung der amerikanischen Stabschefs, welche ebenfalls einen abrupten deutschen Zusammenbruch vor der britisch-amerikanischen Landung in Nordfrankreich (*Overlord*) für möglich hielten.¹¹⁸ Da sie davon ausgingen, dass die Zustimmung von Churchill bereits vorlag, verlangten die JCS eine Entscheidung des Präsidenten.¹¹⁹

Tabelle 5: Britische und amerikanische Planung zur Zoneneinteilung (in Prozent)¹²⁰

	Reichsgebiet		Reichsbevölkerung	
	Britische	US	Britische	US
Zone I (Nord-Westdeutschland) überwiegend <i>britisch</i>	31,7	25,7	37,2	26,0
Zone II (Ostdeutschland) überwiegend <i>sowjetisch</i>	42,3	20,9	36,9	18,4
Zone III (Süddeutschland) überwiegend <i>amerikanisch</i>	26,00	53,4	25,5	55,6

Roosevelt beurteilte die strategische Lage anders. Er lehnte am 19. November 1943 – also noch vor dem Treffen mit Stalin und Churchill in Teheran – nicht nur die Zuteilung der süd-westlichen Zone an die USA und die Ausweitung amerikanischen Verantwortungsgebiets auf Frankreich ab. Ihm war auch daran gelegen, mit der Zoneneinteilung die Voraussetzung für die Teilung Deutschlands zu schaffen und den künftigen Einfluss der UdSSR auf Deutschland stärker einzugrenzen. „Die territoriale Einteilung der Zonen“, erklärte Roosevelt, „sollte [entsprechend der konfessionellen Grenzen] der geographischen Unterteilung des Landes entsprechen, um das Auseinanderbrechen Deutschlands in drei, oder mög-

117 Tyrell, Deutschlandplanung, S. 239: Der neue Plan wurde den amerikanisch-britischen Combined Chiefs of Staff (CCS) am 8. 11. 1943 vorgelegt und erhielt die Bezeichnung CCS 320/2.

118 Sharp, Zonal Division, S. 40 und 42. Die Overlord- und Rankin-Planungen wurden in Moskau bereits im Oktober 1943 bekannt, vgl. S. 381, Anm. 4.

119 Ziemke, Germany, S. 116.

120 Errechnet nach Sharp, Zonal Division, S. 55, Anm. 57 und DzD I, S. 754. Die Angaben zur Einwohnerzahl und zur Gesamtfläche Deutschlands in den Grenzen von 1937 differieren. Die Fläche aller drei Zonen ist im US-Plan um 200 Quadratmeilen größer als im britischen Plan, dagegen ist die Einwohnerzahl um 100 000 niedriger. Vgl. dazu auch die ebenfalls leicht abweichenden Angaben bei Ziemke, Germany, S. 118.

licherweise fünf, separate Staaten nach dem Krieg zu erleichtern.“ Als solche Einheiten verstand er den katholischen Süden, den protestantischen Nordwesten und eine nordöstliche Region, welcher er den „Prussianism“ als Religion zuwies. Um seine Vorstellungen zu illustrieren, zeichnete er auf einer Karte der National Geographic Society mit einem Bleistift Grenzen ein. Der Präsident beanspruchte die nordwestliche Zone einschließlich Berlins für die USA. Den Sowjets billigte er alle Gebiete im Osten zu.¹²¹ In Teheran jedoch vermied es Roosevelt, gegenüber Stalin seine Forderung anzusprechen. Und in Kairo Anfang Dezember 1943 kam es erst während seines zweiten Treffens mit Churchill zu einem kurzen Meinungsaustausch über dieses Problem. Dabei ging es jedoch nicht um die sowjetische Zone, sondern lediglich um die Dislokation britischer und amerikanischer Besatzungstruppen in Deutschland.¹²²

Karte 2: Amerikanischer Vorschlag¹²³



Gemäß den Vorgaben Roosevelts legten die Vereinigten amerikanischen Stabschefs Anfang Dezember 1943 einen neuen Plan zur Abgrenzung der Besatzungszonen vor. Danach hätte die UdSSR im Wesentlichen die deutschen Gebiete östlich der Oder besetzt und Zugang zu Berlin lediglich durch den Keil Stettin-

121 Ebd.

122 Sharp, *Zonal Division*, S. 47, zit. Leahy D. William D.: *I Was There*, London 1950, S. 252.

123 Ziemke, S. 120.

Berlin-Cottbus erhalten (vgl. Karte 2). Die sowjetische Zone wäre nur über sächsisches Gebiet mit der britischen zusammengestoßen und sowohl nach der Bevölkerungszahl als auch nach dem Territorium die kleinste geblieben (vgl. Tabelle 5).¹²⁴

Auch weiterhin gingen die Planungen noch immer von einem plötzlichen Zusammenbruch Deutschlands vor Eintreffen amerikanisch-britischer Truppen aus. Die Gefahr, dass Deutschland vollständig durch die UdSSR eingenommen werden könnte, nutzten amerikanische Diplomaten lediglich als Argument, um eine Vorlage des hier bereits vorgestellten Zonenplans des amerikanischen Präsidenten zu verhindern.¹²⁵ Bisher ist kein Dokument bekannt, das diese Möglichkeit ernsthaft berücksichtigte. Vielmehr fürchteten westliche Diplomaten und Militärs, Stalin könnte – aus welchen Gründen auch immer – einen Vorstoß der Roten Armee nach Deutschland verhindern, um die ganze Last der endgültigen Bezwingung Hitlers den Streitkräften des Westens zu überlassen.¹²⁶ Als Roosevelts Zonenvorschlag vier Monate später in London eintraf, um in die EAC eingebracht zu werden, reagierte die amerikanische Delegation schockiert. Der politische Berater der amerikanischen Delegation hielt ihn für völlig unzureichend: „Wenn man überhaupt etwas daraus entnehmen konnte“, stellt Kennan rückblickend fest, „dann höchstens den Vorschlag, die russische Zonengrenze erheblich weiter östlich zu ziehen als sie jetzt verläuft.“¹²⁷

Unabhängig von diesem neuen Vorschlag, den Churchill schon einmal, im Dezember 1943, abgelehnt hatte,¹²⁸ erwog das State Department das Für und Wider einer gemeinsamen gegenüber einer in Zonen getrennten Besetzung. Die Argu-

124 Memorandum der Vereinten amerikanischen Stabschefs für den Fall eines deutschen „Zusammenbruchs“ (complete collapse) vor dem Eintreffen amerikanisch-britischer Truppen in Deutschland „Rankin C“ (CCS 320/4), 4. 12. 1943, DzD 1, 4, S. 676. Die Beschreibung der „U.S. sphere“ lautete dort: „The general area Netherlands, Northern Germany as far east as the line Berlin-Stettin, Denmark, Norway and Sweden. The boundary of this area is to be as follows: Southern boundary of the Netherlands; thence to Dusseldorf on the Rhine; down the east bank of the Rhine to Mainz; thence due east to Bayreuth, thence north to Leipzig; thence northeast to Cottbus; thence north to Berlin (exclusive); thence to Stettin (inclusive).“ Dieser Vorschlag wurde unverändert Ende Februar 1944 vom US-Kriegsministerium an das State Department weitergereicht und von dort an die US-Vertreter in der EAC übermittelt, dort jedoch niemals der sowjetischen Delegation übergeben, vgl. S. 413, S. 429–430.

125 Mosley, Kremlin, S. 167.

126 Strang, Home, S. 213–214. Völlig zutreffend schlussfolgert Strang: „If we had tried to thrust the limits of the Soviet zone very far eastwards there would then almost certainly have been no agreement.“

127 Kennan, Memoiren, S. 173.

128 Sharp, Zonal Division, S. 49. Die neuerliche Ablehnung Churchills erfolgte am 6. 12. 1944 gegenüber Roosevelt.

mente, die man dort gegen separate Besatzungszonen vorbrachte, betrafen ausschließlich die UdSSR.¹²⁹

The occupation of a zone in Central and Eastern Germany by Russia would cause a certain amount of apprehension in the United States. In occupying this area Russia would probably feel it necessary to take control of large parts of Poland to safeguard the transportation and supply of Soviet troops. ... Russia could in this way control the character of the new Polish Government to her own advantage.

Obwohl sich Briten und Amerikaner noch nicht auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt hatten, ließ die Londoner Regierung ihren Plan zur Zoneneinteilung am 15. Januar 1944 in die EAC einbringen. Gleichzeitig legte sie Entwürfe für deutsche Waffenstillstandsbedingungen und für die Organisation der Besatzungsverwaltung vor und gab sie damit den Sowjets offiziell zur Kenntnis.¹³⁰ Die Hintergründe für diese Entscheidungen liegen noch immer im Dunkeln.¹³¹ Britische Experten hielten eine Zustimmung Moskaus zu den Zonenvorschlägen Roosevelts für nahezu undenkbar.¹³² In der Logik dieser Kommission, wo drei selbständige Staaten mit je eigenen Interessen an einem Tisch saßen, musste eine Auseinandersetzung mit den Amerikanern verfrüht erscheinen, solange nicht die Position des dritten Verhandlungspartners bekannt war. Die Briten mussten daher Interesse daran haben, dass die Sowjets ihre Position so schnell wie möglich offen legten. Wahrscheinlich legten sie deshalb ihren Plan als Erste vor. Mit einiger Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass man in Moskau nicht nur diesen britischen Vorschlag, sondern auch die britisch-amerikanischen Differenzen in dieser Frage ebenso seit Langem kannte wie die Overlord- und Rankin-Planungen der beiden Westmächte.¹³³

Erst am 25. Januar 1944 erreichte ein amerikanischer Entwurf für die deutschen Kapitulationsbedingungen die EAC. Er unterschied sich nicht nur im wesentlich kürzeren Umfang von dem weitaus ausführlicheren britischen Entwurf.

129 Division of Political Studies: The Organization of the Forces of the United Nations in the Occupation of Germany, 13. 12. 1943, DzD 1, 4, S. 687–689.

130 EAC (44) 1: Terms of Surrender for Germany. Memorandum by the United Kingdom Delegation, 15. 1. 1944, in: ebd., S. 725–744; EAC/44/2: Military Occupation of Germany. Memorandum by the United Kingdom Delegation, 15. 1. 1944, in: ebd., S. 745–754; EAC/44/3: Machinery in Germany during the Period of Occupation. Memorandum by the United Kingdom Delegation, 15. 1. 1944, in: ebd., 5, S. 756–760.

131 Während Sharp und Tyrell auf diese Frage nicht eingehen, nennt Kettenacker (Friedenssicherung, S. 288) Gründe, die gegen eine Übergabe des britischen Vorschlags an die UdSSR sprechen, erklärt aber nicht, wie es dennoch dazu kam.

132 Sharp, Zonal Division, S. 55.

133 Vgl. S. 381, Anm. 4.

Er vermied auch jeden Vorschlag zur Zoneneinteilung Deutschlands. Die strittige Frage offen lassend, ob die Zonen getrennt oder gemischt besetzt werden sollten, zielte er auf die Sicherung prinzipieller Rechte:¹³⁴

The United States, the United Kingdom and the Union of Soviet Socialist Republics, acting in the interests of the United Nations, should have the right to occupy, with any forces at their disposal and in any way they deem necessary, and to utilize in any way they may deem appropriate, any or all parts of Germany and to exercise throughout the country all the rights of an occupying power as well as the other rights arising under the instrument of surrender. [...] No time limit for the period of general occupation should be stated.

Indem der amerikanische Entwurf ausdrücklich erwähnte, dass Berlin und andere „wichtige“ Städte aus „politischen Gründen“ besetzt werden sollten, stellte er indirekt die Besetzung der übrigen Gebiete Deutschlands in Frage. Er präziserte nicht, ob Berlin und andere Städte jeweils durch eine einzelne Macht oder ob alle „wichtigen“ Städte durch alle drei Siegermächte gemeinsam besetzt werden sollten. In Washington war man also bemüht, in Bezug auf die Besetzung Deutschlands so viel wie möglich offen zu halten.

Der sowjetische Zonenplan

Das älteste bisher bekannte sowjetische Dokument, das Deutschland in Zonen einteilt, lag in Moskau Anfang Januar 1944 vor. Auch wenn sein Ursprung noch immer im Dunkeln liegt, steht völlig eindeutig fest, dass nur Stalin selbst die Vorgaben bestimmen konnte, nach denen die Grenze der sowjetischen Zone gezogen wurde. Auch wenn Informationen über die diesbezüglichen britischen Vorstellungen, auf welche Weise auch immer, in sowjetische Hände geraten sein sollten, konnte nur Stalin veranlassen, sie zu berücksichtigen. Das Planungspapier teilte Deutschland, einschließlich der Städte Memel und Danzig, in drei Zonen, die streng getrennt durch die UdSSR, Großbritannien und die USA besetzt werden sollten. Die Autoren dieses Dokuments zogen allerdings nur die Demarkationslinie zwischen der sowjetischen Zone und den Zonen der Westmächte. Für diese Linie schlugen sie zwei Varianten vor.¹³⁵

134 EAC (44) 4: Terms of Surrender for Germany. Memorandum by the United States Representative, 25. 1. 1944, DzD I, 5, S. 761–765, hier S. 763.

135 Protokoll zum Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 12. 1. 1944, in: AVP RF f. 017, op. 1, p. 1, d. 6, Bl. 122–127, hier Bl. 125–126. Für die Besetzung der deutschen Inseln in der Nord- und Ostsee sollte ein nicht genannter Meridian die Trennlinie bilden. Die Zuordnung des Kieler Kanals zur „Besatzungszone Großbritanniens und den USA“ war offensichtlich fehlerhaft und wurde in einer späteren Variante gestrichen. Vgl. UdF 1, S. 308.

Erste Variante: Vom westlichen Ausgang des Kieler Kanals (der Kanal selbst fällt in die Besatzungszone Großbritanniens und der USA) zur Westküste Jütlands bis zur Mündung der Elbe und weiter am rechten Ufer der Elbe bis zur tschechischen Grenze, wobei die Städte Magdeburg und Dresden, die auf beiden Ufern dieses Flusses liegen, zur Besatzungszone der UdSSR gehören [vgl. Karte 3].

Zweite Variante: Von Wismar entlang des [11.] Längengrades nach Süden bis zur Elde, weiter stromabwärts bis zur Mündung dieses Flusses [bei Dömitz] in die Elbe, weiter entlang des rechten Ufers der Elbe über die Saale und die Elster bis zur westlichen Grenze Sachsens, von dort deckt sich die Demarkationslinie mit der Westgrenze Sachsens bis zur tschechischen Grenze. Magdeburg, das auf beiden Ufern dieses Flusses liegt, gehört zur Besatzungszone der UdSSR [vgl. Karte 4].

Karte 3: Erste Variante der sowjetischen Planung¹³⁶



Beide Varianten (vgl. Karte 3–4) unterschieden sich wesentlich von den britischen und amerikanischen Planungen (vgl. Karte 1–2). Beide hätten im Falle ihrer An-

136 Protokoll zum Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 12. 1. 1944, in: AVP RF f. 017, op. 1, p. 1, d. 6, Bl. 122–127, hier Bl. 125–126. Vgl. S. 415, Anm. 135.

nahme die politische Landkarte Nachkriegsdeutschlands stark verändert. Die erste Variante (Karte 3) war unter militärischen Gesichtspunkten die einfachste und wahrscheinlich auch die vorteilhafteste für die UdSSR. Sie hätte Deutschland entlang der Elbe in Besatzungsgebiete geteilt und der sowjetischen Zone einen Nordseezugang verschafft. Die Elbe wäre zur strategischen Verteidigungs- bzw. Angriffslinie der UdSSR im Falle eines Konflikts zwischen den Siegermächten geworden. Diese Abgrenzungsvariante hätte große Teile Schleswig-Holsteins sowie Hamburg, Kiel und Lübeck der sowjetisch besetzten Zone angeschlossen, während der größte Teil Sachsen-Anhalts, mehr als die Hälfte Sachsens und ganz Thüringen in den von Briten und Amerikanern zu besetzenden Teil Deutschlands gefallen wären.

Karte 4: Zweite Variante der sowjetischen Planung¹³⁷



137 Protokoll zum Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 12. 1. 1944, in: AVP RF f. 017, op. 1, p. 1, d. 6, Bl. 122–127, hier Bl. 125–126. Vgl. S. 415, Anm. 135.

Die zweite Variante (Karte 4) wies größere Ähnlichkeit zu der wenige Tage später von den Briten vorgeschlagenen Demarkationslinie auf. Doch das sowjetische Besatzungsgebiet war erheblich kleiner als in der britischen Planung. Teilen Mecklenburgs und Sachsen-Anhalts und ganz Thüringen wäre die sowjetische Besetzung erspart geblieben. Eine gemeinsame Besetzung Berlins war in keiner der beiden sowjetischen Varianten vorgesehen. Dies blieb durch die strikte Trennung der Truppen entlang der beschriebenen Linien ausgeschlossen.

Besonders eine der Forderungen dieses Dokuments lässt erkennen, dass man in Moskau bei den projektierten Besatzungszonen an zukünftige Einflussgebiete dachte, welche gegen die Zufälligkeiten des weiteren Kriegsverlaufs geschützt werden sollten.¹³⁸

Falls Truppen der UdSSR im Moment der deutschen Kapitulation über die oben angegebene Demarkationslinie hinaus weiter nach Westen vorgestoßen sind, ziehen sie sich nach Austausch durch Truppen des Vereinigten Königreichs und der USA zurück. Das Gleiche gilt für Truppen des Vereinigten Königreichs und der USA, falls diese im Moment der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde östlich über die oben angegebene Demarkationslinie hinaus vorgestoßen sind.

In dieser sowjetischen Planung blieben die Interessensphären jedoch nicht allein auf Deutschland beschränkt, sondern bezogen auch Polen, die Tschechoslowakei und die übrigen von Deutschland im Westen besetzten Länder ein. All diese Staaten sollten nach ihrer Befreiung den Siegermächten die ungehinderte Nutzung von Verbindungswegen zu ihren jeweiligen Besatzungstruppen in Deutschland gewähren. Den Besatzungsmächten wurde das Recht vorbehalten, die Haupt Eisenbahnverbindungen in den genannten Staaten unter ihren direkten Schutz zu stellen und Truppen in diesen Ländern zu stationieren. Weiterhin umfasste der Entwurf des Protokolls die gegenseitige Verpflichtung, in den Zonen unter keinen Umständen den Durchzug fremder Streitkräfte zu gestatten.

Welche Bedeutung maß man in Moskau der Demarkationslinie zu? Markierte sie die „Sollbruchstelle“,¹³⁹ an der man gegebenenfalls ein Auseinanderbrechen Deutschlands zu sehen wünschte? War Deutschland nur Teil einer viel größeren und grundlegenderen Abgrenzung britisch-amerikanischer und sowjetischer Interessensphären in Europa, wobei 1944 längst noch nicht feststand, welchen Status die Staaten innerhalb dieser Sphären einnehmen würden? Oder implizierte die Demarkationslinie keinerlei politische Bedeutung und zielte lediglich darauf, Konflikte bei der für notwendig befundenen Besetzung Deutschlands zu vermei-

138 Ebd., Bl. 125.

139 Gunther Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?* München 1995, S. 233.

den? Es spricht viel dafür, dass die vorgeschlagene Demarkation mit einem politischen und militärischen Wunschprogramm verbunden war. Sie beinhaltete ein entscheidendes Element der künftigen sowjetischen Friedensordnung. Wenn es gelingen sollte, eine Pax Sovietica im Osten Europas zu gestalten, dann würde die unbefristete Anwesenheit sowjetischer Truppen im Zentrum Deutschlands ihr Schutzschild bilden.

Einflussphären, die Sicherheit versprochen, spielten im außenpolitischen Denken der UdSSR bereits seit Langem eine entscheidende Rolle. Darin unterschied sich Litwinov nicht von Molotov, Stalin oder den Experten in der Vorošilov-Kommission. Doch blieb damals unklar, wie viel von diesem Wunschprogramm sich verwirklichen lassen würde. Nicht nur in den Verhandlungen, sondern bereits während der Planung, wurde in Moskau vermieden, die langfristigen Konsequenzen der Zoneneinteilung allzu deutlich auszusprechen. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass man dort Lehren aus dem Anfang 1942 gescheiterten Versuch gezogen hatte, eine direkte Interessenabsprache in Form eines geheimen Zusatzprotokolls zum britisch-sowjetischen Bündnisvertrag zu erreichen. Insbesondere mit Rücksicht auf die USA, die sich zwei Jahre zuvor entschieden gegen derartige Abmachungen gestellt hatten, dürften bei den aktuellen Planungen eindeutige Formulierungen hinsichtlich der Interessensphären umgangen worden sein.

Im Januar 1944 arbeitete die Vorošilov-Kommission ohne ihren Vorsitzenden außerordentlich intensiv. Bereits Ende des Monats übermittelte sie Vorošilov die Entwürfe für die ausführlichen Kapitulationsbedingungen und für ein dazugehöriges geheimes „Protokoll“.¹⁴⁰ Im Entwurf der ausführlichen Kapitulationsbedingungen, die nach ihrer Unterzeichnung durch deutsche Vertreter zur Veröffentlichung in russischer, englischer und deutscher Sprache bestimmt waren, wurden in insgesamt 20 Abschnitten äußerst detailliert 158 Einzelbestimmungen vorgeschlagen. Im Vordergrund standen militärische und damit zusammenhängende formelle Bestimmungen, die etwa zwei Drittel der Forderungen ausmachten (§§1–59 und 68–111). Die Forderungen zur vollständigen Besetzung Deutschlands (§§60–67) blieben allgemein und grundsätzlich. Weiterhin war von einer deutschen Regierung die Rede, die sämtliche Kosten der Besetzung tragen sollte.

In den Bestimmungen zur „Auflösung der Nazipartei, Entwaffnung der paramilitärischen Organisationen Deutschlands und Ausrottung der nazistischen Ideologie“ (§§112–119), zur „Auslieferung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher“ (§§120–122) und zur „Annullierung der nazistischen Rechtsvorschriften und Wiederherstellung der politischen Freiheiten in Deutschland“ (§§123–130) vermied man alles, was von den Verhandlungspartnern in London als spezifisch

140 Bazarov an Vorošilov, 27. 1. 1944, in: UdF 1, S. 275–276.

sowjetisch hätte kritisiert werden können. Die Formulierungen zielten auf eine schnelle Einigung mit den beiden Westmächten. So sollten „die Freiheit des Wortes, die Religionsfreiheit, die Freiheit der politischen Überzeugung sowie die Presse- und Versammlungsfreiheit“ wiederhergestellt werden. Zwar war vom „Recht auf Bildung antifaschistischer politischer Gruppen“ die Rede, nicht aber von der Zulassung politischer Parteien (§128). Als spezifisch sowjetisch bewertbar waren allein die vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die deutsche Kriegsindustrie (§§131–136), zur „Kontrolle über die Wirtschaft Deutschlands“ (§137–145) und zur „Verpflichtung Deutschlands in Bezug auf Restitutionen und Reparationen“ (§§137–152).¹⁴¹

Der ursprünglich zur Übergabe an die Partner der Anti-Hitler-Koalition bestimmte sowjetische Entwurf ging insbesondere in seinen wirtschaftlichen Bestimmungen über das hinaus, was die Briten am 15. Januar 1944 in die EAC zusammen mit ihrem Vorschlag zur Zoneneinteilung eingebracht hatten.¹⁴² Stalins Interesse an Letzterem könnte ein Grund dafür gewesen sein, dass er auf die Bestätigung des ausführlichen Entwurfs der Kapitulationsbedingungen verzichtete. Daher gelangten die sowjetischen Vorschläge nie in die EAC.

Das Gleiche gilt für den Protokoll-Entwurf zu den ausführlichen Kapitulationsbedingungen, den die Kommission ebenfalls am 27. Januar an Vorošilov übermittelte. Er verankerte spezifische sowjetische Interessen. Es handelte sich dabei nicht nur um die unwesentlich überarbeitete Fassung des bereits vorgestellten Zonenplans vom 12. Januar. Der Protokoll-Entwurf präziserte auch den Personenkreis, der im Rahmen der Entmilitarisierung und Entnazifizierung interniert werden sollte. Vorgesehen war dabei eine nach Funktion und Waffengattung differenzierte Behandlung der deutschen Militärangehörigen, was die sofortige Entlassung von Mannschaftsdienstgraden ermöglicht hätte. Unkonkretisiert blieb die erhobene Forderung, Internierte bzw. Kriegsgefangene gegenseitig zwischen den Besatzungsmächten auszuliefern. Als Indiz dafür, dass dieser Entwurf ohne Kenntnis der britischen Vorschläge eingebracht wurde, könnte Berlin gelten. Noch immer war nicht von einer gemeinsamen Besetzung Berlins durch Truppen der drei Mächte die Rede.¹⁴³ Erst Anfang Februar erhielt die Vorošilov-Kommission Kenntnis von den Vorschlägen der Engländer,¹⁴⁴ doch sie befürworteten

141 Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, 3. 2. 1944, ebd., S. 277–304.

142 Draft of German Armistice, 15. 1. 1944, in: DzD I, 5, S. 752–744. Dieser enthielt in 16 Abschnitten lediglich 70 Einzelbestimmungen.

143 Protokoll zu den Kapitulationsbedingungen (Entwurf), 3. 2. 1944, in: UdF 1, S. 305–316.

144 Die britischen Vorschläge waren am 15.1.1944 in die EAC eingebracht worden, vgl. S. 414, Anm. 130.

ihre Arbeit sofort. Alle beteiligten Russen, eingeschlossen Gusev in London, erfassten die weitreichenden Konsequenzen der britischen Vorschläge, auch wenn wir nicht wissen, ob sie darin die „goldene Gelegenheit“ erblickten, „im Herzen Europas Fuß zu fassen“ – wie Vojtech Mastny annimmt.¹⁴⁵

Die grundsätzlichen Entscheidungen zur Zoneneinteilung fielen in Moskau außerhalb der Vorošilov-Kommission. Der Entwurf der ausführlichen Kapitulationsbedingungen, den die Kommission noch am 3. Februar in Abwesenheit von Vorošilov bestätigt hatte, wurde zurückgestellt. Molotov informierte Šapošnikov (der den Kommissionsvorsitzenden vertrat) über den Stand der Verhandlungen in der EAC, übergab ihm eine Fassung des britischen Memorandums zu den Besatzungszonen und beauftragte die Kommission,¹⁴⁶

eine Kurzfassung der Kapitulationsbedingungen zusammenzustellen, die in erster Linie die grundlegenden militärischen Bestimmungen (Kapitulation der deutschen Streitkräfte, das Verfahren zur Entwaffnung dieser Streitkräfte, die Behandlung der Angehörigen dieser Streitkräfte usw.) enthält.

Von der Zoneneinteilung war in dieser Weisung nicht die Rede, doch stand sie eindeutig im Mittelpunkt des sowjetischen Interesses. Vor allem um die „Zonung“ Deutschlands kreisten die Änderungen in den sowjetischen Entwürfen. In dieser Hinsicht gab es aus sowjetischer Sicht im britischen Entwurf mindestens drei Probleme: *Erstens* die Anwesenheit von Truppen aller drei Mächte in allen drei Zonen, in denen jedoch die Truppen jeweils einer Macht überwiegen sollten, *zweitens* die Sonderregelung für Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien und *drittens* der Status von Berlin. Unsicher über die aktuelle Position der beiden Westmächte, strebte die Kommission danach, einen sowjetischen Entwurf in die EAC einzubringen, der von Großbritannien und den USA als Grundlage für die Einteilung der Besatzungszonen akzeptiert werden würde. Unter unmittelbarer Kontrolle durch Molotov und Stalin näherte sich die Kommission dieser schwierigen Aufgabe in drei Schritten, die sich deutlich in drei Dokumenten erkennen lassen, die am 4., 8. und 12. Februar 1944 vorlagen.

Als Šapošnikov den versammelten Kommissionsmitgliedern am 4. Februar Molotovs Auftrag übermittelte, kündigte er an, dass das geforderte Dokument zur Vorlage in der EAC bestimmt sei.¹⁴⁷ Entweder trug der frühere Generalstabschef der Roten Armee an diesem Tag bereits eine erste Kurzfassung in seiner Aktentasche, oder sie entstand ad hoc während der Sitzung. Darauf könnten die Unterschriften Šapošnikov, Majskij, Isakov und Ignat'ev neben dem Datum vom

145 Mastny, Kalter Krieg, S. 180.

146 UdF 1, S. 641, Anm. 273.

147 Ebd., S. 641, Anm. 274.

4. Februar hindeuten. Noch am selben Tag erhielt Molotov diesen *ersten* Entwurf.¹⁴⁸ Er umfasste auf lediglich sechs Schreibmaschinenseiten 20 Punkte und ging davon aus, dass sowjetische Truppen zum Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands noch nicht das Reichsgebiet betreten hätten. Beschrieben wurde die Abgrenzung der Roten Armee von den Truppen der Alliierten in Europa. Diese europäische Demarkationslinie nahm im Entwurf einen nachrangigen Platz ein. Sie wurde erst im Schlussteil skizziert und blieb formal dem Ziel untergeordnet, die deutschen Truppen in Europa zu entwaffnen. Zu diesem Zweck grenzte sie die Aufgaben der UdSSR von denen der Westmächte auf dem gesamten Kontinent ab. In den sowjetischen Zuständigkeitsbereich sollte die Osthälfte Norwegens, Finnland, der östliche Teil Deutschlands, die Tschechoslowakei, die Osthälften Ungarns und Jugoslawiens sowie Rumänien fallen. Polen und die baltischen Staaten wurden aus unterschiedlichen Gründen nicht gesondert genannt. Deren Zugehörigkeit zum sowjetischen Kontrollgebiet wurde stillschweigend vorausgesetzt. Offensichtlich handelte es sich bei dem im Entwurf benannten Territorium um das Anfang 1944 angestrebte Operationsgebiet der Roten Armee in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs. Es deckte sich mit dem Gebiet, über das Stalin die alleinige Kontrolle anstrebte und wo er seine Friedensordnung durchsetzen wollte. Nur Bulgarien, mit dem sich die UdSSR zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Krieg befand, wurde noch nicht einbezogen.

In Deutschland folgte die von der Kommission vorgeschlagene Grenzziehung dem britischen Vorschlag. Dies lässt sich an der erstmaligen Berücksichtigung Berlins erkennen. Sie war das eigentlich Neue an diesem sowjetischen Entwurf. Vor allem dadurch unterschied er sich von all seinen Vorgängern. Es ist vermutet worden, dass die Russen den besonderen Status von Berlin als ein Detail betrachteten, das sie zu dieser Zeit noch nicht für wichtig hielten, da sie wie ihre westlichen Partner die Zoneneinteilung insgesamt als vorübergehend betrachtet hätten.¹⁴⁹ An einer solchen Interpretation ist zu zweifeln. Da Stalin langfristig mit erneut von Deutschland ausgehenden Gefahren rechnete und in einer dauerhaften Anwesenheit sowjetischer Truppen die beste Sicherheitsgarantie erblickte, dürfte die Berlin-Regelung für ihn große Bedeutung gehabt haben. Es muss angenommen werden, dass der Kremlchef durch ein Entgegenkommen in der Berlin-Frage zuerst und vor allem die beiden anderen Probleme lösen wollte, die der britische Entwurf für die UdSSR enthielt. Stalin dürfte den Sonderstatus für Berlin ausdrücklich akzeptiert haben, um das von ihm angestrebte zonale Prinzip – die alleinige Zuständigkeit jeweils einer Macht für eine Zone – durchsetzen zu können

148 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 4. 2. 1944, UdF, S. 311–316.

149 Mastny, Kalter Krieg, S. 182–183.

und eine Beteiligung der Alliierten an der Besetzung der deutschen Ostgebiete zu verhindern.

In Siegesstimmung hatte er schon wenige Wochen zuvor gegenüber Churchill von einer „gemeinsamen Ankunft“ in Berlin gesprochen.¹⁵⁰ Die von der UdSSR niemals in Frage gestellte Beteiligung der Westmächte an der Besetzung Berlins war sowohl der vergegenständlichte Ausdruck der sowjetischen Kooperationsbereitschaft wie der Lohn, der den Westmächten winkte, wenn sie ihre Zusammenarbeit mit der UdSSR bis zum Kriegsende fortsetzten.

Den Begriff „Zone“ – welchen die Kommission bereits in den ausführlichen Kapitulationsbedingungen und dem dazugehörenden Protokoll gewählt hatte, die am 3. Februar in der Kommission bestätigt worden waren – verwendete sie in diesem neuen Entwurf nicht für die Besatzungsgebiete der einzelnen Mächte, sondern lediglich für die *Berliner Zone*. Innerhalb Deutschlands sollte die Grenze zwischen den Alliierten nun wie folgt verlaufen:¹⁵¹

[V]on Heiligenhafen (ausschließlich für die UdSSR) entlang der Westküste der Mecklenburger Bucht bis Lübeck (ausschließlich für die UdSSR), weiter entlang der Westgrenze Mecklenburgs bis zur Elbe und weiter stromaufwärts bis zur Verwaltungsgrenze der preußischen Provinz Altmark, dann entlang der Ostgrenze der Provinz Braunschweig und weiter an der Westgrenze von Anhalt, weiter entlang der westlichen Verwaltungsgrenze der preußischen Provinz Sachsen und Thüringens bis zu deren Schnittpunkt mit der bayerischen Grenze, weiter nach Osten entlang der Nordgrenze Bayerns bis zur tschechoslowakischen Grenze im Punkt Hof ... [U]m Berlin wird eine 20-km-Zone gebildet, die in zwei Teile geteilt wird: einen östlichen und einen westlichen. Die Demarkationslinie, die die Berliner Zone scheidet, verläuft von Nord nach Süd durch das Zentrum Berlins. Zur Entwaffnung der deutschen Streitkräfte werden in die Osthälfte der *Berliner Zone* Truppen der UdSSR geführt.

Die deutschen Ostgebiete wurden in diesem und allen nachfolgenden sowjetischen Entwürfen nicht erwähnt, stattdessen bezog der Entwurf noch die bis 1937 Freie Reichsstadt Lübeck und Teile der Provinz Schleswig-Holstein (Heiligenhafen) in die angestrebte sowjetische Zone ein.

150 In der Antwort auf eine Botschaft von Churchill vom 12. 1. 1944, der sich darin über den „wunderbaren Vormarsch der Sowjetarmee“ äußerte und indirekt seine Erwartung eines sowjetischen Einmarsches in Berlin zu erkennen gab, hatte Stalin zwei Tage später erklärt: „Sie (brauchen) die Bombardierung Berlins nicht abzuschwächen ... Die Deutschen werden es schon schaffen, *bis zu unserer gemeinsamen Ankunft in Berlin* einige Unterkünfte wieder aufzubauen, die für sie und uns notwendig sind.“ BW, S. 250 f. Hervorhebung nicht im Original.

151 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 4. 2. 1944, in: UdF 1, S. 311–316.

Molotov selbst nahm nur eine Änderung vor. In Bezug auf die Demarkationslinie strich er den Skandinavien betreffenden Teil.¹⁵² Als vier Tage später ein *zweiter* Entwurf auf der Tagesordnung stand, strich die Kommission auch die Fortführung der Demarkationslinie durch Südosteuropa. Die Grenzziehung beschränkte sich jetzt vollständig auf Deutschland, wo nun wieder von „Zonen“ und deren ausschließlicher Besetzung durch die Truppen jeweils einer Besatzungsmacht gesprochen wurde. Dem britischen Vorschlag folgend bestimmte die Kommission erstmals auch die Grenze der britischen und amerikanischen Zonen. Sie schlug nun neben der gemeinsamen Besetzung Berlins durch die drei Mächte einen analogen Status für einen Teil Schleswig-Holsteins (die Kieler-Kanal-Zone) und Hamburgs vor. Dadurch hätten sowjetische Truppen im Gegenzug zu einer Beteiligung der Westalliierten an der Besetzung Berlins Zugang zu Gebieten westlich der Demarkationslinie bekommen.¹⁵³ Dazu hieß es im Entwurf der Direktive an den sowjetischen Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission, Botschafter Gusev, lapidar:¹⁵⁴

Unser Vorschlag ergibt sich ganz natürlich aus der Tatsache, dass der Kieler Kanal mit den dazugehörigen Gebieten große internationale Bedeutung besitzt. Das können Engländer und Amerikaner nicht bestreiten.

Die angestrebte gemischte Besetzung strategisch wichtiger Gebiete konterkarierte den sowjetischen Wunsch nach strikt getrennter Besetzung der drei Hauptzonen. Die Verbindung der zwei entgegengesetzten Besatzungsprinzipien war eine von Majskij vorgeschlagene Verhandlungstaktik. Der frühere Botschafter in London hatte sich am 11. Februar an Molotov gewandt, um darauf hinzuweisen, dass im britischen Vorschlag vom 15. Januar 1944 eine gemischte Besetzung jeder der drei

152 Ebd. In diesem Entwurf finden sich zahlreiche, höchstwahrscheinlich von Molotov vorgenommene handschriftliche Änderungen. Die Abgrenzung außerhalb Deutschlands im Osten Europas ist am Rand angestrichen, in Nordeuropa quer durchgestrichen. Im nächsten Entwurf fehlt diese Passage.

153 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 8. 2. 1944, in: UdF 1, S. 316–321.

154 Basarov an Dekanozov 9. 2. 1944, AVP RF f. 082, op. 28, p. 177, d. 2, Bl. 70–74. Übermittelt den mit Molotov am Vortag abgesprochenen Entwurf des Telegramms an Gusev.

Zonen vorgesehen war.¹⁵⁵ Demgegenüber schlug Majskij vor, Gusev zu instruieren,¹⁵⁶

dass *als allgemeine Regel* jede Zone nur von den Truppen einer der drei Mächte (UdSSR, USA und Großbritanniens) besetzt werden sollte, die vereinbarungsgemäß für die jeweilige Zone verantwortlich ist. *Ausnahmen von dieser Regel können im gegenseitigen Einvernehmen der drei genannten Mächte gemacht werden.*

Molotov billigte diesen Vorschlag, der auch dazu hätte genutzt werden können, die Anwesenheit der Westmächte in Berlin, mitten in der sowjetischen Zone, zu verhindern. Der Außenkommissar sandte die neuen Entwürfe der Kapitulationsbedingungen und der Instruktion für Gusev noch am selben Tag zur Bestätigung an Stalin.¹⁵⁷ Doch der sowjetische Alleinherrscher genehmigte diese Verhandlungstaktik nicht. Er akzeptierte zwar im Wesentlichen die Vorschläge der Kommission, strich aber die angestrebte sowjetische Beteiligung an der Besetzung Schleswig-Holsteins (Kieler-Kanal-Zone) und Hamburgs.¹⁵⁸ Möglicherweise hatte Stalin dabei die von den Briten geforderte Sonderregelung für die deutschen Ostgebiete im Blick, die er unbedingt verhindern wollte. In der von ihm bestätigten Direktive für Gusev hieß es dazu:¹⁵⁹

In Anbetracht der zwischen der UdSSR und Polen bestehenden Beziehungen ist es für uns inakzeptabel, dass irgendwelche deutschen Gebiete, insbesondere Ostpreußen, von polnischen Truppen besetzt werden. Der Vorschlag, Ostpreußen zur gemeinsamen Besatzungszone zu erklären, ist für uns inakzeptabel, weil er dem Prinzip der Besetzung Deutschlands nach Zonen widerspricht, deren jede von Truppen einer der drei alliierten Mächte besetzt wird.

Durch das Abwägen Stalins blieb den Westmächten erspart, gegen eine sowjetische Beteiligung an der Besetzung Hamburgs und einer Kieler-Kanal-Zone verhandeln zu müssen.

Am 12. Februar – nachdem Stalin seine Änderungswünsche eingetragen hatte – erarbeitete die Kommission den *dritten* und endgültigen Entwurf der Kapitula-

155 Military Occupation – Memorandum by the United Kingdom Representative, 15. 1. 1944, in: DzD I, 5, S. 744–755, hier S. 752: Punkt 22 (b) „In each zone forces of one of the three Powers (United Kingdom, United States or Soviet Union) should predominate. Each zone should, however, contain contingents from the forces of the other two Powers and of the smaller Powers interested, so that the principle of military occupation by the United Nations may be maintained.“

156 UdF 1, S. 642, Anm. 279. Die hervorgehobenen Teile wurden durch Molotov gestrichen.

157 Handschriftlicher Vermerk Molotovs auf dem Entwurf der Kapitulationsbedingungen vom 8. 2. 1944, in: UdF 1, S. 316, Fußnote a.

158 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 12. 2. 1944, in: ebd., S. 322–327.

159 Molotov an Gusev, 12. 2. 1944, ebd., S. 328–331, hier S. 330.

tionsbedingungen. Daran beteiligten sich neben Molotov und Vyšinskij die Kommissionsmitglieder Šapošnikov, Majskij, Isakov und Bazarov. Es ist anzunehmen, dass sie Weisungen Stalins folgten, als sie dabei den neuen Vorschlag einfügten, Österreich gemeinsam zu besetzen und die Berlin betreffenden Bestimmungen einzuengen. Nun sollte nicht mehr eine 20-km-Zone, sondern nur noch eine Zone 10–15 km rund um Berlin gemeinsam besetzt werden.¹⁶⁰ An diesem Tag überarbeitete die Kommission auch die Direktive an Gusev zu den Kapitulationsbedingungen.¹⁶¹ Beide Dokumente bestätigte Stalin noch am selben Tage. Einen Tag später übermittelte sie Molotov nach London.¹⁶² Erst nachdem die Entscheidungen gefallen waren, traf sich Stalin in der Nacht zum 15. Februar zu einer zweistündigen Beratung mit dem stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Šapošnikov.¹⁶³ Bereits an diesem Tag konnte Gusev den Entwurf in die EAC einbringen.¹⁶⁴

Im Foreign Office erkannte man sofort die Bedeutung des sowjetischen Vorschlags. Gladwyn Jebb (der Mitautor des britischen Zonenplans) bezeichnete das Dokument als einen Meilenstein in den Beziehungen zur Sowjetunion. William Strang nannte es einen nützlichen Entwurf, und ein anderer Mitarbeiter der Deutschlandabteilung, Con O’Neil, meinte, es sei ein sehr praktisches und gut handhabbares Dokument.¹⁶⁵ George Kennan – damals Berater des amerikanischen EAC-Delegierten – glaubte, die Russen hätten die britischen Vorschläge über die Besatzungszonen im Ganzen angenommen.¹⁶⁶ In Washington bewerteten die Joint Chiefs of Staff den sowjetischen Vorschlag als die praktischste aller Lösungen, was für sie jedoch nicht Anlass für Zustimmung war, sondern Alarm auslöste.¹⁶⁷ Die amerikanischen Analytiker erfassten jedoch nicht die Komplexität des sowjetischen Dokuments. Tatsächlich zielte es durch die Ausklammerung vieler (darunter auch wesentlicher) Details, die in den britischen und amerikanischen Entwürfen enthalten waren, auf eine schnelle Einigung. Die westlichen Verhandlungspartner verkannten jedoch, in welchem hohen Maße der sowjetische Entwurf

160 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 12. 2. 1944, ebd., S. 322–327.

161 Molotov an Gusev, 12. 2. 1944, ebd., S. 328–331.

162 Bericht über die Arbeit der EAC, o.D., in: AVP RF f. 0512, op. 1, p. 6, d. 555, Bl. 11–41, hier Bl. 41.

163 Vgl. LPS, S. 426. An der Beratung hatten Molotov, Mikojan, Malenkov Ščerbakov, Vyšinskij und Dekanozov teilgenommen.

164 EAC (44) 9, 15. 2. 1944 mit Begleitschreiben von Gusev an die EAC übermittelt, vgl. DzD I, 5, S. 771, Fußnote 1.

165 Ebd.

166 Kennan, Memoiren, S. 172

167 Ziemke, Germany, S. 119.

Forderungen enthielt, die ihr eigenes Mitspracherecht in den Angelegenheiten des sowjetischen Besatzungsgebiets einschränkte.

Stalin war entschlossen, die präzedenzlosen Möglichkeiten der angestrebten bedingungslosen Kapitulation einer europäischen Großmacht so umfassend wie möglich zu nutzen. Diese Absicht ist an der Instruktion gut erkennbar, die der sowjetische Verhandlungsführer in der EAC erhielt. Die Gusev darin aufgetragene Zurückweisung des vorliegenden britischen Entwurfs liest sich wie eine Kritik an den vorangegangenen ausführlichen Kapitulationsbestimmungen der Vorošilov-Kommission.¹⁶⁸

Wir sind der Auffassung, dass der detaillierte englische Entwurf für den Waffenstillstand mit Deutschland viele Fragen in sich birgt, die sich zwar unmittelbar auf den Waffenstillstand beziehen, jedoch die Hauptfrage – die der Kapitulation und Entwaffnung der deutschen Streitkräfte – jetzt als sekundär erscheinen lassen könnten. Außerdem könnte die Abstimmung sämtlicher in dem englischen Entwurf angeschnittenen Fragen zu diversen Schwierigkeiten führen und viel Zeit in Anspruch nehmen.

Nachdrücklich drängte die Direktive darauf, die Kapitulationsbedingungen, in denen von einem „verbrecherisch angezettelten Krieg“ die Rede sein sollte, so kurz wie möglich zu halten und sie auf militärische Forderungen zur Entwaffnung Deutschlands zu begrenzen. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf zusätzliche Forderungen an Deutschland, welche man bereits in der Kurzfassung ankündigen müsse.¹⁶⁹

Nach Entwaffnung der deutschen Armee wird es den Alliierten nicht schwerfallen, Deutschland zu zwingen, beliebige zusätzliche Bedingungen in Bezug auf politische und wirtschaftliche Fragen sowie in Bezug auf die Reparationsleistungen, die Demobilisierung, die Kriegsgefangenen u. ä. zu akzeptieren.

Realitätsnah erläuterte die Direktive die Befürchtung Stalins, die damit rechnete,¹⁷⁰

dass – obwohl Regierung und Armeeführung Deutschlands die Waffenstillstandsurkunde zu einem bestimmten Zeitpunkt unterzeichnen – sich an einzelnen Orten oder in einzelnen Gebieten Deutschlands bzw. in den von diesem Land besetzten Gebieten noch einzelne Widerstandsnester halten, zu deren Niederwerfung die Alliierten zur Fortsetzung von Kriegshandlungen gezwungen sein können.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Briten und Amerikaner (aber auch zum ursprünglichen Entwurf der Vorošilov-Kommission), forderte die sowjetische

168 Molotov an Gusev, 12. 2. 1944, in: UdF 1, S. 328–331, hier S. 328.

169 Ebd.

170 Ebd., S. 329.

Kurzfassung der Kapitulationsbedingungen die Gefangennahme *aller* Angehörigen der deutschen Streitkräfte und der ihnen gleichgestellten Formationen. Von der Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und Internierten war im sowjetischen Entwurf nicht die Rede. Vielmehr wurde wiederholt betont, dass die „gesamte deutsche Armee in Kriegsgefangenschaft“ gehalten werden müsse. Zur Begründung sollte Gusev u. a. anführen, dass die Gefangennahme dieser großen Menschengruppe „zur endgültigen Entzauberung des Mythos‘ von der Unbesiegbarkeit der deutschen Armee [beitragen wird], den das Hitlertum so sorgfältig kultiviert hat“. Besonders unterstrichen wurde in der Direktive an Gusev die Bedeutung der sowjetischen Forderung nach Übergabe „aller Staatsangehörigen der Vereinten Nationen an die Vertreter des Alliierten Oberkommandos“. Zwar wurde noch nicht ausdrücklich von Kriegsgefangenen gesprochen, welche Bürger der UdSSR waren bzw. von den sowjetischen Behörden als solche angesehen wurden, doch sollte Gusev sofort darauf hinweisen, dass diese Gruppe „unbedingt sämtliche Personen einschließen müsse, die ihre Heimat verraten haben“. Gusev ließ sich in den kommenden Wochen in der EAC ebenso exakt wie beharrlich von dieser Direktive leiten. Dadurch vermittelte er bei seinen Verhandlungspartnern den Eindruck eines „wahren Racheengels“. ¹⁷¹

Die „Zonung“ Deutschlands in der EAC

Mit der Offenlegung ihrer Vorstellungen zur Abgrenzung der Besatzungszonen löste die UdSSR bei den Briten Erleichterung aus. Dennoch vermied es Strang, zu der vorgeschlagenen Abgrenzung der sowjetischen Zone eine unmittelbare Stellungnahme abzugeben. ¹⁷² Erst zehn Tage später würdigte er offiziell in einer schriftlichen Stellungnahme die Ähnlichkeiten der britischen und sowjetischen Vorschläge ¹⁷³ und schlug wenig später vor, die Zoneneinteilung auf Grundlage des sowjetischen Vorschlags zu diskutieren. Daraufhin erklärte sich Gusev damit einverstanden, diese Regelung nicht in die Kapitulationsurkunde aufzunehmen, sondern in einem gesonderten Dokument allein zwischen den drei Siegermächten zu fixieren. ¹⁷⁴ Ein britisch-sowjetisches Übereinkommen schien schnell erreichbar.

Anders sah die Lage für die US-Delegation in der EAC aus. Ohne eindeutige Direktiven aus Washington tendierte sie dazu, die zukünftige sowjetische Zone in

171 Mastny, *Kalter Krieg*, S. 184.

172 Minutes of the third formal Meeting (EAC), 18. 2. 1944, in: DzD I, 5, S. 14–20. Gegenüber dem State Department drängte Winant schon am 16. 2. 1944 auf Instruktion zur Darlegung der US-Position in der EAC, vgl. FRUS 1944 I, S. 172–173.

173 EAC (44) 10: britische Stellungnahme zum sowjetischen Entwurf der Kapitulationsbedingungen, 28. 2. 1944, in: DzD I, 5, 775–778.

174 Minutes of the fifth formal Meeting (EAC), 14. 3. 1944, DzD I, 5, S. 30–39.

Deutschland zu akzeptieren.¹⁷⁵ Doch Botschafter Winant übermittelte weder dem Präsidenten noch dem State Department seine Analyse der sowjetischen Vorschläge und ihrer Annahme durch die Briten. Ohne erkennbares Bedauern berichtete er im März 1944, die Briten würden statt des US-Entwurfs den sowjetischen Entwurf der Kapitulationsbedingungen vorziehen.¹⁷⁶ In Washington hatte der amtierende Außenminister, Stettinius, Roosevelt bereits am 19. Februar über den sowjetischen Zonenvorschlag informiert und darauf hingewiesen, dass dieser sich mit dem der Briten decke. Der Präsident, der bereits im November des vergangenen Jahres einen eigenen Vorschlag skizziert hatte (vgl. Karte 2), äußerte sich zwar nicht direkt zum sowjetischen Zonenangebot, lehnte aber die Überlegungen der Briten ab. Amerikanische Militärs vermuteten ein britisch-sowjetisches Einvernehmen, um auf diese Weise einen von ihrem Präsidenten initiierten Vorschlag zu verhindern. Sie versuchten – mit oder ohne Weisung des Präsidenten –, die Uhren zurückzustellen und veranlassten zu diesem Zweck die Weiterleitung des Roosevelt'schen Zonenvorschlags an Winant.¹⁷⁷ Dem amerikanischen EAC-Delegierten waren die Vorstellungen des Präsidenten nicht neu.¹⁷⁸ Der Botschafter betrachtete sie als vollkommen ungeeignet, um den Russen entgegenzutreten und vermied es, sie in die Londoner Kommission einzubringen. „Es war klar“, erklärte sein damaliger politischer Berater rückblickend, „dass es sehr überzeugender und fundierter Argumente, vermutlich gekoppelt mit fühlbarem Druck, bedürfen würde, um die Russen, die sich mit den Briten bereits auf eine weiter westlich gelegene Linie geeinigt hatten, zur Annahme einer für sie so erheblich weniger vorteilhaften Grenzziehung zu bewegen.“¹⁷⁹

Damals, im März 1944, als die anglo-amerikanischen Streitkräfte in Italien nicht die erhofften Erfolge erzielt hatten und die Landung in Frankreich noch in weiter Ferne stand, versuchten Kennan und Winant gemeinsam, eine aussichtslose Auseinandersetzung mit der UdSSR in der EAC abzuwenden. Um seine Gründe darzulegen, weshalb er Roosevelts Zonenplan nicht in die EAC eingebracht hatte, bat Winant um die Entsendung seiner politischen und militärischen Berater, Kennan und Wickersham, nach Washington.¹⁸⁰ Kennan hatte bereits zuvor in einer Unterredung mit Sobolev im Foreign Office angekündigt, dass die amerikanische Delegation an einem Kompromissentwurf arbeite, der im Wesentlichen auf

175 Kennan an Winant, 23. 2. 1944, DzD I, 5, S. 1181–1185, hier S. 1185: „We are all generally agreed on the line of delimitation between the Soviet and Allied forces.“

176 Winant an Hull, 12. 3. 1944, ebd., S. 1206–1207.

177 Ziemke, *Germany*, S. 119–120.

178 Sharp, *Zonal Division*, S. 57.

179 Kennan, *Memoiren*, S. 173. Vgl. dazu auch Sharp, *Zonal Division*, S. 64–65.

180 Sharp, *Zonal Division*, S. 65.

den russischen Kapitulationsbedingungen basiere.¹⁸¹ Am 3. April erläuterte Kennan dann seinem Präsidenten die Unmöglichkeit, den völlig abweichenden amerikanischen Vorschlag noch in die EAC einzubringen. Roosevelt versprach, die Angelegenheit zu bereinigen.¹⁸² Daraufhin bestätigte das State Department, der Präsident sei bereit, die westliche Grenze der sowjetischen Zone zu akzeptieren. Bevor jedoch in Washington eine neue Instruktion für Winant abgestimmt und an diesen geschickt werden konnte, dauerte es noch fast vier Wochen. Winant erhielt seine Instruktion offiziell erst am 1. Mai 1944. Der Präsident schien noch immer der Zoneneinteilung keine große Bedeutung beigemessen zu haben.¹⁸³ Inoffiziell hatte der amerikanische Botschafter allerdings bereits Mitte April seinem sowjetischen EAC-Kollegen versichert, dass es in Bezug auf die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone keine großen Differenzen zwischen den USA und der UdSSR gäbe. Bei dieser Gelegenheit warb er um sowjetische Unterstützung für die Zuteilung der Nordzone an die USA. Gusev glaubte dabei herausgehört zu haben, die USA seien bereit, für den Erhalt dieser Zone auf eine Beteiligung an der Besetzung Berlins zu verzichten.¹⁸⁴

Offiziell akzeptierte Winant erst am 12. Mai 1944, annähernd drei Monate nach Vorlage des sowjetischen Vorschlags, die Grenze der sowjetischen Zone in Deutschland.¹⁸⁵ Im gleichen Monat erkannten die beiden Westmächte das von der UdSSR formulierte Prinzip an, jede der drei Zonen ausschließlich durch die Truppen einer der drei Mächte zu besetzen,¹⁸⁶ was die Briten noch im Monat zuvor attackiert hatten.¹⁸⁷ Ein Jahr bevor die Rote Armee dann die sowjetische Zone vollständig besetzen konnte, hatten damit die USA und Großbritannien am Londoner Verhandlungstisch einer Abgrenzung zugestimmt, die sich als außerordentlich dauerhaft und folgenreich nicht nur für den Osten Deutschlands, sondern für alle Staaten in Ostmitteleuropa erweisen sollte. Die Regierungen in Washington und London akzeptierten damit, dass 42 Prozent des Reichsgebiets allein durch die Rote Armee besetzt werden würde, noch bevor eine endgültige Regelung der gemeinsamen Besetzung Berlins erreicht war! Die UdSSR musste dafür keiner-

181 Unterredung zwischen Jebb, Kennan und Sobolev, 14. 3. 1944, DzD I, 5, S. 1207–1208.

182 Kennan, *Memoiren*, S. 175.

183 Ziemke, *Germany*, S. 123.

184 Unterredung zwischen Gusev und Winant, 18. 4. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 23, d. 236, Bl. 139–141, hier Bl. 140.

185 EAC (44) Minutes of an Informal Meeting, 12. 5. 1944, in: DzD I, 5, S. 62.

186 EAC (44) Minutes of an Informal Meeting, 31. 5. 1944, in: ebd., S. 73.

187 Unterredung zwischen Strang an Gusev, 15. 4. 1944, DzD I, 5, S. 1234–1236. Gegenüber dem sowjetischen Botschafter, der die Zoneneinteilung als besonders wichtig für die UdSSR bezeichnete, drängte der Brite noch immer auf die Anwesenheit von Truppenkontingenten aller drei Mächte in den jeweiligen Zonen.

lei Zugeständnisse auf anderen Gebieten leisten. Die Pax Sovietica – die sowjetische Friedensordnung – gründete sich auf das 1944 gegebene und von den Beteiligten wahrgenommene militärische Kräfteverhältnis innerhalb der Anti-Hitler-Koalition. Der offizielle Historiker der amerikanischen Vorbereitungen auf die Besetzung Deutschlands rechtfertigt dieses frühe Übereinkommen mit Hinweis auf die militärische Lage:¹⁸⁸

If the German collapse had come at any time in the foreseeable future, it would have come on the front in the Soviet Union ... Laying the boundaries of the western zones farther east was slightly utopian.

Als das Übereinkommen über die Westgrenze der sowjetischen Zone erreicht war, blieb noch immer ungeklärt, ob und wie die von allen drei Mächten vorgesehene gemeinsame Besetzung von Berlin verwirklicht werden könnte.

Der Ursprung der Sektoreinteilung Berlins

Können die Briten „Autorenrechte“ hinsichtlich der Besatzungszonen geltend machen (insbesondere an einer besonderen Berliner Zone), so ist die Sektoreinteilung Berlins eine „Erfindung“ der Sowjets. Während der gesamten Verhandlungen in der EAC von Dezember 1943 bis Juli 1945 unternahm keine der beteiligten Mächte den Versuch, Übereinstimmung darüber herzustellen, welche Funktion ihre Truppenkontingente in dieser Stadt mitten in der Sowjetischen Besatzungszone übernehmen sollten. Lediglich der allererste, bereits im Herbst 1943 entstandene britische Entwurf zur militärischen Besetzung Deutschland beschrieb den besonderen Status der Stadt, ließ dabei aber vieles im Unklaren:¹⁸⁹

It is considered that the Berlin area should be a separate Combined Zone occupied by selected troops representing, in due proportions, all the Allied forces of occupation. The principal role of this mixed force would be to support the authority of any Allied Military Government, the Control Commission and other Allied bodies, and also to ensure the maintenance of order in the Capital.

Der sowjetische Entwurf der Kapitulationsbedingungen, der am 18. Februar 1944 in die EAC eingebracht worden war, stipulierte in Punkt 16 d:¹⁹⁰

188 Ziemke, Germany, S. 123.

189 EAC/44/2: Military Occupation of Germany. Memorandum by the United Kingdom Delegation, 15. 1. 1944, DzD I, 5, S. 725–744, 15. 1. 1944, DzD I, 5, S. 745–754, hier S. 754, Punkt 31: Combined Zone.

190 EAC (44)9: Kapitulationsbedingungen, sowjetisches Memorandum, 18. 2. 1944, in: DzD I, 5, S. 771–775.

[U]m Berlin wird eine 10–15-km-Zone gebildet, die gemeinsam von den Truppen der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und den USA besetzt wird.

Bereits zwei Wochen zuvor war in der ersten Fassung dieses Dokuments von einer Demarkationslinie die Rede, die von Nord nach Süd verlaufend die Stadt in zwei Hälften teilte, von denen die Osthälfte durch die Truppen der UdSSR besetzt werden sollte.¹⁹¹ Damit ging man in Moskau spätestens seit Februar 1944 vom Recht der Westmächte aus, an der Besetzung der Reichshauptstadt teilzunehmen. Amerikaner und Briten überließen es der UdSSR, Vorschläge für eine gemeinsame Besetzung dieser Stadt zu konkretisieren. Die spätere langjährige Auseinandersetzung der Siegermächte und der beiden deutschen Staaten um Berlin verdeckt, dass Stalin während des Krieges nicht nur ein Interesse an einer Teilnahme der Westmächte an der Besetzung Deutschlands, sondern auch an der Besetzung Berlins hatte.

*

Noch bevor sich die EAC im Juli 1944 dem Zonenprotokoll zuwandte, und sogar noch bevor Winant die amerikanische Zustimmung zur Westgrenze der sowjetischen Zone bekanntgegeben hatte, beschäftigte sich in Moskau die Vorosilov-Kommission mit Berlin. Die Arbeit begann unmittelbar nachdem die Briten die Grenzen der sowjetischen Zone anerkannt und Gusev sich bereit erklärt hatte, die „Zonung“ Deutschlands nicht als Teil der Kapitulationsurkunde den Deutschen vorzulegen, sondern sie in einem gesonderten Dokument zu fixieren. Dabei stand die Einteilung der dort für die Mächte reservierten Sektoren im Mittelpunkt des sowjetischen Interesses.

Am 17. April 1944 lag der Kommission ein Entwurf vor, der erstmals Sektoren für die drei Mächte in Berlin bestimmte (vgl. Karte 5). Unter dieser Stadt verstand man in Moskau zu diesem Zeitpunkt noch nicht das Gebiet von Groß-Berlin, sondern eine 10–15 km Zone um die nicht definierte Innenstadt. Dieses Gebiet wollte man durch Radiallinien in drei Sektoren unterteilen.¹⁹²

Radiallinie A verläuft vom Schnittpunkt der Straßen Unter den Linden und Friedrichstraße nach Süden entlang der Friedrichstraße und weiter entlang der Straßen Belle Alliance [seit 1947: Mehringdamm] und Berliner Straße bis zu der das Gebiet der Stadt Berlin außen begrenzenden Linie. *Radiallinie B* verläuft vom Schnittpunkt der Straßen Unter den Linden und Friedrichstraße nach Osten entlang der Straßen Unter den Linden, Königsstraße [seit 1995: Otto-Braun-Straße], Greifswalder Straße, Berliner Straße und Falkenberger Straße bis zur das Gebiet der Stadt Berlin außen begrenzenden und beim Vorort Falkenberg verlaufenden Linie.

191 Kapitulationsbedingungen für Deutschland: 4. 2. 1944, in: UdF 1, S. 311–316, hier 315.

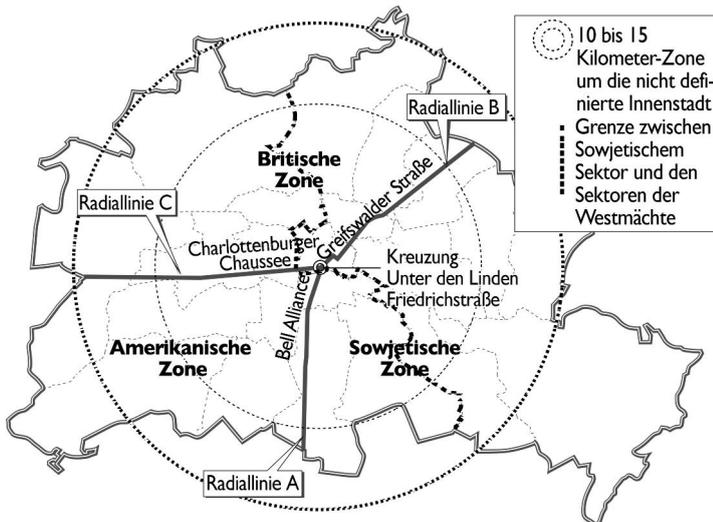
192 Ebd.

Radiallinie C verläuft vom Schnittpunkt der Straßen Unter den Linden und Friedrichstraße nach Westen entlang Unter den Linden, Charlottenburger Chaussee [seit 1953: Straße des 17. Juni] und Spandauer Chaussee bis zur das Gebiet der Stadt Berlin außen begrenzenden und entlang des westlichen Ortsrands der Stadt Spandau verlaufenden Linie. Sektor AB wird von den Truppen der UdSSR, Sektor BC von den Truppen des Vereinigten Königreichs, Sektor BA von den Truppen der USA besetzt.

Der südöstliche sowjetische Sektor hätte sich damit grundlegend von der späteren Hauptstadt der DDR unterschieden. Bereits in diesem ältesten sowjetischen Entwurf des Zonenprotokolls war die gemeinsame Verwaltung Berlins durch die drei Mächte vorgesehen, wobei sich diese Aufgabe allein aus deren gleichzeitiger Anwesenheit in der Stadt ergab.¹⁹³

Zur Koordinierung der Arbeit der Befehlshaber in jedem der Sektoren Berlins und zur Lösung von Fragen, die die Stadt insgesamt betrafen wie Verkehrs- und Nachrichteneinrichtungen aller Art, Nahrungsmittelbereitstellung, Beleuchtung, Heizung usw. wird ein Zentraler Allierter Stab zur Verwaltung der Stadt Berlin organisiert.

Karte 5: Erster sowjetischer Vorschlag zur Berliner Sektoreinteilung¹⁹⁴



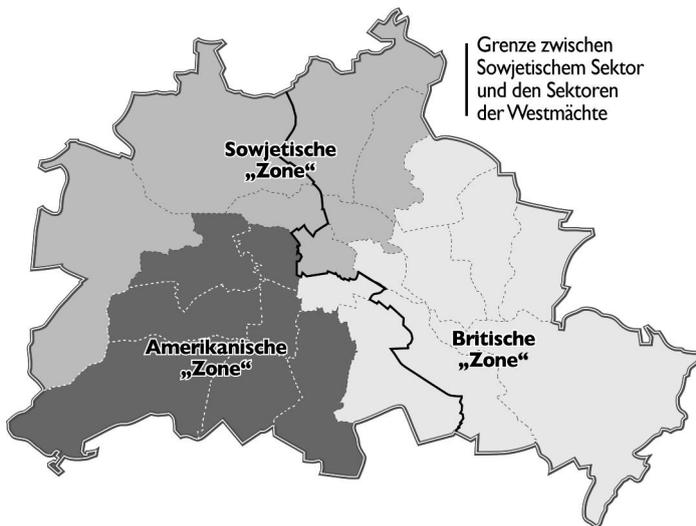
Über diesen Protokollentwurf beriet die Vorošilov-Kommission am 18. April. Die Grundsätze der Besetzung musste sie nicht noch einmal diskutieren; auch war die gemeinsame Verwaltung Berlins nicht Gegenstand der Beratung. Dafür entspann

193 Ebd., S. 377.

194 Protokoll zur Besetzung Deutschlands (Entwurf), 17. 4. 1944, in: ebd., S. 375–377, hier S. 376–377.

sich eine langwierige Kontroverse um die Sektorenteilung Berlins. Dies ist besonders interessant, da sie der vorangegangenen Diskussion um die Zoneneinteilung Deutschlands geglichen haben könnte, die wir bisher leider nicht anhand von Einzeläußerungen verfolgen können. Der 67-Jährige Generalleutnant Aleksej Ignat'ev – dessen Karriere im militär-diplomatischen Dienst des zaristischen Russlands begonnen hatte, die er 1927 nach der Rückkehr aus seinem Pariser Exil im Dienst der Roten Armee fortsetzte – gab sich als Autor der vorgeschlagenen Sektorenteilung zu erkennen, als er den Entwurf erläuterte. Demnach waren für die Auswahl des südöstlichen Teils für die UdSSR die Berliner Industriestandorte ausschlaggebend. Der stellvertretende Volkskommissar der sowjetischen Kriegsmarine, Admiral Isakov, war an der Wahl des südöstlichen Sektors wahrscheinlich nicht beteiligt, denn er kritisierte, dass bei der Einteilung der Sektoren der Abtransport von Industrieanlagen, die man als Reparationsgüter erwartete, zu wenig berücksichtigt worden sei. Seiner Meinung nach sollte dies am bequemsten per Eisenbahn bis Stettin und anschließend auf dem Seewege nach Leningrad erfolgen. Ivan Majskij, der stellvertretende Außenkommissar, schlug daraufhin den nordöstlichen Teil Berlins für die UdSSR vor und drängte, bei der Sektorenteilung die Verwaltungsstruktur Berlins zu berücksichtigen (vgl. Karte 6).¹⁹⁵

Karte 6: Zweiter sowjetischer Vorschlag zur Berliner Sektorenteilung¹⁹⁶



195 Sitzung der Vorošilov-Kommission, 18. 4. 1944, ebd., S. 378–380.

196 Sitzung der Vorošilov-Kommission, 30. 4. 1944, ebd., S. 381–385, hier S. 383–385, vgl. S. 435, Anm. 197.

Die frühe Ausarbeitung und Beratung eines speziellen Dokuments zur Sektoreneinteilung kennzeichnet den Stellenwert, der dieser Frage in Moskau beigemessen wurde. Die Vorošilov-Kommission beriet in dieser Zeit jedoch auch außerordentlich intensiv eine Vielzahl von anderen Fragen. Innerhalb von nur 12 Tagen traf sie im April mit und ohne Kommissionsvorsitzendem noch zu vier weiteren Sitzungen zusammen, ehe sie am 30. April erneut über die Sektoreneinteilung Berlins beriet. Auch an diesem Tag befasste sich die Kommission zuerst mit der Möglichkeit, wie für die UdSSR ein möglichst hoher Anteil an deutschem Kriegsgerät gesichert werden könnte. Erst danach wandte man sich der Sektorenfrage zu. Die Grundlage dafür bildete ein neuer Entwurf. Wieder begründete Ignat'ev seinen Aufteilungsvorschlag.¹⁹⁷ Diesmal hatte er für die UdSSR den nordwestlichen Sektor vorgesehen und sich dabei an den Verwaltungsgrenzen der Berliner Stadtbezirke orientiert. Den sowjetischen Sektor sollten nun die Bezirke Spandau, Reinickendorf, Pankow, Wedding, Mitte, Prenzlauer Berg, Weißensee bilden. Dagegen sollten vier der späteren Ostbezirke (Friedrichshain, Lichtenberg, Trepow und Köpenick) in den britischen Sektor fallen. Unter veränderten Kriterien richtete sich dieser Vorschlag erneut nach der Verteilung der Berliner Industrie. Diesen Ansatz unterstützten zwar alle Kommissionsmitglieder. Allein der Kommissionsvorsitzende stellte ihn in Frage. Vorošilov, der an der ersten Sektorenberatung nicht teilgenommen hatte und zwischen den beiden Kommissionsitzungen, die sich dieser Frage widmeten, nicht bei Stalin war, trat auf, als verkünde er eine neue Direktive. Betrachtet man den Inhalt seiner Äußerungen, scheint dies jedoch höchst zweifelhaft. Möglich wäre allerdings, dass Vorošilov verschiedene Bemerkungen Stalins wiedergab, die er in den Monaten zuvor vernommen hatte. Konträr zur weiteren Entwicklung erinnerte er – Zonen und Sektoren verallgemeinernd – daran,

dass die vorgesehenen Zonen lediglich Verwaltungs- und keine Wirtschaftszonen seien. Man dürfe nicht jede der drei Besatzungszonen als Eigentum derjenigen Alliierten Macht betrachten, die diese besetzt halten wird. Werde dieser Weg gewählt, dann würde man zustimmen, dass der für die Besetzung durch die britischen Streitkräfte vorgesehene Nordwestteil Deutschlands zusammen mit dem Ruhr- und dem Saargebiet als Eigentum der britischen Regierung betrachtet werde, womit man unter gar keinen Umständen einverstanden sein könne. [...] Die Industriearüstungen und Werkzeugmaschinen, die der UdSSR auf Grund ihrer Reparationsansprüche zustehen, würden nicht nur aus in der sowjetischen Besatzungszone gelegenen Betrieben entnommen, sondern auch aus anderen Unternehmen, die sich in den übrigen Teilen des deutschen Hoheitsgebiets befinden.

197 Sitzung der Vorošilov-Kommission, 30. 4. 1944, ebd., S. 381–385, hier S. 383–385.

Majskij, der seit November 1943 die Kommission leitete, die die sowjetischen Reparationsansprüche bestimmen und begründen sollte, widersprach. Auch er unterschied nicht zwischen Sektoren und Zonen, wies aber pragmatisch darauf hin, dass die Entnahme von Reparationsgütern sofort nach der Besetzung Deutschlands durch die Truppen der Sieger beginnen werde:

[D]ie in unserer Besatzungszone befindlichen Maschinen und Anlagen seien bedeutend leichter zu demontieren und aus Deutschland abzutransportieren, als jene, die sich in Werken auf dem Gebiet der amerikanischen oder britischen Besatzungszone befinden.

Vorošilov wollte sich diesem Argument nicht beugen und führte eine neue Überlegung an. Er erinnerte nun an die Verbindungswege zwischen den „Zonen“ in Berlin und den Zonen in Deutschland und forderte:

Die Aufteilung der Besatzungszonen in Berlin – ebenso, wie dies für ganz Deutschland vorgesehen ist – sei in erster Linie anhand des geographischen Prinzips vorzunehmen: Jede der Besatzungszonen im Raum Berlin müsse sich möglichst nahe an der jeweiligen Besatzungszone in Deutschland selbst befinden und mit dieser durch eine direkte Eisenbahnstrecke verbunden sein. Diesem Prinzip folgend müsse sich die amerikanische Zone im südöstlichen Teil Berlins befinden, die sowjetische hauptsächlich im Ostteil und die britische im Nordwestteil der Stadt.

Noch immer folgte die Kommission nur teilweise dem Votum ihres Vorsitzenden. Sie empfahl, die nordöstliche „Zone“ von Berlin für die UdSSR zu fordern (darunter verstand sie jetzt die Stadtbezirke Pankow, Prenzlauer Berg, Mitte, Weißensee, Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow, Köpenick) und darauf zu achten, dass die Grenzen zwischen den Berliner „Zonen“ den Stadtbezirksgrenzen folgten.

Nachdem die Vertreter der drei Mächte in der EAC am 12. Mai 1944 einen ersten gemeinsamen Entwurf für die Kapitulationsurkunde abgestimmt hatten, der all die Bestimmungen enthielt, über die bis zu diesem Zeitpunkt prinzipielle Einigkeit erzielt worden war, u. a. über das Recht der Alliierten, Truppen in jedem beliebigen Teil Deutschlands zu stationieren,¹⁹⁸ sah sich in Moskau die Vorošilov-Kommission veranlasst, ihre Arbeit zu beschleunigen.

Am 25. Mai lag ein neuer sowjetischer Entwurf des Protokolls zur Besetzung Deutschlands vor, welcher den von Strang wenige Tage zuvor übermittelten Vorschlag akzeptierte. Er modifizierte die von der UdSSR am 15. Februar vorgeschlagene Abgrenzung zwischen der britischen und sowjetischen Zone an der Ostsee-

198 Acknowledgment of Unconditional Surrender by Germany (Draft „X“), in: DzD, I, 5, S. 55–61. Artikel 9 dieses Entwurfs lautete: „The German Government and the German High Command acknowledge the right of the Allied Representatives to station forces and civil agencies in any or all parts of Germany.“

küste zugunsten der Briten.¹⁹⁹ Der Zonenabgrenzung lag nun die Verwaltungsgrenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg zugrunde. Die Autoren dieses Entwurfs verzichteten damit auf die ursprünglich „ausschließlich“ für die UdSSR geforderten Städte Lübeck und Heiligenhafen. Der sonstige Grenzverlauf der sowjetischen Zone blieb im Wesentlichen unverändert. Auch die Sektoreinteilung Berlins entsprach nicht allein dem vorangegangenen Diskussionsstand in der Vorošilov-Kommission, sondern ebenso den Wünschen der britischen EAC-Delegation. Wie von Strang am 15. April vorgeschlagen, berücksichtigte die Sektoreinteilung Berlins nun die äußeren und inneren (bezirklichen) Verwaltungsgrenzen von „Groß-Berlin“.²⁰⁰ Neu war hier eine erstmalige Regelung für die gemeinsame „gleichberechtigte“ Nutzung des Berliner „Zentralflughafens“ (Tempelhof) und die Verwaltung Berlins durch eine „Interalliierte Kommandantur“ mit einem aus dem Personal der drei Mächte zu bildenden eigenen Apparat, dessen Struktur im Allgemeinen der Struktur der örtlichen „Organe“ von „Groß-Berlin“ entsprechen sollte. Zu den Aufgaben dieser „Kommandantur“ hieß es:²⁰¹

Die „Interalliierte Kommandantur“ zur Verwaltung von „Groß-Berlin“ ist für alle Fragen von zentraler Bedeutung, die das tägliche Leben dieser Stadt betreffen, zuständig; sie ist im Rahmen ihrer Tätigkeit den Beratungen der drei Oberbefehlshaber und dem Interalliierten Koordinierungsausschuss, dessen Bildung in Deutschland nach der Kapitulation dieses Landes vorgesehen wird ... unterstellt.

Die in den Berliner Sektoren zu stationierenden Truppenkontingente der drei Mächte erhielten die Aufgabe,²⁰²

die öffentliche Ordnung in den entsprechenden Zonen „Groß-Berlins“ aufrechtzuerhalten sowie die „Interalliierte Kommandantur“ zur Verwaltung von „Groß-Berlin“ und alle übrigen Organe und Einrichtungen, die von den Alliierten in dieser Stadt geschaffen werden können, zu bewachen.

Die „Interalliierte Kommandantur“, die dieser sowjetische Entwurf des Protokolls zur Besetzung Deutschlands erstmals erwähnte, fand in dem am selben Tage vorgelegten sowjetischen Vorschlag zur Struktur der Verwaltungsorgane der Alliierten

199 Strang an Gusev, o.D. [6. 5. 1944], in: DzD, I, 5, S. 1256. Die neue, präzisierte Beschreibung der Abgrenzung der sowjetischen und britischen Zone wurde am 8. 5. 1944 durch Gusev telegrafisch nach Moskau übermittelt, vgl. AVP RF f. 012, op. 5, p. 56, d. 38, Bl. 183. Dieser britische Vorschlag wurde durch einen Vertreter der Vorošilov-Kommission (Bazarov) und den Rechtsexperten des NKID, Golunskij bereits am 10. 5. 1944 als annehmbar bewertet, vgl. AVP RF f. 07, op. 5, p. 44, d. 94, Bl. 8–9.

200 Unterredung zwischen Strang an Gusev, 15. 4. 1944, DzD I, 5, S. 1234–1236.

201 Protokoll zur Besetzung Deutschlands, 25. 5. 1944, in: UdF I, S. 401–403.

202 Ebd., hier S. 403.

ten in Deutschland keine Erwähnung, auch wurde dort nicht von Berlin als Sitz dieser „Organe“ ausgegangen. Demnach ergab sich die Anwesenheit der Westmächte in Berlin lediglich aus den Notwendigkeiten der Zoneneinteilung. Dennoch wachte der Rechtsexperte des Außenkommissariats, Sergej Golunskij, mit Argusaugen über die zukünftigen Machtbefugnisse der Alliierten in Berlin. Er monierte am 30. Mai 1944:²⁰³

In dem Abschnitt des Protokolls, der sich mit der Verwaltung der gemeinsamen Berliner Besatzungszone befasst, wird nichts zu den gegenseitigen Beziehungen zwischen der geplanten „Interalliierten Kommandantur“ von Berlin und den Kommandeuren der in dieser Zone befindlichen Truppen gesagt. Die Frage, ob die Kommandeure der sowjetischen, englischen und amerikanischen Truppen, die die Berliner Zone besetzen, der „Interalliierten Kommandantur“ unterstehen, wurde offengelassen.

Golunskij schlug einen Kompromiss vor, der zwar die Rechte der Interalliierten Kommandantur einengte, aber nicht völlig beseitigte. Dieser Vorschlag sollte sich später auch bei der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Kontrollrat und den Oberbefehlshabern durchsetzen:²⁰⁴

Die Kommandeure der Truppen jeder der drei Alliierten, die die Berliner Zone besetzen, unterstehen den entsprechenden Oberbefehlshabern, kommen jedoch den Forderungen der „Interalliierten Kommandantur“ von Berlin in Fragen nach, die zu deren Kompetenzbereich gehören.

Die Beschreibung möglicher Funktionen der Besatzungstruppen in Berlin trat seit Ende Mai 1944 in den Hintergrund. Immerhin bestätigte Golunskij bereits zu diesem Zeitpunkt, also noch ehe in Moskau die Wünsche und Forderungen der Verbündeten bekannt waren, dass die Verwaltung Berlins durch ein „gesamtalliiertes Organ“ erfolgen müsse. Genau darin, *also allein in der Teilnahme an der Verwaltung Berlins*, bestand in allen späteren sowjetischen Entwürfen die Funktion der Anwesenheit der Alliierten in Berlin. Vorošilov attackierte im Juli die neuen von der sowjetischen EAC-Delegation entwickelten Entwürfe zum Kontrollmechanismus vor allem wegen der darin den Alliierten in Berlin zugewiesenen Aufgaben:²⁰⁵

Die alliierten Truppen, die im Raum Berlin Quartier nehmen, seien nicht als irgendein Organ zu betrachten, daher seien sie in diesem Protokoll überhaupt nicht zu erwähnen. Die Tatsache, dass diese Truppen die Bewachung der interalliierten Organe im Raum Berlin übernehmen und die öffentliche Ordnung in der Stadt aufrechterhalten sollen, *sei selbstver-*

203 Gutachten von Golunskij, 30. 5. 1944, ebd., S. 404.

204 Ebd.

205 Bazarov an Vyšinskij: 4. 8. 1944, ebd., S. 435–437. Hervorhebung nicht im Original.

ständig und bedürfe keiner gesonderten Abstimmung (und schon gar nicht gleichzeitig mit der Erörterung des Kontrollmechanismus für Deutschland) zwischen den drei Alliierten Mächten.

Vorošilov konnte darauf verweisen, dass die Alliierten bislang in keinem ihrer Entwürfe die Funktionen der Besatzungstruppen in Deutschland definiert hätten, daher dürfe dies auch nicht in Bezug auf die im Raum „Groß-Berlin“ dislozierten Truppen geschehen.²⁰⁶ Noch immer hatte sich die sowjetische Seite nicht festgelegt, wo in Deutschland der Sitz des Kontrollrats sein sollte. Auch Engländer und Amerikaner hatten noch keine endgültige Wahl des Tagungsorts für dieses Gremium getroffen. Allein der Chef der Dritten Europäischen Verwaltung war am 6. Mai 1944 davon ausgegangen, dass Berlin der Sitz des „obersten Machtorgans der Alliierten in Deutschland“ sein würde.²⁰⁷

Zoneneinteilung als Interessenabgrenzung

Der sowjetische Vorschlag zur Zonen- und Sektoreneinteilung Deutschlands bzw. Berlins lag in seiner endgültigen (wenn auch noch nicht durch Stalin bestätigten) Fassung vor, ehe die Alliierten ihre lange angekündigte Landung in Nordfrankreich begannen. Davon erhoffte man sich in Washington im Voraus den Sieg innerhalb weniger Wochen. Roosevelt hatte bereits Ende 1943 prophezeit, diese großangelegte Operation anglo-amerikanischer Truppen auf dem Kontinent eröffne die reelle Aussicht, den Krieg bis September 1944 zu beenden.²⁰⁸

Zu dem Zeitpunkt, als sich die sowjetischen Planer endgültig festgelegt hatten, befand sich diese Landungs-Operation zwar noch im Vorbereitungsstadium, in Moskau aber rechnete man jeden Moment damit. Umso bemerkenswerter ist es, dass die UdSSR im Vorfeld dieser Landung nicht nur eine geringfügige Verschiebung der Zonengrenzen zu ihren Ungunsten akzeptierte, sondern selbst die Initiative für die Sektoreneinteilung Berlins ergriffen hatte. Lange bevor feststand, wie hoch der militärische Beitrag der Westmächte an diesem Sieg sein würde, war der Anteil der Westmächte an den Gewinnen wie den Lasten, die der Sieg über Deutschland mit sich bringen würde, in Moskau bereits eingeplant. Die von Stalin angestrebte Friedensordnung hatte nicht eine weitestmögliche Zurückdrängung anderer Ordnungszustände, die Weltrevolution, zum Ziel. Sie ging vielmehr von der unabhängigen (Fort-)Existenz weiterer Friedensordnungen neben der eigenen

206 Ebd., S. 437.

207 Smirnov an Dekanozov, 6. 5. 1944, in: UdF, S. 391.

208 Roosevelt Memorandum für Churchill, 5. 12. 1943, Kimball, Correspondence, Bd. 2, S. 616. Zur sowjetischen Kenntnis der anglo-amerikanischen Planungen zur Operation Overlord vgl. S. 381, Anm. 4.

aus, auch wenn Stalin und die von ihm geführten Kommunisten weiterhin von der Endlichkeit der bürgerlichen Welt überzeugt blieben.

Die Landung der Alliierten in der Normandie, über die sich alle Sowjetbürger seit dem 7. Juni 1944 direkt bzw. indirekt aus öffentlichen Verlautbarungen des Westens mehr oder weniger detailliert informieren konnten, verstärkte das sowjetische Drängen, die Zonenabgrenzung festzuschreiben. In der EAC beharrte Gusev am 9. Juni 1944 – die Kapitulationsurkunde war just in diesem Moment fertiggestellt worden – auf einer Formalisierung des bereits erreichten Übereinkommens zur Besetzung Deutschlands in einer Regierungsvereinbarung.²⁰⁹ In Moskau, wo die Invasion bereits am Mittag des Vortages durch den Rundfunk bekanntgegeben worden war und Jubel auf den Straßen ausgelöst hatte,²¹⁰ führte die neue militärische Lage keineswegs zu einer Vernachlässigung der Details des gewünschten Übereinkommens. Molotov veranlasste Gusev zunächst, die Ursachen der Lübeck und Heiligenhafen betreffenden Verschiebung der Zonengrenze zu klären. Erst als die Briten nachweisen konnten, dass sie in ihrer ursprünglichen Karte vom Januar 1944 die Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg falsch eingetragen hatten und beide Städte tatsächlich nicht zu Mecklenburg gehörten, ließ er den positiv begutachteten Entwurf des Zonenprotokolls unverändert Stalin zur Bestätigung vorlegen.

Am 12. Juni erläuterte Vorošilov als Kommissionsvorsitzender Stalin, dass das Dokument über die Besetzungszonen nur von den drei Regierungen unterzeichnet werden müsse, jedoch nicht von Deutschland selbst. Weiterhin wurden die deutschen Ostgebiete, einschließlich des Königsberger Teils von Ostpreußen, den Stalin seit Dezember 1941 für die UdSSR gefordert hatte, zur sowjetischen Besatzungszone gerechnet, die dadurch mit 221 003 Quadratkilometern mehr als doppelt so groß war wie die spätere Deutsche Demokratische Republik. Vorošilov hielt es nicht für erforderlich, Stalin die Sektoreneinteilung von Berlin und die Funktionsweise der für diese Stadt vorgesehenen Alliierten Kommandantur zu erläutern.²¹¹ Dies könnte darauf hindeuten, dass sich Stalin entweder schon zuvor mit dieser Frage befasst hatte oder dieser Frage keine besondere praktische Bedeutung beimaß.

209 Informelle Sitzung der EAC, 9. 6. 1944, in DzD I, 5, S. 84–89.

210 *The Times*, 7. 6. 1944, S. 3: Smiling Faces in Moscow. Erst am 7. 6. 1944 informierte der US-Botschafter das Außenkommissariat offiziell über die Landung und unterstrich dabei die Bedeutung der Wahrung guter sowjetisch-amerikanischer Beziehungen, vgl. SAMO, Bd. 2, S. 134–136.

211 Vorošilov an Stalin, 12. 6. 1944, in: UdF 1, S. 406–407.

Am selben Tag legten Briten und Amerikaner sehr knappe Entwürfe für das Zonenprotokoll in der EAC vor.²¹² Höchst erstaunlich war dabei, dass man darin die Abgrenzung der sowjetischen Zone akzeptierte, ohne zugleich die gemeinsame Besetzung Berlins zu konkretisieren. Von Berlin war lediglich als einer separaten „Combined Zone“ die Rede. In Moskau konnte dies den Eindruck erwecken, als nähme man in London und Washington praktische Fragen zur Verwirklichung einer gemeinsamen Besetzung der Reichshauptstadt nicht ernst, als glaubten die Westmächte selbst nicht an ihre künftige Anwesenheit in Berlin. Tatsächlich betrachteten viele der auf amerikanischer Seite an den Verhandlungen Beteiligten die Zoneneinteilung nur als vorübergehend,²¹³ vielleicht sogar noch immer als vermeidbar. Gusev selbst, der sich in den Monaten zuvor nachdrücklich für die alleinige Besetzung der Zonen durch Truppen jeweils einer der drei Mächte eingesetzt hatte, vermied es, die Präsenz von westalliierten Truppen in Berlin zu hinterfragen. Auch auf sowjetischer Seite dürften damals längst nicht alle die Tragweite der Sektoreneinteilung Berlins gesehen haben. In der Festlegung der Besatzungszonen sah man in Moskau weiterhin zuallererst die entscheidende Voraussetzung, die bedingungslose Kapitulation Deutschlands schnell und ohne jede Einschränkung durchsetzen zu können.

Stalin bestätigte den sowjetischen Entwurf des Zonenprotokolls zwischen dem 12. und dem 29. Juni 1944,²¹⁴ dem Tag, an dem ihn Gusev in die EAC einbrachte.²¹⁵ Der Kremlchef hatte daran keinerlei Änderungen vorgenommen. Er war in diesen Tagen um Gesten guten Willens gegenüber den Westmächten bemüht. Lesern der *Pravda* konnte dies nicht verborgen bleiben. Das Zentralorgan der VKP(b) hatte am 13. Juni die Stellungnahme des sowjetischen Führers zur Eröffnung der Zweiten Front veröffentlicht. Erneut richtete sich diese Erklärung nicht

212 Bitischer und amerikanischer Entwurf eines Zonenprotokolls, 12. 6. 1944 in: DzD I, 5, S. 92–93. Die USA besserten ihren Entwurf eine Woche später noch einmal nach, vgl. DzD I, 5, S. 100.

213 Eisenberg, Carolyn Woods, *Drawing the Line. The American decision to divide Germany, 1944–1949*, Cambridge 1996, S. 53.

214 Im AVP RF konnte bisher keine schriftliche Spur der Zustimmung Stalins ermittelt werden, doch steht fest, dass ohne die formelle Zustimmung Stalins der Entwurf des Zonenprotokolls weder an Gusev übermittelt, noch von ihm in die EAC eingebracht werden konnte. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass Stalin die entsprechende telegraphische Weisung an den Botschafter nach London abzeichnete, die bisher nicht zugänglich ist.

215 In der DzD I, 5, 111 wird nur der Fundort des sowjetischen Entwurfs vom 29. 6. 1944 beschrieben (PRO FO 371/40648/U 6256, Bl. 15–18), jedoch das Dokument selbst aus unbekanntenen Gründen nicht abgedruckt. Im AVP RF sind Unterlagen zur Absendung dieses Entwurfs nicht zugänglich.

allein an die Sowjetbürger, deren Geringschätzung für die Kampfanstrengungen der Alliierten er möglicherweise entgegensteuern wollte. Stalin wandte sich gleichermaßen an die Alliierten wie an die Deutschen, insbesondere an die Zehntausenden deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern, als er im Zentralorgan der VKP(b) erklärte:

Man muss anerkennen, dass die Kriegsgeschichte keine Unternehmen kennt, das diesem in der Gewaltigkeit des Plans, der Großartigkeit der Maßstäbe und der Meisterschaft der Durchführung gleichkäme ... Allein den britischen und amerikanischen Truppen gelang es, den grandiosen Plan der Bezwingung des Kanals und der Massenlandung von Truppen ehrenvoll zu verwirklichen.

Wenn es Zweifel daran gab, ob Stalin tatsächlich den Westmächten Erfolg bei ihren Kämpfen in Westeuropa wünschte, so war diese „message of admiration“ – wie sie die Londoner *Times* nannte²¹⁶ – geeignet, sie zu zerstreuen. Sie schwächte zugleich auch die in Deutschland gehegten Hoffnungen auf ein Zerwürfnis der Alliierten. Noch 14 Tage zuvor, als Churchill „Overlord“, die britisch-amerikanische Landung in der Normandie, ankündigte,²¹⁷ soll Stalin – wie Djilas berichtet – mit Spott reagiert haben:²¹⁸

Ja, die Landung wird stattfinden, wenn kein Nebel kommt. Bis jetzt kam immer etwas dazwischen. In nehme an, morgen wird es etwas anderes sein. Vielleicht begegnen ihnen ein paar Deutsche! Hm, wenn sie jetzt ein paar Deutschen begegnen, was dann? Vielleicht gibt's dann keine Landung, sondern nur Versprechungen, wie gewöhnlich.

Je erfolgreicher die Westalliierten in Frankreich der Wehrmacht entgegentraten, desto mehr stieg des Interesse Stalins und aller sowjetischen Beteiligten an einer schnellen Einigung mit den Westmächten. Als der sowjetische Entwurf des Zonenprotokolls am 30. Juni 1944 auf der Tagesordnung der EAC stand, vermied Botschafter Gusev jede Erläuterung, betonte aber, dass eine baldige Entscheidung wünschenswert wäre. Winant, der amerikanische Delegierte, lobte den sowjetischen Entwurf sofort als „konstruktiv“. Die „Idee“, Berlin in drei Teile zu teilen, sei gut. Auch die vorgeschlagene zentrale Verwaltung für Berlin sei „praktisch und konstruktiv“, jedoch gehöre diese Frage nicht in das Zonenprotokoll, sondern in die seit Langem geforderte Vereinbarung zum Kontrollmechanismus (auf die weiter unten noch einzugehen sein wird). Strang schloss sich dem Lob seines ame-

216 *The Times*, 15. 6. 1944, S. 5: „Building Up“.

217 Churchill an Stalin, 24. 5. 1944, BW, S. 274–275.

218 Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt/M. 1963, S. 101.

rikanischen Kollegen an und stimmte der Dreiteilung Berlins umgehend zu.²¹⁹ Es mag durchaus zutreffen, dass die Sektoreneinteilung Berlins den ursprünglichen Intentionen der beiden Westmächte widersprach.²²⁰ Aber weder Briten noch Amerikaner hatten seit Arbeitsaufnahme der EAC etwas unternommen, um dem sowjetischen Vorschlag eine tragfähige Alternative entgegenzustellen. So blieb die Sektoreneinteilung Berlins wie zuvor die Zoneneinteilung Deutschlands unangefochten.

Über die möglichen langfristigen Folgen dieser Drei-Teilung Deutschlands und Berlins wurde in der EAC nicht laut nachgedacht. In ihren zahlreichen Protokollen ist dazu nichts verzeichnet. Die Westmächte gaben nicht zu erkennen, dass sie der Absicherung ihrer Position in Berlin besondere Bedeutung beimaßen. Sie nahmen die Vorschläge der UdSSR zur Zuteilung spezieller Sektoren als etwas Selbstverständliches und Erwartetes entgegen. Sie unternahmen nichts, um diese Sektoreneinteilung zu verhindern, mussten aber auch zu keinem Zeitpunkt darum kämpfen. Die Sicherung der Zugangswege nach Berlin – die nur vier Jahre später die in der EAC versammelten Mächte an den Rand eines Krieges bringen sollte – blieb in der Kommission ebenso unangesprochen wie der besondere „Status“ dieser Stadt. Nur außerhalb dieses Gremiums dachte man in Washington und London über die Versorgung der in Berlin – mitten in der sowjetischen Zone – eingeschlossenen eigenen Truppen nach.

Ohne besondere Schwierigkeiten konnten sich alle drei Seiten bis zum 2. August auf die wichtigsten Einzelheiten des Zonenprotokolls einigen.²²¹ Offen blieb jedoch noch immer, welche der beiden Westmächte die begehrte Nordwestzone in Deutschland besetzen würde, die dessen industriellen Kern, das Ruhrgebiet, einschloss. Ende Juli hatte Gusev signalisiert, dass das Zonenprotokoll in dieser Beziehung nicht mit Leerstellen an die Regierungen übermittelt werden sollte. Einige Tage später erhielt der Botschafter dazu aus Moskau eine spezielle Instruktion:²²²

[W]ir müssen Strang und Winant darauf aufmerksam machen, dass sich die sowjetische Regierung mit einer weiteren Verzögerung der Aufteilung der nordwestlichen und der südlichen Besatzungszonen Deutschlands zwischen den Engländern und den Amerikanern in der EKK nicht einverstanden erklären kann, da das dazu führen kann, dass die Alliierten

219 Informelle Sitzung der EAC, 30. 6. 1944, in: DzD I, 5, 111. Notiz Strangs zur informellen Sitzung der EAC, 1. 7. 1944, in: DzD I, 5, S. 1280: „The Soviet proposal about Berlin is useful and constructive“.

220 Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 323 und Ziemke, *Germany*, S. 123.

221 Expertensitzung der drei Delegationen zum Entwurf des Zonenprotokolls, 2. 8. 1944, DzD I, 5, S. 1293–1295.

222 Molotov an Gusev, 16. 8. 1944, in: UdF 1, S. 443–445.

zum Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands nicht darauf vorbereitet sind, Deutschland unverzüglich zu besetzen und sämtliche damit zusammenhängenden Maßnahmen einzuleiten.

Strang und Winant äußerten Verständnis für diese Forderung, verharteten jedoch auf ihren nicht zu vereinbarenden Positionen.²²³ Auch als der Oberkommandierende der britisch-amerikanischen Expeditionsstreitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower, seine vorgesetzten Stellen auf die Aufstellung der von ihm eingesetzten Kampfeinheiten hinwies, die zur Folge haben würde, dass britische Truppen den Nordwesten und amerikanische Truppen den Südwesten Deutschlands besetzten – und dies beim gegenwärtigen Angriffstempo schneller als ursprünglich erwartet geschehen könnte²²⁴ – kam es vorerst nicht zu einer Einigung der Regierungen in London und Washington. Es entsteht der Eindruck, als hätte man dort die graduellen Meinungsverschiedenheiten einen Moment lang genutzt, um vor dem Hintergrund eigener Erfolge und angesichts der mit dem Warschauer Aufstand verbundenen Schwierigkeiten der Roten Armee in Osteuropa, aber auch in Erwartung von Auflösungserscheinungen auf Seiten des deutschen Kriegsgegners eine bindende Festlegung der Zoneneinteilung hinauszuzögern, also eine sowjetische Zone in Deutschland nicht festzuschreiben.

Anders verhielt sich Stalin. Er verfolgte seit Juni aufmerksam den Vormarsch der Alliierten in Frankreich, wo sich im August große Schlachten entwickelten und deutsche Truppen am 25. August in Paris kapitulierten. Ihm entging dabei wohl kaum der „allgemeine Freudentaumel“, der sich nach den Erfolgen der alliierten Invasionsarmeen in Washington und London entfaltete und zu der Erwartung führte, „der Krieg gegen Deutschland werde [1944] noch vor dem Einbruch des Winters zu Ende gehen“.²²⁵ Dadurch steigerte sich sein Interesse an der Arbeit der EAC. Bereits am folgenden Tag – noch bevor das Zonenprotokoll endgültig abgestimmt war – ermächtigte der Kremlchef seinen Botschafter, einen monatelang hinausgezögerten sowjetischen Vorschlag zum Kontrollmechanismus einzubringen – worauf noch zurückzukommen sein wird.

Anfang September war Stalin schließlich bereit, Gusev zu ermächtigen in der EAC dem Zonenprotokoll in seiner vorliegenden unvollständigen Form zuzustimmen.²²⁶ Damit revidierte Moskau die von Gusev wenige Wochen zuvor ein-

223 Notiz Strangs zur informellen Sitzung der EAC, 27. 7. 1944, DzD I, 5, S. 174–176.

224 Ziemke, *Germany*, S. 123: „In a cable of 17 August, Eisenhower told the Combined Chiefs of Staff that at the speed his troops were moving they would be in Germany sooner than he had expected and in their original deployment-British 21 Army Group on the left and US 12th and 6th Army Groups on the right.“

225 Henke, *Deutschland*, S. 103.

226 Molotov an Gusev, 8. 9. 1944, AVP RF f. 059, op. 12, p. 12, d. 67, Bl. 182–181.

genommene Position. Am 11. September 1944 nahm die EAC das Zonenprotokoll in der Fassung vom 2. August – in der offen blieb, ob die Amerikaner oder die Briten die Nordwestzone besetzen würden – in einer informellen Beratung an.²²⁷ Auf ihrer neunten ordentlichen Sitzung beschloss die Kommission am folgenden Tag, dieses Dokument „den drei Regierungen zur gemeinsamen Entscheidung“ zuzuleiten.²²⁸ Auf Weisung Vyšinskijs hatte Gusev vorgeschlagen, die Übereinkunft und das Sitzungsprotokoll durch die Unterschriften der drei Vertreter offiziell zu paraphieren. Darüber hinaus setzten Gusev, Winant und Strang ihre Unterschriften auf die als Anlage beigefügten Karten, welche die Zonen- und Sektoreinteilung zeigten.²²⁹

In diesem am 12. September 1944 in London von Strang, Winant und Gusev unterzeichneten Zonenprotokoll war zwar nicht mehr von Berlin als einer separaten „Combined Zone“ die Rede, wohl aber davon, dass der Teil Deutschlands östlich der Grenzen der britischen und amerikanischen Zone mit „der Ausnahme von Berlin“ allein durch sowjetische Truppen besetzt werde. Schon als die EAC über den Kontrollmechanismus zu verhandeln begann, setzte auf sowjetischer Seite intern eine Re-Interpretation des Zonenprotokolls ein. Die Verantwortlichen in Moskau ließen ihr neues Verständnis der Berlin-Regelung in der Kommission selbst allerdings nicht darlegen. Stattdessen gingen sie damit sofort an die Öffentlichkeit. Molotov nutzte dazu eine *TASS*-Verlautbarung über die Arbeit der EAC, die er entsprechend redigierte, ehe sie am 28. September 1944 in der sowjetischen Presse erschien. In ihr war noch immer nicht von Berlin als Sitz alliierter Kontrollgremien für Deutschland als Ganzes, sondern lediglich von einer entsprechenden Einrichtung für Berlin die Rede. Eigenmächtig verkündete die Moskauer Agentur:²³⁰

Obwohl Berlin zur Besatzungszone der sowjetischen Streitkräfte *gehört*, wird die Stadt vereinbarungsgemäß ebenfalls in drei Zonen [Sektoren] aufgeteilt und durch die Truppen der drei Mächte besetzt. [...] *Insoweit* Berlin Objekt der gemeinsamen Besetzung durch Truppen der drei Mächte – der UdSSR, der USA und Englands – werden soll, wird davon ausgegangen, dass eine ‚Interalliierte Kommandantur‘ für Berlin geschaffen wird.

In der EAC kam diese *TASS*-Mitteilung nicht zur Sprache. Ein damaliger Protest der Westmächte gegen die sowjetische Auslegung des Zonenprotokolls ist nicht

227 Informelle Sitzung der EAC, 11. 9. 1944, in: DzD, I, 5, S. 190–198.

228 Minutes of the ninth formal meeting, 12. 2. 1944, in: DzD I, 5, S. 204–206.

229 Vyšinskij an Gusev, vor dem 12. 9. 1944, AVP RF f. 059, op. 12, p. 12, d. 67, Bl. 221–220. Berichte Gusevs an Vyšinskij, nach dem 12. 9. 1944, AVP RF f. 059, op. 12, p. 41, d. 255, Bl. 301–300 und 307–305.

230 *TASS*-Mitteilung: 28. 9. 1944, in: UdF 1, 470–472. Hervorhebung nicht im Original.

bekannt. Die friedliche Aufteilung Deutschlands in Besatzungsgebiete acht Monate vor Kriegsende war damit jedoch noch nicht abgeschlossen. Am 14. November 1944 einigten sich die EAC-Delegierten darauf, die nordwestliche Zone Deutschlands und den Nordwestteil von Berlin Großbritannien, die südwestliche Zone sowie den Süden Berlins den USA zuzuweisen. In dieser vorläufigen Endfassung wurde das Zonenprotokoll von den Regierungen noch vor der Krim-Konferenz bestätigt.²³¹ Nachdem dann in Jalta beschlossen wurde, Frankreich an der Besetzung Deutschlands zu beteiligen,²³² unterzeichneten die EAC-Mitglieder am 26. Juli 1945 ein weiteres Änderungsabkommen zum Protokoll vom 12. September 1944. Es definierte eine Grenze der französischen Zone, die aus dem englischen und amerikanischen Besatzungsgebiet ausgegründet wurde, und regelte die Beteiligung Frankreichs an der Verwaltung von „Groß-Berlin“.²³³

Zoneneinteilung als Lösung der deutschen Frage

Schon vor Beginn der Verhandlungen in der EAC hatte man über den Zusammenhang zwischen Zoneneinteilung und einer möglichen Teilung Deutschlands nachgedacht. In Washington äußerte sich dazu der stellvertretende amerikanische Außenminister Sumner Welles in einer Unterredung mit Eden am 16. März 1943:²³⁴

It was part of his [Sumner Welles'] plan that for the purpose of our military occupation of Germany, we should make military division (with separate commands, etc.) corresponding broadly to the areas of separate states into which he hoped that Greater Germany would eventually be broken up.

231 Die Bestätigung erfolgte durch Großbritannien am 5. 12. 1944, die USA am 2. 2. 1945 und die UdSSR am 6. 2. 1945. Der russische Text dieses Abkommens ist veröffentlicht in: RA, S. 318–320, eine deutsche Übersetzung ist veröffentlicht in: DzDF 1, S. 6–8.

232 Protokoll über die Arbeit der Krim-Konferenz, 11. 2. 1945, SAIK 4, S. 232. Die Entscheidung war auf der zweiten Sitzung der Regierungschefs am 5. 2. 1945 gefallen.

233 Die USA stimmten der Neuregelung am 29. Juli 1945 zu, am 2. August 1945 folgte Großbritannien und am 4. August 1945 Frankreich. Die UdSSR schloss sich dem Abkommen am 13. August 1945 an, vgl. Vgl. MID SSSR (Hg.): *Otčet o rabote Evropejskoj Konsul'tativnoj Komissii, Moskau 1947* [Bericht über die Arbeit der EAC. Nur für den Dienstgebrauch], S. 47–55 und 119–120. Der deutsche Text dieses Abkommens ist veröffentlicht in: DzDF 1, S. 25.

234 Bericht Edens über seine Washington-Reise (15.–17. März 1943) vor dem War Cabinet am 13. April 1943. Vgl. Kettenacker, *Friedenssicherung*, S. 274.

In London hielt Gladwyn Jebb ein halbes Jahr später Ansichten des Generalstabschefs und des Stabschefs der Royal Air Force über das Deutschlandproblem fest, mit denen laut Jebb auch der Premierminister sympathisierte:²³⁵

Our policy ought to be to break up the Reich quickly. Consequently, we ought to go in the north-west of Germany, the Americans in the south and the Russians in the east. There would be no 'co-ordination' between these zones and so far as they were concerned the Russians could do exactly what they liked, i.e. deport the population, twist their tails or plot them out completely. We for our part, however, in our zone, should set up some kind of local government, and then leave it to carry on, trusting that it will fulfil whatever conditions we like to impose, owing to the threat of air action which should be ruthlessly employed if need be.

Den Gedanken, Deutschland nicht nur getrennt zu besetzen, sondern jede der Besatzungsmächte in ihrer Zone autark entscheiden zu lassen, verbanden die britischen Planer mit Überlegungen zu separatistischen Bewegungen innerhalb Deutschlands. Dazu hieß es dann in dem am 15. Januar 1944 in die EAC eingebrachten Vorschlag:²³⁶

It is not possible to foresee what spontaneous movements (if any may emerge in Germany) tending towards a division of the Reich into separate States or towards a system of regional autonomy. Any such movements will, however, almost certainly be based on the revival of old loyalties to States or Provinces within certain natural internal boundaries dictated by geography, history and economic considerations. [...] Accordingly, as far as possible, the Zone boundaries should be so drawn as not to divide areas in which local autonomous movements are likely to take place.

Am 5. Februar 1945, nach dem Abschluss der EAC-Verhandlungen, stellte Roosevelt schließlich in Jalta fragend, jedoch nicht ablehnend fest: „Vielleicht würden diese Zonen der erste Schritt zur Aufteilung Deutschlands sein.“²³⁷

In Moskau wurde dieser Zusammenhang niemals offen angesprochen. Dies war auch nicht erforderlich. In der sowjetischen Nachkriegsplanung bestand seit Langem ein Grundkonsens darin, dass das Reich geteilt werden müsse, um dauerhafte Sicherheit zu erlangen.²³⁸ Dieses Ziel fand in der sowjetischen Öffentlichkeit breite Zustimmung:²³⁹

235 Notiz Gladwyns an Sargent, 19. 9. 1943, ebd., S. 281.

236 Britischer Vorschlag, EAC (44) 2, Punkt 26 und 27, in: DzD, I, 5, S. 753.

237 Aufzeichnung über die Sitzung der Regierungschefs, 5. 2. 1944, in: SAIK 4, S. 55. Im russischen Original heißt es nicht „Aufteilung“, sondern „Aufgliederung“.

238 Vgl. Kapitel II, Abschnitt 3.

239 Vgl. Snow, China-Kenner, S. 363 und 354.

Wie groß auch der Groll der Russen gegen den Stalinismus gewesen sein mag, vorübergehend war er in ihrem Abscheu gegen die Nazis vergessen. Sie erwarteten, dass ihre Armeen die Schuldigen bestrafen, einen Teil des Unrechts wiedergutmachten und ganz Osteuropa so umwandeln, dass es nie wieder als Sprungbrett für wahnsinnige Aggressoren dienen konnte. [...] Über Deutschland dachte[n] die meisten Russen: [D]ass in seiner Teilung die einzige Garantie für einen Frieden in Europa lag.

Die Zoneneinteilung Deutschlands war – wie Tony Sharp bereits 1975 feststellte – das Kernstück der Interessenabgrenzung in Europa zwischen den Westmächten einerseits und der UdSSR andererseits:²⁴⁰

At Yalta both the Western powers and the USSR had been well content to obtain the ratification by each other of the amended Protocol on occupation zones. This gave them a formal tripartite *agreement on their respective spheres of influence in Central Europe*. ... Although it only made explicit provision for Germany the Protocol implicitly assigned the north and west of Europe on the one hand, and Poland and Czechoslovakia on the other, to the Western and Soviet *spheres of influence* respectively.

Noch während in der EAC über die Zoneneinteilung Deutschlands entschieden wurde, mahnte Churchill bereits eine Abgrenzung der militärischen Aktionsfelder der drei Mächte auf dem Balkan an. Am 5. Mai 1944 schlug Eden dem sowjetischen Botschafter eine Abgrenzung vor, wonach die UdSSR für Rumänien und die rumänischen Angelegenheiten maßgebend sein sollte und Großbritannien für Griechenland und die griechischen Angelegenheiten. Im Auftrage Molotovs stimmte Gusev diesem Vorschlag wenig später prinzipiell zu, bat jedoch vor einer endgültigen Antwort um Auskunft darüber, ob die amerikanische Regierung in dieser Frage konsultiert worden sei.²⁴¹ Erst daraufhin versuchte Churchill Roosevelt für diese temporäre Interessenabgrenzung auf dem Balkan zu gewinnen:²⁴²

Such an arrangement would be a natural development of the existing military situation since Romania falls within the sphere of the Russian armies and Greece within the Allied command under General Wilson in the Mediterranean.

Doch wie bei der Zoneneinteilung für Deutschland lehnte Roosevelt ein solches Übereinkommen mit grundsätzlichen, auch auf Deutschland anwendbaren Argumenten ab:²⁴³

240 Sharp, *Zonal Division*, S. 120. Hervorhebung nicht im Original.

241 Zur „Frage der Einflussphären auf dem Balkan“ legte V. Pavlov am 18. Mai 1951 in Vorbereitung der Herausgabe des Briefwechsels zwischen Stalin, Churchill und Roosevelt einen detaillierten Bericht vor, vgl. RGASPI f. 82, op. 2, d. 1092, Bl. 2–3.

242 Churchill an Roosevelt (C-687), 31. 5. 1944; Kimball, *Correspondence*, Bd. 3, S. 153–154.

243 Roosevelt an Churchill (R-557), 10. 6. 1944, ebd., S. 177.

In our opinion, this [die Abgrenzung der militärischen Verantwortlichkeiten] would certainly result in the persistence of differences between you and the Soviets and in the division of the Balkan region into spheres of influence despite the declared intention to limit the arrangement to military matters.

Trotz dieser Zurückweisung konnte Churchill den amerikanischen Präsidenten kurzzeitig dafür gewinnen, der UdSSR eine dreimonatige, auf die Kriegszeit begrenzte Aufteilung der Aktionsfelder auf dem Balkan vorzuschlagen. Daran hatte man in Moskau allerdings kein Interesse.²⁴⁴ Dennoch lagen Absprachen über Interessensphären 1944 weiterhin in der Luft. In Bezug auf Deutschland wurden sie längst praktiziert, bevor Churchill am 9. Oktober dieses Jahres mit Stalin die bekannte Prozentabsprache traf.²⁴⁵

In Moskau dachte man schon lange über Einflussphären nach. Zustimmend hatte sich Litvinov im Herbst 1943 in Vorbereitung auf die Moskauer Außenministerkonferenz dazu geäußert.²⁴⁶ Majskij analysierte dann drei Monate später die Entwicklung der europäischen Staaten unter dem Blickwinkel sowjetischer Interessen.²⁴⁷ Ein Jahr später griff Litvinov dieses Thema noch einmal kurz vor der Jalta-Konferenz auf. Der in jahrzehntelanger diplomatischer Arbeit gereifte Diplomat, der stets Revolutionär und Realist zugleich blieb, hatte jedoch zu diesem Zeitpunkt längst den Zugang zu internen Dokumenten des Außenkommissariats sowie an Einfluss verloren. Der Architekt des Konzepts der kollektiven Sicherheit der dreißiger Jahre besaß jedoch noch immer ein feines Gespür für die Strömungen der sowjetischen und internationalen Politik. Er schrieb nieder, was außer ihm in Moskau niemand festhielt. Unter dem Titel: „Zur Frage der Blöcke und der Einflussphären“ dachte er am 11. Januar 1945 hypothetisch über eine einvernehmliche Teilung Europas in britische und sowjetische Interessengebiete nach:²⁴⁸

Unsere maximale Interessensphäre oder, besser gesagt, Sicherheitszone muss Finnland, Norwegen, Schweden, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei umfassen. Zur englischen Sicherheitszone können jedenfalls Holland, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland gehören, wobei jedoch unser

244 Gusev erklärte am 30. Juni 1944 gegenüber Eden, dass die sowjetische Regierung den Vorschlag weiter prüfen und direkt mit der amerikanischen Regierung Kontakt aufnehmen werde, um deren Standpunkt kennenzulernen. Vgl. Anm. 241.

245 Vgl. unten S. 479.

246 Litvinov, Zur Frage der gemeinsamen Verantwortung für Europa versus Interessensphären, 9. 10. 1943, in: UdF 1, S. 185–194.

247 Majskij, Zu Fragen des zukünftigen Friedens und der Nachkriegsordnung, 11. 1. 1944, in: UdF 1, S. 244–271.

248 Litvinov, Zur Frage der Blöcke und der Einflussphären, 11. 1. 1945, in: UdF 1, S. 521–523.

Bündnisvertrag mit Frankreich weiterhin Bestand hat. Eine neutrale Zone, in der beide Seiten auf identischer Grundlage bei permanenter Konsultation untereinander zusammenarbeiten, bilden dann Dänemark, Deutschland, Österreich, die Schweiz und Italien.

Was Litvinov als neutrale Zone bezeichnete, hätte eine „Pufferzone“ zwischen den beiden Blöcken quer durch Europa gebildet. Natürlich rechnete er mit Ablehnung seitens der USA und mit Gefeiße seitens Großbritanniens um die Zugehörigkeit Norwegens, Schwedens, der Türkei und Jugoslawiens zur sowjetischen Zone sowie mit Forderungen nach Einschluss von Schweden, Norwegen, Dänemark und Italien in die britische Zone. Dennoch hielt er Kompromisse für denkbar. Diese Überlegungen dürften der Einsicht gefolgt sein, dass sich im Falle von Konflikten zwischen den Siegermächten Blöcke auch ohne einvernehmliche Absprachen bilden würden. Nur unter dieser Voraussetzung ergibt die Konstruktion einer neutralen Pufferzone einen Sinn. Eine solche schützende Zone konnte nicht spontan entstehen, sondern bedurfte vorheriger Absprachen. Es ist nicht auszuschließen, dass Litvinov hoffte, durch friedliche Interessenabgrenzung eine Konfrontation von vornherein vermeiden zu können. In Moskau erregten derartige Überlegungen keinen Anstoß. Litvinov behielt noch etwa 18 Monate seine nominell herausgehobene Stellung als stellvertretender Außenkommissar. Doch seine Überlegungen verschwanden in den geheimen Ablagen von Molotov und Vyšinskij. Falls sie Stalin jemals zu Gesicht bekam, überzeugten sie ihn nicht. Sie wurden jedenfalls niemals auch nur ansatzweise getestet.

Dies ist jedoch kein Indiz dafür, dass man im Kreml nicht mehr an Einflusszonen interessiert war. Zwar mangelte es auf sowjetischer Seite nicht an Kooperationsbereitschaft, doch fehlte es an der notwendigen Kooperationsfähigkeit. Viele der in der Kriegszeit vereinbarten Kooperationsprojekte, wie der Alliierte Kontrollrat für Deutschland als Ganzes, scheiterten daran. Litvinov selbst zog damals eine eher pessimistische Schlussfolgerung:²⁴⁹

[W]enn auch tiefliegende Ursachen für ernsthafte und langfristige Konflikte zwischen der UdSSR und den USA in irgendwelchen Teilen der Welt (vielleicht mit der Ausnahme Chinas) fehlen, so lassen sich doch auch konkrete Grundlagen für eine vorteilhafte politische Zusammenarbeit schwer finden, wenn man von dem allgemeinen Interesse am Erhalt des weltweiten Friedens absieht.

Diesen Satz unterstrich Molotov und hob ihn durch zwei Querstriche besonders hervor. Offensichtlich teilte er den darin ausgedrückten Gedanken. Besondere Vorsicht in Bezug auf Konflikte oder gar ein Interesse an deren Vermeidung war in Moskau nicht ausgeprägt. Doch auch Washington verfügte über keine tragfähi-

249 Litvinov, Über die Beziehungen mit den USA, 10. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 17, d. 173, Bl. 14–52.

gen Konzepte zur Entwicklung einer längerfristigen Zusammenarbeit mit der problematischen Macht im Osten. Lediglich vage befürwortete Roosevelt den Aufbau konsultativer Gremien, um der Entwicklung exklusiver Interessengebiete entgegenzuwirken.²⁵⁰ Mit Ausnahme der Zoneneinteilung Deutschlands stieß die Anerkennung exklusiver Interessensphären fremder Mächte bei diesem amerikanischen Präsidenten und seinen Nachfolgern auf Ablehnung.

4. Einheitliches Geld für separate Besatzungszonen

Wollten die drei Mächte der Anti-Hitler-Koalition Deutschland sofort, längerfristig und vollständig besetzen, mussten sie dafür rechtzeitig die notwendigen finanziellen Grundlagen schaffen. In Washington und London war von Anfang an die Bereitschaft vorhanden, sich darüber mit Moskau zu einigen. Eigenständige sowjetische Initiativen in dieser Angelegenheit können nicht ausgeschlossen werden, sind jedoch bisher nicht nachweisbar. Die ersten amerikanischen Überlegungen setzten außerordentlich früh ein und wurden unter Umgehung der EAC verwirklicht. Während Roosevelt bzw. das Pentagon die Vorlage amerikanischer Vorschläge für die Bestimmung der Besatzungszonen und den Kontrollmechanismus in der EAC verzögerten, gelang es dem Washingtoner Finanzministerium, weitreichende Absprachen direkt mit der britischen und sowjetischen Regierung zu treffen.

Die Erfahrungen bei der Besetzung Siziliens und des italienischen Festlandes hatten in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 die Zweckmäßigkeit speziellen Besatzungsgeldes gezeigt. Vor Gründung des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF) zur Leitung der britisch-amerikanischen Militäroperationen auf dem europäischen Kontinent stellte sich das amerikanische Finanzministerium die Frage nach der Einbeziehung der UdSSR in die gemeinsame Herausgabe einer einheitlichen Valuta für alle besetzten Länder. Eine erste Anfrage Morgenthau wurde schon im November 1943 nach Moskau übermittelt.²⁵¹ Das Außenkommissariat leitete sie am 3. Dezember an das Finanzkommissariat weiter. Arsenij Zverev, der damals 44-Jährige Volkskommissar für Finanzen der UdSSR, der dieses Amt seit 1938 ausübte, riet, eine solche Kooperation auf Deutschland

250 Roosevelt an Churchill (R-557), 10. 6. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. 3, S. 177: „We believe efforts should preferably be made to establish consultative machinery to dispel misunderstandings and restrain the tendency toward the development of exclusive spheres.“

251 Vladimir Petrov, Money and Conquest. Allied Occupation Currencies in World War II, Baltimore 1967, S. 112

zu beschränken. In allen anderen von der UdSSR zu besetzenden Ländern wollte man spezielle Zahlungsmittel allein durch sowjetische Stellen herausgeben.²⁵²

Diese Anregung gelangte nie an die Amerikaner, denn diese hatten inzwischen einen neuen Vorschlag präsentiert. Am 14. Januar 1944, noch ehe in London die Verhandlungen in der EAC über die Kapitulationsbedingungen und die Besetzung Deutschlands begonnen hatten, erhielt der amerikanische Botschafter in Moskau den Auftrag, der sowjetischen Regierung den Vorschlag des amerikanisch-britischen Komitees für Zivilangelegenheiten zu unterbreiten, ein gemeinsames Zahlungsmittel mit der Bezeichnung Militär-Mark (M-Mark) für das besetzte Deutschland zu emittieren.²⁵³

In Moskau fiel dieser neue amerikanische Vorschlag auf außerordentlich fruchtbaren Boden. Er wurde sofort an die Volkskommissariate für Außenhandel und Finanzen weitergeleitet. Unabhängig vom mündlichen und schriftlichen Drängen der Amerikaner²⁵⁴ reagierte das sowjetische Finanzkommissariat sehr schnell. Bereits eine Woche nach Erhalt der Aufforderung übermittelte Zverev seine Zustimmung, die er mit vier Forderungen verband: *Erstens* sollte, um den Eindruck zu vermeiden, es bestünde ein gemeinsames alliiertes Kommando, das Geld nicht von den „Alliierten Militärbehörden“, sondern von den „Militärbehörden der Alliierten Armeen“ herausgegeben werden. *Zweitens* sollten zur Rechnungsführung, wohl aber auch zur Abgrenzung, gesonderte Serien für die einzelnen an der Besetzung Deutschlands beteiligten Mächte auf den Geldscheinen eingeführt werden. *Drittens* wünschte er die Festlegung des Wechselkurses der M-Mark zu den Währungen der an ihrer Herausgabe beteiligten Mächte und *viertens* forderte Zverev den *selbständigen* Druck von 2 Milliarden M-Mark in der UdSSR.²⁵⁵ Noch ehe in Moskau Einigkeit über diese vier Forderungen erreicht worden war, unterstützten die Briten die amerikanische Initiative. Der britische Geschäftsträger versicherte, seine Regierung teile die Auffassung von der Notwendigkeit einer einheitlichen M-Mark. Sie werde sich dafür einsetzen, dass die Wertzeichen auch eine russische Aufschrift trügen.²⁵⁶

Der Volkskommissar für Außenhandel, der Alt-Bolševik Anastas Mikojan, der bereits als 31-Jähriger 1926 Volkskommissar für Binnen- und Außenhandel der

252 Zverev an Molotov, 25. 1. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 3–4.

253 Secretary of State an Harriman, 14. 1. 1944, in: FRUS, 1944, III, S. 824–825 und Harriman an Molotov, 17. 1. 1944, AVP RF, f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 50–51.

254 Secretary of State an Harriman, 8. 2. 1944 (FRUS, 1944, III, S. 828). Die Botschaft leitete dieses Drängen zwei Tage später an Molotov weiter, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 54: Der Druck der M-Mark dürfe nicht später als am 14. 2. beginnen.

255 Zverev an Molotov, 25. 1. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 3–4.

256 Balfour an Dekanozov, 28. 1. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 16–17.

UdSSR geworden war, dehnte Zverevs Forderungen aus. Statt eigene Vorschläge zum Emissionsumfang und zum Verhältnis der M-Mark zur Reichsmark zu unterbreiten, wünschte Mikojan die Übergabe der Druckplatten, um M-Mark in der UdSSR emittieren zu können.²⁵⁷ Vyšinskij erhielt den Auftrag, die Wünsche von Zverev und Mikojan in die notwendige diplomatische Form zu bringen. Als die überarbeitete Fassung vorlag, erklärte sich Molotov umgehend damit einverstanden.²⁵⁸ Am 14. Februar 1944, zwei Tage nachdem Stalin dem sowjetischen Entwurf der Kapitulationsbedingungen für Deutschland zugestimmt hatte, übermittelte Molotov die sowjetischen Vorschläge zur Herstellung der M-Mark an den amerikanischen Botschafter. Vier Tage später informierte Dekanozov die britische Botschaft.²⁵⁹

In Washington löste die sowjetische Antwort zwar Bedenken, aber keinen Widerstand aus. Kommentarlos und ohne besondere Eile leitete James C. Dunn, der Direktor für europäische Angelegenheiten im State Department, die sowjetischen Vorschläge am 23. Februar 1944 an das Kriegs- und an das Finanzministerium weiter. Für das Schatzamt reagierte William H. Taylor, der stellvertretende Direktor für Währungsangelegenheiten (Monetary Research), zurückhaltend auf die Vorschläge aus Moskau. Er verwies auf die laufende Diskussion zu anderen sowjetischen Forderungen. Wenig später lehnte im gleichen Ministerium Alvin W. Hall, Direktor für Geldherstellung (Engraving and Printing), in einer ersten Stellungnahme die sowjetischen Forderungen mit technischen Einwänden ab, ohne jedoch politische Bedenken zu erheben. Dexter White, der Stellvertreter Morgenthau für internationale Finanzangelegenheiten (den man vier Jahre später geheimdienstlicher Beziehungen zur UdSSR beschuldigen sollte²⁶⁰) gelang es nicht, diese Argumente auszuräumen. Finanzminister Morgenthau informierte am 10. März 1944 den sowjetischen Botschafter über die amerikanischen Vorbehalte, die M-Mark-Druckvorlagen an die UdSSR zu übergeben.²⁶¹ Andrej Gromyko, der im August des Vorjahres Maksim Litvinov als Botschafter in Washington abgelöst hatte, berichtete darüber umgehend nach Moskau. Bereits eine Woche

257 Entwurf Mikojans für eine Antwort Molotovs an Harriman, 9. 2. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 62–63.

258 Vyšinskij an Molotov, 11. 2. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 59–60. Am Kopf dieses Schreibens der Vermerk: „Einverstanden. V.M[olotov]“.

259 Molotov an Harriman: Besatzungsgeld, 14. 2. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 55–56. Harriman leitete diese Antwort am folgenden Tag nach Washington weiter (FRUS, 1944, III, S. 828–829). Dekanozov an Balfour, 18. 2. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 18–19.

260 Zu diesen Anschuldigungen vgl. James M. Boughton, Harry Dexter White and the International Monetary Fund, in: *Finance & Development*, 35 (1998) 3.

261 Petrov, *Money*, S. 114–116.

später riet Zverev in Moskau, auf den eigenen Forderungen zu bestehen und ein selbständiges Vorgehen der UdSSR in der Frage des Besetzungsgeldes anzudeuten. Dabei konnte der Finanzkommissar darauf hinweisen, dass sich Dexter White und David Waley vom britischen Schatzamt bereits für den selbständigen Druck von M-Mark in der UdSSR ausgesprochen hätten.²⁶²

Am 18. März traf sich Gromyko erneut mit Morgenthau, der seine Einwände gegen eine eigenständige Emission von Besetzungsgeld in der UdSSR wiederholte. Daraufhin deutete der sowjetische Botschafter – wie von Zverev vorgeschlagen – die Möglichkeit eines selbständigen Vorgehens der UdSSR an. Das US-Treasury Department erwog diese Möglichkeit, ohne dagegen ökonomische oder finanzielle Einwände zu erheben. Dagegen wurde eine Uneinheitlichkeit des Besetzungsgeldes als politisch unerwünscht eingestuft.²⁶³ Morgenthau wandte sich nun an den Stabschef des Präsidenten, Admiral Leahy, um eine Entscheidung des Combined Chief of Staff über die Auslieferung der Druckplatten an die UdSSR zu erbitten. Am 1. April lehnten die Combined Chief of Staff eine Entscheidung ab.²⁶⁴

Im Gegensatz zum Verhalten der UdSSR in der EAC – wo Gusev seinen Weisungen folgend die Behandlung anderer Fragen vor Vereinbarung der Kapitulationsbedingungen ablehnte – drängte Molotov in Moskau auf eine amerikanische Entscheidung über die Emission des künftigen Besetzungsgeldes, obwohl längst noch nicht feststand, ob es zu einem gemeinsamen Vorgehen der Anti-Hitler-Koalition zur Beendigung des Krieges oder gar nach dessen Ende kommen würde. Sicher nicht ohne grundsätzliche Zustimmung Stalins kündigte der Außenkommissar nun gegenüber dem amerikanischen Botschafter den selbständigen Druck von Besetzungsgeld an, falls die USA die Übergabe der Druckplatten verweigerten.²⁶⁵ Das angedrohte eigenmächtige sowjetische Vorgehen verfehlte seine Wirkung nicht. Obwohl in Washington eine gemeinsame Entscheidung des amerikanischen Außen-, Kriegs- und Finanzministeriums noch immer nicht zustande gekommen war, stimmte Finanzminister Morgenthau am 14. April der Übergabe der Druckplatten an die UdSSR zu.²⁶⁶ Offiziell wurde Molotov drei Tage später

262 Zverev an Molotov, 17. 3. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 1–2. o.D. am Kopf mit Hand das Datum „17. 3.“

263 Memorandum for the Secretary of the Treasury, March 21, 1944, in: U.S. Congress, Senate, Hearings before the Committees on Appropriations, Armed Services and Banking and Currency, 80th Congress, 1st Session, June 17–18, 1947, p.180–182.

264 Petrov, Money and Conquest, S. 116–117.

265 Molotov an Harriman, 7. 4. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 67–68. Der Entwurf wurde Stalin u. a. Mitgliedern des Politbüros zugeleitet, die keine Einwände erhoben.

266 Petrov, Money and Conquest, S. 118.

durch Botschafter Harriman in Moskau informiert.²⁶⁷ Bereits einen Monat später konnte Vyšinskij an Molotov ein erstes Probeexemplar der in der UdSSR gedruckten M-Mark-Noten übermitteln. Wie von den Amerikanern ursprünglich vorgesehen, wurden auf den Scheinen lediglich die „Alliierten Militärbehörden“ als Ausgeber des Geldes genannt.²⁶⁸ Das Beharren der UdSSR auf den selbständigen Druck von gemeinsamem Besatzungsgeld für ihre künftige Zone in Deutschland stand in bemerkenswertem Kontrast zu ihrem ursprünglichen Verzicht auf eine ebensolche Praxis in Österreich.²⁶⁹

Nachdem sich die UdSSR den selbständigen Druck der Militärmark gesichert hatte, wickelte sie in der Europäischen Beratenden Kommission stets Verhandlungen über eine gemeinsame Finanzpolitik für Nachkriegsdeutschland aus.²⁷⁰ Erst dadurch sollte später die selbständige sowjetische Emission einheitlicher M-Mark für Deutschland ihre problematische Bedeutung erhalten. Denn trotz der gemeinsamen Form des Besatzungsgeldes verzichtete die UdSSR nie auf ein eigenmächtiges finanzpolitisches Vorgehen in ihrer deutschen Zone. Nur partiell hatten die Westmächte erfahren, dass in Moskau eine Verordnung des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) vorbereitet worden war, die die Finanzierung der Roten Armee auf dem Gebiet Deutschlands regeln sollte. Sie sah die Auszahlung eines Teils des Soldes und des „Feldgeldes“ für die auf dem Gebiet Deutschlands eingesetzten Sowjetsoldaten in Reichsmark oder M-Mark vor, verbot den Einsatz sowjetischer Rubel als Zahlungsmittel in Deutschland und bestimmte den Wechsel-

267 Harriman an Molotov, 17. 4. 1944, AVP RF, f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 71 (FRUS, 1944, III, S. 831–832).

268 Vyšinskij an Molotov, 23. 5. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 5–6. Das übermittelte Muster des Währungszeichens war deutsch beschriftet.

269 Bericht Harrimans vom 24. 6. 1944, FRUS, 1944, III, S. 836. Demnach ging die UdSSR davon aus, dass ihr ein Drittel des Besatzungsgeldes für Österreich, aber nicht weniger als anderthalb Milliarden Schilling, zu den Herstellungskosten bereits im August 1944 zur Verfügung gestellt werden würde. Möglicherweise erfolgte danach noch eine neue Regelung, denn nach dem Kriege erfolgte die „Zuteilung“ der M(ilitär)-Schilling an sowjetische Stellen in Österreich auf dem gleichen Wege wie die „Zuteilung“ der M-Mark durch spezielle Verordnungen des Rats der Volkskommissare. In der Rasporjaženie Nr. 10279rs vom 5. 7. 1945 wird die im 2. Quartal 1945 zugeteilte Menge mit 1,5 Mrd. M-Schilling beziffert und gleichzeitig die „Zuteilung“ von weiteren 500 Millionen M-Schilling angeordnet (GARF, f. R-5446, op. 47a, d. 2910). Obwohl damit die zugeteilte Menge an M-Schilling die von Vyšinskij im Juni 1944 genannte Summe überschritt, geht Petrov davon aus, dass die Herstellung dieses Geldes nicht in der UdSSR erfolgte. Vgl. Petrov, *Money and Conquest*, S. 202, Anm. 23 und S. 240, Anm. 30.

270 Vgl. AVP RF, f. 082, op. 28, p. 177, d. 1, Bl. 60–64, Zerev an Vyšinskij, 24. 7. 1944.

kurs der Reichsmark/M-Mark zum Rubel.²⁷¹ Lediglich über diesen letzten Punkt informierte Dekanozov im November 1944 die Botschafter der beiden Koalitionsmächte.²⁷² Über die Emission und den Einsatz der M-Mark durch sowjetische Stellen erhielten sie niemals Mitteilung. Nach 1945 begründete die sowjetische Weigerung, detailliert Auskunft über ihre Währungspolitik in Deutschland zu geben, einen der unüberwindlichen Konfliktpunkte im Alliierten Kontrollrat.²⁷³

5. Die Oberhoheit der Besatzungsmächte

Die Zustimmung der amerikanischen Regierungen zur Übergabe eines zweiten Satzes der Druckplatten für das gemeinsame Besatzungsgeld an die UdSSR und die vorläufige Einigung aller drei Mächte auf die Grenzen der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland erfolgten von April bis Mai 1944: Zu einem Zeitpunkt, als die UdSSR ihre Position zum alliierten Kontrollmechanismus noch nicht dargelegt hatte. Dies war bemerkenswert, setzte es doch die UdSSR in die Lage, zukünftig in ihrer Zone eine unkontrollierte Politik mit inflationären Mitteln zu betreiben. Noch bevor die EAC das Verhältnis der Oberkommandierenden in den Zonen zu den gemeinsamen Gremien aller drei Mächte für Deutschland als Ganzes geklärt hatte, war faktisch schon eine Vorentscheidung für die alleinige Oberhoheit der UdSSR – wie aller anderen Mächte – in ihren jeweiligen Zonen gefallen. Entweder war allen daran Beteiligten diese Entwicklung nicht unerwünscht, oder die USA und Großbritannien hatten sich – angesichts der Kriegslage, und der immer größer werdenden militärischen Stärke der UdSSR – bereits mit der Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung abgefunden.

In dem durch die Moskauer Außenministerkonferenz Ende Oktober 1943 erteilten Auftrag an die EAC war von der Ausarbeitung eines Kontrollmechanismus, nicht aber von der Zoneneinteilung Deutschlands die Rede gewesen.²⁷⁴ Wenn dennoch diese Kommission zuerst die Zoneneinteilung und erst danach den Kontrollmechanismus bestimmte, so war dies auch das Ergebnis der von der UdSSR unbeirrt verfolgten Verhandlungstaktik. Sie zielte darauf, dort jeweils nur

271 Entwurf einer Verordnung des GKO, 11. 9. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 8–10. Ursprünglich hatte Zverev einen Wechselkurs von 1 Rubel zu 0,4 M-Mark vorgeschlagen (vgl. ebd., Bl. 7). Harriman schlug am 12. 9. 1944 vor, den Wechselkurs auf 1 Rubel zu 0,53 M-Mark und auf 1 Dollar zu 0,1 M-Mark festzusetzen (vgl. ebd., Bl. 11).

272 Dekanozov an Kerr, 24. 11. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 35, d. 425, Bl. 45.

273 Vgl. J. Laufer, Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage, in: VfZ 46(1998)3, S. 455–485.

274 Vgl. S. 399.

einen Verhandlungsgegenstand in der von ihr selbst bestimmten Reihenfolge zuzulassen, also alle mit der Kapitulation Deutschlands verbundenen Fragen nicht parallel nebeneinander, sondern nacheinander zu lösen: Zuerst die Kapitulationsurkunde, dann das Zonenprotokoll, danach den Kontrollmechanismus und schließlich die zusätzlichen Forderungen an Deutschland. Anhand sowjetischer Quellen kann gezeigt werden, dass die sich daraus ergebenden Verzögerungen nicht das Resultat mangelnder Vorbereitungen, sondern in Moskau politisch so gewünscht waren.

Die UdSSR und die interalliierten Kontrolleinrichtungen

Lange bevor im September 1944 in London die Verhandlungen zu den gemeinsamen Kontrolleinrichtungen der drei Mächte für Deutschland begannen hatte die Vorosilov-Kommission eine „Interalliierte Kontrollkommission“ als höchstes Organ der Vereinten Nationen projektiert.²⁷⁵ Der im Januar 1944 fertiggestellte Entwurf der ausführlichen Kapitulationsbedingungen sah noch zwei weitere Kommissionen vor: Eine Interalliierte Reparationskommission und eine Interalliierte Kommission für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen. Es finden sich allerdings keine Bestimmungen, wie, wann und wo diese alliierten Kommissionen gebildet werden sollten, wie sie zu gemeinsamen Beschlüssen gelangen und welche Vollmachten sie haben würden. Stattdessen durchzieht das gesamte Dokument ein Widerspruch zwischen den bereits *vorhandenen* Vertretern des Oberkommandos der UdSSR, des Vereinigten Königreichs und der USA (die man zusammenfassend, aber irreführend als „Vertreter des Oberkommandos der Alliierten“ bezeichnete) und den *nicht vorhandenen* alliierten Einrichtungen. Die Planungen setzten stillschweigend voraus, dass in Ermangelung dieser interalliierten Einrichtungen die einzelnen Oberkommandierenden handeln müssten. Deren bereits im Januar 1944 angestrebte Machtvollkommenheit wurde erst in Punkt 195 des Entwurfs bestimmt.²⁷⁶

Alle Fragen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit werden an folgende Personen übertragen: In der von den Streitkräften der UdSSR besetzten Zone – dem Vertreter des Oberkommandos der UdSSR –, in den von den Streitkräften des Vereinigten Königreichs und der USA besetzten Zonen – den Vertretern des Oberkommandos dieser Länder.

Nachdem die Briten im Januar 1944 zusammen mit einem ausführlichen Entwurf der Kapitulationsurkunde für Deutschland auch Vorschläge zum Kontrollmecha-

275 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 3. 2. 1944, in: UdF 1, S. 277–304.

276 Ebd., S. 303–304.

nismus unterbreitet hatten,²⁷⁷ erhielt die Vorošilov-Kommission – wie weiter oben beschrieben – durch Molotov den Auftrag, eine Kurzfassung der Kapitulationsurkunde auszuarbeiten. Von interalliierten Kommissionen war darin nun nicht mehr die Rede. Stattdessen sprach man durchgehend von den „Vertretern des Oberkommandos der Alliierten“.²⁷⁸ Dass damit innerhalb eines vorgegebenen Rahmens ein selbständiges Agieren der Siegermächte gemeint war, zeigt sich in der Instruktion für Gusev, wo nur noch ein einziges Mal von „Vertretern des Oberkommandos der Alliierten“, sonst immer direkt von den Alliierten gesprochen wird.²⁷⁹ Selbst als die Vorošilov-Kommission auf Weisung Molotovs am 4. Februar 1944 die von den Briten vorgeschlagene Beteiligung britischer und amerikanischer Truppen an der Besetzung Berlins inmitten der sowjetischen Zone akzeptierte, verband sie das nicht mit der Funktion dieser Stadt als Sitz des obersten alliierten Kontrollorgans.²⁸⁰

Im März 1944, die britischen Vorstellungen zum alliierten Kontrollmechanismus waren bereits seit zwei Monaten bekannt, noch aber fehlten die entsprechenden Vorstellungen der Amerikaner,²⁸¹ wandte sich die Vorošilov-Kommission diesem Thema zu. Von einer Beratung konnte kaum die Rede sein, denn es existierte bereits ein Grundlagenpapier, das die Funktionen des Kontrollmechanismus einschränkte. Dieses merkwürdige Dokument bekräftigte, dass „die oberste Gewalt in Deutschland im ersten Zeitabschnitt jedem der Oberbefehlshaber in der entsprechenden Besatzungszone zustehen“ müsse. Es legte ein minimalistisches Modell der alliierten Gremien dar:²⁸²

Zur Abstimmung der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und administrativen Vorgehensweise der drei Oberbefehlshaber genügt es [...], ein einheitliches interalliiertes Organ aus den Vertretern der drei Oberbefehlshaber zu bilden.

277 Zu den ersten beiden britischen Dokumenten vgl. S. 414. Bei dem Letztgenannten handelt es sich um das Memorandum „Machinery in Germany during the Period of Occupation“, das als EAC (44) 3 seit dem 15. 1. 1944 zirkulierte, abgedruckt in: DzD I, 5, S. 756–760.

278 Kapitulationsbedingungen für Deutschland, 4., 8. und 12. 2. 1944, in: UdF 1, S. 311–331.

279 Molotov an Gusev, 12. 2. 1944, in: UdF 1, S. 328–331.

280 Kapitulationsbedingungen für Deutschland: 4. 2. 1944, in: UdF 1, S. 315.

281 Machinery in Germany during the Period of Occupation – Memorandum by the United Kingdom Delegation (EAC/44/3), 15. 1. 1944, in: DzD I, 5, S. 756–760 und Proposed Control Machinery for the Administration of Military Government in Germany during the Occupation Period – Memorandum by the United States Representative (EAC/44/16), 25. 3. 1944, in: ebd., S. 790–793.

282 UdF 1, S. 371.

Da dieses weder betitelt noch unterzeichnete Dokument bereits die entscheidenden sowjetischen Forderungen zum Kontrollmechanismus enthielt, könnte es sich dabei um eine Direktive für die Vorošilov-Kommission handeln.

Nach eingehender, jedoch leider nicht verzeichneter Diskussion am 18. und 21. März bestätigte die Kommission einen ersten, bisher nicht zugänglichen Entwurf für ein sowjetisches Memorandum zum Kontrollmechanismus.²⁸³ Zur ursprünglich vorgesehenen Weiterleitung des Memorandums an den Außenkommissar kam es jedoch nicht. Vielmehr berief Vorošilov, der nach der Kommissionsitzung gemeinsam mit Molotov, Vyšinskij und Dekanozov an einer Beratung im Arbeitskabinett Stalins teilgenommen hatte,²⁸⁴ bereits am folgenden Tag eine erneute Sitzung der Kommission ein. Zum Ablauf dieser Beratung fertigte der Sekretär der Kommission, Bazarov, zum ersten Mal neben dem Beschlussprotokoll eine sogenannte Tagebuchaufzeichnung an. Dabei handelt es sich nicht um eine wörtliche Wiedergabe, sondern um die Zusammenfassung wesentlicher Äußerungen der einzelnen Mitglieder in indirekter Rede. Diese „Tagebuchaufzeichnungen“ gestatten eine differenzierte Beurteilung der Beratungen in der Kommission und eine Zuschreibung bestimmter Positionen zu einzelnen Personen. Im Moskauer Archiv für Außenpolitik finden sich freilich nicht die Originale, sondern lediglich die im Februar 1946 für den Abschlussbericht der Kommission, der an Molotov und Stalin gehen sollte, angefertigten Abschriften dieser Aufzeichnungen. Bisher kennen wir die Gründe nicht, warum Bazarov so ausführlich protokollierte. Möglicherweise fertigte er diese Aufzeichnungen erst an, als innerhalb der Kommission bzw. zwischen dem Kommissionsvorsitzenden und Molotov Meinungsverschiedenheiten auftraten, über die Stalin präzise Informationen wünschte. Fest steht jedoch, dass seit dem 22. März 1944 von all den Sitzungen „Tagebuchaufzeichnungen“ vorliegen, auf denen Deutschland Gegenstand der Beratung war. Ob die Kommissionsmitglieder und der Kommissionsvorsitzende damals wussten, dass Bazarov ihre Äußerungen festhielt und ob sie darauf Einfluss nehmen konnten, ist bisher nicht bekannt.

Als Vorošilov am 22. März erklärte, dass es verfrüht sei, den Entwurf zu den alliierten Organen im besetzten Deutschland, den die Kommission in der vorangegangenen Sitzung bestätigt hatte, an Molotov weiterzuleiten, vermerkte Bazarov

283 Protokoll Nr. 23 der Sitzung der Vorošilov-Kommission am 18. 3. und 21. 3. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 56.

284 Vyšinskij und Dekanozov wurden von 21.50–21.55 und von 22.15–22.25 Uhr vor und während der Beratung zu Stalin gerufen, an der von 22.10–23.45 Uhr neben Molotov und Vorošilov auch Berija, Malenkov und Ščerbarkov teilnahmen, vgl. LPS, S. 429.

keinen Widerspruch. Auch den Erläuterungen des Kommissionsvorsitzenden in dieser Sache widersprach niemand:²⁸⁵

Im besetzten Deutschland sind die alliierten Organe nicht *das Wichtigste, sondern zweitrangig*. Sie bleiben den Aufgaben untergeordnet, die sich aus den Kapitulationsbestimmungen ergeben.

Die Kommissionsmitglieder sahen darin – wohl nicht zu Unrecht – eine Weisung von höchster Stelle, die für sie nicht zur Diskussion stand.

Der sowjetische Vorschlag zum Kontrollmechanismus

Alle bisher bekannten sowjetischen Entwürfe zum Kontrollmechanismus gehen von der Machtvollkommenheit der Zonenoberbefehlshaber aus. Nur einmal und ohne Folgen für die Planung trat Vorošilov in der Kommission dafür ein, „ein einheitliches, *mit Vollmachten* zur vorläufigen Abstimmung aller wichtigen Deutschland betreffenden Maßnahmen ausgestattetes Konsultativorgan“ zu schaffen. Er wollte damit sicherstellen, „dass die Deutschen Meinungsverschiedenheiten oder selbst teilweise fehlende Abstimmung zwischen den Alliierten in einzelnen während der Besatzungszeit entstehenden Fragen nicht zu ihren Gunsten ausnutzen können“.²⁸⁶ Dafür, dass Vorošilov mit diesem Plädoyer für ein starkes Konsultativorgan der Alliierten keiner Direktive folgte, spricht sein Bericht an Stalin über die Ausarbeitung eines sowjetischen Vorschlags zum Kontrollmechanismus. Darin distanzierte er sich vollständig von der Position, die er in der Kommission vertreten hatte:²⁸⁷

Unsere Kommission für den Waffenstillstand meint, dass jeder unmittelbar seiner Regierung unterstehende Oberbefehlshaber im Laufe des ersten Zeitraums nach der Kapitulation Deutschlands in seiner Zone mit sämtlichen Machtbefugnissen ausgestattet sein und ein Exekutivorgan zur Kontrolle der deutschen Behörden zur Verfügung haben muss. *Nach Meinung der Kommission darf in diesem Zeitraum kein interalliiertes, über den Oberbefehlshabern stehendes Organ geschaffen werden.* Die Bildung eines derartigen Organs impliziert von vornherein, dass die UdSSR dort in der Minderheit ist, was sich – verständlicherweise – in der praktischen Arbeit (nicht nur für uns) schädlich auswirken wird.

Für Stalin war die Einheitlichkeit der Besatzungspolitik in allen vier Zonen zu keiner Zeit vorrangiges Ziel. Der erste Kommissionsentwurf, der im Mai 1944

285 Notiz zur Sitzung der Kommission am 22. 3. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 58–61. Hervorhebung nicht im Original.

286 Sitzung der Vorošilov-Kommission: 5. 5. 1944, in: UdF 1, S. 386–390, hier S. 388. Hervorhebung nicht im Original.

287 Vorošilov an Stalin: 12. 6. 1944, in: UdF 1, S. 406–407.

vorlag und sich am amerikanischen Vorschlag vom 25. März 1944 orientierte,²⁸⁸ fand im Außenkommissariat Zustimmung.²⁸⁹ Stalin bestätigt ihn jedoch nicht. Vielmehr beschloss das Politbüro am 29. Juni 1944, lange bevor die EAC ihre Arbeit an den deutschen Dokumenten beendet hatte, eine organisatorische Reorganisation, die faktisch die weitere Arbeit der Vorošilov-Kommission beendete.²⁹⁰ Da ab Juli 1944 weder Protokolle noch Tagebuchaufzeichnungen der erneuerten Waffenstillstandskommission vorliegen, Vorošilov jedoch weiterhin an sowjetischen Entwürfen für die EAC arbeitete, ist anzunehmen, dass die reorganisierte Waffenstillstandskommission für Deutschland ihre Arbeit nicht mehr aufnahm, sondern Vorošilov allein agierte.²⁹¹

In London musste Gusev monatelang lavieren. Bis Ende Mai 1944 übergang er die Vorschläge zum gemeinsamen Kontrollmechanismus, die Briten und Amerikaner einbrachten, mit Schweigen. Doch nachdem sie ihre prinzipielle Zustimmung zur Westgrenze der sowjetischen Zone gegeben hatten, verstärkten die Anti-Hitler-Koalitionäre ihr Drängen auf die Darlegung der sowjetischen Position zum Kontrollmechanismus. Demgegenüber erklärte nun Botschafter Gusev, es sei zunächst notwendig, den Regierungen die Kapitulationsurkunde vorzulegen und die Diskussion des Zonenprotokolls fortzusetzen. Immerhin versicherte er jetzt, dass die sowjetische Delegation – er sprach ausdrücklich nicht für die Moskauer Stellen – das Studium der britischen und amerikanischen Vorschläge zum Kontrollmechanismus fortsetze und sich dazu äußern werde.²⁹² Gleichzeitig erbat Gusev von der Moskauer Zentrale Instruktionen. Daraufhin rieten Bazarov und

288 Vorošilov an Molotov, 12. 5. 1944, in: UdF 1, S. 395–398, hier S. 397: „Für unseren Entwurf haben wir alle akzeptablen Passagen des amerikanischen Entwurfs verwendet.“ Zum amerikanischen Entwurf vgl. S. 458.

289 Vgl. das zustimmende Gutachten des Rechtsexperten des NKID, 30. 5. 1944, in: UdF 1, 405–406.

290 RGASPI f. 17, op. 162, d. 37, Bl. 119, Beschluss des Politbüros des ZK VKP(b), Punkt 250, 29. 6. 1944. Dieser Beschluss bestand aus zwei Teilen: 1) Umbildung der am 4. 9. 1943 geschaffenen allgemeinen Waffenstillstandskommission in eine spezielle Kommission für den Waffenstillstand mit Deutschland, ohne Änderung der Zusammensetzung dieser Kommission. 2) Neubildung einer Kommission für Finnland, Ungarn und Rumänien beim Außenkommissariat. Unter Vorsitz von Vorošilov gehören dieser Kommission an: Šapošnikov, Isakov und Bazarov als Sekretär.

291 Am 29. 6. 1944 nahm Vorošilov an der Beratung bei Stalin teil, auf der offenbar der erwähnte Politbüro-Beschluss gefasst wurde. Danach war er bis zum Kriegsende nur noch siebenmal bei Stalin. Offiziell schlug Vorošilov erst am 14. 2. 1946 die Auflösung der Kommission vor, vgl. Vorošilov und Bazarov an Stalin und Molotov vom 14. 2. 1946, AVP RF f. 06, op. 6, p. 15, d. 150, Bl. 2–8.

292 Record by the United Kingdom Delegation of Discussion at Informal Meeting of the three Representatives vom 24. 5. 1944, in: DzD, I, 5, S. 65–68, hier S. 67.

der stellvertretende Chef der für Großbritannien zuständigen Zweiten Europäischen Abteilung, Vladimir Erofeev, den sowjetischen Vertreter in der EAC über die sowjetische Position zu unterrichten.²⁹³

Einen Monat später hatte die sowjetische Delegation in London einen eigenen Vorschlag ausgearbeitet, den Gusev am 8. Juli 1944 zur Bestätigung an das Außenkommissariat übermittelte.²⁹⁴ Ähnlich wie bei der Abstimmung der Besatzungszonen erwies es sich zur Durchsetzung der sowjetischen Position als erfolgversprechend, jeweils die Nähe einer der beiden Westmächte zu suchen. So gründete sich der Vorschlag der sowjetischen EAC-Delegation zwar auf die gleichen Prinzipien, von denen sich die Vorošilov-Kommission hatte leiten lassen, berücksichtigte aber stärker die Gemeinsamkeiten mit dem vier Monate zuvor von den Amerikanern vorgeschlagenen Modell.²⁹⁵ Ehe sich diese Strategie durchsetzte, entwickelte sich in Moskau ein zähes Ringen um die Frage, wieweit Kompromissvorschläge zum Kontrollmechanismus bereits in den sowjetischen Entwurf eingearbeitet werden sollten, um die Verhandlungen in der EAC auf dessen Grundlage führen zu können.²⁹⁶ Vorošilov, der wahrscheinlich um das Überleben seiner Kommission kämpfte, wandte sich in Moskau beharrlich dagegen.²⁹⁷ Ihm gelang es Anfang August, die Absendung eines mit Vyšinskij bereits abgestimmten Entwurfs zu verhindern.²⁹⁸ Möglicherweise standen hinter diesem internen Streit in Moskau weniger Meinungsverschiedenheiten zum Entwurf selbst, als vielmehr Uneinigkeit darüber, inwiefern eine gemeinsame Vereinbarung mit den USA und Großbritannien zum Kontrollmechanismus wünschenswert sei.

Anfang August 1944, als Briten und Amerikaner die Verhandlungen in der EAC über das Zonenprotokoll zum Stillstand gebracht hatten, vordergründig, weil sie sich nicht darauf einigen konnten, wer von ihnen die begehrte Nordzone Deutschlands besetzen würde, drängte Winant erneut:²⁹⁹

There were two other urgent matters which had been before the Commission for a long time, namely machinery of control in Germany, and proclamations and orders. Until we

293 Erofeev und Bazarov an Vyšinskij vom 7. 6. 1944, AVP RF f. 082, op. 28, p. 177, d. 1, Bl. 21.

294 Entwurf zum Kontrollmechanismus: 8. 7. 1944, in: UdF 1, S. 412–415.

295 Proposed Control Machinery for ... Germany, 25. 3. 1944, in: DzD I, 5, S. 790–793.

296 Entwurf zum Kontrollmechanismus: 22. 7. 1944, in: UdF 1, S. 419–421.

297 Bazarov an Vyšinskij, 22. 7. 1944, in: UdF 1, S. 649, Anm. 304. Bazarov an Vyšinskij, 4. 8. 1944, in: ebd., S. 436–437. Und Vorošilov an Vyšinskij 21. 8. 1944, in: Ebd., S. 446–447.

298 Vyšinskij an Molotov, 6. 8. 1944, in: ebd., S. 438–440. Enthält einen neuen sowjetischen Entwurf zum Kontrollmechanismus.

299 Informelle Beratung der EAC, 4. 8. 1944, in: DzD I, 5, S. 188–190, hier 189.

could settle the principles of a tripartite scheme of control, we could not get on with our detailed planning.

Auch jetzt noch beharrte Gusev auf seiner Position, wonach die Kommission ihre Arbeit am Zonenprotokoll abschließen müsse, bevor sie mit Verhandlungen zum Kontrollmechanismus beginnen könne.³⁰⁰

Diese Auseinandersetzung entschied Stalin zwischen dem 21. und 25. August 1944 zugunsten des schnellstmöglichen Abschlusses der Vereinbarungen sowohl zu den Besatzungszonen als auch zum Kontrollmechanismus. Hauptgrund für ihn dürfte der Kriegsverlauf gewesen sein. Schnellen Erfolgen seiner Koalitionspartner in Westeuropa standen unkalkulierbare Schwierigkeiten der UdSSR in Osteuropa gegenüber. Vor diesem Hintergrund entschied sich der Kremlchef dafür, den Weg für den umgehenden Abschluss der Deutschlandvereinbarungen freizugeben. Zunächst legte Vyšinskij in Moskau einen neuen Entwurf vor, der über weite Strecken wortwörtlich auf dem amerikanischen Vorschlag vom 25. März 1944 basierte.³⁰¹ Dazu waren keine substantiellen Zugeständnisse notwendig. Erst in letzter Minute akzeptierte man, das bis dahin in den sowjetischen Entwürfen farblos als „Beratung der Oberbefehlshaber“ bezeichnete oberste Gremium der Alliierten in Deutschland nun ambitiös „Kontrollrat“ zu nennen.³⁰² Diesen nun endlich von Stalin bestätigten Entwurf konnte Molotov noch am selben Tag nach London übermitteln.

Gusev ließ den sowjetischen Vorschlag mit dem Hinweis, dass „diese Vereinbarung in Form eines von den Vertretern unserer drei Regierungen zu unterzeichnenden Protokolls ausgefertigt werden“ könne,³⁰³ bereits am 26. August in der EAC zirkulieren. Insbesondere bei der amerikanischen Delegation löste der sowjetische Entwurf größte Zufriedenheit aus.³⁰⁴

From the point of view of the US occupation in Germany, the Soviet paper on control machinery was possibly the single most important document submitted in the European Advisory Commission.

Die Einbringung des sowjetischen Vorschlags zum Kontrollmechanismus fiel zeitlich mit dem Einlenken Gusevs in der letzten noch strittigen Frage des Zonen-

300 Ebd., S. 189.

301 Entwurf zum Kontrollmechanismus, 21. 8. 1944, in: UdF 1, S. 448–451. Dieser Entwurf wurde auch als „Unsere Abänderungsvorschläge zum Memorandum des Vertreters der USA“ bezeichnet.

302 Entwurf zum Kontrollmechanismus: 25. 8. 1944, in: Ebd., S. 451–453, hier S. 452.

303 UdF 1, 448–451. Die englische Übersetzung ist abgedruckt in: DzD I, 5, S. 829–830.

304 Ziemke, Germany, S. 128–129.

protokolls zusammen.³⁰⁵ Ende September unternahm das Außenkommissariat dann exakt das gleiche, was Stalin in den Monaten zuvor mehrfach in Bezug auf die westliche Diplomatie beklagt hatte. Molotov ließ durch *TASS* die EAC-Verhandlungen erläutern, zu denen Geheimhaltung vereinbart worden war. Ehe die Regierungen die Empfehlungen der Kommission angenommen hatten, meldeten sowjetische Zeitungen:

Wie bestätigt wird, ist die Europäische Beratende Kommission gegenwärtig mit der Erarbeitung des Dokuments über den Kontrollmechanismus der Alliierten in Deutschland beschäftigt. Es ist vorgesehen, dass nach der Kapitulation Deutschlands die oberste Gewalt in diesem Land von den drei Alliierten Oberbefehlshabern, die einen Alliierten Kontrollrat bilden, wahrgenommen wird. Beim Kontrollrat wird ein entsprechender Apparat zur Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse gebildet. Es wird davon ausgegangen, dass sich praktisch die *uneingeschränkte* Macht in jeder der drei Besatzungszonen in den Händen des Oberkommandierenden der Besatzungstruppen dieser Zone konzentriert. Eine Ausnahme ist lediglich im Hinblick auf die Verwaltung Berlins vorgesehen. Insoweit Berlin Objekt der gemeinsamen Besetzung durch Truppen der drei Mächte – der UdSSR, der USA und Englands – werden soll, wird davon ausgegangen, dass eine „Interalliierte Kommandantur“ für Berlin geschaffen wird, deren genaue Struktur anscheinend noch nicht festgelegt wurde.

In der EAC begann Gusev zur gleichen Zeit auffallend souverän zu verhandeln. Häufiger und ausführlicher als je zuvor griff er in die Beratung ein. Ohne auf Widerspruch zu stoßen, dozierte er (sicher nicht ohne Instruktionen aus der Moskauer Zentrale):³⁰⁶

What are we creating control machinery for? It is in order to exercise control over Germany and in order to fulfil the tasks outlined in our document. How practically shall we do this? *First of all by dividing Germany into three zones with the troops of the corresponding Powers in each of the three zones.* [...] The real elements of control would be the forces of occupation in each of the three zones. This was primary. *The central authorities, whom we must direct by co-ordinated action from the centre, were secondary.* Each Commander-in-Chief would be responsible for the state of affairs in his zone to his own Government and not to the three Governments together.

Indem die Vertreter der Westmächte diese Erklärung Gusevs widerspruchslos akzeptierten, verzichteten sie im Voraus auf ein Mitspracherecht bei Vorgängen, die die sowjetische Besatzungszone betrafen. Die Abschirmung der eigenen Zone vor möglichen Kontrollen durch die Westmächte hatte für Stalin klaren Vorrang vor eigenen Einflussmöglichkeiten in den Zonen der anderen. Dies galt in umge-

305 Vgl. S. 444.

306 DzD I, 5, S. 244–253 (US-Aufzeichnung), hier 248f. und S. 257 (britische Aufzeichnung). Hervorgehoben nicht im Original.

kehrter Richtung ebenso für Roosevelt und Churchill. Gusev akzeptierte am 14. November 1944 die Vereinbarung zum Kontrollmechanismus nur auf Grundlage der uneingeschränkten Oberhoheit jeder Besatzungsmacht in ihrer „eigenen“ Zone (was von Großbritannien und den USA niemals bestritten worden war) und des Einstimmigkeitsprinzips in allen alliierten Kontrollgremien, deren Vollmachten sich lediglich auf Deutschland als Ganzes erstrecken sollten. Damit sicherten sich alle drei Mächte freie Gestaltungsmöglichkeiten in den von ihnen besetzten Teilen dieses Landes. Obwohl die von den drei Regierungen noch vor der Krim-Konferenz bestätigten EAC-Vereinbarungen die Möglichkeit wahrten, nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zusammenzuarbeiten, schufen sie zugleich die Grundlage für die Verselbständigung ihrer Zonen. Die Beschlüsse der EAC lenkten die Politik der drei grundverschiedenen Mächte, die ihrerseits noch Frankreich hinzuzogen, in eben jene Bahnen, die zur konfliktreichen, letztlich aber friedlichen Teilung Deutschlands führten.

Möglichkeit einer deutschen Zentralregierung?

Eine Episode bleibt in diesem Zusammenhang nachzutragen. Als die Vorošilov-Kommission Anfang Mai 1944 am sowjetischen Entwurf zu den alliierten Kontrollgremien arbeitete, äußerte sich ihr Vorsitzender durchaus widersprüchlich zu einer zukünftigen deutschen Zentralregierung. Zunächst erinnerte er am 5. Mai an das Axiom,³⁰⁷

dass die gesamte Gewalt bei der Kontrolle der deutschen Regierung und der deutschen Staats- und Verwaltungsorgane in dem ersten Zeitraum des Prozesses der Kapitulation Deutschlands bei jedem der Oberbefehlshaber in seiner Zone liegen müsse.

Fünf Tage später stellte Vorošilov klar, dass die Siegermächte „die deutsche Regierung nicht endgültig abschaffen, sondern umgekehrt versuchen werden, die letztere für die Führung und Verwaltung Deutschlands zu benutzen“. In diesem Zusammenhang wies der enge Vertraute Stalins darauf hin,³⁰⁸

dass die Alliierten, bei aller Härte gegenüber Deutschland, die Verwaltung dieses Landes so organisieren, dass die Deutschen begreifen, dass sie, nach Wiedergutmachung des Übels, das sie den Völkern Europas zugefügt haben, doch Menschen bleiben, mit denen man als mit einer Nation zu rechnen hat.

Unaufgeklärt bleibt, welche Ziele der Kommissionsvorsitzende mit dieser weitgehenden Erklärung verfolgte und warum sein Hinweis in dem von der Kommission vorgelegten Entwurf zum Kontrollmechanismus keinen Niederschlag fand. Der

307 Sitzung der Vorošilov-Kommission: 5. 5. 1944, in: UdF 1, S. 386–390, hier S. 387.

308 Sitzung der Vorošilov-Kommission: 10. 5. 1944, in: Filitov, Deutschlandplanung, S. 36.

Stalin übermittelte Entwurf zu den alliierten Kontrollgremien erwähnte zwar eine „deutsche Regierung“ bzw. „zentrale Behörden“ der Deutschen, ließ aber deren Funktionen und Perspektiven völlig unbestimmt. Dennoch ist aus diesen Äußerungen Vorošilovs der Schluss gezogen worden, dass man in Moskau „das Weiterbestehen des ‚Machapparats‘ des Reiches ... als eine beinahe selbstverständliche Perspektive betrachtete.“³⁰⁹

Diese Interpretation ist völlig unzureichend begründet. Sie widerspricht nicht nur der vielfach belegbaren sowjetischen Entschlossenheit, die deutschen Verwaltungen auf allen Ebenen zu säubern.³¹⁰ Sie steht auch im Widerspruch zu der Erklärung, die Gusev vier Monate später in der EAC abgab. Am 26. September 1944 hatte in dieser Kommission der Umstand, dass der sowjetische Vorschlag zum Kontrollmechanismus die Existenz einer deutschen Regierung voraussetzte,³¹¹ Nachfragen ausgelöst. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen den drei Mächten traten dabei nicht in Erscheinung. Vielmehr waren sich alle darüber einig, dass die oberste Gewalt auf absehbare Zeit nicht bei einer deutschen Zentralregierung, sondern allein bei ihnen selbst, den Siegermächten, liegen müsse. Gusev stieß nicht auf Widerspruch, als er mit Entschiedenheit das Verhältnis der Alliierten zu den deutschen Verwaltungen und ihren Leitern bestimmte:³¹²

The Fascist regime will be abolished and all Fascist-created orders will be abolished. Political control will not belong to the Germans but to the Allies. But there must be an organ of gov-

309 Filitov, Deutschlandplanung, S. 37–38.

310 Bereits die ausführlichen Kapitulationsbedingungen, die Anfang 1944 vorlagen, sahen die Auflösung der NSDAP und die Internierung aller Naziaktivisten vom Blockleiter aufwärts vor, vgl. UdF 1, 277–304, hier 296f. Ein Jahr später wies das Innenkommissariat seine Beauftragten bei den nach Deutschland vorrückenden Fronten (Heeresgruppen) der Roten Armee an, die gesamte Führungsschicht in den von ihnen zu besetzenden Teilen Deutschlands auszuschalten, vgl. Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 0016 „Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der Roten Armee von feindlichen Elementen“ vom 11. 1. 1945, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Hg. von Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato, eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel, Berlin 1998, S. 142–146.

311 Entwurf zum Kontrollmechanismus, 25. 8. 1944, in: UdF 1, S. 451–453, hier S. 452, Punkt 3.

312 DzD I, 5, S. 258–270, hier 264–269. Hervorhebung nicht im Original. Vgl. dazu auch die Versicherung Molotovs gegenüber dem französischen Botschafter im August 1945 zu den in den Potsdamer Beschlüssen erwähnten gesamtdeutschen Zentralverwaltungen: „[...] diese Staatssekretariate würden sich in den Händen der Alliierten befinden, von ihnen sei nichts zu befürchten. [...] Molotov sagt, die Deutschen würden die Verantwortung tragen und würden – falls sie nicht pantierten – umgehend aus diesen Ämtern entfernt, so dass hier nichts zu befürchten sei.“ (UdF 2, 99–105).

ernment through which the Allies will carry out the orders in order to get effective control. The Allies cannot undertake all the operational direction of the German machinery – that must be done by German hands. This may mean a change in the personnel of the German central organs and institutions. The head of the ministry will be a person appointed by the Allies. [...] *We will not consult the Germans. We will give orders – the Germans will be obliged to execute those orders.*

Alle drei Mächte einigten sich schließlich im „Agreement on Control Machinery in Germany“ darauf, nicht von einer deutschen Regierung, sondern von einer „German central administration“ zu sprechen. Sie erwähnten aber missverständlich „deutsche Ministerien und Zentralverwaltungen“.³¹³

6. Unterbliebene Vorbereitungen

Lange bevor die UdSSR schließlich dazu bereit war, über die Einrichtung eines alliierten Kontrollapparats zu verhandeln, ging die Initiative zur gemeinsamen Ausbildung von Personal für diesen Apparat von der britischen Delegation aus. Schon am 2. Mai 1944 schlug Strang vor, zum nächstmöglichen Zeitpunkt in London den britisch-sowjetisch-amerikanischen Kern einer gemeinsamen Militärregierung zu bilden.³¹⁴

Zwei Monate später empfahl in Moskau der Leiter der für die Feindstaaten zuständigen Dritten Europäischen Abteilung, Andrej Smirnov, mit der Registrierung und Vorbereitung einer „Personalreserve“ für die sowjetischen Militärregierungen in Deutschland, Österreich und Ungarn zu beginnen und in diesen Ländern „ein recht verzweigtes Netz von Vertretungen des Außenkommissariats zu schaffen“, deren Aufgaben darin bestehen sollten:³¹⁵

Fragen der Außenpolitik dieser Länder in Bezug auf andere Staaten zu analysieren, die Kontrolle über die Einhaltung der sich auf außenpolitische Fragestellungen beziehenden Kapitulationsbedingungen durch Deutschland auszuüben, die Verbindung zu diplomatischen und konsularischen Vertretungen der neutralen Länder im Hoheitsgebiet Deutschlands zu pflegen, die außenpolitischen Kontakte Deutschlands über ihre Vertreter in anderen Ländern zu kontrollieren und die Abberufung bzw. die Ablösung faschistisch gesinnter Diplomaten im Ausland zu überwachen.

313 DzD I, 5, S. 328–330, hier S. 330, § 6, (b), (i) und (iii).

314 EAC/44/17: Machinery in Germany during the ‚Middle Period of Military Government after Hostilities cease‘. Memorandum by the United Kingdom Representative, 2. 5. 1944, DzD I, 5, S. 794–798, hier S. 797: Punkt 19.

315 Smirnov an Dekanozov, 5. 7. 1944, in: UdF 1, S. 409–411, hier S. 410.

Dass Smirnov noch mit Außenpolitik der geschlagenen Kriegsgegner rechnete, offenbarte, welch ungenaue Vorstellungen man zu dieser Zeit im Außenkommissariat über die Folgen des eigenen Sieges hatte. Der führende Diplomat, der über Erfahrung in der gemeinsamen britisch-sowjetischen Besetzung des Irans 1941 verfügte, wollte in Deutschland dreißig periphere Gruppen in den Provinzhauptstädten und in den Großstädten bilden. Er hielt es darüber hinaus bereits im Sommer 1944 für dringend notwendig,³¹⁶

zentrale Regierungskommissionen für diese Länder zu gründen, die, angebunden beim Oberbefehlshaber, für Fragen der militärischen Verwaltung der besetzten Gebiete zuständig sein werden. Die zentrale Regierungskommission muss aus den wichtigsten Staatsfunktionären unseres Landes gebildet werden, die in der Lage sind, die Militärverwaltung in den besetzten Gebieten Deutschlands zu organisieren und die Einhaltung der Kapitulationsbedingungen durch Deutschland zu gewährleisten.

Ohne Weisungen seiner Vorgesetzten abzuwarten, forcierte der Chef der Dritten Europäischen Abteilung die Vorbereitung künftiger sowjetischer Militärregierungen. Wahrscheinlich ausgelöst durch einen Bericht Gusevs über die Beratungen der EAC, drängte Smirnov auf schnelles Handeln. Es bestehe die Möglichkeit, dass Teile von Deutschland besetzt würden, ehe sich die drei Mächte auf einen gemeinsamen Kontrollmechanismus für Deutschland geeinigt hätten. Unter Hinweis auf die weit fortgeschrittenen amerikanischen Vorbereitungen wiederholte Smirnov sein Drängen auf Bildung einer möglichst hochrangigen „sowjetischen Gruppe für die militärische Verwaltung Deutschlands und einzelner Provinzen dieses Landes“. Der Leiter dieser Gruppe müsse „von Gehilfen unterstützt [werden], die die gesamte deutsche Verwaltung kontrollieren und in Einzelfällen Leitungsfunktionen in Bezug auf bestimmte Industriezweige übernehmen könnten“³¹⁷

Keinerlei Energie verschwendete Smirnov hingegen auf die Vorbereitung gemeinsamer sowjetisch-britisch-amerikanischer Gremien für das besetzte Deutschland. Die Initiative für derartige Einrichtungen blieb auf Seiten der Westmächte. Noch im Juli 1944 erneuerte die amerikanische EAC-Delegation die britische Initiative. Der militärpolitische Berater Winants, General Wickersham, schlug Gusev am 19. Juli 1944 vor, die Regierungen um die Entsendung von jeweils 250 Offizieren (ohne technisches Personal) zur Vorbereitung nach London zu bitten.

316 Ebd., S. 411.

317 Smirnov an Dekanozov, 17. 7. 1944, ebd., S. 417–418, hier S. 417.

Für den schnellstmöglichen Start hielt er eine Gruppe von 40 bis 50 sowjetischen Offizieren für wünschenswert.³¹⁸

Über derartige Überlegungen dürfte Smirnov zumindest partiell informiert gewesen sein. Er ließ sie jedoch völlig unberücksichtigt, als er eine Woche später seinen vorangegangenen Vorschlag gegenüber Dekanozov weiterentwickelte. Jetzt dachte er bereits über die Gestaltung der einzelnen Aufgabenbereiche einer künftigen „sowjetischen Militäradministration für Deutschland“ nach und empfahl:³¹⁹

Der Kandidat für die Leitung des außenpolitischen Bereichs ist besonders sorgfältig auszuwählen, denn gerade auf ihm und seiner Gruppe liegt die Hauptlast der Arbeit in allen außenpolitischen, militärischen, wirtschaftlichen und innenpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Niederlage Deutschlands und der Durchsetzung der Bedingungen der Kapitulation, des Waffenstillstands und – in der Folgezeit – auch mit der Erfüllung des Friedensvertrags durch die Deutschen.

Ohne zu erwähnen, dass man die Beziehungen zu den übrigen Besatzungsmächten in Deutschland pflegen müsse, galt die Sorge Smirnovs den außenpolitischen Aufgaben innerhalb der künftigen Militäradministration, die nach seiner Auffassung einer der Stellvertreter Molotovs übernehmen müsse. Dabei dachte er weniger an zonale Aufgaben als vielmehr an Deutschland als Ganzes. Molotovs Stellvertreter in Deutschland sollte zuständig sein für:³²⁰

- 1) Kontrolle von Presse, Rundfunk und Propaganda, Zensur. An der Spitze der entsprechenden Fachabteilung muss ein erfahrener Militär stehen, einer der Stellvertreter des Chefs der PURKKA. Für außenpolitische Fragestellungen sind ihm mit dieser Materie vertraute Mitarbeiter des NKID oder ehemalige *TASS*-Korrespondenten in Berlin beizuordnen.
- 2) Reparationen und Restitutionen. Die Leitung dieses Fachressorts muss während der Besetzung Deutschlands einem der Mitglieder der Regierungskommission für Reparationen übertragen werden.
- 3) Kriegsgefangene und nach Deutschland deportierte sowjetische Staatsangehörige. Suche nach sowjetischen Staatsangehörigen, Erfassung der ihnen im Zuge ihres Aufenthalts in Deutschland durch deutsche Personen oder Organisationen zugefügten persönlichen Schäden.
- 4) Suche nach Kriegsverbrechern und deren Bestrafung.

318 Aufzeichnung Gusevs vom 26. 7. 1944 zur Unterredung mit General Wickersham, 19. 7. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 23, d. 237, Bl. 56–57. Am 24. Juli übermittelte Winant dem sowjetischen Botschafter zwei Memoranden von Wickersham, in denen die amerikanischen Vorstellungen zur personellen Zusammensetzung und Vorbereitung des alliierten Kontrollpersonals dargelegt wurden. (ebd., f. 07, op. 5, p. 44, d. 95, Bl. 5–10).

319 Smirnov an Dekanozov, 24. 7. 1944, in: UdF 1, S. 422–425, hier S. 423.

320 Ebd., S. 423–424.

5) Botschafts- und Konsularangelegenheiten. Beziehungen zu ausländischen Vertretungen, Visa- und Einlassgenehmigungen etc.

Neben dem Ressort Außenpolitik dachte Smirnov an weitere Fachbereiche, die zuständig sein sollten für die militärische Verwaltung im besetzten Deutschland, für Wirtschaftsfragen, für Fragen der Innenpolitik sowie für das Bildungs- und Gesundheitswesen, für Kultur und Kirchen. Smirnov ging bereits 1944 von einem personalintensiven Mitarbeiterstab der sowjetischen Militäradministration aus, der aus den Reihen der Sowjetarmee und aus zivilen sowjetischen Verwaltungen rekrutiert werden sollte.³²¹

Seit August 1944 bedrängten in der EAC die Amerikaner den sowjetischen Delegierten mit der Frage, wann denn das im Vormonat erbetene sowjetische Personal für die *gemeinsame* Vorbereitung des Kontrollmechanismus in London eintreffen werde. Gusev konnte darauf nur delatorisch antworten.³²² Smirnov mahnte zwar weiterhin die beschleunigte Ausbildung von „Kadern“ für die sowjetische Militäradministration an,³²³ dachte dabei jedoch ausschließlich an separate Maßnahmen. Er ignorierte noch immer künftige sowjetisch-britisch-amerikanische Einrichtungen in Deutschland. Als sich die UdSSR im folgenden Monat an der Aushandlung des Alliierten Kontrollmechanismus für Deutschland beteiligte, stellte Gusev sofort klar, dass die Schulung des dafür notwendigen gemeinsamen Personals aus sowjetischer Sicht keine Priorität besitze.³²⁴

Allerdings zeigten sich gerade in dieser Frage taktische und reale Differenzen in der sowjetischen Außenpolitik. Zur gleichen Zeit, als Gusev in London gegenüber gemeinsamen personellen Vorbereitungen eine abwehrende Position einnahm (jedoch entsprechende Schritte gegenüber seiner Moskauer Zentrale befürwortete), schenkte in Moskau Smirnov diesen Fragen nur bezogen auf die sowjetische Politik Beachtung. Dagegen sprach sich im gleichen Kommissariat sein für Groß-

321 Ebd., S. 425.

322 General Wickersham, der militärische Berater der US-Delegation, hatte am 19. 7. 1944 die Entscheidung sowjetischer Offiziere vorgeschlagen, vgl. Aufzeichnung Gusevs vom 26. 7. 1944, AVP RF f. 06, op. 6, p. 23, d. 237, Bl. 56–57. Zum Drängen in der EAC vgl. Aufzeichnung Gusev vom 4. 8. 1944, ebd., Bl. 106–107. Nach dem amerikanischen Protokoll erklärte Gusev: „I have transmitted the proposal recommended by the British Delegation to my authorities, but I have not yet received an answer.“ (DzD, I, 5, S. 185–88, hier S. 187).

323 Stellungnahme Smirnov zum Schreiben Litvinovs, 21. 8. 1944, AVP RF f. 082, op. 28, p. 177, d. 1, Bl. 125.

324 MAI, Kontrollrat, S. 25.

britannien zuständiger Kollege dafür aus, symbolisch auf den Wunsch der Westmächte einzugehen:³²⁵

Ich denke, wir sollten eine gewisse Zahl unserer Experten nach London entsenden, damit sie sich mit dem System der Ausbildung des englischen und amerikanischen Personals vertraut machen sowie die Arbeitsweise und die Pläne der Amerikaner und Engländer studieren können. Diese Experten würden dann den Führungskern derjenigen großen Gruppe von Personen bilden, die im Zusammenhang mit der Besetzung nach Deutschland entsandt wird.

Im Unterschied zu Smirnov sah Novikov die Möglichkeit, den langfristigen Aufbau der sowjetischen Militäradministration mit der Teilnahme an einer gemeinsamen sowjetisch-britisch-amerikanischen Ausbildung von Personal für den Alliierten Kontrollrat zu verbinden. Doch genau wie Smirnov wollte auch Novikov für die „Koordinierung aller Aktivitäten im Rahmen der Vorbereitung auf die Besetzung ... einen gesonderten Regierungsausschuss“ einsetzen, dem die Aufgabe übertragen werden sollte, „das erforderliche Personal auszuwählen und auszubilden sowie sämtliche ... Pläne, Maßnahmen etc. auszuarbeiten“. Bei dieser Empfehlung konnte der Chef der Zweiten Europäischen Abteilung auf eine Entscheidung Molotovs verweisen. Der Außenkommissar wollte eine Beratung zu dieser Frage einberufen, um Personen zu bestimmen, die diese Angelegenheit koordinieren sollten.³²⁶

Eine Abstimmung der sowjetischen Politik schien noch angebrachter, als auch der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission darauf drängte, den bevorstehenden Beschluss der EAC zum Kontrollmechanismus mit Leben zu erfüllen. Vorosilov wandte sich am 20. September 1944 immediär an Stalin, um auf den für die UdSSR entstehenden großen Personalbedarf hinzuweisen. Da man alle Offiziere, die im Kontrollapparat gemeinsam mit Vertretern der Alliierten tätig werden sollten, „sehr sorgfältig auswählen“ und in gewissem Umfang vorbereiten müsse, mahnte er zur Eile:³²⁷

Meines Erachtens ist diese Angelegenheit äußerst dringlich und extrem wichtig. Der Fortgang der Ereignisse kann sich derart schnell und in derartigen Größenordnungen ändern, dass wir bei der Auswahl der entsprechenden Leute in Rückstand geraten, was uns selbstverständlich nicht zum Nutzen gereichen wird.

325 Novikov an Vyšinskij, 21. 9. 1944, in: UdF 1, S. 458.

326 Ebd.

327 Vorosilov an Stalin, 22. 9. 1944, in: UdF 1, S. 459–466, hier S. 460.

Vorošilov erhielt auf seine detaillierten Vorschläge keine Antwort. Auch Gusev blieb ohne Instruktion in dieser Frage. Ob es jemals zu einer Beratung im Außenkommissariat kam, wissen wir nicht. Doch das Drängen der Westmächte hielt an.

Während des zweiten Besuchs des britischen Premierministers in Moskau – auf den noch in anderem Zusammenhang einzugehen sein wird – übergab Eden dem sowjetischen Außenkommissar ein Memorandum zur Arbeit der EAC. Darin erinnerte der britische Außenminister an die noch immer ungelöste Frage der britisch-sowjetisch-amerikanischen Vorbereitung eines Mitarbeiterstabs für den gemeinsamen Kontrollmechanismus in Deutschland.³²⁸ Gusev erhielt von Molotov den Auftrag, eine Antwort auf diese Frage vorzubereiten. Der sowjetische EAC-Delegierte hob nun die Notwendigkeit hervor, sowjetisches Personal für die Arbeit im alliierten Kontrollapparat zu qualifizieren:³²⁹

Die Amerikaner und die Engländer haben ihre Leute für den Einsatz im Rahmen des Kontrollmechanismus der Alliierten in Deutschland bereits ausgebildet. Wir werden gebeten, wenigstens 10 bis 15 Mann abzustellen, damit diese ihre Kollegen in London kennenlernen und mit der gemeinsamen Arbeit zur Abfassung der Weisungen, Verfügungen usw. beginnen können. Seinerzeit habe ich vorgeschlagen, mit der Auswahl und der Vorbereitung von Kadern für den Kontrollmechanismus zu beginnen, doch ist dieser Vorschlag unberücksichtigt geblieben. Ich bin der Ansicht, dass wir daran interessiert sind, ausgebildete Leute zu haben, um gemeinsam mit den Engländern und Amerikanern an der Umsetzung des Besatzungsregimes für Deutschland zu arbeiten.

Tatsächlich löste Gusev damit erste konkrete Schritte aus. Am linken Rand des Dokuments vermerkte Vyšinskij am 23. Oktober: „Ausführungskontrolle durch Gen. Silin. Es sind konkrete Vorschläge zu erarbeiten.“ Bereits am folgenden Tag berichtete der Chef der Kaderverwaltung des Außenkommissariats, Michail Silin, über die inzwischen erzielte Einigung mit dem Chef der Kaderverwaltung des sowjetischen Verteidigungsministeriums, Filipp Golikov, und dem stellvertretenden Chef der Generalstabs der Roten Armee, Aleksandr Antonov, über die Auswahl des sowjetischen Kontrollpersonals:³³⁰

Ich übermittle Ihnen den Entwurf eines Beschlusses des Rats der Volkskommissare der UdSSR zur Ausbildung von Offizieren der Roten Armee für den im Rahmen der militärischen Besetzung Deutschlands einzusetzenden Kontrollapparat. Gen. Golikov hat gegen die Aufnahme der organisatorischen Arbeiten zur Ausbildung der Offiziere keine Einwände. Er

328 Britisches Memorandum: Notwendigkeit der Beschleunigung der Arbeit der EAC, 14. 10. 1944, in: SANO 2, S. 199–201.

329 Gusev an Vyšinskij (handschriftlich), 22. 10. 1944, AVP RF f. 012, op. 5, p. 61, d. 102, Bl. 5.

330 Silin an Vyšinskij: Bildung der sowjetischen Sektion des Alliierten Kontrollrates, 24. 10. 1944, AVP RF f. 012, op. 5, p. 61, d. 102, Bl. 6.

hält eine Zahl von 150 Mann für unzureichend. Gen. Antonov meint, dass es notwendig sei, mit der Organisierung von Lehrgangsveranstaltungen zu beginnen, und hat damit Gen. Golikov beauftragt. Die Stärke [des Ausbildungskontingents] stellt er nicht in Frage, doch ist er der Ansicht, dass man sie jederzeit auf das erforderliche Maß erhöhen könnte. Gen. Il'ičev [der Chef der Aufklärungsverwaltung der Roten Armee] hält all dies für akzeptabel.

Auch Vyšinskij unterstützte nun die Ausbildung sowjetischen Personals gemeinsam mit dessen zukünftigen britischen und amerikanischen Kollegen. Durch eine „Resolution“ auf diesem Schreiben erhöhte er die vorgesehene Anzahl von 150 auf 250 Personen. Nun konnte am 26. Oktober der sowjetische Geschäftsträger in London, Kukin, dem Foreign Office die Zusage übermitteln:³³¹

Die sowjetische Regierung erachtet es als zweckmäßig, unverzüglich mit der Ausbildung von Personal für den Kontrollmechanismus zu beginnen, damit die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens zum Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands und der Formierung des alliierten Kontrollapparats nach Möglichkeit bereits über ausgebildetes Personal für diesen Apparat verfügen. Gegenwärtig rekrutiert die sowjetische Regierung das erforderliche Personal. Dieses wird in nächster Zeit nach London entsandt, um gemeinsam mit den englischen und amerikanischen Kollegen detailliertere Arbeitspläne und Weisungen für den Kontrollmechanismus der Alliierten in Deutschland zu erarbeiten.

Wahrscheinlich liegt hier einer der seltenen Fälle vor, in denen das Außenkommissariat eine offizielle Antwort der sowjetischen Regierung ohne ausdrückliche Zustimmung Stalins übermittelte. Erst drei Tage nachdem die sowjetische Note in London überreicht worden war, legte Vyšinskij den Entwurf einer Verordnung vor, durch die der Rat der Volkskommissare die Rekrutierung des sowjetischen Personals in Gang setzen sollte.³³² Doch trotz der bereits übergebenen Zusage kam dieser Regierungsbeschluss in Moskau nicht zustande, da der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Iosif Stalin, nicht zustimmte. Sowjetische Offiziere wurden nie zur gemeinsamen Ausbildung nach London entsandt. Eine erneute indirekte amerikanische Einladung blieb unbeantwortet.³³³ Auch ein neuerlicher Vorstoß

331 Sowjetische Antwort auf britisches Memorandum, 25. 10. 1944, in: UdF 1, S. 493–494.

332 Vyšinskij an Molotov: 29. 10. 1944, in: UdF 1, S. 495–496.

333 Am 10. 11. 1944 übermittelte Gusev dem Außenkommissariat einen Bericht N.V. Ivanovs über den Besuch in einer vom Oberkommando des amerikanischen Expeditionskorps eingerichteten Ausbildungsstätte für waffentechnisches Kontrollpersonal, dem das Lehrprogramm dieser Einrichtung beigefügt war. In seinem Bericht vermerkte Ivanov ausdrücklich die Bereitschaft der Amerikaner, auch sowjetische Vertreter an der Ausbildung zu beteiligen (AVP RF, f. 06, op. 6, p. 23, d. 235, Bl. 6–10).

Vorošilovs bei Stalin Ende November 1944, als die EAC die Vereinbarung zum Kontrollmechanismus bereits ausgehandelt hatte, zeitigte keinen Erfolg.³³⁴

Stalin zog es weiterhin vor, eine Entscheidung in dieser Frage hinauszuschieben. Als der Geschäftsträger der britischen Botschaft am 20. Januar 1945 erneut darauf drängte sowjetische Vertreter zur Vorbereitung des Kontrollmechanismus zu entsenden, musste Molotov ausweichend antworten.³³⁵ Am Ende der Krim-Konferenz übermittelte ihm dann der britische Außenminister ein Schreiben, in dem er u. a. eindringlich um die Entsendung des sowjetischen Teils der Kontrollkommission für Deutschland nach London bat.³³⁶ Dieser Wunsch blieb in Moskau unbeachtet. Nach der Krim-Konferenz vertröstete Molotov auch den amerikanischen Botschafter, der im Auftrag seines Außenministers auf die Entsendung sowjetischer Vertreter gedrängt hatte.³³⁷ Und in London erklärte Gusev am 7. März 1945 gegenüber Eden und Winant, „dass ... es bislang nicht gelungen sei, Offiziere für diese Arbeit auszuwählen“. Es sei ihm „vorerst nicht bekannt, wann dies möglich sein wird“.³³⁸

Kontakte hunderter sowjetischer Offiziere mit britischen und amerikanischen Militärs in London waren nicht ausreichend kontrollierbar. Dies war aus der Sicht Stalins ein gefährliches Experiment, das er solange wie möglich hinauszögerte. Lediglich innerhalb der Roten Armee begann die Ausbildung sowjetischer Kader³³⁹ für die ab Juli 1945 verwirklichte Zusammenarbeit in den alliierten Kontrollgremien in Berlin. Dort verfügten die sowjetischen Sicherheitsdienste über schärfere Kontrollmöglichkeiten als in der britischen Hauptstadt.

Aufruf an die Deutschen

Roosevelt, Churchill und Stalin konnten ihre Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zu keiner Zeit um ein konstruktives Zukunftsprogramm für die Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege ergänzen, das alle gleichermaßen zufriedengestellt hätte. In Teheran hatten sie einen von der US-Delegation vorbereiteten kurzen Aufruf an das deutsche Volk niemals diskutiert.³⁴⁰ Wahrscheinlich fürchteten sie, dass die Suche nach einer solchen Deutschlandlösung leicht zur Sprengung ihrer Beziehungen hätte führen können. Dies dürfte ein Grund dafür gewesen sein, dass es während des gesamten Krieges niemals zu einem gemeinsamen Aufruf dieser drei Staats- und Regierungschefs an das deutsche Volk kam.

334 Vorošilov an Stalin: 29. 11. 1944, in UdF 1, S. 501.

335 Unterredung zwischen Molotov und Balfour, 20. 1. 1945, in: SANO, II, 264–265.

336 Eden an Molotov, 11. 2. 1945, SAIK 4, 212 und 214–215.

337 Unterredung zwischen Harriman und Molotov, 20. 2. 1945, SAMO, II, 312–316.

338 Aufzeichnung von Gusev: 07. 3. 1945; In: UdF 1, S. 537–540, hier S. 540.

339 Gregory Klimov, Berliner Kreml, Köln 1953.

340 Vgl. DzD I, 4, S. 670–674.

Den Vorschlag Roosevelts vom Mai 1944, unmittelbar vor der Kanalüberquerung, einen Aufruf an die Deutsche Wehrmacht zu richten,³⁴¹ um den Krieg zu verkürzen, griff man weder in London noch in Moskau auf. Obwohl Stalin eher dazu tendiert haben dürfte, den Krieg vollständig auszukämpfen, bis die deutsche Wehrmacht für alle sichtbar die Waffen strecken würde, so lehnte er dennoch die Idee Roosevelts nicht prinzipiell ab:³⁴²

Unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Krieges gegen die Deutschen und des Charakters der Deutschen glaube ich nicht, dass der von Ihnen vorgeschlagene Aufruf eine positive Wirkung haben könnte, da er zu Beginn der Landung veröffentlicht werden soll und nicht zu einem Zeitpunkt, der durch bedeutsame Erfolge gekennzeichnet wäre, die im Ergebnis der Landung anglo-amerikanischer Truppen und der bevorstehenden Offensive der Sowjetarmeen erzielt wurden. Auf die Frage, welchen Charakter der Aufruf selbst tragen soll, kann man zurückkommen, wenn für einen solchen Aufruf günstige Umstände eingetreten sind.

Auch ein späterer nur an Churchill gerichteter Vorschlag Roosevelts, die Moral der Wehrmacht zu brechen,³⁴³ fand nicht die Zustimmung des britischen Premierministers. Seine Ablehnung erläuternd erklärte Churchill: „I do not think that the Germans are very much afraid of the treatment they will get from the British and American armies or Governments. What they are afraid of is a Russian occupation, and a large proportion of their people being taken off to toil to death in Russia, or as they say, Siberia.“³⁴⁴

Selbst in Bezug auf die deutschen Verbündeten kam ein gemeinsames Auftreten der Großen Drei zur Verkürzung des Krieges zu keiner Zeit zustande. Wie Roosevelt und Churchill, die im Sommer 1943 eine Erklärung an das italienische Volk gerichtet hatten, wandte sich das Staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR am 10. April 1944 mit einem von Stalin unterzeichneten Aufruf an die Bevölkerung Rumäniens.³⁴⁵ Der Text war zuvor ebenso wenig mit den Anti-Hitler-Koalitionären abgestimmt worden wie diese zuvor ihre italienische Erklärung mit Stalin diskutiert hatten. Offensichtlich war in beiden Fällen ein gemeinsamer Aufruf aller drei Hauptmächte nicht mit deren jeweiligen Zielen vereinbar.

341 Roosevelt an Stalin, 23. 5. 1944, BW, S. 623–625. Die Idee eines Aufrufes stammte nicht von Roosevelt, sondern von Eisenhower. Roosevelt selbst hatte zunächst dagegen argumentiert, vgl. dazu den Kommentar Kimbals zum Schreiben Roosevelt an Churchill (R-541), 18. 5. 1944, in: Kimball, Correspondence, Bd. III, S. 134–135.

342 Stalin an Roosevelt, 26. 5. 1944, BW, S. 626.

343 Roosevelt an Churchill, 22. 11. 1944, Kimball, Correspondence, Bd. III, S. 403–404.

344 Churchill an Roosevelt, 24. 11. 1944, ebd., S. 408–409.

345 Verordnung des GKO Nr. 5594s, Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953, Bd. 1, Moskau 1999, S. 53–57. Ein analoger Beschluss wurde am 27. 10. 1944 durch das GKO für Ungarn verabschiedet und von Stalin unterzeichnet.

VIII. Jalta und der Sieg über Deutschland

Die Fortsetzung des „Aufbaus“ der kommunistischen Gesellschaft und der Systemantagonismus dominierten unverändert Denken und Handeln Stalins. Hinzu kamen antiwestliche Vorurteile. Gegenüber jugoslawischen Gästen soll er Anfang Juni 1944, unmittelbar vor der Landung der Alliierten in der Normandie, erklärt haben:¹

Vielleicht glauben sie, dass wir, nur weil wir die Verbündeten der Engländer sind, vergessen haben, wer sie sind und wer Churchill ist. Sie tun nichts lieber, als ihre Bundesgenossen übers Ohr zu hauen. Während des Ersten Weltkriegs haben sie ständig die Russen und die Franzosen geprellt. Und Churchill? Churchill ist der Typ, der einem eine Kopeke aus der Tasche zieht, wenn man nicht aufpasst. [...] Roosevelt ist nicht so. Er macht nur lange Finger, wenn es sich um größere Münzen handelt.

Vor einer Weltkarte stehend, auf der die Sowjetunion rot eingetragen war, rief Stalin am Ende dieses Gesprächs bezogen auf die Partner der Anti-Hitler-Koalition aus: „Sie werden nie den Gedanken akzeptieren, dass eine so große Fläche rot ist, niemals, niemals!“²

Ein halbes Jahr später, wenige Tage vor Eröffnung der Krim-Konferenz, empfing Stalin erneut jugoslawische und bulgarische Kommunisten, darunter auch den früheren Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, Georgij Dimitrov. Der Kremelchef verschwieg bei dieser Gelegenheit das bevorstehende Gipfeltreffen mit Roosevelt und Churchill, belehrte jedoch seine Gäste:³

Die Krise des Kapitalismus führte zur Teilung der Kapitalisten in zwei Fraktionen – einer faschistischen und einer demokratischen. Das Bündnis zwischen uns und der demokratischen Fraktion der Kapitalisten kam zustande, weil diese die alleinige Herrschaft Hitlers verhindern wollte, dessen brutale Herrschaft die Arbeiterklasse zu immer radikaleren Forderungen und schließlich zur Überwindung des Kapitalismus getrieben hätte. Wir sind zur Zeit mit einer Fraktion gegen die andere verbündet, doch in der Zukunft werden wir auch mit der ersten Fraktion in Konflikt geraten.

Es spricht vieles dafür, dass der Moskauer Alleinherrscher Anfang 1945 noch immer eine offene Konfrontation mit den Westmächten vermeiden wollte und bereit war, die Kooperation mit ihnen über den Krieg hinaus fortzusetzen. Doch

1 Džilas, Stalin, S. 91.

2 Ebd., S. 93.

3 Die Äußerung Stalins ist bisher leider nur in englischer Übersetzung zugänglich, vgl. Empfang auf der Datscha Stalins, 28. 1. 1945, in: Banac, Dimitrov, S. 357.

gleichzeitig war er sich darüber im Klaren, dass nicht nur die sozialistische Lehre, sondern der gesamte sozialistische „Aufbau“ auf dem Antagonismus zum Kapitalismus basierte. In dieser Logik war es erforderlich, seinen jugoslawischen und bulgarischen Schützlingen die grundsätzliche Gegnerschaft zu seinen damaligen imperialistischen Partnern gerade zu einem Zeitpunkt in Erinnerung zu rufen, als er die Zusammenarbeit mit den Westmächten nicht mehr lediglich in Deklarationen verkündete, sondern der unmittelbare Kontakt mit den Armeen der Westmächte auf dem zentralen Kriegsschauplatz unumgänglich wurde. Es ist zu vermuten, dass Stalin selbst einen derartigen Dualismus für möglich hielt: Einerseits die unveränderte ideologische Gegnerschaft und andererseits eine militärisch-ökonomische Kooperation ohne politische Konfrontation. Stalin dachte Gegensätzliches und strebte Widersprüchliches an, schloss jedenfalls keine politische Handlungsmöglichkeit grundsätzlich aus, wenn er sich davon Nutzen für die Sowjetunion versprach.

1. Das neue Dreiertreffen in Jalta

Nicht verbesserte Beziehungen zwischen der UdSSR und ihren Anti-Hitler-Koalitionären führten zur Einberufung eines erneuten Gipfeltreffens. Dieses erwuchs vielmehr aus dem Versuch Roosevelts und Churchills, Einfluss auf die Lösung der Probleme zu nehmen, die der Zusammenbruch der deutschen Herrschaft in Ost- und Südeuropa schuf: Die Zukunft Polens, nicht Deutschlands, wurde zum Hauptthema der Konferenz. Im Gegensatz zu ihrem Treffen in Teheran, hatten alle drei Mächte auf gemeinsame Vorbereitungen der Fragen verzichtet, die sie in Jalta entscheiden wollten.

Vorgespräche mit Churchill in Moskau

Nach der erfolgreichen Landung in der Normandie, möglicherweise auch in Erwartung eines schnellen inneren Zusammenbruchs des deutschen Kriegsgegners, hatte der amerikanische Präsident am 17. Juli 1944 Stalin eine Zusammenkunft im September vorgeschlagen und den Norden Schottlands als Treffpunkt genannt.⁴ Stalin stimmte einem Treffen zwar sofort zu, machte es aber – schon in Kenntnis des fehlgeschlagenen Umsturzversuchs in Deutschland⁵ – von einem

4 Roosevelt an Stalin, 17. 7. 1944, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 242–243.

5 Noch am 20. 7. 1944 meldete das DNB das Scheitern des Attentatversuchs auf Hitler. In der Nacht von 20. zum 21. Juli wandten sich Hitler, Göring und Dönitz an die Deutschen und die Welt, vgl. AdG 1944, S. 6456–6457.

Tagungsort innerhalb der UdSSR abhängig.⁶ Zum wiederholten Male ohne den sowjetischen Führer trafen sich dann Roosevelt und Churchill im September 1944 in Quebec. Unmittelbar danach kündigte Churchill seinen Wunsch an, im Oktober nach Moskau zu kommen, da „auf dem Einvernehmen unserer drei Nationen, Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Hoffnungen der Welt ruhen“.⁷ Der Kremlchef willigte ohne Zögern ein und versicherte:⁸

Ich teile Ihre Überzeugung, dass ein gutes Einvernehmen zwischen den drei führenden Mächten eine sichere Garantie für den künftigen Frieden ist und den besten Hoffnungen aller friedliebenden Völker entspricht.

Stalin unterließ es, den Wunsch auszusprechen, Roosevelt möge sich der Reise des britischen Premierministers anschließen. Auch der amerikanische Präsident ergriff dazu nicht die Initiative. Einer solchen gemeinsamen Reise nach Moskau hätte der sowjetische Alleinherrscher nicht widersprechen können. Roosevelt erinnerte den Moskauer Diktator vielmehr an die Universalität amerikanischer Interessen:⁹

You, naturally, understand that in this global war there is literally no question, political or military, in which the United States is not interested. I am firmly convinced that the three of us, and only the three of us, can find the solution to the still unresolved questions.

Diese Belehrung lief Stalins Streben nach Abgrenzung der Kontroll- und Einflusssphären grundsätzlich zuwider.

Am 9. Oktober 1944 traf Churchill in Begleitung Außenminister Edens und des Chefs des britischen Generalstabs, Feldmarschall Alan Brooke, aus Kairo kommend in Moskau ein. Neben Polen stand gleich am Beginn seiner Gespräche in der sowjetischen Hauptstadt die Aushandlung des prozentualen britischen und sowjetischen Einflusses in Rumänien (10 zu 90), Griechenland (90 zu 10), Jugoslawien (50 zu 50), Ungarn (50 zu 50) und Bulgarien (25 zu 75). Diese Abgrenzung sowjetischer und britischer Aktivitäten auf dem Balkan dürfte eines der Hauptziele der Reise Churchills gewesen sein. Obwohl Einflusszonen bzw. „Sicherheitssphären“ Stalins Denken spätestens seit 1939 bestimmten, nutzte er jetzt nicht die ihm gebotene Gelegenheit, seine entsprechenden Vorstellungen darzulegen. Auf dem Zettel, den ihm Churchill reichte, vermerkte er seine Zustimmung lediglich hinter dem Prozentsatz für Rumänien durch einen Haken. Sein Einver-

6 Stalin an Roosevelt, 21. 7. 1944, BW, S. 634.

7 Vgl. Churchill an Stalin, 27. 9. 1944, BW, S. 319.

8 Stalin an Churchill, 20. 9. 1944 [muss heißen 30. 9. 1944], BW, S. 320.

9 Roosevelt an Stalin, 5. 10. 1944, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 260–261: Hervorhebung nicht im Original.

ständnis galt wahrscheinlich nur für dieses Land.¹⁰ Es ist höchst zweifelhaft, ob es für Stalin überhaupt vorstellbar war, Einfluss zu teilen. Vielmehr ist anzunehmen, dass Sicherheitszonen für ihn grundsätzlich den Einfluss fremder Mächte ausschlossen.

Was Churchill in die Form eines Tauschgeschäfts kleidete, war eine Reaktion auf den Zusammenbruch der deutschen Satellitenstaaten. Rumänien und Finnland hatten bereits eine Waffenstillstandsvereinbarung mit der UdSSR unterzeichnet; Großbritannien war daran nur nominell beteiligt. Für Bulgarien stand die Unterzeichnung unmittelbar bevor, nur Ungarn konnte noch von den Deutschen am sofortigen Kriegaustritt gehindert werden. Schon lange vor der Ankunft Churchills in Moskau hatte die Rote Armee die strittige Westgrenze der UdSSR vom 22. Juni 1941 überschritten. Am 15. September waren sowjetische Truppen in Sofia eingerückt. Einige Hundert Kilometer davon entfernt betraten sowjetische Einheiten am selben Tag jugoslawisches Territorium. Die vollständige Besetzung Rumäniens durch die Rote Armee war bereits eine Tatsache. Am 9. Oktober, als Churchill in Moskau eintraf, überschritten sowjetische Einheiten erstmals die Reichsgrenze. Sie stießen in Ostpreußen nach Jurburg und Taugoggen vor.¹¹ Bereits vier Wochen zuvor hatten US-Truppen zwischen Maastricht und Trier die Grenze des Reichs im Westen erreicht.¹² Unter diesen militärischen Bedingungen stellte das Prozentangebot Churchills den Versuch dar, durch die Anerkennung der Realitäten sowjetische Zugeständnisse in den Staaten zu erreichen, die Deutschland noch vollständig oder teilweise besetzt hielt, also Griechenland, Ungarn und Polen. Von Finnland, der Tschechoslowakei oder Österreich war in den Gesprächen Churchills mit Stalin nicht die Rede. Obwohl der amerikanische Präsident sofort vom Prozenzhandel des britischen Premierministers in

10 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 9. 10. 1944, in: Ržeševskij, Stalin, S. 418–428, hier S. S. 423–424. Das Faksimile des Zettels Churchills mit Stalins Haken, relativ klein direkt hinter den Ziffern für Rumänien ist dort auf S. 422 abgebildet. Hätte Stalin durch einen einzigen Haken allen von Churchill aufgelisteten Prozentsätzen zustimmen wollen, so hätte er ihn besonders groß oder unten bzw. oben auf dem Zettel vermerkt.

11 Operativer Bericht Safonovs über die Besetzung Jurburgs und die Überschreitung der deutschen Grenze durch die 39. (Gardeschützen-)Armee, 9. 10. 1944, in: RAVO, Bd. IV, 10, S. 183–184.

12 Henke, Deutschland, S. 121. Als erster Ort in Deutschland wurde das 2 000 Einwohner zählende Roetgen im Landkreis Monschau am 12. 9. 1944 von amerikanischen Truppen besetzt. Sie wurden dort mit heißem Kaffee und Blumen durch die Bevölkerung begrüßt (Ebd., S. 169). Sowjetische Stellen hätten sich darüber am 14. 9. 1944 in der *Times* informieren können, die unter dem Titel: „Deutsche heißen Invasoren willkommen“ berichtete.

der sowjetischen Hauptstadt Kenntnis erhielt, verzichtete er auf direkten Protest.¹³

Stalins Interesse konzentrierte sich auf die britische Haltung zur Teilung Deutschlands. Churchill bekannte sich gleich am 9. Oktober, beim ersten Treffen während ihrer Moskauer Gespräche, zur Teilung Deutschlands und dessen Wiedergutmachungspflicht, ohne jedoch verbindliche Festlegungen einzugehen. Stalin stimmte zu. Wohl mit Blick auf die laufende Arbeit der Europäischen Beratenden Kommission erinnerte er daran,¹⁴

dass der Versailler Vertrag halbherzig war. Er habe in Deutschland nicht nur eine Revanche Stimmung hervorgerufen, sondern Deutschland auch noch die Mittel für eine Revanche gelassen. Jegliche Maßnahme zur Zügelung Deutschlands werde unvermeidlich Revanchebestrebungen hervorrufen. Die Aufgabe bestehe darin, dieser Revanche vorzubeugen. Dafür sei es notwendig, die Schwerindustrie und all jene Produktionszweige auf ein Minimum zu reduzieren, aus denen Rüstungsindustrie entstehen könne. Wenn die Alliierten Deutschland nicht die Möglichkeit zur Revanche nähmen, dann werde ein Krieg mit Deutschland alle 25–30 Jahre unvermeidlich sein.

Im Zusammenhang mit der vom britischen Premierminister thematisierten Umerziehung der Deutschen betonte der sowjetische Führer, „dass das allersicherste Mittel für die Umerziehung die langfristige Besetzung Deutschlands sei“.¹⁵

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung Churchills, nur in Anwesenheit Harrimans mit Stalin über Deutschland zu sprechen, fand auch das nächste Gespräch zu Deutschland am 17. Oktober ohne US-Beobachter statt.¹⁶ Eden und Churchill wichen dabei trotz drängender Fragen Stalins einer eindeutigen Festlegung auf die Teilung des Reiches aus. Umso entschiedener setzten sie sich für die Entnahme deutscher Industrieanlagen durch die UdSSR ein. Nach sowjetischem

13 Harriman an Roosevelt, 10. 10. 1944, FRUS, 1944, IV, 1966, S. 1006: „Churchill and Eden will try to work out some sort of spheres of influence with the Russians, the British to have a free hand in Greece and the Russians in Romania and perhaps other countries. The British will attempt to retrieve a position of equal influence in Yugoslavia. They can probably succeed in the former but I am doubtful about the latter objective.“ Am 13. 10. 1944 brachte Hopkins gegenüber Gromyko lediglich die Unzufriedenheit Roosevelts über die Nichtbeteiligung der USA an den Balkangesprächen Stalins und Churchills zum Ausdruck, vgl. SAMO 2, S. 233–238, hier S. 233.

14 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 9. 10. 1944, Ržeševskij, Stalin, S. 418–428, hier S. 426.

15 Ebd., S. 427.

16 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 17. 10. 1944, in: UdF 1, S. 481–488.

Verständnis erklärte der Premierminister unter zustimmender Anspielung auf die in Québec¹⁷ vorgestellten Pläne Morgenthau:¹⁸

Er, Churchill, wisse, dass vor allem die westlichen Teile der Ukraine durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, und er, Churchill, unterstütze den Wiederaufbau dieser westlichen Teile der Sowjetunion durch Entnahme von Anlagen und Ausrüstungen aus Deutschland ... [D]as Interesse Russlands an der Beschlagnahmung von Anlagen und Ausrüstungen in Deutschland stehe in harmonischem Einklang mit der Absicht Englands, in einem gewissen Grade den Platz Deutschlands in Europa als Warenproduzent für die kleineren Länder Europas einzunehmen. Die Interessen Englands und der Sowjetunion gingen in ein und dieselbe Richtung.

An einer Karte stehend kam Stalin auf die von Churchill und Eden entworfenen Vorstellungen für die Aufteilung Deutschlands zurück. Er erklärte, dass eine Teilung in drei Staaten besser sei als in fünf (letzteres hatte Roosevelt in Teheran vorgeschlagen).¹⁹ Die Frage, wie die Teilung Deutschlands mit einem Friedensvertrag vereinbart werden könnte, stellte keiner der Teilnehmer. Auch das Verhältnis von Zoneneinteilung zu einer möglichen Aufgliederung Deutschlands sprachen sie nicht an. Dennoch versicherte der Londoner Kabinettschef zum Abschluss der Gespräche vor allem auf Deutschland bezogen, dass es „wenig Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und I.V. Stalin“ gäbe.²⁰

Nach der Abreise der britischen Gäste informierte Vyšinskij am 21. Oktober 1944 den sowjetischen Botschafter in London über die Gespräche. Er ging dabei nicht auf den Prozentvorschlag Churchills ein, ließ aber keinen Zweifel daran, dass die UdSSR ihre alleinige Entscheidungskompetenz nicht nur in Polen, sondern auch in allen ehemaligen Satellitenstaaten durchsetzen werde. Die sowjetische Position zur Zukunft Deutschlands gab der erste Stellvertreter Molotovs nur indirekt zu erkennen, indem er die Ziele der Briten in all den Bereichen beschrieb, wo sie sich mit denen der UdSSR deckten:²¹

In Bezug auf Deutschland sind die Engländer für eine maximale Schwächung der industriellen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Churchill und Eden erklärten wiederholt, dass sie unsere Forderungen an Deutschland nach Reparationsleistungen als Schadenersatz für die uns

17 Auf der zweiten Québec-Konferenz vom 11. bis 16. 9. 1944 hatten Roosevelt und Churchill den Morgenthau-Plan prinzipiell gebilligt.

18 Unterredung zwischen Stalin und Churchill: 17. 10. 1944, in: UdF 1, S. 484–488, hier S. 485.

19 Vgl. Unterredung zwischen Stalin, Roosevelt und Churchill, 1. 12. 1943, SAIK 2, S. 133–138, hier S. 136.

20 Unterredung zwischen Stalin und Churchill: 17. 10. 1944, in: UdF 1, S. 484–488, hier S. 488.

21 Vyšinskij an Gusev, 21. 10. 1944, in: UdF 1, S. 489–492.

zugefügten Verluste in erster Linie zu Lasten der deutschen Schwerindustrie (Werkzeugmaschinen, Anlagen und Ausrüstungen usw.) für absolut legitim halten.

Der Kremlchef glaubte sich am Ende seiner Gespräche mit dem britischen Premierminister und dessen Außenminister seinem Ziel nahe, die UdSSR als eigenständigen Akteur der Weltpolitik mit eigenen Interessen und Zielen von den Westmächten dauerhaft akzeptiert zu sehen.

Stalin und die Krim-Konferenz

Wie zufrieden Stalin mit dem Besuch Churchills war, zeigte seine umgehend folgende Initiative für ein Treffen der Großen Drei auf dem Boden der UdSSR. Er griff dabei die Andeutung Hopkins' auf, Roosevelt könnte Ende November zum Schwarzen Meer kommen, und ging davon aus, dass sich Churchill einem solchen Treffen anschließen werde.²²

Roosevelt antwortete eine Woche später mit einem Gegenvorschlag. Er beharrte auf einem Tagungsort außerhalb der UdSSR.²³ Demgegenüber machte Stalin ein neues Treffen von einer Zusammenkunft an der sowjetischen Schwarzmeerküste abhängig.²⁴ Der amerikanische Präsident sträubte sich weiter gegen eine Reise in die UdSSR und schlug schließlich vor, das Treffen auf Ende Januar 1945 – die Zeit nach den amerikanischen Wahlen – zu verschieben.²⁵ Auch für Churchill, der gehofft hatte, Roosevelt noch im Dezember 1944 zu einem Besuch in London bewegen zu können und dazu Molotov einzuladen, war dies eine Enttäuschung.²⁶ Dennoch drängte der Premierminister noch weiter auf eine vorhergehende Zusammenkunft der Außenminister in London, wobei er – ausgehend von den positiven Erfahrungen des Moskauer Außenministertreffens – auf die bestehenden großen Differenzen mit der UdSSR verwies, die eine Konferenz der Großen Drei belasten würden:²⁷

This may well be a fateful conference, coming at a moment when the Great Allies are so divided and the shadow of the war lengthens out before us. At the present time I think the end of this war may well prove to be more disappointing than was the last.

22 Stalin an Roosevelt, 19. 10. 1944, BW S. 631.

23 Roosevelt an Stalin, 23. 10. 1944, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 265–266.

24 Stalin an Roosevelt, 29. 10. 1944, BW, S. 653.

25 Roosevelt an Stalin, 18. 11. 1944, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 267–268.

26 Churchill an Roosevelt, 19. 11. 1944, in: Kimball, Complete Correspondence, Bd. III, S. 398–399.

27 Churchill an Roosevelt, 8. 1. 1945, in: Kimball, Complete Correspondence, Bd. III, S. 501–502.

Roosevelt ging auf die Idee eines Außenministertreffens in London nicht ein. Ohne vorherige Abstimmung mit dem Premierminister hatte er jedoch unterdessen – trotz angegriffener Gesundheit – bereits Ende Dezember 1944 seine Bereitschaft zu einer Reise nach Jalta gegenüber Stalin signalisieren lassen.²⁸ Während ein Vorbereitungstreffen der Außenminister nicht zustande kam, initiierte Dwight D. Eisenhower, der Oberkommandierende der (west-)alliierten Expeditionstreitkräfte, eine Reise seines Stellvertreters nach Moskau zur Abstimmung der weiteren militärischen Schritte gegen Hitler. Stalin war sofort bereit, sich mit den westlichen Militärs zu treffen und damit eine direkte Verbindung zu ihnen herzustellen.²⁹

Unabhängig von diesem Besuch der militärischen Abgesandten sorgte man sich in Moskau nun intensiv um die materiell-technische Sicherstellung der geplanten Konferenz,³⁰ vernachlässigte aber dabei deren inhaltliche Vorbereitung. Stalin beschränkte sich in den Wochen vor Jalta auf Treffen mit seinem Außenkommissar, der neben dieser Funktion innerhalb der sowjetischen Regierung noch zahlreiche andere Aufgaben in der Staats- und Parteiführung wahrnahm.³¹ Auf Beratungen mit anderen Vertretern des Außenkommissariats verzichtete der Kremlchef. Auch Ausarbeitungen, die dort in Vorbereitung dieser Konferenz entstanden, legte man Stalin nicht vor.³² Dazu zählten die Ergebnisse der von Majskij geleiteten sowjetischen Reparationskommission.³³

Einen Bericht der Litvinov-Kommission zur Teilung Deutschlands leitete Vyšinskij Mitte Januar immerhin an Molotov weiter. Dabei unterstützte der stellvertretende Außenkommissar nach Erörterung im Außenkommissariat eine der

28 Unterredung Molotovs mit Harriman, 27. 12. 1944, in: SAOD I, S. 601.

29 Vgl. S. 515.

30 Entwurf einer Verordnung des GKO zur materiellen Absicherung der Vorbereitung von Argonaut, 13. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 3, Bl. 34–35.

31 Derek Watson, Molotov, the War and Soviet Government, in: PERSA Working Paper, Nr. 28 (Dez. 2003).

32 Aufzeichnung von Litvinov, 11. 1. 1945: Zur Frage der Blöcke und Einflussphären, in: UdF 1, S. 521–523. Vgl. dazu auch das von Litvinov vorbereitete Material zum Treffen der Drei, in: AVP RF f. 06, op. 7, p. 17, d. 173, Bl. 53–58: Zur Frage der Sicherheitsorganisation, 10. 1. 1945.

33 Majskij an Molotov, Ende Januar 1945, in: UdF 1, S. 528–532. Noch bevor feststand, dass es zu einer Gipfelkonferenz kommen würde, hatte Majskij gegen die Absicht Stalins argumentiert, die sowjetischen Reparationsforderungen radikal zu senken, um die Zustimmung der Westmächte zu diesen reduzierten Forderungen zu erhalten. Vgl. dazu Majskij an Stalin: 19. 12. 1944, in: UdF 1, S. 515–516 und Majskij an Stalin: 20. 12. 1944, ebd., S. 517–21.

von dieser Kommission vorgeschlagenen Aufteilungsvarianten.³⁴ Auch die fundierten Analysen der sowjetischen Botschafter in Washington und London, die sich zu diesem Zeitpunkt in Moskau aufhielten, wurden nicht Stalin, sondern allein Molotov vorgelegt. Darin stellte der damals 35-jährige Andrej Gromyko, der erst fünf Jahre zuvor aus der Akademie der Wissenschaften in das damals radikal „gesäuberte“ Außenkommissariat gewechselt war und nun in der amerikanischen Hauptstadt den wichtigsten Botschafterposten der UdSSR bekleidete, Überlegungen an, wie sowjetische Interessen im Falle einer intensivierten Zusammenarbeit mit den Alliierten verteidigt werden könnten:³⁵

Im Falle der Bildung eines solchen [interalliierten] Konsultativorgans würde der Handlungsspielraum der Sowjetunion in Europa im weiteren Verlauf des Krieges vermutlich bis zu einem gewissen Grade eingeschränkt werden, denn die Amerikaner und Engländer werden bestrebt sein, dort insbesondere jene Fragen zur Sprache zu bringen, die in Südosteuropa auftreten. [...] Wenn dieses Konsultativorgan mit breiteren Vollmachten ausgestattet werden würde, so würde es aus dem Blickwinkel unserer Interessen eine negative Rolle spielen. Sollten wir den Vorschlag, ein Konsultativorgan zu schaffen, ... dennoch annehmen, so müssten wir meiner Meinung nach auf jeden Fall bestrebt sein, eine maximale Einschränkung der Vollmachten dieses Organs zu erreichen.

Dagegen lehnte der sowjetische Botschafter in London, Fedor Gusev, nachdrücklich die mögliche Bildung eines ständigen Außenministerrats ab:³⁶

Wir dürfen den Vorschlag zur Schaffung einer speziellen Beratung der drei Minister nicht unterstützen. Wir müssen versuchen, eine Aktivierung bestehender Organe zu erreichen (diplomatische Kanäle, EAC, Rat für Italien, Alliierte Kontrollkommission [unter sowjetischem Vorsitz] in Rumänien, Ungarn und Finnland). Beratungen der drei Minister sind dabei nicht ausgeschlossen, aber sie dürfen nicht in den Status eines echten Organs oder einer speziellen Institution erhoben werden.

In seiner Analyse der britischen Politik führte Gusev die bedingungslose Kapitulation unter den Themen auf, zu denen die Briten in Jalta Beratungen wünschten. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage: „Vielleicht ist der Zeitpunkt gekommen, das Dokument über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu veröffentlichen?“³⁷ Da dieses Dokument seit mehr als einem halben Jahr vorlag, hätte seine Veröffentlichung die Möglichkeit für ein unabgestimmtes Vorgehen der zukünftigen Sieger einschränken können. Doch weder dieses Dokument noch

34 Vyšinskij an Molotov, 17. 1. 1945, ebd., S. 524–527.

35 Gromyko an Molotov, 26. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 5, Bl. 10–22.

36 Gusev an Molotov: Fragen, die Briten auf der Konferenz beraten sehen wollen, 27. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 5, Bl. 21–26.

37 Ebd.

die anderen in der EAC ausgehandelt und von den Regierungen inzwischen bestätigten Vereinbarungen wurden bis zum Kriegsende veröffentlicht. Schließlich unterließ auch die UdSSR jede Initiative in dieser Richtung.

Vierzehn Tage vor Konferenzbeginn versicherte Molotov dem amerikanischen Botschafter, dass die UdSSR noch keine Tagesordnung ausgearbeitet habe und eine solche auch nicht vorschlagen werde. Wie vierzehn Monate zuvor in Teheran sei Stalin bereit, in Jalta alle Fragen zu erörtern. Der Außenkommissar unternahm in diesem kurzen Gespräch keine Anstrengungen, Näheres über die Konferenzvorschläge des amerikanischen Präsidenten in Erfahrung zu bringen oder organisatorische Fragen der Konferenzdurchführung abzustimmen.³⁸ Es blieb vielmehr der Initiative Harrimans überlassen, noch am selben Tage mit Majskij Details zur Konferenz der Großen Drei zu erörtern. Indes war der stellvertretende Volkskommissar in dieser Angelegenheit wenig auskunftsfähig. Selbst die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation stand am 20. Januar noch nicht fest. Den Vorschlag des amerikanischen Botschafters zur parallelen Beratung der Regierungschefs, Außenminister und Sonderbeauftragten konnte Majskij lediglich entgegennehmen (er wurde dann in Jalta widerspruchslos umgesetzt). Wie schon zuvor gegenüber dem Außenkommissar deutete Harriman an, dass der Präsident vor allem an einer Lösung für die internationale Sicherheitsorganisation und an der Behandlung Deutschlands interessiert sei. Im weiteren Verlauf des Gesprächs fügte der amerikanische Botschafter noch vier weitere Themen hinzu: a) Kredit für die Sowjetunion; b) Polen; c) der Ferne Osten und d) Griechenland. Damit relativierte er die zentrale Stellung, die das Reich auf der amerikanischen Agenda für Jalta einnahm.³⁹ Zu vergleichbaren Gesprächen mit dem britischen Botschafter zur Vorbereitung der Krim-Konferenz kam es nicht.

Jalta und die Teilung Deutschlands

Als Roosevelt, Churchill und Stalin auf getrennten Wegen nach Jalta reisten, hatte die Ardennen-Offensive bereits mit einer deutschen Niederlage geendet. Seit dem 12. Januar 1945 entfaltete die Rote Armee ihre „Weichsel-Oder-Operation“, in der sie innerhalb von etwas mehr als zwei Wochen Warschau einnahm und am 29. Januar bei Küstrin die Oder erreichte. Währenddessen setzten in Königsberg und vielen anderen Orten Ostdeutschlands eingekesselte deutsche Verbände ihren

38 Unterredung Molotovs mit Harriman, 20. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 2, Bl. 10–11.

39 Unterredung Majskijs mit Harriman, 20. 1. 1945, AVP RF f. 06, op. 7a, p. 57, d. 3, Bl. 71–78.

Kampf fort.⁴⁰ „Die Lage sei ‚aussichtslos‘, der Krieg ‚bereits verloren‘, hieß es jetzt übereinstimmend überall“ in den Berichten des deutschen Sicherheitsdienstes.⁴¹ Doch noch immer war die Hoffnung der Nationalsozialisten, die Anti-Hitler-Koalition könnte auseinanderbrechen, nicht gänzlich verfliegen. Demgegenüber symbolisierte Jalta deren Einheit.

Im Mittelpunkt der Konferenz, die am 4. Februar im Livadija-Palast begann und sieben Tage später endete, standen nicht die zentralen Fragen des Krieges, die Deutschland betrafen.⁴² Die Zukunft Polens und die Entwicklung der osteuropäischen Staaten, die durch die Rote Armee von der deutschen Okkupation befreit worden waren, dominierten die Diskussion der Regierungschefs.

Stalin ergriff die Initiative, die deutsche Frage zu besprechen. Er bestand offener als je zuvor auf einem gemeinsamen Beschluss zur Aufgliederung des Reiches. Dies konnte man bis vor wenigen Jahren lediglich den amerikanischen Konferenzaufzeichnungen entnehmen. Dagegen sprachen jedoch die sowjetischen Verhandlungsprotokolle, die offizielle Stellen in den 1960er Jahren teilweise und zwanzig Jahre später scheinbar vollständig in Moskau veröffentlicht hatten.⁴³ Doch genau die Passagen, in denen sich Stalin für die Aufgliederung einsetzte, waren im Zuge der sowjetischen Geschichtsklitterung ohne Kennzeichnung gestrichen oder sinnentstellend verändert worden. Dies stellte sich nach der russischen „Archivrevolution“ heraus, die die durch das Außenkommissariat angefertigten Mitschriften offenlegte. Bereits Anfang der 60er Jahre hatte Georgij Kynin in einer streng geheim gehaltenen internen Quellenübersicht anhand dieser Mitschriften auf das unveränderte Festhalten Stalins an der Aufgliederung Deutschlands hingewiesen.

Am 5. Februar 1945, auf der zweiten Sitzung der Staats- und Regierungschefs, drängte Stalin auf die Behandlung der Teilungsfrage und erinnerte daran, dass 1943 weder auf der Teheraner Konferenz noch auf der Moskauer Außenministerkonferenz hierzu Entscheidungen getroffen worden seien. In der sowjetischen Druckfassung des Protokolls dieser Sitzung folgte nach dieser Feststellung die Forderung Stalins: „Jetzt müsse man zu einer *Meinung* in dieser Frage kommen.“⁴⁴ Diese Worte hatte der Kremlchef jedoch niemals gebraucht, sondern vielmehr

40 Overy, Russlands Krieg, S. 396–398.

41 Henke, Deutschland, S. 342–343.

42 Jost Düllfer, Jalta, 4. 2. 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998, S. 26.

43 Vgl. Alexander Fischer, Teheran, Jalta, Potsdam. die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, Köln 1985, SAIK 4.

44 SAIK 4, S. 55. Hervorhebung nicht im Original.

erklärt: „Offensichtlich sind wir alle für eine Aufgliederung, doch ist es erforderlich, dies in der heutigen Sitzung in die Form eines Beschlusses zu bringen.“⁴⁵

Als sich Churchill gegen einen solchen Teilungsbeschluss sträubte und Roosevelt vorschlug, diese Frage an die Außenminister zu übergeben, verlangte Stalin eine vorhergehende Einigung, „dass wir es für notwendig halten, Deutschland aufzugliedern, weil wir alle dafür eintreten“.

Auffallend ist, dass Stalin weder praktische Schritte noch Details der Reichsteilung interessierten, sondern vor allem der *gemeinsame* Beschluss, dies zu tun. Deutsche Vertreter sollten nicht nur die Kapitulationsbedingungen, sondern auch die Bestimmungen zur Aufgliederung Deutschlands unterzeichnen.⁴⁶

Für uns als Alliierte wäre es vorteilhaft, fuhr er [Stalin] fort, dass die Militärs oder die Regierung nicht nur die in London ausgearbeiteten Kapitulationsbedingungen, sondern auch die Bestimmungen über die Aufgliederung Deutschlands unterschreiben, um damit die Bevölkerung [an diese Bestimmungen] zu binden. Dann wird sich die Bevölkerung leichter mit der Aufgliederung abfinden.

Die selbe Äußerung Stalins hielt mit etwas anderen Worten auch Majskij fest, der neben Gromyko und Gusev zu den sowjetischen Diplomaten gehörte, die auserwählt waren, an den Verhandlungen in Jalta teilzunehmen.⁴⁷

Ging es Stalin hier um die Legitimation einer angestrebten späteren Entwicklung? Auch dem Kremlchef dürfte klar gewesen sein, dass der erste Schritt zur „Aufgliederung“ Deutschlands mit dessen vollständiger und zeitlich unbefristeten, aber getrennten Besetzung durch vier Mächte mit je eigenen Interessen vollzogen werden würde. Doch statt dazu eine Entscheidung zu treffen, erzwangen Chur-

45 AVP RF f. 06, op. 7a, p. 60, d. 42, Bl. 31–39. Diese Passage der sowjetischen Sitzungsaufzeichnungen wurde erstmals durch Georgij Kynin vorgestellt, vgl. AVP RF f. 48, op. 11-ž, p. 64, d. 2, Bl. 6 (Obzor Kynina).

46 Ebd., Bl. 9 (Obzor Kynina). In der sowjetisch-ostdeutschen Veröffentlichung fehlt diese ganze Passage. Dort werden die Ausführungen Stalins zusammengefasst und dadurch mit einer anderen Tendenz versehen: „Er [Stalin] verstehe durchaus die Überlegungen Churchills, dass gegenwärtig die Aufstellung eines Planes für die Aufteilung Deutschlands schwierig sei. Das stimme. Er schlage auch nicht vor, dass schon jetzt ein konkreter Plan erarbeitet werde, doch müsse die Frage im Prinzip entschieden und in den Bestimmungen der bedingungslosen Kapitulation fixiert werden.“

47 Tagebucheintrag Majskijs, 5. 2. 1945, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 13, Bl. 41–42: Stalin bestand darauf, „dass wir hier, auf dieser Konferenz, eine konkrete Entscheidung in Bezug auf die Aufgliederung treffen. Wichtig sei auch, dass ein Punkt, der die Aufgliederung betrifft, in den Waffenstillstand kommt. Mögen die deutschen Behörden, die den Waffenstillstand unterzeichnen, ihren Namen auch unter die Aufgliederung setzen. Das wird sie und das deutsche Volk bis zu einem gewissen Grade binden und im Weiteren die Durchführung der Aufgliederung erleichtern.“

chill und Roosevelt die Bildung einer „Kommission zum Studium des Verfahrens der Aufteilung“.⁴⁸ In einem von Majskij vorbereiteten Runderlass über die Ergebnisse der Krim-Konferenz, den Molotov nach Konferenzende an die sowjetischen Auslandsvertreter sandte, hieß es dazu:⁴⁹

In der Deutschland-Frage wurde im Prinzip anerkannt, dass es notwendig ist, dieses Land aufzugliedern. Zur Erarbeitung der Prozedur dieser Aufgliederung wurde in London eine spezielle Kommission, bestehend aus Eden (Vorsitz) und den Botschaftern der UdSSR (Gen. Gusev) und der USA (Winant), gebildet.

Niemals zuvor oder danach standen die Staats- und Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens so dicht vor einem formellen Teilungsbeschluss. Dass er dennoch nicht zustande kam, dürfte kaum an der Abneigung Roosevelts oder Churchills gelegen haben. Vielmehr kann vermutet werden, dass beide – wie Stalin – die Auseinanderentwicklung der von der Roten Armee und ihren Truppen zu besetzenden Teile Deutschlands voraussahen, jedoch nicht mit dieser Entwicklung identifiziert werden wollten.

Weitergehende Beschlüsse fassten die Regierungschefs dagegen in der Reparationsfrage. Sie konnten sich jedoch nicht einigen, der UdSSR eine feste Summe an Reparationslieferungen aus Deutschland zu garantieren (und dafür Bedingungen zu bestimmen). In der Frage der Treuhandgebiete, die von den USA aufgeworfen worden war, verzichtete die UdSSR darauf, eigene Vorstellungen vorzutragen. Nur indirekt konnte sich Stalin mit seiner Forderung nach einer Revision der Meerengen-Konvention von Montreux durchsetzen. Gegen den Willen der sowjetischen Delegation versuchten Briten und Amerikaner auf der Konferenz den Abzug der alliierten Streitkräfte aus dem Iran und die Nutzung der iranischen Ölquellen anzusprechen. Dennoch war Molotov am Ende mit dem Treffen sehr zufrieden:⁵⁰

Die Atmosphäre auf der Konferenz war insgesamt freundschaftlich; es war das Bestreben spürbar, zu einem Einvernehmen in strittigen Fragen zu gelangen. Wir bewerteten die Konferenz als überaus positiv, insbesondere was die Fragenkomplexe Polen und Jugoslawien sowie die Reparationsfrage angeht.

48 SAIK 4, S. 232. In dem von den drei Außenministern unterzeichneten „Protokoll der Arbeit der Krim-Konferenz“ wurde lediglich der Beschluss verankert, in der deutschen Kapitulationsurkunde die Aufteilung Deutschlands als eine der Maßnahmen zu nennen, die das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR ergreifen werden, um den künftigen Frieden zu sichern (ebd.).

49 Entwurf eines Runderlasses, 15. 2. 1945, in: UdF 1, S. 534–536.

50 Ebd.

Für Majkskij vermittelte die Konferenz den „bestimmenden Eindruck, dass unser Einfluss insgesamt und der persönliche Einfluss Stalins außerordentlich groß ist. Die Konferenzbeschlüsse sind zu 75 Prozent unsere Beschlüsse“. Die Zusammenarbeit der „Großen Drei“ sei jetzt sehr eng, so dass Deutschland keinen Anlass zu Freude hätte.⁵¹

Jalta eröffnete auch den Weg zur Gründung der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), den vor allem Roosevelt seit Langem verfolgt hatte. Doch es war Stalin, der das letzte Hindernis aus dem Weg räumte, indem er einem Abstimmungsverfahren im Sicherheitsrat zustimmte, das Roosevelt bereits am 5. Dezember 1944 vorgeschlagen hatte.⁵² Es sah die „gleichlautenden Stimmen der ständigen Sicherheitsratsmitglieder“ und damit deren Vetorecht vor. Damit konnte die Gründungskonferenz der Vereinten Nationen für Mittwoch, den 25. April 1945 nach San Francisco einberufen werden.

Ein Indikator für den weltpolitischen Optimismus, den die Krim-Konferenz in Moskau auslöste, war ein Politbürobeschluss des ZK der VKP (b), den Stalin und Molotov nach der Rückkehr aus Jalta unterzeichneten. Er bestätigte die Zusammensetzung einer Delegation für die Gründungskonferenz der Organisation der Vereinten Nationen in San Francisco, wie es sie in der sowjetischen Geschichte noch niemals gegeben hatte: Der Genetiker Lysenko, Molotov, Ždanov, Švernik (als Vorsitzender des Nationalitätenrates des Obersten Sowjets), Dekanozov, Potemkin, Litvinov, Kuznecov, Gromyko und Sobolev sollten aus diesem Anlass gemeinsam nach New York reisen! Ursprünglich war Vyšinskij für Dekanozov und der stellvertretende Verteidigungsminister Bulganin für Litvinov vorgesehen.⁵³ Doch zur Entsendung dieser repräsentativen Delegation sollte es nicht mehr kommen. Ausgelöst durch eine Krisenkulmination in der Anti-Hitler-Koalition, änderte Stalin diesen Beschluss in den folgenden Wochen.

2. Die Besetzung Deutschlands durch die Rote Armee

Stalins Gewaltbereitschaft, mit der er sich in den zwanziger und dreißiger Jahren durchgesetzt hatte, war während des *Großen Vaterländischen Krieges* nicht ver-

51 Majkskij an Kollontaj, 9. 3. 1945, Majkskij 2, S. 160–161, hier S. 161.

52 Dritte Sitzung der Regierungschefs, 6. 2. 1945, in: SAIK 4, S. 74–81 und vierte Sitzung, 7. 2. 1945, ebd., S. 101. Zum Vorschlag Roosevelts, vgl. Roosevelt an Stalin, 5. 12. 1944, in: Butler, Roosevelt and Stalin, S. 272–273.

53 RGASPI f. 17, op. 163, d. 1437, Bl. 56, Beschluss des Politbüros des ZK der VKP(b), Punkt 38, 12. 3. 1945.

schwunden.⁵⁴ Als die Rote Armee schließlich in Ostpreußen im Oktober 1944 zum ersten Mal deutschen Boden betrat, war die von ihm bestimmte sowjetische Kriegsführung ebenso menschenverachtend wie vor dem Krieg das stalinistische Regime gegenüber den wirklichen und vermeintlichen Feinden im eigenen Lande.

Stalins Gewalt waren neben den Kriegsgegnern (als die auch deutsche Zivilisten gesehen werden konnten) all die Sowjetbürger ausgesetzt, die man der Kollaboration mit den Deutschen verdächtigte (darunter Rotarmisten, sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene).⁵⁵ Nicht weniger gefährdet waren „antisowjetische Kräfte“ in den von der UdSSR befreiten Staaten. Gewalt mussten auch deutsche Kriegsgefangene und seit Oktober 1944 all die Deutschen in den Ostgebieten erleiden, die sich nicht zur Flucht entschließen konnten oder denen diese nicht gelungen war. Die von Hitler seit dem Sommer 1941 von allen rechtlichen und moralischen Normen entfesselte Gewalt, die seitdem weiter durch den Krieg und dem zu allem entschlossenen sowjetischen Widerstand angeheizt worden war,⁵⁶ schlug 1945 in Gestalt von Millionen Rotarmisten auf die Deutschen und ihr Reich zurück. Jedoch nicht auf alle Deutschen gleichermaßen, denn Stalin gebrauchte seine Macht – von geheimdienstlichen Operationen abgesehen – niemals jenseits der mit den Alliierten 1944 abgestimmten Demarkationslinie. Er konzentrierte sie – je nach Zweckmäßigkeit – gegen all diejenigen, die in der Wehrmacht oder als Zivilisten dem direkten Zugriff der Roten Armee ausgesetzt waren. Betroffen dürften mindestens ein Drittel der ca. 66,5 Millionen Deutschen gewesen sein, wie die Alliierten nach Kriegsende die deutsche Bevölkerungszahl schätzten.⁵⁷ Doch das mit dieser Gewalt und der Vertreibung verbundene Leid ist weit über diese große Gruppe hinaus „im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu einem tiefsitzenden Trauma geworden“ (Manfred Zeidler).⁵⁸

Die Forderung nach Vergeltung hatte Stalin öffentlich erstmals im November 1941 erhoben. Um den in der sowjetischen Bevölkerung und Armee wachsenden

54 Service, Stalin, S. 531–540.

55 Vgl. Pavel M. Polian, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“ und ihre Repatriierung, München 2001.

56 Vgl. Arnold, S. 177–181, der die reziproke Radikalisierung als Erklärung für die deutsche Kriegsführung bis Ende 1941 m.E. überbetont.

57 Eine exakte Bezifferung der Bevölkerungszahl war Anfang 1945 nicht möglich. Im Alliierten Kontrollrat wurde sie im Rahmen der Industrieniveauverhandlungen schon bald Gegenstand einer Kontroverse. Für den Industrieniveauplan legten die vier Mächte unter Vorbehalt die Zahl von 66,5 Millionen zugrunde, vgl. Sitzung des Wirtschaftsdirektorats am 10. 1. 1946 (DEC0/M(46)1, Item 17).

58 Zeidler, Rote Armee, S. 681. So auch Rolf-Dieter Müller, Das Deutsche Reich und das Jahr 1945. Eine Bilanz, in: DRZW 10, II, S. 699–732, hier S. 709.

Hass auf die Deutschen zur Steigerung der Kampfanstrengung aller Sowjetbürger zu nutzen, erklärte er am 6. November 1941:⁵⁹

Die deutschen Landräuber wollen den Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion. Nun wohl, wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen, so werden sie ihn bekommen. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall). Von nun an wird es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Völker der Sowjetunion, die Aufgabe der Kämpfer, der Kommandeure und der politischen Funktionäre unserer Armee und unserer Flotte sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten. (Stürmischer Beifall. Rufe: „Sehr richtig!“ Hurrarufe.) Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten! (Stürmischer Beifall).

Stalin führte diesen Vernichtungskrieg indes nicht nur gegen alle Okkupanten, sondern als Revolutionär auch gegen all jene Institutionen in Deutschland und dessen Satellitenstaaten, die er als Quellen feindlicher Angriffe vermutete. Dieses Ziel verbarg sich hinter der „Befreiungsmision“ der Roten Armee und der seit Kriegsbeginn konstanten Forderung, den Krieg bis zur „endgültigen Zerschlagung des Gegners“ zu führen. Dennoch zielte Stalin niemals auf die Vernichtung des deutschen Volkes oder auf dessen Recht, sich staatlich zu organisieren.⁶⁰ Schon im September 1943, als die sowjetische Hasspropaganda im Zusammenhang mit der Aufdeckung deutscher Kriegsverbrechen ihrem Höhepunkt zusteuerte, betonte der damals an deren Untersuchung beteiligte Aron Trajnin in einem öffentlichen Vortrag:⁶¹

Es ist nicht zulässig, das gesamte deutsche Volk für die Hitlerschen Verbrechen als millionenfachen kollektiven Mittäter vor Gericht zu stellen.

Am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz sollte diese Äußerung auch Kritiker im Ausland beruhigen. Nicht nur in der UdSSR war Trajnings Mitgliedschaft in der ČGK, der „Außerordentlichen staatlichen Kommission zur Feststel-

59 Stalin, Krieg, S. 31. Die Politische Hauptverwaltung der Roten Armee erläuterte Ende 1941 den Inhalt dieser Rede Stalins so: „Die Hitler-Leute sind Räuber, Mörder, Vergewaltiger, Blutsauger, Leute mit der Moralvorstellung von Tieren, die kein Gewissen und keine Ehre haben, die sich auf die Ebene von wilden Tieren begeben haben. [...] Sie sind daher gnadenlos zu vernichten, als wären es wilde, tollwütige Tiere.“ Vgl. Aleksandr V. Perepelicyн/Natalja P. Timofeeva, Das Deutschen-Bild in der sowjetischen Militärpropaganda während des Großen Vaterländischen Krieges, in: Scherstjanoi, Rotarmisten, S. 267–286, hier S. 271.

60 Vgl. dagegen Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München 1995.

61 Perepelicyн/Timofeeva, Militärpropaganda, S. 82. Der Vortrag Trajnings wurde am 12. 9. 1943 in *Trud* veröffentlicht.

lung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen“ bekannt.

Für Stalin hatte Gewalt nicht nur eine militärische, sondern immer auch eine politische Funktion. Wenn die sowjetische Führung 1944/45 gewalttätige Übergriffe von Angehörigen der Roten Armee auf die deutsche Zivilbevölkerung duldete, so lag dem eine von Stalin sanktionierte (aber bis heute nicht nachweisbare) mündliche oder schriftliche Entscheidung zugrunde.⁶² Individuelle Gewalt gegen deutsche Zivilisten, vor allem Frauen, sollte die Flucht der Deutschen aus den Gebieten beschleunigen, die zur Übergabe an die UdSSR bzw. Polen bestimmt waren. Es blieb nicht bei diesen Gewalttaten. Zeitgleich ließ Stalin von den zuständigen Einrichtungen des Innenkommissariats die deutsche Bevölkerung registrieren, die noch in den von der Roten Armee besetzten Gebieten siedelte. Ziel dieser Maßnahme, die zunächst Rumänien betraf, war der Abtransport aller arbeitsfähigen männlichen Deutschen in die UdSSR.⁶³

Propagandistisch ummantelt wurde die Welle der Gewalt gegen die deutsche Zivilbevölkerung mit der Losung „Nach Berlin, im Namen der Opfer!“⁶⁴ Schon Monate zuvor hatte Il’ja Ehrenburg mit großer Eindringlichkeit formuliert, was nicht nur Intellektuelle, sondern wohl auch viele Arbeiter und Bauern dachten, die in der Roten Armee kämpften oder im sowjetischen Hinterland entbehrungsreich arbeiteten:⁶⁵

Wir wollen mit dem Schwert in der Hand durch Deutschland ziehen, um den Deutschen für ewig die Liebe zum Schwert auszutreiben. Wir wollen zu ihnen kommen, damit sie nie mehr zu uns kommen. [...] Und ich weiß es, bald werden wir an der *Spree* sein, denn ich sah vor mir unser Heer, voll des großen Zornes.

Sobald jedoch die Gewaltexzesse der Rotarmisten die militärische Schlagkraft zu mindern drohten, ging man gegen sie vor. Am bekanntesten ist der Befehl Nr. 006 des Oberbefehlshabers der Zweiten Ukrainischen Front, Marschall Rokossovskij, vom 22. Januar 1945. Er wies alle Befehlshaber und Kommandeure an, Erschei-

62 Völlig zu Recht weist Merridale darauf hin, dass die Kriegsverbrechen der Roten Armee in Ostpreußen nicht ausschließlich als bestialische Handlungen einzelner Rotarmisten erklärt werden können, sondern von der Partei vorbereitet wurden: „Jene Partei, die ihnen gepredigt und ihre menschlichsten Schwächen getadelt hatte, erteilte ihnen jetzt einen Freibrief, und sie nahmen ihn an, fühlten sich gedeckt, und das zu Recht.“ (Merridale, *Iwans Krieg*, S. 333).

63 Berija an Stalin, 24. 11. 1944 und Beschluss des GKO Nr. 7161ss, vom 16. 12. 1944, in: *Speziallager in Deutschland*, S. 129–135. Die Registrierung und die GKO-Weisung betraf zunächst die Deutschen in Südosteuropa, insbesondere in Rumänien.

64 Zeidler, *Rote Armee*, S. 692.

65 *Pravda*, 7. 8. 1944, zit. in: Zeidler, *Rote Armee*, S. 692.

nungen von Demoralisation und Verwilderung in ihren Verbänden „mit glühenden Eisen auszumerzen“, die der Plünderung und Trunksucht Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und ihre Vergehen „mit den höchsten Strafen bis hin zum Erschießen zu ahnden.“⁶⁶ Gegen blindwütige Zerstörungen und Disziplinlosigkeiten in der Roten Armee auf deutschem Boden wandte sich schließlich am 9. Februar 1945 auch die Armeezeitung *Kraznaja Zvezda*: „Unsere Rache ist nicht blind. Unser Zorn ist nicht unvernünftig ...“⁶⁷

Völlig zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass bei der Beurteilung der hohen Gewaltbereitschaft seitens vieler Rotarmisten auch die deutsche Kriegsführung zu berücksichtigen ist. Die hohen Verluste auf deutscher und sowjetischer Seite beim Kampf um die deutschen Ostgebiete „waren auch Folge des deutschen ‚Kampfes bis zum letzten Atemzug‘, des befohlenen ‚Widerstands um jeden Preis und ohne Rücksicht auf [eigene] Verluste“ sowie der verspäteten Evakuierung der Zivilbevölkerung.“⁶⁸ Tatsächlich hätten geordnete Teilkapitulationen gegenüber der Roten Armee auf beiden Seiten viele Menschenleben retten können.

Der Weisung Stalins folgend, ohne die Ankunft von Vertretern der polnischen Regierung abzuwarten, ordnete der Oberbefehlshaber der Ersten Belorussischen Front Mitte März 1945 an, in allen zur Übergabe an Polen bestimmten Gebieten polnische Verwaltungen einzusetzen. Nur in Ausnahmefällen, bei Mangel an Polen und Russen in den entsprechenden Orten oder Kreisen, sei zu erlauben, Personen deutscher Nationalität als Angestellte einzustellen, wobei eine gebührende Kontrolle ihrer Tätigkeit zu gewährleisten sei.⁶⁹ Žukovs Direktive zielte auf eine schnelle Normalisierung des öffentlichen Lebens im Hinterland der Front. Sie schuf in Bezug auf das künftige Schicksal der deutschen Ostgebiete nur insofern neue Tatsachen, als sie die streng geheime Verordnung des GKO vom 20. Februar 1945 umsetzte, die die vorläufige Westgrenze Polens und die Verantwortlichkeiten für die „Säuberung“ der deutschen Ostgebiete festgelegt hatte.⁷⁰

66 Hoffmann, *Stalins Vernichtungskrieg*, S. 274–275. Hoffmann stützt sich auf eine von den Deutschen erbeutete Fassung dieses Befehls im Bundesarchiv. Das russische Original ist bisher nicht zugänglich, doch die Existenz dieses Befehls wird in der Forschung bestätigt, vgl. Elena S. Senjavaskaja, *Deutschland und die Deutschen in den Augen sowjetischer Soldaten und Offiziere des Großen Vaterländischen Krieges*, in: Scherstjanoi, *Rotarmisten*, S. 247–266, hier S. 258–259. Vgl. zu den von Rokossovskij geforderten Maßnahmen auch den Vortrag des Chefs der Politischen Verwaltung der Ersten Belorussischen Front, Generalleutnant Andrej D. Okoronov, 6. 2. 1945, in: ebd., S. 59–62.

67 Werth, *Rußland*, S. 646.

68 Jan Foitzik, *Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee 1944/45 im Lichte des Kriegsvölkerrechts*, in: Scherstjanoi, *Rotarmisten*, S. 369–395, hier S. 392.

69 *Direktive des Militärrats der Ersten Belorussischen Front*, 16. 3. 1945, ebd., S. 118–119.

70 Vgl. S. 96.

Unmittelbar nach der Besetzung deutscher Gebiete westlich von Oder und Lausitzer Neiße ordnete Stalin an, dort anders zu verfahren. Diese Wende der sowjetischen Politik kündigte sich mit der überraschenden Kritik des Zentralorgans der VKP(b) an Il'ja Ėrenburg an, der nicht nur bei den Alliierten als Wortführer der deutschfeindlichen Stimmung galt. Am 14. April veröffentlichte die *Pravda* einen Beitrag des Leiters der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda, Georgij Aleksandrov, unter dem herablassenden Titel: „Genosse Ėrenburg vereinfacht“. Diese Kritik beängstigte den Genannten gerade deshalb, weil er zuvor vor Offizieren der Roten Armee Gewaltexzesse an der deutschen Zivilbevölkerung kritisiert hatte. Jahrzehnte später erklärte Ėrenburg nicht nur diesen Artikel, sondern auch die Wende der sowjetischen Deutschlandpolitik mit der Absicht Stalins, den Widerstand der Deutschen zu brechen.⁷¹

Zur Durchsetzung des neuen Kurses der Roten Armee gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung hatte Stalin den Oberkommandierenden der Ersten Belorussischen Front angewiesen:⁷²

Fordern Sie, die Haltung gegenüber den Deutschen zu ändern, zu den Kriegsgefangenen wie zu den Zivilisten. Die Deutschen besser behandeln. Die harte Behandlung der Deutschen ruft bei ihnen Furcht hervor und zwingt sie, hartnäckigen Widerstand zu leisten, statt sich gefangen zu geben. Aus Angst vor Rache organisiert sich die Zivilbevölkerung in Banden. Eine solche Situation ist für uns ungünstig. Eine humanere Haltung gegenüber den Deutschen erleichtert uns die Kampfführung auf ihrem Territorium und wird zweifellos die Hartnäckigkeit der Deutschen bei der Verteidigung mindern.

Ziel dieser Direktive der Stavka war es, deutsche Verwaltungen westlich von Oder und Lausitzer Neiße aufzubauen. Auf diese Weisung bezog sich Žukov, als er – während seine Truppen sich auf den Straßen Berlins, von Haus zu Haus, zum Reichstag vorkämpften – deren Kommandeuren befahl:⁷³

1. Die eigenmächtige Einziehung des persönlichen Eigentums, von Vieh und Lebensmitteln der Deutschen, die nicht geflohen sind, ist zu unterbinden; eine Ausnahme bildet der unverzichtbare Bedarf der kämpfenden Truppe, so das Eigentum erforderlich ist, um die Kampfbereitschaft zu sichern. 2. Sämtlicher Besitz sowie Waren und in den Lagerhallen und Geschäften vorhandene Lebensmittelbestände, die zur Deckung des Bedarfs der verbliebenen Bevölkerung bestimmt sind, sind unverzüglich unter militärische Bewachung zu

71 Carola Tischler, Die Vereinfachungen des Genossen Ėrenburg. Eine Endkriegs- und eine Nachkriegskontroverse, in: Scherstjanoi, Rotarmisten, S. 326–339, hier S. 336. Zur bisher nicht bekannten Kritik Ėrenburgs an der Gewaltanwendung gegen deutsche Zivilisten vgl. Rešin, Seydlitz, S. 151–153. Rešin verweist auf den Bericht des Leiters der SMERŠ, Viktor Abakumov an Stalin vom 29. 3. 1945.

72 Weisung Stalins an Žukov, 20. 4. 1945, in: UdF 1, S. 664–665, Anm. 367.

73 Weisung Žukovs, 22. 4. 1945, in: UdF 1, S. 665–666, Anm. 370.

stellen und zwecks organisierter Verwendung zur Deckung des Bedarfs der Truppe und der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln an die Militärkommandanten zu übergeben. 3. Es ist entschieden gegen die ungesetzliche Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Fleisch vorzugehen.

Diese Weisung verband Žukov mit der Androhung harter Strafen. Natürlich führte dies nicht zu einem plötzlichen Ende der willkürlichen Übergriffe der Roten Armee in Deutschland. Noch lange nach der Kapitulation blieb die Zahl der Plünderungen und Vergewaltigungen durch Rotarmisten erschreckend hoch.

3. Der Zusammenbruch Deutschlands als Zerreißprobe der Anti-Hitler-Koalition

Vladimir Semenov, der während des Krieges an der sowjetischen Gesandtschaft in Stockholm das Ansteigen von Spannungen im Reich verfolgte, um Sonderaufträge zu erfüllen, und der nach 1945 zu einem der wichtigsten Akteure der sowjetischen Deutschlandpolitik wurde, wies in Bezug auf das Anti-Hitler-Bündnis völlig zu Recht darauf hin, dass in Koalitionskriegen die Beziehungen zwischen den Koalitionären ihre höchste Spannung nicht am Beginn, sondern am Ende des Krieges erreichen.⁷⁴

In den Wochen vor und nach der Krim-Konferenz überschritten sich zwei Entwicklungen: Das eigenmächtige Vorgehen der UdSSR in all den Staaten, die im Operationsgebiet der Roten Armee lagen und der Versuch von Teilen der nationalsozialistischen Führung, der seit Januar 1943 oftmals angekündigten bedingungslosen Kapitulation durch eigene Angebote zu entgehen, die sich stets nur an einen der Koalitionspartner richteten. Jede dieser Entwicklungen war für sich genommen für die Koalition konfliktträchtig genug. Ihre Überlagerung jedoch führte in den letzten Kriegsmonaten zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb dieses Bündnisses. Die Konflikte retardierend wirkte weiterhin die Notwendigkeit, Deutschland gemeinsam zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen. Auch der Versuch, eine neue, weltweite Sicherheitsorganisation aufzubauen, wirkte als Kohäsionskraft. Dies ist der Zusammenhang, in welchen im Folgenden der Abbruch der Verhandlungen über die Aufgliederung Deutschlands gestellt wird.

74 Semjonow, *Diplomatische Mission*, S. 158.

Eigenmächtigkeiten der Koalitionsmächte

Seit Sommer 1944, als die Rote Armee die umstrittenen sowjetischen Vorkriegsgrenzen überschritt, beobachteten die Westmächte mit steigenden Argwohn, wie die UdSSR in Osteuropa versuchte, alle antisowjetischen Kräfte zurückzudrängen. Roosevelt und Churchill hatten in Jalta noch gehofft, durch die Deklaration über das befreite Europa⁷⁵ die Anwendung der Atlantik-Charta in allen Teilen Europas, auch in den von der UdSSR befreiten und besetzten Ländern, sichern zu können. Schon einen Monat später sahen sie, dass diese Hoffnung getrogen hatte: Polen exemplifizierte den Trugschluss: Der auf der Krim-Konferenz eingesetzten Kommission, bestehend aus Molotov und den Botschaftern der USA und Großbritanniens, misslang es, die unter dem Schutz der UdSSR gebildete provisorische Regierung Polens in eine Regierung der „nationalen Einheit“ umzuwandeln. Molotov kommentierte intern das Vorgehen der Westmächte und offenbarte damit die Vorstellungen der sowjetischen Führung:⁷⁶

Polen – das ist eine große Sache! Doch wie die Regierungen in Belgien, Frankreich und Griechenland gebildet wurden, das wissen wir nicht. Uns fragt man nicht, doch wir erklären auch nicht, dass uns dieses oder jenes Mitglied dieser Regierungen nicht gefällt. Wir mischen uns nicht ein, denn das ist die anglo-amerikanische Einflusszone.

Stalin erläuterte diesen Gedanken wenig später unverblümt gegenüber dem britischen Premierminister: „Die polnische Frage ist für die Sicherheit der Sowjetunion von gleicher Bedeutung, wie es Belgien und Griechenland für die Sicherheit Großbritanniens sind“.⁷⁷

Der Kremlchef leitete daraus für sich das Recht ab, „in Polen eine der Sowjetunion gegenüber freundschaftlich gesinnte Regierung anzustreben“, denn sein Land könne sich mit dem Bestehen einer feindlich gesinnten Regierung in Warschau nicht einverstanden erklären.⁷⁸ Angesichts des eigenmächtigen Vorgehens der UdSSR in Polen versicherte Roosevelt dem britischen Premierminister schon am 11. März 1945 seine Entschlossenheit, hart zu bleiben und es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen.⁷⁹ Dieser konnte Stalin mit Gelassenheit entgegensehen, denn es war erwiesen, dass weder die USA noch Großbritannien bereit sein

75 Deklaration über das befreite Europa, veröffentlicht am 13. 2. 1945, abgedruckt in: SAIK 4, S. 223–225.

76 Vermerk Molotovs zu der durch Vyšinskij am 16. 2. 1945 vorgelegten Aufgabenstellung dieser Kommission, vgl. *Vostočnaja Evropa* 1, S. 158–159 und *Pečatnov*, Stalin, S. 300.

77 Stalin an Churchill, 24. 4. 1945, BW, S. 406.

78 Ebd.

79 Roosevelt an Churchill, 11. 3. 1945, Kimball, *Correspondence* 3, S. 561–563.

würden, für die Freiheit Polens eine militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR zu riskieren.

Deutsches Angebot in Richtung Westen

Im Ergebnis der „gewaltigsten Offensivoperation des Zweiten Weltkrieges“ hatte die Rote Armee am Vorabend der Jalta-Konferenz achtzig Kilometer vor Berlin die Oder erreicht und am Westufer nördlich sowie südlich von Küstrin die ersten Brückenköpfe errichtet.⁸⁰ Frontkommandeure der Roten Armee erwogen in diesen Tagen einen sofortigen Vorstoß nach Berlin, um den Krieg so blitzartig zu beenden wie er begonnen hatte.⁸¹ Am 10. Februar, einen Tag vor Abschluss der Krim-Konferenz, übermittelte Marschall Žukov an Stalin einen Plan für die „Berliner Operation“, die am 20. Februar beginnen sollte. Die detaillierten Entwürfe der Direktiven für die einzelnen Armeen seiner Front (Heeresgruppe) sahen die Einkesselung der Reichshauptstadt für den vierten Kampftag – also noch im Februar – vor.⁸² Rolf-Dieter Müller hält diese Möglichkeit nur teilweise für realistisch und stellt mit gewissem Respekt vor der Geduld des Kaukasiers fest, „Stalin ließ seine besten Truppen elf Wochen an der Oder verhalten, zwei Tagesmärsche von Berlin entfernt“.⁸³

Während des Halts an der Oder beobachtete Stalin voller Skepsis das Verhalten der Alliierten in Norditalien. Dort verzichteten britische und amerikanische Verbände wochenlang bis Ende März 1945 auf Angriffsoperationen, während die Deutschen mehrere Divisionen für den Kampfeinsatz gegen die Rote Armee abzogen. Nicht weniger misstrauisch stimmte Stalin die Entwicklung der militärischen Lage im Westen Deutschlands, wohin die Alliierten von Frankreich aus vorstießen. Es zeigte sich nun, dass die in Moskau lange geforderte Zweite Front die Kriegsführung der Roten Armee kaum erleichterte, sondern vielmehr sowjetische Interessen gefährdete. Nach dem Scheitern der deutschen Ardennen-Offensive und der Rheinüberquerung trieb die „turmhoch überlegene Streitmacht der Alli-

80 Zeidler, Kriegsende, S. 83 und S. 86.

81 Erich Kuby, *Die Russen in Berlin 1945*, München 1965, S. 33–37.

82 Žukov an Stalin, 10. 2. 1945, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 56–60 und Direktiven Žukovs vom 13. 2. 1945, ebd., S. 60–64.

83 Müller, Bilanz, S. 707–708: „Stalin hätte seinen Erfolg ... durch die rasche Wegnahme des kaum verteidigten Berlin krönen können. [...] Ein Ausbruch aus den Oderbrückenköpfen oder eine Forcierung des Vormarsches durch Ivan Stepanovič Konev von der Neiße an die Elbe bei Dresden wäre Anfang Februar 1945 zweifellos riskant gewesen, da die Deutschen die Flanken in Pommern und Böhmen verstärkten und sogar bereit waren, die Westfront laufend zu schwächen, obwohl die Alliierten begonnen hatten, an den Rhein vorzürücken.“

ierten ... die Reste des deutschen Westheeres fast nach Belieben⁸⁴ bis zur Elbe vor sich her. Dies wurde ermöglicht durch die deutsche Abwehrstrategie, die sich seit Februar 1945 ganz darauf konzentrierte, die Oder-Linie zu halten. Ende März standen Amerikanern und Briten im Westen lediglich 30 kampfschwache Divisionen gegenüber, während im Osten mehr als 150 Divisionen versuchten, die Rote Armee aufzuhalten.⁸⁵

In Moskau sahen darin manche die Vorboten für eine gemeinsame Kriegsführung der Westmächte mit den Überresten der deutschen Wehrmacht. Dabei brachte man die Entwicklungen in Norditalien und in Westdeutschland in Verbindung mit vielfältigen Kontakten bzw. Kontaktversuchen zwischen Deutschen und Vertretern der Westalliierten. Besonderes Augenmerk fiel dabei auf Allen Dulles. Den Leiter der europäischen Sektion des amerikanischen Geheimdienstes, des Office of Strategic Services (OSS), verdächtigte man in der sowjetischen Hauptstadt bereits seit 1943, Verbindungen zu halboffiziellen Vertretern des Reiches mit antisowjetischer Zielrichtung zu unterhalten.⁸⁶ Im Herbst 1944 hatten lokale SS-Führer in Norditalien die Initiative ergriffen, um mit Amerikanern und Briten zunächst eine Teilkapitulation und dann einen Sonderfrieden im Westen zu erreichen. Ihnen schloss sich im Februar 1945 der SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Karl Wolff, der „Höchste SS- und Polizeiführer“ in Italien, an, nachdem im Umkreis der SS-Führung in Berlin Walter Schellenberg diesen Plan unterstützte. Allen Dulles griff diese Kontaktangebote „eifrig“ auf, um den Aufbau deutscher Verteidigungsstellungen in den Alpen zu verhindern und den schnellen Vorstoß westallierter Truppen aus Italien nach Österreich und Deutschland zu ermöglichen. Die hohen Erwartungen, die nicht nur Dulles mit dieser Operation verband, erschließen sich aus der von den Amerikanern gewählten Tarnbezeichnung „Sunrise“. Der amerikanische Geheimdienstmann hatte zahlreiche Hinweise darauf, dass die Deutschen bereit seien, in ein Bündnis mit den Westmächten gegen die UdSSR einzutreten. Bereits im Dezember 1944 hatte Dulles Washington signalisiert, dass der Kommandeur der deutschen Truppen in

84 Henke, Deutschland, S. 343.

85 Eisenberg, Germany, S. 72.

86 Falin, Zweite Front, S. 478. Vgl. dazu auch [Sovinformbjuro], Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Berlin 1948 [Übersetzung aus dem Russischen], S. 64–65. Diese Veröffentlichung bezieht sich auf Dokumente des Sicherheitsdienstes, die angeblich von sowjetischen Truppen in Deutschland erbeutet wurden. Auf ein analoges Dokument des RSHA verweist Martin, Separate Friedensschlüsse, S. 109, Anm. 60.

Norditalien, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, eine geheime Kapitulation in Betracht ziehen könnte.⁸⁷

Am 8. März kam es in Zürich zu einem ersten Treffen von Dulles mit Wolff. Nach dem Bericht, den der Oberkommandierende der Alliierten Expeditionstreitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower, wenige Stunden nach diesem Gespräch erhielt, bezeichnete sich Wolff als Emissär Kesselrings zur Aushandlung der Kapitulationsbedingungen für die deutschen Truppen in Italien. Als Dulles bald darauf erfuhr, dass Kesselring den Oberbefehl über die Westfront übernehmen würde, wurde der Kontakt mit Wolff noch interessanter. Denn dieser schien nun nicht nur für den deutschen Kommandeur von Norditalien, sondern auch für den Oberbefehlshaber der Westfront zu sprechen. Eine Kapitulation der deutschen Truppen an der gesamten Westfront deutete sich unvermittelt an. In dieser Situation stand für Eisenhower fest, dass die sowjetische Regierung informiert werden müsse. Bei einem separaten Handeln fürchtete er den Zusammenbruch jeglicher Koordination mit dem sowjetischen Oberkommando.⁸⁸ Wahrscheinlich erklärt diese Warnung Eisenhowers, warum die Informationen des amerikanischen Geheimdienstes, die der Präsident und das State Department kontinuierlich erhielten,⁸⁹ plötzlich eine elektrisierende Wirkung entfalteten.

Eisenhower hatte sich schon in den Wochen zuvor um Kontakt zur sowjetischen Regierung bemüht. Ende Februar beauftragte er seinen Vertrauten, den Kommandeur der 12. US-Armeegruppe, Omar Bradley, den Pariser Botschafter der UdSSR in seinen Stab einzuladen. Bogomolov war über die Informationsbereitschaft des amerikanischen Generals so beeindruckt, dass er versicherte, er werde Stalin über die Gastfreundschaft Bradleys berichten.⁹⁰ Anfang März, nur weni-

87 Brandley Smith/Elena Agorssi, Unternehmen „Sonnenaufgang“. Das Kriegsende in Italien, Berlin 1983, S. 103–112 und 128–131. Vgl. dagegen sehr lückenhaft Allen Dulles und Geron v. d. Gaevernitz, Unternehmen „Sunrise“. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, Düsseldorf/Wien, 1967 S. 61–72. Für Schellenberg waren die Sondierungen in Bern einer von mehreren Versuchen, eine einseitige Kapitulation mit den Westmächten zu erreichen. Er erwähnt ihn in seinen Memoiren nicht. Als „eifrig“ bewertet Kimball die Reaktion Dulles' auf diese ersten deutschen Vorschläge, vgl. Kimball, Correspondence, Bd. 3, S. 586.

88 Eisenhower, At War, S. 718. Nach dem ersten Zusammentreffen von Lemnitzer (US) und Airey (UK) mit Wolff sei in den Alliierten Hauptquartieren darüber nachgedacht worden, wo ein Treffen Eisenhowers und Alexanders mit Kesselring stattfinden könne. Es habe „Kapitulationsfieber“ geherrscht (Smith/Agorssi, „Sonnenaufgang“, S. 161).

89 In Washington hatte das OSS das State Department ständig über die „seit Wochen“ laufenden Gespräche von Dulles mit deutschen militärischen und diplomatischen Stellen in Italien und der Schweiz informiert. (FRUS 1945, III, S. 722, Fußnote 40).

90 Omar N. Bradley, A Soldier's Story, New York 1951, S. 503–504.

ge Tage bevor SS-Obergruppenführer Wolff mit seinen Sondierungen begann, hatte sich der alliierte Oberbefehlshaber für den Mittelmeerraum, Field-Marshal Alexander, der auch für Norditalien zuständig war, mit dem Oberbefehlshaber der Dritten Ukrainischen Front, Marschall Tolbuchin getroffen. Danach verkündete der britische Field-Marshal:⁹¹

We are fighting the same enemy for the same cause. We are neighbours. Marshal Tolbuchin is near my front, and sooner or later we are bound to join hands. We have made friends; we have made excellent staff contacts. Henceforth we shall not be dealing with ciphers but with people whose hospitality we have shared, whom we know and like.

Ungeachtet dieser persönlichen Kontakte zu sowjetischen Militärs und Diplomaten, mussten die nun einsetzenden Verwicklungen um die angestrebte deutsche Teilkapitulation Moskauer Beobachter an das Durcheinander achtzehn Monate zuvor in Zusammenhang mit den italienischen Waffenstillstands Sondierungen nach der Landung der Alliierten auf Sizilien erinnern.⁹² Jedenfalls führten sie zum schärfsten Angriff Stalins auf Roosevelt und die Briten während des gesamten Krieges.

Vieles spricht dafür, das Verhalten der amerikanischen Regierung gegenüber den deutschen Kapitulationsbemühungen im Kontext mit der bereits erwähnten Entschlossenheit Roosevelts zu sehen, gegenüber dem Vorgehen der Russen in Polen Härte zu demonstrieren. Vermutlich nahm nicht nur der amerikanische Geheimdienst OSS, sondern auch die Regierung in Washington die lange erwarteten deutschen Kapitulations Sondierungen ernster, als sie tatsächlich waren. Möglicherweise sah man darin auch eine Chance, Moskau unter Druck zu setzen.⁹³ Jedenfalls erteilte das State Department am 11. März Botschafter Harriman in Moskau den Auftrag, die sowjetische Regierung zu unterrichten⁹⁴ – zu einem Zeitpunkt, als man die Absichten der deutschen Seite noch nicht eindeutig festgestellt hatte. Doch die sowjetische Seite traf diese Information nicht unvorbereitet. Sie rechnete seit Langem mit einem solchen Manöver der Deutschen und mitraute unverändert den Westmächten.

91 *Times*, 3. 3. 1945, S. 3.

92 Vgl. S. 338. Carolyn Eisenberg kommt zu dem scharfen Urteil: „American exclusivity in handling Sunrise was undeniably provocative.“ Vgl. Eisenberg, *Germany*, S. 73.

93 Eisenhower, *At War*, S. 696: „[T]he Wolff overture offered the Allies’ diplomatic leverage over the Russians in that it emphasized the power the Allies were gaining over Germany“.

94 Harriman an Grew, 12. 3. 1945, in FRUS 1945 III, S. 725, Anm. 43. Harriman an Molotov, 12. 3. 1945, in: SAMO 2, S. 327–329. Am selben Tag informierte auch der britische Botschafter Molotov, vgl. AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 136, Bl. 1–3. Vgl. dazu die Memoiren des Chefs der US-Militärmission in Moskau, John R. Deane, *The Strange Alliance*, New York 1947, S. 162–165.

Verhandlungen über die Aufgliederung Deutschlands

Während sich entlang der Oder heftige Kämpfe entwickelten und sich am Rhein die deutsche Westfront auflöste, verharrte die sowjetische Politik in der deutschen Frage auf der in Jalta von Stalin bestimmten Position: Mit den USA und Großbritannien sollte Einvernehmen über die Aufgliederung Deutschlands hergestellt werden, um die *gemeinsame* Absicht, das Deutsche Reich in seine Bestandteile aufzulösen, gegebenenfalls sofort nach Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation verwirklichen zu können.

In Jalta hatten die Regierungschefs eine Kommission mit dem Studium des „Aufteilungsverfahrens“ beauftragt. Ihr sollten unter Vorsitz des britischen Außenministers die Botschafter der UdSSR und der USA in London, Gusev und Winant, angehören.⁹⁵ Gusev war sich sofort nach der Rückkehr von der Krim völlig sicher, was die Leitfragen dieser Kommission sein müssten:⁹⁶

1. In welche Teile soll Deutschland aufgliedert werden? 2. Wann soll mit der Aufgliederung Deutschlands begonnen werden? 3. Welche alliierten Organe sollen die Leitung der Aufgliederung Deutschlands wahrnehmen?

Um der UdSSR einen bestimmenden Einfluss in der Kommission zu sichern, empfahl Gusev der sowjetischen Führung, schnell über die seit fast einem Jahr vorliegenden Vorschläge der Litvinov-Kommission zu entscheiden.⁹⁷ So könne man der Londoner Kommission eine Teilungsvariante vorlegen, sobald „Engländer und Amerikaner *ihrerseits als erste* Vorschläge unterbreiten“.⁹⁸ Diese Empfehlung fand keine Beachtung. In Moskau bestätigte niemand die Arbeitsergebnisse der Litvinov-Kommission. Stalin blieb voller Misstrauen, was die Zukunft Deutschlands betraf. Ihm war in Jalta die Veränderung der britischen Position in der Teilungsfrage nicht entgangen. Erst am 7. März 1945, unmittelbar vor der ersten Sitzung der Teilungskommission in London, instruierte Molotov den sowjetischen Vertreter Fedor Gusev:⁹⁹

Erkundigen Sie sich, ob die Engländer und die Amerikaner die Absicht haben, ihre Teilungsschemata für Deutschland zur Erörterung vorzulegen. Auf analoge Anfragen antworten Sie, dass Sie ein derartiges Teilungsschema bislang noch nicht erhalten hätten, *dass Ihnen ein solches jedoch noch zugeht und Sie es dann einreichen werden.*

95 Protokoll der Krimkonferenz, 11. 2. 1945, in: SAIK 4, S. 232.

96 Aufzeichnung von Gusev: 14. 2. 1945, in: UdF 1, S. 532–533.

97 Vgl. S. 386.

98 Aufzeichnung von Gusev: 14. 2. 1945, in: UdF 1, S. 532–533.

99 Molotov an Gusev, 7. 3. 1945, in: UdF 1, S. 663, Anm. 354. Hervorhebung nicht im Original.

Offensichtlich war Stalin – ohne dessen Zustimmung Molotov diese Weisung nicht hätte erlassen können – drei Wochen nach dem Ende der Krim-Konferenz noch immer bestrebt, *gemeinsam* mit Großbritannien und den USA eine Vereinbarung über die Teilung Deutschlands zu treffen. Genau davon gingen die sowjetischen Vertreter in der Londoner Aufgliederungskommission aus.

Auf der ersten Kommissionsitzung verhielt sich Gusev weisungsgemäß vorsichtig und vermied jede Initiative. Auch der amerikanische Botschafter, Winant, und der Kommissionsvorsitzende Eden hielten sich zurück. Ähnlich wie der Brite deutete Gusev lediglich an, dass man an Vorschlägen zur Aufgliederung Deutschlands arbeite und sie vorlegen würde, sobald sie fertig seien. Erst als Eden die Beratung schließen wollte, schlug Gusev vor, „einen Meinungs austausch darüber zu führen, welche Fragen die Kommission behandeln müsse“. Winant erkundigte sich daraufhin, welches Ziel die Alliierten mit der Aufgliederung Deutschlands verfolgten. Ohne eine Antwort abzuwarten, fragte er Gusev, ob die UdSSR „die Existenz eines demokratisch verfassten Deutschland wünschten.“ Wahrscheinlich war für den Amerikaner Demokratie in Deutschland und dessen gleichzeitige Aufgliederung von außen schwer vorstellbar. Der sowjetische Botschafter wich einer Antwort aus und erklärte,¹⁰⁰

dass wir vor einer durchaus konkreten Aufgabe stünden: [D]en konkreten Plan für eine territoriale Strukturierung Deutschlands zu erarbeiten, die die Deutschen daran hindert, ihre militärische Macht zu restaurieren, und damit die Gefahr einer deutschen Aggression für immer zu bannen.

Eden und Winant vermieden nun ihrerseits jegliche Diskussion, indem sie sofort vorschlugen, die Aufgaben der Kommission in einer gesonderten Arbeitsordnung festzuschreiben. Drei Tage später übermittelte der britische Außenminister einen entsprechenden Entwurf. Nach einer ersten Analyse dieses britischen Vorschlags bemerkte Nikolaj Ivanov, der Berater des sowjetischen Botschafters:¹⁰¹

Ich komme zu dem Schluss, dass die Engländer gegen die Aufgliederung Deutschlands in der Form sind, wie wir dies verstehen. [...] Eden beabsichtigt, die Initiative in dieser Frage ausschließlich uns zu überlassen.

Gusev schloss sich gegenüber der Moskauer Zentrale dieser Meinung an.¹⁰² Ohne eine Weisung Molotovs abzuwarten, veranlasste er Ivanov, „Richtlinien“ und einen eigenen Entwurf für die Arbeitsordnung des Teilausschusses zu erarbeiten. Diese lagen am 12. März vor – dem Tag, da in Moskau die offizielle Informa-

100 Aufzeichnung von Gusev, 7. 3. 1945, ebd., S. 537–539.

101 Ivanov an Gusev, o.D. (März 1945), ebd., S. 541–542.

102 Gusev an Molotov, 10. 3. 1945, ebd., S. 540–541.

tion der Amerikaner über die deutsche Waffenstillstandssondierung in Bern eingetroffen war. Die „Richtlinien“ lassen erkennen, was sowjetische Diplomaten zu dieser Zeit in Bezug auf Deutschland für notwendig und in Moskau für erwünscht hielten. Wahrscheinlich formulierte Ivanov aber auch deshalb besonders eindeutig, um aus der Zentrale eine schnelle Bestätigung zu erhalten. Zu diesem Zweck stipulierte der Botschaftsrat in seinem Entwurf:¹⁰³

Deutschland wird nicht mehr als einheitlicher zentralisierter Staat existieren; auf seinem Territorium werden mehrere selbständige, voneinander oder von irgendeiner gesamtdeutschen Körperschaft unabhängige Staaten gebildet. [...] Die deutsche Bevölkerung, die außerhalb der zu bildenden Staaten oder außerhalb der Gebiete verbleibt, die internationaler administrativer Kontrolle unterstellt wurden (falls eine solche entsteht), und sich somit auf dem Hoheitsgebiet anderer Länder befindet, muss umgesiedelt werden, wenn dies ein daran interessierter verbündeter Staat fordert. Ein Bevölkerungsaustausch kann auch zwischen den neu gebildeten [deutschen] Staaten erfolgen.

Gusev leitete diese Überlegungen nach Moskau weiter.¹⁰⁴ Dort berücksichtigte man nicht nur die aus London übermittelten Vorschläge der sowjetischen Diplomaten und deren Berichte über die Veränderung der Position der Westmächte zur Aufgliederung Deutschlands, sondern auch das Manövrieren der Deutschen in Anbetracht der drohenden Niederlage. Der sowjetische Botschafter in London sollte eine unerwartete Antwort erhalten.

Das Auseinanderstreben der Anti-Hitler-Koalition

Statt hypothetische Entscheidungen in der Teilungsfrage zu treffen, reagierte Molotov am 12. März blitzschnell, als ihn US-Botschafter Harriman über die Kontakte mit dem General der Waffen-SS Karl Wolff informierte. Innerhalb von weniger als fünf Stunden konnte er eine wohlgedachte und von Stalin bestätigte Antwort übergeben. Sowohl die Schnelligkeit als auch der Inhalt dieses Schreibens lassen erkennen, dass man in der sowjetischen Hauptstadt in den Sondierungen die Gefahr sah, in der deutschen Frage durch ein – permanent befürchtetes – Zusammengehen der „imperialistischen“ Mächte ausmanövriert zu werden. Ähnlich wie 27 Jahre zuvor schien sich erneut die Möglichkeit abzuzeichnen, die deutschen Streitkräfte könnten vor einer vollständigen und endgültigen Niederlage auf dem Schlachtfeld die Waffen im Westen niederlegen. Doch anders als im November 1918 verfügten 1945 die Russen über kampfwillige, siegreiche Armeen und über Brückenköpfe westlich der Oder. Sie waren längst Herr der weiteren militäri-

103 Aufzeichnung von Ivanov, 12. 3. 1945, ebd., S. 543–544.

104 Gusev an Molotov, 13. 3. 1945, AVP RF, f. 059, op. 15, p. 53, d. 313, Bl. 112–111, zit. in: UdF 1, S. 663, Anm. 356.

schen Entwicklung geworden. Dies wirft die Frage auf, wie ernst man in Moskau damals diese Gefahr nahm und von wo man dort zu diesem Zeitpunkt die stärkste Bedrohung ausgehen sah: Von Deutschland oder den Westmächten?

Am 12. März reagierte Molotov souverän auf die Informationen, die ihm auf getrennten Wegen die Botschafter der USA und Großbritanniens überbracht hatten. Er erhob keine Einwände gegen die Fortsetzung dessen, was er sofort als „*Verhandlungen* anglo-amerikanischer Offiziere mit General Wolff“ bezeichnete, wünschte jedoch die Teilnahme sowjetischer Vertreter – ohne dies ausdrücklich zur Bedingung zu machen.¹⁰⁵ Aus sowjetischer Sicht schloss diese Antwort auch einen Test ihrer Koalitionspartner ein.

Die Lage der Amerikaner war nicht einfach, nachdem die Briten mit der selbständigen Weiterleitung der Informationen nach Moskau ihren Mitsprachewunsch signalisiert hatten. Dennoch standen den beiden Westmächten gemeinsam mehrere Reaktionsmöglichkeiten offen. Sie konnten *erstens* eine Beteiligung der UdSSR als selbstverständlich akzeptieren. Sie konnten aber auch *zweitens* mit der Einbeziehung der UdSSR in die bereits begonnenen Gespräche einen Präzedenzfall schaffen, um in analogen Fällen dann im Gegenzug eine eigene Beteiligung abzuleiten. Sie konnten *drittens* weitere Sondierungen mit den Deutschen abbrechen, um eine Beteiligung der UdSSR zu verhindern. Und sie hatten *viertens* die Möglichkeit, die Kontakte in Bern ohne die UdSSR fortzuführen bzw. deren Beteiligung auf das unumgängliche Maß einzuschränken.

Einwände gegen eine sowjetische Beteiligung kamen umgehend vom Chef der amerikanischen Militärmission in Moskau, General John R. Deane. Er begründete sie mit unzureichender sowjetischer Kooperationsbereitschaft. Noch größeres Gewicht hatte jedoch für ihn die Sorge, dass eine sowjetische Beteiligung den Erfolg der Sondierungen in Bern gefährden könnte.¹⁰⁶ Dieser ablehnenden Haltung schlossen sich Harriman, die amerikanischen Militärs und der Präsident der USA an. Auch Roosevelt sah durch eine sowjetische Beteiligung die Chancen eingeschränkt, die Deutschen schnell zur Kapitulation zu bewegen.¹⁰⁷ Lediglich ein Osteuropaexperte im State Department warnte in Washington ausdrücklich vor einer schroffen Ablehnung des sowjetischen Wunsches.¹⁰⁸ Auch die Mahnung

105 Molotov an Harriman, 12. 3. 1945, in: UdF 1, S. 545.

106 Deane, *Strange Alliance*, S. 163.

107 Harriman an Grew, 13. 3. 1945, FRUS 1945 III, S. 726, Anm. 50: Übermittelt die Stellungnahme von Deane, vgl. dazu das Memorandum der JCS, 13. 5. 1945, ebd., S. 727–729. Zur Haltung Roosevelts vgl. Pečatnov, Stalin, S. 303.

108 Bohlen an Grew, 13. 3. 1945, FRUS 1945, III, S. 726–727.

des Foreign Office war deutlich, aber keineswegs entschieden.¹⁰⁹ Diese Einwände führten nur zu einer unwesentlichen Abschwächung der Antwort an Molotov. Für die sowjetische Seite entscheidend – und wohl von Anfang an befürchtet – war das in dieser Antwort enthaltene Eingeständnis, dass weitere Gespräche mit den deutschen Vertretern in Bern ohne sowjetische Beteiligung bereits begonnen hatten.¹¹⁰

Erneut reagierte Moskau äußerst schnell. Diesmal jedoch in scharfem Ton, den Amerikaner als „arrogant“ empfanden. Möglicherweise nutzte die sowjetische Führung den Berner Konfliktstoff *nun* auch, um das eigene Vorgehen in Osteuropa gegen die Kritik der Westmächte zu immunisieren.¹¹¹ Jedenfalls wandte man die bei anderer Gelegenheit bereits erprobte Methode, derartige Vorgänge öffentlich zu kritisieren und dadurch die Westmächte in Zugzwang zu bringen, in diesem Fall nicht an.¹¹² Widerspruch herausfordernd unterstellte Molotov dem Koalitionspartner – auf streng geheimem, diplomatischem Wege – die Absicht, sowjetischen Vertretern das Recht zu verweigern, an den „Berner Verhandlungen“ teilzunehmen. Erst jetzt forderte er deren Abbruch.¹¹³

General Deane kommentierte die neue Note Molotovs voller Härte: Die sowjetische Führung glaube, den Amerikanern ihren Willen in jeder beliebigen Angelegenheit aufzwingen zu können. Undiplomatisch warnte der Chef der amerikanischen Militärmission davor, ein solches Verhalten hinzunehmen. Harriman vermutete wenig später in der sowjetischen Antwort den Versuch, alle Deutschland betreffenden Angelegenheiten zu dominieren. Gleichzeitig räumte er jedoch ein, dass Stalin lediglich die vollständige Beteiligung der UdSSR bei der „Hauptkapitulation“ Deutschlands für den Fall sichern wolle, dass der sowjetische Angriff im Osten stecken bliebe, während Deutschland im Westen zusammenbreche.¹¹⁴

109 British Joint Chiefs of Staff an CCS, 15. 3. 1945, FRUS 1945, III, S. 729–730: „[W]hatever we do now will undoubtedly set up a precedent for the treatment which we may expect at Russian hands in the event of a similar situation arising on the Eastern Front.“

110 Harriman an Molotov, 15. 3. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 137, Bl. 12, veröffentlicht in: SAMO 2, S. 331–332. Molotov erhielt diese Note erst am 16. März vorgelegt.

111 Den Zusammenhang zwischen der Auseinandersetzung um Polen und dem Berner Zwischenfall betont Pečatnov, Stalin, S. 303.

112 Noch bis Ende März berichtete die Moskauer Presse mit größer werdenden Schlagzeilen über die Erfolge der westalliierten Armeen.

113 Molotov an Harriman 16. 3. 1945, in: UdF 1, S. 548–549 und Molotov an Kerr, 16. 3. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 136, Bl. 17–18.

114 Harriman an Grew, 17. 3. 1945, FRUS 1945, III, S. 732–733 und Harriman an Grew, 17. 3. 1945, ebd., S. 733–734.

In Washington reagierte man ohne Weitblick. Jedenfalls stellte dort niemand einen Zusammenhang her zwischen der zu dieser Zeit in London diskutierten Teilungsfrage, der eigenen Kritik am sowjetischen Vorgehen in Osteuropa, den momentanen militärischen Erfolgen der Westalliierten in Deutschland und den Empfindlichkeiten Moskaus gegenüber den Berner Sondierungen. Auch wurde nicht berücksichtigt, dass auf die Westfront bezogene Waffenstillstandsgerüchte in der ganzen Welt, u. a. auch in Berlin, wahrgenommen wurden. Goebbels notierte am 17. März in sein Tagebuch:¹¹⁵

Es wird behauptet, dass Rundstedt Parlamentäre geschickt habe mit dem Angebot, die Waffen niederzulegen. Dieses Gerücht ist kompletter Unsinn. ... [E]s hat in den USA sozusagen einen Siegestaumel hervorgerufen.

Das State Department rechnete noch immer nicht mit einem Misserfolg der Berner Sondierungen.¹¹⁶ Es beauftragte Harriman am 20. März, eine mit dem Präsidenten, den Militärs und den Briten abgestimmte Antwort zu den Kontakten in Bern an Molotov zu übermitteln. Diese war zwar in einem verständigungsbereiten Ton gehalten, ging aber nicht auf die sowjetische Forderung nach Abbruch der Verhandlungen ein. Dafür versicherte man grundsätzlich, dass jede der drei Mächte das Recht habe, an Verhandlungen teilzunehmen, in welchen andere als rein militärische Fragen behandelt würden.¹¹⁷ Zeitweilig war daran gedacht worden, den Präsidenten selbst um eine Antwort an Stalin zu bitten. Dazu entschloss man sich jedoch vorerst noch nicht.

An diesem Punkt hätte Stalin, der als treibende Kraft hinter diesem ungewöhnlichen Notenwechsel angenommen werden muss, einlenken bzw. sich selbst direkt an Roosevelt wenden können. Er tat es nicht. Vielmehr verschärfte die Antwort, die Molotov in seinem Auftrag in Tagesfrist übermittelte, den Streit. Der Außenkommissar hatte dabei schwerste Vorwürfe formuliert: „Hinter dem Rücken der Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland trägt, verhandeln seit nunmehr zwei Wochen in Bern Vertreter der deutschen Militärführung einer-

115 TJG II, Bd. 15, S. 522–531, hier S. 525, Z. 120–125 (17. 3. 1945).

116 Erst am 21. April bat Field-Marshal Alexander, der Kommandeur der alliierten Truppen in Italien, Moskau über das definitive Scheitern der Sondierungen in Bern zu informieren, vgl. Deane, *Strange Alliance*, S. 165.

117 Dunn (Assistant Secretary of State) an Harriman, 20. 3. 1945, FRUS 1945, III, S. 735–736. Harriman an Molotov, 21. 3. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 137, Bl. 18–19. Ähnlich antwortete der britische Botschafter am gleichen Tag, vgl. Kerr an Molotov, 21. 3. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 136, Bl. 21–22.

seits und Vertreter der englischen und amerikanischen Militärführung andererseits. Die sowjetische Regierung hält dies für absolut inakzeptabel.¹¹⁸

Diese Antwort schuf eine Lage, die bedrohlicher war als ihr eigentlicher Anlass. Stalin schien dies kaum zu beunruhigen. Jedenfalls beließ er es nicht bei den Vorwürfen seines Stellvertreters, sondern gab seine Verärgerung über das Verhalten der weltweit stärksten Wirtschaftsmacht noch auf anderem Wege zu erkennen: Am 23. März informierte die sowjetische Botschaft das State Department, dass die sowjetische Delegation zur Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco lediglich von Gromyko, dem sowjetischen Botschafter in Washington, geleitet werden würde. Noch vier Tage zuvor war in einem Telegramm der Moskauer Botschaft Molotov als Leiter der sowjetischen Delegation genannt worden,¹¹⁹ der ursprünglich – wie bereits beschrieben – von einer außerordentlich repräsentativen, hochrangigen Delegation begleitet werden sollte.

Damit waren die Beziehungen der UdSSR zu den beiden Westmächten wenige Wochen vor Kriegsende so angespannt wie kaum zuvor während des gesamten Krieges. Es bestand die reale Gefahr, dass die Kriegskoalition kurz vor dem Sieg über Deutschland spektakulär auseinanderbrechen könnte. Erst jetzt wandte sich Roosevelt selbst in zwei getrennten Schreiben an Stalin. Im ersten bemühte er sich ohne Abstimmung mit dem State Department und dem britischen Bündnispartner, den Berner Konflikt als Missverständnis darzustellen und dadurch zu entschärfen. Er informierte Stalin in diesem Schreiben allerdings nicht darüber, weshalb sich amerikanische Stellen weiterhin dagegen sperrten, sowjetische Vertreter in die Treffen mit Wolff einzubeziehen; ein Einlenken erwartete er allein aus Moskau. In seinem zweiten Schreiben drängte der Präsident auf die Teilnahme Molotovs an der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen.¹²⁰

Der Abbruch der Aufgliederungsverhandlungen

Während sich der Ton Moskaus gegenüber Washington stark verschärft hatte und in der Schweiz mittlere SS-Führer Waffenstillstandssondierungen mit den Stellvertretern des westalliierten Supreme Commanders im Mittelmeerraum fortsetzten,¹²¹ musste in London der sowjetische Botschafter noch immer ohne neue Instruktion gegenüber seinen drängenden westlichen Kollegen agieren. In diesem

118 Molotov an Harriman, 22. 3. 1945, in: UdF 1, S. 554–555 und Molotov an Kerr, 22. 3. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 14, d. 136, Bl. 25.

119 Grew an Roosevelt, 23. 3. 1945, FRUS 1945 I, S. 151–152. Vgl. zur ursprünglichen Zusammensetzung der sowjetischen Delegation, S. 490.

120 Roosevelt an Stalin, 24. 3. 1945, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 302–303 und 303–305.

121 Am 19. 3. 1945 hatten sich die Generäle Lemnitzer und Airey zum ersten Mal mit Wolff in einer Villa bei Ascona getroffen, vgl. Smith/Agorssi, „Sonnenaufgang“, S. 148.

Zustand der Ungewissheit handelte Gusev selbständig, als ihn am 15. März Willi- am Strang, der Eden in der Teilungskommission vertrat, aufsuchte. Der Brite konfrontierte dabei seinen wenig geschätzten sowjetischen Kollegen mit einer Äußerung Winants, welche den Krim-Beschluss zur Aufgliederung Deutschland als unverbindlich darstellte. Gusev erinnerte Strang daraufhin ohne spezielle Anweisung daran, „dass die Krim-Konferenz prinzipiell entschieden habe, Deutschland aufzugliedern“.¹²²

In Moskau vermittelte Stalin dagegen zu diesem Zeitpunkt den Eindruck von Unentschiedenheit in Bezug auf Deutschland. Die Vorgänge in Bern ebenso wie die veränderte Position der Briten und Amerikaner in London verschweigend erklärte der Kremlchef am 17. März irreführend gegenüber Dimitrov:¹²³

Die Briten wollen Deutschland teilen (Bayern, Österreich, das Rheinland etc.). Sie nutzen jedes verfügbare Mittel, um ihren Konkurrenten zu zerstören. [...] Was sie [die Deutschen] brauchen, sind Männer, die in der Lage sind zu retten, was noch zu retten ist für das Überleben des deutschen Volkes. Männer, die in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten die örtlichen Verwaltungen organisieren, die Wirtschaft wieder aufrichten etc. Es gilt örtliche Verwaltungen zu errichten, aus denen sich dann gegebenenfalls eine deutsche Regierung bilden könnte.

Diese Erklärung Stalins war indirekt an Pieck und Ulbricht gerichtet, denn seit Auflösung der Kommunistischen Internationale war Georgij Dimitrov als Abteilungsleiter für internationale Information des ZK der VKP(b) u. a. für die Anleitung der deutschen Genossen zuständig. Diesen gegenüber wollte der Alleinherrscher eine etwaige Teilung Deutschlands allein als Ziel der Westmächte darstellen. Zudem wusste zu diesem Zeitpunkt noch niemand, ob es wirklich dazu kommen würde. Zwar hatten die drei beteiligten Regierungen das in der EAC ausgehandelte Zonenprotokoll inzwischen bestätigt, doch ließen es die Vorgänge in Bern wie auch die Verhandlungen der Teilungskommission in London noch immer zweifelhaft erscheinen, ob dieses Protokoll jemals zur Anwendung kommen und zur Teilung führen würde. Auch wollte der Kremlchef mit seinen Hinweisen gegenüber Dimitrov ein Interesse an Partnern andeuten, die sich für das Überleben der deutschen Bevölkerung einsetzten. Dabei dachte er jedoch sicher nicht an SS-

122 Unterredung zwischen Gusev und Strang: 16. 3. 1945, in: UdF 1, S. 546–548.

123 Die Äußerung Stalins ist bisher leider nur in englischer Übersetzung zugänglich, vgl. Aufzeichnung Dimitrovs zur Unterredung mit Stalin und Molotov am 17. 3. 1945, in: Banac, Dimitrov, S. 363. Hervorhebung nicht im Original. Erst durch die von Stalin unterzeichnete Direktive der Stavka vom 20. April 1945, also während der Berliner Operation, wurden Žukov und Konev angewiesen, in den Gebieten westlich von Oder und Lausitzer Neiße deutsche Verwaltungen zu schaffen. Vgl. UdF 1, S. 664–665, Anm. 368.

Männer wie Wolff, sondern an Deutsche, die zur Zusammenarbeit mit der UdSSR bereit sein würden.

Ähnlich unentschieden über die Zukunft Deutschlands äußerte sich Stalin zwei Tage später gegenüber dem französischen Botschafter. Dieser hatte sich erkundigt, ob die sowjetische Regierung widerspräche, wenn Frankreich das linke Ufer des Rheines okkupierte. Mit seiner Antwort schürte der Vožd' Verdacht gegen Churchill, um sich selbst als loyaler Bundesgenosse zu präsentieren. Der Brite, behauptete Stalin, habe ursprünglich die Internationalisierung des Rheinlandes vorgeschlagen, sei jedoch in Jalta nicht bereit gewesen, entsprechende Beschlüsse zu fassen.¹²⁴

Der Standpunkt der sowjetischen Regierung in dieser Frage ist: *[W]ir haben uns nicht die Hände gebunden* und halten den Vorschlag Churchills für eine der möglichen Varianten. Die sowjetische Regierung ist der Meinung, dass diese Frage erörtert werden muss. Stalin erklärt, dass er selbst noch nicht wisse, wofür er sich aussprechen werde: Für die Internationalisierung oder für die Übergabe dieses Gebiets an Frankreich. Stalin erklärt, dass diese Frage für ihn selbst noch nicht völlig klar sei. Als de Gaulle und Bidault in Moskau waren, wurde ihnen durch Stalin erklärt, dass diese Frage nicht ohne England und Amerika entschieden werden darf, deren Truppen sich in der Rheinischen Zone befinden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass Stalin mit der Weiterleitung seiner Worte in die Hauptstädte seiner Koalitionspartner rechnete. Auch Molotov kalkulierte die Weitergabe seiner Antwort ein, als sich am 21. März der noch immer exilierte Präsident der tschechoslowakischen Republik im sowjetischen Außenkommissariat nach dem Stand der Aufgliederung Deutschlands erkundigte. Der Außenkommissar erklärte ebenso vorsichtig wie korrekt, zur Zeit sympathisierten alle mit der Idee, Deutschland zu teilen. Die Stimmung gegen Deutschland sei sehr hart, dennoch gäbe es noch keinen konkreten Plan. Demgegenüber prophezeite Beneš, dass man nach dem Zusammenbruch Mitleid mit den Deutschen haben und damit beginnen werde, Sympathie für sie zu wecken. Daraufhin versicherte Molotov, die Verantwortung auf die Westmächte lenkend, „die Idee der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ist nicht unsere Idee, aber wir werden sie konsequent unterstützen.“ Erst als Molotov den tschechoslowakischen Präsidenten darüber informierte, dass die Polen deutsches Territorium bis zur Oder und Neiße erhalten würden, wagte Beneš zu widersprechen: „[E]r würde anstelle der Polen nicht deutsches Gebiet bis zur Oder nehmen, denn die Frage sei nicht, wie

124 Unterredung zwischen Stalin und Catroux, 19. 3. 1945, SOFRO, 2, S. 291–297. Hervorhebung nicht im Original.

viel man erhalten, sondern wie viel man behalten könne. [...] In 10–15 Jahren könnte der Westen gegen die UdSSR sein, darauf müsse man sich vorbereiten.“¹²⁵ Molotov stimmte nur der letzten Bemerkung zu: „Man müsse nüchtern sein und nicht nur vom künftigen Frieden träumen.“

All diese Äußerungen Stalins und Molotovs zeugen von einem extrem vorsichtigen Verhalten der sowjetischen Führung in jenen Wochen, als die Deutschen in Bern nach einem Weg suchten, die vollständige Niederlage doch noch abzuwenden und die Westmächte in der Londoner Teilungskommission lavierten. Vor diesem Hintergrund ließ Stalin am 24. März 1945 Gusev in London gegenüber Eden und Winant erklären:¹²⁶

Die sowjetische Regierung versteht den Beschluss der Krim-Konferenz zur Aufgliederung Deutschlands nicht als obligatorischen Plan für die Aufgliederung Deutschlands, sondern als potentielle Perspektive für eine Druckausübung auf Deutschland mit dem Ziel, Deutschland als Gefahr auszuschalten, falls sich andere Mittel als unzureichend erweisen.

1983 veröffentlichten die hochrangigen Editoren in Moskau lediglich diese Passage, die 1945 der sowjetische Botschafter in London bereits bekannt gegeben hatte. Ohne Kennzeichnung eliminierten sie den Schlussteil dieser Weisung. Nur dort erläuterte Molotov im Auftrag des Kremlchefs dem Botschafter die Notwendigkeit, die sowjetische Position in der Teilungsfrage unter taktischen Gesichtspunkten zu verschleiern:¹²⁷

Wie Ihnen, Gen. Gusev, bekannt ist, wollen die Engländer und die Amerikaner, die als erste die Frage der Aufgliederung Deutschlands aufwarfen, nunmehr die Verantwortung für die Aufgliederung auf die UdSSR abwälzen, um unseren Staat in den Augen der internationalen Öffentlichkeit anzuschwärzen. Um ihnen diese Möglichkeit zu entziehen, ist der oben genannte Vorschlag zu unterbreiten.

Stalin sah sehr klar, dass über die Zukunft des Reiches nicht nur am Verhandlungstisch entschieden werden würde, und er erkannte die sich daraus ergebenden Manövriermöglichkeiten.

Gusev zeigte bei der Ausführung der erhaltenen Weisung keine besondere Eile. Erst zwei Tage nach ihrem Erhalt informierte er den Vorsitzenden der Teilungskommission schriftlich über den sowjetischen Standpunkt.¹²⁸ Zuvor hatte er sei-

125 Unterredung zwischen Molotov und Beneš, 21. 3. 1945, *Vostočnaja Evropa* 1, S. 174.

126 Molotov an Gusev, 24. 3. 1945, in: UdF 1, S. 555. Dieser Teil wurde erstmals veröffentlicht in SANO 2, S. 314. Das Redaktionskollegium dieses Bandes wurde vom damaligen sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko geleitet.

127 Molotov an Gusev, 24. 3. 1945, in: UdF 1, S. 555, dieser Teil wurde erstmals zitiert in: *Obzor Kynina*, Bd. 2, S. 57.

128 Gusev an Eden, 26. 3. 1945, AVP RF f. 0425, op. 1, p. 5, d. 23, Bl. 25.

nen amerikanischen Kollegen informiert. Durchaus im Sinne Stalins schlussfolger- te der politische Berater Winants in seiner Analyse für des State Department, die sowjetische Regierung habe sich in diesem Stadium nicht auf die Teilung festge- legt. In dieser Auffassung wurde er durch Gusev bestärkt, der die von Philip Mose- ly im privaten Gespräch gestellte Frage, ob er glaube, dass sich in Deutschland im Gefolge der Niederlage starker Separatismus entwickeln werde, ohne Zögern ver- neinte.¹²⁹ Nach Abgabe der sowjetischen Erklärung stellte die in Jalta eingesetzte Teilungskommission ihre Arbeit ein, noch ehe sie ernsthafte Verhandlungen be- gonnen hatte. Von keiner Seite unternahm man den Versuch, nach dem Verzicht auf ein gemeinsames Programm zur Aufgliederung Deutschlands mit der Vorbe- reitung eines deutschen Friedensvertrags zu beginnen.

Zwar war das von Stalin in Jalta angestrebte formelle Abkommen der drei Sie- germächte über die Teilung Deutschlands nicht zustande gekommen, doch hatte sich an seinem Ziel, Deutschland dauerhaft zu entmachten, nichts geändert. Es erhielt in den letzten Wochen des Krieges jedoch eine neue Prägung. Der Schwer- punkt der sowjetischen Deutschlandpolitik verschob sich auf die zukünftige sow- jetische Besatzungszone: Unmittelbar nach der Krim-Konferenz bildete das Staat- liche Verteidigungskomitee der UdSSR – das oberste Staats- und Parteigremium während des Krieges – eine Sonderkommission für Demontagen in den deutschen Gebieten, die die Rote Armee besetzt hatte.¹³⁰

Zur selben Zeit konzentrierten sich die sowjetischen Vorbereitungen der poli- tisch-propagandistischen Arbeit in Deutschland auf das seit Anfang 1944 einge- plante Operationsgebiet der Roten Armee westlich von Oder und Neiße. Anfang März 1945 hatte Dimitrov, als Leiter der Abteilung für internationale Informati- on des ZK der VKP (b), dazu ein ehrgeiziges Programm entworfen. Es sollte unter Kontrolle des sowjetischen Kommandos hauptsächlich von deutschen Antifa- schisten verwirklicht werden.¹³¹ Mit der KPD-Führung besprach Dimitrov am 1. April entsprechende Aufgaben. Dabei informierte er auch darüber, dass Deutschland „geteilt“ werden würde. An dieses schicksalhafte Gespräch erinnerte sich eine der Beteiligten später:¹³²

129 Philip E. Mosely, *The Kremlin and World Politics*, New York 1960, S. 144–145.

130 Vgl. S. 543

131 Dimitrov und Panjuškin an Molotov und Malenkov, 15. 3. 1945; Bonwetsch, *Sowjetische Politik*, S. 3–7 und Dimitrov an Molotov, 29. 3. 1945, *Komintern i vtoraja mirovaja voj- na*, Teil 2, S. 483–486.

132 Lebenserinnerungen von Elli Schmidt, aufgezeichnet von Elisabeth Ittershagen am 25. 7. 1963, in: Frank Schumann (Hg), *Anton Ackermann – Der deutsche Weg zum So- zialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten*, Berlin 2005, S. 126. Zur Da- tierung vgl. Banac, *Dimitrov*, S. 365. Vgl. zum „Institut“ Dimitrovs, Moré, *Institiut* 99.

Wir – Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und ich – wurden in seinem Zimmer, draußen im Institut, zusammengerufen. Er erläuterte uns die Beschlüsse [von Jalta]. Als er uns die Teilung erklärte, saßen wir vor seinem Schreibtisch. Er sagte uns, wie die Grenzen verlaufen und wie schwer es sein würde, auch durch die Vierteilung Berlins. Ich ging erschüttert hinaus.

„Erschüttert“ waren die beteiligten deutschen Kommunisten wahrscheinlich nicht nur über die Perspektive der Teilung, sondern auch darüber, „dass der Kapitalismus wenigstens in einem Teil Deutschlands seine Existenz behaupten wird.“¹³³ Bereits Anfang März 1945 hatte Pieck „mit der Unterschiedlichkeit des Besatzungsregimes in den einzelnen Besatzungszonen“ gerechnet und auf die Gefahr hingewiesen,¹³⁴

dass in der engl[ischen] u[nd der] amerik[anischen] Zone *Bestrebungen Vorschub geleistet* wird, ein Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluss der SU zu schaffen und *reformistischen Führern der Sozial-d[emokratie] u[nd der] Gewerkschaften* dort Gelegenheit zu geben, sich wieder Einfluss in der Arbeiterschaft zu verschaffen gegenüber den Kommunisten.

In den deutschen Ostgebieten, die zur Übergabe an Polen vorgesehen waren, befahl die sowjetische Armeeführung nach der Krim-Konferenz die Auflösung des gesamten „Hitlerschen Staats- und Verwaltungsapparats“ einschließlich der NSDAP und aller ihr angeschlossenen Organisationen. Sie zog sämtliche Vermögenswerte der Naziinstitutionen sowie anderer staatlicher oder parteigebundener Einrichtungen und Organisationen, Archive, Inventar, Bargeld sowie persönliches Vermögen von geflüchteten oder untergetauchten Personen ein. In größtmöglichem Umfang deportierte man dort die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung. Spontane antifaschistische Aktivitäten der deutschen Bevölkerung wurden östlich der Oder und Neiße unterbunden. In einem am 21. März 1945 an Dekanozov weitergeleiteten Bericht heißt es dazu lapidar: „Es wurden keine ernsthaften Versuche der Bevölkerung verzeichnet, sich dem Vollzug des genannten Befehls zu widersetzen. Die Bevölkerung ist in keiner Weise politisch aktiv.“¹³⁵

133 Ebd., S. 126: Lebenserinnerungen von Elli Schmidt, am 25. 7. 63. Aufgezeichnet von Elisabeth Ittershagen]. Zur Datierung vgl. Banac, Dimitrov, S. 365].

134 Wilhelm Pieck. Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, 1939–1945, Berlin 1979, S. 367–381: Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland. Aus der Rededisposition für eine Lektion an der Parteischule der KPD Nr. 12 in Nagornoje am 10. 3. 1945. Hervorhebungen im Original.

135 Smirnov für Dekanozov, 21. 3. 1945, in: UdF 1, S. 551–554. Vgl. dazu Manfred Zeidler, Die Rote Armee auf dem Boden Deutschlands, in: DRZW 10, S. 681–776.

4. Die Schwierigkeiten des Sieges

Ebenso wenig wie über ein Aufgliederungsverfahren für Deutschland einigte sich die Anti-Hitler-Koalition über das Zusammentreffen ihrer im Osten und im Westen getrennt gegen Deutschland kriegführenden Armeen. Es blieb dem ziel- und verantwortungsbewussten Handeln des Oberkommandierenden der (west-)alliierten Streitkräfte in Europa überlassen, eine Lösung dafür zu finden. Für eine kurze Phase handelte Dwight D. Eisenhower als Oberkommandierender der Anti-Hitler-Koalition.

Der Zusammenschluss der alliierten Armeen

Am 28. März wandte sich der Supreme Commander der alliierten Expeditionstreitkräfte in Europa, Dwight D. Eisenhower mit einem Schreiben direkt an den Oberkommandierenden der Roten Armee,¹³⁶ der genau an diesem Tag gegenüber einem tschechoslowakischen Gast in Moskau erklärt hatte:¹³⁷

Wir werden die Deutschen besiegen. Doch man muss im Blick behalten, dass die Alliierten versuchen werden, die Deutschen auszunutzen, mit ihnen zu verhandeln. Die Alliierten werden mit ihnen weicher umgehen. Deshalb müssen wir damit rechnen, dass die Deutschen wieder auf ihre Füße kommen werden, um sich erneut gegen die Slawen zu wenden.

In diesem Kontext war Eisenhowers Schreiben an den sowjetischen Diktator ein höchst ungewöhnlicher Schritt. In erster Linie ging es dem Supreme Commander dabei um die notwendige Koordination der militärischen Operationen im Westen und im Osten, um ein *geordnetes* Zusammentreffen mit der Roten Armee zu sichern. Doch in der durch den Berner Zwischenfall von wachsenden Spannungen zwischen den Alliierten gekennzeichneten Atmosphäre bekundete er damit zugleich seine Entschlossenheit, den Krieg bis zur endgültigen Vernichtung des deutschen Gegners fortzusetzen. Denn der Schulterchluss der Streitkräfte der Vereinten Nationen mitten in Deutschland symbolisierte für die ganze Welt den Untergang Hitlerdeutschlands.

Eisenhower war von der ersten Minute an über die Kontaktversuche der Deutschen in der Schweiz informiert. Über die durch die Sondierungen ausgelöste heftige sowjetisch-amerikanische Kontroverse hatte er sich am 25. März mit dem britischen Premierminister ausgetauscht. Dessen Frustration über Stalins Politik in Osteuropa war inzwischen weiter gewachsen. Er weihte den alliierten Oberbe-

136 Eisenhower an Deane und Archer (Moskau, zur Übermittlung an Stalin), 28. 3. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers, Bd. IV, S. 2551–2552.

137 Rede Stalins auf dem Empfang für Beneš, 28. 3. 1945; Malyšev, S. 128.

fehlshaber an diesem Tag in seine Zweifel ein, Deutschland aufzugliedern, solange man sich über die Absichten Russlands nicht im Klaren sei.¹³⁸ Offensichtlich steigerte dieses Gespräch bei Eisenhower das Bedürfnis, selbst direkten Kontakt mit dem sowjetischen Oberkommando herzustellen. Nachdem seinen Truppen die Errichtung von Brückenköpfen auf der östlichen Rheinseite gelungen war, belastete die politische Kontroverse den jetzt möglichen schnellen Vormarsch seiner Armeen. Als in dieser Lage der Chef des Vereinigten Stabes, George Marshall, am 27. März bei Eisenhower anfragte, wie das Zusammentreffen mit der Roten Armee gesichert werden könne, entwarf der Supreme Commander nach Beratungen mit seinem Stab sofort sein Schreiben an Stalin.¹³⁹

Ganz so „präzedenzlos“¹⁴⁰ war Eisenhowers Schreiben an Stalin allerdings nicht. Der Oberbefehlshaber der Westalliierten Truppen hatte bereits seit Oktober 1944 auf eine Abstimmung der militärischen Operationen mit der Roten Armee gedrängt und dabei u. a. den Einzug in Berlin erwähnt.¹⁴¹ Höhepunkt dieser Bemühungen war die Entsendung seines Stellvertreters, des Briten Arthur Tedder, im Januar 1945 zu einem Treffen mit Stalin.¹⁴² Tedders geplante Reise in die sowjetische Hauptstadt wurde sowohl in London als auch in Washington beargwöhnt, doch letztendlich setzte sich Eisenhower durch.¹⁴³ Die Tedder-Mission veranlasste Eisenhower zum ersten Mal dazu, sich direkt an Stalin zu wenden.¹⁴⁴ Intern sprach er damals offen von der Abhängigkeit des Vormarschs

138 Eisenhower, *At War*, S. 735.

139 Marshall an Eisenhower, 27. 3. 1945, in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2553, Anm. 1: „What are your ideas on control and coordination to prevent unfortunate instances and to sort out the two advancing forces? One possibility is an agreed line of demarcation. The arrangements we now have with the Russians appear quite inadequate for the situation you may face and it seems that steps ought to be initiated without delay to provide for the communication and liaison you will need with them during the period when your forces may be mopping up in close proximity or in contact with Russian forces.“

140 David Eisenhower, der Enkel des Supreme Commander, sprach von einer „unprecedented ‚personal‘ message“ (Eisenhower, *At War*, S. 740). Harriman von einer „extraordinary message“ (Harriman, *Special Envoy*, S. 434).

141 Eisenhower an CCS, 29. 10. 1944, in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2263–2264.

142 Harriman, *Special Envoy*, S. 380–381.

143 Eisenhower, *At War*, S. 617: „Tedder’s mission to Moscow was unpopular in both Allied capitals, but in the end both sides permitted him to resume a dialogue suspended since Teheran.“

144 Eisenhower an Stalin, 29. 12. 1944, in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2384. Es ist anzunehmen, dass Stalin nach der Entgegennahme des Schreibens von Eisenhower nicht nur seinen Dank ausdrückte, sondern Eisenhower auch zu weiteren Schreiben direkt an ihn ermutigte.

seiner Truppen vom Beginn einer sowjetischen Offensive.¹⁴⁵ Tedder erreichte am 14. Januar Moskau nach einer Odyssee per Schiff, Flugzeug und Zug, die am 31. Dezember 1944 in London begonnen hatte. Im Kreml empfing ihn Stalin. Auffallend für den britischen Gast waren die Veränderungen, die sich seit seinem ersten Besuch in Moskau an seinem Gegenüber und dessen Arbeitszimmer zeigten. Hingen dort im August 1942 noch die Bilder von Marx, Engels und Lenin, und war Stalin selbst in einem abgerissenen braunen Umhang erschienen, so sah Tedder nun Porträts russischer Kriegshelden und einen Kremlchef in Marschalls-Uniform. Nachdem der Oberkommandierende der Roten Armee mit seinem Gast detailliert militärische Pläne ausgetauscht hatte, erkundigte sich Tedder danach, wie man einen Besuch Eisenhowers in Moskau aufnehmen würde. Diese Frage überraschte den Kremlchef, aber er reagierte nicht abweisend.¹⁴⁶ Eisenhower selbst beurteilte die Ergebnisse der Besprechungen in Moskau mit höchster Zufriedenheit. Voller Optimismus dachte er in dieser Zeit an die Möglichkeit, Berlin mit seinen Truppen einnehmen zu können. Als Alternative deutete er jedoch bereits damals auch einen Vorstoß in Richtung Leipzig an.¹⁴⁷

Zwei Monate später, als sich Eisenhower erneut an Stalin wandte, war von Berlin nicht mehr die Rede. Ohne vorher das State Department und seinen britischen Stellvertreter konsultiert zu haben, informierte Eisenhower den obersten sowjetischen Kriegsherren über seine weiteren militärischen Pläne.¹⁴⁸ Nach weiträumiger Einkreisung der deutschen Truppen in Westdeutschland, die er bis Ende April, „oder sogar früher“, abzuschließen hoffte, wollte der Supreme Commander *sofort* eine Verbindung mit der Roten Armee herstellen, um dadurch die verbleibenden deutschen Truppen aufzuspalten. Für das Zusammentreffen der alliierten Truppen schlug Eisenhower den Raum Erfurt-Leipzig-Dresden vor.¹⁴⁹ Diese Haupt-

145 Eisenhower an Marshall, 15. 1. 1945, ebd., S. 2430–2435: „The worst conditions in Europe for us would be: (a) Weak and ineffectual Russian offensive (I do not even mention a lack of Russian offensive, for without this a quick decision cannot be obtained ...).“

146 Eisenhower, At War, S. 618–620. Verweist auf ein „Memorandum of Conference with Marshal Stalin“, 15. 1. 1945.

147 Eisenhower an CCS, 20. 1. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2450–2454.

148 Zu seiner Eigeninitiative bekannte sich Eisenhower rückblickend nach Kritik der Briten, vgl. Eisenhower an Marshall, 6. 4. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2590–2591: „The message I sent to Stalin was a purely military move taken in accordance with ample authorizations and instructions previously issued by the CCS. Frankly, it did not cross my mind to confer in advance with the Combined Chiefs of Staff because I have assumed that I am held responsible for the effectiveness of military operations in this theatre and it was a natural question to the head of the Russian forces to inquire as to the direction and timing of their next major thrust, and to outline my own intentions.“

149 Eisenhower an Deane und Archer (Moskau), 28. 3. 1945, in: ebd., S. 2551–2552.

stoßrichtung implizierte einen Verzicht auf die alleinige oder gemeinsame Eroberung Berlins zusammen mit der Roten Armee. Der oberste Befehlshaber der Westalliierten in Europa erwähnte die Reichshauptstadt in seinem Schreiben mit keinem Wort. Über das selbstbewusste Schreiben Eisenhower an Stalin ist nicht nur in den USA viel Kluges geschrieben worden. Klaus-Dieter Henke hält es für möglich, dass Eisenhower damit einem Strategiestreit mit dem britischen Oberbefehlshaber zuvorkommen wollte, welcher bereits einen abweichenden Plan zur Einnahme Berlins vorgelegt hatte. Kritik an Eisenhower Vorgehen kam zu diesem Zeitpunkt auch von den britischen Stabschefs in London und vom Premierminister selbst. Churchill forderte nicht weniger als eine neue politische Strategie gegen die UdSSR.¹⁵⁰

Der Chef der US-Militärmission in Moskau, General Deane, leitete Eisenhower Telegramm nicht auf dem schnellsten Wege an Stalin weiter. Stattdessen wandte er sich zunächst mit Rückfragen an Eisenhower und kontaktierte in der Zwischenzeit Washington. Während das Schreiben bei Deane lag, wies Stalin – den Streit über die Berner Sondierungen verschärfend – Roosevelt am 29. März darauf hin, dass sich die Lage an der West- und Ostfront völlig unterschiedlich darstelle: Während die deutschen Truppen an der Ostfront nicht kapitulierten, obwohl sie längst eingeschlossen seien, strebten sie in Italien Verhandlungen an, obwohl sie dazu militärisch nicht gezwungen wären. Der Krenlchef schlussfolgerte, dies bedeute, dass die Deutschen mit den Verhandlungen in Bern „andere, gewichtigere Ziele verfolgen, die das Schicksal Deutschlands berühren.“¹⁵¹ Zwei Tage zuvor hatte er auch die Bitte Roosevelts abgelehnt, Molotov „wenigstens“ zur Eröffnung der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen nach San Francisco zu entsenden.¹⁵² Beide Schreiben des Krenlchefs verärgerten Roosevelt gleichermaßen. Während er umgehend seinen Botschafter in Moskau beauftragte, festzustellen, ob Stalin die Antwort zu den Berner Sondierungen selbst verfasst habe, wandte er sich bezüglich der fehlenden Bereitschaft Molotovs, an der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen teilzunehmen, an Churchill. Der Premierminister hatte ihn bereits seit Tagen bedrängt, gemeinsam gegen die sowjetische Polenpolitik zu intervenieren. Jetzt stimmte ihm Roosevelt zu. Er wies zunächst Stalins Schlussfolgerung zu den Berner Sondierungen durch eine „kategorische“ Erklärung zurück, um anschließend ein mit Churchill abgestimmtes Protestschreiben zu den polnischen Entwicklungen abzusenden. Am 31. März – am Abend dieses Tages sollte es endlich zur Übergabe des Eisenhower-Schreibens

150 Henke, Deutschland, S. 661–665.

151 Stalin an Roosevelt, 29. 3. 1945, in UdF 1, S. 556–557.

152 Stalin an Roosevelt, 27. 3. 1945, BW, S. 692. Roosevelt an Stalin, 24. 3. 1945, Butler, Roosevelt and Stalin, S. 302–304.

kommen – ließ Roosevelt seine Antworten nach Moskau übermitteln.¹⁵³ Das State Department sorgte allerdings nicht dafür, dass beide Schreiben des Präsidenten zusammen mit dem Telegramm Eisenhowers an Stalin persönlich übergeben wurden.¹⁵⁴ Wenn es die Absicht Washingtons gewesen wäre, das sowjetische Misstrauen gegenüber den deutschen Sondierungen in Bern auszuräumen, so wäre dies durch Hinweis auf das von Eisenhower vorgeschlagene Zusammengehen der sowjetischen und westalliierten Truppen möglich gewesen. Offensichtlich hatte man zu diesem Zeitpunkt weder in Washington noch in London Interesse daran, diesen Zusammenhang herzustellen.

Am Abend des 31. März war es schließlich so weit. Stalin empfing die Botschafter und die Chefs der Militärmissionen der USA und Großbritanniens zur Entgegennahme von Eisenhowers Telegramm. Dabei kam es zu einem kurzen Gespräch.¹⁵⁵ Stalin gab sich umgänglich. Auf seine detaillierten Fragen konnten seine Gäste nur teilweise antworten. Er selbst zeigte sich beeindruckt über die Zahl an Kriegsgefangenen, die die Westalliierten im März gemacht hatten. Bereits während des Gesprächs bezeichnete er Eisenhowers Vorschläge als richtig: Das Wichtigste sei es – erklärte der Moskauer Alleinherrscher mehrdeutig – Deutschland zu teilen. Seine Gäste und den Oberkommandierenden der (West)Alliierten in die Irre führend erklärte Stalin „ruhig und freundlich“:¹⁵⁶

Berlin has lost its former strategic importance. The Soviet High Command therefore plans to allot secondary forces in the direction of Berlin.

153 Zur Weisung Roosevelts an Harriman vgl. Butler, Roosevelt and Stalin, S. 307. Churchill hatte seit dem 27. 3. 1945 in zwei Schreiben an Roosevelt auf eine Intervention gedrängt. Vgl. Kimball, Correspondence, Bd. 3, S. 587–590. Zu Roosevelts Antworten vom 31. 3. 1945 vgl. Anm. 160.

154 Vgl. Harriman, Special Envoy, S. 434–735: „I regret that I did not receive till after your last message regarding the Berne meeting ... In the mood he was in at the end of our conversation, I feel that if I had delivered your message to him personally I might have been able to get to the bottom of the Soviets' strange behaviour.“

155 Die ausländischen Gäste betreten das Arbeitszimmer Stalins um 20.00 Uhr und verließen es gemeinsam um 20.50 Uhr. Direkt im Anschluss daran empfing Stalin Žukov zusammen mit anderen Militärs, vgl. LPS, S. 450.

156 Die sowjetischen Aufzeichnungen zu diesem Gespräch sind bisher nicht zugänglich. Über Stalins Berlin-Erklärung berichten übereinstimmend Eisenhower: At War, S. 743–744 und Harriman, Special Envoy, S. 435. Der Bericht, den Eisenhower noch am Abend des 31. 3. 1945 von Deane über das Treffen mit Stalin erhielt, wird bei Chandler lediglich indirekt und stark verkürzt wiedergegeben, vgl. Chandler, Eisenhower Bd. IV, S. 2565, Anm. 3. In seinen Erinnerungen berichtet Deane ohne Angabe des Datums nur sehr verkürzt über das Treffen mit dem Kremlchef, vgl. Deane, Strange Alliance, S. 158.

Mit dieser Aussage verbarg der Kremlchef zielgerichtet¹⁵⁷ seine längst feststehenden militärischen Pläne. Im Unterschied zu Eisenhower besaß für ihn – ähnlich wie für Churchill – Berlin erstrangige politische Bedeutung (worauf noch einzugehen sein wird). Unklar bleibt jedoch, inwieweit Stalin mit seiner Behauptung zu Berlin direkt auf mündliche Darlegungen seiner Gäste reagierte oder an frühere Äußerungen von Eisenhowers Stellvertreter, Arthur Tedder, anknüpfte. Dieser hatte bereits zwei Monate zuvor – ohne Berlin zu erwähnen – im Kreml angedeutet, dass der Supreme Commander nichts von „Prestige-Zielen“ halte.¹⁵⁸ Stalins Abwertung Berlins deckte sich jedenfalls auffallend mit Eisenhowers Feststellung gegenüber den obersten militärischen Stellen in Washington.¹⁵⁹

Den Hintergrund für das Täuschungsmanöver Stalins bildete der unerledigte Streit um die Waffenstillstandssondierungen der Deutschen in Bern, der sich am 1. April weiter zuspitzte. An diesem Tag erhielt Stalin die bereits erwähnte Antwort Roosevelts, die längst überflüssig geworden war. Noch immer konnte sich der Präsident nicht entschließen, den Abbruch dieser Sondierungen mitzuteilen, bzw. sowjetische Vertreter einzuladen oder zu erklären, warum er sich weiter gegen deren Teilnahme sperrte.¹⁶⁰ Damit steigerte seine Mitteilung die Verärgerung Stalins, der nun das am Vortage erhaltene Schreiben Eisenhowers außer Acht lassend behauptete,¹⁶¹

dass im gegenwärtigen Augenblick die Deutschen an der Westfront faktisch den Krieg gegen England und Amerika beendet haben. Gleichzeitig setzen die Deutschen den Krieg gegen Russland, den Verbündeten Englands und der USA, fort.

157 Semenov, der sich selbst als Augenzeuge der Übergabe des Telegramms an Stalin hinzudichtet, beschreibt die Reaktion des Kremlchefs so: „Plötzlich wandte sich Stalin aus der Mitte des Sitzungssaales an die Anwesenden: ‚Er (Eisenhower) will unsere Pläne kennenlernen. Nichts werde ich ihm sagen.‘“ (Semjonow, *Diplomatische Mission*, S. 164).

158 Eisenhower, *At War*, S. 619, verweist auf ein „Memorandum of Conference with Marshal Stalin, 15. 1. 1945“.

159 Eisenhower an Marshall, 30. 3. 1945, in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2560–2562, hier S. 2561: „May I point out that Berlin itself is no longer a particularly important objective.“

160 Roosevelt an Stalin, 31. 3. 1945, FRUS 1945 III, S. 740–741. Bei allen anderen Telegrammen werden in FRUS immer auch die Zeiten angegeben, zu denen sie aus Washington abgeschickt wurden. Auch in Butler, *Roosevelt and Stalin* fehlen nähere Angaben zur Übermittlung dieses Schreibens. Das Empfangsdatum ist in: BW, S. 698 angegeben.

161 Stalin an Roosevelt, 3. 4. 1945, in: UdF 1, S. 557–558. Zur vorangegangenen Antwort Roosevelts vom 31. 3. 1945 vgl. Butler, *Roosevelt and Stalin*, S. 307–308.

Erst jetzt wurde in Moskau die Öffentlichkeit über die verzweifelten Anstrengungen der Deutschen informiert, die Anti-Hitler-Koalition zu spalten.¹⁶²

Die Eroberung Berlins

Alle Welt verstand den Schulterschluss der westalliierten Streitkräfte mit der Roten Armee im Zentrum Deutschlands als endgültigen Triumph über Hitler, doch das Ausmaß der deutschen Niederlage musste sich erst noch an der Einnahme Berlins zeigen. Stalin fürchtete im Frühjahr 1945 eine kampflose deutsche Übergabe der Reichshauptstadt an die Westmächte, bei der die Wehrmacht ihrer vollständigen und endgültigen Niederlage entginge.¹⁶³ Die militärische Einnahme Berlins war für ihn die größtmögliche Machtdemonstration der Roten Armee, um ein tragfähiges Fundament für seine Nachkriegsordnung – die Pax Sovietica – zu schaffen.

Um seine Ziele zu erreichen, unternahm der Oberste Befehlshaber der Roten Armee alles, um Eisenhower zu täuschen. Zu diesem Zweck richtete er am 1. April – ungeachtet seiner bereits gegenüber dem amerikanischen Präsidenten geäußerten Verärgerung über die ungleiche Kriegsführung der Deutschen an der West- und an der Ostfront – eine betont entgegenkommende Antwort an Eisenhower. Dies ist umso erstaunlicher, als aus sowjetischer Sicht die Informationen des Supreme Commanders durchaus mehrdeutig waren. Zwar dürfte Eisenhowers Absicht, auf die Eroberung von Berlin zu verzichten und auf schnellstem Wege den Zusammenschluss mit der Roten Armee herzustellen, Erleichterung hervorgeufen haben. Sie räumte – soweit man diesen Worten Glauben schenkte – die Möglichkeit aus, dass die Westalliierten der Roten Armee bei der Eroberung Berlins zuvorkommen könnten. Doch Eisenhowers Plan hatte für die UdSSR auch eine Kehrseite. Er verlangte sowjetisches Einverständnis für den Vorstoß der Westalliierten tief in das Territorium ihrer zukünftigen Besatzungszone. Stalin focht das nicht an. Er verzichtete darauf, den schnellstmöglichen Rückzug auf die vereinbarten Zonengrenzen nach dem Ende der militärischen Operation zu fordern. Vielmehr beteuerte er, dass sich Eisenhowers Plan, die „deutschen Kräfte durch die Vereinigung der sowjetischen Truppen“ mit denen der Westalliierten zu zerschlagen, mit den Vorstellungen des sowjetischen Oberkommandos decke. Nochmals wiederholte er seine irreführende Feststellung aus der Unterredung mit

162 Pered razgromom gitlerovskoj Germanii, [Vor der Zerschlagung Hitler-Deutschlands], VIRK 1945, 7 (1. April 1945), S. 1–3.

163 Unmittelbar nach der Teheranter Konferenz war er noch von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands vor der Eroberung Berlins ausgegangen. Vgl. S. 423, Anm. 150.

den Chefs der amerikanischen und britischen Militärmission und zog daraus Schlussfolgerungen, die sich nicht bewahrheiteten sollten:¹⁶⁴

[D]as sowjetische Oberkommando beabsichtigt in Richtung Berlin nur zweitrangige Kräfte einzusetzen. [...] Der Hauptschlag der sowjetischen Truppen wird voraussichtlich in der zweiten Maihälfte beginnen.

Verglichen mit dem tatsächlichen Verlauf des Kriegsendes verbarg Stalin zwei wesentliche Fakten: *Erstens* ließ er sofort nach Erhalt der amerikanischen Informationen die sowjetischen Angriffsvorbereitungen auf die Reichshauptstadt beschleunigen; *zweitens* setzte er dafür nicht „zweitrangige Kräfte“, sondern die stärksten Verbände ein, die die Rote Armee zu bieten hatte. Drei unmittelbar nach dem 1. April unterzeichnete Direktiven Stalins an die Oberkommandierenden der Ersten und der Zweiten Belorussischen Front sowie der Ersten Ukrainischen Front (Heeresgruppen), Žukov, Konev und Rokossovskij, ordneten die Vorbereitung der Berliner Operation an, legten aber noch immer nicht den Angriffstermin fest. Auch Eisenhower hatte in seinem Schreiben an Stalin den Zeitpunkt des Zusammentreffens mit den sowjetischen Streitkräften unbestimmt gelassen. Zu dieser Zeit – Ende März/Anfang April – vermochten die Oberkommandierenden in Ost und West nicht das Tempo vorzusehen, mit der die westalliierten Armeen in den nächsten zehn Tagen über Hunderte von Kilometern fast kampfflos bis an die Elbe vorstürmen würden. Stalin konnte den Tag des Angriffs offen lassen, weil er von der Fähigkeit der Roten Armee zu einer blitzschnellen Kriegsführung ausging. Innerhalb von zehn bis fünfzehn Tagen sollten die drei sowjetischen Fronten von ihren Stellungen an der Oder aus nicht nur Berlin erobert, sondern auch die Elbe erreicht haben.¹⁶⁵ Dies hätte der Roten Armee die Möglichkeit geboten, Eisenhowers Truppen an der projektierten Zonengrenze zu erwarten oder ihnen gar nach Westen entgegenzukommen.

164 Kynin, *Sekretaja*, S. 176–181. Der hier ausgelassene Punkt 4 betraf Österreich. Eisenhower erhielt die Antwort Stalins nicht direkt, sondern verspätet durch die Combined Chiefs of Staff (CCS). Diese englische Übersetzung der Antwort Stalins ist mit einer unwesentlichen Auslassung abgedruckt in: Chandler, *Eisenhower Papers IV*, S. 2583–2584, Anm. 1. Hervorhebung nicht im Original. Gegenüber dem Vorwurf, sein Großvater habe sich von Stalin in die Irre führen lassen, wendet sich David Eisenhower: „In fact, Allied reports confirmed that the bulk of the estimated two million Russian troops massed on the Oder River were poised to move southwest toward Leipzig and Czechoslovakia. But the estimated 750 000 troops that remained opposite Berlin would comprise the largest concentration of combat troops and supporting artillery of any battle in world history.“ Vgl. Eisenhower, *At War*, S. 745–746.

165 Die Direktiven Stalins an Žukov (2. 4. 1945), Konev (3. 4. 1945) und Rokossovskij (6. 4. 1945), in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 65–66, 147–148 und 173.

Indem der Kremelchef in seiner Antwort an Eisenhower die Berliner Operationen der Roten Armee abwertete, verzichtete er darauf, die Westalliierten zum gemeinsamen Kampf um Berlin einzuladen. Ein gemeinsam erkämpfter Einzug von Verbänden aller gegen Deutschland kriegführenden Staaten in Berlin hätte ein ungleich symbolträchtigeres Zeichen alliierter Einheit gesetzt als das kampfflose Zusammentreffen von Amerikanern und Russen bei Torgau an der Elbe am 25. April. Doch immerhin vermied Stalin durch seine Täuschung einen Konflikt, der bei einer vorherigen Ankündigung der alleinigen Eroberung Berlins durch die Rote Armee leicht hätte entstehen können.

Das Täuschungsmanöver Stalins muss aber auch weiterhin im Zusammenhang mit der von ihm vermuteten Unehrlichkeit der Westmächte in Bern gesehen werden. Denn dieser Streit schwelte unvermindert weiter. Noch immer hatte Washington nicht eingelenkt. Statt positiv auf das Schreiben Stalins an Eisenhower Bezug zu nehmen, behaupteten Marshall und Leahy, die den Entwurf einer neuen Antwort des Präsidenten an Stalin vorbereiteten, wider besseres Wissen: „[Z]u keiner Zeit haben Verhandlungen in Bern stattgefunden“. Und eher drohend denn versöhnend fügten sie hinzu:¹⁶⁶

[E]s wäre eine der größten Tragödien der Geschichte, wenn jetzt, im Moment des so greifbar nahen Sieges, solche Verdächtigungen, solcher Mangel an Vertrauen der ganzen Sache nach so kolossalen Verlusten an Menschen und Material schaden würden.

Roosevelt akzeptierte diesen Entwurf und sandte das Schreiben nach Moskau. Doch Stalin ließ sich damit weder besänftigen noch einschüchtern. Er blieb bei seiner Forderung, dass es keine Verhandlungen mit den Deutschen geben dürfe, wenn daran nicht alle drei Partner der Anti-Hitler-Koalition beteiligt wären. Da Roosevelt auf diese zentrale Forderung nicht eingegangen war, beharrte der Moskauer Alleinherrscher auf seinen Verdächtigungen:¹⁶⁷

Es fällt schwer, sich die Erklärung zu eigen zu machen, dass die Deutschen an der Westfront einzig und allein deshalb keinen Widerstand leisten, weil sie geschlagen worden sind. Die Deutschen ... *schlagen sich wie irrsinnig mit den Russen um irgendeine fast unbekannte Bahnstation Zemlenice in der Tschechoslowakei, die ihnen so viel nützt wie einem Toten heiße Umschläge, während sie gleichzeitig im Zentrum Deutschlands ohne jeden Widerstand so wichtige Städte wie Osnabrück, Mannheim und Kassel aufgeben.*

Gegenüber Churchill signalisierte Stalin jedoch noch am selben Tage seine Bereitschaft einzulenken, indem er vom Inhalt seiner letzten Schreiben abstrahierte, um

166 Roosevelt an Stalin, 4. 4. 1945, FRUS 1945, III, S. 745–746, abgesandt um 20.17 Uhr.

167 Stalin an Roosevelt, 7. 4. 1945, in UdF I, S. 559. Hervorhebung nicht im Original.

ein Recht auf Offenheit einzufordern.¹⁶⁸ Ohne jegliche Kompromissbereitschaft antwortete er dagegen am selben Tag auf die Intervention Roosevelts und Churchills gegen die Polen-Politik der UdSSR und forderte von ihnen die Anerkennung der sowjetischen Interpretation der in Jalta gefassten Beschlüsse.¹⁶⁹

Als Stalin diese beiden Schreiben am 7. April absandte, konnte niemand ahnen, dass dies die letzten „Botschaften“ waren, die er dem Präsidenten senden konnte. Die letzte Lebenswoche Roosevelts war angebrochen. Der Präsident hatte sich zur Erholung aus Washington zurückgezogen, ohne seine Vorbereitungen für die nächsten öffentlichen Auftritte zu unterbrechen. Vielleicht hatte ihn die Forderung nach Offenheit, die Stalin gegenüber Churchill geäußert hatte, und die ihm der Premierminister am 11. April übermittelte, tatsächlich umgestimmt; vielleicht war er auch hochgestimmt über die Erfolge seiner Truppen in Deutschland, die inzwischen die Elbe erreicht hatten; vielleicht hegte er die Hoffnung, Stalin doch noch für die Entsendung Molotovs zur Eröffnungsversammlung der Vereinten Nationen gewinnen zu können; vielleicht hatte man ihn über die Absicht der Militärs informiert, die Kontakte zu den Deutschen in der Schweiz vorerst abzubauen. Jedenfalls lenkte Roosevelt einen Tag vor seinem unerwarteten Tod ein. Zuerst erklärte er voller Abgeklärtheit gegenüber Churchill:¹⁷⁰

I would minimize the general Soviet problem as much as possible because these problems, in one form or another, seem to arise every day and most of them straighten out as is the case of the Berne meeting.

Anschließend wandte er sich zum letzten Mal an Stalin, dem er versicherte:¹⁷¹

[T]he Berne incident ... now appears to have faded into the past without having accomplished any useful purpose. There must not, in any event, be mutual mistrust and *minor* misunderstandings of this character should not arise in the future.

Der US-Botschafter in Moskau konnte sich nicht erklären, warum der Präsident so plötzlich und auf diese Weise beenden wollte, was er – Harriman – für die notwendige Bereinigung des weiteren Verhältnisses der aus diesem Krieg hervorgegangenen beiden großen Mächte hielt. Er verzögerte die sofortige Übergabe des

168 Stalin an Churchill, 7. 4. 1945, BW, S. 389–390: „Meine Botschaften sind persönlich und streng geheim. Das gibt mir die Möglichkeit, mich klar und offen auszusprechen. Darin liegt der Vorteil eines vertraulichen Briefwechsels. Sollten Sie jedoch jede meiner offeneren Erklärungen als Beleidigung auffassen, so würde das einen Briefwechsel dieser Art sehr erschweren.“

169 Stalin an Roosevelt, 7. 4. 1945, BW, S. 707–710.

170 Roosevelt an Churchill, 11. 4. 1945, Kimball, Correspondence, Bd. 3, S. 630. Hervorhebung nicht im Original.

171 Roosevelt an Stalin, 11. 4. 1945, Butler, Complete Correspondence, S. 321.

Schreibens an Stalin und schlug Roosevelt vor, das Wort „minor“ zu streichen, da die Missverständnisse doch sehr weitgehend seien. Noch am Tage seines Todes lehnte der Präsident diesen Vorschlag ab und bestand auf der sofortigen Übergabe seines Schreibens.¹⁷²

Stalin erhielt diese letzte Botschaft zusammen mit der Nachricht vom Tod Roosevelts. Nun ging der Kremlchef seinerseits nicht mehr auf den Berner Zwischenfall ein. Er kündigte vielmehr an, als Zeichen seines Einlenkens Molotov zur Gründungsversammlung der Vereinten Nationen in San Francisco zu entsenden.¹⁷³ Doch die ursprüngliche repräsentative Zusammensetzung der sowjetischen Delegation, mit Litvinov und anderen prominenten Persönlichkeiten, kam nicht mehr zustande.

Indem sich Stalin gegenüber dem neuen amerikanischen Präsidenten konziliant zeigte, setzte er sich über alarmierende Berichte seines Volkskommissars für Staatssicherheit hinweg, der zwei Tage zuvor detaillierte Informationen über vielfältige Friedensfühler der sich auflösenden Reichsführung in Richtung der Westmächte übermittelt hatte.¹⁷⁴ Dies könnte darauf hindeuten, dass Stalin die Berner Sondierungen zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als akute Bedrohung wahrnahm. Die Hoffnung der nationalsozialistischen Führung, durch einen Bruch der gegnerischen Koalition noch in letzter Minute den eigenen Untergang abwenden zu können, erfüllte sich nicht.

Das Treffen an der Elbe

Bis zur vollständigen Einkesselung Berlins durch die Rote Armee in der Nacht zum 25. April vergingen für Stalin höchst spannungsvolle Tage. Seine Angst, dass ihm *sein* vollständiger Sieg über Deutschland durch Intrigen seiner Partner in der Anti-Hitler-Koalition oder der Deutschen doch noch genommen werden könnte, lebte fort.

Am Abend des 11. April erreichte eine US-Panzerdivision bei Magdeburg die Elbe. Erneut hofften einzelne amerikanische und britische Kommandeure, aber auch Politiker, ihre Truppen als erste in Berlin einziehen zu sehen. Drei Tage später, am 14. April, schlug Churchill vor, den „ruhmreichen Augenblick“ des kurz bevorstehenden Zusammentreffens der alliierten Streitkräfte durch kurze,

172 Harriman an Roosevelt, 11. 4. 1945, zit. in: Butler, Complete Correspondence, S. 322. In der von Leahy vorbereiteten Antwort, die Roosevelt nur wenige Stunden bevor er das Bewußtsein verlor bestätigte, hieß es: „I do not wish to delete the word ‚minor‘ as it is my desire to consider the Bern misunderstanding a minor incident.“

173 Unterredung zwischen Stalin und Harriman, 13. 4. 1945, SAMO 2, S. 356–359.

174 Merkulov an Molotov, 11. 4. 1945, in: Udf 1, S. 560–562.

gemeinsam ausgestrahlte Rundfunkbotschaften zu würdigen.¹⁷⁵ Er nannte jedoch noch nicht den geographischen Punkt, den er für dieses Zusammentreffen anstrebte. Stalin reagierte blitzschnell. Die Anfrage Churchills war kaum in seinen Händen, da stimmte er ihr bereits zu.¹⁷⁶ Doch gleichzeitig erteilte er nun endlich Žukovs Erster Belorussischer Front den Auftrag, mit dem lange vorbereiteten und großangelegten Sturm auf Berlin zu beginnen.¹⁷⁷ Die beiden anderen an der Oder stehenden sowjetischen Fronten erhielten die Aufgabe, nördlich und südlich von Berlin vorzustoßen. Žukov gab zu Beginn des Angriffs einen Tagesbefehl heraus, in dem es ohne Terminangaben hieß:¹⁷⁸

Der Gegner ist auf dem kürzesten Zugangsweg nach Berlin zu zerschlagen. Die Hauptstadt des faschistischen Deutschlands ist einzunehmen und über ihr das Banner des Sieges zu hissen.

Als man dem Obersten Befehlshaber der Roten Armee wenig später meldete, die Deutschen würden in Berlin bis zum letzten Mann kämpfen, weil sie auf das Eintreffen der Amerikaner hofften, erklärte Stalin:¹⁷⁹

Hitler spinnt sein Netz in Berlin, um Meinungsverschiedenheiten zwischen Russen und den Alliierten hervorzurufen. Dieses Netz muss man dadurch zerreißen, dass Berlin von russischen Truppen eingenommen wird. Wir können es tun und wir müssen es tun. Schlagen Sie die Deutschen ohne Gnade und Sie werden schnell in Berlin sein.

Möglicherweise war dem Kremlchef bekannt, dass die 9. US-Armee unter General Simpson am 13. April bei Barby eine Pionierbrücke über die Elbe errichtet und dort ein unübersehbares Schild „Tor nach Berlin“ montiert hatte. Der Kommandeur dieser Armee unterbreitete zwei Tage später seinem Vorgesetzten einen Plan, der vorsah, in drei Tagen in Berlin zu sein. Selbst wenn Stalin bekannt gewesen sein sollte, dass dieses Vorhaben auf sofortige Ablehnung Eisenhowers gestoßen war,¹⁸⁰ dürfte er an diesen Informationen gezweifelt haben.

175 Churchill an Stalin, 14. 4. 1945, BW, S. 394.

176 Stalin an Churchill, 14. 4. 1945, BW, S. 395.

177 Die Weisung Stalins ist bisher nicht zugänglich, doch der Kampfbericht Žukovs über den ersten Tag der Berliner Operation bezieht sich auf die von Stalin gestellte Aufgabe, vgl. Žukov an Stalin, 17. 4. 1945, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 81–84.

178 Kuby, Russen, S. 54.

179 Weisung Nr. 11069 des Oberkommandierenden Stalins an Žukov, 17. 4. 1945, veröffentlicht in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 84–85. Vgl. auch Žukov, Vospominanija, S. 263.

180 Henke, Deutschland, S. 672. Am 15. April rechtfertigte Eisenhower diese Entscheidung gegenüber Marshall: „Wenn es auch zutrifft, dass wir einen kleinen Brückenkopf an der Elbe gewonnen haben, so darf doch nicht vergessen werden, dass nur unsere Spitzen am Fluß sind; unser Schwerpunkt ist noch ein gutes Stück zurück.“ (Vgl. Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2615).

Dem britischen Premierminister war diese Entscheidung Eisenhowers am 19. April offenbar noch nicht bekannt oder er hatte sie noch nicht akzeptiert. Denn nachdem er von Truman die Zustimmung zu den Rundfunkbotschaften erhalten hatte, wandte er sich an diesem Tage erneut an Stalin, um ihm den Text seiner eigenen Botschaft mitzuteilen. Dabei nannte er nun zum ersten Mal Berlin als Treffpunkt der alliierten Streitkräfte. Statt die bedingungslose Kapitulation Deutschlands zu erwähnen, wollte er pathetisch erklären: „Jetzt wird ihre Aufgabe [der alliierten Armeen, J.L.] darin bestehen, alle Überreste des militärischen Widerstandes der Deutschen zu vernichten, die Nazimacht auszurotten und Hitlers Reich zu unterwerfen.“¹⁸¹ Dieser britische Entwurf bestätigte in Moskau die schlimmsten Befürchtungen und ließ Stalin zweifach reagieren. Zum einen schickte er Churchill scheinbar arglos den Entwurf einer eigenen Rundfunkansprache, in der er ganz selbstverständlich von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sprechen wollte:¹⁸²

Es ist unsere Aufgabe und unsere Pflicht, den Feind endgültig zu schlagen, ihn zu zwingen, die Waffen zu strecken und bedingungslos zu kapitulieren. [...] Wir begrüßen die ruhmreichen Truppen unserer Verbündeten, die jetzt auf dem Territorium Deutschlands Schulter an Schulter mit den sowjetischen Truppen stehen und die entschlossen sind, ihre Pflicht bis zum Ende zu erfüllen.“

Dem Beispiel Churchills folgend wollte Stalin diesen Text auf Schallplatte aufnehmen lassen und unverzüglich nach London schicken. Unerwähnt ließ der Kremlchef jedoch, dass er zur gleichen Zeit eine Direktive an Žukov, Konev und Rokossovskij erlassen hatte. Sie zielte darauf, beim Zusammentreffen mit den westalliierten Truppen Zusammenstöße zu vermeiden und ein weiteres Vorstoßen der Westalliierten durch Abgrenzung der Einsatzgebiete zu verhindern.¹⁸³

Unablässig galt in diesen Tagen die Aufmerksamkeit des Moskauer Alleinherrschers der Berliner Operation. Denn diese entwickelte sich nicht wie erwartet. Die Deutschen hielten die Erste Belorussische Front gleich am ersten Angriffstag an den Seelower Höhen unmittelbar hinter der Oder auf. Als Žukov noch am 16. April den starken Widerstand der Deutschen meldete, reagierte Stalin überrascht:¹⁸⁴

181 Churchill an Stalin, 19. 4. 1945, BW, S. 401–402: „Nach langen Märschen, schweren Mühen und Siegen zu Lande und auf den Meeren haben die Armeen der Großen Alliierten Deutschland durchschritten und sich die Hand gereicht (in Berlin).“

182 Stalin an Churchill, 20. 4. 1945, BW, S. 403.

183 Direktive Stalin/Antonov (Stavka) Nr. 11073 an Žukov, Konev und Rokossovskij, 20. 4. 1945, in: Bd. 4, S. 335–336.

184 Žukov, Vospominanija, S. 245–246.

Also haben Sie den Feind in Richtung Berlin unterschätzt. Ich habe damit gerechnet, Sie wären schon im Anmarsch auf Berlin, aber Sie sind noch an den Seelower Höhen.

Nach zwei Tagen äußerst opferreicher Kämpfe um diese Höhen übermittelte Žukov seinen Truppen eine Kritik, die nur von Stalin stammen konnte:¹⁸⁵

Der Angriff auf Berlin entwickelt sich bei uns unzulässig langsam. Wenn die Operation so weitergeht, kann der Angriff zusammenbrechen.

Am 19. April meldete die Londoner *Times* eine konzentrische russische Offensive westlich der Oder.¹⁸⁶ Keine Opfer scheuend und verstärkt durch den gleichzeitigen Angriff der 1. Ukrainischen Front unter Marschall Konev überwandene Žukovs Armeen die ersten deutschen Verteidigungslinien und stießen nun – noch immer sehr langsam – in Richtung Berlin vor. Stalin drängte weiter auf Erhöhung des Tempos. Žukov erklärte später rückblickend: „Wichtig war nicht [nur], Berlin zu nehmen, sondern es so schnell wie möglich zu nehmen.“¹⁸⁷ Zu diesem Zweck erteilte Žukov seiner 2. Gardepanzerarmee unter Generaloberst Bogdanov an Hitlers Geburtstag die „historische Aufgabe, als erste nach Berlin vorzudringen und dort ein Zeichen des Sieges zu errichten“. Sie sollten am 21. April 1945, nicht später als um 04.00 Uhr (Moskauer Zeit), die deutsche Verteidigung an den Stadträndern Berlins durchbrechen.¹⁸⁸ Einen Tag später verkündete Stalin in einem umgehend in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlichten Tagesbefehl an die Truppen der Ersten Belorussischen Front:¹⁸⁹

Während ihrer Offensive haben unsere Truppen die Städte Frankfurt an der Oder, Wandlitz, Oranienburg, Birkenwerder, Pankow und Hennigsdorf erobert. Ihnen ist der Durchbruch nach Berlin, der deutschen Hauptstadt, gelungen.

Durch die Moskauer wurde diese Nachricht auf den Straßen begeistert begrüßt. Auch in den Hauptstädten der Alliierten kam Siegesstimmung auf.¹⁹⁰ Doch für Stalin zog sich die Eroberung der Reichshauptstadt noch immer viel zu lange hin. Wohl auf seine Veranlassung rügte Žukov seine Truppen:¹⁹¹

185 Befehl Nr. 00566 Žukovs, 18. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 94–95.

186 *Times*, 19. 4. 1945.

187 Gegenüber Journalisten äußerte sich Žukov Anfang Juni 1945, vgl. Werth, Rußland, S. 664.

188 Žukov an den Kommandeur der 2. Garde-Panzerarmee, 20. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 97.

189 *Pravda*, 23. 4. 1945, zit. in: Werth, Rußland, S. 647.

190 *Times*, 25. 4. 1945.

191 Žukov an die Truppen der Ersten Belorussischen Front, 22. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 101–102.

Die Verteidigung Berlins durch den Gegner ist sehr schwach organisiert, dennoch entwickelt sich die Operation unserer Truppen zur Einnahme der Stadt sehr langsam. Wenn wir weiterhin ein so schwaches Tempo zulassen, so wird der Gegner unsere Schwerfälligkeit nutzen, um durch zusätzliche Kräfte und Mittel die Verteidigung der Stadt zu stärken.

Als er wenig später Informationen erhielt, dass für die Flucht Hitlers, Goebbels' und Himmlers aus Berlin in Tempelhof ein Flugzeug bereit stehe, erteilte Žukov seinen Panzerkräften den Sonderauftrag, diesen Flugplatz zu besetzen.¹⁹²

Am 21. April, während Stalin sich auf die Eroberung Berlins konzentrierte – was im Westen nicht unbemerkt blieb – ließ Eisenhower dem Oberkommando der Roten Armee versichern, dass seine Truppen in den nächsten Wochen keinen weiteren Vorstoß ins Zentrum Deutschlands planten. Die amerikanische Luftwaffe flog an diesem Tag in den frühen Morgenstunden ihren letzten strategischen Angriff gegen Berlin, und der US-Präsident hatte den Supreme Commander angewiesen, an der Ostgrenze des von seinen Truppen eingenommenen Gebiets zwischen Wittenberge und Zwickau entlang der Elbe und der Mulde Ausschau nach sowjetischen Truppen zu halten. Eisenhower bereitete seit dem 22. April das Zusammentreffen mit der Roten Armee vor.¹⁹³

Für Stalin blieb die Einkesselung Berlins wichtiger als das Zusammentreffen mit den Streitkräften der Westalliierten. Teile der Ersten Ukrainischen Front erhielten den Auftrag, sich westlich von Berlin mit der Ersten Belorussischen Front zu vereinen, um Žukov bei der Eroberung Berlins zu unterstützen. Erst am 25. April konnte Konev an Stalin die vollständige Abriegelung Berlins melden.¹⁹⁴

Der Oberste Befehlshaber der Roten Armee hatte zwei Tage zuvor noch seine vorangegangene Direktive an die Oberbefehlshaber der östlich der Oder vorrückenden Heeresgruppen präzisiert. Diese wurden jetzt angewiesen, bei etwaigen Treffen mit Angehörigen der Streitkräfte der Alliierten „keinerlei Angaben über unsere Pläne und Kampfaufgaben“ zu machen. Diese Geheimhaltungspolitik war umso bizarrer, als man derartige Informationen längst in der sowjetischen und westlichen Presse nachlesen konnte. Die Initiative zu Freundschaftstreffen sollte nicht von sowjetischer Seite ausgehen, doch müssten sich sowjetische Teilnehmer

192 Žukov an den Kommandeur der 1. Panzerarmee, 23. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 274. Über den Flughafen Gatow bestand allerdings noch bis zum 27. April eine Außenverbindung für die in Berlin eingeschlossene deutsche Führung.

193 Eisenhower an Deane und Archer, 21. 4. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2632–2633. Zum letzten US-Luftangriff, vgl. Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946, Berlin 1961, S. 43. Truman an Stalin, 21. 4. 1945, BW, S. 713. Eisenhower an Marshall, 22. 4. 1945, in: ebd., S. 2633–2634.

194 Bericht Konevs an Stalin, 25. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 162. Der Ring um Berlin wurde am 24. 4. um 23.30 Uhr geschlossen.

bei Treffen mit den Alliierten freundschaftlich verhalten; Gegeneinladungen müssten ausgesprochen werden. Über alle Treffen sei dem Generalstab zu berichten.¹⁹⁵ Erst als Berlin vollständig durch die Rote Armee eingekesselt war, informierte Stalin Eisenhower über den laufenden Angriff auf Berlin und seine weiteren militärischen Pläne.¹⁹⁶ Zu keinem Zeitpunkt hatte Stalin erwogen, den Ring um Berlin mit Hilfe der Truppen Eisenhowers zu schließen. Je mehr sich der Krieg seinem Ende näherte desto schwieriger wurde die Lage der westlichen Militärmissionen in Moskau. Der Chef der Aufklärungsverwaltung der Roten Armee berichtete über die wachsende Unzufriedenheit von General John R. Deane, dem Chef der US-Militärmission in Moskau.¹⁹⁷

Das erste Treffen sowjetischer und amerikanischer Soldaten und Offiziere fand am Nachmittag des 25. April an der Elbe bei Torgau statt, als Berlin bereits großräumig eingekesselt war.¹⁹⁸ Noch am selben Tag informierte der Kommandeur des 34. Gardeschützenkorps der Roten Armee seine Vorgesetzten über das Treffen an der Elbe. Churchill hatte inzwischen sein Interesse an gemeinsamen Rundfunkklärungen der Großen Drei verloren, wohl auch deshalb, weil britische Truppen an diesem historischen Ereignis nicht beteiligt waren. Lediglich in der Presse äußerten sich aus diesem Anlass Stalin, Churchill und Truman. In Moskau salutierten am 27. April um 19.00 Uhr dreihundertvierundzwanzig Geschütze mit vierundzwanzig Artilleriesalven, und der Kremlchef wandte sich nicht nur an die Rote Armee, sondern auch an die Truppen der Verbündeten. Obwohl er bereits von einer vernichtenden Niederlage der deutschen Truppen sprach, erinnerte er an die gemeinsame Pflicht, „dem Feinde den Rest zu geben ... und zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen“.¹⁹⁹ Churchill sprach am selben Tag von der Aufgabe der „großen Alliierten“, den letzten militärischen Widerstand zu zerstören, die Macht der Nazis auszurotten und die Unterordnung des Hitlerreichs zu erzwingen. Obwohl er die siegreiche Kameradschaft Großbritanniens, der USA und der UdSSR

195 Direktive Nr. 11075 der Stavka (Stalin, Antonov) an die Kommandeure der Ersten und Zweiten Belorussischen sowie der Ersten Ukrainischen Front, 23. 4. 1945, in: RAVO, Bd. V, 4, S. 231–232. Auf Grundlage dieser Weisung instruierte Žukov die Kommandeure der Ersten Belorussischen Front am 24. 4. 1945, vgl. RAVO, Bd. IV, 5, S. 337–338.

196 Stalin an Eisenhower, 25. 4. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2633, Anm. 3.

197 Il'ičev an den Generalstab der Roten Armee, 24. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 340.

198 Operativer Bericht, 25. 4. 1945, 20.00 Uhr, in: ebd., S. 340. Ein ausführlicherer Bericht über das Zusammentreffen mit den US-Streitkräften wurde erst am 27. 4. an die Erste Ukrainische Front geschickt. (Vgl. ebd., S. 341–343). Zu diesen Treffen vgl. auch Henke, Deutschland, S. 656.

199 Befehl des Obersten Befehlshabers an die kämpfenden Truppen der Armee, 27. 4. 1945, in Stalin, Krieg, S. 209 und Ansprache des Obersten Befehlshabers an die Rote Armee und die Truppen der Verbündeten, 27. 4. 1945, in: Stalin, Krieg, S. 210.

hervorhob, ließ er die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unerwähnt. Truman, der neue amerikanische Präsident, sprach vom Verschwinden der letzten Hoffnung Hitlers und seiner Gangster-Regierung und wählte hoffnungsvolle Worte, um zu erklären:²⁰⁰

[T]he junction of our forces at this moment signalizes to ourselves and to the world that the collaboration of our nations in the cause of peace and freedom is an effective collaboration which can surmount the greatest difficulties of the most extensive campaign in military history and succeed. Nations which can plan and fight together shoulder to shoulder in the face of such obstacles of distance and of language and of communications as we have overcome can live together and can work together in the common labour of the organization of the world for peace.

Jetzt erst drängte Stalin auf die Herstellung eines „guten Luftkorridors“, um „täglich Botschaften durch Flugzeuge“ übermitteln zu können und persönliche Kontakte zu erleichtern.²⁰¹ Es schien für einen Moment, als hätten sich die Spannungen, die sich in den letzten Wochen angestaut hatten, gelöst. Nachdem Churchill und Truman Moskau in größter Eintracht über die Zurückweisung des Versuchs von Himmler, mit schwedischer Vermittlung über eine Kapitulation allein an der Westfront zu verhandeln, informiert hatten, war Stalin voll des Lobes für den Premierminister: „Ich kenne Sie und habe nie daran gezweifelt, dass Sie so und nicht anders handeln würden.“²⁰²

Der Kremlchef stimmte nun endlich auch gegenüber Churchill der deutschen Teilkapitulation in Norditalien zu, die bereits am 29. April in Anwesenheit sowjetischer Vertreter unterzeichnet worden war.²⁰³

Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands

Während Stalin die militärischen Schläge in Berlin verstärken ließ, um dort ein deutsches Kapitulationsersuchen zu erzwingen, rechnete das vereinigte Oberkommando der Westalliierten (SHAEF) weiterhin mit einer zuerst an die Westmächte gerichteten Gesamtkapitulation bzw. mit der Teilkapitulation deutscher Verbände. Den Weg zum Abschluss von Waffenstillstandsvereinbarungen im Westen – also nicht in Berlin – hatte die UdSSR am 25. April mit der Ernennung

200 *Times*, 28. 5. 1945.

201 Stalin an Churchill, 27. 4. 1945, BW, S. 413–414.

202 Stalin an Churchill, 25. 4. 1945, BW, S. 411–412. Churchill hatte zuvor versichert: „Es kommt, was die Regierung Seiner Majestät betrifft, nichts anderes in Frage als eine bedingungslose Kapitulation gleichzeitig gegenüber den drei Großmächten.“ (Ebd., S. 408–409).

203 Stalin an Churchill, 2. 5. 1945, ebd., S. 426.

von sowjetischen Vertretern bei den alliierten Truppen in Westeuropa (General Susloparov) und im Mittelmeerraum (General Kislenko) freigegeben.²⁰⁴ Doch noch immer hatte sie ihrerseits keine Vertreter des westalliierten Oberkommandos zu den westlich der Oder operierenden sowjetischen Truppen eingeladen. Eine Beteiligung der Westmächte im Falle einer Kapitulation deutscher Truppen gegenüber der UdSSR blieb damit weiterhin ungesichert.

In Berlin hatten sowjetische Truppen in den letzten Apriltagen die deutschen Truppen aufgespalten. Sie zogen die Schlinge um das deutsche Regierungsviertel immer enger zusammen und konzentrierten ihren Angriff ganz auf den Reichstag, der für sie nicht nur das deutsche Machtzentrum – den deutschen Kreml²⁰⁵ –, sondern auch die deutsche Einheit symbolisierte. Am 29. April befahl Žukov die Errichtung von Lagern für die Aufnahme von Kriegsgefangenen. Die Vorbereitungen sollten bis zum 1. Mai abgeschlossen werden.²⁰⁶ An jenem Feiertag hätte Stalin gern die Kapitulation Berlins und die Gefangennahme Hitlers verkündet.²⁰⁷ Mit Sicherheit warteten die Befehlshaber der sowjetischen Kampfseinheiten seit dem 29. April – dem Tag des Žukov-Befehls – auf deutsche Parlamentäre. Doch noch immer entschloss sich Stalin nicht, die Westmächte um die Entsendung von Vertretern zum Oberkommando Žukovs zu bitten.

Immerhin hatten sowjetische Stellen nach dem 25. April einem amerikanischen Team die Erlaubnis erteilt, sich selbständig von Torgau aus mit einem eigenen Fahrzeug nach Berlin zu bewegen. Erich Kuby fasste den Bericht der Amerikaner so zusammen: „Die Politabteilungen der gegen Berlin vorwärts kriechenden Armeen hatten überall in den Dorfstraßen Lenin- und Stalinbilder aufgehängt, und an allen Ecken und Enden flatterten rote Fahnen.“ Erst in Berlin seien die Sowjets gegenüber ihren Gästen immer misstrauischer geworden und hätten sie auch nachts bewacht. Diese Einschränkungen veranlassten die Amerikaner zur Rückkehr nach Torgau, wo sie wohlbehalten eintrafen.²⁰⁸ Fast zur gleichen Zeit berichtete ein als Politischer Berater zu den Fronten (Heeresgruppen) entsandter Sowjetdiplomate über die massenhafte Rückkehr der deutschen Bevölkerung in die Städte, von Versuchen kleinerer Gruppen deutscher Soldaten, sich nach Westen durchzuschlagen und vom Bedauern „eines gewissen Teils der Bevölkerung ..., dass ihre Gegend nicht von den Alliierten, sondern von den Russen besetzt wird“. Die Deutschen nahmen an, „dass das Eintreffen der Roten Armee mit ernsthaften

204 Slavin an die Chefs der Militärmission der USA und Großbritanniens in der UdSSR, 25. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 341.

205 Tony Le Tissier, *Race for the Reichstag: The 1945 Battle for Berlin*, London 1999, S. 3.

206 Kapitulation Deutschlands, 29. 4. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 117.

207 Žukov, *Vospominanija*, S. 263.

208 Kuby, *Russen*, S. 238–243.

Veränderungen der sozialen und politischen Gegebenheiten in Deutschland einhergehen wird“.²⁰⁹

In Berlin begann der Sturm auf den Reichstag am Morgen des 30. April. Schon nach wenigen Minuten schossen unzählige rote Fahnen an diesem Gebäude empor, doch erst um 13.45 Uhr wehte die sowjetische Flagge auf dem der Reichskanzlei zugewandten Südwestflügel.²¹⁰ Falls die sowjetischen Kommandeure mit der für alle sichtbaren Eroberung des Reichstags die im Führerbunker Eingeschlossenen zur Kapitulation vor der Roten Armee zwingen wollten, so gelang dies nur partiell und erst verspätet. Zwar musste sich Hitler an diesem Tag erklären lassen, dass die deutschen Truppen den Kampf gegen die sowjetischen Angreifer nur noch 24 Stunden fortsetzen könnten.²¹¹ Doch dessen Antwort war nicht die Kapitulation, sondern die Flucht in den Selbstmord.

Immerhin fassten Goebbels und Bormann unmittelbar vor oder nach der Selbstausschöpfung des deutschen Führers den Entschluss, sich mit einem Schreiben an den „Führer des sowjetischen Volkes“ zu wenden, um Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands zu beginnen. Ein auf die sowjetische Seite entsandter Bote konnte umgehend die Bereitschaft des sowjetischen Armeekommandanten melden, General Krebs, den letzten Generalstabschef des deutschen Heeres, als Parlamentär zu empfangen.²¹² All dies geschah am Nachmittag des 30. April. Bis heute kennen wir nicht die Vorgänge, die der deutsche Bote auf sowjetischer Seite auslöste. Es kann vermutet werden, dass man Stalin umgehend informierte und der Krenschew selbst den Termin für den Frontübertritt der deutschen Parlamentäre bestimmte und festlegte, dass nicht Marschall Žukov, sondern lediglich der ihm unterstellte Kommandeur der 8. Gardearmee, Generaloberst Čujkov, die Parlamentäre empfangen sollte. Fest steht dagegen, dass der Vožd' noch immer weder Eisenhower noch die Regierungen in Washington und London über die beabsichtigte Kontaktaufnahme mit den deutschen Unterhändlern in Berlin informierte.

In der Nacht zum 1. Mai nahmen sowjetische Offiziere Krebs und seine Begleiter, Oberst Dufving und Obersturmführer Neilands als Übersetzer, in Empfang und fuhren sie zum Quartier Čujkovs am Schulenburgring in der Nähe des Flug-

209 Semenov an Vyšinskij: 30. 4. 1945, in: UdF 1, S. 562–365.

210 Berichte des Kommandeurs der 150. Schützendivision vom 30. 4. und vom 2. 5. 1945, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 120 und S. 126–127.

211 Gerd R. Ueberschär/Rolf-Dieter Müller, 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005, S. 87.

212 Tissier, Race for the Reichstag, S. 170–172.

platzes Tempelhof. Dort trafen sie um 03.30 Uhr ein.²¹³ Der deutsche Generalstabschef informierte über den Tod Hitlers und übergab Goebbels' und Bormanns Schreiben. Darin behaupteten diese, Adolf Hitler habe für das deutsche Volk den Weg in eine neue Zukunft frei machen wollen, für die er selbst keine ausreichende Voraussetzung mehr habe schaffen können. Čujkov übermittelte dieses Schreiben auf der Stelle an Žukov, der es übersetzen und an Stalin durchgeben ließ.²¹⁴ Mit dem Obersten Befehlshaber der Roten Armee in Moskau kam es an diesem Morgen zu mehreren Telefongesprächen. Über eines dieser Gespräche berichtet Žukov in seinen Memoiren. Angeblich hatte sich Stalin in seiner Datscha gerade schlafen gelegt. Žukov ließ ihn wecken und informierte ihn über den Selbstmord Hitlers, worauf Stalin angeblich erwiderte: „Der Schurke hat also ausgespielt. Ich bedaure, dass wir ihn nicht lebendig fangen konnten. Wo ist seine Leiche?“²¹⁵

Wahrscheinlich auf Weisung des Vožd' beteiligte sich nun der Stellvertreter Žukovs, Armeegeneral Sokolovskij, an dem Treffen Čujkovs mit den deutschen Parlamentären. Er verlangte im Namen der sowjetischen Regierung von Krebs ultimativ entweder die allgemeine Kapitulation Deutschlands oder die Kapitulation Berlins und erläuterte: „Wir werden auf einen Waffenstillstand nicht eingehen. Auch nicht auf separat geführte Verhandlungen.“ Krebs wollte dafür die Verantwortung nicht übernehmen und verlangte eine Kontaktaufnahme mit der neuen deutschen Regierung. Auf dieses Manöver ging der Stellvertreter Žukovs nicht ein, stellte jedoch den Deutschen in Aussicht, nach der Kapitulation ihre neue Regierung zu proklamieren. „Wir werden den Mitgliedern der provisorischen Regierung garantieren, dass sie auf offiziellem Wege mit unseren Verbündeten Verbindung aufnehmen können. Die weiteren Entscheidungen werden dann die drei alliierten Regierungen gemeinsam fällen.“ Mit größtem Aufwand und nach mehreren Anläufen konnte eine Telefonverbindung zwischen Krebs und Goebbels hergestellt werden. Dieser lehnt jede Form der Kapitulation ab und forderte Krebs

213 Wassili Tschuikow, *Das Ende des Dritten Reiches*, München 1966, S. 351 ff., zit. in: *Ursachen und Folgen*, Bd. XXIII, S. 206–208.

214 Žukov an Stalin, 1. 5. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 277–279. Dieser Bericht geht nur insofern über bisher Bekanntes hinaus, als er die russische Übersetzung des vollständigen Wortlauts des Schreibens von Goebbels an Stalin enthält. Das deutsche Original dieses Briefes ist bisher nicht bekannt. Auch der Auszug aus dem Kriegstagebuch der Ersten Belorussischen Front vom 2. 5. 1945, ebd., S. 128–129, enthält keine neuen Informationen.

215 Erinnerung Žukovs, 1. 5. 1945, *Ursachen und Folgen*, Bd. XXIII, S. 209. Diese Passage deckt sich vollständig mit der „unzensurierten“ Fassung dieser Erinnerungen, vgl. Žukov, *Vospominanija*, S. 270.

zur Rückkehr auf. Als letztes Angebot erhielt Krebs noch einen Vorschlag mit auf den Weg, der nur von Stalin selbst stammen konnte:²¹⁶

Wir werden Ihrer [Goebbels-]Regierung die Bekanntgabe ermöglichen, dass Hitler nicht mehr lebt und Himmler ein Verräter ist. Außerdem können Sie die drei alliierten Regierungen – der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens – über die allgemeine Kapitulation unterrichten. Auf diese Weise werden wir Ihrem Wunsch teilweise entsprechen. Bei der Bildung Ihrer [neuen] Regierung werden wir Ihnen keineswegs behilflich sein. Aber wir räumen Ihnen das Recht ein, eine Liste mit Personen bekanntzugeben, die Sie nicht als Gefangene sehen wollen.

Dieses Angebot verfolgte offensichtlich das Ziel, ein sofortiges Kapitulationsersuchen an das sowjetische Oberkommando doch noch am 1. Mai zu erreichen. Doch dies gelang nicht. Eine möglicherweise bereits verfasste Rede für die große Maidemonstration konnte Stalin nicht halten. Ohne den Tod des deutschen Oberkommandieren am 30.4. und das Ringen um die Kapitulation in Berlin zu erwähnen, dafür immer noch von der Furcht besessen, von den Deutschen betrogen zu werden, erklärte Stalin in seinem Befehl zum 1. Mai:²¹⁷

Die Tage Hitlerdeutschlands sind gezählt. Mehr als die Hälfte seines Bodens ist von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten besetzt. [...] Auf der Suche nach einem Ausweg aus ihrer hoffnungslosen Lage machen die Hitlerabenteurer alle möglichen Winkelzüge, ja sie biedern sich sogar an die Verbündeten an, bestrebt, im Lager der Verbündeten Zerwürfnis hervorzurufen.

Erst am 2. Mai meldete *TASS* unter Bezug auf die Aussagen von Hans Fritzsche, einem Mitarbeiter von Goebbels, der sich in sowjetische Gefangenschaft begeben hatte, den Tod von Hitler und Goebbels.²¹⁸ Diese Nachricht war bereits am Vorabend durch eine Ansprache von Dönitz über den Norddeutschen Rundfunk verbreitet worden. Als neuer Oberbefehlshaber der Wehrmacht hatte Dönitz mit dieser Nachricht öffentlich seinen Willen verkündet, „den Kampf gegen die Bolschewisten fortzusetzen, bis die kämpfende Truppe und bis Hunderttausende von

216 Aufzeichnung der Unterredung zwischen Čujkov, Sokolovskij und Krebs, 1. 5. 1945, in: ebd., S. 209–215, hier S. 214. Žukov hatte diesen Vorschlag telefonisch an Čujkov übergeben, der ihn an Krebs übermittelte.

217 Befehl des Obersten Befehlshabers Nr. 20, Moskau, 1. 5. 1945, in: Stalin, Krieg 211–216, hier S. 113.

218 Žukov an Stalin, 2. 5. 1945, 17.30 Uhr, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 281. Žukov übermittelt den vollständigen Wortlaut eines an ihn gerichteten Schreibens von Fritzsche. Fritzsche selbst verschweigt dieses Schreiben, vgl. Hildegard Springer, *Es sprach Hans Fritzsche*, Stuttgart 1949. Auch in der Untersuchung von Max Bonacker (*Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953)*, München 2007) wird dieses Schreiben und etwaige Kontakte von Fritzsche zu Žukov nicht erwähnt.

Familien des deutschen Ostraumes vor der Versklavung und der Vernichtung gerettet sind.“²¹⁹

Dazu waren der größte Teil der deutschen Truppen weder bereit noch länger in der Lage. Weidling, der letzte deutsche Militärkommandant von Berlin, befahl seinen Truppen den Kampf einzustellen und nahm in der Nacht zum 2. Mai Kontakt zu Generaloberst Čujkov auf.²²⁰ An dem Gespräch mit Weidling nahm erneut Žukovs Stellvertreter Sokolovskij teil. Der deutsche Militärkommandant informierte über die bereits erfolgte Kampfeinstellung seiner Truppen, wurde aber dennoch von Čujkov und Sokolovskij gedrängt, durch einen Befehl die Kapitulation anzuordnen. Weidling erklärte sich dazu sofort bereit. Mit Lautsprecherwagen wurde sein Kapitulationsbefehl in ganz Berlin pausenlos verbreitet. Für die sowjetischen Truppen, die Berlin unter größten Opfern erobert hatten, war dies die eigentliche Kapitulation Deutschlands.²²¹

Wir Militärs sehen die Kapitulation des Gegners dann als gegeben an, wenn er, physisch und moralisch geschlagen, die Hände hebt und sich auf Gnade und Ungnade ergibt.

Stalin sah dies anders. Er verkündete noch am 2. Mai in einem Tagesbefehl die vollständige Besetzung Berlins, ohne die Kapitulation der deutschen Truppen in Berlin und den Befehl Weidlings zu erwähnen.²²² Er verzichtete auch auf Proteste, als das westalliierte Oberkommando weitere Teilkapitulationen mit deutschen Truppen schloss. Gleichzeitig setzten sowjetische Truppen in Deutschland in den ersten Maitagen ihre festlichen Treffen mit amerikanischen und britischen Streitkräften fort.²²³

Vier Tage nach der Besetzung Berlins ging dann der Moskauer Alleinherrscher ohne jedes Zögern oder eigene Forderungen zu stellen auf Bemühungen Trumans und Churchills ein, eine (noch zu unterzeichnende) Gesamtkapitulation Deutsch-

219 Ansprache und Tagesbefehl von Dönitz (22.26 Uhr), abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. XXIII, S. 225–227.

220 Kriegstagebuch der Ersten Belorussischen Front. Über den Kriegseinsatz der 8. Gardearmee, 2. 5. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 128–129.

221 Kuby, Russen, S. 235–236.

222 Tagesbefehl Stalins, 2. 5. 1945, Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946, Berlin 1961, S. 50.

223 Am 5. Mai traf sich Marschall Konev mit US-General Bradley in Lebus bei Torgau. Zwei Tage später traf sich Marschall Rokossovskij mit Feldmarschal Montgomery in Weimar, vgl. RAVO, Bd. IV, 5, S. 350–352. Zwischen dem 25. April und dem 5. Mai war es bereits zu zahlreichen Treffen zwischen der Roten Armee und den Westalliierten auf der mittleren Kommandeurebene gekommen.

lands gemeinsam zu verkünden.²²⁴ Am gleichen Tag war Dwight D. Eisenhower der sichtbar werdenden deutschen Taktik entgegengetreten, einer Kapitulation gegenüber der Roten Armee durch eine Serie von Teilkapitulationen im Westen zu entgehen. Der Oberkommandierende der westalliierten Streitkräfte schlug stattdessen als Alternativen entweder synchrone Kapitulationen der Wehrmacht im Osten *und* im Westen oder eine vollständige Kapitulation unter Teilnahme der UdSSR in Reims vor.²²⁵

Am 7. Mai instruierte Stalin die Befehlshaber der in Deutschland operierenden Fronten über das von Eisenhower vorgeschlagene Kapitulationsverfahren, das die vollständige Kampfeinstellung bis zum 8. Mai um 23.00 Uhr vorsah. Zur gleichen Zeit ließ er seinen Generalstabschef bei Eisenhower darum bitten, die öffentliche Bekanntgabe der Kapitulation bis zu ihrem Inkrafttreten am 9. Mai zu verschieben. Er selbst fragte aus diesem Grunde bei Churchill und Truman an.²²⁶ Die *Times* hatte bereits am 7. Mai die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch die Vertreter des Deutschen Reiches angekündigt. Truman und Churchill konnten die Bekanntgabe der bedingungslosen Kapitulation nicht länger hinauszögern, gingen aber sofort auf den Wunsch des Kremlchefs ein, die Kapitulation in Berlin am Sitz des Befehlshabers der Ersten Belorussischen Front mit einem formellen Akt bestätigen zu lassen. Der amerikanische Präsident bekundete in diesem Zusammenhang seine große Achtung „vor dem hervorragenden Beitrag, den die mächtige Sowjetunion der Sache der Zivilisation und der Freiheit geleistet hat.“²²⁷

Zur Vorbereitung des Berliner Kapitulationsaktes hatte Stalin am frühen Morgen des 8. Mai den ersten Stellvertreter des Außenkommissars entsandt.²²⁸ Wir wissen nicht, worin Vyšinskijs Auftrag bestand und was er in Berlin unternahm; an der Zeremonie der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde nahm er lediglich als Beobachter teil. Aus Frankfurt am Main kommend trafen die Vertreter des deutschen Oberkommandos Keitel, Friedeburg und Stumpff unter britischer Bewachung auf dem Flughafen Tempelhof ein.²²⁹ Weisungsgemäß legte Žukov

224 Stalin an Truman, 6. 5. 1945, in: UdF 1, S. 566. Truman und Churchill hatten einen diesbezüglichen Vorschlag am Tag zuvor unterbreitet.

225 Eisenhower an Deane, 4. 5. 1945, in: Chandler, Eisenhower Papers IV, S. 2683 und Archer an Antonov, 4. 5. 1945, RAVO, Bd. IV, 5, S. 321–322.

226 Stalin an die Kommandeure der Fronten, 7. 5. 1945, ebd., S. 324; Antonov an Deane, 7. 5. 1945, ebd., S. 323–324 und Stalin an Truman, 7. 5. 1945, in: UdF 1, S. 566–567.

227 *Times*, 7. 5. 1945 und Truman an Stalin, 8. 5. 1945, BW, S. 730.

228 Tagebucheintrag Majskijs, 9. 5. 1945, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 13, Bl. 205.

229 Žukov, Vospominanija, S. 278–279.

Wert darauf, die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde bis zum Anbruch des 9. Mai herauszuzögern.

Während der sowjetische Marschall anschließend zusammen mit seinen amerikanischen und britischen Gästen die nun besiegelte Niederlage Deutschlands ausgelassen feierte, kam es zu einer höchst eigenartigen Unterredung zwischen Žukovs Stellvertreter für Zivilangelegenheiten, Ivan Serov, und dem besiegten Generalfeldmarschall Keitel (auf dessen Hinrichtung die sowjetische Anklage während des Nürnberger Prozesses im Laufe des nächsten Jahres bestehen sollte). Dabei ging es um die Zukunft der „Regierung Dönitz“. Nach Meinung des sowjetischen Geheimdienstmannes, der seine Karriere bei der Sowjetisierung der polnischen Ostgebiete vor 1941 begonnen hatte, sollte diese Regierung neben rein militärischen auch zivile Aufgaben übernehmen, die sich aus der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation ergeben könnten.²³⁰ Völlig unklar ist, wie diese Unterredung zustande kam, wo sie stattfand und warum sie auf Deutsch protokolliert wurde.

Es ist angenommen worden, dass die Alliierten kurzzeitig die Nutzung einer deutschen Zentralregierung erwogen.²³¹ Für diese Annahme spricht der Verzicht auf die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation durch Dönitz. Dafür, dass Stalin sich kurzzeitig eine deutsche Zentralregierung als Option offen halten wollte, spricht auch das bereits erwähnte sowjetische Angebot an Krebs, den Mitgliedern der deutschen Regierung Bewegungsfreiheit zu garantieren. Das ominöse Gespräch zwischen Serov und Keitel könnte dazu gedient haben, die Bereitschaft einer solchen Regierung zu einer Zusammenarbeit mit der UdSSR zu sondieren. Wenn auf sowjetischer Seite eine solche Absicht bestanden haben sollte, so schlug sie vollkommen fehl.²³² Zwar konnte der Kriegsverbrecher Keitel nach der Unterzeichnung des Kapitulationsdokuments als freier Mann nach Flensburg zurückkehren, doch wurde er dort vier Tage später verhaftet.²³³ Am 18. Mai stimmte Stalin der Festnahme der sogenannten Regierung Dönitz zu und ernannte General Trusov zum sowjetischen Vertreter in einer gemeinsamen sowjetisch-britisch-

230 Übersetzung der deutschen Aufzeichnung zur Unterredung zwischen Generaloberst Serov und Generalfeldmarschall Keitel, 9. 5. 1945, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 326–328. Zu Serov vgl. Nikita Petrov, Ivan Serov. Rervy predsedatel' KGB, Moskva 2005.

231 Filitov, SSSR igermaniskij vopros, S. 228.

232 Dönitz „brandmarkte“ wenig später die ihm berichtete „rasch zunehmende Ostorientierung in Truppe und Offizierskorps“. Anziehend soll angeblich „das eindeutig überlegene Kraftpotential im Osten“ gewirkt haben, vgl. Tagesniederschrift vom 17. 5. in: Percy Ernst Schramm, Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, München 1962, S. 436.

233 Keitel erstattete bereits am 9. Mai um 10.00 Uhr Dönitz Bericht über die Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde in Berlin, vgl. Schramm, Kriegstagebuch, S. 436.

amerikanischen Kommission zur Liquidation des Oberkommandos der Wehrmacht.²³⁴ Erst am 23. Mai 1945 erfolgte unter Beobachtung von Pressevertretern die Gefangennahme der aufgelösten Regierung und des Rest-OKW.²³⁵

In Moskau hatte die um 02.30 Uhr in der Nacht zum 9. Mai bekanntgegebene Siegesnachricht einen nie dagewesenen Freudentaumel ausgelöst. „Seit vier Uhr in der Früh versammeln sich Menschengruppen spontan auf Straßen und Plätzen. Bis 9 Uhr waren alle Einrichtungen, Gebäude und Wohnhäuser mit Flaggen und Bildern der Führer geschmückt. Der Tag zeigte sich wunderbar klar, sonnig, aber ein wenig kühl.“²³⁶ Was danach geschah, fasste Alexander Werth aus eigener Anschauung so zusammen: „Die spontane Freude der zwei oder drei Millionen Menschen, die sich an diesem Abend auf dem Roten Platz versammelten, durch die Gorkistraße zogen und an den Moskwaufeln entlangströmten, war so tief, wie ich es vorher in Moskau noch nie erlebt hatte. Man tanzte und sang auf den Straßen. Soldaten und Offiziere wurden umarmt und geküsst. Vor der amerikanischen Botschaft standen die Menschen dicht gedrängt und riefen: ‚Es lebe Roosevelt!‘, obwohl der Präsident bereits vor einem Monat gestorben war.“²³⁷

234 Weisung Nr. 11093 Stalins an Žukov, 18. 5. 1945, CAMO f. 03, op. 11556, d. 18, Bl. 151, in: RAVO, Bd. IV, 5, S. 286. Zum Eintreffen von General Trusov als Leiter der „russischen Kontrollkommission“ vgl. Schramm, Kriegstagebuch, S. 449.

235 Vgl. Marlies Steinert, Die alliierte Entscheidung zur Verhaftung der Regierung Dönitz, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 2 (1986), S. 85–99.

236 Eintrag im Tagebuch Majskijs vom 9. 5. 1945, in: UdF 2, S. VII.

237 Werth, Rußland, S. 648.

IX. Die Reparationen, die Potsdamer Konferenz und die Pax Sovietica

Auf dem Weg von Jalta nach Potsdam mussten und konnten die Alliierten trotz aller Entfremdung zahlreiche Hindernisse überwinden. In einem Fall gelang dies jedoch nicht. Truman, Churchill und Stalin reisten im Juli 1945 nach Deutschland ohne Einigkeit darüber, wie die durch Deutschland verursachten enormen Kriegsschäden, insbesondere in der UdSSR, wiedergutmacht werden sollten. Einer gemeinsamen Diskussion dieses sich früh abzeichnenden Problems waren die drei Mächte sehr lange ausgewichen. An der gemeinsamen, einheitlichen Lösung des Reparationsproblems lässt sich die Fähigkeit der drei Mächte zur Zusammenarbeit messen. Sie war im Prinzip möglich, scheiterte aber im Praktischen.

1. Schwierigkeiten einer einheitlichen Reparationenlösung

Das Wort „Reparationen“ hatte in der westlichen Welt seit dem Scheitern der Versailler Reparationsregelung in den zwanziger Jahren einen zweifelhaften Klang. Reparationsforderungen wurden als Belastung der Weltwirtschaft begriffen und deshalb gemieden. In den USA lehnten die Führungsschichten den Reparationsgedanken während der ersten Kriegsjahre des Zweiten Weltkriegs vollständig ab.¹ Wäre die Friedensregelung eine ausschließlich deutsch-britische Angelegenheit gewesen, dann hätten Reparationen höchstwahrscheinlich keine oder nur eine moderate Rolle gespielt.² In den späteren Kriegsjahren, als die UdSSR kontinuierlich an militärischem und politischem Gewicht gewann, erkannte man im Westen in den Reparationen einen entscheidenden Faktor der wirtschaftlichen und politischen Neuordnung Deutschlands und Europas und damit für die Entwicklung des Verhältnisses der Siegermächte nach dem Kriege zueinander.³ Dennoch räumte in London und Washington kaum jemand den sowjetischen Reparationsansprüchen

1 Nübel, Amerikanische Reparationspolitik, S. 46–47.

2 Cairncross, German Reparations, S. 12.

3 Josef Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: Foschepoth, Kalter Krieg und deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 176. Vgl. auch Foschepoth, britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 30, 1982, 4, S. 687, Anm. 47: „Die Reparationsfrage wurde mehr und mehr zu einer deutlichen Frage um Macht und Einfluss in Deutschland und Europa“.

Priorität ein. Man betrachtete sie vielmehr vorwiegend als erstrangigen Störfaktor.⁴ Natürlich gab es auch einzelne warnende Stimmen. Der US-Botschafter in London, John Winant, prophezeite schon an der Jahreswende 1942/43:⁵

Russia will be the most importunate in demanding full reparations. [...] If the requests are not met on time or with agreement on a world reconstruction plan, promising Russia indemnity and machinery and if Russia is militarily strong enough at the time – she might do what she now talks about, ‚go and fetch the German machines‘ herself.

Trotz dieser Warnungen kamen Konsultationen zwischen Experten aller drei Mächte zur künftigen Reparationspolitik nicht zustande. Erst die Krim-Konferenz beschloss im Februar 1945 die Aufnahme von Reparationsverhandlungen zwischen Vertretern der drei Regierungen. Doch es sollten noch vier Monate vergehen, bevor man in Moskau damit begann.

Reparationsinteressen unter dem Primat der Machtpolitik

In der sowjetischen Hauptstadt fehlte von Anfang an die Einsicht in die Voraussetzungen für eine gemeinsame Reparationsregelung und noch mehr die Bereitschaft, die dafür notwendigen Kompromisse einzugehen. Nicht nur Stalin und die sowjetische Führung, sondern auch die dortigen Analytiker der kapitalistischen Weltwirtschaft glaubten sich seit Beginn des Krieges im Besitz des einzig richtigen Lösungsansatzes für das Reparationsproblem. Sie wollten Reparationen nicht in Geldform, sondern als Sachleistungen fordern und mit der Entnahme der Reparationen zugleich die industrielle Entwaffnung Deutschlands erreichen. Sie waren der Ansicht, dieser Lösungsansatz entspräche auch den Interessen aller übrigen Gegner Deutschlands. Eine erste Erwähnung dieses Themas im Gespräch mit dem britischen Außenminister im Dezember 1941 begründete diesen Glauben. Stalin hatte damals auf die Vorbehalte Edens gegen Geldleistungen als Reparationen erwidert:⁶

Das Allerbeste sei, Deutschland und Italien ihre modernsten Werkzeugmaschinen zugunsten der gesetzten und geschädigten Länder zu entziehen.

Nachdem Eden zugestimmt hatte, entwickelte Eugen Varga Anfang 1942 das Vorhaben in mehreren Planungspapieren. Die Öffentlichkeit in und außerhalb

4 Aufzeichnung des Leiters des Economic and Reconstruction Department, Jebb, zu einem Gespräch mit Lord Keynes, 16. 10. 1942, in: DzD I, 3, S. 907–908; Keynes forderte bei dieser Gelegenheit die frühestmögliche Konsultation der Russen, da die Russen von jeglicher Reparationspolitik, über die man sich generell einigen könne, am stärksten betroffen wären.

5 Memorandum Winants, o.D. [1. 1. 1943], DzD, I, 2, S. 764–780, hier S. 773.

6 Unterredung zwischen Stalin und Eden, 16. 12. 1941, in UdF 1, S. 19–30, hier S. 23.

der UdSSR erfuhr davon erstmals im Oktober 1943, am Vorabend der Moskauer Außenministerkonferenz, durch seinen Aufsatz in *Vojna i raboči klass*, dem Sprachrohr des Außenkommissariats.⁷ Unmittelbar nach dieser Konferenz nahm in Moskau eine Expertenkommission ihre Arbeit auf. Sie wurde geleitet vom früheren sowjetischen Botschafter in London, Ivan Majskij, der inzwischen zu einem der Stellvertreter Molotovs berufen worden war. Im Juli 1944 legte sie einen als geheim klassifizierten sowjetischen Reparationsplan vor: Dieser sah vor, die riesigen, niemals exakt bestimmten Kriegsschäden der UdSSR⁸ durch „einmalige“ Entnahmen, jährliche Lieferungen und Arbeitsleistungen wiedergutzumachen.⁹ Hinter dem Ausdruck „einmalige“ Entnahmen verbarg sich die endgültige Beseitigung (Demontage) von Industrieanlagen und sonstigen Werten. Dies alles sollte dazu dienen, dass Deutschland kriegsunfähig bliebe.¹⁰ Von diesem Zeitpunkt an drängte Majskij, der die Positionierung der Westmächte in der Reparationsfrage genauestens beobachtete,¹¹ auf inoffizielle Sondierung bei der britischen Regierung. Stalin stimmte dem Ende 1944 kurzzeitig zu, konnte sich dann aber doch nicht entschließen, sowjetische Vorschläge den Alliierten zur Kenntnis zu geben.¹²

Erst im Februar 1945 stellte Majskij die sowjetische Planung Churchill und Roosevelt in Jalta vor. Insbesondere der britische Regierungschef zweifelte die Realisierungsmöglichkeiten des sowjetischen Reparationsvorschlags an, aber auch der amerikanische Präsident lehnte eine Festlegung der Reparationssumme ab. Dennoch stimmten beide dem Grundprinzip zu, das Deutschland verpflichtete, „den Schaden, den es den verbündeten Nationen im Laufe des Krieges zugefügt hat, durch Sachleistungen wiedergutzumachen“. Mit der Klärung der entschei-

7 E. Varga, *Vozmešćenie uščerba gitlerovskoj Germaniej i ee soobščnikami* [Die Wiedergutmachung der Schäden durch Hitler-Deutschland und seine Helfershelfer], in: VIRK 1, 1943, 10, S. 4–10.

8 Vgl. Bericht von Švernik, 8. 6. 1945, UdF 2, S. 29–34 und dazu dort die Anm. 37–38.

9 Majskij an Molotov, 28. 7. 1944, UdF 1, S. 425–435.

10 Jochen Laufer, *Die Reparationsplanungen im sowjetischen Außenministerium während des Zweiten Weltkrieges*, in: Chr. Buchheim (Hg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 21–45.

11 Majskij an Molotov, 9. 10. 1944, UdF 1, S. 476–482.

12 In seinem Tagebuch notierte Majskij am 11. August 1944 nach einem Gespräch mit Molotov: „Wenn wir erreichen wollen, dass wir unser Vorhaben glücklicher umsetzen [als nach dem Ersten Weltkrieg], müssen wir im vornherein, noch vor der Friedenskonferenz, eine gemeinsame Basis mit unseren Partnern finden, wenigstens in den allerwichtigsten und strittigsten Fragen. Die Reparationen gehören zweifellos zu diesen Fragen. Man muss sich jetzt mit den Alliierten abstimmen oder doch wenigstens versuchen zu einer Abstimmung zu kommen.“ Vgl. AVP RF f. 017a, op. 1, p. 2, d. 12, Bl. 13. Zur Bereitschaft Stalins vgl. Majskij an Stalin, 19. 12. und 20. 12. 1944, UdF 1, S. 515–521.

denden Frage, mit welchen Reparationsleistungen die UdSSR und die übrigen Empfängerstaaten nach dem Krieg rechnen könnten, sollte sich eine gemeinsame Reparationskommission befassen, deren Einsetzung alle drei Staats- und Regierungschefs zustimmten.¹³

In den Monaten vor und nach der Krim-Konferenz konnte es der sowjetischen Führung nicht verborgen bleiben, dass die Westmächte versuchten, Wirtschaftshilfe (Lend-Lease und Kredite) sowie Reparationen als Druckmittel zu nutzen, um die sowjetische Politik zu beeinflussen. In Moskau bewirkte dies eher das Gegenteil. Es verstärkte sich dort die Entschlossenheit, bei der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einen eigenen Weg zu gehen. Unverändert blieb jedoch die mehrfach verkündete Entschlossenheit Stalins, durch eine umfassende Entwaffnung Deutschlands die deutsche Kriegsgefahr ein für allemal zu beseitigen. Bereits am 6. November 1944 hatte er öffentlich verkündet:¹⁴

Deutschland wird nach seiner Niederlage natürlich sowohl wirtschaftlich als auch militärisch und politisch entwaffnet werden. Es wäre jedoch naiv zu glauben, dass Deutschland nicht versuchen werde, seine Macht wiederzuerlangen und zu einer neuen Aggression zu schreiten.

Aus seinem Entschluss zur dauerhaften Entwaffnung Deutschlands hatte der Krenlchef damals noch sein Plädoyer für die Fortsetzung der Anti-Hitler-Koalition abgeleitet. Allerdings unternahm er dann nach der Rückreise von der Krim lange Zeit nichts, um die Voraussetzung für die Konstitution der Alliierten Reparationskommission zu schaffen. Ein geeignetes Gebäude für die erste dreiseitige Regierungskommission, die für einen längeren Zeitraum in Moskau tagen sollte, wurde erst spät bestimmt und blieb dann unvorbereitet.¹⁵ Auch kam es zu keiner inhaltlichen Abstimmung der Vorbereitungen auf die Arbeit der Kommission. Eine Denkschrift zur Weiterentwicklung des sowjetischen Reparationsplans, die Majskij Ende März 1945 an den Vorsitzenden der staatlichen Plankommission

13 Protokoll der Krim-Konferenz, SAIK 4, S. 232. Bereits in der am 13. 2. 1944 veröffentlichten Information über diese Konferenz war von der „größtmöglichen Wiedergutmachung“ die Rede.

14 Bericht des Vorsitzenden des Staatlichen Verteidigungskomitees in der Festsitzung des Moskauer Sowjets der Deputierten der Werktätigen gemeinsam mit den Partei- und gesellschaftlichen Organisationen der Stadt Moskau, 6. 11. 1944, in: Stalin, Krieg, S. 188.

15 Die ersten Vorschläge unterbreitete Majskij am 8. 3. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 7, d. 71, Bl. 3–5. Obwohl einen Monat später ein Gebäude der Alliierten Reparationskommission zugeteilt wurde, war dessen Vorbereitung auf die Kommissionsarbeit nicht abgeschlossen, als die amerikanischen Delegierten im Juni in Moskau eintrafen (vgl. Majskij an Molotov, 16. 6. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 7, d. 72, Bl. 4–6).

Voznesenskij schickte, blieb unbeantwortet.¹⁶ Zusammen mit zwei anderen Papieren¹⁷ leitete der mit keinerlei Befugnissen ausgestattete zukünftige sowjetische Vertreter in der Alliierten Reparationskommission dieses Memorandum, das auf die radikale Umgestaltung der deutschen Nachkriegswirtschaft zielte, drei Monate später an Molotov weiter.¹⁸ Doch blieb auch dort eine Antwort aus.

Verzögerte Reparationsverhandlungen

Erst am 14. März 1945, als das Außenkommissariat von der Ernennung Isador Lubins zum amerikanischen Vertreter in der Moskauer Alliierten Reparationskommission erfuhr,¹⁹ berief das Staatliche Verteidigungskomitee (GKO) Ivan Majskij zum sowjetischen Vertreter.²⁰ Nicht nur durch dieses Abwarten versäumte die UdSSR die Gelegenheit, die Verhandlungen noch mit Isador Lubin beginnen zu können.²¹ Auch der von Großbritannien und den USA unterstützte, aber von der UdSSR abgelehnte Wunsch Frankreichs, an den Beratungen dieser Kommission teilzunehmen, verzögerte die Arbeitsaufnahme der Alliierten Reparationskommission.

Zu dieser Verzögerung wäre es nicht gekommen, hätten nicht alle drei beteiligten Regierungen in diesem Moment aus je eigenen Motiven ein Interesse daran gehabt, die Arbeit in der Alliierten Reparationskommission zu verzögern. Die UdSSR bestätigte unmittelbar nach der Drei-Mächte-Konferenz selbständige Maßnahmen zur Wiedergutmachung der sowjetischen Kriegsschäden. Das GKO, das vor allem für Kriegs- und Wirtschaftsfragen zuständige höchste Machtorgan der UdSSR, richtete eine Sonderkommission für Deutschland ein. Diese sollte sich

16 Majskij an Voznesenskij, 30. 3. 1945, AVP RF, f. 0428, op. 1, p. 16, d. 130, Bl. 57–59.

17 Bei den beiden anderen Papieren, die durch Majskij am 1. Juni Molotov zugeleitet wurden, handelte es sich um die Arbeitsordnung der Kommission und die „Grundlinien des Reparationsplans für Deutschland“, die ein inhaltliches Arbeitsprogramm für die Kommission skizzierten.

18 Majskij, Über die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, o.D. [1. 6. 1945], AVP RF f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 23–29.

19 Majskij, Entwurf einer Note an die amerikanische und britische Regierung, 8. 3. 1945, AVP RF f. 07, op. 10, p. 7, d. 71, Bl. 8–9. Die offizielle Ernennung gab das State Department Lubins erst am 18. März bekannt, vgl. Department of State Bulletin, 18. 3. 1945, S. 434.

20 In seinem Schreiben an Molotov bezieht sich Majskij am 10. April auf die am 14. März erfolgte Berufung Saburovs zu seinem Stellvertreter. Mit Sicherheit kann davon ausgegangen werden, dass die Berufung Saburovs und Majskijs am selben Tage erfolgte.

21 Wenige Wochen nach Roosevelts Tod berief Truman dann am 27. April Edwin Pauley als dessen Nachfolger, vgl. Grew (State Department) an Harriman, 28. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1201–1202.

jedoch nicht mit dem vor seiner vollständigen Niederlage stehenden Deutschen Reich beschäftigen, sondern lediglich mit dem deutschen Eigentum in jenem Teil Europas, auf den die UdSSR Zugriff gewonnen hatte. Das Komitee stand unter Leitung des Spitzenfunktionärs Georgij Malenkov. Er sollte die umgehende Demontage der deutschen Industriebetriebe und die Sicherung des übrigen deutschen Eigentums koordinieren. Als die Rote Armee im April in die Reichsteile westlich von Oder und Lausitzer Neiße vorstieß, rückte der Abbau der dort angesiedelten Betriebe in den Mittelpunkt der Arbeit dieser Sonderkommission.²² Möglicherweise fürchtete Stalin, der Zusammentritt eines alliierten Gremiums könnte die Arbeit der Kommission gefährden. In Moskau nahm man in Kauf, dass die eigenmächtigen Reparationsentnahmen im sowjetischen Einflussbereich die Voraussetzung für eine zwischen allen Siegermächten abgestimmte Reparationsregelung gefährdeten, die der UdSSR Reparationslieferungen aus den Westzonen gesichert hätte.

Die Verantwortlichen in Washington und London waren indes weit von einem Versuch entfernt, die Reparationsverhandlungen mit der UdSSR zu beschleunigen, um deren eigenmächtiges Vorgehen zu verhindern. Gegen eine Reparationsvereinbarung mit der UdSSR wandte sich in diesen Tagen Cavendish-Bentinck, der den gemeinsamen Nachrichtendienst-Ausschuss des britischen Generalstabs leitete:²³

I sincerely trust that neither the Prime Minister nor the Secretary of State will ever put their names to any document regarding German reparations as it is quite clear that the Germans have neither the manpower at present nor the industrial capacity left to pay any reparations whatsoever. The problem will rather be whether we and the Americans can remain in occupation of half Germany which will be virtually a waste with starving inhabitants without having to bring food to keep the inhabitants alive and machinery to get the industries going again.

Im Foreign Office argumentierten lediglich Einzelne gegen eine britische Verweigerungshaltung in der Reparationsfrage und verwiesen auf die weitreichenden außenpolitischen Konsequenzen: „If we held fast to our opposition, it might prove to be a breaking-point and Ministers should decide whether we should allow it to be one.“²⁴

22 Jochen Laufer, Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945–1950, S. 31–78.

23 Bericht von Cavendish-Bentinck an Sir Alexander Cadogan, 8. 4. 1945, PRO, T 236/255.

24 Minutes of the third Meeting of the Committee on Reparation, 26. 4. 1945, PRO, FO 371, 45777.

Über wilde sowjetische Demontagen hatte US-Botschafter Harriman bereits Anfang April aus Moskau berichtet.²⁵ Einen Monat später zeichnete ein Bericht des britischen militärischen Geheimdienstes ein äußerst düsteres Bild von den Zuständen in den von der Roten Armee besetzten Gebieten.²⁶ Am Rande der Gründungsversammlung der UNO kam es am 8. Mai in San Francisco zu einem Gespräch Molotovs mit dem neuernannten amerikanischen Vertreter für die immer noch nicht zusammengetretene Alliierte Reparationskommission, Edward Pauley. Bei dieser Gelegenheit sprach Pauley die sowjetischen Demontagen in der SBZ an. Wider besseres Wissen versicherte Molotov, die sowjetische Regierung habe noch keinen Beschluss gefasst, lediglich die Militärs entnahmen gewisse Mengen an Material zur Befriedigung militärischer Bedürfnisse.²⁷ Die amerikanische und britische Besorgnis, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden könnten, versuchte Majskij am 14. Mai zu nutzen, um die Amerikaner zu einem Beginn der Reparationsverhandlungen zu drängen. Falls es zu weiteren Verzögerungen komme, erklärte er, bestehe die Gefahr einseitiger Schritte der an den Reparationen interessierten Staaten, welche sich nehmen würden, was sie bekommen könnten.²⁸

Majskijs Szenario beschrieb bereits die Wirklichkeit. In dem Maße, wie in den Wochen vor und nach der deutschen Kapitulation die vier Besatzungsmächte aus den von ihnen besetzten deutschen Gebieten eigenmächtig Industrieanlagen demontierten, technische Informationen sammelten oder auch Spezialisten verpflichteten, formierten sich vier unterschiedliche Reparationspolitiken in bzw. gegenüber Deutschland. Alle vier Mächte schufen damit noch vor dem Beginn der interalliierten Verhandlungen vollendete Tatsachen. Die Kommission hätte die Chance geboten, diese Entwicklung zu vereinheitlichen. Für den Fall ihres Scheiterns zeichneten sich früh weitreichende Konsequenzen ab: Die Uneinigkeit in der Reparationsfrage musste die wirtschaftliche und politische Einheit Deutsch-

25 Harriman an State Department, 6. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1191–1192: „[T]he Russians were already busily removing from Germany without compunction anything which they (found) it to their advantage to remove.“

26 Report by M.L.S., 12. 5. 1945, PRO, FO 371, 45778.

27 Unterredung Molotovs mit Harriman und Pauley in San Francisco, 8. 5. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 1–3. Unter Außerachtlassung der weitreichenden Konsequenzen (die auf eine reparationspolitische Teilung Deutschlands hinausliefen) erklärte Pauley in diesem Zusammenhang pragmatisch: Natürlich hätten die Russen Recht, Materialien zu entnehmen, doch dann stehe dieses Recht auch Amerikanern zu. Vgl. dazu auch die Aufzeichnung Bohlens, in FRUS, 1945, III, S. 1210. Bohlen schreibt die hier wiedergegebene pragmatische Erklärung nicht Pauley, sondern Molotov zu.

28 Kennan an State Departement, 15. 5. 1945, FRUS, 1945, III, 1212–1215.

lands in Frage stellen und für die Kriegsallianz zu einem der gefährlichsten Sprengsätze werden.

Die Arbeit der Alliierten Reparationskommission

Nachdem die Anti-Hitler-Koalition die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erzwungen hatte, suchten alle drei Regierungen nach Wegen zur Fortsetzung ihrer Zusammenarbeit. Am 18. Mai unterrichteten die Amerikaner das sowjetische Außenministerium über ihre Bereitschaft, die Verhandlungen in der Alliierten Reparationskommission zunächst ohne Frankreich zu beginnen.²⁹ Am selben Tage bestätigte Truman die Instruktion für Edward Pauley, der nun die Kommission statt Isador Lubin leitete. Sie zielte nicht auf Kompromisse, sondern auf die Durchsetzung amerikanischer Interessen in der Reparationsfrage.³⁰ Zehn Tage später berief Churchill Walter Monckton zum britischen Vertreter für die Moskauer Reparationsverhandlungen. Auch seine Instruktion ließ eine Einigung auf einen gemeinsamen Reparationsplan nur bei Unterordnung der UdSSR zu.³¹ Der amerikanische Botschafter in Moskau, Harriman, war im Voraus davon überzeugt, dass die USA die Sowjetunion durch ökonomischen Druck zu einer amerikanischen Interessen folgenden Politik zwingen könne.³² Eine noch härtere Haltung hatte George Kennan in Moskau eingenommen. In seiner Analyse der sowjetischen Reparationspolitik beurteilte er am 3. Mai eine Reparationsvereinbarung mit der Sowjetunion als völlig wertlos.³³

29 Unterredung zwischen Majskij und Kennan, 18. 5. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 9–12. Vgl. dazu auch PRO, FO 371, 45778, Roberts (Moskau) an FO, 19. 5. 1945 berichtet, dass die amerikanische Regierung ihr Einverständnis erklärt habe, die Arbeit der Alliierten Reparationskommission zunächst ohne Frankreich zu beginnen. Roberts hatte dazu bemerkt: „You will no doubt wish to reconsider our present insistence upon priority of French participation.“

30 Friedrich Jerchow, *Deutschland in der Weltpolitik 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und der Aufbau der deutschen Außenwirtschaft*, Düsseldorf 1978, S. 139.

31 Cairncross, *German Reparations*, S. 78: „The instructions to the delegation are not such as to hold out much prospect of agreement in Moscow.“ Die Überlegungen, die dieser Instruktion zugrunde lagen, sind ausführlich dargelegt bei Foschepoth, *Zwischen Jalta und Potsdam*, S. 699–701.

32 Bericht Harrimans vom 3. 4. 1945, FRUS, 1945, III, S. 1186–1187: „The Russians have shown little willingness to implement a number of Crimean decisions and I therefore see no reason why we should show eagerness in expediting decisions on reparations which is one subject to which the Soviet Government is most anxious to get us committed.“

33 Bericht Kennans vom 3. 5. 1945, in: FRUS, 1945, III, 1203–1205. Hervorhebung nicht im Original.

Dass die Westmächte Reparationsverhandlungen mit der UdSSR auch durch konstruktive Vorschläge hätten verhindern können, zeigte die sowjetische Reaktion auf die von Edward Pauley angeregte Inspektionstour der Kommission durch die Industriegebiete Deutschlands.³⁴ Zwar drängte Majskij seinen Außenkommissar, den Vorschlag für eigene Zwecke zu nutzen,³⁵ doch Molotov lehnte ab.³⁶ Die UdSSR war bereits zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, zur Erkundung der Möglichkeiten von Reparationsentnahmen aus den Westzonen Vertretern der Westmächte analoge Rechte in der SBZ einzuräumen. Ganz offensichtlich fürchtete sie eine Störung ihrer eigenmächtigen Entnahmep Praxis. Wenige Tage nachdem Majskij weisungsgemäß die Teilnahme an einer gemeinsamen Inspektionstour abgelehnt hatte, drängte er seinen Chef, die Reise sowjetischer Mitarbeiter nach Berlin zu gestatten, um dort statistisches Material zur deutschen Industrie sammeln zu können. In diesem Zusammenhang bemerkte er: „Es wäre sehr ärgerlich, wenn jetzt, nachdem sich Berlin in unseren Händen befindet, dies nicht genutzt würde, um aktuelle Angaben zu bekommen.“³⁷

In Bezug auf eine Reparationslösung für Deutschland als Ganzes stellte die unterbliebene gemeinsame Inspektionsreise eine versäumte Chance dar. Verschiedene westliche Berichte bestätigten, dass die Kriegszerstörungen der deutschen Industrie weitaus geringer ausgefallen waren als ursprünglich angenommen. So informierte P. Johnson Ende Mai nach einem Besuch des Ruhrgebiets: „[B]omb damage to machine tools and plants is much less than ... anticipated.“ Viele, auch große Werke seien intakt, z.B. Krupp-Reinhausen und DEMAG-Duisburg.³⁸ Als am 9. Juni in der britischen Reparationskommission dieser Bericht vorgetragen

34 Erlass an Kennan, 13. 5. 1945, FRUS, III, S. 1211.

35 Majskij an Molotov, 14. 5. 1945, AVP RF f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 4. Vgl. auch Moskau (Roberts) an Foreign Office, 16. 5. 1945, PRO FO 371, 45778, UE 2062: Kennan habe Majskij gestern vorgeschlagen, dass die Vertreter der drei Mächte in der Alliierten Reparationskommission die „Zonen“ besuchen sollten. Majskij sagte letztendlich zu, diese Idee seiner Regierung vorzulegen, da es um Inspektionstouren gehe, die die Arbeit der Kommission in Moskau erleichtern könnten.

36 Majskij an Molotov, 18. 5. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 9–12.

37 Majskij an Molotov, 29. 5. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 14–15.

38 Report by P. Johnson of the Economic Advisory Branch on „Bomb damage to machine tools and plants“, o.D. (Ende Mai 1945), PRO, T 236/256, Bl. 209. Als diese Abteilung Anfang Juni 1945 die möglichen Reparationsentnahmen schätzte, kam sie auf Zahlen, die mit den sowjetischen vergleichbar waren: insgesamt 6 287 Mill. \$. Dabei wurde von den Anschaffungspreisen 1938 ausgegangen, von denen unter Berücksichtigung der Abschreibung jedoch nur 40% angerechnet wurden (vgl. PRO, T 236/257, Bl. 16 f., 2. 6. 1945, Note of the Economic Advisory Branch: „Capital Plant value in the German Industries under consideration for reparations.“).

wurde, erläuterte einer der Besucher „that German industrial capacity in the American zone still represents something like 120% of its capacity of 1938“. Der britische Delegierte zu den Moskauer Verhandlungen zog daraus die Schlussfolgerung, dass große Reparationsentnahmen möglich seien.³⁹

Auch eine andere Möglichkeit, ihre Position bei den bevorstehenden Verhandlungen zu verbessern, wurde in Moskau nur unvollkommen genutzt. Es blieb dem amerikanischen Vertreter, Pauley, und seinem Stellvertreter, Lubin, überlassen, den Wunsch zu äußern, zerstörte Gebiete der UdSSR zu sehen. Majskij unterstützte diesen Wunsch und begleitete die beiden Amerikaner auf ihrer Exkursion nach Stalingrad. Die eintägige Erkundungsreise war bis ins Letzte organisiert. Von einer freien Bewegung der Amerikaner in dem zerstörten Gebiet konnte keine Rede sein.⁴⁰ Nach dem Bericht Majskijs gingen die Gedanken der Amerikaner die ganze Zeit zwischen Deutschland und Stalingrad hin und her. Sie zogen die Schlussfolgerung: „Die deutschen Ausrüstungen muss man den Russen geben.“ Als Lubin berichtete, dass die Bombenangriffe auf Deutschland zwar die Städte zerstört, aber die Industrieanlagen relativ wenig in Mitleidenschaft gezogen hätten, nutzte Majskij die Gelegenheit, um auf die bereits laufenden „Entnahmen“ (Demontagen) der UdSSR in den von ihr besetzten Gebieten einzugehen: Da seit der Krim-Konferenz bereits vier Monate vergangen seien und bis zur Fertigstellung und Bestätigung des Reparationsplans noch weitere Monate vergehen würden, halte es die sowjetische Regierung für nötig und unvermeidlich, die unter dem Gesichtspunkt der Befriedigung der Bedürfnisse der sowjetischen Bevölkerung wichtigsten Fabriken aus Deutschland vorfristig zu entnehmen. Dazu erklärte Pauley verständnisvoll:⁴¹

Ich verstehe ihre Lage. Ich verstehe, dass sie nicht bis zur Beendigung aller Formalitäten bei der Ausarbeitung und Bestätigung des Reparationsplans warten können. Ich bin nicht dagegen, dass sie schon jetzt Fabriken aus Deutschland entnehmen, aber man muss über alle Demontagen genau Buch führen.

39 Aufzeichnung Waleys, 9. 6. 1945, PRO, T 236/257, Bl. 180ff. Diese Einschätzung deckte sich mit den Erklärungen Pauleys gegenüber der *New York Times* vom 10. Juni, zit. bei Baggerley, S. 432 f.

40 Maiskij an Molotov, 12. 6. 1945 AVPRF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 13–20.

41 Majskij an Molotov, 18. 6. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 7, d. 72, Bl. 8–14. Hervorhebung nicht im Original.

Die Zufriedenheit der Verantwortlichen in Moskau mit dem Stalingrad-Besuch spiegelte sich am folgenden Tag in einer *Pravda*-Meldung, wo zu lesen war, wie stark die zerstörte Stadt die amerikanischen Besucher beeindruckt habe.⁴²

In Moskau griff man in diesen Wochen begierig alle Indizien auf, die den Eindruck erweckten, eine Einigung mit den Alliierten in der Reparationsfrage sei leicht möglich. Bereits am 17. Mai hatte die *Pravda* über Äußerungen Trumans auf einer Pressekonferenz berichtet, in denen der Präsident zwar einräumte, dass es sich bei der Reparationsfrage um eines der schwierigsten Probleme der Nachkriegsordnung handele, aber auch (ganz im Sinne der UdSSR) erklärte, dabei müsse es vor allem darum gehen, die Wiederaufrüstung Deutschlands für immer zu verhindern.⁴³ Wenige Tage vor der Eröffnung der Kommissionsverhandlungen berichtete dieselbe Zeitung dann auf Weisung Molotovs über Äußerungen Pauleys, dieser sähe keinerlei Schwierigkeiten, mit den Russen in der Frage der Reparationen zu einer Vereinbarung zu kommen.⁴⁴ Auch Majskij wiegte sich nach dem ersten Gespräch mit Pauley und Lubin am 12. Juni 1945 in Optimismus. Gegenüber Molotov urteilte er, die Aussichten auf eine Einigung seien nicht schlecht. Insbesondere Lubin sei sowjetophil gestimmt. Pauley finde Gefallen an dem Gedanken, die Ruhr unter internationale Kontrolle zu stellen, an der die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich beteiligt sein sollten. Beide Amerikaner gingen von der Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit aus und wollten die Herausbildung geschlossener Wirtschaftseinheiten in den einzelnen Zonen vermeiden. „[W]ie das gemacht werden soll, ist jedoch beiden nicht klar“, fügte Majskij abschätzig hinzu. Trotz aller Zuversicht war der sowjetische Vertreter in der Alliierten Reparationskommission vorsichtig genug, aus dem Gespräch keine Rückschlüsse auf die amerikanische Verhandlungsposition zu ziehen. „Private Unterhaltungen sind eine Sache, offizielle Dokumente, über die wir uns im Laufe von formellen Verhandlungen austauschen werden, sind eine andere Sache.“ Noch

42 *Pravda*, 15. 6. 1945. Pauley habe sich von den Zerstörungen sehr beeindruckt gezeigt und brachte während eines Essens einen Toast auf die heldenhaften Stalingrader aus.

43 *Pravda* 17. 5. 1945. Offensichtlich über die gleiche Pressekonferenz Trumans vom 16. 5. 1945 berichtete der britische Botschafter (Halifax) am 18. 5. aus Washington (FO 371, 45778, UE 2084). Danach hatte Truman erklärt: „A fair and workable settlement of reparations poses (is one) of the most difficult problems of the entire post-war adjustment. These questions are closely related to the task of insuring a lasting peace and for that reason the right answers will be vital to the security of America and the world. I personally concur to our own objectives as shared by Ambassador Pauley and Dr. Lubin: absolute insurance against German or Japanese rearmament – ever again – comes first with us.“

44 *Pravda*, 13. 6. 1945, Pauley-Erklärung gegenüber *Reuter* vom 9. 6. 1945.

sei nicht klar, wie sich britischer Einfluss auf die Amerikaner auswirken werde. Wahrscheinlich sei von britischer Seite die stärkste Opposition zu erwarten.⁴⁵

Erst am 21. Juni 1945, drei Wochen vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz, nahm in Moskau die Alliierte Reparationskommission ihre Arbeit auf. Seit dem Gründungsbeschluss auf der Krim-Konferenz waren vier Monate vergangen. Majskij war instruiert worden, strikt auf dem Boden des Jalta-Protokolls zu verhandeln, vorläufig keine neuen sowjetischen Vorschläge einzubringen, sondern vielmehr die Positionen der beiden Westmächte zu sondieren.⁴⁶ Zur Eröffnung der Kommission hatte die UdSSR zunächst nichts anderes anzubieten als jene Vorschläge, die sie bereits in Jalta den Verbündeten vorgelegt hatte.⁴⁷ Ein auf der ersten Sitzung überreichtes Memorandum fasste sie zusammen. Es bestimmte die Aufgaben der Kommission sehr ausführlich, und bezifferte wie in Jalta die sowjetischen Reparationsforderungen auf „nicht weniger als 50 Prozent“ einer Gesamtsumme aller Reparationsarten von ebenfalls „nicht weniger als 20 Milliarden Dollar“. Einzig neu war der Vorschlag, Restitutionen und Kriegsbeute (Trophäen) nicht in die Reparationsrechnung einzubeziehen.⁴⁸ Majskij versuchte, einer konkreteren Erläuterung dieser Vorschläge durch moralische Appelle auszuweichen: Es wäre menschlich verständlich und vielleicht sogar zu entschuldigen, erklärte er, wenn das sowjetische Volk Rache nehmen wollte. Doch ginge es nicht um Rache, sondern um Gerechtigkeit und Sicherheit. Daher fordere die UdSSR, dass Deutschland in größtmöglichem Umfang Wiedergutmachung leiste und dass man diesem Land gleichzeitig die Möglichkeit nehme, erneut über andere Völker herzufallen.⁴⁹

Deutschland soll leben, doch es muss ein für allemal unschädlich gemacht werden.

Bereits auf der ersten Sitzung kündigte Majskij, der den Kommissionsvorsitz übernommen hatte, die Vorlage eines spezifizierten sowjetischen Plans zur Gestaltung der deutschen Nachkriegswirtschaft an. Dieser sollte aufzeigen, aus welchen Zweigen der deutschen Wirtschaft wie viel Reparationen entnommen werden könnten und müssten, um das deutsche Kriegspotential zu beseitigen. Der Kommissionsvorsitzende sah sich jedoch durch die Passivität seiner Regierung gezwungen, die

45 Majskij an Molotov, 12. 6. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 13–16.

46 Diese bisher nicht zugängliche (mündliche oder schriftliche) Weisung ergibt sich eindeutig aus seiner anfänglichen Verhandlungsführung.

47 Foschepoth, *Zwischen Jalta und Potsdam*, S. 702.

48 Majskij an Molotov, 1. 6. 1945, übermittelt Memoranden Nr. 1–3, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 20–22.

49 Erste Plenarsitzung der Alliierten Reparationskommission, 21. 6. 1945, AVP RF, f. 017, op. 1, p. 6, d. 55, Bl. 4–11.

Vorlage dieses Vorschlags immer wieder zu verschieben; schließlich unterblieb sie im Rahmen dieser Kommission völlig.⁵⁰ Wie instrumentell in diesem Zusammenhang der Begriff „Kriegspotential“ gebraucht wurde, gestand Majskij intern indirekt ein:⁵¹

Selbst wenn man die dafür gegebene politische Begründung für an den Haaren herbeigezogen hält, so ist dennoch die Einbeziehung der von uns benötigten Polygraphie in das Kriegspotential unter einer praktischen Erwägung nützlich: ihre Entnahme ist so am leichtesten möglich.

Auch ohne Ermächtigung den sowjetischen Plan vorzulegen, ließ sich Majskij bereits in der Kommission von den darin formulierten Vorstellungen leiten. Ein britischer Beobachter fasste sie zutreffend folgendermaßen zusammen:⁵²

[G]eneral doctrine is that all industrial equipment is a form of war potential and that therefore all industrial equipment must be removed except such as is required to enable Germany to maintain a comparatively low standard of living.

Schnell gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Die Positionen der Beteiligten blockierten sich gegenseitig. Während Pauley und Monckton keine Gesamtsumme diskutieren wollten und auf einer Abstimmung von Reparationsprinzipien bestanden, verfolgte Majskij das entgegengesetzte Ziel. Er wollte eine Reparationssumme festschreiben.

Um diesen toten Punkt zu überwinden handelte der weltgewandte Sowjetdiplomate in diesen Tagen mit einem außergewöhnlichen Maß an Eigeninitiative. Am 30. Juni kam es zu einer inoffiziellen Kommissionssitzung. Der Kommissionsvorsitzende bestand weiterhin auf der Festsetzung einer Gesamtsumme für die Reparationsentnahmen, regte aber die Diskussion an, indem er fragte, ob „einmalige“ Entnahmen (Demontagen) den Hauptteil der Reparationen bilden würden. Dem stimmten seine Verhandlungspartner sofort zu, worauf sich der sowjetische Unterhändler nach der Position der Westmächte zur Übernahme von Anteilen, z.B. der Deutschen Reichsbahn, als mögliche Reparationsform erkundigte. Pauley und Monckton wichen aus. Majskij blieb gelassen. Von sich aus schnitt er die heikle Frage des Wechselkurses der Reichsmark zum Dollar an. So lange der Umfang der Reparationsleistungen in Dollar fixiert werden sollte, bestimmte dieser Kurs in entscheidendem Maße den Umfang der Reparationsentnahmen. Aus eigener Initiative schlug der Kommissionsvorsitzende vor, von dem 1938 gültigen Kurs,

50 Vgl. Philipp A. Baggerley, *Reparations, Security, and the Industrial Disarmament of Germany. Origins of the Potsdam Decisions*, Yale 1980, S. 446.

51 Majskij an Voznesenskij 23. 6. 1945, AVP RF, f. 017, op. 5, p. 3, d. 2, Bl. 27–28.

52 Turner (Moskau) an Foreign Office, 8. 7. 1946, PRO, FO 371, 45782, UE 2876.

der einen Dollar mit zweieinhalb Reichsmark bewertet hatte, auszugehen.⁵³ Dies wirkte gleichsam als „vertrauensbildende“ Maßnahme. Kerr, der britische Botschafter in Moskau, urteilte durchaus zufrieden: „This was a friendly and useful exchange of ideas though it will be observed that M. Maisky avoided expressing any decided views for his part.“⁵⁴

Erst im Anschluss an diese inoffizielle Sitzung traf sich Majskij mit Pauley. Gemeinsam gelang es ihnen, die Verhandlungsblockade aufzuheben. Eine Schlüsselrolle spielten dabei die *Vorschussreparationen*, worunter beide alle Reparationslieferungen vor der Einigung über einen gemeinsamen Reparationsplan verstanden. In Aussicht auf einen unmittelbaren Beginn von Reparationslieferungen aus den Westzonen stellte Majskij nun die sowjetische Forderung nach vorhergehender Fixierung der Reparationssumme zurück und zeigte sich bereit, über die von den Amerikanern gewünschten Reparationsprinzipien zu verhandeln. Noch bevor Pauley seinen Vorschlag zu den Vorschussreparationen offiziell eingebracht hatte, begann Majskij bei seinen eigenen Vorgesetzten für dessen Unterstützung zu werben: Der Vorschlag böte die Möglichkeit, in naher Zukunft mit Demontagen in den Westzonen zu beginnen. Die negative Seite bestehe jedoch darin, dass diese Lösung sich auch auf die sowjetische Zone erstrecken würde, denn Pauley betone immer wieder, dass in Bezug auf die Reparationen Deutschland als Einheit betrachtet werden müsse. Majskijs Erläuterung in dieser Sache legt das sowjetische Herangehen an die gemeinsame Reparationslösung bloß:⁵⁵

Könnte man nicht einen solchen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten finden, das Wichtigste aus unserer Zone in etwa anderthalb Monaten zu entnehmen und gleichzeitig in den Verhandlungen so zu manövrieren, dass der von Pauley vorgeschlagene Mechanismus faktisch nicht vor Mitte August funktioniert?

53 Majskij an Molotov, 2. 7. 1945, AVP RF f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 35–40. Schon beim ersten Zusammentreffen mit den Amerikanern am 12. Juni hatte Majskij festgestellt, dass diese bei ihrer Schätzung der Höchstgrenze der möglichen Entnahmen von fünf Milliarden Dollar von einem Dollar-Reichsmark-Kurs von 1 zu 4 ausgingen, während den sowjetischen Berechnungen ein Kurs von 1 zu 2,4 zugrundeliege (vgl. Majskij an Molotov, 12. 6. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 180, Bl. 13–16, hier Bl 15).

54 Kerr (Moskau) an Foreign Office, 1. 7. 1945, PRO, FO 371, 45781, UE 2783. Vgl. dazu auch Waley an Playfair, 29. 6. 1945, PRO, T 236/260, BL. 116 ff.: „On the Russian side we find Maisky an exceedingly good chairman, very conciliatory and quick as lightning in his reactions. He is a perfect person to deal with so long as you want the same thing as he wants, as soon as we start differing we shall, of course, run into a brick wall. But his knowing precisely what he wants and his great clarity of thought make him a pleasure to deal with.“

55 Majskij an Molotov, 2. 7. 1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 182, Bl. 49–54, hier Bl. 54.

Erreichbar sei – so berichtete Majskij seinem Volkskommissar weiter – auf jeden Fall eine Einbeziehung der Rüstungsindustrie in die Vorschussreparationen. Molotov wich einer Antwort auf diesen Bericht aus, beauftragte vielmehr Majskij, Stalin direkt um Weisung zu bitten.⁵⁶ Dass auch vom Vožd' eine Antwort ausblieb, interpretierte Majskij als Zustimmung. Jedenfalls setzte er seine selbständigen Sondierungen fort.

Während der sowjetische Kommissionsvorsitzende eine Einigung mit den Westmächten für möglich hielt, zeigte sich der langjährige Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Maksim Litvinov in diesen Tagen pessimistisch: Es sei vollkommen klar, dass im Westen die Tendenz vorherrsche, die Ruhrindustrie nicht zu zerstören, sondern sie unter internationale Verwaltung zu stellen, wobei sich die Kontrolle in den Händen der westlichen Staaten konzentrieren werde. Zwar könne man „unschwer“ eine Beteiligung, doch keineswegs die Vorherrschaft bei dieser Kontrolle erlangen. Eine solche könne ohnehin nie die Gefahr beseitigen, die das Ruhrgebiet als militärindustrielle Basis darstelle.⁵⁷

Sollte ein ernsthafter Konflikt zwischen uns und den westlichen Staaten heranreifen, dann werden weder ein uns überlassenes Aktienpaket, noch unsere Vertreter in Vorständen und technischen Mitarbeiterstäben die Westmächte daran hindern, das Ruhrgebiet erneut zu einer Basis für die militärische Aufrüstung und Versorgung der von ihnen als Alliierte einbezogenen Deutschen oder für ihr eigenes militärisches Potential zu machen.

Deshalb müsse man auf vollständiger Demontage der Industrieanlagen im Ruhrgebiet bestehen. Nur wenn dies unmöglich sei, solle man auf eine Beteiligung an der internationalen Ruhrkontrolle eingehen, dies aber mit der Forderung nach Demontagen der wichtigsten Werke verbinden. Die entscheidende Frage, wie dies zu erreichen sei, ließ Litvinov allerdings unbeantwortet.

Nachdem es Majskij gelungen war, Verhandlungen zu initiieren, konzentrierten sich Briten und Amerikaner auf die von Pauley bereits auf der ersten Sitzung am 21. Juni vorgestellten Reparationsprinzipien.⁵⁸ Schon am 6. Juli einigte sich die Kommission, vorbehaltlich der Zustimmung der Regierungen, auf eine gemeinsame Fassung dieser Grundsätze.⁵⁹ Pauley hatte zuvor versichert, dass er die schnellstmögliche Lieferung von Reparationen aus der amerikanischen Zone wün-

56 Majskij an Stalin, 2. 7. 1945 AVP RF, f. 017, op. 5, p. 3, d. 2, Bl. 29. Übermittelt den Bericht an Molotov vom selben Tage.

57 Litvinov, Über das Ruhrgebiet, 5. 7. 1945, in: Udf 2, S. 44–48, hier S. 47.

58 Majskij an Molotov, 2. 7. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 46. Zur erstmaligen Vorstellung der Prinzipien vgl. Plenarsitzung der Alliierten Reparationskommission, 21. 6. 1945, AVP RF f. 017a, op. 1, p. 6, d. 55, Bl. 4–11.

59 Majskij an Molotov, 10. 7. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 63–65. Vgl. auch den Bericht Pauleys vom 6. 7. 1945, FRUS, Potsdam, I, S. 527–528.

sche.⁶⁰ Wahrscheinlich basierte das Eingehen des sowjetischen Kommissionsvorsitzenden auf die Reparationsprinzipien auf dieser Ankündigung Pauleys.

Als Molotov am 9. Juli 1945 eine Beratung zur Arbeit der Alliierten Reparationskommission einberief, an der drei Mitglieder des Staatlichen Verteidigungskomitees (Malenkov, Berija und Voznesenskij) teilnahmen, ging es allerdings nicht um die Reparationsprinzipien, sondern um den von Pauley am 4. Juli mündlich in der Kommission dargelegten Vorschlag zum sofortigen Beginn der Entnahmen (Demontagen) in *allen* Zonen Deutschlands. Dieser sah nach dem Bericht Majskij vor, (1) sofort einen speziellen Unterausschuss in Berlin einzurichten, in dem alle Kommissionsmitglieder – also zum gegebenen Zeitpunkt ohne Frankreich – vertreten sein sollten, (2) eine Liste der Industriezweige zu bestätigen, aus denen die Entnahme von Vorschussreparationen sofort beginnen könne, und deren ungefähren Umfang als Maßgabe für den Berliner Unterausschuss zu bestimmen, (3) durch die Empfängerländer die unaufschiebbaren Reparationsforderungen auflisten zu lassen, über deren Erfüllung der Berliner Unterausschuss zu entscheiden hätte und (4) alle Vorschussreparationen auf dem Reparationskonto der Empfängerländer anzurechnen.⁶¹ Dieser Vorschlag würde, erklärte der Kommissionsvorsitzende, „uns den Weg zu gewissen Entnahmen aus der *anglo-amerikanischen Zone* in allernächster Zeit ebnen ... Natürlich würde auch unsere Zone in die Sphäre der Zuständigkeit dieses Unterausschusses eingehen, das sollte uns allerdings, wie mir scheint, im gegenwärtigen Stadium nicht vor allzu große Schwierigkeiten stellen.“⁶² Zum ersten Mal stand die sowjetische Führung damit vor der heiklen Frage, im Gegenzug zum Erhalt von Reparationen aus den Westzonen die eigene Zone zu öffnen. Die Teilnehmer der Beratung am 9. Juli stimmten den Überlegungen Majskijs ebenso zu wie einer überarbeiteten Fassung des sowjetischen Entwurfs für einen deutschen Reparationsplan. Sie waren jedoch vorsichtig genug, ihre Beschlüsse von der endgültigen Einwilligung Stalins abhängig zu machen.⁶³ Aber der Vožd' verweigerte auch dem Vorschlag zu den Vorschussreparationen seine Unterstützung.

Damit konnte Majskij in der Kommission weder den Reparationsprinzipien noch dem Vorschlag zu den Vorschussreparationen zustimmen. Pauley begann unnachgiebig zu werden. Er legte nun selbst eine schriftliche Variante seines Vorschlags vor, wodurch die von Majskij präsentierte frühere Fassung hinfällig wurde. Jetzt war bei den Vorschussreparationen von Beschränkungen und Vorbedingun-

60 Baggerley, Reparations, S. 456.

61 Majskij: Über Vorschussreparationen aus dem Nationalvermögen, 9.7.1945, AVP RF, f. 06, op. 7, p. 18, d. 182, Bl. 130–131.

62 Ebd. Hervorhebung nicht im Original.

63 Majskij an Stalin, 9. 7. 1945 AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 57–62.

gen die Rede. Sie sollten sich nicht nur auf die „sofort“ beginnenden Vorschussreparationen aus den Westzonen, sondern auch auf die bereits laufenden Reparationsentnahmen aus der SBZ beziehen. Die letzte Entscheidung über alle Reparationsentnahmen sollte einem alliierten Gremium mit Vetorecht übertragen werden.⁶⁴ Darüber hinaus war die vorhergehende Verpflichtung aller vier Besatzungsmächte vorgesehen, über sämtliche „Entnahmen“ seit der Besetzung zu berichten.⁶⁵

Der Kommissionsvorsitzende kam jetzt in eine schwierige Lage. Seine informelle Absprache mit Pauley geriet ins Wanken. Am 10. Juli überschlugen sich dann Majskijs Aktivitäten. An diesem Tag richtete er sechs (!) Schreiben zu den drei grundlegenden Bereichen der bisherigen Arbeit der Kommission (den Vorschussreparationen, den Reparationsprinzipien und zur Aufteilung der Reparationssumme) an Molotov, führte mindestens ein Telefongespräch mit dem Volkskommissar und nahm erneut an einer internen Beratung zur Reparationsfrage teil. Er wusste, dass es jetzt um Erfolg oder Misserfolg ging. Monckton und Pauley beabsichtigten, am 12. bzw. 13. Juli nach Berlin zu fliegen. Der Kommission blieb nur noch wenig Zeit. Zudem hatten die beiden westlichen Delegationsleiter ihre Absicht bekundet, auf der kommenden Sitzung Beschlüsse zu fassen.⁶⁶

Unter diesem Druck sah sich Ivan Majskij gezwungen, das Taktieren in der Frage der Reparationsprinzipien gegenüber Molotov offenzulegen.⁶⁷ Für erklärungsbedürftig hielt er lediglich zwei Punkte. Zum einen das Recht der einzelnen Zonenoberbefehlshaber, Modifikationen am Reparationsplan vornehmen zu können, zum anderen das „first charge principle“, das den deutschen Exporten Vorrang gegenüber den Reparationen einräumte. Eine Anwendung dieses Prinzips

64 Majskij an Molotov, 10. 7. 1945, ebd., Bl. 78–81. Übermittelt russische Übersetzung des amerikanischen Vorschlags. Dort hieß es in Punkt 3 d): Unter folgenden Bedingungen kann jede der Besatzungsmächte Betriebe und Industrieanlagen ihrer Besatzungszone aus all den Industriezweigen, die in der von der Alliierten Reparationskommission bestätigten Liste aufgeführt sind, ausführen oder zur Ausfuhr freigeben: (1) Bei Entnahmen zu eigenen Gunsten wird der entsprechende Zonenoberbefehlshaber den Unterausschuss der Kommission in Berlin im Voraus über die Ausfuhr benachrichtigen, damit dieser Ausschuss die Möglichkeit hat, ein Veto gegen diese Ausfuhr einzulegen; (2) Entnahmen zugunsten anderer Staaten aus den einzelnen Besatzungszonen erfolgen nur auf Weisung des Unterausschusses.

65 Ebd. In Punkt 7 hieß es: Vor dem Beginn der Vorschussreparationen ist es notwendig, Einigkeit darüber herzustellen, dass jede der Besatzungsmächte innerhalb von sechs Monaten nach der Unterzeichnung dieses Dokuments eine Bilanz vorlegt über sämtliche Güter, die aus Deutschland seit der Besetzung entnommen wurden.

66 Majskij an Molotov, 10. 7. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 82–83.

67 Majskij an Molotov, 10. 7. 1945, ebd., Bl. 63–65.

hätte so lange Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion verhindert, bis eine ausgeglichene deutsche Außenhandelsbilanz erreicht war. In beiden Punkten hielt Majskij einen Kompromiss für möglich: Das Revisionsrecht sollte nicht den Zonenoberbefehlshabern, sondern nur den Regierungen eingeräumt werden – was an der Sache selbst nichts änderte. Den Exporten wollte er lediglich gegenüber den Reparationen aus der laufenden Produktion Priorität einräumen, nicht aber in Bezug auf die Demontagen. Majskij hielt die grundlegenden sowjetischen Interessen dadurch für ausreichend geschützt und empfahl eine Bestätigung der ausgehandelten Reparationsprinzipien. Dazu kam es in Moskau jedoch nur teilweise. Die sowjetische Regierung sperrte sich, den Vorrang der Importbezahlung vor den Reparationslieferungen hinzunehmen. So konnte die Kommission lediglich sieben der von Pauley vorgeschlagenen acht Prinzipien bestätigen.⁶⁸

Dennoch vollzog sich seit dem 10. Juli eine Verhärtung der sowjetischen Position in den Reparationsverhandlungen, als man in Moskau außerhalb der Alliierten Reparationskommission die Definition der Kriegsbeute, der Restitutionen sowie den für die Reparationsabrechnung anzuwendenden Wechselkurs zwischen Reichsmark und Dollar bestimmte. Was die UdSSR unter Kriegsbeute verstand, definierte eine Beratungsrunde, die am 10. Juli im Außenkommissariat stattfand. Sie wollte nicht nur Waffen, sondern sämtliche Güter in diese Kategorie subsumieren, die zu militärischen Zwecken genutzt und vor dem 9. Mai 1945 entnommen worden waren. Dieser Begriff war ebenso umfassend wie seine zeitliche Eingrenzung irrelevant, da keine Möglichkeiten zu ihrer Verifikation bestanden. Die gleiche Runde bestimmte auch den Begriff „Restitution“. Darunter wollte man nicht nur die Rückgabe identifizierbarer, vom Feind „entnommener“ Güter verstehen, sondern auch den Ersatz für derartigen Raub.⁶⁹ Unbedacht blieb, dass eine solche Bestimmung mit hoher Wahrscheinlichkeit Reparationslieferungen durch Restitutionsansprüche blockieren würde, da man bei allen Demontagen für Reparationszwecke zunächst hätte prüfen müssen, ob es sich nicht um Restitutionsgut handelte.

Weit größere Sprengkraft besaß die Bestimmung des Wechselkurses. Noch am 10. Juli wies Molotov den Kommissionsvorsitzenden telephonisch an, bei den Verhandlungen über die zukünftige Reparationsabrechnung nicht wie ursprünglich vorgeschlagen von dem offiziellen Wechselkurs der beiden Währungen von 1938 (1 zu 2,5) auszugehen, sondern einen Dollar mit dreieinhalb Reichsmark zu

68 Ebd., vgl. auch Monckton (Moskau) an Foreign Office, 7. 7. 1945, PRO, FO 371, 45782, UE 2874. Zum Beginn der Potsdamer Konferenz legte Truman am 17. Juli die in Moskau vereinbarten acht Reparationsprinzipien vor, von denen lediglich das „First-Charge-Principle“ als strittig gekennzeichnet war, vgl. DzD, II, 1, S 628–629.

69 Majskij an Molotov, 11. 7. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 17, d. 223, Bl. 85–87.

bewerten. Der Kommissionsvorsitzende, der den Kurs 1 zu 2,5 seinen westlichen Kollegen bereits vorgeschlagen hatte, widersprach in schriftlicher Form. Er erinnerte daran, dass eine solche Neufestsetzung des Kurses den Umfang der Reparationen wesentlich erhöhen würde⁷⁰ und äußerte Zweifel, ob es möglich sei, dafür zusätzliche Reparationsquellen zu finden. Er verwies darauf, dass die Veränderung im Widerspruch zu Molotovs eigener Forderung stünde, den Umfang der vorgeschlagenen Demontagen leicht zu senken. Auch aus den jährlichen Lieferungen ließen sich keine weiteren Quellen für Reparationsentnahmen finden. Majskij deutete auch an, dass der zu erwartende Streit über den Umtauschkurs die praktische Realisierung der Reparationen verzögern könnte. Jedoch bewegten all diese Argumente den Außenkommissar nicht zum Einlenken.

Es kennzeichnet die Dramatik des 10. Juli für die sowjetische Reparationspolitik, dass eben an diesem Tage auch der Beauftragte der GKO-Sonderkommission für Deutschland, Maksim Saburov, einen Bericht über die Demontagen der UdSSR aus den von ihr besetzten deutschen Gebieten (östlich von Oder und Neiße) vorlegte. Dieser Bericht ist ebenso kurz wie aufschlussreich. Er basierte auf Mengenangaben (gemessen in der Zahl der Eisenbahnwaggons) der Volkskommissariate und des GKO über die demontierten Güter. Die Waggonangaben wurden nach der deutschen statistischen Bemessung von 1928 auch in Gewichts- und Werteinheiten ausgedrückt. Danach waren bis zum 9. Mai 1945 48 000 Waggonladungen mit Ausrüstungen aus Deutschland in die UdSSR verbracht worden. Das waren etwa 550 000 Tonnen mit einem Wert von 203 Millionen Dollar. Bis zum 8. Juli 1945 war die Menge auf etwa 4 Millionen Tonnen gestiegen, was einem Wert von 1,480 Milliarden Dollar entsprach.⁷¹ Die Größenordnung dieser ersten Reparationsentnahmen innerhalb des kurzen Zeitraums von etwa zehn Wochen lässt sich durch einen Vergleich verdeutlichen: Auf dem Höhepunkt der Lend-Lease-Lieferungen hatte die UdSSR im Dezember 1943 in einem Monat 600 000 Tonnen amerikanische Hilfsgüter erhalten. Hochgerechnet entsprach diese Menge lediglich einen Drittel der Entnahmen aus der SBZ in den ersten zehn Wochen der sowjetischen Besatzung.⁷² Diese Angaben, die das außerordentlich große Ausmaß und das hohe Tempo der sowjetischen Demontagen in der SBZ belegen, wurden gegenüber den Westmächten verschwiegen. Diese unsinnige Geheimhaltungspolitik in Bezug auf Handlungen, die weder den Deutschen noch den Westmächten verborgen bleiben konnten, bewirkten das Gegenteil des gewünschten Effekts. Sie trugen nicht zu einer Verschleierung der sowjetischen

70 Majskij an Molotov, 10. 7. 1945, AVP RF, f. 017, op. 1, p. 6, d. 61, Bl. 55–57. Die von Molotov geforderte Veränderung hätte die Reparationsleistungen um 40 Prozent erhöht.

71 Saburov u. a. an Molotov, 10. 7. 1945, in: UdF 2, S. 54–55.

72 Vgl. Anm. 124.

Beuteaktionen bei, sondern ließen die Vermutungen über deren Umfang in die Höhe schießen.

Bezeichnenderweise basierten die Berechnungen dieser ersten sowjetischen Entnahmen auf einem Umrechnungskurs des Dollars zur Reichsmark von 1 zu 4,20.⁷³ Der Dollarwert aller Entnahmen hätte sich also bei dem von Majskij befürworteten Kurs von 1 zu 2,5 annähernd verdoppelt. Damit bekam der innersowjetische Streit um den anzuwendenden Umtauschkurs neue Nahrung. Bereits am 11. Juli setzte Molotov eine hochrangige Expertenkommission ein, die innerhalb von zwei Tagen einen Dollar-Reichsmark-Kurs begründen sollte.⁷⁴ Erst am 23. Juli legte dann Mikojan einen Bericht vor, welcher die Kompromissmöglichkeiten mit den Westmächten weiter einengte. Er empfahl für die Bewertung der einmaligen Entnahmen von einem Dollar-Reichsmark-Kurs von 1 zu 4 und für die Berechnung der jährlichen Entnahmen von den Weltmarktpreisen von 1938 auszugehen.⁷⁵ Auch dieser Empfehlung folgte Stalin in Potsdam nicht vollständig. Dort veranlasste er, in dem am 23. Juli vorgelegten Reparationsplan einen Dollar-Reichsmark-Kurs von 1 zu 3,5 anzuwenden.⁷⁶

Während sich die sowjetische Presse insgesamt über die Ergebnisse der Moskauer Reparationsverhandlungen ausschwieß, resümierte *Novoe Vremja*, die Nachfolgerin von *Vojna i rabočij klass*, am 15. Juli die fortbestehenden Aufgaben der Reparationspolitik:⁷⁷

Schon während des Krieges wurde von sowjetischer Seite wiederholt erklärt, dass man das deutsche Volk, den deutschen Staat nicht mit der Hitler-Clique identifizieren darf, dass die freiheitsliebenden Völker in keiner Weise beabsichtigen, Deutschland zu vernichten. [...] Das bedeutet jedoch nicht, dass das deutsche Volk von seiner Verantwortung für den Krieg und insbesondere von seiner Verantwortung für die gewaltigen Schäden, die es den Ländern, die Opfer der deutschen Aggression wurden, verursacht hat, freigesprochen wird. Dieser Schaden muss gemäß den Beschlüssen der Krim-Konferenz durch Sachleistungen in größtmöglichem Maße wiedergutmacht werden.

73 Ebd.

74 Der Kommission gehörten unter Vorsitz von Mikojan der Chef von GOSPLAN Voznesenskij, Finanzkommissar Zverev, der Chef der statistischen Zentralverwaltung Starovskij, der stellvertretende Vorsitzende der GOSBANK Čečulin sowie Varga und Majskij an (AVP RF, f. 017, op. 3, p. 2, d. 2, Bl. 14).

75 Mikojan an Molotov, 23. 7. 1945, AVP RF, f. 07, op. 10, p. 7, d. 72, Bl. 62–64.

76 Vorschlag der sowjetischen Delegation, 23. 7. 1945, DzD II, 1, S. 673–675, hier S. 674, Punkt 6.

77 *Novoe Vremja*, 1945, 4 (14), 15. 7. 1945, Soveščanie Trech i germanskij vopros [Die Bedrängung der Drei und die deutsche Frage].

In diesem Zusammenhang verwies das Blatt auf die „jämmerlichen Erfahrungen der Reparationskomödie nach dem Ersten Weltkrieg“. Damals hätten sich die deutschen Imperialisten aufgrund einer verfehlten Politik der Westmächte den Reparationsleistungen entziehen können. Für diese „unheilvolle Politik“ hätten die Völker zu teuer bezahlt, als dass sie einer Wiederholung zustimmen könnten. Doch schon jetzt seien einflussreiche Geschäftskreise in den alliierten Staaten bemüht, ihre Kontakte nach Deutschland wiederherzustellen. Blätter wie die *Times* unterstützten diese Entwicklung, indem sie den Erhalt der deutschen Produktionskapazitäten forderten. Doch auch ohne die deutsche Wirtschaft würden die Völker Europas ihr Lebensniveau sichern können. Die Reparationspolitik gegenüber Deutschland sei ein Weg dazu.⁷⁸

Der Begriff *Lebensniveau* hatte in der Sowjetunion unmittelbar nach dem Krieg einen besonderen Klang. Im Dezember 1945 weilte eine Propagandistengruppe des ZK der VKP (b) im Ščekinsker Rajon des Tulaer Gebiets, das sich in relativer Nähe zur sowjetischen Hauptstadt befindet. Die Ergebnisse der Inspektion beunruhigte die Moskauer Parteizentrale: Leibwäsche war so gut wie nicht vorhanden oder zerschlissen und verschmutzt; monatelang erhielten die Arbeiter keine Seife, lebten in überfüllten Wohnheimen und mussten dort ein Zehntel des Monatslohns für eine Schlafstätte bezahlen. Am Tag erhielten sie 1200 Gramm Brot von sehr schlechter Qualität. In Ermangelung von Bratenfett, so hieß es, würden die Backformen mit Erdöl bestrichen.⁷⁹ Armut kennzeichnete nicht nur die Lebenslage der sowjetischen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg,⁸⁰ sie prägte auch die Planungen und Entscheidungen zur sowjetischen Reparationspolitik.

2. Stalins Deutschlandpolitik nach dem Sieg

Trotz aller Unbeweglichkeit in der Reparationspolitik prägte in der deutschen Frage ein pragmatischer Ansatz die sowjetische Politik gegenüber den USA und Großbritannien nicht nur während des gesamten Kriegsverlaufs, sondern auch nach dessen Ende. Die beiden Westmächte blieben zugleich antagonistische Gegner in der sowjetischen Ideologie wie Partner in der Politik, um Siegerrechte

78 Ebd.

79 Zubkova, *Russia after the war*, S. 35–36.

80 Vgl. dazu Bernd Bonwetsch, *Arme Sieger. Die Sowjetunion von 1945–49*, in: Gabriele Dietz (Hg.), *Trümmer, Träume, Truman. Die Welt 1945–49*, S. 145–152.

durchzusetzen. Außenstehende nahmen schon bald eine „opportunistische Zickzack-Politik“ Stalins wahr.⁸¹

Nach dem Sieg deckten sich Stalins öffentliche Äußerungen zu Deutschland selten mit seinen internen Weisungen zur Besatzungspolitik in der SBZ. Die Diskrepanz wuchs auch dadurch, dass sich zwar beide auf dasselbe Land, aber selten auf die gleichen Vorgänge bezogen. Weisungen des Kremlchefs zu den einzelnen Sachfragen der Besatzung erfolgten nur sporadisch und oftmals verspätet. Unter diesen Bedingungen – wo prinzipiell alles klar schien, aber konkret vieles höchst unsicher war –, mussten seit April 1945 sowjetische Funktionäre im Osten Deutschlands agieren. Sie wurden unterstützt durch deutsche Politemigranten aus Moskau und umgeschulte Kriegsgefangene aus dem NKFD. Gemeinsam waren sie in drei „politischen Arbeitsgruppen“ den drei westlich der Oder operierenden sowjetischen Fronten (Heeresgruppen) zugeordnet. Sie begriffen sich selbst als *Initiativgruppen* der KPD.⁸² Die Arbeit der sowjetischen Funktionäre und ihrer deutschen Unterstützer wurde von Bevollmächtigten der sowjetischen Partei, Armee, Geheimdienste und Ministerien geleitet, die nur in den seltensten Fällen direkten Kontakt zu Stalin hatten. In unterschiedlichem Maße mussten sie aus eigener Initiative handeln. Sie orientierten sich dabei an einer „politischen Linie“, die sie Stalin zuschrieben.⁸³ Ihnen allen drohte permanent, für Misserfolge einer Politik verantwortlich gemacht zu werden, die sie selbst nur in der Ausführung mitbestimmen und niemals kritisch diskutieren konnten.

Zu den wichtigsten Bevollmächtigten, die Stalins Deutschlandpolitik verwirklichten, gehörte Vladimir Semenov. Wohl nicht erst im Rückblick stand für ihn fest, dass der sowjetische Führer die Nachkriegsordnung Deutschlands und der Welt niemals aus dem Blick verlor. Der Kremlchef habe gewusst, dass man einen Krieg gewinnen und den Sieg auf internationalen Konferenzen wieder verspielen

81 Im US-Senat wurde im August 1947 von einer „zigzagging opportunist policy“ der UdSSR gesprochen, vgl. *New York Times*, 21. 8. 47.

82 Diese Gruppen wurden geleitet von Walter Ulbricht (1. Belorussische Front) mit Schwerpunkt Berlin, von Anton Ackermann (1. Ukrainische Front) mit Schwerpunkt Dresden und Gustav Sobotka (2. Belorussische Front) mit Schwerpunkt Greifswald, vgl. Gerhard Keiderling (Hg.), „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993, S. 33.

83 Vgl. Ralf Possekel, Strukturelle Grausamkeit. Die sowjetische Internierungspolitik in Deutschland als Produkt sowjetischer Herrschaftspraktiken 1945–1950, in: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956, hg. von K.D. Müller u. a., Weimar 1998, S. 225–253, hier S. 251.

konnte. Daraus leitete Semenov die zentrale Aufgabe der sowjetischen Politik in Nachkriegsdeutschland – also die von Stalin bestimmte „politische Linie“ – ab:⁸⁴

Nachdem wir den aggressiven deutschen Imperialismus im Kriege besiegt hatten, mussten wir ... ihn innerhalb Deutschlands ... besiegen, was bedeutete, die gesamte politische, staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Ordnung zu verändern, eine solche Umwälzung herbeizuführen, dass Deutschland auch nach einem halben Jahrhundert oder länger nicht als militaristische Macht wiedererstehen konnte.

Es wird noch darauf einzugehen sein, ob wirklich das gesamte Deutschland gemeint war, wenn man in Moskau oder Ost-Berlin seit Mai 1945 von diesem Land sprach, oder nur dessen von der UdSSR besetzter Teil. Doch stand bereits fest: Für die Wahrung der sowjetischen Position in Deutschland würden die deutschen Kommunisten sowie die nationale Frage sehr früh eine entscheidende Bedeutung gewinnen. Schon am 9. Mai 1945 wandte sich Stalin deshalb sowohl an die sowjetische wie an die deutsche Bevölkerung, aber ebenso an seine Koalitionspartner, um zu erklären:⁸⁵

Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerschneiden oder zu vernichten.

Diese Erklärung deckte sich mit vorangegangenen propagandistischen Äußerungen aus Moskau, widersprach aber ebenso den Planungen des Außenkommissariats wie den späteren Handlungen sowjetischer Diplomaten, Militärs und Sicherheitsfunktionäre. Dafür, dass sie darauf zielte, ganz Deutschland unter sowjetischen Einfluss zu bringen,⁸⁶ finden sich keine überzeugenden Beweise. Vom Sondergesandten des amerikanischen Präsidenten, der sich zur Koordinierung der Nachkriegspolitik beider Mächte in die sowjetische Hauptstadt begeben hatte, auf diese Worte angesprochen, bestritt der Kremlchef alle über die SBZ hinausgehenden Ambitionen: Er habe sich erst geäußert, nachdem „der sowjetische Vorschlag zur Aufgliederung Deutschlands auf der Krim-Konferenz abgelehnt worden“ sei. Stalin stimmte der Feststellung Hopkins' zu, dass die UdSSR noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe, „ob Deutschland aufzugliedern oder nicht aufzugliedern“ sei.⁸⁷

84 Semjonow, *Diplomatische Mission*, S. 200.

85 Ansprache Stalins, 9. 5. 1945, in: Stalin, *Krieg*, S. 218–219.

86 Vgl. Wettig, S. 78.

87 Unterredung zwischen Stalin und Hopkins, 28. 5. 1945, in: Udf 2, S. 11–16, hier S. 14. Hopkins hatte insbesondere der Feststellung Stalins widersprochen, die USA hätten eine Entscheidung gegen die Teilung getroffen: „I told him that he must not assume that the United States is opposed to dismemberment because he may learn from you that just the opposite was the case. He then said that dismemberment was a matter which the three Al-

Reale Entwicklungen bestätigen eine solche Offenheit nicht: Da die sofort nach dem Einmarsch der Roten Armee eingeleitete Erschließung der Uranvorkommen im Süden der SBZ zur unabdingbaren Voraussetzung für den Bau der sowjetischen Atombombe wurde,⁸⁸ hätte jeder Verzicht auf die alleinige Kontrolle über den Abbau der Vorkommen dieses Ziel gefährdet. Vergleichbare Anstrengungen unternahm sowjetische Bevollmächtigte auch in anderen Bereichen, um sich in „ihrer“ Zone die Ergebnisse der deutschen Rüstungsforschung nutzbar zu machen.⁸⁹

Der Kremlchef hatte im Frühjahr 1945 jeden militärischen Vorstoß über die 1944 ausgehandelten Grenzen des sowjetischen Besatzungsgebiets hinaus verhindert. Ebenso unterließ er zunächst jede direkte Unterstützung revolutionärer Aktivitäten in den westlichen Besatzungszonen und in den Teilen Europas, die er als Einflussgebiet der Westmächte anzuerkennen bereit war.⁹⁰ Die Aggressivität seiner Politik richtete sich nach 1945 nicht gegen die Westmächte. Sie blieb bezogen auf seinen neu gewonnenen Herrschaftsraum, dem er seine Friedensordnung, die Pax Sovietica, aufzwingen wollte. Der Kremlchef konzentrierte sich darauf, den Einfluss anderer Mächte in allen Ländern und Landesteilen, die sich innerhalb dieses Raumes befanden, vollständig zu kontrollieren. Dabei setzte er nicht allein auf militärische Stärke der UdSSR, sondern auf die Zusammenarbeit mit all jenen einheimischen Kräften, die nach dem Krieg eine tiefgreifende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebten, insbesondere den kommunistischen Parteien.

Die KPD und die Sicherung der sowjetischen Position in Deutschland

Am stärksten in Richtung Auseinanderentwicklung der Besatzungsgebiete wirkte die sowjetische Umgestaltungspolitik im Osten Deutschlands. Mit Hilfe der bereits vorgestellten *Initiativgruppen* übergaben sowjetische Stellen sofort nach der Besetzung Verwaltungsfunktionen in Städten und Gemeinden der SBZ an Personen, die das Vertrauen der sowjetischen Besatzungsmacht besaßen. Dadurch ge-

lies must settle among themselves and that he would keep an open mind in regard to it.“

Vgl. Hopkins an Truman, o.D. [Juni 1945], in: Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins. An Intimate Story*, New York 1950, S. 904.

88 Holloway, *Stalin and the Bomb*, S. 108–112, vgl. auch Rainer Karlsch/Zbynek Zeman, *Urangeheimnis*, Berlin 2002, S. 26–29.

89 Vgl. Burghard Ciesla/Christoph Mick/Matthias Uhl, *Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945–1948). Flugzeug- und Raketenentwicklung im Military-Industrial-Academic-Complex der UdSSR*, in: Karlsch/Laufer, S. 187–226.

90 Vgl. Wilfried Loth, *Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges*, in: HZ 238 (1984), S. 611–631.

lang nicht nur die Zurückdrängung der seit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes gebildeten, teilweise aus dem Widerstand hervorgegangenen *Antifa*-Ausschüsse.⁹¹ Es kam auch zu einer starken politischen Aktivierung, insbesondere in Berlin,⁹² das bis Anfang Juli 1945 allein von der Roten Armee besetzt war. Schon Ende Mai 1945 gab Stalin dem von sowjetischen Stellen unterstützten Drängen Walter Ulbrichts nach, in der SBZ schnell politische Organisationen zuzulassen.⁹³ Doch der *Vožd'* folgte nicht dem Vorschlag, dazu eine einheitliche Massenorganisation zu schaffen, sondern entschied sich am 26. Mai für die Zulassung mehrerer Parteien. Ohne Abstimmung mit den übrigen Besatzungsmächten

-
- 91 Vgl. dazu Lutz Niethammer (Hg.), *Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976. Bis zum 1. Juni 1945 wurden allein in dem von der 2. Belorussischen Front besetzten nördlichen Teil der SBZ (ohne die Teile Mecklenburgs, die noch von Truppen der Westalliierten besetzt waren) 22 Kreisräte und 29 Stellvertreter, 73 städtische Bürgermeister und 76 Stellvertreter, 80 Polizeichefs und 59 Stellvertreter, 28 Staatsanwälte, 37 Richter und 1 816 Gemeindevorsteher eingesetzt, vgl. Nikita V. Petrov, *Formirovanie organov nemeckogo samoupravlenie i sovetisacija Vostočnoj Germanii* [Die Errichtung der deutschen Selbstverwaltungen und die Sowjetisierung Ostdeutschlands], in: *SVAG i nemeckogo organy samoupravlenija 1945–1949. Sbornik Dokumentov* [SMAD und die deutschen Selbstverwaltungen. Dokumentensammlung], Moskau 2006, S. 15–56, hier S. 21.
- 92 Auf einer Versammlung der neu eingesetzten Bürgermeister der Stadtbezirke und Stadtteile Berlins antwortete der Oberkommandierende der 1. Belorussischen Front, Marschall Žukov, bereits am 11. Mai 1945 auf die Frage, auf welcher Grundlage Parteien wiederzulassen werden, „dass sich das Oberkommando der Roten Armee nicht mit der Schaffung politischer Parteien beschäftigt, dass dies Angelegenheit des deutschen Volkes sei und dass es von Seiten des Oberkommandos keinerlei Hindernisse für die Schaffung der genannten Parteien geben werde, dass aber das Oberkommando die Wiederaufrichtung faschistischer Organisationen, die in Deutschland existierten, nicht zulassen werde.“ Vgl. ebd., S. 64. Eine offizielle Erklärung wurde zu dieser Frage bis zum 10. Juni 1945 allerdings nicht veröffentlicht.
- 93 Keiderling, Gruppe Ulbricht, S. 352–355, Ulbricht an Dimitrov, 17. Mai 1945, hier S. 354: „Es ist notwendig, gewisse organisatorische Methoden zu schaffen, um die Antifaschisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Zentrumsleute, Leute des 20. Juli näher an uns heranzuziehen. Vielleicht ist es zweckmäßig, zur Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte einen ‚Volksbund‘ der demokratischen Erneuerung zu schaffen. [...] Wichtig ist die Schaffung einer Kaderabteilung der Partei ...“ Dieser Vorschlag Ulbrichts wurde sofort von der politischen Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front unterstützt: „Die politischen Parteien, die vor der Nazimacht existierten, treten in Erscheinung und fordern ihre Rechte. Das Gleiche gilt für neue Organisationen. Man braucht eine bestimmte Form einer antifaschistischen Massenorganisation, welche die Aktivitäten der Deutschen in Richtung einer Ausrottung der faschistischen Ideologie und des faschistischen Erbes lenkt.“ Vgl. Telegramm der Politischen Hauptverwaltung der 1. Belorussischen Front an die Moskauer Zentrale, o.D., in: Erler, *Nach Hitler*, S. 120.

ordnete er an, neben der KPD auch die SPD und zwei bürgerliche Parteien in der SBZ zuzulassen.⁹⁴

Schon am 30. Mai 1945 besprach Wilhelm Pieck als de facto Vorsitzender des ZK der KPD mit Georgi Dimitrov ein „Manifest des ZK der KPD“, mit dem die Kommunisten in Deutschland als erste Partei an die Öffentlichkeit treten sollten.⁹⁵ Doch trotz der bereits Ende 1944 abgeschlossenen programmatischen Vorbereitungen der KPD auf ihre Arbeit nach dem Kriege war Pieck nicht in der Lage, für ein solches Dokument umgehend einen Entwurf zu liefern. Weder hatte Stalin zum damals vorgelegten *Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie*⁹⁶ Stellung genommen noch kannte Pieck die in Deutschland zu diesem Zeitpunkt gegebene Lage. Erst in dieser Situation, in der es um eine enge Abstimmung der sowjetischen Besatzungspolitik und der künftigen Arbeit der KPD ging, rief der Kremlchef die Leiter der drei *Initiativgruppen* zu sich in den Kreml. Doch *zuvor* erhielten sie Gelegenheit, sich mit ihrem Parteivorsitzenden zu treffen. Diese Reihenfolge ist entscheidend für die Zuordnung der einzigen Quelle, die bislang für die Information über die Aktivität der Deutschen nach ihrer Ankunft in Moskau zur Verfügung steht: Die Kürzelaufzeichnung Piecks vom 4. Juni 1945 bezieht sich nicht, wie vielfach fälschlich angenommen,⁹⁷ auf die Unterredung bei Stalin am Abend des selben Tages, an der Pieck nachweislich nicht teilnahm,⁹⁸ sondern – wie an Hand zweier erst jetzt aufgefundener Dokumente zu belegen sein wird – auf die vorangegangene Besprechung der deutschen Genossen untereinander.

Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka berichteten ihrem Parteivorsitzenden über die Lage im sowjetischen Besatzungsgebiet. Gemeinsam konstatierten sie die Tendenz zur Teilung Deutschlands:⁹⁹

94 Dafür gibt es bisher nur einen indirekten Beleg, eine Notiz vom Wilhelm Pieck vom 4. 6. 1945: „Anweisung vom 26. 5. / dass Parteien und Gewerkschaft erlaubt / sind / also SPD[,] Zentrum / nicht von uns fördern“. Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth, Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 50.

95 Erler, Nach Hitler, S. 432–440: Besprechung zwischen Pieck und Dimitrov, 30. 5. 1945, 18.00 Uhr.

96 Ebd., S. 290–303.

97 Zur Entdeckung und frühen Interpretationsgeschichte dieses Dokuments vgl. Heinrich Bodensieck, Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen von „4./45“ – ein Schlüsseldokument für Stalins Deutschlandpolitik?, in: Alexander Fischer (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993. Wilfried Loth (Ungeliebtes Kind, S. 24, 28–29) bezieht dieses Dokument auf eine Unterredung mit Stalin. In diesem Sinne kommentiert er es auch gemeinsam mit Badstübner (Pieck, 52).

98 Vgl. Anm. 103.

99 Badstübner/Loth, Pieck, S. 50. Hervorhebung im Original.

Perspektive – es wird zwei Deutschlands geben – trotz aller Einheit der Verbündeten[.]

Dies war eine Einschätzung, die die deutschen Genossen in den letzten Monaten und Wochen in Moskau und während ihres Einsatzes in der SBZ selbst gewonnen hatten. Stalin hatte sich ihnen gegenüber dazu niemals geäußert. Ohne Weisungen des Vožd' abzuwarten war sich die KPD-Führung einig.¹⁰⁰

Einheit Deutschlands sichern durch / einh[eitliche] KPD / einheitl[iches] ZK[,] einheitl[iche] / Partei der Werktätigen[.]

Wäre es nach dem Willen der KPD-Führer gegangen, hätte diese Einheitsforderung eine zentrale Rolle in dem Aufruf gespielt, der ihrer Partei die führende Rolle in ganz Deutschland sichern sollte. In anderen inhaltlichen Fragen dieser außerordentlich wichtigen programmatischen Erklärung verständigten sie sich auf allgemeine Forderungen, die in anderen von der Roten Armee besetzten Staaten bereits Anwendung gefunden hatten.¹⁰¹

Charakter des antifaschistischen Kampfes / Vollendung der bürgerl[ich]- / demokr[atischen] Revolution / Bürgerl[ich]-demokr[atische] Regierung / Macht der Rittergutsbesitzer brechen / Reste des Feudalismus beseitigen.

Aus eigener Initiative konkretisierte keiner der deutschen Genossen in diesem Zusammenhang revolutionäre Forderungen. Niemand sprach von der Liquidierung des Großgrundbesitzes oder der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Pieck hielt lediglich fest: „Sofort Entwurf des Manifests – Dispos[itions]- / Entwurf / Ausarbeitung durch Ackermann bis 5. 6. / mittags“.¹⁰²

Die KPD-Führung hatte damit vor allem in der nationalen Frage eigene Vorstellungen für ihren Aufruf formuliert, als Ulbricht, Ackermann und Sobottka am 4. Juni um 18.45 Uhr im Kreml das Arbeitskabinett Stalins betraten. Auf diese Gelegenheit hatte die KPD-Führung in Moskau mehr als zwölf Jahre warten müssen.¹⁰³ Sie waren sich des Makels bewusst, die Machtübernahme Hitlers nicht

100 Ebd., S. 50.

101 Bewusst in der Vergangenheits-, nicht in der Gegenwartsform notierend – und damit Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft ausdrückend – fügte Pieck direkt anschließend hinzu: „Plan der Zerstückelung bestand / bei Engl[ländern]-Amerik[anern] / Teilung in Nord- und Süddeutschland / Rheinland – Bayern mit Österreich / Stalin war dagegen“. Ebd., S. 50–51. Hervorhebung im Original.

102 Ebd., S. 51.

103 Die Unterredung dauerte von 18.45–20.30 Uhr. An ihr nahmen neben Stalin und den drei Deutschen auch Molotov und der Stellvertretende Chef der gerade gegründeten Sowjetischen Militäradministration (SMAD), Ivan Serov, teil (vgl. LPS, S. 455). Serov, ein General des sowjetischen Innenkommissariats (NKVD), war innerhalb der SMAD für die „Säuberung“ der Besatzungszone von nationalsozialistischen Funktionsträgern zuständig.

verhindert und auch den Krieg nicht durch eigene Anstrengungen verkürzt zu haben. Stalins Autorität befand sich nach dem vor allem ihm zugeschriebenen Sieg über die Nationalsozialisten auf dem Höhepunkt. Wenn sie der Vožd nun endlich zu sich lud, hatte dies für sie nicht nur höchsten symbolischen Wert. Sie mussten dieser Unterredung größte politische Bedeutung beimessen.

Für Stalin war es eine wohlbedachte Entscheidung, deutsche Kommunisten in dem Moment zu sich zu rufen, als er sich für ein Treffen mit seinen zwei wichtigsten weltpolitischen Partnern entschieden hatte (darauf wird noch einzugehen sein). Der sowjetische Machiavelli wollte sicherstellen, dass der erste Aufruf der KPD seinen strategischen Überlegungen entsprach, nicht über seine Ziele hinaus-schoss, aber auch nicht zu kurz griff. Für die Wiederzulassung dieser Partei ging er das Risiko ein, ohne Abstimmung mit seinen Partnern die Tätigkeit weiterer konkurrierender Parteien in der sowjetischen Zone zu gestatten. Er hatte sich ganz bewusst für diesen Weg entschieden und damit die Möglichkeit ausgeschlagen, das vereinbarte Treffen in Potsdam abzuwarten, um gemeinsam mit Truman und Churchill Parteien für ganz Deutschland zuzulassen. Zweifellos hätte dies größere Chancen geboten, gesamtdeutsche Ziele zu erreichen. Stalins Entschluss, die KPD zu legalisieren, fiel zusammen mit seiner Entscheidung, in der sowjetischen Besatzungszone eine zentral und regional gegliederte Militärverwaltung einzurichten, die der sowjetischen Regierung – und damit ihm selbst – unterstellt sein sollte. Die Bevollmächtigten des Außenkommissariats waren noch in den Wochen zuvor vom Aufbau einer sowjetischen Sektion des Alliierten Kontrollrats ausgegangen, deren Wirkungsbereich sich auch auf die deutschen Ostgebiete beziehen sollte.¹⁰⁴ Für diese strategische Konzentration auf die eigene Zone hatten die Amerikaner mit ihrem in Moskau misstrauisch beobachteten¹⁰⁵ Aufbau einer Militärregierung in der US-Zone Vorarbeit geleistet. Um eine erfolgreiche Arbeit dieser „Sowjetischen Militäradministration“ zu gewährleisten, die er mit ihrer Namensgebung irreführend auf Deutschland und nicht allein auf die sowjetische Zone bezog, bedurfte Stalin der KPD.

Ackermann, Sobottka und Ulbricht waren im Juni 1945 zum ersten Mal bei Stalin, Pieck dagegen bereits am 31. 10. 1931 und am 17. 5. 1932. Kein anderes Mitglied der KPD findet sich zwischen diesem Datum und dem 4. Juni 1945 im Verzeichnis der Besucher eingetragen, die Stalin in seinem Arbeitskabinett im Kreml empfing. Vgl. das Namensregister in LPS, S. 555–745.

104 Vgl. Smirnov und Semenov an Molotov, 25. 5. 1945, UdF 1, S. 5–11.

105 Vgl. Berija an Stalin, 22. 4. 1945, in: Speziallager in Deutschland, S. 180–181.

Aufzeichnungen zu der ersten und zur nachfolgenden Unterredung mit Stalin in der Nacht vom 7. zum 8. Juni, an der auch Pieck und Dimitrov teilnahmen,¹⁰⁶ fehlen. Was bei diesen beiden Gelegenheiten berichtet und doziert wurde, lässt sich jedoch an Hand der Änderungen an den Entwürfen des KPD-Aufrufs erschließen, die Dimitrov nach beiden Unterredungen an Molotov sandte. Zusätzlichen Aufschluss bieten in diesem Zusammenhang die dadurch verifizierbar gewordenen Erinnerungsaufzeichnungen von Anton Ackermann und Tagebucheinträge des früheren Generalsekretärs der KI, der inzwischen die Abteilung für internationale Information des ZK der VKP(b) leitete. Unter Berücksichtigung dieser Quellen lässt sich zugleich der Ablauf des Aufenthalts der aus Deutschland nach Moskau beordneten Parteifunktionäre einschließlich des strittigen ersten Abends sicherer rekonstruieren. Erst auf dieser Grundlage wird erkennbar, inwieweit und in welche Richtung Stalin die Vorschläge „seiner“ Deutschen lenkte.

Noch nach dem ersten Gespräch mit Stalin am 4. Juni hielt die KPD-Führung an ihrem Vorschlag fest, eine Partei der Werktätigen Deutschlands zu bilden. Offensichtlich hatten sie diese Frage noch nicht mit dem Kremlchef besprochen. In dem mit Dimitrov abgestimmten Entwurf hieß es:¹⁰⁷

Die Schaffung dieser antifaschistischen Einheit setzt vor allem die Vereinigung der Kräfte der Werktätigen selbst voraus / Die fortschrittlichen Menschen des deutschen Volkes fordern schon überall die Schaffung einer einheitlichen Partei der Werktätigen. / [...] Wir sind der Auffassung, dass einer einheitlichen Partei der Werktätigen die klassenbewussten und fortschrittlichsten Arbeiter, Angestellten, Bauern und Angehörige der Intelligenz angehören sollten.

Wenn der von Pieck am 4. Juni mehrfach festgehaltene Wunsch, eine „Partei der Werktätigen“ zu schaffen, zuvor mit Stalin besprochen worden wäre, dann hätte daraus eine Forderung in dem am 13. Juni 1945 veröffentlichten ersten Aufruf einer Partei in Deutschland werden können. Dies war jedoch bekanntlich nicht der Fall. Während der erneuten Unterredung in der Nacht vom 7. zum 8. Juni argumentierte Stalin dagegen. Eine solche Partei würde „bei der zu erwartenden Einmischung der ‚imperialistischen Mächte‘ zu einer ‚Mischmasch-Partei‘“ werden.¹⁰⁸ Eine solche Partei mit Platz für unterschiedliche Auffassungen und freie Meinungsbildung durch die Mitglieder, also eine schwer oder gar unlenkbare

106 Die Unterredung dauerte von 21.35 bis 01.30 Uhr und war eine der längsten Unterredungen Stalins mit Deutschen, vgl. LPS, S. 456.

107 Dimitrov an Molotov, 7. 6. 1945, in: RGASPI f. 82, op. 2, d. 1162, Bl. 184–195.

108 Notiz zu Bemerkungen [Anton Ackermanns] über das Zustandekommen des Aufrufs der KPD vom 11. Juni 1945, 31. 8. 1963, in: SAPMO-BArch, SGY30/1291/3, Bl. 428–429, vgl. Laufer, Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau, in: DA 29, 1996, 3, S. 355–371, hier S. 357.

Partei, kam für den Bolschewiken nicht in Frage. Damit musste die KPD-Führung den Vorschlag streichen, von dem sie sich noch am 4. Juni die Sicherung der Einheit Deutschlands erhofft hatte. Als Ersatz forderte man jetzt einen Block der antifaschistischen Parteien. Dieser konnte jedoch niemals gesamtdeutsche Wirksamkeit entwickeln. Nur Stalin allein konnte verhindern, dass der Aufruf etwas zu einem Friedensvertrag oder zum Kampf um die nationale Einheit sagte. Obwohl die KPD-Führung in ihrem neuen Aufruf wortwörtlich aus ihrer Erklärung vom Oktober 1941 zitierte, bricht das Zitat genau an der Stelle ab, wo damals von der drohenden „Zerstückelung Deutschlands“ die Rede war.¹⁰⁹ Demnach dürfte es bei der ersten Zusammenkunft im Kreml weniger um die Perspektiven der nationalen Frage in Deutschland als um die Sicherung der Initiative für die KPD unter den antinazistischen Kräften in Deutschland gegangen sein. Auch zu diesem Zweck stellten Stalins Gäste die Frage nach der Mitschuld der Deutschen und nach ihrer eigenen Mitverantwortung mutig heraus:¹¹⁰

[J]edem *ehrlichen* deutschen Menschen [muss] das Bewusstsein und die Scham brennen, dass das *ganze* deutsche Volk einen *großen* Teil Mitschuld und Mitverantwortung trägt. [...] Wir deutschen Kommunisten erklären, dass auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit *der Arbeiter* entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der *die deutsche Arbeiterklasse* geschichtlich versagte.

Stalin wollte sich in diesem Zusammenhang mit der Anerkennung der Wiedergutmachtungspflicht Deutschlands nicht begnügen.¹¹¹ Er forderte schon während der ersten Zusammenkunft im Aufruf konsequent die Eigentums- und damit die Machtfrage zu stellen. Dies zeigte sich an einer entscheidenden Neuerung:¹¹²

109 Vgl. S. 83.

110 Dimitrov an Molotov, 7. 6. 1945, in: RGASPI f. 82, op. 2, d. 1162, Bl. 184–195. Die hervorgehobenen Wörter und Passagen kennzeichnen die Änderungen, die während der zweiten Unterredung im Kreml vorgenommen wurden. Sie gehen aus dem Entwurf hervor, den Dimitrov am 8. Juni 1945 an Molotov sandte, vgl. RGASPI f. 82 op. 2, d. 1162, Bl. 196–208.

111 Im ersten Entwurf hieß es bereits: „*Die Wiedergutmachung der Schäden, besonders der der Sowjetunion zugefügten Schäden, stellt die entscheidende nationale Aufgabe dar.*“ (Vgl. Dimitrov an Molotov, 7. 6. 1945, in: RGASPI f. 82, op. 2, d. 1162, Bl. 184–195). Dieser Satz wurde im veröffentlichten Aufruf neu formuliert; „Anerkennung der Pflicht zur Wiedergutmachung für die durch die Hitleraggression den anderen Völkern zugefügten Schäden.“ Vgl. ADD, S. 62.

112 Dimitrov an Molotov, 8. 6. 1945, RGASPI f. 82, op. 2, d. 1162, Bl. 196–208.

Konfiszierung des gesamten Vermögens der Nazibonzen. Konfiskation aller Großgüter über 100 ha. Übergabe von als Resultat dieser Konfiskation erhaltenem Land, Vieh und Inventar an einen gemeinnützigen Fond, der armen Bauern und Landarbeitern Land, Vieh und Inventar zuteilen und musterhafte Kommunalwirtschaften gründen soll.

Die Festlegung der Hektargrenze für die Bodenreform konnte nur Stalin veranlassen. Diese Forderung hätte dadurch entscheidenden Nachdruck erhalten, doch interessanterweise konnte oder wollte sich Stalin zunächst nicht durchsetzen. Zwar war die Lösung der „Agrarfrage“ bereits Ende 1944 Bestandteil von Ackermanns „Aktionsprogramm“¹¹³ und im Februar 1945 von Hoernles „Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie“,¹¹⁴ doch in der Besprechung am 4. Juni war von dieser Forderung nicht mehr die Rede. Ulbricht und die anderen Mitglieder der *Initiativgruppen* erwähnten sie bis zu diesem Zeitpunkt bei ihren zahlreichen Auftritten in der SBZ nicht. Ackermann stellte 1963 rückblickend fest: „Die Konzeption der deutschen Genossen sah nicht eine sofortige demokratische Bodenreform vor.“ Offensichtlich bezogen auf das Gespräch im Kreml am selben Tage, fuhr er fort: „Stalin wies darauf hin, dass dies eine allgemeine demokratische Aufgabe sei und trat für eine sofortige demokratische Bodenreform – auch unter Hinweis auf die Rolle des Junkertums – ein.“¹¹⁵ Dass eine derartige Konkretisierung der Bodenreform den deutschen Genossen nicht nur zu diesem Zeitpunkt eher unerwünscht war, zeigt die weitere Entwicklung des Entwurfs, über die Dimitrov berichtet. Nach der Diskussion mit Stalin blieb zwar die Forderung nach „Liquidierung des Großgrundbesitzes“ erhalten, aber die Enteignungsgrenze wurde gestrichen. Offensichtlich ließ Stalin in der Nacht vom 7. zum 8. Juni Widerspruch und die Streichung der Hektargrenze zu, schlug möglicherweise sogar selbst vor, die folgende ebenso spektakuläre wie irreführende Erklärung aufzunehmen:¹¹⁶

113 Vgl. Erler, Nach Hitler, S. 295–296, Punkt 20–23: „Enteignung des Grundbesitzes über 150 ha“.

114 Ebd., S. 322–323, Punkt 4, ohne Festlegung auf Hektar-Grenzen, aber mit der klaren Prognose: „Die Bodenreform wird umso notwendiger sein, je größere Teile Deutschlands durch die Kriegsverlängerung der Hitlerregierung zum Kriegsschauplatz gemacht werden, je größer die Flüchtlingsscharen sind, die sich in den Dörfern ansammeln oder aus den Städten auf die Dörfer verpflanzt werden müssen.“ Auch von der „endgültigen Brechung der ökonomischen Basis des reaktionären preußischen Junkertums“ war bei Hoernle bereits die Rede.

115 Vgl. Anm. 20.

116 Dimitrov an Molotov, 8. 6. 1945, RGASPI f. 82, op. 2, p. 1162, Bl. 196–208.

Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Noch einen Tag später fügten die Deutschen die Versicherung hinzu: „Es ist selbstverständlich, dass diese Maßnahmen in keiner Weise den Grundbesitz und die Wirtschaft der Großbauern berühren werden.“¹¹⁷

Alle direkt oder indirekt von Stalin veranlassten Veränderungen im Aufruf der KPD vom 11. Juni sprechen dafür, dass er den Aufruf der KPD, wie zuvor die sowjetische Deutschlandpolitik, auf die SBZ ausrichtete. Allein dort ließ sich im Sommer 1945 ohne vorherige Information der übrigen Besatzungsmächte überstürzt die Bodenreform einleiten.¹¹⁸ Nur bei der Schaffung einer einheitlichen „Partei der Werktätigen“, die für die deutschen Kommunisten nationale Bedeutung hatte, griff der Kaukasier mäßigend ein. Er ließ durch die SMAD am 10. Juni die Möglichkeit schaffen, herkömmliche bzw. neu gebildete Parteien und Gewerkschaften zu bilden.¹¹⁹ Dies hinderte ihn allerdings nicht daran, schon sieben Monate später der Ausschaltung der Sozialdemokratie in der SBZ zuzustimmen. Ohne die von Stalin veranlasste Streichung einer übermäßigen Betonung der sowjetischen Führungsrolle hätte der KPD-Aufruf viel an Glaubhaftigkeit verloren. Dimitrov notierte dazu die Worte Stalins: „Sprecht nicht so begeistert von der Sowjetunion“.¹²⁰ Ein Haupterfolg des in Moskau von Deutschen, einem Georgier, einem Russen und einem Bulgaren erarbeiteten konstituierenden Dokuments für den Neuanfang der KPD 1945 bestand darin, dass es weder vor noch auf der Potsdamer Konferenz öffentliche Kritik der Westmächte hervorrief. Im Gegenteil. Viele Forderungen der Kommunisten wurden in den Beschlüssen dieser Konferenz scheinbar aufgegriffen. Zweifellos erhöhte dies die Akzeptanz der KPD bei einem Teil der deutschen Bevölkerung.

Sollte der Vožd' die Deutschen über sein bevorstehendes Treffen mit Truman und Churchill informiert haben, dürfte dies bei ihnen weniger Hoffnungen geweckt als Befürchtungen bestärkt haben.

117 Banac, Dimitrov, S. 372.

118 Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: A. Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 21–35.

119 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der SMAD, in: ADD, S. 54–55.

120 Banac, Dimitrov, S. 372.

Der Ursprung der Konferenzidee

Die Initiative zur Einberufung der Potsdamer Konferenz ging nicht von Stalin aus. Truman und Churchill wünschten ein solches Treffen. Am 6. Mai hatte Churchill dem neuen amerikanischen Präsidenten eine Zusammenkunft mit „Onkel Joe“ vorgeschlagen.¹²¹ Doch auf diplomatischem Wege wurde diese Idee erst verfolgt, nachdem der Kremlchef inoffiziell zugestimmt hatte. Erneut spielte dabei Joseph E. Davies eine zentrale Rolle. Während des gesamten Krieges war der frühere US-Botschafter in Moskau als Anwalt guter Beziehungen zur Sowjetmacht hervorgetreten. Roosevelt nutzte ihn in dieser Zeit als informellen Vermittler zur sowjetischen Regierung. In dieser Funktion ließ ihn auch Truman bis zur Potsdamer Konferenz agieren.¹²² Auch in Moskau schätzte man seine Mittlertätigkeit und dekorierte ihn mit der höchsten sowjetischen Auszeichnung, dem Lenin-Orden.¹²³

Bereits am 30. April 1945 hatte Davies dem neuen amerikanischen Präsidenten zu einer direkten Begegnung mit Stalin geraten. Zwei Tage später unterbreitete er diesen Vorschlag auch dem in den USA weilenden sowjetischen Außenkommissar. Molotov leitete diesen Vorschlag umgehend an Stalin weiter. Den amerikanischen Mittler bestärkte er darin, dass „der persönliche Kontakt unserer Regierungschefs ... eine ausgesprochen positive Rolle spielen könnte“. Davies übermittelte diese Einschätzung sofort an Truman und wandte sich am 14. Mai selbst an Stalin: Viele der Angelegenheiten, in denen Missverständnisse beständen, könnten durch ein direktes Gespräch mit Truman geklärt werden. Am 20. Mai informierte Molotov den amerikanischen Mittler über die Bereitschaft Stalins zu einer Begegnung mit Truman und Churchill „im Raum Berlin“. Davies beeilte sich, die Zustimmung Stalins dem Präsidenten zu übermitteln. Die Einigung über das erste

121 Churchill an Truman, 6. 5. 1945, DzD, II, 1, S. 3–4.

122 Wilson D. Miscamble, *From Roosevelt to Truman. Potsdam, Hiroshima, and the Cold War*, Cambridge u.a. 2007, S. 135–136: „Roosevelt continued to utilize Davies as an informal go-between with the Soviets throughout the war ... any full understanding of Truman’s foreign policy in the months before the Potsdam conference must leave Davies very much in the picture“. Zur ersten Mission von Davies 1943 vgl. S. 315.

123 Die Ehrung wurde am 19. 5. 1945 in der *Izvestija* bekannt gegeben und mit den Verdiensten von Davies „um die Festigung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen“ begründet. Truman berief sich bereits wenige Tage später auf diese Auszeichnung seines engen Vertrauten: „Had a long talk with Joe Davies last night on the Russian situation ... Davies has the Order of Lenin just conferred.“ Vgl. Truman, *Diary entry*, 22. 5. 1945; Robert H. Ferrell (Hg.), *Off the Record. The Private Papers of Harry S. Truman*, New York 1980, S. 35.

Treffen des Krenlchefs mit dem Nachfolger Roosevelt wurde damit vollständig außerhalb der offiziellen Kanäle angebahnt.¹²⁴

Als Stalin auf den Konferenzvorschlag einging, verfolgte er eigene Ziele. Insbesondere wollte er den Sieg der Roten Armee in einen permanenten sowjetischen Frieden verwandeln. Um diesen dauerhaften Friedenszustand – die Pax Sovietica – zu erreichen, blieb er zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Westmächten bereit. Schon als die Sowjetunion am 9. Mai den Tag des Sieges beging, erklärte er pathetisch:¹²⁵

Von nun an wird das Banner der Völkerfreiheit und des Völkerfriedens über Europa wehen. [...] Die Periode der friedlichen Entwicklung hat begonnen.

Durch die Wahl Berlins als Treffpunkt der drei Regierungschefs fiel die Hauptverantwortung für die organisatorische Konferenzvorbereitung der UdSSR zu. Diese hielt die Stadt noch allein besetzt. Angesichts der immensen Kriegszerstörungen der Hauptstadt des besiegten Deutschlands entschieden sich die Organisatoren auf Empfehlung des Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungstruppen, Marschall Žukov, für Potsdam als Tagungsort. Aber auch dort mussten kurzfristig aufwendige Reparaturen durchgeführt werden, um das Schloss Cecilienhof herzurichten und in Babelsberg Quartier für die Delegationen zu schaffen. Sechs Kilometer neue Asphaltstraßen entstanden, 15 Kilometer alte Straßen wurden überholt sowie Wasserversorgung, Kanalisation und Energienetz instand gesetzt. Cecilienhof wurde renoviert und mit neuem Mobiliar ausgestattet. Im Neuen Garten pflanzte man Bäume und legte Beete an. Im Schlosshof entstand aus Tausenden Geranien ein roter Stern. 1 200 Arbeiter, Ingenieure und Techniker aus Potsdam und Umgebung waren an den Arbeiten beteiligt. Eine Moskauer Möbelfabrik fertigte einen runden Konferenztisch, der sich am Tagungsort als zu groß erwies und dort noch verkleinert werden musste.¹²⁶ Nach einem Monat, am 2. Juli, konnte Berija an Molotov den Abschluss der Vorbereitungsarbeiten melden.¹²⁷

Dass Stalin sofort auf den Konferenzvorschlag einging, aber auch die aufwendige Vorbereitung des Tagungsorts waren deutliche Zeichen dafür, dass sich die Moskauer Führung am Ende des Krieges der Spannungen in den Beziehungen zu

124 Miscamble, Roosevelt to Truman, S. 143. Davies an Molotov, 2. 5. 1945, SAOD, I, S. 672. Molotov an Davies, 9. 5. 1945, in: UdF 2, S. 3. Davies an Stalin, 14. 5. 1945, in: AVP RF f. 0639, op. 1, p. 1, d. 2, Bl. 6–7. Molotov an Davies, 20. 5. 1945, ebd., Bl. 8–11. Davies an Truman, 21. 5. 1945, in: Joseph E. Davies Papers, Library of Congress, Box 17.

125 Ansprache Stalins, 9. 5. 1945, in: Stalin, Krieg, S. 217–219, hier S. 218.

126 Rolf Badstübner, Code „Terminal“. Die Potsdamer Konferenz Berlin (Ost) 1985, S. 3–4.

127 Berija an Molotov, 2. 7. 1945, AVP RF, f. 0639, op. 1, p. 1, d. 5, Bl. 32–38.

den Westmächten bewusst war. Doch weiterhin unterließ der Kremlchef jeden Versuch, die Konferenz gemeinsam mit den Partnern der Anti-Hitler-Koalition vorzubereiten. Darin unterschied er sich allerdings nicht von Truman und Churchill. Keiner von ihnen schlug ein vorbereitendes Außenministertreffen vor. Der in Jalta beschlossene „Mechanismus für die regelmäßigen Konsultationen der drei Außenminister“, die sich „wahrscheinlich alle drei oder vier Monate“ treffen sollten, wurde nicht in Gang gesetzt. Niemand wertete im Vorfeld der Konferenz die Erfahrungen der noch existierenden Europäischen Beratenden Kommission aus. Diese hatte nicht nur die entscheidenden Fragen zu den Besetzungszonen und zum Kontrollmechanismus geklärt, sondern auch die Deklaration in „Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vorbereitet, die die Oberkommandierenden der vier Mächte in Deutschland am 5. Juni 1945 in Berlin unterzeichneten.¹²⁸ Die drei Staats- und Regierungschefs einigten sich im Voraus nicht einmal auf die Tagesordnung für ihr Treffen in Potsdam. Ein britischer Tagesordnungsvorschlag, der bereits am 14. Mai vorlag, wurde zunächst lediglich an die amerikanische Regierung übermittelt.¹²⁹ Erst eine Woche vor Konferenzbeginn erhielt die sowjetische Regierung darüber eine Information.

Die fehlende Kooperation zur Vorbereitung des erneuten Gipfeltreffens war besonders in Hinblick auf das sowjetisch-amerikanische Verhältnis nach dem Tode Roosevelts riskant. Truman und Stalin waren sich völlig fremd. Ihnen fehlten gemeinsame Erfahrungen bei der Suche nach Kompromissen, bei der Überbrückung von bestehenden Differenzen und bei der Formulierung von gemeinsamen Zielen. Sie sprachen nicht nur zwei verschiedene Sprachen, sie verkörperten auch zwei verschiedene Denkweisen, Kulturen und Wertesysteme. Ebenso grundsätzlich unterschied sich der sowjetische vom amerikanischen Planungsstil.

Die Moskauer Konferenzvorbereitungen

Erst am 20. Juni, drei Wochen nachdem Stalin zuerst indirekt dem amerikanischen Präsidenten und anschließend direkt gegenüber dem britischen Premierminister seinen Wunsch geäußert hatte, mit ihnen im Raum Berlin zusammenzutreffen,¹³⁰ ließ Molotov im Außenkommissariat eine Kommission zur Vorbereitung der Konferenz bilden.¹³¹ Deren Arbeiten verliefen parallel, aber ohne inhaltliche

128 Abgedruckt in: Ursachen und Folgen, Bd. XXIII, S. 308–314.

129 Sargent an Churchill, 14. 5. 1945, DzD II, 1, S. 135–137. FO an britische Botschaft in Washington, 29. 5. 1945, DzD II, 1, S. 135, Anm. 4.

130 Stalin an Churchill, 29. 5. 1945, BW, S. 444–445.

131 Befehl des Volkskommissars des NKID, 20. 6. 1945, AVP RF f. 0639, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 1. Der Kommission gehörten lediglich vier Mitglieder an, darunter zwei Deutschland-

Überschneidung zu den ebenfalls in Moskau geführten Reparationsverhandlungen der drei Mächte. Es blieben nur noch reichlich drei Wochen Zeit bis zum geplanten Konferenzbeginn. Als Vorsitzenden der Vorbereitungskommission bestimmte Molotov seinen ersten Stellvertreter, Andrej Vyšinskij, der zur gleichen Zeit als Politischer Berater des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland agierte. Eine Direktive für die Arbeit seiner Kommission erhielt er nicht, doch empfing ihn Stalin vor Konferenzbeginn mehrfach.¹³²

Am 23. Juni legten Sobolev und Semenov, die zu dieser Zeit in Berlin die Verwaltung des Politischen Beraters aufbauten, Vyšinskij einen Deutschland betreffenden Fragenkatalog für das Treffen der Großen Drei vor. Sie gingen dabei davon aus, dass die UdSSR die führende Rolle auf dieser Konferenz übernehmen würde. Sie sollte die Tagesordnung bestimmen. Unter den dazu vorgeschlagenen fünfzehn Themenkomplexen befanden sich Überlegungen zur politischen Ordnung, zur Zulassung von antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften sowie zu den zentralen und örtlichen Machtorganen in Deutschland. Daneben sollten aber auch Probleme der Demilitarisierung, der Grenzen Deutschlands, dessen künftiger Wirtschaftsstruktur sowie die gemeinsame Sichtung der deutschen Staatsarchive angesprochen werden. Von den Alliierten erwarteten Sobolev und Semenov lediglich fünf Tagesordnungsvorschläge, darunter Fragen zur Friedenskonferenz und zur Aufgliederung Deutschlands.¹³³ Die Kommission überarbeitete diesen Katalog gründlich. Danach bezog er sich nicht mehr allein auf Deutschland, sondern auf ein großes Fragenspektrum zur internationalen Politik. Wahrscheinlich auf Weisung des Vožd' entfiel der Hinweis auf Themen, die durch die UdSSR angesprochen werden sollten. Doch noch immer stand Deutschland an der Spitze von insgesamt vierzehn thematischen Komplexen, die Polen ebenso betrafen wie Dänemark oder Japan.¹³⁴

Die Vorbereitung der Deutschlandmaterialien übernahmen Sobolev und Vyšinskij selbst. Sie orientierten sich dabei sowohl an der von Stalin bestimmten Programmatik der KPD, als auch an Vorstellungen, die man auf amerikanischer und britischer Seite entwickelt hatte. Diese hatte die UdSSR hauptsächlich in der EAC kennengelernt. Am 5. Juli konnte Vyšinskij dem Außenkommissar einen Vorschlag zur künftigen politischen Ordnung Deutschlands übermitteln. Es war

Spezialisten, jedoch nicht Semenov, der sich in Deutschland aufhielt. Die Diplomaten mit der größten Konferenzerfahrung, Litvinov und Majskij, wurden nicht hinzugezogen.

132 Vyšinskij wurde jeweils am 21. Juni, 2., 5. und 6. Juli 1945 durch Stalin empfangen, vgl. LPS, S. 457–458.

133 Vorschlag von Sobolev und Semenov, 23. 6. 1945, in: UdF 2, S. 34–35.

134 Fragen, die auf der Juli-Konferenz gestellt werden könnten, 25. 6. 1945, AVP RF f. 0639, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 2–4.

das weitestgehende Papier, das in dieser Kommission entstand. Molotov studierte es umgehend und fügte den Untertitel „Entwurf einer Deklaration des Kontrollrats“ hinzu. Offensichtlich sollte es nicht im Namen der Staats- und Regierungschefs abgegeben werden. Möglicherweise war mit dieser Titeländerung aber auch schon die Absicht verbunden, das Dokument nicht in Potsdam, sondern erst im Kontrollrat vorzulegen. Dennoch ließ er eine englische Übersetzung anfertigen.¹³⁵

Ohne die detaillierte Weisung des Kremlchefs wäre Vyšinskij's Entwurf ebenso wenig zustande gekommen wie der wenige Wochen zuvor verfasste Aufruf der KPD. Beide Papiere zielten auf breite Zustimmung zu antimilitaristisch-antifaschistischen Grundsätzen für die Umgestaltung Deutschlands. Doch jetzt war es Stalin, der vier Jahre nach seinem vergeblichen Ringen um eine verbindliche Vereinbarung lediglich eine Deklaration anstrebte. Von Anfang an war sein Ziel erkennbar, die in der SBZ bereits verwirklichten oder beabsichtigten Maßnahmen durch eine *gemeinsame* Erklärung der drei Hauptmächte zu legitimieren, ohne damit seine künftige Politik zu binden. Das Streben, die Zustimmung der Westmächte zu erleichtern, verstärkte Molotov bei der Überarbeitung des Entwurfs. Vyšinskij hatte zunächst allgemein stipuliert:¹³⁶

[G]emäß dieser Aufgabenstellung wird ein politisches Regime in Deutschland geschaffen, das einerseits die Ausrottung des Faschismus und andererseits die Wiederherstellung, Entwicklung und Festigung demokratischer Einrichtungen und eines demokratischen Regimes erleichtern und umfassend unterstützen muss.

Nach den Hinweisen Molotovs ergänzte und konkretisierte der Kommissionsvorsitzende in der überarbeiteten Fassung:¹³⁷

Der Prozess der Wiederherstellung und Konsolidierung der örtlichen Selbstverwaltungsorgane sowie die auf demokratischer Grundlage unter Einbeziehung antifaschistisch gesinnter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu bildenden Provinzial- und Länderverwaltungen werden nachhaltig unterstützt. Gefördert wird zugleich der Aufbau einer deutschen Zentralverwaltung, die sich aus einzelnen Staatssekretären zugeordneten Ressorts zusammensetzen sollte. Aufgabe der deutschen Zentralverwaltung wird es sein, die Tätigkeit der Provinz- und Länderverwaltungen zu koordinieren und Funktionen wahrzunehmen, die mit der Lösung von Fragen von gesamtdeutscher Bedeutung verbunden sind.

Auch die ursprüngliche Forderung nach der Entnazifizierung Deutschlands sowie der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften präziserte Molotov. Ohne Abstimmung mit den Alliierten konnten sich Letztere bereits seit dem 10. Juni 1945

135 Entwurf von Vyšinskij, 5. 7. 1945, in: UdF 2, S. 48–52, vgl. dazu ebd. S. 652, Anm. 57.

136 Ebd. S. 49.

137 Ebd. S. 49, Fußnote d.

in der SBZ gründen.¹³⁸ Der Außenkommissar strich in diesem Abschnitt die ursprünglich vorgesehene „Vereinigung aller antifaschistischen Parteien“. Wahrscheinlich hielt man einen solchen Vorschlag für nicht konsensfähig. Dennoch unterstützte die SMAD zur selben Zeit in der SBZ die von der KPD betriebene Bildung eines Parteienblocks.¹³⁹ Unverändert ließ Stalins Stellvertreter das abstrakte Bekenntnis zu den „demokratischen Rechten und Freiheiten, insbesondere der Freiheit des Wortes, der Presse und der Religion sowie Versammlungs- und Vereinsfreiheit“. Bereits Vyšinskij hatte dies mit dem Ziel verbunden, „die faschistische und pro-faschistische Ideologie des deutschen Militarismus zu entlarven sowie die demokratische Erneuerung Deutschlands und die Festigung der demokratischen Ordnung zu unterstützen“. Um die Zustimmung der Westmächte zu erleichtern, strich Molotov am Schluss des Dokuments die von Vyšinskij geforderte „vollständige[n] Liquidierung des deutschen Imperialismus“ ersatzlos.¹⁴⁰

Noch bevor Semenov wusste, wie sich Stalin bzw. Molotov zu Vyšinskij's Entwurf verhalten würden, erläuterte er die Schaffung von Landes- und Provinzialverwaltungen, deren Bildung die SMAD bereits zu dieser Zeit in der SBZ vorantrieb.¹⁴¹ Offensichtlich gab es bereits eine Weisung Stalins in dieser Angelegenheit. Darauf deutet auch Semenov's Äußerung zu möglichen Zentralverwaltungen. Zwar riet er noch nicht zur formellen Gründung, doch hielt er bereits zu diesem Zeitpunkt derartige Einrichtungen für ratsam und schlug vor,¹⁴²

sich in der ersten Zeit auf die Ernennung von Sekretären für die jeweiligen Ressorts (Ministerien) zu beschränken, die in Deutschland auch die Rolle eines Exekutivorgans im Hinblick auf die oberste Gewalt der Alliierten übernehmen könnten.

Eine Woche vor Beginn der Konferenz legten Sobolev und Semenov den Entwurf einer Erklärung der Großen Drei „zu den zentralen und örtlichen Machtorganen in Deutschland“ vor. Ohne dabei Wahlen zu erwähnen, wollten sie Regierungen und Landtage in allen Ländern Deutschlands bilden lassen, um „den deutschen

138 Befehl Nr. 2 der SMAD vom 10. 6. 1945, in: ADD, S. 54–55.

139 Auf die „Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien“ hatten sich Stalin, Molotov und Dimitrov mit der KPD-Führung in der Nacht vom 7. zum 8. Juni geeinigt, als sie die weitergehende Forderung der KPD nach Schaffung „einer einheitlichen Partei der Werktätigen“ zurückgewiesen hatten, Vgl. S. 567. Offiziell traf sich der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ am 14. 7. 1945 zu seiner ersten Sitzung, vgl. ADD, S. 91–93.

140 Entwurf von Vyšinskij, 5. 7. 1945, in: UdF 2, S. 48–52, hier S. 51, Fußnote b.

141 Die Mitteilung über die Bestätigung der Provinzialverwaltung Brandenburg und die Landesverwaltungen Mecklenburg und Sachsen, 4. 7. 1945 wurde am 4. 7. 1945 in der *Deutschen Volkszeitung* veröffentlicht, abgedruckt in: ADD, S. 82–83.

142 Smirnov und Semenov (Berlin) an Vyšinskij, 4. 7. 1945, in: UdF 2, S. 42–44.

Provinzen [und Ländern] umfassendere Rechte bei der Selbstverwaltung“ zu geben. Preußen selbst sollte „nicht wiedererstehen“. Die Staats- und Regierungschefs sollten dabei ausdrücklich versichern, dass all diese Maßnahmen¹⁴³

nicht mit dem Bestreben gleichzusetzen [sind], Deutschland aufzuteilen. Im Gegenteil, wir erklären, dass wir nicht die Absicht hegen, Deutschland aufzugliedern. Wir sind aber zugleich gemeinsam der Ansicht, dass der Zeitpunkt, eine Zentralregierung in Deutschland oder sogar einen zentralen Verwaltungsapparat zu schaffen, noch nicht herangerückt ist.

Erst müsse die deutsche Schwerindustrie beseitigt, die örtlichen und provinziellen Verwaltungen entnazifiziert und der Block der antifaschistischen Parteien gefestigt werden. Nur wenn diese Aufgaben gelöst seien, argumentierten Semenov und Sobolev weiter, könnten einzelne zentrale deutsche Regierungsorgane, geleitet von Staatssekretären unter Kontrolle und Weisung des Alliierten Kontrollrats, in Betracht gezogen werden.

Auf dem Dokument finden sich weder Bearbeitungsspuren des Außenkommissars noch ein Hinweis, dass es Stalin irgendwann zu Gesicht bekam. Der Moskauer Machiavelli ging am 30. Juli 1945 wesentlich weiter, als er auf der Konferenz vorschlug:¹⁴⁴

Die deutsche Zentralverwaltung wird unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein, und es wird ihre Aufgabe sein, die Tätigkeit der Provinzialverwaltungen zu koordinieren, um die Durchführung der Beschlüsse des Kontrollrats und den mit der Lösung von Problemen gesamtdeutschen Charakters zusammenhängenden Aufgaben zu gewährleisten.

Angesichts des Beharrens der UdSSR auf der uneingeschränkten Oberhoheit aller vier Oberbefehlshaber in ihren jeweiligen Zonen sowie auf dem Vetorecht jeder der vier Mächte im Kontrollrat war dies ein alles andere als praktikabler Vorschlag. Stalin kam es allein darauf an, ihn zu unterbreiten. Für einen Beschluss zu dieser Frage setzte er sich nicht ein. Das Abschlussprotokoll der Konferenz sprach nur unbestimmt von der Errichtung „einiger wesentlicher deutscher Zentralverwaltungen, an deren Spitze Staatssekretäre stehen“.¹⁴⁵ Der von Stalin bereits am 27. Juli veranlasste (zunächst geheim gehaltene) Befehl, Einrichtungen gleichen Namens in der SBZ zu schaffen,¹⁴⁶ war nicht nur wenig hilfreich für die Verwirklichung dieses Vorhabens. Er wirkte gleichsam als Sperrvorrichtung, die eine Einigung mit den übrigen Besatzungsmächten praktisch verhinderte.

143 Sobolev und Semenov an das NKID, 8. 7. 1945, in: UdF 2, S. 52–53.

144 Vorschlag der sowjetischen Delegation, 30. 7. 1945, in: DzD, I, S. 466.

145 DzD, II, I, S. 2156.

146 Befehl Nr. 17 der SMAD, 27. 7. 1945, in: ADD, S. 100–102. In der *Täglichen Rundschau* wurde die Bildung der Zentralverwaltungen erst am 12. 9. 1945 bekannt gegeben.

Wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu den deutschen Verwaltungseinrichtungen beauftragte Molotov am 10. Juli Eugen Varga kurzfristig, über „Grundlinien der Wirtschaftspolitik der Alliierten in Deutschland“ nachzudenken.¹⁴⁷ Varga legte dazu zwei Tage später einen Vorschlag vor. Er beinhaltete ein Programm für eine *gemeinsame* Wirtschaftspolitik der vier Besatzungsmächte, welches sich trotz starker Zweifel¹⁴⁸ auf die Behandlung Deutschlands als politische Einheit gründete. In Weiterentwicklung seiner früheren Vorstellungen schrieb Varga nun nicht mehr von „Vernichtung“, sondern nur noch von „Verminderung“ des deutschen Kriegspotentials. Er war inzwischen zu der Einsicht gelangt, dass „ein sechzig Millionen Volk mit entwickelter Technik und Wissenschaft unter allen Umständen ein gewisses Kriegspotential besitzen wird“. Gleichwohl blieb „die dauernde Verminderung der Kriegsmacht Deutschlands“ für Varga die einzig denkbare Basis einer gemeinsamen Politik der Alliierten im Land des ehemaligen Kriegsgegners. So wollte er die deutsche Stahlproduktion von zwanzig auf drei Millionen Tonnen senken. Darüber hinaus schlug er vor, gemeinsam mit den übrigen Besatzungsmächten durch eine „radikale Bodenreform“, durch „die Verstaatlichung der Schwerindustrie“ und durch die „Demokratisierung der politischen Ordnung“ die soziale Basis des deutschen Imperialismus „zu unterminieren“ sowie Deutschland in ein Agrar-Industrieland zu verwandeln. Dabei gestand er ein, dass die Versorgung der deutschen Bevölkerung die schwierigste aller wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten zehn Jahre darstellen werde. In diesem Zusammenhang war er sogar bereit, der Privatindustrie einen ausschlaggebenden Platz in der deutschen Wirtschaft einzuräumen und wies damit Vorstellungen zurück, Vertreter der Besatzungsmächte könnten die Leitung der gesamten deutschen Industrie übernehmen. Die Lösung sah er in einem von den Besatzungsmächten kontrollierten „Staatskapitalismus“ in Deutschland. In diesem Zusammenhang wagte er die These:¹⁴⁹

147 An der deutschen Urfassung vermerkte Varga, dass ihm „zur Ausarbeitung dieser Frage nur 36 Stunden gegeben wurden“, vgl. Archiv der russischen Akademie der Wissenschaften, f. 1513, d. 37.

148 Varga an Molotov, 12. 7. 1945, übermittelt „Grundlinien der Wirtschaftspolitik der Alliierten“, AVP RF f. 06, op. 7, p. 30, d. 406, Bl. 37–55, hier Bl. 38: „Selbstverständlich wird auch bei einer zwischen den Alliierten vereinbarten allgemeinen wirtschaftspolitischen Linie für ganz Deutschland die Durchführung derselben in den einzelnen Zonen ungleich sein: in den westlichen Zonen wird die Bourgeoisie die Produktion energischer wiederaufnehmen als in unserer Zone.“

149 Ebd. Zur theoretischen Konzeption Vargas im Zusammenhang mit dem Begriff „Staatskapitalismus“ vgl. Duda, S. 182.

Es bleibt daher [in Deutschland] nur der Weg, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die den Privateigentümern ihren Besitz sichert, ihnen die Möglichkeit des Profits belässt, zugleich aber durch Ausnützung der im Besitz des Staates befindlichen wirtschaftlichen Kommandohöhen – Eisenbahn, Reichsbank – und der politisch-militärischen Macht – hohe Einkommenssteuern, Preisregulierungen – den Gewinn der Privateigentümer in entsprechenden Grenzen hält.

Auch auf diesem Entwurf finden sich weder Bearbeitungsspuren Molotovs noch Hinweise auf eine Weiterleitung an Stalin. Niemand gab ihn in Potsdam den Westmächten zur Kenntnis. Immerhin dürften Vargas Überlegungen dazu beigetragen haben, dass in Potsdam die von den Amerikanern vorgeschlagenen Grundsätze für die Behandlung der deutschen Wirtschaft während der ersten Besatzungsperiode in der sowjetischen Delegation auf keinerlei Widerspruch stießen.

Andere in Moskau vorbereitete Konferenzmaterialien zu Deutschland betrafen die Aufteilung der deutschen Handelsflotte, den Kieler Kanal, die deutschen Archive, die Einrichtung der französischen Zone und territoriale und ökonomische Forderungen der westlichen Nachbarländer. Unabhängig von diesen Planungen führten Sondereinheiten des NKVD zur gleichen Zeit in der SBZ mit aller Härte „Säuberungen“ durch. Personen – nicht nur Funktionsträger des nationalsozialistischen Regimes –, denen die sowjetische Besatzungsmacht Gefährlichkeit unterstellte, wurden in „Sonderlagern“ interniert.¹⁵⁰ Dies entsprach zwar dem Vorgehen der übrigen Besatzungsmächte, doch im Unterschied zu den Westzonen hatten die Insassen der sowjetischen Speziallager keine Aussicht auf rechtstaatliche Behandlung ihrer Fälle.

Parallel zu der von Vyšinskij geleiteten Kommission, von der bisher keine Sitzungsprotokolle bekannt sind, kam es im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf das Potsdamer Treffen zu einer Reaktivierung der Litvinov-Kommission. Doch auch hier fehlen Beratungsprotokolle. Nur die Arbeitsergebnisse sind verzeichnet: Zu Österreich, Italien, den deutschen Satellitenstaaten, Frankreich, den USA, Großbritannien, der Türkei, Syrien, Libanon, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Norwegen, Dänemark, Schweden, China und Japan bereitete diese Kommission mehr als 80 Memoranden vor. Sie betrafen die Anerkennung der provisorischen Regierung in Wien, das Schicksal der italieni-

150 Befehl Nr. 00461 des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten der UdSSR zur Organisation von Lagern auf dem Gebiet Deutschlands, 10. 5. 1945, in: Speziallager in Deutschland, S. 189–192. Unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz organisierte das NKVD vom 10. bis 15. August eine erneute Säuberungswelle, die die gesamte SBZ erfasste und zur vorübergehenden Festnahme von 64 417 Personen führte, von denen 3 147 inhaftiert blieben, vgl. Bericht Serovs an Berija, 31. 8. 1945, in: S.V. Mironenko (Hg.), *Special'nye Legerja NKVD/MVD v Germanii 1945–1950*, Moskva 1950; S. 30–32.

schen Kolonien, die Beseitigung der diplomatischen Vertretungen der baltischen Staaten in den USA, die Dardanellen und „territoriale Fragen zwischen der UdSSR und der Türkei (Kars und Ardahan)“, den Rückzug der alliierten Truppen aus dem Iran und sowjetische Erdölkonzessionen im Nordiran, die polnische Exilregierung und Wahlen in Polen, die „Aussiedlung“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei, den jugoslawisch-italienischen Grenzkonflikt, die „Demokratisierung“ der inneren Ordnung in Griechenland, die Anerkennung der Albanischen Regierung, die Einrichtung sowjetischer Militärbasen in Norwegen „als Glied eines internationalen Sicherheitssystems“, die Kontrolle der dänischen Meerengen, die Verletzung der schwedischen Neutralität zugunsten von Deutschland und Finnland, den Suezkanal, den westeuropäischen Block, die Zivilluftfahrt u. v. a.¹⁵¹ Potentiell war Stalin und die sowjetische Delegation in Potsdam bestens auf Beratungen mit den beiden anderen Siegermächten vorbereitet. Doch der größte Teil dieser Materialien blieb ungenutzt.

Litvinov selbst legte am 3. Juli Molotov eine Denkschrift zu einer Friedenskonferenz vor. Ähnlich wie zwei Jahre zuvor Majskij,¹⁵² drängte Litvinov auf eine möglichst kurzfristige Einberufung einer solchen Konferenz. In Unkenntnis über das in Jalta getroffene Abkommen der drei Mächte bezüglich des Kriegseintritts der UdSSR gegen Japan (und die dafür erhaltene Zusicherung über die „Wiederherstellung der Rechte Russlands“)¹⁵³ ging es Litvinov dabei vor allem um die Ausnutzung der Zwangslage, in der sich die USA und Großbritannien, die „Hauptpartner“ der UdSSR, durch die alleinige Fortsetzung des Krieges im Fernen Osten befänden:¹⁵⁴

Dieser Umstand versetzt uns gegenüber unseren Partnern in eine außerordentlich vorteilhafte Lage. Außerdem sind sie, wie zu mutmaßen ist, daran interessiert, dass wir in dieser oder jener Phase in den Krieg gegen Japan eintreten. Gerade deshalb werden sie eher zu Konzessionen neigen, als dies nach dem für sie siegreichen Kriegsabschluss im Osten der Fall sein wird.

Selbst wenn sich die Westmächte der schnellen Einberufung einer Friedenskonferenz widersetzen würden, so spekulierte der längst einflusslose frühere Außenkommissar, wäre es „für uns politisch von Vorteil, die Verantwortung für diese

151 Verzeichnis der Dokumente, die der Kommission vorliegen (o.D.), 15. 7. 1945, AVP RF f. 0639, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 23–32.

152 Vgl. S. 324.

153 Vgl. das am letzten Konferenztag, am 11. 2. 1945, von Stalin, Roosevelt und Churchill unterzeichnete Abkommen betr. Japan und China, in: SAIK 4, S. 228. Dieses Abkommen ließ Stalin am 12. 2. 1946 in der *Izvestija* veröffentlichen.

154 Litvinov an Molotov, 3. 7. 1945, in: UdF 2, S. 40–41.

Verzögerung ihnen anlasten zu können“. In seinem detailliert ausgearbeiteten Vorschlag plädierte Litvinov für Moskau als Tagungsort der Friedenskonferenz. Falls sich die sowjetische Hauptstadt nicht durchsetzen ließe, könnten – so Litvinov – Prag oder Wien diese Funktion übernehmen. Der Konferenz sollten zunächst Vorbesprechungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien (als den hauptverantwortlichen Mächten) und danach eine Präliminarkonferenz aller Staaten, die *aktiv* Krieg geführt hätten, vorausgehen. Erst danach dachte Litvinov an eine „Hauptfriedenskonferenz“ aller Mitglieder der Vereinten Nationen, die Deutschland oder dessen Verbündeten lediglich *passiv* den Krieg erklärt hätten. Auf dieser Konferenz sollten Deutschland und allen anderen besiegten Staaten die Friedensverträge zur Unterzeichnung vorgelegt werden.¹⁵⁵ Molotov studierte den Vorschlag gründlich, nahm einzelne Korrekturen vor, setzte an manchen Stellen zustimmende Haken und ließ Stalin und Vyšinskij Abschriften vorlegen.

Der Außenkommissar war also gut vorbereitet, als er am 7. Juli eine amerikanische Themenliste für das Gipfeltreffen erhielt, an deren Spitze das „Verfahren und [der] Apparat für Friedensverhandlungen und Gebietsregelungen“ stand.¹⁵⁶ Zu diesem Punkt überbrachte Harriman am folgenden Tag einen gesonderten Vorschlag, der ausgehend von den Versailler Erfahrungen eine allgemeine Friedenskonferenz durch die Bildung eines permanenten Außenministerrats umgehen wollte und dabei zur Eile drängte:¹⁵⁷

Mit der Beendigung der Feindseligkeiten in Europa stehen die Vereinten Nationen dem dringenden Problem von Friedensverhandlungen und Gebietsregelungen gegenüber, ohne die die augenblickliche Verwirrung, die politische Unsicherheit und die wirtschaftliche Stagnation anhalten werden zum großen Schaden Europas und der Welt.

Molotov äußerte sich wenig später gegenüber der US-Botschaft nicht zur Dringlichkeit der Friedensverträge, meldete aber bereits Zweifel an der von den Amerikanern vorgeschlagenen Problemlösung an.¹⁵⁸

155 Vgl. die Zusammenfassung des Vorschlags der Litvinov-Kommission vom 3. 7. 1945, in ebd., S. 650–651, Anm. 48.

156 Harriman an Molotov, 7. 7. 1945, vgl. DzD II, 1, S. 196, Anm. 1. Dieses Schreiben Übergab Harriman am gleichen Tag während einer Unterredung mit Molotov, vgl. Unterredung mit Harriman, 7. 7. 1945, in: SAOD I, S. 718–719.

157 US-Memorandum zur Bildung eines Rates der Außenminister, 8. 7. 1945, DzD II, 1, S. 260, Anm. 1. Der Text dieses Memorandums lag bereits am 25. Juni 1945 vor, vgl. ebd. S. 249–251.

158 Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Molotov und Page, 11. 7. 1945, in: Ebd. S. 215–216.

Ohne Wissen Stalins erhielt der sowjetische Botschafter in Washington, Gromyko, zusammen mit dem Rechtsexperten des Außenkommissariats, Golunskij, von Molotov den Auftrag, ausgehend vom US-Vorschlag auf der Grundlage der Überlegungen Litvinovs einen alternativen Beschlussentwurf „über die Modalitäten beim Abschluss der Friedensverträge“ vorzubereiten. Erst einen Tag vor Eröffnung der Konferenz lag dieser Entwurf vor. Er wurde lediglich an Molotov und Vyšinskij, nicht jedoch an Stalin übermittelt. Vorgesehen war ein mehrstufiges Verfahren. Es sollte mit einer permanenten „Vorbereitungskommission“ aus Vertretern der UdSSR, der USA und des Vereinigten Königreichs beginnen, um für die Regierungen dieser drei Staaten, denen sich Frankreich anschließen könnte, Empfehlungen zu allen Friedensverträgen vorzubereiten. Erst in der zweiten Stufe war ein „Ratsgremium“, bestehend aus den Außenministern oder verantwortlichen Repräsentanten aller in der Vorbereitungskommission vertretenen Regierungen vorgesehen, das diese Empfehlungen prüfen sollte. Der Hauptunterschied zum amerikanischen Vorschlag bestand in der Ausrichtung der Arbeit auf Deutschland. All diese Arbeiten sollten – wie Litvinov vorgeschlagen hatte – innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden. In der dritten Stufe sollte dann nach acht bis neun Monaten ein Friedenskongress einberufen werden, „um die Deutschland und seine europäischen Verbündeten betreffenden Friedensverträge abzuschließen“.¹⁵⁹ Völlig außer Acht blieb das Problem der fehlenden deutschen Regierung. Offensichtlich dachten Gromyko und Golunskij an ein „Friedensstatut“, das keinerlei deutscher Unterzeichnung bedurfte.

Auf der Potsdamer Konferenz blieben alle sowjetischen Vorschläge zur künftigen Friedenskonferenz ungenutzt. Ebenso wenig wie alle anderen Konferenzteilnehmer waren Molotov und Stalin bereit, ihre Position in dieser sensiblen Frage offenzulegen, die nicht nur das künftige Verhältnis der Alliierten untereinander, sondern auch zu den besiegten Staaten grundlegend und auf schwerwiegendste Weise beeinflussen mussten. Stalin akzeptierte in der früheren Residenzstadt der preußischen Könige sofort den nur unwesentlich modifizierten US-Vorschlag zur Bildung eines Außenministerrats, den Truman am ersten Konferenztag einbrachte.¹⁶⁰ Dieser Vorschlag zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass er alle möglichen Streitfragen umging. Ein Friedensvertrag mit Deutschland verschwand damit zunächst von der Tagesordnung der internationalen Politik. Keine der beteiligten Seiten eröffnete in Potsdam eine inhaltliche Diskussion zu den Friedensverträgen.

159 Entwurf von Gromyko und Golunskij, in: UdF 2, S. 55–56: „Sowohl die Vorbereitungskommission als auch das Ratsgremium hat in erster Linie diejenigen Fragen zu behandeln, die Nachkriegsregelungen für Deutschland zum Gegenstand haben.“

160 Vorschlag der amerikanischen Delegation, 17. 7. 1945, in DzD II, 1, S. 289–290.

3. Stalin und die Abgrenzung der Interessensphären in Potsdam

In der Nacht zum 13. Juli beendete der Vožd' seine letzte Besprechung im Kreml. Angeblich auf Anraten seiner Ärzte verschob er anschließend seine Reise nach Deutschland um mehr als 48 Stunden. Erst am Morgen des übernächsten Tages bestieg Stalin kurz nach 7 Uhr zusammen mit seinem Außenkommissar und zahlreichen weiteren Begleitern einen Sonderzug, der mit ständiger Funkverbindung nach Moskau und Berlin ausgerüstet war.¹⁶¹ Am Nachmittag des 16. Juli erreichte der mächtigste Mann Europas – den viele schon zu dieser Zeit als den gefährlichsten Mann der Welt beargwöhnten – Potsdam.

Für Stalin war es der erste Aufenthalt in Deutschland. Als Sieger betrat er den Boden des Landes, mit dem die UdSSR fast vier Jahr einen Existenzkampf geführt hatte. Es war nicht nur ein Moment des persönlichen Triumphes. Es war ein historischer Augenblick. Gegenüber seinen dort bereits einen Tag wartenden Gästen aus Washington und London trat er von der ersten Minute an äußerst selbstsicher auf. Umgehend ließ er dem US-Präsidenten seine Bereitschaft übermitteln, ihn noch am Ankunftsstag zu treffen.¹⁶² Der amerikanische Präsident, der bereits mit einer gewissen Unlust nach Potsdam gereist war, verschob dieses Treffen,¹⁶³ was Stalin ohne Zögern akzeptierte. Als der Kremlchef dann in der prächtigen Unterkunft Trumans am Griebnitzsee erschien, bestimmte er den Verlauf des Gesprächs. Er vermied jeden Bezug zu Deutschland, berichtete jedoch umso ausführlicher über seine Verhandlungen mit dem chinesischen Außenminister Song Ziwen in Moskau.¹⁶⁴

Mit den Moskauer Vorbereitungsunterlagen für die Konferenz hatte sich der Vožd' wahrscheinlich erst auf der Bahnfahrt beschäftigt. Wenn er sie überhaupt

161 Badstübner, „Terminal“, S. 7 und 13.

162 Unterredungen zwischen Vyšinskij und Davies, 16. 6. 1945, SAOD I, S. 723–724. Erst um 22.00 Uhr teilte der frühere US-Botschafter Vyšinskij mit, dass Truman zu ermüdet sei und deshalb vorschläge, Stalin erst am folgenden Tag zwischen 11.30 und 12.00 Uhr zu empfangen. Stalin ging darauf ein und suchte Truman am 17. Juli um 12.00 Uhr auf, vgl. DzD II, 1, S. 1167–1174. Wahrscheinlich am Abend dieses Tages hatte Truman noch an seine Frau berichtet: „I am expecting to see the Marshal from Russia either *this afternoon* or tomorrow, and then business starts.“ Hervorhebung nicht im Original, vgl. Robert H. Ferrell, (Hg.), *Dear Bess. The letters from Harry to Bess Truman, 1910–1959*, New York 1983, S. 518.

163 Truman, Diary entry, 7. 7. 1945, in: Ferrell, *Private papers of Harry S. Truman*, S. 48–49, hier S. 49: „How I hate this trip! But I have to make it – win, lose or draw – and we must win.“

164 Unterredung zwischen Stalin und Truman, 17. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1167–1171.

einzelnen zur Hand genommen hatte, dürfte er sie sehr schnell wieder zur Seite gelegt haben. Er konzentrierte sich in Potsdam auf Fragen, zu denen entweder keine Vorschläge vorbereitet worden waren (etwa zur neuen polnischen Westgrenze und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zu den ehemaligen deutschen Satellitenstaaten) oder zu denen er selbst in den letzten Tagen und Wochen die Ausarbeitung sowjetischer Vorschläge verzögert hatte (den Reparationen). Daneben ließ er Vorschläge zu sekundären Fragen (zu Spanien, Tunesien, Syrien und Libanon) auf die Tagesordnung setzen. Besondere Bedeutung maß Stalin in Potsdam der Aufteilung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte bei. In seinem während der Konferenz veröffentlichten Befehl zum Tag der sowjetischen Kriegsmarine hieß es: „Das Sowjetvolk will seine Flotte noch stärker und mächtiger wissen. Unser Volk wird neue Kampfschiffe und neue Stützpunkte für die Flotte schaffen.“¹⁶⁵

In Moskauer Archiven sind bisher keine Aufzeichnungen über interne Beratungen des Kremlchefs mit Molotov oder anderen Mitgliedern der sowjetischen Delegation zu finden. Es gibt auch keinen Bezug auf derartige Treffen. Man kann und muss daher davon ausgehen, dass Stalin seine Verhandlungstaktik mit niemandem im Voraus abstimmte. Überhaupt ist bisher so gut wie nichts bekannt, was Stalin, Molotov und alle anderen Mitglieder der Moskauer Delegation außerhalb des offiziellen Konferenzprogramms während ihres Aufenthalts in Deutschland unternahmen. Keiner von ihnen traf sich in diesen Tagen mit Deutschen. Informelle Treffen von Mitgliedern der sowjetischen Delegation mit ihren Kollegen aus London und Washington beschränkten sich ohnehin nur auf Stalin, Molotov, Wyšinskij und Gromyko. Allen anderen Mitgliedern der sowjetischen Delegation waren private Kontakte außerhalb ihrer Delegationen untersagt.

Im Konferenzverlauf überließ Stalin die Initiative seinen westlichen Partnern. Gleich auf der ersten Sitzung hatte er Truman den Vorsitz angetragen. Churchill unterstützte diese Idee und der amerikanische Präsident akzeptierte sie. Stalin seinerseits konzentrierte sich darauf, über den Schutz dessen zu wachen, was er für die sowjetischen Errungenschaften des Zweiten Weltkrieges hielt: Die Anerkennung der Zugehörigkeit des Gebiets um Königsberg zur UdSSR, der polnischen Westgrenze entlang von Oder und Lausitzer Neiße, des „Bevölkerungstransfers“ aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sowie die Aufnahme Ungarns, Rumäniens und Bulgariens in die UNO. Um in all diesen Angelegenheiten, die die Pax Sovietica betrafen, den Standpunkt der UdSSR durchzusetzen, zeigte er sich in Bezug auf die Reparationsregelung flexibel, worauf noch einzugehen sein wird.

165 Stalin, Krieg, S. 225–226: Befehl Nr. 371 des Obersten Befehlshabers an die Truppen der Roten Armee und die Kriegsmarine der UdSSR, 22. 7. 1945.

Einheit und Abgrenzung der Sieger in der deutschen Frage

Über die Zukunft Deutschlands verhandelten die Staats- und Regierungschefs in Potsdam auf der Grundlage einer amerikanischen Vorlage. Dabei zeigte sich ein hohes Maß an Einigkeit. Gleich auf der ersten Sitzung hatte Truman einen Vereinbarungsentwurf „Über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode“ vorgelegt.¹⁶⁶ Dessen politischer Teil löste bei Stalin keinen Widerspruch aus. Die dort verankerten Prinzipien zur Demokratisierung, Entnazifizierung und Demilitarisierung Deutschlands deckten sich im Wesentlichen mit dem (oben vorgestellten) Vorschlag, den Vyšinskij in Moskau entwickelt hatte. Zu grundsätzlichen Überlegungen ließ sich Stalin erst animieren, als Churchill danach fragte, was es bedeute, wenn man jetzt von „Deutschland“ spreche. Im Laufe eines Wortwechsels erklärte der Krenlchef:¹⁶⁷

Deutschland ist das, was es nach dem Kriege geworden ist. [...] Deutschland ist, wie man bei uns sagt, ein geographischer Begriff. Wollen wir es vorläufig so auffassen. Man darf nicht von den Ergebnissen des Krieges abstrahieren. [...] Es hat sich infolge des Krieges verändert, und so fassen wir es auf. [...] Lassen sie uns die Westgrenzen Polens festlegen, und dann wird die deutsche Frage klarer werden. Es ist ein Land, das keine Regierung hat, das keine fixierten Grenzen hat, ... es ist in Besatzungszonen zerteilt. [...] Es ist ein zerschlagenes Land.

Diese Äußerungen Stalins stießen weder bei Truman noch bei Churchill auf prinzipiellen Widerspruch. Nach den sowjetischen Aufzeichnungen erklärte der Präsident: Deutschland „hat im Jahre 1945 alles eingebüßt. Deutschland existiert jetzt faktisch nicht.“¹⁶⁸ Wenn Churchill und Truman dennoch Stalins Deutschlanddefinition ablehnten, so vor allem deshalb, weil sie nicht bereit waren, ohne Gegenleistung die vollendeten Tatsachen hinzunehmen, die die UdSSR seit der Krim-Konferenz in den deutschen Ostgebieten geschaffen hatte.

In Potsdam entwickelte sich insgesamt kein gegenseitiges Verständnis der Konferenzteilnehmer. Wo es um Inhalte der laufenden und der kommenden

166 US-Memorandum, 17. 7. 1945, in: DzD II, 1, S. 417–420.

167 Protokoll der sowjetischen Delegation über die zweite Sitzung der Regierungschefs, 18. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1242–1249, hier S. 1244–1245. Diese Passage deckt sich im Wesentlichen mit den Protokollmitschriften der amerikanischen und britischen Delegation, vgl. ebd., S. 1126–1142.

168 Ebd., S. 1244. Wahrscheinlich hörte der Moskauer Protokollant hier mehr, als gesagt worden war. Nach dem „Thompson-Protokoll“ der zweiten Sitzung der Regierungschefs erwiderte Truman: „Deutschland [habe] 1945 alles verloren“ (DzD II, 1, S. 1227). Im Cohen-Protokoll fehlt diese Antwort des Präsidenten ebenso wie im britischen Protokoll.

Politik ging, redeten Stalin auf der einen, Churchill, Truman und Attlee auf der anderen Seite aneinander vorbei. Dem noch amtierenden britischen Premierminister versicherte Stalin, das Vorgehen der UdSSR in Osteuropa bewusst verschleiern zu wollen.¹⁶⁹

[I]n allen von der Roten Armee befreiten Ländern sei es die Politik Russlands, einen starken, selbständigen, souveränen Staat zu schaffen. Er sei gegen die Sowjetisierung irgendeines dieser Länder. Sie sollten freie Wahlen haben, und alle Parteien, außer den faschistischen Parteien, sollten sich daran beteiligen.

Churchill will demgegenüber an die Angst erinnert haben, die manche Menschen hinsichtlich der Absichten Russlands empfänden. Er zog eine Linie vom Nordkap bis Albanien, nannte die Hauptstädte östlich dieser Linie, die in russischer Hand seien und schlussfolgerte: „Es sehe so aus, als ob Russland nach Westen weiterrolle.“ Dies wiederum verneinte Stalin und versicherte, dass er Truppen aus dem Westen abziehe.¹⁷⁰ Ein Teil der Berater Trumans sahen die Konferenz in Potsdam als Pferdehandel,¹⁷¹ aus dem sie das Beste herausholen wollten. Auch die sowjetische Seite zog niemals die Möglichkeit in Erwägung, in inoffiziellen Sondierungen ihr eigenes Vorgehen zu erläutern und Kompromisse mit den USA zu suchen.

Welch hohen Stellenwert für Stalin die internationale Anerkennung der territorialen Veränderungen besaß, ließ sich einen Monat später erkennen, als Stalin die Niederlage der russischen Truppen gegen Japan 1904 als „schwarzen Fleck“ bezeichnete, der „auf unserem Land“ gelastet habe:¹⁷²

Unser Volk glaubte daran und wartete darauf, dass der Tag kommt, da Japan geschlagen und der Fleck getilgt wird. Vierzig Jahre haben wir, Menschen der alten Generation, auf diesen Tag gewartet. Und nun ist dieser Tag gekommen. Heute hat sich Japan als besiegt bekannt und die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet. [...] Von nun an können wir unser Vaterland als befreit ansehen von der ‚Bedrohung durch eine deutsche Invasion im Westen und eine japanische Invasion im Osten. Der lang erwartete Friede für die Völker der ganzen Welt ist eingetreten.

Nicht ganz so offen hatte sich Stalin vier Monate zuvor nach der Niederlage Deutschlands geäußert:¹⁷³

169 Unterredung zwischen Stalin und Churchill, 18. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1250–1253.

170 Ebd.

171 Eisenberg, *Germany*, S. 92. Bezogen auf Harriman und Pauley hielt Davies in seinem Tagebuch fest, sie seien daran interessiert, das Beste aus dem Pferdehandel (horse-trade) herauszuholen.

172 Ansprache Stalins, 2. 9. 1945 (Zur Kapitulation Japans), in: Stalin, *Krieg*, S. 229–233.

173 Ansprache Stalins, 9. 5. 1945, ebd., S. 217–219.

Der jahrhundertelange Kampf der slawischen Völker um ihre Existenz und Unabhängigkeit hat mit dem Sieg über die deutschen Okkupanten und die deutsche Tyrannei geendet.

In Bezug auf Stalin und die Beziehungen zur UdSSR schwankte der in internationalen Verhandlungen unerfahrene Truman vor und während seines Aufenthalts in Potsdam zwischen Frustration und Zuversicht. Er betonte vor allem seine eigene Leistung, wenn er über Erfolge berichtete und die entscheidenden Dissensfelder nur am Rande erwähnte. In der amerikanischen Delegation setzten sich schließlich diejenigen durch, die die Konferenz endlich durch einen Handel beenden wollten. Am 29. Juli, drei Tage vor Konferenzende, ließ Truman dem sowjetischen Außenminister ein Junktim vorschlagen, das der US-Außenminister, James Byrnes, darlegte: Falls man eine Vereinbarung über Reparationen entsprechend den amerikanischen Vorschlägen erreichen könnte, seien die Vereinigten Staaten bereit, den sowjetischen Wünschen bezüglich der polnischen Westgrenze entgegenzukommen.¹⁷⁴ Als Molotov darauf sofort einging, lobte der amerikanische Präsident völlig zu Recht Stalin, denn ohne dessen Zustimmung hätte sich Molotov niemals auf diesen Handel einlassen können.¹⁷⁵

Die zonale Reparationsregelung

Sicherheitspolitische Forderungen nach der militärischen und ökonomischen Entwaffnung Deutschlands rangierten für die UdSSR im Sommer 1945 an der Spitze der durch die Regierungschefs auf ihrem bevorstehenden Treffen in Potsdam zu lösenden Aufgaben. Reparationsforderungen blieben demgegenüber klar nachgeordnet. Die Erlangung maximaler Wiedergutmachungsleistungen war keineswegs die einzige und noch weniger die ausschlaggebende Zielsetzung der Politik des Kremls nach dem Sieg über Deutschland. Bis zum 3. Juli hatte die sowjetische Führung nicht die Absicht, die Reparationsfrage in Potsdam zu diskutieren. Auf der an jenem Tag bestätigten ersten Liste der sowjetischen Teilnehmer befanden sich unter insgesamt 74 aufgelisteten Personen, darunter auch technische Kräfte, lediglich zwei Vertreter der Wirtschaftsabteilung des Narkomindel. Von den sowjetischen Reparationsexperten sollten zunächst weder Majskij noch Varga nach Potsdam reisen.¹⁷⁶ Beide kamen erst unmittelbar vor Abreise in die sowjetische Delegation.

174 Unterredung zwischen Truman und Molotov, 29. 7. 1945, DzD, II, 1, S.1846–1851, hier S. 1847.

175 Truman an seine Frau, Bess, 29. 7. 1945, in: Ferrell, Harry to Bess Truman, S. 522: „I like Stalin. He is straightforward. Knows what he wants and will compromise when he can't get it.“

176 Liste der sowjetischen Delegation, 3. 7. 1945, AVP RF f. 0639, op. 1, p. 1, d. 8, Bl. 4–6.

Von Anfang an bestimmten politische Zielsetzungen das sowjetische Taktieren in der Reparationsfrage. Zu keinem Zeitpunkt war der Machtpolitiker Stalin bereit, für den Erhalt von Reparationen aus den Westzonen substantielle Zugeständnisse zu machen. Eingedenk des Scheiterns der Reparationsregelung nach dem Ersten Weltkrieg und der merklichen Zurückhaltung der Westmächte, der UdSSR Hilfe beim Wiederaufbau der kriegszerstörten UdSSR zu gewähren, dürfte man wenig Hoffnungen auf den Erhalt von Reparationslieferungen aus Gebieten außerhalb des sowjetischen Herrschaftsbereichs gehabt haben. Fünfzehn Jahre zuvor hatte der Moskauer Realpolitiker auf dem XIV. Parteitag der VKP(b) apodiktisch erklärt:¹⁷⁷

Zu glauben, dass die deutsche Bourgeoisie imstande sein werde, in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Mark zu zahlen, und dass das unter dem doppelten Joch der „eigenen“ und der „fremden“ Bourgeoisie lebende deutsche Proletariat sich die 20 Milliarden ohne ernstliche Kämpfe und Erschütterungen von der deutschen Bourgeoisie abzupfen lassen werde, hieße den Verstand verloren haben. Mögen deutsche oder französische Politiker sich den Anschein geben, als glaubten sie an dieses Wunder. Wir Bolschewiki glauben nicht an Wunder.

Seit Februar 1945 lag der Schwerpunkt der sowjetischen Reparationsentnahmen auf dem deutschen Eigentum in der SBZ, in den deutschen Ostgebieten und in Osteuropa, das unter die Kontrolle der Roten Armee gefallen war. Sowjetische Beauftragte praktizierten diesem fremden Eigentum gegenüber ihr Verständnis des Begriffs Kriegsbeute, lange Zeit bevor man ihn in Moskau definiert und in Potsdam dargelegt hatte. Sie schlossen dadurch bereits in den Wochen vor der Konferenz in Potsdam alle anderen reparationsberechtigten Staaten von Wiedergutmachungsleistungen aus. Dieses Vorgehen verlangte nach einer Antwort, die in Potsdam gefunden wurde.

Seit langem wird davon ausgegangen, dass als in Potsdam die Reparationen zur Sprache kamen, nicht diese allein zur Diskussion standen, sondern unausgesprochen damit verbunden auch die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit, die Zukunft Deutschlands und die sicherheitspolitischen Strategien der drei Mächte.¹⁷⁸ Die Verhandlungen zur Ausarbeitung der gemeinsamen Richtlinien der alliierten Deutschlandpolitik begannen am ersten Konferenztag mit der Einbringung des amerikanischen Entwurfs einer „Vereinbarung über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zur Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode“¹⁷⁹. Es kennzeichnet die Eigenart der alliierten Beziehungen, dass sich

177 Stalin, Werke 12, S. 219 (27. Juni 1930).

178 Fisch, S. 70.

179 Vorschlag der amerikanischen Delegation, 17. 7. 1945, DzD II, 1, S. 417–420.

die Uneinigkeit der drei Mächte nicht bei den politischen Grundsätzen, sondern auf dem Feld der wirtschaftlichen Grundsätze der künftigen Behandlung Deutschlands offenbarte.¹⁸⁰

Doch zunächst begann die Abstimmung der wirtschaftlichen Grundsätze relativ einträchtig. Dafür wurde durch die Außenminister am 18. Juli ein spezieller Wirtschaftsausschuss (Economic Subcommittee) geschaffen, in dem sich die Teilnehmer der Moskauer Reparationsberatungen wieder trafen. Erst am 20. Juli brach die Reparationskontroverse aus. Noch vor der – lange verzögerten – Bekanntgabe des sowjetischen Reparationsplanentwurfs legte Majskij in diesem Ausschuss seine Vorstellungen zur wirtschaftlichen Zukunft dar. Er ging dabei von einer nach Jahresplänen straff gelenkten Wirtschaft aus. Diese Planwirtschaft sollte sowohl die Produktion, die Güterverteilung (einschließlich Rationierung), die Ausfuhr- und Einfuhr, die Währung und das gesamte Transportwesen regulieren.¹⁸¹ Ein Mitglied der britischen Delegation bemerkte dazu:¹⁸²

They think that the Control Council will govern the economic life of Germany in much the same way as Russia maintains her own economic life, i. e. by detailed planning of production, allocation, imports and exports. A system of extreme State Socialism managed by four Powers is indeed a novel experiment, but there is probably no alternative to starting matters in this way.

Andere britische Beobachter erwarteten eine sowjetische Variante des Morgenthau Plans und forderten dessen erneute Zurückweisung.¹⁸³ Spätestens seit Darlegungen der sowjetischen Vorstellungen zur künftigen Wirtschaftspolitik in Deutschland suchte Pauley nach einem Weg, einen gemeinsamen Reparationsplan nach sowjetischem Muster zu verhindern. Eine Möglichkeit bot sich am 21. Juli, als die UdSSR im Wirtschaftsausschuss ihre Definition des Begriffs „Kriegstrophäen“ einbrachte.¹⁸⁴ Dabei handelte es sich keineswegs um eine spontane, undurchdachte Entscheidung, sondern um einen langfristig vorbereiteten Schritt,

180 Die von der amerikanischen Delegation auf der Grundlage der Beschlüsse der Krim-Konferenz vorgeschlagenen politischen Grundsätze wurden in überarbeiteter und ergänzter Form ohne langwierige Diskussion bereits am dritten Verhandlungstag von den Regierungschefs bestätigt, vgl. 3. Sitzung der Regierungschefs, 19. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1306–1318.

181 Bericht Murphy, 20. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1319–1320.

182 Waley an Eady, 22. 7. 1945, PRO, T236/263, Bl. 38 ff.

183 Anderson an Monckton, 18. 7. 1945, DBPO I, 1, S. 751–757. Vgl. auch DzD, II, 1, S. 646–647, Aufzeichnung Moncktons über eine Besprechung mit Weeks und Mills, 19. 7. 1945.

184 Vorschlag der sowjetischen Delegation 21. 7. 1945, in: DzD II, 1, S. 651. Der russische Begriff „voennye trofei“ wird dort mit „Siegesbeute“ übersetzt.

der auf Weisung der sowjetischen Führung erfolgte. Diese weit gefasste Begriffsbestimmung war bereits zehn Tage zuvor in Moskau bestätigt worden.¹⁸⁵ Sie lief einer bereits vorliegenden amerikanischen Definition diametral entgegen.¹⁸⁶ Amerikaner und Briten verstanden sie als uneingeschränkten Besitzanspruch der UdSSR auf sämtliche deutsche Vermögenswerte in ihrem Einflussbereich. Die sowjetischen Vertreter traten einer solchen Auslegung nicht entgegen, die die Möglichkeiten einer gemeinsamen Reparationspolitik entscheidend einengte. Einem rückblickenden Bericht zufolge fragte der britische Delegierte noch am 21. Juli, ob diese Definition bedeute, dass die Briten berechtigt wären, die gesamten Industrieanlagen im Ruhrgebiet als Kriegsbeute zu beanspruchen. Die Russen bestätigten dies.¹⁸⁷ Majskij habe, so Pauley, an diesem Abend angedeutet, dass die Sowjets Textil- und Schuhfabriken, aber auch Kohlenbergwerke als Siegesbeute betrachteten, wenn sie zu irgendeiner Zeit benutzt worden seien, um den Bedarf der deutschen Wehrmacht zu decken. Er habe zugegeben, dass bei dieser Definition wenig für Reparationen übrig bliebe, wenn man sie in ganz Deutschland streng anwenden würde.¹⁸⁸

Es ist vermutet worden, dass sich die sowjetische Delegation mit der Vorlage dieser Kriegsbeutedefinition für den Fall des Scheiterns einer gemeinsamen Lösung absichern wollte, um auch dann noch eine Rechtsgrundlage für Entnahmen zu haben.¹⁸⁹ Eine solche Erklärung greift zu kurz, will man das sowjetische Vorgehen in dieser Frage erklären. Fest steht: Stalin ließ diese Kriegsbeutedefinition einbringen, nachdem die Amerikaner eine eingeschränkte Definition der Kriegsbeute vorgeschlagen hatten, jedoch noch bevor Majskij die sowjetischen Vorschläge für eine gemeinsame, einheitliche Reparationsregelung für Deutschland als Ganzes konkretisierte. Möglicherweise wollte die sowjetische Führung damit ihre Bereitschaft signalisieren, die Bestimmung der Kriegsbeute und dadurch der Reparationsentnahmen in West- und Ostdeutschland unterschiedlich zu behandeln, ohne selbst die Initiative für eine solche Regelung zu ergreifen.

Für eine solche Annahme spricht die Tatsache, dass die UdSSR ihren Reparationsanspruch nicht allein aus der SBZ befriedigen konnte. Nur wenn sie nicht selbst eine getrennte Reparationsregelung für ihre Zone vorschlug, konnte sie

185 Vgl. S. 556.

186 Vorschlag der amerikanischen Delegation, 17. 7. 1945: „Die Kriegsbeute beschränkt sich auf fertige Ausrüstung und Versorgungsgüter, die für die deutsche Wehrmacht hergestellt wurden und ihr gehören, ausgenommen alle zur Produktion dieser Ausrüstungen oder Versorgungsgüter dienenden Einrichtungen.“ Vgl. DzD II, 1, S. 629.

187 FO an Kerr (Moskau), 24. 7. 1945, in: DzD II, 1, S. 681–682.

188 Pauley an Truman 20. 9. 1945, DzD, II, 1, S. 795–802.

189 Fisch, S. 72.

diesen Anspruch ungeschmälert aufrechterhalten und Kompensationen einfordern. Dies wäre ihr schwergefallen, wenn sie selbst eine reparationspolitische Teilung Deutschlands vorgeschlagen hätte. Dagegen konnte eine von den Westmächten vorgeschlagene zonale Reparationsregelung nicht nur die bisherige sowjetische Entnahmep Praxis in der SBZ legitimieren. Auf dieser Grundlage ließ sich ein Ausgleich für die nicht aus der SBZ zu befriedigenden sowjetischen Wünsche herleiten und einfordern.

Die Ausarbeitung des zonalen Reparationsplans durch die amerikanische Delegation war auch ein Eingeständnis der Unmöglichkeit einer gemeinsamen und einheitlichen Besatzungspolitik der Alliierten in Deutschland. Diese Einsicht bildete sich keineswegs erst während der Konferenz heraus. Erste Vorüberlegungen, die in diese Richtung zielten, finden sich auf britischer Seite bereits im unmittelbaren Anschluss an die Krimkonferenz.¹⁹⁰ Auch die amerikanische Regierung hatte sich die Möglichkeit einer unabhängigen Reparationspolitik stets offen gehalten, insbesondere als sie bei der Ausarbeitung der Instruktion für die US-Delegierten in der Alliierten Reparationskommission auf dem letztendlichen Entscheidungsrecht der Zonenoberbefehlshaber beharrte.¹⁹¹ Schon am Beginn der Potsdamer Konferenz räumte David Waley ein, dass die Westmächte die Russen nicht daran hindern könnten, Fabrikanlagen aus ihrer eigenen Zone abzutransportieren. Es gäbe keine Möglichkeit festzustellen, welche Entnahmen aus der russischen Zone tatsächlich vorgenommen würden.¹⁹² Pauley forderte bereits am Eröffnungstag der Potsdamer Konferenz Angaben an, die der Vorbereitung eines zonalen Reparationsplans dienten.¹⁹³ Aber erst am 22. Juli wurde der amerikanische Vorschlag entwickelt, der auf die Befriedigung sämtlicher Reparationsansprüche der UdSSR und Polens „aus der östlichen Zone“ und damit darauf zielte, die Sowjetunion möglichst vollständig aus den Westzonen herauszuhalten.¹⁹⁴ Der Vorschlag ging von den in Moskau vorläufig abgestimmten acht Reparationsprinzipien aus, wies dem Kontrollrat eine zentrale Rolle zu, räumte aber allen vier

190 Vgl. Josef Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: Foschepoth, Kalter Krieg und deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 176.

191 Memorandum des Informal Policy Committee o Germany (unter dem Vorsitz von Clayton), 18. 5. 1945, in: FRUS 1945, III, S. 1222–1227.

192 Playfair an Dent, 18.7.1945, in: DzD, II, 1, S. 642–643. Übermittelt Telegrammentwurf Waleys: „Es wird schwierig sein, dies (gemeint ist die nachträgliche Rechenschaft über Reparationsentnahmen) gegenüber den Russen durchzusetzen, und das scheint ein überzeugendes Argument für eine weit gefasste Definition des Begriffs Kriegsbeute zu sein.“

193 Nübel, S. 188.

194 Fisch, S. 76.

Mächten, „wenn vom Kontrollrat nicht anders angeordnet“, vollständige Handlungsfreiheit für die Entnahme von Reparationen aus ihren Zonen ein.¹⁹⁵

Am Morgen des 23. Juli deutete der amerikanische Außenminister James Byrnes erstmals gegenüber Molotov diese zonale Reparationsregelung an, in der er die einzig verbleibende Einigungsmöglichkeit sah. Bei seiner mündlichen Darlegung ging der amerikanische Außenminister davon aus, dass die UdSSR ein Recht auf 50 Prozent der deutschen Reparationen habe und diese aus dem von ihr besetzten Teil Deutschlands (einschließlich der inzwischen unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete) befriedigen könne, in dem sich annähernd 50 Prozent der deutschen Ressourcen befänden, die für Reparationsleistungen genutzt werden könnten. Molotov wies diesen Gedanken einer zonalen Regelung nicht prinzipiell zurück, sondern stellte lediglich die Relationen in Frage. Erst jetzt kündigte er die Vorlage des sowjetischen Entwurfs für einen gesamtdeutschen Reparationsplan an.¹⁹⁶ In unmittelbarer Reaktion auf den amerikanischen Vorschlag erhob Eugen Varga prinzipielle Einwände gegen die zonale Reparationsregelung. Kategorisch stellte er fest:¹⁹⁷

Die Entnahmen aus unserer Zone sichern weder die Beseitigung des Kriegspotentials Deutschlands noch die Wiederaufrichtung unserer Schwerindustrie.

Ohne jede unterstützende Erklärung legte Molotov den sowjetischen Entwurf am Nachmittag desselben Tages in schriftlicher Form vor.¹⁹⁸ Dieses Papier als „Plan“ zu bezeichnen, war ein Euphemismus. Es setzte willkürliche Einzelsummen in Dollar fest, um den Umfang beabsichtigter Entnahmen deutscher Industriekapazitäten und anderer Werte aus einzelnen Zweigen der deutschen Wirtschaft zu bestimmen. Die Gesamtziffer, auf die sich die sowjetische Führung bereits Anfang 1945 festgelegt hatte, blieb weitgehend unverändert. Reparationen aus der laufenden Produktion, für die ein gemeinsamer Reparationsplan besonders dringlich war, wurden lediglich durch die grobe Aufzählung der Güter, die für diese Reparationsform vorgesehen waren, angesprochen, ohne ihren wertmäßigen Umfang oder Wege zu ihrer Realisierung zu konkretisieren. Diese unbestimmte Beschreibung einer wichtigen Reparationsgattung, mehr aber noch der Umstand, dass

195 Arbeitspapier der amerikanischen Delegation, 23. 7. 1945. DzD, II, 1, S. 669–671.

196 Unterredung Byrnes mit Molotov, 23. 7. 1945, in: DzD, II, 1, S. 1527–1528. Noch deutlicher wird die sowjetische Position in: ebd. S. 1528–1529.

197 Notiz Vargas: Die Verteilung der Industriezweige auf die beiden Zonen, o.D., AVP RF f. 017, op. 1, p. 6, d. 61, Bl. 110–111.

198 Sowjetisches Kurzprotokoll der Sitzung der Außenminister am 23. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1552–1553. Vorschlag der Delegation der UdSSR für einen deutschen Reparationsplan, 23. 7. 1945, ebd., S. 673–675.

deren gesamtdeutsche Komponente schnell aufgegeben wurde, deuten darauf hin, dass man diese in Moskau seit langem vorbereitete, aber erst in letzter Minute vorgeschlagene Reparationsregelung niemals ernsthaft als eine gemeinsame Lösung angestrebte hatte.

Die sowjetischen Unterhändler benutzten ihren eigenen Planentwurf nur, um die sowjetischen Interessen beim amerikanischen Gegenentwurf durchsetzen zu können. Sie versuchten lediglich im Zusammenhang mit dem von den Amerikanern vorgeschlagenen zonalen Reparationsplan ihren eigenen Planentwurf zu besprechen. Im Wirtschaftsausschuss agierten die sowjetischen Vertreter dabei halbherzig.¹⁹⁹ Majskij ging am 24. Juli an der Spitze einer neunköpfigen Delegation²⁰⁰ mit einer nur indirekt rekonstruierbaren Direktive in die Verhandlungen.²⁰¹ Sie beinhaltet bereits die Bereitschaft, einen zonalen Plan unter der Bedingung zu erörtern, dass er Lieferungen einer wertmäßig festgesetzten Menge industrieller Ausrüstungen aus den Westzonen garantiere. Unter Berufung auf Schätzungen Vargas behauptete Majskij am 24. Juli im Wirtschaftsausschuss, dass sich lediglich 30 Prozent der beweglichen Vermögenswerte in der russischen Zone befänden, um daraus die Forderung nach Lieferung von Ausrüstungen aus den Westzonen im Wert von etwa 3 Milliarden Dollar als Reparationen abzuleiten.²⁰² Die Amerikaner gingen auf diese Forderung zwar nicht ein, signalisierten ihrerseits aber Verständigungsbereitschaft auf der Basis eines Reparationsaustauschs.²⁰³ Am Ende der fünfstündigen Verhandlungen erklärte der Wirtschaftsexperte des US-State Department, William Clayton: Er glaube nicht, dass eine wirklich grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien bestünde. Nachdem alle

199 Von dieser Sitzung sind eine britische und zwei sowjetische Protokollfassungen überliefert. Die britische und sowjetische Fassung decken sich zwar prinzipiell, doch ist in ersterer zugleich die Ablehnung des sowjetischen Planentwurfs, aber auch die Verständigungsbereitschaft (auf der Basis der zonalen Lösung) stärker betont. Vgl. Aufzeichnung der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 24. 7. 1945, DzD II, 1, 1682–1689.

200 Die UdSSR wurde auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses unter Leitung von Majskij durch Saburov, Sobolev, Varga, Arutjunjan, Arkad'ev, Morozov und Galinskij vertreten. In der britischen Protokollfassung wird zusätzlich noch ein „Sorokin“ erwähnt, bei dem es sich um den späteren Leiter der SMAD Reparationsverwaltung Zorin gehandelt haben dürfte.

201 Diese Rekonstruktion basiert auf der Verhandlungsführung Majskijs, vgl. AVP RF f. 017, op. 1, p. 6, d. 56, Bl. 38–53, Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 24. 7. 1945. Überliefert ist auch die ursprüngliche Fassung: ebd., Bl. 6–19.

202 Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 24. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1682–1689.

203 Ebd.

das Problem eine Nacht überschlafen hätten, könnte man zu einer Einigung kommen.²⁰⁴

Am 25. Juli wies der sowjetische Verhandlungsführer auf den Widerspruch zwischen der zonalen Reparationsregelung und der Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit hin. Demgegenüber erklärte Pauley: Der Hauptschlag gegen die Wirtschaftseinheit gehe nicht von seinem Vorschlag, sondern von der unilateralen Durchführung großer Entnahmen in der SBZ aus.²⁰⁵ Der amerikanische Verhandlungsführer legte nun die „endgültige“ schriftliche Fassung seines Vorschlags im Wirtschaftsausschuss vor. Dabei wiederholte er die Möglichkeit eines Reparationsaustauschs noch immer in unbestimmter Form.²⁰⁶ Bei der Übermittlung dieses Vorschlags an Molotov vermied Majskij jede Stellungnahme. Vielmehr ging er vorsichtig auf Distanz, indem er jeden Zusammenhang zwischen diesem Plan und der Arbeit der Alliierten Reparationskommission bestritt und darauf beharrte, dass der zonale Reparationsplan erst in Berlin entstanden sei.²⁰⁷

Am folgenden Tag systematisierte Arkad'ev die sowjetischen Argumente gegen die zonenweise Entnahme der Reparationen. Er begründete damit jedoch nicht die Ablehnung dieses Vorschlags, sondern konkretisierte die Bedingungen für eine mögliche sowjetische Zustimmung.²⁰⁸ Es ist höchst zweifelhaft, ob Molotov das Schreiben Arkad'evs bereits zur Kenntnis genommen hatte, als er am 27. Juli gegenüber Byrnes Bereitschaft signalisierte, auf Basis des amerikanischen Plans weiterzuverhandeln. Seine Frage, „ob der Vorschlag des Ministers nicht bedeute, dass jedes Land in seiner eignen Zone freie Hand haben und völlig unabhängig von den anderen handeln werde“, könnte andeuten, worüber die sowjetische Delegation in diesem Zusammenhang nachgedacht hatte. Der sowjetische Außenminister attackierte diese Konsequenz nicht, sondern konstatierte lediglich, dass sie einem Ausbleiben einer Vereinbarung gleichkomme. Mit der Forderung nach Bereitstel-

204 Britische Aufzeichnung des Unterausschusses für Wirtschaftsfragen, 24. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1689.

205 Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 25. 7. 1945, AVP RF f. 017, op. 1, p. 6, d. 56, Bl. 20–37.

206 Amerikanischer Vorschlag zu den Reparationen, 24. 7. 1945, DzD II, 1, S. 384–385. Auf der an Majskij übergebenen Fassung ist als Datum der Übergabe der 25. 7. 1945 vermerkt, vgl. SAIK, 6, S. 308–310. Den Reparationsaustausch deutete Pauley in einer gesonderten Stellungnahme an: „Bei der Durchführung dieses Programms würden die Industrieanlagen aus dem Ruhrgebiet, mit dem Schwerpunkt auf der Stahlindustrie, der Sowjetunion zur Verfügung gestellt, während gleichzeitig landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe, einschließlich flüssiger und fester Brennstoffe, Holz und Kali, aus Osteuropa den westlichen Zonen Deutschlands) zur Verfügung gestellt würden.“ Vgl. DzD II, 1, S. 684.

207 Majskij an Molotov 26. 7. 1945, AVP RF f. 0428, op. 1, p. 1, d. 7, Bl. 9.

208 Arkad'ev an Molotov, 27. 7. 1945, UdF 2, S. 58–61.

lung einseitiger Reparationslieferungen aus den Westzonen, stellte sich Molotov bereits auf den Boden des amerikanischen Vorschlags.²⁰⁹

Noch am 27. Juli wies der sowjetische Außenminister auf einer Beratung der sowjetischen Delegation die Ausarbeitung eines sowjetischen Gegenvorschlags an, der von der Anwendung des zonalen Prinzips sowohl auf die einmaligen Entnahmen als auch auf die jährlichen Lieferungen ausgehen sollte. Gegen eine solche weite Auslegung des zonalen Prinzips erhob Majskij Einwände:²¹⁰

Es stellte sich heraus, dass wir ... angesichts der relativen Armut unserer Zone dort nicht die Beträge aufbringen könnten, um unseren Anteil an den Warenlieferungen (50 Prozent) zu decken. Auch würden wir hier für die Lieferungen nicht die von uns benötigte Warennomenklatur aufreiben können.

Für Majskij hing von einem abgestimmten Programm jährlicher Entnahmen aus der laufenden Produktion aus allen vier Besatzungszonen die Erfüllung der sowjetischen Reparationsforderungen ab. Ein von Majskijs Reparatursexperten am 28. Juli vorgelegter Entwurf wurde zwei Tage später mit einzelnen Zugeständnissen den Vertretern der Westmächte übergeben. Die UdSSR verzichtete auf eine wertmäßige Fixierung der von ihr aus den Westzonen geforderten einmaligen Entnahmen. Hier bot sie eine minimale Senkung an: Von 6–6,5 Mill. t auf 5,5–6 Mill. t. Bei den Reparationen aus der laufenden Produktion aus allen vier Zonen war sie zu einer Reduktion von 10 Mrd. Dollar auf 8 Mrd. Dollar bereit.²¹¹ An dieser Koppelung der zonalen Regelung der einmaligen Entnahmen mit der gesamtdeutschen Regelung der Entnahmen aus der laufenden Produktion hielt die UdSSR jedoch nicht fest.

Als sich die sowjetische Führung zwischen dem 23. und 29. Juli für diese Regelung entschied, war dies nicht nur das Ergebnis einer erfolgreichen Verhandlungstaktik der Westmächte. Vielmehr wurden Reparationsforderungen eingesetzt, um bei anderen Regelungen sowjetische Interessen durchzusetzen. Erst als Byrnes am 29. Juli in einer Unterredung mit Molotov ein Junktim zwischen der amerikanischen Anerkennung der polnischen Westgrenze und der sowjetischen Zustim-

209 Amerikanische bzw. sowjetische Aufzeichnungen der Unterredung Molotovs mit Byrnes, 27. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1789–1791 und 1792–1795. Nach den sowjetischen Aufzeichnungen kam Byrnes diesem Drängen sehr weit entgegen: „Er Byrnes, werde mit dem britischen Kollegen klären, für welche Summe die Engländer eine Entnahme von Anlagen aus dem Ruhrgebiet für möglich hielten. Sei Molotov der Meinung, dass zwei Milliarden Dollar eine realisierbare Summe sei? Molotov antwortete zustimmend.“

210 Majskij an Molotov, 28. 7. 1945, UdF 2, 62–63.

211 Entwurf eines sowjetischen Vorschlags zu den Reparationen, 28. 7. 1945, AVP RF f. 0428, op. 1, p. 1, d. 7, Bl. 15–16. Vorschlag der sowjetischen Delegation, 30. 7. 1945, DzD I, 1, S. 748–749.

mung zur zonalen Reparationsregelung konstruierte, gab Molotov die grundsätzliche Zustimmung der sowjetischen Delegation zur Anwendung des zonalen Prinzips auf die Reparationen bekannt. Er signalisierte noch am selben Tag dem amerikanischen Präsidenten den Wunsch der UdSSR, 50 Prozent der gesamten deutschen Reparationen zu erhalten.²¹²

Nachdem sich die amerikanische und sowjetische Delegation auf die Anwendung des zonalen Prinzips geeinigt hatten, bedurfte die Reparationsregelung lediglich noch einer Absprache über Umfang und Modus des Reparationsaustauschs. Am folgenden Tage konnte zwar weder auf der offiziellen Sitzung der Außenminister noch auf einem inoffiziellen amerikanisch-sowjetischen Treffen ein Kompromiss gefunden werden, doch erfolgte eine deutliche Annäherung der Positionen. Zu keinem Zeitpunkt verteidigte Molotov dabei die gesamtdeutsche Regelung der Reparationen aus der laufenden Produktion, die am selben Tag noch Bestandteil eines sowjetischen Vorschlags war.²¹³

Direkt im Anschluss an die Sitzung der Außenminister übermittelte Majskij, der an dieser Sitzung teilgenommen hatte, den gemeinsam mit Saburov, Arkad'ev und Varga ausgearbeiteten Entwurf eines neuen sowjetischen Vorschlags an Molotov.²¹⁴ Diese Empfehlungen unterschieden sich grundlegend von dem wenige Stunden zuvor eingebrachten Vorschlag. Weiter festhalten wollten die Reparationsexperten jetzt lediglich an der Festsetzung von Reparationsentnahmen aus den Westzonen, die sie entweder wert- bzw. mengenmäßig oder durch die Halbierung des vorhandenen „Ausrüstungsfonds“ der Metall-, Maschinenbau- und chemischen Industrie gesichert sehen wollten. Immerhin hatten sie aber bereits die sowjetischen Forderungen drastisch reduziert. Wurden im offiziellen Vorschlag vom 30. Juli noch 5,5–6 Mill. Tonnen gefordert, waren es in dem wenige Stunden später vorgelegten Entwurf nur noch 3 Mill. Tonnen.²¹⁵

Diese Forderung ließ Stalin am 31. Juli auf der Sitzung der Regierungschefs ersatzlos fallen.²¹⁶ Allem Anschein nach war weder Majskij noch irgendein anderer sowjetischer Reparationsexperte an dieser Entscheidung beteiligt. Auf der zwölften und letzten Sitzung der Regierungschefs machte Stalin noch ein weiteres be-

212 Unterredung zwischen Truman und Molotov, 29. 7. 1945, DzD II, 1, S.1846–1851, hier, S. 1849: „Der Präsident stellte fest, ..., es sei sein Wunsch, dass die Sowjetunion 50% des Gesamtbetrags bekomme. Herr Molotov bedankte sich für die Feststellung des Präsidenten.“

213 Sitzung der Außenminister, 30. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1878–1890 und Unterredung Byrnes Molotov, 30. 7. 1945, ebd., S. 1872–1875.

214 Majskij an Molotov, 30. 7. 1945, AVP RF f. 0428, op. 1, p. 2, d. 12, Bl. 44–45.

215 Reparationen von Deutschland, 30. 7. 1945, ebd., Bl. 46–47.

216 11. Sitzung der Regierungschefs, 31. 7. 1945, DzD II, 1, S. 1939–1952.

deutendes Zugeständnis: Er strich die Forderung nach Aktienanteilen für die UdSSR von den in den Westzonen verbleibenden deutschen Unternehmen und verzichtete auf eine Mitverfügung über das deutsche Gold sowie die deutschen Werte im Ausland mit Ausnahme von Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Ostösterreich.²¹⁷ Damit war ein Kompromiss in der Reparationsfrage gefunden, der auf die deutsche Wirtschaftseinheit lediglich formell Rücksicht nahm, dafür aber die gegenseitigen Interessensphären der Sieger respektierte. Diese Lösung entwertete die vorangegangenen Planungen der sowjetischen Reparationskommission weitgehend. Die Geringschätzung ihrer Arbeit fand noch am selben Tage ihren Ausdruck in Majskijs Nichtberufung in die Redaktionskommission, die den gefundenen Kompromiss ausformulieren sollte. Statt durch Majskij wurde die UdSSR dort durch Vyšinskij und Gromyko vertreten, die weder an der Ausarbeitung der sowjetischen Reparationspolitik noch an den diesbezüglichen Verhandlungen in Potsdam beteiligt waren.

Die im Protokoll der Potsdamer Konferenz fixierte Reparationsregelung trug auch die Handschrift Stalins. Sie war ein ersten Schritt zur Anerkennung des im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Status quo.²¹⁸ Doch insbesondere bei den Reparationen erwies sich dies auch für die UdSSR als ein weiter und durch Widersprüche gekennzeichnete Weg.

4. Das Potsdamer „Abkommen“ als sowjetische Friedensregelung

Marc Trachtenberg sieht in der in Potsdam erreichten sowjetisch-amerikanischen Einigung nicht nur eine improvisierte Lösung, sondern den Ansatz zu einer langfristigen Strategie, die auf Konfliktvermeidung durch gegenseitige Abgrenzung der Interessensphären zielte. „Truman has ... decided to take what he called a ‚very realistic‘ line at Potsdam. Soviet control over the areas the USSR now dominated was a fact of life, and if one accepted that, one could deal with Stalin in a straightforward way [...] Truman had no trouble adjusting to the new situation. Nazi aggression had opened up the floodgates, and Soviet power now dominated central Europe, but this was something the United States could easily live with: thanks to Hitler, the president said, ‚we shall have a Slav Europe for a long time to come. I

217 12. Sitzung der Regierungschefs, 1. 8. 1945, DzD II, 1, S. 2036–2052.

218 Vgl. Fisch, 79–80: „Die schließlich getroffene Lösung lässt sich also ohne weiteres aus der Interessen- und Machtkonstellation in Europa ableiten. [...] Hätte man gar nichts unternommen, so wäre mit und ohne Atombombe dasselbe herausgekommen.“

don't think it is so bad.“²¹⁹ Trotz des anhaltenden Bestrebens des amerikanischen Außenministers, möglichst langfristig tragfähige Kompromisse mit Stalin zu finden, entwickelte sich weder bei Truman,²²⁰ noch bei vielen der in Osteuropa eingesetzten amerikanischen Diplomaten die Bereitschaft, die von den Sowjets in Osteuropa geschaffenen vollendeten Tatsachen anzuerkennen.²²¹ Doch zunächst konnte die Potsdamer Konferenz in der Nacht vom 1. zum 2. August mit einem Protokoll abgeschlossen werden, das erstaunlich umfangreiche Vereinbarungen festhielt.

Der erste erfolgreiche Test der amerikanischen Atombombe am 16. Juli in der Nähe von Alamogordo hatte die Potsdamer Verhandlungsergebnisse weniger beeinflusst²²² als der Regierungswechsel in London. Statt auf die ultimative Durchsetzung amerikanischer Interessen, zielten Truman und Attlee am Ende der Konferenz auf Kompromisse. Dazu heißt es in einem Runderlass Molotovs an die sowjetischen Auslandsvertretungen:²²³

Am Beginn der Konferenz waren die Engländer und Amerikaner zu keinen Zugeständnissen in politischen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Westgrenze Polens, bereit. Sie wollten uns auch in der Frage der Reparationen von Deutschland nicht entgegenkommen. Die Mehrheit der wichtigen Entscheidungen wurde erst am Ende der Konferenz erreicht, dabei wurde eine bedeutende Einmütigkeit erreicht.

Truman gab sich in der Öffentlichkeit zunächst sehr zufrieden mit den Ergebnissen der Konferenz. Er führte deren Beschlüsse auf ihren amerikanischen Ursprung zurück und versicherte: „Es war auf der Potsdamer Konferenz leicht für mich, mit Marschall Stalin, mit Premierminister Churchill und später mit Premierminister Attlee in gegenseitigem Einvernehmen und in Freundschaft auszukommen. [...]

219 Trachtenberg, Peace, S. 28. Trachtenberg paraphrasiert und zitiert eine Äußerung des Präsidenten, die US-Marineminister James Forrestal am 28. Juli 1945 in seinem Tagebuch festhielt, die jedoch in dessen 1951 veröffentlichter Fassung unvollständig abgedruckt ist. Vgl. Walter Millis (Hg.), *The Forrestal Diaries*, New York 1951, S. 78.

220 Truman an seine Frau, 25. 7. 1945, in: Ferrell, *Harry to Bess Truman*, S. 521: „There are some things we can't agree to. Russia and Poland have gobbled up a big hunk of Germany and want Britain and us to agree. I have flatly refused. We have unalterably opposed the recognition of police governments in the German Axis countries.“

221 Vgl. Marc Trachtenberg, *United States and Eastern Europe*, in: *Journal of Cold War Studies* 10, 2008, 4, S. 94-133.

222 Über die Ergebnisse dieses Tests wurde Truman erst am 21. Juli informiert. Nach dieser Nachricht und nach der darauf folgenden Sitzung mit Stalin glaubte Churchill an Truman das zu bemerken, was er selbst erhoffte: „Er war wie ausgewechselt. Er sagte den Russen nur, was sie zu tun und nicht zu tun hätten und kommandierte die ganze Sitzung herum.“ (Vgl. Yergin, *Zerbrochener Frieden*, S. 117).

223 Pečatnov, *Stalin*, S. 354: Zitiert aus Runderlass Molotovs, o.D.

Die drei Großmächte sind jetzt enger denn je miteinander verbunden und entschlossen, diesen Frieden zustande zu bringen. Von Teheran und Jalta, von San Francisco und von Potsdam aus werden wir weiter zusammen vorwärts schreiten zu einem dauerhaften Frieden und einer glücklichen Welt!“²²⁴

Dies war eine Wertung ganz nach dem Gusto Stalins. Auch die sowjetische Führung betrachtete die Potsdamer Konferenz als Erfolg. Molotov erklärte den sowjetischen Auslandsvertretungen, die Konferenz habe für die UdSSR mit insgesamt befriedigenden Ergebnissen geendet.²²⁵ Über eine genauere Einschätzung Molotovs berichtete der jugoslawische Botschafter nach Belgrad.²²⁶

Nach Meinung Molotovs und Vyšinskijs, konnte man auf der Konferenz bemerken, und dies zeigt sich auch in den Konferenzergebnissen, dass den Engländern und Amerikanern klar geworden ist, dass sie Osteuropa und den Balkan verloren haben.

Auch gegenüber Dimitrov beurteilte der Außenkommissar die auf der Potsdamer Konferenz getroffenen Entscheidungen positiv für die UdSSR. Im Wesentlichen seien sie vorteilhaft. „De facto sind unsere Interessenssphären anerkannt worden.“²²⁷

Vorgaben folgend bewertete die sowjetische Presse die Potsdamer Konferenz als Erfolg. Wahrscheinlich von Stalin selbst inspiriert gab die *Pravda* in ihrem ersten Kommentar etwas von der ursprünglichen Zielsetzung zu erkennen, mit der der Kremlchef nach Potsdam gefahren war: „Die Arbeit der Konferenz, die von ihr gefassten Beschlüsse, die in ihrem Verlauf zustande gekommenen Abkommen zielen darauf ab, den über den deutschen Imperialismus errungenen historischen Sieg zu verankern und einen dauerhaften und gerechten Frieden zu gewährleisten. [...] Die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz zeugen in einleuchtender Weise davon, dass in den wichtigsten Fragen der Nachkriegsentwicklung eine Übereinkunft erzielt und der Weg für die weitere Zusammenarbeit der Großmächte sowie auch der anderen freiheitsliebenden Völker aufgezeigt wurde.“²²⁸

Die in *Novoe Vremja* umbenannte Moskauer Zeitschrift für internationale Politik (ehemals *Vojna i rabočij klass*) folgte insgesamt diesem Urteil: „Die Berliner Konferenz ... hat gezeigt, dass die drei Mächte fähig sind, nicht nur im Kriege, in

224 Rundfunkansprache Trumans, 9. 8. 1945, DzD II, 1, S. 2248–2256.

225 Geoffrey Roberts, Stalin at the Teheran, Yalta, and Potsdam Conferences, in: Journal of Cold War Studies 9, 2007, 4, S. 36.

226 Bericht des jugoslawischen Botschafters, 8. 8. 1945, in: Gibianskij, Donesenija, S. 6.

227 Diese Äußerung Molotovs ist bisher leider nur in englischer Übersetzung zugänglich, Banac, Dimitrov, S. 377, Eintrag vom 6. 8. 1945.

228 *Pravda*: „Die Potsdamer Dreimächte-Konferenz, 3. 8. 1945, abgedruckt in: DzD II, 1, S. 2223–2224.

gemeinsamer Gefahr, gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuarbeiten, sondern auch in Friedenszeiten, wo das Leben zahlreiche, höchst verwickelte Fragen auf die Tagesordnung setzt.“²²⁹

Für die Zeitung, die auch unter neuem Namen das Sprachrohr des sowjetischen Außenkommissariats blieb, betätigten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz die Richtigkeit der seit drei Monaten in der SBZ verfolgten sowjetischen Politik: „Die Berliner Beschlüsse haben den prinzipiellen Kurs der Politik angegeben, die die verbündeten Länder gegenüber Deutschland befolgen werden: Völlige Ausrottung des Faschismus, gestützt auf die demokratischen Elemente des deutschen Volkes. Wiederholt ist in der Weltpresse festgestellt worden, dass eben dieser Kurs von Anfang an in der sowjetischen Besatzungszone gesteuert wurde.“²³⁰

Das Blatt nutzte die Potsdamer Beschlüsse zu Angriffen gegen „gewisse Kreise in den demokratischen Staaten“, die politisch und wirtschaftlich am Erhalt der industriellen Stärke Deutschlands interessiert seien.²³¹ Dennoch läutete die Potsdamer Konferenz für die Moskauer Kommentatoren ein neues, das sowjetische, Zeitalter ein.

Das Sprachrohr der SMAD, die *Tägliche Rundschau*, übernahm die *Pravda*-Bewertung der Konferenz und gab den Deutschen das in Karlshorst gewünschte Interpretationsmuster vor:²³²

Die breiten demokratischen Elemente des deutschen Volkes verstehen den gerechten Charakter der auf der Berliner Konferenz bezüglich Deutschlands gefassten Beschlüsse.

Nur durch die „ehrliche und aufrichtige“ Erfüllung der Potsdamer Beschlüsse könne das deutsche Volk „auf eine Erleichterung und Verbesserung seines Schicksals und mit der Zeit auf einen Platz in der Gemeinschaft der Nationen rechnen.“²³³

Die Potsdamer Beschlüsse bestätigten, was Anne O’Hare McCormick in der *New York Times* bereits 1944 erkannt hatte: „The Russians are victors in their vast

229 *Novoe Vremja*, 5. 8. 1945, abgedruckt in: DzD II, 1, S. 2243–2246, hier S. 2243.

230 *Novoe Vremja*, 5. 8. 1945, abgedruckt in: DzD II, 1, S. 2243–2246, hier S. 2244.

231 Ebd.: „Man weiß ja, dass sich unsichtbare Fäden spinnen zwischen den deutschen Stahl-, Kohlen- und Chemiekönigen und gewissen Monopolorganisationen Amerikas und Englands, die nicht verfehlen werden, ihren ganzen Einfluss zugunsten der Industriefirmen, mit denen sie eigennützige Interessen verbinden, in die Waagschale zu werfen.“

232 *Tägliche Rundschau*, 5. 8. 1945, zitiert in: DzD II, 1, S. 2232–2234.

233 Ebd.

theatre; and they are in the mood of victors, confident that they can dictate terms that the enemy cannot and their allies certainly will not dispute by force.“²³⁴

Ein Jahr später sprach sie völlig zu Recht von den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz als *Edikt*, das darauf ziele, Deutschland als Macht abzuschaffen. „Potsdam war zwar nicht die endgültige Friedenskonferenz, aber es sind dort Beschlüsse gefasst worden, die auf späteren Konferenzen nicht widerrufen werden können.“²³⁵

Obwohl weder die an der Potsdamer Konferenz beteiligten Mächte noch die anderen von Deutschland mit Krieg überzogenen Staaten zu jenem Zeitpunkt einen sofortigen Friedensvertrag mit Deutschland forderten, übernahm diese Konferenz nach dem Kriege für all die Staaten, deren Grenzen bzw. Einwohnerschaft sich in der Folge des Krieges geändert hatten, die Funktion einer Friedenskonferenz. Beschlüsse, die sie betrafen, galten in diesen Staaten fortan als friedensvertragliche Regelungen.

Aus der Retrospektive erweisen sich die Potsdamer Beschlüsse zur vorläufigen Grenzziehung im Osten Deutschlands und zur Vertreibung der Deutschen aus all den Gebieten, die nun zu Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und der UdSSR gehörten, als de facto Anerkennung der Stalinschen Friedensordnung. Schon für kritische Zeitgenossen symbolisierte die Konferenz in Potsdam den Aufstieg der UdSSR zu einem „weiten und mächtigen Imperium“ gegenüber dem allein die USA handlungsfähig blieben.²³⁶ Die ersten Fakten einer neuen, einer sowjetischen Friedensordnung waren geschaffen. In diesem Sinne hatte auch Stalin einen Krieg zur Friedenssicherung (Kettenacker) geführt. Auch die UdSSR strebte tendenziell danach (auch wenn dies niemals ihr klar formuliertes Programm war), die deutsche Frage Schritt für Schritt durch die Integration des von ihr besetzten Teils Deutschlands in den sowjetischen Block zu lösen. Der Integrationsfrieden (Küsters) sowjetischen Typs gründete sich nicht allein auf die stalinistische Ideologie, den Reichtum an natürlichen Ressourcen, das wirtschaftliche Potential der UdSSR und auf deren militärische und polizeiliche Gewalt. Die deutsche Gefahr bildete auch eine wesentliche Rechtfertigung für den Zusammenschluss der Staaten Osteuropas. Zugleich schuf die Position der UdSSR in Deutschland die Grundlage für die Abschirmung der sowjetischen Staatengemeinschaft.

Als Real- und Machtpolitiker stand für Stalin schon lange fest, dass wesentliche Vorentscheidungen über eine künftige Entwicklung Deutschlands nicht erst in

234 *New York Times*, 7. 2. 1944.

235 *New York Times*, 4. 8. 1945, in: DzD II, 1, S. 2227–2228.

236 *Combat* (Paris), 5. 8. 1945, zitiert in: DzD II, 1, S. 2231–2232.

Potsdam, sondern bereits auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs gefallen waren. Die UdSSR blieb nur so lange daran interessiert, eine Konfrontation zwischen den Siegermächten zu vermeiden, wie es die Durchsetzung ihrer eigenen Politik beförderte. Dabei nahm sie so wenig wie nötig Rücksicht auf die Alliierten. Dies zeigte sich unmittelbar nach der Konferenz in der Art und Weise, in der die Bodenreform in größter Eile durchgesetzt wurde und es fand Monate später mit der gegen den Widerstand der Westmächte erzwungenen Vereinigung der SPD mit der KPD seine Fortsetzung.

In dem Maße, wie die bereits vor Potsdam eingeleitete „Antifaschistisch-Demokratische Umwälzung“ nicht von der Mehrheit der Deutschen in der SBZ unterstützt wurde und zu Konflikten zwischen der UdSSR und den Westmächten führte, gewannen die gemeinsamen Beschlüsse der Alliierten – das „Potsdamer Abkommen“ und die Direktiven des Kontrollrats – an Bedeutung für die Durchsetzung der sowjetischen Politik in Deutschland. Sie ersetzten die fehlende demokratische Legitimation all jener deutschen Kräfte, die wie die KPD und später die SED in Deutschland die Ziele Stalins verfolgten. Damit wurde das Potsdamer *Abkommen*, wie man es schon bald östlich der Elbe nannte, zur Geburtsurkunde für die DDR.

Walter Ulbricht war einer der Wortführer, die diese Deutung der Potsdamer Konferenz prägten und benutzten. Für ihn gab das Potsdamer *Abkommen* dem deutschen Volk die Möglichkeit, „sich seinen ureigensten historischen Aufgaben zuzuwenden und den deutschen aggressiven Militarismus mit seinen Wurzeln auszurotten“. ²³⁷ Ulbricht konnte durchaus zutreffend feststellen: ²³⁸

Zwischen den Grundaufgaben des Potsdamer Abkommens und dem Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945, dem sich der antifaschistisch-demokratische Block angeschlossen hatte, bestand völlige Übereinstimmung.

Um dies sicherzustellen hatte Stalin seine deutschen Genossen nach Moskau bestellt. Gegen das *Potsdamer Abkommen* war in der SBZ seit August 1945 keine Politik möglich. Als Stalin 1949 der Gründung eines deutschen Staates östlich der Elbe zustimmte, konnte er davon ausgehen, „dass [sich] die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens“ verpflichtet werde. ²³⁹

237 Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, Berlin 1955, S. 196.

238 Ebd. S. 205.

239 Scherstjanoi, *SKK-Statut*, S. 133: Abschnitt VI: „Rechte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland“.

Pax Sovietica: Abgrenzung und Weltrevolution

Schlussbetrachtungen

Der Roten Armee und der sowjetischen Kriegsdiplomatie gelang es am Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland einen Waffenstillstand durchzusetzen, der auf der gleichberechtigten Beteiligung der UdSSR an der vollständigen Besetzung und einer zonalen Abgrenzung der obersten Gewalt zwischen den Siegermächten basierte. Die Verfügungsgewalt über den östlichen Teil Deutschlands ermöglichte Grenzverschiebungen (einschließlich Bevölkerungstransfer) und damit den Ausbau einer zunächst auf Ost- und Südosteuropa beschränkten sowjetischen Friedensordnung, der Pax Sovietica. Die Vertiefung des Antagonismus zwischen der UdSSR und den Demokratien des Westens bildete sowohl die Voraussetzung als auch die Folge dieser Entwicklung. Dieses Untersuchungsergebnis bietet einen neuen Ansatz für das Verständnis der aggressiven, expansiven, aber vor allem auf Systemerhalt und deshalb auf strikte Abgrenzung zielenden sowjetischen Außenpolitik. Denn bislang bezeichnete Pax Sovietica nicht die Realität der sowjetischen Friedensordnung, sondern immer die Gefahr, die von einer expansiven, weltrevolutionären Politik der UdSSR für den Westen ausging. Während die UdSSR stets von der Zusammenarbeit mit den Westmächten abhängig blieb und zur Anerkennung der westlichen Einflusszone bereit war, richtete sich die von Stalin verbreitete Gewalt fast ausschließlich gegen die Bevölkerung der UdSSR sowie gegen die Völker all jener Staaten und Gebiete, die im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs in die sowjetische Einflussphäre geraten waren. Dieser streng abgegrenzte Raum, der nur als erweiterbar, nicht jedoch reduzierbar verstanden wurde, bildete das *sozialistische Weltsystem*. Weder Stalin noch seine Nachfolger waren (entgegen dem universellen Anspruch der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Lehre) bereit, für die Ausbreitung der Weltrevolution militärische und politische Abenteuer einzugehen, die die Existenz dieses *Weltsystems* bedroht hätten.

Für Stalin war der Zweite Weltkrieg nicht nur ein Kampf um die Existenz, sondern ein Ringen um einen maßgeblichen Platz der UdSSR in der Welt. Er suchte nicht nach Verständigung mit den Nachbarstaaten und mit potentiellen Partnern der UdSSR, sondern nach Unterordnung der Ersteren und nach Anerkennung eigenmächtiger Handlungen der UdSSR durch die Letzteren. Der sowjetische Diktator bereitete die UdSSR mit aller Gewalt auf den von ihm seit Langem erwarteten großen Krieg vor, um mit oder ohne Beteiligung an diesem Krieg eine Pax Sovietica durchzusetzen. Natürlich stand auch für ihn nicht fest, welche Gestalt sie haben würde, aber die Entschlossenheit, sie zu schaffen, war vorhanden,

bevor die UdSSR 1939 in den von Deutschland entfesselten Krieg in Europa eintrat. Bereits am 23. August 1939 skizzierte Stalin streng geheim im Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag erste Kriegsziele. Diese lernte die Welt im Laufe der darauf folgenden 12 Monate kennen. Eher imperialer als kommunistischer Logik folgend, dehnte er die UdSSR auf die Grenzen des Russischen Reiches von 1914 und in Galizien und der Bukowina darüber hinaus aus. Stalin hoffte der UdSSR eine Einflussosphäre schaffen zu können, ohne sie Opfer des Krieges werden zu lassen. Diese Sphäre sollte Bulgarien, Finnland, Rumänien, Ungarn, die Türkei und den Iran einschließen.¹

Das nationalsozialistische Deutschland durchkreuzte diese Absichten; es stand ihnen im Wege. Dennoch deckte sich die expansive Politik Stalins nach dem 22. Juni 1941 im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges nur sehr begrenzt mit dem Ziel, die Weltrevolution mit Hilfe der Roten Armee voranzubringen.² Stalin selbst schob mit seinem konstanten Bemühen, eine Nachkriegsregelung so früh wie möglich zunächst mit Deutschland, später mit Großbritannien festzuschreiben, dem weltrevolutionären Vormarsch der sowjetischen Truppen einen Riegel vor. Als der Kremlchef im Dezember 1941 gegenüber dem britischen Außenminister sein Nachkriegsprogramm entwickelte, lief dieses auf ein britisch-sowjetisches Kondominium über Europa hinaus. Im Gegenzug zur sowjetischen Anerkennung britischer Interessen in Westeuropa sollte die britische Regierung nicht nur die sowjetische Westgrenze vom 22. Juni 1941 (also die Zugehörigkeit der baltischen Staaten und der polnischen Ostgebiete zur UdSSR) anerkennen, sondern ebenso sowjetische Rechte in Finnland und Rumänien. Anders als im Jahr zuvor in seiner Instruktion an Molotov für die Berliner Verhandlungen mit Hitler und Ribbentrop, umriss Stalin damit seine Vorstellungen einer sowjetischen Friedensordnung. Diese zielte jetzt nicht mehr primär auf eine territoriale Expansion der UdSSR, sondern auf die Einflussabgrenzung mit Großbritannien in Europa. Dieser realpolitische Machtkompromiss verschob die Weltrevolution auf eine unbestimmte Zukunft. Schon ein halbes Jahr später sollte sich zeigen, dass weniger die formelle Anerkennung der sowjetischen Grenzen und Einflusszonen in einem Vertrag (bzw. geheimen Zusatzprotokoll) – was die USA verhinderten – die Voraussetzung für die Verwirklichung der Pax Sovietica war, als vielmehr der vollständige Sieg über Deutschland und dessen „Aufgliederung“. Auf Letzteres hatte sich

-
- 1 Stalins Direktive für Molotov für die Verhandlung in Berlin, 9. November 1940, in: Ueber-schär/Bezemenskij, *Angriff*, S. 174–176. Nur in Bezug auf Bulgarien sah Stalin den direkten Einmarsch sowjetischer Truppen vor. In Bezug auf alle anderen hier genannten Staaten forderte Stalin den Abzug deutscher Truppen (Finnland) bzw. ein Mitspracherecht der UdSSR (Türkei, Ungarn, Ungarn und Iran).
 - 2 Bogdan, *Kampfplatz*, S. 463.

Stalin bereits im Herbst 1941, noch vor Kenntnis der britischen Position, festgelegt. Die Einteilung Deutschlands (1944) und Österreichs (1945) in Besatzungszonen sicherte Einflusszonen bzw. Mitspracherechte, nicht aber weltrevolutionäre Aktivitäten. Zugleich bot der Zweite Weltkrieg, als die UdSSR hauptsächlich auf sich gestellt 1941/42 dem deutschen Angriff standhielt und 1943 die militärische Initiative gewann, die Möglichkeit, eine Friedensordnung formal selbständiger Staaten unter sowjetischer Kontrolle zu gestalten. Die Errichtung dieser neuen Ordnung war eine Antwort auf die Atlantik-Charta, mit deren Anerkennung Stalin nun weitestgehend (aber nicht vollständig) auf eine direkte, territoriale Ausdehnung der UdSSR verzichten musste.

*

Blicken wir zum Abschluss noch einmal aus internationaler Perspektive: Ebenso wie die Regierung in Moskau vor dem 22. Juni 1941 auf eine gegenseitige Schwächung der seit 1939 am Krieg beteiligten Mächte gehofft hatte, erwarteten die Regierungen in London und Washington nach dem 22. Juni 1941 eine gegenseitige Auszehrung Deutschlands und der Sowjetunion. Antibolschewismus und Anti-sowjetismus bildeten nicht nur die Grundlage für den deutschen Vernichtungskrieg gegen die UdSSR, auch die Politik der Westmächte war vor und nach 1941 nicht frei davon. Vor allem weil Großbritannien und die USA Deutschland höhere Siegeschancen einräumten, zugleich aber dessen Sieg fürchten mussten, fanden sie sich bereit, schrittweise die Anti-Hitler-Koalition zu formen. Niemals jedoch wollten und konnten sie sich mit der UdSSR auf Pflichten verständigen. So versäumten die Westmächte 1941/42 die Ausgestaltung der Anti-Hitler-Koalition zum Kern einer handlungsfähigen künftigen Weltorganisation, als sie sich nicht nur gegen die sofortige Errichtung der Zweiten Front, sondern auch gegen eine Anerkennung der sowjetischen Westgrenze sträubten. Für Stalin war die Zweite Front, die bis 1943 den Hauptstreitpunkt innerhalb der Anti-Hitler-Koalition bildete, nicht nur eine militärische Frage; sie wurde für ihn zum Gradmesser der Handlungsfähigkeit der Westmächte. Ihm dürfte bewusst gewesen sein: Wenn die UdSSR die Anerkennung ihrer Grenzen innerhalb der Anti-Hitler-Koalition nicht durchsetzen konnte, dann war auch von einer neuen Weltorganisation keine Garantie für diese Grenzen (und der damit verbundenen Einflusszone) zu erwarten.

Über die Verwirklichung der Pax Sovietica wurde auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs entschieden, als es Großbritannien und die USA versäumten, durch frühzeitige Kampfhandlungen an dafür geeigneten Orten, der Atlantik-Charta weltweit Geltung zu verschaffen. Während die UdSSR in der Lage war, nach der Zerschlagung eines großen Teils der Roten Armee eine neue Verteidigungslinie aufzubauen und ihre Rüstungsproduktion stark zu steigern, scheuten

sich die Westmächte bis 1943 mit Bodentruppen in Europa einzugreifen. Erst in dem Maße, wie sich die militärische Überlegenheit der UdSSR – die sowjetische „preponderance of power“ auf dem europäischen Kontinent – zeigte, ohne dass die Westmächte ihre eigene Kampfkraft unter Beweis stellen konnten, wandelte sich 1942/43 die Funktion der Anti-Hitler-Koalition. Sie blieb nicht länger Voraussetzung für die Befreiung der UdSSR. Zur Hauptfunktion dieser Koalition wurde es jetzt, eine wie auch immer ausgestaltete Verständigung Deutschlands (ohne Hitler) mit den Westmächten zu verhindern und den vollständigen Sieg über Deutschland zu sichern. Letzteres entsprach der von Roosevelt und Churchill im Januar 1943 verkündeten Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Allerdings hatte diese Forderung für Stalin einen anderen, viel weitergehenden Inhalt.

Die durch die militärische Stärke der Roten Armee 1943 gewonnene politische Handlungsfreiheit der UdSSR offenbarte sich erstmals im Frühjahr 1943 in der Katyn-Krise. Stalin nutzte die auf Sprengung der Anti-Hitler-Koalition zielende deutsche Offenlegung sowjetischer Verbrechen, um die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abzubrechen und die Bildung einer neuen Regierung für Polen vorzubereiten, die sich unter der alleinigen Kontrolle der UdSSR befinden sollte. Dabei blieb die künftige Verschiebung der deutschen Ostgrenze zugunsten Polens Voraussetzung und Mittel zur Gestaltung des sowjetisch-polnischen Verhältnisses. Dagegen spielte diese Frage, die das Leben von Millionen Deutschen berührte, für die Entwicklung des künftigen deutsch-sowjetischen Verhältnisses keine wahrnehmbare Rolle. In dem Maße, wie mit der Wende des Zweiten Weltkrieges die Pax Sovietica zu einer realen Möglichkeit wurde, sank auch die Bedeutung der Kommunistischen Internationale. Sie hatte in den sowjetischen Kriegszielen zu keinem Zeitpunkt mehr als eine untergeordnete Rolle gespielt (mit Ausnahme der Kriegsgefangenenarbeit). Die primär nicht an die UdSSR, sondern an die USA und Großbritannien gerichteten Friedensfühler der deutschen Satellitenstaaten und die Landung der Westmächte auf Sizilien verstärkten im Laufe des Jahres 1943 die Furcht Stalins, die Westmächte könnten sich mit einem Deutschland ohne Hitler arrangieren. Er machte ein erstes Gipfeltreffen der drei Staats- und Regierungschefs von einer vorhergehenden Verständigung der Außenminister über die gemeinsame Politik zur Erringung des vollständigen Sieges über Deutschland abhängig. Alle drei der 1943 und 1945 durchgeführten Gipfeltreffen behielten für ihn die Doppelfunktion, die Anti-Hitler-Koalition aufrechtzuerhalten und zu einer Abgrenzung der gegenseitigen Einflussgebiete zu kommen. Höhepunkt dieser Bemühungen war die Moskauer Außenministerkonferenz 1943. Sie machte mit der Gründung der Europäischen Beratenden Kommission den Weg frei für die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen.

Immer höchst sensibel für Machtausübung und Einflussmöglichkeiten, unterschied Stalin spätestens 1944 zwischen „platonischen“ Planungen (die nicht frei von weltrevolutionären Überlegungen waren und keine klare Aussicht auf Verwirklichung besaßen) und der Vorbereitung handfester Absprachen mit den USA, deren Stärkung während und durch den Krieg in Moskau früh erkannt wurde. Offensichtlich aus diesem Grund stand Stalin den allgemeinen Nachkriegsplannungen, die in Moskau mit Kommissionsgründungen bereits im Januar 1942 begannen und 1943 reorganisiert wurden, distanziert gegenüber. Zu keinem einzigen der in diesen Kommissionen entstandenen Planungspapiere bezog er Stellung. Dagegen nahm er auf die Arbeit der Moskauer Waffenstillstandskommission, die die sowjetischen Vorschläge für die EAC ausarbeitete, direkten Einfluss und bestätigte sehr schnell den sowjetischen Vorschlag zur Zoneneinteilung und nach einigem Zögern den sowjetischen Vorschlag zum Kontrollmechanismus für das besetzte Deutschland.

1943 versäumten die Westmächte in Italien die Einbindung der UdSSR in den italienischen Waffenstillstand. Nach diesem Präzedenz konnten sie später keine eigenen Mitspracherechte bei der Kapitulation der deutschen Satellitenstaaten in Osteuropa einfordern. Bei der Aushandlung der Waffenstillstandsregelung für Deutschland verzichteten die USA auf eine Unterstützung der von den Briten vorgeschlagenen gemischten Besetzung der Besetzungszonen. Keine der beiden Westmächte schlug vor, neben Berlin auch Stettin, Breslau, Hamburg oder München gemeinsam durch Truppen aller drei Mächte zu besetzen, um eine Abschottung der sowjetischen Besetzungszone und damit ein eigenmächtiges Vorgehen der UdSSR in diesem Gebiet zu erschweren. Bei der Lösung des Reparationsproblems, das eine langfristige Zusammenarbeit mit den Westmächten nach dem Kriege erforderte, verzögerte Stalin den Beginn gemeinsamer Verhandlungen. Doch auch die Westmächte konnten in Jalta den sowjetischen Reparationsforderungen kein kohärentes Programm zur gemeinsamen Erfassung der Kriegschäden in Ost- und Westeuropa sowie zu deren Wiedergutmachung vorlegen. Nach dem Ende des Krieges war Stalin nicht bereit, den Westmächten ein Mitspracherecht bei Reparationsentnahmen im sowjetischen Einflussgebiet einzuräumen. Lange bevor die Amerikaner in Potsdam die zonale Reparationslösung vorschlugen, hatte Stalin das Schwergewicht der sowjetischen Politik auf Reparationsentnahmen aus dem deutschen Eigentum gelegt, das in den Herrschaftsbereich der UdSSR gefallen war.

Die enge Verflechtung der Befürchtungen, Hoffnungen und Aktivitäten der politischen Entscheidungsträger sowie der geheimdienstlichen, militärischen und wirtschaftlichen Akteure der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Deutschlands zeigte sich besonders deutlich in den letzten Monaten und Wochen des Zweiten Weltkrieges in Europa. Mit den Versuchen von Teilen der deutschen

Führung konfrontiert, eine separate Kapitulation gegenüber den Westmächten zu erreichen, ließ Stalin für die Letzteren überraschend seine Forderung nach Festbeschreibung der Aufgliederung Deutschlands fallen. Ein in dieser Arbeit nicht zu verwirklichender Vergleich zwischen der Politik in Bezug auf die Eroberung der Reichshauptstadt und dem Hinauszögern des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Japan³ würde höchstwahrscheinlich interessante Parallelen erkennen lassen. In Deutschland ließ der sowjetische Machiavelli Anfang April 1945 den Vorstoß amerikanischer und britischer Truppen tief in die lange zuvor abgesteckte sowjetische Besatzungszone zu, um einer Einladung der Westmächte zur sofortigen kollektiven Besetzung des Machtzentrums des gemeinsamen Kriegsgegners auszuweichen und dennoch die Kriegskoalition zu erhalten.

*

Was nach dem Krieg in Europa Wirklichkeit wurde, hatte Stalin in den Jahren zuvor weder revolutionären Eventualitäten noch angeblichen welthistorischen Gesetzmäßigkeiten überlassen, sondern soweit wie möglich militärisch und politisch abgesichert. Er ging nicht von einer herannahenden Weltrevolution, sondern von der Fortexistenz einer potentiell feindlichen kapitalistischen Welt aus. Seit westalliierte und sowjetische Truppen 1944/45 getrennt den Westen und den Osten Deutschlands besetzt hatten, mussten sich dessen Bewohner von einem Tag auf den anderen in zwei grundverschiedene Welten einordnen, in denen sie von nun an zu leben hatten. Menschen, die jenseits der durch die Westmächte besetzten Gebiete lebten, rechneten bereits Ende April 1945 damit, „dass das Eintreffen der Roten Armee mit ernsthaften Veränderungen der sozialen und politischen Gegebenheiten in Deutschland einhergehen wird“.⁴ Im Mai 1945 zeichneten sich in Europa östlich der Elbe die Grundzüge der sowjetischen Friedensordnung ab. Kaum einer erkannte dies damals so früh und so klar wie Walter Ulbricht. Es waren gerade fünf Tage seit der bedingungslosen Kapitulation vergangen, da dozierte der führende Strategie der KPD auf der ersten Berliner Funktionärsversammlung:⁵

3 Vgl. dazu die Arbeiten von Boris Nikolaevič Slavinskij, *SSSR i Japonija na puti k vojne. Diplomatičeskaja istorija 1937–1945*, Moskau 1999 und von Tsuyoshi Hasegawa, *Racing the Enemy, Stalin, Truman, and the Surrender of Japan*, Cambridge 2005.

4 Semenov an Vyšinskij, 30. 4. 1945, UdF, I, S. 562–365.

5 Gerhard Keiderling (Hg.), *Die „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993, S. 331–335; Walter Ulbricht auf der 1. Berliner KPD-Funktionärsversammlung, 13. Mai 1945, hier S. 333

Im Prozess dieses Krieges haben sich die Kräfteverhältnisse geändert und da ist die Macht der S.U. bedeutsam gewachsen. Daraus rekrutierte [sic!] wirkliche Volksmacht in Jugoslawien und Bulgarien, in Rumänien Entwicklung und Garantie derselben und in Ungarn daselbe. Die Lage in Europa und der Welt hat sich grundlegend mit den Siegen der Roten Armee geändert. Tatsache ist, dass die S.U. mit Genossen Stalin an der Spitze faktisch die Führung der fortschrittlichen Kräfte der Welt geworden ist.

Die Potsdamer Konferenz schien die von der UdSSR während des Krieges und in den ersten zwei Nachkriegsmonaten in Europa durchgesetzten Veränderungen zu legalisieren. Diese Konferenz bestätigte mit der zonalen Reparationsregelung, der vorläufigen Unterstellung der deutschen Ostgebiete unter die Verwaltung Polens und der „geordneten Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn Grundelemente der sowjetischen Friedensregelung. Dennoch konnten sich die Westmächte auf dieser Konferenz nicht zur formellen Anerkennung der sowjetischen Einflussphäre entschließen. Zwar wurde eine gegenseitige Abgrenzung zur Konfliktvermeidung und zur Anbahnung künftiger Kooperation mit der UdSSR durch den amerikanischen Außenminister beabsichtigt und durch den amerikanischen Präsidenten zeitweilig erwogen;⁶ sie bestimmte aber nur vorübergehend und zu keiner Zeit vollständig die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR in Europa. Die Westmächte waren lange Zeit nicht in der Lage, der Machtentfaltung der UdSSR in Deutschland und Osteuropa 1945 ein nicht konfrontatives politisches Konzept entgegenzustellen.

6 Vgl. Marc Trachtenberg, *The United States and Eastern Europe 1945. A Reassessment*, in: *Journal of Cold War Studies* 10, 2008, 2, S. 94–138.

Abkürzungs- und Sigleverzeichnis

ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik, vgl. Literaturverzeichnis
ADD	Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, vgl. Literaturverzeichnis
AdG	Archiv der Gegenwart, vgl. Literaturverzeichnis
AMGOT	Allied Military Government of Occupied Territory
AVP RF	Archiv für Außenpolitik der Russländischen Föderation [Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii]
BBC	British Broadcasting Corporation
BDFA	British Documents on Foreign Affairs, vgl. Literaturverzeichnis
BDO	Bund Deutscher Offiziere
BW	Briefwechsel Stalins, vgl. Literaturverzeichnis
CAMO	Zentrales Archiv des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation [Central'nyj archiv Ministerstvo Oborony Rossijskoj Federacii]
CCS	Combined Chief of Staff (Washington)
CFLN	Französisches Komitee für die Nationale Befreiung [Le Comité Français de la Libération Nationale]
ČGK	Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge und ihrer Komplizen [Čerezvyjnaja Gosudarstvennaja Komissija po ustanovleniju i rassledovaniju zlodejanij nemecko-fašistskich zachvatčikov i ich soobščnikov]
COS	Chief of Staff (United Kingdom)
COSSAC	Chief of Staff to the Supreme Allied Commander (designate)
DDS	Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, vgl. Literaturverzeichnis
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DPSR	Documents on Polish-Soviet Relations, vgl. Literaturverzeichnis
DRZW	Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, vgl. Literaturverzeichnis
DVP	Dokumenty vnešnej politiki, vgl. Literaturverzeichnis
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik, vgl. Literaturverzeichnis
DzDF	Dokumentation zur Deutschlandfrage, vgl. Literaturverzeichnis
EAC	European Advisory Commission, russ. EKK - Evropejskaja Konsul'tativnaja Komissija
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Relations of the United States, vgl. Literaturverzeichnis

GARF	Staatsarchiv der Russländischen Föderation [Gosudarstvennyj archiv Rossijskoj Federacii]
GdA	Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vgl. Literaturverzeichnis
GKO	Staatliches Verteidigungskomitee der UdSSR [Gossudarstvennyj Komitet Oborony]
HZ	Historische Zeitschrift
IA	Istoričeskij Archiv (russische Zeitschrift), vgl. Literaturverzeichnis
IKRK	Internationales Komitee des Roten Kreuzes
ISPO	Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij, vgl. Literaturverzeichnis
JCS	Joint Chiefs of Staff (United States)
KI	Kommunistische Internationale
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LPS	Korotkov, A.V.; Černev, A.D.; Černobaev, A.A. (Hg.): Lic, prinjatych I.V. Stalinym, vgl. Literaturverzeichnis
MID	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR [Ministerstvo inostrannyh del SSSR]
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NKGB	Volkskommissariat für Staatssicherheit [Narodnyj komissariat gosudarstvennoj bezopasnosti]
NKID	Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten [Narodnyj komissariat inostrannyh del]
NKO	Volkskommissariat für Verteidigung [Narodnyj komissariat oborony]
NKVD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten [Narodnyj komissariat vnutrennich del]
NSDAP	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OSS	Office of Strategic Services
PHP	Post-hostilities Planning Sub-committee (of COS)
PKWN	Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung [Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego]
PRO	Public Record Office (London)
PURKKA	Politische Verwaltung der Roten Armee der Arbeiter- und Bauern [Političeskoe Upravlenie Raboče-Krest'janskoj Krasnoj Armii]
RAVO	Russkij archiv. Velikaja Otečestvennaja, vgl. Literaturverzeichnis
RGASPI	Russländisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte

SAIK	[Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii] Die Sowjetunion auf den internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges, vgl. Literatur
SAMO	Sovetsko-amerikanskije otnošenija, vgl. Literaturverzeichnis
SANO	Sovetsko-anglijskije otnošenija, vgl. Literaturverzeichnis
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SHAEF	Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force
SM SSSR	Ministerrat der UdSSR [Sovet ministrov]
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland [Sovetskaja voennaja administracija v Germanii]
SMERŠ	Tod den Spionen [Smert' špionam] sowjetische Kurzbezeichnung für die Hauptverwaltung für Abwehr des Generalstabs der Roten Armee
SNK	Rat der Volkskommissare [Sovet narodnych komissarov]
SOAD	Sovetsko-amerikanskije otnošenija. Dokumenty, vgl. Literaturver- zeichnis: Sevost'janov, G.N.
SOFRO	Sovetsko-francuzskije otnošenija, vgl. Literaturverzeichnis
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
SSPO	Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj, vgl. Literaturverzeichnis
Stavka	1941 wiedereingeführte historische Bezeichnung für das oberste Kommando der Streitkräfte der UdSSR
TASS	Telegrafagentur der UdSSR [Telegrafnoe agenstvo Sovetskogo Sojuza]
TJG	Die Tagebücher von Josef Goebbels, vgl. Literaturverzeichnis
UdF	Die UdSSR und die deutsche Frage, vgl. Literaturverzeichnis
UNO	Organisatin der Vereinten Nationen
UPVI	Verwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und In- ternierten [Upravlenie po delam voennoplennyh i internirovan- nych]
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VIRK	Vojna i rabočij klass (Zeitschrift)
VKP(b)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) [Vseso- juznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov)]
ZK	Zentralkomitee
ZPP	Bund Polnischer Patrioten [Związek Patriotów Polskich]

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

1.) Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation (AVP RF), Moskau

- f. 06 (Sekretariat des Volkskommissars/Ministers Molotov)
- f. 07 (Sekretariat des stellvertretenden Volkskommissars/Ministers Vyšinskij)
- f. 012 (Sekretariat des stellvertretenden Volkskommissars/Ministers Lozovskij)
- f. 013 (Sekretariat des stellvertretenden Volkskommissars/Ministers Dekanozov)
- f. 017 (Sekretariat des stellvertretenden Volkskommissars/Ministers Majskij)
- f. 017a (Tagebuch Majskij)
- f. 048 (Obzor Kynina 1–2)
- f. 059 (weiterhin geschlossener Bestand, exakte Bezeichnung unbekannt)
- f. 069 (Referentur für Deutschland)
- f. 082 (Deutschland-Referentur)
- f. 0425 (Europäische Beratende Kommission)
- f. 0431 (Rat der Außenminister)
- f. 0511 (Kommission zu Fragen des Waffenstillstands)
- f. 0512 (Kommission zur Vorbereitung des Friedensvertrags und zur Nachkriegsordnung)
- f. 0428 (Kommission zu Fragen der Reparationen)
- f. 0639 (Potsdamer Konferenz)

2.) Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte (RGASPI), Moskau

- f. 17, op. 162 (Politbüro)
- f. 17, op. 163 (Politbüro)
- f. 82 (Molotov)
- F. 495 (Stalin)
- f. 558 (Stalin)

3.) Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), Moskau

- f. R-5446 (Beschlüsse des Ministerrats der UdSSR)
- f. R-7021 (ČGK)

4.) Public Record Office (PRO), London

- PREM (Prime Minister)
- T 236 (Schatzamt)
- FO 371 (Foreign Office)
- FO 898 (Foreign Office)

II. Gedruckte Quellen (einschließlich Tagebücher)

- 1941 god [Das Jahr 1941], Bd. 1–2, Bearbeiter Rešin, L. E. u.a, Moskau 1998
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D (1937–1945), Bd. X (23. Juni bis 31. August 1940), Baden-Baden 1956
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994
- Banac, Ivo (Hg.): The Diary of Georgi Dimitrov 1933–1949, New Haven 2003
- Bayerlein, Bernhard H. (Hg.): Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943.. Aus dem Russischen und Bulgarischen von Wladislaw Hedeler und Birgit Schliez, Berlin 2000, Bd. 1
- Bonwetsch, Bernd/Bordjugov, Gennadij/Naimark, Norman M.: Sowjetische Politik in Deutschland 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1997
- Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hg.): Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945–1950, Bd. 1, Marburg 2000
- Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941–1945, Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Berlin (Ost) 1961
- British Documents on Foreign Affairs. Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print, Teil III (1940–1945), Serie A, Bd. 3, London 1997; Serie L, Bd. 2, London 1997
- Butler, Susan: My Dear Mr. Stalin. The Complete Correspondence Between Franklin D. Roosevelt and Joseph V. Stalin, New Haven 2005
- Chandler, Alfred D. (Hg.): The Papers of Dwight David Eisenhower, Bd. IV: The War Years, Baltimore 1970
- Čuev, Feliks: Sto sorok besed s Molotovym [Hundertvierzig Gespräche mit Molotov], Moskau 1991
- Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der zarischen und der provisorischen Regierung, hg. von der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von M. N. Pokrovskij, hg. von Otto Hoetzsch, Reihe II, Bd. 6.1, Berlin 1934
- Die Sowjetunion auf den internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945, Berlin 1986–1988
- Die Tagebücher von Josef Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, Teil I (9 Bde. Aufzeichnungen 1923–1941), Teil II (15 Bde. Diktate, 1941–1945), München u.a. 1994/95
- Die UdSSR und die deutsche Frage, Band 1–3, Hg. Laufer J. P./Kynin, G.P., Berlin 2004

- Dilks, David (Hg.): *The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945*, London 1971
- Documents on Israeli-Soviet Relations, Part I 1941–1949*, London 2000
- Documents on Polish-Soviet Relations 1939–1945*, London 1961–1968
- Dokumentation zur Deutschlandfrage, Hauptband I (von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Berlin-Status durch die UdSSR 1958)*, hg. von Heinrich Siegler, Bd. 1, Bonn-Wien-Zürich 1961
- Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion 1945–1968*, Bd. 1–3, Hg. Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Ost-Berlin 1957–1968
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe I, Bd. 1–5*, Frankfurt/M. 1984–1992; *Reihe II, Bd. 1–3*, München 1996
- Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij* [Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen], AN SSSR/Pol'skaja AN (Hg.), Bd. VII, Moskau 1973
- Dokumenty sovetsko-amerikanskije otnošenija* [Sowjetisch-amerikanische Beziehungen. Dokumente], hg. von Sevost'janov, G. N., Bd. 1 1939–1945, Moskau 2004
- Dokumenty vnešnej politiki* [Dokumente der Außenpolitik], Bd. 22–24, Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1992–2000
- Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred: *Nach Hitler kommen wir. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, Berlin 1994
- Ferrell, Robert H. (Hg.): *Dear Bess. The Letters from Harry to Bess Truman, 1910–1959*, New York 1983
- Ferrell, Robert H. (Hg.): *Off the Record. The Private Papers of Harry S. Truman*, New York 1980
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers*, hg. vom Department of State, 1941–1945, Washington 1958–1968
- Hansard. Parliamentary Debates. House of Commons. Official Report, Fifth Series (1942–1943)*, Bd. 391, London 1943
- Harvey, John (Hg.): *The War Diaries of Oliver Harvey 1941–1945*, London 1978
- Kapica, Petr L.: *Vospominanija, pis'ma, dokumenty* [Erinnerungen, Briefe, Dokumente], hg. von E. L. Kapica und P. E. Rubinin, Moskau 1994
- Kimball, Warren F. (Hg.): *Churchill and Roosevelt. Complete Correspondence*, Bd. 1–3, Princeton 1984
- Komintern i vtoraja mirovaja vojna* [Die Komintern und der Zweite Weltkrieg], Bd. 2, Moskau 1998
- Korotkov, A. V./Černev, A. D./Černobaev, A. A.: *Na Priem u Stalina. Tetradi (žurnaly) zapisej lic, prinjatych I.V. Staliny* [Empfang bei Stalin. Verzeichnis (Journale) der durch I.V. Stalin empfangenen Personen], Moskau 2008

- Kurella, Alfred: Elfriede Cohn-Vossen, Der Traum von Ps'chu. Ein Ehe-Briefwechsel im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1984
- Kynin, G. P.: Sekretnaja telegramma I. V. Stalina D. Ėzenchaueru nakanune bitvy za Berlin [Das Geheimtelegramm I. V. Stalins an Eisenhower am Vorabend der Schlacht um Berlin], in: NiNi 2000, 3, S. 176–181
- Laufer, Jochen: »Genossen, wie ist das Gesamtbild?« Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: Deutschland Archiv, 29, 1996, 3, S. 355–371
- Majskij, I. M.: Izbrannaja perepiska s rossijskimi korrespondentami [Gesammelter Schriftwechsel mit russischen Korrespondenten], Bdd. 1–2, Moskau 2005
- Malyšev, V. A.: Projdet desjatk let, i ėti vstreči ne vosstanoviš' ũže v pamjati. Dnevnik narkoma [Es werden Jahrzehnte vergehen und diese Treffen sind schon aus dem Gedächtnis verschwunden. Tagebuch eines Volkskommissars], in: Istočnik 1997, 5, S. 103–147
- Nevežin, V. A.: Zastol'nye rechi Stalina: dokumenty i materialy [Tischgespräche Stalin. Dokumente und Materialien], Moskau 2003
- Politbjuro CK RKP (b)-VKP (b). Povestkij dnja zasedanij [Politbüro des ZK der RKP (b)-VKP (b). Tagesordnung der Sitzungen], tom III (1940–1952) Katalog (Hg.: G. M. Adibekov u.a.), Moskau 2001
- Polonsky, Antony: The Great Powers and the Polish Question 1941–45. A Documentary Study in Cold War Origins, London 1976
- Redlich, Shimon/Al'tman, Il'ja A. (Hg.): War, Holocaust and Stalinism. A Documented Study of the Jewish Anti-Fascist Committee in the USSR, Luxembourg [u.a.] 1995
- Rukopis' stat'i M. N. Tuchačevskogo „Voennye plany Gitlera“ s pravkoj I. V. Stalina, 29. 3. 35 [Das Manuskript eines Aufsatzes von M.N. Tuchačevskij „Die Kriegspläne Hitlers“ und die Korrekturen Stalins, 25. 3. 1935], in: Izvestija CK KPSS, 1990, 1, S. 161–170
- Russkij archiv. Velikaja Otečestvennaja [Russisches Archiv. Der Große Vaterländische Krieg], Bd. IV, 5: Bitva za Berlin (Krasnaja Armija v poveržennoj Germanii). Dokumenty i materialy, [Die Schlacht um Berlin (Die Rote Armee im besiegten Deutschland) Dokumente und Materialien], Moskau 1995; Bd. IV, 10: Osvoboždenie Pribaltiki. Dokumenty i materialy, [Die Befreiung des Baltikums. Dokumente und Materialien], Moskau 2001; Bd. V, 4: Stavka Verchovnogo Glavokomandovanija. Dokumenty i materialy [Die Stavka des Oberkommandierenden. Dokumente und Materialien], 1944–1945, Moskau 1999; Bd. VI: Glavnje političeskie organy vooružennych sil SSSR v Velikoj Otečestvennoj vojne 1941–1945 gg. Dokumenty i materialy [Die wichtigsten Politorgane der Streitkräfte der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945. Dokumente und Materialien], Moskau 1996; Bd. XIII, 2:

- Nemeckie voennoplennye v SSSR 1941–1955 gg. Sbornik dokumentov [Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR. Dokumentensammlung]. Kniga 1, Moskau 1999; Bd. XIII, 3: Nemeckie voennoplennye v SSSR 1941–1955 gg. Sbornik dokumentov. Kniga 2, Moskau 2002
- Ržeševskij, O. A.: Stalin i Čurčill' [Stalin und Churchill], Moskau 2004
- Scherstjanoi, Elke: SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953. Eine Dokumentation, München 1998
- Scheurig, Bodo: Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943–1945, München 1965
- Schieder, Theodor: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. I, 3, München 1960
- Schramm, Percy Ernst: Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, München 1962
- Schulze-Wessel, Martin: Hegemonie oder europäische Sicherheit. Zwei deutschlandpolitische Memoranden Ergenij Tarles, in: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 3 (1995), S. 271–288
- Schumann, Frank (Hg): Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, Berlin 2005
- Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1948 [Der sowjetische Faktor in Osteuropa 1944–1948], hg. von Volokitina, T. V. u.a. Bd. 1, Moskau 1999
- Sovetsko-amerikanskije otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg., dokumenty i materialy [Sowjetisch-amerikanische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumente und Materialien], Bd. 1 (1941–1943) und 2 (1944–1945), Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1984
- Sovetsko-anglijskije otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg., dokumenty i materialy [Sowjetisch-britische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumente und Materialien], Bd. 1 (1941–1943) und 2 (1944–1945), Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1983
- Sovetsko-francuzskije otnošenija vo vremja Velikoj Otečestvennoj vojny 1941–1945 gg., dokumenty i materialy [Sowjetisch-französische Beziehungen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945. Dokumente und Materialien], Bd. 1 (1941–1943) und 2 (1944–1945), Hg. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Moskau 1983
- Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Bd. 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik. Hg. von Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato, eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possekel, Berlin 1998

- Special'nye lagerja NKVD/MVD v Germanii 1945–1950, hg. von S. V. Mironenko, Moskau 1950
- Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, hg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin 1968
- Ursachen und Folgen des deutschen Zusammenbruchs 1918 und 1945 (hg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler), Bd. II und Bd. XXIII, Berlin [o.J.]
- Vnešnjaia politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny, dokumenty i materialy [Die Außenpolitik der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges, Dokumente und Materialien], Hg. NKID SSSR, Bd. 1 (22.6.41–31.12.43), Moskau 1946
- Voennoplennye v SSSR [Kriegsgefangene in der UdSSR], Hg. Zagarul'ko, M. M., Moskau 2000
- Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov [Osteuropa in Dokumenten russischer Archive], hg. von Volokitina, T.V. u.a., Bd. 1 1944–1948, Moskau 1997

III. Presse und Zeitschriften

Archiv der Gegenwart

Istoričeskij Archiv [Historisches Archiv, russische Zeitschrift]

Ictočnik [russische Zeitschrift]

Izvestija [Sowjetischen Zeitung]

Izvestija CK KPSS [Sowjetische Zeitschrift]

Krasnaja Zvesda [Sowjetische Zeitschrift]

Mirovaja politika i mirovoe chozjajstvo [Weltpolitik und Weltwirtschaft, sowjetische Zeitschrift]

New York Times (New York)

Pravda [Sowjetische Zeitung]

The Times (London)

Trud [Sowjetische Zeitung]

IV. Sekundärliteratur (einschließlich Memoiren und zeitgenössisches Schrifttum)

Allen, Martin: Churchills Friedensfalle. Das Geheimnis des Heiß-Fluges 1941, Stegen/Ammersee 2003

Arnold, Klaus Jochen: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegsführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005

- Baggerley, Philipp A.: *Reparations, Security, and the Industrial Disarmament of Germany. Origins of the Potsdam Decisions*, Yale 1980
- Bainville, Jacques: *Frankreichs Kriegsziel. Les conséquences politiques de la paix*, Berlin 1939
- Basiński, Euzebiusz/Nazarewicz, Ryszard: *Sojusz polsko-radziecki a zachodnia granica Polski [Das sowjetisch-polnische Bündnis und die Westgrenze Polens]*, Warschau 1987
- Bellush, Bernard: *He Walked Alone. A Biography of John Gilbert Winant*, Den Haag 1968
- Berling, Zygmunt: *Wspomnienia. [Band 3]. Wolność na przetarg [Erinnerungen. Freiheit zu versteigern]*, Warschau 1991
- Beyrau, Dietrich: *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917–1985*, Göttingen 1993
- Bezymenskij, Lew: *Stalin und Hitler. Das Pokerspiel der Diktatoren*, Berlin 2002
- Bischof, Günter/Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges, Kriegsfolgen-Forschung, Band 4*, Wien-München 2005
- Boag, J. W.: *Kapitza in Cambridge and Moscow. Life and Letters of a Russian Physicist*, Amsterdam [u.a.] 1990
- Böhme, Kurt W.: *Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz (Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, hg. von Erich Maschke; Bd. 7)*, Bielefeld 1966
- Bonwetsch, Bernd: *Stalins Äußerungen zur Politik gegenüber Deutschland 1939–1941*, in: Ueberschär, Gerd R./Besymenski, Lew (Hg.): *Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Kontroversen um die Präventivkriegsthese*, Darmstadt 1998, S. 145–154
- Boughton, James M.: *Harry Dexter White and the International Monetary Fund*, in: *Finance & Development*, 35 (1998) 3
- Bradley, Omar N.: *A Soldier's Story*, New York 1951
- Brandenberger, D. L./Dubrovsky, A. M.: „The People Need a Tsar“. *The Emergence of National Bolshevism as Stalinist Ideology, 1931–1941*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 50, 5 (Jul. 1998), S. 873–892
- Brandes, Detlef: *Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, Oldenbourg, München 2005²
- Brandes, Detlef: *Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran*, München 1988
- Cairncross, Alec: *The Price of War. British Policy on German Reparations, 1941–1949*, New York 1986

- Chor'kov, A. G.: Die Rote Armee in der Anfangsperiode des Großen Vaterländischen Krieges, in: B. Wegner (Hg.), *Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Unternehmen Barbarossa*, München 1991, S. 425–442
- Churchill, W.: *The Second World War*, London 1950–1954
- Ciesla, Burghard/Mick, Christoph/Uhl, Matthias: *Rüstungsgesellschaft und Technologietransfer (1945–1948). Flugzeug- und Raketenentwicklung im Military-Industrial-Academic-Complex der UdSSR*, in: Karlsch/Laufer, S. 187–226
- Čubar'jan, A. O. (Hg.): *Stalin i cholodnaja vojna [Stalin und der Kalte Krieg]*, Moskau 1998
- Dallin, Alexander: *Deutsche Herrschaft in Russland 1941–1945*, Düsseldorf 1958
- Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, 6, 8 und 10, Stuttgart 1979–2008
- Davies, Joseph: *Mission to Moscow*, New York 1943
- Dawson, Raymond H.: *The Decision to Aid Russia, 1941. Foreign Policy and Domestic Politics*, Chapel Hill 1959
- Deane, John R.: *The Strange Alliance*, New York 1947
- Deutscher, Isaac: *Stalin. Eine politische Biographie*, Berlin 1990
- Dietrich, Torsten: *Paulus. Das Trauma von Stalingrad*, Paderborn u.a. 2008
- Djilas, Milovan: *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt/M. 1963
- Duda, Gerhard: *Jenő Varga und die Geschichte des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik in Moskau 1921–1970*, Berlin 1994
- Dülffer, Jost: *Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt*, München 1998
- Eden, Anthony: *The Reckoning. The Memoirs of Anthony Eden Earl of Avon*, Boston 1965
- Egorova, N. I./Čubarjan, A. O. (Hg.): *Cholodnaja vojna 1945–1963 [Kalter Krieg 1945–1963]*, Moskau 2003
- Eisenberg, Carolyn Woods: *Drawing the Line. The American Decision to Divide Germany, 1944–1949*, Cambridge 1996
- Eisenhower, David: *Eisenhower. At War 1943–1945*, New York 1986
- Ennker, Benno: *Stalin-Regime 1939–1941. Politische Lähmung im Angesicht der kommenden Katastrophe*, in: Pietrow-Ennker, B.: *Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion*, Frankfurt/M. 2000, S. 131–147
- Falin, Valentin: *Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition*, München 1995
- Filitov, Aleksej M.: *Germanskij vopros. Ot raskola k ob'edinenie [Die deutsche Frage. Von der Teilung zur Wiedervereinigung]*, Moskau 1993

- Filitov, Aleksej M.: Sowjetische Deutschlandplanung im Krieg, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens: Sowjetisierung und Neutralität, Göttingen 2006
- Filitov, Aleksej M.: SSSR i germanskij vopros. Povоротnye punkty [Die UdSSR und die deutsche Frage. Wendepunkte], in: Egorova, N. I./Čubarjan, A. O.: Cholodnaja vojna 1945–1963, Moskau 2003, S. 223–256
- Fischer, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941–1945, Stuttgart 1975
- Fleischhauer, Ingeborg: Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. 9. 1939. Die Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau, in VfZ 1991, 3, 447–470
- Fleischhauer, Ingeborg: Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938/39, Berlin 1990
- Fleischhauer, Ingeborg: Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945, Berlin-West 1986
- Fleischhauer, Ingeborg: Diplomatischer Widerstand gegen das „Unternehmen Barbarossa“. Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939–1941, Frankfurt/M. 1991
- Foitzik, Jan: Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee 1944/45 im Lichte des Kriegsvölkerrechts, in: Scherstjanoi, Rotarmisten, S. 369–395
- Foschepoth, Josef: Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ 30, 1982, 4, S. 675–714
- Foschepoth, Josef: Konflikte in der Reparationspolitik der Alliierten, in: Foschepoth, Kalter Krieg und deutsche Frage, Göttingen 1985, S. 175–197
- Gaddis, John Lewis: The Cold War. A New History, New York 2005
- Gaddis, John Lewis: The United States and the Origins of the Cold War 1941–47, New York 1972
- Ganzenmüller, Jörg: Das belagerte Leningrad 1941–1944. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn u.a. 2007
- Gardner, Lloyd C.: Spheres of Influence. The Great Powers Partition Europe, from Munich to Yalta, Chicago 1993
- Garrard, John und Carol: World War II and the Soviet People, London 1993
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. V, Berlin-Ost 1966
- Gibianskij, Leonid: Donesenija jugoslavskogo posla v Moskve ob ocenkach rukovodstvom SSSR Potsdamskoj konferencii i položenija v Vostočnoj Evrope [Meldungen des jugoslawischen Botschafters in Moskau über die Bewertung der Potsdamer Konferenz und der Lage in Osteuropa durch die sowjetische Führung], in: Slavjanovedenie, 1994, 1, S. 3–13

- Gibianskij, Leonid: Problemy vostočnoj Evropy i načalo formirovanija sovetского блока [Die Probleme Osteuropas und der Beginn der Formierung des sowjetischen Blocks], in: Egorova, N. I./Čubarjan, A. O.: Cholodnaja vojna 1945–1963, Moskau 2003, S. 105–136
- Goguel, Rudi/Pohl, Heinz: Oder-Neiße. Eine Dokumentation, Berlin (Ost) 1956
- Gorkow, Juri: 22. Juni 1941 – Verteidigung oder Angriff? Recherchen in Russischen Zentralarchiven, in: Pietrow-Ennker, Bianka: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000, S. 190–207
- Gorodetsky, Gabriel: Die große Täuschung. Hitler, Stalin und das Unternehmen ‚Barbarossa‘, Berlin 2001
- Gross, Jan: Und wehe Du hoffst ... Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941, Basel 1988
- Grossman, Wassili/Ehrenburg, Ilja: Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, Hamburg 1994
- Harriman W. Averell: Special Envoy to Churchill and Stalin 1941–1946, New York 1975
- Hartenstein, Michael A.: Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie, München 2006
- Hasegawa, Tsuyoshi: Racing the Enemy. Stalin, Truman, and the Surrender of Japan, Cambridge, 2005
- Haslam, Jonathan: The Vices of Integrity. E. H. Carr 1892–1982, London 1999
- Heitmann, Clemens: Die Stettin-Frage. Die KPD, die Sowjetunion und die deutsch-polnische Grenze 1945, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 51 (2002), 1, S. 25–63
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995
- Herring, George C. Jr.: Aid to Russia 1941–46. Strategy, Diplomacy, the Origins of the Cold War, New York 1973
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 2, Frankfurt/M. 1990, S. 351–357
- Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens: Sowjetisierung und Neutralität, Göttingen 2006
- Hilger, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR 1941–1945. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen 2000
- Hoffmann, David L.: Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity, 1917–1941, Ithaca, New York 2003
- Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München 1995
- Holloway, David: Stalin and the Bomb. The Soviet Union and Atomic Energy, 1939–1956, New Haven 1994
- Hoopes, Roy: Ralph Ingersoll. A Biography, New York 1985
- Hull, Cordell: The Memoirs of Cordell Hull, Bd.1–2, N.Y. 1948

- Ignatjew, A. A.: Fünfzig Jahre in Reih und Glied, Berlin (Ost) 1956
- Jacobsen, Hans-Adolf u.a (Hg.): Deutsch-russische Zeitenwende, Krieg und Frieden 1941–1945, Baden-Baden 1995
- Jerchow, Friedrich: Deutschland in der Weltpolitik 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und der Aufbau der deutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978
- Kapica, Petr L.: Naučnye trudy. Nauka i sovremennoe obščestvo, Moskau 1998
- Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen (Hg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002
- Karlsch, Rainer/Zeman, Zbynek: Urangheimnis, Berlin 2002
- Karner, Stefan: „Im Archipel GUPVI“. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Oldenbourg 1995
- Keller, Rolf: Das deutsch-russische Forschungsprojekt „Sowjetische Kriegsgefangene 1941–45“. Ziele, Inhalte, erste Ergebnisse, in: Bischof/Karner/Stelzl-Marx, Kriegsgefangene, S. 459–474
- Kennan, George F.: Memoiren eines Diplomaten 1925–1950, Stuttgart 1968
- Kettenacker, Lothar: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 1989
- Khlevyuk, Oleg: The Objectives of the Great Terror, 1937–1938, in: Soviet History, 1917–53. Essays in Honour of R. W. Davies, hg. von Julian Cooper, New York 1995
- Kimball, Warren F.: Forged in War. Roosevelt, Churchill, and the Second World War, Chicago 2003
- Klein, Friedrich/Meissner, Boris: Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, Stuttgart 1977
- Kleist, Peter: Zwischen Hitler und Stalin 1939–1945. Aufzeichnungen 1950, Bonn 1950
- Klemperer, Klemens von: Die verlassenen Verschwörer. Der Deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945, Berlin 1994
- Kollontai, Alexandra: Mein Leben in der Diplomatie. Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945, hg. von Heinz Deutschland, Berlin 2003
- Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945, München 1965
- Laufer, Jochen: Die UdSSR und die deutsche Währungsfrage, in: VfZ 46(1998)3, S. 455–485
- Laufer, Jochen: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: A. Bauerkämper (Hg.), »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 21–35
- Laufer, Jochen: Politik und Bilanz der sowjetischen Demontagen in der SBZ/DDR 1945-1950, in: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–

- 1949: Hintergründe, Ziele und Wirkungen, hg. von Rainer Karlsch/Jochen Laufer unter Mitarbeit von Friederike Sattler, Berlin 2002, S. 31-78.
- Lilge, Carsten: Die Entstehung der Oder-Neiße-Grenze als Nebenprodukt alliierter Großmachtspolitik während des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1995
- Linke, Horst Günter: Russland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917, München 1982
- Loth, Wilfried: Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges, in: HZ 238 (1984), S. 611–631
- Loth, Wilfried: Die Teilung der Welt, 1941–55, München 2000
- Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994
- MacLean Elisabeth Kimball: Joseph E. Davies. Envoy to the Soviets, London 1992
- Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung? München 1995
- Maiski, I. M.: Memoiren, Berlin (Ost) 1977
- Martin, Bernd: Verhandlungen über separate Friedensschlüsse 1942–1945. Ein Beitrag zur Entstehung des Kalten Krieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 19/20 (1976), S. 95–113
- Mastny, Vojtech: Moskaus Weg zum Kalten Krieg, München 1980
- McAllister, James: No Exit. America and the German Problem, 1943–1945, Ithaca 2002
- McLachlan, Donald: In the Chair. Barrington-Ward of The Times 1927–1948, London 1971
- Meissner, Boris: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–1953, Hamburg 1954
- Merridale, Catherine: Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939 bis 1945, Frankfurt/M. 2006
- Mikolajczyk, Stanislaw: The Rape of Poland. Pattern of Soviet Aggression, New York [u.a.] 1948
- Milkman, Paul: PM A New Deal in Journalism, 1940–1948, Rutgers 1997
- Miner, Steven Merritt: Between Churchill and Stalin. The Soviet Union, Great Britain, and the Origins of the Grand Alliance, Chapel Hill 1988
- Miner, Steven Merritt: Stalin's Holy War. Religion, Nationalism and Alliance Policy 1941–1945, Chapel Hill 2003
- Miscamble, Wilson D.: From Roosevelt to Truman. Potsdam, Hiroshima, and the Cold War, Cambridge u.a. 2007
- Morré, Jörg: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001
- Mosely, Philip E.: The Kremlin and World Politics, New York 1960

- Müller, Wolfgang u.a.: Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955, Wien 2005
- Musial, Bogdan: „Wir werden den ganzen Kapitalismus am Kragen packen“. Sowjetische Vorbereitungen zum Angriffskrieg in den dreißiger und Anfang der vierziger Jahre, in: *ZfG* 53, 2006, 1, S. 45–64
- Musial, Bogdan: *Kampfplatz Deutschland. Stalins Kriegspläne gegen den Westen*, Berlin 2008
- Naimark, Norman M.: *Flammender Haß. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*, München 2004
- Naimark, Norman M.: *The Russians in Germany. The History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge (Massachusetts) 1995
- Naimark, Norman/Gibienskii, Leonid (Hg.): *The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949*, Boulder, Colo. 1997
- Nolte, Ernst: *Deutschland und der Kalte Krieg*, München 1974
- Novikov, N. N.: *Vospominanija diplomata [Erinnerungen eines Diplomaten]*, Moskau 1989
- Nowak, Edmund: *Polnische Kriegsgefangene im „Dritten Reich“*, in: Bischof, Günter/Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hg.): *Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges, Kriegsfolgen-Forschung, Band 4*, Wien-München 2005, S. 506–517
- Nübel, Otto: *Die amerikanische Reparationspolitik gegenüber Deutschland 1941–1945*, Frankfurt/M. 1980
- O’Sullivan, Donal: *Stalins „Cordon Sanitaire“. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949*, Paderborn u.a. 2003
- Oberländer, Erwin: *Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation*, Köln 1967
- Overy, Richard: *Die Diktatoren. Hitlers Deutschland, Stalins Russland*, München 2005
- Overy, Richard: *Russlands Krieg 1941–1945*, Hamburg 2003
- Pečatnov, Vladimir: *Stalin, Ruzvel't, Truman. SSSR i SŠA v 1940-x gg. Dokumental'nye očerki [Stalin, Roosevelt, Truman. Die UdSSR und die USA. Dokumentarische Skizzen]*, Moskau 2006
- Persico, Joseph E.: *Roosevelt's Secret War. FDR and World War Espionage*, New York 2001
- Petrov, Vladimir: *Money and Conquest. Allied Occupation Currencies in World War II*, Baltimore 1967
- Petrova, N. K.: *Antifašistskie komitety v SSSR 1941–1945 gg. [Die antifaschistischen Komitees in der UdSSR 1941–1945]*, Moskau 1999
- Pieck, Wilhelm: *Gesammelte Reden und Schriften, Bd. VI, 1939–1945*, Berlin 1979

- Pietrow, Bianka: Stalinismus, Sicherheit, Offensive. Das „Dritte Reich“ in der Konzeption der sowjetischen Außenpolitik 1933–1941, Melsungen 1983
- Pietrow-Ennker, Bianka: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000
- Possekkel, Ralf: Strukturelle Grausamkeit. Die sowjetische Internierungspolitik in Deutschland als Produkt sowjetischer Herrschaftspraktiken 1945–1950, in: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956, hg. K.D. Müller u.a., Weimar 1998, S. 225–253
- Poznjakov, V. V.: Tajnaja vojna Iosifa Stalina. Sovetskie razvedyvatelnye služby v Soedinennych Štatach nakanune i v načale cholidnoj vojny, 1943–1953 [Der geheime Krieg des Iosif Stalin. Sowjetische Geheimdienste in den Vereinigten Staaten am Vorabend und am Beginn des Kalten Krieges], in: Stalin i cholidnaja vojna [Stalin und der Kalte Krieg], hg. von A.O. Čuber’jan, Moskau 1998, S. 146–168
- Rešin, Leonid: Feldmarschall im Kreuzverhör. Friedrich Paulus in sowjetischer Gefangenschaft 1943–1953, Berlin 1996
- Rešin, Leonid: General zwischen den Fronten. Walter von Seydlitz in sowjetischer Gefangenschaft und Haft 1943–1955, Berlin 1995
- Rhode, Gotthold/Wagner, Wolfgang: Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1956
- Rieber, Alfred J.: Persistent Factors in Russian Foreign Policy. An Interpretative Essay, in: Ragsdale, Hugh (Hg.): Imperial Russian Foreign Policy, Cambridge, New York 1993
- Roberts, Geoffrey: Litvinov’s Lost Peace, 1941–1946, in: Journal of Cold War Studies, Bd. 4, 2/2002, S. 23–54
- Roberts, Geoffrey: Stalin’s Wars. From World War to Cold War, 1939–1953, New Haven 2006
- Rothwell, Victor: Britain and the Cold War, 1941–1947, London 1982
- Ržeševskij, O. A.: U istokov antigitlerovskoj koalicii [An den Ursprüngen der Anti-Hitler-Koalition], in: Meždunarodnyj krizis 1939–1941. Ot sovetsko-germanskich dogovorov 1939 goda do napadenija Germanii na SSSR, Moskau 2006, S. 411–422
- Schellenberg, Walter: Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, München 1979
- Scherstjanoi, Elke: Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen, München 2004
- Schlie, Ulrich: Kein Frieden mit Deutschland. Die geheimen Gespräche im Zweiten Weltkrieg 1939–1941, München 1994
- Schmidt, Rainer F.: Rudolf Heß. „Botengang eines Toren“?, Düsseldorf 2000

- Schulze Wessel, Martin: Russlands Blick auf Preußen. Die polnische Frage in der Diplomatie und der politischen Öffentlichkeit des Zarenreiches und des Sowjetstaates 1697–1947, Stuttgart 1995
- Schumann, Wolfgang/Groehler, Olaf (Hg.): Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 6: Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des Deutschen Volkes, Berlin 1985
- Schwendemann, Heinrich: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm? Berlin 1993
- Šejnis, S.: Maksim Maksimovič Litvinov. Revoljucioner, diplomat, čelovek [Revolutionär, Diplomat, Mensch], Moskau 1989
- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995
- Service, Robert: Stalin. A Biography, Cambridge 2005
- Seydlitz, Walter von: Stalingrad. Konflikt und Konsequenzen. Erinnerungen, Hamburg 1977
- Sharp, Tony: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany, Oxford 1975
- Sherwood, Robert E.: Roosevelt and Hopkins. An Intimate Story, New York 1950
- Sherwood, Robert E.: The White House Papers of Harry L. Hopkins, 2 Bde. London 1949
- Simonow, Konstantin: Aus der Sicht meiner Generation. Gedanken über Stalin, Berlin 1990
- Škarovskij, Michail V.: Russkaja pravoslavnaja cerkov' pri Staline i Chruščeve (gosudarstvenno-cerkovnye otnošenija v SSSR v 1939–1964 godach) [Die russisch-orthodoxe Kirche unter Stalin und Chruščev (Staats-Kirchen-Beziehungen in der UdSSR 1939–1964)], Moskau 2000
- Slutsch, Sergej: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Polenfeldzug und die Frage des Eintritts der UdSSR in den Zweiten Weltkrieg, in Pietrow-Ennker, Bianka: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000, S. 95–112
- Slutsch, Sergej: Stalin und Hitler 1933–1941. Kalküle und Fehlkalkulationen des Kreml, in: Zarusky, Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 59–88
- Smith, Brandley/Agorssi, Elena: Unternehmen „Sonnenaufgang“. Das Kriegsende in Italien, Berlin 1983
- Snow, Edgar: So fing es an. Der erfahrene China-Kenner berichtet, München 1978
- Stalin, I. V.: Sochineniia (russ.), Bd. 1 (XIV) 1934–1940. Hg. von Robert H. McNeal, Stanford 1967

- Stalin, J.: Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Ausgabe, Moskau 1946
- Stalin, Werke Bd. VII, XIII, Berlin (Ost) 1952–1955 und Bd. XIV–XV, Dortmund 1976
- Standley, William H./Ageton, Arthur A.: Admiral Ambassador to Russia, Chicago 1955
- Stoecker, Sally W.: Tönerner Koloß ohne Kopf. Stalinismus und Rote Armee, in: Bianka Pietrow-Ennker, Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000, S. 148–169
- Stoler, Mark: Politics of the Second Front. American Military Planning and Diplomacy in Coalition Warfare, 1941–1943 (Contributions in Military History, Number 12), Westport 1977
- Stoler, Mark: The „Second Front“ and American Fear of Soviet Expansionism 1941–1943, in: Military Affairs 39 (1975)3, 136–141
- Strang, William: Home and Abroad, London 1956
- Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978
- Strobel, Georg W.: Wie Stalin die Grenzen in Ostmitteleuropa zog. Zu Zygmunt Berlings Erinnerungen, in: Osteuropa 42 (1992) 12, S. 1078–1085
- Stumpf, Reinhard: Der Krieg im Mittelmeerraum 1942/43, in: DRZW Bd. 6, S. 569–760
- Suvorov, Viktor: Der Eisbrecher. Hitler im Kalkül Stalins, Stuttgart 1989
- Sywottek, Anold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Hamburg, 1971
- Taubman, William: Stalin's American Policy. From Entente to Detente to Cold War, New York 1982
- Taylor, A. J. P.: Beaverbrook, London 1972
- Terry, Sarah Meiklejohn: The Oder-Neisse Line Revisited. Sikorski's Program for Poland's Postwar Western Boundary, 1939–1942, in: East Central Europe 5 (1978) 1, S. 39–68
- Tischler, Carola: Die Vereinfachungen des Genossen Èrenburg. Eine Endkriegs- und eine Nachkriegskontroverse, in: Scherstjanoi, Rotarmisten, S. 326–339
- Tissier, Tony Le: Race for the Reichstag. The 1945 Battle for Berlin, London 1999
- Trachtenberg, Marc: A Constructed Peace. The Making of the European Settlement 1945–1963, Princeton 1999
- Trachtenberg, Marc: The United States and Eastern Europe 1945: A Reassessment, in: Journal of Cold War Studies 10, 2008, 2, S. 94–138
- Trotzki, Leo: Schriften 1 (Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur), Bd. 1. 2 (1936–1940), Hamburg 1988

- Tyrell, Albrecht: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941–1945, Frankfurt/M. 1987
- Ueberschär, Gerd R./Bezymenskij, Lev A. (Hg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Kontroversen um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998
- Ueberschär, Gerd R./Müller, Rolf-Dieter: 1945. Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005
- Ueberschär, Gerd R./Wette, Wolfram (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984
- Uschakov, Alexander: Stalins Anteil an der Entstehung der Oder-Neiße-Grenze, in: Klein, Friedrich/Meissner, Boris: Das Potsdamer Abkommen und die Deutschlandfrage, Stuttgart 1977, S. 67–90
- Vierheller, Viktoria: Polen und die Deutschland-Frage 1939–1949, Köln 1970
- Wagner, Wolfgang: Die Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zeiten Weltkrieges, Marburg 1968³
- Wegner, Bernd: Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: Deutschland und der Zweite Weltkrieg Bd. 6, S. 761–1116
- Weinberg, Gerhard: Eine Welt in Waffen. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Stuttgart 1995
- Weiner, Amir: Making Sense of War. The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution, Princeton 2001
- Werth, Alexander: Rußland im Krieg 1941–1945, München 1965
- Wette, Wolfram: „Rassenfeind“. Die rassistischen Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion, in: Jacobsen, Hans-Adolf u.a. (Hg.), Deutsch-russische Zeitenwende, Krieg und Frieden 1941–1945, Baden-Baden 1995, S. 175–201
- Wettig, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die Sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999
- Wettig, Gerhard: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955. Internationale Auseinandersetzung um die Rolle der Deutschen in Europa, München 1967, Köln 1967
- Wolkogonow, Dimitri A.: Stalin. Triumph und Tragödie, Düsseldorf 1990
- Woodward, L.: British Foreign Policy in the Second World War, Vol. I–V, London 1970–1976
- Yergin, Daniel: Der Zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und der Teilung Europas, Frankfurt/M. 1979
- Zeidler, Manfred: Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich der Oder und Neiße 1944/45, Oldenbourg 1996
- Ziemke, Earl F.: The United States Army in the Occupation of Germany 1944–1946, Washington 1975

- Zubkova, Elena: *Russia after the war. Hopes, Illusions, and Disappointments, 1945–1957*, New York 1998
- Zubok, Vladislav/Pleshakov, Constantine: *Inside the Kremlin's Cold War. From Stalin to Khrushchev*, Cambridge (Mass.) 1996
- Žukov, G. K.: *Vospominanija i Razmyšlenija* [Erinnerungen und Überlegungen], Moskau 1992.

Personenregister

- Abakumov, Viktor Semenovič 495
Ackermann, Anton 83, 317, 390f., 513,
560, 565–569
Afanas'ev, Sergej Alekseevič 218f.
Airey, Terence S. 500, 508
Aleksandrov, Georgij Grigor'evič 287,
291
Alexander I., russischer Zar 30, 320
Alexander, Harold 501
Anderson, John 589
Andreev, Andrej Andreevič 26, 287
Antonov, Aleksandr Innokent'evič 472,
536
Archer, Sir Ernest Russell 514, 516, 528,
536
Arkad'ev, Georgij Petrovič 593f., 596
Arutjunjan, Amazasp Avakimovič 294,
593
Assarsson Per Vilhelm Gustav 276
Astachov, Georgij Aleksandrovič
Astor, Nancy Langhorne 237, 281
Attlee, Clement R. 10, 12, 138, 586

Badoglio, Pietro 236, 338, 340f., 345
Baggaley, Herbert Lacy 61, 218, 251, 257
Bainville, Jacques 87
Balfour, John 214, 222, 384, 403, 452f.,
474
Bartlett, Vernon 237
Bazarov, Semen Tarasovič 293, 384, 403f.,
419, 424, 426, 437f., 459, 461f.
Beaverbrook, William Maxwell („Max“)
Aitken 76, 81, 111, 113f., 117f., 138,
145, 210, 321
Bellairs, Robert M. 397
Beneš, Eduard 66, 92, 185, 188, 190, 283,
510f., 514
Berija, Lavrentij Pavlovič 26, 39, 161, 186,
200, 209, 234, 240, 315, 335, 343, 356,
363, 370, 383, 459, 493, 554, 566, 572
Berle, Adolf Augustus 146
Berling, Zygmunt 186ff., 311
Best, Werner 223
Bevin, Ernest 263
Bidault, Georges 263, 510

Biddle, Anthony J. Drexel 179, 309
Birjukov, Nikolaj Ivanovič 78
Bismarck, Otto von 234, 352
Bodin, Pavel Ivanovič 161
Bogdanov, Semen Il'ič 527
Bogomolov, Aleksandr Efremovič 56,
308, 343, 500
Bohlen, Charles Eustis 505, 545
Boisson, Pierre 231
Bormann, Martin 532f.
Bradley, Omar 500, 535
Brauchitsch, Walther von 207
Bredel, Willi 232
Brooke, Alan 479
Brüning, Heinrich 121
Bryce, James 284
Budennyj, Semen Michajlovič 26, 186
Bulganin, Nikolaj Aleksandrovič 161,
200, 490
Busch, Ernst 238
Butler, Richard Austen 49, 320, 322f.,
326, 337, 377f., 490, 508, 517ff.
Byrnes, James 587, 592, 594ff.

Čadaev, Jakov Ermolaevič 200
Cadogan, Alexander 131, 142, 170, 401,
544
Carr, Edward (Ted) Hallett 132f., 144,
245, 303, 360
Cassidy, Henry 121, 206
Catroux, Georges 510
Cavendish-Bentinck, Viktor Frederick
Wilhelm 544
Čečulin, N. F. 558
Chamberlain, Neville 32
Chrulev, Andrej Vasil'evič 200
Churchill, Winston 10, 12, 14, 44ff., 48f.,
51, 57, 62f., 63, 65ff., 71–75, 79, 84f.,
88, 90, 92f., 96, 98f., 108ff., 114, 117,
119–122, 126, 128f., 131, 133ff., 138f.,
143, 149f., 157, 162ff., 167–178, 184,
189ff., 196ff., 205, 207f., 210ff., 216,
222f., 231, 246, 267, 277, 280, 283f.,
286, 288, 294, 299, 302, 308–311, 317–
320, 322–328, 336–346, 348, 355,

- 364f., 373–376, 379f., 411ff., 423, 439, 442, 448f., 451, 465, 474f., 477–483, 486, 488f., 497, 510, 517ff., 522–526, 529f., 535f., 539, 541, 546, 566, 570f., 573, 580, 584f., 593, 598, 606
- Clayton, William 591, 593
- Cohn-Vossen, Elfriede 80, 120, 128, 217, 229, 251, 316
- Connant, James Bryant 327
- Cripps, Sir Stafford 39, 48, 50, 61, 63f., 69, 72, 85, 89, 93f., 114, 135, 142f., 158, 172, 183, 212
- Čujkov, Vasilij Ivanovič 532–535
- Curzon, Lord George Nathaniel 134f.
- Cutsem, William E. 393f., 397
- Dalton, Hugh 46
- Darlan, John François 126, 230f., 236, 326
- Davies, Joseph 233, 315f., 321ff., 349, 571f., 583, 586
- Deane, John R. 501, 505, 514, 516ff., 528, 536
- Dekanozov, Vladimir Georgievič 95–98, 167, 183, 214, 217, 219, 222, 224, 229, 275, 285, 305, 361, 363, 366, 374, 379, 383f., 402, 405, 424, 426, 439, 452f., 456, 459, 467ff., 490, 513
- Dent, John S. 591
- Deržavin, Nikolaj Sevastjanovič 281
- Dew, Armine 94
- Dimitrov, George 23f., 26, 58, 65, 83, 230, 233f., 312f., 315, 317, 329f., 477, 509, 512, 564, 567–570, 576, 599
- Divakov, P. D. 272
- Djatlenko 232
- Djilas, Milovan 442, 477
- Dönitz, Karl 478, 534, 537
- Donovan, William J. 130
- Dubrow, Elbridge 315
- Dufving, Theodor von 532
- Dulles, Allen 499f.
- Dunn, James C. 453
- Eady, Sir Wilfrid Griffin 589
- Eden, Anthony 25, 32, 50f., 53, 61, 63f., 66, 72, 85f., 89ff., 93–103, 119, 121, 131ff., 135f., 138–145, 147–150, 154–160, 162–167, 169–173, 180, 191, 197, 214, 230, 237, 251, 257, 266f., 280, 283f., 288, 290f., 298, 301, 303ff., 324, 331f., 336, 339, 347, 365ff., 370f., 385, 393, 398–402, 446, 448f., 472, 474, 479, 481f., 489, 503, 509, 511, 540
- Ehrenburg (Èrenburg), Ilja 237, 493, 495
- Einsiedel, Heinrich Graf von 234
- Eisenhower, Dwight D. 261, 326, 336, 339–342, 346, 409, 444, 475, 484, 500, 514–522, 526, 528f., 532, 536
- El'cin, Boris 311
- Engels, Friedrich 516
- Èpštejn, Šachno 253
- Erofeev, Vladimir Jakovlevič 462
- Fay, Sidney B. 394
- Fedorov 281
- Fierlinger, Zdeněk 228, 285
- Fischer, Ernst 83
- Florin, Wilhelm 317, 390
- Forrestal, James 598
- Fried, Eugen 233
- Friedeburg, Hans-Georg von 536
- Fritzsche, Hans 534
- Fuller, John F.C. 8
- Galaktionov, Michail Romanovič 130, 403
- Galinskij 593
- Garreau, Roger 285
- Gaule, Charles de 510
- Giraud, Henry 231
- Giršfeld, Aleksandr Vladimirovič 388f.
- Goebbels, Joseph 63, 172, 205, 227f., 277, 279, 289, 307, 311, 507, 528, 532ff.
- Golikov, Filipp Ivanovič 186, 472f.
- Golovanov, Aleksandr Evgen'evič 116
- Golunskij, Sergej Aleksandrovič 293f., 437f., 582
- Göring, Hermann 289, 478
- Gorkin, Aleksandr Fedorovič 287
- Grew, Joseph Clark 505f., 508
- Grizodubova, Valentina S. 281
- Gromyko, Andrej Andreevič 197, 220, 223f., 340, 453f., 481, 485, 488, 490, 508, 511, 582, 584, 597
- Grotewohl, Otto 33

- Gundorov, Aleksandr Semenovič 281
Gusev, Fedor Tarasovič 188, 197, 224,
336, 343, 347, 384, 401f., 421, 424–
428, 430, 432, 437, 440–445, 448f.,
454, 458, 461–464, 466, 468ff., 472ff.,
482, 485, 488f., 502ff., 509, 511f.
- Halifax, Lord (Viscount) Edward 34, 102,
134ff., 138–141, 143ff., 147f., 150f.,
167, 263, 549
Hall, Alvin W. 453
Hamilton, Duke of 44, 345, 348, 367
Harriman, Averell 60, 75f., 81, 111, 191,
196, 202, 227, 294, 319, 372f., 452–
456, 474, 481, 484, 486, 501, 504,
506f., 515m 518, 523f., 543, 545f., 581,
586
Harrison, Leland 209
Harvey, Oliver 137
Hassel, Ulrich von 222
Haushofer, Albrecht 46
Haushofer, Karl 46
Heß, Rudolf 43–50, 53, 288ff., 293ff.
Heydrich, Reinhard 283
Hickerson, John 174
Hilger, Gustav 210
Himmler, Heinrich 258, 289, 528, 530,
534
Hindenburg, Paul von 238
Hitler, Adolf 10, 14, 23, 27, 31, 34, 36,
39, 46f., 49, 52, 56, 58, 60, 65, 67f., 70,
74, 81–84, 88, 90, 99, 102, 107, 109,
112f., 115, 118, 121, 128, 133, 172,
175, 206ff., 211f., 215, 217–221, 227f.,
231, 235, 237f., 240f., 243, 248ff., 253–
256, 258f., 263, 267, 273f., 277, 286,
289, 293, 297, 299, 308f., 317, 319,
325, 331, 335, 338, 340, 365, 379f.,
380, 394f., 413, 428, 477f., 484, 491,
520, 525–531, 533f., 558, 565, 568,
597, 604, 606
Hoernle, Edwin 569
Hoffmeister, Edmund 241
Hopkins, Harry 72, 84, 109, 116, 152ff.,
175, 177, 268, 283f., 288, 304, 321f.,
381, 481, 483, 561
Hottelet, Richard C. 357
Howard, Roy 24
Huber, Max 271
Hughes, Charles E. 284
Hull, Cordell 51, 62, 72, 93, 115, 137f.,
140, 160, 162, 168f., 174, 176, 191,
196, 216, 220, 224, 231, 248, 274–277,
284, 309f., 321f., 343, 348, 365ff., 369,
371, 400, 429
Ignat'ev, Aleksej Alekseevič 403, 421,
434f.
Il'ičev, Ivan Ivanovic 473
Ingersoll, Ralph 111ff.
Ingrams, Leonard St. Clair 46f.
Isaev, Fedor Michajlovič 175
Isakov, Ivan Stapanovič 403, 421, 426,
434, 461
Ivanov, Ivan F. 26
Ivanov, Nikolaj Vasil'evič 473, 503f.
- Jahnke, Kurt 48
Jebb, Gladwyn 397, 400, 426, 430, 447,
540
Johnson, Herschel 221
Johnson, Hewlett 51
Johnson, P. 547
Johnson, W. P. 281
Junin, Michail 355
Kaganovič, Lazar M. 26, 55, 186
Kalinin, Michail Ivanovič 26, 52, 91, 291,
322f.
Kapica, Petr Leonidovič 253, 280ff., 291
Karl XII. 56
Keitel, Wilhelm 223, 237f., 274, 536f.
Kennan, George Frost 202, 264, 413, 426,
429f., 545ff.
Kerr, Sir Archibald John 117, 119, 121,
147, 156, 159f., 177, 191, 214, 220f.,
230, 236f., 239, 293ff., 301ff., 320, 324,
327, 330f., 339f., 342, 366f., 400f., 405,
456, 506ff., 552, 590
Kesselring, John LeMay 500
Keynes, John Maynard 540
King, Ernest J. 175
Kislenko, Aleksandr Pavlovič 531
Klaus, Edgar 220f., 224
Kleist, Bruno Peter 220f., 224–227

- Kolontaj, Aleksandra Michajlovna 277, 490
- Konev, Ivan Stepanovič 200, 498, 509, 521, 526ff., 535
- Koplenig, Johannes 83
- Kornejčuk, Aleksandr Evdokimovič 369
- Krebs, Hans 532ff., 537
- Krévé-Mickevičius, Vincas 37
- Kruglov, Sergej Nikiforovič 227, 238
- Krylov, Sergej Borisovič 332, 403, 405ff.,
- Küchler, Georg von 238
- Kukin, Konstantin Michajlovič 473
- Kurella, Alfred 70, 80, 119f., 127, 217, 229, 251, 316
- Kuusinen, Otto 329
- Kuznecov, Nikolaj Gerasimovič 67, 173, 195, 210, 490
- Kuznecov, Vasilij Vasil'evič 65, 173, 210, 490
- Lampe, Alfred 187
- Landau, L.D. 281
- Lange, Oskar 190
- Lattmann, Martin 190
- Leahy, William Daniel 454, 522, 524
- Lebedev, Viktor Z. 200
- Leeper, Reginald 46
- Lemnitzer, Lyman Louis 500, 508
- Lenin, Vladimir Il'ič 11, 42, 102, 313, 516
- Lindemann, Fritz 238
- Litvinov, Maksim Maksimovič 27, 47, 62, 67f., 76, 84, 92f., 109, 115–118, 139, 146, 148ff., 153, 183f., 188f., 195, 229, 304, 312, 319, 322, 349, 351–361, 363f., 366, 368ff., 373, 379, 383, 385–389, 403f., 419, 449f., 453, 470, 484, 490, 502, 524, 553, 574, 579f., 581f.
- Lockhardt, Bruce 47, 66
- Lozovskij, Solomon Abramovič 55, 62, 91, 103f., 112, 215, 229, 233, 252f., 262, 272, 281, 290f., 305, 355, 357, 387
- Lubin, Isador 543, 546, 548f.
- Ludendorff, Erich 410
- Lysenko, Trofim Denisovič 490
- Majskij (englische Schreibweise: Maisky), Ivan Michajlovič 48–53, 56, 61, 63–66, 68, 71, 73ff., 78, 81, 84ff., 88ff., 93–96, 98–101, 107, 114, 116, 121f., 126f., 137, 145f., 148, 150f., 154–160, 163f., 165f., 168ff., 172, 178f., 183, 188f., 199, 229ff., 254f., 277, 288, 290, 293, 298, 301, 303, 305, 316, 319, 324, 326, 332ff., 336, 347, 351, 353f., 366, 379, 381ff., 386, 402ff., 421, 424ff., 434, 436, 449, 484, 486, 488ff., 536, 538, 541ff., 545–558, 574, 580, 587, 589f., 593–597
- Malcolm, Sir Neill 258
- Malenkov, Georgij Maksimilianovič 59, 161, 186, 200, 233f., 287, 315, 335, 343, 356, 363, 370, 426, 459, 512, 544, 554
- Malickij 266
- Mal'kov, A. 124
- Malinin (Pseudonym für Litvinov) 351
- Manuil'skij, Dimitrij Zacharovič 77, 83, 229, 233, 313, 355, 358, 387, 390
- Marshall, George Catlett 113, 116, 128, 152ff., 175, 177, 263, 326, 515f., 519, 522, 525
- Marx, Karl 313, 516
- Matthews, H. Freeman 143
- McCormick, Anne O'Hare 70, 600
- Mechlis, Lew Zacharovič 60, 69, 77, 248
- Mel'nikov, Vjačeslav Nikolaevič 235f., 238
- Merkulov, Vsevolod Nikolaevič 39, 210, 256, 524
- Michoels, Solomon Michajlovič 253, 281
- Mikojan, Anastas Ivanovič 26, 52, 55, 160, 234, 315, 322, 335, 343, 363, 370, 383, 426, 452f., 558
- Mikolajczyk, Stanislaw 189ff., 195ff.
- Mills, Percy 589
- Minc, Hilary 187
- Model, Walter 238
- Molotov, Vjačeslav Michajlovič 25f., 33, 35, 37, 39, 50–53, 55f., 59–6568f., 72, 82–86, 88, 91, 95–98, 100f., 110ff., 114–117, 121, 124, 126, 137, 145f., 148, 150f., 151–178, 181, 186, 188, 192, 196–200, 203, 211f., 214–217, 219, 223ff., 227, 230, 233f., 236f., 239, 241, 245, 250, 252, 256, 260, 262, 268,

- 271f., 275ff., 280ff., 285, 287–291, 293, 295, 298, 301–305, 310, 312, 313, 315, 318, 320–323, 325, 327–331, 333, 335f., 339f., 342f., 345, 347, 349–354, 356f., 359ff., 363f., 366–374, 381, 383, 385f., 388, 390, 399, 401–405, 407, 419, 421f., 422, 424–427, 440, 443ff., 448, 450, 452–455, 458f., 461–464, 466, 469, 471–474, 482–486, 489f., 497, 501–512, 517, 523f., 541ff., 545–558, 566ff., 570–573, 575f., 578–582, 584, 587, 592, 594ff., 598f., 604f.
- Moltke, Helmut James Graf von 271
- Monckton, Walter 546, 551, 555f., 589
- Montgomery, Bernard Law 535
- Morgenthau, Henry, Jr. 451, 453f., 482, 589
- Morozov 273, 593
- Mosely, Philip Edward 512
- Mussolini, Benito 217, 284, 337f.
- Napoléon Bonaparte 56, 245, 320
- Naumann, Werner 227
- Neiland, Janis 532
- Nikolaj (Metropolit) 291
- Nikolaus I. (russischer Zar) 30
- Nikolaus II. (russischer Zar) 87
- Nikolson, James 274
- Novikov, Kirill Vasil'evič 173, 215f., 237, 239, 273, 332, 471
- Okoronov, Andrej Dmitrievič 494
- O'Neil, Con Douglas Walter 426
- Orlemanski, Stanislaw 190, 385
- Osóbka-Morawski, Edward 192, 194
- Page, Edward Jr. 581
- Paľgunov, Nikolaj Grigor'evič 62
- Panjuškin, Aleksandr Semenovič 58, 512
- Papen, Franz von 238
- Pauley, Edwin Wendell 543, 545–549, 551–556, 586, 589ff., 594
- Paulus, Friedrich Wilhelm Ernst 232, 234, 238, 241
- Pavlov Vladimir Nikolaevič 158, 273, 448
- Peter I (russ. Zar) 102
- Petrov, Ivan Petrovič 238
- Philby, Kim 48f.
- Pieck, Wilhelm 33, 82f., 190, 230, 233f., 299f., 317, 390, 509, 513, 564–567
- Playfair, Edward 552, 591
- Plievier, Theodor 253
- Ponomarev, Boris Nikolaevič 58
- Potemkin, Vladimir Petrovič 353, 403, 490
- Pokrovskij, Michail N. 87
- Proskurov, Ivan Iosifovič 221
- Pusep, Ęndel Karlovič 161
- Raczyński, Edward 255, 308
- Reinecke, Hermann 274
- Ribbentrop, Joachim von 33, 35, 220f., 225f., 228, 277, 289, 604
- Riegner, Gerhard 254
- Ritter, Karl 277
- Roberts, Frank K. 546f.
- Rohde, Hans 238
- Rokossovskij, Konstantin Konstantinovič 200, 232, 493, 521, 526, 535
- Rola-Żymierskis, Michał 194
- Romer, Tadeusz 310
- Roosevelt, Franklin Delano 10, 12, 14, 62, 67, 70–73, 75, 79, 93, 109f., 114–117, 119, 122, 126–129, 133, 137–154, 156, 160, 162, 165, 167–171, 174–177, 181, 183f., 189ff., 195, 197f., 205, 208, 210, 213, 216, 222, 228, 231, 233, 268, 280, 283, 285ff., 302, 304f., 308, 310f., 315, 317–320, 322–329, 337–346, 348, 355, 359, 364ff., 371–381, 397, 411–414, 429f., 439, 447f., 451, 465, 474f., 477ff., 481–484, 486, 488ff., 497, 501, 517ff., 522ff., 538, 541, 543, 571ff., 580, 606
- Rosenberg, Alfred 221, 289
- Rundstedt, Gerd von 507
- Saburov, Maksim Zacharovič 543, 557, 593, 596
- Safonov, Grigorij Nikolaevič 480
- Saksin, Georgij Filippovič 104, 216, 257, 300, 332, 335, 337, 349, 355, 363, 366
- Šapošnikov, Boris Michajlovič 403, 405ff., 421, 426, 461
- Sargent, Sir Orme Garton 133, 447, 573
- Satilov 202
- Sato, Naotake 219f.
- Savič, Dragutin 39

- Sazonov, Sergej Dmitrievič 87
Ščerbakov, Aleksandr Sergeevič 26, 43, 83,
161, 186, 234, 238, 285, 287, 353, 363,
426, 459
Schellenberg, Walter 225, 499
Schmidt, Elli 317, 512f.
Schulenburg, Friedrich Werner Graf von
der 52, 59
Schulze-Boysen, Harro 43
Schwenke, Dietrich 52
Seibert Theodor 218f.
Semenov, Vladimir Semenič 203, 212,
220, 224ff., 233, 496, 519, 532, 560f.,
566, 574, 576f., 608
Sergij (Stragorodskij), Metropolit (seit
1943 Patriarch) 244
Serov, Ivan Aleksandrovič 537, 566
Seydlitz-Kurzbach, Walther von 190, 235,
237ff., 241
Sforza, Graf Carlo 284
Sikorski, Wladislaw 89, 115, 118, 129,
162, 180f., 256, 279f., 283, 309
Silin, Michail Aleksandrovič 472
Simon, John Allsbrook 49
Simonov (Simonow) 23, 29f., 260
Simpson, William Hood 525
Sinclair, Archibald Henry Macdonald 138
Škvarcev, Aleksandr A. 35
Slavin, Nikolaj Vis'evič 531
Smirnov, Andrej Andreevič 293, 215f.,
224, 226, 439, 467–471, 513, 566, 576
Smollett (Smolka), Harry Peter 92
Sobolev, Arkadij Aleksandrovič 285,
339f., 383, 400, 429f., 490, 574, 576f.,
593
Sobottka, Gustav 560, 565f., 568
Sokolovskij, Vasilij Danilovič 533ff.
Song Ziwen, T. V. 583
Sorge, Richard 43
Speer, Albert 207
Stamenov, Ivan 273
Standley, William Harrison 124, 129,
153, 160, 277, 310, 318, 321f., 328f.,
340, 343
Stark, Harold R. 113
Starovskij, Vladimir Nikolaevič 558
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 241
Steinhardt, Laurence A. 52, 55, 68, 72f.,
84, 112f., 273ff., 318
Štejn, Boris Efimovič 355, 358, 387
Stettinius, Edward Reilly Jr. 202, 429
Stöbe, Ilse 43
Strang, Sir William 400ff., 426, 428, 430,
436f., 442–445, 467, 509
Strong, George Veazey 147, 395ff.
Stumpff, Hans-Jürgen 536
Suric, Jakov Zacharovič 182f., 349ff., 355,
369
Susloparov, Ivan Alekseevič 531
Švernik, Nikolaj Michajlovič 26, 260, 262,
490, 541
Szembek, Jan 180
Tarle, Eugen Viktorovič 352, 357, 388
Taylor, William H. 453
Tedder, Arthur William 515f., 519
Thorez, Maurice 377
Thurston, Walter Clarence 90f., 248,
275ff.
Timošenko, Semën Konstantinovič 26,
40, 53f., 58f.
Tjulenev, Ivan Vladimirovič 26
Togliatti, Palmiro 83
Tolbuchin, Fedor Ivanovič 501
Tolstoj, Aleksej Nikolaevič 284
Trajnin, Il'ja Pavlovič 492
Trott zu Solz, Adam 224f.
Trotzki, Leo 88
Truman, Harry S. 10, 12, 67, 529f., 535f.,
539, 543, 546, 549, 562, 566, 570–573,
582–587, 590, 596, 598
Trusov, Nikolaj Michajlovič 537f.
Tschunke, Fritz 221
Tuchačevskij, Michail Nikolaevič 25
Turner, Marc 551
Ulbricht, Walter 83, 232f., 238, 317, 390,
509, 513, 560, 563, 565f., 568f., 602,
608
Umanskij, Konstantin Aleksandrovič 65,
110, 112f., 213, 255f., 285, 287
Vansittart, Sir Robert 237
Varga, Eugen 41f., 360, 369, 540, 558,
578f., 587, 592f., 596

- Vasilevskij, Aleksandr Michajlovič 161, 200
Vinogradov, I. V. 221
Volkogonov, Dimitrii Antonovich 92, 232
Voronov, Nikolaj Nikolaevič 186, 232
Vorošilov, Kliment Efremovič 26, 37, 40, 55, 186, 322, 335, 337, 343, 356, 363, 370, 373, 403–408, 419ff., 427, 432–440, 458–462, 465, 471f., 474
Voznesenskij, Nikolaj Alekseevič 200, 543, 551, 554
Vyšinskij, Andrej Januar'evič 55, 61, 84, 90f., 115, 160, 196, 200, 202f., 226, 228, 237, 239, 245, 260, 262, 272, 274, 276, 285, 287, 291–294, 305, 318, 322, 335f., 343, 346, 348, 353, 361, 363, 369, 376, 388, 401, 426, 445, 450, 453, 455, 459, 463, 471ff., 482, 484f., 497, 532, 536, 574ff., 579, 581–585, 597, 599, 608
Walesa, Lech 311
Waley, Sigismund David 454, 548, 552, 589, 591
Warner, Christopher 145
Wasilewska, Wanda 186, 311
Weeks, Ronald Morce 589
Weidling, Helmuth 535
Weinert, Erich 190, 232, 234
Weizmann, Chaim 254
Welles, Sumner 62, 91, 139ff., 146, 150f., 213, 397, 446
Werth, Alexander 236, 243, 538
White, Dexter 454
Wickersham, Cornelius W. 429, 468ff.
Willkie, Wendell 286
Wilson, Horace 88, 448
Winant, John Gilbert 93, 137, 141, 162, 168–171, 231, 275, 286, 340, 400, 402, 428ff., 432, 443ff., 469, 474, 489, 502f., 509, 511f., 540
Wise, Stephen 259
Wolff, Karl 499, 500f., 504f., 508, 510
Woroschilow, vgl. Vorošilov 315
Ždanov, Andrej Aleksandrovič 490
Zničenko, Konstantin Emel'janovič 381
Zorin, Leonid Ivanovič 593
ŽukovGeorgij Konstantinovič 40, 53f., 59, 200, 210, 494ff., 498, 509, 518, 521, 525–529, 531, 533–538, 563, 572
Zverev, Arsenij Grigor'evič 451–454, 456